





 DISCARDED

UNIVERSITY OF WINNIPEG  
LIBRARY  
515 PORTAGE AVENUE  
R3B 2E3



Digitized by the Internet Archive  
in 2025



EINE GESCHICHTE DER  
WIRTSCHAFTLICHEN  
ENTWICKLUNG  
ENGLANDS



HC  
253  
.B75  
1968  
v.3  
pt.2

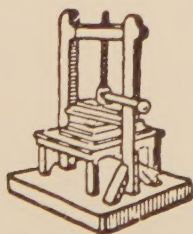
LUJO BRENTANO

EINE GESCHICHTE DER  
WIRTSCHAFTLICHEN  
ENTWICKLUNG  
ENGLANDS

III. BAND:  
DIE ZEIT DER BEFREIUNG UND  
NEUORGANISATION

ZWEITE HÄLFTE:  
DAS BRITISCHE WELTREICH

BURT FRANKLIN: RESEARCH AND SOURCE WORKS SERIES # 246



BURT FRANKLIN

— Published By —

BURT FRANKLIN

235 East 44th Street

— New York, N.Y. 10017 —

FIRST PUBLISHED 1929

REPRINTED 1968

Printed in the U.S.A.

## Vorwort.

Ein Augenleiden trägt die Schuld, daß ich diesen Band nicht, wie in der Vorrede zur ersten Hälfte des dritten Bandes in Aussicht gestellt war, schon um die Mitte des Jahres 1928 veröffentlichen konnte. Es hat um so störender gewirkt, als sich dieser Band von den drei früheren Bänden dadurch unterscheidet, daß während jene auf Vorlesungen beruhten, die nur der Ergänzung durch neu erschienene Literatur benötigten, dieser letzte Band fast völlig neu gearbeitet werden mußte. Ich habe über die britischen Kolonien früher nie Vorlesungen gehalten; der ganze das Werden des britischen Weltreichs betreffende Stoff, vom 67. Kapitel angefangen, war neu zu bearbeiten.

Die zu bezwingende Literatur war außerordentlich groß. Ich habe die angenehme Pflicht, der bayerischen Staatsbibliothek für Zusendung vieler von mir benötigter Bücher zu danken.

Prien am Chiemsee, den 13. Januar 1929.

**Lujo Brentano.**





## Inhaltsübersicht.

	Seite
Vorwort . . . . .	III
Inhaltsübersicht . . . . .	V

### Viertes Buch.

#### Die Zeit der Befreiung und Neuorganisation.

##### Zweite Hälfte.

64. Kapitel: Die Entwicklung zur Weltwirtschaft und ihre Wirkungen . . . . .	1
65. „ Die britische Landwirtschaft von 1874 bis zum Ausbruch des Weltkriegs . . . . .	8
66. „ Industrie und Handel von 1874 bis zum Ausbruch des Weltkriegs . . . . .	40
67. „ Wandel in der Beurteilung der Kolonien . . . . .	61
68. „ Die Herrschaft Kanada . . . . .	88
69. „ Die Herrschaften Australien und Neuseeland . . . . .	129
70. „ Die Herrschaft Südafrika . . . . .	173
71. „ Die westindischen und afrikanischen Kronkolonien und Protektorate . . . . .	219
72. „ Das britisch-indische Kaiserreich . . . . .	304
73. „ Der britische Handel mit Ostasien . . . . .	373
74. „ Vor dem Weltkrieg und nachher . . . . .	413
75. „ Schlußbetrachtungen . . . . .	505
Literaturverzeichnis . . . . .	522
Namen- und Sachregister . . . . .	560



## 64. Kapitel.

### Die Entwicklung zur Weltwirtschaft und ihre Wirkungen.

Ich habe im 45. Kapitel von der Entwicklung der englischen Landstraßen bis zur Übernahme der Kosten der Straßenerhaltung durch die Grafschaften im Jahre 1888 sowie von den Kanälen gesprochen, ohne welche der Aufschwung, den die britische Volkswirtschaft seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts genommen hat, nicht möglich gewesen wäre. Aber ich habe auch die Ursachen dargelegt, welche diese Verkehrsmittel hinderten, weiter steigenden Forderungen zu genügen, und erzählt, wie die Eisenbahnen Abhilfe gebracht haben. Ich habe von dem dichten Eisenbahnnetz gesprochen, mit dem England heute überzogen ist, und das in Schottland und Irland alle wirtschaftlich wichtigen Orte verbindet. Ich habe hervorgehoben, wie diese Fortschritte im Binnenverkehr den Unternehmern gestatten, ihre Erzeugnisse auf das billigste an die Küste zu bringen, und wie die Fortschritte in der Seeschifffahrt es ihnen ermöglicht haben, sowohl die von ihnen benötigten Rohstoffe sich aus allen Teilen der Erde zu immer sinkenden Preisen zu beschaffen, als auch ihre Erzeugnisse an die Tore aller an der See gelegenen Länder zu bringen. Der damit ermöglichte internationale Austausch hat eine mächtige Förderung erfahren, als der 1833 zuerst von Weber und Gauß in Göttingen hergestellte elektromagnetische Telegraph der Nachrichtenbeförderung dienstbar gemacht und 1837 durch den von Morse in New York erfundenen Schreibapparat verbessert worden ist. Geschäfts-

abschlüsse, zu denen ehemals Monate nötig waren, werden seitdem in wenigen Stunden vermittelt. Ihre Vollendung hat diese Entwicklung gefunden, nachdem das von Philipp Reis aus Gelnhausen 1860 zuerst erfundene Telephon namentlich von Drawbaugh, Graham Bell, Watson, Edison, Hughes, Siemens und Helmholtz erheblich verbessert war (1877).

Die Energie, mit der Großbritannien die Fortschritte im Verkehrswesen in den Dienst seiner Volkswirtschaft gestellt hat, hat wesentlich dazu beigetragen, es in der Zeit vor dem Weltkriege zum reichsten Lande der Welt zu machen. Aber sein überströmender Reichtum hat zur gleichen Entwicklung der Verkehrsmittel, des Wohlstandes und der politischen Konsolidation anderer Völker gedient. Nach den Berechnungen von Sir George Paish haben die auswärtigen Anlagen Großbritanniens 1910 3192 Millionen £ betragen<sup>1)</sup>, wovon 732 905 000 £ auf den Bau von Eisenbahnen, 298 100 £ auf den von Kanälen und Hafenanlagen, 494 000 £ auf Motorverkehr, 200 000 £ auf Schifffahrt, 33 318 000 £ auf Herstellung von Telegraphen- und Telephonverbindung und 52 440 000 £ auf die von Tramways kamen, während der Rest wirtschaftlichen Unternehmungen aller Art, sowie Regierungs- und Kommunalaufgaben diente<sup>2)</sup>, ohne deren Erfüllung das Wirtschaftsleben der fremden Völker unmöglich hätte aufblühen können. Das überströmende britische Kapital hat in den fremden Ländern Unternehmungen ermöglicht, deren Produkte dann teils in Verzinsung des geliehenen Kapitals, teils als Entgelt für britische Waren nach Großbritannien gesandt worden sind. So entstand, wenn auch vielfach durch Zollschränken gehemmt, neben den fortbestehenden Nationalwirtschaften eine Weltwirtschaft.

Mit diesen Wirkungen des Fortschritts des Verkehrswesens zu Wasser und zu Lande ist erst die Voraussetzung dafür geschaffen worden, daß die Erfindungen und Ent-

---

1) Vgl. die Tabelle auf S. 3.

2) Vgl. die Tabelle auf S. 4.





**Summe der in jeder Verwendungsart  
im Ausland angelegten britischen Kapitalien in Pfund Sterling.**  
(Paish a. a. O.)

	Regierungszwecke	Kommunalzwecke	Eisenbahnen	Banken
In den Kolonien und Indien . . .	622 886 000	54 196 000	373 325 000	33 459 000
In amerikanischen Staaten . . .	99 018 000	18 667 900	322 390 000	5 676 000
In asiatischen Staaten und Aegypten . . .	72 775 000	15 347 000	15 347 000	18 471 000
In europäischen Staaten . . .	48 170 000	12 195 000	21 843 000	2 309 000
Summe	842 849 000	92 406 900	732 905 000	59 915 000
	Bräuereien und Brennereien	Kanäle und Hafenanlagen	Gewerbliche und Handelsunterm.	Elektrizitäts- anlagen
In den Kolonien und Indien . . .	3 790 000	100 000	44 987 000	10 321 000
In amerikanischen Staaten . . .	1 247 000	2 741 000	18 169 000	3 299 000
In asiatischen Staaten und Aegypten . . .	—	89 000	8 029 000	3 529 000
In europäischen Staaten . . .	1 128 000	51 000	15 494 000	486 000
Summe	6 165 000	2 981 000	86 679 000	17 635 000
	Finanz, Land, Anlagen	Gas- und Wasserwerke	Versicherung	Eisen, Kohle, Stahl
In den Kolonien und Indien . . .	127 768 000	5 233 000	246 000	15 858 000
In amerikanischen Staaten . . .	41 801 000	6 071 000	—	—
In asiatischen Staaten und Aegypten . . .	13 366 000	7 481 000	—	60 000
In europäischen Staaten . . .	1 981 000	4 611 000	—	3 865 000
Summe	184 916 000	23 396 000	246 000	19 783 000
	Bergbau	Motorverkehr und -herstellung	Salpeter	Petroleum
In den Kolonien und Indien . . .	194 022 000	—	—	5 748 000
In amerikanischen Staaten . . .	15 709 000	284 800	11 264 000	1 633 000
In asiatischen Staaten und Aegypten . . .	3 440 000	—	—	3 340 000
In europäischen Staaten . . .	19 547 000	210 000	—	9 972 000
Summe	232 718 000	494 000	11 264 000	20 693 000
	Kautschuk	Schiffahrt	Tee u. Kaifee	Telegraph u. Telefon
In den Kolonien und Indien . . .	19 691 000	200 000	19 644 000	7 414 000
In amerikanischen Staaten . . .	4 129 000	—	1 697 000	2 319 000
In den asiatischen Staaten u. Aegypten . . .	8 669 000	—	25 000	23 585 000
In den europäischen Staaten . . .	104 000	—	—	—
Summe	32 593 000	200 000	21 366 000	33 318 000
				52 440 000

deckungen in den übrigen Wirtschaftszweigen sich voll auswirken konnten. Er hat nämlich eine Erweiterung der Absatzfähigkeit der Produkte gebracht, die die Welt zu einem Markte gemacht hat <sup>1)</sup>. Das gilt für alle vertretbaren Waren, selbst für Fleisch, Butter, Eier. Die Folge ist eine Angleichung ihrer Preise über die ganze Erde hin. Wo sie niedrig waren, steigen sie infolge der Nachfrage entfernter, reicherer Länder, und deren Preise werden eben durch die Einfuhr aus Ländern mit niedrigen Produktionskosten gedrückt. Damit hängt zusammen, daß die Produktion derjenigen steigt, die unter günstigeren Bedingungen produzieren, während die Produktion derjenigen zurückgeht, die unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten. Dadurch wird in jedem Lande die Tendenz zum industriellen Großbetriebe vermehrt. Die Großbetriebe können den Rohstoff in Masse beziehen und ihre billigeren Produkte in Masse absetzen; ihnen kommen die Vorzugstarife großer Verfrachter zugute; daher der Großbetrieb in den Industriezentren den Kleinbetrieb in weitentfernten Gegenden tötet. Der Zwischenhandel geht zurück; dagegen findet eine Zunahme der Kleinhändler statt, indem die verbesserten Verkehrsmittel diesen gestatten, unmittelbare Beziehungen mit Großbetrieb und Großhandel anzuknüpfen. Am meisten machen die Wirkungen der Verkehrsverbesserungen sich geltend in den Produktionszweigen, deren Produkte bei großem Gewicht im Preise gering sind: in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, dem Bergbau. Der Bedarf und der Überschuß lassen sich auf weite Entfernungen ausgleichen. Der Verkehr in Lebensmitteln schafft eine Versicherung gegen Hungersnot, aber er führt zum Sinken der Grundrente: sie sinkt in den hochkultivierten Ländern, die in der beschränkten Möglichkeit, landwirtschaftliche Produkte aus entfernten Gegenden herbeizuführen, ein Monopol in der Versorgung des Markts besessen hatten, und steigt mit der erweiterten Absatzfähigkeit in bisher rückständigen Gegenden. In jenen

---

1) Dr. Emil Sax, Die Verkehrsmittel in Volks- u. Staatswirtschaft, 1. A. 1877, 2. A. 1918.

## 6 Die Weltwirtschaft führt zum Übergewicht des Stärksten.

nötigen die hohen Bodenpreise zu anderen Arten der Bodenbenutzung als der bisherigen überzugehen; in diesen ergibt sich mit den hohen Fruchtpreisen die Möglichkeit des Übergangs zu intensiverer Wirtschaft. Auch eine Ausgleichung der Löhne findet statt; sie sinken in hochkultivierten und steigen in bisher rückständigen Gegenden. Die Auswanderung wird erleichtert, die Bevölkerung der Erde gefördert; die Produktion konzentriert sich an den wirtschaftlich für sie günstigsten Standorten.

So beginnt eine Periode, in der die natürlichen Schranken, welche die großartigste Entfesselung des Wirtschaftsbetrieb der Stärkeren bisher gehemmt hatten, auf allen Gebieten fallen. In der Weltwirtschaft erlangt der Stärkste ein alle anderen erdrückendes Übergewicht, und voll Sorge sind die schwächeren Völker bedacht, durch geeignete Organisationen im Innern wie im Äußeren ihre bedrohte Individualität zu schützen.

Dabei sind die Wirkungen der wachsenden Unerheblichkeit der Entfernung keineswegs auf das Wirtschaftsleben beschränkt; sie erstrecken sich auch auf das politische Leben der Völker. Die Schnelligkeit, Sicherheit, Regelmäßigkeit und Billigkeit des Verkehrs haben zu Änderungen ihrer politischen Organisationen geführt. Zur Zeit, da es im Mittelalter an Verkehrswegen fehlte, war die Beherrschung eines großen Landes von einer Zentralstelle aus unmöglich; die Ordnung war nur aufrecht zu erhalten, indem der Herrscher einen Teil seiner Gewalt an Vasallen delegierte. Zur Zeit, da ein Brief nach Amerika oder Indien Monate brauchte, war es notwendig, daß man dringende Entscheidungen den in den dortigen Niederlassungen eingesetzten Behörden zu treffen überließ. Heute hat der Fortschritt im Verkehrswesen es ermöglicht, mit der aus den feudalen Zuständen des Mittelalters herausgewachsenen Kleinstaaterei aufzuräumen; er hat die nationalen Einheitsstaaten möglich gemacht, die erst die Aufrechterhaltung und volle Entwicklung der Individualität eines Volkes inmitten anderer Völker sicherstellen, und Eisenbahn, Dampfschiff und Telegraph haben zur Zusammenfassung der über

die Welt zerstreuten selbständigen Staatengebilde der Angehörigen des britischen Volks zu einem nach außen einheitlichen Staatenbunde geführt, der auch der größten Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiete nicht ermangelt.

Es gibt kein Gebiet des britischen Wirtschaftslebens, auf dem die Wirkungen der Fortschritte im Verkehrswesen sich nicht geltend gemacht hätten. Ich beginne mit der Darlegung derselben auf dem Gebiete der Landwirtschaft.

---



## 65. Kapitel.

### Die britische Landwirtschaft von 1874 bis zum Ausbruch des Weltkriegs.

Ich habe im zweiten Band erzählt, wie die Art und Weise, wie die Reform der Feldmark in Großbritannien durchgeführt worden ist, schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts den britischen Bauernstand vernichtet hat<sup>1)</sup>). Das Streben, höhere Renten zu beziehen, hatte zum Bauernlegen, die hohen Getreidepreise hatten zur Aufsaugung des Kleinbesitzes durch wenige Großgrundbesitzer, die Erkenntnis von der größeren Rentabilität des Getreidebaus bei Großbetrieb zum Zusammenlegen kleiner in große Pachtgüter geführt. Die Großbetriebe besaßen ein tatsächliches Monopol in Versorgung des britischen Getreidemarkts. John Smith of Deanston, Josias Parkes, John Reade, der Erfinder der Drainage durch Tonröhren, hatten sich die größten Verdienste um die Verbesserung der schweren Tonböden erworben, und die Regierung gewährte zur Förderung der Drainage Darlehen, die in jährlichen Raten zurückzuzahlen waren. Liebig hatte 1840 seine Agrikulturchemie veröffentlicht, und nirgends waren seine Lehren mit größerem Enthusiasmus wie in England begrüßt worden. Aber es waren doch nur Einzelne gewesen, welche vor Beseitigung der Kornzölle von den durch den Fortschritt der Wissenschaft und Technik ermöglichten Verbesserungen Gebrauch gemacht haben. Die Mehrzahl der Landwirte war denen, die an Stelle des Herkommens die Lehre der Wissenschaft setzen wollten, sogar feindlich.

---

1) Band II 406—417.

All' dies hat sich nach Beseitigung der Kornzölle geändert. Die Verbesserungen im praktischen Betrieb der Landwirtschaft, die bis dahin nur von Einzelnen vorgenommen worden waren, wurden nun allgemein. Der Wegfall des Schutzes hat den Glauben, durch ihn gerettet werden zu können, zerstört und zu einer völligen Umgestaltung der britischen Landwirtschaft geführt. Statt in den Getreidebau hat man ihren Schwerpunkt in ein gemischtes System von Korn- und Futterbau gelegt. Der Getreidebau machte sich bezahlt mit Hilfe der Viehzucht. In Fleisch veredelt wurde das Korn verkauft. Vor allem aber schwand jetzt das Mißtrauen der Landwirte gegen die Wissenschaft<sup>1)</sup>. Auf den Experimenten, die in Rothamstead von Sir John Lawes und Sir Henry Gilbert, einem Schüler Liebig's, vorgenommen und während fünfzig Jahren fortgesetzt wurden, beruht der Aufbau der modernen britischen Landwirtschaft. Statt des Ruins derselben, die man als Folge der Beseitigung der Kornzölle vorausgesagt hatte, waren die auf diese folgenden dreißig Jahre die Zeit der größten Blüte, welche die britische Landwirtschaft je erlebt hat<sup>2)</sup>.

Aber schon im 46. Kapitel habe ich gesagt, daß diese Blüte ihren Höhepunkt im Jahre 1874 erreicht hat<sup>3)</sup>. Nach dem Krach von 1873 begann eine allgemeine wirtschaftliche Depression. Der Aufschwung nach dem deutsch-französischen Kriege hatte zu einer Überproduktion an Produktionsmitteln und Überkapitalisation von Unternehmungen geführt. Die Folge war ein Rückgang der Preise in allen Ländern, und allenthalben wurden zahlreiche Betriebe bankrott. In den Vereinigten Staaten von Amerika wandten die arbeitslos gewordenen Industriearbeiter sich nach dem Westen und bebauten das Land. Darin wurden sie durch die Eisenbahnverwaltungen unterstützt. Diese hatten den

---

1) Band III 1, 212 ff.

2) Siehe auch Lord Ernle (der frühere R. E. Prothero), *English Farming, Past and Present*. 4. ed. London 1927, Chapt. 17.

3) Band III 1, 214.

Osten des amerikanischen Kontinents mit dem Westen verbunden und dabei das Land rechts und links von der Bahnlinie erhalten; auf diesem siedelten sie die massenhaft aus dem Osten Zuwandernden an, um in dem Getreide, das diese herstellen würden, eine Fracht für ihre Bahnen zu erhalten. Dieses Getreide kam nun zu unerhört billigen Preisen auf die europäischen Märkte. Gleichzeitig hatten Verbesserungen der Verkehrsmittel und Ausbau der Verkehrswege in Rußland und Indien stattgefunden und die dort aufgesammelten Getreidevorräte und das dort erbaute Getreide den europäischen Märkten zugänglich gemacht. Mit anderen Worten: Länder, welche Getreide auf Böden von verhältnismäßig minimalem Werte erzeugten, traten mit der Landwirtschaft des alten Europa mit seinen sehr hohen Grundstückspreisen, beziehungsweise mit der Englands, wo die Pächter hohe Renten zu zahlen hatten, in Konkurrenz.

Dazu kam ein außerordentliches Sinken der Frachtkosten. Sie sanken in Rußland auf ein Viertel des früheren Betrags für den Landverkehr. Die Überproduktion in Seedampfern, die stattgefunden hatte, drückte die Frachtkosten des Seeverkehrs. 1873 hatte die Fracht einer Quarters Weizen von New York nach Liverpool 7 s  $\frac{1}{2}$  d gekostet, 1880 war sie auf 3 s  $10\frac{1}{2}$  d gesunken; sie sank weiter bis  $11\frac{1}{2}$  d im Jahre 1902. Die Transportkosten zur See wurden so niedrig, daß sie den Verkauf des über See erzeugten Getreides in Europa in keiner Weise mehr hinderten. Es kam vor, daß ein eben aus Amerika in England eingetroffener Getreideposten infolge veränderter Preislage dorthin wieder zurückgeschickt wurde. Die Folge war wachsende Einfuhr aus Amerika, Rußland und Indien nach Europa.

Dazu kamen die Abnahme der Kauffähigkeit der Konsumenten infolge des Krachs und als Folge Einschränkungen in ihrer Nachfrage.

All' dies hat zum Sinken der Getreidepreise auf den europäischen Märkten geführt. Die britische Landwirtschaft

hat wie die aller Länder darunter gelitten<sup>1)</sup>. Sie hat außerdem aber noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Der Ernteausfall aller Bodenfrüchte war infolge ungünstiger Witterung in drei aufeinanderfolgenden Jahren sehr schlecht. Dazu waren Räude der Schafe und Krankheiten des Viehs gekommen. Während früher steigende Preise für schlechten Ernteausfall Ersatz geboten hatten, hat die wachsende Einfuhr dies verhindert. Der Telegraph, der Dampftransport zu Wasser und zu Land und die gesunkenen Frachtkosten hatten Zeit und Entfernung vernichtet, das natürliche Monopol, das die Nähe zum Markt gab, zerstört, und den Landwirten in fernen Weltteilen ermöglicht, mit den britischen auf deren heimischem Markte zu gleichen, wenn nicht besseren Bedingungen zu konkurrieren. Während es früher nur eine Ernte im Jahre gegeben hatte, gab es nun in jedem Monat irgendwo in der Welt eine Ernte, deren Ertrag auf den Markt, auf dem die höchsten Preise gezahlt wurden, d. h. den britischen, geworfen wurde und da die Preise drückte. Die britischen Landwirte hatten sich außer gegen sinkende Preise gegen schlechte Ernten zu wehren. In ihrem Kapitalbesitz geschwächt, wurde es ihnen schwer, sich zu halten. Ihre Not hat 1879 den Höhepunkt erreicht. In diesem Jahre wurde

---

1) Durchschnittspreis des Quarters Weizen in England und Wales von 1873—1914 in Shillings und Pence.

Jahr	Preis	Jahr	Preis	Jahr	Preis
1873	58,8	1887	32,6	1901	26,9
1874	55,9	1888	31,1	1902	28,1
1875	45,2	1889	29,9	1903	26,9
1876	46,2	1890	31,11	1904	28,4
1877	56,9	1891	37,0	1905	29,8
1878	46,5	1892	30,3	1906	28,3
1879	43,1	1893	26,4	1907	30,7
1880	44,4	1894	22,1	1908	32,0
1881	45,4	1895	23,1	1909	36,11
1882	45,1	1896	26,2	1910	31,8
1883	41,7	1897	30,2	1911	31,8
1884	35,8	1898	34,0	1912	34,9
1885	32,1	1899	25,8	1913	31,8
1886	31,0	1900	26,11	1914	34,11

Entnommen aus Ernle a. a. O. 441.

eine Kommission zur Untersuchung der landwirtschaftlichen Notlage eingesetzt, die bis 1882 tagte. Sie hat deren Ursache in erster Linie als Wirkung der ungünstigen Witterung, in zweiter als die der auswärtigen Konkurrenz festgestellt. Desgleichen war man sich klar, daß die Ursachen des Sinkens des Gewinns bei Getreidebau mehr oder weniger dauernde seien, und daß eine Neufestsetzung der Renten unumgänglich sei. So mannigfach die Einwendungen sind, die gegen Trennung der Person des Grundeigentümers und des Bewirtschafters des Bodens erhoben werden können, hier zeigt sich ihr großer Vorteil im Vergleich z. B. zu Deutschland. In Deutschland stellt der Grundeigentümer selbst das zur Bewirtschaftung nötige Kapital. Im ostelbischen Deutschland ist er hoch, teilweise sehr hoch verschuldet, teils weil er beim Ankauf einen großen Teil des Preises schuldig geblieben ist, teils weil er Kapital zur Bewirtschaftung borgen mußte, teils weil er mehr als sein Einkommen verbraucht hat. Sinken die Fruchtpreise, so ist er oft außerstand, die Zinsen seiner Schuld aufzubringen, und ebenso hindert ihn der hohe Betrag seiner Schuld an dem einzigen Mittel, das den Ertrag seines Guts bei sinkenden Fruchtpreisen in Übereinstimmung mit dessen Kapitalwert bringen kann, an der Abschreibung des Werts seines Grundbesitzes. Anders in England bei der Trennung von Grundeigentum und dem der Bewirtschaftung dienenden Kapital. Letzteres zu liefern ist Sache des Pächters. Sinken die Fruchtpreise, so besteht er auf Herabsetzung seines Pachtschillings und gibt die Pacht auf, wo er sie nicht erreichen kann. Ohne dies wird er bankrott. So vollzieht sich in England, wenn auch unter Schmerzen, die unvermeidliche Anpassung des Werts des Grundeigentums an seinen Ertragswert. Man hat berechnet, daß in England und Wales zwischen 1880 und 1884 der jährliche Pachtwert landwirtschaftlich benutzten Bodens in dieser Weise um  $5\frac{3}{4}$  Millionen abgenommen hat. Doch sind in vielen Fällen die Pachtrenten nominell auf der alten Höhe geblieben. Nur Nachlässe wurden bewilligt, deren Betrag ungewiß und daher mit Sorgen ver-



knüpft war<sup>1)</sup>. Nach Aussage von Sir James Caird vor der königlichen Kommission über die wirtschaftliche Depression, 1886, ist das jährliche Einkommen der Grundeigentümer, Pächter und Landarbeiter seit 1876 um £ 42 800 000 gesunken<sup>2)</sup>.

Aber das Schlimmste war damit noch nicht überstanden. Es ist im 46. Kapitel gesagt worden, wie nach der Beseitigung der Kornzölle „Nieder das Korn, hoch das Horn“ die Losung der britischen Landwirte geworden ist. Aber seit 1877 haben Amerika, Kanada, Neuseeland und Argentinien begonnen, auch animalische Produkte in das Vereinigte Königreich einzuführen. Die Folge war, daß der Ausfall in den Einnahmen der Pächter zunahm, während gleichzeitig der Preis der Maschinen und der Arbeit stieg. Die Produktionskosten nahmen zu, während der Gewinn abnahm.

Das Parlament machte einige Versuche, der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. Es bewilligte Gelder zur Minderung der lokalen Abgaben, ergriff Maßnahmen zur Ausrottung von Viehseuchen und zum Schutz gegen Verfälschung der Nahrungsmittel. Ein Landwirtschaftsministerium wurde 1889 errichtet. Aber die Gesetzgebung war außerstand, wirksame Hilfe zu schaffen. Die Leistungsfähigkeit der Betriebe ging zurück. Die Grundeigentümer wurden immer weniger imstand, ihren Pächtern Hilfe zu gewähren. Diese waren außerstand, kostspielige Verbesserungen vorzunehmen; das Drainieren der Felder hörte tatsächlich auf; die Qualität des Bodens ging zurück, und zwar litten die Grafschaften, in denen intensive Wirtschaft ihre größten Triumphe gefeiert hatte, am meisten. Die Rotherträge pro Acre wurden in Großbritannien geringer als in Belgien und Dänemark<sup>3)</sup>. Von 1871 bis 1901 ist das Land, das der Getreideproduktion diente, in England und Wales von 8 244 392 auf 5 880 052 Acres zurückgegangen, während die Fläche, die ewiger Weide diente, gleichzeitig von

---

1) Ernle a. a. O. 377.

2) Ebenda 378.

3) Ebenda 398.

11 367 298 auf 15 399 025 Acres gestiegen ist<sup>1)</sup>. In dem Maße, in dem das Pflugland abnahm, ging die Zahl der Landarbeiter zurück. Die Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen ist in England und Wales von 1 341 578 im Jahre 1861 auf 971 708 im Jahre 1911 gesunken<sup>2)</sup>.

In den Jahren 1883—90 haben bessere Ernten stattgefunden. Herabsetzung der Pachtschillinge, eine Minderung der Zehentabgaben, Nachlaß von Steuern haben den Fortschritt der Verarmung aufgehalten. Aber darauf sind 1891 und 1892 zwei kalte Sommer und 1893 Dürre, 1894 eine schlechte Ernte gefolgt, während die Preise der landwirtschaftlichen Produkte stark herabgingen. Das hat eine zweite Krise hervorgerufen, kaum geringer als die von 1879. Schlechtes Wetter hat dabei nicht die gleiche Rolle gespielt, aber infolge der zunehmenden Konkurrenz des Auslandes ist die Lage schlimmer als 1879 gewesen. Dabei war der Boden in schlechtem Zustand und Eigentümer und Pächter hatten weniger Kapital<sup>3)</sup>. Im September 1893 wurde eine königliche Kommission zur Untersuchung des Notstands der Landwirte eingesetzt. Die Verarmung von Grundeigentümern, Pächtern und des Bodens selbst, die seit der Untersuchung von 1879 stattgefunden hatte und die von der Kommission festgestellt wurde, war erschütternd. Der Wert der Produkte war auf nahezu die Hälfte gesunken, während die Produktionskosten eher zugenommen hatten. Indes haben Leute mit ausreichendem Kapital und großer Energie selbst auf schweren Böden sich gehalten, desgleichen kleine Landwirte, die keine fremden Arbeiter beschäftigten. Im Vergleich zu dem enthüllten Notstand waren die von der Gesetzgebung ergriffenen Maßnahmen der Abhilfe klein<sup>4)</sup>. Doch wurden einige nützliche Gesetze erlassen; indes hatten die Landwirte in der Hauptsache sich selbst zu helfen. Günstigere Witterung, die bessere Ernten brachte, äußerste Sparsam-

---

1) Ernle 378.      2) Ebenda 459.

3) Ebenda 380.      4) Ebenda 381.

keit in den Ausgaben und größere Berücksichtigung vernachlässigter Zweige der Landwirtschaft haben zusammengewirkt, den Druck, unter dem sie litten, zu mindern. Die größte Hilfe aber brachte die beträchtliche Minderung der Pachtschillinge; sie hat zu einer gerechten Verteilung des Drucks der niedrigen Preise zwischen Grundeigentümer und dem den Boden bestellenden Landwirt geführt<sup>1)</sup>.

Seit den schlechten Jahren 1874—85 und unter dem andauernden Druck der auswärtigen Konkurrenz hat der Charakter der britischen Landwirtschaft sich völlig geändert. Zwar haben Betriebsverbesserungen auch in dieser schlechten Zeit nie ganz aufgehört. Aber der Landwirt gelangte zur Erkenntnis des Unterschieds zwischen Gewerbetrieb und Landwirtschaft. Im Gewerbetrieb sinken die Durchschnittskosten des Produkts je größer die Menge des Produzierten; die Landwirte stehen unter dem Gesetze des abnehmenden Ertrags. Als sie sich klar geworden, daß für absehbare Zeit ein Steigen des Getreidepreises nicht zu erwarten sei, wandten sie sich Zweigen der Landwirtschaft zu, die sie bis dahin vernachlässigt hatten. Frühere Nebenzweige des Landwirtschaftsbetriebs erlangten neue Bedeutung. Die Wälder, die bisher nur um ihrer Schönheit und als Aufenthaltsort des Wildes geschätzt worden waren, wurden nunmehr rationellem forstwirtschaftlichem Betrieb unterworfen. Vor allem aber wurde der unterbrochene Fortschritt in der Viehzucht wieder aufgenommen. Die Milchwirtschaft nahm einen außerordentlichen Aufschwung, desgleichen die Blumenzucht, die Gärtnerei für den Markt, die Hühnerzucht. Die Landwirte, die ehemals jeder Änderung zähen Widerstand entgegengesetzt hatten, sind heute neuen Ideen zugänglich, voll Anerkennung, was sie der Wissenschaft verdanken und in allen Zweigen der Landwirtschaft von dem Bewußtsein erfüllt, daß das beste Produkt dasjenige ist, das den besten Absatz verspricht<sup>2)</sup>.

Aber nicht nur der wirtschaftliche Charakter der britischen Landwirtschaft hat sich seit der Mitte der siebziger

---

1) Ernle 382.      2) Ebenda 383—392.

Jahre des 19. Jahrhunderts geändert; auch in den Anschauungen der Nationalökonomien über landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieb und in der Agrarverfassung Großbritanniens haben Änderungen von weittragender Bedeutung begonnen.

Ich habe im zweiten Bande erzählt<sup>1)</sup>, daß Arthur Young, der bei der steigenden Rentabilität des Getreidebaus im 18. Jahrhundert aus wirtschaftlichen Gründen der eifrigste Lobredner des landwirtschaftlichen Großbetriebs und der Einhegungen war, dreißig Jahre später aus sozialpolitischen Gründen ein warmer Befürworter der Wiederbelebung der Kleinbetriebe geworden ist, und daß Sir John Sinclair zum ersten Male die Bildung von Parzellenbetrieben befürwortet hat, gleich denen, die man in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit dem Schlagwort „drei Acres und eine Kuh“ gefordert hat. Er hat als Präsident des Landwirtschaftsamts bereits 1801 eine Prämie für denjenigen ausgesetzt, der in bester Weise eine Darlegung der Mittel gebe, um das System der Parzellenbetriebe im ganzen Königreiche zu verbreiten<sup>2)</sup>. Die sozialen Mißstände, die sich als Wirkungen der Entwicklung zum Großbetriebe herausgestellt hatten, sollten durch künstliche Wiederbelebung der Kleinbetriebe beseitigt werden; die Zuteilung von Parzellen (allotments) sollte den Arbeiter wieder selbständig machen, ihn der Armenunterstützung fernhalten und seine Flucht nach der Stadt einschränken. Aber diese Bestrebungen wurden zu nichts. Denn solange die Getreidepreise stiegen, sicherten die Großbetriebe die höchsten Pachtrenten, und man bezeichnete es „als das größte Übel“ für die Landwirte, wenn man die Arbeiter durch Gewährung von Parzellen „in eine unabhängige Lage brächte“<sup>3)</sup>. An diesen Gesichtspunkten sind selbst die Gesetze von 1819 und 1834, die im Interesse der Armensteuerpflichtigen Parzellenbetriebe zu schaffen

---

1) Band II, 411, 412.

2) Dr. Hermann Levy, Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebs in England, Berlin 1904, 53.

3) Ebenda 54.

bezweckten, und die leidenschaftlich betriebene Agitation der in den dreißiger Jahren gegründeten Labourers' Friend Society gescheitert<sup>1)</sup>).

Und nicht anders erging es John St. Mill. Als er jung war, hatten die englischen Nationalökonomien im Interesse der Zunahme des Reichtums die Einhegung der Gemeinländereien, die Zusammenlegung kleiner Pachtungen, die Anwendung von Maschinen und die Befreiung unternehmungslustiger Grundbesitzer und wohlhabender Pächter von allen sie hemmenden Schranken gepredigt; dann werde die Landwirtschaft gleich Gewerbe und Handel aufblühen. Landwirtschaftliche Kleinbetriebe galten als etwas veraltetes gleich den Handwebern. Die freie Konkurrenz werde sie wegfegen. Neue Methoden würden angewandt werden. Das Kapital werde sich der Landwirtschaft zuwenden und die Arbeitslöhne würden steigen. Der Hauptvertreter dieser Lehre war Mac Culloch<sup>2)</sup>; auch R. Jones<sup>3)</sup> vertrat sie, wenn auch mit anderen Gründen. John St. Mill war entgegengesetzter Meinung<sup>4)</sup>. Seine Kenntnis Frankreichs hatte ihn zum Bewunderer der französischen Bauern und Lobredner des bäuerlichen Kleinbesitzes gemacht. Weitere Belege für dessen Vorzüglichkeit gaben ihm die skandinavischen Länder. Er wurde als Malthusianer durch W. Thorntons Schrift über Übervölkerung<sup>5)</sup> in seiner Auffassung

---

1) Levy 63.

2) J. R. Mac Culloch, Principles of Political Economy, 3. ed. Edinburgh 1843.

3) Richard Jones, An Essay on the Distribution of Wealth and on the Sources of Taxation. London 1831.

4) Principles of Political Economy Book I. Ch. IX, § 4. Auch 1870 hat J. S. Mill im 7. Band der Fortnightly Review N. S., 641 ff. On the Land Question eine Besprechung des Buches von T. E. Cliffe Leslie „Land Systems and Industrial Economy of Ireland, England and Continental Countries“, London 1870, veröffentlicht, worin er für Kleinkultur eintritt. In dieser Besprechung wendet er sich ebenso wie Leslie gegen den Dogmatismus in der Nationalökonomie.

5) W. Thornton, Overpopulation and its Remedy. London



bestärkt. Er zeigte sich hier, wie in anderen Stellen seines Werks, als das Gegenteil eines Plutonen. Wie Adam Smith war ihm die soziale Hebung der Masse das Ziel.

Aber so lange die Renten bei Großbetrieb stiegen, haben sozialpolitische Gesichtspunkte auf die Landwirte nichts vermocht, und es wurde schon oben gesagt: die auf die Beseitigung der Kornzölle folgenden Jahre sind bis 1874 die Zeit der größten Blüte der britischen Landwirtschaft gewesen. Die Renten sind in dieser Zeit nach Caird um 30 Prozent, nach Giffen um 25 Proz. gestiegen<sup>1)</sup>. Das hat zu weiterer Ausdehnung der Großbetriebe geführt. Die Kleinbetriebe zeigten Vorzüge vor diesen nur, wo es sich nicht um Getreidebau und Mästung von Vieh, sondern um Molkereiwirtschaft, Geflügelzucht, Obstbau, Eierverkauf u. dgl. handelte<sup>2)</sup>.

Aber seit 1874 kam die Einwirkung der geschilderten Fortschritte im Verkehrswesen des Auslands und in der Seeschifffahrt und in deren Folge ein Sinken der Getreide- und Fleischpreise<sup>3)</sup>. Eine Rückkehr zu Schutzzöllen war ausgeschlossen. Ihre Beseitigung hatte den arbeitenden Klassen zu sehr genützt, und diese hatten nunmehr das Wahlrecht. Dabei waren die Löhne gestiegen. Der Masse war der Verbrauch von Lebensmitteln zugänglich geworden, die nur im Inland erzeugt werden konnten. Daraus entstand, als der Getreidebau und teilweise auch die Fleischproduktion unrentabel wurden, ein neues Feld für landwirtschaftliche Betätigung. An die Stelle der Herstellung von Fleisch mittlerer Qualität trat die erstklassigen Fleisches<sup>4)</sup>. Man ging zur Weidewirtschaft über, und die ewige Weide nahm zu; desgleichen der Rindviehstand und das durchschnittliche Lebendgewicht der Tiere. Die wachsende Nachfrage nach erstklassigem Fleisch machte

---

1840. Denselben Gedankengang verfolgte Thorntons Schrift: *A Plea for Peasant Proprietors*, 1848, 2 ed. 1874.

1) Siehe Levy a. a. O. 75.

2) Ebenda 79.

3) Ebenda 94.

4) Ebenda 99—108.



die Verfeinerung in der Viehzüchtung zur Notwendigkeit. Es entstand nun mehr und mehr eine Zucht von Herdbuchvieh, und die Bewunderung, welche die in England gezüchteten Tiere in allen Ländern fanden, hat zu einer wachsenden Ausfuhr englischen Herdbuchviehs nach Kanada, Südamerika, den Vereinigten Staaten usw. geführt<sup>1)</sup>. Es hat ferner das Molkereiwesen bedeutende technische Fortschritte gemacht. Als der Weizenbau unrentabel wurde, wuchs das Interesse für die Produktion von Butter, Käse, frischer Milch, Rahm; in der Milch- und Rahmproduktion hatte man auf dem heimischen Markt ein Monopol. Außerdem wandte man sich dem Obstbau, Gemüsebau, der Geflügelzucht zu. Ihre Rentabilität zeigen die hohen Pachtrenten, die der ihnen gewidmete Boden abwirft. Hand in Hand mit den sich ändernden Absatzverhältnissen ist also eine Änderung in der Produktion und damit ein neuer landwirtschaftlicher Aufschwung eingetreten. Damit aber auch eine Änderung in den Verhältnissen der Grundeigentümer, Pächter und Arbeiter und im Zusammenhang damit eine veränderte Stellungnahme zu landwirtschaftlichem Groß- und Kleinbetrieb bei Nationalökonomern und in der Gesetzgebung.

Zunächst von den Grundeigentümern. Ich habe in der ersten Hälfte des dritten Bandes erzählt<sup>2)</sup>, welcher Sturm sich gegen Cobden und Bright erhob, als sie in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts den Ruf nach Freihandel in Land erhoben. Der Herausgeber der „Times“ beschuldigte die Beiden, daß sie die Erweiterung des Stimmrechts als ein Mittel anpriesen, sich des Landes der Großgrundbesitzer zu bemächtigen, um es unentgeltlich unter die Armen zu verteilen. Aber ich habe auch erzählt, in welchem Maße Primogeniturerbfolge und Fideikomnisse

---

1) Nach Levy a. a. O. 101 wurden an Stammbaumtieren ausgeführt in den

Jahren	Pferde	Rindvieh	Schafe
1876—1880	3 606	626	2818
1887—1895	6 619	3048	5277
1896—1900	32 909	3345	8765

2) Band III 1, 253.

in Großbritannien zur Konzentration des Grundbesitzes in wenigen Händen geführt hatten, und daß es der Mehrzahl der Grundbesitzer an Kapital fehlte, um die Landwirtschaft zu den größtmöglichen Erträgen zu bringen<sup>1)</sup>. Die letztere Erwägung ist der Anlaß zum Improvement of Land Act 1864 (27 & 28 Vict. c. 114) gewesen, der dem jeweiligen Inhaber eines gebundenen Gutes ermöglicht, dieses mit Schulden zu belasten, um bestimmte Verbesserungen, wie Drainage, die Errichtung landwirtschaftlicher Gebäude, den Bau von Straßen sowie von Arbeiterhäusern vornehmen zu können. Was solche Verbesserungen bisher gehindert hatte, war die Belastung der gebundenen Güter teils zugunsten anderer Mitglieder der Familie, teils durch Schulden, die der frühere Besitzer kontrahiert hatte, gewesen. Ein anderes Hindernis war, daß der jeweilige Besitzer, der nur ein Interesse für Lebensdauer hatte, durch Verwendung von Kapital auf Verbesserungen das Land zugunsten seines Nachfolgers im Besitze verbessert, dagegen die testamentarische Verfügung über sein Vermögen um den verwendeten Betrag verloren hätte.

Es wurden nun Gesellschaften zur Bodenverbesserung gegründet, die Geld zur Vornahme von Verbesserungen vorstreckten. Aber eine Schwierigkeit war, daß ein Beamter, nicht der Grundbesitzer, Natur und Ausdehnung der Verbesserung bestimmte. Das hat zu Reibungen geführt und viele Grundeigentümer abgeschreckt, von dem Gesetze Gebrauch zu machen. Das Gesetz schlug fehl. Wie Lord Salisbury 1873 im Oberhause anführte, sind von 20 000 000 acres, die in England und Wales der Drainage benötigten, bis dahin nur 3 000 000 drainiert gewesen.

Aber noch 1873 war die Zeit, da Getreide- und Viehpreise auch ohne große Kapitalverwendungen in den Boden hohe Renten abwarfen. Mit den seit 1874 eingetretenen Änderungen in der Rentabilität der bisherigen Art der Bodennutzung ist eine Änderung auch in der Stellung der Aristokratie zum Landbesitz eingetreten. Suchte sie früher

---

1) Bd. III 1, 254, 255.

ihr Land zu binden, um in einer Hand möglichst viel Land zu vereinen, und die kleinen Pachtbetriebe zu mittleren und großen zusammenzulegen, so versprach jetzt sowohl der Verkauf des Grundeigentums im Kleinen ein gutes Geschäft als auch die Ersetzung großer und mittlerer Pachtbetriebe durch kleine höhere Renten. Um den Verkauf der gebundenen Güter zu erleichtern, haben die Lordkanzler konservativer Kabinette, Lord Cairns und Lord Halsbury, Reformen durchgesetzt, von denen schon früher gesprochen worden ist<sup>1)</sup>.

Damit war aber erst eine Vorbedingung besserer Bodenbewirtschaftung geschaffen. Eine andere war die Verbesserung des Rechtes der Pächter. Es ist klar, daß die Pächter, wenn man von ihnen verlangte, daß sie ihr Kapital zu Meliorationen verwendeten, Sicherheit haben mußten, das aufgewendete wieder zurückzuerhalten. Aber Grundeigentümer und Gesetzgebung waren sehr langsam, dies anzuerkennen. Unter Eduard I. war im Statut von Gloucester bestimmt worden: *Quidquid plantatur solo solo cedit*. Danach hatte der Bebauer eines Grundstücks kein Recht, wenn sein Pachtvertrag beendet war, Ersatz für den von ihm für Verbesserungen gemachten Aufwand zu fordern oder sie, wo dies möglich war, zu beseitigen, weder Gebäude noch Bäume, die er gepflanzt hatte, und noch weniger konnte er Entschädigung fordern für Bodenverbesserungen durch Düngung, für die er bei Beendigung seines Vertrages noch nicht Ersatz gefunden hatte. Nur an einzelnen Orten galten kraft Gewohnheitsrecht dem Pächter günstigere Bedingungen. Aber sie waren sehr verschieden, und selbst die günstigsten waren unzureichend. Die Lage der englischen Pächter war um so unsicherer, als in England, anders wie in Schottland, die Pachtverträge für nicht länger als ein Jahr abgeschlossen wurden<sup>2)</sup>.

Die 1843, 1847, 1850 gemachten Versuche dem Notstand der Pächter abzuhelpen, sind im Parlament gescheitert.

1) Band III 1, 258, 259.

2) The Rt. Hon. G. Shaw Lefevre, M. P., *Agrarian Tenures*. London 1893, 47—50. — Ernle 401 ff.

Unterdessen war die Frage außerhalb desselben immer brennender geworden. Mit der Gründung der Vereinigten Landwirtschaftskammern im Jahre 1866 erlangte die Meinung der Landwirte verstärkten Einfluß. Das Ergebnis war das 1875 erlassene Gesetz (38 & 39 Vict. c. 93), das die Bedingungen des Ersatzes für Pächter festsetzte. Leider hat dieses Gesetz den Grundeigentümern gestattet, seine Geltung durch Vertrag auszuschließen; die damals in Kraft befindlichen Pachtverträge konnten von den Grundeigentümern, welche die Anwendbarkeit des Gesetzes verhindern wollten, innerhalb 6 Monaten nach dessen Erlaß gekündigt werden; darauf hat es Kündigungen wie Schneeflocken geschneit; die Grundherren haben mit wenigen Ausnahmen die Geltung des Gesetzes für ihre Pachtungen durch Kündigung ausgeschlossen; selbst der Antragsteller des Gesetzes hat dies für seine zahlreichen Pachtungen getan. Nur solche Pächter erhielten Schutz, deren Grundherren aus Nachlässigkeit versäumt hatten, zu kündigen.

Die Unsicherheit der Pächter, für ihren auf Bodenverbesserungen gemachten Aufwand Ersatz zu erlangen, dauerte also fort. Dies mußte besonders fühlbar werden, als die Rücksicht auf die höheren Renten, welche kleine Pachtgüter abwarfen, den Bestrebungen der Sozialpolitiker, solche zu schaffen, große Beachtung zu verschaffen anfang. Wenn man sich von dem 1883 erlassenen Agricultural Holdings Act (46 & 47 Vict. c. 61) Erfolg versprechen wollte, mußte man dem Pächter den benötigten Schutz zu teil werden lassen. Dementsprechend wurde in dem Agricultural Holdings Act ein Ersatztarif für die verschiedenen Arten von Verbesserungen festgesetzt und bestimmt, daß die Grundherren seine Geltung durch Vertrag nicht sollten ausschließen können, und daß die Bestimmungen des Gesetzes allen in verschiedenen Landesteilen geltenden Gewohnheitsrechten, außer wo diese den Pächtern günstiger seien, vorgehen sollten<sup>1)</sup>.

Die Rücksicht auf die notwendige intensivere 'Be-

---

1) Shaw-Lefevre 51.

stellung des Bodens hat zur Beseitigung eines weiteren Mißstands geführt, unter dem die Pächter seit unvordenklicher Zeit gelitten hatten. Wenn das von dem Grundherrn oder seinem Jagdpächter in übertriebenem Maße gezüchtete Wild die Anpflanzungen des Pächters schädigte, hatte dieser es nicht töten können, ohne sich des Wilddiebstahls schuldig zu machen. Der Act 43 & 44 Vict. c. 47 von 1880 hat dem Pächter ein unzerstörbares Recht gegeben, in Konkurrenz mit seinem Grundherrn das auf seinem Pachtland befindliche Wild zu töten. Dieses Gesetz ist im großen und ganzen erfolgreich gewesen. Immerhin hat es Grundherrn gegeben, die ihren Pächtern kündigten, wenn sie von ihrem Rechte Gebrauch machten<sup>1)</sup>.

Eine Wirkung der schlechten Lage der Landwirtschaft war ferner die Klausel 17 des schon genannten Agricultural Holdings Act von 1883. Es fehlte den großen Betrieben an Pächtern, denn es fehlte an dem zu intensiverer Bestellung nötigen Kapital. Wie schon bemerkt, waren die Roterträge pro acre in Großbritannien geringer als in Belgien und Dänemark. Das hat den Gedanken an die Rückkehr zum Kleinbetriebe und zwar nicht nur durch Pächter, sondern durch bäuerliche Eigentümer unterstützt. Man sagte, da es an Kapital zu intensiverer Bestellung fehlt, versuchen wir es mit intensiverer Arbeit. Diese wird vom bäuerlichen Eigentümer geleistet. Außerdem führt die Schaffung bäuerlicher Eigentümer zur Rückkehr aufs Land und schafft ein Bollwerk gegen die Agitation für Bodenverstaatlichung und andere sozialrevolutionäre Bestrebungen. Dementsprechend vielfacher Verkauf von Land entweder an die Pächter oder an andere. Aber auch die Pächter brauchten Staatshilfe, die sie instand setzte, den Kaufschilling gegen ratenweise Abzahlung zu borgen<sup>2)</sup>. Dabei diente das Vorgehen der Verwalter der Kirchengüter als Vorbild. Diese verkauften nie Land, ohne es den Pächtern zum Kauf anzubieten. Sie verlangten die

---

1) Shaw-Lefevre 53—55.

2) Ernle 394—399.



Anzahlung von 15 Proz. des Kaufpreises und die Tilgung des Rests durch Ratenzahlung während einer Anzahl Jahre. In dieser Weise hatten sie 1883 167 000 acres an 257 Pächter für £ 340 000 verkauft und dabei einen besseren Preis erzielt, als sie sonst erzielt hätten. Die Klausel 17 des Agricultural Holdings Acts 1883 hat diese Politik übernommen und ausgedehnt. Sie hat die Grafschaftsräte ermächtigt, Pächtern von 50 acres und weniger Geld zu leihen, damit sie ihre Pachtgüter ihren Grundherrn abkaufen könnten. Das Geld soll während 50 Jahren in Raten zurückgezahlt werden. Tatsächlich ist es der Staat, der das Geld vorschießt, und der Grafschaftsrat nur der vermittelnde Agent<sup>1)</sup>.

1886, zur Zeit großer wirtschaftlicher Depression, hat Lord Salisbury, der damalige Premierminister, es als eines der Ziele seiner Regierung erklärt, die Zahl der kleinbäuerlichen Eigentümer zu vermehren. In Ausführung dieses Gedankens wurde The Glebe Lands Act 1888 (51 & 52 Vict. c. 20) erlassen, der die der Landgeistlichkeit zugeordneten Ländereien an kleine Landwirte zu verkaufen bezweckte. Es gab in England und Wales mehr als 600 000 acres in Besitz der Geistlichkeit. Vielen Geistlichen wurde die Bewirtschaftung in der schlechten Zeit schwer. Man dachte, ihr Verkauf werde gleichzeitig die Geistlichkeit von einer Last befreien und eine Gelegenheit geben, die Zahl der kleinbäuerlichen Eigentümer zu mehren.

Aber das Gegenteil des Beabsichtigten wurde erreicht. Es war nicht vorgesehen, daß die Käufer befugt seien, einen Teil des Kaufschillings gegen Hypothek stehen zu lassen; als Regel war es aber kleinen Leuten nicht möglich, den ganzen Kaufpreis auf einmal zu zahlen. Auch fehlte in dem Gesetze eine Bestimmung, wonach ein bevorstehender Verkauf bekannt gegeben werden mußte. Das Ergebnis war: die verkauften Pfarrländereien wurden zumeist von den Eigentümern benachbarter Grundstücke gekauft, und das Gesetz hatte die Wirkung, in ländlichen Kirchspielen

---

1) Shaw-Lefevre 55, 56.



das Landmonopol statt die Zahl der kleinbäuerlichen Eigentümer zu mehren<sup>1)</sup>).

Vier Jahre später hat der Small Agricultural Holdings Act 1892 (55 & 56 Vict. c. 31) dasselbe Ziel verfolgt. Das Gesetz entsprach den Vorschlägen eines Ausschusses, der unter Chamberlains Vorsitz getagt hatte, und den Gesetzentwürfen, die Jesse Collings, R. T. Reid und andere in drei bis vier aufeinanderfolgenden Jahren im Parlament eingebracht hatten. Ähnlich wie nach Klausel 17 des Small Agricultural Holdings Acts 1883 sollten die Lokalbehörden, unterstützt durch Darlehen seitens des Staates zu niedrigem Zinsfuß und rückzahlbar in Raten während einer Anzahl Jahre, Land ankaufen, dasselbe in Lose verteilen und die Lose an kleine Eigentümer und Pächter vergeben<sup>2)</sup>). Chaplin, damals Präsident des Landwirtschaftsamts, erklärte bei Einbringung des Gesetzes als dessen Zweck, eine kleinbäuerliche Bevölkerung wieder zu schaffen und die Rückkehr zum Land herbeizuführen<sup>3)</sup>). Lord Salisbury sah darin das stärkste Bollwerk gegen eine soziale Revolution<sup>4)</sup>).

Die Grafschaftsräte waren durch das Gesetz mit seiner Ausführung betraut worden. Das war ein Fehler gewesen. Die Personen, die als Mitglieder der Grafschaftsräte gewählt wurden, waren meist Grundbesitzer, und diese taten alles, um das Gesetz unwirksam zu machen<sup>5)</sup>). In den zehn Jahren von 1892—1902 haben nur 10 Grafschaftsräte in England und Wales von dem Gesetze von 1892 Gebrauch gemacht und im ganzen 569 acres zur Gründung kleinbäuerlicher Besitztümer angekauft. Collings schreibt<sup>6)</sup>): „Sieht man zu, so ist das Gesetz da erfolgreich gewesen, wo Männer der nicht grundbesitzenden Klasse Mitglieder der Grafschaftsräte waren, Männer, die frei von Vorurteilen

1) Shaw-Lefevre 76—78.

2) Siehe auch Hasbach 345.

3) Die Rede ist abgedruckt bei Shaw-Lefevre 79 ff.

4) Ebenda 85, 86.

5) Siehe das Zitat bei Jesse Collings 210.

6) Jesse Collings 212, 213.

und politischen Erwägungen der Frage eine freiere Auffassung entgegenbrachten.“

Aber der Landhunger der besitzlosen Landarbeiter hat damit nicht aufgehört, und ebensowenig der rastlose Eifer Jesse Collings', eines sehr ehrlichen, wohlwollenden Mannes. Er war ein schutzzöllnerischer Agrarier, unterscheidet sich aber von den deutschen dadurch, daß er für die Interessen der Bauern eintrat, um das Monopol der Großgrundbesitzer zu brechen, während die deutschen Agrarier ein nicht vorhandenes Interesse der Bauern an Getreidezöllen vorschützen, um das Monopol der Großgrundbesitzer zu erhalten. Er hat im Februar 1905 einen Gesetzentwurf im Unterhause eingebracht, „um den Verkauf von Land an Pächter zu erleichtern und das System bäuerlicher Grundeigentümer in England und Wales auszuweiten“. Im März 1905 hat er einen Gesetzentwurf zur Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts in den Elementarschulen eingebracht<sup>1)</sup>. Seine Gesetzentwürfe sind nicht Gesetz geworden. Dagegen wurde 1907 unter dem Ministerium Campbell-Bannerman der Small Holdings and Allotment Act, 7 Edw. VII c. 54, erlassen, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Jeder Grafschaftsrat wird ermächtigt, kleine Bauerngüter ins Leben zu rufen, falls nachweislich eine ausreichende Nachfrage danach besteht, d. h. wenn irgend eine Person eine dahingehende Petition an den Grafschaftsrat richtet und dieser selbst sich überzeugt, daß eine ausreichende Nachfrage vorhanden ist. Der Staat hat dem Kauflustigen das zum Ankauf des Landes nötige Kapital zu niedrigem Zins vorzuschießen, doch muß der Käufer sofort mindestens 20 Prozent des Preises anzahlen. Den Zins von einem Viertel des bleibenden Restkaufschillings darf der Käufer als ewige Rente auf dem Lande stehen lassen; die übrigen drei Viertel muß er in halbjährlichen Zahlungen verzinsen und tilgen. Wo der Bewerber nicht in der Lage ist zu kaufen, kann der Grafschaftsrat ihm ein Bauerngut verpachten. Aber ein

---

1) Jesse Collings 1—23.

solches Gut darf nicht größer als 15 acres sein, noch von größerem Wert, als einer jährlichen Rente von £ 15 entspricht. Das Hauptziel des Gesetzes war die Schaffung bäuerlicher Eigentümer, nicht kleiner Pächter.

Der Erfolg dieses Gesetzes hat den Erwartungen seiner Urheber nicht entsprochen. Wie Lord Ernle<sup>1)</sup> ausführt: die Forderung sofortiger Anzahlung von 20 Proz. des Kaufpreises entspricht nicht den Verhältnissen der Bewerber; sie beraubt sie entweder ihres Betriebskapitals oder zwingt sie, mit geborgtem Geld zu beginnen. Aber wo diese Bedingung fehlt, fehlt es nicht an Bewerbern. Als der Herzog von Bedford 17 bäuerliche Besitztümer, bei denen eine solche Anzahlung nicht verlangt wurde, zum Verkauf stellte, haben sich 500 Bewerber gemeldet. Das Gesetz von 1907 hat eine gewisse Menge Land zur Verfügung gestellt. Aber seine Einzelbestimmungen sind so verkehrt, die Renten, deren Zahlung es verlangt, so hoch, die Zinsen und Ratenzahlungen für so notwendige Verbesserungen wie die der Straßen so außerordentlich, daß seine Wirksamkeit eine beschränkte sein mußte. Außerdem, sobald die Nachfrage nach Bauerngütern einigermaßen befriedigt ist, dürfte der Druck auf die Grafschaftsratskandidaten, daß die Renten gemindert werden, so stark werden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Steuerzahler große Verluste leiden werden. Endlich ist zu bemerken, daß die Bewerber um Güter in sehr großem Maße Personen in einer weit besseren wirtschaftlichen Lage gewesen sind, als die, welche das Gesetz im Auge gehabt hat. Personen, die Landarbeiter und sonst nichts sind, scheuen als Regel vor dem Wagnis eines Ankaufs zurück, außer wo sie imstande sind, eine Genossenschaft zu bilden.

Mit diesem Fehlschlagen des Gesetzes haben aber die Bestrebungen zur Wiederherstellung eines Bauernstands in Großbritannien nicht aufgehört. Die in der ersten Hälfte

---

1) Ernle a. a. O. 412.

des dritten Bandes<sup>1)</sup> besprochenen Neuerungen in der Erbschaftsbesteuerung, besonders das Erbschaftssteuergesetz Lloyd Georges von 1909, das nicht nur die von Sir William Harcourt eingeführte progressive Besteuerung von Legaten und Erbschaften im Verhältnis zum Wert der gesamten, auch der nicht nutzbringenden Hinterlassenschaft weiter erhöht, sondern auch die ohne Verdienst des Eigentümers, sei es durch Anwachsen der Bevölkerung und ihres Reichtums, sei es infolge der vom Pächter vorgenommenen Bodenverbesserungen eingetretene Werterhöhung des Landes der Steuer unterworfen hat, hat das Streben der Großgrundbesitzer ihren Besitz zu verkaufen mächtig gesteigert. Die besten Preise werden aber bei Zerschlagen des Grundbesitzes in Lose, die kleinen Leuten zugänglich sind, erzielt. Ich werde, wenn ich auf die Entwicklung der britischen Landwirtschaft nach dem Kriege zu sprechen komme, hierauf zurückkommen.

Doch muß ich, bevor ich weiter fahre, noch eine Reform erwähnen, welche die Notwendigkeit, zu intensiverer Bodennutzung überzugehen, den Pächtern, großen wie kleinen, trotz zähen Widerstands der Grundeigentümer gebracht hat, die Reform der Zehentgesetzgebung. Der Zehentberechtigte beteiligt sich weder mit Kapital noch mit Arbeit an der landwirtschaftlichen Produktion, nimmt aber teil an dem durch intensivere Bestellung erzielten größeren Rohertrag. Er wird damit zu einem Hindernisse des Übergangs zu besserer Bodenbestellung. Auf die Werte, die dadurch verloren gehen, kann man aus dem Jahreswert des 1836 in England erhobenen Zehents schließen; er wurde damals auf £ 4 053 985 6s 8 $\frac{1}{2}$  d geschätzt, wovon £ 962 289 15 s auf weltliche Zehentberechtigte kamen. Er war eine Steuer auf Verbesserung des Anbaus. Wie feindlich die Pächter ihm gegenüberstanden, erhellt aus den von Lord Ernle angeführten Beispielen<sup>2)</sup> von Landwirten, welche Grundstücke unbebaut ließen oder absichtlich schlecht bestellten,

---

1) Band III 1, 506 ff.

2) Ernle 341 ff.

nur um keinen Zehent zahlen zu müssen. Da war schon 1836 ein Gesetz erlassen worden, das an die Stelle eines Naturalzehents wandelnde Geldabgaben setzte und bestimmte, daß der Grundeigentümer bei Fehlen einer Abmachung mit seinem Pächter den Zehent zu zahlen habe. Aber es war die fast allgemeine Regel, daß der Grundeigentümer im Pachtvertrag den Pächter zur Zahlung des Zehnten verpflichtete. In gewöhnlichen Zeiten hatte dies nicht viel bedeutet, da die Pachtrente um so viel niedriger festgesetzt wurde. Anders, als die Preise sanken. Die Zehentberechtigten waren nicht geneigt, an dem Zehent nachzulassen. Da hat ein Zehentgesetz von 1891 (54 Vict. c. 8), im Interesse intensiverer Wirtschaft der Pächter bestimmt, daß ungeachtet entgegenstehender Verträge der Grundeigentümer den Zehent zu zahlen habe. Seitdem haben die Grundeigentümer den Zehent bezahlt<sup>1)</sup>.

Indes weder Grundeigentümer noch Pächter, weder allein noch zusammen, sind der Mittelpunkt, um den sich heute die britische Landwirtschaft dreht. Nach der Aussage aller Sachverständigen ist, worum es vor allem sich handelt, die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte. Die damit verbundenen Schwierigkeiten hängen aber mit dem Schicksal der britischen Landarbeiter, seitdem Grundeigentümer und Pächter von nichts anderem als dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinn beseelt sind, aufs Engste zusammen<sup>2)</sup>.

Sir Donald Mackenzie Wallace hat das Los der Hörigen der besseren russischen Grundbesitzer vor der russischen Bauernbefreiung als unzweifelhaft besser als das der britischen Landarbeiter bezeichnet<sup>3)</sup>. Und erinnern wir uns: noch 1831 sind drei Landarbeiter gehängt und 457 deportiert worden, weil sie sich koalierten, um eine Lohnerhöhung auf

---

1) Shaw-Lefevre 58.

2) Siehe Dr. W. Hasbach, Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegung. Leipzig 1894. F. E. Green, A History of the English Agricultural Labourer 1870—1920, London 1927.

3) The Cambridge Modern History XI. Cambridge 1920, 274.



12 s die Woche zu erlangen<sup>1)</sup>! Noch in den siebziger Jahren hat der Lohn des Landarbeiters zum anständigen Unterhalt auch nur einer Person nicht ausgereicht, und, wenn er Familie hatte, war er auf Unterstützung durch andere angewiesen<sup>2)</sup>; noch in den neunziger Jahren lesen wir von Wochenlöhnen von 8, 9 bis 11 s, selten darüber<sup>3)</sup>. Der Zustand der Arbeiterhäuser spottete aller Beschreibung; es gab Dörfer, in denen auf 44 Einwohner nur 3 Abtritte kamen und der Regen durch die Dächer in die Wohnungen drang<sup>4)</sup>. Wir lesen von „gebundenen Wohnungen“, tied cottages, d. h. von Wohnungen, deren Bewohner in keinem anderen Betriebe Arbeit nehmen durften, auch wenn in diesem weit höhere Löhne gezahlt wurden<sup>5)</sup>. Da es viel zu wenig Arbeiterwohnungen gab, mußten die in „gebundenen Wohnungen“ Untergebrachten sich in alles, was ihr Arbeitgeber ihnen zumutete, fügen. Dabei erwäge man, daß ihre Arbeitgeber auch ihre Richter waren und es darunter solche gab, die prinzipiell zu den strengsten Strafen verurteilten<sup>6)</sup>. Es wird berichtet, daß noch in den siebziger Jahren ein aus einem „gebundenen Hause“ vertriebener Arbeiter, brotlos geworden, genötigt wurde, das Haus, das er mit seiner Familie bewohnt hatte, selbst einzureißen, und ein anderer, aus einem „gebundenen Hause“ Vertriebener, der, weil er seine Habe, für die er keine Unterkunft fand, auf die Landstraße setzte, wegen Behinderung des Verkehrs bestraft worden ist<sup>7)</sup>. Wahrlich die tatsächliche Abhängigkeit des Landarbeiters unter der Herrschaft des Kapitalismus ist nicht geringer gewesen, als sie zur Zeit der Hörigkeit war.

Dabei waren es nicht die Grundeigentümer und Pächter allein, von denen die Bedrückung der Landarbeiter ausging; es gehörten dazu auch alle, die von jenen wirtschaftlich abhängig waren<sup>8)</sup>, Ärzte, Wirte und vor allem die angli-

---

1) Band III 1, 158, 159.

2) F. E. Green a. a. O. 28.

3) Ebenda 117.      4) Ebenda 121.      5) Ebenda 73.

6) Ebenda 43, 44.

7) Ebenda 73, 74.      8) Ebenda 28—46.



kanische Landgeistlichkeit. Wo Angehörige derselben als Friedensrichter fungierten, haben sie die grausamsten Urteile gefällt. Nur die methodistischen Prediger und Kardinal Manning haben sich der Landarbeiter angenommen; von der anglikanischen Geistlichkeit sind The Hon. and Rev. J. W. Leigh, der Dechant von Hereford, der Canonikus Tuckwell, Bischof Fraser und vor allem der Canonikus Girdlestone als ihnen freundlich zu nennen<sup>1)</sup>. Er und seine Familie hatten dafür unter Verfolgungen seitens der Pächter zu leiden. Doch hat ihn dies nicht abgeschreckt, 6 Jahre lang der Sache der Landarbeiter zu dienen<sup>2)</sup>.

Ich habe schon im dritten Bande<sup>3)</sup> von dem Gewerkverein gesprochen, den Joseph Arch, ein Heckenschneider und primitiver Prediger, 1872 unter den ländlichen Arbeitern Warwickshires ins Leben gerufen hat, um der Not der Landarbeiter abzuhelpen, und von dem außerordentlichen Aufschwung, den die Koalitionen der Landarbeiter in den ersten Jahren nach seiner Gründung genommen haben. Hasbach hat über ihre Geschichte bereits berichtet<sup>4)</sup> und noch ausführlicher F. E. Green in seiner Geschichte der englischen Landarbeiter<sup>5)</sup>. Der leidenschaftliche Widerstand, den sie bei Grundeigentümern, Pächtern und in den von diesen wirtschaftlich oder gesellschaftlich abhängigen Kreisen fanden<sup>6)</sup>, tritt uns daraus anschaulich entgegen. Aber wie ich schon berichtet habe<sup>7)</sup>, ist auf den Aufschwung dieser Koalitionen ihr ebenso rascher Rückgang gefolgt. So groß die Verdienste sind, die sich Arch durch seine klaren und unerschrockenen Aussagen vor der königlichen Agrarkommission von 1881 erworben hat, so ist er doch kein Organisator gewesen, und auch die Gewerk-

---

1) F. E. Green 37.

2) Ebenda 24, 25.

3) Band III 1, 553, 554. Man lese den trefflichen Aufsatz von Lloyd Jones, Die jüngste Landarbeiterbewegung in England, in Thiels Landw. Jahrb. 1875.

4) Hasbach a. a. O. 304—330.

5) Green a. a. O. 23—120.

6) Green 28—46, bes. 37.

7) Band III 1, 554.

vereine, die nach dem Gelingen des Dockerstreiks von 1889 gemäß einem Beschlusse des Gewerkvereinskongresses von 1890 von den städtischen Gewerkvereinen und unabhängig von diesen von Bodenverstaatlichern auf dem Lande gegründet worden sind, konnten gegen die Übermacht der Besitzenden nicht aufkommen<sup>1)</sup>. Ganz besonders ist es die durch den Mangel an Wohnungen verstärkte Abhängigkeit der Landarbeiter gewesen, was deren Arbeitseinstellungen zu nichts hat kommen lassen. Die Besserung ihrer Löhne, soweit eine solche erzielt wurde, ist allein der von Canonikus Girdlestone befürworteten Abwanderung der Landarbeiter in andere Grafschaften und ins Ausland zu danken gewesen. Auf Betreiben ihres Gewerkvereins sind 700 000 Arbeiter ausgewandert. Kein Zweifel, daß die Unterstützung, welche der Gewerkverein beim britischen Publikum und den Regierungen der Kolonien gefunden hat, den zähen Widerstand der Landwirte gebrochen hat. Es gelang durch den Mangel an Arbeitern, die deren Auswanderung hervorrief, die Löhne um 1 s 6 d oder 2 s, in einigen Fällen um 3 oder 4 s zu steigern. Kanada, Neuseeland und Australien haben auf Kosten der britischen Landwirtschaft gewonnen<sup>2)</sup>.

Die mit dem Sinken der Getreidepreise und Fleischpreise stattgehabte Verlegung des Schwerpunkts der britischen Landwirtschaft in Produktionen, in denen der Kleinbetrieb dem Großbetrieb überlegen war, wie Milchwirtschaft und Gartenbau, sowie der zunehmende Mangel an Arbeitern, haben die Wirkung gehabt, daß nun auch die Kreise, für die bis dahin die Erzielung des größtmöglichen Gewinns der allein maßgebende Gesichtspunkt gewesen war, der Agitation der Sozialpolitiker für Kleinbetrieb Verständnis entgegen zu bringen anfangen. Sowohl die Armen-gesetzgebung von 1819, als auch das Armengesetz von 1834 haben Bestimmungen gekannt, wonach Parzellen an landwirtschaftliche Arbeiter verpachtet werden konnten.

---

1) Green 96 ff.

2) Hasbach 310; Green 45, 46.

Dabei war man allerdings weder von Rücksichten auf das Wohl der Arbeiter, noch von landwirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern lediglich von dem Streben geleitet gewesen, die Armenlast der Armensteuerepflichtigen zu mindern. Die Feldgärten, die auf diesen Parzellen angelegt wurden, haben sich nicht schlecht bewährt; doch sind die Organe der Armenverwaltung für die Durchführung solcher Bestimmungen weniger geeignet gewesen, als die Privatpersonen, die freiwillig und verständnisvoll Feldgärten eingerichtet hatten. Auch war die Stimmung vieler Kreise dem Landbesitz der Arbeiter nicht freundlich. Der Pächter hielt daran fest, daß ein Arbeiter mit Besitz zu unabhängig sei; er behauptete, daß er nachlässig und faul werde; daß er einen großen Teil seiner Arbeitskraft in der eigenen Wirtschaft ausgeben werde, daß er stehlen werde, um seine Tiere zu ernähren, und daß er seine Rente gar nicht oder nicht pünktlich zahlen werde<sup>1)</sup>. Nichtsdestoweniger ist es in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts der Labourers' Friend Society gelungen, 7400 Parzellenbesitze in verschiedenen Teilen Englands zu schaffen. Sie pachtete Land und verpachtete es wieder an Arbeiter. In Kent waren davon 2360 eingerichtet worden; 1881 bestanden nur noch 300; in anderen Grafschaften hatte man sie anscheinend noch gründlicher beseitigt. Bitter wurde von den Arbeitern der unverhältnismäßig hohe Pachtzins empfunden, den sie bezahlen mußten. Die Regel war, daß der Arbeiter 25 oder 30, in einigen Fällen 40 Proz. mehr Pachtzins zahlte als vorher der Pächter<sup>2)</sup>.

Im Jahre 1845 hat Cowper, der spätere Lord Mount Temple, einen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht, der den großen Mängeln des Voluntarismus in der Beschaffung von Feldgärten abzuhelpen bezweckte. Er scheiterte am Widerstand nicht nur der Agrarier, sondern ebenso der Industriellen, die zwar den Befürwortern des Zehnstunden-gesetzes mit dem Hinweis auf die noch weit schlechtere

---

1) Hasbach 218, 219; siehe auch Green 74.

2) Hasbach 331, 332.

### 34 Bemühungen, das Angebot von Feldgärten zu erzwingen.

Lage der Landarbeiter antworteten, aber trotzdem aus Doktrinarismus sich weigerten, einem Gesetze zur Besserung ihrer Lage zuzustimmen. Ja, es wurden fortwährend neue Einhegungsgesetze beschlossen, durch welche der ländlichen Bevölkerung, was ihr noch an Land geblieben war, genommen wurde.

Doch ließen die Freunde der Landarbeiter nicht nach, auf Mittel zu sinnen, wie man ein regelmäßiges Angebot von Feldgärten zu verhältnismäßigen Preisen und ohne lästige Nebenbedingungen erzwingen könne. Man erinnerte sich eines unter Wilhelm IV. erlassenen Gesetzes, auf Grund dessen man glaubte die Verwaltung von Stiftsländereien zur Verpachtung derselben an Arbeiter zwingen zu können. Aber sowohl die Treuhänder, welchen die Verwaltung dieser Ländereien, als auch die Charity-Commission, der die Überwachung der Treuhänder zustand, verhielten sich ablehnend, und ein 1874 von Sir Charles Dilke im Parlament eingebrachter Gesetzentwurf, der erste, der den Landarbeitern gewisse gesetzliche Ansprüche auf Land verlieh (The Allotments' Extension Bill) scheiterte. Darauf hat Jesse Collings, der sich schon früher als eifriger Förderer ländlicher Gewerkvereine betätigt hatte, 1882 einen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht, der praktisch der gleiche wie der abgelehnte war, und diesmal fand er Beifall auf allen Seiten des Unterhauses; aber er wurde im Oberhause so verstümmelt, daß seine Bestimmungen tot blieben. Nicht als ob das Oberhaus gewagt hätte, das Zwangsprinzip direkt anzugreifen. Aber die Vorlage bestimmte, daß die Treuhänder gewisser Ländereien, die zur Fürsorge für die Armen gestiftet waren, an Kötter und Arbeiter zu angemessenen Renten und Bedingungen verpachtet werden sollten; sie gab den Arbeitern einen gesetzlichen Anspruch auf diese Ländereien; aber die meisten Treuhänder waren gegen das Gesetz; viele setzten seiner Wirksamkeit jede Art von Widerstand entgegen, und einige ignorierten es gänzlich. Nun hatte die Vorlage vorgesehen, daß alle Streitigkeiten vor das leicht erreichbare und daher für die Arbeiter billige Grafschafts-

gerichtet gebracht werden sollten. Das Oberhaus setzte an die Stelle davon die Charity-Commission. Die Mitglieder derselben waren aber dem Gesetz so feindlich, daß sie an dem Verhalten der Treuhänder keinen Anstoß nahmen, selbst wenn diese es vorzogen, das Land zu verkaufen, statt gezwungen zu werden, es an Arbeiter zu verpachten. Mit diesen Änderungen ist die Vorlage Gesetz geworden unter dem Namen Allotments' Extension Act 1882 (45 & 46 Vict. c. 80). Darauf ein ununterbrochener Krieg der Arbeiter und ihrer Freunde mit den Treuhändern des Stiftungsgeldes und der Charity Commission. Von den Treuhändern wurde mit den armseligsten Mitteln gegen das Gesetz angekämpft, und die Charity Commission hat sie in diesem Widerstand unterstützt. So wurde der reiche Landbesitz der Stiftungen für die Landarbeiter nicht so fruchtbar, wie er hätte werden können. Er hat im Jahre 1876 524 000 acres betragen, das Einkommen aus Land und Häusern war 1 559 000 £, das Gesamteinkommen 2 200 000 £, also fast die Hälfte desjenigen der Kirche von England im Jahre 1851. Von diesem Einkommen entfielen über 1 Million £ auf Zwecke, die im Gesetz von 1882 vorgesehen waren, nun aber dessen Absichten nicht dienstbar gemacht wurden. Das wurde unter Druck der Agitation erst später erreicht; nach Jesse Collings ist das Gesetz auf nicht weniger als 250 000 acres angewandt worden, wovon die Landarbeiter und andere viel Vorteil hatten<sup>1)</sup>.

Gelegentlich der Einbringung eines weiteren Gesetzentwurfs, der den Erwerb von Parzellen durch die Landarbeiter im Auge hatte, hat Jesse Collings die Hoffnung ausgesprochen, daß der Tag kommen werde, an dem jeder Arbeiter, der danach verlangte, 3 acres und eine Kuh haben werde, woraus ein Schlagwort wurde, das in der Agitation eine große Rolle gespielt hat<sup>2)</sup>.

---

1) Siehe für das im Texte Ausgeführte: Hasbach, 332—334; Jesse Collings, Land Reform, London 1906, 176—179.

2) Siehe übrigens den Gesetzentwurf, den Pitt 1795 im Parlament eingebracht hat, in Band II 443.



Auf die Weiterentwicklung hat unzweifelhaft Einfluß gehabt, daß 1884 die Landarbeiter das gleiche Wahlrecht wie die Städter erhalten haben. Wir begegnen nun den Forderungen Jesse Collings' im „unautorisierten Programm“ Joseph Chamberlains, und 1886 hat selbst Gladstone ihnen zugestimmt. Die Konservativen waren wütend über die den landwirtschaftlichen Arbeitern gemachten Versprechen; doch wurde der von Collings eingebrachte Gesetzentwurf mit 76 Stimmen Mehrheit angenommen<sup>1)</sup>. Noch kam es indes 1886 zu nichts. Dagegen ist 1887 nach einigen unerfreulichen Wahlerfahrungen ein von der konservativen Regierung Salisbury eingebrachter Gesetzentwurf unter dem Namen The Allotment Act 1887 (50 & 51 Vict. c. 48) Gesetz geworden. Danach kann auf Antrag von sechs Wählern zum Parlament die Gesundheitsbehörde ersucht werden, für die Einwohner Feldgärten zu beschaffen. Wenn die Behörde anerkennt, daß ein Bedürfnis danach vorhanden und auch Land durch Übereinkommen zwischen Grundeigentümern und Arbeitern nicht zu erlangen ist, darf sie zwangsweise Land pachten oder kaufen und es in Parzellen an die sich darum Bewerbenden verpachten; doch soll der Umfang der einer Person zugewiesenen Parzelle einen acre nicht übersteigen.

Der Zwang, den das Gesetz vorsieht, ist nur in wenigen Fällen zur Anwendung gekommen; Lord Carrington konnte im Oberhause sagen, das Gesetz habe nur ein Drittel mehr Feldgärten geschaffen, als er allein den Arbeitern zur Verfügung gestellt habe. Mehr Aussicht auf Erfolg eröffnete sich, nachdem 1888 das Gesetz über Lokalverwaltung erlassen und 1894 durch den Parish and Districts Councils Act ergänzt worden war, wodurch eine das ganze Land umfassende Neuordnung der Verwaltung geschaffen worden ist. Durch das Gesetz von 1894 ist den Kirchspielräten die Befugnis erteilt worden, zwangsweise Land zu pachten, es zu parzellieren und als

---

1) Siehe Alexander Mackintosh, Joseph Chamberlain, an honest biography, 102, 108, 128.



Feldgärten an die Einwohner zu verpachten. In Verteidigung derselben hat Gladstone seine letzte Rede im Unterhause gehalten, jene Rede, in der er die Vernichtung der Fähigkeit des Oberhauses, liberale Gesetze zu verhindern, als das zu erreichende Ziel hinstellte. Er hoffte, daß die Kirchspiel- und ländlichen Distriktsräte die Landarbeiter von der Vormundschaft der Großgrundbesitzer befreien würden, daß sie ihnen erleichtern würden, Parzellen zu erwerben und die nicht geistlichen Stiftungen zu verwalten, Gemeinländereien der Dörfer anzukaufen und vor allem sich ein Dach über dem Haupte zu verschaffen, das der Arbeiter sein nennen könne. Das Lokalverwaltungsgesetz von 1894 ist oft die ländliche Magna Carta genannt worden.

Aber die darauf gesetzten Hoffnungen sind nicht erfüllt worden. Die Arbeiter waren in zu gedrückter Lage, um auch nur daran denken zu können, von den ihnen erteilten Rechten Gebrauch zu machen. Nur wo es noch Überreste des von Arch gegründeten Gewerkvereins der Landarbeiter gab, sind Arbeiter in die Kirchspielräte gewählt worden. Wo dies geschah, ist es ihnen vielfach gelungen, Mißbräuche aufzudecken und zu beseitigen, welche Grundbesitzer und Pächter in der Gemeindeverwaltung sich hatten zu Schulden kommen lassen, namentlich wo es sich um Einhegungen, die den Arbeitern die Nutzung der Gemeindeländereien nahmen, und um die Armenverwaltung handelte. Das hat unter denen, die bisher das Monopol in der Gemeindeverwaltung hatten, solchen Schrecken verbreitet, daß es sogar vorkam, daß sie deren Akten verbrannten, wenn ein Arbeiter in den Kirchspielrat gewählt wurde<sup>1)</sup>.

Aber die eigentliche Exekutive ruhte in den ländlichen Distrikten im Distriktsrat. Das ist um so bedauerlicher, als zu seiner Kompetenz die Armenverwaltung in großem Umfang gehört, ferner der Bau von Arbeiterwohnungen, die Aufsicht über die Landstraßen, die Erfüllung der Auf-

---

1) Green 126.

gaben der Gesundheitsbehörde, die Entscheidung in Streitigkeiten über Wegerechte, Wüstländereien, Gemeinland und Wasserversorgung. Die Landarbeiter haben keinen Einfluß im Distriktsrat. Um daran teilzunehmen mußten sie in jedem Monat einen Arbeitstag opfern, Reisekosten aufwenden und zudem Entlassung aus regelmäßiger Beschäftigung riskieren. Noch weniger zugänglich ist ihnen der Grafschaftsrat. Die Folge war, daß insbesondere die beim Erlaß des Lokalverwaltungsgesetzes von 1894 auf die Besserung der Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt worden sind. Die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande blieben entsetzlich. Der Häuserbau war zu teuer, als daß die Kirchspielräte allein ihn hätten anordnen können. Sie durften nur Ausgaben anordnen, die den Gemeindesteuerpflichtigen bis zu 3 d im Pfund belasteten. Die Teuerkeit des Baues von Häusern ist auch ein Hindernis des größeren Erfolgs des besprochenen Gesetzes zur Schaffung von Bauerngütern von 1907 gewesen.

Doch das Haupthindernis sowohl der Mehrung von Bauerngütern als auch des Parzellenbesitzes der Arbeiter war die gegen beide bestehende Abneigung des Großgrundbesitzes und der Großpächter und der von ihnen abhängigen Personen. Während Nationalökonomien und selbst konservative Politiker und die von beiden beeinflusste Gesetzgebung eifrigst bemüht waren, Bauerngüter ins Leben zu rufen und der Abwanderung der Landarbeiter in die Stadt und über das Meer durch die Gewährung von Parzellenbesitz zu steuern, haben aristokratische Vorurteile die überwiegende Zahl der ersteren zu Gegnern der Ansiedlung von Bauern und die Furcht, die Landarbeiter könnten zu unabhängig werden, die Großpächter zu Gegnern der Parzellengewährung an Landarbeiter gemacht. Das Festhalten an aristokratischen Vorstellungen und patriarchalischer Denkweise hat es verhindert, daß die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die seit 1874 für Kleinbetrieb und Parzellengewährung sprachen, wirksamer gewesen sind.

Die Gewerkvereinsbewegung der Landarbeiter aber

war in der Zeit seit 1896 dem Erlöschen nahe. Es ist unglaublich, was für Hindernisse Großgrundbesitzer und Pächter, Magistrate und Geistliche ihrer Wiederbelebung entgegengestellt haben. Erst der Wirbelsturm, in dem der Krieg in allen Ländern die alte Wirtschaftsordnung hinweggefegt hat, hat sie zu neuem Leben erweckt. Davon in einem späteren Kapitel.

Immerhin wäre es ein Irrtum zu glauben, daß vor 1914 gar kein Fortschritt erzielt worden sei. Vom Erlaß des Lokalverwaltungsgesetzes von 1894 bis zu dem des Small Holdings and Allotment Act 1907 haben 40 000 Arbeiter Land direkt von ihren Kirchspielräten inne gehabt<sup>1)</sup>, und nach dem Jahresbericht der Kommissäre für Kleingrundbesitz von 1915<sup>2)</sup> hat es 1908—1914 gegeben:

Zahl der Bewerber 46 600 und 96 Genossenschaften.

Land, das begehrt wurde, 782 286 acres.

Bewerber, die angenommen wurden 27 667, wovon 18 486 Bauerngüter erhielten.

Land, das erworben wurde, 195 499 acres.

a) davon wurden gekauft 138 405 für £ 4 549 068.

b) davon wurden verpachtet 57 094 gegen £ 71 221 Pachtrenten.

Verpachtet an 12 584 Personen.

506 acres wurden an 50 Personen verkauft.

8 436 acres wurden an 63 Genossenschaften verpachtet, die sie an 1 451 Mitglieder weiter verpachteten.

3 580 Personen wurden durch private Grundbesitzer mit 47 500 acres versehen.

Das Landwirtschaftsamt hat 182 acres in Bournemouth für £ 370 im Jahre an 16 Pächter und eine Gesellschaft verpachtet.

Im Jahre 1914 sind 32 Prozent der Bewerber Landarbeiter gewesen. Von 2 100 Bewerbern im Jahre 1914 haben nur 587 verlangt, daß Häuser für sie errichtet würden.

Die Zahl der neu errichteten Häuser hat 774 betragen.

Zwangsankäufe haben 491 stattgehabt für 35 588 acres.

Genehmigte Anleihen £ 5 255 553, Regierungsvorschüsse für erste Ausgaben £ 207 179.

---

1) Green 136.

2) Annual Report. Small Holdings Commissioners, 1915, Cd. 7351.

## 66. Kapitel.

### Industrie und Handel von 1874 bis zum Ausbruch des Weltkriegs.

Die Entwicklung von Industrie und Handel in der Zeit der mit dem Krach von 1873 einsetzenden wirtschaftlichen Depression bis zum Ausbruch des Weltkrieges steht in einem Punkte in völligem Gegensatz zur Entwicklung der Landwirtschaft. Nicht als ob nicht auch sie gelitten und nach Schutz verlangt hätten; vielmehr ist es die Zeit, in der, wie ich darzulegen haben werde, auch bei den britischen Industriellen die Bewegung gegen den Freihandel entstanden ist, die nach dem Kriege gesiegt hat. Aber während der Notstand der Landwirtschaft zu einem Streben nach Verkleinerung der Betriebe geführt hat, hat er in Industrie und Handel dazu beigetragen, ein Streben nach größtmöglicher Konzentration hervorzurufen, das mit den überkommenen nationalökonomischen Anschauungen in Widerspruch stand.

In den auf die Abschaffung der Kornzölle folgenden 20 Jahren hat die Ausfuhr britischer Waren um 102,5 Proz., die Einfuhr fremder Waren nach England um 104,7 Proz. zugenommen. Es hat in Millionen Pfund Sterling zugenommen:

	die Ausfuhr		die Einfuhr	
	nach fremden Ländern	nach britischen Besitzungen	aus fremden Ländern	aus britischen Besitzungen
1855—59	79	37	129	40
1860—64	92	46	167	68
1865—69	131	50	218	68
1870—74	175	60	270	76

Die Einfuhr hat stattgefunden vor allem, indem das Ausland, was es von Großbritannien gekauft hatte, in Waren bezahlte; aber nicht nur aus diesem Grunde. Die vorstehenden Ziffern zeigen einen wachsenden Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr. Das war die Folge des sprunghaften Steigens des britischen Reichtums nach dem Übergang Englands zum Freihandel. Wie wir oben S. 3 gesehen haben, hat es zu einem Überströmen seines gewinnsuchenden Kapitals in fremde Länder geführt. Alles Kapital, das ins Ausland geschickt wird, geht darin in der Form von Ausfuhr von Waren; aber der Gewinn und die Zinsen, die es bringt, kehren als Wareneinfuhr zurück. Außerdem hat die britische Schifffahrt den fremden Ländern Frachtdienste geleistet, zu deren Bezahlung Produkte eingeführt wurden. Auch ist London mit dem zunehmenden britischen Reichtum das Clearinghouse der ganzen Welt geworden, und auch die Dienste seiner Bankiers wurden vom Ausland durch Warensendungen bezahlt. Die Zunahme der Einfuhr war die Wirkung des steigenden britischen Reichtums. Der Geldwert des britischen Außenhandels war 1870—74 zweimal so groß als er vor der Goldentdeckung gewesen war <sup>1)</sup>.

Der den Wohlstand aller Länder übersteigende Reichtum Großbritanniens hat aber Wirkungen gehabt, die seine wirtschaftliche Vorherrschaft gefährdeten.

Wir haben kennen gelernt <sup>2)</sup>, daß die enorme Mehrzahl der britischen Unternehmer, denen das fabelhafte wirtschaftliche Aufsteigen Großbritanniens im 19. Jahrhundert zu danken ist, früheren Bauern- und Arbeiterfamilien angehört hat. Es waren ungebildete, vielfach rohe Menschen, von nichts beseelt, als dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinn. Doch die nächste Generation war der Bildung schon zugänglich, und diese hat nicht nur die Wirkung gehabt, ihre Sitten zu mildern, sondern es hat auch das Streben nach Genuß der Annehmlichkeiten des

---

1) Alfred Marshall, *Industry and Trade*. London 1919, 91.

2) Band III 1, 50—53.



Lebens die rastlose Energie und Initiative ihrer Väter verdrängt. Marshall schildert<sup>1)</sup> folgendermaßen die Wandlung: „Männer, deren Kindheit in die harte Zeit vor Beseitigung der Kornzölle gefallen, die in ihr Geschäft am frühen Morgen gekommen waren und darin bis spät am Abend verweilt hatten, die voll Unternehmungsgeist und Findigkeit gewesen, hatten nicht selten Söhne zu Nachfolgern, die erzogen, das Leben leicht zu nehmen, zufrieden waren, wenn die Hauptarbeit im Geschäfte von bezahlten Beamten gemäß der von einer früheren Generation geschaffenen Routine geleistet wurde. Aber so sehr wurden die Unternehmer durch den hohen Stand der Preise geschützt, daß sie in den meisten Fällen gute Gewinne erzielten und mit sich zufrieden waren. So hat ein außerordentliches Zusammentreffen günstiger Bedingungen unberechtigte Selbstzufriedenheit hervorgerufen — den ärgsten Feind der Stärke.“

Nach 1873 traten Ereignisse ein, die unangenehmes Erwachen aus dem süßen Traume veranlaßten. Schon vorher waren Erwartungen, die Cobden und Peel an die Annahme des Freihandels geknüpft hatten, nicht erfüllt worden. Beide hatten zwar stets betont, daß Großbritannien Freihandel nötig habe, gleichviel was andere Völker täten; aber sie hatten doch stets gehofft, daß diese dem britischen Beispiele folgen würden. Das ist auch bei einer Anzahl europäischer Länder, wenn auch in beschränktem Maße, der Fall gewesen, nicht aber in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Bürgerkrieg hat hier zur Einführung enorm hoher Zölle geführt, von denen viele nach Wiederherstellung des Friedens beibehalten worden sind. Das hat dem Absatz britischer Fabrikate in den Vereinigten Staaten großen Abbruch getan. Die Lage verschärfte sich, als 1873 infolge leichtsinniger Kreditgewährung in Amerika und in Wien viele Geschäftshäuser zusammenbrachen. Das hat in allen Ländern zu einer langdauernden Depression geführt. Sie wurde durch eine Abnahme im Ertrag der

---

1) Marshall 91, 92.



Goldbergwerke verschärft. Gold wurde rar und die Preise sanken. Auch Deutschland fing seit 1875 an, unter der Depression zu leiden und zwar mehr als England, und Ende der siebziger Jahre ist es unter der Führung Bismarcks zur Schutzzollpolitik übergegangen. Um dieselbe Zeit hat auch in Frankreich eine starke Bewegung gegen den 1861 von Napoleon III. mit Cobden abgeschlossenen englisch-französischen Handelsvertrag, um wieder hohe Schutzzölle durchzusetzen, begonnen.

Diese Entwicklung der Handelspolitik in wirtschaftlich hochstehenden Ländern, mit denen Großbritannien in Handelsverkehr stand, hat begreiflicherweise auf die Stimmung derjenigen, die dadurch geschädigt wurden, zurückgewirkt. Schon nach der Einführung der hohen Zölle in den Vereinigten Staaten begann sich eine Opposition gegen den „einseitigen Freihandel“ in England zu regen<sup>1)</sup>. Sie verlangte Reziprozität, d. h. beiderseitigen Freihandel, und eventuelle Erzwingung derselben durch Kampfzölle und berief sich darauf, daß selbst Adam Smith Retorsionszölle für angezeigt erklärt habe, wo Wahrscheinlichkeit bestehe, dadurch die Aufhebung der fremden Zölle oder Prohibitionen zu erlangen. Doch als Lord Bateman 1879 im Oberhause die Forderung nach Reziprozität stellte, fiel das Wort Lord Beaconsfields, des Disraeli, der zur Zeit der Abschaffung der Kornzölle die rebellischen Konservativen gegen Peel geführt hatte, das Schutzsystem sei verdammt und tot. Die Freihändler im Land aber waren längst nicht bei A. Smith stehen geblieben; sie bekannten sich zur Lehre Torrens' und Ricardos, daß der Freihandel einem Lande nütze, auch wenn es ihn einseitig, ohne Rücksicht auf die fremden Länder durchführe. Sie gingen von der Tatsache

---

1) Carl Johannes Fuchs, Die Handelspolitik Englands und seine Kolonien in den letzten Jahrzehnten, Leipzig 1893, hat 157 ff. eine mit dieser Opposition sympathisierende Darstellung der Bewegung für Reziprozität, Schutzzoll und Fair Trade gegeben. Eine glänzende Darstellung vom entgegengesetzten Standpunkt gibt F. W. Hirst, From Adam Smith to Philip Snowden. A History of Free Trade in Great Britain. London 1925.

aus, daß im auswärtigen Handel die Einfuhr fremder Waren durch Ausfuhr eigener Produkte und durch dem Ausland geleistete Dienste bezahlt wird, und machten geltend, daß man durch Beschränkung der Einfuhr der Produkte heimischer Erwerbszweige, die vom Ausland besser oder billiger geliefert würden, in gleichem Maße die Ausfuhr der Produkte hemme, in deren Herstellung das Inland dem Ausland überlegen sei, oder die Inanspruchnahme heimischer Dienste durch das Ausland hindere; der Schutz des einen heimischen Erwerbszweigs fände also nur statt auf Kosten eines anderen. Wenn aber die Schutzzöllner darauf erwiderten, die Einfuhr fremder Waren in Großbritannien betrage weit mehr, als durch Ausfuhr britischer Produkte und britische dem Ausland geleistete Dienste gedeckt werde, die Mehreinfuhr werde zum Teil aus dem Nationalkapital bezahlt, das britische Volk lebe schon seit einiger Zeit nicht mehr von seinem Einkommen, sondern vom Kapital, so stand die Behauptung in schreiendem Widerspruch mit der Berechnung Giffens<sup>1)</sup>.

Danach ist der Wert des beweglichen und unbeweglichen Vermögens des Vereinigten Königreichs im Verhältnis zu dessen Bevölkerung folgendermaßen gestiegen:

Jahr	Bevölkerung in Millionen Seelen	Wert des beweglichen und unbeweglichen Besitzes in Millionen Pfund Sterling Großbritannien und Irland	Auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Pfund Sterling
1812	17	2 700 (3)	160
1822	21	2 500 (4)	120
1833	25	3 600 (4)	144
1845	28	4 000 (5)	143
1865	30	6 000 (5)	200
1875	33	8 500 (5)	260
1885	37	10 000 (5)	270
1902	42	15 000	357

Zeigen diese Berechnungen auch in den Jahren der Depression 1875—85 keine ähnliche Zunahme des britischen Nationalreichtums wie in den Jahren nach Einführung des

---

1) Giffen, *The growth of capital*, London 1889, und *Essays in Finance*, 2 vols, London 1904.

Freihandels 1845—75, so doch noch immer eine Zunahme von £ 10 auf den Kopf der Bevölkerung. Doch nur wenige Menschen werden in ihren Anschauungen und ihrem Wollen durch allgemeine Erwägungen bestimmt, die meisten durch das, was sie unmittelbar persönlich berührt.

Von bedeutenderem Einfluß ist auf die englische öffentliche Meinung die Entwicklung gewesen, welche die französische Handelspolitik seit Ende der siebziger Jahre genommen hat. Die französischen Industriellen haben sich mit dem 1860 von Napoleon III. ohne Befragen des gesetzgebenden Körpers mit England abgeschlossenen Handelsvertrage nie befreundet. Als Frankreich unter der allgemeinen Depression der siebziger Jahre zu leiden begann, hat es am 13. Januar 1879 den Vertrag zum 31. Dezember 1879 gekündigt, um auf Grund seines neuen hochschutzzöllnerischen Generaltarifs über einen neuen Vertrag zu verhandeln. Darauf große Erregung in allen am Handel mit Frankreich beteiligten englischen Industrien. Es wurde eine Tarifkommission zur Vorbereitung eines neuen Handelsvertrags mit Frankreich eingesetzt und der mit Gambetta eng befreundete Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte Sir Charles Dilke zum Unterhändler ernannt. Die Handelskammern protestierten energisch gegen die von Frankreich geplanten Zollerhöhungen; es habe von dem Vertrage von 1860 den Hauptvorteil gehabt; die meisten verlangten die Herabsetzung der französischen Zölle. Aber Dilke hatte seinem Freunde nichts zu bieten als Englands Zustimmung zu einer gemeinsamen Note an Ägypten, welche, wie noch später erzählt werden wird, das Bombardement von Alexandria zur Folge hatte<sup>1)</sup>. Gambettas Bemühungen, vom französischen Parlament die Erneuerung des Handelsvertrags mit England zu erlangen, schlugen fehl, und Ende Januar 1882 war er nicht mehr Minister.

Dieser Fehlschlag des Versuchs, zu einem neuen freihändlerischen Abkommen mit Frankreich zu kommen, hat

---

1) W. S. Blunt, *Secret History of the English Occupation of Egypt*, 1923, 139—143.

die durch die große Depression des Jahres 1881 hervorgerufene Agitation für Fair Trade, d. h. für auswärtigen Handel auf Grund von Reziprozität, m. a. W. für die Erhebung von Zöllen auf die Einfuhr aus Ländern, die britische Produkte von ihren Märkten auszuschließen suchten, verstärkt, Führer war der Großindustrielle W. Farrer Ecroyd. Seine Wahl ins Parlament bei einer Nachwahl in Preston wurde als wichtiger Sieg der „Fair Trader“ begrüßt. In einer weitverbreiteten Broschüre hat er drei Dinge verlangt: 1. daß das Vereinigte Königreich und seine Kolonien und abhängigen Besitzungen nach und nach zu einem großen Freihandelsreich vereint würden, das, falls die übrigen Völker zu einem Schutzsystem definitiv übergingen, in allen seinen wesentlichen Bedürfnissen sich selbst zu genügen imstande sei; 2. daß den Ländern, welche die Einfuhr britischer Produkte mit Zöllen belegten, die Versorgung des Vereinigten Königreichs mit Nahrungsmitteln und die Gewährung von britischen Darlehen zugunsten der britischen Kolonien und der von Großbritannien abhängigen Besitzungen entzogen werde; 3. daß das System, Handelsverträge abzuschließen, so lange aufgegeben werde, bis durch Retorsionszölle auf die Waren eines Landes, das britische Waren mit Einfuhrzöllen belege, in jedem einzelnen Falle die Fähigkeit, für gleiche Behandlung einzutreten, erlangt sei. — Diese Vorschläge fanden große Beachtung und sind durch zwei kräftige Artikel im Quarterly Review unterstützt worden. Doch wurden sie vom Parlament abgelehnt. Handelsminister war damals Joseph Chamberlain. Wir haben ihn als den verdienstvollen Reformator der Fürsorge für Arbeitslose zur Zeit, da er Bürgermeister in Birmingham war, schon kennen gelernt<sup>1)</sup>. Nun ging er denjenigen, die sich über den Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr entsetzten, unbarmherzig zu Leibe<sup>2)</sup>; dieser sei der im Außenhandel und von den Kapitalanlagen im Ausland erzielte Gewinn. Energisch trat er einer Ein-

---

1) Band III 1, 615.

2) Alexander Mackintosh, Joseph Chamberlain. An honest Biography 78—80.

führung von Zöllen auf Lebensmittel entgegen. Er verteidigte einseitigen Freihandel und schüttete die Schale seiner Verachtung aus über Reziprozität und Retorsion. Kein moderner Vertreter des Cobdenismus hat beredter über die Wirkungen des Schutzsystems gesprochen. Er verwies darauf, daß während der zwanzig Jahre von 1831—50 der Weizenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung Großbritanniens 270 Pfund betragen habe, während er von 1871—79 auf 341 Pfund gestiegen und der Preis für den Quarter Weizen von 53 s im Durchschnitt auf 48 s gefallen sei, und wie die Armen vor Beseitigung der Kornzölle dem Hungertode und das Land der Revolution nahe gewesen seien.

Doch die Niederlage der Fair Trader im Parlament hat ihre Zunahme im Lande nicht aufgehalten. 1885 wurde der Marquis von Salisbury Premierminister mit Goschen als Schatzkanzler. Beide waren Freihändler, doch war Salisbury mit Rücksicht auf einen großen Teil seiner konservativen Gefolgschaft nicht ohne gelegentliche freundliche Worte für Fair Trade. Was dessen Anhänger besonders beunruhigte, war, daß, während der britische Außenhandel nur sehr langsam zunahm und die Preise sanken, andere Länder in einigen Erwerbszweigen große Fortschritte machten. Zu diesen Industriezweigen gehörten insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie und die Herstellung von Kohlenderivaten.

Noch in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts stand Großbritannien an der Spitze der Eisen- und Stahlindustrie. Dann erst kam Deutschland; die Vereinigten Staaten waren noch in den Anfängen. 1900 standen diese an der Spitze der Eisen- und Stahlproduktion der Welt und Deutschland an der Spitze der europäischen<sup>1)</sup>. Der Grund der Wandlung war, daß Deutschland nur phosphorhaltige Erze hatte; um sie in Stahl zu verwandeln war ein zweifaches Schmelzen nötig gewesen, was die Produktion ver-

---

1) Siehe die Tabelle bei Erich Obst, England, Europa und die Welt. Berlin-Grunewald 1927, 238.



teuert hatte; erst durch das Entphosphorungsverfahren von Thomas und Gilchrist ist es möglich geworden, auch sehr phosphorhaltiges Eisen in den Bessemerbirnen zu verarbeiten. Dieses Verfahren ist in Deutschland zuerst von dem Hörder Bergwerks- und Hüttenverein in Hörde (Westfalen) eingeführt worden und hat dann in allen großen deutschen Hüttenwerken Anwendung gefunden. Die britische Eisenindustrie dagegen war bei ihren veralteten Methoden geblieben. Das war der Grund, warum ihr Ertrag stationär geblieben war, während der deutsche rapid zugenommen hatte.

Ganz besonders war aber Englands Industrie in solchen Industrien rückständig, die ihr Fortschreiten dem akademischen Unterricht verdanken. Ihm verdankt Deutschland seine Farbenindustrie und die Herstellung von Medikamenten aus Kohlenteer. Seine große Geschäftstüchtigkeit ist auch die Ursache gewesen, daß Kapital und Arbeit aus anderen Ländern ihm zufließen. Denn wie der Amerikaner Francis Walker geschrieben hat<sup>1)</sup>: „Männer verfügen über Kapital, weil sie die Eigenschaften haben, die nötig sind, um die Arbeit mit Vorteil zu verwenden.“

Wie aus dem Berichte des unter dem Ministerium Salisbury 1885 zur Untersuchung der Ursachen der Depression eingesetzten Kommission hervorgeht, sind es insbesondere der rastlose Unternehmungsgeist und die Ausdauer der Deutschen gewesen, was in England Sorge erregt hat. Die Wirkungen ihrer Konkurrenz seien selbst in Gegenden zu spüren, in denen der britische Handel sich ehemals eines tatsächlichen Monopols erfreut habe. In der Herstellung der Güter hätten die Briten derzeit nur wenig, wenn irgend etwas vor ihnen voraus, und in der Kenntnis der Märkte, in Anpassung an deren Geschmack und Idiosynkrasien, im Streben, wo immer möglich Fuß zu fassen und in der Zähigkeit, eine einmal erlangte Stellung festzuhalten, schienen sie die Briten zu übertreffen. Die damalige britische Industrie- und Handeltreibende Klasse stehe hinter der energischen Tätigkeit ihrer Vorfahren in

---

1) The Wages Question, ch. 14.

dieser Hinsicht zurück. Wenn Großbritannien seine Stellung behaupten wolle, müssen sie zu der gleichen Energie, Ausdauer, Selbstbeherrschung und Findigkeit, durch die sie groß geworden sei, zurückkehren.

Aber das waren keine Lehren, durch deren Predigt ehrgeizige Politiker die Massen der Wähler gewinnen konnten.

Joseph Chamberlain hat 1885 die heftigsten Angriffe gegen das Kabinett Salisbury gerichtet. Diesem folgte 1886 das kurzlebige dritte Ministerium Gladstone. Chamberlain hat ihm als Präsident des Lokalverwaltungsamts angehört. Aber er war nicht zufrieden, bloß ein Stern zu sein; er wollte, daß die Forderungen, die er in seinem schon erwähnten unautorisierten Programme aufgestellt hatte, von der Regierung, die wünschte, daß er ihr angehörte, zu den ihren gemacht würden. Man hat ihm nachgesagt, sein Ehrgeiz gehe dahin, Premierminister anstelle Gladstones zu werden. Den Anlaß zur Stellungnahme gegen diesen, gab ihm dessen Bekehrung zu Home Rule für Irland. Obwohl Chamberlain selbst in der ersten Hälfte der achtziger Jahre für Home Rule gewesen ist<sup>1)</sup>, ist er, als Gladstone Home Rule für Irland in Angriff zu nehmen begann, am 26. März 1886 aus dem Kabinett Gladstone ausgeschieden. Damit hat sich sein Bruch mit der liberalen Partei vollzogen. Er hat ihn damit gerechtfertigt, daß Gladstones Plan nicht bloß Home Rule sondern die Abtrennung Irlands bedeute<sup>2)</sup>. In der Tat ist er von jeher britischer Imperialist gewesen. Schon 1882 hat ihn John Bright als den einzigen Jingo im zweiten Ministerium Gladstone und Lord Granville sogar als den größten Jingo bezeichnet<sup>3)</sup>. Am 12. Mai 1886 ist dann die Gründung der liberalen unionistischen Partei erfolgt<sup>4)</sup>. Chamberlain wurde ihr Führer. Er nahm nun zu allen Fragen Stellung im Hinblick auf ihre Rückwirkung auf Home Rule und

---

1) Mackintosh a. a. O. 211, 435—437.

2) Mackintosh 134—137.

3) Ebenda 75. 4) Ebenda 141.

deren Vertreter<sup>1)</sup>. Sein Hauptziel war dies zu vereiteln. In seiner Leidenschaft gegen die Home Ruler gab er selbst seinen Kampf für Entstaatlichung der Kirche in Wales und gegen das Oberhaus auf; sie hat ihn aus dem heftigen Gegner der Fair Trader, als den wir ihn kennen gelernt haben, zu deren Führer gemacht.

Gegen Ende der achtziger Jahre ist die Erörterung des Fair Trade in der Öffentlichkeit etwas zurückgetreten. Eine wirtschaftliche Erholung hat stattgefunden, die 1890 bis 1891 ihren Höhepunkt erreicht hat. In Amerika entstanden Währungsschwierigkeiten, welche den Konkurrenten, dessen Initiative am meisten gefürchtet wurde, etwas im Schach hielten. Aber britische Spekulationen in Südamerika, Australien und anderen Ländern schlugen fehl. Dazu kamen 1892—93 große Arbeitsstreitigkeiten. Ein Rückgang in britischen Unternehmungen trat ein. Der Bankdiskont, der selten über 1 Prozent betrug, stieg von 1894—96 auf 2 Prozent. Chamberlain war 1895 in das unionistische Kabinett Salisbury eingetreten. Er hatte die Wahl unter den Ministerien und wählte das Amt des Staatssekretärs für Kolonien. Die Kolonien sind von jeher Gegner des Freihandels gewesen. Ich werde, wenn ich von dem Umschwung in der britischen Kolonialpolitik spreche, zu erzählen haben, wie Chamberlain unter dem Einfluß der handelspolitischen Ideen der Kolonien den Gedanken eines auf Schutzzöllen beruhenden sich selbst genügenden britischen Reichs entwickelt hat. Doch muß ich zuvor von den Ideen, die gleichzeitig bei den britischen Industriellen selbst Eingang fanden, sprechen, da sie das, was Chamberlain plante, unterstützten.

Die klassische Nationalökonomie hat als unverbrüchliches Gesetz gelehrt, daß, wo immer keine durch Gesetz geschützte Monopole bestehen, die Konkurrenz zu einer Ausgleichung der Gewinne führe. Steige der Gewinn in einem Erwerbszweige über den jeweiligen normalen Ge-

---

1) Mackintosh 211, 220, 252.

winnsatz, so strömten ihm Kapitalien zu, bis das vermehrte Angebot den Gewinn auf den normalen Satz herabdrücke; sinke der Gewinn unter den jeweilig normalen Satz, so ziehe das in einem Gewerbe angelegte Kapital sich aus ihm so lang zurück, bis der Gewinn wieder auf den Normal-satz steige. Infolgedessen haben die klassischen National-ökonomien gelehrt, daß überall, wo die Konkurrenz nicht gesetzlich beschränkt ist, jede Koalition zur Steigerung der Preise auf die Dauer zusammenbreche; denn je erfolgreicher die Koalition sei, desto unwiderstehlicher werde die Versuchung der daran Teilnehmenden, davon abzufallen und ihre Produkte auf den Markt zu werfen, um von den gestiegenen Preisen zu profitieren; ebenso zögen die Kapitalisten ihr Kapital aus einer Beschäftigung zurück, die nicht mehr normalen Gewinn abwerfe, um es einer größeren Gewinn bringenden zuzuwenden<sup>1)</sup>. Man hat dasselbe auch für die Arbeiter gelehrt und ihnen aus dem Grund die Verwerflichkeit ihrer Koalitionen gepredigt. Ich habe im dritten Bande dargelegt, daß diese Lehre den Arbeitern keinen Eindruck machen konnte, denn erst durch die Koalition erhielten sie die Möglichkeit, ihre Arbeit vom Markte zurückzuziehen<sup>2)</sup>. Die ganze Lehre der klassischen Nationalökonomien konnte aber auch nur für Unternehmen zutreffen, wo das umlaufende Kapital, wie im Geschäfte des großen Kaufmanns, das Maßgebende war. In dem Maße, in dem das fixe Kapital in einem Unternehmen das Bestimmende wurde, hörte die Möglichkeit, bei sinkendem Gewinn durch Zurückziehung des Kapitals und seine Anlage in einem größeren Gewinn bringenden Gewerbe sich vor Verlust zu schützen, auf. Denn das einmal fixierte Kapital kann oft gar nicht, oft nur unter erheblichen Ver-

---

1) Noch Ende der neunziger Jahre schrieb Prof. Edgeworth: „Die Konkurrenz ist ein nahezu unausrottbares Ergebnis der egoistischen Natur des Menschen „Expellas furca, tamen usque recurret“. Koalitionen, die dieser Macht Widerstand leisten, zerfallen.“ Zitiert bei Hermann Levy, *Monopolies, Cartels and Trusts in British Industry*, London 1927, p. 176.

2) Band III 1, 274 ff.

lusten aus einer Anlage zurückgezogen werden. Hier führt das Selbstinteresse der Unternehmer dazu, daß sie, statt sich durch gegenseitige Konkurrenz zu ruinieren, zu Preisverabredungen und Produktionsbeschränkungen sich koalieren, um auf das Publikum den Nachteil rückgängiger Konjunkturen abzuwälzen, den sie selbst nicht zu tragen vermöchten. Ich habe im dritten Bande gezeigt<sup>1)</sup>, wie die englischen Eisenbahnen und das Parlament sich erst nach bitteren Erfahrungen von dem Banne frei gemacht haben, den die Lehre der klassischen Nationalökonomie von der allein seligmachenden Konkurrenz über ihr Denken verhängt hatte. Ich habe am 29. Oktober 1888 in einer Plenarversammlung der Wiener Volkswirtschaftlichen Gesellschaft<sup>2)</sup> die gemachten Erfahrungen in folgenden Worten zusammengefaßt: „So oft Unfähigkeit, das Angebot vom Markte zurückzuziehen, den Vereinzelteten die Möglichkeit nimmt, den Preis auf der Höhe der Kosten zu halten oder darüber zu steigern, führt das Selbstinteresse statt zur Konkurrenz zur Vereinigung. Dies gilt für den Arbeiter, den, wo er keiner Organisation angehört, seine Armut an einer entsprechenden Minderung des Angebots hindert, wie für den gewerblichen Unternehmer, der sein Kapital in ein Unternehmen gesteckt hat, aus dem er es nicht ohne die größten Verluste zurückziehen kann“<sup>3)</sup>.

Das Hauptziel der Unternehmerverbände ist die Erzielung des größtmöglichen Gewinns. Zu dem Zweck treffen sie Abmachungen über Preise, beschränken zur Hochhaltung derselben die Produktion, schließen Verträge über Absatzgebiete und über den jedem Teilnehmer zukommenden Anteil am Absatz, konzentrieren zur Sicherung dieser Abmachungen den Verkauf in ihren Händen, regeln

---

1) Band III 1, 177—181.

2) Mitteilungen der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, Heft II, 84.

3) Siehe jetzt auch den Vortrag des Professors Schmalenbach auf der Tagung des Verbandes der deutschen Betriebswirtschaftler in Wien am 31. Mai 1928.



die Ausfuhr und treffen den Abfall von ihrer Vereinbarung mit hohen Konventionalstrafen<sup>1)</sup>.

Doch nicht überall besteht die Möglichkeit der Bildung und des Bestands solcher Unternehmerverbände. Sie sind nur möglich, wo es sich um die Produktion von vertretbaren Waren handelt. Daher sind sie verbreiteter in der Erzeugung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, als in der von genußreifen Waren. Desgleichen ist eine geringe Zahl von Unternehmungen eine Voraussetzung ihrer Bildung; denn je größer ihre Zahl ist, um so schwieriger wird es, sie unter einen Hut zu bringen; und auch dies ist eine der Ursachen, warum Kartelle in der verarbeitenden Industrie selten sind, denn bei ihr ist ein großes fixes Kapital weniger nötig als bei der Gewinnung von Rohstoffen und der Herstellung von Halbfabrikaten; daher es leichter ist, in ihr konkurrierende Unternehmungen ins Leben zu rufen. Endlich ist die Bildung von Kartellen und Trusts bei Freihandel ausgeschlossen, außer wo sie international sind; denn wenn bei Freihandel die Koalition die Preise treibt, bringen unzählige auswärtige Konkurrenten ihre Ware auf den ungeschützten Markt.

Während in den achtziger Jahren in den Schutzzollländern Deutschland, Frankreich und Amerika Kartelle und Trusts wie Pilze aufschossen, finden wir um diese Zeit noch keine in Großbritannien. Ohne Freihandel wäre dies um so mehr zu verwundern, da der Schwerpunkt der britischen Industrie in der Herstellung vertretbarer Waren ruht, das Herkommen selbst in der Herstellung genußreifer Waren zu einer außerordentlichen Standardisierung geführt hat und das in der britischen Industrie fixierte Kapital enorm ist. Nicht als ob es damals keinerlei monopolistische Unternehmungen in Großbritannien gegeben hätte; aber sie waren anderer Art als Kartelle und Trusts. Ihre Fähigkeit, Monopolpreise zu fordern, beruhte auf der festen Kundschaft, die sie durch außerordentliche Güte ihrer

---

1) Siehe Fritz Kestner, Der Organisationszwang, Berlin 1912.

Leistungen erworben hatten, wie die Firma J. P. Coats in der Herstellung von Nähgarn<sup>1)</sup>.

Man hat für das Fehlen von Unternehmerverbänden in der Zeit vor dem Weltkriege den ausgeprägten Individualismus der britischen Unternehmer geltend gemacht, der Großbritannien groß gemacht habe, und in dem noch heute sein wichtigster Einsatz im Wirtschaftsleben bestehe. Aber nicht zu allen Zeiten hat dieser Individualismus die Bildung von Kartellen in Großbritannien verhindert. So wissen wir von einem Kohlenkartell aus dem Jahre 1771 und vielleicht schon früher, dem Newcastle Vend, das jeden Monat die Menge Kohlen festsetzte, die eine Firma in London verkaufen durfte, dessen Mitglieder dort teurer als ins Ausland verkauften, so zwar, daß der Kohlenpreis in Petersburg mitunter nur die Hälfte des Preises in London betrug. Auch wurde schon damals geltend gemacht, daß dem Londoner Verbraucher nur durch wachsende Konkurrenz zu helfen sei<sup>2)</sup>. Und auch da, wo die größeren Frachtkosten der auswärtigen als der britischen Kohle zum britischen Markte einen natürlichen Schutz gegen die Konkurrenz des Auslands bildeten, ist es nicht der Individualismus und das ihm entspringende Selbstvertrauen des britischen Unternehmers gewesen, was die Kartellbestrebungen Sir George Elliots in den neunziger Jahren zu nichts hat kommen lassen; die Ursache war die große Verschiedenheit der in den verschiedenen Landesteilen geförderten Kohle und die in den Eigentümlichkeiten des britischen Bergrechts wurzelnde allzu große Anzahl der Betriebe; gibt es doch im Ruhrgebiete, dessen Förderung zwei Fünftel der gesamten britischen Förderung ausmacht, nur 70 Gruben gegen 1400 in Großbritannien<sup>3)</sup>. Aber vor dem Weltkrieg herrschte noch Freihandel, und da mußte eben das Selbst-

---

1) Marshall a. a. O. 595—7. Levy, Monopolies etc. 252 ff.

2) Marshall a. a. O. 585 Note.

3) Report of the Royal Commission on the Coal Industry 1925 (Cmd. 2600), p. 126.

interesse des Einzelnen vor künstlicher Hochhaltung und Steigerung der Preise durch Koalition abhalten, da jeder Versuch dazu zur Heranlockung auswärtiger Konkurrenz und damit zum Zusammenbruch der Koalition geführt hätte.

Die Folge des Fehlens von Kartellen ist dann, eben weil das einmal in einem Unternehmen festgelegte Kapital sich nicht ohne Verluste zurückziehen läßt, der Zusammenbruch vieler Unternehmungen in Zeiten der Depression und ihr Aufkaufen durch andere gewesen. So sind auch ohne Kartelle große Unternehmungen entstanden, die tatsächlich eine Monopolstellung einnahmen. In anderen Fällen, in denen das fixe Kapital nicht die kartellbildende Rolle spielt, wie im Bankgeschäft, hat die Überlegenheit des Großbetriebs zur Aufsaugung kleinerer Betriebe und eben die damit wachsende Unmöglichkeit, das Kapital aufzubringen, zu einer Konzentration des Geschäfts in der Hand von Großbanken geführt, die tatsächlich eine Monopolstellung einnehmen.

Aber dieser Aufsaugungsprozeß war für die Aufgesogenen schmerzlich, und es ist begreiflich, daß die davon Bedrohten mit Neid auf die Länder blickten, in denen der Schutzzoll die Kartellierung ermöglichte und damit den Schwachen die Fortexistenz gewährleistete. Die Jubiläen der Königin Viktoria 1887 und 1897 hatten die Vertreter der Kolonien nach London gebracht. Ich habe schon erwähnt, daß sie den Übergang Englands zum Freihandel unfreundlich aufgenommen hatten; er hatte sie ihrer bevorzugten Stellung auf dem britischen Markte beraubt; was sie wünschten, war ein engerer Anschluß an das Mutterland, gestützt auf Wiederherstellung ihrer verlorenen Bevorzugung. Die Jubiläen hatten die imperialistische Strömung in Großbritannien verstärkt, und Chamberlain wäre nicht der große Agitator gewesen, als der er zu Einfluß aufgestiegen war, hätte er nicht die Sehnsucht der durch die Schutzzölle Deutschlands, Amerikas und Frankreichs bedrohten britischen Fabrikanten nach Schutzzöllen mit dem gleichen Verlangen der Kolonien in einer großartigen imperialistischen Agitation zusammengeschweißt. Er wurde

nun das Idol der Konservativen und wurde von diesen gepriesen als der Vertreter der Politik Disraelis, von dem er 1876 gesagt hatte, er werfe die erste beste Lüge, die ihm einfalle, andern vor den Kopf, und 1880, als Disraeli Minister war, er sage nie das, was er denke, und tue nie etwas Gescheites<sup>1)</sup>. 1899 hat er zum Kriege gegen die Buren getrieben, um Englands Vorherrschaft in Südafrika zu sichern<sup>2)</sup>. Die Sympathie, welche Kanada, Australien und andere Kolonien dem Kriege des Mutterlands mit den Kolonien entgegenbrachten, hat ihn in seinem imperialistischen Streben bestärkt<sup>3)</sup>. Als dann nach dem Friedensschlusse mit den Buren Salisbury zurücktrat und Balfour Premierminister geworden war, hat Chamberlains Unzufriedenheit mit dessen Schulgesetz ihn am 25. November 1902 zu einer Reise nach Südafrika veranlaßt. Er hat dort versöhnlich gewirkt und deshalb auch bei den liberalen Führern im britischen Parlament Anerkennung gefunden. Am 25. Februar 1903 ist er von Kapstadt zurückgefahren voll Hoffnung auf den Beginn einer neuen Aera. Der Empfang des Zurückgekehrten war glänzend. Im Mai 1903 ist er zum ersten Male wieder in Birmingham aufgetreten. In seiner Rede im Stadthaus hat die Welt die stärkste Verleugnung seiner früheren Ansichten erlebt; er proklamierte die Rückkehr zum Schutzzoll als die Wahlparole bei der nächsten Parlamentswahl<sup>4)</sup>.

Die Rede hat ungeheueres Aufsehen erregt. Kein lebender Staatsmann war emphatischer für Freihandel eingetreten. Als Ecroyd 1882 den Gedanken eines Zusammenschlusses des Reichs auf Grund eines Zollvereins, der Mutterland und Kolonien umfassen sollte, in Anregung brachte, war es Chamberlain, der ihn bekämpft hatte, weil ein Zoll auf Lebensmittel ohne Steigerung ihres Preises nicht zu erreichen sei, und im November 1885, nachdem er 5 Jahre lang Handelsminister gewesen war, hat er den

---

1) Mackintosh, Joseph Chamberlain, 254, 255.

2) Ebenda 260—63.

3) Ebenda 291.

4) Ebenda 300.

Vorschlag, den er jetzt selbst machte, unter Hinweis auf das Elend, das das vergangene Schutzsystem der Bevölkerung gebracht habe, bekämpft<sup>1)</sup>. Noch 1902 hatte er die Resolutionen der Minister der Kolonien für Vorzugszölle bekämpft. Jetzt sah er alles im Lichte der Kolonien und erklärte sich am 28. Mai 1903 im Parlament für Zölle auf Lebensmittel, da nur, wenn solche eingeführt würden, eine Bevorzugung der Kolonien stattfinden könne<sup>2)</sup>.

Aber der Herzog von Devonshire und andere angesehene Mitglieder des Kabinetts Balfour blieben Freihändler, während der skeptische Balfour sich zu keiner klaren Stellungnahme aufschwingen konnte. Darauf schieden sowohl Chamberlain als auch seine freihändlerischen Widersacher aus Balfours Kabinett aus.

Unterdessen war Chamberlain tätig gewesen, alle Schutzzöllner in einer Organisation zusammenzufassen. Er erhielt sowohl von aristokratischen Freunden als auch von Fabrikanten und Kaufleuten enorme Beiträge zu einem Kampffond. Er gründete die Tarifreformliga, für die er mit frecher Selbstironie als Telegrammadresse „Beständigkeit, Birmingham“ wählte. Am 6. Oktober 1903 eröffnet er, 67 Jahre alt, seinen Feldzug in Glasgow. Der Wohlstand der Schutzzollländer sei rascher fortgeschritten als der Großbritanniens. Dieses sei in Gefahr zu einer Nation fünften Ranges herabzusinken. Fast mit denselben Worten, die einst Lord Randolph Churchill gebraucht hatte, rief er: „Die Landwirtschaft, das größte aller unserer Gewerbe, ist tatsächlich zerstört; mit der Zuckerindustrie ist es vorbei; die Seidenindustrie ist verschwunden; die Eisenindustrie ist bedroht; die Tuchmanufaktur ist bedroht; die Baumwollindustrie wird verloren gehen. Gegenwärtig sind diese Industrien und die Arbeiter, die davon leben, wie Schafe im Pferch. Eine nach der anderen lassen sie sich zur Schlachtbank führen, und es gibt keinerlei Zusammenstehen, keinerlei Vorsorge gegen das, was ihrer wartet.“ Sogar die britische Schifffahrt gehe zurück, und die kleineren

---

1) Mackintosh 303.

2) Ebenda 314.



Gewerbebezweige würden durch die auswärtige Konkurrenz erdrosselt. Er behauptete, daß die Einfuhrzölle vom Ausland würden getragen werden, und bezeichnete sie als eine Abgabe, welche die Fremden für das Recht, mit Großbritannien Handel zu treiben, zu zahlen hätten. Sein Plan war ein Zoll auf Getreide, nicht höher als 2 s per Quarter und kein Zoll auf Getreide aus den Kolonien. Ausfälle für das Schatzamt sollten durch Retorsion und Reziprozität gut gemacht werden. Auf alle gewerblichen Produkte sollte ein Wertzoll von nicht mehr als 10 Proz. im Durchschnitt, verschieden je nach dem Betrag der in der Ware steckenden Arbeit, gelegt werden.

Einige Landwirte und Fabrikanten nahmen Chamberlains Programm enthusiastisch auf. Aber seine Schwächen konnte die glänzendste Dialektik nicht aus der Welt schaffen. Wenn, wie Chamberlain sagte, die Einfuhrzölle die Preise nicht erhöhen würden, wie konnte dann ein Zoll auf fremde Lebensmittel sowohl dem kolonialen wie auch dem heimischen Produzenten, oder eine Besteuerung der Einfuhr fremder Fabrikate den unter der Depression leidenden Fabrikanten des Vereinigten Königreichs helfen? Wenn der Fremde den Zoll zahlte, warum sollte die Einfuhr fremder Rohstoffe zollfrei bleiben? Warum versprach man dann, es solle der Lebensunterhalt der Armen frei von Besteuerung bleiben? Die Widersprüche waren zu augenscheinlich, um nicht auch die Liberalen, die wie Asquith dem Imperialismus Chamberlains gehuldigt hatten, ins entgegengesetzte Lager zu treiben. Die Mehrheit der Konservativen und Unionisten allerdings nahm an all' dem keinen Anstoß; immerhin ist eine beträchtliche Minderheit, darunter einige der hervorragendsten Angehörigen dieser Parteien, dem Freihandel treu geblieben. Man nannte sie Free Food Traders, d. h. Anhänger der Zollfreiheit für Lebensmittel; einer der lautesten darunter war Winston Churchill.

Die Stellung Balfours wurde angesichts des Erfolgs Chamberlains etwas peinlich. Balfour war der Premierminister der konservativ-unionistischen Regierung, aber

Chamberlain war der tatsächliche Führer der Partei. Balfour veröffentlichte eine Broschüre „Wirtschaftliche Bemerkungen über insularen Freihandel“, worin er sich zugunsten der Theorien des Freihandels aussprach, aber die Zulässigkeit von Abweichungen von denselben anerkannte. Damit war den Schutzzöllnern aber wenig gedient, auch wenn die Praxis Balfours Skeptizismus nicht rechtfertigte; denn entgegen dem Kassandraruf Chamberlains ist die britische Einfuhr (die Wiederausfuhr abgezogen) von 1904 bis 1913 von 480 734 347 £ oder 11 £ 5 s 8 d pro Kopf der Bevölkerung auf 659 159 702 £ oder 14 £ 8 s 5 d pro Kopf und die Ausfuhr britischer Produkte von 300 711 040 £ oder 7 £ 1 s 2 d pro Kopf auf 525 245 289 £ oder 11 £ 9 s 10 d pro Kopf gestiegen<sup>1)</sup>).

Doch hörte Chamberlains Agitation deshalb nicht auf. Sein Programm entwickelte sich immer mehr zu einem wirtschaftlichen Kampfprogramm gegen alle Nationen. Die Tarifreformliga verfügte über sehr beträchtliche Summen seitens anonymer Spender; sie setzte eine Kommission ein zur Untersuchung der Lage der verschiedenen Industrien des Königreichs, um auf Grund ihrer Ergebnisse einen Tarif zu entwerfen. Unterdessen blieben die Freihändler nicht zurück. Ein Heer von Rednern überflutete das Land und zerzauste unbarmherzig Chamberlains Sophismen. Die Broschüre des Cobden Clubs „Fact versus Fiction“ gilt als ihre schlagendste Widerlegung. Ende 1905 wurde das Parlament aufgelöst. Die Agitation der Tarifreformer erlangte ihren Höhepunkt während der Wahlperiode im Januar 1906. Aber als das neugewählte Unterhaus im Februar 1906 zusammentrat, zählte es 512 Freihändler und Home-ruler und nur 158 Unionisten, von denen 16 Freihändler waren. Das radikale Kabinett Campbell-Bannermann kam ans Ruder. Chamberlain hatte wie 1886 die liberalen, nun auch die konservative Partei ruiniert. Er wurde bald nach der Wahl von einem Schlaganfall betroffen und ist 1906 gestorben.

---

1) Statistical Abstract of the United Kingdom from 1902 to 1916. London 1918, 75.

Die Tarifreformliga hörte mit ihrer Agitation nicht auf. Sie hat sogar, so viel wie möglich, die unionistische Partei von jedweder Befleckung durch Freihändler zu reinigen gesucht. Aber entgegen ihren Erwartungen stiegen Einfuhr und Ausfuhr, und ihre Hoffnung auf einen Umschlag der Stimmung der Wähler blieb in zwei Parlamentswahlen unerfüllt. Im November 1911 überließ Balfour die Führung der unionistischen Partei im Unterhaus dem Tarifreformer Bonar Law; im Oberhaus hatte Lord Lansdowne die Führung. Die unionistische Partei legte sich zum ersten Mal offiziell auf ein System des Schutzzolls mit Bevorzugung der Kolonien fest. Im Dezember 1911 erklärte Austen Chamberlain, es sei die Absicht, einen fünfprozentigen Zoll auf fremde Lebensmittel und einen Zoll von durchschnittlich 10 Prozent auf fremde Fabrikate zu legen. Aber Bonar Law hat wenige Tage später hinzugefügt, daß der Zoll auf Lebensmittel nur auferlegt würde, wenn die Regierungen der Dominions dies verlangten. Die Verantwortung wurde damit vom britischen Ministerium auf die Regierung der sich selbst regierenden Kolonien abgewälzt. Das hat in der britischen und kolonialen Presse schlechte Aufnahme gefunden, so daß die unionistische Partei erschrak; es wurde erklärt, daß die Wahlen nicht gewonnen werden könnten, wenn man die Zölle auf Lebensmittel nicht fallen ließe. Darauf haben Bonar Law und Lord Lansdowne, die sich zu ihrer Einführung feierlich verpflichtet hatten, sie ebenso feierlich wieder abgeschworen.

So stand es mit der Tarifreform, als der Weltkrieg ausbrach. Er hat die selbstregierenden Kolonien in den Vordergrund gerückt, und damit wie auf allen Gebieten so auch auf dem der Handelspolitik zu einem Umschwung geführt. Doch bevor ich davon rede, muß ich erzählen, was zur Änderung der Stellung des Mutterlandes zu den Kolonien geführt hat.

---

## 67. Kapitel.

### Wandel in der Beurteilung der Kolonien.

Adam Smith hat die Kolonialpolitik des Merkantilsystems einer vernichtenden Kritik unterzogen<sup>1)</sup>. Doch unterschied er zwischen Handel mit Kolonien und Kolonialmonopol. Den ersteren hat er für stets und notwendig vorteilhaft, das zweite für stets und notwendig schädlich erklärt<sup>2)</sup>. Die Herrschaft, die Großbritannien über seine Kolonien ausübte, hat er aufs schärfste verurteilt; sie habe ihm nichts als Verlust gebracht<sup>3)</sup>. Aber er glaubte nicht, auf eine friedliche Trennung hoffen zu dürfen. „Vorschlagen, daß Großbritannien freiwillig auf jede Autorität über seine Kolonien verzichten und es ihnen überlassen soll, ihre eigenen Beamten zu ernennen, ihre Gesetze selbst zu erlassen und Frieden und Krieg nach ihrem eigenen Gutbefinden zu machen, heißt eine Politik vorschlagen, wie sie niemals war und niemals von irgendeiner Nation der Welt befolgt werden wird“<sup>4)</sup>.

Gleichzeitig mit dem Erscheinen des „Wealth of Nations“ haben die Neu-England-Staaten ihre Unabhängigkeit erklärt, und 1783 hat Großbritannien sie anerkennen müssen. Das erschien als eine Bestätigung der Lehre Turgots, daß Kolonien wie Früchte, wenn sie reif geworden, vom Baume abfallen. 1789 erschien die Broschüre Bentham's „Emanzipiert eure Kolonien“. Er und die klassi-

---

1) Wealth of Nations, 4. Buch, 7. Kap., 3. Teil.

2) Wealth of Nations, ed Mac Culloch, Edinburgh 1863, p. 273.

3) Ebenda 277.

4) Ebenda.

schen Nationalökonomien, seine Anhänger, vernachlässigten den Unterschied, den A. Smith zwischen Kolonialhandel und Kolonialmonopol gemacht hat, und haben gleichmäßig das Kolonialmonopol und die politische Verbindung zwischen Kolonie und Mutterland verurteilt<sup>1)</sup>. So James Mill und Mac Culloch. Sie lehrten, Trennung der Kolonien vom Mutterland sei die wahre Kolonialpolitik, und verwiesen auf die Erfahrungen, die man mit Amerika gemacht hatte als Beleg; der Handel mit den Neu-England-Staaten sei seit ihrer Trennung weit größer geworden als zuvor. In ihren Augen brachte der Besitz von Kolonien bei einer Politik, welche den Handel fremder Nationen Beschränkungen unterwarf, dem Mutterlande nicht nur keinen Vorteil, sondern war eine Quelle von Nachteilen, indem er Ausgaben verursachte und zu Kriegen mit fremden Mächten den Anlaß gab. Die klassischen Nationalökonomien waren daher dafür, daß das Mutterland seine Kolonien freiwillig aufgebe, bevor diese sich selbst mit kriegerischen Mitteln frei machten.

Zu den ökonomischen Gründen, die gegen Kolonien sprachen, kamen aber noch solche der inneren Politik. Wer für Reinlichkeit in der Politik war, war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Gegner von Kolonialbesitz. Es gab nämlich zwei Arten von Kolonien<sup>2)</sup>. Bei den einen stand an der Spitze ein von der Krone ernannter Gouverneur, diesem zur Seite ein gesetzgebender Rat bestehend aus Beamten, mittels derer er regierte, die er selbst ernannte und die ihm allein verantwortlich waren. Daneben gab es noch eine von der Bevölkerung erwählte Versammlung. Dieser Art war die Verfassung der meisten westindischen Kolonien und aller nordamerikanischen mit Ausnahme derjenigen Neufundlands. Die Verfassung der übrigen britischen Besitzungen war ähnlich der der heutigen Kronkolonien. Sie entbehrten gewählter Vertreter der Be-

---

1) R. C. Mills, *The Colonisation of Australia* (1829—42). *The Wakefield Experiment in Empire Building, with an introduction by Graham Wallas*. London 1915, 19.

2) Mills a. a. O. 6.



völkerung; Gesetzgebung und Exekutive lagen in der Hand des von der Krone ernannten Gouverneurs und seines von ihm ernannten Rats. Im einzelnen gab es kleine Besonderheiten in der Verfassung einer jeden Kolonie, ohne daß diese an den angegebenen Hauptzügen etwas änderten. Die Regierung wurde bei beiden Arten wesentlich durch den Willen des Gouverneurs bestimmt; dies wurde von den Kolonien, die eine vom Volke gewählte Versammlung hatten, bitterer als von denen ohne solche empfunden, denn wie Charles Buller es ausgedrückt hat<sup>1)</sup>: „Gewalt ohne Volksvertretung ist kein so großes Übel wie Volksvertretung ohne verantwortliche Exekutive. Es ist besser ohne Feuer sein, als Feuer zu haben aber keinen Kamin.“

Die Folge davon, daß der Gouverneur vom Kolonialminister in London und alle Beamten vom Gouverneur ernannt wurden, war eine unbegrenzte Möglichkeit der Patronage<sup>2)</sup>. Das Kolonialministerium war den Zumutungen aller übrigen Zweige der Londoner Regierung, die jüngere Söhne vor Zusammenbruch retten wollten, ausgesetzt. Besonders waren es das Kriegs- und das Marineministerium, die unbrauchbar gewordene Generäle und Admiräle als Gouverneure in die Kolonien abzuschieben bestrebt waren. In Kanada ist vor 1835 kein Zivilist Gouverneur gewesen. Von den ersten fünf Gouverneuren von Neu-Südwaies sind vier Marineoffiziere gewesen. Mitunter zeigten solche Gouverneure unerwartete Fähigkeit zu regieren und waren populär und erfolgreich, aber häufig haben der Messtisch des Regiments oder das Achterdeck einer Fregatte sie gänzlich ungeeignet gemacht, freie Kolonien zu behandeln. Aber wir hören von Schlimmerem: von einem dumm und tauben Peer, der Barbados regierte; von einem Beamten, der in England einen Gehalt als Sekretär des Rats in Jamaika bezog, ohne es jemals betreten zu haben<sup>3)</sup>; von Richtern in den Kolonien, die tief verschuldet, nur durch das Privileg ihrer Stellung davor be-

---

1) Ebenda 14.      2) Ebenda 14—16.

3) The Cambridge Modern History XI, 757.

wahrt wurden, von den Beamten ihres Gerichts in Schuldhaft genommen zu werden; es kam selbst vor, daß Gouverneure heimlich gelandet und eilig in einer Ecke vereidigt wurden, um die Gerichtsbeamten zu verhindern, einen Haftbefehl gegen ihre Exzellenz auszuführen. So war das Kolonialsystem um 1830. Disraeli hat es zwei Jahre früher in seiner Satire „Reise des Capitains Popanilla“ an den Pranger gestellt<sup>1)</sup>.

Das Londoner Kolonialamt schätzte damals die Bevölkerung der Kolonien auf 3 100 000 Einwohner, wovon 1 200 000 Weiße, 1 050 000 freie Schwarze und 850 000 Sklaven seien. Die Zahl der Verbrecher in Neu Südwaies und Van Diemens-Land war ungefähr 25 000. Die jährlichen Kosten der Regierung betrugen £ 2 360 000; davon wurden vier Fünftel von den Kolonien und ein Fünftel durch Großbritannien getragen; die militärischen Einrichtungen kosteten jährlich £ 2 200 000, wovon ein Fünftel von den Kolonien und vier Fünftel von Großbritannien bestritten wurden. Diese Kosten gaben den Hauptanlaß für die antikoloniale Agitation des Wortführers der Benthamiten im Parlament Joseph Hume<sup>2)</sup>. Im ganzen herrschte in den dreißiger Jahren völlige Gleichgültigkeit gegenüber den Kolonien im Parlament. Selbst die unermüdliche Agitation Wilmot Hortons für Auswanderung der Armen zur Entlastung der Armensteuerpflichtigen brachte das Parlament nur zur widerwilligen Bewilligung einiger zehntausend Pfund; es zeigten sich auch diese als weggeworfen, denn die hinausgeschickten Empfänger von Armenunterstützungen waren keine geeigneten Kolonisten<sup>3)</sup>. Man interessierte sich für die Kolonien nur, wenn Sklaverei in Frage kam oder eine Kolonie, wie Kanada, rebellierte. Die Einzigen, die in der Kolonialfrage nicht indifferent waren, waren die klassischen Nationalökonomten, die Benthamiten und Joseph Hume, und deren Anschauungen waren negativ: sie waren für Trennung der Kolonien vom Mutterland.

---

1) Siehe den Auszug bei Mills, 16.

2) Mills 16, 17.

3) Siehe das 2. Kapitel bei Mills.

Diese Anschauungen schienen eine Rechtfertigung durch das Fehlschlagen der Ende der zwanziger Jahre als privates Unternehmen am Schwanenflusse in Südwestaustralien ins Leben getretenen Kolonie zu erhalten<sup>1)</sup>. Sie litt darunter, daß den Unternehmern und Ansiedlern viel zu viel Land gewährt wurde, während es an freien Arbeitern fehlte und die Gewährung von Sträflingen als Arbeiter versagt wurde. Erst 1849 wurde auf wiederholtes Bitten der Kolonie die Deportation von Sträflingen nach dem Schwanenflusse gestattet, worauf die Kolonie aufblühte<sup>2)</sup>.

Der ökonomische Schriftsteller, der eine veränderte Stellung der Nationalökonomien zu den Kolonien eingeleitet und durch sein praktisches Wirken einen Umbau des britischen Reichs vorbereitet hat, ist Edward Gibbon Wakefield gewesen<sup>3)</sup>. Er stammte aus einer seit Generationen durch ihre philanthropischen Bestrebungen ausgezeichneten Quäkerfamilie. Sein Vater war ein intimer Freund Benthams, der hochbetagt von seiner Lehre, daß Kolonien verlustbringend und extravagant seien, zurückgekommen ist<sup>4)</sup>. Auch hat er bei den jüngeren Benthamiten, wie John Stuart Mill<sup>5)</sup>, lebhafte Unterstützung gefunden.

Wakefield muß auch persönlich ein bezaubernder Mensch gewesen sein. Er war ein Meister im Überreden, und es war selten, daß er nicht überzeugte, wenn er jemand dazu gebracht hatte, sich mit ihm zu unterhalten. Schon als Zwanzigjähriger hat er eine reiche Erbin entführt, noch dazu ein Mündel, die unter der Vormundschaft des Kanzlei-gerichtshofs stand; doch gelang es ihm, den Lordkanzler von der Unzweckmäßigkeit einer Einmischung zu über-

---

1) Siehe Mills, 3. Kapitel.

2) Mills 73.

3) Siehe über ihn Dr. Garnett, Edward Gibbon Wakefield 1898. — André Siegfried, Edward Gibbon Wakefield et sa doctrine de la colonisation systematique. Paris 1894. Mills a. a. O. 76 ff.

4) Mills, 152, 153.

5) John Stuart Mill, Political Economy V, Ch. 11, §§ 12, 14. — Garnett 7.

zeugen<sup>1)</sup>. Schlimmer ging es ihm, als er sechs Jahre nach dem Tode seiner Frau eine Erbin, die noch die Schule besuchte, entführte. Er wurde wegen Entführung belangt; das Oberhaus erklärte die Trauung für nichtig, und er selbst wurde, lediglich weil die Ehe noch nicht vollzogen war, zu nur drei Jahren Gefängnis verurteilt<sup>2)</sup>. Es ist nötig, diese Vorkommnisse zu kennen, weil sie sowohl für seine schriftstellerische Tätigkeit bestimmend als auch dafür maßgebend gewesen sind, daß er zeitlebens nie eine amtliche Stellung erlangt hat. Die drei Jahre im Gefängnis haben aus dem Erbinnen entführenden Taugenichts den erfolgreichen Vertreter einer neuen Theorie gemacht. „Während meines Aufenthalts in Newgate“, hat er 1831 geschrieben, „hatte ich Gelegenheit, mit Aufmerksamkeit jedes Buch über Neu Südwaies und Van Diemens-Land, und ebenso eine lange Reihe von Zeitungen, die in diesen Kolonien erschienen, zu lesen“, und obwohl durch Erziehung und Überzeugung den Benthamiten verbunden, hat er nicht gescheut, ihre Lehren über Kolonien, wie sie von Bentham und James Mill vorgetragen wurden, anzugreifen, wo sie den seinen widersprachen<sup>3)</sup>. Man sagt, daß er auf seine Theorie kam, als er die vom Kolonialamt im Januar 1829 für die Kolonie am Schwanenfluß erlassenen Bestimmungen las. Auch scheint ihn der Bericht des Sonderausschusses des Unterhauses von 1829 zum Nachdenken über die Verwendung von Wüstland veranlaßt zu haben<sup>4)</sup>.

Wakefield ist bis Mai 1830 im Gefängnis in Newgate geblieben. Hier hat er seine erste Schrift „Skizze eines Plans zur Kolonisation von Australien“ geschrieben. Sie enthält die Grundzüge dessen, was später als die Theorie Wakefields berühmt wurde. Im Herbst 1829 schrieb er dann Briefe in den „Morning Chronicle“, die vorgaben, die

---

1) Garnett 19—21.

2) Garnett 29—31.

3) Mills a. a. O. 79.

4) Von dem, was er Robert Gourlay verdankt haben mag, später.

Erfahrung eines Ansiedlers wiederzugeben. Sie erregten Sensation in der literarischen und politischen Welt, und wurden von Wakefield vor Ablauf des Jahres unter dem Titel „A letter from Sydney“ als Buch veröffentlicht. Alle diese Schriften erschienen anonym, da Wakefield fürchtete, daß sein Name wegen seiner Verurteilung ihrem Erfolge abträglich sein würde. Die Anschaulichkeit seiner Schreibweise und seine genaue Schilderung der Einzelheiten des Lebens haben viele verführt, die Briefe für die eines Kolonisten oder wenigstens eines Mannes, der in Neu Südwaales gewesen, zu halten<sup>1)</sup>.

Wakefield schildert die paradoxe Lage des Ansiedlers<sup>2)</sup>. Er hat Land, er hat Kapital, aber er hat keine Arbeiter. Allerdings gibt es eine Art von Arbeitern, die deportierten Sträflinge; aber ihre Arbeit ist in vieler Hinsicht mangelhaft. „Nicht der geringste Verlaß besteht auf die Arbeit der Deportierten als dauernde Quelle des Wohlstands. Ihr könnt, wenn auch nicht ohne Mühe, einen, zwei, vielleicht sogar drei Sträflinge für die Dauer von ein paar Jahren erhalten; aber es ist fast gewiß, daß sie euch berauben werden; daß sie euch ermorden werden, ist keineswegs unwahrscheinlich; daß ihre Arbeit nicht gewinnbringend sein wird, unterliegt keinem Zweifel“. Arbeit der Deportierten war auch etwas ungewisses, denn sie wurden von der Regierung willkürlich zugeteilt oder vorenthalten, und überdies war ihre Menge beschränkt. „Wenn für jeden acre Land, der hier in Besitz genommen werden kann, eine Verurteilung zur Deportation in England stattfinden würde, würde unser Wohlstand auf solider Grundlage beruhen; aber so sehr man dies wünschen mag, so kann man nicht annehmen, daß die Zunahme von Verbrechen mit der Ausbreitung der Kolonisation Schritt halten wird.“

Wakefield läßt seinen Kolonisten Arbeiter aus Eng-

---

1) Mills 82, 83.

2) Ich gebe hier die treffliche Darlegung von Mills 84—87 wieder, da mir „A letter from Sydney“ nicht zugänglich gewesen ist.



land einführen, um des Arbeitermangels Herr zu werden; aber bald findet er, daß dies nichts hilft; entweder werden sie ihm durch höheren Lohn, den Andere bieten, abgespenstig gemacht, oder sie werden sofort selbst Landeigentümer. „Endlich dämmerte mir die wahre Einsicht. Der Mangel an Arbeitern war die unüberwindliche Schranke jeder Art von Anbau, die die Verwendung vieler Arbeiter voraussetzt“; es waren dies nicht bloß die hohen Löhne, sondern „ein absoluter Mangel an Arbeitern zu gleichviel wie hohem Lohn“. Wakefield schrieb ihn der ungeheuren Menge von Land im Verhältnis zur Bevölkerung zu, der Folge der Leichtigkeit, mit der Land von jedermann erlangt werden konnte. Zum Beispiel: „Der einmal gedungene Arbeiter erhält 6 shilling pro Tag, spart die Hälfte seines Verdienstes, erhält eine Zuteilung von Land und wird selbst Arbeitgeber und ein Konkurrent seines früheren Herrn. Das führt selbstverständlich zum Steigen des Lohns Aller.“ Daher stammen nach Wakefield auch die meisten sozialen Übelstände in Neu Südwaies. Die Kolonisten seien ein „neues Volk“, nicht nur hinsichtlich der Ansiedlung, sondern ein Volk, das „in den Künsten des Lebens keinerlei Fortschritt macht; das, was Wohlstand, Kenntnis, Geschicklichkeit, Geschmack und was immer zur Kultur gehört, gegen seine Vorfahren degeneriert ist“. Dazu kommen die mit der Deportation von Sträflingen verbundenen besonderen Nachteile, die in Wirklichkeit das einzige in Neu Südwaies maßgebende Kolonisierungssystem ist. „Wir verdanken alles außer und über dem Lebensunterhalt der Schlechtigkeit des englischen Volks. Wer hat Sydney erbaut? Sträflinge. Wer hat die ausgezeichneten Straßen von Sydney nach Paramatta, Windsor und Liverpool gebaut? Sträflinge. Durch wen wird das Land ertragbringend gemacht? Durch Sträflinge. Warum verlangen nicht alle unsere Arbeiter höheren Lohn und verhindern sie nicht, indem sie einen größeren Teil ihrer Arbeit für sich beanspruchen, ihre Arbeitgeber reich zu werden? Weil die meisten von ihnen Sträflinge sind. Was hat den Landeigentümer instand gesetzt, über seine überschüssigen Erträge rasch zu ver-

fügen? Die Nachfrage der Beschäftigten von Sträflingen. Was hat so viele Schiffe nach Port Jackson gebracht und eine weitere Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen hervorgerufen? Der Transport von Sträflingen. Was hat freie Auswanderer veranlaßt, Kapital in die Ansiedlung zu bringen? Daß sie gehört haben, was auch der Wahrheit entspricht, daß Vermögen durch die Beschäftigung von Sträflingen gemacht worden sind“. Aber die mit der Deportation verbundenen moralischen Übelstände übertrafen die wirtschaftlichen Vorteile. Weder Leben, noch Eigentum seien geschützt; die Deportation habe den verderblichen Einfluß schlechten Beispiels, das den übrigen Kolonisten gegeben werde, sie bringe den Arbeitgebern den Charakter und die Gewohnheiten von Sklavenhaltern bei und verstärke und verewige das enorme Mißverhältnis der Geschlechter, das größte Übel von allen“. Die Deportation sei trotz aller ihrer Vorteile abzuschaffen, da sie ungerecht sei sowohl für den freien Einwanderer als auch für den freien Eingeborenen. „Wenn die Gesetzgebung bestimmte, daß alle in Yorkshire verurteilten Verbrecher in Kent domiliziert werden sollten, würden sich die Bewohner von Kent nicht, und mit Recht, über eine schamlose Verletzung ihrer angeborenen Rechte beklagen?“

Die Abhilfe, die Wakefield in Vorschlag brachte<sup>1)</sup>, war, das Übel an der Wurzel anzugreifen und durch Beschränkung der Menge verfügbaren Lands mittels Regelung von dessen Preis das Verhältnis der Bevölkerung zum Land zu verbessern.

---

1) Mills bezeichnet p. 87 als die wichtigste Darlegung von Wakefields Theorie sein 1833 anonym erschienenes Buch „England and America“, das auf Anregung Bentham's geschrieben wurde. Wakefield hat zwischen 1829 und 1849 eine große Anzahl Schriften veröffentlicht, worin er seine Theorie dargelegt und gegen Widersacher verteidigt hat; er hat sie auch vor Ausschüssen des Unterhauses vertreten. 1849 hat er sein endgültiges Buch „A View of the Art of Colonisation, with present reference to the British Empire; in letters between a statesman and a colonist“ veröffentlicht. Es ist auf Veranlassung John Stuart Mill's geschrieben.

Wakefield wandte sich gegen die Lehre der klassischen Nationalökonomie, wonach der Gewinn mit Sinken des Lohns steigt und umgekehrt die Löhne steigen, wenn der Gewinn sinkt. Er verwies auf England, wo Gewinn und Lohn niedrig seien im Gegensatz zu Amerika, wo beide hoch seien. Der Grund sei, daß in England mehr Kapital und Arbeit sich finde, als befriedigend beschäftigt werden könnten, während in Amerika infolge des Vorhandenseins einer Fülle fruchtbaren Landes das Gegenteil der Fall sei. Die Nationalökonomien hätten in ihrer Lehre von der Produktion und Verteilung des Reichtums das Hauptelement der Produktion, nämlich das Feld, auf dem Kapital und Arbeit verwendet würden, ganz übersehen. Er hielt den Hinweis auf die Bedeutung des „Felds der Tätigkeit“ für eine nationalökonomische Entdeckung von der allergrößten Bedeutung, sowohl wo es sich um das Verständnis handle, warum Armut und Elend in England nur allzu sichtbar seien, als auch wo die geeignetsten Mittel zur Abhilfe in Frage ständen. „Nicht nur das Zusammenfallen von Elend und enormem Reichtum, sondern alle die auffallendsten sozialen Eigentümlichkeiten Englands ließen sich auf Überfülle von Kapital und Bevölkerung im Verhältnis zur Möglichkeit Kapital und Arbeit zu verwenden zurückführen“. Daß es zu viel Kapital geben könne, war eine Neuerung gegenüber der herrschenden Lehre.

In Amerika sei es umgekehrt. Hier sei Land im Überfluß, dagegen fehle es an Kapital und Arbeit. Darin sah Wakefield die Ursache der Sklaverei; denn wo Land im Überfluß sei, sei es unmöglich auf andere Weise als durch Zwang sich die nötigen Arbeitskräfte zu verschaffen.

Unter Kolonisation verstand er die Überführung von Menschen aus einem alten in ein junges Land und deren Ansiedlung auf dem un bebauten Lande des jungen. Ihre beiden Hauptelemente seien unbebautes Land und Auswanderung. Ihr Ziel sei die fortschreitende Erweiterung des Tätigkeitsfelds von Kapital und Arbeit teils im Mutterlande teils in den Kolonien. Das Mutterland, das durch die Zunahme seiner Bevölkerung zum Anbau seiner schlech-

testen Grundstücke getrieben werde, erhalte billiges Getreide im Austausch gegen Fabrikate. Das beste Mittel, sich diesen Austausch zu sichern, bestehe in der Gründung neuer Kolonien und der Ausdehnung der bestehenden. Er polemisierte gegen diejenigen, die unabhängige Staaten für einen ebenso guten Markt wie Kolonien hielten. Durch Auswanderung in Kolonien werde die Übervölkerung beseitigt, unter der England seit dem Frieden von 1815 leide; und wenn Nationalökonomen wie Bentham und James Mill, die aus dem Kapital einen Fetisch machten, befürchteten, Kolonisation sei so viel wie Kapitalverschwendung und führe daher zu einer Minderung der Beschäftigung daheim, so übersähen sie, daß, wenn die Arbeit durch Kapital beschäftigt werde, doch das Kapital nicht immer ein Feld zur Beschäftigung von Arbeit finde. Endlich verwies Wakefield darauf, daß die Kolonisation eine sichere Anlage für Kapital biete, für das zu Haus keine gewinnbringende Anlage sich finde. Nach der Darlegung der Vorteile, die das Mutterland aus der Kolonisation ziehe, folgt dann die der Vorteile für die Kolonien. Sie brauchten sowohl Arbeit wie auch Kapital. Sie brauchten auch Fabrikate für ihre Rohprodukte. Dafür blickten sie nach dem Mutterland; es solle ihnen freie Arbeiter, die große Notwendigkeit der Kolonien, liefern.

Um diese Ziele zu erreichen, ist nach Wakefield nur eines nötig: ein gutes System in der Verfügung über unbebautes Land. Der Mangel an Angebot einer ausreichenden Menge von Arbeit, um die Vorteile von Arbeitsvereinigung und Arbeitsteilung zu ermöglichen, sei das Hindernis kapitalistischer Produktion. Der Mangel an Arbeit in den Kolonien sei ausschließlich die Folge des Überflusses und der Billigkeit ihres Landes, denn das dermalige System Land zu verleihen oder zu billigem Preise zu verkaufen, verschaffe den Arbeitern zu große Leichtigkeit, Grundeigentümer zu werden. Aber ihr Besitz sei als Regel so groß, daß sie mit all' ihrem Fleiß und dem von anderen, die sie dazu bringen können, bei ihnen Arbeit zu nehmen, es selten fertig bringen, dem Boden ein Zehntel von dem

abzurufen, was er bringen könnte. Der Ansiedler ist daher darauf aus, von überall her Arbeiter zusammenzubringen und ihnen außerordentlich hohe Löhne zu zahlen. Aber der große Verdienst zusammen mit der Billigkeit des Bodens veranlaßten die Arbeiter, ihn möglichst bald zu verlassen und selbst Grundeigentümer zu werden und in gleicher Weise gegen hohen Lohn andere Arbeiter zu drehen, die sie alsbald aus denselben Gründen verließen, aus denen sie ihren Herrn verlassen hatten.

Dem Übelstand eines Mißverhältnisses zwischen verfügbarem Land und verfügbarer Arbeit konnte nach Wakefield nur durch die Regierung, die die Verfügung über das noch nicht angeeignete Land hatte, abgeholfen werden. Verschiedene Systeme, wie die Auflegung von Erbzinsen und die Besteuerung des zugeteilten Lands waren fehlgeschlagen. Wakefield schlug vor, die Regierung solle für jedes verliehene Grundstück eine Barzahlung verlangen, ausreichend hoch, um zu verhindern, daß die Bewerber zu viel Land übernehmen, und nicht zu hoch, daß die, welche geeignet und willig seien, Land anzubauen, davon abgehalten würden. Auf diese Weise sollte das richtige Verhältnis von angebotenen Land und sich anbietender Arbeit hergestellt werden. Ein solcher Preis werde ein Angebot von Arbeitern, die sich mit anderen zur Arbeit vereinigen ließen, bewirken, indem er die Arbeiter eine beträchtliche Zeitlang dazu bringe, Lohnarbeiter zu bleiben, bevor sie Grundeigentümer würden. „Der einzige Zweck des Preises sei, die Arbeiter zu hindern, zu früh Grundeigentümer zu werden; der Preis solle dazu ausreichend sein und keinen anderen Zweck haben“. Maßgebend für seine Höhe seien erstens die Länge der Zeit, für die der Arbeiter sich zu dienen verpflichtete — sie sollte nicht mehr als 3 oder 4 Jahre betragen — und die allgemeinen Verhältnisse der Kolonie, wie die Höhe des Lohns, die Kosten des Lebensunterhalts und die Natur von Boden und Klima. Von diesen beiden Elementen hänge ab, wieviel ein Arbeiter innerhalb einer gegebenen Zeit sparen könne, und der Preis solle so festgesetzt werden, daß er



nicht genug Land zu bebauen erhalten könne, bis seine Dienstzeit abgelaufen sei.

Die Überfahrt des Arbeiters nach der Kolonie habe der Kapitalist in der Kolonie oder derjenige, der den Arbeiter aus Europa mitnehme, zu bezahlen. In beiden Fällen werde der für das Land verlangte ausreichende Preis dazu dienen, daß der Arbeiter den mit ihm abgeschlossenen Vertrag erfülle. „Die Kolonisation werde sehr rasch und in guter oder zivilisierter Weise vor sich gehen, und die einzige Ursache der ganzen Verbesserung werde die Festsetzung eines ausreichenden Preises sein.“ Um zusammenzufassen: Ein ausreichender Preis für anbebautes Land würde in einer Kolonie die Arbeiter hindern, zu früh Grundeigentümer zu werden. Das würde ein Angebot von Arbeitern, wie sie zur Arbeitsvereinigung nötig sind, hervorrufen, indem die Kapitalisten dann ohne Gefahr Arbeiter, mit denen sie einen Vertrag abgeschlossen, einführen könnten. So würde die Kolonie zu ihrem eigenen Vorteil gedeihen wie zu dem des Mutterlandes, das von seiner Übervölkerung befreit und einen neuen und zunehmenden Absatzmarkt erhalten würde. Noch ist zu bemerken, daß Wakefields ausreichender Preis nur für Pflugland, nicht für Weideland gefordert werden sollte; er hatte nur im Auge, der Kolonie die zur Bestellung der Felder nötigen Arbeiter zu verschaffen.

Wenn der Betrag, der durch Erhebung des ausreichenden Preises erzielt würde, zur Bezahlung der Überfahrt von Arbeitern verwendet würde, würde die Kolonie rascher aufblühen, als wenn sie lediglich auf den ausreichenden Preis angewiesen wäre und es keinen Auswanderungsfond gäbe. Der Nationalökonom Torrens sah in der Verwendung des ausreichenden Preises als Auswanderungsfond ein Gegenstück zum Malthusschen Prinzip der geometrischen Progression der Bevölkerung.

Großen Wert legte Wakefield auf die richtige Auswahl der Auswanderer. Er war ebenso gegen Entsendung von Armenunterstützungsempfängern wie gegen die von Sträflingen. Es sei keine Ermunterung für tüchtige Aus-

wanderer, wenn sie aufgefordert würden, die Heimat für ein Land zu verlassen, dessen Besiedlung anderen als Strafe auferlegt werde. Aus wirtschaftlichen wie moralischen Gründen empfehle er, die Auswanderung junger Ehepaare zu bevorzugen.

Bei der Anwendung seiner Theorie auf bestehende Kolonien hatte Wakefield zu berücksichtigen, daß ein großer Teil des Lands bereits unentgeltlich oder gegen geringen Preis verteilt war. Dadurch würde die Wirkung des Verlangens eines ausreichenden Preises für lange Zeit in Frage gestellt sein. Um dem zu begegnen, sollte auf Grundeigentum, das vor Einführung des ausreichenden Preises verliehen war, eine Steuer gelegt und der Betrag zur Unterstützung der Auswanderung benützt werden.

Dies das wirtschaftliche Programm Wakefields. Karl Marx, der es als kapitalistischen Versuch, in der neuen Welt die Ausbeutungsmethoden der alten einzuführen, verurteilte, behauptet, seine Grundgedanken fänden sich alle schon bei Mirabeau Père. Es gab noch andere, die, als es Erfolg hatte, ihm die Priorität streitig machten<sup>1)</sup>. Einer darunter, Gourelay, behauptet<sup>2)</sup>, daß Wakefield ihm mündlich zugestanden habe, daß er seine Kolonisationsideen einem Buche, das er geschrieben, entnommen habe. Indes der Teil seines Programms, den Wakefield für den wichtigsten hielt, die Vorstellung, daß ein idealer Preis für unbebautes Land festgesetzt werden könnte, ausreichend, um Arbeiter zu gewinnen, mittels deren die unentbehrliche Arbeitsvereinigung gesichert werden könne, gehört Wakefield.

Zu dem Programm Wakefields gehörten außer wirtschaftlichen auch politische Forderungen<sup>3)</sup>. Ich habe schon von der heillosen Mißverwaltung gesprochen, die

---

1) Mills 133—139.

2) The Neptunian, by Robert Gourelay, Boston 1843, Nr. 2, at p. 27, zitiert bei Mills, 139.

3) Siehe auch Egerton, A short History of British Colonial Policy, 1897, p. 299.

für die britische Kolonialverwaltung charakteristisch gewesen ist. Ihr gegenüber hat Wakefield von Anfang an Selbstverwaltung für die Kolonien gefordert. Als es sich aber darum handelte, zu erreichen, daß einmal in Südastralien ein Versuch mit seinem Kolonisationsplan gemacht werde, hat er, da das Kolonialministerium auf die Gewährung von Selbstverwaltung absolut nicht eingehen wollte, den politischen Teil seines Programms vorläufig fallen lassen. Auch war er in einer zu gründenden Kolonie erst durchführbar, nachdem Kolonisten in ausreichender Zahl da waren. In normalen Verhältnissen dagegen konnte nach Wakefields Auffassung sein wirtschaftliches Programm ohne Selbstverwaltung der Kolonien nicht durchgeführt werden. Darüber später mehr.

Als Wakefield mit seinem Programm systematischer Kolonisation zuerst hervortrat, hat er zunächst unter den jüngeren Benthamiten Anhänger gefunden; außerdem hat er in Charles Buller, dessen Hauslehrer kein geringerer als Thomas Carlyle gewesen war, einem Manne, der mit ungewöhnlicher Tüchtigkeit einen persönlichen Zauber verband, der ihm die Zuneigung aller Parteien erwarb, einen lebenslänglichen Freund gewonnen. Als die Anerkennung, die Wakefield fand, zunahm, finden wir unter Vertretern seiner Lehre Angehörige jeder politischen Richtung, Personen, deren Anschauungen in allem außer in der systematischen Kolonisation auseinandergingen. „Wakefield“, schreibt einer seiner Gegner <sup>1)</sup>, „wurde in der Vertretung seiner Lehren nicht bloß durch seinen reizvollen Stil, sondern auch durch den Zauber seiner Persönlichkeit unterstützt, die ihm bei seiner proteusartigen Anpassungsfähigkeit zum Freund und Berater von Republikanern und Radikalen, von whiggistischen und konservativen Peers, Low Church und High Church Bischöfen machte. Fünf Staatssekretäre für Kolonien, die Lords Glenelg und Stanley, Monteagle, Aberdeen und Grey, sind mehr oder weniger seine Schüler gewesen“.

---

1) Samuel Sidney, *The three Colonies of Australia*, 1853, 2. ed. 95; zitiert bei R. C. Mills a. a. O. 140, Anmerkung.

Unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis hat Wakefield eine Gesellschaft zur Förderung der Kolonisation gegründet. Zu ihr gehörten John Stuart Mill, der Geschichtsschreiber Griechenlands Georg Grote, der Herausgeber des *Spectator* R. S. Rintoul, John und William Hutt, Charles Buller, Sir J. C. Hobhouse, Sir Francis Burdett, der Nationalökonom Oberst Torrens, Sir William Molesworth. Nicht als ob alle Anhänger der Schule Ricardos sofort die Segel gestrichen hätten. McCulloch schreibt noch 1845, er überlasse es anderen zu sagen, ob man sich etwas vorstellen könne, was allen vernünftigen Prinzipien und dem gesunden Menschenverstand mehr widerspreche<sup>1)</sup>. Aber was bedeutet dies gegenüber der Bekehrung Benthams zu Wakefield! Noch 1825 hatte Bentham gegen den Besitz von Kolonien geschrieben; im Sommer 1831, ungefähr ein Jahr vor seinem Tode, hat er sich zu Wakefield bekannt<sup>2)</sup>. Und als dieser 1849 seine „Kunst der Kolonisation“ veröffentlichte, konnte er als Motto an die Spitze seines auf Anregung John St. Mill's geschriebenen Buchs dessen Satz<sup>3)</sup> stellen: „Man kann ohne Zögern

---

1) McCulloch, *Literature of Political Economy*, London 1845, 94.

2) R. C. Mills a. a. O. 152, 153.

3) John St. Mill, *Political Economy* V, XI § 14. — Es ist ein Beleg für die Parteilichkeit der verstorbenen Frau Professor L. C. A. Knowles in ihrem dem Andenken William Cunninghams gewidmeten, stark imperialistisch gefärbten Buche „*The industrial and commercial revolutions in Great Britain during the nineteenth century*“ 3. ed. London 1924, 320, 321, wenn sie unter Ignorierung der im obigen Texte angeführten Ausführungen in John St. Mill's *Politische Ökonomie*, Mill, einen der frühesten Anhänger Wakefields, den eifrigen Mitarbeiter Bullers und Sir William Molesworths und Wegbereiter Lord Durhams vor dessen Rückkehr aus Kanada als Gegner von Kolonialbesitz hinstellt! Sie hat dies auf Grund einer Stelle im Schlußkapitel von Mill's: *Considerations on Representative Government*, London 1861, 318, getan, in der Mill dagegen protestiert, daß Abgeordnete der amerikanischen, afrikanischen und australischen Kolonien in das britische Parlament in London einberufen würden und darin über spezifisch englische Ange-

sagen, daß im gegenwärtigen Zustand der Welt die Kolonisation das beste Geschäft ist, in das das Kapital eines alten und wohlhabenden Lands sich denkbarer Weise einlassen kann.“ In dem auf diesen Satz folgenden Paragraphen seiner Politischen Ökonomie hat Mill in wenigen Strichen das Wakefieldsche Programm unter völliger Zustimmung dargelegt<sup>1)</sup>. Mill's Buch aber hat die britische Nationalökonomie der nächsten Dezennien beherrscht.

Doch anders dachte man im Parlament. Mit welcher Gleichgültigkeit man da die Kolonien betrachtete, zeigt die geringe Bedeutung, die dem Kolonialministerium beigelegt wurde. Als Palmerston einmal keinen Kolonialminister finden konnte, der ihm paßte, und daher das Ministerium vorübergehend selbst übernahm, ließ er sich erst auf der Landkarte zeigen, wo die Kolonien lägen. Aber bald wandelte sich die Gleichgültigkeit in Abneigung. Vor Jahren schon hatte Disraeli von „den elenden Kolonien“ als „den Mühlsteinen an unserem Halse“ gesprochen. Das war damals ein ziemlich allgemeines Urteil. Die Abneigung nahm zu in dem Maße, in dem der Aufwand für die Kolonien zunahm. Bald wurde über die Kosten, die die Unterdrückung des Sklavenhandels, bald über die, welche die Kriege mit Eingeborenen verursachten, geklagt. Während Lord Russell noch 1850 erklärte, daß nach seinem Dafür-

---

legenheiten bestimmten. „Weder kennen sie“, schreibt er p. 317, „die Dinge, um die es sich bei den Angehörigen der übrigen vertretenen Länder handelt, noch auch haben sie Vertrauen in die Prinzipien, welche deren Handeln bestimmen. Möge jeder Engländer sich fragen, ob es ihm gefiele, wenn sein Schicksal von einer Versammlung abhinge, von der ein Drittel britisch-amerikanisch und ein anderes Drittel südafrikanisch und australisch wäre“, und darauf antwortete er: Lieber keine Kolonien. Im übrigen vertritt das Buch den gleichen Standpunkt wie Mill's frühere Schriften.

1) Man lese in der Vorrede Garnetts p. XVI zu seiner Biographie Wakefields den Brief John St. Mill's an diesen, worin Mill sich über die Anerkennung freut, die Wakefield der Darlegung seiner Ideen in Mills Politischer Ökonomie hatte zu Teil werden lassen.



halten England von seinem Kolonialbesitz Vorteile habe, so hat er doch hinzugefügt, es könne eine Zeit kommen, in der der Vorteil aufhöre und es nötig sein werde, die Unabhängigkeit der Kolonien anzunehmen. 1865 faßte eine königliche Kommission einen Beschluß, es würde unweise sein, die britischen Besitzungen in Westafrika zu vergrößern; die Hauptaufgabe sei, die Regierung, bevor man sich von der westafrikanischen Küste zurückziehe, mehr und mehr den Eingeborenen zu übergeben<sup>1)</sup>. 1867 erklärte der Schatzkanzler Lowe im Unterhause, daß „in der Zeit der amerikanischen Revolution die Kolonien sich von England getrennt hätten, weil dieses auf ihrer Besteuerung bestanden habe; was er jetzt befürchte sei, daß England von seinen Kolonien sich trennen werde, weil diese darauf beständen, England zu besteuern“<sup>2)</sup>. Knowles schreibt<sup>3)</sup>: „Ein dem Unterhaus im August 1880 erstatteter Bericht beziffert die Ausgaben für die Zivilverwaltung und andere Dienstzweige in den Kolonien zwischen 1869—70 und 1879—80 auf £ 2 285 310, während die Ausgaben für das Heer sich auf £ 26 406 189 beliefen. Darunter befanden sich £ 100 000 für Ausgaben in Transvaal 1877—78, „um unmittelbare Bedürfnisse zu befriedigen“, £ 33 000 für Sierra Leone „zur Abhilfe finanzieller Schwierigkeiten“, £ 25 000 für Natal zur Herstellung von Telegraphenlinien, £ 105 000 für Fidschi in den Jahren 1875 bis 1878. Die Gehälter der Gouverneure sowie ihre Pensionen wurden gleichfalls von England bestritten. Diese bedeutende Summe von £ 28 691 499, die innerhalb von 10 Jahren verausgabt wurde, wurde in einer Zeit gegeben, da in England nach 1873 die große Depression einsetzte“.

Aber die Unzufriedenheit mit den zwischen Mutterland und Kolonien bestehenden Beziehungen war keineswegs einseitig. Auch nachdem Großbritannien, durch die

---

1) Knowles, a. a. O. 321.

2) Zitiert bei Knowles in ihrem Buche *The Economic Development of the British Oversea Empire*. London 1924, 97.

3) Ebenda.

bitteren Erfahrungen, die es mit den Neu-England-Staaten gemacht hatte, auf das Recht des Mutterlands seine Kolonien zu besteuern, verzichtet hatte, hat es an dem Recht, den Außenhandel der Kolonien zu bestimmen, festgehalten. Das haben die Kolonien nur widerwillig ertragen. Doch das Ministerium in London blieb fest. Noch 1819 hat Goulborn im Namen desselben erklärt, die Kolonien erhielten für die damit verbundene Einschränkung vollen Ersatz in ihrer militärischen Verteidigung durch das Mutterland, und noch am 16. Januar 1838 hat Lord John Russell das Recht des Mutterlands, „eine Kolonie zu nötigen, seine Produkte abzunehmen und sie in ihrem Handel mit anderen Nationen zu beschränken“, aufs neue betont. Auch Lord Durham, von dessen epochemachendem Programm, den Kolonien Selbstverwaltung zu verleihen, im nächsten Kapitel die Rede sein wird, hat an diesen Rechten des Mutterlands festgehalten, und 1843 hat Lord Stanley den Kolonien verboten, Differenzialzölle von den Produkten anderer Länder zu erheben. Ich habe erzählt, wie die Not 1846 Großbritannien gezwungen hat, seine Getreidezölle aufzuheben. Damit fiel auch die Bevorzugung, deren sich die Kolonialprodukte auf dem britischen Markte bisher erfreut hatten und zwar nicht bloß die des kanadischen Getreides und Holzes, sondern auch des Kaffees und Zuckers Westindiens. Das war die logische Folgerung aus dem Freihandelsprinzip; sie wurde von dem dritten Earl Grey, einem überzeugten Freihändler, der von 1846—52 Minister der Kolonien war, streng durchgeführt.

Das mußte die Kolonien aufs Tiefste verstimmen. Die plötzliche Beseitigung aller Bevorzugung der Kolonien auf dem britischen Markte hat deren Handel vorübergehend desorganisiert und Kanada und den westindischen Kolonien beträchtlich geschadet. Wäre ihr Selbständigkeitsbewußtsein schon mehr entwickelt gewesen, so wäre der Gedanke vom Mutterlande abzufallen, vielleicht schon damals gereift. Aber einstweilen gelang es noch Grey, dem ganzen britischen Reiche Freihandel aufzuzwingen. Doch hatte diese Politik keinen Bestand. Das hing mit der wachsen-

den Meinung im Mutterlande von der Nutzlosigkeit von Kolonien zusammen. Sie trug dazu bei, daß die Nachfolger Greys dessen Politik, allen Teilen des Reichs Freihandel aufzuzwingen, aufgaben. Als Kanada 1859 einen ausgesprochen schutzzöllnerischen Tarif festsetzte, begnügte sich der damalige britische Kolonialminister mit einem wirkungslosen Protest, und von da ab haben die sich selbstverwaltenden Kolonien immer mehr ihren Außenhandel nach ihren Interessen geregelt, bis dem Mutterland nichts mehr blieb als das Recht, von seinen Kolonien als meistbegünstigte Nation behandelt zu werden.

Aber damit sind die Kolonien noch nicht zufrieden gewesen. Nun machte eine Erscheinung sich geltend, die bei den Angehörigen aller Nationen, die in fremden Ländern sich ansiedeln, sich findet. Schon John Stuart Mill hat sie hervorgehoben<sup>1)</sup>. Sie werden von keinem andern Gesichtspunkt als der Wahrnehmung ihrer Sonderinteressen beherrscht und verlangen vom Mutterlande, daß es in seiner Politik von der Rücksicht auf seine im Ausland befindlichen Kinder geleitet werde; den Einfluß, den sie in ihrer Heimat haben, betätigen sie in dieser Richtung.

Die Kolonien waren zwar sehr darauf aus, Selbstverwaltung zu erhalten und deren Sphäre zu erweitern, wollten aber nichts mehr von Abfall wissen. Wie sie einerseits für Erweiterung der Selbstverwaltung, so waren sie andererseits für Ausdehnung der britischen und damit ihrer Herrschaft in den fremden Weltteilen. Mit deren Ausdehnung aber waren Konflikte mit den Eingeborenen unvermeidlich. Das führte zu Differenzen mit dem Mutterland. Einmal wegen der Kosten. Die Kolonien wollten die Kosten nicht tragen. Das Mutterland sollte sie tragen. Daher das Mutterland stets Gegner der weiteren Ausdehnung des britischen Reichs war. Dazu kam der Gegensatz in der Auffassung über die Eingeborenen. Das Mutterland war Träger der Sklavenbefreiung. Die Kolonien waren für Skla-

---

1) John Stuart Mill, *Considerations on Representative Government*, 328.

verei. Sie brauchten Arbeiter und konnten die Eingeborenen nur durch Zwang zur Arbeit bewegen. Als die Sklaverei abgeschafft wurde, erhielten die Kolonisten Entschädigung, aber, wie sie sagten, nur ungenügend. Die Hauptklage der Kolonien aber war, daß sie mit dem Übergang Englands zum Freihandel ihre Vorzugsstellung auf dem britischen Märkte verloren hatten.

Die Klagen und Forderungen der Kolonien haben in den beiden Büchern, die der Geschichtsschreiber der Tudors und Gegner des Freihandels und des Parlamentarismus, der intime Freund Carlyles J. A. Froude über seine Reisen nach Südafrika, Australien, Neuseeland und Westindien veröffentlicht hat<sup>1)</sup>, einen geistvollen Vertreter gefunden. Der britische Kolonist aller dieser Länder tritt uns darin in seiner Mißstimmung gegen das Mutterland anschaulich entgegen. Überall sind die Ursachen derselben die gleichen: Zorn über die arbeiterfreundliche Politik Englands und über dessen Übergang zum Freihandel. Durch beides fühlt er sich geschädigt. Er ist voll Groll gegen das Parlament in London, ja gegen den Parlamentarismus überhaupt; denn dieser mache die Regierung von den Parteien abhängig, und diese ließen ihre eigenen Interessen, d. h. die Interessen des Mutterlands, denen der Kolonien vorgehen. Froude schildert uns wie sie, fürchteten sie nicht, unter die Herrschaft der Deutschen zu gelangen, zum Abfall reif seien. Nicht weil sie sich von England zu trennen wünschten, sondern weil England sie als wertlos aufgegeben habe. Sie zürnten gleichmäßig England wie Deutschland. Was sie wünschten sei ein Zusammenschluß aller Kolonien mit dem Mutterlande, ja eine Liga aller Mitglieder der englischen Rasse.

Diese Wünsche haben 1887 die Vertreter der sich selbst verwaltenden Kolonien gelegentlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Königin Viktoria zur ersten kolo-

---

1) James Anthony Froude, *Oceana, or England and her Colonies*. London 1886, und derselbe *The English in the Westindies*. London 1887.

nialen Konferenz in London zusammengeführt. The Times schrieb gelegentlich dieser Zusammenkunft: „In diesen Gemeinwesen ist, wie wir alle zu empfinden anfangen, eine große Reserve von Stärke für das Mutterland gegeben.“ Auf diese erste ist eine zweite koloniale Konferenz 1894 in Ottawa und 1897 gelegentlich des sechzigjährigen Jubiläums der Königin eine dritte in London gefolgt. Auf der letzteren wurden wirtschaftliche, das Reich betreffende Fragen und solche der Verteidigung und der Vorzugsbehandlung der Kolonien auf dem britischen Markte erörtert. Nach Beendigung des Burenkriegs hat 1902 eine weitere Konferenz stattgefunden. Ich habe im vorigen Kapitel erzählt, wie der aus einem radikalen Freihändler zum Führer der britischen Schutzzöllner gewordene Joseph Chamberlain 1895 das bis dahin verachtete Kolonialministerium im Kabinett Salisbury übernommen hat und 1903 von seiner Reise nach Südafrika als leidenschaftlicher Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Kolonien zurückgekehrt ist. Aber noch drangen die wirtschaftlichen Forderungen der Kolonien nicht durch. 1906 kam die liberale Partei und mit ihr der Freihandel wieder ans Ruder. Aber die politischen Gedanken der Kolonialpolitiker wurden von dem liberalen Ministerium aufgenommen. Es kam 1907 zu einer neuen Konferenz; nur nahm diesmal nicht bloß der Kolonialminister, sondern der Premierminister und das Kabinett daran teil. An die Stelle der Kolonial- trat nunmehr eine Reichskonferenz. Alle 4 Jahre sollten Reichskonferenzen stattfinden. Die nächste hat 1911 stattgefunden.

Haben diese Konferenzen auch den wirtschaftlichen Wünschen der Kolonien noch keine Erfüllung gebracht, so haben diese doch zäh an ihnen festgehalten und mit dem, was sie dem Mutterlande für Gewährung einer Vorzugsbehandlung auf seinen Märkten bieten wollten, den Anfang gemacht: sie haben ihm eine Vorzugsbehandlung auf ihren zollgeschützten Märkten gewährt. Sie haben dies als Gegenleistung für die ihnen gewährte Verteidigung bezeichnet; sie mußte aber unter den Schutzzöllnern des Mutter-



lands, deren Zahl im Wachsen war, auch Interessenten an ihren Forderungen erwecken, denn diese mußten fürchten, daß ihnen die ihnen bewilligten Vorteile wieder verloren gingen, wenn die kolonialen Forderungen auf die Dauer unerfüllt blieben.

Auch ist ein dauerndes Sekretariat geschaffen worden, um die Kontinuität der Konferenzen aufrechtzuerhalten. Andere Tatsachen zeigen gleichfalls das Wachstum der Vorstellung, daß England zusammen mit seinen überseeischen Besitzungen eine Einheit bilde<sup>1)</sup>. Dazu gehört die Statistik des Reichs. 1904 ist neben dem Statistical Abstract for the United Kingdom zum ersten Male ein Statistical Abstract of the British Empire veröffentlicht worden<sup>2)</sup>. Charakteristisch ist die Verschiedenheit der bei den Volkszählungen von 1901 und 1911 gestellten Frage. 1901 lautete sie, ob jemand in einer britischen Kolonie oder einem von Großbritannien abhängigen Lande geboren sei; 1911 wurde gefragt, ob jemand in einem anderen Teile des britischen Reichs als dem Vereinigten Königreiche geboren sei.

1908 wurde der Reichsnachrichtendienst (Imperial Intelligence Service) ins Leben gerufen, d. h. es wurden vom Handelsamt vier Handelskommissäre für Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland ernannt. Sie haben das Handelsamt auf die Gelegenheiten aufmerksam zu machen, die sich für britische Fabrikanten und Kaufleute im Vereinigten Königreich bieten, in den betreffenden Herrschaften Geschäfte zu machen; sie haben über Fragen von kommerziellem Interesse, wie Zolltarife, zu berichten und die Berichte der lokalen Handelskorrespondenten zu überwachen. Von letztern gab es 11 in Kanada, 1 in Neufundland, 5 in Australien, 2 in Neuseeland, 5 in Südafrika. Sie sind entweder Geschäftsleute oder Handelskammer-

---

1) Siehe die Vorrede von W. J. Ashley zu dem von ihm herausgegebenen Buche: *British Dominions: Their present commercial and industrial conditions*. London 1911.

2) Der letzte ist 1915 veröffentlicht worden.

sekretäre und beantworten die vom Reichsnachrichtendienst des Handelsamts gestellten Fragen<sup>1)</sup>.

Es entstand ferner das Reichsinstitut (Imperial Institute). Es besitzt Laboratorien und einen wissenschaftlichen und technologischen Stab unter einem Direktor. Aufgabe desselben ist, die Untersuchung und Feststellung neuer und wenig bekannter natürlicher Produkte der Kolonien und Indiens und die Gewinnung bekannter Produkte aus neuen Quellen zu veranlassen, und zuverlässigen wissenschaftlichen und technischen Rat über ihre Nützlichkeit für den Handel und in Dingen, die mit der Landwirtschaft, dem Handel und der Industrie der Kolonien und Indiens zusammenhängen, zu erteilen. Das Institut ist auf Wunsch der Kaufleute und Industriellen ins Leben getreten. Seit 1907 untersteht es dem Kolonialministerium. Sein Beratungskörper besteht nicht bloß aus Vertretern des Kolonial-, des Indischen und des Handelsamts, sondern auch aus Vertretern der Regierungen von Kanada, Neuseeland, Australien, Südafrika und Indien<sup>2)</sup>.

1900 ist ferner, zunächst als Abteilung des Handelsamts, ein Beratungsausschuß über für den Handel wichtige Dinge (Advisory Committee on Commercial Intelligence) ins Leben getreten. Er ist 1905 durch Vertreter der Herrschaften ergänzt worden. Vorsitzender ist der Präsident des Handelsamts. 1911 bestand er aus 3 weiteren Vertretern desselben, aus 2 des Kolonialamts, je 1 des indischen und des auswärtigen Amts, 4 Vertretern der Kolonien und 15 Geschäftsleuten, die die Hauptzweige des britischen Handels und der britischen Industrie vertreten. Aufgabe des Ausschusses ist, das Handelsamt hinsichtlich der Tätigkeit seiner Abteilung für Handelsnachrichten, sowie über Zolltarife und andere auswärtige Handelsangelegenheiten, die das Amt ihm zuweist, zu beraten. Er hat keine selbständige Initiative, sondern nur über Dinge Rat zu er-

---

1) Über die Organisation siehe The Commercial Intelligence Branch Handbook. London, Wyman.

2) Siehe den Annual Report on the Work of the Imperial Institute. London, Wyman.

teilen, die ihm das Handelsamt zuweist. Hauptzweck des Ausschusses ist Schutz und Ausdehnung des britischen Handels, darin eingeschlossen des Handels mit den Herrschaften.

1901 ist auch schon der Anfang zu einer föderativen Exekutive in der Schaffung des Pacific Kabelamts gemacht worden. Seine Kosten sollten zu  $\frac{5}{18}$  vom Vereinigten Königreiche, zu  $\frac{6}{18}$  von Australien,  $\frac{5}{18}$  von Kanada und  $\frac{2}{18}$  von Neuseeland getragen werden. Das Kabel ist gemeinsames Eigentum der betreffenden Regierungen.

Endlich muß das nicht amtliche Handelsparlament des Reichs erwähnt werden, das in den Kongressen der Handelskammern des Reichs, die von der Londoner Kammer veranstaltet werden, besteht. Der erste Kongreß hat 1886 in London stattgefunden; ihm folgten weitere 1892, 1896 und 1900. 1903 hat der erste Kongreß außerhalb des Vereinigten Königreichs, in Montreal, stattgefunden, dann wieder 1906 in London, 1909 in Sydney. Dabei ist zu bemerken, daß die britischen Handelskammern keine halb-amtlichen, sondern völlig unabhängige Körperschaften sind. Sie haben aber repräsentativen Charakter. Daher auch die Bedeutung, die ihren Beschlüssen zukommt.

Aber schon vor dem Ausbruch des Weltkriegs ist das britische Reich nicht mehr eine bloß europäische Macht gewesen. Seit dem 17. Jahrhundert hat es sich zu einer amerikanischen, asiatischen, afrikanischen Macht zu entwickeln begonnen. Mit der Besitznahme von Barbadoes 1652 und von Jamaica 1655 unter Cromwell und noch mehr mit der Eroberung von Kanada 1763, mit der Erlangung des Steuererhebungsrechts in Indien 1765 beginnt die Zeit der auswärtigen Herrschaften Großbritannien. 1783 hat es in Australien Fuß gefaßt und 1787 dort eine Strafkolonie begründet. 1806 hat es die holländischen Kapkolonien endgültig erobert. 1819 hat es Singapore besetzt, 1839 Aden und 1841 Hongkong. 1874 hat es die Suez-Kanalaktien des Khedive von Ägypten angekauft, 1877 Transvaal annektiert. 1882 hat es Ägypten besetzt. 1885 finden wir die Engländer in Burma. 1886 wird Bri-

tisch-Ostafrika begründet, 1887 Rhodesia und der Rest der Neuen Hebriden besetzt. 1890 erlangt England die Herrschaft in Sansibar. 1899 verständigten sich die Engländer mit Frankreich über den Sudan. In demselben Jahre erlangen sie die Tonga-Inseln. 1902 schließt England ein Bündnis mit Japan, 1904 das Einvernehmen mit Frankreich über Ägypten, Marokko und Siam, 1907 das englisch-russische Einverständnis über Persien und Afghanistan. Nach Ausbruch des Weltkriegs haben die Engländer Samoa, Deutsch-Guinea und den Bismarck-Archipel besetzt und am 17. Dezember 1914 Englands Schutzherrschaft über Ägypten erklärt.

Abgesehen von Indien, das nicht zu den Kolonien gerechnet wird, zerfallen die überseeischen britischen Besitzungen: in Herrschaften (Dominions) d. h. Kolonien, die ein auf Volkswahl beruhendes Parlament und ein diesem verantwortliches Ministerium haben,

in Kronkolonien, d. h. Kolonien, die kraft königlicher Prärogative allein von London aus regiert werden, und

in Schutzgebiete oder Protektorate, d. h. Länder, in denen die britische Regierung durch Vertrag oder Übung unter stillschweigender oder erzwungener Duldung des eigentlichen Souveräns des Landes bestimmte Souveränitätsrechte ausübt.

Anfänglich sind alle britischen Kolonien Kronkolonien gewesen. Heute sind es nur noch die Kolonien in den Tropen, da dort die farbige Bevölkerung überwiegt. Die Kolonien mit überwiegender weißer Bevölkerung oder in denen diese die Regierungen zu führen vermag, sind heute zu Herrschaften geworden.

Sieht man von den britischen Protektoraten über Ägypten, den Sudan, die Staaten der Malayischen Halbinsel, Johore, Brunei, den Staat von Nord Borneo, Sarawak, die britischen Salomoninseln, die Gilbert und Ellice Inseln, die Tonga Inseln und Sansibar mit einer Fläche von zusammen 1 479 520 engl. Quadratmeilen und einer Bevölkerung von zusammen 17 714 509 Einwohnern ab, so umfaßte das britische Reich vor Ausbruch des Weltkriegs ungefähr 11 375 000

englische Quadratmeilen mit einer Bevölkerung im Jahre 1911 von 417 268 000 Einwohnern. Davon kamen auf das Vereinigte Königreich 121 154 englische Quadratmeilen mit 45 221 615 Einwohnern, auf Britisch-Indien mit Einschluß der Eingeborenen-Staaten 1 802 000 englische Quadratmeilen mit 315 086 000 Bewohnern und auf die Kolonien und anderen britischen Besitzungen 945 2000 englische Quadratmeilen mit 56 960 000 Bewohnern.

Die weiße Bevölkerung des britischen Reichs betrug:

	1911 <sup>1)</sup>	1921 <sup>2)</sup>
in Großbritannien und Irland <sup>3)</sup>	45 221 615	40 980 000
„ Australien	4 453 005	5 992 084
„ Neuseeland	1 008 463	1 248 198
„ Kanada	7 204 838	8 788 480
„ Neufundland	238 670	} 266 154
„ Labrador	3 949	
„ Südafrika	5 973 394	6 928 580

Die Fläche der sich selbst regierenden Kolonien beträgt 7441 913 englische Quadratmeilen.

Der gesamte Außenhandel des britischen Reichs betrug 1912:

mit fremden Ländern	1 492 117 000 £ = 73,5 Proz.
mit Reichsgebieten	538 168 000 £ = 26,5 „
im ganzen	2 030 285 000 £

1) Statistical Abstract for the British Empire in each year from 1898 to 1912. London 1914, p. 1.

2) Aperçu de la Démographie des divers pays du monde. La Haye 1927, p. 10.

3) Die Ziffer für Großbritannien und Nordirland allein beträgt für 1921 37 887 000, für den Freistaat Irland allein 3 096 000.



## 68. Kapitel.

### Die Herrschaft Kanada.

Die Umwandlung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland in ein britisches Weltreich hat in Kanada ihren Anfang genommen.

„In Quebec sind schon, seit Jaques Cartier 1535 dort überwinterte, Franzosen gewesen. Sie haben schon 1603 in Tadousac eine Niederlassung gegründet, um Pelzhandel zu treiben und die Indianer zu bekehren. Längs des St. Lorenzstroms, des „Großen Stroms“ und seiner Zuflüsse und später bis über die Großen Seen hinaus sind die französischen Pelzjäger, Missionare und Soldaten in das Herz des Kontinents vorgedrungen. Lange bevor die englischen Siedler aus dem Süden und Osten der englischen Kolonien nach Westen vorstießen, schlang sich eine Kette französischer Faktoreien, Missionsniederlassungen und Militärposten von der heutigen Provinz Quebec über die Seen und Flüsse des mittleren Westens durch das Tal des Mississippi bis nach Neu-Orleans. Das Herz des Kolonialreichs war die Feste Quebec und die Insel von Montreal, weiter oben im Großen Flusse gelegen. Dort haben französische Fischer, Bauern und Pelzjäger, Mönche und Nonnen, Beamte und Soldaten Neu-Frankreich begründet“<sup>1)</sup>.

„Der französische Absolutismus hat Kanada besiedelt, zum Teil mit seinen Soldaten. Längs des Richelieu-Flusses und des Großen Stroms wurden die Offiziere mit Land belehnt. In einer Zeit, wo die Wasserstraßen die einzigen

---

1) M. J. Bonn im 2. Kapitel seines geistvollen Büchleins: „Amerika und sein Problem“. München 1925, 29, 30.

Verkehrswege darstellten, mußte jedes Gut am Flusse gelegen sein. Dem einzelnen Offizier wurde ein Landgeviert verliehen, dessen eine Seite an den Fluß stieß. Von dieser Basis aus erstreckte es sich tief hinein in die schweigenden Wälder . . . die Offiziere waren gehalten, ihre Soldaten mit Teilen des Guts zu belehnen. Sie waren die „Seigneurs“, die Land vom König erhielten. Unter ihnen saßen die tributpflichtigen Hintersassen, die „Censitaires“, heute, „Habitants“ genannt. Längs des Flusses entstand so eine Häuserreihe, da zur besseren Verteidigung und zur Erleichterung des Verkehrs jede Wohnstätte am Fluß liegen mußte, ein niedriges Herrenhaus mit vorspringendem Dach, daneben die Hütten der Bauern. Das nannte man eine Côte“.

„Offiziere und Soldaten waren verpflichtet zu heiraten. Der König sorgte dafür, daß ihnen dies möglich wurde, indem er ihnen Frauen aus Frankreich sandte.<sup>1)</sup> So bauten er und seine Beamten längs der Ströme am Ufer des Waldes ein Neufrankreich auf, das die Grundlagen der europäischen Feudalordnung in die neue Welt übertrug. Geistig herrschte die Kirche, politisch der König, sozial der Feudalherr“<sup>2)</sup>.

Die französische Herrschaft ist 1759 mit dem Siege des Generals Wolfe über die Franzosen zusammengebrochen. Am 18. September hat Quebec kapituliert. Im Frieden von Paris 1763 hat Frankreich Kanada verloren.

Großbritannien hatte nun 5 Kolonien in Nordamerika, außer Kanada seine schon besessenen Nova Scotia, die Prinz Eduard-Insel, Neufundland und das Gebiet der Hudson Bay Compagnie:

Kanada wurde von 1760 ab durch englische Gouverneure regiert. Die Zeit von 1760—74 gilt den Kanadiern

---

1) Man erinnere sich der Stelle in Manon Lescaut des Abbé Prévost: „On commençait dans le même temps à embarquer quantité de gens sans aveu pour le Mississippi. M. le lieutenant-général de police leur donna sa parole de faire partir Manon par le premier vaisseau“.

2) M. J. Bonn a. a. O. 31, 32.

als die Zeit der militärischen Herrschaft<sup>1)</sup>. Es gab keinerlei Volksvertretung, aber die Verwaltung war gerecht und klug. Es wurde freiheitlicher als unter französischer Herrschaft regiert. Insbesondere haben die Engländer, die zu Haus auf Grund des Test Acts die Katholiken von allen politischen Rechten ausschlossen, nicht nur die den katholischen Kanadiern im Friedensvertrag gemachte Zusage freier Religionsübung erfüllt, sondern sie auch gegenüber der Anmaßung der ungebildeten und fanatisierten britischen Einwanderer und gegenüber der Unbildung der aus Großbritannien eingewanderten Beamten in Schutz genommen. Wie in allen Kolonien war ein wunder Punkt die Rücksichtslosigkeit der Ansiedler gegenüber den Eingeborenen, hier den Indianern; in Kanada wurden große Reservationen zu ihrem Schutze ins Leben gerufen.

1774 hat Kanada im Quebec-Act (14 Geo. III, 283) seine erste Verfassung erhalten. Ihr Zweck war, die französische Bevölkerung zu gewinnen. Daher wurde der Test Act für Kanada aufgehoben. Bürgerliches Gesetz sollte die Coutume de Paris sein. Dagegen wurde noch keinerlei Art von Volksvertretung eingeführt; es schien zweifelhaft, ob die französische Bevölkerung danach begehre; anstelle einer solchen trat ein vom Gouverneur ernannter gesetzgebender Rat. Dieses Gesetz wurde trotz des Widerspruchs in England und Amerika erlassen. Es hat weder die neuen Ansiedler in Kanada, die nach englischem Rechte verlangten, noch die fanatischen Puritaner in den Neu-Englandstaaten befriedigt. Gleichzeitig begann in diesen die Revolution gegen das Mutterland.

---

1) Für das im Text Folgende wurde benutzt: Lord Durham's Report on the Affaires of British North America. Edited with an Introduction by Sir C. P. Lucas, 3 vols, London 1912. — F. Bradshaw, Selfgovernment in Canada and how it was achieved. The Story of Lord Durhams Report. London 1903. — Edward Porritt, Evolution of the Dominions of Canada. New York 1920. — Stuart I. Reid, Federation in Canada, in Cambridge Modern History XI, 766—778. Cambridge 1921. — Reginald George Trotter, Canadian Federation, Toronto and London 1924.

Die Neu-Englandstaaten haben sich alle Mühe gegeben, die Kanadier für den Abfall von Großbritannien zu gewinnen. Aber die französische Bevölkerung und die katholische Geistlichkeit hatten keine Lust, sich auf ihre Seite zu schlagen. Die Geistlichkeit war durch den Quebec Act gewonnen, desgleichen die Seigneurs, die Notare und Advokaten. Die amerikanische Revolution war ein Kind desselben Geistes, der die französische Revolution hervorrufen sollte; sie war deren Vorläufer. Die Franzosen in Kanada waren Anhänger des Ancien Régime, und nach Beendigung des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs strömten die dem britischen Könige treu gebliebenen Loyalisten aus den Neu-Englandstaaten nach Kanada ein. Hier wurden sie in den Seeprovinzen und den östlichen Stadtgemeinden der Provinz Quebec angesiedelt. Die Folge war, daß in Unterkanada innerhalb desselben Staates zwei Nationalitäten entstanden, wodurch die Hoffnung auf rasche Assimilierung der französischen Bevölkerung, mit der sich die Engländer ursprünglich getragen hatten, vernichtet wurde. Der Bericht des Grafen Durham führt im einzelnen den Nachweis, daß alle die Schwierigkeiten, mit denen die britische Regierung im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Kanada zu tun hatte, und die zu den Aufständen Ende der dreißiger Jahre führten, in dem Gegensatz von Engländern und Franzosen ihre Ursache hatten. Die beiden Nationalitäten lebten in stetem Kampfe miteinander. Die eingewanderten Loyalisten verlangten politische Rechte, wie sie sie in den Neu-Englandstaaten gehabt hatten; die Franzosen waren unzufrieden, wie unter dem Einfluß der Loyalisten der Quebec Act gehandhabt wurde. Der Quebec Act von 1774 wurde unhaltbar.

Da hat Pitt einen zweiten Quebec Act erlassen, den von 1791. In diesem wurde den Forderungen der Loyalisten Folge gegeben, vor allem der nach Teilung von Kanada in zwei Provinzen, eine englische und eine französische. Der größere Teil der Loyalisten hatte sich westlich vom Ottawaflusse niedergelassen in dem Landesteil, der heute die Provinz Ottawa ausmacht, und wünschte, daß er eine besondere

britische Provinz bilde. Außerdem wurden dem Wunsche der Loyalisten entsprechend ein vom Volk gewählter gesetzgebender Körper und Geschworenengerichte in Zivilstreitigkeiten ins Leben gerufen. Unter diesen Neuerungen war die wichtigste, daß die Gesetze fortan nicht allein von dem Gouverneur und dem von diesem ernannten Rate, sondern unter Zustimmung einer vom Volke erwählten Versammlung erlassen werden sollten. Diese gesetzgebende Versammlung sollte für die Dauer von höchstens 4 Jahren gewählt werden und einmal innerhalb 12 Monaten zusammentreten. Außerdem enthielt der Act wichtige Bestimmungen über Zehenterhebung; die zugunsten des katholischen Klerus blieben unverändert; die 36. Sektion des Acts bestimmte, daß bei allen Verleihungen von Staatsländereien ein Teil im Werte von einem Siebentel des verliehenen Lands zum Unterhalt der protestantischen Geistlichkeit reserviert werden sollte; diese sogenannten clergy reserves haben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Anlaß zu heftigen Streitigkeiten unter den verschiedenen protestantischen Sekten gegeben und zu dem Aufstand von 1837 beigetragen. Weitere wichtige Bestimmungen des neuen Gesetzes betrafen Grundeigentum und Handel. In Unterkanada blieb noch das französische Feudalrecht in Geltung. Kein Zoll oder Steuer, die in der einen Kolonie dem Handel auferlegt würden, sollten außer in der betreffenden Kolonie erhoben werden.

Der Fehler der neuen Verfassung war, daß es nur eine scheinbare Selbstverwaltung war, die durch sie eingeführt wurde; tatsächlich wurde an dem vorher bestehenden Zustand nichts geändert. Der Gouverneur wurde vom Kolonialminister in London ernannt und war diesem allein verantwortlich. Der Gesetzgebende Ausschuß sollte den Gouverneur beraten; aber wenn dieser ein starker Mann war, ignorierte er ihn. Häufig bestand er aus unbemittelten Männern, und die Versuchung, ihre Stellung zu eigener Bereicherung zu benutzen, war groß. Häufig bildeten diese die Mehrheit des Ausschusses und hatten dem Gouverneur, den sie beraten sollten, zu folgen, wenn dieser die Ablehnung von Gesetzentwürfen wünschte.



In Oberkanada herrschten die Familienverbände (Family Compacts). Ursprünglich mögen sie aus den eingewanderten britischen Loyalisten und der ersten Generation von deren Nachkommen bestanden haben; später waren es weniger Verwandtschaftsverbände als Interessengemeinschaft, was die mit diesem Namen bezeichneten Kliken zusammenhielt. Sie haben während langer Zeit die höchsten Ämter innegehabt und mittels derselben und ihres Einflusses im Rate des Gouverneurs die Regierung geleitet und alle kleineren Stellen in der Regierung der Provinz besetzt. Eine Anzahl von Gouverneuren soll sich stillschweigend oder nach kurzem vergeblichem Widerstand ihrem Einflusse gefügt haben. Die Richter, die Verwaltungsbeamten, die höheren Ämter der anglikanischen Kirche gehörten zu dieser Partei. Durch Verleihung oder Kauf haben sie nahezu alles unbebaute Land der Provinz inne gehabt. Ihr Einfluß in den privilegierten Banken war enorm. Die einflußreichsten Mitglieder gehörten zur High Church und sahen in der Durchsetzung von deren Ansprüchen eine ihrer Hauptaufgaben.

In dem überwiegend französischen Unterkanada zerfiel die Bevölkerung in zwei Klassen: Die Gebildeten, das waren die Geistlichen, die Seigneurs, die Advokaten, die Notare und die Ärzte. Ihre Zahl wurde nach Ausbruch der französischen Revolution durch Geistliche und Adlige aus Frankreich, die in Unterkanada ein Asyl suchten, verstärkt. Die Ungebildeten, das waren die Bauern, habitants. Ihre Unbildung kann kaum übertrieben werden. Sie konnten weder lesen noch schreiben. Ihre Kinder besuchten zwar Schulen und besaßen Bücher, aber sie hielten ihren Katechismus nur in der Hand, als ob sie läsen, während sie den Inhalt auswendig hersagten. Doch ging aus diesen Kreisen auch die Mehrzahl der Geistlichen, Advokaten, Notare und Ärzte hervor. Das waren diejenigen, die als Kinder wegen größerer Begabung von der Geistlichkeit in höheren, von wohlmeinenden Stiftern gegründeten Schulen aufgenommen und ausgebildet worden waren. So kam es, daß in jedem Dorfe in Mitte der Bauern einige Gebildete lebten, mit diesen durch Bande des Bluts und gemeinsame Jugend-

erlebnisse verbunden und als Folge von außerordentlichem Einfluß auf dieselben.

Die Verwaltung lag in der Hand von Beamten, die vom Gouverneur ernannt wurden und absetzbar waren. Absetzung war häufig die Strafe für Unabhängigkeit. Der britische Kolonialminister wollte über alle Maßnahmen, die getroffen wurden, unterrichtet werden. Da er in London in den Fragen, um die es sich handelte, notwendig nur unvollkommen Bescheid wußte, war, was er anordnete, häufig verkehrt. Der Gouverneur, der dem entgegenhandelte, verfiel aber scharfem Tadel. Das schreckte einen wirklich hervorragenden Mann ab, die Stelle zu übernehmen.

Unglücklicherweise fiel die Gewährung dieses Scheins einer dem Volke verantwortlichen Regierung durch das Pittsche Gesetz von 1791 mit dem Ausbruch der französischen Revolution zusammen. Das ging, so lang die vom Volke gewählte Versammlung sich der Rechte nicht bewußt war, die ihr nach der Verfassung zustanden. Aber die französische Revolution und die Agitation der Amerikaner in den Vereinigten Staaten haben ihnen diese Rechte zum Bewußtsein gebracht; leider haben sie ihnen nicht die zu deren Gebrauch nötige Weisheit verliehen. Auch waren die Volksvertreter weit entfernt, etwa selbst die Regierung übernehmen zu wollen. Die Beamten sollten regieren, aber sie sollten so regieren wie die Volksvertreter es wollten, d. h. der Wille der Mehrheit sollte geschehen; doch wollte nicht diese die Verantwortung tragen; das sollten die Beamten. Regierten diese nicht, wie die Mehrheit wollte, so bewilligte man nicht ihren Gehalt oder machte Abstriche. Eventuell verweigerte man das ganze Budget. Die ganze Regierung geriet ins Stocken.

Die meisten Gouverneure waren sehr versöhnlich und begünstigten sehr die Franzosen auf dem Lande. Aber das fehlende Verständnis ihrer Vertreter für parlamentarische Regierung hat selbst den mit den französischen Kanadiern sympathisierenden Lord Dorchester genötigt, sich mehr auf die Briten zu stützen. Das hat ehrgeizige Notare und Advokaten zum Bewußtsein der Macht gebracht, welche

die Verfassung in ihre Hand gelegt hatte. Es entstand ein Gegensatz zwischen den britischen Kaufleuten in den Städten und den Notaren, die in der Versammlung die Mehrheit bildeten. Die erstern waren gegen das Übergewicht der indirekten Steuern, die sie belasteten, deren Ertrag aber stets zugunsten der Bauern verwendet wurde; die Notare stimmten für nichts, was dem Handel vorteilhaft gewesen wäre, sondern nur für das, was ihnen selbst und den Bauern, die sie vertraten, nützlich war. Obwohl die Bauern unter dem französischen Feudalrecht seufzten, so folgten sie doch den Notaren, von denen sie bei ihrer Unbildung glaubten, daß sie es bekämpften. Diese aber hielten an der Coutume de Paris fest, da sie zu vielen Streitigkeiten Anlaß gab, von denen sie Vorteil zogen; und dies wiederum schreckte Briten vom Zuzug nach Kanada ab. Dabei waren die herrschenden Klassen gegen Briten, die Seigneuries erwarben. Die Abneigung der Briten gegen die Coutume de Paris war aber begreiflich; denn die Briten waren energische Leute, darauf bedacht, dem Boden den größten Ertrag abzugewinnen, was die Coutume de Paris unmöglich machte. Aber auch die englische auf das Land bezügliche Gesetzgebung entsprach nicht den Wünschen der Briten. Die englischen Gesetze kannten die Primogeniturerbfolge; man wollte aber gleiches Erbrecht in das Grundeigentum. Die britische Kaufmannschaft hatte nur wenig Föhlung mit der britischen Bürokratie. Unter Dorchesters Nachfolger Prescott trat völlige Absonderung zwischen beiden ein; es begann die Herrschaft einer Oligarchie. Grobe Durchstechereien in der Verwaltung der Kronländereien ermunterten die französischen Führer. Keine Partei ließ in der Versammlung ein Gesetz durchgehen, wofür die andere war. Die französischen Führer, die in der Versammlung die Mehrheit hatten, scheiterten am Widerstand derer, die im Land die Gewalt hatten. Es war das Gegenteil von Selbstregierung.

Es ist begreiflich, daß dies die Mißstimmung der von den Ideen der amerikanischen und französischen Revolutionen beseelten Führer der gesetzgebenden Versamm-

lung hervorgerufen hat, und, wo die Gouverneure frühere Militärs waren, die wie Craig 1808 und Dalhousie 1828 ihr gegenüber nur die Anwendung von Gewalt kannten, hat dies zur Ausbreitung revolutionärer Gelüste gedient. Organ derselben war die von Papineau herausgegebene Zeitung „La Nation Canadienne“.

Louis Joseph Papineau war 1786 in Montreal geboren; 1809 begann er an der Politik tätigen Anteil zu nehmen; 1812 wurde er in die gesetzgebende Versammlung von Unterkanada gewählt. Er hatte liebenswürdige persönliche Eigenschaften, ein imponierendes Äußere und war ein wirkungsvoller Redner. Die Franzosen waren in der gesetzgebenden Versammlung in Quebec stets in der Mehrheit. Papineau wurde 1815 zum Präsidenten derselben gewählt und ist dies bis zum Aufstand von 1837 geblieben.

In den 25 Jahren von 1812 bis 1837 handelte es sich in allen Fragen darum, ob die französische Mehrheit oder die britische Minderheit in Unterkanada regieren sollte. Unter dem Einfluß des britischen Kolonialamts haben manche Gouverneure auf die Forderungen der Mehrheit mit Gewaltmaßregeln geantwortet. Als diese erfolglos blieben, folgten auf Dalhousie, den starken Mann, drei Gouverneure, die darauf ausgingen, die rebellischen Gemüter zu versöhnen; sie wollten die Franzosen gewinnen. Wenn Worte die Bedeutung von Taten hätten, wäre Aussicht gewesen, daß dies gelinge. Doch dem war nicht so. „Die Regierung, die ich begehre“, sagte Papineau <sup>1)</sup> 1835 in der gesetzgebenden Versammlung, „ist eine, die aus Freunden der Gesetzlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit besteht, eine Regierung, die sich jedwedes Interesses unterschiedlos annehmen und allen Klassen und Rassen der Einwohner gleiche Rechte und Freiheiten gewähren würde. Wir verlangen für uns solche politische Einrichtungen, wie sie mit denen im übrigen Reiche und dem Zeitalter, in dem wir leben, im Einklang sind“. Vom Kolonialamt wurde der gesetzgebenden Versammlung die Kontrolle über die Staats-

---

1) Porritt, Evolution 90.



einnahmen versprochen. Aber sie verlangte die bedingungslose Beseitigung aller Gesetze, vermöge deren Großbritannien eine finanzielle Kontrolle über die Kolonien hatte. Das glaubte man in London nicht bewilligen zu können. Darauf steigerte sich die Agitation zur Propaganda des bewaffneten Widerstands.

In Oberkanada standen die Dinge anders. Hier hatte das britische Element die Oberhand. Ein 1822 unternommener Versuch, durch Vereinigung der beiden Provinzen der Schwierigkeiten mit den Franzosen in Unterkanada Herr zu werden, schlug fehl; in Unterkanada waren nur die britischen Kaufleute dafür, und auch Oberkanada war dagegen, denn es war nur wenig bevölkert und fürchtete, nach der Vereinigung von den Franzosen überstimmt zu werden. Aber auch in dem überwiegend aus Briten bestehenden Oberkanada war infolge der Ausbeutung des Landes durch die Familienverbände die Unzufriedenheit groß. Es war die Zeit, da in Großbritannien die Agitation gegen die Klassenherrschaft der Tories hohe Wellen schlug. Die Männer, die damals von dort nach Kanada einwanderten, waren von den Ideen der dagegen Kämpfenden erfüllt. Sie fanden, daß die in Oberkanada bestehenden Mißstände die in der Heimat noch überträfen. Das erregte ihre Entrüstung. Unter ihrem Einfluß hat die bis dahin schwache Bewegung für Reform in Oberkanada Kraft und Bestand erlangt. William Lyon Mackenzie, ein 1795 in Dundee geborener Schotte, der 1820 in Kanada eingewandert war, wurde ihr Führer. Er war ein Mann von einiger Bildung, nach den einen<sup>1)</sup> von guter Familie, nach anderen<sup>2)</sup> ein Hausierergeselle, und kannte, wie seine Korrespondenz mit dem britischen Kolonialamt zeigt, wie Parlament und Kabinet in Westminster regierten. Er hat 1824 in Toronto die Zeitung „The Colonial Advocate“ gegründet, deren Artikel die jungen Tories der Familienverbände so erregten, daß sie 1826 seine Druckerpresse

---

1) Porritt a. a. O. 91.

2) The Quarterly Review, vol. 63, 461.



in den Ontario-See warfen. 1828 ist Mackenzie in die gesetzgebende Versammlung in Toronto gewählt worden. Hier hat er ein „Buch der Beschwerden“ der Kolonisten von Oberkanada verfaßt, das dem britischem Kolonialamt so großen Eindruck gemacht hat<sup>1)</sup>, daß es dasselbe dem neu ernannten Gouverneur von Oberkanada Francis B. Head, einem pensionierten Major, zur Zeit Assistant Poor Law Commissioner im Kentischen Distrikt, der nach eigener Aussage weder von Politik noch von Kanada eine Ahnung hatte<sup>2)</sup>, zur Berücksichtigung empfahl. Darin findet sich die Forderung wiederholt, die der oben<sup>3)</sup> genannte Robert Gourlay schon 1826 von dem Korrekthaus in London aus, in dem er sich damals befand, gestellt hatte, nach einem Bund aller britischen Provinzen in Nordamerika, von denen eine jede so frei in inneren Angelegenheiten sein sollte wie irgendeiner der Vereinigten Staaten, und einem gemeinsamen Kongreß in Quebec<sup>4)</sup>, d. h. die Forderung einer der Kolonie verantwortlichen Regierung für jede britische Kolonie. Die Forderung widersprach den Interessen der Familienverbände und ebenso den konservativen Anschauungen Heads, der alsbald nach seiner Ankunft, gestützt auf diese, regierte. Außerdem hat Mackenzie den Zorn der Familienverbände erregt durch seine Angriffe auf die Teilnahme des anglikanischen und des katholischen Bischofs an der Versammlung, auf die Überfüllung dieser mit bezahlten Regierungsbeamten, vor allem aber durch Veröffentlichung der Namen der Abstimmenden in seiner Zeitung. Wegen letzterer ist er 1832 aus der Versammlung ausgeschlossen worden; er ist viermal wiedergewählt worden und darauf, ohne daß das geltende Recht dazu irgendwelche Handhabe bot, für unfähig erklärt worden, Mitglied der Versammlung zu sein. Als er sich trotzdem in diese begab, wurde er durch Polizeigewalt

---

1) Siehe über die Beziehungen des Kolonialamts zu Mackenzie *The Quarterly Review*, vol. 63, 462—470.

2) Ebenda 465.

3) Oben S. 74.

4) Trotter, *Canadian Federation*, 8.

entfernt. Seine Wähler haben sich darauf in einer dem Gouverneur überreichten Petition beschwert, haben aber von diesem nur die Antwort erhalten: „Ich habe eure Petition erhalten“, und weder Mackenzie, noch seinen Wählern wurde Abhilfe zuteil<sup>1)</sup>).

Wenn auch der Kampf in beiden Provinzen sich dem Namen nach um finanzielle Kontrolle drehte, so handelte es sich in Wirklichkeit doch um eine den Kolonien verantwortliche Regierung<sup>2)</sup>. Eine von der Regierung in London 1835 zur Untersuchung der Beschwerden eingesetzte Kommission hat keine Beruhigung gebracht; die Situation wurde unmöglich; 1837 hat Lord John Russell eine Anzahl Resolutionen im Parlament eingebracht, die angenommen wurden; darin wurde das Verlangen nach verantwortlicher Regierung abgelehnt, und die Zahlung der den Beamten schuldigen Rückstände aus den kolonialen Einnahmen, über die zu verfügen das Mutterland 1831 aufgegeben hatte, angeordnet. Die Folge war der Ausbruch einer Revolution.

In Unterkanada ist es am 6. November 1837 in Montreal zum Aufstand gekommen, in Oberkanada am 4. Dezember in Toronto. Papineaus Aufstand wurde, nachdem dreihundert seiner Anhänger das Leben eingebüßt hatten, unterdrückt. In Montreal wurde am 5. Dezember 1837 Standrecht proklamiert, das bis zum 27. April 1838 blieb. Papineau floh nach den Vereinigten Staaten und hat da bis 1845 als Flüchtling gelebt. Noch unerheblicher war der Aufstand in Oberkanada. Mackenzies Anhänger waren nicht mehr als 750, wovon 5 das Leben verloren. Mackenzie floh nach New York, wo er bis zu der 1849 von den Vereinigten Provinzen Quebec und Ontario beschlossenen Amnestie im Exil gelebt hat.

Gleiche Gegensätze wie in Ober- und Unterkanada bestanden in den Maritimen Provinzen. Doch war in Nova Scotia der Gegensatz von Regierung und Volk nicht so

---

1) Porritt, *Evolution etc.* 92.

2) Sir Charles Lucas, *Durham Report I*, 66.

groß. Nur New Brunswick hatte einen von dem Rate des Gouverneurs verschiedenen gesetzgebenden Körper; ähnliches verlangte man auch in Prinz Edward-Insel. In Neufundland waren die Dinge stets von denen auf dem amerikanischen Kontinente verschieden; es hatte 1832 eine vom Volke gewählte Versammlung erhalten; aber auch hier bestanden Schwierigkeiten infolge der Anmaßung der Bürokratie.

In London war Lord Melbourne Premierminister (1835—41), als der Aufstand in Kanada stattfand. König Wilhelm IV. war 1837 gestorben. Das erste Parlament der Königin Viktoria trat im November 1837 zusammen; bevor es sich um Weihnachten vertagte, traf die Nachricht vom Aufstand in Kanada ein. War derselbe auch rasch niedergeworfen, so war damit doch keine Lösung des Problems kolonialer Regierung gegeben. Das kleine Häuflein der Radikalen im Parlament — es bestand aus Hume, Leader, Roebuck, Grote, Molesworth — hat den Aufstand freudig begrüßt. John Roebuck, ein geborener Kanadier, hat an den Schranken des Oberhauses den Plan eines aus allen britischen Kolonien in Nordamerika bestehenden Bundesstaats entwickelt<sup>1)</sup>. Am 16. Januar 1838 brachte Lord John Russell einen Gesetzentwurf zur Regierung von Unterkanada im Parlament ein, der am 10. Februar Gesetz wurde. In seiner Rede sagte er, daß, wenn auch eine Zeit kommen möge, in der er nicht abgeneigt sein würde, „den 1 400 000 unserer Mitbürger, die in den nordamerikanischen Provinzen leben, Anteil an der vollkommenen Freiheit, deren das Mutterland sich erfreue, zu gewähren“, so denke er doch, daß der Tag der Trennung noch fern sei. Er meinte eine Trennung nach dem Vorgang der Vereinigten Staaten. Durch Russells Gesetz wurde die Verfassung von 1791 für Unterkanada aufgehoben, und dem Gouverneur

---

1) John Stuart Mill hat in seinen *Considerations on Representative Government* Roebuck die Ehre zuerteilt, der Erfinder des Gedankens einer liberalen Kolonialpolitik gewesen zu sein. Nach dem Mitgeteilten scheint diese aber schon vor Roebuck durch Gourlay ausgedacht worden zu sein.

eine weitgehende Macht übertragen. Sie sollte durch Lord Durham ausgeübt werden.

John George Lambton, erster Graf Durham, stand in seinem 46. Lebensjahre. Er war ein sehr reicher Mann; sein Reichtum beruhte hauptsächlich auf Kohlengruben in der Grafschaft Durham. Er war der Schwiegersohn des Grafen Grey, des Reformministers, und war Mitglied von dessen Ministerium gewesen. Er war der Typus jener englischen Aristokraten, die eifersüchtig auf die ihrem Stande zukommenden Ehren, hochfahrend und unfähig, Widerspruch zu ertragen, andererseits ritterlich, hochherzig, enthusiastisch, stets bereit, für die weitestgehenden Rechte der unteren Klassen einzutreten, die Begeisterung ihrer Anhänger erregen. Er war ein Radikaler bis in die Knochen, ein Gegner der Kornzölle, ein scharfer Kritiker der Schlacht von Peterloo, aber eben wegen seines Radikalismus gehaßt von den Whigs. An den Entwürfen der Reformbill von 1832 hat er großen Anteil gehabt; er war für geheime Abstimmung gewesen, hatte diese aber angesichts des Widerstands der Whigs nicht durchsetzen können. Er hieß der dissentierende Minister, und man sagt, um den Unbequemen los zu werden, habe das Ministerium ihn als Gesandten nach Petersburg geschickt, einen Posten, den er 2 Jahre inne hatte. Von den Whigs hatte er das Eintreten für Freiheit, von Charles Fox, der 1791, als es sich um Pitts Quebec's Bill handelte, den Ausspruch getan, „daß die einzige Methode, entfernte Kolonien mit Vorteil zu behalten, sei, sie in Stand zu setzen, sich selbst zu regieren“, sowie von Jeremias Bentham das Eintreten für das größte Glück der größten Zahl.

Die Vollmachten, die er als Gouverneur, Oberbefehlshaber und Lord Oberkommissar der Krone erhielt, waren die eines Diktators. Als Radikaler mußte er dem Mißtrauen der Tories, als Diktator dem der Whigs begegnen. Doch haben ihm die Radikalen absolutes Vertrauen geschenkt. Die Tories aber waren prinzipielle Gegner des „größten Glücks der größten Zahl“<sup>1)</sup>, und die Inkarnation

---

1) Siehe The Quarterly Review, vols. 61, 63, 64.

des Whiggismus, Lord Brougham, hatte Durham nie die glänzenden Reden verziehen, in denen er den nach den Tories schielenden Kanzler im Herbste 1834 gegeißelt hatte. Nun war der abwesende Durham seiner Rache preisgegeben, und schonungslos nutzte Brougham seine glänzenden Fähigkeiten, um in Durham nicht nur diesen, sondern auch das schwache Ministerium Melbourne, das Durham ernannt, Brougham aber preisgegeben hatte, in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen<sup>1)</sup>. Liest man das einstimmige Lob, das die Angehörigen aller Parteien heute dem Erhalter des britischen Kolonialreichs spenden, zusammen mit den gehässigen Invektiven, mit denen toryistische Journalisten und Brougham damals Durhams Ernennung und Wirken begleitet haben, so kann man sich eines verächtlichen Lächelns über den Wert zeitgenössischer Parteikritik nicht enthalten. Nichts war ihr an Durham gut. Man sprach ihm alle politische Fähigkeit ab und erklärte seine Ernennung nur aus dem Wunsche der Regierung, den Mann los zu werden, der innerhalb wie außerhalb des Kabinetts gleich gefährlich erschien. Innerhalb desselben war er ein hochfahrender und unbequemer Kollege; außerhalb desselben konnte er sich an die Spitze der Radikalen stellen, die wenn auch völlig außerstand, eine Regierung zu bilden, doch imstand waren, das schwache Ministerium zu stürzen. Indem man ihn nach Kanada schickte, habe das Ministerium gehofft, die Radikalen in Nordamerika zu besiegen, ohne die Mitwirkung der Radikalen zu Haus zu verlieren. War er dort erfolgreich, so würde dies dem Ministerium zugute kommen, während man ihn los war, wenn er dort scheiterte.

Durham zeigte Klugheit und Mut, indem er zu seinen Hauptberatern Charles Buller und E. Gibbon Wakefield wählte, die beiden Männer, die in ganz Großbritannien sich am meisten mit Kolonisation und Kolonialregierung beschäftigt hatten. Er hat Buller zu seinem obersten Sekre-

---

1) Lord Broughams Speech on the Mal-Treatment of the North American Colonies. London 1838.



tär gemacht. Die unfreundliche Kritik, mit der The Quarterly Review zuerst die Ernennung begleitete, hat sie später durch freundliche Worte über ihn wieder gut gemacht<sup>1)</sup>. Anders wurde die Wahl Wakefields wegen der dreijährigen Gefängnisstrafe, die er verbüßt hatte, aufgenommen; Durham hatte ihn, als er sich für die Kolonisation von Neu-seeland interessierte, als den hervorragendsten Kopf, der in Kolonialfragen Anspruch auf Beachtung hatte, bereits kennengelernt, und nahm an Wakefields Jugsünden keinen Anstoß; noch mehr aber wurde die Wahl Thomas Turtons, eines Schulfreunds von Durham, der in seiner Jugend in einen skandalösen Ehebruchsprozeß verwickelt war, zu Durhams juristischem Berater beanstandet. Man nimmt an, daß es ritterliche Generosität Durhams gewesen sei, die ihn bei der Wahl bestimmt habe. Auf Einspruch des Ministeriums hat er darauf verzichtet, dem einen wie dem andern ein Amt zu übertragen, sie aber gleichwohl als Helfer mitgenommen und, wie es scheint, aus seiner Tasche bezahlt.

Bevor Durham sich einschiffte, hatte er im Oberhause eine Rede gehalten, worin er betonte, daß er einerseits in Kanada die Oberhoheit der königlichen Regierung und des Rechts zur Geltung bringen werde, andererseits keinen Teil der Kanadier als französisch, sondern alle gleichviel ob französische Bauern in Quebec oder britische Kaufleute in Montreal, lediglich als britische Untertanen betrachten, und die Rechte aller verteidigen werde.

Innerhalb weniger Wochen nach seiner Ankunft in Kanada hat Durham den Anstoß zu mehreren wichtigen Reformen gegeben, zur Einsetzung einer Kommission über Kronländereien, zur Registrierung der Rechte am Land und zur Beseitigung des Feudalrechts am Grund und Boden. Der nominelle Oberkommissar an den Kronländereien war Buller; aber er war als oberster Sekretär Durhams durch anderes in Anspruch genommen und sein alter ego in allen

---

1) The Quarterly Review, vol. 63, pp. 321 und 477  
Anmerkung.

Land und Einwanderung betreffenden Fragen war Wakefield. Eben um dieser Fragen willen hatte ihn Durham nach Kanada mitgebracht. Buller hatte in allen Land und Einwanderung betreffenden Fragen nichts weiter zu tun als unter die von Wakefield verfaßten Schriftstücke seinen Namen zu setzen.

Ich habe oben <sup>1)</sup> schon dargelegt, welche Änderungen in der Anwendung seiner Kolonisationstheorie Wakefield auf bereits bestehende Kolonien für notwendig hielt. Er fand, daß in Kanada eine große Menge von Kronländereien schon veräußert worden war. Ein großer Teil derselben war unangebaut geblieben. Auch fand er, daß unter den Einwanderern Not und Krankheit herrschten und daß eine nicht geringe Zahl nach den Vereinigten Staaten wieder ausgewandert war. Angesichts der großen Ausdehnung des bereits zu Eigentum verteilten Landes konnte er bei dem relativ geringen Teil des der Regierung zur Verfügung bleibenden Landes sein Mittel des Verkaufs zu einem „ausreichenden Preise“ nicht unverändert zur Anwendung bringen. Er schlug vor, eine Grundsteuer von 2 pence per acre von allen Ländereien zu erheben, die jedoch von den Eigentümern in Land bezahlt werden konnte, d. h. durch Hingabe von Land im Werte der Steuer. Auf diese Weise hoffte er, die Eigentümer unbebauten Landes zu zwingen, entweder ihr Land anzubauen oder es anderen, die es bebauen würden, zugänglich zu machen.

Land, das noch nicht in Privateigentum übergegangen war, und ebenso Land, das von seinen Eigentümern in Bezahlung der Steuer zurückgegeben wurde, sollte nach Wakefields Vorschlag zu einem gleichmäßigen Preise verkauft werden, ohne Beschränkung der Menge und ohne Auflegung anderer Bedingungen; während denen, die wirklich anbauen wollten, jedwede Erleichterung bei der Auswahl und dem Erwerb gegeben werden sollte, sollte der Ankauf durch solche, die nicht anbauen wollten, auf diese Weise verhindert werden. Da das Ziel beim Verkauf nicht

---

1) Oben S. 74.

die Erzielung der größten Einnahmen war, sollte das Land zu einem festgesetzten Preise und nicht mittels Versteigerung verkauft werden. Wakefields „ausreichender Preis“ war angesichts des Umstands, daß in den Vereinigten Staaten Land zu 6 s 3 d per acre verkauft wurde, nicht durchführbar, denn wenn der „ausreichende Preis“ hoch festgesetzt worden wäre, wären die Einwanderer dorthin über die Grenze gegangen. Wakefield schlug daher als höchsten Preis, der von den Ansiedlern gefordert werden könne 10 s pro acre vor. Er gab zu, daß dieser Betrag kein „ausreichender Preis“ sei; er schlug ihn vor als ein Kompromiß, nicht weil er ihn für den an sich besten hielt, sondern für den besten, der unter den gegebenen Verhältnissen erzielt werden konnte. Der Ertrag der Landverkäufe und der Grundsteuer sollte zum Teil auf öffentliche Arbeiten, wie die Herstellung von Straßen, zum Teil auf die Förderung der Einwanderung von Personen beiderlei Geschlechts verwendet werden. Da aber angesichts der großen Menge bereits in Privateigentum übergegangenen Landes nicht zu erwarten war, daß beträchtliche Landverkäufe stattfinden würden, empfahl Wakefield, daß unter Sicherung der zukünftigen Erträge der Grundsteuer und der Landverkäufe ein Anlehen zur Förderung öffentlicher Arbeiten und der Einwanderung aufgenommen werde.

Durham hat Wakefields Vorschläge mit Begeisterung angenommen; es ist aber niemals ein ernster Versuch gemacht worden, sie in Kanada zu verwirklichen. Auch wäre dies angesichts der Abneigung, mit der die Grundeigentümer ihnen begegneten, und mit der Selbstverwaltung, die die weitere Entwicklung Kanada bringen sollte, nicht zu vereinigen gewesen. Doch hatte Durham nach seiner Ankunft in Kanada mit einer weit dringenderen Aufgabe zu tun. Einen Monat vor seiner Ankunft war das Standrecht in Montreal aufgehoben worden, und Durham beklagte sich nicht mit Unrecht, daß man nicht auch vor seiner Ankunft den gefangenen Rebellen den Prozeß gemacht habe; ihre Behandlung gehöre nicht zu seiner Mission. Nun aber stand er vor der Aufgabe. Bei der noch herrschenden Erregung,

war von unbeeinflußten Geschworenen die Freisprechung der Angeklagten, bei einer willkürlich zusammengesetzten Geschworenenbank ihre Verurteilung zum Tode zu erwarten. Das eine wie das andere wäre von den gleichen üblen politischen Folgen gewesen. Die Freisprechung hätte die Rebellion gerechtfertigt, die Hinrichtung hätte die Kanadier zu unversöhnlichen Gegnern Großbritanniens gemacht und ihre Hinneigung zu den Vereinigten Staaten verstärkt, möglicherweise zu einem Kriege mit diesen geführt. In dieser Zwangslage tat Durham Schritte, die zweifellos ungesetzlich waren. Aber er war der Meinung, daß die außerordentliche Lage es rechtfertige, wenn er sich über technische Vorschriften des Rechts hinwegsetze, um größeres Übel zu vermeiden und hielt sich kraft der ihm erteilten außerordentlichen Gewalt für dazu berechtigt. Er traf mit den Angeklagten ein Abkommen, wonach diese darauf verzichteten, von Geschworenen abgeurteilt zu werden, wogegen sie nach Bermuda in die Verbannung geschickt würden. Die Angeklagten, die fürchteten, von einer aus Gegnern bestehenden Geschworenenbank gerichtet zu werden, willigten ein. Darauf hat Durham durch eine Verordnung vom 28. Juni 1839 verfügt, daß sie nach Bermuda verschifft würden.

Durham war sich, als er die Ordonnanz erließ, völlig bewußt, daß sie gesetzwidrig sei. Dazu kam, daß weder er das Recht hatte, die Angeklagten nach Bermuda zu verbannen, noch der dortige Gouverneur das Recht, sie dort festzuhalten. Aber Durham glaubte, daß die Regierung und das Parlament in Anbetracht der Weisheit seiner Entscheidung sie nachträglich legitimieren würden. Damit aber hatte er die Gegner, die er in der Heimat zurückgelassen und insbesondere den unversöhnlichsten darunter, Lord Brougham, vergessen.

Nachdem Durham seine Ordonnanz vom 28. Juni erlassen hatte, hat er noch eine Reihe von Reformen vorgenommen, von denen die im Erziehungswesen eine der bedeutendsten war. Er unternahm die wichtige, aber schwierige Aufgabe, die einander feindlichen Rassen in den-

selben Schulen zu vereinen, und entschied sich ungeachtet des Widerstands der Bigotten beider Rassen und jeglichen Glaubens für einen dieser Aufgabe entsprechenden Plan. Noch bedeutender war, daß er sich nach einer Besprechung mit Deputationen von Unterkanada und mit führenden Persönlichkeiten und öffentlichen Körperschaften in beiden Kanadas für die Vereinigung der beiden in einem Staate entschloß, dem die übrigen britischen Provinzen in Nordamerika, wenn sie dies wollten, sollten beitreten können, sowie — und das war das wichtigste — dafür, daß den Kolonien auch die Ausführung der Gesetze, die sie sich selbst geben würden, d. h. volle freie Selbstverwaltung übertragen werde. Die Exekutivgewalt sollte, wie in England, der Kontrolle der gewählten Volksvertretung unterworfen sein. Er unterschied zwischen inneren Angelegenheiten der Kolonie und Reichsangelegenheiten. Die erstern sollten der Kolonie vollständig überlassen, die anderen dem Reichsparlament in London vorbehalten bleiben. Unter Reichsangelegenheiten verstand Durham die Form der Regierung, die Regelung der auswärtigen Beziehungen, die des Handels mit dem Mutterland, mit anderen britischen Kolonien und mit fremden Nationen, sowie die Verfügung über die öffentlichen Staatsländereien; alle übrigen Angelegenheiten sollten als lokale gelten. Bei so geordneter Selbstverwaltung werde die Verbindung der Kolonie mit dem Mutterland dauernd gesichert sein.

Mitten in die Vorbereitung dieser Reformen fiel die Nachricht, daß das Ministerium Melbourne Durhams Ordinance vom 28. Juni annulliert habe. Als sie dort bekannt geworden war, hat sie bei Durhams Feinden einen Sturm der Entrüstung erregt. Die Tories griffen ihn in der gehässigsten Weise in ihrer Presse an, vor allem aber wütete Lord Brougham im Oberhause gegen ihre nicht zu bestreitende Ungesetzlichkeit, und selbst Leader wandte sich im Unterhause gegen diese, und das Ministerium, das zuerst vielleicht geneigt gewesen war, die Ungesetzlichkeit durch ein Spezialgesetz gut zu machen, zog es, um sich zu retten, vor, Durham preiszugeben. Es hat am 9. August die



Annullierung der Ordonnanz kund gegeben. Durham hat davon zuerst durch eine amerikanische Zeitung erfahren; die amtlichen Depeschen sind erst später eingetroffen. Durham antwortete darauf, indem er am 25. September den Rücktritt von seinem Amte der Regierung in London anzeigte. Er hat weiter am 9. Oktober eine Proklamation veröffentlicht, in der er die von ihm getanen Schritte rechtfertigte und den Kanadiern die Maßnahmen mitteilte, die zu ergreifen er im Begriff war. „Ich kann nur bedauern“, hieß es darin, „genötigt zu sein, auf die glorreiche Hoffnung zu verzichten, außergewöhnliche gesetzgeberische Vollmacht zur Ausstattung der Provinz mit solch' freien kommunipalen Einrichtungen zu verwenden, welche die einzige sichere Grundlage lokalen Fortschritts und freier Volksvertretung sind, ein System allgemeiner Volksbildung zu verwirklichen, die mangelhaften Gesetze über Grundeigentum und Handel zu verbessern, und eine reine und sachgemäße Justizverwaltung einzuführen. Aber mehr als alles betrübt es mich, auf die Verwirklichung so großer und solider Kolonisationspläne und Maßnahmen inneren Aufschwungs verzichten zu müssen, wie sie die entfernten Gegenden dieser ausgedehnten Kolonien verbinden, und die unberührten Schätze der Wildnis den Bedürfnissen der britischen Industrie und der Energie britischen Unternehmungsgeistes eröffnen würden.“

Durham hat am 1. November Quebec verlassen. „Die Hauptfrucht seiner meteorgleichen Verwaltung“, schreibt Garnett<sup>1)</sup>, „war der Beweis, den sie lieferte, daß ein englischer Gouverneur in Kanada populär sein konnte. Seine Popularität war während seiner ganzen Verwaltung in fortwährendem Steigen, und die öffentliche Meinung war in seinem Konflikt mit dem Ministerium zu Haus auf seiner Seite. Dreitausend der angesehensten Einwohner Quebecs begleiteten ihn zu seiner Einschiffung, und in Oberkanada war seine Popularität noch größer. Zwei Tage, nachdem er Quebec verlassen hatte, ist ein Aufstand dort

---

1) Garnett a. a. O. 173.

ausgebrochen, der von seinem provisorischen Nachfolger rasch unterdrückt wurde.“

Aber anders war das Urteil seiner Feinde zu Haus. Nicht nur daß seine Ordonnanz gesetzwidrig gewesen war, auch die Niederlegung seines Amts, bevor er die königliche Genehmigung dazu erlangt hatte, widersprach den bestehenden Vorschriften. All das wurde ihm schonungslos vorgehalten. Die Torypresse beschuldigte ihn krankhafter Humanität, weil er um Leben und Ehre der Rebellen besorgt gewesen sei, und Lord Brougham schwelgte in der Betätigung seiner glänzenden Fähigkeiten, indem er sein ganzes Verhalten unbarmherzig zerzauste. „Er schien“, schreibt John Stuart Mill in seiner Autobiographie<sup>1)</sup>, „als ein geschlagener, in seiner Ehre geschädigter Mann heimkehren zu müssen. Ich war den Ereignissen von Kanada von Anfang an gefolgt, hatte zu den Einbläsern seiner Ratgeber gehört, und sein politisches Handeln stand ganz im Einklang mit meinen Ansichten; ich befand mich also in der Lage für ihn einzutreten. Ich schrieb und veröffentlichte in der (London and Westminster) Review ein Manifest, in welchem ich mich für ihn aufs hohe Roß schwang und nicht bloß Freisprechung, sondern Lob und Ehren für ihn beanspruchte. Diesen Ton nahm sogleich auch eine Anzahl anderer Journalisten auf, und ich glaube, Lord Durham hatte nicht ganz Unrecht, als er bald nachher mit höflicher Übertreibung zu mir sagte, daß er jenem Artikel den triumphierenden Empfang verdankte, der ihm bei seiner Rückkehr nach England bereitet wurde.“ Die Radikalen von Devonport, Plymouth und Exeter haben nämlich Lord Durham nach seiner Rückkehr in ihren Rathäusern ehrerbietige Adressen überreicht, worin sie in starken Ausdrücken die Parteilichkeit derer verurteilten, deren erfolgreiches Treiben seine Rückkehr herbeigeführt habe. In Windsor dagegen hat die ganz unter Melbournes Einfluß stehende junge Königin ihrem zurückgekehrten

---

1) John Stuart Mills Selbstbiographie, deutsch von Dr. Karl Kolb. Stuttgart 1874, S. 179, 180.

High Commissioner die Audienz verweigert, auf die er schon als Peer Anspruch erheben konnte, worauf seine Gattin ihre Stelle im Haushalt der Königin niederlegte.

In dem auf seine Rückkehr folgenden Jahre hat Durham dem Ministerium seinen berühmten Bericht überreicht, der zunächst eine Verlegenheit für das Ministerium war, so daß die Gefahr bestand, daß es ihn nur verstümmelt veröffentlichen würde<sup>1)</sup>; heute wird er von allen Parteien als die Magna Charta der britischen Kolonien, als die klassische Darlegung der Prinzipien, die das Mutterland in seinen Beziehungen zu seinen Kolonien leiten sollen, gepriesen. Über seinen Verfasser herrscht Streit. Durhams Feinde schrieben: „Wakefield hat ihn ausgedacht, Buller hat ihn geschrieben, Durham hat ihn unterzeichnet“. Das war epigrammatisch, aber nicht zutreffend.

John Stuart Mill schreibt in seiner Selbstbiographie<sup>2)</sup>: „Mit Lord Durhams Bericht, der, teilweise unter der Eingebung von Wakefield, von Charles Buller geschrieben war, begann eine neue Ära“. Buller selbst hat bestritten, daß Durham am Bericht keinen Anteil gehabt habe, und jene Behauptung seiner Feinde als unbegründet bezeichnet. Und nach Durhams Tod schrieb Mill<sup>3)</sup>: „Er war der erste, der weitere und klarere Anschauungen förderte. Seine Voraussicht hat ihn instand gesetzt, seine Politik auf den Grundsätzen aufzubauen, gemäß denen in Zukunft regiert werden wird. In späteren Zeiten wird ihm große Gerechtigkeit zu teil werden. Denn wie die kommenden Ereignisse in ihrem normalen Verlauf die Weisheit, mit der er sie voraussah, zeigen werden, so wird mit täglich wachsender Klarheit der Charakter dieses Staatsmanns glänzen, der allein zu seiner Zeit den Wert unseres Kolo-

---

1) Wakefield hat ihn, um dies zu verhindern, der Times übergeben, in der am 8. Februar 1840 ein wichtiger Teil erschien, worauf Melbourne nichts übrig blieb, als ihn vollständig dem Parlament vorzulegen. Garnett a. a. O. 176, 177.

2) John St. Mill, Selbstbiographie 180. Siehe auch dessen Considerations on Representative Government 315.

3) Siehe Bradshaw a. a. O. 256.

nialreichs erkannt und gesehen hat, auf welch tiefer und sicherer Grundlage von Freiheit seine Wohlfahrt aufgebaut werden kann.“

Durham ist stets von schwacher Gesundheit gewesen. Er ist im Jahre nach seiner Rückkehr, am 28. Juli 1840, gestorben. Fünf Tage vor seinem Tode hat die Königin die neue Verfassung des Vereinigten Kanada unterzeichnet. Sie hat, wie Durham vorgeschlagen hatte, die Vereinigung von Ober- und Unterkanada mit einem gesetzgebenden Rate und einer gesetzgebenden Versammlung durchgeführt. Der erstere sollte aus nicht weniger als zwanzig von der Krone ernannten Mitgliedern, die zweite aus vierundachtzig Abgeordneten, zweiundvierzig von jeder Provinz, die vom Volke gewählt werden sollten, bestehen. Es war der Anfang einer neuen Epoche, die Verleihung des Rechts des Volkes, seine eigenen Angelegenheiten, wenn auch noch unter Beschränkungen, zu leiten. Durham starb voll Hoffnung, wenn nicht zufrieden. Fast seine letzten Worte waren: „Die Kanadier werden eines Tags meinem Andenken Gerechtigkeit widerfahren lassen.“

Das Programm Durhams ist nur in einem Punkte verwirklicht worden, allerdings in dem wichtigsten, in dem, in welchem seine epochemachende Bedeutung besteht, in der Gewährung völliger Selbstverwaltung an die Kolonien. Aber gerade diese hat zur Abweichung von seiner Forderung geführt, deren Erfüllung er für nötig hielt, um die bleibende Zugehörigkeit zum britischen Reiche zu sichern: die Regelung der Außenhandelspolitik der Kolonie sollte dem Mutterlande vorbehalten bleiben. Ich habe aber im vorigen Kapitel schon gezeigt, daß das Mutterland Schritt für Schritt genötigt worden ist, den Kolonien Selbständigkeit auch in Tarif- und Handelsfragen zuzugestehen und wie gerade dies dazu geführt hat, das Band zwischen Kolonien und Mutterland zu festigen. Noch in einem anderen Punkte hat Durhams Voraussicht sich nicht bewährt. Er war überzeugt, daß Friede in Unterkanada nur hergestellt werden könne, wenn man es der kräftigen Beherrschung durch eine englische Mehrheit unterwerfe, und er hatte die

Vereinigung der beiden Provinzen verlangt, um dem britischen Element die Mehrheit über das französische zu verschaffen; sobald die Franzosen durch den gesetzmäßigen Verlauf der Dinge in eine Minderheit versetzt seien, würden sie ihre unhaltbaren nationalen Hoffnungen aufgeben. Auch hier ist das Gegenteil eingetreten. Es haben die Reibereien zwischen der englischen und der französischen Nationalität nicht aufgehört, solange die letztere sich durch erstere in ihren Interessen gekränkt sah. Auch hier ist erst die vollkommene Durchführung der Freiheit das versöhnende Element gewesen. Sie hat dazu geführt, daß die Franzosen in der Provinz Quebec noch heute in gleichem Maße Franzosen sind, wie sie dies 1763 gewesen, und nicht der Unterdrückung, sondern der weitestgehenden Berücksichtigung des französischen Elements ist, wie wir sehen werden, zu danken, daß die französischen Kanadier heute begeisterte Anhänger der britischen Macht sind.

Aber auch der Programmpunkt, in dessen Aufstellung Durhams epochemachende Bedeutung besteht, die Gewährung einer der Kolonie verantwortlichen Regierung, ist in Kanada nicht sofort verwirklicht worden. Die Forderung war seiner Zeit weit voraus. Nicht nur der Herzog von Wellington vertrat noch die Anschauung der Tories, daß eine der Kolonie verantwortliche Regierung mit der Souveränität Großbritanniens völlig unvereinbar sei, auch Lord John Russell hat noch 1838 und 1839 derselben gehuldigt. Doch war klar, daß man Kanadas Abfall zu den Vereinigten Staaten nicht aufhalten könne, wenn man wie vor der Rebellion weiter regiere, und Russell hat in einer Depesche den Nachfolger Durhams, Poulett Thompson, den späteren Lord Sydenham, angewiesen, er solle Kanada in Übereinstimmung mit den Führern der Mehrheit der Versammlung regieren<sup>1)</sup>. Sydenham war einer der drei Männer — Durham, Sydenham und der gleich zu erwähnende Elgin — deren Regierungstalent, Voraussicht und Sympathie mit dem Volk die sich selbst regierenden Kolo-

---

1) Bradshaw 256.



nien und ihre Loyalität gegen Großbritannien möglich gemacht haben. Er ist leider bald gestorben, und Bagot, der in seinen Fußstapfen wandelte, wurde auf Anregung der Königin von der Toryregierung unter Peel genötigt, um seine Abberufung zu bitten. Ihm folgte Sir Charles Metcalfe, der spätere Lord Metcalfe, ein früherer Beamter der Ostindischen Gesellschaft, der von einer der gesetzgebenden Versammlung von Kanada verantwortlichen Regierung nichts wissen wollte und damit eine Erregung hervorrief, die die Verbindung Kanadas mit Großbritannien nochmals in Frage zu stellen drohte. Er ist nach Auflösung der gesetzgebenden Versammlung während der Neuwahl 1844 gestorben, und erhielt den von der Königin empfohlenen Gouverneur von Jamaica, Lord Elgin, zum Nachfolger.

Als er ernannt wurde, waren die Liberalen in England am Ruder. Kolonialminister war der dritte Earl Grey, ein hervorragend intelligenter Mann von liberalen Anschauungen. Er erkannte, daß das Einschlagen einer persönlichen Politik seitens des Gouverneurs die Loyalität der Kolonisten auf die Probe stellen würde, und daß die Persönlichkeit des Gouverneurs durch die seiner Minister gedeckt werden müsse. In seiner Instruktion für den stellvertretenden Gouverneur von Nova Scotia vom 3. Nov. 1846 schrieb er, daß der Gouverneur aus einem wohlwollenden Autokraten in etwas ähnliches wie einen konstitutionellen König zu verwandeln sei. Die Übertragung der Gewalt von einer Partei auf eine andere habe zu geschehen in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung; die Zusammensetzung des gesetzgebenden Rats solle nicht willkürlich geändert werden, sondern nur, wenn es außer Zweifel sei, daß er sich nicht des Vertrauens der gesetzgebenden Versammlung erfreue. Der Gouverneur solle sich nicht mit einer Partei identifizieren und habe im allgemeinen als Vermittler zwischen Extremen zu wirken. Das Recht, gewisse Handlungen der kolonialen Exekutive, die Fragen vom höchsten Reichsinteresse berührten, zu beaufsichtigen, müsse allerdings aufrecht erhalten werden, doch

sei davon nur sparsam, und nur in Fragen von sehr großer Wichtigkeit Gebrauch zu machen.

Diese Instruktion wurde Lord Elgin, bevor er England verließ, ernstlich zu Gemüt geführt. Bevor er im Januar 1847 nach Kanada abreiste, hat er die reizende Tochter Durhams geheiratet, die als Mädchen mit ihrem Vater daselbst geweilt hatte. Das mag den Liberalismus des ursprünglich Liberal-Konservativen gefestigt haben. Jedenfalls diente es dazu, ihm von vornherein Sympathien zu erwecken, denn in allen Klassen herrschte die Überzeugung, daß Durham ungerecht behandelt worden sei. Elgin hat diese Sympathien vollauf gerechtfertigt, denn er erwies sich als der beste Gouverneur, den Kanada gehabt hat, seit Durham Kanadas Gestade verlassen hatte. Als bald nach seiner Ankunft in Montreal gab ihm die Frage der Entschädigung der Personen in Unterkanada, deren Eigentum während der Rebellion zerstört worden war, Gelegenheit zu zeigen, in welchem Maße der Geist von Greys Instruktion ihn erfüllte. Ein Gesetzentwurf wurde vom Ministerium in der gesetzgebenden Versammlung eingebracht, der diese Entschädigung bezweckte. Viele hervorragende Politiker in Oberkanada protestierten mit dem Rufe: „den Rebellen keine Zahlung“; einige darunter gingen so weit, mit Abfall an die Vereinigten Staaten zu drohen, wenn Entschädigung gewährt werde. Aber Lord Elgin blieb fest, was ihm im Mutterland sehr verargt wurde. Er machte geltend, daß der Entwurf in beiden Häusern der Gesetzgebung große Mehrheit erlangt habe, und verweigerte, einen Unterschied zwischen Ober- und Unterkanada zu machen oder die Verantwortung für die Maßnahme, die seiner Meinung nach vom Gouverneur von Kanada zu tragen war, auf die heimische Regierung abzuwälzen. Das war ganz im Geiste Durhams gehandelt. Elgin hat durch sein mutiges Verhalten die Sympathien der französischen Kanadier gewonnen und Unterkanada verhindert, wieder unter Papineaus Einfluß zu geraten. Von dem loyalistischen Pöbel wurde er, als er sich in Montreal in die Stadt begab, um eine Dankadresse der gesetzgeben-

den Versammlung entgegenzunehmen, allerdings mit einem Steinhagel verfolgt; auch haben die Loyalisten das Haus der gesetzgebenden Versammlung verbrannt<sup>1)</sup>). Auch appellierten sie an das Parlament gegen Elgin. Dieser hat sich zum Rücktritt von seinem Posten bereit erklärt. Aber man hatte in London seit Durham doch etwas gelernt; sein Rücktritt wurde abgelehnt, und Unter- wie Oberkanada haben Elgins Verhalten gebilligt<sup>2)</sup>).

Elgin hat ferner die Besetzung der Beamtenstellen, die bis dahin, wie geschildert, unter großer Korruption seitens des Kolonialministeriums stattgefunden hatte, 1847 der kanadischen Regierung übertragen. Er hat 1848 die Gleichberechtigung der französischen mit der englischen Sprache im Parlament wie in den amtlichen Schriftstücken genehmigt. Er hat die Frage der Clergy reserves, d. h. des Landes, das bei Verkäufen zugunsten des Klerus zurückbehalten wurde, die lange Zeit Gegenstand heftigen Streits war, zufriedenstellend geordnet. Eine seiner verdienstvollsten Leistungen war die Beseitigung der Reste der feudalen Grundbesitzordnung, unter denen der Bauer in Unterkanada seufzte. Sein Hauptverdienst aber war der 1854 mit den Vereinigten Staaten abgeschlossene Reziprozitätsvertrag. Die Veranlassung war folgende:

Kanada hatte sich bis zum Übergang des britischen Mutterlands zum Freihandel im Jahre 1846 einer Vorzugsstellung auf dem britischen Markte erfreut. Sie war ihm noch 1842 in einem Gesetze bestätigt worden. Die damit verbundenen Vorteile sind ihm mit Beseitigung der Kornzölle verloren gegangen. Darob große Mißstimmung in Kanada. Eine wirtschaftliche Depression trat ein. Viele Geschäftsleute wurden bankrott. Das Grundeigentum sank um 50 Proz. im Wert. Es entstand in den Städten eine Bewegung für Anschluß an die Vereinigten Staaten.

Um ihr zu begegnen, erklärte Lord Elgin, die Kolonisten müßten kommerziell in gleich gute Lage wie die

---

1) Porritt, *Evolution etc.* 140—142.

2) Ebenda 144.

Bürger der Vereinigten Staaten versetzt werden; dazu sei freie Schifffahrt und Handel mit den Vereinigten Staaten auf Grund von Gegenseitigkeit unerlässlich<sup>1)</sup>. Aber die Vereinigten Staaten waren der Meinung, daß Kanada von einem Reziprozitätsvertrage größeren Vorteil haben würde als sie selbst, und es bedurfte der Anordnung von Vergeltungsmaßnahmen, um sie willig zu machen. Der kritische Zustand hat sechs Jahre gedauert, und erst 1854 wurde der von Lord Elgin negotiierte Handelsvertrag auf Gegenseitigkeit abgeschlossen. Durch ihn wurden die Schutzzölle der Vereinigten Staaten, die dem Handel Kanadas mit diesen bisher hinderlich gewesen waren, herabgesetzt. Beide Länder haben davon Vorteil gehabt, ganz besonders Kanada. Einige Zahlen mögen dies zeigen. Es stieg der Wert der Ausfuhr von Kanada nach den Vereinigten Staaten in Dollars:

Ware	1854	1865
Holz . . . . .	753 000	4 887 000
Mehl . . . . .	1 792 000	2 970 000
Gerste . . . . .	55 000	4 093 000
Hafer . . . . .	37 000	2 216 000
Fisch und Fischprodukte	1 004 000	2 213 384
Kohle . . . . .	254 000	1 223 000
Wolle . . . . .	69 000	1 527 000
Butter . . . . .	126 000	668 000
Lebendes Vieh . . . . .	73 000	5 503 000

Dabei ist zu bemerken, daß 1865 für die Vereinigten Staaten noch ein Kriegsjahr war, was ihre Kaufkraft gemindert hat.

Der Vertrag sollte 12 Jahre Geltung haben. Nach Ablauf derselben wollte Kanada ihn erneuern. Aber die Haltung Englands während des Bürgerkriegs hatte in den Vereinigten Staaten große Verstimmung hervorgerufen. Die Folge war, daß sie den Reziprozitätsvertrag kündigten.

Das war aber nicht die einzige Sorge, die die kana-

---

1) Siehe den Vortrag von W. L. Griffith, Sekretär des Amtes des High Commissioner für die Herrschaft Kanada, bei Ashley, British Dominions 207.

dische Regierung bedrückte. Oberkanada fühlte sich mit Anwachsen seiner Bevölkerung ungenügend in der gesetzgebenden Versammlung vertreten; es zahlte drei Viertel der öffentlichen Abgaben und verlangte nach Vertretung entsprechend der Bevölkerungsziffer der beiden Kanadas; Unterkanada widersprach. Beide Parteien waren so gleich an Stärke, daß keine eine Mehrheit erlangte, mit der sich arbeiten ließ. Innerhalb zweier Jahre wurde die gesetzgebende Versammlung dreimal aufgelöst, und eine ordentliche Regierung erschien unmöglich. Generalgouverneur war damals 1861—1868 ein ausgezeichneter Staatsmann, Lord Monck. Er hielt sich von jeder Parteinahme zurück, beschränkte sich darauf, eine Koalition der konservativen und der liberalen Partei zu fördern, und 1864 trat ein aus den Führern der beiden bestehendes Ministerium ins Amt mit dem Programm, alle britischen Provinzen in Nordamerika in einem Bundesstaate zu vereinen. Dem kam entgegen, daß gleichzeitig die Vertreter der maritimen Provinzen Nova Scotia, New Brunswick und Prince Edward Island über das Wünschenswerte ihrer gesetzgeberischen Vereinigung berieten und dabei gleichfalls eine weitgehende Vereinigung mit den übrigen britischen Besitzungen ins Auge faßten. Die Notwendigkeit, die Stellung von ganz Britisch-Nordamerika durch seine Vereinigung gegenüber den Vereinigten Staaten zu verstärken, wurde durch deren Verhalten in der Frage der Erneuerung des Reziprozitätsvertrags den Parteiführern aller Parteien besonders nahe gebracht. Den Anfang vereinten Vorgehens hat die gemeinsame Reise Sir John Macdonalds, der Führer der Konservativen und George Brown's, des Führers der Liberalen, nach England gemacht, um die Reichsregierung zu drängen, für die Erneuerung des Reziprozitätsvertrags einzutreten. Diese ist nicht erreicht worden. Bemerkenswert in der Eingabe, die die Parteien an das Mutterland richteten, ist der Hinweis auf den Zusammenhang, der zwischen dem materiellen Wohlbefinden und der politischen Zufriedenheit des Volks regelmäßig bestehe.

Das Fehlschlagen übte auf die Stimmung in Kanada



zurück<sup>1)</sup>. Die Hoffnungen, die durch die Vereinigung von Ober- und Unterkanada 1841 erweckt worden waren, harrten noch immer auf Erfüllung. Ein Gefühl der Verzweiflung wurde vorherrschend. Der Kredit des Landes stand tief. Die fünfprozentige kanadische Anleihe stand in London auf 75. Die Regierung war in den Zusammenbruch der Grand Trunk Railway verwickelt. Dazu kam, daß Ober- und Unterkanada in völliger Isolierung sowohl einander als auch dem Mutterland gegenüberstanden. Auf die Legung des Kabels im Jahre 1858 war alsbald dessen Unterbrechung gefolgt. Als Folge war der Verkehr auf Briefwechsel angewiesen, der oft Wochen, ja Monate in Anspruch nahm. Britisch-Columbien war sich selbst genügend, und der Weg dahin ging entweder über den Isthmus von Mittelamerika oder durch den Nordwesten der Vereinigten Staaten, durch wegelose Ebenen, Wälder, Sümpfe, schwer überquerbare Gebirge. New Brunswick und Nova Scotia waren durch ihre eigene Verwaltung getrennt, und ein Keil fremden Gebiets war zwischen das eigentliche Kanada und New Brunswick getrieben. Cap Breton war ein eigenes Gebiet. Jede Provinz hatte ihre eigene Regierung, eigenen Gesetze, eigenes Parlament und eigene Politik entsprechend ihren Sonderinteressen. Endlich — und das war das Trennendste — jede Provinz war durch eine Zolllinie von der anderen abgeschlossen. Im übrigen herrschte in England eine kolonialfeindliche Stimmung, und umgekehrt hatte der englisch-französische Handelsvertrag von 1860 Kanadas Stimmung gegen England verschlechtert. Auch verlangte man in Kanada größere Unabhängigkeit vom britischen Kolonialamt und mehr Selbstverwaltung.

Unterdessen war der Bau von Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten rasch fortgeschritten. Seine Tendenz war, nicht nur den Verkehr der westlichen Staaten, sondern auch den von Kanada an sich reißen. Man sah ein, daß, außer wenn Kanada sich zum Bau einer Bahn zusammentat,

---

1) Griffith in Ashley's British Dominions 210 ff.

Kanadas Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zunehmen würde. Da hielt der zu keiner Partei gehörige Abgeordnete Galt eine wirkungsvolle Rede, worin er die Vereinigung aller britischen Provinzen in Nordamerika verlangte. Er trat in die Regierung Cartier-Macdonald, des unter- und oberkanadischen Ministers, ein unter der Bedingung, daß sie sie zum Regierungsprogramm machten. Man kam auf Durhams Bericht zurück. Daß die Durchführung gelang, ist ausschließlich dem zu danken, daß George Browne von Ontario, und Cartier aus Quebec, im übrigen Gegner, in diesem Punkt einig waren; beide waren heftige Gegner der Vereinigten Staaten eben wegen der Kündigung des Reziprozitätsvertrags. Am 10. Oktober 1864 sind dreiunddreißig Abgeordnete, die alle Teile von Britisch-Nordamerika vertraten, in Quebec zusammengekommen und haben in achtzehn Tagen über 72 Resolutionen beraten, die sie der britischen Regierung überreichten. 1865 endete der amerikanische Bürgerkrieg. Lincoln wurde ermordet, was großes Entsetzen in Kanada hervorrief; Johnson verweigerte die Erneuerung des Reziprozitätsvertrags. Eine Sendung von kanadischen Abgeordneten nach Washington, um über Erneuerung des Reziprozitätsvertrags zu verhandeln, schlug vollständig fehl. Nun war die Vereinigung der Provinzen zu einem Bundesstaate in Sicht. Eine Konferenz von Abgeordneten von Kanada, Nova Scotia und New Brunswick, nicht aber von Prince Edward Island, hat im Dezember 1866 die Annahme der Quebec-Resolutionen, mit Ausnahme einiger finanzieller Bestimmungen, gegen die die maritimen Provinzen Einwendungen erhoben, beschlossen. Ein auf Grund dieser Resolutionen vom Kolonialminister Carnarvon im Parlament eingebrachter Gesetzentwurf hat in beiden Häusern rasche Annahme gefunden, und am 29. März 1867 hat die Königin ihn, den „British North America Act, 1867“ unterzeichnet. Der kanadische Premierminister Sir John Macdonald hatte vorgeschlagen, den neuen Bundesstaat „das Königreich Kanada“ zu nennen. Doch Lord Derby, zurzeit britischer Premierminister, widersprach, da die Bezeichnung die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten,

die wegen Englands Haltung im Bürgerkriege noch immer gespannt waren, weiter trüben könnte. Die Königin soll auf Grund einer Stelle beim Propheten Sacharja, Kapitel 9, Vers 10 die Bezeichnung Dominion, Herrschaft, gewählt haben<sup>1)</sup>. Sie ist die Bezeichnung für alle sich selbst regierenden Kolonien geworden. Auf diese Weise ist es zu dem Gesetze gekommen, das nicht nur die alten Provinzen Ontario und Quebec, Nova Scotia und New Brunswick zu einem Bundesstaate verbunden hat, sondern gleichzeitig Vorkehrungen traf, um in die neu geschaffene Herrschaft Prince Edward Island, Newfoundland, British Columbia, Ruperts-Land und die großen, damals noch wenig begrenzten Territorien des Nordwesten aufzunehmen. Zur Hauptstadt des Bundesstaats wurde von der Königin Bytown, das heutige Ottawa, gewählt.

Wenn es nach dem Dargelegten auch unbestreitbar ist, daß der treibende Faktor in der vorgeführten Entwicklung wirtschaftliche Interessen gewesen sind, so ist es doch ebenso unzweifelhaft, daß der Zusammenschluß der in der Quebec-Konferenz vertretenen Provinzen zu einem Bundesstaat und der Beitritt der übrigen zum heutigen British North America gehörigen Gebiete zu diesem nicht möglich gewesen wäre, hätte die Schulfrage<sup>2)</sup> nicht in Sektion 93 des British North America Act, 1867 eine Lösung gefunden, welche den Katholiken Anspruch auf Wahrnehmung ihrer Interessen gab. Wie allenthalben so hat auch in Kanada der Streit der Konfessionen über das, was in den Schulen über die Dinge, die man nicht wissen kann, sondern nur glaubt, gelehrt werden solle, den An-

1) Siehe Harvey E. Fisk, *The Dominion of Canada*. New York 1920, 138. Die Stelle zeigt eine charakteristische Mischung von pazifistischer Gesinnung und Weltherrschaftsansprüchen. Sie lautet: „Denn ich will die Wagen abtun von Ephraim und die Rosse von Jerusalem, und der Streitbogen soll zerbrochen werden. Denn er (dein König) wird Frieden lehren unter den Heiden, und seine Herrschaft (Dominion) wird sein von einem Meer bis an das andere, und vom Strom bis an der Welt Ende“.

2) Siehe dafür Porritt, *Evolution etc.* 235—246.

laß zu den erbittertsten Streitigkeiten gegeben. Von 1849 bis 1863 haben die Katholiken in Oberkanada die Einrichtung konfessioneller Schulen zum Mittelpunkt der Politik gemacht, und nichts hat den Vätern des Bundesstaats mehr Schwierigkeiten gemacht als die Lösung der Schulfrage. Sie erwuchsen aus konfessionellen Schulen, die auf Grund eines kanadischen Gesetzes von 1863 in Oberkanada geschaffen worden waren. Die große Mehrheit der Bevölkerung von Oberkanada war nicht für konfessionelle Schulen. Aber zahlreiche französische Kanadier und irische Einwanderer hatten sich darin angesiedelt. Das Gesetz von 1863 hatte ihren Beschwerden abzuhelpen gesucht, indem es Schulen für Katholiken und Schulen für Protestanten schuf, die beide durch die Gemeindesteuern erhalten und unter Oberaufsicht des Unterrichtsdepartements der Provinz von lokalen Vertretern der Konfessionen geleitet werden sollten. In den katholischen Schulen sollte spezifisch katholischer Unterricht erteilt werden; in den protestantischen wurde kein Unterricht im Glauben irgendwelcher Denomination gegeben. Die Protestanten erstrebten ein System von Volksschulen, die von den Kindern aller Konfessionen besucht werden sollten. Die katholische Kirche hatte sich mit dieser durch das Gesetz von 1863 geschaffenen Ordnung einverstanden erklärt, und die Protestanten seufzten auf ob des Aufhörens der Notwendigkeit, ihre Schulen gegen die Angriffe von katholischer Seite zu verteidigen. Am Vorabend der Gründung des Bundesstaats hat es in Oberkanada 4000 Volksschulen, wovon 100 konfessionelle für Katholiken, gegeben. In Sektion 93 des British North America Act, 1867, wurde bestimmt, daß die Gesetzgebung einer jeden Provinz Gesetze über Volksbildung zu erlassen das Recht habe, doch dürfe nichts in diesen Gesetzen ein Recht betreffend konfessionelle Schulen beeinträchtigen, das irgendeiner Klasse von Personen in der Provinz zur Zeit der Gründung des Bundesstaats gesetzlich zustehe. Das war von Wichtigkeit für wenigstens zwei Provinzen, die vor 1867 organisiert waren, aber auch für die drei Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta, die erst in den



Jahren 1870 bis 1905 durch das Parlament in Ottawa geschaffen worden sind.

Von den heutigen neun Provinzen der Herrschaft haben 1867 nur Ontario und Quebec konfessionelle Schulen gekannt, und kein Zweifel, daß ohne die angeführte Sektion 93 der Bundesstaat nie zustande gekommen wäre. Dagegen kannten Nova Scotia, New Brunswick und Prince Edward Island keine konfessionellen Schulen; Britisch-Columbia hat sechs Jahre, bevor es dem Bunde beigetreten ist, ein Unterrichtsgesetz erlassen, das konfessionelle Schulen ausdrücklich ausschloß; „Bücher, welche die höchste Moral lehren“, heißt es in dem Gesetze, „sollen für den Gebrauch in den Schulen ausgewählt werden, und alle Bücher religiösen Inhalts, die konfessionelle Dogmen lehren, sollen strengstens ausgeschlossen sein“; damit war die Anwendung der 93. Sektion auf Columbia nicht möglich; dagegen wurde sie auf Manitoba 1870 und auf Saskatchewan und Alberta 1905 ausgedehnt, als sie Provinzen des Bundesstaats wurden.

Die französischen Kanadier haben in den fünfzig Jahren 1867—1917 die Rechte der katholischen Kirche auf Grund von Sektion 93 und deren Erweiterung mit demselben Eifer verteidigt, mit dem sie ihr Recht auf Gebrauch der französischen Sprache im Parlament und auf Anstellung als Beamte verteidigt haben. Sektion 93 war die Ursache von mehr Krisen als irgendwelche andere Frage. Auch hat die katholische Kirche auf Grund derselben in Ontario Fortschritte im Schulwesen gemacht, und konfessionelle Schulen sind in den Prärieprovinzen errichtet worden. Kein Zweifel, daß es dieser Berücksichtigung der Interessen der französischen Kanadier zu danken ist, wenn Étienne Taché, einer der Väter des North America Act, 1867, den oft zitierten Ausspruch tun konnte: „Die letzte Kanone, die in Verteidigung der britischen Macht in Amerika abgefeuert wird, wird von den französischen Kanadiern abgefeuert werden“<sup>1)</sup>.

---

1) Bradshaw a. a. O. 24.



Als die Herrschaft Kanada am 1. Juli 1867 ins Leben trat, bestand sie aus den Provinzen Ontario (Oberkanada), Quebec (Untersekunda), Nova Scotia und New Brunswick. Außerhalb derselben existierte noch die Hudson Bay Company. Sie war der Eigentümer eines Teils von Nordamerika, größer als die Hälfte von Europa. Ihre Herrschaft über Vancouver Island mit der Hauptstadt Victoria ist 1849 zu Ende gegangen, und von 1849 bis 1871 ist Britisch-Kolumbien mit der Hauptstadt New Westminster britische Kronkolonie gewesen. Aber über das übrige britische Nordamerika hatte die Company oberste Gewalt<sup>1)</sup>.

1670 hatte Karl II. einer Gesellschaft von Adligen und Gentlemen, an deren Spitze Prinz Rupert stand, in einem Freibriefe Korporationsrechte erteilt. Ihr Titel war The Governor and Company of Adventurers of England trading into Hudson Bay. Sie erhielt ein Handelsmonopol und ausschließliches Recht, Bergwerke auszubeuten. Das Gebiet sollte fortan Ruperts-Land heißen. Außerdem verlieh der Freibrief das Recht, das Gebiet allein zu regieren, Gesetze zu machen und Strafen aufzuerlegen, vorausgesetzt, daß sie den Gesetzen Englands nicht widersprächen. Weiter heißt es darin, daß die Gesellschaft und ihre Nachfolger die einzigen Herren und Eigentümer des Landes für ewig sein sollen, nur der Oberherrlichkeit der britischen Krone unterworfen, gegen die Pflicht, dem König jährlich 2 Elche und 2 schwarze Biber zu liefern, so oft er oder seine Nachfolger das Gebiet beträten.

Der Gewinn der Gesellschaft war so groß, daß sie in den 14 Jahren nach Gewährung des Freibriefs 50 Proz. und von 1690 bis 1800 jährlich 60—70 Proz. Dividende verteilt hat. 1783 hat sie in The North West Fur-Company einen Rivalen, nördlich von Kanada bis hin nach dem, was man damals Rupertsland hieß, erhalten. Ihre Händler überschritten das Gebiet der Hudson Bay Co. Darauf entstand Krieg unter den Rivalen. Die Streitkräfte bestanden hauptsächlich aus Indianern, die den Krieg in barbarischer Weise

---

1) Siehe darüber The Westminster Review, vol. 32, 85—118.

führten. Nachdem die Dividenden auf Null gesunken waren, haben die Gesellschaften sich 1821 verschmolzen.

Die Hudson Bay Co. hat, ähnlich den Phöniziern, um Konkurrenz abzuhalten, Lügen über den Charakter des Landes verbreitet. Aber Büffeljäger drangen ein und schilderten das Land in glühenden Farben als reich, schön, fruchtbar und verlangten von der Regierung Freiheit vom Regimente der Compagnie, um sich als wahre britische Kolonie entwickeln zu können. Aber die Regierung hatte in England anderes zu tun. Sie glaubte den Direktoren der Compagnie mehr als den protestierenden Ansiedlern. Indessen wurde die Ansiedlung am Red River häufig von Reisenden besucht. Auch haben die Ansiedler ans kanadische Parlament Petitionen um Hilfe abgesandt, und die Entdeckung von Gold in Britisch-Kolumbien hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Land zwischen Kanada und den Rocky Mountains gerichtet. 1851 ist das Recht ausschließlichen Handels nach dem Indianergebiet, d. h. dem Teil des britischen Gebiets jenseits der Grenzen von Ruperts-Land, das der Compagnie 1821 verliehen war und 1838 erlöschen sollte, erloschen. Das lenkte die Aufmerksamkeit auf die Sachlage. Ein Ausschuß des Unterhauses untersuchte den Zustand der britischen Besitzungen, die unter der Verwaltung der Compagnie standen. Gleichzeitig fing die kanadische Regierung an, sich für die Frage zu interessieren. Darauf hat die britische Regierung 1858 eine Expedition zur Feststellung des Wertes des Landes entsendet. Es war die Zeit, da die Erörterung über den Zusammenschluß sämtlicher britischen Besitzungen in Nordamerika in einem Bunde begann. Der Leiter der Hudson Bay Co., Sir George Simpson, der das Land ehemals als schön und fruchtbar gepriesen hatte, machte es nun in seinen Aussagen vor dem Parlamentsausschuß in jeder Hinsicht schlecht, um das Monopol der Compagnie zu retten. Ähnlich verhielten sich die Direktoren. Anders andere Zeugen. Besonders gravierend für die Compagnie waren die Aussagen der Ansiedler. Sie lege Steuern auf, schaffe Vergehen, bestrafe sie mit Geldstrafen und Gefängnis, d. h. der Gouverneur

der Compagnie und sein Rat machten Gesetze, richteten und führten die Urteile aus. Doch behielten die Interessenten der Compagnie im Unterhausausschuß die Oberhand.

Anders lauteten die Berichte der beiden Kommissionen, welche die kanadische und britische Regierung in das Gebiet entsendet hatten. Sie waren ausnahmslos günstig für die Eröffnung des Landes für Ansiedlung; dagegen seien die Interessen der Hudson Bay Company gegen die Entwicklung des Landes; ihre Politik hemme dieselbe. Darauf hat die Compagnie Monopol und Herrschaft in den nordwestlichen Gebieten Nordamerikas verloren.

Manitoba ist 1870 aus derselben dort, wo die Compagnie schon längere Zeit Ansiedler zugelassen hatte, ausgeschieden. Es ist in demselben Jahre Provinz der Herrschaft Kanada geworden. Britisch-Kolumbien ist dies 1871 geworden. 1873 ist auch Prince Edward Island dem Bunde beigetreten; Saskatchewan und Alberta sind 1905 gefolgt. Außerdem gehören zur Herrschaft Kanada noch Yukon und die Nordwestterritorien. Kanada hat das Recht, daraus Provinzen zu machen. Nur Neufundland gehört noch nicht zur Herrschaft Kanada; es ist eine besondere Herrschaft mit eigenem Gouverneur, eigener Volksvertretung und Selbstverwaltung. In ihrer Verfassung ist die Herrschaft Kanada das getreue Abbild des Mutterlands. Wie hier König, Oberhaus und Unterhaus, so in Kanada Generalgouverneur, Senat und gesetzgebende Versammlung, mit dem einzigen Unterschied, daß der Senat nicht aus erblichen, sondern von der Krone ernannten Mitgliedern besteht. Kanada ist eine selbständige Nation innerhalb des britischen Reichs, oder, um Kiplings Worte zu gebrauchen „eine Tochter im Hause der Mutter und Herrin im eigenen Hause“.

Daß sie diese ihre Stellung auch gegen ihre Mutter zu wahren verstanden hat, zeigt ihre Handelspolitik. Ich habe im vorigen Kapitel bereits erzählt, wie die zu selbständigen Herrschaften gewordenen britischen Kolonien das ihnen verliehene Recht der Selbstverwaltung, entgegen

dem Programme Durhams, zur Ausgestaltung einer der Handelspolitik des Mutterlands widersprechenden Handelspolitik benutzt haben, und wie das britische Kolonialministerium zuerst unter Protest, dann nicht einmal mehr unter Erhebung von Einspruch vor dieser Entwicklung zurückgewichen ist, bis es schließlich die Kolonien gewesen sind, die dem Mutterland die Handelspolitik zu diktieren gesucht haben. Die Führung in dieser Entwicklung hat Kanada gehabt. „In keinem Lande des angelsächsischen Reichs“, schreibt Porritt, der die Geschichte der kanadischen Handelspolitik geschrieben hat, „ist der Schutzzoll für heimische Ware fester eingewurzelt als in Kanada“<sup>1)</sup>. Freihändler sind hier die Landwirte, Schutzzöllner die Industriellen gewesen. 1858 haben die letzteren den ersten Schutzzolltarif durchgesetzt. 1859 wurden die Zölle erhöht. „In keinem angelsächsischen Lande“, schreibt Porritt weiter<sup>2)</sup>, „beeinflußt die Industrie mehr die Politik als in Kanada, und nirgends ist das Protektionssystem zu einer größeren Bedrohung guter Regierung, sowohl der Zentral- als auch der Munizipalregierung, nirgends zu einer größeren Last für den Einzelnen geworden.“ Doch es würde den Rahmen meiner Darstellung überschreiten, wollte ich die Handelspolitik jeder britischen Kolonie im einzelnen erzählen. Wer die Entwicklung der kanadischen Schutzzollpolitik genauer verfolgen will, nehme die Bücher<sup>3)</sup> zur Hand, in denen sie mit allen ihren Schattenseiten, ihrer Korruption und Vergewaltigung der Konsumenten, eingehender geschildert ist. Schutzzöllner waren die Konservativen, die hier, wie überall, die Sonderinteressen ver-

---

1) Edward Porritt, *Sixty Years of Protection in Canada* (1846—1907), where Industry leans on the Politician. London 1908, p. 2.

2) Ebenda 3.

3) Siehe außer dem eben genannten Buche von Porritt auch dessen *The Revolt in Canada against the New Feudalism. Tariff History from the Revision of 1907 to the Uprising of the West* in 1910. London 1911.



traten Freihändler waren die Liberalen, die der Interessen der breiten Masse der Bevölkerung sich annahmen, bis auch sie, um an die Regierung zu kommen, 1896 zum Schutzzoll übergegangen sind. Ich habe im vorigen Kapitel erzählt, wie die Strömung, die gegen eine Trennung der Kolonien vom Mutterland war, nicht von diesem, sondern von den Kolonien ausgegangen ist, wie es die Kolonien gewesen sind, die gegen Bevorzugung ihrer Produkte auf dem britischen Markte eine weitgehende Herabsetzung ihrer Zölle für britische Waren zu bewilligen bereit waren. Als auf den Kolonialkonferenzen die geforderte Gegenleistung gegen ihr Anerbieten immer wieder abgelehnt wurde, ist es Kanada gewesen, das, um in Großbritannien Interessenten für Eingehen auf seinen Vorschlag zu gewinnen, mit dem, was es dem Mutterlande dafür bieten wollte, den Anfang gemacht hat, ohne eine gleichzeitige Gegenleistung zu verlangen. Da es Selbständigkeit beim Abschluß von Handelsverträgen erlangt hatte, ist es staatsrechtlich zu dieser Bevorzugung des Mutterlands vor anderen Ländern berechtigt gewesen. Auch haben sich alle Länder außer Deutschland <sup>1)</sup> diese Differenzialbehandlung Großbritanniens zu dessen Gunsten gefallen lassen. Deutschland dagegen bestand darauf, daß der Handelsvertrag, den es mit Großbritannien abgeschlossen hatte, nach wie vor auch für dessen Kolonien gelte, und dem entsprechend auf denselben Vorzugszöllen, die Kanada Großbritannien bewilligt hatte. Kanada hat abgelehnt. Darauf hat Deutschland 1898 seinen Maximaltarif gegen alle Einfuhr aus Kanada zur Anwendung gebracht, und Kanada hat 1903 alle deutschen Produkte mit einem um ein Drittel höheren Einfuhrzoll belegt. Die deutsche Einfuhr nach Kanada ist darauf um 50 Proz. zurückgegangen. Deutschland hat schließlich nachgeben müssen. Aber es ging wie bei allen Zollkriegen: beide Streitenden haben verloren. Aber das siegende Kanada hatte den Eindruck, daß Deutsch-

---

1) Porritt, *Sixty Years of Protection*, 413—418.



land seine engere Verbindung mit seinem Mutterlande verteilen wolle, und es blieb eine unfreundliche Stimmung gegen Deutschland bei ihm zurück.

Zum Schlusse dieses Kapitels eine Übersicht über die Fläche der Bevölkerung der einzelnen Provinzen und Territorien der Herrschaft Kanada am 1. Juni 1921 <sup>1)</sup>.

Provinz	Fläche Quadratkilometer	Bevölkerung im ganzen	auf 1 qkm
Alberta . . . . .	661 188	588 454	0,9
Britisch-Kolumbien . . . .	921 664	524 582	0,6
Manitoba . . . . .	652 245	610 118	0,9
New Brunswick . . . . .	72 482	387 876	5,4
Nova Scotia . . . . .	55 498	523 837	9,4
Ontario . . . . .	1 054 808	2 933 662	2,8
Prince Edward Island . . .	5 657	88 615	15,7
Quebec . . . . .	1 830 700	2 361 199	1,3
Saskatchewan . . . . .	651 903	757 510	1,2
Die Provinzen	5 906 145	8 775 853	1,5
Yukon . . . . .	536 327	4 157	0,008
Nordwestliche Territorien	3 217 360	7 988	0,002
Die Herrschaft Kanada	9 659 832	8 787 998	0,9

Nach einem Vortrage, den Sir Edmund Walker <sup>2)</sup>, der Präsident der kanadischen Handelsbank, am 10. Januar 1911 in Toronto gehalten hat, hat Kanada eine große wirtschaftliche Zukunft. Aber Kanada sei gleich einem Manne, der eine große Erbschaft in Land gemacht habe und im Vertrauen auf dessen künftigen Wert viel auf sein Vergnügen verwende, während er sich nicht sehr anstrengt, aus seinem Besitze das gegenwärtige, nötige Einkommen zu gewinnen.

1) Aperçu de la démographie des divers pays du monde, publié par l'office permanent de l'Institut International de Statistique. La Haye 1927, p. 38.

2) Ashley, British Dominions p. 227.

## 69. Kapitel.

### Die Herrschaften Australien und Neuseeland.

Ganz anders als die Entwicklung von Kanada ist die der Kolonien in Australasien <sup>1)</sup> gewesen.

Australien hat bekanntlich als Strafkolonie begonnen. Nachdem Cook 1770 den östlichen Küstenstrich von Australien entdeckt und Neusüdwales benannt hatte, hat ein Gesetz von 1783 den König ermächtigt, durch im Staatsrat getroffene Verordnung Plätze, innerhalb oder außerhalb der britischen Herrschaft, nach denen Sträflinge verbracht werden könnten, zu bestimmen. Auf Anregung Lord Sydneys ist 1786 Neusüdwales als ein solcher Platz ausgewählt worden. Die ersten Sträflinge haben England im Mai 1787 verlassen und im Januar 1788 Botany Bai erreicht. Gouverneur war Kapitän Phillip. Die Expedition bestand aus 750 Sträflingen und etwa 200 Seeleuten. Phillip erkannte sofort, daß die Botany Bai zur Gründung einer Kolonie sich nicht eigne, und fuhr nach Fort Jackson weiter. Als er die Botany Bai verließ, sah er auf hoher

---

1) Die folgende Darlegung dieser Entwicklung stützt sich auf die einschlägigen Kapitel in Egerton, *A Short History of British Colonial Policy*, auf Garnett, *Edward Gibbon Wakefield*, London 1898, auf Doerkes-Boppard, *Verfassungsgeschichte der australischen Kolonien und des „Commonwealth of Australia“*, München und Berlin 1903, auf Dr. Robert Schachner, *Australien in Politik, Wirtschaft und Kultur*, Jena 1909, auf Richard Charles Mills, *The Colonization of Australia* (1829—42), London 1915, auf den an den entsprechenden Stellen zitierten Vorträgen über Australien und Neuseeland in W. Ashleys Buch über *The British Dominions*.

See zwei französische Schiffe. Es steht nicht fest, was sie wollten; doch scheint nicht unberechtigt, wenn man gesagt hat, England habe Australien durch einen Vorsprung von sechs Tagen gewonnen. 1804 ist eine Strafkolonie auch in der Gegend von Victoria gegründet worden, und nachdem die britische Flagge 1825 in Westaustralien gehißt worden war, auch in Westaustralien und 1826 in Quéensland bei Brisbane.

Durch die Entsendung von Sträflingen hat Neusüdwaies die Arbeitskräfte erhalten, mittels deren Straßenbau und andere vorbereitende Arbeiten ausgeführt worden sind, ohne die eine freie Ansiedlung nicht möglich gewesen wäre. Man hat berechnet, daß in den ersten 34 Jahren mehr als 10 Millionen £ von der britischen Regierung auf die Ansiedlung von Sträflingen verwendet worden sind.

Mit der Ansiedlung von Sträflingen war auch die Regierungsweise gegeben. Während der ersten 25 bis 30 Jahre war sie rein militärisch. Die ersten Gouverneure waren meist Marineoffiziere. Die einzigen freien Ansiedler waren die Regierungsbeamten, Offiziere und Soldaten, die dem Gouverneur zu gehorchen hatten. Daß sie dies nicht immer taten, zeigt, daß von den Offizieren berichtet wird, sie hätten Regierungsvorräte zu Wucherpreisen an die Gefangenen verschoben, und daß 1809 meuternde Polizisten den Gouverneur Bligh ein Jahr lang gefangen gehalten und erst frei gelassen hätten, nachdem er versprochen hatte, nach England zurückzukehren. Erst der Gouverneur Macquarie (1809—21) hat mit Hilfe anständiger Iren, die wegen Aufruhrs verschickt worden waren, einigermaßen Ordnung geschaffen.

Phillips Anstellung hat Neu Südwaies so begrenzt, daß es die ganze Ostküste Australiens von der Torresstraße im Norden bis zum Südkap im Süden einschloß. Seine Grenze nach Innen sollte der 135. östliche Längegrad sein. Auch gehörten dazu alle Inseln im Stillen Ozean innerhalb dieses Längegrads. Die Kolonie umfaßte die heutigen Kolonien Neu Südwaies, Quéensland, Victoria, Tasmanien, einen Teil von Südastralien, die Hauptmasse von Neuseeland, die

Hebriden, Fidschi. Der erste Kolonisationsversuch außerhalb der Niederlassung in Port Jackson hat in der Besatzung der Norfolk Insel bestanden, wohin man die Verbrecher schaffte, mit denen man in Port Jackson nicht fertig werden konnte.

Angesichts der großen Arbeit, welche die Herstellung von Straßen, Häusern, Kasernen, Werften verursachte, war der Fortschritt im Ausbau des Landes notwendig langsam. Die Verbindung mit England und anderen Ländern aber war selten und prekär; daher bestand ernstliche Gefahr von Hungersnot. Dies hat Phillip veranlaßt, freie Ansiedler ins Land zu rufen. „Wenn fünfzig Landwirte mit ihren Familien kämen, würden sie mehr schaffen, um die Kolonie, was Lebensmittel angeht, vom Mutterland unabhängig zu machen, als tausend Sträflinge“. Im Jahre 1789 wurde Phillip das Recht erteilt, Korporälen, Matrosen und freien Einwanderern Land zu verleihen, und jedem Empfänger so viele Sträflinge als Arbeiter zuzuteilen, als ihm notwendig schien. Die Ansiedler hatten die Sträflinge zu unterhalten, und nach fünf Jahren einen Erbzins zu zahlen. Auch Sträflingen, die ihre Strafzeit abgedient hatten, wurde Land zugeteilt, 30 acres und mehr.

Die Umschiffung von Van Diemensland, die Entdeckung von Queensland, die Auffindung von Kohle in Newcastle und die Einführung von Merinoschafen sind die Ereignisse gewesen, die auf die Weiterentwicklung der Kolonie den größten Einfluß geübt haben.

Über die Entwicklung der Regierung berichtet Egerton<sup>1)</sup> folgendes: Zuerst wurden die Gouverneure bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Pflichten von Beamten und Militärs unterstützt, die die Regierung in London ernannte und bezahlte. Die Justizverwaltung war zunächst rein militärisch. Der Gouverneur hatte das Recht, Gesetzesübertreter ohne Prozeß auspeitschen zu lassen. In bürgerlichen Streitigkeiten hatte angesichts des Fehlens bürger-

---

1) Egerton, A Short History of British Colonial Policy. London 1897, p. 262—9.

licher Gerichte der Richter-Advokat das Recht zu entscheiden. 1814 sind in Neu Südwaies und in Van Diemensland oberste Gerichte für Streitigkeiten, in denen es sich um Werte von mehr als £ 50 handelte, und Gerichte des Gouverneurs für geringwertige Streitigkeiten eingeführt worden. 1823 sind bürgerliche Richter an die Stelle der militärischen Gerichtsbarkeit getreten und Geschworenengerichte versuchsweise eingeführt worden. Auch in anderer Hinsicht bedeutet das Gesetz von 1823 den Anbruch einer neuen Epoche. Es hat die Einrichtung eines gesetzgebenden Rats, der aus 5, 6 oder 7 von der Krone ernannten Mitgliedern bestehen sollte, vorgesehen. Der Gouverneur behielt die Initiative in der Gesetzgebung, und in dringenden Fällen, in denen dies im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Kolonie nötig war, konnte er Gesetze erlassen, auch wenn alle Mitglieder des gesetzgebenden Rats anderer Meinung waren, doch konnte er keine Verordnung erlassen, ohne sie dem Rate zu unterbreiten. Wenn der Rat eine Verordnung verwarf, mußten die dissentierenden Mitglieder ihre Gründe zu Protokoll geben. Auch konnte keine Verordnung dem Rate unterbreitet oder erlassen werden, wenn nicht der oberste Richter ihre Übereinstimmung mit den Gesetzen Englands, „soweit als die Verhältnisse der Kolonie dies gestatteten“, bescheinigt hatte. In demselben Gesetze wurde Vollmacht gegeben, Van Diemensland zu einer selbständigen Kolonie zu machen.

Der gesetzgebende Rat sollte in gewissem Maße auch Gelegenheit geben, den Anschauungen der nicht beamteten Kolonisten Ausdruck zu verschaffen, und 1825 sind in der Tat drei unabhängige Mitglieder in ihn ernannt worden. Dazu kam, daß die heimische Regierung 1827 aufhörte, das Geld für die Verwaltung, soweit sie nicht die Sträflinge betraf, zu zahlen, und der Rat ermächtigt wurde, Steuern zu erheben und damit die Kontrolle über die Finanzen erhielt. Ein Gesetz von 1828 ging weiter. Die gesetzgebenden Räte wurden an Größe und Bedeutung erweitert. Sie sollten aus nicht mehr als 15 und nicht weniger als 10 Mitgliedern bestehen und die Kontrolle und



Verausgabung der Zolleinnahmen haben. Das Recht des Gouverneurs, im Widerspruch mit der Mehrheit des Rats Gesetze zu erlassen, wurde ebenso wie das Veto des obersten Richters beseitigt.

Noch in anderer Beziehung ist das Gesetz von 1823 von Bedeutung gewesen. Es hat den Verträgen, in denen Arbeiter sich verpflichtet hatten, gegen Bezahlung der Überfahrt für einen Arbeitgeber eine bestimmte Zeit lang zu arbeiten, Rechtsgültigkeit verliehen. Es hat ferner die Berechtigung des Gouverneurs anerkannt, Sträflingen, die sich gut führten, einen Teil ihrer Strafen zu erlassen und besondere Ansiedlungen für rückfällige Sträflinge zu gründen. Durch solche Mittel suchte man die Auswanderung zu fördern, als nach Beendigung des Kriegs gegen Napoleon die große Arbeitslosigkeit einsetzte. In den Jahren 1815 bis 1825 sind im Jahr durchschnittlich 300, von 1825—1830 durchschnittlich 1000 Personen nach Australien ausgewandert. Im Jahre 1828 hat die unglückliche Ansiedlung am Schwanenflusse stattgefunden, von der im 67. Kapitel die Rede war<sup>1)</sup>. Ihr Mißerfolg hat zu der Theorie Edward Gibbon Wakefields den Anstoß gegeben und sie gerechtfertigt.

Um diese Zeit trat die schon erwähnte, unter dem Einfluß Wakefields stehende Nationale Kolonisationsgesellschaft ins Leben. Ihr Grundgedanke hat in der Einleitung zu Durhams Bericht über Kanada beredten Ausdruck gefunden: „Das Land, das diese Kolonien unter großen Opfern an Blut und Geld gegründet hat, kann mit Recht dafür Ersatz erwarten, indem es ihre noch nicht in Eigentum übergegangenen Ländereien seiner überschüssigen Bevölkerung dienstbar macht; sie sind das rechtmäßige Erbe des englischen Volks, die reiche Ausstattung, die Gott und die Natur in der neuen Welt für diejenigen aufbewahrt haben, denen das Schicksal in der alten nur einen unzureichenden Anteil zugewiesen hat“. Nun kam es darauf an, zu verhindern, daß die Ansiedler in der neuen Welt durch

---

1) Siehe oben S. 65, 66.

Besitznahme unermesslicher Ländereien die Nation von dem ausschlossen, was mit ihren Hilfsmitteln erworben war. Daher das aus den vorstehenden Kapiteln bekannte Wakefieldsche Programm.

Die Nationale Kolonisationsgesellschaft hat 1831 ihren ersten Erfolg erzielt, indem sie das liberale Kabinett bewog, unter teilweiser Anwendung der Wakefieldschen Lehre eine große Änderung in der Verfügung über das unangebaute Land von Neu Südwest, Van Diemensland und Westaustralien vorzunehmen. Die Landverteilung hatte in den ersten fünfzehn Jahren der Besiedlung Australiens unter völliger Systemlosigkeit gelitten. Die Kolonie galt als ein Gefängnis. Den frei gewordenen Sträflingen wurde Land zugeteilt, um ihnen Gelegenheit zu geben, ein neues Leben zu beginnen. Als dann freie Ansiedler kamen, wurde auch diesen Land zugeteilt, nur in größerem Umfang. Freigelassene Sträflinge wie eingewanderte Freie hatten für das ihnen zugeteilte Land einen Erbzins zu zahlen. Die Landzuteilungen fanden ganz nach Ermessen des Gouverneurs statt. Wenn jemand so kühn war, seine Überfahrt zu bezahlen und sein Glück in den genannten Strafkolonien zu versuchen, wurde sein Mut mit einer Zuteilung von Land belohnt. So sind in Neu Südwest bis 1870 117 269 acres verteilt worden. Unter dem Gouverneur Macquarie, 1809—1821, hat man dasselbe getan, um Kapitalisten nach Australien zu locken. Man hat ihnen Land gegeben im Verhältnis zum Kapital, das sie mitbrachten. So bis 1830. Dem Gouverneur stand es vollkommen frei, ein Gesuch um Landverteilung zu berücksichtigen oder abzuweisen. Macquarie hat 239 576 acres verteilt, womit die verteilte Landmenge auf 356 845 acres stieg.

Seit 1824 hat das Kolonialministerium neben dieser willkürlichen Landzuteilung durch den Gouverneur auch den Verkauf von unbebautem Land eingeführt. Doch wurde die willkürliche Landverteilung zur Ausstattung von Offizieren des Heeres und der Marine, sowie von Zivilbeamten beibehalten. 1828 betrug das in Neu Südwest veräußerte Land 290 636 acres. Davon kam 1 Million auf die 1824

ins Leben getretene Australische Landwirtschaftskompanie. Ende 1830 war die Zahl der in Neu Südwesten veräußerten acres auf 3344030 gestiegen. In Van Diemensland ist die Entwicklung ähnlich gewesen.

Neben diesen Landveräußerungen her gingen Verleihungen von Lizenzen an Kolonisten, vermöge deren sie auf unangebaute Ländereien ihre Herden treiben durften. Daraus hat sich später ein System von „Squatting“ entwickelt, d. h. von unautorisierter Ansiedlung.

So war die Verfügung über Kronländereien um 1830 beschaffen. Die Kolonisten waren sehr unzufrieden mit diesem „System“. Sie klagten über die Willkür der Gouverneure. Auch wurde dadurch die Einwanderung sowohl von Arbeitern als auch von Kapitalisten behindert. Darauf hat Lord Goderich, der spätere Lord Ripon, als Kolonialminister 1831 eine königliche Instruktion, die sogenannten Ripon-Verordnungen, erlassen, wonach über alles noch nicht verfügte Land nicht anders verfügt werden solle als auf dem Wege der Versteigerung bei einem Minimalpreis von nicht weniger als 5 shilling pro acre. Für so erworbenes Land sollte ein nomineller Erbzins von einem Pfefferkorn bezahlt werden. Die Landlose, die zur Versteigerung gestellt wurden, sollten nicht weniger als 640 acres betragen. Beim Gouverneur sollte es stehen, welche Ländereien zur Versteigerung gestellt würden. Land, das für Weidezwecke begehrt wurde, sollte verpachtet werden, aber stets nur für ein Jahr. Von den an Kolonisten verkauften Kronländereien sollte nicht weiter Land für Kirchen- und Schulzwecke abgegeben werden.

Diese für Neu Südwesten und Van Diemensland erlassenen Bestimmungen sind etwas später auch auf Westaustralien ausgedehnt worden. Da aber gab es keine Sträflingsarbeit. Hier sollten den Ansiedlern beim Ankauf von Land £ 20 bewilligt werden für jeden verheirateten Arbeiter, den sie mit seiner Familie ins Land brächten.

Dabei hob der Kolonialminister hervor, wie das bisher bei der Landverteilung angewandte System dazu geführt habe, daß die Ansiedler weit voneinander hausten und der

Anbau zu weit ausgedehnt worden sei; das sei die Folge der großen Leichtigkeit des Landerwerbs gewesen. Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung seien dementsprechend außer Frage gewesen. Um die dazu nötigen Arbeiter zu erlangen, müsse man sowohl das Gesetz, das die Arbeiter, die jemand auf Grund eines Vertrags mit ihnen ins Land bringe, zur Erfüllung des Vertrags nötige, zwingender machen, als auch kein Land verleihen außer gegen Barzahlung des Kaufpreises.

Diese Bestimmungen waren Wakefieldschem Geiste entsprungen, wie auch vom Kolonialministerium zugestanden worden ist<sup>1)</sup>. War es auch nicht der Wakefieldsche „ausreichende“ Preis, der für zugeteiltes Land verlangt wurde, so war doch das Verlangen eines Preises, um zu hindern, daß eingewanderte Arbeiter allzufrüh Grundeigentümer wurden, ein Wakefieldscher Gedanke.

Wakefield war mit der Art und Weise, wie seine Gedanken durchgeführt wurden, allerdings nicht zufrieden. Er machte geltend, daß ein Preis von 5 s pro acre die Arbeiter nicht hindern werde, zu früh Grundeigentümer zu werden, und es daher an Arbeitern in der Kolonie fehlen werde. Auch fehle eine zwingende Bestimmung, die erzielten Kaufpreise auf die Unterstützung der Einwanderung zu verwenden. Endlich beruhten die Riponschen Bestimmungen nur auf Verordnung des Königs im Staatsrat, konnten also jederzeit widerrufen werden; um dies zu verhindern, sei ein Gesetz nötig gewesen. Auch war klar, daß Ackerlose von 640 acres zu groß waren, als daß Landarbeiter sie hätten erwerben können, während Kapitalisten dadurch nicht verhindert würden, beliebig viel Land zu kaufen. Dies sowie das Recht des Gouverneurs, Land vom Verkauf auszuschließen, verstieß gegen Wakefields Forderung, daß die Ansiedler beim Ankauf des Landes selbst sollten frei wählen können.

Noch unbefriedigender als die Regelung des Verkaufs des Lands war die Fürsorge für Arbeit und Kapital zu

---

1) R. C. Mills a. a. O. S. 165—168.



dessen Bestellung. 1828 gab es in Neu Südwaies nur erst 21 000 freie Ansiedler und freigelassene Sträflinge gegen 16 000 Sträflinge. Die freien Einwanderer waren im Verhältnis zur Zahl der jährlich neu ankommenden Sträflinge nur unerheblich. Der Versuch, freie Arbeiter auf Grund von Verträgen, die sie für den Herrn, der die Überfahrt bezahlte, zu arbeiten verpflichtete, ins Land zu bringen, war fehlgeschlagen. Noch unbefriedigender war die Arbeit der Sträflinge. Aber auf welche andere Weise konnten sich die Ansiedler Arbeiter verschaffen? Es fehlte eben der von Wakefield vorgesehene Auswanderungsfond. Ein von der Regierung in London eingesetzter Ausschuß für Auswanderung sollte nur Information zusammentragen und verbreiten, verfügte aber nicht über Mittel, um die Auswanderung zu unterstützen. Schließlich hat sich 1831 das Kolonialamt doch dazu verstehen müssen, aus den Erträgen der Landverkäufe £ 10 000 auf die Unterstützung der Auswanderung weiblicher Personen zu verwenden, um dem großen Mißverhältnis der Geschlechter in Australien abzuhelpfen. Außerdem entschloß sich um dieselbe Zeit die Regierung, auswandernden Handwerkern Vorschüsse zu gewähren, die sie zurückzahlen sollten, und von denen, denen Sträflinge als Arbeiter zugeteilt wurden, eine Steuer zu erheben. Vorschüsse wurden später auch landwirtschaftlichen Arbeitern, die auswandern wollten, gewährt. Ein Erfolg der Tätigkeit der Auswanderungskommission war, daß die Schiffsreeder anfangen, Schiffe für Auswanderer zu bauen, was ein Sinken der Überfahrtskosten auf die Hälfte mit sich brachte.

Doch auch das Vorschußsystem hat sich nicht bewährt, denn es zeigte sich als unmöglich, die vorgeschossenen Gelder zurückzuerhalten, und die Steuer auf gelieferte Sträflinge ließ sich nicht eintreiben. Vor allem aber zeigte es sich schwierig, unverheiratete Frauen oder verheiratete Handwerker und Landarbeiter zu finden, die bereit gewesen wären, die Differenz zwischen dem Vorschuß der Regierung und dem, was die Überfahrt kostete, zu zahlen. Das Ende war, daß die Regierung Schritt für Schritt ge-



nötigt wurde, zuerst den Betrag zu erhöhen, den sie zur Bestreitung der Überfahrt zuschoß, und schließlich die Kosten derselben zu bezahlen.

Ziemlich das Schlimmste aber waren die Mißerfolge der Londoner Regierung bei der Auswahl der Auswanderer. Erst schickte man Empfänger von Armenunterstützung, um die Armensteuer zu mindern. Aber sie waren als Kolonisten untauglich, und die Kolonien protestierten gegen diese Art Einwanderer. Noch schlimmer war es mit der Auswahl der weiblichen Auswanderer; es gingen ganze Schiffsladungen von Prostituierten nach Australien. Begreiflich, daß man hier unzufrieden war. Insbesondere war man empört, daß Gelder, die in den Kolonien aufgebracht waren, auf Auswanderer dieser Art verwendet wurden. 1835 verlangte man in Neu Südwaies, daß die Auswanderung aus Großbritannien von solchen Personen geleitet werde, die in der Kolonie ein persönliches Interesse hätten. Das hat den Anlaß gegeben, daß frühere Schiffsärzte auf Sträflingsschiffen von den Kolonialregierungen mit der Auswahl der Auswanderer betraut wurden. Sie waren sowohl mit der Art Menschen, wie man sie in den Kolonien brauchte, als auch mit der Behandlung der Auswanderer während einer langen Seereise vertraut. Um dieselbe Zeit, Oktober 1835, hat man ferner in Neu Südwaies jedem Ansiedler, der vor Ende 1837 verheiratete Handwerker oder Knechte unter 30 Jahren einführte, eine Prämie von £ 30 für das verheiratete Paar und weitere 5 £ für jedes Kind im Alter über 12 Monaten, 15 £ für jede weibliche Person im Alter zwischen 15 und 30 Jahren, die unter dem Schutz eines verheirateten Paares reiste, und £ 10 für jeden unverheirateten Burschen, vorausgesetzt, daß gleichzeitig ebenso viele weibliche Personen eingeführt würden, versprochen.

Gegen Ende 1836 hat das Londoner Auswanderungskomitee seine Tätigkeit eingestellt; auf Drängen von Wakefield wurde die Organisation der Auswanderung einem dem Kolonialamt und damit indirekt dem Parlament verantwortlichen Beamten übertragen.

Sowohl die über Landverkauf als auch die über die Regelung der Auswanderung getroffenen neuen Bestimmungen haben bei den australischen Kolonisten geteilte Aufnahme gefunden; doch waren die Kolonisten, auch wenn sie gegen Forderung eines Kaufpreises für das Land waren, doch damit einverstanden, daß der Erlös auf die Förderung der Einwanderung verwendet werde; und als Einwanderer ins Land kamen, haben sie sich schließlich auch mit dem Verkauf von Land versöhnt. Doch entstand, als die Einnahmen aus dem Landverkauf zunahmen, zwischen ihnen und der Regierung eine Meinungsverschiedenheit über deren Verwendung. Kolonisten und Kolonialamt waren der Meinung, daß sie bloß auf die Förderung der Einwanderung verwendet werden dürften, während das Schatzamt sie auch auf Bestreitung der laufenden Ausgaben der Kolonie verwendete. Der Streit wurde akut, als das Schatzamt 1834 beschloß, daß die Kolonien, die ausreichend aufgeblüht seien, die Kosten der Gefängnisse und einen Teil der Kosten der kolonialen Flotte, etwa £ 25 000 im Jahr, aus eigenen Mitteln zu bestreiten hätten. 1836 sind diese Kosten sogar auf £ 45 000 gestiegen und in den folgenden Jahren noch höher. Die Kolonisten, die fürchteten, daß von dem Erlöb aus den Landverkäufen für die Förderung der Einwanderung nichts übrig bleiben werde, machten geltend, daß die Kosten für Gefängnisse und den Transport von Sträflingen im Interesse des Mutterlands aufgewendet würden und daher von ihm aufzubringen seien. Darob entstand ein jahrelanger Streit. Er endete zuungunsten der Kolonisten.

Nun erhob sich die Frage, wer das Einkommen aus dem Land verwalten solle. Die Krone nahm die Verwaltung für sich in Anspruch, da das Land, das verkauft werde, ihr gehöre; der gesetzgebende Rat der Kolonie beanspruchte die Verwaltung für diese. Das Kolonialamt machte praktisch Konzessionen, hielt aber an dem Prinzip fest, daß die Verwaltung der Krone und nicht der Kolonie zustehe.

Die Politik des Kolonialamts betreffend Neu Südwaies

ist seit 1830 hauptsächlich durch Gesichtspunkte der Sparsamkeit geleitet gewesen, so besonders in dem Streben, die Ansiedlung möglichst zu konzentrieren, weil deren weite Zerstreuung die Regierungskosten vermehrte. Doch die Entwicklung ging dem entgegen. Expeditionen ins Innere des Landes machten fruchtbares Weideland zugänglich, der Squatter trieb seine Herden nach allen Himmelsgegenden über nicht angeeignetes Land, wofür er nichts zahlte, und die Wollindustrie der Kolonie blühte. Doch wurden diejenigen, die mit ihren Herden die von der Bureaukratie gezogenen Grenzen der Ansiedlung überschritten, als Gesetzübertreter behandelt, ohne daß es praktisch durchführbar war, ihrer Überschreitung Einhalt zu tun. Auch hätte deren Verhinderung die besten Interessen der Kolonie geschädigt. Andererseits mußte das Recht der Krone an jenen Weideländereien zur Anerkennung gebracht werden. Man fand den Ausweg, indem man gegen eine geringe Abgabe Lizenzen zur Beweidung solcher Außenländereien ausstellte. Wer ohne Lizenz seine Herde auftrieb, verfiel einer Geldstrafe. Dagegen war der Squatter, der eine Lizenz erworben hatte, nun nicht länger Gesetzesübertreter; doch wurde er bei Erteilung derselben gewarnt, daß, wenn die erlaubte Anbausphäre ausgedehnt werde, das von ihm okkupierte Land verkauft werden könne, und er dann keinen Ersatz für etwa vorgenommene Verbesserungen erhalte.

Indes zeigte sich die Natur der Dinge stärker als die Sparsamkeitspolitik der Bureaukratie. Es siedelten sich nach wie vor energische Ansiedler außerhalb des erlaubten Niederlassungsgebiets an. Ihre Gesuche um Landverleihung wurden von der Bureaukratie nach wie vor abgeschlagen. Da brachte eine Expedition des John Bateman, der 1835 von Van Diemensland nach Port Phillip segelte, einen Umschwung. Er schloß dort in den Formen des englischen Rechts einen Vertrag mit den Eingeborenen, vermöge dessen er gegen Messer und Leinwand und eine jährliche Rente von solchen, namens der Port Phillip Gesellschaft 600 000 acres erwarb. Die Mitglieder der Gesellschaft nahmen das Land sofort mit ihren Schafen und ihrem

Vieh in Besitz und erbaten die Bestätigung ihres Vertrags von der Regierung in London. Sie wurde verweigert. Nun nahm Bourke, der Gouverneur von Neu Südwaies, sich der Ansiedler an. So berechtigt die Politik der Konzentration innerhalb gewisser Grenzen an sich sei, so sei sie doch angesichts des pastoralen Charakters der Kolonie in ihr unangebracht. Infolge desselben sei die Wollerzeugung die Grundlage ihres Wohlstands. Als Folge sei freier Zugang zum Lande ihre Lebensbedingung. Ohne ihn müßten die Kolonisten Futter für ihre Herden anbauen, während das Land ringsum die beste Nahrung umsonst biete. Das würde mehr Arbeit erfordern, als die Einwanderung liefere. Daher werde die Ausdehnung der Ansiedlung fortschreiten, so viele Hindernisse man ihr auch entgegensetzte. Hierauf hat das Kolonialamt seine Beschränkungspolitik, weil undurchführbar, aufgegeben.

Mit dem, was in Neu Südwaies geschehen, ist Wakefield in sofern einverstanden gewesen, als sein Prinzip, Land nur gegen Zahlung eines Preises zu vergeben, und einen Teil des Erlöses auf die Förderung der Auswanderung ans Mutterland zu verwenden, dort zum leitenden Grundsatz gemacht worden war. Die ganze übrige Entwicklung in Neu Südwaies widersprach seinen Grundsätzen. Das hat ihn und seine Anhänger, die systematischen Kolonisatoren, veranlaßt, dem Plan, eine neue Kolonie zu gründen, den sie von Anfang an gehegt hatten, näher zu treten. In ihr sollten sowohl ihre wirtschaftlichen als auch ihre politischen Gedanken einer ehrlichen Probe unterzogen werden. Der Bericht des Kapitäns Sturt über seine Reise längs des Flusses Murray hatte die Aufmerksamkeit auf Südastralien gelenkt. Hier sollte das Experiment gemacht werden. Sträflingsarbeit sollte ausgeschlossen sein; hier hatte noch keine Landverteilung stattgefunden, die da, wo das Land verschleudert worden war, die Herstellung der richtigen Verhältnisse von Land und Arbeit unmöglich machte; hier konnte man hoffen von Einwirkungen des Kolonialamts frei zu bleiben, was in jeder der bereits bestehenden australischen Kolonien aus-



geschlossen war. Man fürchtete das willkürliche Regiment des Kolonialamts aus der Ferne. Nach Wakefields erstem Plan sollte ihm jede Einwirkung auf die neue Kolonie unmöglich sein. Dafür sollte die neue Kolonie dem Mutterlande auch nichts kosten. Man entwarf den Plan einer Aktiengesellschaft, in deren Hand der Landverkauf und die Verwaltung der Kolonie liegen sollte. Der Erlös aus dem Landverkauf sollte, abgesehen von dem, was auf die Landvermessung verwendet werden mußte, auf die Auswanderung junger Personen beiderlei Geschlechts in gleicher Zahl verwendet werden. Den Kolonisten sollte gestattet sein, ihr Vieh auf jedes noch nicht angeeignete Land zur Weide zu treiben.

Politisch war der Plan auf zwei Prinzipien aufgebaut. Darauf, daß die Kolonisten die Kosten ihrer Regierung so bald als möglich bestreiten, und daß sie in nicht zu ferner Zeit Selbstverwaltung haben sollten. Doch es lohnt nicht auf die Maßnahmen einzugehen, durch welche die systematischen Kolonisatoren die Mittel zur Verwirklichung ihres Plans beschaffen wollten, der permanente Unterstaatssekretär des Kolonialamts, der, da er alle aufeinanderfolgenden Kolonialminister beherrschte, sogenannte Obersekretär James Stephens<sup>1)</sup> setzte eben wegen der beabsichtigten Ausschaltung seines Einflusses trotz aller Änderungen in den Einzelheiten ihres Plans, zu denen Wakefield und seine Freunde sich bereit erklärten, um die Zustimmung des Kolonialamts zu erlangen, ihren Wünschen ein kategorisches Nein entgegen. Mit der geforderten Unabhängigkeit der Kolonie, war seine Antwort, würde innerhalb der Monarchie eine reine Republik entstehen. Darauf haben die systematischen Kolonisatoren die von ihnen 1832 gegründete südaustralische Landkompanie aufgelöst,

---

1) Über dessen verhängnisvollen Einfluß im Kolonialamt siehe *The Quarterly Review* vol. 63, p. 466, 497. — Er ist von Charles Buller in dessen glänzendem Buche „*Responsible Government for Colonies*“, London 1840, in Mr. Mothercountry personifiziert. Man sehe auch E. Gibbon Wakefield, *A View of the Art of Colonization*, London 1848, p. 268 und passim.



die Kolonisten, die zur Ansiedlung in Südastralien bereit gewesen, zerstreuten sich; ein Teil ging nach den Vereinigten Staaten.

Lord Goderich hat 1833 das Kolonialministerium verlassen; sein Nachfolger war Lord Stanley. Die systematischen Kolonisatoren unterbreiteten ihm ein Projekt, das praktisch dasselbe war, das Goderich abgelehnt hatte. Aber wenn auch Stanley dem Gedanken der Gründung einer neuen Kolonie freundlicher gegenüberstand, so war James Stephens doch nach wie vor „Obersekretär“. Er stellte Bedingungen, auf die Wakefield und seine Freunde nicht eingehen konnten, und die Verhandlungen kamen zum Stillstand. Da brachte das Erscheinen von Wakefields Buch „England und Amerika“ im November 1833 die Bewegung aufs neue in Fluß. Statt einer Aktiengesellschaft wurde nun die Gründung einer Gesellschaft in Aussicht genommen, die mit Spekulation nichts zu tun haben sollte, der South Australian Association, und für diese wurde ein Freibrief verlangt nach dem Muster derjenigen, die William Penn und Lord Baltimore erhalten hatten. 1834 wurde die Gesellschaft gegründet; die Zahl derer, die sich ansiedeln wollten, war groß; auch besaß sie Kapital. Aber die permanente Bureaukratie des Kolonialamts nahm noch immer an der verlangten Selbstverwaltung Anstoß; sie lehnte weitere Verhandlungen ab, wenn die Regierung nicht in Händen der Krone, d. h. in ihren Händen bleibe. Um wenigstens den ökonomischen Teil ihres Plans zu verwirklichen, verzichteten Wakefield und Genossen darauf auf Selbstverwaltung, indem sie vertrauten, daß die Zukunft sie ohnedies bringen müsse; ein Bruder Wakefields entwarf einen Gesetzentwurf, der unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit im Unterhause die drei Lesungen überstand und im Oberhause unter dem Druck des Herzogs von Wellington, der sich für die Sache interessierte, angenommen wurde. Darauf hörte auch der Widerstand der Bureaukratie auf.

Wakefield und seine Freunde waren mit dem Gesetzentwurf, wie er aus dem Parlament hervorgegangen ist, in

keiner Weise zufrieden. Immerhin war so viel übrig geblieben, daß sie glaubten, daß bei guter Leitung der Versuch systematisch zu kolonisieren, gelingen werde. Darin haben sie sich getäuscht. In zwei Dingen sind Wakefields Grundsätze allerdings durchgedrungen. Es wurde streng durchgeführt, daß keine Sträflinge nach Südaustralien verschickt wurden, desgleichen, daß an die Stelle der unentgeltlichen Zuteilung der Verkauf von Land trat und der daraus gewonnene Erlös zur Förderung der Einwanderung von Arbeitern aus England verwendet wurde. Aber statt eine einheitliche verantwortliche Regierung der Kolonie zu schaffen, hatte das Festhalten der Kolonialbureaukratie an ihrer Machtvollkommenheit dazu geführt, daß ein Gouverneur ernannt wurde, der nur ihr verantwortlich, für die Beschaffung der zur Regierung nötigen Mittel aber auf drei Kommissare angewiesen war, die zur Durchführung des Gesetzes ernannt werden sollten. Diese sollten das Recht haben, Land auf dem Wege der Versteigerung oder, je nach ihrem Ermessen, auf andere Weise aber nicht unter 12 s pro acre zu verkaufen, und den Erlös auf Förderung der Einwanderung von Arbeitern zu verwenden; auch hatten sie das Recht, noch nicht verkaufte Land als Weide zu vermieten. Die Mittel zur Bestreitung der Regierungskosten sollten die Kommissare durch Anleihen bis zum Betrage von £ 200 000 unter Verpfändung des ordentlichen Einkommens der Kolonie und gleichzeitiger Haftung des Landfonds aufbringen. Damit war die Autorität geteilt: Der Gouverneur stand in üblicher Weise unter dem Kolonialamt, hinsichtlich der Mittel aber, über die er verfügen konnte, unter den drei Kommissaren; ferner sollte die Verfügung über das Land unter einem residierenden Kommissar stehen, über dessen Verfügungen der Gouverneur keine Aufsicht hatte. Außerdem fehlte es an einer Bestimmung über die lokale Kontrolle der Ausgaben.

Die drei im Gesetze vorgesehenen Kommissare sind erst im Mai 1835 ernannt worden. Sie werden als „unwissende und nachlässige Dilettanten“ bezeichnet, die praktisch unerfahren, im Besitz großer Befugnisse ein unerprobtes Experiment durchführen sollten.

Ebensowenig wie mit der Art und Weise, wie das Gesetz von 1834 die Kolonisation in Südastralien geordnet hatte, sind Wakefield und seine Anhänger mit der Entwicklung einverstanden gewesen, welche die Kolonie Neusüdwaales genommen hatte. Ihren Bemühungen war es zu danken, daß das Unterhaus 1836 einen Spezialausschuß mit der Untersuchung betraute, in welcher Weise in den australischen Kolonien, am Kap der guten Hoffnung und in Westindien über unbebautes Land zu verfügen sei; Britisch-Nordamerika war auf Grund von Intriguen des Kolonialamts nicht mit eingeschlossen worden. Der Ausschuß bestand aus einer Auslese hervorragender Männer. Kein Zweifel, daß Wakefield die Untersuchung für den Ausschuß vorbereitet hat. Viele Mitglieder des Ausschusses waren seine Anhänger, und auch von den vom Ausschuß vernommenen 11 Personen waren 5 erklärte Bekenner seiner Lehre, eine war Gegner einiger Teile derselben, 2 vertraten das Kolonialamt, nur 3 waren Kolonisten, wovon 2 aus Van Diemensland und eine aus Trinidad. Der Hauptzeuge war Wakefield selbst, dessen Darlegung große Anerkennung fand. Auch war der Bericht, den der Ausschuß erstattete, eine Empfehlung des Systems Wakefield.

Unterdessen nahm aber die Entwicklung in Südastralien einen unglücklichen Verlauf. Die Kommissare haben statt eines ausreichenden Landpreises nur 12 s pro acre verlangt, worauf Wakefield mit ihnen gebrochen hat. Sie und der Gouverneur haben so gewirtschaftet, daß die Gesellschaft 1840 bankrott geworden ist, worauf der Kapitän George Grey zum Gouverneur ernannt wurde mit der Anweisung, die Ausgaben möglichst einzuschränken und alles zu vermeiden, was neue Ausgaben veranlassen könnte. Grey hatte einige Schwierigkeiten mit dem Kolonialamt, als er es für notwendig hielt, die von seinem Vorgänger für die Kolonie gemachten Schulden zu bezahlen, verfuhr aber im übrigen entsprechend den ihm gewordenen Anweisungen und fand die Anerkennung der Regierung für seine Politik. Lord Stanley hat dann 1842 ein Gesetz im Parlament durchgesetzt, vermöge dessen Südastralien

gleich den übrigen Kolonien dem Kolonialamt unterstellt worden ist. Es hat den Kommissaren alle Macht entzogen, ein zur Deckung der Schulden der Kolonie gewährtes Darlehn von £ 155 000 in ein Geschenk verwandelt und eine ernannte gesetzgebende Versammlung, ähnlich der in den übrigen Kolonien, in Südastralien eingeführt.

Ein zweites Gesetz von 1842 hat die Verfügung über unbebautes Land für alle australischen Kolonien und damit auch für Südastralien geregelt. Danach sollte das Land durch Versteigerung, jedoch nicht unter £ 1 pro acre, verkauft werden. Davon sollten die Kosten der Landvermessung bestritten und die Hälfte des Bruttoerlöses auf die Förderung der Einwanderung in die betreffende Kolonie, der Rest zugunsten der Eingeborenen und auf Verbesserung der Verkehrswege verwendet werden.

Zu Beginn 1843 hatte Südastralien das Schlimmste überstanden. Die Kolonie war im Aufsteigen, auch ohne die Entdeckung der Kupferminen von Kapunda und Burra-Burra in den Jahren 1842 und 1844; denn die Einwanderer waren sehr tüchtige Leute, und der Boden war ausgezeichnet.

Dagegen entstanden in Neusüdwaales Schwierigkeiten, als im Februar 1838 Sir George Gipps der Nachfolger des Gouverneurs Bourke wurde. Dieser hatte die Frage der Beweidung des unbebauten Lands durch Squatter befriedigend geordnet, indem er sie gegen Lizenzen zuließ. Gipps dagegen, ein gewalttätiger Herr und Gegner von Wakefield, legte willkürlich Abgaben auf die Besitznahme unbebauten Lands. Das hatte alle Klassen im Widerstand gegen die Regierung geeint, bis ein unter der Regierung Peels vom Kolonialminister Sir John Pakington erlassenes Gesetz den Squattern das Recht gab, gegen die Entrichtung einer Lizenzabgabe ihr Vieh auf unbebautes Land aufzutreiben, und ihnen unter gewissen Bedingungen Anspruch auf Ersatz ihrer auf Verbesserungen gemachten Auslagen zuerkannte, wenn das von ihnen beweidete Land verkauft wurde. Das 1846 vom Kolonialminister Lord Grey er-



lassene Gesetz über unbebautes Land (9 & 10 Vict. c. 104) ist noch weiter gegangen. Es hat den Squattern das Recht erteilt, andere von der Besitznahme von Land auszuschließen, und ist damit der Ausgangspunkt späterer Streitigkeiten geworden. Wakefield hatte von Anfang an gesehen, daß die Zeit kommen mußte, in der man den Kolonien das Recht geben werde, das Gesetz über das Land selbst zu machen. Dieses Recht wurde ihnen erst zu teil, als Sir John Pakington in den fünfziger Jahren wieder Kolonialminister war. Die 1855 von den Whigs erlassenen Gesetze haben es aufs neue bestätigt.

Noch im Dezember 1835 hatte Wakefield an dem Projekte, Südastralien zu kolonisieren, aktiven Anteil genommen. Wir haben gesehen, wie es seinen und seiner Anhänger Bemühungen gelungen ist, 1836 die Einsetzung eines Ausschusses des Unterhauses zu erreichen, der die Frage, wie über unbebautes Land in den australischen Kolonien zu verfügen sei, untersuchen sollte, und daß dieser Ausschuß sich zu seinen Anschauungen bekannt hat. Seine Vernehmung vor diesem Ausschuß hat ihn abgehalten, selbst nach Südastralien zu gehen. Als er dann sah, wie verständnislos die Kommissare ihre Aufgabe erfüllten, und daß ihr Vorgehen notwendig zum Bankrott der südastralischen Kolonie führen müsse, hat er mit ihnen gebrochen, und er und die übrigen systematischen Kolonisatoren haben sich Neuseeland zugewandt.

Schon in seinem 1833 erschienenen Buche „England und Amerika“ hatte Wakefield auf Neuseeland als auf ein wunderbar für Kolonisation sich eignendes Land verwiesen, und vor dem genannten Untersuchungsausschuß hat er dies wiederholt. Doch Neuseeland gehörte nicht der britischen Krone. Indeß hatte im Laufe der Zeit alle Art von europäischem Gesindel aus Neusüdwaies und Van Diemensland sich auf der Nordinsel niedergelassen und mit dem Häuptling der Eingeborenen einen Vertrag, von dem dieser kein Wort verstand, abgeschlossen, vermöge dessen sie gegen allerlei Kleinkram und etwas Pulver Land erhielten. Als die Regierung davon gehört, hat sie 1817 dem Gerichte



in Neusüdwaies das Recht verliehen, über in Neuseeland begangenē Verbrechen zu richten. 1832 ist ein britischer Resident ernannt worden. Aber da es in seiner Instruktion hieß, daß er kein Recht haben solle, britische Untertanen gefangen zu nehmen, welche britische oder koloniale Gesetze in Neuseeland verletzten, konnte daraus nichts Gutes erwachsen. Wakefield verlangte, an Stelle der liederlichen Kolonisation, wie sie bis dahin betrieben worden war, ein systematisches Vorgehen. Doch ist er dabei, wie bisher bei seinen südaustralischen Plänen, auf Schritt und Tritt durch die geschilderte Bureaukratie des Kolonialamts gehemmt worden.

Im Gegensatz zu seinem ursprünglichen südaustralischen Plane hat Wakefield für Neuseeland die Gründung einer Gesellschaft vorgeschlagen, deren Mitglieder keinerlei pekuniäres Interesse an dem Unternehmen haben sollten. Diese Gesellschaft sollte die neue Kolonie gründen und regieren. 1837 war die Gesellschaft gegründet. Ihre Mitglieder waren teils Leute, die sich ansiedeln wollten, teils Personen, die die Gesellschaft leiten sollten, unter den letzteren gewichtige Männer, wie Francis Baring, der Chef des berühmten Bankhauses. Auch Lord Durham, der aus Rußland zurück war, wurde ihr Mitglied und ihr Hauptvertreter in ihren Verhandlungen mit dem Kolonialamt. Die Gesellschaft verlangte ein Gesetz, das ihr für begrenzte Zeit die Souveränität über einen Teil von Neuseeland verleihe, ferner das Recht, von den Eingeborenen Land zu kaufen, und dieses an Ansiedler weiter zu verkaufen. Der Erlös sollte teils zum weiteren Ankauf von Land von den Eingeborenen, teils zur Förderung der Einwanderung aus dem Mutterlande verwendet werden. Die Regierung der Kolonie sollte für begrenzte Zeit der Gesellschaft zustehen.

Neuseeland war ein Land von unbegrenzten Möglichkeiten. Auch war wohl bekannt, was es bot, und schon 1825 war eine Gesellschaft zur Kolonisation eines Teils des Landes gebildet worden; es war aber zu nichts gekommen, da Wellington damals meinte, England habe bereits genug Kolonien. Der Erfolg der 1837 von Wakefield gegründeten

Gesellschaft hing davon ab, wie Lord Glenelg, der damalige Staatssekretär für Kolonien, und der permanente Unterstaatssekretär des Kolonialamts, James Stephen, der Glenelg beherrschte, sich zu ihren Plänen stellte. Beide aber waren nicht nur Mitglieder, sondern sogar Beamte der Missionsgesellschaft der Staatskirche und voll Rücksicht auf deren Wünsche.

Die Eingeborenen, die Maori, hatten das fruchtbare, Farren bewachsene Binnenland der beiden Inseln völlig unbenutzt gelassen. Sie waren Küstenbewohner, die von Fischen lebten, aber gelegentlich sich auch am Menschenfleisch ihrer Feinde erfreuten. Ihre Fischnahrung bannte sie an die Küste. Hier waren sie der moralischen und physischen Ansteckung durch die verkommenen Europäer, die aus Australien und Van Diemensland eindringen, nicht entgangen. Da hatten die Missionare sich in zwanzigjähriger Tätigkeit unter Gefährdung ihres Lebens um die Gesittung der Maori große Verdienste erworben. Sie hatten ihnen nützliche Gewerbe gelehrt, nützliche Produkte eingeführt, Krankheiten geheilt, deren Ausbreitung bekämpft, die Grundlage zu ihrer Erziehung gelegt, ihre Sprache aufgezeichnet, die Bibel in dieselbe übersetzt, zur Beseitigung der Menschenfresserei und anderer barbarischer Sitten viel getan und in ihren eigenen Wohnungen das Vorbild gesitteter Behausung gegeben. Sie scheuten das Eindringen von Europäern in Neuseeland, das sie als ein ihnen vorbehaltenes Gebiet ansahen, denn sie fürchteten, daß, was sie bei den Eingeborenen erreicht hatten, dadurch gefährdet werde. Daher setzte der Sekretär der Missionsgesellschaft Dandeson Coates den Plänen der Neuseeland-Gesellschaft Wakefields unerbittlichen Widerstand entgegen, und obgleich eine Annexion seitens Frankreichs drohte, und eine französische Gesellschaft, zu deren Aktionären der König Louis Philippe gehörte, zu diesem Zwecke gegründet worden war, zögerte das unter dem Einfluß der Missionsgesellschaft stehende Kolonialamt, der Neuseeland-Gesellschaft entgegenzukommen. Es machte geltend, daß Großbritannien kein Recht habe, ohne freie Zustimmung der

Maori in Neuseeland eine Kolonie ins Leben zu rufen; auch könne dies nur auf Grund eines königlichen Freibriefs, nicht auf Grund eines Gesetzes, geschehen; das erstere gab nämlich dem Kolonialamt die Möglichkeit, die Kolonien unter Androhung der Zurückziehung des Freibriefs dauernd unter seiner Herrschaft zu halten, ein Gesetz dagegen hätte die Kolonie von ihm unabhängig gemacht.

Indes angesichts einer drohenden Annexion durch Frankreich konnte das Kolonialamt nicht bei dieser absoluten Ablehnung beharren. Lord Glenelg stimmte zu, daß unter Wahrung der Interessen der Eingeborenen in Neuseeland eine geordnete Regierung entstehe; in einem Brief an Lord Durham schlug er vor, die Kolonie solle durch königlichen Freibrief das Recht, die Kolonie zu regieren, erhalten, sowie daß das Land an die Ansiedler versteigert und der Erlös auf die Förderung der Einwanderung verwendet werde; nur machte er zur Bedingung, daß sich die Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft verwandle und ein bestimmter Betrag Kapital eingezahlt werde. Die Missionsgesellschaft hat gegen Verleihung eines Freibriefs selbst unter diesen Bedingungen protestiert; daß sie aber auch gegen das Eindringen anderer Christianisierungsgesellschaften war, schien den Verdacht zu bestätigen, daß Missionare selbst in Land spekulierten.

Die von Glenelg verlangte Verwandlung der Neuseeland-Landgesellschaft in eine Aktiengesellschaft stand mit ihrem Grundsatz, daß sie kein pekuniäres Interesse an der Kolonisation haben dürfe, im Widerspruch; sie lehnte daher die zugemutete Verwandlung ab. Doch die Regierung bestand auf der Bedingung. Wakefield und Lord Durham, die Seele und das offizielle Haupt der Gesellschaft, befanden sich damals in Kanada. In ihrer Abwesenheit hat die Gesellschaft veranlaßt, daß im Parlament ein ihrem Verlangen entsprechender Gesetzentwurf eingebracht wurde; er scheiterte an dem Widerstande des Lord Howick, des späteren Lord Grey, des Schwagers Durhams, der sich mit diesem überworfen hatte, und des Sir George Grey, beide Mitglieder der Regierung. Darauf hat die Gesellschaft sich

aufgelöst und, wie die Regierung verlangt hatte, in eine Aktiengesellschaft verwandelt; als sie nun den dieser versprochenen königlichen Freibrief verlangte, ist ihr aber die Antwort geworden, man habe das Versprechen einer anders zusammengesetzten Gesellschaft gegeben!!

Nach Durhams Rückkehr aus Kanada wurde eine Eingabe der systematischen Kolonisatoren an Glenelgs Nachfolger, Lord Normanby, in der sie geltend machten, daß die von der Regierung gestellten Bedingungen erfüllt seien, von dem Kolonialamt mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß sie einmal zurückgewiesen seien, und die Regierung von jeder Verantwortung frei sei. Mit anderen Worten, die Regierung hatte mit Durham gebrochen und glaubte, ihn nicht mehr fürchten zu müssen. Aber am 27. April 1839 hat sich unter Durhams Vorsitz die Gesellschaft in die Neuseeland-Landgesellschaft mit einem eingezahlten Kapital von £ 100 000 umgewandelt. Das wurde zwei Tage darauf dem Kolonialamt zu dessen geringem Vergnügen mitgeteilt. Obgleich die Regierung erklärte, daß sie die Gesellschaft nicht anerkenne und für ihren Landerwerb keinerlei Garantie übernehme, segelte am 5. Mai das Schiff „Tory“ von 400 Tonnen mit 36 Personen, darunter den Obersten William Wakefield, einen Bruder Gibbons, und dessen Sohn Jerningham, an Bord von London nach Neuseeland ab. Als Gibbon Wakefield hörte, daß die Regierung der „Tory“ die Ausfahrt aus Plymouth, wo sie Anker geworfen hatte, verbieten wolle, fuhr er mittels Eilpost dahin, beschleunigte ihre Abreise und erreichte auf diese Weise, daß England Frankreich in Neuseeland zuvorkam. Das Schiff war der Vorläufer der Gesamtheit der Auswanderer, die mit ihm am 10. Januar 1840 in Cook's Straits zusammentraf. Auf diese Weise wurde die Regierung gezwungen, Maßnahmen zur Kolonisation von Neuseeland zu ergreifen; sie hat es in demselben Jahre der Regierung von Neusüdwaales unterstellt. Zu deren Gouverneur hat sie Sir George Gipps, einen der selbstherrlichsten Herrscher, den Australien jemals gehabt hat, und Gegner Wakefields ernannt; zu dessen Stellvertreter für



Neuseeland ernannte sie den Kapitän Hobson mit dem Auftrage, mit den Maori zu unterhandeln „über die Anerkennung der souveränen Autorität Ihrer Majestät über das Ganze oder irgendwelche Teile dieser Inseln, die sie unter die Herrschaft Ihrer Majestät zu stellen bereit sein könnten“.

Die Instruktionen, welche die Neuseeland-Landgesellschaft der „Tory“ mitgegeben hat, zeigen im Stil Wakefield als deren Verfasser. Besonders bemerkenswert sind die, welche die Rechte der Eingeborenen betreffen.

„Die Hauptschwierigkeit“, heißt es, „die Ihr zu bewältigen haben dürft, ist, die Eingeborenen zu überzeugen, daß die unter Eurem Befehl stehende Expedition keinen ihnen feindlichen Zweck hat. Nach der üblichen Behandlung, die sie von Europäern oft erfahren haben, sind sie notwendig voll Argwohn. Wir empfehlen Euch, sie bei jeder Gelegenheit mit vollkommenster Offenheit zu behandeln und ihnen gründlich klar zu machen, daß Ihr Land zu erwerben sucht, um darauf eine Ansiedlung von Engländern zu begründen; und Ihr werdet Euch enthalten, jedwede Verhandlung über Landankauf abzuschließen, bis dieses, ihr wahrscheinliches Ergebnis, von den eingeborenen Eigentümern und dem ganzen Stamme völlig begriffen ist. Insbesondere werdet Ihr Sorge tragen, daß alle Eigentümer von Land, das Ihr ankauft, mit dem Handel einverstanden sind, und daß jeder von ihnen den ihm gebührenden Anteil am Kaufpreis erhält. Ihr werdet ihnen gründlich klar machen, daß die Landgesellschaft das von ihr erworbene Land an einzelne Ansiedler, die sie aus England erwartet, zu veräußern beabsichtigt und daß Ihr, wenn überhaupt, zu denselben Bedingungen kauft, zu denen in anderen Teilen der Inseln Landkäufe abgeschlossen worden sind.

„Doch werdet Ihr nicht versäumen, in einem Punkte einen sehr erheblichen Unterschied zwischen den Ankäufen der Landgesellschaft und denen, die bisher seitens aller Arten von Käufern getätigt worden sind, zu betonen. Wüstland, dies ist wahr, hat keinen Wert für dessen eingeborene Eigentümer oder keinen größeren Wert als die Kleinigkeit, die sie dafür erhalten mögen. Wir legen daher kein großes Gewicht darauf, daß der Kaufpreis den englischen Begriffen von zureichendem Landwert nicht entspricht. Das Land ist tatsächlich wertlos und kann nur durch einen großen Kapitalaufwand für Auswanderung und Ansiedlung wertvoll gemacht werden. Aber gleichzeitig muß bezweifelt werden, daß die



eingeborenen Eigentümer eine Ahnung haben von den Wirkungen von Abtretungen der gesamten Ländereien eines Stammes, wie sie in großem Maße bereits vorgekommen sind. Die Gerechtigkeit verlangt nicht bloß, daß diese Wirkungen ihnen so weit möglich klar gemacht werden, sondern daß auch die überlegene Intelligenz der Käufer sie vor den Übeln bewahre, die sie trotz aller Bemühungen vielleicht nicht vorherzusehen imstand sind. Die Gefahr, der sie ausgesetzt sind und die sie nicht wohl vorhersehen können, ist, daß sie ohne jedwedes Landeigentum sein werden und daher ohne jedwedes Ansehen inmitten einer Gesellschaft, in der infolge von Einwanderung und Ansiedlung das Land wertvolles Eigentum geworden ist. Absolut würden sie wenig oder gar nichts leiden, weil sie Land hergegeben haben, von dem sie keinen Gebrauch machen, und das sie nicht vertauschen können; aber relativ würden sie sehr leiden, insofern ihre gesellschaftliche Stellung eine sehr viel tiefere sein würde als die der Rasse, die sich unter ihnen niedergelassen und ihrem wertlosen Lande Wert verliehen hat. Käme es lediglich auf das Wohlbefinden der Wilden an, so wäre es vielleicht besser, wenn sie für immer die Wilden blieben, die sie sind. Diese Erwägung scheint nie seitens derjenigen, die bisher von den Eingeborenen Neuseelands Land gekauft haben, vorgenommen worden zu sein. Sie ist zuerst von der Neuseeland-Gesellschaft von 1837 angeregt worden, und für die gegenwärtige Landgesellschaft ist sie von großer Bedeutung. In Übereinstimmung mit einem Plane, dem die Gesellschaft von 1837 durch Gesetz für jeden Landkauf von Eingeborenen Achtung verschaffen wollte, sowohl für vergangenen wie zukünftigen, werdet Ihr Sorge tragen, daß in jedem booka-booka oder Vertrag über Land, ein Teil des überlassenen Landes, gleich einem Zehntel des Ganzen, von der Landgesellschaft zurückbehalten und von ihr als Treuhänder für das künftige Wohlergehen der Hauptfamilien des Stammes aufbewahrt wird.

„Diese in Aussicht genommenen Landreserven sind als weit wichtiger für die Eingeborenen anzusehen als irgendein Betrag, den Ihr als Kaufpreis zu bezahlen haben mögt. Gleichzeitig ist es unser Wunsch, daß dieser Kaufpreis weniger außer Verhältnis zum Wert des Lands nach englischen Begriffen sei, als er bisher beim Landankauf von Neuseeländern gewesen ist. Es wird uns versichert, daß einige der besten Strecken Land von Missionskatechisten und anderen, die tatsächlich nichts oder nahezu nichts hatten, in Besitz genommen worden sind. Im Falle Euch Land für solche Nichtigkeiten, wie ein paar Leintücher oder Beile angeboten werden sollte, wie sie bisher für Ländereien von beträchtlichem Umfang gegeben worden sind, werdet Ihr das

Angebot nicht annehmen, ohne zu den verlangten Dingen so viel hinzuzufügen, als nötig ist, um allen Eigentümern von Land wirklich Nutzen zu bringen. Nicht als ob Ihr in dieser Beziehung das Beispiel kopfloser Verschwendung geben sollt; aber die Landgesellschaft legt Wert darauf, daß die Eingeborenen von allen mit ihnen getroffenen Abkommen einen unmittelbaren und einleuchtenden Vorteil haben“.

Diese Instruktionen sind in der Tat vortrefflich. Ihre Ausführung war dem Obersten William Wakefield übertragen, der sein Amt unter den schwierigsten Verhältnissen zu aller Befriedigung verwaltet hat. Zu den ihm erteilten Instruktionen gehörte, daß die Beamten vor Übertreibung der Vorzüge Neuseelands zu warnen seien, und jeder Beamte entlassen werden sollte, der sich gegen einen Eingeborenen vergehe.

Oberst Wakefield hat Neuseeland am 16. August 1839 erreicht und Cook's Straits als Platz für eine Hauptstadt ausgewählt; er nannte sie aus Dankbarkeit für das Interesse, das Wellington den systematischen Kolonisatoren in Südaustralien erwiesen, nach ihm. Am 29. Januar 1840 ist Kapitän Hobson auf der nördlichen Insel gelandet und hat das dort gelegene Auckland zum Sitz der Regierung gemacht. Als bald drohte ein Konflikt. Obwohl schon Cook die Souveränität des britischen Königs über Neuseeland proklamiert hatte, verweigerte der derzeitige Kolonialminister Lord John Russell die Übernahme der Souveränität über die beiden Inseln. Es fehlte also an staatlicher Gerichtsbarkeit. Die Auswanderer, die am 10. Januar 1840 in Cook's Straits eingetroffen waren, hatten daher beschlossen, selbst einen Gerichtshof zu errichten. Darauf drohte ihnen die britische Regierung, sie als Mörder zu verfolgen, wenn sie jemanden zum Tode verurteilen würden, worauf die Auswanderer ihren Beschluß zurücknahmen. Teils um Leuten, die aus Sydney herbeieilten und die Eingeborenen übervorteilten, teils um der drohenden Besitznahme durch Franzosen zuvorzukommen, hat Oberst Wakefield sich beeilt, von den Eingeborenen Land zu kaufen. Hobson schloß am 6. Februar 1840 entsprechend den ihm vom Kolonialamt bei seiner Ernennung erteilten Instruktion mit Häupt-

lingen der Eingeborenen den Vertrag von Waitangi ab, worin die Königin den Eingeborenen den „vollen, ausschließlichen und ungestörten Besitz ihrer Ländereien, Wälder, Fischereien und anderen Eigentums, das sie als Gesamtheit oder Einzelpersonen besäßen, so lang als sie es zu besitzen wünschen, bestätigt und garantiert, wogegen die Häuptlinge Ihrer Majestät ein ausschließliches Vorkaufsrecht bezüglich allen Landes, das diese Eigentümer zu veräußern gewillt seien, zusprachen“. Die Maori sollten von nun an „alle Rechte und Privilegien britischer Untertanen genießen“. Am 17. Januar 1840 hat Hobson die britische Souveränität auch über die Südinsel proklamiert. Im Juli traf eine französische Fregatte ein, um diese in Besitz zu nehmen. Hätte Wakefield nicht durch Entsendung der „Tory“ das Kolonialamt genötigt, Hobson auszuschicken, so wäre Neuseeland ein anderes Neucaledonien geworden. In dieser Weise wurde Neuseeland britische Kolonie.

Aber nun erhoben sich neue Schwierigkeiten. Oberst Wakefield war durch den Widerstand der Regierung und der Missionsgesellschaft genötigt gewesen, bei seinen Landkäufen selbständig vorzugehen. Er hatte entsprechend der von der Landgesellschaft gegebenen Instruktion die Eingeborenen teils in dem billigen Zeug, das sie verlangten, bezahlt, vor allem aber in dem Bruchteil des von ihnen verkauften Landes, der für sie reserviert wurde und als Folge der Ansiedlung alsbald im Werte stieg. Er war von der Vorstellung ausgegangen, daß, wie in England, so auch bei den Maori, wo von einer Gesamtheit ein Vertrag geschlossen wird, die Zustimmung der Mehrheit genüge. Er wußte nicht, daß bei allen primitiven Völkerschaften, wie einst auch bei den germanischen, die Zustimmung jedes Einzelnen für die Gültigkeit notwendig sei. Hobson aber hatte in dem Vertrage von Waitangi alle Stammesrechte der Eingeborenen anerkannt. Und nun beging Gipps in seiner Eigenschaft als Gouverneur die Ungeheuerlichkeit, am 4. August 1840 alle seitens der Ansiedler schon vor dem Vertrage von Waitangi erworbenen Rechte am Land

für nichtig zu erklären. Die Ansiedler sind dadurch in unendliche Streitigkeiten mit den Eingeborenen verwickelt worden.

Unterdessen war Lord Durham am 28. Juli 1840 gestorben; ihm war der bisherige Vizepräsident der Landgesellschaft, der Schiffsreeder Some im Vorsitz gefolgt, und Wakefield war auch formell ihr Direktor geworden. Es war klar, daß die Landgesellschaft sich nicht bei Gipps' Angriff auf ihr Eigentum beruhigen konnte. Auch hat dies Lord John Russell, als er Kolonialminister wurde, eingesehen und im November 1840 ein Abkommen mit der Landgesellschaft getroffen, demgemäß diese viermal so viel acres erhalten sollte, als sie £ auf Schiffe und andere nötigen Ausgaben verwendet hatte. Damit war anerkannt, daß sie sich durch Entsendung der „Tory“ um England verdient gemacht habe. Auch war er damit einverstanden, daß der Landpreis £ 1 pro acre sein und die Hälfte des Erlöses auf die Förderung der Einwanderung verwendet werden solle. Er hat Neuseeland zu einer unabhängigen Kolonie gemacht und Gipps, wenn auch leider zu spät, angewiesen, die Ausführung seines Gesetzes vom 4. August 1840 bis auf weiteres einzustellen. Endlich hat er, im Februar 1841, durch königlichen Freibrief der Landgesellschaft Korporationsrechte verliehen.

Da trat ein Kabinettswechsel ein; Lord Stanley wurde Staatssekretär für Krieg und Kolonien. Nun wurde alles Konfusion. Der Gouverneur Hobson hat im Juni 1841 das unter Russell aufgehobene Gesetz vom 4. August 1840 aufs neue erlassen, wobei die Regierung in Aussicht stellte, einen Kommissar zu ernennen, der die Ansprüche der Landkäufer feststellen sollte. Der Entscheid des Kommissars ist erst nach Jahren erfolgt. Durch ihn wurden die Ansprüche der Landgesellschaft von 2 Millionen acres, die sie gekauft hatte, auf 283 000 herabgesetzt. Unterdessen war die Gesellschaft außerstand, den Ansiedlern gültiges Recht am Land zu verschaffen, und diese wurden entweder nicht in den Besitz ihres Lands gesetzt oder hatten geringe Sicherheit für ihre Höfe und ihr Leben. Es würde zu weit

führen, wollte ich alle daraus erwachsenen Streitigkeiten und die unglücklichen vom Admiral Fitzroy, dem Nachfolger Hobsons, zu ihrer Erledigung ergriffenen Maßnahmen erzählen. Das Ergebnis war ein Aufstand der Eingeborenen des Wairaa-Distrikts, dem Kapitän Arthur Wakefield, ein von allen Zeitgenossen gerühmter Bruder Edward Gibbons, zum Opfer fiel.

Im November 1845 ist Sir George Grey, den wir bereits als den Retter Südaustraliens kennen gelernt haben, zum Gouverneur Neuseelands ernannt worden, und mit ihm begann eine neue Ära für Neuseeland. Nachdem er die 1846 für Neuseeland erlassene Verfassung für ungeeignet erklärt hat, ist sie durch ein Gesetz für die Dauer von 5 Jahren aufgehoben worden. Er hat dann eigenmächtig regiert. In seinem Verhalten gegenüber den Eingeborenen hat er ganz im Geiste der oben wiedergegebenen Instruktionen Wakefields gehandelt und war bei den Maori sehr populär, ohne promissionär zu sein; er ist sogar gegen die Missionare vorgegangen, die in Land spekuliert hatten, und seine Feindseligkeit gegen die Canterbury-Gesellschaft hat, wie wir noch sehen werden, zu deren Schwierigkeiten wesentlich beigetragen. Ein Hauptfehler, den er beging, war, daß er den Preis des Landes willkürlich von 1 £ pro acre auf 10 und 5 s herabgesetzte, wodurch die Angesiedelten geschädigt und die Bodenspekulation, die er doch bekämpfen wollte, ermuntert wurde.

Am 18. August 1846 ist E. Gibbon Wakefield vom Schlag getroffen worden; lange Zeit schwebte sein Leben in Gefahr. Von diesem Augenblick trat ein völliger Wechsel in der Politik der Landgesellschaft ein. Sie war von da ab nur mehr auf Geldgewinn bedacht. 1847 traf sie ein Abkommen mit dem Kolonialamt, wonach sie einen Vorschuß von £ 230 000 von diesem erhielt; wenn dieser bis 1850 nicht zurückgezahlt sei, sollte sie ihren Freibrief, sowie alle ihre Ländereien in Neuseeland aufgeben und £ 268 000 Entschädigung erhalten, die aus dem Erlöse der Landverkäufe bezahlt werden sollten. Wakefield war während dieser Abmachungen durch Krankheit an der



Kenntnisnahme der Geschäfte der Gesellschaft verhindert gewesen. Wiedergenesen hat er vorausgesagt, daß sie 1850 aufhören werde, und daß dies für Neuseeland das Beste sei. Er schrieb sein Buch über die Kunst der Kolonisation und hat, nachdem Charles Buller im November 1848 zu aller Leidwesen unerwartet gestorben war, am 1. Januar 1849 seine Stelle als Direktor der Landgesellschaft niedergelegt. 1850 ist diese zu End gekommen. Sie hatte den Grund zu einem britischen Reich gelegt. Vier blühende Ansiedlungen dankten ihr ihre Existenz, zwei anderen hatte sie wirksame Unterstützung gewährt. 1851 hatten diese Ansiedlungen 17 000 weiße Bewohner; ohne Einmischung der Bureaukratie wären es 200 000 gewesen. Sie waren auserlesene, hochstehende Leute.

Wakefield war schon in den vierziger Jahren einer Kolonisation mit kirchlicher Hilfe zugänglich gewesen; damals hat die Erneuerung der Streitigkeiten zwischen der Neuseelandgesellschaft und der Regierung die Verfolgung der Idee verhindert. Dagegen haben 1843 schottische Presbyterianer den Gedanken ins Auge gefaßt. Der ganze Erlös aus den Landverkäufen sollte der Einführung schottischer Landarbeiter dienen. Nach dem Aufhören der schottischen Kirche am 10. Mai 1843 hat der freie Presbyterianismus dem Unternehmen sich zugewandt. Im Juni 1844 wurde von den Eingeborenen Land gekauft. 343 Einwanderer landeten im Hafen von Otago und gründeten Dunedin, die Hauptstadt von Otago, der südlichen Provinz von Neuseeland. Die Ansiedlung schritt langsam vorwärts. 1858 waren es 7000 Bewohner und 19 000 acres waren eingeeht. 1861 kam die Entdeckung von Gold und ein Zustrom von Einwanderern. Ende des Jahres waren 26 000 Australier eingewandert und hatten das schottische Element überschwemmt. Die Einnahmen stiegen von £ 97 000 auf £ 470 000.

Noch interessanter ist die Geschichte der Canterbury Association auf der Südinsel von Neuseeland. Hier hatte Wakefield die Leitung, unter ihm Godley, ein Irländer, und Lord Lyttelton, der als Gladstone Kolonialminister war, dessen

parlamentarischer Untersekretär gewesen ist. Beide waren idealgesinnte Anhänger der englischen Staatskirche. Die Canterbury Association erhielt einen Freibrief. Land der Neuseelandgesellschaft sollte ihr gemäß Wakefieldschen Prinzipien zu einem ausreichenden Preise verkauft werden; doch mußte dieser auf £ 3 erhöht werden, denn, um die Kirche zu interessieren, mußte ein Teil des Erlöses kirchlichen und Unterrichtszwecken gewidmet werden. Dadurch wurde der Preis für normale Käufer zu hoch; es hat aber die Wirkung gehabt, besonders ausgezeichnete Einwanderer herbeizuführen. Als Godley im Winter 1849 Verwalter und Oberaufseher der Kolonie geworden war, nahm sie großen Aufschwung. Während zwei Jahren war sein Wort Gesetz. Er hat die Kolonie trotz der Feindseligkeit, die ihr Sir George Grey entgegenbrachte, glänzend geführt. 1850 wurde Lord Lyttelton Vorsitzender des Verwaltungsrats; er hat das Unternehmen, das zu scheitern drohte, gerettet; durch Subskriptionen von Freunden wurden große Beträge aufgebracht. Trotzdem hat der hohe Preis, der aus kirchlichen Rücksichten für das Land gefordert wurde, das Unternehmen dem Untergange nahe gebracht, und die Gesellschaft, die außerdem unter allzuviel Einmischung der Bureaukratie zu leiden hatte, hat den ihr 1850 verliehenen Freibrief aufgeben müssen. Sie hat, nachdem Neuseeland 1852 eine freie Verfassung erhalten hat, fortbestanden und wird 1868 als in gutem Zustand befindlich bezeichnet.

Die vorgeführte Entwicklung Neuseelands zeigt, wie das britische Kolonialamt einerseits ablehnt, eine Kolonie zu gründen, nachdem es aber durch die Initiative einzelner britischer Untertanen gezwungen ist, ein Land in Besitz zu nehmen, das nahezu so groß wie das Vereinigte Königreich war, voll Eifersucht die Kolonisten in der zweckmäßigsten Regelung ihrer Angelegenheiten behindert; und während diejenigen, die das Mutterland zu dieser Besitznahme gezwungen haben, die Gewährung einer den Kolonisten verantwortlichen Regierung als das einzige Mittel, die Kolonie dem Mutterland zu erhalten, befürworten,

sträubt sich das Kolonialamt, das von ihrem Erwerb nichts wissen wollte, diesem Rate zu folgen, weil es von seiner Befolgung den Abfall der Kolonie befürchtet! Es ist die Agitation Wakefields und seiner Schule, sowie die Entsendung Durhams nach Kanada nötig gewesen, um die britische Bureaukratie zu der Einsicht zu bringen, daß als Folge einer den Kolonisten verantwortlichen Regierung die Unzufriedenheit derselben sich gegen diese, und nicht gegen sie richten werde. Dabei soll nicht bestritten werden, daß die autokratischen Gelüste der Gouverneure, sowie die Notwendigkeit, die Kolonisten zur Selbstregierung zu erziehen, Schwierigkeiten bereitet haben. Doch konnten diese nur durch gemachte Erfahrungen überwunden werden.

Nach dem unglücklichen südaustralischen Experimente, von dem schon die Rede gewesen ist, hat Lord Stanley 1842 einen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht, der für Neusüdwaies einen neuen gesetzgebenden Rat schuf, dessen Mitglieder zu zwei Dritteln von den Kolonisten gewählt und nur zu einem Drittel vom Gouverneur ernannt werden sollten; auch sollte nicht mehr als die Hälfte der ernannten Mitglieder aus Beamten bestehen. Der Gesetzentwurf wurde vom Parlament einstimmig angenommen, hat aber zu heftigen, schließlich erfolgreichen Kämpfen der Kolonisten gegen den autokratischen Gouverneur Gipps geführt. Die Bittgesuche der Bewohner von Port Phillip um Lostrennung von Neu Südwaies, weil sie von diesem ausgebeutet würden, sind von Stanley noch nicht berücksichtigt worden. Ein anderes Gesetz von 1842 gab Südastralien die Wahl, zwischen drei vorgeschlagenen Verfassungen zu wählen; es wählte eine Regierung durch einen Gouverneur in Verbindung mit einem ernannten Rate. Ein kurzes Gesetz bestätigte die für Westaustralien nach den üblen Erfahrungen mit der Kolonie am Schwanenfluß getroffene Ordnung. Dann folgte 1846 das schon erwähnte Gesetz, das Neuseeland eine Verfassung gab, das aber auf Einspruch des Gouverneurs Sir George Grey für 5 Jahre durch ein neues Gesetz außer Kraft gesetzt wurde. Nachdem 1847 ein Versuch des Kolonialministers Lord Grey

(des früheren Lord Howick) als ungeeignet im Unterhause abgelehnt worden war, hat dieser einen Ausschuß des Geheimen Rats für Handel und Pflanzungen durch drei weitere Personen, darunter James Stephen vom Kolonialamt, ergänzt und mit Vorschlägen beauftragt. Sein von Stephen verfaßter Bericht zeigt, daß auch diese Seele des Widerstands des Kolonialamts sich der Notwendigkeit, den Kolonien Autonomie zu gewähren, nicht länger entziehen konnte. Auf Grund desselben ist der Act 13 & 14 Vict. c. 59 erlassen worden. In ihm ist die nach Entdeckung der Goldfelder im Distrikt Port Phillip unvermeidliche Trennung desselben von Neu Südwaies angeordnet und dieser als selbständige Kolonie unter dem Namen Victoria gegründet worden. Nicht minder bedeutungsvoll war die Bestimmung, wonach es den Gesetzgebungen der verschiedenen australischen Kolonien überlassen sein sollte, ihre Verfassung selbst zu verbessern, wie Zeit und Erfahrung dies als notwendig erschienen ließen; nur die Bestätigung der getroffenen Änderungen durch königliche Verordnung im Staatsrat ist nötig geblieben. Diese Übertragung der den australischen Kolonien verliehenen Freiheit auf die kolonialen Gesetzgebungen hat zur Einführung ihrer Selbstregierung ohne weiteren Widerstand der britischen Staatsmänner geführt. Auch hat zu dessen Schwinden beigetragen, daß seit Beginn der Freihandelsperiode Gleichgültigkeit gegen den Besitz von Kolonien eintrat, und man in der Gewährung von Selbstverantwortlichkeit an dieselben den Übergang zu ihrem erwarteten, nicht ungern gesehenen Abfall erblickte.

Aber noch war Neuseeland ohne Verfassung. Sein Gouverneur Sir George Grey war keineswegs der Meinung, daß England seine Kolonien aufgeben solle, er war ein eifriger Imperialist. Ebenso wenig war Wakefield für Preisgebung der Kolonien; doch sah er, wie schon Charles Fox, aber im Gegensatz zu Grey, in der Gewährung von Selbstverwaltung das einzige Mittel, sie England zu erhalten. 1851 war in London eine koloniale Reformgesellschaft gegründet worden, die dementsprechend die Ge-

währung freier Verfassungen an die Kolonien in Australien erstrebte. Das aber widersprach dem Autokraten Grey, der 1846 veranlaßt hatte, daß die damals Neuseeland erteilte Verfassung außer Kraft gesetzt werde. Doch die Kolonisten klagten über sein Regiment und hatten sogar seine Abberufung verlangt. Darauf hat der Kolonialminister Sir John Pakington Neuseeland eine Verfassung verliehen, die am 30. Juni 1852 Gesetz geworden ist. Sie ist von Wakefield verfaßt worden, der aber keineswegs mit allen ihren Bestimmungen, wie sie im Parlament getroffen worden sind, einverstanden war. Nach denselben sollten Provinzialverwaltungen mit je einer Kammer und darüber eine Landesverwaltung mit zwei Kammern unter dem Gouverneur geschaffen werden. Die Provinzialversammlungen wie die Generalversammlung sollten alle vier Jahre gewählt werden, wenn nicht der Gouverneur eine frühere Auflösung vornahm. Die Superintendenden der Provinzen sollte die Gesamtheit der Wahlberechtigten wählen.

Durch diese Verfassung wurde die selbstherrliche Regierung Greys beendet. Auch hat er sich nicht gutwillig darein gefügt. Wakefield ist im Oktober 1852 selbst nach Neuseeland aufgebrochen und im Februar 1853 vor Port Lyttleton eingetroffen. Grey befand sich am Land, Wakefield wurde durch heftigen Sturm an der Ausschiffung verhindert; er bat Grey schriftlich, Port Lyttleton nicht zu verlassen, ohne ihn empfangen zu haben; aber Grey reiste ab, ohne ihn gesehen zu haben. Auch hat er sich geweigert, die in der neuen Verfassung vorgesehene Generalversammlung einzuberufen. Er hat Ende 1853 Neuseeland verlassen, ohne zu ahnen, daß er noch einmal als Gouverneur dahin zurückkehren werde. Nach Greys Abreise hat Oberst Wynyard, der als Befehlshaber der Truppe ex officio an seine Stelle trat, die Generalversammlung mit einer Ansprache eröffnet, die Spuren von Wakefields Feder zeigt. Die Generalversammlung hat alsbald ministerielle Verantwortlichkeit verlangt.

Wakefield ist selbst Mitglied des Parlaments von



Neuseeland geworden, und die Mitglieder für Auckland haben ihm gedankt, daß er sie gelehrt habe, was verantwortliche Regierung sei. Doch haben ihn bald körperliche Leiden heimgesucht, die ihn verhinderten, an den Verhandlungen lebhaften Anteil zu nehmen. Er ist am 16. Mai 1862 gestorben. Seine Büste steht im Kolonialamt, das bei seinen Lebzeiten sein Gegner gewesen ist. Er gilt heute als einer der Begründer des britischen Weltreichs.

Mit Selbstregierung der Kolonien war die Fortdauer der Verschickung von Sträflingen nach denselben nicht weiter verträglich. Zwei Gesichtspunkte hatten zu ihrer Einführung geführt: der Wunsch, Personen, die zu Hause unerwünscht waren, auf möglichst große Entfernung los zu werden, und der, dem Sträfling Gelegenheit zu geben, unter neuen Verhältnissen ein ehrbares Leben als Kolonist zu beginnen. Dagegen war die Deportation für den freien Mann, der sich in einer Strafkolonie ansiedelte, ein Übel, denn die Besserung der Deportierten war zweifelhaft; Diebstähle und Mordtaten waren in den Strafkolonien häufiger als anderwärts; die Kolonisten klagten anfänglich nur wenig darüber, weil die Verschickung ihnen eine Verfügung über Arbeiter auf Kosten der Regierung brachte.

Wakefield und die systematischen Kolonisatoren sind von Anfang an Gegner der Verschickung von Sträflingen gewesen, 1. weil sie ein Mißverhältnis der Geschlechter verursachte, die Ursache der großen Anzahl von Verbrechen war, und das Einströmen einer großen Zahl Verbrecher in ein kleines Gemeinwesen zu allgemeiner Demoralisation führte; 2. weil sie bei freien Ansiedlern einen begreiflichen Widerwillen gegen Einwanderung hervorrief; 3. weil sie es dem Mutterlande unmöglich machte, der Kolonie eine freie Verfassung zu geben. Dagegen erklärten sie es für einen Hauptvorteil der Verbindung der Landverkäufe mit Förderung der Einwanderung, daß sie Sträflingsarbeit überflüssig mache. Einer der Gründe, warum sie Südaustralien kolonisieren wollten, war, daß sie die Möglichkeit einer Koloniegründung ohne Sträflinge zeigen wollten. Sie sind in ihrem Streben durch die Bewegung für

Abschaffung der Sklaverei unterstützt worden. Sie haben 1837 die Einsetzung eines aus ausgezeichneten Männern zusammengesetzten Ausschusses des Unterhauses unter dem Vorsitz von Sir Wm. Molesworth erreicht, der das Deportationssystem prüfen sollte. Sein Bericht von 1838 war eine erdrückende Verurteilung der Verschickung als Strafwie als Besserungsmittel. Als Ersatz der Sträflingsarbeit sollte der Bodenpreis auf £ 1 pro acre erhöht werden, um die Arbeiter zu verhindern, zu früh Grundeigentümer zu werden.

Der Bericht hat die allmähliche Beseitigung der Zuteilung von Sträflingen in Neusüd Wales zur Folge gehabt. Sie hat dort 1841 ganz aufgehört. Unmittelbar darauf hat die Einwanderung freier Ansiedler zugenommen. Nach Van Diemensland und der Insel Norfolk hat die Deportation von Sträflingen noch einige Jahre fortgedauert; sie ist dort erst nach heftigem Kampfe mit der Regierung beseitigt worden. Nach 1838 waren es die Kolonisten selbst, die das Aufhören verlangten. Die als freie Arbeiter Angesiedelten machten geltend, daß die Beschäftigung von Sträflingen ihren Lohn drücke, und daß das Land, das die Verbrecher hervorbringe, auch mit ihnen belastet sein solle.

Obwohl Lord John Russell erklärt hatte, daß die Verschickung von Sträflingen nach Neusüd Wales im August 1840 für immer aufhören werde, hat das Mutterland beschlossen, daß eine große Zahl von Sträflingen, die in England zurückbehalten worden war, verschickt werden solle. Infolge dieser Abstimmung waren zwischen 1840 und 1844 40 000 Sträflinge in Van Diemensland ausgeschifft worden. Das war für die Insel zu viel. Verhandlungen über die Gründung einer neuen Sträflingskolonie, die Nordaustralien genannt werden sollte, waren zu nichts gekommen. Da hat Gladstone, der als Kolonialminister dem damaligen konservativen Ministerium angehörte, den gesetzgebenden Rat von Neusüd Wales aufgefordert, zuzustimmen, daß ein abgeändertes und sorgfältig geregeltes System von Sträflingsarbeit eingeführt werde. Die Bedingungen, unter denen die Wiedereinführung von Sträf-

lingsarbeit stattfinden sollte, waren, daß gleichzeitig mit der Verschickung eines Sträflings ein freier Einwanderer, und daß für jeden männlichen Sträfling eine weibliche Person, gleichviel ob Sträfling oder frei, hinausgesandt werden solle. Die Regierung von Neusüdwaless lehnte die Zustimmung, daß die Kolonie dauernd in eine Strafanstalt verwandelt werde, ab, und die im Staatsrat getroffene königliche Verordnung, die Neusüdwaless zu einem Lande machte, wohin Sträflinge geschickt werden könnten, mußte 1849 wieder beseitigt werden. Die Entdeckung von Gold hat die Frage endgültig entschieden. Der Kolonialminister Sir John Pakington verkündete den Beschluß der Regierung, mit der Verschickung nach Van Diemensland aufzuhören. Von da ab hatte die Frage, was das östliche Australien angeht, nur mehr historisches Interesse, und Van Diemensland, um den Bruch mit seiner Vergangenheit zu betonen, begann 1855 ein neues Leben unter dem Namen Tasmanien.

Unterdessen aber stellte Westaustralien den Antrag, man möge es zu einer Strafkolonie erklären, und Lord Grey stimmte dem freudig zu. In allen anderen australischen Kolonien blieb die Verschickung beseitigt; ja es hat 1864 der Premierminister von Viktoria Mac Culloch die übrigen australischen Kolonien aufgefordert, Westaustralien zu boykottieren, so lange es Strafkolonie bleibe. Er tat dies unter Umgehung des Gouverneurs, indem er die Minister der übrigen australischen Kolonien zu einer interkolonialen Konferenz einlud, die die nötigen Vorkehrungen treffen sollte. Dem Gouverneur von Viktoria wurde mitgeteilt, daß die Zeit gekommen sei, um von der Selbstregierung diesen Gebrauch zu machen. Aber nur Südastralien und Tasmanien stimmten der Aufforderung zu; die übrigen wichen unter Sympathieerklärungen aus. Indes konnte die britische Regierung der Stimmung der Kolonien sich nicht entziehen und 1864 wurde entschieden, daß die Verschickung von Sträflingen nach den Kolonien endgültig aufhöre. Neuseeland ist von Anfang an davon frei geblieben.

Der Versuch des Premierministers von Viktoria Mac Culloch ist nicht der erste gewesen, die australischen Kolonien zu gemeinsamem Vorgehen zu bewegen. Neben dem Verlangen Port Phillips und Queenslands aus der Strafkolonie Neusüdwaales auszuschneiden und ihre Sonderinteressen vor Ausbeutung durch Sydney zu schützen, gingen bereits in den vierziger Jahren Versuche her, ein australisches Bundesparlament zu schaffen, dem die Festsetzung der Zölle, die Regelung des Verkehrswesens und die oberste Rechtspflege zustehen sollte. Doch da der damalige britische Premierminister Lord John Russell den einzelnen Kolonien das Selbstbestimmungsrecht über ihre Handelspolitik erhalten wollte, fiel der Hauptzweck solcher Zentralisation und damit das Projekt. In den fünfziger und sechziger Jahren haben die Zentralisationsbestrebungen zugenommen. Hauptvertreter des Gedankens war Henry Parkes, der Kolonialsekretär von Neusüdwaales, der 1867 auf einer interkolonialen Konferenz in Melbourne die Notwendigkeit eines bundesstaatlichen Bands, das die Kolonien verknüpfe, betonte und ein Gesetz veranlaßte, das seine Regierung ermächtigte, Mitglieder für einen australischen Bundesrat zu ernennen, dessen Aufgabe sein sollte, über die Postverbindung mit Großbritannien zu beraten. In den siebziger Jahren trat das Verlangen nach Einigung in einem Staatenbunde in verstärktem Maße hervor und wurde durch die Ansprüche Frankreichs auf die Neuhebriden verstärkt. Auch wurde 1883 eine Bundesvertretung geschaffen, was aber ohne praktischen Erfolg blieb, da sie zwar weitgehende gesetzgebende Befugnisse, aber keine Macht hatte, ihre Gesetze zur Ausführung zu bringen. Sie führte nur eine Scheinexistenz. Da hat Parkes 1889 in zündenden Reden die entscheidende Wendung gebracht. Er verlangte die Schaffung eines Bundesparlaments, bestehend aus Ober- und Unterhaus; ihm sollte die Sorge für Landverteidigung, die Eisenbahnverwaltung, die Regelung der Seefischerei, die Schaffung eines obersten Bundesgerichtshofs übertragen werden. Doch bildete die Verschiedenheit der Handelspolitik der einzelnen Staaten noch ein großes Hemmnis der



Vereinigung; Neusüdwaless huldigte dem Freihandel, Viktoria einer Hochschutzzollpolitik. Parkes starb 1896, ohne die Verwirklichung seines Ideals erlebt zu haben. Der Egoismus der Einzelstaaten stand noch jahrelang hindernd im Wege, und nur durch die Versprechung der Erfüllung von Sonderwünschen eines jeden konnte von ihnen erreicht werden, daß die Zustimmung zur Schaffung des Bundes dem Volke in die Hand gegeben werde. Dieses hat sie mit 423 788 gegen 161 077 Stimmen gegeben. In jedem Einzelstaat fand sich eine gewaltige Mehrheit zugunsten des Bundes. Am 1. Januar 1901 ist der Staatenbund Australien, The Commonwealth of Australia, ins Leben getreten.

Von den Befugnissen, die dem Bunde eingeräumt wurden, sind die finanzpolitischen die wichtigsten. Nicht nur, daß der Bund durch sie das Mittel erhalten hat, die Einheit Australiens gegenüber dem Partikularismus der Einzelstaaten auch auf anderen Gebieten sicher zu stellen, sondern indem die Zollpolitik Bundessache geworden ist, hat Australien damit auch die Möglichkeit der Rückwirkung auf das Mutterland erhalten.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte es in Neusüdwaless Politiker gegeben, die dem Abfall von Großbritannien das Wort redeten. Das war die Folge der damals vom britischen Kolonialamt geübten Einmischung in die Angelegenheit der Kolonien<sup>1)</sup>, die wir kennen gelernt haben. Mit der Gewährung von Selbstregierung ist, wie in Kanada, dieser Wunsch verschwunden. Er ist, wie dort, sogar dem Verlangen nach engerem Anschluß gewichen, als im Mutterland die Kolonien nach Disraelis Ausdruck als der Mühlstein an seinem Halse angesehen wurden, und man ihrem Abfall gleichgültig, ja als etwas Wünschenswertem entgegensah.

Dieselben Ursachen, die in Kanada den Umschwung bewirkten, haben ihn auch in Australien herbeigeführt.

---

1) Siehe auch den Vortrag des High Commissioner of the Commonwealth of Australia Sir George Reid in *British Dominions*, ed. by W. Ashley p. 35.



Als mit Durchführung des Freihandels die Vorzugsstellung auf den britischen Märkten, denen die Kolonien sich bis dahin erfreut hatten, fiel, war große Mißstimmung die Folge. Man wollte nun nicht etwa mehr vom Mutterland los, sondern verlangte nach engerem Anschluß an dasselbe. Zur Zeit, da in England Regierung, Parlament und öffentliche Meinung fanden, daß die überseeischen Besitzungen Großbritannien viel zu groß seien, erstand in Australien wie in Kanada der britische Imperialismus. Auf der Kolonialkonferenz in London zur Zeit des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums der Königin im Jahre 1887 hat sich der Premierminister von Queensland, Sir Samuel Griffith, für zollpolitische Vorzugsbehandlung im Verkehr zwischen Mutterland und Kolonien ausgesprochen, und noch energischer drang 1897 auf der Premierkonferenz der Kolonien der Vertreter Neuseelands Richard Seddon auf engeren Zusammenschluß von Mutterland und Kolonien auf der Grundlage von Vorzugstarifen. Zehn Jahre später, auf der Konferenz von 1907, hat der Premierminister des Staatenbunds Australien, Deakin, gefordert, daß sich das Mutterland durch Zölle gegen das Ausland abschließe; dann werde der Tag kommen, den Freihandel innerhalb des britischen Weltreichs zu besprechen. „Erst mit diesem Tage wird imperialistische Politik eine breite Basis erhalten können“.

Damit war gesagt, daß bis dahin Australien auch auf die Waren, die aus dem Mutterlande eingeführt wurden, Zölle lege, auch wenn man dieser Einfuhr eine Vorzugsbehandlung zu teil werden ließ. Die Arbeiter, die in Australien den maßgebenden Einfluß auf die Politik haben, machen dafür geltend, daß dies notwendig sei, um sie vor Herabdrückung in die Lage der europäischen Arbeiter zu schützen. Im Verkehr der australischen Kolonien miteinander besteht dagegen Freihandel. Trotz dieser Bereitwilligkeit der Australier, das Mutterland zu bevorzugen, heißt es <sup>1)</sup> aber von ihnen, daß sie da kauften, wo sie das,

---

1) Siehe auch den Vortrag des Präsidenten des Kongresses der Handelskammern des Reichs in Sydney 1909, früheren Prä-

was sie brauchten, am billigsten erhielten; daß sie weit gereiste Leute seien, die auf ihren Reisen beobachteten und über die englischen Produkte klagten, daß sie zu stabil seien, während die anderen Länder, namentlich die Vereinigten Staaten, vorgeschrittener sich mehr an das, was zu leisten sei, anpaßten. Also eine Bestätigung der Stagnation der britischen Produktion, von der oben<sup>1)</sup> die Rede war.

Wirtschaftlich ist Australien in erster Linie pastoral. In dieser Hinsicht ist es von der Natur außerordentlich bevorzugt. Es ist das Hauptproduktionsland von Wolle. Seine Landwirtschaft erzeugt jegliche Art von Frucht; sein Weizen erzielt höhere Preise als der deutsche oder russische; gelegentlich hat aber die australische Landwirtschaft unter Mangel an Regen und Dürre zu leiden. Seine Bergwerke liefern Mineralien aller Art und Edelsteine. Seine verarbeitenden Industrien befinden sich in großem Aufschwung. 1908 hat es 13000 Fabriken, in denen 257000 Arbeiter beschäftigt waren, gezählt. Der Ertrag der verschiedenen Erwerbszweige wird für 1908 beziffert:

der der Landwirtschaft auf . . . . .	37 150 000 £
„ Viehzucht auf . . . . .	47 259 000 £
„ Milchwirtschaft, Hühner und Bienen auf . . . . .	15 049 000 £
„ Forsten und Fischerei auf . . . . .	4 286 000 £
„ Bergwerksindustrie . . . . .	24 568 000 £
der Rohproduktion auf	128 312 000 £
„ verschiedenen Industrien . . . . .	36 637 000 £
zusammen auf	164 949 000 £
oder 36 £ 19 s 2 d auf den Kopf der Bevölkerung.	

Die australischen Arbeiter sind besser gestellt als die aller Länder. Sie haben die höchsten Löhne, eine vorgeschrittene Arbeiterschutzgesetzgebung, den Achtstundentag; zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten bestehen obligatorische Schiedsgerichte und für die in der Hausindustrie und Heimarbeit beschäftigten Arbeiterinnen Lohnämter, die

---

sidenten der Londoner Handelskammer, Sir Albert Spicer, Bart, in dem angeführten Buche Ashleys p. 39 ff.

1) Oben S. 47—49.

das Vorbild der europäischen geworden sind. Es wird von großem Sport der australischen Arbeiter und über ihr kräftiges Aussehen berichtet.

Besonders bemerkenswert ist die weitgehende Unterstützung, die der Staat der Produktion zu teil werden läßt; so durch die Eisenbahnen. Außer nur 158 englischen Meilen Privatbahnen gibt es 15 072 $\frac{1}{4}$  englische Meilen Staatsbahnen. Sie haben 1900—1 3,15 Proz., 1908—9 13 Proz. gebracht. Sie gewähren den Produzenten die weitgehendste Unterstützung bei der Zumarktbringung ihrer Ware; so vermag ein Landwirt, der 17 englische Meilen von Sydney 31 acres Land bestellt, 56 Pfund seiner Früchte in einer Kiste für 1 Penny nach Sydney zu senden; für einen zweiten Penny wird sie zu Markt gebracht; ein dritter ist der Regierung für den Gebrauch des Marktes zu zahlen, ein vierter an den Verkäufer. Die Kiste geht frachtfrei zurück. In England würde dies 16 $\frac{1}{2}$  mal so viel kosten.

Außerdem unterstützt der Staat neue Unternehmungen, so den Bau von Häusern mit Kältevorrichtungen, um frische Frucht in Erwartung besserer Preise einlagern zu können. Ähnliche Unterstützungen hat er der Bergwerksindustrie zu teil werden lassen; so hat er das Mundaring Wehr in Westaustralien mit einem Aufwand von 3 Millionen £ gebaut, als die Bevölkerung des Staates erst 100 000 betrug; dadurch haben die Goldgräber erst das nötige Wasser erhalten. Australien ist dafür, daß seine großen Unternehmungen durch den Staat ausgeführt werden.

Von Australiens Hauptausfuhrartikel, der Wolle, gingen 1908 47 Proz. nach dem Vereinigten Königreiche, 53 Proz. nach anderen Ländern. Bei der Ausfuhr von Schaffellen stand Frankreich als Abnehmer an erster Stelle, das Vereinigte Königreich an zweiter; bei der von Häuten war letzteres der beste Abnehmer, bei der von Vieh die Philipinen, dann folgten Natal, Kapland, dann erst das Vereinigte Königreich. Die Ausfuhr von Pferden ging hauptsächlich nach asiatischen Ländern. Seine Einfuhr kam 1908 überwiegend aus den überseeischen britischen Be-

sitzungen. Der Wert der Einfuhr Australiens nach Großbritannien und umgekehrt betrug in Tausenden £:

	1860	1913	Steigerung in Proz. 1860/1913	1924	Steigerung in Proz. 1860/1924
Einfuhr	6025	38 065	532	59 022	880
Ausfuhr	9935	37 829	280	65 919	563

Neuseeland gehört nicht zum australischen Staatenbund<sup>1)</sup>. Es hat 1907 den Charakter einer selbständigen Herrschaft (Dominion) erhalten. Neuseeland ist eine Demokratie. Jeder Erwachsene, weißer und brauner, männlicher und weiblicher, hat Stimmrecht. Die Frauen haben Einfluß im öffentlichen Leben, der sich hauptsächlich in Fragen der Spirituosen geltend macht. Die einflußreichste Klasse sind die Landwirte. Der Staat spielt auch in Neuseeland eine große Rolle im Wirtschaftsleben. Die Staatsschuld ist verhältnismäßig groß; sie ist aber lediglich zur Entwicklung des Landes aufgenommen worden. Die Regierung ist Eigentümer aller Eisenbahnen, Telegraphen und Telephone, ist Großgrundbesitzer und Bankier; in Neuseeland herrscht Staatssozialismus.

Die weiße Bevölkerung betrug 1908 etwa eine Million, die farbige 50 000. Letztere, die Maori, sind nicht mehr Wilde, sondern werden als zivilisiert geschildert, als intelligent, höflich, gebildet und in jeder Beziehung würdig, als Bestandteil des Gemeinwesens fortzuleben. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist hoch. Der Schwerpunkt der Volkswirtschaft liegt in der Landwirtschaft und der dieser nicht im Körnerbau, sondern in der Schafzucht und Viehzucht. Die Schafherden zählten 1908 23,5 Millionen Stück; wo Viehzucht, besteht als Regel Milchwirtschaft. Neuseeland sendet jährlich für 2 Millionen £ auserlesene Butter nach Großbritannien.

---

1) Die Angaben im Texte sind dem Vortrage entnommen, den The Hon. William Pember Reaves, früher High Commissioner für Neuseeland, Direktor der London School of Economics, auf Veranlassung W. m. Ashleys gehalten hat. Siehe das von diesem herausgegebene Buch The British Dominions.

Von 66 Millionen acres sind 38 in Besitz von Weißen, der Rest in dem der Maori. Von jenen 38 ist ungefähr die Hälfte freies Eigentum der Besitzer. Leider hat man Großgrundbesitz entstehen lassen; die Regierung ist bemüht, ihn aufzukaufen und zu verpachten. Die Grundsteuern sind außerordentlich hoch.

Wolle bildet den Hauptbestandteil der Ausfuhr; außerdem wird Fleisch, Käse, Butter, Gold ausgeführt. Der Wert der Ausfuhr betrug 1910 £ 39 Millionen, was für eine Bevölkerung von 1 Million sehr viel ist. Zwei drittel davon gingen nach dem Vereinigten Königreiche.

Eine Vorstellung von der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Neuseeland und Großbritannien geben folgende Zahlen. Es betrug der Wert der Einfuhr Neuseelands nach Großbritannien und umgekehrt in Tausenden £:

	1860	1913	Steigerung Proz. 1860/1913	1924	Steigerung Proz. 1860/1924
der Einfuhr	0,445	20 338	4470	46 964	10 460
„ Ausfuhr	0,664	11 790	1676	21 359	3 118

Die Arbeitsgesetzgebung ist sehr vorgeschritten: es besteht Fabrikgesetzgebung, ein Gesetz über Ladenschluß, ein Haftpflichtgesetz, Dienstbotenschutz; besonders ausgebildet ist das Schieds- und Einigungswesen.

Australien und Neuseeland sind die einzigen britischen Kolonien, die sich nahezu vollständig aus der Bevölkerung von Großbritannien und Irland zusammensetzen. Auch sind sie eifersüchtig, ihren britischen Charakter zu wahren; diese Eifersucht erstreckt sich sogar auf benachbarte Inseln. Als Deutschland Gebiete in Neu Guinea besetzte, haben die Australier dies sehr unfreundlich aufgenommen. Besonders ablehnend verhalten sie sich gegen die Einwanderung von Japanern. Das Bündnis Englands mit Japan hat seiner Zeit Mißstimmung bei ihnen hervorgerufen und ist, wie man sagt, aus diesem Grunde nicht wieder erneuert worden.



## 70. Kapitel.

### Die Herrschaft Südafrika.

Die Aufgabe, welche die Ansiedlung von Engländern in Südafrika ihnen gestellt hat und ihnen noch heute stellt, ist von der in Kanada, Australien und Neuseeland gestellten weit verschieden <sup>1)</sup>. Kanada ist von den Angehörigen zweier Nationen bewohnt, aber von Nationen, die sich heute freundlich gegenüberstehen, und von denen die nicht britische Großbritannien heute mindestens ebenso ergeben ist wie die britische, während die Indianer zu Unbedeutenheit

---

1) Siehe für die Bibliographie über Südafrika den 11. Band von *The Cambridge Modern History*, 973—7. Bei der Darstellung im Texte wurden benutzt: Die einschlägigen Abschnitte von Egerton's, *A short History of British Colonial Policy*, London 1897. — J. A. Froude, *Oceana*, Chapter III und IV. — *The Publications of South Africa Conciliation Committee*, 54 Stücke. — J. A. Hobson, *The War in South Africa, its causes and effects*. 2. ed. London 1900. — Emily Hobhouse, *The Brunt of the War and where it fell*. London 1902. — Frank R. C. ana, *South Africa from the great Trek to the Union*. London 1909. — H. E. S. Freemantle, *The New Nation*. London 1909. — Die Vorträge von The Hon. Sir Walter Hely-Hutchinson, ehemaligem Gouverneur der Kapkolonie, vorher von Natal, und Henry Birchenough, dem Direktor der British South Africa Company, late Board of Trade Commissioner to South Africa, abgedruckt in W. J. Ashley's Buch *British Dominions*. London 1911. — Die Abhandlung von A. R. Colquhoun, F. R. G. S. im 11. Bande der *Cambridge Modern History*. 1921. — Edgar H. Brookes, *The History of Native Policy in South Africa from 1830 to the Present Day*. Cape Town. 1924.

zusammengeschrumpft sind. Australien und Neuseeland sind ausschließlich britisch; was von fremden europäischen Nationen dort eingewandert ist, ist den Briten völlig assimiliert; die Eingeborenen sind im Aussterben. Südafrika dagegen ist von zwei europäischen Nationen in Besitz genommen, die sich noch vor wenigen Jahrzehnten blutig bekämpft haben, und die trotz aller Einwanderung in der Minderheit sind gegenüber Eingeborenen, die wie an Zahl so an Intelligenz in einem die Europäer bedrohendem Maße zunehmen. Das Verhältnis der beiden europäischen Nationen zueinander und beider Verhältnis zu den Eingeborenen ist es, was die Geschichte und Gegenwart Südafrikas beherrscht.

Die ersten Europäer in Südafrika sind allerdings die Portugiesen gewesen. Sie haben die Delagoabai seit der Entdeckung durch Vasco da Gama im Besitz gehabt und benützen sie noch heute als Eingang ins Land, und dieser ist nicht der unwichtigste. Aber die Portugiesen haben keinen nennenswerten Anteil an der Entwicklung des Landes gehabt, wohl aber die Holländer. Auch ihnen war es, gleich den Portugiesen, zunächst nur eine Station auf dem Wege nach Indien. Zunächst hatten sie nicht beabsichtigt, daselbst eine Kolonie zu gründen. Jan van Riebeck hat Kapstadt 1652 lediglich als Schiffsstation für holländische Schiffe ins Auge gefaßt. Hottentotten und Buschmänner bereiteten weit weniger Schwierigkeit als die Politik der Holländischen Ostindischen Compagnie. In allen politischen Dingen war sie despotisch, in allen kommerziellen monopolistisch. Sie stand der Besiedlung des Landes und dem Verkehr mit fremden Nationen geradezu feindlich gegenüber. Die Bauern durften ihre Produkte nur an sie verkaufen zu Preisen, die sie festsetzte. Steuern und Zehnten waren erdrückend. Die Compagnie konnte die Ansiedler und deren Nachkommen jederzeit wieder austreiben. Die holländischen Kolonisten hießen zwar freie Leute, waren aber in allen Dingen so eingeeengt, daß, wie der Kommissär Verburg nach Holland schrieb, die Abwesenheit jeder Freiheit nur zu offenbar war. Der Statt-

halter Wagenaar schreibt 1666 in seiner Instruktion an seinen Nachfolger über gewisse „faule und elende Schufte“, wie er die Kolonisten nennt:

„Im Falle eines feindlichen Angriffs wären sie die ersten, zum Feinde überzugehen und ihm zu helfen; ja es soll welche geben, die schon lang wünschen und beten, daß die englische Flotte kommen und sie aus diesem „Teufelsland“, wie sie es nennen, fortführen möge“.

Nach der Aufhebung des Edikts von Nantes sind 1688/9 vier Schiffe mit Hugenotten nach dem Kap gekommen. Das waren zumeist Leute von höherer Bildung als die ersten holländischen Ansiedler. Sie haben aber nie mehr als ein Sechstel der Gesamtzahl der Ansiedler ausgemacht, nahmen holländische Sprache und Sitte an und waren in der dritten Generation in den Afrikanern vollständig aufgegangen.

In den über zweihundert Jahre alten Urkunden finden sich alle Namen, welche die Erhebung der Buren gegen die englische Herrschaft (1899—1902) der zivilisierten Welt bekannt gemacht hat: Pretorius, de Beers, Krüger, Joubert, Cloete, de Villiers, Botha, Boshop, Steyn. Ihre Familien waren zusammen gekommen, waren desselben Gedankens, haben untereinander geheiratet, ihre Nachkommenschaft mehrte sich rasch, und ebenso ihre Habe an Vieh. Sie hielten an der holländischen Sprache und Sitte fest, und die Zähigkeit, mit der sie in beidem beharrten und ihr Zusammenhalten hat aus den Afrikanern eine der aufs engste verbundenen Rassen der Welt gemacht. Die paar hundert Namen der ursprünglichen Ansiedler sind jetzt bei Hunderten und Tausenden zu finden über ganz Südafrika hin bis zum Zambesi, in der Kapkolonie, dem Oranjestaat, in Transvaal, Natal, im außenliegenden Feld. Die 400 000 Buren am Ausgang des 19. Jahrhunderts, gleichviel was ihre Flagge und obwohl 1 200 000 englische Meilen voneinander getrennt, sind alle blutsverwandte Vettern, Schwäger und Schwägerinnen und, was die Gefühle für ihr Land und Volk angeht, wirkliche Brüder gewesen.

Es ist zu bemerken, daß die Kolonisten schon zur Zeit der holländischen Herrschaft klagten, daß die Eingeborenen ungebührlich beschützt würden, daß schon damals Treks stattfanden und die holländische Compagnie nicht geneigt, Bürger zu verlieren, ihnen überallhin folgte. Die Buren, nicht geneigt, selbst zu arbeiten, brauchten unfreie Arbeiter, ähnlich wie die englischen Kolonisten in Westindien und Neusüdwales. Das hat 1795 zu Aufständen in den zwei Distrikten Graaf-Reinet und Swellendam geführt.

Um dieselbe Zeit war der Prinz von Oranien durch die Franzosen aus Holland vertrieben worden. England fürchtete, daß das für es so wertvolle Kapland, dessen es sich schon 14 Jahre früher zu bemächtigen gesucht hatte, gleichfalls den Franzosen in die Hände fallen könnte. Auf Ersuchen des Prinzen von Oranien ging eine Flotte von sieben Schiffen mit 2000 Soldaten nach Kapstadt und bemächtigte sich nach kurzem Kampf der Kolonie. Das war nach einer 143jährigen Herrschaft der Holländer die erste Eroberung des Kaps unter dem Namen „Protektion“. Nach dem Frieden von Amiens, 1802, mußte die Kolonie der batavischen Republik zurückgegeben werden. Ihre Bevölkerung bestand damals aus 21 000 Weißen und 26 000 Sklaven. Aber 1806 entsandte Pitt eine große Flotte von 60 Schiffen und 6000 Soldaten nach dem Kap, die es abermals eroberten, und von da ab ist es in Englands unangefochtenen Besitz geblieben. Im Wiener Frieden haben die Holländer gegen die Zahlung von 6 Millionen £ ihre Ansprüche auf Kapland aufgegeben.

Schon vorher waren englische Missionare in Kapland eingedrungen, und mit ihnen begann der Gegensatz in der Auffassung der Buren und Engländer über das Verhältnis der Weißen zu den Eingeborenen hervorzutreten, der bis zum heutigen Tage besteht. Ich habe im zweiundvierzigsten Kapitel von der Bewegung für Sklavenbefreiung erzählt, die in England schon vor dem Kriege gegen Frankreich begonnen hat und nach dessen Beendigung 1834 zum Siege gelangt ist. Die holländischen Kolonisten standen

ihr fremd gegenüber. Sie fühlten sich als Außenposten der Zivilisation gegenüber der mächtigen Nation der Kaffern jenseits des großen Fischflusses; auch vermochten sie in den Hottentotten innerhalb der Kolonie keine gleichberechtigten Menschen zu erblicken. Dazu kam ihre große religiöse Intoleranz; sie suchten alle unter den Weißen bestehenden Glaubensbekenntnisse, außer den protestantischen, die dem ihren verwandt waren, zu unterdrücken und waren gegen eine Bekehrung der Eingeborenen zum Christentum. Die britischen Missionare veranlaßten 1811 eine amtliche Untersuchung des Verhaltens der weißen Ansiedler gegen die Eingeborenen. Das hat die Ansiedler ob der Haltung und der Anklagen der Missionare erbittert; diese wiederum nahmen die Partei der Eingeborenen mit einem Eifer, der sie nicht selten zu Verleumdungen der Weißen hinriß. Die seit 1779 immer wiederkehrenden Kaffernkriege hatten die Stimmung der weißen Ansiedler stark beeinflußt, besonders die der isoliert im Außenfeld wohnenden Buren. Die Kriege begannen stets mit einem plötzlichen Überfall einzelstehender Höfe und der Ermordung aller, die unerwartet ergriffen wurden; die Regierungsbeamten verhielten sich schwächlich; sie waren von der reichen und mächtigen Londoner Missionsgesellschaft, die der Freund der Schwarzen war und das Ohr Englands besaß, beeinflußt. 1815 sollte ein Bure, namens Frederick Bezuidenhout, wegen Mißhandlung eines Hottentotten vor Gericht erscheinen. Die englische Regierung, die den Fehler beging, Hottentotten als Soldaten und Polizeidiener zu verwenden, sandte ihm die Aufforderung durch einen Hottentotten, worauf Bezuidenhout sich weigerte, der Ladung Folge zu leisten, und als er durch Hottentotten gefangen genommen werden sollte, getötet wurde. Nun ergriffen 30—40 Buren die Waffen, um ihn zu rächen; der Bruder Bezuidenhouts fiel; die Mehrheit mußte sich ergeben und, obwohl weder ein Soldat noch ein Beamter umgekommen war, wurden fünf wegen Hochverrats unter besonders peinlichen Umständen gehängt, darunter ein Botha und ein Krüger. Ein Aufschrei der



Entrüstung ging durch die Volksgenossen, und die Erinnerung an diese Brutalität wurde die Ursache bleibenden Hasses. Sie lebt fort als der Galgen von Schlachter's Neck, zu deutsch Schlachtbank.

An der Spitze der Station der Londoner Missionsgesellschaft in Südafrika stand der Rev. John Philip. Er hat von 1820 bis 1845 einen unheilvollen Einfluß geübt. Die ungeheuerlichsten Verleumdungen wurden auf Grund von dem, was Missionare über das Verhalten der Buren zu den Eingeborenen erzählten, von philanthropischen Gesellschaften in England verbreitet und geglaubt.

Die britische Auswanderung nach Kapland hat 1819 begonnen und betrug während der folgenden zwei Jahre 5000 Personen. Sie sind an der östlichen Grenze zwischen dem Fisch- und dem Buschmann-Flusse angesiedelt worden, haben dort Wurzel gefaßt und sind zu großer Blüte gelangt. Ihre Nachkommen haben der östlichen Provinz der Kapkolonie einen ausgesprochen englischen Charakter verliehen.

1825 wurde dem Gouverneur der Kolonie, der bis dahin mit nahezu despotischer Autorität geherrscht hatte, ein Exekutivrat beigelegt. Darauf hat Lord Charles Somerset, der zwölf Jahre Gouverneur gewesen, um einer Anklage zu entgehen, sein Amt niedergelegt. Aber es wurde nicht besser. 1826 erschien der Bericht einer Kommission, die zur Untersuchung der Regierung aller britischen Ansiedlungen eingesetzt war. Teils als Folge derselben wurden Änderungen auch in der Kapkolonie vorgenommen. Sie waren nicht glücklich; so beging man den großen Fehler, ganz im Gegensatz zu dem, was die britische Regierung in Kanada getan hatte, die holländische Sprache als Amtssprache in der Verwaltung und vor Gericht zu beseitigen; auch mußten alle Eingaben an die Regierung in englischer Sprache abgefaßt sein, und Englisch wurde für die in den Schulen allein zulässige Sprache erklärt; so ist es bis 1882 geblieben, obwohl die Holländer sechs Siebentel der Gesamtbevölkerung ausmachten und nur wenige von ihnen Gelegenheit hatten, englisch zu

lernen. Die holländisch sprechenden Bürger wurden vom Geschworenendienste ausgeschlossen. Den Hottentotten wurde gestattet, gleich Zigeunern die einzelnen Burenhöfe heimsuchen, während die Zulus vom Norden her die Neger nach dem Süden drängten. Gleichzeitig beraubte eine Reihe von Maßnahmen die Buren der Arbeiter. Besonders hart sind sie durch die Sklavenbefreiung getroffen worden. Es gab 39 000 Sklaven in der Kapkolonie im Wert von 3 Millionen £. Die Entschädigung, welche den holländischen Sklavenbesitzern zuerkannt wurde, betrug weniger als £ 1 200 000, und auch diese Summe wurde nicht am Kap ausgezahlt, sondern die Ansprüche mußten in London erwiesen werden. Kleine Agenten kauften den Buren ihre Ansprüche ab. Nur wenige Hofbesitzer erhielten mehr als ein Fünftel des Wertes ihrer Sklaven; viele erhielten nichts. Es ist historische Tatsache, daß die große Anzahl der holländischen Ansiedler plötzlich verarmte, denn ihre Besitzungen wurden unbestellbar.

1835 wurde ein gesetzgebender Körper ins Leben gerufen; er bestand aus ernannten Mitgliedern und hat weder holländische noch britische Kolonisten befriedigt; beide klagten, daß ihnen die Teilnahme am öffentlichen Leben entzogen sei. Dazu kam ein großer Einfall der Kaffern, die erst nach einem zwölf Monate dauernden Kampfe zurückgetrieben wurden. Sir Benjamin D'Urban, der damalige Gouverneur, der den Kaffernkrieg beendete, annektierte, um den Frieden zu sichern, das Land bis zum Kei-Flusse und setzte Militärposten in die neu besetzten Gebiete. Dabei fand er den Beifall der holländischen Kolonisten; sie faßten wieder Vertrauen in die Regierung der Kolonie. Aber seine Politik fand nicht die Zustimmung Lord Glenelgs und des ihn beherrschenden James Stephens, deren unheilvollen Einfluß wir bereits in Kanada, Australien und Neuseeland kennen gelernt haben. Sie standen, wie schon dort gesagt, unter dem Einfluß der Londoner Missionsgesellschaft. Infolge der Vorstellungen des Rev. John Philip, der auf seiten der Kaffern und gegen die Kolonisten war, befahl Glenelg unter Angabe, die Kap-

kolonie sei zu groß, dem Gouverneur, das von ihm annektierte Land wieder herzugeben. Der Befehl rief bei den Buren an der Grenze Bestürzung hervor; sie lebten in konstanter Furcht für Leben und Eigentum. Darauf wollten die Holländer mit der fremden Regierung nichts mehr zu tun haben; an der Möglichkeit, unter britischer Herrschaft zu leben, verzweifelnd, setzten sie ihre Familien und ihre bewegliche Habe auf Wagen und überschritten den Oranje-Fluß, um sich im nördlichen Feld eine neue Heimat in der Wildnis, frei von unerträglicher Bedrückung, zu gründen.

Der große Trek hat 1836 begonnen. Sechs bis achttausend Buren verließen in den Jahren 1836—38 in Partien von wenigen Hundert ihr bisheriges Heim. In kleinen Trupps zogen sie weiter und weiter, bis sie zum Vaalfluß kamen. Wie einer ihrer Führer, Pieter Retief, erklärte, wurden sie zur Auswanderung getrieben durch die unerträglichen Übel, die ihnen dadurch, daß sie der Willkür der eingeborenen Vagabunden preisgegeben seien, erwüchsen, dadurch daß die Regierung die Entschädigung für die Sklavenbefreiung nicht auszahle, durch die ungerechte Gleichstellung der Schwarzen mit den Christen, ferner durch die nicht zu rechtfertigenden Verleumdungen, die unter religiösen Vorwänden über sie verbreitet wurden. „Wir verlassen“, lautet Ziffer 9 des Manifests Pieter Retiefs, „das Land mit der vollen Gewißheit, daß die englische Regierung von uns nichts mehr zu verlangen hat und uns gestatten wird, uns selbst zu regieren, ohne weitere Einmischung“.

Die Regierung fand, daß sie die Auswanderung nicht hindern konnte. Aber sie gestattete den Auswanderern nicht, Waffen und Munition mitzunehmen. Britische Beamte folgten ihnen bis über den Oranjefluß. Dank der Freundlichkeit derselben waren sie von deren Kommen unterrichtet und konnten Gewehre und Munition verstecken. So zogen sie, wie einst die Kinder Israel in das Land Kanaan, unter fortwährenden Kämpfen mit furchtbaren Banden von Zulukaffern oder Matabelen monatelang in die Wildnis. Einmal überfiel Moselekatse mit seinen Scharen

eine kleine am Fluß gelagerte Abteilung von Buren. Das Verhältnis war 3 zu 1, dann 7 zu 1, am Ende 20 zu 1; aber die Buren blieben siegreich. Doch Moselekatse entsandte eine zweite Expedition zur Verfolgung. Die Buren, nur 38 an Zahl, erwarteten den Feind bei „Vechtkop“ in einer Wagenburg und verteidigten sich so, daß sie unter Verlust von nur 2 Toten und 6 Verwundeten ihr Leben erhielten. Eine andere Partie von Trekern, die nördlich über den Zoutpansberg vorrückte, scheint infolge des Mangels an Munition, die ihnen von der Regierung verweigert worden war, hingemordet worden zu sein; man hat nichts mehr von ihr gehört. Wieder eine andere zog bis zur Delagoabai, wo ihr Führer dem Fieber erlag; die wenigen Überlebenden wurden zu Schiff nach Natal gebracht. Pieter Retief und Genossen, die sich über die Drakenberge hingezogen und von dem Kaffernhäuptling Dingan eine unterschriebene Urkunde über Abtretung eines Stücks Land erhalten hatten, wurden von diesem mit Weibern und Kindern treulos hingemordet. Aber ungeachtet aller dieser Erlebnisse hörte der Trek nicht auf. Zu einer dieser auswandernden Trupps gehörte ein zehnjähriger Knabe, gerade alt genug, um seine Muskete schleppen zu können, Paul Krüger, der spätere Präsident der Transvaal-Republik; zu einer anderen Pieter Joubert, der Vater des Transvaaler Generalkommandanten, er selbst Angehöriger der vierten von den 1689 eingewanderten Hugenotten abstammenden Generation.

Da sandten die Engländer eine Expedition unter Kapitän Jarvis nach Port Natal, um die ausgewanderten Buren zu entwaffnen. Aber diese hatten Waffen und Munition versteckt, und Jarvis zog unverrichteter Dinge wieder zurück. Um vor Dingan in Zukunft sicher zu sein, beschlossen die Buren, nunmehr zum Angriff überzugehen. Eine Abteilung Treker trieb den furchtbaren Moselekatse über den Limpopo zurück, eine andere nahm in dreitägigem Kampfe am Blutflusse an dem verräterischen Dingan schreckliche Rache. Nur 400 unter Pretorius schlugen die Matabeleheere von acht- bis zehntausend wohldisziplinierten Krieger. Der 16. Dezember 1838, an dem der Sieg er-

fochten wurde, ist bis in die Neuzeit von den Buren als Danktag — Dinganstag — gefeiert worden. Sie überzogen Dingans Königreich, zerstörten seinen Hauptkraal und trieben ihn so weit ins Inland, daß er nie wiederkehrte. Darauf haben sie auf dem durch Moselekatse und Dingan praktisch entleerten Gebiete die Republik Natalia mit Pietermaritzburg als Hauptstadt und Weenen (Weinen), so genannt in Erinnerung an die zahlreichen von Dingan dort gemordeten Weiber und Kinder, gegründet und Pretorius zu ihrem Führer ernannt. Ein Teil unter Potgieter zog nach Transvaal, wo sie eine Regierung in Potchefstroom einsetzten. Andere haben sich im Oranjestaat niedergelassen.

Doch läßt sich nicht eigentlich von einer Regierung in dem von den ausgewanderten Buren besetzten Gebiete reden. Ungefähr 15 000 Buren waren über ein Gebiet von mehr als 160 000 englischen Quadratmeilen zwischen dem Oranje- und dem Limpopoflusse zerstreut. Da lebten sie von Weidewirtschaft in weit voneinander liegenden Höfen. Es gab keine allgemeine Regierung; ein jeder lebte für sich. Einzelne Buren waren gewillt gewesen, die Autorität der Kapkolonie anzuerkennen; aber die Politik Lord Glenelgs schreckte sie ab; sie klagten bitter, daß die Kapregierung sie in einen Zustand der Inferiorität gegenüber den Schwarzen versetzt habe. So lebten sie ohne jedweden Schutz; es gab weder Polizei, noch Soldaten, noch Beamte.

Aber nun entstand ein anormaler Zustand. Obgleich die britische Regierung sich nicht um die ausgewanderten Buren kümmerte, beanspruchte sie mit Zähigkeit die von ihr Preisgegebenen als britische Untertanen gemäß einem alten Rechtssatz, daß kein Untertan der Krone sich von seiner Treupflicht frei machen könne. Die Buren, die, wie das Manifest Pieter Retiefs zeigt, ihr Heimatland in dem festen Glauben verlassen hatten, daß sie dadurch von jedweder Einmischung der britischen Regierung in ihre Angelegenheiten frei würden, weigerten sich, den Rechtssatz anzuerkennen. Ihre Enttäuschung hat zu neuen Konflikten geführt.



Großbritannien liebt keine unabhängigen Republiken an seinen Grenzen, besonders dann nicht, wenn sie Zugang zum Meere haben. Dieser ermöglicht ihre Verbindung mit fremden Mächten. Die britische Regierung hat die Burenrepublik Natalia nie anerkannt. Die Eingeborenfrage bot den Vorwand für eine Einmischung in ihre Angelegenheiten. Pretorius führte ein Kommando gegen die Pondos. Da behauptete die britische Regierung, dies würde zu neuen Einfällen der Kaffern führen, und sandte eine kleine Truppe, um von Natalia Besitz zu nehmen. Sie wurde von den Buren 1842 in Port Natal belagert. Aber die britische Regierung sandte ein Schiff mit Soldaten, Kanonen und Kartätschen nach dem Hafen von Durban, vertrieb die Buren nach dem Innern, vernichtete die junge Republik, und erklärte Natal am 10. Mai 1843 für eine britische Kolonie. Die Buren aber sahen kein anderes Mittel, um der britischen Herrschaft zu entgehen, als weiter zu ziehen in das Land hinein, wohin, wie sie hofften, die Engländer ihnen nicht folgen würden. Sie überschritten abermals die Drakenbergkette und siedelten sich teils im Oranjestaat, teils in Transvaal an. Darauf fand eine starke britische Einwanderung in Natal statt. Diese Kolonie wurde rasch vollständig britisch und ist dies dem Stamm und Gefühl nach geblieben.

Aber wenn die Briten nunmehr auch die dominierende weiße Nation in Natal waren, so doch nicht die überwiegende Rasse. Vielmehr hatten die Kämpfe Weißer gegen Weiße und die auf den Abzug der Holländer folgende schwache Regierung in Natal die benachbarten Zulu-kaffern erkennen lassen, daß sie in Natal nichts zu befürchten hatten. Es erfolgte eine Einwanderung von nicht weniger als 80 000 Eingeborenen, und, als im Dezember 1845 eine neue Regierung in Natal ans Ruder kam, der Volksraad beseitigt und eine Anzahl neuer Beamter, die mit der Sprache und den Sitten der Mehrheit der Kolonisten nicht vertraut waren, angestellt worden, hatten diese, ohne Geld und nur von einer kleinen Zahl Soldaten beschützt, nicht mit 20 000, sondern mit 100 000 Schwarzen zu tun.

Da brachte die Stunde den Mann, der ihr genügen sollte, Theophilus Shepstone war der Sohn eines der ersten Wesley'schen Missionare; zusammen mit den Eingeborenen aufgewachsen, kannte er ihre Sprache und Sitten; ihm gelang es, die Eingeborenen aus abergläubischen, kriegerischen, das Leben verachtenden, leicht aufbrausenden und dann wieder vor der Gewalt kriechenden Wilden in freundliche, treue, anständige, wenn auch faule Untertanen der britischen Herrschaft zu verwandeln. „Die ganze Eingeborenenpolitik Natals“, sagte J. X. Merriman 1871, „läßt sich in dem Worte Shepstone zusammenfassen“. Das trifft zu für die Zeit 1845—75. Man hat ihm allerdings vorgeworfen, daß er die Eingeborenen nicht auf eine höhere Kulturstufe gehoben hat; aber es war eine außerordentliche Leistung, wie Shepstone allein, ohne militärische Unterstützung, 100 000 bis 200 000 Eingeborene in Natal und während 36 Jahren die noch größeren Horden des Zululands nur durch die Macht seiner Persönlichkeit in Ordnung hielt<sup>1)</sup>.

Shepstone hat durchgesetzt, daß die Eingeborenen ihre alten eigenen Gesetze behalten durften, soweit sie nicht die Gefühle der zivilisierten Welt verletzten, und hierdurch wie auch durch Ernennung der Häuptlinge zu Beamten der Regierung hat er die Eingeborenen mit der Verwaltung der Engländer zu versöhnen gesucht. Gleichzeitig mußte diese Politik die Eingeborenen veranlassen, den Engländern den Vorzug vor den Buren zu geben. In demselben Sinne haben die Missionare in Kapstadt sich gleichzeitig bemüht, die Kapkolonie mit einem Gürtel von Eingeborenenstaaten unter britischem Schutz zu umgeben, der sich von Westen her bis hin nach Natal erstreckte. Darunter sind die mit den Griquas und den Basutos abgeschlossenen Verträge wegen der weiteren Folgen, die sich daran knüpften, zu erwähnen. Die Griquas waren ein Bastardstamm, her-

---

1) Siehe über Sir Theophilus Shepstone das angeführte Buch von Edgar H. Brookes, *The History of Native Policy in South Africa* 26 ff., Chap. III u. a. a. O.

vorgegangen aus einer Mischung von Buren mit Hottentottenweibern, die nördlich vom Oranjefluß schon 1812 christliche Gemeinschaften gebildet hatten. Ihr Haupt, Waterboer, hatte sich auf einem Gebiete niedergelassen, das heute einen Teil des Oranjeflußstaates ausmacht, und wurde von der Kapkolonie mit Flinten versehen, um sie gegen die Eingeborenen zu schützen. Die Basutos hatten ein tüchtiges Haupt in dem Häuptling Moshesh. Während dieser Vorgänge wurde nach einem Kriege mit den Kaffern, der von 1846 bis 1847 dauerte, ungeachtet der Abneigung des Kolonialministers Lord Grey, das britische Gebiet zu vergrößern, die Kolonie Kaffraria gegründet und die nördliche Grenze der Kapkolonie bis zum Oranjefluß ausgedehnt.

Da wurde 1848 Sir Harry Smith, ein glänzender Offizier des anglo-indischen Heers, Gouverneur der Kapkolonie. Nachdem sein Versuch, der Auswanderung der Buren aus Natal Einhalt zu tun und sie zur Rückkehr zu vermögen, fehlgeschlagen, hat er etwas ungestüm das ganze Gebiet zwischen dem Oranje- und dem Vaalfluß am 3. Februar 1848 annektiert und es die Oranjeflußsouveränität genannt. Damit waren auch die sogenannten Vertragsstaaten Griqualand und Basutoland beseitigt. Diese gewalttätige Annexion eines Gebiets von der Größe von England und Wales hat zu einem Aufstand geführt, der von den Transvaalburen unter Pretorius kräftig unterstützt wurde. Die britischen Beamten wurden über den Oranjefluß zurückgetrieben. Darauf ist Sir Harry Smith über den Oranjefluß marschiert, hat die Buren bei Boomplatz am 29. August 1848 besiegt, trieb Pretorius samt seinem Kommando über den Vaalfluß zurück, setzte einen Preis von £ 2000 auf seinen Kopf, da er ein britischer Untertan, also ein Rebell sei, und hinterließ in Bloemfontein, der Hauptstadt der Oranjeflußsouveränität, eine kleine Garnison. Er selbst kehrte im Glauben, daß der Friede gesichert sei, nach Kapstadt zurück.

Das war in keiner Weise der Fall. Das Kolonial-

ministerium in London hatte die Annexion des Oranje-Freistaats nur ungern bestätigt. Alle südafrikanischen Kolonien galten ihr um 1850 nur als eine mit finanziellen Opfern und großen Ansprüchen an militärische Hilfe verbundene Plage; dabei seien ihre Ziele von keinerlei nationaler Bedeutung. Es behandelte die Oranje flußsouveränität sehr knickrig und mutete ihr zu, die Mittel zur Deckung ihrer Ausgaben selbst aufzubringen und sich selbst zu verteidigen. Das war angesichts der Nachbarschaft der Basutos unter Moshesh, dem die Annexion seine Selbständigkeit geraubt hatte, eine Zumutung. Die britische Regierung begegnete der darob entstandenen Mißstimmung der Kolonisten mit Gleichgültigkeit, und nach einer Niederlage, die Moshesh einer britischen Expedition am 30. Juni 1850 beigebracht hatte, wuchs ihre Mißstimmung.

Dies war der Augenblick, auf den Pretorius jenseits des Vaals gewartet hatte.

Die Kapkolonie hatte neuerdings zwei Krisen durchgemacht. Wir haben im vorigen Kapitel gehört, wie Lord Grey um diese Zeit bemüht gewesen ist, wieder Sträflinge in die Kolonien zu verschicken. Er hat auch nach dem Kapland Sträflinge verschicken wollen; hier hatte man das Schiff gar nicht seine Ladung ausschiffen lassen, sondern es sofort nach Van Diemensland weiter geschickt. Sodann hatte die Kolonie von 1850—53 den achten Kaffernkrieg durchzufechten gehabt, der besonders kostspielig gewesen war. Beides hatte die Regierung in London stark verschnupft. Der britische Steuerzahler hatte es satt, für eine Kolonie zu zahlen, die er für unnütz hielt. Dabei gab es in der Oranje flußsouveränität eine republikanische Partei. Da erklärte Pretorius sich bereit, zwischen den unzufriedenen Holländern in der Kolonie und der britischen Regierung zu vermitteln, und erlangte die Aufhebung seiner Proskription, und die Regierung, darauf aus, unter allen Bedingungen weitere Verantwortlichkeit zu vermeiden, beschloß den Anspruch aufzugeben, daß die Auswanderer noch britische Untertanen seien, und der Kapkolonie gleich-

zeitig mit der Gewährung einer parlamentarischen Regierung die Kosten ihrer Verwaltung aufzuerlegen. Lord Grey erkannte die Unabhängigkeit der über den Vaalfluß ausgewanderten Buren trotz Widerstands der Missionare und der englischen Ansiedler an. Das geschah in der sogenannten Sand River Convention vom 16. Januar 1852, deren erster Artikel lautet:

„Die Abgesandten Ihrer Majestät, im Namen der britischen Regierung, verbürgen den ausgewanderten Buren im Norden des Vaalflusses das Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen und sich nach ihrem eigenen Gesetz zu regieren ohne jegliche Einmischung der britischen Regierung, und versprechen, daß die genannte Regierung ihrerseits keine Ausdehnung ihres Gebiets im Norden des Vaalflusses vornehmen wird. Überdies versichern sie, daß es der innige Wunsch der britischen Regierung ist, den Frieden und freien Handel aufrecht zu halten, sowie ein freundschaftliches Einverständnis mit den ausgewanderten Buren, die das besagte Gebiet bewohnen oder noch bewohnen werden, allezeit zu fördern. Es ist weiter bestimmt, daß diese Abmachungen von beiden Seiten gehalten werden sollen.“

Das war eine klare Anerkennung von Transvaal als unabhängiger Staat und der Ursprung der südafrikanischen Republik. Diese Politik erschien so sehr als die leichtere, daß die Regierung unter Lord Aberdeen zwei Jahre später sie sich zum Muster nahm und auf die Souveränität auch über den Oranjestaat verzichtete. Das Land südlich vom Vaal wurde von England 1853 formell aufgegeben, und am 23. Februar 1854 wurde in Bloemfontein ein Vertrag unterzeichnet, der die Regierung auf Vertreter, die von den weißen Bewohnern gewählt wurden, übertrug. So wurden die beiden Burenrepubliken in der Wildnis 18 Jahre nach dem großen Trek als frei und unabhängig anerkannt.

Von diesen beiden bestand der Oranje-Freistaat aus Viehzüchtern, von denen zwei Drittel holländisch sprachen, aus 77 000 Weißen und 133 000 Schwarzen. Er war der einzige Staat in ganz Afrika, in dem Farbige nicht die doppelte Zahl der Weißen ausmachten. Er hatte keine



Schulden; die Steuern waren niedrig; er hatte keine Gewerbebetriebe und keinen Handel; nur 1 Proz. seines Bodens befand sich unter dem Pflug. James Bryce schildert den Oranje-Freistaat als das idyllischste Gemeinwesen in ganz Afrika, seine Hauptstadt sei eine der bestgeordneten in der Welt.

Anders Transvaal. Die Buren, die nach Norden über den Vaal getreckt, und durch die Drakenbergpässe aus Natal, oder nach Süden vom Limpopo zurückgekommen waren, haben von jeher als die rohesten und unruhigsten gegolten. Sie waren mit wenigen Ausnahmen nur Jäger und Reiter, die wohl täglich ihre Viehherden besichtigten, im übrigen aber sich wenig Arbeit zumuteten. Die Arbeit war Sache der Schwarzen. Selbst zu arbeiten würde nach ihrer Auffassung die Weißen in den Augen der Schwarzen erniedrigt haben. Ihr Land war doppelt so groß als das des Oranje-Freistaats, es umfaßte 120 000 englische Quadratmeilen. Sie waren die ausgeprägtesten Individualisten, wie dies das einsame Leben auf dem Felde mit sich bringt. Sie fühlten sich wohl in ihrer Einsamkeit, und keiner wünschte von seinem Hof aus einen anderen zu sehen. Dies bewirkte, daß große Anarchie herrschte. Formell bestand eine Menge kleiner Republiken, in Wirklichkeit waren dies nur Namen; es gab nur eine Anzahl von Familien und Sippen in unaufhörlicher Fehde miteinander. Von Zeit zu Zeit überfiel eine Republik die andere und annektierte sie. Ihr Mangel an Disziplin hinderte eine geordnete Kriegführung gegen die Eingeborenen. Die Justiz fungierte sehr mangelhaft; ganz schlimm stand es mit dem Steuerzahlen.

Die Befreiung des Oranje-Freistaats und des Staats von Transvaal durch die Sand River Convention von britischer Oberhoheit war damals in England von der herrschenden öffentlichen Meinung als Erlösung von einer drückenden Last aufgefaßt worden. Der Herzog von Newcastle, der damalige Kolonialminister, hatte die Delegierten des Oranje-Freistaats mit dem Seufzer entlassen:

„Endlich wissen wir, wo wir stehen; wir gestehen die Irrtümer der Politik Glenelgs und die späteren, was die Kaffern angeht, an; wir haben sie preisgegeben und wir können nicht länger die Kontrolle von Ausländern beanspruchen, wir wollen nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Ihr Land ist wertlos, und selbst, wenn es dies nicht ist, wir wollen es nicht. Und was die unruhigen Kerle am Kap angeht, so sollen sie ihre Angelegenheiten verwalten, wie sie wollen, aber sie sollen für ihre Kriege selbst zahlen. Urd Natal muß in Ruhe gehalten werden. Wir können uns nicht mit weiteren Ausgaben belasten. Sind wir nicht im Krieg mit Rußland und welchen Nutzen bringt uns das Kap? Alles was wir wollen ist ein Stützpunkt für unsere Schifffahrt“.

Und das Ministerium hatte bei dieser Politik das Land auf seiner Seite.

Aber anders war die Meinung in den südafrikanischen Kolonien. Nirgendwo im britischen Reich war das Mißverhältnis der Weißen zur schwarzen Bevölkerung so groß wie in Südafrika. Daher in der Kapkolonie Entrüstung, als man den Oranje-Freistaat sich selbst überließ. Auch zeigten sich bald Übelstände im Gefolge, und schon im ersten Kapparlament machten Abgeordnete die Wiedervereinigung zu einem Teil ihres Programms. Die Gelegenheit fand sich bald, nachdem der bisherige Gouverneur von Neuseeland, Sir George Grey, 1854 Gouverneur von Kapland geworden war. Er hat alsbald nach seiner Ankunft die Lage der Eingeborenen verbessert und das Vertrauen der Holländer sowohl in der Kapkolonie wie im Freistaat gewonnen. Er erkannte alsbald, daß alle politischen Absonderungen künstlich und der Entwicklung feindlich seien; gemäß seinem Rat erhielt das bis dahin von der Kapkolonie abhängige Natal, das von Kapstadt aus mißverwaltet worden war, 1856 einen neuen gesetzgebenden Körper und wurde eine besondere Kolonie; denn obwohl für Einigung, war er nicht Unitarier, sondern Föderalist. Er sah im Bundesstaat das beste Mittel, um in ganz Südafrika Frieden zu schaffen. Unter den Buren jenseits des Vaals herrschte, wie gesagt, nahezu Anarchie. Sir George Grey sah den einzigen Weg, um zur Ordnung

zwischen Buren und Eingeborenen zu gelangen, in der Wiedervereinigung des abgetrennten Freistaats mit der Kapkolonie in einem Bundesstaat. Aber der heimische Kolonialminister ging auf Greys Darlegungen nicht ein.

Die Geschichte des Transvaals beginnt mit seiner Anerkennung als selbständige Republik in der Sand River Convention von 1852. Es bestand damals aus vier Gemeinwesen: Potchefstroom, Utrecht, Lydenburg und Zoutpansperg; das bedeutendste darunter wurde von Andries Pretorius geleitet; er war vermöge seiner Eigenschaften die Heldenfigur der Auswanderer. Er ist ein Jahr nach der Sand River Convention gestorben. Die Schilderung, wie er einen Monat lang vor seinem Tode Kommandanten und Feldkornette an sein Sterbebett rief und zur Einigkeit mahnte, wie die Häuptlinge der Eingeborenen niederknieten und unter Tränen seine Hand küßten, hat etwas Ergreifendes.

Sein Sohn Marthinus Wessel Pretorius wurde zu seinem Nachfolger gewählt; er kam dem Vater nicht gleich. Durch ein Lehrlingsgesetz hat er eine verschleierte Sklaverei eingeführt. Besonders schlimm erging es den Missionaren, die — nicht bloß die englischen, sondern auch die deutschen — die dunkelsten Bilder von der Unordnung des Burenlandes und der dortigen Behandlung der Eingeborenen verbreitet haben. Jahre hindurch ging das Streben der Buren dahin, alle Ausländer am Eintritt ins Land zu hindern. Deutsche und britische Untertanen konnten kein Land erwerben, farbige keine politischen Rechte. Pretorius machte sogar einen Versuch, den Oranje-Freistaat zu annektieren. Das schlug fehl. Nichtsdestoweniger wurde er formell als Präsident von ganz Transvaal installiert; aber das Land war schlecht regiert, und die Finanzverwaltung wurde zahlungsunfähig. Das hat, wie immer, zu Veruntreuungen und Bestechlichkeit geführt; das ausgegebene Papiergeld sank alsbald von £ 1 auf 1 s; das System des Ausschlusses führt zur Willkür; der Freistaat war erbärmlich schwach. Als Moshesh 1858 mit ihm in Krieg geriet,

wurde nur durch Greys diplomatische Kunst der Friede hergestellt. Im Oranje-Freistaat herrschte Zwiespalt. Die einen verlangten Allianz mit dem Kap, die anderen mit Transvaal. Grey erklärte, daß England im letzteren Falle sich nicht mehr an die Sand River Convention und an die von Bloemfontein gebunden erachten würde; der anarchische Zustand in Transvaal hatte ihm einen schlechten Eindruck gemacht. Auch war er entrüstet über die in der südafrikanischen Republik herrschende Sklaverei. Desgleichen opponierte er dem Anspruch Transvaals auf Kontrolle der Straße ins Innere; endlich war er der Überzeugung, daß die Mehrheit der Bewohner des Oranje-Freistaats für die Vereinigung mit der Kapkolonie sei. Dabei darf aber bezweifelt werden, ob dies auch für Transvaal zutrifft. Hier haben holländische Prädikanten, die von der Synode in Kapstadt nichts wissen wollten, auf eine Anzahl Buren, darunter Paul Krüger, Einfluß gewonnen und im Gegensatz zu dem bereits dämmernden Gedanken einer Afrikandernation einen engen Nationalismus gepredigt. Auch fürchtete die Mehrheit der Transvaalexekutive, daß England bei Vereinigung der freien Burenstaaten mit der Kapkolonie von der Sand River Convention von 1852 zurücktreten würde, sowie den aktiven Schutz der Eingeborenensämme durch Großbritannien.

In seiner Antwort auf eine Depesche Sir Bulwer Lyttons, des Kolonialministers im Kabinette Derby, war Grey am 19. November 1858 für eine Vereinigung der südafrikanischen Kolonien eingetreten<sup>1)</sup>.

Sein Grundgedanke war: 1. eine Zentralregierung, an der Spitze derselben ein von der Krone ernannter Gouverneur mit einem vom Volke erwählten gesetzgebenden Körper, dem das Ministerium verantwortlich sein sollte. Die Gesetzgebung sollte die Kontrolle haben in allen Fragen von allgemeinem Interesse, einschließlich Verteidigung. 2. Lokale Regierungen und Gesetzgebungen für jeden Staat im Bunde und freies Bestimmungs-

---

1) Siehe Greys Antwort abgedruckt bei Cana 298 ff.

recht für jeden Staat in allen Fragen, die sein besonderes Interesse angingen.

Aber damals war der Verkehr in Südafrika im Innern wie nach außen aus technischen Gründen noch ganz unentwickelt, was eine Zentralregierung im Sinne Greys kaum möglich gemacht hätte.

Grey sah, daß die Alternative seiner Vorschläge etwas wäre, was sich den britischen Interessen als feindlich würde erweisen können: die Vereinigung der beiden holländischen Republiken. Aber das Mutterland stimmte ihm nicht zu, und Sir George Grey wurde, weil er sich entgegen den vom Kolonialamt erhaltenen Instruktionen zu weit vorgewagt hatte, von Sir Bulwer Lytton nach Neuseeland geschickt.

Es ist bedauerlich, daß damit Südafrika ein ausgezeichneter Staatsmann entzogen worden ist, dessen wohlwollende Klugheit vielleicht schon damals zu einer Versöhnung der Buren mit der englischen Herrschaft geführt und damit späteres Unheil verhütet hätte. Die beiden Nationen hatten sich seit 1852 und 1854 genähert, und wären die damals geschlossenen Verträge nicht von englischer Seite gebrochen worden, so wäre Südafrika wohl schon damals geeint worden. Aber die Missionare hatten in England ganz übertriebene Vorstellungen von dem Verhalten der Buren gegen die Eingeborenen verbreitet, und bald ergab sich für deren Freunde eine Gelegenheit zu einer vertragswidrigen Einmischung Englands in die Angelegenheiten des Oranje-Freistaats. Als es auf die Souveränität über diesen verzichtete, war dessen Grenzstreit mit den Basutos noch nicht erledigt; England überließ es dem Präsidenten und Volksraad zu Bloemfontein mit den Basutos, so gut wie sie konnten, fertig zu werden. Es ist nicht zu einer friedlichen Erledigung gekommen. Ein Krieg zwischen dem Oranje-Freistaat und den Söhnen Mosheshs brach 1865 aus. Er dauerte vier Jahre und endete, weil die Basutos nicht länger Widerstand leisten konnten. Da riefen sie britischen Schutz an, und ungeachtet seines 1854 feierlich gegebenen Versprechens hat England ge-



walttätig für die Basutos Partei ergriffen und 1868 das Basutoland mit der Kapkolonie vereinigt. Dafür übernahmen die Engländer die Garantie, daß die Basutos in Zukunft Frieden halten würden, und die Verträge von 1852 und 1854 wurden 1869 zu Aliwal North unter wiederholter Versicherung, daß der Vertragsbruch kein Präzedenzfall für neue Einmischungen sein solle, erneuert. Aber die Buren waren über den Vertragsbruch verstimmt; doch hofften sie, daß der Vertrag, nachdem er erneuert worden, nicht wieder verletzt werden würde.

Auch wäre dies vielleicht nicht geschehen, hätten sich nicht um diese Zeit die Wirkungen eines Ereignisses geltend gemacht, das zum Umsturz aller südafrikanischen Verhältnisse führen sollte.

Im Jahre 1867 hatte ein Burenkind im Hopetown-distrikt in der Nähe des Vaalflusses einen glänzenden Kiesel gefunden, mit dem es spielte. Ein Händler hatte ihn nach Kapstadt gebracht, wo er als hervorragend schöner Diamant erkannt und für £ 500 verkauft wurde. Zwei Jahre später hat man einen weit größeren Kiesel am Vaalfluß gefunden. Das war der „Stern von Südafrika“, von 83 Karat; er ist später an eine englische Gräfin für £ 25 000 verkauft worden. 1870/71 sind die sensationellen Entdeckungen von Diamanten zu Dutoitspan, de Beers und Colesberg Kopje, von denen die letzte Grube die reichste war, gefolgt. Bald strömte eine wilde Meute von Diamantengräbern jedweder Nationalität in das alte Burenland.

Bis 1870 war die von Holländern abstammende Bevölkerung weitaus in der Überzahl über die britische gewesen. Der größte Teil der letzteren hatte zudem in den östlichen Provinzen der Kapkolonie und in Natal gelebt; anderswo, Kapstadt ausgenommen, bildete die holländische Bevölkerung die Mehrheit der Weißen; im Oranje-Freistaat befanden sich Schotten und Engländer in einer, wenn auch beträchtlichen Minderheit. Nach Entdeckung der Diamanten war es unmöglich, daß der alte Zustand des Lebens erhalten blieb. Südafrika wurde industrialisiert und kommerzialisiert.

Viele, wahrscheinlich die Mehrheit der Holländer, sahen mit Verachtung und Unbehagen auf diese Entwicklung; sie waren außerstand, sie zu beherrschen. Man sagt, daß die Buren in Transvaal, um sich ein ruhiges Leben zu sichern, Anzeichen des Überflusses kostbarer Metalle, die sie von den ersten Tagen des großen Trek an gehabt hätten, absichtlich vernachlässigt hätten. Sie zogen die Einsamkeit des unbegrenzten Veldts, das Leben von der Jagd, den Besitz einer Menge Vieh und abhängiger Kaffern dem geschäftigen Leben in Stadt und Bergwerken, sowie all den Kompliziertheiten modernen Lebens vor. Diese Männer und Frauen waren überwiegend Abkommen der ausgewanderten Ansiedler; sie waren in der Wildnis aufgewachsen, hatten ein einsames Leben geführt und vermochten sich in die neuen Verhältnisse schwer einzugewöhnen. Sie hatten nicht nur mit den Diamantensuchern an ihren westlichen Grenzen, sondern auch mit den Goldgräbern im eigenen Gebiete fertig zu werden. Fast gleichzeitig mit der Entdeckung von Diamanten längs des Vaalflusses war Gold in den Distrikten von Lydenburg und Zoutpansberg gefunden worden. Dahin strömten Tausende von Bergleuten. Da war und ist Gold im Überfluß. Aber die Schwierigkeiten des Transports, die primitiven Methoden der Goldgewinnung und besonders die größere Leichtigkeit, in den Diamantenfeldern zu einem Vermögen zu gelangen, hatten die Entwicklung der Goldfelder behindert. Noch waren die Witwaterslandgruben nicht entdeckt.

Im Gegensatz zu Transvaal und, wenn auch in minderem Maße, zum Freistaat haben die Kapkolonisten und die Bewohner von Natal die neue industrielle Ära begrüßt. Eisenbahnverbindungen zwischen Kapstadt, Port Elisabeth und East London mit den Diamantenfeldern und Goldgräbereien wurden hergestellt. Gleichzeitig verlor mit der Eröffnung des Suezkanals Kapstadt seine Bedeutung als Station auf dem Wege nach Ostindien. Für England erlangte Südafrika neue Bedeutung. Es galt ihm als selbstverständlich, daß die besten Diamantengruben der Welt dem britischen Reich nicht verloren gehen dürften.

Nun aber erhob sich ein Streit zwischen Weißen und Eingeborenen, wem das die Diamanten enthaltende Land ursprünglich gehöre. Bevor man Diamanten gefunden hatte, hatte kein Mensch es beansprucht; jetzt brachten sie alle mehr oder weniger zweifelhafte rechtliche Ansprüche vor. Einer, der Ansprüche erhob, war das schon genannte dem Griquastamme angehörige Halbblut namens N. Waterboer, das die Gefolgschaft von 500 in einem Dorfe beanspruchte. Er war in vergangenen Zeiten ein Alliiertes der Engländer. Die Buren wurden beschuldigt, ihn beraubt zu haben. Ein gerissener Advokat in Kapstadt nahm seine Ansprüche auf, verlangte für ihn ein Gebiet von ungefähr 15 000 englischen Quadratmeilen und erklärte sich bereit, diese Ansprüche an Großbritannien gegen eine Entschädigung abzutreten. Die britische Regierung nahm das Angebot an. Der Oranje-Freistaat hat gegen den skurrilen Anspruch auf einen Teil seines Gebiets protestiert und gegen die abermalige Verletzung eines nur wenige Monate alten Vertrags, der aufs neue die Nichteinmischung Englands in seine Angelegenheiten versprochen hatte. Die britische Regierung bot an, den Fall vor ein Schiedsgericht zu bringen, was der Präsident des Freistaats selbstverständlich ablehnte. Dagegen erklärte sich Präsident Pretorius bereit, sich einen Schiedsspruch über ein Gebiet zwischen dem Harts- und Vaalflusse, das von Transvaal beansprucht wurde, gefallen zu lassen. Der britische Gouverneur von Natal, der als Schiedsrichter angerufen wurde, entschied für Waterboer und wies seinem eigenen Staate ein Stück des Freistaatsgebietes zu. Aber heute wird amtlich zugestanden, daß das Verfahren eine Komödie war. Ein gefälschter Vertrag ist der Entscheidung zugrund gelegt worden. Der Freistaat war bei dem Verfahren überhaupt nicht vertreten. Durch ein Gerichtsverfahren, das jeder Beschreibung spottet, wurden die beiden Republiken eines ungeheuren und äußerst wertvollen Gebiets beraubt. Griqualand wurde zur britischen Kronkolonie erklärt. Die Buren wurden mit einer bewaffneten Macht vertrieben. Bald darauf hat ein Spezialgericht unter einem Richter aus

Kapstadt festgestellt, daß Waterboer niemals irgendwelche Rechte an dem Diamantengebiete gehabt hat; er wurde in sein Dorf heimgeschickt. Das westliche Griqualand im Umfange von 15 000 englischen Quadratmeilen wurde 1880 mit der Kapkolonie verbunden, nach dem damaligen Kolonialminister Lord Kimberley umgetauft, und ein Land, das vermöge seines Inhalts für das wertvollste der ganzen Welt erklärt wird, so auf krummen Wegen dem britischen Reich einverleibt.

Diese Annexion hat unter den Buren große Erbitterung erregt, und nicht nur unter den Buren. Das gleichzeitig dem Kapland verliehene Parlament hat für den Oranje-Freistaat Partei genommen und es abgelehnt, die Diamantengfelder zu übernehmen, wenn nicht der Freistaat damit einverstanden sei. Die Folge war, daß England eine Kronkolonie inmitten von Afrika besaß ohne Zugang zu ihr außer durch den Freistaat, den es derselben beraubt hatte.

Zweiundeinhalb Jahre nach der Annexion war Lord Carnarvon Kolonialminister geworden. Es wäre die äußerste Vorsicht in der Behandlung Südafrikas nötig gewesen. Doch Carnarvon stand unter dem Einfluß seines durch Föderation in Kanada erzielten Erfolgs und wollte in Südafrika dasselbe erreichen. Schwierigkeiten bestanden einmal wegen des Griqualandes. Mit einer Verwandlung in eine Kronkolonie waren sowohl die Diamantengräber als auch der liberale Premierminister der Kapkolonie, Molteno, unzufrieden, wozu die Verstimmung der beiden Freistaaten wegen der Annexion kam. Eine andere Schwierigkeit war, daß die Eingeborenen in der Kapkolonie, nicht aber in Natal und den holländischen Republiken Stimmrecht hatten. Die Eingeborenen zogen aus Natal in die Diamantengruben und brachten von dort Waffen zurück. Daraus sind Schwierigkeiten mit der Regierung der Kolonie entstanden, wobei die Eingeborenen irrtümlich meinten, auf Unterstützung seitens des Kolonialamts in London rechnen zu können. Carnarvon war vielmehr überzeugt, daß in der Behandlung der Eingeborenen ein Wechsel eintreten müsse.



Um diese Zeit wurde Carnarvon von dem Gouverneur der Kapkolonie Sir Henry Barkly gewarnt, daß es nicht ratsam sei, die Föderation gewaltsam durchzusetzen, und Carnarvons Freund, James Anthony Froude, trat eine Reise in die Kolonien an, um festzustellen, was denn die Hindernisse der Föderation seien. Er kam zu der Überzeugung, daß die britische Politik sich durch einen außerordentlichen Mangel an Klugheit ausgezeichnet habe, und daß das Recht auf Griqualand ganz auf Seiten der Freistaaten sei. Sein Schluß war, es sei im höchsten Maße wünschenswert, wenn Großbritannien sich möglichst wenig in die Angelegenheiten Südafrikas einmische. Aber er hatte keine Ahnung, mit welcher Eifersucht die Kapkolonie über ihr Selbstbestimmungsrecht wachte. Das Kapparlament hat das von ihm entworfene Föderationsprojekt verworfen. Man verlangte in der Kapkolonie, daß die Föderationsbestrebungen von der Bevölkerung Südafrikas, nicht von der Londoner Regierung ausgehen sollten. 1875 stellte das Kapparlament das Verlangen einer Annexion Südafrikas an die Kapkolonie. Aber Carnarvon lehnte ab, weil er glaubte, das Kapparlament dadurch geneigter zu machen, auf sein Föderationsprojekt einzugehen. Gleichzeitig ging die Delagoabai an die Portugiesen, denen sie seit Vasco da Gama gehört hatte, verloren. Dadurch wurde der Wunsch Carnarvons, Transvaal an Großbritannien zu binden, verstärkt, um zu verhindern, daß Transvaal über Delagoa eine Verbindung mit anderen Mächten erlange.

Im Mai 1876 ist es Carnarvon endlich gelungen, mit dem Oranjesfreistaat zu einem Abkommen wegen Annexion von Griqualand zu gelangen. Nach jahrelangen Verhandlungen mußte sich der Freistaat bequemen, £ 90 000 als Entschädigung für ein Gebiet anzunehmen, das 90 Millionen £ wert war. Froude hat im dritten Kapitel seiner Oceana das ganze Vorgehen in dieser Sache für das vielleicht schwachvollste in den Annalen der englischen Kolonialgeschichte erklärt.

Am 3. August 1876 ist dann die von Carnarvon gewollte Konferenz in London zusammengetreten. Er hoffte,



die Föderation der südafrikanischen Staaten auf ihr zustande zu bringen. Da Transvaal und die Kapkolonie nicht vertreten waren, war dies ausgeschlossen. Die Hauptfigur auf der Konferenz war Sir Theophilus Shepstone, den wir als Beherrscher der Eingeborenen in Natal kennen gelernt haben. Er war für die Annexion Transvaals durch Großbritannien, um der dortigen Anarchie ein Ende zu machen. In der Tat war hier die Unordnung groß. Dabei drohte ein Angriff der Zulukaffern unter Cetywayo, der, nach Froude, von der britischen Regierung nicht ungern gesehen wurde. Denn sie wollte die Buren in Transvaal auf die Kniee zwingen, damit sie die Souveränität Großbritanniens anerkennen. Es wurden Waffen nach Kimberley geschickt; die Wagen, die sie entsandten, mußten durch das Gebiet des Oranjerestaats; da hat dessen Regierung sie nicht durchgelassen, da es gesetzwidrig war, Eingeborenen Waffen zu liefern. Das hat sofortige Reparationsforderungen zur Folge gehabt. Es erschienen Kommissare aus Kimberley in Bloemfontein, die Ersatz und Entschädigung binnen 48 Stunden verlangten. Der Präsident war krank und außerstand, sich um die Sache zu kümmern. Sein Rat zahlte das Geld unter Protest, indem sie den Gott der Gerechtigkeit anriefen, an dessen reale Existenz sie, wie Froude schreibt, glaubten.

Ein anderes Ultimatum erging an Transvaal, und nachdem der Volksraad das Föderationsprojekt Carnarvons verworfen hatte, machte Shepstone, der mit 25 berittenen Polizisten am 22. Januar 1877 in Pretoria erschienen war, kurzen Prozeß und hat 25 Jahre, nachdem Großbritannien die Unabhängigkeit Transvaals in der Sand River Convention anerkannt und versprochen hatte, sich jedweder Einmischung in seine Angelegenheiten zu enthalten, am 12. April 1877 Transvaal für Großbritannien annektiert.

Die Bürger von Transvaal protestierten. Von 10 000 Weißen war nur ein Drittel mit der Annexion einverstanden, und davon waren 1000 Briten. Krüger und Jorissen wurden nach England delegiert, um das Kabinett zu vermögen, die Annexion nicht zu bestätigen. Aber das

Kabinetts hielt daran fest; auch im Parlament waren alle Parteien, außer Courtney, für die Annexion. Indes war es weniger diese, was die Bürger Transvaals in Widerstand dagegen beharren ließ, als vielmehr die Nichterfüllung der Versprechungen, die gelegentlich derselben gemacht worden waren. Shepstone hatte im Namen der Königin feierlich versprochen, daß Transvaal eine Regierung für sich erhalten werde, eigene Gesetze, die weitestgehenden Privilegien, die mit den Verhältnissen des Landes und der Intelligenz seiner Bewohner vereinbar seien. Aber zwei Jahre verflossen, ohne daß eine besondere Gesetzgebung eingeführt wurde. Das Kabinetts Disraeli hatte keine Ahnung, welche Gefahr die Verzögerung brachte. Diese Nichterfüllung gab nach dem Zeugnis Sir Bartle Frere's den Anlaß zur Agitation gegen die Annexion. Die Buren sandten zum zweiten Male eine Deputation nach London; sie bestand aus Krüger und Joubert. Sie erklärten dem Kolonialminister, daß Transvaal sich mit nichts außer Unabhängigkeit zufrieden geben werde. Eine große Burenversammlung in Paardekral erklärte 1879 dasselbe. Das wurde vom Gouverneur als Hochverrat erklärt, und Pretorius wurde ins Gefängnis gesetzt.

Die Annexion Transvaals hatte eine Folge, die nicht vorhergesehen worden zu sein scheint. Die Feindschaft der Zulus gegen Transvaal wandte sich nun gegen die Briten und führte zu blutigen Kämpfen, die mit der Gefangensetzung Cetewayos in einem Fort von Kapstadt endeten.

Die vorübergehenden Mißerfolge der britischen Truppen (Isandula am 22. Januar 1879) waren von den Transvaalburen mit Genugthuung aufgenommen worden. Ungeachtet der Deputation, die sie nach London geschickt hatten, wo emphatisch versichert worden war, daß die Annexion Transvaals nicht zurückgenommen würde, glaubten sie doch, daß dies ebenso geschehen würde, wie England früher dem Freistaat seine Unabhängigkeit wiedergegeben habe. Am 12. April 1879 fand eine Zusammenkunft von 1200 Buren mit Sir Bartle Frere in einem Lager

nahe von Pretoria statt. Die Buren verlangten Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit; Frere antwortete, die Annexion müsse bestehen bleiben, versprach aber völlig freie Selbstverwaltung. Statt dessen gewährte man einen auf Ernennung beruhenden gesetzgebenden Rat unter General Wolseley. Das zeigte wenig Einsicht in die Denkweise der Buren. Aber in einem Punkte zeigte Wolseley mehr Einsicht als die Politiker beider Parteien in England. Am 13. November 1879 wies er darauf hin, daß in Transvaal viel Gold vorhanden sei, daß dies zu einer großen Einwanderung in Transvaal führen und die Buren in eine kleine Minderheit verwandeln werde; daher wäre es von großer Kurzsichtigkeit, Transvaal aufzugeben.

Nach Wolseleys Abreise blieb Oberst Owen Lanyon zurück, ein Soldat, der die Buren mit Härte und Verachtung behandelte. Aber schlimmer war, daß das von 1874—1880 am Ruder befindliche Ministerium Disraeli Transvaal keine Repräsentativverfassung gegeben hatte. Die Holländer setzten darauf ihre Hoffnung auf die Liberalen. Gladstone ist am 23. April 1880 wieder ans Ruder gekommen. In einer seiner Reden in Midlothian hatte er den Erwerb von Cypern und Transvaal, als mit unehrenhaften Mitteln erreicht, verurteilt. Ebenso hatte Lord Hartington gesprochen. Die Buren erwarteten freiwillige Rückgabe. Aber Gladstones „Erwerb ablehnen“ war nicht gleichbedeutend mit „zurückgeben“. Gladstone machte geltend, man sei gegenüber den Eingeborenen Verpflichtungen eingegangen, die nicht bei Seite gesetzt werden könnten. Man versprach den weißen Bewohnern Transvaals die vollste Freiheit der Verwaltung; das Ministerium glaubte, daß sie aufs leichteste in einer südafrikanischen Konföderation gesichert werden könne. Aber als im Juni 1880 eine Föderationsvorlage im Kapparlament eingebracht wurde, brachten die holländischen Mitglieder sie zu Fall; sie waren von Krüger und Joubert, die über Gladstones Erklärung, man wolle Transvaal behalten, empört waren, aufgereizt worden. Im Transvaal wurde nunmehr das Steuerzahlen eingestellt. Als Sir Owen

Lanyon darauf am 11. November 1880 einen Ochsenwagen des Feldkornett Piet Bezuidenhout, eines Angehörigen derselben Familie, die 1815 zwei Angehörige im Kampfe verloren hatte, pfändete, kam es zum Aufstand. Krüger übernahm die Führung. Am Dingans Tag 1880 wurde die Unabhängigkeit ausgerufen, und der Krieg gegen England begann. Vier Tage später wurde eine britische Kolonne von 250 Mann gestellt und nach kurzem Verhandeln in kaum 10 Minuten vernichtet. Die kleinen britischen Garnisonen in Transvaal wurden eingeschlossen. Sir Pomeroy Colley rückte mit 1400 Leuten an und unterlag in Lang's Nek und Ingogo. Krüger war bereit, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Da erlitt Colley eine Niederlage bei Majuba. In den drei Treffen hatten die Engländer 630 Leute verloren. Colley war tot.

Ein neuer englischer General, Sir Evelyn Wood, kam sofort mit einer neuen starken Truppe, und in wenigen Wochen kam es zum Frieden mit den Buren. Das Ministerium Gladstone, dem der Herzog von Devonshire, Sir William Harcourt, Lord Kimberley, Lord Selborne, der Herzog von Argyll, Mr. Childers, Lord Granville, John Bright, Mr. Forster und Joseph Chamberlain angehörten, gab der südafrikanischen Republik die volle Unabhängigkeit zurück; indes mußte sie die Suzeränität der englischen Krone anerkennen. Bemerkenswert ist angesichts der Haltung, die Chamberlain später einnahm, die Rede die er, dem als Handelsminister und Vertreter der Radikalen im Kabinette die Verteidigung des Verzichts auf die Annexion von Transvaal zugefallen war, zu dem Zwecke gehalten hat<sup>1</sup>). Schon 1877 hatte er gegen die Annexion gestimmt, und 1880 hatte er im Unterhause diese als auf unrichtiger Information über die Stimmung der Buren beruhend bezeichnet. Nunmehr führte er aus:

„Die Annexion aufrecht zu erhalten, sei für jede Regierung, die etwas auf Ehre und die Interessen des Landes halte, un-

---

1) Alexander Mackintosh, Joseph Chamberlain, p. 64, 65.

möglich. Es sei dies gegen vertragsmäßig übernommene Verpflichtungen und gegen die besten Traditionen eines freien Landes. . . Eine große Nation könne sich leisten, großmütig zu sein. . . Was heißt es groß und mächtig zu sein, wenn man davor zurückschreckt, einen Irrtum, dessen man sich bewußt ist, wieder gut zu machen! Es sei keine Schande, einen Fehler einzugestehen. Wohl aber sei es eine Schande, in bewußtem Unrecht zu beharren.“

Nach dem Übereinkommen, das geschlossen wurde, haben die Buren übrigens keineswegs volle Unabhängigkeit erlangt. Sie wurden noch immer als Leute behandelt, denen eine Wohltat erwiesen worden sei. Die Suzeränität der Königin wurde aufrecht erhalten; in Pretoria saß ein britischer Resident; auch andere Bedingungen zeigten, daß Transvaal keineswegs volle Unabhängigkeit erlangt hatte. Das wurde in der Konvention von Pretoria am 3. August 1881 festgelegt. In mancher Beziehung erlangten die Buren geringere Macht, wie sie nach dem Konföderationsplan erhalten hätten. Sie hat die Buren nicht völlig befriedigt, und ihre Bedingungen sind auch nicht streng durchgeführt worden. Darauf eine neue Konvention in London am 27. Februar 1884, welche die Unabhängigkeit von Transvaal nach bestimmten Richtungen beschränkte. Es verpflichtete sich, seine Grenzen, die nunmehr genau bestimmt wurden, nicht auszudehnen; ferner jedermann, außer Eingeborenen, freien Handel, Reisefreiheit und Freiheit der Niederlassung zu gestatten, ferner den Fremden keine Steuer aufzulegen, die nicht ebenso den Bürgern aufgelegt würde, und mit keinem Staate außer dem Oranje-Freistaat einen Vertrag abzuschließen, der nicht von der britischen Regierung gebilligt sei.

Die britische Regierung glaubte, daß die Buren nach Majuba für Wiedergewährung ihrer Unabhängigkeit dankbar sein würden. Das war ein großer Irrtum. Wäre die Wiedergewährung freiwillig erfolgt, so hätte von Dank die Rede sein können. Aber sie kam nach einer englischen Niederlage. Auch hatte man die Annexion als erlittenes Unrecht betrachtet; für Wiedergutmachung glaubte man also nicht dankbar sein zu müssen. Endlich war die Un-



abhängigkeit nicht völlig wiedererlangt. Namentlich wurde die Einsprache des Kolonialministeriums gegen die Besitzergreifung weiter Strecken im Betschuanaland durch die Buren bitter empfunden, denn es widersprach direkt der Konvention von Pretoria. Nach Majuba entstand das Verlangen nach einem Südafrika, über das die britische Flagge nicht länger wehe. Das Streben nach der Unabhängigkeit Südafrikas brachte den Afrikanderbond zur Entstehung. Man verlangte nach Freiheit von Downing Street. Man hoffte dabei sogar auf die Unterstützung seitens der Engländer in Südafrika.

Aber schon bevor 1884 zu Ende ging, trat eine Reaktion in der Stimmung Großbritanniens ein. Die Besetzung Ägyptens und Gordons Vorgehen in Khartum, sowie der Anfang des Auftretens Deutschlands hatten in England den Imperialismus geweckt. Deutschland hatte im August 1884 Südwestafrika annektiert, und auch Groß-Namaqualand war von ihm erworben worden. Außerdem blickten die Eingeborenen aus Anlaß des Vorgehens der Buren im Betschuanaland auf England als ihren Beschützer. Die Folge war eine große Verbitterung der Beziehungen zwischen Buren und Engländern.

Unterdessen hatten sich die Folgen der Entdeckung der Diamantenfelder in den siebziger Jahren geltend gemacht. Ihr Wert hatte sich als außerordentlich herausgestellt. Seit ihrer Entdeckung waren Werte von 65 Millionen £ gewonnen worden. Man strömte aus allen Nationen herbei. Große Vermögen waren gewonnen und kolossale Gesellschaften gegründet worden. Unter den ersten, die gekommen waren, befand sich ein Jüngling aus einem Oxford College, der Sohn eines englischen Pfarrhauses, der sich als eines der größten praktischen Genies unseres Zeitalters erweisen sollte, Cecil Rhodes, der Kolob oder der ungekrönte König von Südafrika, wie seine Anhänger ihn nannten. Er war 1871 in die Diamantfelder eingewandert und hatte da ein Vermögen gemacht. Ihm gelang es, die Diamantfelder zu konsolidieren und ein Syndikat von riesiger Macht ins Leben zu rufen. Er be-

schränkte die Förderung, um den Wert der Diamanten zu steigern. Die Zahl der einströmenden Kolonisten war außerordentlich. Südafrika wurde von Millionärbosses und riesigen Trusts, Syndikaten und Gesellschaften überflutet.

1881 war Rhodes, erst 28 Jahre alt, als Abgeordneter von Griqualand-West ins Kapparlament gewählt worden. In Oxford hatte er sich an den Vorlesungen John Ruskin's für ein britisches Weltreich begeistert. Er hatte weitgehende Föderationspläne für Südafrika und viel Verständnis für den Charakter der Buren und Sympathie mit dem holländischen Element. 1882 war ein Gesetz erlassen worden, das den Gebrauch der holländischen Sprache im Kapparlament gestattete. Rhodes ging 1884 als Delegierter des Kapministeriums nach Betschuanaland. Dort war er darauf aus, die Wünsche der Buren, soweit es anging, zu berücksichtigen. Doch erhob sich Streit mit den Buren in Transvaal, die Stellaland und Goshenland im Betschuanaland annektiert hatten. Sie sind von Sir Charles Warren hinausgeworfen, und im September 1885 sind die beiden Gebiete von den Engländern annektiert worden. Da die Kapkolonie sich weigerte, Betschuanaland zu übernehmen, wurde es als Kronkolonie verwaltet. Rhodes sah darin den Anfang des Vordringens der Briten nach Norden bis hin nach Kairo.

Das Vordringen der Briten im Betschuanaland zeigte dem Afrikanderbond, daß er ohne Großbritannien nichts konnte, und daß dessen Flotte Südafrika Schutz gewähren könnte. Auf Hofmeyers, des Hauptes des Bonds, Veranlassung verschwanden alle mit Loyalität gegen England unverträglichen Bestimmungen aus der Verfassung des Bonds. Dagegen bestand Rivalität zwischen dessen britischen und holländischen Elementen. Das Ideal der einen war ein südafrikanischer Bund unter England, das der anderen unter holländischem Übergewicht. Wie die Entdeckung der Diamantfelder zu Uneinigkeit und Streit geführt hatte, so sollte nun die Entdeckung der Goldfelder in Witwatersrand die Rivalen zu einer letzten Stärkeprobe führen.

Die Entdeckung der Goldfelder zu Barberton ist 1884, die derjenigen zu Witwatersrand 1885 erfolgt. 1886 wurde der außerordentliche Reichtum des Landes erkannt; die Folge war die Entstehung von Johannesburg. Damit wurde die wirtschaftliche Revolution Südafrikas, die 15 Jahre früher begonnen hatte, vollendet. Die britische Bevölkerung strömte ein in den Rand. Viele Pioniere stammten aus Natal. Die Nähe Johannesburgs zu Durban erzeugte Handelsrivalität zwischen Natal und der Kapkolonie. Aber das portugiesische Lowrenço Marques war dem Rande noch näher als Durban. Die Delagoaroute wurde von Krüger für die Ausfuhr protegiert. Von Anfang an wurden die Hauptgoldminen von Leuten kontrolliert, die nicht Bürger von Transvaal waren. Die Goldinteressenten waren Ausländer und ohne Bürgerrecht in Transvaal. In kurzer Zeit befanden sie sich in der Mehrheit gegenüber den Bürgern von Transvaal.

Der Erwerb der Gebiete im Betschuanaland hatte, wie bemerkt, den Weg nach dem Norden eröffnet. Rhodes machte davon vollen Gebrauch. Die nördlich gelegenen Gebiete wurden nun Gegenstand lebhafter Konkurrenz. Portugal, das sich darum bemühte, wurde von Lord Salisbury beiseite geschoben. Aber auch Deutschland und Transvaal bemühten sich bei Lobengula, dem Haupte der Matabele, um Konzessionen. Rhodes erreichte von Lobengula die volle Kontrolle über Metalle und Mineralien in dessen Königreich, wovon noch die Rede sein wird.

In diese Zeit fällt die Wiederbelebung der Chartered Companies in England. Rhodes folgte dem Beispiel. Er hat am 29. Oktober 1889 einen königlichen Freibrief erhalten. Seine Kompanie erhielt darin praktisch Souveränität über ein ungeheueres, praktisch nicht begrenztes Gebiet. 1890 wurde Mashonaland im Besitz genommen. Die beiden Burenrepubliken, die nach dem Norden getrekt hatten, um der britischen Herrschaft zu entinnen, sahen sich nun bis auf den Ausgang nach der Delagoabai ganz von britischen Gebieten eingeschlossen. Dieses Vorgehen

der Chartered Company erregte ihre Besorgnis. Selbstverständlich, daß sie jeden Nerv anstengten, ihre Freiheit zu verteidigen.

Um diese Zeit war Rhodes Premierminister der Kapkolonie. Er blieb es 6 Jahre lang. Während seiner Administration wurde die Krisis in Südafrika akut. Das Unglück der Buren war die Entdeckung der außerordentlich reichen Goldminen in Transvaal. Eine Menge von Goldgräbern strömte ins Land, von Spekulanten gefolgt. Ein weit größerer Reichtum als in den Diamantfeldern wurde angesammelt, eine größere Ausländerbevölkerung, größere Vermögen und größere Handelsgesellschaften entstanden. Johannesburg wurde in kürzester Zeit sowohl die wohlhabenste und modernste, als auch die größte Stadt in Südafrika. Die Jahresförderung von Gold stieg auf ungefähr 12 Millionen £; die Staatsausgaben wuchsen von £114000 auf zwischen 4 und 5 Millionen. Die männliche Ausländerbevölkerung begann die der Buren zu übertreffen. Der Präsident fürchtete, sie würde die letzteren überschwemmen. Die Ausländer verlangten nach politischen Rechten, was Transvaal veranlaßte, die Zulassung zu erschweren, bis schließlich eine überwältigende Zahl von Fremden, und zwar eine Mehrheit von reichen und hochkultivierten, sich in der Gewalt einer neidischen, verbohrt, unfreundlichen und unnachgiebigen Regierung fand, die sie als in konstanter Verschwörung gegen sich befindlich ansah. Letzteres war wahr. Kein Zweifel, daß die Beschwerden der Ausländer berechtigt gewesen sind. Die kulturfeindliche Engherzigkeit der Buren steht außer Zweifel; aber sie gab keinen berechtigten Anlaß zu Krieg.

Die Ausländer dachten anders.

„Ihr Plan war“, wie Joubert in einer der Königin Victoria gewidmeten Flugschrift sagt, „die Regierung zu stürzen und das Volk seiner Freiheit zu berauben, wenn nötig mit Gewalt. Da sie Geld im Überfluß hatten, das Produkt der Goldminen, kauften sie Maximgeschütze und Tausende von Gewehren, die sie in Ölkisten einschmuggelten, um sie dann gegen das Volk von Transvaal zu gebrauchen, und es auszutreiben aus dem Lande, wohin der Kapitalist gekommen war, um sich in den Besitz von

dessen Goldminen zu setzen. In dieser Absicht machten sie einen Pakt mit Cecil Rhodes, dem damaligen Premierminister der Kapkolonie, einen Einfall in Transvaal zu machen. Doktor Jameson sollte das Werkzeug sein.“

Am 28. Dezember 1895 sollte der Aufstand stattfinden; es kam aber nicht dazu wegen untergeordneter Meinungsverschiedenheiten unter den Verschwörern. Nichtsdestoweniger brach Jameson am 29. Dezember mit 500 Reitern nach Johannesburg auf; er mußte sich am 2. Januar 1896 ergeben.

Der Einfall Jamesons in Transvaal hat die übelsten Folgen gehabt. Vor allem war unerhört, daß der Premierministers eines befreundeten Staats, Cecil Rhodes, den bewaffneten Aufstand gegen einen Nachbarstaat hervorrief, organisierte und durch Subsidien unterstützte. Er hat dadurch sowohl die Kolonialregierung als auch die britische Regierung in Verlegenheit gebracht. Er hat den Glauben an seine Ehrlichkeit, als er Afrika für die Afrikaner in Anspruch nahm, bei den Holländern erschüttert. Er hat die Behauptung Krügers, daß es sich den Briten um die Unterjochung der Buren handle, gestützt, und dessen Widerstand gegen die Ansprüche der Ausländer bestärkt und damit deren Lage weiter verschlechtert. Krüger führte Massen von Waffen ein, was keinen anderen Sinn haben konnte als Kampf gegen Großbritannien. Er lehnte alle Vermittlungsvorschläge ab, zuletzt noch die Sir Alfred Milners vom 31. Mai bis 5. Juni 1899; darin hatte dieser vorgeschlagen, daß die Ausländer nach 5jährigem Aufenthalt das Bürgerrecht in Transvaal erlangen sollten. In Europa hat man die Frage vielfach nicht richtig beurteilt. Man sah in dem Vorgehen von Rhodes nur den Ausfluß der unbegrenzten Gefährlichkeit des großen Kapitals, würdigte dagegen weniger die kulturfeindliche Haltung Krügers gegen die Ausländer.

Vier Monate nach dem Scheitern der Zusammenkunft Milners mit Krüger in Bloemfontein brach der Burenkrieg aus. Im Juni begann man mit schwächlichen Rüstungen in England. Die Unionisten waren für Krieg, die Liberalen



unter der Führung von Campbell Bannerman dagegen. Der Oranjerestaat nahm für Transvaal Partei, obwohl selbst unbeteiligt, lediglich aus dem Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Das Gegenstück dazu war, daß Neuseeland, Australien und Kanada dem Mutterlande Hilfskontingente sandten. Ebenso war die Haltung der Ausländer in Transvaal, der Natalier und der Bewohner der Kapkolonie britischen Ursprungs. Der Kampf war zwischen Buren und Briten um die Vorherrschaft. Schreiner, Ministerpräsident der Kapkolonie wollte, daß sie neutral bliebe. Das zeigte sich unmöglich. Am 12. Oktober 1899 überschritten Freistaatsburen die Grenze der Kapkolonie und General Joubert besetzte Lang's Nek; der Krieg hatte begonnen. Zu Beginn desselben erfochten die Buren eine Reihe von Siegen. Da wurde Feldmarschall Roberts zum Höchstkommandierenden in Südafrika ernannt und Lord Kitchener zu seinem Generalstabschef. Die ganze Heeresmacht Großbritanniens wurde aufgeboten, um 50 000 Hirten zu unterjochen, weil sie in ihrem Lande ungestört leben wollten. Der Krieg endete mit der Niederlage der Buren. Am 28. Mai 1900 wurde der Freistaat, am 1. September 1900 die südafrikanische Republik von Großbritannien annektiert. Doch ein Guerillakrieg unter De Wet, Botha und Delarey dauerte fort. Darauf entwarf, nachdem Roberts nach England zurückgekehrt war, Kitchener zu Beginn 1901 einen neuen Plan der Kriegsführung; er verwüstete das nicht besetzte Gebiet und sperrte die Nichtkombattanten in Konzentrationslagern ein. Emily Hobhouse hat von den Leiden der darin eingesperrten Frauen und Kinder ein erschütterndes Bild entworfen. Der Plan war nicht von durchschlagendem Erfolg. Auch eine Konferenz zwischen Kitchener und Botha in Middleburg vom 28. Februar bis 16. März hat nicht zur Vereinigung geführt. Der Kampf wurde erneuert. Darauf errichtete Kitchener eine Linie von Blockhäusern zwischen Bloemfontein und Ladybrand. Sie war Ende 1901 vollendet. Am 12. April 1902 trafen Botha und andere Burenkommandanten mit Kitchener, am 14. mit Milner in Pretoria zusammen. Am 31. Mai 1902 wurde dort der

Friede unterzeichnet. Darin wurde Eduard VII. als legitimer König der Buren anerkannt, aber erst nach vergeblichen Versuchen der Holländer in der Kapkolonie die Annexion rückgängig zu machen. Sie hatten bei Campbell Bannerman und dem linken Flügel der liberalen Partei Unterstützung gefunden. Rhodes starb am 26. März 1902. Milner wurde Gouverneur der neu annektierten Kolonien.

Die Friedensbedingungen legen Zeugnis ab für die liberale Politik Großbritanniens. Besonders wichtig waren die folgenden Friedensbedingungen.

5. Die holländische Sprache soll in Transvaal und der Oranjefluß-Kolonie in öffentlichen Schulen gelehrt werden, wenn die Eltern der Kinder dies verlangen, und wird vor Gerichten gestattet werden, wenn dies zur besseren Rechtspflege notwendig erscheint.

7. Betrifft die alsbaldige Ersetzung der Militär- durch eine Zivilverwaltung.

8. Die Verleihung des Stimmrechts an die Eingeborenen soll nicht vor Einführung von Selfgovernment entschieden werden.

Milner übernahm die Aufgabe der Wiederherstellung in Transvaal und in der Oranjeflußkolonie auf Grundlage engeren Zusammenschlusses der südafrikanischen Staaten. Groß war die finanzielle Liberalität der britischen Regierung gegen die unterworfenen Buren. Im ganzen wurden 14 Millionen £ auf sie verwendet. 1904 waren alle Buren in ihren Höfen zurück.

Vor dem Kriege waren rund 100 000 Eingeborene in den Bergwerken beschäftigt gewesen. Nach dem Kriege standen nur mehr 65 000 zur Verfügung und diese kamen aus der portugiesischen Niederlassung; die übrigen waren im Wiederaufbau der zerstörten Eisenbahnen und Höfe tätig. Da haben die Bergwerksbesitzer chinesische Kulis eingeführt. Dies wurde von Milner, dessen Ambition die möglich schnelle Wiederherstellung Südafrikas war, begünstigt. Darob große Aufregung in England. Die Liberalen beschuldigten die am Ruder befindlichen Konservativen der verschleierten Wiedereinführung der Sklaverei, und diese Anklage hat bei der Parlamentswahl von 1906

eine große Rolle gespielt. Desgleichen opponierten die Australier, deren Politik von jeher dahin ging, asiatische Arbeiter nicht in Konkurrenz mit weißer Arbeit zu bringen. In Südafrika gaben die Buren und Burenfreunde die Hoffnung auf Unabhängigkeit auf; sie hofften auf die Liberalen in England, die ihnen wenigstens Selfgovernment bringen sollten.

Ich habe schon in einem früheren Kapitel von der Reise gesprochen, die Joseph Chamberlain nach dem Frieden nach Südafrika unternommen hat. Er hat dort vom 26. Dezember 1902 bis 25. Februar 1903 verweilt. Er hat das ganze Land besucht und überall die Notwendigkeit einer Versöhnung der weißen Nationen und die Pflicht der Kolonien, sich an der Tragung der Lasten des Reichs zu beteiligen, gepredigt. Er erkannte die Notwendigkeit einer Vereinigung aller südafrikanischen Staaten in einem sich selbst regierenden Staate. Chamberlain ist, wie schon oben dargelegt<sup>1)</sup>, 1903 aus dem Ministerium ausgeschieden; Lyttleton wurde nun Kolonialminister.

Ich übergehe alle die einzelnen Schritte, welche von der Regierung in Transvaal und in der Oranjekolonie zur allmählichen Durchführung der Selbstregierung unternommen worden sind. Sie zeigen, auch bei der damals am Ruder befindlichen konservativen Regierung, eine bewundernswerte Klugheit im Streben, die Besiegten zu versöhnen, indem man sie zur Teilnahme an der Regierung berief. Sehr bezeichnend ist die Rede, mit der Milner sich verabschiedete, als er die Ämter als Gouverneur von Transvaal und der Oranjekolonie niederlegte:

„Die Holländer können niemals vollkommene Treue nur für Großbritannien empfinden. Die Briten können niemals ohne moralische Schädigung Treue für ein politisches Gemeinwesen, das ihr Mutterland ausschließt, empfinden. Aber sowohl Briten als auch Holländer könnten, ohne etwas an Würde zu verlieren, ohne irgendwelches Opfer ihrer verschiedenen Traditionen sich in loyaler Hingabe an ein Reich vereinen, an dem Großbritannien und Südafrika Teilhaber sein würden, und könnten von Herzen

---

1) Siehe oben S. 57.

für das Wohl von Südafrika als Glied eines größeren Ganzen zusammenarbeiten.“

Milner hat Johannesburg am 2. April 1905 verlassen; sein Nachfolger war Lord Selborne. Bald darauf wurde das Kabinett Balfour gestürzt; Campbell Bannerman wurde Premierminister. Die Thronrede vom 19. Februar 1906 kündigte die Verleihung von Selfgovernment an, nicht nur an Transvaal, sondern auch an die Oranjeskolonie. Das war in Übereinstimmung mit der Haltung Campbell Bannermans, als er in Opposition war. Er war Gegner der Annexion der Burenrepubliken gewesen. Die Annexion konnte nicht rückgängig gemacht werden. Er glaubte, die Buren könnten befriedigt werden, wenn man den neuen Kolonien volle Freiheit gebe, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Es war ein kühner Schritt. Der Erfolg hat ihn gerechtfertigt.

Die Chinesenfrage wurde gelöst, indem man den sich selbst regierenden Kolonien ihre Lösung überließ, unter der Bedingung jedoch, daß keinerlei Bestimmung zugelassen würde, die einen Beigeschmack von Unfreiheit hätte. Botha, der Ministerpräsident von Transvaal geworden war, erklärte, daß alle chinesischen Arbeiter nach Ablauf ihrer Verträge wieder nach Hause geschickt werden und keine neuen Verträge abgeschlossen und keine weiteren Chinesen eingeführt werden sollten. Darauf verschwanden die Chinesen allmählich und wurden durch Eingeborene, namentlich aus den portugiesischen Kolonien, ersetzt.

Die Wahlen unter der neuen Verfassung ergaben in Transvaal 37 Buren, 21 Fortschrittler (Britten), 5 unabhängige Arbeiter und 6 sogenannte Nationalisten, in der Oranje-Flußkolonie bei 38 Mitgliedern 21 Unversöhnliche. Die Männer, die kurz vorher England bekämpft hatten, leiteten jetzt unter dessen Fahne die Geschicke. Auch in der Kapkolonie siegte bei den Wahlen der Bond. So siegte dennoch das Afrikandertum; aber es hatte seinen Charakter geändert; es hatte auf die Trennung vom britischen Reiche verzichtet.

Die kühne Politik Campbell Bannermans hat die Buren

überzeugt, daß die Reichspolitik auf ihrer Seite war. Nun öffnete sich auch die Bahn zur Vereinigung der verschiedenen südafrikanischen Staaten. Den Anstoß zur Verwirklichung gab eine Depesche des Oberkommissars Lord Selborne vom 7. Januar 1907, worin er die Regierungen der verschiedenen südafrikanischen Staaten darauf aufmerksam machte, daß die Eisenbahnfrage, die Zollfrage, Verteidigungs-, Bergwerks-, Landwirtschafts-, Einwanderungs- und die Eingeborenenfrage in befriedigender Weise nur gemeinsam gelöst werden könnten. Auf einer interkolonialen Konferenz wurde auf Antrag Smuts' am 5. Mai 1908 beschlossen:

„daß die besten Interessen und das dauernde Wohlergehen von Südafrika nur durch eine baldige Vereinigung der verschiedenen sich selbst regierenden Kolonien unter der Krone von Großbritannien gesichert werden können.“

Die Parlamente der verschiedenen Staaten nahmen den Beschluß an, und im Oktober 1908 trat eine Nationalkonvention in Durban zusammen. In derselben waren Führer der Buren und der Briten die Vertreter der einzelnen Staaten. Die Reichsregierung verfolgte die Verhandlung mit dem allergrößten Interesse, enthielt sich indes jeglicher Einmischung. Man begnügte sich damit, den Zusammentritt der Konvention durch eine Glückwunschadresse des Königs begrüßen zu lassen. Einen Monat lang tagte die Versammlung unter größtem, beiderseitigem Entgegenkommen in Durban und beschloß ihre Beratungen im Februar 1909 in Kapstadt. Das merkwürdigste Ergebnis war, daß statt eines Staatenbundes ein Bundesstaat beschlossen wurde.

Das Problem, das die größten Schwierigkeiten bereitete, war das Verhältnis zu den Eingeborenen. Zwei Systeme standen sich gegenüber: das von Kapland — die Differenz zwischen den beiden Rassen zu verringern, gleiches Recht für alle Kultivierten, und das von Natal und der Buren — Verewigung der servilen Stellung der Schwarzen. Das erstere ist das bessere, denn bei dem zweiten verkommen die Weißen gleichfalls. Dabei dringen



die Schwarzen trotz allem in die gelernten Beschäftigungen ein, während die nichtarbeitenden armen Weißen zu Strolchen degenerieren. Der Streit endete mit einem Kompromiß:

„Die Berechtigung zur Teilnahme an den Parlamentswahlen, wie sie in den einzelnen Kolonien zur Zeit der Begründung des Bundesstaats bestehen, soll auch die Personen in den betreffenden Provinzen zur Teilnahme an den Wahlen für die Versammlung des Bundesstaatsparlaments berechtigen.“

Pretoria wurde die Hauptstadt, was die Verwaltung angeht, Kapstadt der Sitz der Gesetzgebung, Bloemfontein der Sitz des obersten Gerichts. Am 11. Mai wurde der Verfassungsentwurf von einer neuen Konvention angenommen, ein Referendum fand noch in Natal statt; hier wurde mit 11 121 gegen 3701 Stimmen die Annahme beschlossen. Damit war die Union erreicht. Nachdem die Verfassung in einem besonderen Gesetz vom britischen Parlament angenommen worden war, hat dieses am 20. September 1909 die Bestätigung des Königs erhalten.

Die Verfassung setzt die absolute Suprematie des Bundesparlaments fest. Die Exekutive liegt bei einem Generalgouverneur, der vom König ernannt wird. Er übt seine Macht aus durch ein Ministerium, dessen Zahl zehn nicht übersteigt. Es besteht aus den Parteiführern, die das Vertrauen des Parlaments genießen. Kein Minister, der nicht Parlamentsmitglied ist, darf sein Amt länger als 3 Monate bekleiden. Die einzelnen zum Bund gehörigen Staaten entbehren jedweder unabhängigen Autorität. Sie sind nur Provinzen der Union. Ihre Grenzen wurden beibehalten. Das südafrikanische Parlament ist, außer in soweit es in letzter Linie dem britischen Parlament unterworfen ist, eine souveräne Körperschaft. Für gewisse Änderungen in der Verfassung ist eine Zweidrittel-Majorität erforderlich. Es besteht ein Oberhaus und ein Unterhaus, ersteres, der Senat, besteht aus ernannten und acht nach dem Proportionalwahlsystem gewählten Abgeordneten jedes der vier Staaten. Nur britische Untertanen von europäischer Abstammung können Mitglied jedes der beiden

Häuser sein. Jedes Parlamentsmitglied erhält 400 £ im Jahre, verliert aber 3 £ für jeden Tag Abwesenheit während der Session. Geldbewilligung steht nur dem Unterhause zu. Es besteht ein oberster Gerichtshof und eine gemeinsame Eisenbahnkasse für alle Linien.

In der Verfassung ist die eventuelle Einbeziehung der Kronkolonie Rhodesia, wenn sie Selfgovernment erhalten sollte, vorgesehen. Schwieriger ist die Frage der Einbeziehung von Basutoland, des Protektorats von Betschuana und Swaziland. Sie sind Reservate der Eingeborenen. Die Vorkehrungen, die getroffen wurden, nehmen auf die Interessen der Eingeborenen die äußerste Rücksicht.

Ungefähr ein Jahrzehnt, nachdem das britische Kolonialamt sich dazu verstanden hatte, den australischen Kolonien das Recht zu erteilen, ihre Verfassungen, sowie es ihnen notwendig schien, selbst zu ändern, hat John Stuart Mill in dem Kapitel über die Regierung abhängiger Gemeinwesen durch einen freien Staat in seinen Betrachtungen über Regierung mit Volksvertretung geschrieben<sup>1)</sup>:

„Es ist heute feststehender Grundsatz der Politik Großbritanniens, zu der es sich theoretisch bekennt und an der es in der Praxis getreu festhält, daß seine Kolonien europäischer Rasse, gleich dem Mutterland, sich des vollsten Maßes von Selbstregierung im Innern erfreuen. Man hat ihnen gestattet, ihre eigenen Repräsentativverfassungen zu machen, indem man es ihnen überließ, ihre schon sehr freien Verfassungen, die das Mutterland ihnen gegeben hatte, in jeder Weise, wie ihnen das angezeigt scheint, zu ändern. Eine jede wird durch ihren eigenen gesetzgebenden Körper und ihre Exekutive regiert, die beide hoch-demokratischen Grundsätze entsprechen. Das der Krone und dem Parlament vorbehaltene Veto wird nur — und dies sehr selten — in Fragen, die das ganze Reich und nicht allein die betreffende Kolonie angehen, gebraucht. Wie liberal die Auslegung ist, die der Unterscheidung zwischen Angelegenheiten des Reichs und der Kolonien zuteil geworden ist, zeigt die Tatsache, daß die unkontrollierte Verfügung über alles nicht angeeignete Land, in den Gebieten, die hinter den bri-

1) John Stuart Mill, *Considerations on Representative Government*. London 1861, 315, 316.

tischen Kolonien in Amerika und Australien liegen, den kolonialen Gemeinwesen überlassen worden ist, obgleich sie ohne Ungerechtigkeit in den Händen der Reichsregierung lag, auf daß sie zum größtmöglichen Vorteil der Auswanderer aus allen Teilen des Reichs verwaltet würden. So hat jede Kolonie so volle Freiheit in ihren eigenen Angelegenheiten, als sie haben könnte, wenn sie ein Glied selbst des losesten Bundes wäre, und weit mehr als ihr unter der Verfassung der Vereinigten Staaten zuteil würde, insofern sie sogar das Recht hat, nach Belieben die Waren, die aus dem Mutterlande eingeführt werden, zu besteuern. Ihre Verbindung mit Großbritannien ist von der leichtesten Art eines Bundes; doch ist sie nicht ein Bund auf Grund völliger Gleichheit, insofern das Mutterland sich die Macht einer Bundesregierung, wenn auch auf das engste beschränkt, vorbehält. Diese Ungleichheit ist allerdings, soweit sie vorhanden ist, für die unabhängigen Staaten ein Nachteil, insofern sie in der auswärtigen Politik nichts zu sagen haben, sondern durch die Entscheidung des Mutterlandes gebunden sind. Sie sind genötigt, mit England in den Krieg zu ziehen, ohne irgendwie befragt zu werden, bevor England zum Kriege schreitet.“

Das waren einsichtsvolle Ausführungen. Sie standen im Widerspruch mit allem, was sowohl konservative als auch liberale Politiker damals dachten. Der kluge und gelehrte liberale Finanzminister im Ministerium Palmerston, Sir George Cornwall Lewis, hatte keine Lösung gewußt, wie ein freies Land Kolonien regieren könne, ohne mit den Grundsätzen, an denen es für sich festhielt, in Widerspruch zu geraten, und der konservative Froude hat dies noch viel später für ein Ding der Unmöglichkeit erklärt. Wir haben gesehen, wie die Auffassung beider zum Burenkrieg geführt hat. Das radikale Kabinett Campbell Bannerman hat die Aufgabe gelöst, indem es die Prinzipien zur Geltung brachte, welche die Benthamiten hundert Jahre früher gegenüber Tories und Whigs vertreten hatten, jene Prinzipien, um derentwillen der heute allgemein verherrlichte Bericht Lord Durhams, als er erschien, als eine Utopie angegriffen wurde, die zur Auflösung des britischen Reichs führen würde.

Hören wir, wie die Führer der Buren über diese von Durham, Wakefield, Buller, J. St. Mill schon vor hundert Jahren geforderte Selbstregierung der Kolonien und ihre

Wirkungen nach Beendigung des Burenkriegs gesprochen haben:

Steyn, der frühere Präsident des Oranje-Freistaats, erklärte:

„Selbstregierung ist uns zu Vereeniging versprochen worden; das Versprechen ist dem Geiste wie dem Buchstaben nach erfüllt worden. So ist das ganze Volk heute in Ehren gebunden, Gerechtigkeit zu erweisen, wie ihm selbst Gerechtigkeit geworden ist.“

Bei der Feier des 300jährigen Jahrestags der Gründung von Quebec sagte der zum Sprecher für die vier südafrikanischen Kolonien ernannte Sir Henry De Villiers in Gegenwart des Prinzen von Wales und der Vertreter des ganzen britischen Reichs und der amerikanischen und französischen Republiken:

„Eine Politik des Vertrauens ist eingeschlagen worden mit dem neuen Ergebnis, daß ein mißmutiges und unzufriedenes Volk wie durch einen Zauberschlag in Gesetz beachtende und loyale Untertanen verwandelt worden ist.“

Transvaal hat als Zeichen seiner Loyalität dem König den kostbarsten Diamanten geschenkt, der je gefunden worden ist.

In seinem 1910 gehaltenen Vortrag<sup>1)</sup> über die Herrschaft Südafrika hat der frühere Gouverneur von Natal und dann der Kapkolonie, Sir Walter Hely-Hutchinson, mit Nachdruck bei dem absoluten Zusammenwirken von Holländern und Engländern nach einem Kriege, der 250 Millionen £ und 20 000 Leben gekostet hat, verweilt; es bereite keinerlei Schwierigkeiten; die Engländer, die einwanderten, würden alsbald Afrikaner. Schwierigkeiten mache nur das Übergewicht der Schwarzen. Auf einem Gebiete von 450 000 englischen Quadratmeilen lebe eine Bevölkerung von 5 400 000 Menschen, wovon wenig mehr als 1 100 000 Weiße seien. Diese hätten ein Land zu regieren, das viermal so groß wie das Vereinigte Königreich sei, einen Handel von 80 Millionen £, ein Budget von

---

1) W. J. Ashley, *British Dominions*, 94—96.

15 Millionen £, eine Schuld von mehr als 110 Millionen £, ein System von Staatseisenbahnen von 7000 englischen Meilen und mehr als 4 Millionen Schwarze und Farbige habe.

Das Klima von Südafrika wird als von der größten Mannigfaltigkeit geschildert. Es ermöglicht die größte Mannigfaltigkeit der Produkte. Als solche werden aufgeführt Zucker aus Zuckerrohr, Tee, Gerberrinde, Wolle, Mais, Kartoffel, Hirse, Milchprodukte, Rinder, Schafe, Pferde, Schweine, Geflügel, Obst aller Art von Äpfeln, Johannis- und Stachelbeeren angefangen bis zur Ananas, Wein, Häute, Haare von Angoraziegen, Kohlen, Kupfer, Zinn, Eisen, Chrom, Asbest, Tabak, Baumwolle, Straußenfedern, Diamanten, Gold.

Schwierigkeit macht, daß kein Weißer andere Arbeit außer als Aufseher verrichten kann, da alle körperliche Arbeit von Schwarzen verrichtet wird, und der Weiße eine Standesminderung erleiden würde, wenn er sie verrichten wollte<sup>1)</sup>.

Die weiße wie die schwarze Arbeit ist überwiegend in Landwirtschaft und in den Bergwerken tätig. Die Diamantgruben in Kimberley und die Goldadern von Witwatersrand gehören zu den Wundern der modernen Welt. Dagegen finden sich in keinem Teile Südafrikas erhebliche Industrien; auch leidet es an guten Häfen. Die einzigen guten Häfen sind auf portugiesischem Gebiete; alle sind durch Eisenbahnen mit den Zentren der Produktion im Innern verbunden.

Der Angelpunkt, um den der ganze Handel sich dreht, ist die Goldproduktion. Die Goldader erstreckt sich auf eine Länge von mehr als 60 englischen Meilen. Da findet sich Grube an Grube. Seit der Entdeckung von Gold in Witwatersrand im Jahre 1886 bis 1910 ist dort Gold im Werte von 250 Millionen £ gewonnen worden. 1909 betrug der Wert der gewonnenen 7 250 000 Unzen Gold ungefähr 30 Millionen £, d. h. ein Drittel der gesamten Gold-

---

1) Siehe für das Folgende den Vortrag von Henry Birch-enough, bei W. J. Ashley, *British Dominions*, 133—167.



produktion der Welt. 1910 ist er auf  $34\frac{1}{2}$  Millionen gestiegen. Das darin verwendete Kapital hat 100 Millionen £, die gezahlten Dividenden haben £ 75 000 000, im Jahre 1909 allein 9 Millionen £ betragen. Der Aufwand für Maschinen zur Ausrüstung der Gruben betrug 25 Millionen £. Etwa 10 Millionen £ wurden jährlich auf Waren verwendet, die zur Deckung des Bedarfs, der zur Bearbeitung der Gruben nötig ist, eingeführt werden müssen. Die Zahl der in den Gruben beschäftigten Weißen hat im Juni 1910 23—24 000, ihr Gehalt hat 6 800 000 £, die Zahl der beschäftigten Schwarzen hat 200 000, ihr Gehalt 4 000 000 £ betragen.

Diese Zahlen schließen Kohlen-, Diamant- und Gruben für unedle Metalle nicht ein.

Von der Einfuhr kamen im Jahre 1910 59 Proz. auf das Vereinigte Königreich, 10,4 Proz. auf britische Besitzungen, 30,6 Proz. auf fremde Länder. Der Anteil der letzteren war 1910 gegen 8 Jahre früher gestiegen. Die Hauptkonkurrenten des Vereinigten Königreichs waren Amerika und Deutschland, dann — aber nicht direkt hinter ihnen — Belgien und die Schweiz; die Einfuhr aus anderen Ländern war unerheblich. Amerikas Einfuhr bestand besonders aus landwirtschaftlichen Maschinen; Deutschlands Einfuhr war mannigfaltiger; die Einfuhr aus Deutschland wurde von dem Direktor der British South Afrika Co. Birchenough besonders gefürchtet. Auch hier hört man die Klage, die britische Geschäftswelt sei im Vergleich zur amerikanischen und deutschen zu konservativ.

Die englischen Waren haben sich vor dem Weltkrieg einer Zollbevorzugung von 3 Proz. erfreut. Die britische Regierung hatte sich diese Bevorzugung selbst gegeben. Die Afrikaner wären dagegen.

So stand es mit Südafrika vor dem Weltkrieg.

---

## 71. Kapitel.

### Die westindischen und afrikanischen Kronkolonien und Protektorate.

Wenn ich in den vorstehenden Kapiteln die sich selbst regierenden Kolonien Großbritanniens vor seinen Kronkolonien behandelt habe, so ist der Grund, daß sie es sind, von denen der Widerstand gegen die Preisgabe der Kolonien durch das Mutterland ausgegangen ist, und von denen die Verwandlung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland in ein britisches Weltreich den Anstoß erhalten hat. Ich wende mich nun zur Betrachtung der Gebiete, die noch heute im Unterschiede von den sich selbst verwaltenden „Herrschaften“ von der britischen Bureaukratie autokratisch verwaltet werden. Es gehören dazu in Westafrika Gambien, Sierra Leone, die Goldküste und Nigeria, in Zentralafrika Nordrhodesia, Nyasaland und Uganda, in Ostafrika seit dem Frieden von Versailles das vorher deutsche Tanganyika, ferner Kenya und Sansibar, Sudan und Somaliland, in Asien und den asiatischen Gewässern Ceylon, Malayen, Nordborneo, Hong-Kong, Mauritius, Fidschi und Papua. Südrhodesia, das früher dazu gehörte, ist 1923 eine sich selbst regierende Herrschaft geworden. Dagegen ist Westindien mit seiner überwiegend farbigen Bevölkerung noch heute Kronkolonie.

1. Unter diesen britischen Kolonien sind die westindischen die ältesten. Sie galten bis zur Sklavenbefreiung als die wertvollsten. In der Zeit des Merkantilsystems sind sie ähnlich wie die Neu-England-Kolonien regiert worden <sup>1)</sup>.

---

1) Siehe Egerton a. a. O. 166 ff.

An der Spitze der Kolonie standen ein von der Krone ernannter Gouverneur und eine Versammlung. Dieselben Mißbräuche<sup>1)</sup>, welche die Neu-England-Kolonien zum Abfall getrieben haben, fanden sich auch hier. Auch sind sie von den britischen Kolonisten auf den westindischen Inseln nicht weniger widerwillig als in Boston oder Philadelphia empfunden worden. Man stritt mit der Regierung über Steuern und beklagte sich über die nachlässige Verwaltung und über die Prärogative des britischen Königs. Wenn die Unzufriedenheit die Westindier trotzdem nicht zu Aufständen veranlaßt hat, so war der Grund, daß Westindien damals der Kampfplatz der um die Hegemonie ringenden europäischen Mächte gewesen ist; wären die britischen Westindier von England abgefallen, so wären sie unter die Herrschaft der Franzosen geraten, was ihnen trotz aller Beschwerden über das Mutterland noch unwillkommener gewesen wäre. Außerdem lebten sie in fortwährender Furcht vor einem Negeraufstand. Sie hatten die Neger mit ausgesuchter Grausamkeit behandelt. Der Neger galt nicht mehr als eine Sache. Straßlos konnte er getötet werden. Die Negerbevölkerung aber nahm fortwährend zu, und was vom Sklaven, wenn er die Ketten bricht, zu erwarten war, haben zur Zeit der französischen Revolution die Negeraufstände in San Domingo (dem heutigen Haiti) gezeigt<sup>2)</sup>. Für das Mutterland aber war Westindien nach merkantilistischer Denkweise die ideale Kolonie. Die dort produzierten Güter konkurrierten in keiner Weise mit britischen Produkten, während es für diese ein wertvoller Absatzmarkt war. Dabei bildeten die an Westindien interessierten Engländer eine starke, wohlorganisierte Gesellschaft, die auf das britische Parlament, wo ihre Interessen in Frage kamen, einen starken Druck auszuüben imstande war. Sie hatten um so größere Aussicht auf Berücksichtigung, als Westindien in der Phantasie der Patrioten eine große Rolle spielte. Hier hatten die Raubzüge Hawkins

---

1) Siehe oben 62, 63.

2) Siehe Band III, 1. 111.

und Drakes stattgefunden, die den für den spanischen Schatz bestimmten Goldstrom nach England leiteten. Die westindischen Kolonien wurden so sehr gewertet, daß nach dem Frieden von 1763, der England Kanada gebracht hat, kluge Leute der Meinung waren, es wäre für England vorteilhafter gewesen, statt Kanadas das französische Westindien zu erlangen; und 1780 hat hier Rodney seine glänzenden Siege über Franzosen, Spanier, Holländer erfochten und reiche Beute gemacht. Pitt hat damals ein britisches Heer nach Westindien geschickt in der Meinung, daß er dort Frankreichs Macht vernichten werde, um zu spät zu entdecken, daß er damit das britische Heer tatsächlich zerstört hat; denn 80 000 Mann sind infolge des Klimas innerhalb dreier Jahre dort verloren worden. Und noch 1793 schrieb Sir Bryan Edwards: „Westindien ist die Hauptquelle des britischen Reichtums und britischer Seemacht“.

Das war damals noch wahr. Die Schwierigkeiten entstanden für Westindien erst, als das britische Gewissen wegen des Sklavenhandels erwachte. Wir haben gesehen<sup>1)</sup>, welchen Wert die Staatsmänner der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts dem Recht, Sklaven nach den spanischen Kolonien zu verkaufen, beigelegt haben, und wie noch der ältere Pitt im Sklavenhandel eine der Säulen des britischen Reichtums erblickt hat. Als 1807 der Sklavenhandel verboten wurde, hat dies die westindischen Kolonien hart getroffen. Ihre Produkte waren Zucker, Kaffee, Tabak. Die Sklaverei hat, wie überall, so auch hier nur extensive Wirtschaft zugelassen<sup>2)</sup>, die den Boden erschöpft. So wird die Lage des Landbaus in Jamaika zur Zeit der Sklaverei als in barbarischem Zustand geschildert. Aber nicht bloß der Boden wurde erschöpft. Die durchschnittliche Lebensdauer eines Sklaven wurde auf sieben Jahre beziffert. Das ging, solange der Sklavenhandel für die ver-

---

1) Siehe Band II, 308 ff., 316 und Band III, 1, 106 ff.

2) Siehe über den Zustand der Landwirtschaft in Jamaika den trefflichen Aufsatz in *The Westminster Review* XXXII, 189—225.

brauchten Sklaven Ersatz bot. Als er aber aufhörte, war man auf Züchtung der Sklaven angewiesen, was dazu nötigte, auch deren Weiber und Kinder zu ernähren. Die Arbeit wurde also teurer, während gleichzeitig klimatische Änderungen die Fruchtbarkeit Jamaikas minderten. Besser war die Lage der Pflanze in Trinidad und Demerara. Der hier angebaute Zucker hat dessen Anbau auf Jamaika schon zur Zeit der Sklaverei unrentabel gemacht. 1829 kamen auf einen Sklaven in Demerara 12,30, in Trinidad 16,50, in Jamaika nur 4,41 Zentner Zucker. In Barbados, wo 1829 auf einen Sklaven nur 3,65 Zentner Zucker gekommen waren, hat nach Aufhebung der Sklaverei eine große Zunahme der Zuckerproduktion stattgefunden, weil die dortigen Pflanze düngten.

Es ist also nicht die Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1834 gewesen, was den Zuckerpflanze in Jamaika ruiniert hat<sup>1)</sup>; das dort herrschende System war aus inneren Gründen dem Untergange geweiht. Dazu kam, daß der befreite Neger begreiflicherweise nicht so viel arbeitete, als zur Zeit, da ihn die Peitsche des Sklaventreibers nach 7 Jahren ins Grab brachte.

Großbritannien hat den westindischen Pflanzern nach der Sklavenbefreiung 20 Millionen £ als Entschädigung bezahlt; die Pflanze haben geltend gemacht, daß dies nur die Hälfte des durch die Befreiung erlittenen Kapitalverlustes betrage. Aber nicht dies war die Ursache des Rückgangs der westindischen Zuckerproduktion. Die Entschädigung wurde von den Pflanzern nicht zur Bearbeitung ihres Landes, sondern zur Schuldentilgung verwendet. Die Pflanze aber waren durch Heirat in den englischen Adel

---

1) So schreibt auch Captain F. D. Lugard, *The Rise of our East African Empire* I, 1898, p. 179 „the impression, which is so commonly held by Englishmen, that the ruin of the sugar industries in the West Indies was due to the abolition of slavery, is entirely erroneous“ und beruft sich dafür auf einen Brief, den Lord Brassey im Juli 1892 in *The Times* schrieb, und auf eine im Juni 1893 auf Grund der Briefe Lord Greys veröffentlichte Schrift von E. Sturge: *Compensation*.



und in mit diesem verbundene Familien eingedrungen und haben, während der landwirtschaftliche Verfall Jamaikas die Folge des hartnäckigen Festhaltens der Pflanzer an barbarischen Bestellungsverfahren gewesen ist, die vielverbreitete Vorstellung erzeugt, daß die Aufhebung der Sklaverei daran schuld sei.

Zu der Beseitigung der Sklaverei ist dann die Einführung bezahlter Beamten gekommen. Das hat für Jamaika eine zweite Umwälzung bedeutet, die die Pflanzer erbitterte. Bis dahin waren sie gleich mittelalterlichen Grundherren nicht nur die Eigentümer ihres Landes gewesen, sondern auch dessen Verwalter. Jetzt wurden sie in dieser Funktion durch bezahlte Beamte ersetzt. Das hat ihnen nicht nur Einbuße an Autorität, sondern auch höhere Steuern gebracht. Sie klagten, daß sie unter der Last der Steuern zusammenbrächen<sup>1)</sup>. Die Jamaica Assembly, d. h. die Pflanzer in ihrem Parlament, hat darauf beschlossen, „nachdem wir die Eingriffe in reifliche Erwägung gezogen haben, die das britische Parlament andauernd in die Rechte des Volks dieser Kolonie vornimmt, und das Durcheinander und Unheil, die sich als Folge des gegenwärtigen anormalen Regierungssystems ergeben müssen, werden wir uns fortan jedweder gesetzgeberischen Funktionen enthalten, außer solcher, wie sie notwendig sein mögen, um den Kredit dieser Insel bei ihren Gläubigern zu erhalten.“ Das britische Ministerium hat mit der Einbringung eines Gesetzentwurfs geantwortet, der die Verfassung von Jamaika aufhob. Er ist nicht Gesetz geworden, weil britische Angelegenheiten das Ministerium zu Fall gebracht haben. Doch hat Jamaika in der Tat eine Änderung seiner Verfassung nötig gehabt. Die Erhebung und Verausgabung der öffentlichen Einnahmen war durch eine Unzahl lokaler Gesetze den Händen des Gouverneurs entwunden und verschiedenen völlig unabhängigen Kommissären übertragen worden. Auch konnte nach einem neuen Wahlgesetz eine große Zahl befreiter Sklaven das Wahlrecht erlangen, so

---

1) Egerton 329 ff.

daß, während eine beschränkte Oligarchie ihre eigene Aufgabe vernachlässigte und ihre Zeit in der Abfassung pomposer Anklagen des britischen Parlaments verbrauchte, die Aussicht auf eine schwarze Demokratie sich eröffnete. Noch unmittelbarer wurden die Pflanzer bedroht, als mit Einführung des Freihandels ihr Zucker seine Vorzugsstellung auf dem britischen Markte verlor. Tatsächlich beherrschte er noch denselben; aber er war in der Bestimmung seines Preises durch die Konkurrenz des kontinentalen Rübenzuckers beschränkt.

Was Jamaika hätte helfen können, wäre die Förderung der Einwanderung freier Arbeiter, deren Konkurrenz die Neger zu eifrigerer Arbeit genötigt hätte, gewesen. Aber nach seiner Verfassung lag die Macht in der Hand der Kleinbesitzer, die jeder solcher Maßnahme sich widersetzen. Da hat der Gouverneur Sir H. Barkly die gesetzgebende Versammlung durch Versprechen eines Reichsdarlehens vermocht, eine neue Verfassung anzunehmen. Danach wurde der gesetzgebende Rat reorganisiert; er bestand nunmehr in der Hauptsache aus nicht beamteten Mitgliedern. Ein aus drei Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung und einem Mitglied des gesetzgebenden Rats bestehender Exekutivausschuß wurde eingesetzt, der die Aufgaben eines verantwortlichen Ministeriums erfüllen sollte<sup>1)</sup>.

Im Jahre 1865 ist es zu einem dreitägigen Negeraufstand in Jamaika gekommen. Als es bekannt wurde, in welcher Weise der Gouverneur Eyre den Negern entgegengetreten war, wurden durch dessen Grausamkeit Politiker und Gesellschaft in England in sich bitter bekämpfende Parteien gespalten; selbst Wissenschaftler wie Darwin und Huxley waren auf der Seite der empörten Liberalen. Von den Negern waren während des Aufstands 18 Personen getötet und 31 verwundet worden; seitens der siegreichen Behörden wurden 439 hingerichtet und 600 Personen ausgepeitscht<sup>2)</sup>. Nach diesen Unruhen ist

---

1) Egerton 333.

2) The Westminster Review XXXII. 223—225.

an die Stelle der bisherigen Regierung in Westindien die einer Kronkolonie, verbunden mit einer Art gewählter Vertretung, getreten.

Im Jahre 1886 ist Froude nach Westindien gefahren. Er hat über die dort empfangenen Eindrücke in einem 1888 erschienenen Buche berichtet<sup>1)</sup>. Jamaika hatte kurz vorher wieder eine Verfassung und die Schwarzen ein sehr weitgehendes Wahlrecht erhalten. Die Krone hatte das Recht, im Notfall zur Ausgleichung der Stimmen in der gesetzgebenden Versammlung die von ihr ernannten Mitglieder derselben zu vermehren. Die Neger hegten den Wunsch, in nicht ferner Zeit die Insel wie Haiti zu besitzen.

Unter den Weißen war die Mißstimmung groß. Die Pflanzler, die gelegentlich der Jubiläumsausstellung 1886 in England gewesen waren, hatten von dort den Eindruck zurückgebracht, daß England nur geringes Interesse für Westindien habe und ihnen gegen die Neger nicht helfen werde; sie hofften auf die Vereinigten Staaten und die Millionen der dort wohnenden Zuckerkonsumenten. Von einer Selbstregierung der westindischen Inseln wollten sie nichts wissen, da sie die Regierung in die Hände der Schwarzen brächte. Dagegen waren die Neger gegen eine Annexion durch Amerika. Eben deshalb aber wollten die Amerikaner von einer Angliederung Westindiens an die Vereinigten Staaten nichts wissen. Sie fürchteten einen Bürgerkrieg zwischen Schwarzen und Weißen. Sie wollten wohl den Handel mit Westindien, nicht aber die Mühen und Kosten von dessen Verwaltung. So mußte denn England die Kolonien behalten. Froude empfahl eine Regierung durch starke Männer, nach dem Muster der britischen Verwaltung in Indien, während dieses doch, mit dieser unzufrieden, wie wir sehen werden, nach Unabhängigkeit verlangt.

---

1) J. A. Froude, *The English in the West Indies*, London 1888.

Die Größe von Britisch-Westindien beträgt 285 700 qkm<sup>1)</sup>. Unter den dazu gehörigen Inseln ist Jamaika die größte und bevölkertste. Die übrigen sind die Bahama-Inseln, die Windward- und die Leewardinseln, die Cayman-Turko- und Calcos-Inseln, Trinidad und Tobago, und auf dem Festland Britisch-Guiana und Britisch-Honduras. Britisch-Guiana haben die Engländer während des Kriegs gegen Napoleon, Britisch-Honduras in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts während der Kämpfe, die zum Abfall der spanischen Kolonien von Spanien geführt haben, erworben. Die Gesamtbevölkerung von Britisch-Westindien wird für die Jahre 1925/26 auf 2009 067 beziffert<sup>2)</sup>. Die Arbeiterbevölkerung besteht aus Negern und Ostindern, letztere besonders in den Zucker- und Kakaoplantagen.

Die Grundlage des Wohlstands von Westindien ist die Landwirtschaft: Zucker, Kakao, Kaffee, Obst, neuerdings eingeführt Baumwolle, Reis, Gummi, Tabak. 1863 fand ein erster Versuch statt, die Goldproduktion in Britisch-Guiana einzuführen; 1884 sind 250 Unzen Gold von dort ausgeführt worden; seitdem ist die Goldausfuhr gestiegen; 1894 hat sie 138 528 Unzen erreicht; seitdem Abnahme. Diamanten sind 1890 im Upper Mazaruni River gefunden worden, aber von geringer Größe. Vor dem Weltkrieg zeigten sich Aussichten auf die Ausbeute von Ölquellen in Trinidad und Barbados. Aus Britisch-Honduras findet eine gewinnreiche Ausfuhr von Mahagoniholz statt.

Westindien hat unter der Unterstützung der Produktion von Rübenzucker durch Ausfuhrprämien sehr gelitten. Mit Aufhören derselben im Jahre 1902 haben sich seine Verhältnisse sehr gebessert. Man hat treffend gesagt, das 18. Jahrhundert habe die Größe, das 19. den Verfall, das 20. den Wiederaufbau Westindiens gesehen. 1911 war keine westindische Kolonie im Bezug von Unterstützung. Die Zu-

---

1) Siehe für das im Text Folgende auch in Ashleys *British Dominions* den Vortrag, den Sir Daniel Morris, früher Imperial Commissioner of Agriculture for the West Indies, 1911 über Westindien gehalten hat.

2) *Aperçu de la Démographie des divers pays du monde*. La Haye 1927, p. 38.

kunft Westindiens wird als bedingt durch die vollständige Nutzbarmachung der großen Strecken anbaufähigen Landes bezeichnet; noch sind 25 Millionen acres unangebaut; sie liegen im Innern von Jamaika, von Britisch-Honduras, Britisch-Guiana und Trinidad. Auch gibt es in Britisch-Guiana eine große Fülle ungenutzter Wasserfälle, darunter den Kaishur-Wasserfall des Potaroflusses, der von einer Höhe, die nahezu das Fünffache derjenigen des Niagara-falls beträgt, herabstürzt.

Um das Land nutzbar zu machen, fehlt es noch an Verkehrswegen. Kronländereien werden in Britisch-Guiana und Britisch-Honduras als Regel zu 1 Dollar per acre, in Jamaika, St. Lucia und St. Vincent zu 1 £ per acre, in Trinidad und Dominika zu 10 s per acre verkauft.

Der Außenhandel Westindiens mit Großbritannien ist nicht unerheblich. Doch größer ist der der Inseln mit fremden Ländern, besonders mit dem naheliegenden Amerika. Der Wert der Einfuhr und Ausfuhr der westindischen Inseln, von Britisch-Honduras und Britisch-Guiana hat betragen in £<sup>1)</sup>:

	Westindische Inseln		Britisch-Honduras		Britisch-Guiana	
	1898	1912	1898	1912	1898	1912
<b>Einfuhr aus</b>						
Großbritannien	1 795 387	1 947 130	244 953	107 158	663 306	742 396
fremden Ländern	3 024 000	3 298 000	170 000	572 000	444 000	536 000
<b>Ausfuhr nach</b>						
Großbritannien	2 126 357	3 039 891	90 581	143 392	723 479	757 926
fremden Ländern	3 722 000	5 393 000	88 000	524 000	933 000	213 000

2. Weit interessanter als die Geschichte der britischen Kolonien in Westindien ist die der Entwicklung der britischen Kronkolonien in Afrika. Wie jene der Schauplatz der Kämpfe der europäischen Mächte in der Vergangenheit, so sind diese der ihrer Interessenkämpfe im 19. und 20. Jahrhundert gewesen.

1) Die Ziffern sind dem Statistical Abstract for the British Empire, tenth number, London 1914, entnommen.



Bis zur Durchquerung des dunklen Weltteils durch H. M. Stanley hatte England an Afrika nur Interesse, insofern es auf seinem Wege nach Indien gelegen ist. Mit Rücksicht darauf hatte es sich in den Besitz von Kapland gesetzt, und wir werden noch sehen, wie das gleiche Interesse es nach der Fertigstellung des Suezkanals zur Besitznahme von Ägypten geführt hat. Was es außer dem Kap damals in Afrika besaß — Gambia, Sierra Leone, die Goldküste, Lagos — stammte aus der Zeit, da die englischen Staatsmänner im Sklavenhandel eine der wichtigsten Quellen des britischen Wohlstands sahen, und hat als Stützpunkt desselben gedient; nach dem Verbote des Sklavenhandels sind die genannten Kolonien Stützpunkte der Unterdrückung des Sklavenhandels geworden. Auch hat man von da ab wenig glückliche Versuche gemacht, befreite Neger dort anzusiedeln. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat man ernstlich erwogen, sich aus Westafrika zurückzuziehen. Dabei haben kostspielige Kriege, die man mit den Aschantis, den letzten noch 1873, zu führen hatte, mitgewirkt<sup>1)</sup>.

Zwei Ereignisse haben einen Umschwung in der Stellung Großbritanniens zu Afrika gebracht: der Bau des Suezkanals und Stanleys Durchquerung von Zentralafrika.

Der Bau des Suezkanals war die großartige Leistung des Franzosen F. de Lesseps. Schon Bonaparte hatte 1798 versucht, sich in den Besitz von Ägypten zu setzen, um Englands Seeherrschaft im Mittelmeer zu brechen und das britische Indien zu bedrohen. Die Seeschlacht bei Abukir hatte diese Pläne vereitelt. Sollte der Zugang nach Indien jetzt in den Händen Frankreichs bleiben?

In Ägypten herrschte als Vizekönig Ismail Pascha<sup>2)</sup>.

---

1) Siehe Alfred Zimmermann, Die Kolonialpolitik Großbritanniens. Berlin 1899. II, 12—83.

2) Siehe für das im Text Folgende Sir Alfred Milner, England in Egypt, zuerst London 1892, 7. Auflage, 1899. — Wilfrid Scawen Blunt, Secret History of the English Occupation of Egypt, geschrieben 1895, in 2. Auflage 1923 ver-

Schon sein Großvater Mehemet Ali hatte 1819 Truppen nach dem Sudan, dem Land der Schwarzen, gesandt, um Sennar und Kordofan zu unterwerfen. Der Victoria-Nyanza-See war 1858 durch Speke und der Albert-Nyanza-See 1864 durch Sir Samuel Baker entdeckt worden, und 1866 waren Suakin und Massowah vom Sultan Ägypten zugeteilt worden. Baker hat 1871 die Äquatorial-Provinzen für Ägypten erobert. Sein Nachfolger als Gouverneur derselben ist 1874 der General Charles Gordon geworden, den Ismails Traum von einem zentralafrikanischen Reiche begeisterte hatte. Er hat 1875 Darfur und Harrar für Ägypten annektiert, und Dampfer fuhren den Nil hinauf, um den Albert-Nyanza-See zu durchfurchen. Dagegen haben die Ägypter 1875 eine empfindliche Niederlage in Abessinien erlitten. Im Februar 1877 ist Gordon zum Generalgouverneur des ganzen Sudan ernannt worden, der eine Fläche 1300 englische Meilen lang und an seiner weitesten Stelle 1300 breit, umfaßt. Gordon eröffnete einen Kreuzzug gegen die Sklavenhändler, die von den Regierungsbeamten heimlich begünstigt wurden.

Es ist nötig diese Dinge, deren Kenntnisse zum Verständnis späterer Ereignisse unentbehrlich ist, schon hier zu erwähnen. Zunächst interessieren sie allerdings nur erst durch die großen Kosten, welche die Eroberung des Sudan und die versuchte Eroberung Abessiniens und mißglückte landwirtschaftliche Experimente verursacht haben. Doch sind die Ausgaben dafür vergleichsweise unerheblich gewesen gegenüber den Kosten, welche die Berausung der Sinne Ismails und andere Luxusbedürfnisse verursachten. Ismail ist einer der größten Verschwender gewesen, von denen die Geschichte erzählt, und hat selbst, was die Phantasie der Romanschreiber von Verschwendern erzählt, übertroffen. Als er zur Regierung kam, verfügte er über unbegrenzte Mittel, und die ganze Welt war bereit,

---

öfientlicht. Derselbe, Gordon at Khartoum, London 1911. Derselbe, My Diaries, 1888—1914. London 1918. — F. M. Sandwith, Egypt and the Egyptian Sudan, in The Cambridge Modern History, Bd. XII, 1920, 429—456.

ihm weitere zu leihen. Er hat in Europa Anlehen auf Anlehen aufgenommen und dabei für 100, die er verschrieb, nur 60 erhalten. Um den Verpflichtungen gegen seine Gläubiger zu genügen, hatte Ismail die Steuern auf das Vierfache erhöht. Aber das reichte nicht aus, und weitere Erhöhung der Abgaben war aussichtslos. Da hat er 1875 die noch in seinem Besitze befindlichen 176 000 Suezkanalaktien für 4 Millionen £ an England verkauft. Dadurch ist dieses Herr des Suezkanals geworden.

Der Ankauf ist ausschließlich durch Disraeli erfolgt, der damals Premierminister war und dem das Haus Rothschild die 4 Millionen vorschob. Er wurde weder von dem damaligen Außenminister Lord Derby, der seine Entlassung nahm, noch vom Publikum gebilligt. Noch hatte Disraeli seine Partei nicht für seine imperialistischen Ideen gewonnen. Der Verkauf ist für Ägyptens Unabhängigkeit verhängnisvoll geworden. Er hat sechs Jahre später zur militärischen Einmischung Großbritanniens und im weiteren Verlauf zu dessen völlige Beherrschung Ägyptens geführt.

Der ganze Vorgang ist typisch für die Art und Weise, wie das europäische Kapital die Herrschaft über den natürlichen Reichtum exotischer Länder und die Arbeitskraft von deren Bewohnern erlangt. Zunächst liefert man ihren barbarischen Beherrschern in verschwenderischer Weise die Mittel, um ihre durch die Berührung mit der europäischen Kultur gesteigerten Ansprüche zu befriedigen; wenn es zur Erfüllung der ihnen daraus erwachsenen Verpflichtungen kommt, besetzt man das Land der zahlungsunfähig Gewordenen und kartätscht dessen Bewohner, wenn sie ihre Unabhängigkeit aufrecht erhalten wollen. Dabei ist anzuerkennen, daß England zur Hebung des von ihm abhängig gewordenen Landes Außerordentliches geleistet hat im Unterschied von anderen Nationen, die bloß genommen und nichts gegeben haben.

Die Engländer haben nach dem Ankauf der Suezkanalaktien verschiedene Missionen nach Ägypten geschickt, um

die Finanzlage des Landes zu studieren<sup>1)</sup>. Sie waren in orientalischen Dingen unerfahren, wurden von Ismail getäuscht, und es gelang diesem, die Anerkennung seiner Privatschulden als Schulden des Landes durchzusetzen. So kam es, daß Ägypten, einem Lande mit ungefähr 6 Millionen Einwohnern, zumeist Bauern mit einem Besitze von weniger als 1 acre angebauten Bodens, eine Last von 7 Millionen £ jährlich aufgebürdet wurde, die nur mittels Peitsche und Auslieferung der Bauern an griechische Wucherer aufgebracht werden konnten. Tausende sind während des folgenden Winters Hungers gestorben. Es war klar, daß entweder der Khedive gehen oder der Zinsfuß herabgesetzt werden müsse. Das Erstere wäre das Bessere gewesen, aber es wurde im Interesse seiner auswärtigen Gläubiger vermieden; es wurde ein letzter Versuch gemacht, durch diplomatische Einmischung der Großmächte eine neue Vereinbarung zwischen Ismail und seinen Gläubigern zu erzielen.

Der Augenblick war für England günstig. Die Russen hatten 1878 im Frieden von San Stefano den Türken die Bedingungen auferlegt, um derentwillen diese den Schutz Englands anriefen. Darauf war die britische Flotte durch die Dardanellen ins Marmarameer eingedrungen, um die Russen von der Besetzung Konstantinopels abzuhalten. Dafür versprach der jugendliche Sultan Abdul Hamid dem britischen Botschafter Sir Henry Layard, Cypern an England zu verpachten, und England garantierte ihm die Integrität seiner asiatischen Besitzungen. Der Gedanke dabei war, England ein wirksames Protektorat über die asiatische Türkei zu verschaffen. Die britische Besitznahme von Cypern spielte dabei eine geringe Rolle, denn als Waffenplatz war es unbrauchbar; aber der Erwerb entsprach einer phantastischen Idee Disraelis. In seinem Jugendroman

---

1) Siehe für das Folgende W. S. Blunt in seiner *Secret History*. Aus der Vorrede, datiert vom April 1907, geht hervor, daß das Manuskript von dem Groß-Mufti von Aegypten Sheykh Mohammed Abdu einer Revision unterzogen worden ist.

Tancred hatte er von einem großen britisch-asiatischen Reiche geträumt, das in Erinnerung an Richard Löwenherz Cypren einschließen sollte, und der Jude liebte es, seine britische Gefolgschaft, die er verachtete, zur Verwirklichung seiner romantischen Einfälle zu überreden<sup>1)</sup>. Layard gedachte, durch das Protektorat über Kleinasien Rußland den Weg nach Indien zu versperren. Es war aber, wie Gladstone sich ausdrückte, eine „wahnsinnige Abmachung“, aus der auch praktisch nichts geworden ist.

Einen Monat nach ihrer geheimen Unterzeichnung trat auf Disraelis Betreiben in Berlin der Kongreß zur Korrektur des Friedens von San Stefano zusammen. Lord Beaconsfield (Disraeli) und Lord Salisbury, der an Stelle Lord Derbys Außenminister geworden war, hatten, bevor sie zum Kongreß gingen, zwei gesonderte Abkommen betreffend türkische Angelegenheiten getroffen, beide geheim, das eine mit Rußland, das andere, das erwähnte, mit der Türkei. Die Vereinbarung mit Rußland sicherte diesem den dauernden Besitz von Batum, wurde aber nach ihrer Meinung mehr als aufgewogen durch die der russischen Regierung unbekannte Abmachung, die dem Sultan den Rest seiner Herrschaft in Asien unter englischen Schutz stellte. Die beiden Verträge sind gleichzeitig im Auswärtigen Amt in London entworfen worden. Der mit Rußland wurde am 31. Mai unterzeichnet. An demselben Tage veröffentlichte das Londoner Abendblatt „Globe“ einen Auszug daraus, was am 3. Juni zu einer Anfrage im Oberhause führte, die Salisbury dahin beantwortete, daß die Angaben im „Globe“ nicht authentisch und des Vertrauens des Oberhauses nicht wert seien. Nichtsdestoweniger erweckten sie im Ausland Mißtrauen in die Ehrlichkeit Englands und führten zu Beginn des Kongresses zu dem Antrage, daß die Vertreter aller Mächte eine Erklärung abgeben sollten, daß ihre Regierung, durch keine geheime Abmachung über die strittigen Fragen gebunden, zu dem

---

1) Er erklärte, er lese oft im Tancred, nicht als in einem Roman, sondern als einem Lehrbuch politischer Weisheit.



Kongresse gekommen sei. Beaconsfield und Salisbury wurden durch den Antrag überrascht, gaben aber die verlangte Erklärung. Aber welches Staunen, als der „Globe“ am 14. Juni die Abmachung mit Rußland veröffentlichte, und am 8. Juli die Veröffentlichung der Konvention mit der Türkei nachfolgte. Das führte zur Verstimmung Waddingtons, der Frankreich auf dem Kongresse vertrat und seinen Koffer packte, um Berlin zu verlassen. Beaconsfield legte sich ins Bett und erschien vier Tage lang nicht im Kongreß. Dagegen erschien Salisbury kampfbereit. Aus den wiederholten Darstellungen bei Blunt<sup>1)</sup>, die in der Hauptsache, aber nicht in den Einzelheiten übereinstimmen, geht nicht hervor, wie es zur Beruhigung Waddingtons gekommen ist; nur das Endergebnis steht fest; es kamen die englischen Delegierten mit ihm überein:

1. daß Frankreich als Kompensation für die Erwerbung Cyperns durch England das Recht erhalten solle, bei der nächsten günstigen Gelegenheit Tunis ohne Widerspruch Englands zu besetzen;

2. daß bei der Regelung der finanziellen Angelegenheiten Ägyptens Frankreich *pari passu* mit England gehen solle;

3. daß England ausdrücklich den alten Anspruch Frankreichs auf Beschützung der lateinischen Christen in Syrien anerkennen solle.

Nichtsdestoweniger erklärte Beaconsfield, der als Preis für den Frieden mit Frankreich eine seinem Alliierten, dem Sultan, gehörige Provinz — Tunis — gezahlt hatte, nach seiner Rückkehr nach London, er bringe „Frieden in Ehren“.

Damit waren alle Abmachungen Layards mit dem Sultan über Kleinasien beendet, und daher datiert das anglo-französische Condominium über Ägypten während der nächsten Jahre.

---

1) Blunt, *Secret History* etc. p. 24 und Appendix 400. Derselbe, *Gordon at Khartoum*, 302, 321.

Sir Rivers Wilson war Finanzminister in dem anglo-französischen Ministerium. Er hatte das Haus Rothschild beredet, 9 Millionen £ zur Sanierung der ägyptischen Finanzen vorzustrecken, trieb nun die zur Verzinsung nötigen Steuern ein und setzte Ersparnisse durch, die das ganze Land gegen das Condominium aufbrachten. Auch der Khedive fühlte sich durch dasselbe in seiner Verfügungsfreiheit beschränkt und unterstützte, um das fremde Ministerium los zu werden, einen Aufstand, der im Februar 1879 losbrach. Das Ministerium wurde zum Rücktritt gezwungen. Doch Wilson wurde gerächt. Auf seiner Rückreise hat er in Paris das Haus Rothschild besucht und ihm vorgestellt, welche Gefahr seinen Geldern von den Vorgängen in Kairo und Alexandrien drohe; der Khedive beabsichtige die Einführung einer konstitutionellen Regierung, um von dieser die Verleugnung der ganzen ägyptischen Schuld vornehmen zu lassen. Das hat das Haus Rothschild veranlaßt, seinen großen Einfluß zugunsten einer Intervention geltend zu machen, zuerst in London wie in Paris vergeblich. Nun wandte es sich nach Berlin, und Berlin machte die britische und die französische Regierung aufmerksam, daß die deutsche Regierung sich der Gläubiger annehmen werde, wenn sie sich dazu außerstand fühlten. Das zog. Auf Drängen der Mächte hat der Sultan am 26. Juni 1879 nach Kairo telegraphiert „an Ismail Pasha, ehemals Khedive von Ägypten“, und auf Wilsons Rat wurde sein Sohn Tewfik Vizekönig von Ägypten.

Nach dem Sturze Ismails nahm das anglo-französische Condominium die Ordnung der ägyptischen Finanzen sowie der übrigen Verwaltungszweige in die Hand; Sorge machte nur der Sudan. Auch machten die Franzosen von der ihnen in Berlin gegebenen Zusage Gebrauch. Unter dem Vorwand, den Bey zu beschützen, überfielen sie im Mai 1881 Tunis, zwangen gewaltsam den Bey, einen Vertrag zu unterschreiben, und erklärten das französische Protektorat über Tunis. Darauf ergriffen in den östlichen Provinzen die Stämme der Wüste die Waffen; vor Mitte des Sommers verbreitete sich der Aufstand auf die Stämme der

algerischen Sahara; eine gegen das Christentum gerichtete Bewegung ergriff auch Ägypten. England nahm das Vorgehen Frankreichs schweigend hin.

Im Sommer 1881 hat auch die nationale Bewegung in Ägypten begonnen. Sie hatte in dem letzten verzweifelten Bemühen Ismails, sich an der Herrschaft zu erhalten, ihren Ursprung. Sein Nachfolger Tewfik hatte gleichfalls als Verfassungsfreund begonnen; aber unter dem Einfluß der fremden Konsulate, die von der Verfassung eine Gefährdung der 9 Millionen-Anleihe befürchteten, hatte er auf eine Verfassung verzichtet. Das hat zur Vorbereitung der Revolution von 1882 geführt. Die Armee war im Sudan geschlagen worden; die Soldaten hatten die Achtung vor ihrem Führer verloren; Gemeine und Offiziere bis hinauf zum Hauptmann erhielten keinen Sold. Da stellte der Oberstleutnant Ahmed Bey Arabi sich an ihre Spitze. Selbst ein geborener Fellah war er für Emanzipation der Fellachen. Als die Franzosen Tunis besetzten, kam die von ihm inszenierte Bewegung in Fluß. Sie war in erster Linie gegen die türkische Mißwirtschaft in Ägypten gerichtet, erst als die anglo-französische Kontrolle für deren Aufrechterhaltung offen Partei nahm, auch gegen diese. Der Khedive Tewfik aber war ein völlig unzuverlässiger Mann, der es gleichzeitig mit allen Parteien hielt, um durch Ausspielen der einen gegen die andere unumschränkt regieren zu können. Schließlich mußte er doch Arabi nachgeben, der der Führer der Fellachen und der populärste Mann in Ägypten geworden war. Tewfik versprach die Gewährung einer Verfassung. Darauf große Freude in Ägypten. Die nunmehr freie Presse richtete heftige Angriffe gegen die Mißbräuche, die unter Einfluß der anglo-französischen Finanzkontrolle in der Begünstigung der Fremden auf Kosten der hungernden Einheimischen stattfanden. Die Verwaltung der Domänen war ganz in die Hände der Vertreter des Hauses Rothschild übergegangen, und während die Ausländer Steuerfreiheit genossen, mußten die armen Fellachen jährlich £ 9000 zur Subvention der europäischen Oper in Kairo aufbringen;

dazu kam die Entrüstung über den Überfall von Tunis durch die Franzosen und deren Profanation der dortigen Moscheen.

In Frankreich war Gambetta Premierminister geworden und in England sein intimer Freund Sir Charles Dilke Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte. Gambetta, der Freiheitsheld, sah in der nationalen Bewegung in Ägypten eine Bedrohung der französischen Gläubiger, Dilke aber wollte von Gambetta die Erneuerung des englisch-französischen Handelsvertrags. Die Zusage derselben war nur zu erreichen, wenn sich England bereit erklärte, eine gemeinsame englisch-französische Drohnote an Ägypten zugunsten der Herrschaft Tewfiks zu unterschreiben. Dilke verkaufte die Freiheit Ägyptens gegen Erneuerung des englisch-französischen Handelsvertrags. Die Drohung Gambettas mit der Landung einer französische Armee und einer Flottendemonstration Englands empörte die Ägypter und wurde dem Frieden verhängnisvoll. Drei Wochen darauf wurde Gambetta gestürzt; Dilke erhielt, wie schon gesagt<sup>1)</sup>, nicht seinen Handelsvertrag, und unter dem Einfluß des französischen Finanzkontrolleurs wurde in dem Regierungsentwurf der Verfassung dem ägyptischen Parlamente das Budgetrecht nicht gewährt. Die anglo-französische Finanzkontrolle sollte nach wie vor das Budget im Interesse der Gläubiger Ägyptens feststellen. Die Haltung der beiden Finanzkontrolleure wurde der nationalen Partei feindlich.

Nichtsdestoweniger hat die nationale Bewegung den Rücktritt des ihr feindlichen Ministeriums zugunsten eines nationalen mit Arabi als Kriegsminister erzielt. Nach Gambettas Sturz hat Gladstone warm zugunsten der Freiheit Ägyptens geschrieben; aber der britische Finanzkontrolleur hat seine der nationalen Partei feindliche Haltung fortgesetzt. Es wurden von dieser Seite Lügen über Arabi erfunden, die von den eine Intervention gegen die Nationalisten fordernden Londoner Finanzmännern weiter ver-

---

1) Oben S. 45.

breitet und in ganz Europa geglaubt wurden. Nun entwickelte sich das Intriguenspiel zwischen den Vertretern des Hauses Rothschild, das durch das 9 Millionen £ Anlehen an der Niederhaltung der Selbständigkeitsbestrebungen der Ägypter interessiert war, und den Vertretern der nationalen Bewegung weiter. Frankreich, das durch Gambettas Bestehen auf der gemeinsamen Drohnote die Entrüstung der nationalen Bewegung entflammt hatte, versagte, als es zur Ausführung der Drohung kam. Gladstone, obwohl der Freiheit Ägyptens in seinem Herzen geneigt, wurde durch die Rücksicht auf seine irische Politik bestimmt, dem Drängen seiner imperialistisch gestimmten Kollegen im Kabinett nachzugeben. Es kam zur Entsendung der britischen Flotte nach Ägypten, zum unautorierten Bombardement Alexandriens durch den britischen Admiral, zum Ausscheiden John Brights aus Gladstones Ministerium, zur darauf folgenden Landung eines britischen Heeres unter Sir Garnet Wolseley, zur Erstürmung von Arabis Lager in der Wüste Tel-el-Kebir und zur Exilierung Arabis nach Ceylon.

Auf die Besetzung Ägyptens 1882 ist 1884 die von Somaliland durch die Briten gefolgt. Mit Aden am entgegengesetzten Ufer des Roten Meers standen beide Enden des Kanals unter britischer Herrschaft. Der Gegensatz dieses Interesses Großbritanniens an der Beherrschung des Suezkanals als des Weges nach Indien sowie des Interesses der Gläubiger Ägyptens an der Verzinsung und Sicherheit der ägyptischen Anlehen zu den Selbständigkeitsbestrebungen des erwachten Ägyptens hat den weiteren Verlauf der Geschichte der Engländer in Ägypten bestimmt. Denn die nationale Bewegung der Ägypter hat mit der Besiegung Arabis nicht aufgehört. Sie besteht bis zum heutigen Tage.

Das Interesse Englands und der von ihm vertretenen Gläubiger Ägyptens ist dabei aufs engste mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes verknüpft gewesen. Das der nationalen Bewegung ging außer auf eine den ethischen Bedürfnissen der aufstrebenden Bevölkerung entsprechende



Selbstregierung auf deren Schutz gegen kapitalistische Ausbeutung. Das Große, was England zur Hebung des Landes getan hat, wird von Milner in seinem Buche „England in Ägypten“ dargelegt; die Geschichte, wie die Engländer entgegen wiederholter Erklärungen, sich aus Ägypten zurückziehen zu wollen, dort geblieben sind und alle Bestrebungen freiheitlicher Entwicklung vereitelt haben, zeigen Blunts Buch über „Gordon in Khartoum“ und seine Tagebücher. Doch bevor ich davon spreche, muß ich von den Wirkungen des anderen Ereignisses reden, das Großbritannien zur Veränderung seiner Stellung zu Afrika geführt hat, von den Wirkungen des Eintreffens Stanleys am 8. August 1877 am unteren Kongo, nachdem er Afrika vom Osten her durchquert hatte.

3. Schon seit Beginn der siebziger Jahre waren die Franzosen und die Belgier als Bewerber um afrikanische Kolonien aufgetreten, während Bismarck, als es sich 1871 um den Frieden mit Frankreich handelte, alle Anregungen, französische Kolonien zu erwerben, abgelehnt hat. Er hat gemeint, Kolonien seien für Deutschland wie Zobelpelze in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben. Dagegen haben die Franzosen nach dem Frankfurter Frieden allenthalben in Westafrika Stationen neben den englischen Besitzungen angelegt, welche diese mehr und mehr von ihren Bezugs- und Absatzmärkten im Innern abschnitten. Die Versuche der englischen Regierung, dieser Umklammerung durch den Austausch britischer gegen französische Ansiedlungen zu begegnen, sind am Widerstand der Missionare der verschiedenen christlichen Konfessionen gescheitert. Die englische Regierung hat dann die Sache nicht weiter verfolgt, da sie, wie schon gesagt, damals sich aus Westafrika zurückziehen bereit war. Auf die Franzosen sind als neue Mitbewerber um Afrika die Belgier gefolgt.

Schon Leopold I. hatte sich bemüht, durch Erwerbung einer Kolonie sei es in Südamerika, Asien oder Afrika Ersatz zu schaffen für den durch die Trennung von Holland verursachten Verlust des Absatzes in die niederländischen

Kolonien. Das war nicht gelungen. Leopold II. nahm die Pläne seines Vaters wieder auf. Englische und deutsche Forscher vor allem hatten um der Erkenntnis willen in der Entschleierung der Geheimnisse des inneren Afrikas Großes geleistet. Es war durch sie festgestellt worden, daß die Gebiete der afrikanischen Seen große Mengen von Elfenbein enthielten und von nicht völlig unzivilisierten Völkern bewohnt seien, mit denen sich ein aussichtsreicher Handel eröffnen ließ. Diese Gebiete waren noch von keiner europäischen Macht in Besitz genommen. Auf sie richtete der belgische König sein Augenmerk. Im September 1876 hat er Gelehrte und Forscher nach Brüssel eingeladen, um über Mittel und Wege zur Erschließung Afrikas zu beraten<sup>1)</sup>. Das Ergebnis war die Gründung der Association internationale d'Afrique. Die Gesellschaft begann damit, Stationen zwischen der ostafrikanischen Küste und dem Tanganyikasee anzulegen, um so eine Straße ins Innere zu schaffen. Da kam die Nachricht von dem Erfolge von Stanleys Durchquerung Afrikas. Der Erfolg seiner Reise hat eine völlige Revolution sowohl in unserer Kenntnis Afrikas als auch in der afrikanischen Kolonialpolitik herbeigeführt.

Bis dahin war die Karte von dem Inneren Afrikas ein weißer Fleck. Nunmehr bedeckte sie sich mit den Namen vorher ungeahnter Flüsse, Gebirge und Völker, und es entstand unter den europäischen Mächten ein Wettlauf, sich der neu entdeckten Gebiete zu bemächtigen. Leopold II. nahm Stanley sofort in den Dienst seiner Association, und Stanley begab sich 1879 und 1882 in deren Auftrag nach Afrika zurück, um mit den an den Ufern des Kongo wohnenden Häuptlingen Verträge über Landabtretung zu schließen. Damit erlangte die „Internationale Gesellschaft“ ein ungeheures Gebiet, setzte eine Regierung ein, hißte ihre eigene Flagge, die von dem Präsidenten der

---

1) Es gehörten dazu u. a. Sir Bartle Frere, Sir Henry Rawlinson, William Mackinnon, Sir Fowell Buxton, Ferdinand von Hochstetter, Dr. Nachtigall, Baron Richthofen, Schweinfurth, G. Rohlfs, Baron Lambermont, Banning.

Vereinigten Staaten zuerst anerkannt wurde. Inzwischen war es durch eifrige Bearbeitung der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt gelungen, diese über die Zwecke des Königs irrezuführen. Er wurde in wissenschaftlichen Kreisen als der große Kulturträger gefeiert, der sein Geld für ein Unternehmen opfern wolle, das der ganzen Menschheit zugute kommen. Aber schon 1880 ist die Association zu einer rein belgischen geworden, die ihren Einfluß über das ganze Kongobecken ausdehnte, und es wurde klar, daß der König danach strebte, von den Mächten die Anerkennung des Kongounternehmens als selbständiges Staatswesen zu erreichen.

Dem ist England entgegengetreten. Es hat im Februar 1884 den Versuch gemacht, durch einen Vertrag mit Portugal, welches während Jahrhunderten das Mündungsgebiet des Kongos besessen hatte und seine Ansprüche darauf aufrecht hielt, sich zum Herrn der Kongomündung zu machen. Aber weder Frankreich noch Deutschland, das sich nunmehr nicht mehr bloß wissenschaftliche Verdienste um die Erforschung Afrikas erwerben, sondern davon auch wirtschaftlichen Nutzen ziehen wollte und sowohl im Südwesten als auch im Osten Afrikas Ansprüche erhob, haben dies anerkannt; andere Mächte folgten ihrem Vorgehen. Darauf ist England von dem Vertrage zurückgetreten, und es kam Ende 1884 zu der internationalen Kongokonferenz in Berlin, auf der der „Freistaat Kongo“ geboren wurde. Art. 1 der Verfassung, die ihm die Berliner Konferenz gab, besagt: „Der Handel aller Nationen soll vollständig frei sein“. Art. 5 schließt jedes Monopol und jedwede Erteilung von Handelsbegünstigungen aus und sichert allen Fremden, ohne Unterschied der Nation, Freiheit der Person, des Erwerbs von Eigentum an beweglichem und unbeweglichem Gute und des Gewerbbetriebs. Im Art. 6 verpflichteten sich alle Mächte, die Souveränitätsrechte oder Einfluß im Kongogebiet ausübten, über die Erhaltung der Stämme der Eingeborenen zu wachen und für die Hebung ihrer moralischen und materiellen Lage Sorge zu tragen und zur Unterdrückung der Sklaverei und besonders des

Sklavenhandels Hilfe zu leisten, und alle religiösen, wissenschaftlichen und mildtätigen Institutionen und Unternehmungen, die zu diesen Zwecken geschaffen oder organisiert sind, oder die die Bildung der Eingeborenen und ihre Einführung in die Segnung der Zivilisation bezwecken, ohne Unterscheidung von Glauben oder Nation zu schützen und zu begünstigen.

Aber schon wenige Monate später, im Juli 1885, begann der Mißbrauch der dem Kongostaate zuerkannten Rechte.

Alle Mächte, die auf Grund von Verträgen oder als Eroberer von Teilen Afrikas Besitz genommen haben, haben sich als Rechtsnachfolger der Völkerschaften betrachtet, welche diese bis dahin als Gesamtheit besessen hatten, und haben alle nicht im Sondereigentum Einzelner oder von Familien oder Stämmen stehenden Ländereien als herrenloses Gut für Kronland erklärt und dem Staate das Eigentum daran zugesprochen. So auch der Kongostaat. Aber einen Monat nach der Anerkennung des Kongostaats hat Leopold sich zum Souverän desselben erklärt, und während die Eingeborenen für ihr Leben auf den Ertrag ihres Landes angewiesen waren, haben die Dekrete, die er als solcher in den Jahren 1886 bis 1888 erlassen hat, die Eingeborenen in der Verfügung über ihr Land aufs äußerste beschränkt. Der König, der sich auf der Brüsseler Konferenz der Entdecker und Gelehrten für „persönlich ganz uninteressiert“ erklärt hatte, hat sich so zum absoluten Herrn über rund eine Million englische Quadratmeilen gemacht. Aber noch Schlimmeres sollte kommen. Durch weitere Dekrete hat er alle Produkte des Landes als der Regierung gehörig, die Eingeborenen, die sie sammelten, um sie an Weiße zu verkaufen, für Diebe und die Weißen, die sie ihnen abkauften, für Hehler gestohlenen Gutes erklärt. Entsprechende Strafen wurden für Diebe und Hehler festgesetzt. So hat der zum Schutzherrn der Eingeborenen ernannte König mit wenigen Federstrichen die Besitzrechte der Eingeborenen am Land und seinen Produkten beseitigt, Millionen freier Männer und Frauen zu Sklaven gemacht und die übrige

Welt des Rechts, Gummi und Elfenbein von ihnen zu kaufen, beraubt; sich und seinen Freunden aber hat er den unermeßlichen Reichtum des Kongobeckens zugesprochen. Zu welchen Missetaten dies geführt hat, zeigt der Fall des englischen Kaufmanns Henry Stokes. Er hatte sich an den Rand des Kongowaldes begeben, um Elfenbein einzukaufen, wurde von dem belgischen Major Lothaire in dessen Lager eingeladen und hat sich dahin ohne jedweden Argwohn begeben. Mitten in der Nacht wurde er geweckt und ihm mitgeteilt, daß er durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilt sei, und bei Tagesanbruch von Lothaire eigenhändig gehängt. Als dies bekannt wurde, haben die empörten Proteste des englischen Parlaments über diese Verletzung der Bestimmungen der Kongoakte die britische Regierung genötigt, in Brüssel Klage zu erheben. Die belgische Regierung hat darauf Lothaire vor Gericht gestellt; er wurde freigesprochen und befördert<sup>1)</sup>.

4. In vollem Gegensatz zur Eingeborenepolitik des Königs Leopold ist die Großbritanniens seit Beginn des 19. Jahrhunderts gewesen. Wir haben die großartige Bewegung kennengelernt, die seit Ende des 18. Jahrhunderts sich gegen den Sklavenhandel gerichtet und die 1834 in der Abschaffung der Sklaverei innerhalb des britischen Reichs triumphiert hat. Die Männer, denen dieser Fortschritt zu danken ist, sind von religiösen Gesichtspunkten getragen gewesen. Die gleiche Gesinnung, die zur Abschaffung der Sklaverei und zur Verfolgung des Sklavenhandels in Afrika und Asien geführt hat, hat sich dann der Fürsorge für die Eingeborenen in rückständigen Weltteilen zugewandt, um zu hindern, daß sie in ihrer Heimat einer Beraubung und Tyrannei unterworfen würden, die hinter der Sklaverei

---

1) Siehe Correspondence and Report from His Majesty's Consul at Boma respecting the Administration of the Independent State of the Congo. Cd. 1913, London 1904. — Sir Harry Johnston, The Uganda Protectorate. London 1904, I, 231. — Die verschiedenen Schriften E.D. Morel's über die Kongogreuel. — Raymond Leslie Buell, The Native Problem in Africa, New York 1928, II. 435 ff.



kaum zurückstanden. Wir haben gesehen, wie die britischen Missionsgesellschaften und die von ihnen beeinflussten britischen Kolonialminister aus Rücksicht für das Wohl der Eingeborenen sogar der Ansiedlung von Briten in Australien und Neuseeland ernste Hindernisse bereitet haben und insbesondere ängstlich besorgt gewesen sind, die Eingeborenen in ihrem Landbesitze zu schützen. Die oben<sup>1)</sup> wiedergegebene Instruktion Wakefields zum Schutze der Eingeborenen zeigt eine mustergültige Vereinigung menschenfreundlicher Fürsorge für die Eingeborenen mit Fürsorge für die Interessen der Ansiedler. Der Artikel 6 der Kongoakte ist noch ein Ausfluß der gleichen Gesinnung.

Aber die wirtschaftliche Krisis, die nach dem Krach von 1873 die Welt beunruhigte, hat auch auf die Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien zurückgewirkt. Ich habe ich im 66. Kapitel erzählt, daß diese Krisis in den kontinentalen Ländern Europas zur Entstehung des Neomerkantilismus geführt und welchen Einfluß dies auf England gehabt hat. Dazu kam, daß der Sozialismus dem Gewinnstreben der kapitalistischen Welt in allen modernen Ländern Schranken zog. Daher waren die Kapitalisten und die von ihnen beeinflussten Regierungen mehr und mehr darauf aus, Länder ohne freie Verfassungen auszubeuten. Die Entdeckung des inneren Afrikas durch Stanley eröffnete unerhörte Perspektiven. Gleichzeitig fanden Entdeckungen statt, welche die Gefahren, denen Leben und Gesundheit der Europäer in den Tropen ausgesetzt sind, minderten. Das hat das Wettrennen des europäischen Kapitals um Besitznahme von tropischen Gebieten verstärkt. Das Sinken der Gewinne als Folge der zunehmenden internationalen Konkurrenz hat allenthalben das Streben hervorgerufen, sich den billigsten Bezug der benötigten Rohstoffe, besonders von Baumwolle, Ölen und Kautschuk, und neue Absatzmärkte zu sichern. Wir finden seit Beginn der achtziger Jahre unter den um tropische Gebiete konkurrierenden Nationen nun auch die Deutschen, und die Angst vor ihrer Tätigkeit, die wir schon

---

1) Oben S. 152 ff.

bei Erörterung der schutzzöllnerischen Bestrebungen in Großbritannien kennen gelernt haben, begegnet uns als einflußreicher Faktor nun auch auf kolonialem Gebiete. Auf der Berliner Kongokonferenz ist nicht nur der Freistaat Kongo anerkannt, sondern es sind im Interesse des Friedens auch die Einflußsphären der verschiedenen in Afrika konkurrierenden Mächte festgestellt worden.

Die Eingeborenen Afrikas haben bei diesem Einverständnis der Europäer nicht gewonnen. Ihr einziger Schatz war ihr Land; mit ihm ist ihr ganzes Leben in jeder Beziehung verwachsen gewesen. Wie der Amerikaner Buell in seinem großartigen Werke über das Eingeborenenproblem in Afrika schreibt<sup>1)</sup>: So lang das Land dem Volke gehörte und von seinem Oberhaupte verteilt wurde, hatte dessen Autorität eine wirtschaftliche Grundlage, und das Volk konnte sich selbst genügend innerhalb der Grenzen des Stammesgebiets erhalten. So verankert hatte die Bevölkerung dauernde Sitze. Das Eindringen der Europäer, die sowohl Land als auch Arbeit verlangen, hat diesen Zustand gestört. Indem sie das Recht auf ausgedehnte Ländereien erlangten, die ehemals von Stämmen der Eingeborenen besessen waren, oder große Mengen von Eingeborenen zu Lohnarbeitern, die fern von ihrer Heimat unter künstlichen Bedingungen leben, herabdrückten, wurde die ganze Stammesorganisation aufgelöst. Seit der Kongokonferenz hat die Vorstellung um sich gegriffen, daß die Völker der Tropenwelt hinter den Europäern in jeder Beziehung so sehr zurückständen, daß ihnen die Ausbeutung des überströmenden Reichtums ihres Landes nicht überlassen werden könne. Wenn dementsprechend die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung als das Ziel der europäischen Besitznahme Afrikas angegeben wird, sagt der Kapitalist, daß die Stammesorganisation zu weichen hat, wenn sie mit diesem Ziel sich nicht verträgt. In der europäischen Welt hat der Kapitalismus die frühere Art des Lebens gleichfalls aufgelöst; aber sie hat mehrere Jahrhunderte

---

1) Buell, I, 750 ff.

Zeit gehabt, sich der neuen Art anzupassen und ein System auszuarbeiten, das ihre Kultur gegen die ihr aus dem fortschreitenden Kapitalismus erwachsenden Gefahren schützt; den dunkeln Völkern Afrikas ist zugemutet worden, die neue Zivilisation in fünfundzwanzig Jahren zu verarbeiten. Die europäische Welt hat ihr Schicksal, nicht behindert durch einen äußeren Zuchtmeister, ausgearbeitet; der afrikanischen Bevölkerung war dies versagt; ihre Geschicke sind in der strengen Hand relativ „fortschrittlicher“ Europäer, die darauf aus sind, die Schwarzen ihren egoistischen Zwecken dienstbar zu machen.

In Großbritannien haben die Missionsgesellschaften und die Gesellschaft zum Schutze der Eingeborenen, sowie die Tradition des Kolonialamts die Eingeborenen vor solch schreiender Vergewaltigung wie der des Kongofreistaats bewahrt. Doch ist es seit dem Anwachsen des Imperialismus auch hier schwieriger geworden, die Erwerbsgier der Kolonisten zu zügeln. Diese finden sich in steter Opposition zu den vom Kolonialamt zum Schutze der Eingeborenen erlassenen Anordnungen, und die Gouverneure der Kolonien, welche den Anordnungen des Ministeriums Geltung zu verschaffen haben, sehen sich zerrieben zwischen ihrem Pflichtgefühl und dem mitunter bis zur Rebellion schreitenden Widerspruche der Ansiedler.

In England tauchen nun wieder Gesellschaften auf, die von der Regierung verlangen, daß sie ihnen, ähnlich wie sie dies im 16., 17. und 18. Jahrhundert den großen Handelsgesellschaften getan, durch königlichen Freibrief das Recht erteile, ein von ihnen besetztes Gebiet namens der britischen Krone zu regieren. Damit wird dieses ein Teil des britischen Reichs und steht unter dessen Schutz.

Gesellschaften in Südastralien und Neuseeland, denen die Regierung dieses Recht erteilt hatte, haben allerdings keinen Erfolg gehabt<sup>1)</sup>. Aber sie waren keine Handelsgesellschaften; bei ihnen hat es sich um Kompagnien gehandelt in Gegenden, in denen das Klima den Europäern

---

1) Siehe oben S. 143 ff., 156 ff.

gestattet, sich dauernd anzusiedeln. In den Tropen dagegen war die Hauptaufgabe, wie Taubman Goldie es ausgedrückt hat<sup>1)</sup>, „einen Zustand zu schaffen, der genügende Sicherheit für Schaffung eines großen Handels und der unentbehrlichen Verkehrswege bietet. Ist das erreicht, so ist der Zeitpunkt für Übernahme der Kompagnie durch die Reichsregierung gekommen“. Die britische Regierung aber, die, um den Steuerzahler nicht zu belasten, von der Gründung neuer Kolonien nichts wissen wollte, hatte nichts dagegen, daß Private die Gründungskosten bestritten, und die Kolonie, wenn die Gründung geglückt war, zu übernehmen. So sind kurz nachdem 1869 mit der Hudson Bay-Company die letzte der alten privilegierten Kompagnien erloschen war, neue entstanden, die sich von den alten nur durch das Fehlen eines ihnen verliehenen Monopols im Handelsbetrieb unterschieden.

Die erste dieser privilegierten Handelsgesellschaften war die von Sir Alfred Dent ins Leben gerufene British-North-Borneo-Company; sie hat am 1. November 1881 von der Krone den gewünschten Freibrief erhalten. In Afrika hat als erste Gesellschaft britischer Kaufleute, die der englischen Kaufleute einen Freibrief erhalten, die ein früherer Offizier des königlichen Ingenieurkorps, Taubman Goldie, in Nigerien ins Leben gerufen hat<sup>2)</sup>.

Ausgangspunkt der daraus hervorgegangenen Nigerkolonie war der Hafen von Lagos, einst ein Hauptsitz des Sklavenhandels. Die Briten haben ihn 1861 gekauft, um die Sklavenausfuhr zu hindern. Jenseits des Hafens lag der dichte Gürtel Moorland von Südnigerien, in dem der Ölfrucht tragende Palmbaum wächst. Hinter diesem tropischen Wald, in Nordnigerien findet sich ein mehr offenes, anbaufähiges Land. Vom Norden sind Araber in Nigerien eingedrungen und haben einen beträchtlichen Karawanen-

---

1) Zitiert von Egerton, 466.

2) Siehe darüber A. Zimmermann, Die Kolonialpolitik Großbritanniens II, 119, 123. — Knowles, Economic Development etc. 484—497. — Raymond Leslie Buell, The Native Problem in Africa, New York 1928, I 645—781.

handel betrieben; ihr Vordringen nach dem Süden hat die Tsetsefliege, der ihre Pferde zum Opfer fielen, gehindert. Der Süden war das Land der dem Fetischdienst mit blutigen Menschenopfern huldigenden Ureinwohner. Hier haben britische Firmen in Öl und Palmkernen Handel getrieben. 1879 hatten sie unter der Konkurrenz von Franzosen zu leiden, die zwei große Gesellschaften gegründet hatten. Da hat Taubman Goldie, der 1877 den Sudan bereist hatte und 1879 im Interesse einer der britischen Firmen, an der seine Familie beteiligt war, nach Nigerien gekommen war, die verschiedenen britischen Firmen veranlaßt, sich zur Nationalen Afrikanischen Kompagnie zu sammenzutun. Diese hat ihre Preise herabgesetzt und die dortigen Erzeugnisse höher bezahlt und, nachdem die französischen Gesellschaften so dem Ruine nahe gebracht waren, deren Aktien aufgekauft. So kamen die Briten in den alleinigen Besitz von Unternigerien, das auf Grund davon auf der Berliner Kongokonferenz von 1884 Großbritannien zugesprochen und das britische Protektorat an dem Ölflusse geworden ist.

Die Niger-Kompagnie erkannte, daß die Rentabilität ihres Küstenhandels davon abhing, daß sie ihren Einfluß auf das Hinterland ausdehnte. Sie schloß eifrig Verträge mit Häuptlingen. Da sie aber keine international anerkannte Stellung hatte, verlangte sie von der Regierung einen königlichen Freibrief und erhielt ihn 1886, nachdem Taubman Goldie gedroht hatte, er werde sonst die Gesellschaft an eine fremde Macht verkaufen. Der Freibrief hat die Gesellschaft, die fortan The Royal Niger Company hieß, tatsächlich zu einem Agenten der britischen Regierung gemacht. Wenn sie fortan einen Schutzvertrag mit einem Häuptling abschloß, galt der Vertrag als ein von der Regierung abgeschlossener Vertrag. Der Freibrief gestattete ihr, Steuern und Bezahlung der Verwaltungskosten zu erheben; aber sie sollte kein Monopol haben, und die Schifffahrt auf dem Niger sollte frei sein. Indes die Gesellschaft verlangte von ihren Beamten, daß sie £ 1000 Sicherheit gaben, daß sie weder mündlich noch schriftlich ohne Zu-



stimmung der Gesellschaft irgend etwas über das Nigergebiet veröffentlichten, so daß sie tatsächlich doch ein Monopol erlangt hat<sup>1)</sup>).

1896 hat Sir Frederic Lugard den Briten durch einen Vertrag mit dem Sultan von Borgu das mittlere Nigergebiet gesichert. Unter dem Kolonialminister Chamberlain wurde 1897 die westafrikanische Grenztruppe gebildet, die von der Regierung bezahlt wurde. Klagen über das von der privilegierten Gesellschaft geübte Monopol haben 1899 dazu geführt, daß eintrat, was Goldie als das Endziel der privilegierten Gesellschaften bezeichnet hatte: die Gesellschaft ist vom Staate für £ 865 000 aufgekauft worden; sie übermachte der Regierung alle ihre Verträge, ihr Land, ihre Bergwerke und behielt nur ihre Waren und Warenhäuser. 1900 ist auch Nordnigerien britische Kronkolonie geworden. Die Niger-Kompanie hat 1900 eine Dividende von 145 Prozent verteilt und auch, nachdem sie bloß mehr Handelsgesellschaft war, gute Geschäfte gemacht. Sie ist im Unterschied zu anderen privilegierten Gesellschaften ein großer finanzieller Erfolg gewesen. Es sind dann auch andere große Firmen zum Handelsbetrieb am Niger erschienen, so Levers und die Afrikanische und Ost-Handels-Korporation; Levers haben 1920 die Nigergesellschaften aufgekauft<sup>2)</sup>).

Gleichzeitig mit der Übernahme Nigeriens durch die Regierung hat sich die wirksame Bekämpfung der Malaria verbreitet. Das ist dem Lande in jeder Hinsicht zugut gekommen, auch in der Möglichkeit, bessere Beamte zu beschaffen. Während bis dahin eine Reise dahin so viel wie ein Todesurteil galt, standen nun Persönlichkeiten von weit größerem Werte zur Verfügung.

Es wurden nun von der Regierung Eisenbahnen gebaut. Das war nötig, um die Stromschnellen des Niger zu umgehen. Gleichzeitig bot es Ersatz für Neger als Träger der Produkte zur Küste, an denen es nach Aufhebung der

---

1) Siehe Knowles, a. a. O. 488.

2) Ebenda S. 490.

Sklaverei fehlte, und gab den freigewordenen Nigern lohnende Beschäftigung beim Bahnbau. Auch wurde dadurch die Vereinigung von Nordnigerien, Lagos und Südnigerien zu einer Kolonie ermöglicht.

Die Annexion durch den Staat hat in Nigern Ordnung geschaffen. Es wurden Steuern, um die Kosten der Verwaltung zu decken, erhoben, zuerst Naturalsteuern, dann Steuern in Geld. Die Herstellung von Münzen ermöglichte die Ersetzung des Naturaltauschs durch Verkauf. Was aber die britische Verwaltung Nigerns vor allem auszeichnet, ist ihre Ordnung der Landfrage. Sie ist in den verschiedenen Teilen Nigerns entsprechend der Verschiedenheit ihrer Verhältnisse verschieden. In allen aber berücksichtigt sie im Gegensatz zu der unter dem Einfluß des wachsenden Imperialismus entstandenen Landordnung in Ost- und Südafrika, in weitgehendstem Maße die Interessen der Eingeborenen<sup>1)</sup>.

Im Jahre 1908 ist die Verwaltung von Nordnigerien in die Hand einer Anzahl Beamter gelangt, die sich zu den Lehren von Henry George bekannten. Ein Ausschuß von Anhängern derselben wurde vom britischen Kolonialminister beauftragt, die Landordnung zu studieren, die in Nordnigerien einzuführen sei. Er beschloß, daß alles Land des Protektorats der Regierung als Treuhänder der Eingeborenen übertragen werden und kein Anspruch an Land gültig sein solle ohne Zustimmung der Regierung. Dementsprechend erging eine Verordnung, die alles Land der nördlichen Provinzen, gleichviel ob in Besitz oder nicht, Eingeborenenland sei, alle Rechte daran der Kontrolle und Verfügung der Regierung unterworfen sein, von ihr für Nutzung und das gemeinsame Wohl der Eingeborenen verwaltet werden und keinerlei Anspruch auf Besitz und Nutzung solchen Landes ohne Zustimmung der Regierung gültig sein solle. Alles Land kann dort heute vom Gouverneur veräußert werden, sowohl an Eingeborene wie an Europäer, nur ist er dabei an das Recht und Herkommen

---

1) Buell, I, 752—765.

der Eingeborenen gebunden. Er hat zu beachten, daß den Eingeborenen genügend Land zu ihrem Unterhalt und dem ihrer Familien gesichert sei und erhalten bleibe. Allerdings ist der Gouverneur der alleinige Richter, ob eine Veräußerung von Land mit diesen Beschränkungen übereinstimmt.

In Südnigerien ist zwischen der Kolonie Lagos und dem Protektorate zu unterscheiden.

In Lagos sind 1863 seitens der Regierung Untersuchungen angestellt worden, wer die rechtmäßigen Landbesitzer seien. Man fand, daß 3500 bis 4000 Eingeborene amtliche Bescheinigungen hatten, die sie als Eigentümer anerkannten. Diese können ihr Land uneingeschränkt verkaufen oder verpfänden. Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, daß mitunter das zu freiem Eigentum übertragene Land von einer Familie als Familieneigentum besessen wird. Es sind daraus viele Prozesse erwachsen, und Advokatschliche haben den Eingeborenen viel Schaden gebracht. Als Großbritannien Lagos annektierte, ist der Besitz an allem noch nicht angeeignetem Lande in das Eigentum der Krone übergegangen. Besonders bemerkenswert ist, daß durch Richterspruch entschieden wurde, daß zu dem Sondereigentum, das die Regierung nicht antasten darf, auch die Gemeindeländereien der Eingeborenen gehören. Dadurch sind diese gegen Einmischungen der Regierung in ihren Besitz, wie sie unter dem Einfluß des Imperialismus später in Rhodesia stattgefunden haben, geschützt.

Abermals anders ist es in dem dichtbevölkerten Protektorate Südnigerien. Hier gibt es keine Ansprüche der Krone an das Land auf Grund der Eroberung. Alles Land gehört hier den Eingeborenen außer solchem, das die Regierung gegen Entschädigung auf dem Wege der Enteignung für öffentliche Zwecke an sich genommen hat. Für Land, das in der vorausgegangenen Anbauperiode während sechs Monaten nicht genutzt worden ist, wird keine Entschädigung gezahlt. Für genutztes Land, das die Regierung enteignet, zahlt sie den Marktpreis mit einem

Zuschlag von 10 Prozent. Der Gouverneur hat kein Recht, Kronland zu verkaufen; aber er kann es verpachten. Als Regel geschieht die Verpachtung für 45 Jahre.

Die Regierung hat nicht einmal die Wälder als Staatseigentum in Anspruch genommen. Wo sie eine Waldreservation anlegen will, geschieht die Anlage auf Grund von Verhandlungen mit den Eingeborenen, in deren Gemarkung die anzulegende Reservation liegt. Gestattet die Regierung jemandem, die Erträge eines Waldes auszubeuten, der von der Gemeinde als Eigentum eines Individuums oder einer Familie anerkannt wird, so erhalten diese Gebühren (Royalties); in allen anderen Fällen wird ein Drittel der Gebühren an die tatsächlichen Inhaber des Lands, die am meisten von der Ausbeutung berührt werden, die übrigen zwei Drittel werden an das Eingeborenenvermögen entrichtet. An die Stelle des früher üblichen Abbrennens der Wälder ist 1916 rationeller Waldschutz getreten.

Auch dagegen, daß die Eingeborenen ihr Land unter Verletzung des Eingeborenenrechts und in Unkenntnis seines Werts verkaufen, ist ihnen Schutz zuteil geworden. Doch gelten die angeordneten Beschränkungen nicht für Verkäufe seitens Eingeborener an Eingeborene des Protektorats, sondern nur für Verkäufe an Fremde. An Schwarze, die fremden Stämmen angehören, darf nur mit Zustimmung des Stammeshaupts verkauft werden.

Mit der Entwicklung des Handels und der Zunahme der Rentabilität bei Anbau neuer Produkte ist eine Wandlung von Gemeineigentum zum Sondereigentum Einzelner vor sich gegangen, und damit eine Zunahme der Landverkäufe.

Aber Nigerien ist nicht nur ein Land, das Palmöl, Palmkerne, Kakao, Grundnüsse und Baumwolle, d. h. landwirtschaftliche Produkte ausführt, das europäische Kapital hat sich auch seines Mineralreichtums bemächtigt. Nigerien ist das an Zinn zweitreichste Land der Welt. Seine Zinnausfuhr ist von 1913 bis 1925 von 4142 Tonnen auf 9293 im Werte von £ 1 737 578 gestiegen. Auch gibt es

Goldbergwerke im Norden und Kohlenbergwerke im Süden. Nach der Bevölkerungsaufnahme von 1921 sind von 4 837 975 werktätigen männlichen Eingeborenen Nordnigeriens ungefähr 20 000 Lohnarbeiter, in Südnigerien von 2 413 370 werktätigen männlichen Eingeborenen nahezu 62 000 Lohnarbeiter. Alle Lohnarbeiter dürften im Dienste von Europäern stehen. Gemäß dieser Annahme werden nur 2 Prozent der männlichen Eingeborenen von Europäern beschäftigt; der übrige Teil der Eingeborenen Nigeriens arbeitet für sich selbst, diejenigen ausgenommen, die im Dienste der Regierung stehen.

Es ist eine Eigentümlichkeit der nigerischen Bergbauunternehmer, daß sie mit ihren Arbeitern keine Verträge abschließen. Der Eingeborene kommt und geht nach Belieben, ein Beweis dafür, daß die Arbeit in Nigerien frei ist. Die Lohnzahlungen finden wöchentlich statt; der Arbeitgeber muß sie persönlich vornehmen; der Lohn beträgt von 4 s 6 d bis 6 s die Woche. Es herrscht der Zehnstundentag mit Unterbrechung von 2 Stunden zur Mittagszeit und Gelegenheit, sich Essen zum Abend zu bereiten. Ein Grubeninspektor oder der Resident der Provinz kann bei Gefahr für das Leben der Beschäftigten die Sperrung einer Grube anordnen.

Der Umfang des heutigen Nigeriens, von Lagos bis zum Tschadsee, beträgt 365 000 englische Quadratmeilen. Es ist so groß wie Großbritannien und Irland, Frankreich und Belgien zusammengenommen. Es ist nächst Indien die bevölkertste überseeische britische Besitzung. Die nördlichen Provinzen haben heute eine Bevölkerung von ungefähr 8 147 000 Seelen. Diese Ziffern beruhen auf Schätzungen<sup>1)</sup>.

Im Gegensatz zu Nordnigeria und damit zum übrigen Afrika ist Südnigerien dadurch bemerkenswert, daß fünf Achtel seiner eingeborenen Bewohner in Städten wohnen. Es zählt 84 Städte mit einer Bevölkerung zwischen 10 000 und 50 000 Bewohner. Ibadan ist die größte Stadt; sie

---

1) Buell I, 645.



hat 1921 136 705 Einwohner gehabt; ihr zunächst kam Lagos mit 99 690<sup>1)</sup>). Dieses Zusammenwohnen erschwert die Bekämpfung von Epidemien. Auch ist die Bevölkerung der Städte seit 1911 beträchtlich zurückgegangen.

Im Jahre 1925 wurde der Wert des Außenhandels von Nigeria auf £ 25 409 000 beziffert<sup>2)</sup>). Seine Ausfuhr ist von 1900 bis 1925 und seine Regierungseinnahmen sind von 1914 bis 1925 folgendermaßen gestiegen<sup>3)</sup>):

	Ausfuhr Tonnen	Regierungseinnahmen £
1900	131 934	
1905	161 259	
1910	255 630	
1913	287 697	
1914	265 615	2 948 381
1918	368 321	3 963 987
1925	588 898	6 989 759

5. Die nächste privilegierte Gesellschaft, die Großbritannien eine neue Kolonie gebracht hat, ist die Imperial British East African Company gewesen. Sie war von Anfang an weder eine Handels- noch eine Bergbau-treibende Gesellschaft, sondern beabsichtigte, sich das Land zu bemächtigen, um aus den Steuern und der Verwaltung Gewinn zu ziehen. Sie ging von der Erwartung aus, daß, wenn sie Ordnung geschaffen und eine gute Regierung eingerichtet habe, der Wert des Lands steigen und der Handel und der Ertrag der Zölle zunehmen werde<sup>4)</sup>). Das Gebiet, um das mit ihrer Hilfe das britische Reich größer geworden ist, zerfällt in drei Teile: die Inseln Pemba und Sansibar nebst dem ihnen gegenüberliegenden Küstenstrich, in die nach dem sie beherrschenden Berge jetzt Kenya genannte Kolonie Britisch-Ostafrika und in das Protektorat Uganda.

Zwischen Sansibar und Britisch-Indien haben schon zur Zeit der Ostindischen Gesellschaft lebhaft Beziehungen

---

1) Buell I, 646.

2) Ebenda 652.

3) Ebenda 653.

4) Knowles 486.

bestanden<sup>1)</sup>. Seit 1841 hat die britische Regierung in Sansibar ein Konsulat unterhalten und, um den Sklavenhandel zu unterdrücken, die Küste durch ein Geschwader überwachen lassen. Als der Sultan zu Anfang der siebziger Jahre sich sträubte, die weitere Ausfuhr von Sklaven zu verbieten, hat Sir John Kirk, der während einer Generation Großbritannien in Sansibar vertreten hat, ihn 1873 durch Drohungen und Geschenke zum Nachgeben gebracht. Die Beziehungen zwischen Indien und Sansibar und über dieses mit Ostafrika bestanden nach wie vor fort, und Kirk pflegte Ostafrika als Indiens Amerika zu bezeichnen. Gegenüber von Sansibar liegt im Innern Afrikas Uganda, geographisch eine Fortsetzung des ägyptischen Sudan. Diese Nähe hat in dem Khedive Ismail den Wunsch geweckt, seine Herrschaft bis auf Sansibar auszudehnen. Doch hat er bei dessen Sultan kein Entgegenkommen gefunden. Vielmehr zog dieser britischen Schutz vor. Er forderte Sir William Mackinnon, den Vorsitzenden der British India Navigation Company, die regelmäßige Fahrten zwischen Aden und Sansibar eingerichtet hatte, auf, die Zölle und Verwaltung von Sansibar für 70 Jahre zu pachten. Mackinnon hat sich an das britische Auswärtige Amt um Unterstützung gewandt und, da dieses eine solche ablehnte, das Anerbieten des Sultans ausgeschlagen. Das wurde anders, als die Deutschen nach 1884 sich für Ostafrika zu interessieren anfangen und mit verschiedenen Häuptlingen Verträge abschlossen. Nun wurde es nötig, festzustellen, welche Gebiete dem Sultan tatsächlich untertan waren. Eine internationale Kommission hat 1886 die Grenzen seiner Herrschaft festgesetzt und seine Souveränität über die Inseln Sansibar und Pemba und die gegenüberliegende Küste bis zehn englische Meilen hinein ins Inland anerkannt. Die Ansprüche des Sultans auf das dahinter liegende Land sind damit beseitigt worden. Es wurde bald darauf in eine englische und eine deutsche Einflußsphäre geteilt. Aber das

---

1) Siehe über die Besetzung Ostafrikas durch die Europäer und insbesondere über Sansibar, Buell, *The Native Problem in Africa*, I, 259—277.

Hinterland konnte ohne eine gewisse Kontrolle über die dem Sultan zugesprochene Küste nicht verwaltet werden. Um das dazu nötige Recht zu erlangen, hat die von Mackinnon gegründete Britische Ostafrika-Assoziation 1887 das Recht gepachtet, für die Dauer von fünfzig Jahren an der Küste von Wanga bis Kipini Steuern und Zölle zu erheben, Kommissare zur Verwaltung von deren Distrikten zu ernennen und den Handel zu regeln. Um die Verwaltung mit der Autorität der britischen Krone führen zu können, ist sie um die Erteilung eines königlichen Freibriefs eingekommen und hat in ihrer Petition als ihr Ziel unter anderem „die materielle Verbesserung der Lage der Eingeborenen und ihre Zivilisation“ bezeichnet. Der Freibrief, in dem sie 1888 den Namen The Imperial British East Africa Company erhielt, bezeichnet als ihren Zweck die „Förderung des Handels, des Verkehrs und der guten Regierung von Sansibar“. Knowles<sup>1)</sup> erachtet als das wahre Motiv der britischen Regierung, die Deutschen von den Quellen des Nils fernzuhalten, den Sklavenhandel zu vernichten und die Missionare zu schützen.

Die Kompagnie hat durch Verträge mit Häuptlingen ihr Gebiet hinter dem Zehnmeilen-Streifen erweitert und Expeditionen zur Erforschung des Innern entsandt. Diese sind bis zum Victoria Nyanza und bis Uganda vorgedrungen. Schwierigkeiten, die der Abschluß eines Handelsvertrags mit dem Könige von Buganda, einem Teile Ugandas, seitens des Dr. Carl Peters der Kompagnie bereitete, wurde durch das am 1. Juli 1890 abgeschlossene deutsch-englische Abkommen beseitigt. Danach gehörte alles Land nördlich vom 1<sup>o</sup> S. zur britischen Interessensphäre; England hat Helgoland an Deutschland abgetreten, und außerdem sind Karagwe und Ruanda, zwei alte Tributärstaaten Bugandas, an Deutsch-Ostafrika gefallen. Auf alle Ansprüche nördlich des Tana in Kenya und auf Uganda hat Deutschland verzichtet.

Die britische Ostafrika-Kompagnie ist von Anfang an

---

1) Knowles, Economic Development etc. 499.

in ihren Einnahmen beschränkt gewesen<sup>1)</sup>. Das lag an der Proklamation der „offenen Tür“ für Mittelafrika auf der Berliner Kongokonferenz seitens Großbritanniens und Deutschlands. Die niedrigen Ein- und Ausfuhrzölle, die sie erheben konnte, reichten kaum aus, die dem Sultan geschuldete Pachtrente zu zahlen. Handel gab es nicht außer an der Küste, und auch der war gering. Die häufigen bewaffneten Karawanen, die von Mombasa am Indischen Ozean nach Uganda gesandt werden mußten, eine Reise von 800 englischen Meilen, die drei Monate dauerte, haben sowohl die militärischen als auch die finanziellen Mittel der Kompagnie fortdauernd übermäßig in Anspruch genommen. Dementsprechend entschloß sie sich, sich zurückzuziehen. Es folgten lange Verhandlungen mit der britischen Regierung, bis diese sich entschloß, die unmittelbare Verantwortung für die Regierung des britischen ostafrikanischen Protektorats und Ugandas zu übernehmen. Sir William Mackinnon, der Hauptaktionär der Kompagnie, ist 1893 gestorben, und 1894 ist die Kompagnie für £ 250 000, den Betrag ihres ursprünglichen Kapitals von der Regierung aufgekauft worden; sie erhielt £ 200 000 weniger, als sie verausgabt hatte.

Die britische Regierung betrachtet bis zum heutigen Tag den Zehnmeilenstreifen längs der Küste von Kenya als dem Sultan von Sansibar gehörig und zahlt ihm nach wie vor die von der Britischen Ostafrika-Gesellschaft versprochene Pacht weniger 1000 Pfund, die Italien für den ihm 1925 überlassenen Küstenstreifen von Jubaland zu zahlen übernommen hat.

Ich übergehe die Wandlungen in der Regierung von Sansibar, seit die britische Regierung sie übernommen hat<sup>2)</sup>; sie sind von geringem wirtschaftlichen Interesse. Am 5. September 1925 wurde der Oberkommissar, der von Nairobi, der Hauptstadt von Kenya, aus Sansibar regierte,

---

1) Norman Leys, Kenya, 2. ed. London 1925, p. 75. Siehe auch Buell a. a. O. I, p. 269, 270.

2) Siehe darüber Buell a. a. O. I, p. 271 ff.

durch einen Residenten ersetzt, und 1926 hat der Sultan von Sansibar einen gesetzgebenden Rat eingesetzt, der Gesetze im Namen des Sultans erläßt; aber alle seine Dekrete benötigen der Gegenzeichnung des britischen Residenten, während britische Bezirkskommissäre die Verwaltung der Bezirke, in welche Sansibar und Pemba eingeteilt sind, leiten. Auch haben die Briten die Zivilliste des Sultans, die vor 1911 175 000 £ betrug, auf 8000 £ herabgesetzt. Das ist immer noch viermal so viel, wie der britische Resident erhält.

Die Bevölkerung von Sansibar besteht aus 186 000 Afrikanern, 16 500 Arabern, 14 000 Indern und 270 Europäern<sup>1)</sup>. Der Wohlstand von Sansibar beruht auf der Produktion von Gewürznelken; es produziert 90 Prozent der Gewürznelken der Welt. Etwa 7500 Tonnen im Wert von 480 000 £ werden jährlich hervorgebracht. Sein Monopol ist neuerdings durch das französische Madagaskar bedroht. Eine Schwierigkeit der Produzenten verursacht der Mangel an Arbeitern. Um ihm abzuhelpen, war 1917 bestimmt worden, daß jeder Erwachsene sich registrieren lassen müsse und jeder Registrierte, der nicht arbeitsunfähig sei, auf Aufforderung des Arbeitsamts Arbeit zu übernehmen habe. Diese Verordnung ist 1921 wieder abgeschafft worden. An Stelle der Zwangsarbeit ist die Arbeit von Wanderarbeitern getreten, die zur Erntezeit aus Tanganyika kommen<sup>2)</sup>. Auch tritt die Arbeit kleiner Eigentümer an die Stelle von Lohnarbeit. So ist trotz dieser Arbeitsschwierigkeiten die Produktion von Gewürznelken in Zunahme. Weit größer ist die Not, die den Produzenten die Bewucherung durch Inder bereitet.

6. Großbritannien hat auf seine Kosten eine Eisenbahn von Mombasa nach Uganda gebaut, eine weise Tat. Die Karawanen von Trägern haben außerordentlich vielen das

---

1) Ebenda 275 ff.

2) Report of the East Africa Commission 1925 (Cmd. 2387) p. 130—135.



Leben gekostet. Eine einzige Karawane hat 2000 Träger an Dysenterie verloren. Außerdem dienten die Karawanen der Verbreitung von Epidemien in den Gegenden, die sie durchzogen, und in den von den Trägern bewohnten Dörfern.

Die Eisenbahn ist 1895 begonnen worden und hat 1903 Kisumu am Victoria Nyanza erreicht. Mindestens 13 000 indische Kulis haben die zu ihrem Bau nötige Arbeit geleistet<sup>1)</sup>. Vor 1920 hat das Land, das sie durchzieht, das Ostafrikanische Protektorat geheißen; heute heißt es nach dem Berge Kenya. Es zerfällt in Tiefland und Hochland. Das Tiefland erstreckt sich längs der Küste und in das Innere bis zur Station Sultan Hamud sowie in den nördlichen Teil des Landes. Der Löwe, das Rhinoceros, das Zebra, die Giraffe und die Antilope sind darin weit zahlreicher als die Menschen<sup>2)</sup>. Dieses Gebiet ist 200 000 englische Quadratmeilen groß. Das Hochland besteht aus einer Hochebene, vier- bis zehntausend Fuß über dem Meeresspiegel. Dieser Teil des Landes, der durch das große Rifttal und eine Anzahl Bergspitzen unterbrochen ist, umfaßt etwa 50 000 englische Quadratmeilen. Ungeachtet, daß dieses Hochland quer unter dem Äquator liegt, hat es vermöge seiner Höhenlage ein gemäßigtes Klima; das ganze Jahr durch liegt auf dem Berge Kenya Schnee. Ein Bericht des Auswärtigen Amts von 1902 spricht von dem Protektorate als im Besitze eines Klimas, das wohl von keinem andern in der Welt übertroffen werde, eines reichen jungfräulichen Bodens und eines guten Angebots billiger Arbeit<sup>3)</sup>. Sir Harry Johnston hat besonders die Nandi-Hochebene als von der Natur zur Kolonie von Weißen bestimmt bezeichnet<sup>4)</sup>.

Das Eindringen der Briten in diese Gebiete ist von einer für die Eingeborenen, die das Land inne hatten, ver-

---

1) Buell I, p. 288.

2) Norman Leys, Kenya, p. 67.

3) Buell I, p. 298.

4) H. Johnston, The Uganda Protectorate, London 1902, I, p. 299.

hängnisvollen Änderung ihrer Stellung zum Lande begleitet gewesen. Bis dahin hatten die britische Regierung und die Missionare die Eingeborenen stets im Besitze ihres Landes zu schützen gesucht. Das ist, wie schon gesagt, seit der Kongokonferenz anders geworden. Wenn man früher das Land in den besetzten Gebieten zu Kronland erklärt hat, um die Eingeborenen vor der Erwerbsgier der Europäer und die Zukunft des Anbaus vor Bodenspekulanten zu schützen, haben wir gesehen, wie die neue Vorstellung, die Völker der Tropenwelt ständen in jeder Beziehung hinter den Europäern zurück, zur schreienden Vergewaltigung der Eingeborenen des Kongofreistaats durch den zu ihrem Beschützer ernannten Leopold II. geführt hat<sup>1)</sup>, und wenn Großbritannien auch stolz darauf sein kann, daß aus ihm der Mann hervorgegangen ist, der ungeachtet der größten persönlichen Nachteile nicht geruht hat, bis dieser Mißbrauch des belgischen Königs beseitigt worden ist<sup>2)</sup>, und darauf, daß es mehr als andere Regierungen die Erwerbsgier seiner Kolonisten gezügelt hat, so ist es seit dem Anwachsen des Imperialismus doch in dem Schutze der Eingeborenen gegenüber dem Landhunger seiner Kolonisten mehr und mehr erlahmt.

Noch eine im Staatsrat erlassene Verordnung hatte einen Unterschied zwischen Land, das den Eingeborenen gehört, und öffentlichem Land gemacht und der Krone nur die Veräußerung des letzten gestattet. Aber die Kronlandsverordnung von 1915 hat diese Unterscheidung fallen lassen und dem Gouverneur erlaubt, alles Kronland,

---

1) Siehe oben S. 241 ff.

2) Man lese in meiner Schrift „Der Weltkrieg und E. D. Morel“, München 1921, S. 23, die Äußerungen des muhammedanischen Häuptlings von Nigeria, die der unter dem Vorsitz Lord Cromers zu Ehren E. D. Morels stattgefundenen öffentlichen Versammlung in London und des Bischofs von Winchester: „Ich schäme mich nicht, zu glauben und auszusprechen, daß die göttliche Vorsehung uns den Mann in einer großen moralischen Krise gegeben hat“.

einschließlich „alles Landes der Stämme der Eingeborenen des Protektorats“ mit gewissen Einschränkungen zu veräußern. Ähnliche Bestimmungen enthielt die 1920 im Staatsrat erlassene Verordnung für Kenya. In diesen aufeinanderfolgenden Verordnungen ist die anfänglich gemachte Unterscheidung zwischen öffentlichem Land und Land der Eingeborenen, die vorgenommen war, um den Eingeborenen einigen Schutz gegen die sie vergewaltigenden Europäer zu verleihen, fallen gelassen. Fünf oder sechs Jahre nach Proklamation des Protektorats kamen zahlreiche Europäer, und da erlebten die Afrikaner zu ihrem Erstaunen, daß umfangreiche Teile ihrer Stammesländereien seitens der Regierung, die es als ihre Aufgabe erklärt hatte, die eingeborenen Völker zu schützen, den Neuankömmlingen zugeteilt wurden. Stammesländereien der Kikuyu, Kamba, Nandi und der Wanyika an der Küste wurden veräußert<sup>1)</sup>.

Die Kikuyu<sup>2)</sup>, die etwa eine halbe Million Seelen ausmachen, sind vor nicht mehr als hundert Jahren von der Abdachung des Bergs Kenya heruntergestiegen und haben die Küste des Hochlands, das damals mit dichten Wäldern bedeckt war, urbar gemacht. Vor ihnen hatten die Wando-robo, die lediglich von der Jagd lebten, die Wälder bewohnt. Die Kikuyu haben ihnen tausende von Stück Vieh und Ziegen für das Land bezahlt. Das so erworbene und urbar gemachte Land befand sich nicht im Gemeineigentum, sondern in Privateigentum Einzelner, Gethaka genannt. Der Besitz der Kikuyu, die es ursprünglich hatten, war zu groß, als daß sie es allein hätten urbar machen können; daher gestatteten sie anderen Kikuyu, sich als eine Art Pächter niederzulassen. Als Ergebnis des Zusammenwirkens der Eigentümer und Pächter ist das Kikuyuland seiner Wälder beraubt und mit kleinen Gärten bedeckt worden, die den Gethaka-Eigentümern gehören. Nach Kikuyu-Recht kann kein Gethaka-Eigentümer über sein Land zugunsten eines Nicht-Kikuyu verfügen. Der Eigentümer ist tatsächlich der

1) Buell I, p. 306, 307.

2) Siehe für das folgende Buell I, p. 308—310.

Vater derjenigen, die auf dem Gethaka, sei es als Mitglieder der Familie, sei es als Pächter, leben.

Als die Europäer in das Kikuyuland kamen, fanden sie, daß ein Land von auserlesener Fruchtbarkeit in dieser Weise von den Kikuyu urbar gemacht worden war. Das Landamt untersuchte weder ob ein Kikuyu sein Land als Eigentümer oder Pächter inne hatte, noch wie die Kikuyu ihr Land erworben hatten, sondern wies lediglich seine Beamten an, Land, das bebaut wurde, nicht zu veräußern. Sie durften aber auch im Anbau befindliches Land verkaufen gegen Bezahlung von 4 bis 6 Shilling an den aus seinem Besitz vertriebenen Bebauer. Viele hundert von englischen Quadratmeilen, die von den Kikuyu selbst oder von ihren Vorfahren zu einem hohen Preise, in einigen Fällen sogar erst vor kurzer Zeit, gekauft worden waren, sind so das Eigentum weißer Ansiedler geworden; in einigen Fällen haben diese ihre Besitztitel erhalten, ohne daß die rechtmäßigen Besitzer rechtzeitig auch nur erfuhren, daß ein anderer der Eigentümer geworden sei. Ein schreiender Fall war der des Vorstehers des Kyambu-Distrikts. Einige Kikuyu, denen aus Freundlichkeit von Mitgliedern seiner Familie oder seiner selbst Land zur Bebauung überlassen war, erhielten einige wenige Rupien als Entschädigung; weder er selbst noch irgendein Mitglied seiner Familie erhielten auch nur einen Pfennig, und erst als der neue Eigentümer nach ihm schickte, um ihm zu sagen, daß er die zur Bestellung nötige Arbeit zu liefern oder sein Eigentum zu verlassen habe, hat er entdeckt, daß er nicht mehr der Eigentümer sei. 1921 hat ein Ausspruch des Obersten Gerichts von Kenya bestimmt, daß gemäß den Bestimmungen der Verordnungen über Kronländereien von 1915, die die Reservationen der Eingeborenen für Kronland erklärten, und einer Verordnung des Rats der Kenyakolonie von 1921 alles Land, das einem Stamme reserviert sei, Kronland sei. Dementsprechend sind alle Rechte der Eingeborenen am Grund und Boden verschwunden und die solches Kronland besitzenden Eingeborenen sind zu Pächtern geworden, die nach Belieben der Krone vertrieben werden können.

Die Akamba wurden in ähnlicher Weise der Hälfte ihres Landes zugunsten europäischer Ansiedler beraubt. Die Nandi, ein Stamm von etwa 31 000 Seelen, desgleichen. 1905 haben sie als Folge gegen die Europäer rebelliert. Darauf wurde ihnen eine Reservation, die erheblich geringer war als ihr Land, zugeteilt. Nach dem Weltkrieg wurden ihnen von dieser Reserve ungefähr 100 englische Quadratmeilen, um Soldaten darauf anzusiedeln, genommen; dann wurde auf Grund des Protestes des Hauptkommissars für Eingeborene die Hälfte des Nandilandes zurückgegeben; der Rest ist heute im Besitz von Europäern<sup>1)</sup>.

Sehr verschieden von dem Fall der Kikuyu ist der der Masai. Sie waren kriegerische Nomaden und kannten dementsprechend kein Privateigentum Einzelner, ja nicht einmal das von Familien an Land. Sie haben vor fünfzig Jahren die Mitte des Hochlands, das Rifttal, inne gehabt und wanderten in der trockenen Jahreszeit mit ihren Herden zu den Quellen der Flüsse und, nachdem sich die Pfützen und alten Flußbette in der Regenzeit gefüllt hatten, in die wasserlosen Ebenen; aber auch mit dem Weideland haben sie gewechselt und es oft jahrelang ruhen lassen. Sir Charles Eliot hat, als er Gouverneur war, gefunden, daß das Klima von Ostafrika den Europäern zuträglich sei und 1903 Einwanderer aus Südafrika und Großbritannien herbeigerufen und als gebe es gar keine Rechte der Eingeborenen am Land, 1904 unter sie Land im Umfange von 10 000, 20 000, an den Lord Delamere von 100 000 acres verteilt. Da das Rifttal das begehrenswerteste Land von Kenya war, entschloß sich das Auswärtige Amt, die Masai daraus zu entfernen. Sie wurden auf Reservationen beschränkt, zuerst auf zwei, die eine im Norden, die andere im Süden, die ihnen bleiben sollten, „solange die Masai als Rasse existierten“; darin sollte die Ansiedlung von Europäern verboten sein; die Regierung verpflichtete sich, eine eine halbe englische Meile breite Straße zur Verbindung der beiden Reservationen herzustellen. Das Ergebnis war, daß die Masai die Hälfte des Lands verloren,

---

1) Buell I, p. 310, 311.



das sie bis dahin mit ihren Herden besessen hatten. Ihre Herden zählten 715 000 Viehhäupter, mehr als 2 Millionen Schafe und Ziegen und 10 000 Esel. Die nördliche Reservation zeigte sich als unzureichend, um den dort befindlichen Teil ihrer Herde zu ernähren; dabei hat die Regierung die versprochene Verbindungsstraße nicht gebaut, und bald verlangten Ansiedler die Revision des Vertrags, weil das in der nördlichen Reservation gelegene Land von besonderer Fruchtbarkeit war. Darauf mußten die Masai das nördliche Gebiet, das ihnen, solange sie als Rasse existierten, hatte bleiben sollen, verlassen, und die Regierung gab ihnen 6500 Quadratmeilen Weideland für 4500, die viel wertvoller waren, im Süden. Doch es würde zu weit führen, die Leidensgeschichte der Masai seit dem Bau der Eisenbahn von Mombasa nach dem Victoria Nyanza, die durch ihr Land ging, zu erzählen<sup>1)</sup>. Das Ende war, daß die Masai die Reservationen, auf die sie beschränkt wurden, je nachdem einem Europäer deren Land begehrenswert schien, mit andern vertauschen mußten, daß die Reservationen bei diesem Umtausch immer kleiner wurden, so daß sie zur Ernährung der Herden nicht mehr ausreichten, und die Bevölkerung, die vor fünfzig Jahren auf 4 Millionen Seelen geschätzt wurde, heute auf 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> geschätzt wird.

Aber die Ungerechtigkeit in der Landverteilung beschränkt sich in Kenya nicht auf die Behandlung der Eingeborenen. Obgleich in der Proklamation von 1858, in welcher die Königin die Übernahme der indischen Regierung durch den Staat verkündete, den Indern jeglicher Rasse und Glaubens die gleiche Behandlung mit den Briten zugesagt war, hat frühzeitig im Jahre 1908 der Gouverneur von Kenya vorgeschlagen, daß das Hochland den Weißen reserviert und kleine Ackerlose den indischen Bodenbestellern im Tiefland, d. h. im Landesteil, in dem Weiße nicht leben können, zuteilt würden. Das Kolonialministe-

---

1) Ein Blaubuch „An Administrative and Political History of the Masai Reserve“ aus dem Jahre 1919 gibt authentischen Bericht. — Siehe ferner Norman Leys, Kenya, Ch. IV und Buell, I, 311—316.

rium hat diese Politik bestätigt und nur hinzugefügt, daß die Landzuteilung an Inder im Hochland nicht durch Gesetz, sondern nur nach dem Ermessen der Verwaltung beschränkt werden solle. Diese hat angeordnet, daß bei Versteigerung von Kronland im Hochland der Bieter europäischer Herkunft sein müsse, was den Erwerb von Land im Hochland durch Inder unmöglich gemacht hat. Während Inder in der Theorie Ländereien im Tiefland erwerben können, haben sie tatsächlich nur 22 englische Quadratmeilen erworben gegen 12000, die für Europäer reserviert worden sind. Den Eingeborenen ist nichts zugeteilt worden<sup>1)</sup>.

Dagegen war den weißen Ansiedlern viel zu viel zuteil geworden, als daß sie es mit den ihnen verfügbaren Arbeitskräften hätten bestellen können. Die Eingeborenen aber mit ihrem starken Heimatsgefühl arbeiteten ungern entfernt von ihrem Distrikt. Um 1907 und 1908 wurde der Arbeitermangel akut. 1907 erließ die Regierung, die der Meinung war, daß die Ansiedler ihre Arbeiter schlecht behandelten, Bestimmungen über die Behandlung der Arbeiter; nur wer diesen nachkomme, werde von der Regierung in der Beschaffung von Arbeitern unterstützt werden. Darauf eine Revolte der Ansiedler, an deren Spitze der 100 000 acres besitzende Lord Delamere. Aber die Regierung weigerte sich, ihre Arbeitsverordnung zu beseitigen. Was aber tun, um die Eingeborenen zum Angebot ihrer Arbeit zu vermögen? Sie hatten so wenige Bedürfnisse, daß sie sie mit dem Ertrag des ihnen zugeteilten Landes befriedigen konnten. Da führte man Steuern ein, die sie nicht entrichten konnten, ohne bei den Ansiedlern Arbeit zu nehmen. 1924 hat der Wert der von den Eingeborenen in ihren Reservationen erzeugten landwirtschaftlichen Produkte 546 000 £ betragen, der Wert der von ihnen erhobenen Steuern dagegen 876 000 £. Auch wurde den Kaffee-Erzeugern Kinderarbeit zur Verfügung gestellt. Um die verlangte Lohnarbeit leisten zu können, mußten die

---

1) Norman Leys p. 72—79. — Buell, I, p. 289—290.

Eingeborenen die Arbeit in ihren Reservationen vernachlässigen. Die Bischöfe protestierten. Aber Lord Milner erklärte in einer Debatte im Oberhause, man könne hier nicht von Zwangsarbeit reden; es handle sich nur um Ermunterung und Rat zu arbeiten durch die Häuptlinge und Vorsteher der Eingeborenen<sup>1)</sup>.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Lage der Regierung von Kenya eine schwierige ist. Einerseits will sie die Eingeborenen entsprechend den vom Kolonialministerium erhaltenen Anweisungen gegen Ausbeutung durch die weißen Ansiedler schützen, andererseits hat sie die Ansiedler in ihren Anbaubestrebungen zu fördern. Das Ergebnis ist, daß unter dem Druck der letzteren, der durch den Egoismus der Häuptlinge erleichtert wurde, die tatsächliche Nötigung der Eingeborenen zur Lohnarbeit fortwährend zugenommen hat, und die Größe des Arbeitsangebots in Kenya fortwährend größer geworden ist. Die Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter betrug in den Jahren:

1912 . . . .	12 000	1924 . . . .	133 900
1920 . . . .	90 000	1925 . . . .	152 384
1923 . . . .	129 296	1927 . . . .	185 409

Also seit 1920 eine Steigerung der Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter um rund 100 Prozent. Es sind 33,8 % der männlichen Bevölkerung von Kenya heute als Lohnarbeiter tätig. Um dem Arbeitermangel abzuhelpen, beschäftigt man sich neuerdings mit der Einführung von Arbeit sparenden Maschinen und der Herstellung von Produkten, die weniger Arbeit erheischen<sup>2)</sup>. Im übrigen sorgt eine Arbeiterschutzgesetzgebung für bessere Arbeitsbedingungen, besonders der Frauen und Kinder; die Wohnungsverhältnisse scheinen noch sehr verbesserungsbedürftig zu sein; die Kämpfe um Sicherung der Erfüllung des Arbeitsvertrags seitens der Arbeiter, die Europa durchgemacht hat, scheinen sich dort zu wiederholen<sup>3)</sup>.

---

1) Buell I, p. 329—336.

2) Buell I, p. 336—348.

3) Buell I, p. 348—359.

In dem Berichte, den die drei im April 1925 nach Ostafrika entsandten Kommissare erstattet haben<sup>1)</sup>, wird die Fläche von Kenya auf 245 000 englische Quadratmeilen, die Zahl der dort wohnenden Europäer auf 10 295, die der Asiaten auf 23 470, die der Eingeborenen auf 2 195 065 beziffert.

Von den Ansiedlern werden 2000 männliche Personen als solche bezeichnet, die sich mit Landbau beschäftigen, 800 als Handel treibend, 200 als Gewerbetreibende, etwa 90 als Missionare und etwa 1000 als Angehörige der Verwaltung und Ortspolizei. Die Hauptausfuhrmittel sind Kaffee, Mais, Sisal, Soda, Häute und Felle, Flachs, Sesam, Elfenbein, Wolle, Hülsenfrüchte, Erdnüsse, Kakaonüsse, Holz und Stämme. Dazu kommt noch in geringem Maße die Ausfuhr einiger anderer Waren.

Die Entwicklung des Anbaus wird als von der Herstellung von Straßen wesentlich bedingt bezeichnet. Auf die Hauptsache, daß Land an Europäer verteilt wurde, als ob es keine Rechte der Eingeborenen am Land gebe, geht der Bericht der Kommissare nicht ein; nur an einer Stelle wird die besonders schlechte Behandlung des Giriamastammes erwähnt<sup>2)</sup>. 1921 haben Lohnherabsetzungen zu einem Aufstand der Eingeborenen geführt, bei dem 18 Eingeborene erschossen wurden, und 1926 äußerte Major Hemstedt auf einer Versammlung, daß bald organisierter Widerstand gegenüber den Arbeitsansprüchen der Europäer zu erwarten sei<sup>3)</sup>.

7. Die Bahn, die sich von Mombasa durch Kenya nach Kisumu am Victoria Nyanza hinzieht, mündet im britischen Protektorat Uganda. Es grenzt im Osten an Kenya, im Norden an den Sudan, im Westen an den belgischen Kongo und berührt im Süden den Victoria-Nyanzasee. Es liegt

---

1) Report of the East Africa Commission, London 1925, p. 148 ff.

2) Ausführlich berichtet über diese Vergewaltigung Norman Leys im 5. Kapitel seines Buchs über Kenya.

3) Buell I, 373—376.

unter dem Äquator. Doch liegt es so hoch über dem Meeresspiegel, daß Weiße dort leben können. Es besteht größtenteils aus einer großen Abdachung, die sich langsam von 3750 Fuß über dem Meere am See Victoria zu der 1750 Fuß tiefer gelegenen Grenze des Sudan hinzieht. In seinem äußersten Westen liegt das Toro-Hochland, das sich bis zu dem 16 794 Fuß hohen großen Ruwenzori-Gebirge erstreckt. Am östlichen Ende Ugandas, an der Grenze von Kenya, erhebt sich ein ausgebrannter Krater, der Berg Eldon, der 14 000 Fuß hoch ist<sup>1)</sup>.

Während des Mittelalters hatte das von Bantuvölkern bewohnte Uganda große Einfälle der Gallas aus Abessinien zu erdulden. Das Ergebnis war die Entstehung von 5 Königreichen; Buganda, Toro, Ankole, Bunyoro und Busoga. Die herrschende Klasse in allen diesen Königreichen stammt von den Gallas. Alle, Busoga ausgenommen, haben erbliche Könige und alle diese beratende Körperschaften, Lukikos.

Die führende Völkerschaft im Protektorat sind heute die mehr als 600 000 Seelen zählenden Baganda. Jeder Muganda<sup>2)</sup> gehört zu einem Clan, der von einem gemeinsamen Stammvater abstammt und einen besonderen Totem hat. Auch hat jeder Clan seine Familienländereien, genannt Batakaland. In der Vergangenheit wurde dem Clanhäuptlinge größere Verehrung als einem Häuptling geschuldet. Seine Stellung vererbte sich nur auf einen Sohn.

Die ersten Kabaka (Könige) von Buganda, die Nachkommen des mythischen ersten Königs der Baganda, setzten über die Clanorganisation eine Hierarchie von Häuptlingen. Jener mythische König hat das Land in zehn (später zwanzig) Provinzen geteilt, eine jede unter einem Oberhaupte, von denen ein jeder 8 bis 9 geringere Häuptlinge,

---

1) Report of the East Africa Commission 136. — Buell I, p. 559.

2) Der einzelne Angehörige der Bagandavölker heißt Muganda. Das Land heißt Buganda, ihre Sprache Luganda. Buell I, p. 571, Anmerkung. 1.



die vom Kabaka ernannt wurden, unter sich hatte, und eine Anzahl Beamte, die er selbst ernannte.

Nächst dem mythischen Gründer des Bugandareichs war dessen größter König Mutesa Mukabya, der um 1850 regierte. Er hat ein stehendes Heer geschaffen und die Truppen mit Feuerwaffen statt mit Speeren bewaffnet. Die Truppen hat er über alle Provinzen verteilt.

Der Kabaka hatte einen Premierminister, Katikiro, der gleichzeitig oberster Richter war. Der nächst bedeutende Beamte war der Kimbugwe, der Bewahrer der Nabelschnur des Königs. Auch die Königin und die Mutter des Königs waren Personen von großer Bedeutung.

Jedes Oberhaupt einer Provinz mußte eine 4 Yards breite Straße von seinem Wohnsitz zur Hauptstadt instand halten, und einige dieser Straßen waren hundert englische Meilen lang. Jeder Muganda, der zur Leistung von Arbeit für den Staat aufgefordert wurde, mußte außer dieser Arbeit dem Aufseher einen Betrag von Kaurimuscheln entrichten. Mitunter wurden von Aufsehern außerordentlich hohe Beträge gefordert. Auch der Kabaka erhob Steuern, deren Ertrag zwischen ihm, seinen Ministern und den Häuptlingen geteilt wurde. Der König hielt unter großen und feierlichen Zeremonien im Lukiko Hof; die Versammlungen dieses Rats wurden von den führenden Häuptlingen täglich besucht. Es gab ein System von Hausklaverei, und bei feierlichen Zeremonien wurden Menschenopfer dargebracht.

Das Buganda-Volk gehört zu den intelligentesten Bewohnern Afrikas. Es ist dem Fortschritt geneigt. 1916 beschloß der Lukiko, daß Testamente schriftlich abgefaßt werden müßten. Das Volk hat eine reiche Sprache und seine Erzählungen zeichnen sich durch Grazie und Einfachheit aus, die einem europäischen Volke Ehre machen würden<sup>1)</sup>.

Schon 1862 waren Speke und Grant nach Uganda vorgedrungen; sie haben dort eine gewisse Zivilisation vor-

---

1) Siehe für das Vorstehende B u e l l I, p. 571—573.

gefunden, die, wie das Vorstehende zeigt, trotz barbarischer Gebräuche und krassesten Aberglaubens, doch alles weit übertraf, was sonst das Innere Afrikas aufwies. Dabei hat Speke enthusiastisch von der Fruchtbarkeit des Landes gesprochen, und Stanley, der 1875 Uganda erreicht hat, hat Speke darin noch übertroffen<sup>1)</sup>. Er hat von da an The Daily Telegraph einen Brief geschrieben, indem er die anglikanischen Missionare einlud, Uganda zu evangelisieren. Darauf haben diese sich aufgemacht. Doch hat auch der Bischof von Algier, der spätere Kardinal Lavignerie, katholische Missionare nach Uganda und Tanganyika geschickt, und die Missionare beider Konfessionen haben ihr Wirken nicht bloß auf geistliches Gebiet beschränkt; die anglikanischen haben für Großbritannien, die katholischen für Frankreich ihren Einfluß geltend gemacht<sup>2)</sup>. Die Kämpfe, die sich daraus entwickelten, haben, da die Vertreter beider Konfessionen sich als Christen bezeichneten, bei den Königen von Buganda Verwirrung gestiftet und bei der Bevölkerung der Propaganda der Mohammedaner für den Islam Vorschub geleistet. Der Brief Stanleys an The Daily Telegraph war durch Gordon, der damals im Dienste Ismail Paschas Gouverneur von Äquatoria war, an seine Adresse gelangt<sup>3)</sup>. Nachdem Stanley sich aus Uganda fortbegeben, hat Gordon sich dafür zu interessieren begonnen. Er hatte vom Khedive den Auftrag, Uganda „bis hin zu den Ufern des Sees und den Ripon-Fällen“ zu erobern und es dem ägyptischen Sudan einzuverleiben, und hat einen ägyptischen Generalstabsoffizier, den Obersten Long, hingeschickt. Auch sind ägyptische Truppen in Uganda eingedrungen. Aber nach Longs Rückkehr überzeugte sich

---

1) Captain F. D. Lugard, *The Rise of our East African Empire*, London 1893, II, 1—3. — Sir Harry Johnston, *The Uganda Protectorate*, London 1904, I, p. 211 ff.

2) Siehe darüber Buell I, 277—284.

3) Siehe Sir Harry Johnston, *The Uganda Protectorate* I, p. 222—224. — Captain F. D. Lugard, *The Rise of our East African Empire* II, p. 610, 611. Über Gordon siehe auch II, p. 256.

Gordon, daß die Entwicklung Ugandas vom Norden her unmöglich sei, und es nur von Osten aus besetzt werden könne. Im Januar 1875 schlug er dem Khedive vor, sich Mombasas zu bemächtigen; Mittelafrica lasse sich von da aus weit besser eröffnen, da der einzige wertvolle Teil des Lands das Hochland bei Uganda sei. Darauf sandte der Khedive eine Flotte unter dem Schotten McGillop Pascha die Ostküste Afrikas hinab und bemächtigte sich der Haupthäfen, die dem Sultan von Sansibar gehörten, einschließlich Mombasas. Aber Sir John Kirk, der britische Resident am Hofe des Sultans, legte in London Protest gegen diese Beraubung des Sultans ein, und McGillop mußte wieder abziehen. So wurde Gordon verhindert, die ägyptische Macht südlich vom Victoria-Nil auszudehnen. Er hat 1882 nach dem Sturze Ismails den ägyptischen Dienst verlassen.

1884 haben The Royal Society und The British Association sich zusammengetan, eine wissenschaftliche Expedition zur Erforschung der Flora und Fauna des Kilimandscharo zu entsenden. Kommandant war Sir Harry Johnston. Er schloß Verträge mit den Eingeborenen, die fast den ganzen Berg unter britische Herrschaft brachten. Die Verwaltung übernahm die von Sir William Mackinnon gegründete Britische Ostafrikanische Gesellschaft. Diese ist, wie gesagt, 1894 von der britischen Regierung ausgekauft worden. Die britische Krone hat die Organisation der Regierung der Eingeborenen, die sie vorfand, nicht zerstört. Sie hat in dem Ugandaübereinkommen vom 10. März 1900 die Regierung des Kabaka von Uganda anerkannt. Der Kabaka und die ihm untergeordneten Häuptlinge haben zugunsten der britischen Krone auf den Tribut verzichtet, den sie bis dahin von den benachbarten Provinzen erhoben hatten, sowie zugestimmt, daß das Einkommen des Königreichs in dem des Protektorats aufgehe. Britische Gesetze, die für das Protektorat erlassen würden, sollten in Uganda gültig sein, außer wenn sie dem Übereinkommen nicht entsprechen sollten. Solange der Kabaka, die Häuptlinge und das Volk von Uganda die zu ihrer Regierung von der britischen Regierung erlassenen Gesetze und Regeln be-

folgen und mit der britischen Regierung in der Organisation und Verwaltung des Königreichs Uganda loyal zusammenwirken, verpflichtet sich nach Act. 6 des Übereinkommens die britische Regierung, den Kabaka als den eingeborenen Beherrscher der Provinz Uganda unter dem Schutz und der Vorherrschaft der britischen Regierung anzuerkennen. Nach dem Übereinkommen soll beim Tode des Kabaka sein Nachfolger aus den Mitgliedern seiner Familie durch eine Mehrheit des Lukiko oder Rates, jedoch unter Zustimmung der britischen Regierung, erwählt werden. Die Gerichte des Kabaka werden anerkannt; doch steht dem Vertreter Englands allein das Recht zu, Todesurteile auszusprechen. Dem Kabaka soll jährlich ein Gehalt von 1500 £ als Minimum ausbezahlt werden. Die Organisation des Landes und der Lukiko werden anerkannt, desgleichen die Oberhäupter der Provinzen und drei Minister. Weder der Kabaka noch seine Minister dürfen ihre Untertanen besteuern; denn die britische Verwaltung zahlt ihnen Gehälter; sie selbst besteuert das Volk. Keine Steuer außer der Hüttensteuer soll ohne Zustimmung des Kabaka und des Lukiko der Provinz auferlegt werden. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Übereinkommens betrifft das Land. Später sind noch ein halb Dutzend Übereinkommen zwischen Kabaka und den britischen Behörden betreffend Forsten, Kopfsteuern und Gerichte getroffen worden<sup>1)</sup>.

In frühen Zeiten gehörte alles Land in Buganda dem Kabaka, und die Rechte aller Übrigen beruhten auf Verleihung durch ihn. Jeder der Clans, zu denen die Muganda gehörten, hatte Ländereien, die ihm gehörten; das war das Butakaland; die darauf Angesiedelten hießen Bataka, d. h. Bodeneigentümer. Außerdem gab es Butongole-Besitz. Das war Land, das der Kabaka vom Butakaland wegnahm und es seinen Beamten, welche Steuern erhoben und andere Verwaltungsaufgaben zu erfüllen hatten, auf Lebenszeit verlieh. Das Butakaland war nicht Gemeineigentum des Clans, sondern gehörte dem Clanshaupte. Dieses war der Feudal-

---

1) Buell I, p. 573, 574.

herr, der das Land an seine Clansgenossen verlieh. Sie sind ihm dafür dienstpflichtig gewesen. Er hatte über sie das Recht über Leben und Tod. Das Clanshaupt konnte kein Stück des Clanslands an Angehörige eines anderen Stammes vergeben oder verkaufen.

Harry Johnston, der als britischer Spezialkommissar den Besitz an Land in Uganda zu ordnen hatte, hat keine Ahnung von diesen Rechtsverhältnissen der Eingeborenen gehabt und einfach die Vorstellungen von Privateigentum am Land, wie sie in Großbritannien herrschten, auf Uganda übertragen. Buell hat in seinem großen Werke die verschiedenen Stadien der Landverteilung, die aufeinander folgten, vorgeführt<sup>1)</sup>. Das Ergebnis war nicht ganz so schlimm wie in Kenya. Am besten war es in Buganda; es hat aber auch hier zur Beraubung der Masse der Bevölkerung durch die Häuptlinge, die das Butakaland unter sich verteilten, geführt und sie zu rentenpflichtigen Bebauern von Land, das früher dem Clan gehörte, gemacht. Dazu kam, daß, als sich für die Produkte Bugandas der Absatz auf europäischen Märkten eröffnete, die von den Engländern geschaffenen Privateigentümer die Ansprüche an die Bodenbebauer erhöhten, so besonders im Zusammenhang mit der Zunahme des Anbaus von Baumwolle. Als Folge beziehen heute die Grundeigentümer in Buganda, die von 25 000 bis 50 000 englische Quadratmeilen Lands als Privateigentum erhalten haben, die von mehreren hundert von Bauern bestellt werden, ein Jahreseinkommen von tausenden Pfund Sterling. Das hat zur Steigerung des Anbaus von Baumwolle geführt. Dazu kommt, daß dem Bauern jegliche Besitzsicherheit fehlt. Er kann von dem Grundherrs vertrieben werden, wenn dieser sein Land an einen anderen Eingeborenen oder unter Zustimmung der Regierung an einen Fremden verkauft. Ein Gesetz von 1927 hat bestimmt, daß der Bauer nicht vertrieben werden könne, „außer zu öffentlichen Zwecken oder aus anderen guten und zureichenden Gründen und nicht, ohne daß ein Gericht

---

1) Buell I, p. 590—601.



den Fall untersucht und einen Ausweisungsbefehl erlassen hat“, wogegen Berufung eingelegt werden kann.

Schlimmer als in Buganda ist es den Bauern in den anderen Provinzen ergangen. Hier wurde alles unbebaute Land zu britischem Kronland erklärt, und die Definition von Kronland hat in Uganda dieselbe Entwicklung wie in Kenya durchgemacht. 1897 konnte der Gouverneur kein Land verleihen, das bebaut oder von einem Eingeborenen oder einem Stamme regelmäßig benutzt wurde. Diese Bestimmung ist sukzessive in Verordnungen von 1902, 1910 und 1922 verschwunden. Heute gelten als Kronland alle Grundstücke und Rechte an solchen außer denen, für die ein schriftlicher Besitztitel vorgebracht werden kann, und können vom Gouverneur veräußert werden. Somit haben alle Bewohner von Uganda außer denen in Buganda ihr Land nur nach Belieben der Regierung in Besitz. Diese kann Land, gleichviel ob bebaut oder nicht, veräußern. Sie hat 76 000 acres an Europäer und Inder veräußert; das ist noch nicht viel; aber angesichts des Strebens, Weiße anzusiedeln, ist die Lage für die Eingeborenen gefährlich. Gegenwärtig ist in Erwägung, den Eingeborenen  $\frac{4}{5}$  des Lands vorzubehalten und nur  $\frac{1}{5}$  zu Kronland zu erklären.

Eine Hauptangelegenheit ist, die Neger dazu zu bringen, daß sie arbeiten. Die Bedürfnisse des Negers beschränken sich auf seine tägliche Nahrung, und die Fruchtbarkeit des Landes liefert ihm, was er braucht, gegen ein Minimum von Anstrengung. Zur Steigerung der Arbeitslust dient eine Kopfsteuer, die in einigen Provinzen 15 Shilling, in anderen zwischen 6 und 10 Shilling beträgt<sup>1)</sup>. Doch ist es nicht richtig, daß der Afrikaner seiner Natur nach faul ist; es wird von großen Leistungen berichtet, die unter entsprechender Leitung von Negern verrichtet worden sind. Auch wird ihm nachgerühmt, daß er von großer Fügsamkeit sei und rasch lerne. Einzelne Stämme,

---

1) Buell I, p. 565.

wie die Waganda, werden als außerordentlich geschickte Handwerker in Eisen, im Gerben, im Weben und als Töpfer gerühmt<sup>1)</sup>). Aber die europäischen Arbeitgeber sind unzufrieden. Die Tätigkeit der Eingeborenen auf ihrem eigenen Land geht gegen ihr Interesse; sie möchten, daß die Eingeborenen auf die eine oder andere Art gezwungen würden, für sie zu arbeiten; die Regierung will aber von Zwangsarbeit nichts wissen. Die Arbeitgeber haben Organisationen, in denen der Lohn festgesetzt wird, und zwar erheblich niedriger, als der Lohn auf dem freien Markte beträgt. Die Folge ist, daß sie nur schlechte Arbeiter erhalten und daher sehr viel mehr Arbeiter brauchen, als wenn sie höhere Löhne zahlten. 1893 hat der Normallohn pro Monat 3 bis 4 Shilling, für Handwerker 4 bis 10 s, für Frauen und Mädchen 2—3 s betragen. Buell gibt ihn für die Jetztzeit als 12 s im Monat an. Dabei machen die Arbeitgeber geltend, wenn sie die Löhne erhöhten, führe dies nicht zu mehr Arbeit, sondern nur zu größerer Trunkenheit. In der Tat macht die Zunahme der Trunkenheit, wobei die Häuptlinge mit schlechtem Beispiel vorangehen, große Sorge. Desgleichen die Abnahme der Bevölkerung. Sie hat in den 5 Provinzen Ugandas von 1918—1924 um 294 Seelen abgenommen<sup>2)</sup>). Die Ursache davon wird in den Verheerungen durch schwarze Blattern, eine Hungersnot, die Schlafkrankheit und Geburtenabnahme infolge von Geschlechtskrankheiten, die durch Araber eingeführt sind, erblickt<sup>3)</sup>).

Nach dem Berichte der Ostafrikanischen Kommission von 1925 besteht die Hauptproduktion von Uganda im Anbau von Baumwolle. Sie wird von kleinen Bauern erzeugt, die einen acre mit Baumwolle und einen anderen mit Nahrungsmitteln zur Ernährung ihrer Familie bestellen. Einige Häuptlinge und Großgrundbesitzer bauen auch Baumwolle auf großen Flächen mit Hilfe von Lohnarbeitern. Die

---

1) Lugard, *The Rise of our East African Empire*, I, Ch. 18.

2) Buell I, p. 602.

3) Buell I, p. 603—606.

Qualität der Uganda-Baumwolle übertrifft die von amerikanischem Mittelgut; 1925 wurden £ 31 für den Ballen von 400 Pfund erzielt. 1923 wurden 93 000, 1924 137 000 Ballen geerntet<sup>1)</sup>. Der Wert der 1925 geernteten Baumwolle hat £ 4 685 992 betragen<sup>2)</sup>.

Die zweite Stelle in der Ausfuhr aus Uganda nimmt der Kaffee ein. 1925 betrug ihr Wert 139 469 £<sup>3)</sup>. Andere Erzeugnisse<sup>4)</sup> Ugandas sind Elfenbein, Zähne des Flußpferdes, Häute wilder Tiere wie Löwen, Leoparden, Wildkatzen, von Rindern, ferner jederlei Art von Vieh, Bienenwachs, Kautschuk von vier oder fünferlei Art, Zucker, Tabak, Hanf, kostbare Holzstämme, Farbstoffe, Harze, Drogen, Korn, Kartoffeln und Gemüse, Ölsamen, Eisen, Salze usw.

Um die Tierwelt des Protektorats vor Ausrottung zu schützen<sup>5)</sup>, ist eine Reihe von Gesetzen erlassen worden. Die Zahl der Elefanten in den westlichen Teilen Ugandas wird auf 10 000 geschätzt. Selbst wenige Elefanten vermögen den Eingeborenen außerordentlichen Schaden zuzufügen. Doch werden sie wegen des Werts ihrer Hauer geschützt, sollen aber auf Reservationen beschränkt werden. Außer den Elefanten genießen Giraffen, Sekretäre, Geier, Eulen, Störche, Kraniche, Marabu und Reiher Jagdschutz. Dagegen dürfen Flußpferde und Rhinozerosse, wo immer man sie trifft, vernichtet werden.

Die Bodenfläche des Protektorats Uganda beträgt 110 000 englische Quadratmeilen, seine Bevölkerung beträgt 1451 Europäer, von denen die meisten im Dienst der Regierung stehen, 7229 Inder, meistens Angestellte, Handwerker oder Händler, die 90 Proz. des Handels in der Hand haben, und 3 145 449 Eingeborene<sup>6)</sup>. Die Hauptstadt

---

1) Report of the East African Commission 1925, p. 136 ff.

2) Buell I, p. 618.

3) Buell I, p. 622.

4) Siehe Johnston I, 293; ferner W. H. Franklin, Report on the Trade and Commercial Prospects of East Africa, London 1921, p. 11.

5) Siehe Report of the East African Commission, 1925, für das Folgende.

6) Buell, p. 559, 560.

seiner Verwaltung ist Entebbe, seine kommerzielle Hauptstadt Kampala. Der Bericht Franklins vom Juni 1921 sagt, daß die öffentlichen Einnahmen Ugandas in den fünf vor 1920/21 aufeinanderfolgenden Jahren mehr als die öffentlichen Ausgaben betragen haben<sup>1)</sup>).

8. Die dritte privilegierte Gesellschaft in Afrika, aus der eine Kolonie hervorgegangen ist, war die British South Africa Company. Ihr Gründer und ihre treibende Kraft war Cecil Rhodes. Wir haben ihn schon im vorigen Kapitel als den großen Organisator der Ausbeutung der Diamantfelder und des Jamesonschen Einfalls in Transvaal nach Entdeckung der Goldlager in Witwatersrand kennen gelernt. Was ihn veranlaßte, weiter nach Norden in das Matabele- und Maschonaland vorzudringen, war einmal die Nachricht über ein den Goldreichtum Kaliforniens und Australiens weit übertreffenden Goldvorkommen in diesen Gebieten, die auf die Schilderung eines jugendlichen deutschen Forschers Karl Mauch zurückging, und sodann die Sorge, daß Deutschland die maßgebende Macht in Südafrika werden könne. Cecil Rhodes' Traum war die britische Herrschaft von Kap bis Kairo<sup>2)</sup>).

Ich habe schon im vorigen Kapitel erzählt, wie England bald nach der Entdeckung der Diamantfelder am Vaalflusse sich in den Besitz von Westgriqualand gesetzt hat. Als einige weiße Händler in dem angrenzenden Betschuanaland ermordet worden waren, hat 1878 eine Strafexpedition unter Oberst Warren dahin stattgefunden, und ein Jahr lang hat das Gebiet unter britischer Militärherrschaft gestanden. Doch herrschte in England damals noch Abneigung gegen die weitere Ausdehnung des britischen Kolonialreichs und die Vergewaltigung der Rechte der Eingeborenen, und im April 1881 wurden die britischen Truppen aus Betschuanaland wieder zurückgezogen. Darauf haben

---

1) Franklin a. a. O. 5.

2) Siehe Hugh Marshall Hole, *The Making of Rhodesia*. London 1926.

die Buren im Betschuanaland die Republik Stellaland gegründet und die Gründung einer zweiten Republik „Goshen“ in Aussicht genommen; dadurch hat Cecil Rhodes die Verwirklichung seines Traums, bis nach Ägypten vorzudringen, bedroht gesehen und im Mai 1882 im Kapparlament die Ernennung einer Kommission durchgesetzt, welche die Grenze von Westgriqualand festsetzen sollte. Er selbst wurde zum Mitglied derselben ernannt, und brachte es fertig, durch Verträge mit einem Häuptling und den in Stellaland eingewanderten Buren deren Zustimmung zu einer Annexion durch die Kapregierung zu erlangen. Aber sowohl die Kapregierung als auch die britische Regierung lehnten ab, und erst, nachdem die Deutschen Angra Pequena besetzt hatten, und man deren weiteres Vordringen befürchtete, wurde im Februar 1884 Englands Protektorat über Betschuanaland ausgesprochen. Damit war der Weg nach dem Norden eröffnet. 1886 wurde der südliche Teil von Betschuanaland britische Kronkolonie, während über Mafeking bis zum 22. Breitengrad das Protektorat erklärt wurde.

Rhodes hat darauf den Erwerb von allem Gebiete, das von Süd- und Zentralafrika übrig war, ins Auge gefaßt. Es würde zu weit führen, hier bei all' den Winkelzügen zu verweilen, welche die verschiedenen europäischen Mächte machten, um eine der anderen dabei zuvorkommen. Nur eines ist gegenüber den Lobrednern des Vorgehens von Rhodes zu sagen: Vergleicht man die Instruktionen, die Wakefield den Direktoren der Neuseeland-Kompanie über die Behandlung der Eingeborenen und die Wahrnehmung ihrer Interessen gegeben hat<sup>1)</sup>, mit dem Vertrage, in dem Lobengula, der König der Matabele, wie zugegeben<sup>2)</sup>, sich ohne Verständnis von dessen Tragweite in den Schutz der Briten begeben hat, so zeigt sich, wie der Imperialismus auch im Verkehr mit den Eingeborenen alle Rücksichten dem Gesichtspunkt der Machterweiterung und des Gewinns

---

1) Siehe oben S. 152—154.

2) Hole, The Making of Rhodesia 53.



untergeordnet hat. Lobengula, ein Barbar und gelegentlich von entsetzlicher Grausamkeit gegen seine Feinde und diejenigen, die er dafür hielt, wird als im ganzen den Europäern und insbesondere den Briten freundlich geschildert<sup>1)</sup>. Er war in Sorge vor den Portugiesen, die Jahrhunderte alte Ansprüche am Matabeland hatten, und vor den Buren, die sich dahin ausdehnen wollten; das hat Moffat, ein von Rhodes entsandter Agent, benutzt, um ihn zur Unterzeichnung eines Vertrags zu bringen, in dem er sich verpflichtete, keinerlei Abkommen irgendwelcher Art mit einer fremden Macht über Verkauf, Veräußerung oder Zession des ganzen oder eines Teils des Matabelelands oder über irgend etwas anderes ohne vorherige Kenntnis und Genehmigung des britischen Oberkommissars für Südafrika zu treffen. Damit war Lobengula in volle Abhängigkeit von den Briten gebracht. Als das Abkommen bekannt wurde, hat es zu Protesten seitens der Portugiesen wie der Buren geführt, die indes erfolglos geblieben sind. Um in seinem weiteren Vorgehen nicht durch die Bureaukratie des Londoner Kolonialamts beschränkt zu sein, hat Rhodes nun die Erlangung eines königlichen Freibriefs erstrebt<sup>2)</sup>. Um ihn zu erlangen, schien nötig, daß er in den Gebieten, die er der britischen Unternehmung eröffnen wollte, bereits Fuß gefaßt habe. Zu dem Zweck hat er eine aus drei Freunden, Charles Dannel Rudd, James Rochfort Maguire und Frank Thompson, bestehende Expedition zu Lobengula entsandt, die dessen Hauptkraal Bulawayo am 20. September 1888 erreichte. Aber kaum waren sie dort, so trafen dort die Vertreter dreier anderen englischer Gesellschaften ein, die sich um Konzessionen zur Ausbeutung der Goldfelder bewarben. Darunter war die wichtigste die von dem englischen Kaufmann George Cawston finanzierte „Exploring Company“; sie wurde von E. A. Maund, einem früheren britischen Offizier, vertreten. Aus dem Wettbewerb dieser Gesellschaften um Konzessionen ist unter

---

1) Ebenda 46, 73.

2) Ebenda 65.

dem Einfluß eines Stellvertreters des britischen Kommissars für Betschuanaland, Sir Sidney Shippard, der in anderer Angelegenheit Lobengula aufsuchte, die von Rhodes entsandte Expedition siegreich hervorgegangen. Wenige Tage nach Abreise Sir S. Shippards hat Lobengula Rudd und Genossen gegen ein jährliches Gehalt, ein Kanonenboot auf dem Zambesi und tausend Gewehre die vollständige und ausschließliche Verwaltung über alle Metalle und Mineralien in Lobengulas Königreichen, Fürstentümern und Herrschaften übertragen, sowie das Recht, alles zu tun, was nötig, sie zu gewinnen und den Gewinn und das Einkommen, das sie abwerfen, zu beziehen, desgleichen das Recht, alle anderen Personen, die Land, Metalle, Mineralien oder Bergwerksrechte innerhalb dieser Gebiete suchen, auszuschließen<sup>1)</sup>. Ein Recht, Gesetze zu erlassen und Recht zu sprechen, wurde nicht gewährt.

Unmittelbar, nachdem Lobengula den Vertrag unterschrieben hatte, eilte Rudd mit dem kostbaren Dokumente nach Kapstadt, das er im November erreichte. Kaum hatte er Bulawayo verlassen, so trafen die Vertreter der beiden mit Rhodes rivalisierenden Gesellschaften, darunter Maund, dort ein. Lobengula hatte große Vorliebe für Maund, und Renny-Tailyour, der Vertreter der anderen Rivalin, regte, um Maunds Einfluß los zu werden, bei Lobengula an, ihn mit zwei seiner Räte (Indunas) nach London zu senden, um festzustellen, ob die Königin Victoria wirklich existiere. Der Gedanke fand Lobengulas Beifall, und Maund entwarf folgenden Brief an die Königin;

„Lobengula wünscht zu wissen, ob es eine Königin gibt. Einige Leute, die in dieses Land kommen, sagen ihm, daß es eine Königin gebe, andere sagen, es gebe keine.

„Lobengula kann die Wahrheit nur erkennen, indem er seine Augen schickt, um zu sehen, ob es eine Königin gibt.

„Die Indunas sind seine Augen.

„Lobengula wünscht die Königin, wenn es eine gibt, zu bitten, ihm zu raten und zu helfen, da er von den weißen

---

1) Siehe das Faksimile des Vertrags bei Hole zwischen S. 74 und 75.

Männern, die in dieses Land kommen und Gold graben wollen, sehr belästigt wird.

„Er hat niemanden, dem er vertrauen kann, und er bittet die Königin, ihm jemanden selbst zu senden.“

Bewaffnet mit diesem Briefe zogen Maund, zwei Indunas und ein Dolmetscher nach England, das sie am 27. Februar 1889 erreichten. Sie wurden von der Königin empfangen und vom Publikum sehr gefeiert. Bei ihrer Rückkehr brachten sie zwei Briefe zurück, darunter einen vom Kolonialminister Lord Knutsford an Lobengula, in dem es heißt<sup>1)</sup>;

„Lobengula ist der Beherrscher seines Lands, und die Königin mischt sich nicht in die Regierung dieses Landes ein; da aber Lobengula ihren Rat wünscht, ist Ihre Majestät bereit, ihn zu geben und antwortet nach Beratung mit ihrem Kolonialminister wie folgt:

„Vor allem wünscht die Königin, daß Lobengula klar verstehe, daß Engländer, die sich nach Matabeleland begeben haben, um dort Steine zu graben, dies nicht im Auftrag der Königin getan haben, und daß er keinerlei Behauptungen, die sie oder einer von ihnen diesbezüglich macht, glauben soll.

„Die Königin rät Lobengula, nicht rasch zu sein bei der Gewährung von Konzessionen von Land oder von Bergwerksrechten, sondern alles, was in Betracht kommt, wohl zu erwägen.

„Es ist nicht weise, in die Hände derer, die zuerst kommen, zu viel Macht zu legen und andere verdienstvolle Männer auszuschließen. Ein König gibt einem Freunde einen Ochsen, aber nicht seine ganze Herde, anderenfalls was würden andere ankommende Freunde zu essen haben?“

Außerdem erklärt die Königin sich bereit, Lobengula einen Ratgeber zu senden; nur sagten seine Abgesandten nichts über die Bestreitung der Kosten. Darüber und über andere Angelegenheiten möge er an den Oberkommissar in Kapstadt schreiben, der seine Briefe direkt an die Königin senden werde. Derselbe genieße ihr volles Vertrauen; wer ihm anderes sage, täusche ihn. Die Königin sandte Lobengula ihr Bildnis und dankte ihm für die Güte, die er, wie sein Vater, Engländern, die nach Matabeleland gekommen seien und dort lebten, erwiesen habe.

Dieser Brief, der der Loyalität der britischen Regierung alle Ehre macht, hat die schärfste Kritik der An-

---

1) Hole 82, 83.

hänger Rhodes' gefunden. Dasselbe gilt von dem Briefe, den die Gesellschaft zum Schutze der Eingeborenen (Aborigines Protection Society) an Lobengula schrieb, worin sie den Rat der Königin unterstützte, denen, die Konzessionen, nach Gold zu graben, erbäten, zu mißtrauen<sup>1)</sup>.

Bevor Maud im August 1889 in Bulawayo wieder eintraf, hat Lord Gifford, der Leiter der Betschuanaland „Exploring Company“ an das Kolonialministerium geschrieben, daß er Aussicht habe, in Matabeleland ähnliche Konzessionen zu erlangen, wie seine Gesellschaft sie in Betschuanaland besitze, und gefragt, ob er auf Unterstützung seitens der Regierung rechnen könne. Er hat darauf eine ausweichende Antwort erhalten; immerhin war seine Konkurrenz für Rhodes wegen des Einflusses, den Maund bei Lobengula hatte, gefährlich. Dazu kam, daß der Missionar und stellvertretende Kommissar für Betschuanaland beim Ministerium die Übernahme der Regierung im Reiche Lobengulas befürwortete. Angesichts dieser Bedrohungen seiner Interessen entschloß sich Rhodes, um den königlichen Freibrief für seine Gesellschaft zu erlangen, selbst nach England zu fahren. Sein Plan war, für Großbritannien jeden Fleck von Süd- und Zentralafrika zu erwerben, der noch von keiner anderen Macht endgültig besetzt war. Er ging davon aus, daß eine mit einem Freibrief ausgestattete Gesellschaft dabei weit rücksichtsloser vorgehen könne als die durch internationale Rücksichten gehemmte britische Regierung. Er hat sich gegenüber Sir William Harcourt gerühmt, daß er, um seinen Zweck zu erreichen, jedermann durch Beteiligung an guten Börsenspekulationen gekauft habe<sup>2)</sup>. Um die Giffordsche Kompanie zu gewinnen, hat er seine Gesellschaft mit ihr verschmolzen; er hat für seine so umgebildete Kompanie am 29. Oktober 1889 den Freibrief erlangt. Direktoren waren außer ihm Lord Gifford und die Herren Cawston und Beit, zu denen auf Veranlassung der Regierung noch die Herzöge von

---

1) Ebenda 83—85.

2) Blunt, Diaries I 412.

Abercorn und Fife und Albert Grey, der spätere Earl Grey, hinzugekommen sind.

Während der Abwesenheit Rhodes' suchten seine Gegner Lobengula zu überzeugen, daß er von Rudd, Maguire und Thompson übervorteilt worden sei. Lobengula schrieb einen neuen Brief an die Königin, worin er bestritt, daß er, wie man behauptete, in dem mit den Genannten abgeschlossenen Verträge sein ganzes Land hingegeben habe. Aber der Brief traf in England erst ein, nachdem Rhodes seinen Freibrief erhalten hatte. Als Lobengula davon Kenntnis erhielt, erfolgte ein furchtbarer Ausbruch seines Zorns. Der alte „Induna“, der zu Rudd und Genossen gehalten hatte, wurde erdrosselt, und seine ganze Familie samt Sklaven, im ganzen 60 Personen, „ausgewischt“. Bei seiner Rückkehr erkannte Rhodes die kritische Lage. Er sandte seinen Freund, den Arzt Dr. Jameson zu Lobengula, der durch seine Mittel gegen Gicht dessen Gunst erwarb, worauf Rhodes Lobengulas Zusage erhielt, in Tati mit der Ausbeutung der Goldlager beginnen zu dürfen. Auch schrieb der Kolonialminister auf Rhodes' Veranlassung an Lobengula im Namen der Königin einen Brief, der die Verleihung des Freibriefs an Rhodes bestätigte. Lobengula, der übrigens von Anfang an die ihm im Verträge mit Rudd und Genossen versprochene monatliche Pension von £ 100 bezogen hatte, hat darauf auch die bereitstehenden, ihm versprochenen Waffen übernommen und damit seine Konzessionen in Matabeleland ratifiziert.

Rhodes trat nach seiner Rückkehr nach Südafrika im September 1889 sofort an die Verwirklichung der Aufgaben heran, die er seiner nunmehr privilegierten Gesellschaft gestellt hatte. Dazu gehörten außer der Besitznahme von Maschonaland die Ausdehnung des Eisenbahnsystem von Kapstadt bis hin zum Zambesi, ein entsprechender Ausbau der Telegraphenlinie und vorbereitende Expeditionen, um der Besitznahme der entfernteren Gebiete, für die ihn der erhaltene Freibrief privilegiert hatte, den Weg zu bahnen. Es ist die Periode, in der sich Rhodes nicht mehr bloß als ein vom Glück ungewöhnlich bevorzugter Finanz-



mann, sondern auch als überlegener Staatsmann von großer Voraussicht und als großer Stratege gezeigt hat. Die Geschichte, wie er die Pioniere organisierte, welche die Besitznahme des Riesengebiets vom Norden von Transvaal bis zur Grenze von Deutsch-Ostafrika, vorbereiteten, gehört zu den fesselndsten Episoden der britischen Kolonialgeschichte. Es galt dabei nicht bloß die Zustimmung mächtiger Häuptlinge der Eingeborenen zu erringen, sondern auch den Widerstand der Buren und europäischer Mächte, vor allem der Portugiesen, zu überwinden. Gegen die Portugiesen hat Lord Salisbury oft kräftig geholfen; doch wurde das Ungestüm von Rhodes und das seiner Gefolgschaft nicht selten durch die traditionelle Stellungnahme des Londoner Kolonialamts und der Aborigines Protection Society zugunsten der Eingeborenen gezügelt. Die größten Schwierigkeiten bei Besetzung des Lobengula untertänigen, goldreichen Maschonalandes verursachte der patriotische Eifer der Matabele-Krieger, die den Krieg gegen die Weißen forderten. 1893 kam es zum Krieg, den Rhodes mit Truppen seiner Kompanie siegreich führte, und dessen Kosten er aus seiner Tasche bestritt. Lobengula, der Anfang Dezember nach dem Shanganifluße geflohen war, erklärte sich dort für besiegt und sandte eine beträchtliche Summe, wahrscheinlich £ 1000, und eine Botschaft. Aber die Summe wurde von zwei Briten, die sie in Empfang nahmen, unterschlagen, und Lobengulas letzte Botschaft ist unbekannt geblieben. Sein Tod hat die Übernahme der Regierung des Landes durch Rhodes' Gesellschaft erleichtert. Durch eine königliche Verordnung im Staatsrat wurde sie ihr am 18. Juli 1894 übertragen, und im Mai 1895 erhielt das Matabele- und Maschonaland amtlich den Namen, den der Volksmund ihm schon Jahre vorher beigelegt hatte, den Namen Rhodesia.

Die darin liegende Anerkennung hat Rhodes dankbar empfunden. Am 29. Dezember 1895 fand Jamesons von Rhodes veranlaßter und von Joseph Chamberlain begünstigter Einfall in Transvaal statt, um die den Ausländern feindliche Regierung Krügers zu stürzen, wie im

vorigen Kapitel erzählt worden ist<sup>1)</sup>). Rhodes mußte seine Premierschaft der Kapkolonie niederlegen und als Direktor der British South Africa Company zurücktreten, und Jameson und seine Offiziere wurden zur Aburteilung nach London abberufen.

Aber die Matabele waren durch ihre Niederlage von 1893 keineswegs unterwürfig geworden. Als Getreidemangel Not verbreitete und ein Ausbruch von Rinderpest sie ihres wertvollsten Guts beraubte, sowie ihre eigenen im Polizeidienst stehenden Landsleute sie schlecht behandelten, fanden die Hetzreden ihrer Priester bei ihnen Gehör, um so mehr, als die Entwaffnung Jamesons durch die Buren ihre Furcht vor der britischen Macht gemindert hatte. Aber mit Hilfe britischer Truppen und einer Unterstützung aus Transvaal war der Aufstand der Matabele im Oktober 1896 völlig niedergeschlagen. Schlimmer war der der bisher für feige gehaltenen Bewohner von Maschonaland. Am 15. Juni erhoben sie sich plötzlich in jedem Distrikt, und innerhalb eines oder zweier Tage haben ihre Äxte und Assegai innerhalb eines Umkreises von 80 englischen Meilen um Salisbury jeder isoliert wohnenden Familie und Einzelperson den Tod gebracht. Aber auch hier war der Aufstand im Oktober 1896 unterdrückt, und die Eingeborenen wurden von den Europäern neu angesiedelt.

Die British South Africa Company hatte Erwerb und Verteidigung von Rhodesia in der Hauptsache mit eigenen Mitteln bestritten. Das hat die weißen Bewohner des Lands mit einem begreiflichen Selbstgefühl erfüllt, das sie auch später die Selbständigkeit der Angliederung an die große Südafrikanische Union hat vorziehen lassen.

Der Zambesi scheidet heute Rhodesia in Süd- und rhodesia.

Südrhodesia<sup>2)</sup> ist bis 1923 durch einen Verwalter der British South Africa Company an Stelle eines Gouverneurs regiert worden. Er stand, was die Eingeborenen angeht,

---

1) Siehe oben S. 206, 207.

2) Siehe für das Folgende Buell I, 207—233.

unter dem in Kapstadt wohnenden Oberkommissar, der in Südrhodesia durch einen Residenten vertreten wurde. Außer durch ihre Verwaltungstätigkeit wurde die Kompanie durch wirtschaftliche Unternehmungen in Anspruch genommen, so durch große Weidewirtschaften und Citrusanpflanzungen. Auch war sie an den Eisenbahnen beteiligt und hatte in Rhodesia ein Bergwerksmonopol. Ihre Kapitalanlagen sind in dieser Zeit so groß gewesen, daß sie vor 1924 niemals eine Dividende bezahlt, wohl aber Vorschüsse zur Deckung des Defizits der Verwaltung geleistet hat.

Die europäische Bevölkerung von Südrhodesia hat 1921 34 000 Seelen betragen; viele unter den Weißen waren Landwirte, die von der Regierung der Kompanie Land erworben hatten. Diese Ansiedler haben sich von Anbeginn in Opposition zur Kompanie befunden. Sie haben jahrelang mit ihr wegen der öffentlichen Ausgaben, die durch Steuern zu decken waren, in Fehde gelebt; doch hat es kein Interesse, diese Streitigkeiten hier im einzelnen zu verfolgen. Von Interesse dagegen ist der Streit über das Eigentum an dem noch nicht veräußerten Land.

Ende 1914 lief das Privileg ab, das der Gesellschaft durch den Freibrief erteilt worden war. Doch war die britische Regierung bereit, den Freibrief auf zehn Jahre auszudehnen, und die Ansiedler, die fürchteten, daß sie sonst in die Südafrikanische Union würden einverleibt werden, was sie wegen des Gegensatzes zwischen Briten und Buren nicht wünschten, stimmten der Ausdehnung zu. Dabei stand die Einführung von Selbstregierung in Südrhodesia in Frage. Die Schulden der Kompanie beliefen sich um diese Zeit auf £. 7 750 000; aber die Kompanie machte geltend, daß eine neue Regierung diese Schulden nicht zu übernehmen habe, da ihr die Mineralien und der Grund und Boden des Landes verbleibe. Dagegen machten die Ansiedler geltend, daß das Land der Kompanie nicht zu Privateigentum, sondern nur in ihrer Eigenschaft als Regierung übertragen sei, und die Antisklavereigesellschaft und die Gesellschaft zum Schutze der Eingeborenen in England protestierten, daß das Land weder der Kompanie

noch der Regierung, sondern den Eingeborenen gehöre. Die Frage kam zur Entscheidung vor die richterliche Abteilung des Staatsrats. Dieser ging davon aus, daß die Krone durch die Besiegung Lobengulas das Eigentum am Land in allen von ihm beherrschten Gebieten erworben habe. Die Kompanie, der nur die Verwaltung dieser Gebiete übertragen worden sei, könne kein Eigentum an dem darin befindlichen, noch nicht veräußerten Lande geltend machen, wohl aber auf Rückzahlung des Betrags des ihr bei dieser Verwaltung entstandenen Defizits. In der Behandlung des Rechts der Matabele am Land zeigt die ergangene Entscheidung dieselbe Unkenntnis der Stammesrechte, die uns auch in anderen Entscheidungen der britischen Behörden entgegentritt. Wo die Entwicklung noch nicht bei Rechten der Eingeborenen am Grund und Boden, die dem britischen Privateigentum ähnelten, angelangt war, hat der Staatsrat kein Recht der Eingeborenen anerkannt. Alle Rechte der Eingeborenen am Land wurden hinweggefeht. Damit wurde es eine Frage politischer Erwägung, welche Ländereien den Eingeborenen zu überlassen seien und zu welchen Bedingungen. Als Folge erhielt die Krone das Recht, die Eingeborenen in Reservationen zurückzudrängen oder sie auf andere Art des Lands, das sie ehemals inne hatten, zu berauben und dieses Land an weiße Ansiedler zu veräußern.

In dem der Südafrikanischen Kompanie ursprünglich erteilten Freibrief war gesagt, daß „sie sorgfältig die Gebräuche und Gesetze der Klasse, des Stammes, der Nation, zu der die Parteien gehörten, besonders was das Eigentum, den Besitz, die Übertragung und Verfügung über Land angehe, unter Berücksichtigung der in den betreffenden Gebieten gültigen Gesetze, zu beachten habe“. Die Kompanie hat diese Vorschriften nicht beachtet. Sie verteilte große Ländereien an einwandernde Europäer. Schon 1894 war so viel Land, das bis dahin von Eingeborenen besessen war, an Europäer verteilt, daß es notwendig wurde, Reservationen der Eingeborenen fern von deren Heimat zu schaffen. Diese Reservationen sind in Rhodesia größer als in anderen afrikanischen Gebieten. Insofern sind die

dortigen Eingeborenen nicht schlecht gefahren; doch bleibt die Tatsache, das sie genötigt wurden, ohne Entschädigung Land zu verlassen, das sie während Generationen besessen hatten, und woran sie nach europäischen Begriffen wohl-erworbene Rechte hatten.

1898 hat eine Verordnung im Staatsrat den Eingeborenen gestattet, Land zu kaufen. Die Südafrika-Kompanie hat ihnen nie Land verkauft. Doch hatten sie bis 1925 45 000 acres von Europäern erworben. Sowohl die weißen Ansiedler als auch die Eingeborenen ziehen es vor, daß Ansiedlungen der Weißen und der Eingeborenen entfernt voneinander liegen. Die Weißen fürchten, von eingeborenen Nachbarn bestohlen zu werden, die Eingeborenen scheuen die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, daß benachbarte Weiße sie nicht verstehen, und deren Ersatzforderungen, wenn ihr Vieh auf Nachbarland eindringt. Dementsprechend hat eine 1925 für Südrhodesia eingesetzte Kommission vorgeschlagen, daß 6 837 876 acres dem Ankauf von Eingeborenen und 17 423 875 dem von Europäern vorbehalten bleiben sollten.

In der Verfassung von 1923, die Südrhodesia Selbstverwaltung verlieh, wurden alle Bestimmungen über Ernennung und Abberufung der Beamten für Eingeborenenangelegenheiten und über die Untersuchung von Eingeborenenfragen durch den Richter des obersten Gerichtshofs, die der Südafrika-Kompanie auferlegt worden waren, beibehalten. Außerdem wird der Gouverneur von Südrhodesia darin verpflichtet, dem Oberkommissar von Südafrika über alle Eingeborenenangelegenheiten, über die er Bericht verlangt, zu berichten. Auch werden darin die Eingeborenenreservationen unter stärkeren Schutz als in Kenya gestellt.

Die 34 000 europäischen Landwirte und Bergwerksunternehmer in Südrhodesia sind für ihre Betriebe auf die Arbeit der Eingeborenen angewiesen. Die Landwirte sind in dem Landwirtschaftlichen Verein von Rhodesia organisiert, die 37 Bergwerksunternehmungen in der Bergwerkskammer von Rhodesia. Im Jahre 1925 sind in anderer



Arbeit als in den Bergwerken 44 561 Eingeborene aus Südrhodesia und 63 000 Fremde, und in den Bergwerken 10 572 Eingeborene aus Südrhodesia und 29 672 Fremde beschäftigt gewesen. Die fremden beschäftigten Eingeborenen kamen in der Hauptsache aus dem portugiesischen Mozambique. Es besteht ein Arbeitsamt, das sich mit der Beschaffung der nötigen Arbeiter befaßt. Zwangsarbeit wird von der Regierung abgelehnt. Doch sind die Strafen für Arbeitsvertragsbruch sehr streng; sie bestehen in Geldstrafen bis zu 10 £, bei Zahlungsunfähigkeit in Gefängnis bis zu 2 Jahren. Es besteht eine Arbeiterschutzgesetzgebung und ein Gesetz, das zur Entschädigung bei Unfällen verpflichtet.

Die Selbstregierung, welche Südrhodesia verliehen worden ist, wird von den stark beschäftigten Weißen als eine große Last empfunden. Es gibt nur wenige, welche die dazu nötige Muße aufbringen können. Daher besteht die Möglichkeit, daß Südrhodesia, entgegen seiner früheren Ablehnung, doch noch eine fünfte Provinz der Südafrikanischen Union wird.

Etwas anders als in Südrhodesia liegen die Dinge in Nordrhodesia<sup>1)</sup>. Sein Gebiet umfaßt 290 000 englische Quadratmeilen, ist also größer als Großbritannien und Irland und wird von ungefähr 1 100 000 Schwarzen und 4200 Weißen bewohnt. Es wird im Norden und Süden von der Eisenbahn durchschnitten, die viel von dem Kupfer von Katanga nach dem portugiesischen Hafen von Beira führt. Der Osten und Westen sind durch keine Bahnen verbunden; man braucht 3 bis 4 Wochen, um von Fort Jameson nach der Hauptstadt Livingstone zu reisen. Die Ansiedler wohnen längs der Eisenbahn, etwa 250 in der Nähe von Fort Jameson. Etwa zwei Drittel des Lands ist Hochebene, vier bis fünftausend Fuß über dem Meer, so daß weiße Ansiedler in einem großen Teile des Landes zu leben vermögen. Die schwarze Bevölkerung ist weniger dicht als in anderen Teilen Afrikas; sie beträgt nur 3,5 Menschen auf die

---

1) Siehe darüber Buell I, 234—243.

Quadratmeile. Es ist dies die Folge der Schlafkrankheit und der Abwanderung nach Südrhodesia und dem Kongo.

Nordrhodesia hat von 1891 bis 1922 in der Verwaltung der Britischen Südafrika-Kompagnie gestanden. Die Kosten derselben sind nie durch ihre Einnahmen gedeckt worden. Die Kolonie hat 1920 eine neue Verfassung erhalten. Die Südafrika-Kompagnie hat dafür, daß sie auf Wiedererstattung des sich damals auf  $1\frac{1}{4}$  Million £ beziffernden Verwaltungsdefizits verzichtete, drei Flächen von 2758 400 acres zu freiem Eigentum erhalten und außerdem für 40 Jahre die Hälfte des Ergebnisses des Verkaufs und der Verpachtung seitens der Regierung. Die North Charterland Exploration Company hat eine Konzession von 6 400 000 acres erhalten, die indes der Pflicht, Reservationen der Eingeborenen darin zu errichten, unterworfen ist. Die Regierung hat weiter ungefähr drei Millionen acres veräußert. Von einer Gesamtfläche von 290 000 englischen Quadratmeilen sind somit 19 000 veräußert. Eine Kommission für Reservationen der Eingeborenen hat neuerdings angeregt, daß kein weiteres Land ohne ausdrückliche Genehmigung des Gouverneurs veräußert werde, bis eine Kommission für Reservationen berichtet habe und für die Bedürfnisse der Eingeborenen reichlich gesorgt sei, daß alles noch nicht veräußerte Land als Treuhänderbesitz im Interesse der Eingeborenen angesehen und Teile des bei Veräußerungen im Gebiet der Eingeborenen erzielten Erlöses auf Bodenverbesserungen in deren Gebiet verwendet werden. Es dürfte der Verwaltung von Nordrhodesia schwer werden, dieser Anregung Folge zu geben, teils wegen der stürmischen Zumutungen der europäischen Ansiedler, teils wegen des von der Südafrika-Kompagnie, welche die Hälfte des Erlöses von allen Landveräußerungen erhält, ausgeübten Drucks.

Die europäischen Ansiedler haben in Katanga, dem Mittelpunkt des Bergbaubetriebs am Kongo, einen guten Markt für ihr Vieh und ihre Milchprodukte. Ungefähr 1200 Viehhäupter werden jeden Monat von Nordrhodesia nach dem Kongo geschickt. Dagegen können die Eingeborenen

borenen in anderen Teilen Nordrhodesias wegen des Fehlens von Eisenbahnen und Landstraßen ihre Produkte nicht verkaufen. Da sie nichtsdestoweniger Steuer zu zahlen haben, müssen sie, um das Geld aufzubringen, Lohnarbeiter bei den Europäern werden. Der Taglohn der ländlichen Arbeiter beträgt 4 Pence, der der Grubenarbeiter 6 Pence. Das ist wenig, und durch die Not getrieben, wandern jährlich 10 000 Burschen nach den Katangagruben und nahezu 20 000 nach Südrhodesia; einige gehen bis nach Tanga-nika. Dies setzt bei dem Fehlen einer Bahn eine Wanderung von 3 bis 4 Wochen voraus, während deren manche infolge von Hunger und Krankheit umkommen. Seit 1906 besteht unter den Eingeborenen eine antieuropäische Bewegung, die, von Lehren des Christentums durchtränkt, passiven Widerstand gegen die Ansprüche der Europäer predigt. Im allgemeinen schreitet die Regierung erst ein, wenn es zu Verletzungen von Gesetz und Ordnung kommt.

Der Wert der Einfuhr aus Nord- und Südrhodesia nach Großbritannien und Irland hat 1921 £ 2454 503, der der britischen Ausfuhr dahin £ 876 555 betragen. Der Wert der Einfuhr aus fremden Ländern nach Rhodesia wird für 1912 als £ 540 000, der der Ausfuhr dahin als £ 244 000 angegeben<sup>1)</sup>).

9. Östlich von Rhodesia erstreckt sich das britische Protektorat Nyasaland in einem langen Streifen längs der Westküste des Sees Nyasa. Es umfaßt 40 000 englische Quadratmeilen<sup>2)</sup>). Die europäische Bevölkerung betrug 1921 1486 Personen, wovon 132 Beamte waren, die asiatische 563 und die eingeborene 1 200 000 Personen. Die Hauptartikel der Ausfuhr sind Tabak, Baumwolle und Tee. Aber die Ausfuhr leidet unter ungenügenden Verkehrsmitteln.

---

1) Statistical Abstract for the British Empire, 1914, pp. 36, 38, 78, 80.

2) Siehe Report of the East Africa Commission, 1925, p. 102—111.

Auch hier begegnet uns dieselbe Vergewaltigung der Eingeborenen in ihren Rechten am Grund und Boden, die wir in Kenya, Uganda und den beiden Rhodesia kennengelernt haben. Die Krone hat sich fünf Sechstel des ehemals von den Eingeborenen besessenen Lands, in den meisten Fällen ohne jede Entschädigung, angeeignet<sup>1)</sup>. Dazu kommt, daß europäische Gesellschaften sich im Besitze außerordentlich großer Flächen befinden, so die British Central Africa Company von 3 Millionen acres, andere Gesellschaften von 320 000, 170 000 acres, und von den Eingeborenen, die diese Ländereien bestellen, Pachtrente beziehen.

Die wirtschaftlichen Beschwerden der Eingeborenen haben 1915 zu einem Aufstand geführt. Führer war ein in einem Baptistenseminar in den Vereinigten Staaten erzogener Eingeborener namens Chilembwe. Sein Hauptquartier war in der Nähe des etwa 300 Meilen großen Besitzes von A. L. Bruce, auf dem die Eingeborenen besonders schlecht behandelt wurden. Chilembwe predigte das Kommen des jüngsten Tags, empfahl den in gewissen Betrieben beschäftigten Eingeborenen ihre Herren zu töten, schnitt selbst einem Leiter derselben den Kopf ab und predigte, während dieser Kopf vor ihm auf dem Pulte lag. Der Aufstand wurde schnell unterdrückt, und 20 Eingeborene wurden hingerichtet<sup>2)</sup>. Aber die Gärung dauert unter diesen fort, und die 1925 nach Ostafrika entsandten Kommissare bezweifeln in ihren Berichten die Gesetzlichkeit der Rentenerhebungen<sup>3)</sup>.

Die Geschichte der Ansiedlungen der Briten in Ostafrika zeigt eine entsetzliche Monotonie in der Beraubung der Eingeborenen. Buell faßt am Schlusse seiner Darstellung die Lage in den beiden Rhodesia und in Nyasaland folgendermaßen zusammen<sup>4)</sup>:

---

1) Ebenda p. 109.

2) Buell I, 247.

3) Report of the East Africa Commission 1925, p. 110.

4) Buell I, 253, 254.

„In allen drei Gebieten ist das Land von den Europäern anfänglich mit geringer Rücksicht auf die Rechte der ursprünglichen Bewohner veräußert und ein System der Wirtschaft eingeführt worden, das auf deren Wohlfahrt wenig Rücksicht nahm. Ein belgischer Beobachter hat 1913 hervorgehoben, daß die Politik in beiden Rhodesia eine Politik der Proletarisierung sei. Er erklärt<sup>1)</sup>: „Die Kompagnie begann damit, alles Land und alle Bergwerke zu konfiszieren und den Einwohnern nur den prekären Besitz gewisser Ländereien zu lassen. Nach meiner Meinung war dies eine grobe Ungerechtigkeit. Dann wurden die natürlichen Reichtümer in fortschreitendem Maße den Kapitalisten der weißen Rasse, den großen wie den kleinen, zur Verfügung gestellt. Genötigt, Arbeiter einzuführen, und vom Wunsche beiseelt, die Eingeborenen des Landes als Arbeiter zu nützen, hofften sie nach und nach die Lohnarbeit zu verallgemeinern. Die das Land beherrschende Politik ist die Bevorzugung der Interessen der Weißen vor denen der Eingeborenen und das Fehlen einer von den Interessen der Schwarzen getragenen ehrlichen Sozialpolitik, die insbesondere die Heranbildung einer zahlreichen Klasse bäuerlicher Grundeigentümer erstrebt.“ Die Wichtigkeit einer solchen Politik wird heute in allen drei Kolonien erkannt, aber ihr Ziel ist schwer zu erreichen, solange die Landveräußerungen die Zahl der Europäer vermehren, die sich auf die Arbeit der Eingeborenen stützen.“

Die Ein- und Ausfuhr aus dem Protektorat Nyasaland ist nicht erheblich. Der Wert der Einfuhr nach dem Vereinigten Königreiche hat 1912 £ 150 989, der der Ausfuhr aus dem Vereinigten Königreiche nach Nyasaland £ 141 356, der der Einfuhr aus fremden Ländern. £ 80 000, der der Ausfuhr dahin £ 23 000<sup>2)</sup> betragen. Die öffentlichen Einnahmen des Protektorats decken nicht dessen Ausgaben.

Die Bedeutung Nyasalands für England scheint somit weit weniger in dem zu liegen, was es ihm bietet, als vielmehr darin, daß das englische Protektorat andere Mächte verhindert hat, Nyasaland zu besetzen. Weit wichtiger ist, was Rhodes in Rhodesia getan hat, um der Verwirklichung seines Traums „Britische Herrschaft vom Kapland bis

1) H. Rolin, *Les Loix et l'Administration de la Rhodesia*, p. XLV.

2) *Statistical Abstract for the British Empire*, 1914, pp. 36, 38, 78, 79.



Kairo“ näher zu kommen. 1893/94 hat er in London die Erlaubnis erwirkt, eine Telegraphenleitung von Südafrika über Salisbury nach Maschonaland, über den Zambesi nach Blantyre in Nyasaland anzulegen, und von dort nach Uganda fortzuführen<sup>1)</sup>, und wie es heißt, hat er sogar in einer Unterredung mit Wilhelm II. von diesem das Recht erhalten, seine Telegraphenleitung durch Deutsch-Ostafrika weiter zu leiten. Rhodes ist 1902 in Südafrika gestorben, in dem Augenblick, in dem die Sache, der er sein Leben und Vermögen geopfert hatte, einen kostspieligen und blutigen Erfolg erzielt hatte.

10. Wie stand es damals mit der britischen Herrschaft in Ägypten, deren Vereinigung mit der in Südafrika Rhodes' Traum gewesen war?

Nach Tel-el-Kebir haben Imperialisten in England, an der Spitze The Times, die Annexion Ägyptens verlangt. Bismarck war nicht dagegen, und Frankreich war durch seine Okkupation von Tunis der Mund gestopft. Aber Lord Dufferin hatte im Namen Englands in Konstantinopel eine öffentliche Erklärung abgegeben, daß England nur im Interesse Europas, nicht im eigenen, sich in Ägypten einge-mischt habe. Ähnlich hatte Granville, der damalige Außen-minister, gesprochen. Selbst der Admiral Seymour hatte erklärt, England wolle keine Eroberung. Am wenigsten war Gladstone dafür zu gewinnen. Nur ein Teil des Kabi-netts, an der Spitze Hartington und Chamberlain, drückte nach der Richtung von Annexion. Dagegen entrüstete sich das nonkonformistische Gewissen der alten Liberalen über die Zumutung, die Grundsätze preiszugeben, die Gladstone in seinen Midlothian-Reden proklamiert hatte, und dazu kamen finanzielle Bedenken ob der Kosten, die die An-nexion verursachen würde. So kam es, daß Ägypten fort-bestand als ein Staat, der von Rechts wegen sich selbst regierte und von keiner Macht abhängig war; tatsächlich stand es unter dem nur formell noch nicht proklamierten Protektorate Großbritanniens.

1) Hole a. a. O. 383 ff.

Ich übergehe die am 7. Februar 1882 Ägypten auf Rat Lord Dufferins verliehene Verfassung, denn unter der wiederhergestellten und auf das britische Heer sich stützenden Macht des Vizekönigs Tewfik hat sie keine Beachtung gefunden. Weit wichtiger war die Ernennung des Majors Evelyn Baring, des späteren Lord Cromer, zum britischen Generalkonsul. Er wurde als wohlwollender Liberaler begrüßt. Seine Stellung war eigentümlich. Nominell hatte er kein weiteres Recht als den Khedive zu beraten. Aber sein Rat mußte beachtet werden, denn hinter Cromer stand ein britisches Heer. Davon daß Tewfik Cromers Rat befolgte, hing ab, ob er Khedive blieb. Die ägyptischen Gouverneure und Beamten, die dem Rate nicht gehorchten, sollten abgesetzt werden. Andererseits war die Autorität des britischen Generalkonsuls nicht nur durch die Rechte des Sultans, sondern von 14 christlichen Staaten, die in Ägypten auf Grund von Kapitulationen Vorrechte besaßen, eingeeengt. Viele notwendige Reformen konnten nur unter Zustimmung einer jeden dieser Mächte durchgeführt werden. Besondere Hemmnisse bereiteten die Rechte der Internationalen Schuldenkommission, die von allen öffentlichen Einnahmen die Hälfte für die Gläubiger Ägyptens in Anspruch nahm und oft Überfluß hatte, während der Generalkonsul Mittel für die dringendsten Verbesserungen entbehrte.

Diejenige unter den Mächten, die allen vom Generalkonsul geplanten Maßnahmen stets widersprach, war Frankreich. An sich war es selbst schuld, daß England sich in die ägyptischen Verhältnisse mischte; denn nachdem dieses auf Gambettas Drängen sich zur Unterzeichnung der gemeinsamen Drohnote verstanden hatte, hatte sich Frankreich nach Gambettas Sturz geweigert, ein Heer nach Ägypten zu schicken. Dabei war aber seine Verstimmung über die Machtstellung, die England in Ägypten erlangt hatte, begreiflich. Es war Frankreich, das Ägypten in seinem Kampfe um Unabhängigkeit von der Türkei unterstützt hatte, als alle anderen Mächte es hinderten, ganz unabhängig zu werden. Es war Frankreich, an das Mehe-

met Ali sich bei seinem Versuche, Ägypten zu zivilisieren, gewandt hatte. Es waren französische Richter, Ingenieure, Gelehrte, die auf seine Anregung als Pioniere europäischer Kultur nach Ägypten gekommen waren. Französisch war neben dem Arabischen die Amtssprache der Regierung geworden. Der Suezkanal endlich war von Lesseps gegen den heftigen Widerstand Englands erbaut worden. Daß nun aber Frankreichs Widerspruch gegen die englischen Reformen so weit ging, daß es selbst die Ersetzung der Fronarbeit, zu der die Bauern mit Peitschen aus Nilpferdhaut getrieben wurden, durch bezahlte Lohnarbeit zu hindern suchte, geht doch über das, was man von den Nachkommen der großen Revolution erwarten durfte. Der Widerstand der Franzosen gegen den englischen Einfluß hat erst aufgehört, als auf Grund des Auftretens der Deutschen in Marokko, England und Frankreich 1904 ein Abkommen trafen, wonach die Franzosen in Marokko dieselbe Macht wie die Engländer in Ägypten haben sollten: die Franzosen verzichteten auf Untergrabung des Einflusses der Engländer in Ägypten, wogegen die Engländer versprachen, den Einfluß der Franzosen in Marokko nicht weiter untergraben zu wollen.

Trotz aller vorgenannten Hemmungen hat Ägypten unter Cromers Verwaltung außerordentliche Fortschritte gemacht. Es wurde die Justizverwaltung reformiert, Ordnung in die öffentlichen Ausgaben gebracht, die Mißbräuche bei Eintreibung der Steuern abgeschafft, für regelmäßige Auszahlung der Beamtengehälter und des Solds an die ägyptischen Truppen gesorgt, ein schlagfertiges Heer hergestellt, die Polizei neu organisiert, das Gefängniswesen reformiert, Schulen wurden gegründet, das Größte aber: es wurden durch eine großartige Regulierung des Nils für Ägypten fünf Millionen Acre kultivierten Landes gewonnen<sup>1)</sup>. Außer Lord Cromer sind es Sir Edgar Vincent

---

1) Die bauerliche Bevölkerung hat die Leistungen der Bewässerungsverwaltung stets anerkannt; als 1888 infolge des Ausbleibens der Nilüberschwemmung tausende von acres in Oberägypten von vollständigem Ernteausschlag bedroht waren und nur

als Leiter der Finanzverwaltung und Sir Colin Scott Moncrieff, das Haupt der Bewässerungsverwaltung, gewesen, welche die Last des Kampfes zu tragen hatten, und denen der schließliche Erfolg zu verdanken war.

Aber so groß Cromers Verdienste waren, so hat er doch den religiösen Untergrund der nationalistischen Bewegung übersehen und die aus dem Glauben, daß der Islam durch die Christen bedroht sei, im Sudan entstehende Gefahr unterschätzt. Die Mohammedaner in Ägypten sahen im Mahdi den Vertreter von Freiheit, Gerechtigkeit und einer religiösen, Gott wohlgefälligen Regierung. Man sandte den General Hicks nach dem Sudan, um die Herrschaft des Mahdi zu brechen. Sein aus jämmerlichen Soldaten bestehendes Heer wurde geschlagen, und er selbst getötet. Darauf wurde General Gordon, der „Bibel-Engländer“, der schon unter Ismail als dessen Generalgouverneur den Sudan vortrefflich regiert und seitdem den Taiping-Aufstand in China glorreich beendet hatte, nach dem Sudan geschickt, um die Reste der ägyptischen Armee von dort zurückzuholen. Aber Gordon war ein eigenwilliger Mensch. Entgegen seiner Instruktion, mit dem Mahdi zu einem Einverständnis zu kommen, suchte er Khartum gegen den Mahdi zu halten. Das zeigte sich ohne militärische Verstärkung unmöglich. Gladstone schwankte zwischen prinzipieller Geneigtheit, die nationalen Bestrebungen der Ägypter zu begünstigen, was Arabis Rückberufung nötig gemacht hätte, und der Sorge, die Unterstützung der Imperialisten bei seiner irischen Politik zu verlieren. Chamberlain und Lord Hartington drangen auf Annexion von Ägypten; Gladstone war dagegen. Unterdessen unterblieb die rechtzeitige Entsendung von Truppen zur Unterstützung Gordons; Khartum wurde gestürmt und Gordon fiel, die zu seiner Unterstützung entsandte Expedition unter Lord

---

durch die persönlichen Anstrengungen des Ingenieurs Willcocks davor bewahrt wurden, haben die dankbaren Landbewohner ihren religiösen Fanatismus vergessen und darauf bestanden, daß der Christ dem Dankgottesdienste in der Moschee der Hauptstadt beiwohne.



Wolseley kam zu spät. Blunt berichtet von argen Grausamkeiten, die von den britischen Siegern begangen worden seien<sup>1)</sup>.

Der Fall von Khartum und besonders der Tod Gordons, des „Helden der Helden“, der es verteidigt hatte, hat Gladstone eine große Einbuße seiner Popularität bei der Masse des britischen Volks gebracht. Das auf seinen Rücktritt folgende kurzlebige Kabinett Salisbury beschloß, die nach dem Sudan entsandten Truppen zurückzuziehen. Man trat überhaupt dem Gedanken nahe, die so oft versprochene Räumung Ägyptens auszuführen. Nach dem Plane Drummond Wolffs, den Salisbury 1885 nach Ägypten geschickt hatte, um die ägyptische Frage zu lösen, sollte Arabi zurückgerufen, Ägypten Selbstverwaltung gegeben und die britische Besatzung zurückgezogen werden. Schon hatte die Königin zugestimmt, als der Sultan unter französischem und russischem Druck die Ratifikation versagte. Damit waren alle weiteren Verhandlungen über Abzug der britischen Besatzung, sowie alle Bestrebungen für Selbstverwaltung der Ägypter zum Stillstand gebracht. Tewfik war noch Khedive, und Cromer hatte alle Gewalt. Der populäre Mann bei den Fellachen war der Nachfolger des Mahdi, der in der Nähe von Suakim einen fortdauernden Guerillakrieg führte. Man fabelte von heroischen Taten seiner Anhänger und erwartete von ihnen die Vertreibung aller Europäer aus Afrika und die Wiedereroberung der nordafrikanischen Küste.

1892—94 war Gladstone wieder Kabinettschef. Nicht nur er selbst, sondern ebenso Sir William Harcourt und John Morley waren für die Räumung Ägyptens<sup>2)</sup>. Aber Rosebery war Außenminister und konnte machen, was er wollte. Er war mit einer Rothschild verheiratet, und das Haus Rothschild war gegen Räumung. Nach Gladstones Rücktritt ist Rosebery Premierminister geworden, und ein Jahr darauf kam Salisbury wieder ans Ruder mit Chamber-

1) Blunt, Gordon at Khartoum, p. 416, 426.

2) Blunt, Gordon at Khartoum 229; derselbe in My Diaries I, 74, 75.



lain, der von je für die Annexion Ägyptens gewesen war, als Kolonialminister. Die Italiener waren am 1. März 1896 bei Adowah von den Abessiniern völlig geschlagen worden, und Salisbury, aufgefordert, eine Diversion zu ihren Gunsten zu unternehmen, beschloß, daß Ägypten seine verlorenen südlichen Provinzen wieder erobern solle. Sir Herbert Kitchener, der Sirdar des gründlich erneuerten ägyptischen Heeres, wurde mit der Aufgabe betraut. Er hat im Frühjahr 1898 mit Hilfe von 4 britischen Bataillonen das befestigte Lager von 12000 Derwischen, die fast alle getötet oder gefangen genommen wurden, zerstört, und am 2. September Omdurman, die feste Burg der Mahdisten, genommen<sup>1)</sup>; zwei Tage später wurde in Khartum an der Stelle, wo Gordon gefallen, eine religiöse Gedenkfeier zu seiner Erinnerung gehalten.

Kaum wehten die britische und die ägyptische Flaggen über Khartum, als die Nachricht dort eintraf, daß sechs Weiße in Faschoda, einem Dorfe am Weißen Nil, etwa 300 englische Meilen südlich, eingetroffen seien. Kitchener eilte dahin, um dort den französischen Major Marchand mit 100 Senegalesen zu finden, der die französische Flagge gehißt hatte. Das hat zu Verhandlungen zwischen Paris und London geführt, als deren Folge Marchand genötigt wurde, die Trikolore wieder einzuziehen.

Im Januar 1899 ist zwischen Großbritannien und Ägypten ein Abkommen getroffen worden, vermöge dessen der britische König das Recht erhalten hat, kraft des Rechts der Eroberung zusammen mit dem Khedive Sou-

---

1) Über das furchtbare Gemetzel unter den Derwischen, das Massaker, das unter Verwundeten und Fliehenden im großen angerichtet wurde, siehe Blunt, My Diaries I, 364 ff.: „the performances of Tommy Atkins in the way of killing at Atbara (a few days before the fight at Omdurman), passed everything ever heard of. He was like a raging beast“. Über die Behandlung der Leiche des Mahdi, die Kitchener ausgraben und in den Nil werfen ließ, und aus dessen Kopf er ein Tintenfaß habe machen lassen, siehe Blunt, My Diaries I, 407, 408, 425; II 280.

veranitätsrechte im Sudan auszuüben. Es ist in Europa nicht auf Widerspruch gestoßen, zum Teil deshalb, weil bestimmt worden war, daß keine einzige Macht im Handel mit dem Sudan Vorrechte haben solle.

Nach der deutschen Zurückweisung auch des dritten englischen Angebots eines Bündnisses mit Deutschland hat Eduard VII. 1903 bei einem Frühstück mit dem französischen Außenminister die intimsten Beziehungen Englands zu Frankreich eingeleitet. Nun haben die Franzosen Faschoda vergessen; um die Demütigung Frankreichs in Vergessenheit zu bringen, ist sogar der Name Faschoda durch „Kodok“ ersetzt worden; und 1904 ist es zu dem schon erwähnten anglo-französischen Abkommen gekommen, vermöge dessen Frankreich jeder Untergrabung des englischen Einflusses in Ägypten gegen den gleichen Verzicht auf Untergrabung des französischen Einflusses in Marokko entsagte; Cromer herrschte nun unumschränkt in Ägypten. Da hat der „Manchester Guardian“ am 21. Juni 1906 eine Nachricht gebracht, die in England Entsetzen verbreitete<sup>1)</sup>. Die Engländer hatten eine militärische Promenade durch das Delta unternommen, um die Macht Großbritanniens zu zeigen. Eines Tags zogen Offiziere, um ihre Langeweile zu vertreiben, in Uniform aus Tantah in das benachbarte Dorf Denschawai, um zahme Tauben zu schießen. Die Dorfbewohner protestierten, und die Offiziere, von denen keiner arabisch verstand, fingen an sich zu fürchten. Ein Gewehr in der Hand eines desselben ging los; eine Frau und einige Männer wurden getötet oder verwundet, und die Dorfbewohner antworteten, indem sie die Offiziere mit „nabuts“ bearbeiteten. Zwei Offiziere liefen fort, wie man sagt, um aus dem 7 englische Meilen entfernten Lager Hilfe zu holen; einer derselben wurde in einer Entfernung von 4 Meilen vom Dorfe tot aufgefunden. Darauf befahl Cromer, daß die Dorfbewohner erschossen würden und zwar, bevor noch ein Prozeß stattgefunden hatte. Cromer

---

1) Siehe darüber Blunt, *My Diaries*, II, pp. 152, 153, 158, 159, 166, 169, 171.

erhielt Anweisung, sich zu mäßigen. Es fand ein Prozeß statt, in dem 4 Bewohner von Denschawai zum Tode, 4 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 3 zu 15 Jahr, 6 zu 7 Jahr, 3 zu 1 Jahr Gefängnis mit 50 Peitschenhieben, 5 zu 50 Peitschenhieben verurteilt und 31 freigesprochen wurden. Nach der Exhumierung der Leiche des Offiziers stellte sich heraus, daß er nicht an Wunden, sondern am Sonnenstich gestorben sei. Am 11. April 1907 ist die Nachricht von Cromers Rücktritt in London eingetroffen. Am 24. Dezember 1907 meldeten die Zeitungen, daß die Gefangenen freigelassen worden seien.

Blunt schreibt<sup>1)</sup>, daß die Kunde von dem Vorkommnis durch alle Lande, durch Indien, Persien, ganz Asien verbreitet worden sei, und seit Jahren nichts Englands Ansehen im Osten so erschüttert habe. In Ägypten habe sie den Nationalismus aufs neue belebt.

Als der Weltkrieg ausbrach, hat Großbritannien das Protektorat über Ägypten, das es tatsächlich schon seit 1882 ausgeübt hat, auch formell erklärt. Im Frieden von Versailles ist ihm dann auch das Mandat über Deutsch-Ostafrika, das bis dahin den Sudan von Rhodesia getrennt hatte, zugesprochen und damit das britisch-ostafrikanische Reich von Kapstadt bis Kairo, dessen Entstehung Gladstone schon 1877 befürchtete<sup>2)</sup> und von dem Cecil Rhodes geträumt hatte, zur Wahrheit geworden. Seitdem ist Ägyp-

---

1) Blunt, My Diaries II, 198.

2) Siehe Gladstone, Aggression on Egypt and Freedom in the East, im Nineteenth Century Review vom August 1877. Er schrieb: Our first site in Egypt, be it by larceny or be it by emption, will be the almost certain egg of a North African Empire that will grow and grow till another Victoria and another Albert, titles of the lake sources of the White Nile, will come within our borders, and till we finally join hands across the Equator with Natal and Cape Town, to say nothing of the Transvaal and the Orange River on the south or of Abyssinia or Zanzibar to be swallowed by way of viaticum on our journey — and then with a great empire in each of the four quarters of the world...we may be territorially content but less than ever at our ease“.

ten zwar wieder ein Königreich geworden; an seiner Beherrschung durch England hat sich nichts geändert. Die Engländer haben ihre Besatzung noch immer nicht aus Ägypten zurückgezogen, und die dagegen gerichtete nationale Bewegung der Ägypter besteht nach wie vor weiter.

---

Es ist in dem vorstehenden Kapitel so viel von den Übeln gesprochen worden, welche den eingeborenen Bewohnern der afrikanischen Welt aus dem Eindringen der Europäer erwachsen sind, daß es als Voreingenommenheit erscheinen könnte, würde ich zum Schlusse nicht noch einen Rückblick auf die ihnen gewordenen Wohltaten werfen. Für das größte ihnen erwachsene Übel, den Raub an ihrem Land, ist ihnen allerdings kein Ersatz geworden. Vielmehr hat er sogar die Wirkungen des großen ihnen gewordenen theoretischen Fortschritts, der Abschaffung der Sklaverei, indem es sie zu Proletariern gemacht hat, in Frage gestellt. Aber wenn wir bedenken, daß die Eingeborenen des tropischen Afrikas jahrhundertlang in fortwährenden Kriegen lebten, die zur Ausrottung ganzer Völkerschaften geführt haben, springt in die Augen, welchen Segen der Friede und die Ordnung, die die Europäer gebracht haben, für sie bedeutet haben. Demnächst ist der Bau von Straßen, Eisenbahnen und Häfen zu nennen, die erst den Absatz der Produkte der von den Europäern eingeführten Kulturen und damit deren Verbreitung ermöglicht und die Schrecken von Hungersnöten gemildert haben. In engem Zusammenhang damit stehen die Bodenverbesserungen und vor allem die großen Bewässerungsanlagen, durch welche Millionen von Tagwerken dem Landbau neu gewonnen wurden und dessen regelmäßiger Ertrag gesichert worden ist. Die größten Verdienste um die Tropenbewohner aber haben die modernen Völker sich auf dem Gebiete der Hygiene und Seuchenverhütung erworben. An diesen sind alle beteiligt. „Bei den großen Fragen, z. B. der Cholera, der Pest, der Malaria, des Gelb-

fiebers usw. greifen<sup>1)</sup> die Untersuchungen der Engländer, der Deutschen, der Amerikaner, der Italiener, der Japaner usf. in derartiger Weise ineinander, daß man meist nicht einer einzigen Nation das eigentliche Verdienst zuschreiben kann. Das Malariaplasmodium wurde von einem französischen Militärarzt in Algier entdeckt. Zwei Italiener, Golgi und Grassi, haben dann ganz wesentliche Fortschritte erzielt. Der englische Militärarzt Ronald Ross fand ähnliche Plasmodien im Blute von Vögeln und hat in konsequenter Arbeit die Übertragung durch gewisse Stechmücken nachgewiesen. Der männliche und zielbewußte Charakter von Robert Koch hat die Frage weiter gefördert und den Weg gewiesen, auf dem man die Malaria verhüten kann. Erstens durch Chininbehandlung der ganzen Bevölkerung, zweitens durch die Überdeckung der Sümpfe mit einer feinen Ölschicht. Die Amerikaner haben neuerdings eine Bekämpfung der Stechmückenlarven mit gewissen Arsenpräparaten durchgeführt. In der Frage der Schlafkrankheit haben Belgier und Deutsche maßgebend gearbeitet, und die letzte Entdeckung des Germanins zu ihrer Bekämpfung ist rein deutschen Ursprungs. Die Gelbfieberbekämpfung auf Grund des Nachweises des Erregers ist ausschließlich das Verdienst amerikanischer Forscher. Der Hookworm wurde von Italienern und Deutschen studiert. Die Erkenntnis von der Verbreitung der Krankheit auf dem Wege durch die Haut ist ausschließlich amerikanisches Verdienst. Die Hookwormseuche kommt in Europa nicht entfernt so häufig vor, wie in Südamerika. Die Cholera ist durch Robert Koch aufgeklärt. Die Prophylaxe der Cholera und des Typhus durch immunisierende Einspritzungen der abgetöteten Bazillen ist sowohl von den Deutschen, wie auch, namentlich in Südafrika, durch Engländer mit Erfolg ins Leben gerufen worden. An der Aufklärung der Prophylaxe der Diphtherie und des Tetanus haben vor allem Ehrlich und Behring das Verdienst, aber

---

1) Ich verdanke die im Texte folgenden Ausführungen der Güte meines ausgezeichneten Kollegen Friedrich von Müller, dem ich auch hier meinen Dank dafür ausspreche.



auch Roux in Paris hat Bedeutendes geleistet, und ein Belgier, Bordet, hat die wichtigsten Reaktionen aufgedeckt, welche zur diagnostischen Erkennung der Antikörperreaktionen dienen.“

Diese Fortschritte der Medizin haben das Leben in den Tropen erst möglich gemacht. Sir Ronald Ross, dem die Entdeckung, daß die weibliche Steckmücke der Träger der Malaria ist, zu danken ist, sagt, daß in Indien in Jahren, in denen die Malaria nicht einmal besonders gewütet hat, 1 300 000 Todesfälle als Folge derselben gemeldet worden sind, und daß von 300 000 Soldaten in Indien jährlich 100 000, weil an Malaria erkrankt, in die Spitäler aufgenommen werden. Nicht anders steht es mit den übrigen oben genannten Krankheiten, die Farbige wie Weiße in den Tropen Afrikas, Asiens und Südamerikas heimgesucht haben. 1899 ist in London eine von der britischen Regierung und den Kronkolonien subventionierte Schule für tropische Medizin, und in demselben Jahre eine solche, die von den nach Westafrika Handel treibenden Kaufleuten erhalten wird, in Liverpool eröffnet werden. Auch andere Länder, die in den Tropen Kolonien besitzen, haben Schulen für tropische Medizin gegründet, um die zur wirksamen Bekämpfung der Tropenkrankheiten nötigen Kenntnisse zu verbreiten.

---

## 72. Kapitel.

### Das britisch-indische Kaiserreich.

Die älteste überseeische britische Besetzung, die aus einer privilegierten Gesellschaft hervorgegangen ist, ist das britisch-indische Kaiserreich. Seine Anfänge habe ich im zweiten Bande erzählt<sup>1)</sup>. Als ich zuletzt davon sprach, war Warren Hastings als Generalgouverneur der Besitzungen der Ostindischen Gesellschaft abgegangen, und Pitt hatte 1784 ein Gesetz durchgesetzt, vermöge dessen die Angelegenheiten Indiens in die Hand eines Geheimen Ausschusses gelegt wurden, der außer aus einem ersten und zweiten Vorsitzenden aus den älteren Mitgliedern des Rates der Direktoren bestand; er sollte unter Aufsicht eines Kontrollamts, in Wirklichkeit des Präsidenten desselben, handeln. Dieser ist, wie dort gesagt<sup>2)</sup>, tatsächlich der erste britische Staatsminister für Indien gewesen.

Warren Hastings war nicht für Ausdehnung der britischen Herrschaft in Indien gewesen<sup>3)</sup>. Sie ist unter ihm nur wenig erweitert worden. Als er nach England heim-

---

1) Bd. 2, 196, 337 ff.

2) Ebenda 359.

3) Für die folgende Darstellung wurden benutzt: John Stuart Mill, *Memorandum of the Improvement in the Administration of India during the last thirty Years*. London 1858. — Sir W. Lee-Warner, *India and Afghanistan* im 2. Bande der *Cambridge Modern History*, 724—753. — Vincent A. Smith, *The Oxford Student's History of India*, 9. ed. Oxford 1921. — L. C. A. Knowles, *The Economic Development of the British Overseas Empire*. London 1924. Book 2, Part 2, I. — Eine gute Übersicht gibt auch das Buch von Dr. Sten Konow, *Indien unter der englischen Herrschaft*. Tübingen 1915.

kehrte, umfaßte Britisch-Indien Bengalen, Behar, einen kleinen Teil von Orissa, Ghazipur, Benares, die Northern Circars, Guntur ausgenommen, Madras und ein angrenzendes beschränktes Gebiet, worin das Fort St. David gelegen war, einige kleine Ansiedlungen im Osten, ferner Bombay, Surat und einige andere Plätze an der Westküste. Dieselbe Politik, die wir in Australien und Afrika als die der britischen Ministerien, bis zur Zeit, da Joseph Chamberlain Kolonialminister wurde, kennen gelernt haben, ist auch die des britischen Ministeriums gegenüber Ostindien gewesen. Zur Zeit, da Pitts Gesetz über Indien erlassen wurde, hat das Parlament erklärt, „Pläne der Eroberung und des Erwerbs von Gebieten zu verfolgen, widerspreche den Wünschen, der Ehre und der Politik der britischen Nation“, und die Direktoren der Ostindischen Gesellschaft sind wegen der Kosten, die jede weitere Eroberung in Indien verursache, gegen jeden Erwerb neuer Gebiete gewesen. Aber wie wir gesehen haben, haben die Verhältnisse in Australien und Afrika trotz der Abneigung des Kolonialamts zur fortschreitenden Erweiterung des dortigen Kolonialgebietes geführt; und ebenso hat jeder Generalgouverneur von Indien, der sich bei seinem Amtsantritt geschmeichelt hatte, daß die Zeit des Friedens und materiellen Aufschwungs gekommen sei, sich genötigt gesehen, zu den Waffen zu greifen, und in der Annexion weiterer Gebiete die Sicherung des Friedens zu suchen.

Das gilt auch für Lord Cornwallis, den Nachfolger von Warren Hastings. Er hat im September 1786 in Kalkutta sein Amt als Generalgouverneur und gleichzeitig Oberster Kommandierender des Heers angetreten, ausgestattet mit dem von Warren Hastings so sehr entbehrten Rechte, auch gegen die Meinung seines Rates zu handeln. Die ersten drei Jahre seiner Verwaltung sind ausschließlich inneren Reformen gewidmet gewesen. Er hat die von Clive und Hastings unternommene, aber an der Selbstsucht der auf Grund von Verträgen angestellten Beamtenschaft (the Covenanted Civil Service) gescheiterte Reform der Verwaltung wieder aufgenommen, und, wenn es ihm auch

nicht gelungen ist, sie dem Willen der obersten Leitung völlig untertänig zu machen — wir werden sehen, daß sie noch heute oft einer dieser widersprechende Politik verfolgt — so hat er doch durchgesetzt, daß ihre geschilderten<sup>1)</sup> rechtswidrigen Einnahmen aufhörten, und sie auf den Bezug fester Gehälter beschränkt wurde.

Weniger glücklich als die Reform der Besoldung der Beamten war die von Cornwallis getroffene Regelung der Grundbesitzverhältnisse. Er ist dabei von den großherzigsten Absichten geleitet gewesen. Allein er kannte nur englischen Grundbesitz und hat, indem er dessen Verhältnisse auf Indien übertrug, in den ältesten und fruchtbarsten britischen Besitzungen in Indien, Bengalen, Behar, wozu später Benares und einige Distrikte in der Präsidentschaft Madras kamen, die Regierung ihrer weitgehenden Macht, die Lage der Bauern zu bessern beraubt. Er fand in den genannten Gebieten Personen, denen die Bauern Abgaben entrichteten; diese hielt er für Grundherren ähnlich den englischen, und in den Bauern sah er Pächter, die der Grundherr beliebig entlassen konnte. Die Empfänger der Abgaben waren aber nur die Steuererheber, Zemindare, welche die Abgaben nicht für sich, sondern für die Regierung des Großmoguls erhoben und davon 10 Prozent für sich behalten durften. Sie hatten nie das Recht gehabt, über das Land willkürlich zu verfügen. Nur wenn die Bauern ihre Steuern nicht zahlten, konnten sie vertrieben werden, und nie konnten die Zemindare von ihnen mehr, als was herkömmlich war, erheben.

Es war die Absicht von Lord Cornwallis, den Bauern diese Rechte zu erhalten. Aber die Regierung hatte dadurch, daß sie den Zemindar für einen Grundherrn ansah und sich nur vorbehielt, von jedem Besitz eine jährliche Zahlung zu erheben, die sie sich feierlich verpflichtete, niemals zu erhöhen, sich der Möglichkeit beraubt, zugunsten der Bauern einzuschreiten. Deren Rechte waren fortan allein dem Schutz der Gerichte überlassen. Diese

---

1) Bd. II, 347 ff., 358 ff.

aber konnten nur vorgehen, wenn die geschädigte Partei sich beklagte. Die Armut der Bevölkerung, die Passivität ihres Charakters und die außerordentliche Schwierigkeit, vor einem fernen Gerichte rechtsgültig zu beweisen, was die herkömmlichen Abgaben waren, haben den Schutz durch die Gerichte illusorisch gemacht. Die Rechte der bengalischen Bauern sind stillschweigend verschwunden; die Bauern sind in jeder Beziehung zu Pächtern, die beliebig vertrieben werden konnten, geworden. Das Ergebnis war, daß die auf Cornwallis folgenden Regierungen von ihren Vorgängern ein Agrarsystem, bestehend aus großen Grundherrschaften und kleinen Pächtern, überkamen, ähnlich dem in Irland bestehenden, und daß die Regierung seit Beginn des 19. Jahrhunderts keine Macht mehr hatte, um die damit zusammenhängenden Mißstände zu beseitigen. Sie hat allerdings das Möglichste versucht, um sie zu mildern! Sie unternahm es, die Zemindare zu erziehen. Sie hat sie gezwungen, jedem Bauern ein Schriftstück zu übergeben, worin der Betrag der von ihm zu zahlenden Rente und die Bedingungen seiner Pacht verzeichnet waren und hat dessen Inhalt rechtlich bindend gemacht. Ja noch mehr. Angesichts der Liederlichkeit, mit der anfänglich die bleibende Landzuteilung stattgefunden hatte, waren die Grenzen sowohl der Besitztümer als auch der Dörfer oder Gemeinden nicht festgesetzt worden, und nicht nur die Grenzstreitigkeiten, sondern auch die Kämpfe um die Grenzen waren zu einem öffentlichen Übelstande geworden. Die Steuerbeamten waren so schlecht unterrichtet, daß es vorkam, daß Besitztümer wegen Steuerrückständen zum Verkauf ausgeschrieben wurden, daß sie gekauft und die Besitzübertragung verlangt wurde, während der ganze Besitz nur in den Büchern des Steuererhebers sich fand und durch Veränderungen im Flußbett längst untergegangen oder von benachbarten Besitzungen angeeignet worden war. Die Steuerverzeichnisse, welche die Personen aufweisen, die Grundsteuern zu zahlen haben, sind aber die Verzeichnisse der Grundeigentümer; sie bilden den Hauptnachweis, wem ein Grundstück gehört. Alle Rechte am Land und alle mit



dem Lande zusammenhängenden Rechte sind in Indien ein Zweig der Finanzverwaltung. Daher ist in Indien jeder Finanzbeamte auch ein richterlicher Beamter. Die Sicherheit des Rechts am Boden hängt davon ab, wie die Einnahmeverwaltung ihre richterlichen Funktionen erfüllt. Um die vorhandenen Besitztümer und ihre Grenzen festzusetzen, wurde dann eine Aufnahme der Grundstücke angeordnet und während vielen Jahren durchgeführt.

Auch das geltende Recht und das Gerichtsverfahren hat Cornwallis zu bessern gesucht. Aber wenn auch die Beseitigung barbarischer Bestimmungen des muhammedanischen Rechts, wie der Verstümmelung als Strafe, Anerkennung verdient, und die englischen Gerichte in Zivilstreitigkeiten von einem Inder in indischem und von einem Muhammedaner in muhammedanischem Rechte beraten wurden, so war Cornwallis doch auch bei seinen juristischen Reformen zu sehr von englischen Vorstellungen beherrscht. Zu seiner Zeit war aber die Rechtsprechung in England noch schwerfällig und teuer; nichtsdestoweniger hat sie ihm als Muster gedient. Außerdem litt die Rechtsprechung in Indien darunter, daß man versuchte, nur durch Europäer Recht sprechen zu lassen; Cornwallis war von zu weitgehendem Mißtrauen in die Inder erfüllt. Sie wurden von der Rechtsprechung außer in Bagatellsachen ausgeschlossen. Die aus etwa 300 Personen bestehende britische Beamtenschaft hatte alle richterlichen und Verwaltungsfunktionen zu versehen. Wir werden den hieraus entstandenen Schwierigkeiten bis in unsere Tage begegnen.

War die Politik von Cornwallis während der ersten drei Jahre seiner Verwaltung auf Erhaltung des Friedens gerichtet, so hat ihn doch schon 1790 ein Angriff Tippus, des Beherrschers von Maisur, auf einen Alliierten der Kompanie genötigt, zu den Waffen zu greifen und weitere Gebiete zu annektieren. 1793 hat der Ausbruch des Kriegs Englands mit Frankreich die Besitznahme der französischen Besitzungen in Indien gebracht, und so ging es weiter von Gouverneur zu Gouverneur. Auch ist dies begreiflich.

Indien bestand aus einer Anzahl selbständiger Staaten, deren Beherrscher von der Bedrückung ihrer Untertanen und von Raubzügen in das Land ihrer Nachbarn lebten. Die beraubten Bauern wurden dann ihrerseits Räuber. Es gab nur Elende, die beraubt waren und Elende, die raubten. Die unruhigsten waren die Marathas und unter diesen die Pindaris, eine Bande, deren Grausamkeit alle Vorstellungen übertraf. Glänzende Reiter, fielen sie bald in den einen, bald in einen anderen Staat ein und waren schon längst wieder fort, bevor man nur von ihrem Einfall gehört hatte. So haben sie Ende 1815 das Gebiet des Nizam von Haiderabad bis südlich zum Flusse Kistna verwüstet und frühzeitig im folgenden Jahre in den Northern Circars wie Wilde gehaust. Der Generalgouverneur berichtete von einem Dorfe, in dem die Bewohner in Verzweiflung sich mit Weib und Kind verbrannten. Hunderte von Frauen anderer Dörfer hätten sich in den Fluten ertränkt, weil sie die erlittene Schändung nicht überleben wollten. Alle jungen Mädchen seien zu drei oder vier auf einem Pferde wie Kälber zusammengebunden fortgeführt und verkauft worden. Beute im Werte von einer Million Pfund Sterling sei fortgeschleppt worden. Der letzte Einfall der Pindaris in das Gebiet der Kompagnie fand im März 1816 statt. Er hat nur elf und einen halben Tag gedauert. Aber in der Zeit haben sie 339 Dörfer geplündert, 182 Personen getötet, 505 verwundet und 3603 gefoltert. Dagegen mußte auch der friedfertigste Gouverneur auftreten. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben wiederholt Strafexpeditionen stattgefunden, auf die Annexionen gefolgt sind, um Ordnung zu stiften. Mit anderen Staaten, die selbst friedfertig, aber zu schwach waren, sich gegen den Einfall anderer zu schützen, schloß man Hilfsverträge ab. Zahllose Millionen wurden entgegen den Wünschen der Londoner Direktoren der Kompagnie durch den Generalgouverneur Grafen Moira, den späteren Marquis von Hastings, von grausamen Tyrannen befreit. Die Direktoren haben ihm zwar ein Geschenk von £ 60 000 gemacht, aber gleichzeitig ihr Bedauern über die Ausdehnung ihres Ge-

biets ausgesprochen. Ernster waren die Differenzen zwischen Direktorium und Generalgouverneur wegen Darlehen, die mit seiner Zustimmung dem Nizam von Haiderabad gemacht worden waren. Das Direktorium zweifelte nicht an seiner Rechtschaffenheit, wohl aber an seinen Motiven, worauf Hastings sein Amt niederlegte. Als er 1823 Indien verließ, waren die einzigen unabhängigen Staaten in Indien nur mehr die der Sikhs im Pundschab und der Emire von Sind, und von Singapur bis zum Persischen Golf waren die britischen Interessen auf die Dauer gesichert.

Diese Ausdehnung der britischen Herrschaft wurde von den einheimischen Fürsten mit Sorge verfolgt, und so oft britische Truppen Schlappen erlitten, regte sich an jedem indischen Hofe die Hoffnung auf Vertreibung der Fremden. Aber die Eifersucht der Fürsten hat sie an wirksamer Verbindung gehindert. Doch ist es zu Konflikten mit benachbarten Staaten gekommen, die mit weiteren Annexionen endeten. So 1824—26 mit Birma, dessen König seine Macht noch nie mit einem europäischen Heere gemessen hatte und in hochmütiger Verblendung in die britische Einflußsphäre eindrang. Das hat zum britischen Protektorat über den indischen Staat Assam und zur Annexion der ganzen birmanischen Seeküste geführt. Die gleiche Sorge, den Zugang zu Indien zu schützen, hat 1838 zu dem ersten afghanischen Krieg geführt, als der Indien bedrohende Vormarsch Rußlands in Asien zur Belagerung Herats durch die mit Rußland verbündeten Perser führte und der britische Generalgouverneur in der Einsetzung eines vom afghanischen Volke nicht gewollten Schahs von Afghanistan Schutz dagegen suchte. Diese Politik hat zu der vernichtenden Niederlage der Engländer im Khaiber Paß am 6. Januar 1842, zu der Niederlage der Afghanen in dem darauf folgenden Rachefeldzug und 1843 zur Annexion von Sind wegen unbefriedigenden Verhaltens von dessen Emir während des Kriegs geführt. Auch gelangte Belutschistan aus Vorsicht gegen das Vordringen der Russen unter britisches Protektorat. Dem folgten zwei Kriege 1845—46 und 1848 gegen die Sikhs, die Delhi hatten erwerben

wollen, und die Annexion des Pundschar und 1852 ein zweiter durch den König von Birma hervorgerufenen Krieg, der mit der Annexion der Provinz Pegu endete.

Aber es gab noch andere Anlässe zu Annexionen außer Kriegen und Siegen. So der Tod eines Fürsten ohne leibliche Erben. Die Generalgouverneure setzten an die Stelle der Erbfolge von Adoptivsöhnen der Verstorbenen den Heimfall an die britische Regierung; so hat schon Lord Bentinck entsprechend den Wünschen der Bevölkerung Cachar annektiert, als dessen Beherrscher, ohne Erben zu hinterlassen, ermordet worden war, und noch mehr hat Lord Dalhousie von der Lehre vom Heimfall Gebrauch gemacht. Eine andere Ursache der Annexion war Absetzung der heimischen Fürsten wegen Mißregierung. So wurde 1834 mit voller Zustimmung der Bevölkerung die kleine Provinz Coorg annektiert, deren Radschah das „göttliche Recht der Könige, schlecht zu regieren“ proklamiert hatte. Die bedeutungsvollste Annexion wegen Mißregierung war 1856 die des Königreichs Audh. Endlich kam es auch vor, daß die Regierung eines Staats auf Grund testamentarischer Verfügung eines Fürsten auf den Generalgouverneur überging; so Sambhalpur im Südwesten von Bengalen.

Auf diese Weise ist im 19. Jahrhundert das der Ostindischen Gesellschaft unterworfenen Gebiet gegen den fortwährenden Einspruch ihrer Direktoren gewachsen, bis es, als die Gesellschaft 1858 verschwand, ganz Indien und die Westküste von Birma umfaßt hat. Dieses ungeheure Gebiet war und ist von einer Bevölkerung bewohnt, die nichts weniger als eine nationale Einheit bildet. Sie bestand und besteht nach der anschaulichen Schilderung<sup>1)</sup> von I. C. A. Knowles noch heute aus einer Mischung von Angehörigen verschiedener Rassen und verschiedenen Glaubens. Bengalen und des Pundschar sind verschiedener als Schottland und Spanien. Die zwei mächtigsten Gemeinschaften sind die Hindus und die Muhammedaner. Sie be-

---

1) Knowles, Economic Development etc. Book II, B. 1. General Introduction 263 ff.

finden sich auf allen Stufen der Kultur vom nackten Wilden der Steinzeit bis zu der des modernen Europäers. Die große Masse hat die Kulturstufe Englands am Ausgang des Mittelalters noch nicht erreicht. Noch ist die Hausgemeinschaft die Wirtschaftseinheit; die Initiative des Individuums fehlt noch völlig. Das wird sowohl vom Islam wie vom Hinduismus unterstützt. Beide erachten die Verhältnisse als auf unabänderlichem Willen einer äußeren Macht beruhend. Das Ziel des Strebens des Hindu ist kein wirtschaftliches, sondern ein religiöses. Er will nicht Gewinn machen, sondern sich Verdienste erwerben, sehr oft durch Almosengeben oder Abtötung. Die Kaste, in der einer geboren ist, bestimmt sein ganzes Leben. Die Kasten bestimmen, was jedem der ihnen Angehörigen zukommt, und verewigen damit die Klassenunterschiede, und wenn die modernen Wirtschaftsverhältnisse auch auf die höheren Klassen auflösend gewirkt haben und wirken, so entstehen doch fortwährend neue Kasten. In der gleichen Weise erachtet der Muhammedaner, daß alles sich ereignet, wie es von der Vorsehung bestimmt ist; warum also gegen den Stachel löcken? Als Folge ist die Bevölkerung apathisch. Sie ist an jedem Orte eine Sammlung verschiedener Menschenarten, die nicht miteinander essen, trinken und heiraten<sup>1)</sup>, und von jeher gewohnt sind, daß die Regierung die Dinge für sie tue. In dem Maße, in dem das Gebiet der Ostindischen Gesellschaft sich erweiterte, ist diese Aufgabe auf sie übergegangen.

Doch hat sich die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Gesellschaft im Laufe des 19. Jahrhunderts

---

1) Im Jahre 1911 zerfiel die indische Bevölkerung folgendermaßen:

Hindus . . . . .	217 500 000
Buddhisten . . . . .	10 700 000
Christen . . . . .	3 800 000
Jains . . . . .	11 200 000
Muhammedaner . . . .	66 700 000
Animisten . . . . .	10 200 000

Sie sind alle durch den Kastengeist von einander getrennt. Knowles a. a. O. 287, Anmerkung 2.



stetig verringert. Als 1813 ihr Freibrief für weitere 20 Jahre erneuert wurde, hat sie ihr Monopol des Handelsbetriebs mit Indien verloren; sie hat ein Monopol nur für den Handel mit China behalten; sie hat auch mit Indien noch Handel getrieben, doch war sie hier nicht mehr der einzige Händler. Die neuen Händler führten neue Waren aus, besonders Rohstoffe, wie sie die britische Fabrikation brauchte. Der Krieg Englands mit Amerika von 1812, der die Ausfuhr roher Baumwolle aus Amerika nach England hemmte, hat zur Ausfuhr roher Baumwolle aus Indien nach England und zur Entwicklung ihres Anbaus in Indien den Anlaß gegeben. Die Ostindische Gesellschaft hatte dagegen vor 1833 wesentlich Rohseide, seidene Waren, Calicos, Gewürze, Salpeter, Elfenbein und Indigo ausgeführt.

Schon 1690 hatte Sir Josias Child die Gesellschaft auf die Mehrung ihrer Einnahmen durch Besteuerung verwiesen<sup>1)</sup>. Diese Einnahmequelle wurde von wachsender Bedeutung, als ihr Anteil am Handel mit Indien abnahm. 1821 erklärten die Direktoren, daß nur der Handel mit China rentiere. Das hat zur Neuordnung der Landsteuer in Madras, Bombay, den Vereinigten Provinzen und in den der britischen Herrschaft nach 1828 unterworfenen Gebieten unter Vermeidung der von Lord Cornwallis in Bengalen begangenen Fehler geführt, worauf ich gleich zurückkommen werde.

Bei der Wiedererneuerung des Freibriefs der Ostindischen Gesellschaft im Jahre 1833 ist auch der ihr bis dahin vorbehaltene Handel mit China freigegeben worden, was zu dessen Zunahme geführt hat. Die Gesellschaft hat als Handel treibende Körperschaft aufgehört. Ihr Vermögensbestand wurde auf Grund einer Schätzung von der britischen Regierung gekauft. Sie blieb aber als Organ derselben bestehen. Man benutzte ihre Kenntnis der Verhältnisse, um durch sie Indien weiter zu regieren. Die indische Regierung erhielt das Recht, statt bloßer Regeln, Gesetze zu erlassen; dagegen verloren die Präsidentschaften

---

1) Siehe Bd. II, 341.

Madras und Bombay das Recht zum Erlaß von Regeln. Es wurde also für größere Einheit in den Vorschriften gesorgt. Dabei wurde ein Jurist in den Rat des Generalgouverneurs eingefügt. Der erste dieser juristischen Ratgeber war Thomas Macaulay.

1853 hat die letzte Erneuerung des Freibriefs der Gesellschaft stattgefunden. Durch diesen ist, an die Stelle der Anstellung von Beamten auf Grund von Protektion die auf Grund des Ausfalls eines Examens konkurrierender Bewerber gesetzt worden. Das war nur eine Fortsetzung der Bemühungen der Generalgouverneure, die Qualität der Beamten zu heben, die schon unter Lord Wellesley mit der Errichtung einer Unterrichtsanstalt für Beamte in Fort William begonnen haben. Doch waren ihre Bestrebungen nicht nur auf Besserung der Kenntnisse der Beamten beschränkt. Schon Warren Hastings hat die Maxime aufgestellt, „daß es Verrat an den britischen Gefühlen sein würde, wenn man sich vorstellte, daß es je Grundsatz der indischen Regierung sein könne, die Unwissenheit zu verewigen, um geringfügige und unehrliche Vorteile über die Blindheit der Menge zu erlangen“, und hat Schulen und höhere Unterrichtsanstalten errichtet und gefördert und das Erscheinen der ersten Zeitung in der Sprache der Eingeborenen gestattet. Die hervorragendsten Verdienste um die Hebung der Lage der Inder aber haben sich Lord William Bentinck (1828—36) und Lord Dalhousie (1848—56) erworben.

Während der sieben Jahre seiner friedliebenden Regierung hat Lord Bentinck entsprechend dem Grundsatz gehandelt, der auf dem Sockel seiner Statue in Kalkutta eingegraben ist: „Das Ziel der Regierung ist das Wohlergehen der Regierten“. Macaulay hat von ihm geschrieben, daß er Indien mit außergewöhnlicher Klugheit, Rechtschaffenheit und Wohlwollen regiert habe; sein Streben sei ununterbrochen auf die intellektuelle und moralische Hebung der ihm anvertrauten Nation gerichtet gewesen.

An erster Stelle ist unter seinen Verdiensten die um die Besserung der Lage der Bauern zu nennen, indem er bei der

Neuordnung der Grundsteuer in Madras, Bombay, den Vereinigten Provinzen, die Fehler vermied, die Lord Cornwallis in Bengalen begangen hatte. Man war darauf aus, die Personen und Klassen von Personen, die nach Gesetz und Herkommen ein Interesse am Land hatten, und Natur und Umfang ihrer Interessen festzustellen. Nachdem festgestellt war, wer und zu welchem Betrag ein jeder zur Steuer zu veranlagten war, hat man diesen Betrag auf das niedrigste, was sich mit der Deckung des öffentlichen Bedarfs vereinigen ließ, beschränkt. Die auf Bentinck folgenden Regierungen waren bemüht, diese Grundsätze auf gewissenhafteste durchzuführen. Unter ihnen ist der Bauer, der den Boden bestellte, als dessen Eigentümer angesehen worden; er hatte nur der Regierung Abgaben zu zahlen; solange er diese bezahlte, kann er aus seinem Besitz nicht vertrieben werden. Auch erhält er Nachlaß bei schlechten Ernten. Man nennt dies das Ryotwarsystem.

Andere Eigentumsverhältnisse fand man, als die Herrschaft der Ostindischen Gesellschaft sich auf die nordwestlichen Provinzen ausdehnte. Hier waren Dorfgenossenschaften die Eigentümer des Bodens. Sie fielen nicht zusammen mit den den Boden bestellenden Bewohnern des Dorfs, sondern bestanden aus den Nachkommen oder Vertretern derjenigen, die vor langer Zeit das Land erobert und urbar gemacht hatten. In den meisten Fällen bildeten diese Eigentümer einen Teil, in einigen die Gesamtheit der Landwirtschaft treibenden Dorfbewohner. Bildeten sie nur einen Teil, so bestand der Rest aus Personen oder Nachkommen von Personen, die sich erst später in dem Dorfe niedergelassen hatten und lediglich auf Grund der Erlaubnis der Eigentümer den Boden inne hatten; doch hatten einige von ihnen durch Verleihung oder Verjährung dauerndes Besitzrecht, während anderen nach Belieben gekündigt werden konnte. Die Munizipalverwaltung lag in den Händen der Eigentümer des Dorfs.

Die Steuerveranlagung in den nordwestlichen Provinzen wurde mit diesen Dorfgemeinschaften gemacht, wobei die Rechte, welche einzelne Bauern erworben hatten, beachtet

wurden. Die Veranlagung nahm 10 Jahre in Anspruch und hat £ 500 000 gekostet. Sie umfaßte eine ins Einzelne gehende Aufnahme eines Gebiets von 72 000 englischen Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 23 Millionen Seelen. Die in der Aufnahme festgestellten Eigentumsrechte hatten Gültigkeit für immer; in einigen Gegenden galt die Regierungsveranlagung nur für 20, in den meisten für 30 Jahre. Nach Ablauf derselben fand unter wohlwollender Berücksichtigung aller eingetretenen Änderungen eine neue Veranlagung statt.

Die Wirkung der Veranlagung war, Unregelmäßigkeiten zu beseitigen und den Druck im allgemeinen zu erleichtern; nur in Gorukpur und Azimguah fand eine erhebliche Erhöhung der vorher sehr niedrigen Abgaben statt. Die Folgen zeigten sich in der verbesserten Lage der Bevölkerung und der Leichtigkeit und Pünktlichkeit, mit der ein Einkommen von mehr als 4 Millionen £ einging.

Als 1849 infolge der Kriege gegen die Sikhs das Pundschaß annektiert worden war, wurde die Aufgabe, es dem britischen Regiment zu unterwerfen, zwei Beamten anvertraut, die die Veranlagung in den nordwestlichen Provinzen durchgeführt hatten. Sie haben das in den nordwestlichen Provinzen eingeführte System mit den neuesten Verbesserungen durchgeführt. Das Ergebnis war Ruhe und Sicherheit, wie sie in der Provinz niemals früher gekannt waren, eine rasche Zunahme der Kultur und der Produktion und eine Zufriedenheit, die die äußerst kriegerischen Sikhs, die eben erst besiegt worden waren, zum wichtigen Faktor bei Unterdrückung des Aufstands der bengalischen Armee gemacht haben.

Während diese großen Reformen im Norden vor sich gingen, fand eine Reform vom gleichen Umfang im Westen und Süden statt. Die reformierte Steuerverwaltung beruht hier nicht auf dem Dorf, sondern, wie in Madras auf dem Ryotwar-System, das den tatsächlichen Besteller des Bodens als dessen Eigentümer ansieht. Von ihm unmittelbar erhebt die Regierung die Steuern. Im Dekkan wurde der Bodenbesteller als Eigentümer des Bodens und steuer-



pflichtig angesehen. Man erleichterte die Steuern, die in letzter Zeit der Maratha-Herrschaft sehr drückend gewesen. Man nahm, um die Steuerbedrückung zu mindern, eine neue Landaufnahme vor. Wo man alte Bodeneigentümer vorfand, sei es Mittelspersonen, sei es Dorfgemeinschaften, wurden ihre Rechte beachtet; als Regel aber war das reformierte Bombay-System das Ryotwar-System. Man hat die Steuern allgemein sehr herabgesetzt; die Wirkung zeigte sich in starker Zunahme des Anbaus, so daß der Steuerausfall durch Herabsetzung der Steuern durch die Steuern ersetzt wurde, die das neu angebaute Land brachte.

Prinzip war, daß man es jedem Bauern überlies, was er anbauen wollte und daß er nicht höher besteuert wurde, wenn er ein wertvolleres Produkt als bisher herstellte. Ebenso wurde kein Bauer höher besteuert, wenn sein Land infolge von Meliorationen, die er vornahm, wertvoller wurde. Auch fanden große Herabsetzungen der Steuern in den höchstbesteuerten Distrikten statt, was zu einer großen Ausdehnung des Anbaus geführt hat.

Wie das Vorstehende zeigt, bestehen heute die mannigfachsten Grundeigentumsverhältnisse in Indien. Neben den von Lord Cornwallis zu Großgrundbesitzern gemachten Zemindaren in Bengalen und den angrenzenden Provinzen gibt es bäuerliche Grundeigentümer in Bombay, Madras und anderen Gebieten und in wieder anderen Dorfgemeinschaften, denen das Land gehört. Überall haben Reformen stattgefunden. Ihre Ergebnisse sind in allen Teilen Indiens klar definierte und gesicherte Besitzrechte und mäßige Renten der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung gewesen, die für einen Zeitraum fixiert waren, der Antrieb zu Verbesserungen gibt. Auch kann der Bauer nach Ablauf der für dreißig Jahre gültigen Veranlagung aus seinem Besitz nicht vertrieben werden. Er unterliegt dann nur einer Revision des Betrags der Rente, die er der Regierung zu zahlen hat.

Zu fast zwei Drittel hat das Einkommen der indischen Verwaltung aus Grundrente bestanden. Früher war diese Grundrente oft das Äußerste, was die eingeborenen Fürsten



erpressen konnten. Die vorgeführten Reformen haben zu einer Herabsetzung der Renten geführt.

Eine zweite Einnahme floß der Verwaltung aus der Steuer aus Opium, die ganz vom Ausland getragen wurde. Die Kriege, zu denen seine Ausfuhr den Anlaß gab, werden uns im nächsten Kapitel beschäftigen. Den dritten Einnahmeposten bildete die sehr beträchtliche Salzsteuer. Sie wurde in den einzelnen Landesteilen in verschiedener Weise erhoben; in einigen bestand das Salzmonopol, in anderen eine Akzise. Das Tabakmonopol wurde, wo es bestand, 1852 abgeschafft. Zölle bringen in Indien wegen der Armut der Bevölkerung wenig; sie sind sehr herabgesetzt worden. Die von den indischen Fürsten erhobenen Binnenzölle wurden in den britischen Besitzungen abgeschafft. Desgleichen hat die britische Regierung die mannigfachen Umsatzsteuern, die von den heimischen Fürsten erhoben wurden, beseitigt. Die Post war weniger eine Einnahmequelle als ein Verkehrsmittel; es wurde das Einheitsporto wie in England durchgeführt.

Das Ergebnis des Aufhörens der Kriege und der fiskalischen Räubereien war eine Zunahme des Wohlstands. Die Ausfuhr nahm zu. Sie ist von 1834/5 bis 1855/6 um 188 Prozent, die von Baumwolle um 141 Prozent, die Ausfuhr von Baumwolle nach England um 346 Proz. gestiegen. Es stiegen die Löhne. Die Schulden der Bauern nahmen ab.

Unter Bentincks Verwaltung wurde ferner der Grund zu einer durch eingeborene Beamte geübten Rechtsprechung gelegt, die in zweiter Instanz blieb allerdings noch den europäischen Beamten vorbehalten. Auch die Reform der Gesetzgebung datiert von Bentincks Verwaltung. Der gesetzgebende Rat tagt nun öffentlich; seine Verhandlungen werden gedruckt. Seine Tätigkeit hat die korrekte Wiedergabe der Richtersprüche und die Beschleunigung der Rechtsprechung herbeigeführt und auch die Beweisführung reformiert. 1838 wurden Europäer und Inder der zivilen und kriminellen Rechtsprechung durch dieselben Gerichte

unterworfen. Immerhin blieben noch Mängel in der Justizverwaltung bestehen.

Ebenso hat die Gefängnisordnung seit 1838 eine vollständige Wandlung zum Bessern durchgemacht.

Auch war es sehr schwer gewesen, Verbrecher zur verdienten Strafe zu bringen, da selbst die, welche unter einem Verbrechen gelitten hatten, nicht dazu zu bringen waren, als Zeugen aufzutreten, und lieber einen Meineid schworen, als gegen den Mann auszusagen, der sie beraubt hatte. Beraubt zu werden galt als ein von der Gottheit verhängtes Unglück. Unter diesen Umständen war man auf die Polizei angewiesen, um Verbrecher zur Strafe zu bringen. 1856 hat auf Grund von Vorschlägen der Direktoren der Ostindischen Gesellschaft eine völlige Neuorganisation der Polizei stattgefunden. Durch Erhöhung der Gehälter ist die Qualität der Beamten erhöht worden. Die größte Verbesserung fand in der Präsidentschaft Bombay statt; am besten aber war die Polizei in Pundschab. Sie war sehr erfolgreich in der Unterdrückung von Gewalttätigkeiten, der Vernichtung von Banden und Räubern und Mördern und in Überantwortung derselben an die Gerichte. Doch schon unter Bentinck hatte die Unterdrückung der Thugs begonnen, einer Kaste erblicher Mörder und Räuber, die die Straßen terrorisierten. Nach Auflösung ihrer Organisation schritt man zur Verfolgung des noch verbreiteteren Verbrechens Dacoity oder der Räuberei im großen durch Banden berufsmäßiger Banditen, ohne indes zur völligen Unterdrückung zu gelangen.

Die Besoldungsreform des Lord Cornwallis hatte nur die Beamten der Ostindischen Gesellschaft, nicht aber die in ihrem Dienste befindlichen Seeleute berührt. Der alte Indienfahrer war der Höhepunkt eines Monopols<sup>1)</sup>. Das Kommando über ein solches Schiff war der kürzeste Weg zu einem Vermögen und als solcher den Schützlingen der allmächtigen Direktoren der Gesellschaft vorbehalten und

---

1) Alexander Michie, *The Englishman in China during the Victorian Era*. London 1900. I 211—214.

in der Praxis auf wenige Jahre beschränkt, denn die Zahl der Direktoren war groß und die ihrer Verwandten größer. Ein Kapitän konnte in 4 oder 5 Reisen ein Vermögen von 40 000 bis 50 000 £ erwerben, die untergeordneten Offiziere und Subalternen entsprechend. Jeder erhielt einen seinem Rang entsprechenden Schiffsraum, der Kapitän allein einen von 56 Tonnen, den er entweder mit eigener Ware füllte oder an andere vermietete. Die Kapitäne trieben mit ihrer Fracht systematischen Schmuggel sowohl mit dem europäischen Kontinent als auch den Häfen des Vereinigten Königreichs, namentlich denen der Kanalinseln, der Scilly-Inseln und der Insel Wight. Ein Grund, warum alle dagegen ergriffenen Maßnahmen erfolglos blieben, war, daß die Schmuggler unter den Zollbeamten Freunde hatten. Dafür hat die Gesellschaft in der außerordentlichen Tüchtigkeit ihrer Offiziere und Mannschaft Ersatz für ihr Geld erhalten. Auch war es nötig, für die größte Leistungsfähigkeit der Besatzung ihrer Schiffe zu sorgen, denn diese waren nicht bloß Fracht- und Passagierschiffe, sondern zum Kriege ausgerüstet und hatten gelegentlich Heldentaten selbst gegen reguläre Kriegsschiffe zu verrichten.

Insbesondere haben die Kreuzer der Ostindischen Gesellschaft der Seeräuberei in den arabischen Meeren ein Ende gemacht. Zum ersten Male herrschte im Persischen Meerbusen dauernder Friede.

Mit gleicher Wucht wie gegen die Räubereien zu Wasser und zu Land ging man gegen barbarische Gebräuche der Eingeborenen vor, so gegen den Mord weiblicher Kinder, gegen die Witwenverbrennung, gegen die Nutzbarmachung angeblicher Zauberkraft zur Erpressung und Einschüchterung, ferner gegen das Tragga. Es bestand darin, daß man einen Angehörigen einer der religiösen Klassen mietete, einem Dritten zu erklären, er werde sich oder eine andere Person töten oder verwunden, wenn nicht seinem Mieter ein bestimmtes Verlangen erfüllt werde; wurde dieses nicht erfüllt, und, tötete der Gemietete dann sich selbst oder einen anderen, so galt derjenige, der das Verlangte verweigert hatte, als der Verbrecher. Der Ge-

brauch der Menschenopfer, der noch in der ersten Hälfte den 19. Jahrhunderts in den Gebirgsgegenden von Orissa herrschte, wurde ausgerottet. 1843 wurde die Sklaverei abgeschafft, desgleichen Zwangsarbeit zum Straßenbau. 1850 wurde Gesetz, daß Religionswechsel keinen Vermögensverlust zur Folge habe. 1856 wurde den Witwen gestattet, sich wieder zu verheiraten.

Großartig sind die öffentlichen Arbeiten, die die Ostindische Gesellschaft im Interesse des Landes unternommen hat. An erster Stelle sind die Bewässerungen und die Verbesserungen der Verkehrsmittel durch Straßen- und Kanalbau zu nennen.

Man hat die Ostindische Gesellschaft fälschlich beschuldigt, daß sie die von früheren Herrschern geschaffenen Bewässerungsanlagen habe verfallen lassen. Die meisten<sup>1</sup> derselben waren bereits verfallen, als sie die betreffenden Gegenden in Besitz nahm. So die im 14. Jahrhundert vom Schah Firoz geschaffenen westlichen und östlichen Jumnakanäle. Sie sind durch die Ostindische Gesellschaft 1830 wiederhergestellt worden und haben im Hungerjahre 1837/8 außerordentliche Dienste geleistet.

Das größte vor 1858 ausgeführte Bewässerungswerk ist der Ganges-Kanal. Mit seiner Ausführung ist 1848 begonnen worden. Seine Länge beträgt 898 $\frac{1}{2}$  englische Meilen; er bewässert ein Gebiet von 4 $\frac{1}{2}$  Millionen acres. Die auf seine Herstellung verwendete Summe betrug bis zum 1. Mai 1856 £ 1 560 000 und hat sich im ganzen auf rund £ 2 000 000 belaufen. Der Wert des Lands ist durch ihn um 7 Millionen gestiegen.

Im Pundschab gibt es zwei Arten von Kanälen, Überschwemmungs- und dauernde Kanäle. Die ersteren münden in Flußbetten, die im Winter trocken liegen; sie füllen sich, wenn der Schnee im Frühjahr schmilzt und bleiben voll bis zum Herbst. Die Fruchtbarkeit des südwestlichen Pundschab wird wesentlich durch diese Kanäle bedingt. Sie sind nach der Annexion in Ordnung gebracht, verbessert und erweitert worden. Aber weit mehr wurde auf die Verbesserung und den Bau dauernder Kanäle verwendet.



Der Anbau in der Provinz Sind ist vom Steigen des Indus abhängig, dessen Fluten durch ein Netzwerk von größeren und kleineren Kanälen über das Land verbreitet werden. Es wurden £ 25 000 jährlich auf deren Reinigung verwendet. Der Begareekanal im oberen Sind ist erweitert und vertieft, der Foolaliekanal verbessert und verlängert worden.

In der Präsidentschaft Madras werden die Mittel zu künstlicher Bewässerung hauptsächlich durch den Bau von Reservoirs erlangt, in denen der Regenfall zur Zeit des Monsuns aufgesammelt und durch Dämme quer durch die Flüsse geführt wird, wodurch der Stand des Wassers höher wird als das umliegende Land, um dieses von da aus zu bewässern. Die wichtigsten Bewässerungsanlagen sind die am Coleroon, Godavery und Kistna. Die Verbesserung der Anlagen am Coleroon ist nach 1836 energisch in Angriff genommen worden mit einem Aufwand von £ 80 000. Dazu kamen £ 100 000 für Bewässerung des Gebiets von Tandschur, von Teilen von Trichinopoli und Südarkot. Im Durchschnitt sind vor 1856 jährlich 630 613 acres bewässert worden, seit den Verbesserungen von 1856 jährlich 716 534 acres, also 85 921 mehr. Ähnlicher Aufwand wurde zur Durchführung von Bewässerungen aus dem Godavery, dem Kistna, dem Palar gemacht.

Nächst den Bewässerungsanlagen stehen an Wichtigkeit die Verbesserungen der Straßen und schiffbaren Kanäle. Bevor die Briten kamen, hat es nichts dergleichen gegeben. Es gab keine Straßen. Man zog in der trockenen Jahreszeit über die Felder, in der nassen ruhte der Verkehr. Nun wurde die große Hauptstraße von Kalkutta nach Delhi gebaut, 837 englische Meilen lang; seit der Annexion des Pundschab wurde die Straße bis Peschawur fortgeführt, 257 englische Meilen lang. Außerdem wurden im Pundschab zahlreiche Straßen gebaut, ähnlich im Dekkan, in den Präsidentschaften Madras, Bombay, in Sind. Besonders seit 1850 hat große Tätigkeit im Straßenbau stattgehabt. Es wurde eine besondere Unterrichtsanstalt zur Ausbildung von Zivilingenieuren errichtet.



Unter Lord Dalhousie wurden mit einem Aufwand von £ 34 Millionen 4158 englische Meilen Eisenbahnen vom Privatkapital unter Zinsgarantie der Regierung gebaut. Außerdem wurde das Land mit Telegraphenlinien überzogen.

Auch für den Unterricht der Bevölkerung ist die Regierung tätig gewesen. Zunächst waren ihre Bemühungen darauf gerichtet, die orientalisch-bildungsvolle Bevölkerung vor Verfall zu bewahren. Ein zweites Ziel war die Ausbildung von Personen, die mit dem für die verschiedenen Religionen geltenden Rechte vertraut waren, für den Dienst der Regierung. Allmählich wurden die Ziele erweitert. Von der größten Bedeutung war, daß Macaulay die indische Regierung dazu brachte, die englische Sprache als Unterrichtssprache in den vom Staate unterstützten Unterrichtsanstalten einzuführen. Das Schicksal Indiens ist bis zum heutigen Tage dadurch maßgebend beeinflußt worden. Die verschiedenen Stämme Indiens haben dadurch nicht nur eine Verkehrssprache mit den Briten, sondern auch untereinander erhalten. Gleichzeitig wurden sie durch das Studium der britischen Literatur zur Denkweise der europäischen Völker erzogen, was, wie wir sehen werden, ihr Leben und ihre Ziele bis zum heutigen Tage beherrscht. Außerdem wurde der Unterricht in den Sprachen der Eingeborenen und in anderen orientalischen Sprachen vermehrt. Es wurden Schulen zur Ausbildung von Lehrern errichtet, Universitäten in Kalkutta, Madras und Bombay gegründet, zahlreiche medizinische Unterrichtsanstalten und ein besonderer medizinischer Dienst aus Eingeborenen, die diese Schulen durchgemacht hatten, eingerichtet. Es wurde für Schulbücher gesorgt und für Unterricht der Frauen. Man hat Hospitäler ins Leben gerufen und Bibliotheken geschaffen.

Außerdem wurden wichtige Maßnahmen zur Hebung der indischen Produktionszweige getroffen. So hat man zehn erfahrene Baumwollpflanzer aus den Vereinigten Staaten kommen lassen, um den Eingeborenen den Anbau besserer Baumwollarten zu lehren, desgleichen andere Maß-

nahmen zur Hebung der Baumwollkultur getroffen. Auch wurde Assamtee in Anbau gebracht.

Außer dem, was zur Besserung der Lage der der britischen Herrschaft unmittelbar unterworfenen Inder geschah, ist auf diplomatischem Wege viel zur Besserung der Verwaltung in den unter eingeborenen Fürsten stehenden Staaten geschehen. Die Kämpfe und Raubzüge des einen gegen den anderen haben aufgehört; an die Stelle sind Schiedsgerichte unter britischem Vorsitz getreten.

Mit am interessantesten sind die Maßnahmen, die zur Hebung der unterdrückten Rassen ergriffen worden sind. Sie waren von den eingeborenen Regierungen wie Vieh behandelt worden. Das Hauptverdienst haben hier einzelne Persönlichkeiten durch den Einfluß ihres Charakters gehabt, so in Bengalen ein Beamter Cleveland. Sein Grab wurde Gegenstand religiöser Verehrung seitens der Bevölkerung. Andere haben sich in anderen Teilen Indiens ähnliche Verdienste erworben.

Während die Ostindische Gesellschaft in London wie in Kalkutta mit berechtigtem Stolze auf das viele, was sie in Indien erreicht hatte, sah, wurde Indien im Mai 1857 durch die Nachricht erregt, daß ein Infanterie- und ein Kavallerieregiment am 10. zu Mirat gemeutert hätten, nach Delhi aufgebrochen seien, dessen Magazin genommen und daß sich ihnen die dortigen Regimenter angeschlossen hätten. Meutereien unter den indischen Regimentern waren nichts Neues. Die von 1806, 1809, 1824 waren, wenn auch nicht ohne Zusammenschießen der Meuternden durch europäische Artillerie, unterdrückt worden. Seitdem aber war die Ostindische Gesellschaft ununterbrochen in Kriege verwickelt gewesen. Diese hatten ein großes Heer von Söldnern erheischt. 1857 betrug die Zahl der in Indien geworbenen Truppen das Achtfache der britischen. Von den 311 038 Sepoys gehörten 137 580 zur Armee von Bengalen und waren aus Audh rekrutiert, dessen König ihnen als Dienern der Ostindischen Gesellschaft das Privileg schleuniger Justiz, das er seinen eigenen Dienern verweigerte,

gewährte, ein Privileg, das sie seit der Annexion von Audh nicht mehr von ihren Landsleuten unterschied. Außerdem hatten die Sepoys ein starkes Bewußtsein ihrer Bedeutung erlangt, als man ihnen für ihren Dienst jenseits des Indus besondere Zulagen gewährte. Dabei kannten sie ihre numerische Überlegenheit über die europäischen Truppen der Gesellschaft und wußten, daß die Briten im afghanischen Krieg eine schwere Niederlage erlitten hatten. Zu dieser übertriebenen Vorstellung von ihrem Werte kamen Verletzungen ihrer religiösen Empfindungen. Die Kriege mit Birma, China, Persien hatten die Überfahrt über die „schwarze See“ mit sich gebracht, womit Verlust der Kaste verbunden war, und nun hatte der Generalgouverneur Canning 1856 verordnet, daß jeder Rekrut verpflichtet sei, in Übersee zu dienen, gleichviel ob innerhalb des Gebiets der Gesellschaft oder darüber hinaus. Üble Berater flüsterten den Sepoys ein, daß ihre Religion gefährdet sei. Die Regierung kehre die Welt das Oberste zu unterst; sie habe die Schulen den Kindern aller Kasten geöffnet, die Witwenverbrennung und die Sklaverei abgeschafft, Brahmanen und Sudras denselben Gesetzen unterworfen, und mittels Telegraphen, Eisenbahnen und Spitälern treibe sie Zauberei. In diese Aufregung fiel die Ersetzung der alten Gewehre durch das Enfieldgewehr, und es wurde bekannt, daß dessen Patronen mit dem Fett der heiligen Kühe und dem von Schweinen eingesmiert seien und von Hindus und Muhammedanern abgebissen werden mußten. Die Gärung ob dieser Neuerungen verbreitete sich von Dum Dum nach Barrakpur und so weiter bis Mirat, wo der Aufstand ausbrach.

Der Aufstand war von entsetzlichen Grausamkeiten der Inder begleitet. In Cawnpur wurden nicht nur die Männer, die sich einer überwältigenden Überzahl hatten ergeben müssen, sondern auch 200 Frauen und Kinder unter Bruch der Übergabebedingungen zusammengeschossen. In Lucknow konnte die kleine Garnison und Bevölkerung von Europäern erst nach fünfmonatigem heroischem Widerstand gerettet werden. Aber es fehlte den Rebellen an Ein-

heit des Ziels und Einheit der Leitung. Am 14. September 1858 wurde Delhi von den Briten wiedergenommen, der letzte Großmogul Bahadur, der dort als Pensionär der Britischen Regierung gelebt hatte, wurde wegen seiner zweideutigen Haltung während des Aufstands gefangen genommen und nach Birma überführt, die drei Prinzen wurden am Tag nach der Einnahme erschossen. Ende 1858 war die Autorität der britischen Regierung im großen und ganzen wiederhergestellt, wenn auch an einigen Orten die Unruhen bis ins folgende Jahr fort dauerten. Der Grausamkeit der Rebellen entsprach die Rache. Es folgten Massenexekutionen, das „Wegblasen“ von Rebellen mittels Kanonen, vor die sie gebunden worden, die Vernichtung ganzer Banden von Kämpfenden, die weder Pardon begehrten noch erhielten. Der Ruf Blut für Blut hat Städte und Dörfer entvölkert.

Mit der Niederwerfung des Aufstands beginnt ein neuer Abschnitt der britisch-indischen Geschichte. Die Nachricht von dem Aufstand veranlaßte das Parlament, der Ostindischen Gesellschaft als einem Zweig der Regierung Indiens unter der Krone ein Ende zu machen. Seit Jahren schon war die Verwaltung der Gesellschaft der Gegenstand heftiger Angriffe gewesen und die Übernahme der Regierung durch den Staat gefordert worden<sup>1)</sup>. Der gerecht Urteilende wird indes den Worten zustimmen, mit denen John Stuart Mill sein Memorandum von 1858 schließt:

„Es gibt wenig Regierungen, die, selbst unter günstigeren Verhältnissen, so viel Wohltaten ihren Untertanen zu erweisen versucht und ihre Versuche zu einem so erfolgreichen Ende geführt haben. Eine Regierung von Fremden, die über ein äußerst schwer zu verstehendes und noch schwerer zu hebendes Volk herrschte, eine Regierung, die alle ihre Kenntnis durch einen langsamen Weg des Studiums und der Erfahrung und oft durch eine Reihe von Fehlschlägen, die dann doch meist zu Erfolgen führten, zu gewinnen hatte, hat ein Recht, auf das

---

1) Siehe statt aller übrigen die Rede John Brights im Unterhause am 3. Juni 1853.



Viele, was sie erreicht hat, stolz zu sein, und kann unzweifelhaft nicht von irgendeiner Regierung oder irgendeinem Volke getadelt werden, weil sie nicht mehr erreicht hat.“

In der Proklamation vom 1. November 1858, in der die Königin Victoria die Übernahme der Regierung durch das britische Kabinett an Stelle der Ostindischen Gesellschaft verkündete, wurde der bisherige Generalgouverneur Lord Canning zum ersten Vizekönig und Generalgouverneur von Indien ernannt. Er solle gemäß den Anordnungen regieren, die er seitens eines der Hauptstaatssekretäre erhalte. Wie die Ostindische Gesellschaft von je die Erweiterung des britischen Gebiets in Indien abgelehnt hatte, so lehnt die Proklamation seine weitere Ausdehnung ab. Den indischen Fürsten wird die Sicherheit ihrer Rechte zugesagt; die Inder selbst sollen dieselben Rechte besitzen wie alle anderen Untertanen; in ihre religiösen und sozialen Verhältnisse werde man sich nicht einmischen. In der Rechtspflege sollten alte Sitten und Gebräuche berücksichtigt werden, und alle von altersher überkommenen Rechte sollten beachtet werden. Eine der wichtigsten Stellen bezeichnet es als königlichen Willen, daß die Untertanen der Königin, gleichviel welcher Rasse und welchen Glaubens, frei und unparteiisch zu Ämtern in ihrem Dienste zugelassen würden, soweit sie durch Vorbildung, Tüchtigkeit und Rechtschaffenheit dazu geeignet seien. Am Schlusse heißt es: „In dem Wohlergehen aller unserer in Indien wohnenden Untertanen wird unsere Stärke, in ihrer Zufriedenheit unsere Sicherheit, in ihrer Dankbarkeit unser bester Lohn bestehen.“

Die auf die königliche Proklamation von 1858 folgende tatsächliche Entwicklung<sup>1)</sup> der Regierung von Indien hat unter dem Einfluß der Fortschritte der Technik gestanden. Im Vordergrund steht hierbei die Herstellung einer telegraphischen Verbindung zwischen dem Staatssekretariat

---

1) Siehe darüber P. E. Roberts, *The British Empire in India*, im 12. Bande der *Cambridge Modern History*, London 1920, 457—499. — Henry Dodwell, *A Sketch of the History of India from 1858 to 1918*, London 1925.



für Indien in London und der indischen Regierung in Kalkutta. 1863 hat Großbritannien eine Telegraphenkonvention zu Konstantinopel abgeschlossen, wonach eine Telegraphenlinie durch das türkische Asien bis Bagdad und von da ein Kabel durch den Persischen Golf nach Indien gehen sollte. 1864 wurde die Führung einer Alternativlinie durch Persien beschlossen. 1870 erfolgte die Legung des Kabels durch das Rote Meer.

Die Teilung der Regierung Indiens zwischen London und Kalkutta, wie sie unter der Ostindischen Gesellschaft bestanden hatte, ist durch die Proklamation beibehalten worden, und solange die Verkehrsverhältnisse die alten blieben, hat die Übernahme der Regierung durch die Krone zu einer verstärkten Selbständigkeit der indischen Regierung geführt; bis zur Herstellung der telegraphischen Verbindung von London und Kalkutta war das Land zu entlegen, um von England aus geleitet zu werden, und der Generalgouverneur konnte stets auf nachträgliche Zustimmung zu seiner Politik seitens einer der beiden großen Parteien rechnen. Desgleichen haben vor Eisenbahn und Telegraph die verschiedenen indischen Provinzialregierungen sich notwendig ziemlicher Selbständigkeit erfreut. All das hat die moderne Technik geändert. Mit der Legung des Kabels trat eine Änderung in den Beziehungen zwischen dem Londoner Staatssekretär für Indien und dem Generalgouverneur ein. Seitdem mehren sich die Klagen des letzteren über Einschränkung seiner Gewalt, und Lord Elgin II, der von 1894—99 Vizekönig war, hat oft zweimal täglich um Instruktionen an den Staatssekretär von Indien telegraphiert. Dazu kam, daß Lord Morley als Staatssekretär einführte, daß dieser ohne Kenntnis des Vizekönigs mit jedem Beamten in Indien korrespondieren konnte, und ebenso hat die Ernennung von stellvertretenden Gouverneuren in den einzelnen Provinzen zu Klagen über die autokratische Gewalt der Staatssekretäre geführt. Immerhin haben tatkräftige Vizekönige sich durchzusetzen verstanden, und je fähiger ein Staatssekretär war, um so

williger ließ er sich von dem fähigen Manne leiten, der im Lande selbst die Lage besser übersehen konnte und seinen Willen auszuführen hatte. Auch werden wir sehen, daß die späteren politischen Reformen nicht von einer Anregung in England, sondern in Indien ausgegangen sind.

Wie der Fortschritt der Verkehrsmittel zu einer wachsenden Unterordnung des Zivildienstes unter den Staatssekretär, so hat er zu der der Provinzialverwaltungen unter die Zentralverwaltung und der Zentralverwaltung unter die Leitung aller Politik von London aus geführt. Der indischen Regierung waren die drei Provinzialregierungen von Bengalen, Bombay und Madras unterstellt. Sie blieben selbständig, bis auch hier Telegraph und Eisenbahn ihrer Unabhängigkeit Grenzen zogen und sie, außer Madras, das nicht in direkter Verbindung mit Kalkutta stand, den wachsenden Druck von dort unwillig spürten.

So klagte der Generalgouverneur über die zunehmende Einmischung der Staatssekretäre, die Lokalverwaltungen klagten über die zunehmende Kontrolle der indischen Regierung, die Leiter der Distrikte über die der Provinzialverwaltungen. Das System beanspruchte viel Schreib- und Bureauarbeit, der persönliche Verkehr mit dem Volke trat mehr und mehr zurück, und die Einführung des Englischen als Amtssprache hat die letzte Verbindung mit den Eingeborenen zerstört. Die Verwaltung wurde immer regelmäßiger, zentraler, mehr eine Angelegenheit des Papiers, der Wiederholung von Anordnungen nach dem Muster eines Präzedenzfalls und der Gleichförmigkeit; der Beamte verlor seine frühere Selbständigkeit, er wurde Staatsdiener nach europäischem Muster.

Während die britisch-indische Beamtschaft über die Abnahme ihres persönlichen Einflusses seufzte, waren dagegen die indischen Fürsten mit den Folgen der Proklamation von 1858 sehr zufrieden. Zur Zeit der Großmogule von Delhi waren sie Untertanen gewesen und hatten, wie große Vasallen dies allenthalben getan haben, unter schwachen Kaisern sich nahezu unabhängig gemacht und

in fortwährenden Kriegen den Großmogul und einander bekämpft. Unter der Herrschaft der Ostindischen Gesellschaft war ihre Lage sehr unsicher geworden. Wir haben gesehen, wie diese einschritt, wo sie deren Interessen verletzte, und wie ihre Besiegung dann regelmäßig mit der Einverleibung ihres Gebiets in das der Gesellschaft endete, und wie diese eine Zeitlang beim Fehlen von Leibeserben des Fürsten, sowie bei Mißregierung desselben zur Annexion seines Landes geschritten ist. Nun hatte die Proklamation von 1858 Indien die Pax Britannica gegeben; sie hat den indischen Fürsten Sicherheit ihrer Rechte zugesagt. Annexion war nunmehr ausgeschlossen. Selbst bei Mißwirtschaft fand keine mehr statt. In dem Gaikwar-Falle wurde der regierende Fürst 1874 vor ein Gericht gestellt, das ihn für schuldig befand, die Verwandten seines verstorbenen Bruders mißhandelt, Frauen gefoltert und die reichen Kaufleute seines Staats geplündert zu haben, und 1875 wurde er wegen eines Attentats auf das Leben des britischen Residenten angeklagt. Der Gaikwar wurde abgesetzt; doch erhielt er seinen Nachfolger aus seinem Geschlecht. In Maisur wurde der Radschah gezwungen, sein Land ordentlich zu regieren, und 1881 der von ihm adoptierte Erbe als sein Nachfolger anerkannt. In Manipur wurde nach dem Aufstand von 1891 das rebellische Oberhaupt abgesetzt, aber sein Sohn als Nachfolger anerkannt. Wenn den Fürsten auch grobe Verletzungen moderner Lebensauffassung, wie Verstümmlung als Strafe oder das Tottrampeln durch Elefanten verboten wurde, nahmen sie die Verbote doch hin gegen die ihnen gewährte Sicherheit der Fortdauer ihrer Herrschaft und fingen an, dahin zu streben, ihre Verwaltung auf die Höhe der britischen zu bringen. Sie fingen an, in der britischen Herrschaft eine Sicherheit ihres Rangs über den übrigen britischen Untertanen in Indien zu sehen und dementsprechend die britische Herrschaft zu stützen. Ihr Einverständnis mit der Übernahme der Herrschaft durch die Krone an Stelle der Ostindischen Gesellschaft trat deutlich

zutage, als 1874 der Prinz von Wales, der spätere Eduard VII., Indien besuchte. Die Vertreter der indischen Fürstenfamilien, die sich ehemals nur auf dem Schlachtfeld begegnet waren, fanden sich freundschaftlich zusammen. Als zwei Jahre darauf Disraeli die Königin von Großbritannien und Irland zur Kaiserin von Indien proklamierte, fühlten sie sich als deren Vasallen, ähnlich wie sie früher die Vasallen des Großmoguls gewesen waren. Sie bewährten ihre Treue, als 1885 die Bedrohung der Grenze durch die Russen eine Kriegspanik hervorrief. Da haben sie freiwillig angeboten, auf ihre Kosten Reichsdiensttruppen zu stellen; daraus sind die Imperial Service Troops als bleibende Einrichtung hervorgegangen, 34 220 Mann indische Reserven und 38 804 Mann europäische Freiwillige.

Es gibt im heutigen Indien 630 einheimische Staaten mit einer Bevölkerung von zusammen mehr als 70 Millionen. Sie sind von sehr ungleicher Größe und Art, und ihre Beherrscher von verschiedenem Rang und verschiedener Bedeutung. Die kleinsten sind nicht viel mehr als große Grundbesitzer, deren Herrschermacht bloß darin besteht, daß sie keine Steuern zu zahlen haben, und daß ihnen ein Teil der Rechtspflege anvertraut ist. Andere, wie der Nizam von Haiderabad im Dekkan, dessen Gebiet fast den Umfang von Großbritannien erreicht, genießen die größte Unabhängigkeit in Verwaltung und Rechtspflege.

Weit größere Sorgen als das Verhalten der indischen Fürsten hat nach 1858 der britischen Regierung das ständige Vordringen der Russen gegen Indien bereitet. Wer immer der Verfasser des sogenannten Testaments Peters des Großen gewesen ist, ob dieser selbst, wie noch heute die Perser und viele Russen glauben, oder ob es erst aus der Zeit Katharinas II. stammt, unter deren Regierung es vom Chevalier d'Éon nach dem Westen gebracht worden sein soll, oder ob es erst eine Fälschung aus der Zeit Napoleons I. ist, wie neuerdings behauptet wird, das eine ist sicher, daß darin die Aspirationen und die Politik

der Russen im 18., 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in geradezu erstaunlicher Voraussicht wiedergegeben werden. Es heißt darin unter Ziffer IX über Indien<sup>1)</sup>:

„Wir haben uns soviel wie möglich Konstantinopel und Indien zu nähern. Wer immer da regiert, wird der wahre Beherrscher der Welt sein. Dementsprechend sind nicht nur in der Türkei, sondern auch in Persien ohne Unterbrechung Kriege zu entfesseln. Gründet Werften am Schwarzen Meere, bemächtigt euch kleiner Stücke in der Nähe des Meeres, ebenso an der Ostsee, denn das ist für die Erweiterung unseres Ziels doppelt nötig. Und bei Verfall von Persien dringt bis zum Persischen Golf vor, belebt, wenn möglich, aufs neue den alten Handel mit der Levante, dringt bis nach Indien vor, das der Beherrscher der Welt ist. Sind wir da angelangt, so haben wir Englands Gold nicht mehr nötig.“

Es liegt nicht im Rahmen dieses Werkes, die einzelnen Schritte vorzuführen, in denen sich Rußland seit Peter dem Großen Indien immer mehr genähert hat<sup>2)</sup>). Für unsere Betrachtung genügt die Tatsache, daß die Russen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Kaukasus überschritten, und alle persischen Provinzen nördlich von Aras annektiert haben. Es wurde oben erzählt<sup>3)</sup>, wie die Sorge ob dieses Vordringens 1838 die britische Regierung zu der törichten Politik veranlaßt hat, in Afghanistan einen ihr ergebenen, dem Volke aber verhaßten Emir einzusetzen, und wie dies den ersten afghanischen Krieg verursacht

---

1) Ich habe die Stelle aus der englischen Übersetzung in R. M. Sykes, *A History of Persia*, London 1915, II, 335—338 ins Deutsche übersetzt. Im Appendix II von Archibald R. Colquhoun, *Russia against India*, London 1901, ist das Testament aus „Des Progrès de la Puissance Russe“, by M. Lesur, Paris 1812 abgedruckt. Hier ist der Text kürzer. Die betreffende Stelle lautet: „Vergeßt nicht, daß der Handel von Indien der Welt-handel ist, und daß derjenige, der ihn ausschließlich beherrscht, der Diktator Europas ist. Daher sollte keine Gelegenheit, einen Krieg mit Persien herbeizuführen, seinen Verfall zu beschleunigen, zum Persischen Golf vorzudringen und dann den alten Levante-handel durch Syrien wieder herzustellen, versäumt werden.“

2) Siehe dafür das eben erwähnte Buch von Archibald R. Colquhoun, *Russia against India*, Chapt. I u. II.

3) Siehe oben S. 310.



hat. Er hat mit dem Siege der Engländer geendet. Doch hat damit weder Rußlands Vordringen gegen Indien, noch auch haben die Intriguen der russischen Diplomaten in Afghanistan aufgehört. Einer der zwischen Rußland und Indien wohnenden Stämme nach dem anderen wurde von Rußland unterworfen, bis seine Grenzen an die der Stämme stieß, die nominell der Suzeränität des Emirs von Afghanistan unterworfen, tatsächlich aber nahezu unabhängig waren. Auch waren die Grenzen eben solcher Stämme gegen Rußland hin nicht klar bestimmt, was das Vorrücken Rußlands erleichterte.

Dost Mohammed, der Emir von Afghanistan, war 1863 gestorben. Er hatte den Wunsch ausgesprochen, daß nach seinem Tode die Nachfolge in der durch afghanisches Herkommen geheiligten Weise durch Kampf zwischen seinen Söhnen bestimmt werde. Der Vizekönig Lord Lawrence, dem das Hauptverdienst an der Niederwerfung des Aufstands von 1857 zukommt, hielt sich in Anerkennung des loyalen Verhaltens Dost Mohammeds während desselben für in Ehren verpflichtet, von seinen Söhnen den als Herrscher anzuerkennen, der tatsächlich die Gewalt erlangen würde. Er hat den einen Sohn als Herrn von Kabul, den andern als Herrn von Herat anerkannt, was den Wert der britischen Freundschaft für den einen wie den andern minderte. Gegen Ende der Amtszeit von Lawrence begannen die Russen vorzurücken. Lawrence drang in die britische Regierung, mit Rußland zu einem Übereinkommen über eine definitive Grenzlinie zu kommen, bei deren Überschreitung ein Kampf zwischen Großbritannien und Rußland in allen Teilen der Welt entbrennen solle. Er selbst enthielt sich weiterer Einmischung in Afghanistan, und sobald Schir Ali, ein Sohn Dost Mohammeds, seine Macht in Kabul befestigt hatte, schickte er ihm Waffen und Geld als Geschenk. Weiter zu gehen lehnte er ab. Auch sein Nachfolger Lord Mayo lehnte ab, ein engeres Bündnis mit Schir Ali abzuschließen; doch brachte seine außerordentliche Geschicklichkeit es fertig, ihn auf britischer Seite zu erhalten. 1869 vereinbarten die Briten mit St. Petersburg,

daß der Oxus die nördliche Grenze der Herrschaft Schir Ali sein solle; 1872/73 hat Rußland England erklärt, daß es Afghanistan als außerhalb seiner Einflußsphäre liegend ansehe, eine Versicherung, die es 1874, 1876 und 1878 wiederholt hat<sup>1)</sup>. Nichtsdestoweniger hat der Gouverneur von Russisch-Turkestan, der General Kaufmann, Schir Ali zu dessen großem Unbehagen andauernd mit Zuschriften belästigt, statt durch Vermittlung der britischen Vertretung mit ihm zu verkehren. In England aber war 1874 Disraeli Premierminister geworden mit Lord Salisbury als Staatssekretär für Indien. Der britische Imperialismus war im Aufsteigen. Disraeli sandte einen großen Draufgänger, Lord Lytton, von seinem Gesandtschaftsposten in Lissabon nach Indien. Er hatte Vollmacht, mit Schir Ali das von diesem gewünschte Bündnis abzuschließen. Aber Lytton verlangte, daß ein britischer Resident seinen Sitz in Herat erhalte; er begründete dies mit der Proklamation der Königin Victoria zur Kaiserin von Indien am 1. Januar 1877. Der Emir lehnte das Ansinnen ab, unter anderem, weil er nicht imstand sei, den Gesandten vor dem Fanatismus seiner Untertanen zu schützen, und weil er dann auch einen russischen Gesandten zulassen müsse. Auch hatte die britische Besetzung von Quetta 1876 in dem Emir die Sorge erweckt, das sei eine Vorstufe für die Besetzung Afghanistans. Doch Lytton kam im Frühjahr 1877 auf seine Forderung zurück. Das bestärkte das Mißtrauen des Emirs. Dazwischen kam die Einmischung Englands in den russisch-türkischen Krieg. Rußland beschloß, um Englands Vorgehen in Europa zu hemmen, ihm in Indien Schwierigkeiten zu bereiten. Die beiden Mächte standen vor dem Ausbruch eines Kriegs. Da kam es durch Bismarcks Vermittlung auf dem Berliner Kongreß zu einem Übereinkommen zwischen beiden. Doch die Nachricht hiervon kam zu spät, um den Krieg mit Afghanistan zu verhindern. Am 13. Juni, dem Tag, an dem der Berliner Kongreß seine

---

1) Gooch and Temperley, *British Documents on the Origin of the War 1898—1914*. London 1927. I, 306—314.

erste Sitzung hielt, ist der General Stoletoff gemäß dem Plane Skobeleffs, durch Afghanistan in Indien einzudringen, von Taschkent nach Kabul marschiert. Schir Ali wurde durch Drohung mit Absetzung zum Abschluß eines Bündnisses mit Rußland gezwungen. Es hat einige Wochen gedauert, bis die Nachricht nach Kabul kam, daß das Berliner Abkommen zwischen Rußland und England einen Angriff Rußlands auf England unmöglich machte. Als Lytton von Stoletoffs Eintreffen in Kabul hörte, verlangte er für England das gleiche Recht, eine Mission dahin zu schicken, und entsandte, ohne die Antwort abzuwarten, einen Vertreter. Als der Mission der Zugang zum Khaiber Paß verweigert wurde, benutzte Lytton dies zum Vorwand für einen Krieg. Die Briten marschierten von drei Seiten in Afghanistan ein. Schir Ali floh nach Norden und überließ seinem Sohne Yakub Khan den Abschluß des Friedens. Die Russen lehnten in zynischer Weise jede Hilfe ab. Schir Ali starb durch Kummer und Krankheit erschöpft im Februar 1879.

Nun erkannte die britische Regierung Yakub Khan als Emir an und schloß mit ihm im Mai 1879 den Frieden von Gandamak, der den Briten die volle Beherrschung des Khaiber- und des Michni-Passes sicherte, während der neue Emir gegen Zusicherung von Unterstützung und eines Jahresgehalts von sechs Lakhs Rupien sich verpflichtete, einem britischen Vertreter den Aufenthalt in Kabul zu gestatten und seine auswärtigen Beziehungen entsprechend den Weisungen der indischen Regierung zu regeln. Da kam die Rechtfertigung Schir Alis. Wenige Monate nach dem Friedensschluß wurde der eben ernannte britische Resident samt seiner Eskorte durch den fanatischen Pöbel von Kabul ermordet. Das hat zur Erneuerung des Krieges geführt. General Roberts setzte Yakub Khan ab und verhängte schwere Strafe über Kabul. Doch es war schwer zu sagen, was zu tun sei, um dauernd Ordnung zu schaffen. Lytton faßte den kühnen Entschluß, den bisher von Rußland subventionierten Neffen Schir Alis Abdurrahman als Emir vorzuschlagen. Aber bevor London seinen Entschluß

gebilligt hatte, hat Lytton aufgehört, Vizekönig zu sein. In Großbritannien waren die Liberalen 1880 ans Ruder gekommen. Sie hatten die auswärtige Politik Disraelis, von der seine afghanische ein wesentlicher Teil war, aufs schärfste mißbilligt, und Lytton legte sein Amt sofort nieder. Doch waren die afghanischen Wirren damit nicht beendet. Ayub Khan, ein Rivale Abdurrhamans, hat am 27. Juli einer britischen Truppe eine ernste Niederlage bereitet. Sie wurde durch General Roberts glänzend gerächt. Ayub Khan wurde besiegt und Abdurrhaman blieb Emir, aber es wurde ihm nicht zugemutet, einen britischen Gesandten in seinem Lande zuzulassen. 1883 wurde die ihm gezahlte Subsidie auf 12 Lakhs erhöht. Er war ein tüchtiger Herrscher, und wenn seine Politik auch nicht von Liebe zu England getragen war, so doch von der Erkenntnis, daß Rußlands Interesse dahin ging, Afghanistan aufzulösen, das Interesse Englands es zu erhalten. Daher seine Bereitschaft, sich unter britischen Schutz zu stellen. Doch waren weder die russischen Generäle bereit, auf ein weiteres Vorrücken gegen Indien zu verzichten, noch auch die russischen Diplomaten die Versprechen zu erfüllen, mit denen sie die darob erregte öffentliche Meinung Englands zu beschwichtigen suchten. Die Russen haben 1884 Merw besetzt. Im Frühjahr 1885 haben russische und afghanische Truppen sich gegenübergestanden. Die Afghanen wurden aus Pandschdah mit Verlust hinausgeworfen. Gleichwohl haben die russischen Diplomaten 1885, 1887 und 1888 ihre 1872/3 gegebene Erklärung, daß Rußland Afghanistan als außerhalb seiner Einflußsphäre liegend betrachte, wiederholt<sup>1)</sup>. 1900 haben sie in einer freundlichen Depesche erklärt, daß sie die Erklärung noch immer für verbindlich ansähen, indes sie wegen der Festsetzung neuer Grenzpfähle mit den Afghanen verhandeln müßten. Darüber kam es zu einem Schriftenwechsel zwischen London und Petersburg. Die russischen Diplomaten machten geltend, daß, wenn Rußland auch an der Erklärung von 1872/3 festhalte, die Ver-

---

1) Gooch and Temperley I, 310.

hältnisse sich doch geändert hätten, seit es Bochara besetzt und damit in einer Ausdehnung von vielen hundert Werst eine gemeinsame Grenze mit Afghanistan habe. Es sei etwas Selbstverständliches, daß man mit seinen Nachbarn Beziehungen unterhalte. Daß diese Beziehungen trotz russischer Ablehnung politische waren, hat die indische Regierung 1903 festgestellt, und der russische Außenminister Graf Lamsdorff hat, zur Rede gestellt, geantwortet, daß es mit der Würde einer unabhängigen Macht wie Rußland kaum vereinbar sei, sich durch Abmachungen mit einem anderen Staate, die seine Beziehungen zu einem Nachbarstaate beschränkten, für ewig zu binden<sup>1)</sup>. Erst als es zur Annäherung zwischen England und Rußland gegen Deutschland kam, ist der Interessengegensatz beider in Afghanistan in den Hintergrund getreten.

Wie im Nordwesten die Russen, so galt es im Südosten die Franzosen von Indien fernzuhalten. Nachdem diese 1858 zusammen mit den Engländern Peking eingenommen hatten, haben sie einen Krieg mit dem Kaiser von Annam, der nominell ein Vasall des Kaisers von China war, wegen Mißhandlung von Christen und Missionären geführt; er hat mit der Begründung der französischen Herrschaft in Cochinchina geendet. Das hat an den freundlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich zunächst nichts geändert. Wohl aber sah die indische Regierung eine Bedrohung ihrer Interessen, als der König Thibaw von Oberbirma mit der französischen Verwaltung von Indochina in Beziehung trat, vermöge deren einer großen britischen Handelsgesellschaft schwerer Schaden zu erwachsen drohte. König Thibaw war ein orientalischer Despot schlimmster Art. 1879 war der britische Vertreter an seinem Hofe abberufen worden, weil Thibaw bei seiner Thronbesteigung seine Rivalen gewaltsam beseitigt hatte, was die Engländer mißbilligten. Ferner hat Thibaw 1878 und 1883 bei den Franzosen Hilfe gegen innere Schwierigkeiten gesucht, und es hieß, daß von seiner

---

1) Ebenda, I, 313, II, 250.



Hauptstadt Mandale eine Eisenbahn nach dem französischen Gebiete geführt, daß eine französische Bank dort errichtet werden und eine Flotte französischer Dampfer den Irawadi befahren solle. Die englische Auffassung war, daß ein überwiegender französischer Einfluß in Oberbirma den britischen Besitzungen in Birma und selbst Indien gefährlich werden könnte, und daß er selbst auf die Gefahr eines Kriegs mit Frankreich hin verhindert werden müsse. Ein Anlaß zu Streitigkeiten fand sich bald. Am 10. November 1886 begannen die Feindseligkeiten; am 28. ergab sich Thibaw, und Birma wurde dem britischen Reiche einverleibt. Britisch-Birma hat für Indien die Bedeutung einer Kornkammer und eines Auswanderungsgebiets; der Boden liefert unerschöpfliche Reisernten, und ist imstande noch zahlreiche Einwanderer zu ernähren.

Andere Fragen der ausländischen Politik entstanden ferner durch die Stämme, die ähnlich, wie die im Nordwesten Afghanistan und Rußland, so im Süden Afghanistan und Indien trennen. Die Sorge um ihre Unabhängigkeit, welche durch den Bau von Straßen und Eisenbahnen geweckt wurde, sowie durch die immer größere Annäherung der britischen Außenposten, ist Ende der neunziger Jahre durch fanatische Priester, die ihre Religion für bedroht erklärten, so verstärkt worden, daß es 1897 zum Kriege gegen die Briten kam. Die Anstrengungen, denen die britischen Truppen sich unterziehen mußten, sind die größten seit dem Aufstand von 1857 gewesen. Die Draufgängerpartei in England war dafür, die Gelegenheit zu benützen, um alles Land zwischen der englischen und afghanischen Grenze zu annektieren. Sie stieß auf den Widerspruch derjenigen, die mit Rücksicht auf die großen Kosten und Gefahren, die eine weitere Ausdehnung des indischen Reichs bringe, dieser widersprachen. Lord Curzon hat als Vizekönig einen mittleren Weg eingeschlagen; er hat unhaltbare Stellungen der britischen Truppen aufgegeben, dagegen diejenigen, die gehalten wurden, verstärkt, den Handel mit Waffen und Munition unterdrückt, strategische Eisenbahnen weiter ausgebaut, und auf die große Erhebung

von 1897—8 folgte ein zwölfjähriger Friede an der nord-westlichen Grenze.

Eine andere Macht, mit der Lord Curzon in Konflikt kam, war Tibet, das nominell unter der Oberhoheit des Kaisers von China stand. Er hat 1904 zur ersten Besetzung von Lhasa, der Hauptstadt des Dalai Lama, durch eine europäische Macht geführt. Es wird im folgenden Kapitel davon noch die Rede sein.

1903 hat Curzon eine Fahrt durch den Persischen Golf gemacht. Im Norden hat Rußland, im Süden Großbritannien auf Persien gedrückt. Doch war der Einfluß beider Mächte verschieden. Großbritannien strebte nach wirtschaftlicher Ausbeutung des Landes; Rußland suchte Persien mit Gewalt zu beherrschen, hat den Bau von Eisenbahnen daselbst verboten und wiederholt Maßnahmen verhindert, die zur Wiedergeburt Persiens führen konnten; es strebte nach Einverleibung Persiens in sein Reich. 1903 erklärte der britische Außenminister, daß Großbritannien die Schaffung einer Flottenbasis im Persischen Golf durch eine fremde Macht als eine Bedrohung britischer Interessen erachten müsse, der es auf jede Weise sich widersetzen werde. Curzons Fahrt nach dem Golf war nur eine Bekräftigung dieser Erklärung. Doch das Ende war ein ganz anderes, als was danach zu erwarten gewesen wäre. Im Hinblick auf ein zukünftiges Zusammenwirken der beiden Mächte gegen Deutschland ist es am 1. September 1907 zu einem Abkommen zwischen ihnen betreffend Persien, Afghanistan und Tibet gekommen, von dem noch später die Rede sein wird. Durch dasselbe wurden die persischen Bestrebungen nach Wiedergeburt im Keime erstickt.

Von der gleichen Sorge, daß die Festsetzung einer anderen Macht am Persischen Golf Englands Stellung in Indien gefährden könne, war die britische Regierung beeinflusst, als der türkische Sultan 1899 der anatolischen Bahn die Konzession gab, ihre Linie von Haidar Pascha, gegenüber von Konstantinopel, nach Angora bis Bagdad und einem Hafen am Persischen Golf auszubauen. Die Verhandlungen darüber mit Deutschland waren 1914 eben

zu einem beiderseits befriedigenden Abschluß gelangt, als der Weltkrieg losbrach<sup>1)</sup>.

Anderer Art waren die Sorgen, welche die Ausbreitung des Handels mit Ostasien der indischen und der britischen Regierung bereitet hat. Sie hat zum Zusammenbruch des chinesischen Kaiserreichs und zur Proklamation der Republik China, sowie zum Eintreten Japans in die Weltpolitik geführt. Doch ist ein besonderes Kapitel nötig, dies zu erzählen.

Das Wichtigste indes sowohl für die Erhaltung der britischen Herrschaft in Indien als auch für die Wohlfahrt der indischen Bevölkerung waren die Aufgaben, welche die innere Verwaltung der indischen Regierung stellte.

An erster Stelle ist hier die Reform des Heeres zu nennen. Ohne auf andere Einzelheiten seiner Neuorganisation nach dem Aufstande einzugehen, sei hervorgehoben, daß das Verhältnis der in Indien dienenden europäischen zu den eingeborenen Soldaten, den Sepoys, geändert worden ist. Vor dem Aufstand haben die Sepoys das Achtfache der Europäer betragen; 1863 kamen auf 140 000 Sepoys 65 000 Europäer; das Verhältnis der Europäer zu den Eingeborenen war um nur ein geringes weniger als eins zu zwei; es ist im großen und ganzen so bis 1914 geblieben; die Artillerie wurde fast ganz europäisch. Auch gibt es fast gar keine höheren indischen Offiziere. Eine weitere wichtige Reform war die Ersetzung der aus dem weniger kriegerischen Süden stammenden eingeborenen Soldaten durch solche aus dem kriegerischen Nordwesten, eine dritte die Beseitigung der alten Einrichtung von drei gesonderten Heeren der drei Präsidenschaften. Ein Kommandierender für ganz Indien mit vier ihm untergeordneten General-

---

1) Siehe über die Verhandlungen Gooch and Temperley I, 333, 334. II, 174 u. a. a. O. III 358, 359, 367, 429. — Alwyn Parker in The Quarterly Review, October 1917. — E. M. Earle, Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway, New York 1923.

leutnants wurde ernannt. Auch in der Verwaltung des Heeres ist größere Zentralisation eingetreten, nicht ohne Konflikt zwischen dem Vizekönig Lord Curzon und dem Oberkommandanten Lord Kitchener; als letzterer, unterstützt vom Staatssekretariat für Indien, den Sieg davon trug, hat Lord Curzon 1906 sein Amt niedergelegt.

Von der allergrößten Bedeutung aber sowohl für die Verteidigung der britischen Herrschaft nach außen als auch für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern ist der weitere Ausbau des indischen Eisenbahnnetzes gewesen. In den Tagen vor der Eisenbahn hat ein Regiment, um von Kalkutta nach Peschawar zu marschieren, oft sechs Monate gebraucht, und der spätere Feldmarschall Lord Roberts erzählt, daß er 1852 als junger Subalternoffizier auf der Reise zu seinem Vater und seinem Regiment drei Monate brauchte, um von Dum Dum nach Peschawar zu gelangen<sup>1)</sup>. Lord Dalhousie, der von 1848—56 Generalgouverneur war, hat schon vor dem Aufstand den Plan eines Eisenbahnnetzes, das Kalkutta mit Lahore, Lahore mit Bombay, dieses mit Madras und Madras mit der Malabarküste verband, entworfen. 1857 hat es nur 3 kurze Eisenbahnlinien in Indien gegeben; 1882 waren sie auf 5369 englische Meilen verlängert; aber 1922/23 hat ihre Ausdehnung 37 618 englische Meilen betragen<sup>2)</sup>. Die Anlage von Telegraphenlinien hat die von Eisenbahnen begleitet und ergänzt.

Demnächst sind die Anstrengungen zu nennen, welche die Regierung gemacht hat, um den Hungersnöten zu begegnen, welche Indien wie alle Länder, die ausschließlich von Landwirtschaft leben und guter Verkehrsmittel entbehren, gelegentlich heimsuchen. Ein großer Teil der indischen Landwirtschaft hängt von den Regenmengen ab, welche die südwestlichen Monsune im Juni, Juli und August dem westlichen und nördlichen Indien und die nordöst-

---

1) Knowles, *Economic Development* 323.

2) *East India (Progress and Condition)* 59th Number, London 1924, Cmd. 2311, p. 171.

lichen Monsune im letzten Viertel des Jahres den östlichen Küstendistrikten von Madras zuführen. Selten, daß sie ganz ausbleiben. Aber wenn sie teilweise fehlen oder unregelmäßig verteilt sind, leiden gewisse Teile Indiens außerordentlich. Besonders sind zwei Gebiete Dürren ausgesetzt; das eine ist der Dekkan, das andere Radschputana und die südlichen und westlichen Teile der Vereinigten Provinzen.

Über Hungersnöte, bevor die Engländer nach Indien kamen, fehlen die Nachrichten. Da sie die Folgen elementarer Ereignisse sind, sind sie damals wohl nicht weniger häufig als seitdem gewesen. Von großen Hungersnöten von 1770 bis zum Aufstand von 1857 werden 15 gezählt, von da ab bis 1919 17<sup>1)</sup>. Mitunter sind sie auf kleine Gebiete beschränkt gewesen, meist haben sie sich auf weite Gebiete erstreckt, doch nie auf ganz Indien. Daher die große Wichtigkeit des Ausbaus von Verkehrsmitteln und der Förderung der Ausfuhr von Getreide, das bei schlechtem Ernteausfall im Inland zurückbehalten werden kann<sup>2)</sup>.

Dem vermehrten Anbau von Getreide dienen die Bewässerungsanlagen. Ich habe oben<sup>3)</sup> die großen von der Ostindischen Gesellschaft vor 1858 vorgenommenen Anlagen auf Grund des Memorandums von John St. Mill vorgeführt. Seitdem hat die Bewässerung außerordentliche Fortschritte gemacht. Der amtliche Bericht über den moralischen und materiellen Fortschritt und die Lage Indiens für 1923—24 besagt<sup>4)</sup>:

„Während des Jahres 1922—23 betrug die Gesamtfläche unter Bewässerung, die in den Gebieten unter der Herrschaft indischer Fürsten ausgeschlossen, etwa 28½ Millionen acres, d. h. 13 Proz. der gesamten bestellten Fläche und etwa ein Viertel Million mehr als die nach dem Bericht von 1919—20 bewässerten

1) Loveday, *Indian Famines* 137—8, zitiert von Knowles a. a. O. 353 Note 2, und die folgenden Seiten bei Knowles bis S. 365.

2) 1919 wurde, um der Hungersnot zu begegnen, Getreideausfuhr außer mit Lizenz verboten, Knowles 355.

3) Oben S. 321.

4) *East India (Progress and Condition)* 59th Number, p. 161.



28,1 Millionen. Die Gesamtlänge von in Tätigkeit befindlichen Haupt- und Zweigkanälen und Verteilungsanlagen betrug ungefähr 67000 englische Meilen. Der Wert der aus Regierungsanlagen mit Wasser versehenen Ernten betrug  $143\frac{3}{4}$  Crore Rupien<sup>1)</sup>. . . . Der gesamte Kapitalaufwand auf Bewässerung und Schifffahrt, einschließlich desjenigen auf im Bau befindliche Werke, hat Ende des Jahres 1922/23 84 Crore Rupien betragen. Der Bruttoertrag war 10 Crore Rupien und die Kosten betrugen 3,9 Crore Rupien; der Reinertrag des Kapitals beträgt also 7,3 Proz.“

Die Technik hatte die größten Schwierigkeiten zu überwinden, um diese Erfolge zu erzielen. Kanäle sind durch Berge geführt, Flüsse vom Arabischen Meere nach Bengalen geleitet, große Aquädukte gebaut worden<sup>2)</sup>. Der 1923 vom Staatssekretär gebilligte Sukkur-Damm in Sind, nahezu eine englische Meile lang durch den Indus, wird das größte Werk der Art sein, das bisher gebaut worden ist. Wenn alle bis jetzt unternommenen Bauten vollendet sein werden, dürften 40 Millionen acres der indischen Landwirtschaft neu gewonnen sein<sup>3)</sup>.

Außer der durch die Bewässerung erzielten Vergrößerung der Anbaufläche kommt für Milderung der Schrecken der Hungersnot der Ausbau der Verkehrsmittel in Betracht. Bisher habe ich ihn nur im Hinblick auf die Landesverteidigung und die Aufrechterhaltung von Ordnung im Innern erörtert. Vielleicht ist seine Bedeutung für die Ergänzung des schlechten Ernteausfalls einer Provinz durch den Überfluß einer anderen noch größer. Zuerst wurden die Eisenbahnen in Indien durch Aktiengesellschaften gebaut unter einer Zinsgarantie seitens des Staats, wenn der Gewinn weniger als 5 Proz. betrüge; ein Überschuß des Gewinns sollte halbjährlich mit der Regierung geteilt werden, und nach 25 Jahren sollte diese das Recht haben, die Bahnen zu einem festgesetzten Preise zu kaufen; auch sollte sie die Aufsicht über Betriebs- und Finanzverwaltung der Bahnen haben. Da die Bahnen viel zu teuer gebaut wurden, hat

---

1) Ein Crore R. = 10 Millionen Rupien.

2) Schilderung bei Knowles, p. 366 ff.

3) East India (Progress and Condition) 59th Number p. 162.

es lange gedauert, bis von Überschüssen, die geteilt werden konnten, die Rede war. Verschiedene Systemwechsel fanden statt, um dem abzuhelpfen, darunter vorübergehend der Bau von Staatsbahnen. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Regierung keinen Gewinn aus ihrem Aufwand erzielt; das wurde erst anders, als die ursprünglich mit den Aktiengesellschaften geschlossenen Verträge abliefen und durch günstigere erneuert werden konnten, und eine Verwaltung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten an die Stelle der bürokratischen trat<sup>1)</sup>. Daß die indischen Eisenbahnen 1922/23 37 618 englische Meilen betragen haben, habe ich schon gesagt. Eine Nebenwirkung des Baus von Eisenbahnen, die der Landwirtschaft und damit der Steigerung des Ernteertrags zugut kam, war eine große Verbesserung der Straßen. Früher konnte man nur bei trockenem Wetter über Land fahren, wenn der Boden hart war; in der Regenzeit war er ein zäher Morast. Seitdem es Eisenbahnen gibt, fahren die Wagen das ganze Jahr durch. Die Arbeit findet nicht mehr nur in trockener Jahreszeit statt. Packpferde haben den Wagen Platz gemacht.

Da die Hungersnöte die Folgen fehlender Regenmenge sind, hat die Vergrößerung der Anbaufläche und die Verbesserung der Verkehrsmittel, wie meine obigen Angaben zeigen, ihr Vorkommen bis in die neueste Zeit nicht verhindern können. Doch ist 1878 eine Kommission von Sachverständigen eingesetzt worden, die auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen Vorschläge zur Milderung der Not gemacht hat; sie sind 1883 in einem Kodex veröffentlicht worden. Darin werden die Provinzialregierungen angewiesen, nicht erst auf Abhilfe bedacht zu sein, wenn die Not da ist, sondern in ruhigen Zeiten alle Maßregeln vorzusehen, die bei Ausbruch einer Hungersnot zu ergreifen seien. Ferner sollte Arbeit der Arbeitsfähigen zu einem zum Leben ausreichenden Lohne vorgesehen, den Arbeitsunfähigen Unterstützung in Armenhäusern gewährt

---

1) Dodwell a. a. O. 83—86.

und den Bauern durch Darlehen und Steuernachlaß geholfen werden. Endlich sollte, um die Störungen zu vermeiden, die Hungersnöte im Budget hervorbrächten, jährlich 1 Million als Versicherung gegen Budgetstörungen durch Hungersnot zurückgelegt werden<sup>1)</sup>. Da fand 1896 eine Hungersnot statt, die den Kodex von 1883 auf eine harte Probe stellte<sup>2)</sup>. Man schätzt, daß 750 000 Sterbefälle stattfanden und die Kosten der gewährten Unterstützungen, von den Steuernachlässen und den freiwilligen Spenden abgesehen, mehr als 5 Millionen £ betragen haben. Die Aufgabe, die die Not stellte, war so groß, daß dies trotzdem als Erfolg galt, und nur wenige Verbesserungen im Kodex vorgeschlagen wurden. Aber noch bevor diese durchgeführt waren, fand 1899/1900, noch bevor das Land sich von der vorausgegangenen erholt hatte, eine weit schlimmere Hungersnot statt, begleitet von Cholera und Malaria. Die gewährten Unterstützungen betrugen über 6 Millionen £, und mehr als eine Million Menschen wurde dahingerafft. Der Bericht über den moralischen und materiellen Fortschritt Indiens von 1924 enthält die erfreuliche Bemerkung, daß die heute vorkommenden Hungersnöte sich von den früheren sehr unterschieden. Vor nicht langer Zeit hätten sie absoluten Mangel an Nahrungsmitteln bedeutet; heute heiße Hungersnot so viel, daß ein Teil der Bevölkerung außerstande sei, den durch teureres Angebot hervorgerufenen hohen Preis für Lebensmittel zu zahlen<sup>3)</sup>.

Außer durch Bewässerung und Ausbau der Verkehrsmittel war die Regierung bemüht, die außerordentlich primitiven<sup>4)</sup> Anbaumethoden durch rationellere Betriebsweisen zu ersetzen, um der Wiederkehr von Hungersnot vorzubeugen; sie hat ferner die Bauern gegen Wucherer zu schützen und ihnen durch Änderungen in der Besteuerung zu helfen gesucht<sup>5)</sup>; die Sorge für die Steigerung der Erträge hat den Wald zum ersten Male zum Gegenstand staat-

1) Knowles 360. — Dodwell 80.

2) Roberts, in *The Cambridge Modern History* XII, 480.

3) *East India (Progress and Condition)* 59th Number, 189.

4) Sten Konow 94 ff.      5) Knowles 356 ff.

licher Fürsorge gemacht. Noch unter der Ostindischen Gesellschaft war der Wald außer einer Gelegenheit zum Jagdvergnügen nur finanzielle Einnahmequelle. Das Sandelholz von Malabar und das Teakholz von Birma waren wertvolle Regierungsmonopole. Aber die Fürsorge erstreckte sich nicht auf Erhaltung der Wälder; es wurde Raubbau getrieben. Erst die Erkenntnis des Einflusses der Wälder auf die Erträge des Landbaus, indem sie die Zerstörung der Ackerkrume durch herabstürzenden Regen hindern, hat in Indien eine Forstverwaltung nach deutschem Muster hervorgerufen<sup>1)</sup>.

1871 hat die erste Volkszählung in Indien stattgefunden. Sie ergab, daß seine Volkszahl um viele Millionen zu gering eingeschätzt worden war. So hatte man für Bengalen eine Bevölkerung von 38 bis 42 Millionen angenommen; die Zählung hat 67 Millionen ergeben. In Tirhout hatte man  $1\frac{1}{2}$  Millionen angenommen; die Zählung ergab  $4\frac{1}{2}$  Millionen<sup>2)</sup>. Nach der Aufnahme vom 18. März 1921 hat die Bodenfläche von Britisch-Indien 4 677 026 qkm, die Volkszahl 318 942 480 betragen. Es kamen 68,2 Personen auf den qkm<sup>3)</sup>.

Von diesen nahezu 319 Millionen haben 226 der Landwirtschaft angehört. An den verschiedenen Arten der Besitzverhältnisse hat sich, seit John St. Mill 1858 sie geschildert hat, prinzipiell nichts geändert, nur daß während der achtziger Jahre nahezu alle indischen Provinzen Gesetze zum Schutze der Bauern im Besitze ihres Lands und zur Fixierung der von ihnen zu zahlenden Renten erlassen haben; tatsächlich kann der Bauer heute aus seinem Besitze nicht vertrieben und seine Rente nicht ohne Zustimmung des Rentengerichtshofs erhöht werden. Auch hat die Zahlung der Renten in Geld die in natura in weitgehendem Maße verdrängt<sup>4)</sup>. Ferner hat in den Provinzen mit klein-

---

1) Dodwell 86 ff.

2) Knowles 322.

3) Aperçu de la Démographie des divers Pays du Monde. La Haye 1927, 47.

4) Knowles 413 ff.

bäuerlichem Besitze (Ryotwari-System) der Bauer das Recht erhalten, seinen Besitz zu veräußern, was steigende Verpfändung ermöglicht hat. Die Bauern leiden sehr unter Verschuldung. Das ist in Indien nichts Neues. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts ging fast der ganze Ertrag der Ernte an den Geldverleiher. Eine Hauptursache sind die großen Ausgaben bei Hochzeiten. Das Kapital wurde von andern Bauern und kleinen Leuten vorgeschossen. Die Zinsen beliefen sich auf 12 bis 24 Proz.; es wird selbst von 30, ja 48 Proz. berichtet. In den achtziger Jahren hat die Regierung Kredit, außer zu Hochzeitsfeierlichkeiten, gewährt, ohne indes große Erfolge zu erzielen. 1900 wurde im Pundschab die Veräußerung des Lands zur Deckung von Schulden verhindert und dadurch die Aufnahme von Schulden erschwert. Das Gesetz ist 1904 auf weitere Provinzen ausgedehnt worden. Im Bombay ist schon 1901 verordnet worden, daß Land ohne Genehmigung des Distriktsbeamten (Steuereintreibers) nicht veräußert werden kann.

Infolge dieser Gesetze soll jetzt bei Hochzeitsfeierlichkeiten große Sparsamkeit herrschen. Besonders gute Wirkung hat auch in Indien die Gründung von Raiffeisen-genossenschaften gehabt<sup>1)</sup>.

Unter der Verwaltung des Vizekönigs Lord Curzon hat auch der Übergang zu intensiverer Wirtschaft stattgefunden. 1901 wurde ein Generalinspektor der Landwirtschaft ernannt. Es wurde besserer Samen verteilt. Die Verbesserungen im Anbau haben sich auf alle Kulturarten erstreckt. Den Beginn rationeller Forstkultur habe ich schon erwähnt. Auch zur Hebung der Viehzucht wurden Maßnahmen ergriffen<sup>2)</sup>.

Die wichtigste in Indien angebaute Getreideart ist der Reis; er bildet das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung. Die Reisfelder nehmen etwa ein Fünftel der indischen Ackerfläche ein. Der Ertrag ist so groß, daß bedeutende

---

1) Knowles 414 ff.

2) Knowles 425—435. East India (Progress and Condition) 147—158.



Mengen ausgeführt werden können; seit Beginn dieses Jahrhunderts hat der Wert der Reisausfuhr gewöhnlich ungefähr 12 Millionen £ jährlich betragen.

Unter den indischen Bodenfrüchten steht der Bedeutung des Reises am nächsten der Weizen. Außer auf die genannten Lebensmittel hat die Landwirtschaftsverwaltung große Aufmerksamkeit auf die Hebung der Zuckerproduktion verwendet, desgleichen auf die Produktion von besserem Tabak, ferner von Ölsamen, Kautschuk und vor allem Tee. Seit Lord Bentinck in Assam die Anpflanzung von Tee eingeführt hat, ist Indien eines der wichtigsten Tee produzierenden Länder der Welt geworden. Mehr als 200 000 ha werden mit Tee bepflanzt; im Jahre 1909/10 war die Produktion auf 250 Millionen Pfund im Werte von etwa 8 Millionen £ gestiegen. Im Vergleich zur Teeproduktion spielte die von Kaffee eine geringe Rolle. Die Produktion von Indigo, die einst die ganze Welt versorgt hat, ist seit der Erfindung Adolf von Baeyers, den Indigo synthetisch herzustellen, mehr und mehr in den Hintergrund getreten.

Außerdem bringt Indien zahlreiche ölhaltige Samen hervor, die in steigendem Maße ausgeführt werden. Es ist reich an Kohlen, an Petroleumquellen, es hat eine Goldproduktion, die jährlich 16 000 bis 17 000 kg beträgt, in Birma wird Zinn erzeugt, in Behar und Orissa Eisen, Indiens Gewinnung von Manganerz hat großen Aufschwung genommen, geringer ist die von Chrom und Kupfer, dagegen ist Indien heute das wichtigste Glimmer produzierende Land der Welt. Die indische Salzproduktion hat sich in letzter Zeit nahezu verdoppelt und genügt jetzt fast für die Bedürfnisse des Lands. Von jeher ist Indien als Fundort für Edelsteine berühmt. Aber von allen indischen Rohprodukten sind außer Reis und Weizen die wichtigsten Baumwolle und Jute, während die Bedeutung der indischen Wolle und Seide zurückgegangen ist<sup>1)</sup>.

---

1) Vgl. für die obigen Angaben das zitierte Buch von Sten Konow sowie East India (Progress and Condition) 59th Number.

Ich habe schon von Indien als dem Geburtsland der reinen Baumwollgewebe, dem Lande unübertroffener Fertigkeit in der Verarbeitung der Baumwolle seit den Tagen Herodots bis zur Erfindung der Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhls und von den Klagen der Londoner Seiden- und Tuchweber über die Konkurrenz der gedruckten indischen Kattune, die zum Kaliko-Act von 1721 geführt haben, gesprochen<sup>1)</sup>. All diese unübertroffene Arbeit der Inder war Handarbeit. Da kam die Revolutionierung der gesamten Baumwollverarbeitung durch Kay, Hargreaves, Samuel Crompton, James Watt, Arkwright und Cartwright. Indien konnte die Konkurrenz mit englischen Produkten nicht fortsetzen; seine Ausfuhr von Baumwollstoffen nach England hörte vollständig auf; es führte große Mengen aus England ein. Erst 1818 ist in Bombay, das noch heute der Sitz der indischen Baumwollindustrie ist, die erste mechanische Spinnerei errichtet worden. Seitdem hat sich die indische Baumwollindustrie langsam entwickelt. Da kam der amerikanische Bürgerkrieg, der zur Baumwollnot in Lancashire geführt hat. Nun zeigte sich der Wert der gebauten Eisenbahnlinien. 1847 war der indische Ausfuhrzoll auf Rohbaumwolle abgeschafft worden; aber noch gab es keine Bahnen, und wie für alle Zweige der Landwirtschaft war dies trotz aller Bemühungen der Ostindischen Gesellschaft, den Anbau der Baumwolle zu fördern, ein Hindernis der Entwicklung. Zwischen 1861 und 1865 dagegen war das Eisenbahnnetz vergrößert worden, und in den drei Jahren des amerikanischen Bürgerkriegs, 1863—66, ist die Bauwollausfuhr aus Indien in unerhörtem Maße gestiegen; ihr Wert hat im Jahre durchschnittlich  $36\frac{1}{2}$  Millionen £ betragen. Man hat berechnet, daß der Reichtum der Stadt Bombay um 70 Millionen £ zugenommen hat<sup>2)</sup>. Noch größer waren die Wirkungen der Eröffnung des Suezkanals im Jahre 1869. Zusammen mit der Ersetzung des Segelschiffs durch den

---

1) Bd. II, 367—375.

2) Knowles 316, Anm. 3.

Dampfer hat sie die Reise zwischen Indien und den Häfen des Mittelmeers von 3 Monaten auf 14 Tage vermindert.

Man sollte meinen, daß die unmittelbare Nähe der Rohbaumwolle und die Niedrigkeit der Arbeitslöhne der indischen Baumwollindustrie einen Vorsprung vor derjenigen Lancashires gäbe. Nach Konow<sup>1)</sup> bezogen 1911 die Vorarbeiter in den nordindischen Spinnereien nur 50 Mark im Monat und die gewöhnlichen Arbeiter je nach ihrer Beschäftigung 9—15 Mark. Aber nicht nur daß das Klima Lancashires der dortigen Spinnerei Vorteile vor der in allen Teilen der Welt gibt, so betragen die Frachtkosten nur einen unerheblichen Posten im Preise der Rohbaumwolle, und die Arbeiter sind entsprechend ihren niedrigen Löhnen weit weniger leistungsfähig als die europäischen. Auch bilden im Gegensatz zu den britischen für die indischen Arbeiter höhere Löhne keinen Anreiz zu größerer Leistung. Wenn der Stücklohn steigt, arbeiten sie weniger Tage in der Woche<sup>2)</sup>. Auch wird über ihren nomadischen Charakter geklagt; plötzlich verschwinden sie unauffindbar, um ebenso plötzlich wieder aufzutauchen.

1881 ist ein den europäischen Gesetzen ähnliches Gesetz zum Schutze der in den Fabriken beschäftigten Kinder eingeführt worden, zehn Jahre später zum Schutze der darin beschäftigten Frauen. Als die Baumwollfabriken während des Aufschwungs von 1904/5 den Arbeitstag auf 15 Stunden verlängerten, hat die darob ausgebrochene Entrüstung 1906 zu weiterer Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung geführt; doch war die Fabrikinspektion mangelhaft. 1911 hat ein neues Gesetz den Arbeitstag auch für erwachsene Männer auf 12 Stunden herabgesetzt und die Nacharbeit der Frauen beschränkt. Der Völkerbund hat Indien unter die acht führenden industriellen Länder der Welt eingereiht. Mit seinem Eintritt in den Völkerbund war Indien genötigt, seine Gesetzgebung mit dessen Vorschriften in Einklang zu bringen. Das ist 1922 ge-

---

1) Konow 106.

2) Knowles 240.

schehen. Auch ist ein Unfallentschädigungsgesetz in diesem Jahre erlassen worden<sup>1)</sup>.

Die Baumwollindustrie ist fast ganz in der Hand von Indern; auch ist das darin angelegte Kapital indisch<sup>2)</sup>. Nicht mit Unrecht wird von den Indern geklagt, daß die Zollpolitik mehr durch die Interessen Lancashires als durch die ihren bestimmt worden sei. Um den Kampf mit der englischen Konkurrenz aufzunehmen, haben sie Schutzzölle verlangt. Damit sind sie nicht durchgedrungen, 1882 sind alle Schutzzölle beseitigt worden. 1894 ist ein Einfuhrzoll von 5 Proz. auf alle Waren eingeführt worden; doch das war kein Schutzzoll, sondern ein Finanzzoll infolge des Falls der Rupie. 1896 ist der Zoll für eingeführte Baumwollwaren auf  $3\frac{1}{2}$  Proz. herabgesetzt worden; gleichzeitig ist aber die einheimische Produktion, mit Ausnahme der Handweberei, mit einer entsprechenden Produktionssteuer belastet worden, so daß den Indern kein Schutz zuteil wurde. Sie haben einen solchen erst 1921 erhalten. Nichtsdestoweniger hat die indische Baumwollindustrie auch unter dem Freihandel zugenommen.

Es betrug<sup>3)</sup> die Zahl

	der Fabriken	der Beschäftigten	der Webstühle	der Spindeln
1901—02	179	161 756	38 891	4 743 391
1911—12	234	221 076	81 899	6 040 760
1920—21	249	298 190	109 422	6 243 948

Sehr verschieden ist die Geschichte der Bearbeitung der Jute, die vor 1900 in Indien nächst der Baumwolle allein fabrikmäßig betrieben worden ist. Vor 1855 war auch die Jute durch Handweberei verarbeitet worden. Infolge des Krimkriegs ist eine große Nachfrage nach Jutegeweben entstanden; da hat ein Engländer eine mechanische Jutespinnerei in Bengalen errichtet. Dem folgte 1859

1) Knowles 458, 462—64.

2) Ebenda 446/7.

3) Decennial Statistical Abstract for British India, 1924, Cmd. 2033.

die Errichtung eines mechanischen Webstuhls. Zwischen 1868 und 1873 haben die Jutefabriken 15 bis 25 Proz. Dividende verteilt; das hat zur Mehrung der Fabriken und zur Minderung des Gewinns geführt. Doch zeigt die Jutefabrikation eine gleiche Zunahme wie die Baumwollindustrie. Es betrug die Zahl<sup>1)</sup>

	der Beschäftigten	der Webstühle	der Spindeln
1901—02	114 795	16 719	331 382
1911—12	201 324	32 927	677 519
1920—21	282 728	41 588	869 879

Die leitenden Kräfte sind schottischen Ursprungs, das Kapital ist britisch, die Arbeiter, die früher alle Bengalen waren, stammen heute zu 90 Prozent aus anderen Provinzen<sup>2)</sup>.

Im Zusammenhang mit der Zunahme der Baumwollindustrie hat die der Entkörnung der Baumwolle wachsende Bedeutung erlangt. Da sie jetzt fast ausschließlich durch Maschinen erfolgt, wobei die verschiedenen Saatkornarten miteinander gemischt werden, war dies zum Nachteil der Aussaat und der Qualität der indischen Baumwolle<sup>3)</sup>. Mit der Entwicklung der genannten Großindustrien steht die größere Ausbeutung der Kohlen- und Eisenerzflöze in engem Zusammenhang. Auch eine Maschinen- und eine Lederindustrie sind entstanden, desgleichen eine Mühlen- und eine Ölpresenindustrie<sup>4)</sup>.

Aber im Großen und Ganzen ist die Zahl der Fabriken in Indien noch klein; es ist beachtenswert, daß in diesen nur indische Rohstoffe verarbeitet werden; in der Hauptsache aber findet deren Verarbeitung noch handwerksmäßig statt. Die ererbte Geschicklichkeit der Handwerker ist groß und zeigt feinen Geschmack. Indien steht noch am Anfang einer großen industriellen Entwicklung, die indes mit hartnäckigem Widerstand der Anhänger am Alten zu kämpfen hat<sup>5)</sup>.

1) Ebenda.

2) Knowles 444/5.

3) Konow 114.

4) Knowles 447—450.

5) Ebenda 459.



Ich habe schon erwähnt, daß die Eröffnung des Suezkanals und die Ersetzung der Segelschiffe durch Dampfer die Ausfuhr indischer Baumwolle und Baumwollwaren mächtig gefördert haben. Sie haben aber nicht nur der Ausfuhr baumwollener Produkte, sondern dem ganzen Außenhandel Indiens einen Riesenaufschwung verschafft. Sie haben auch dazu beigetragen, daß Bombay, Madras und Kalkutta wirklich brauchbare Häfen erhielten. Erst seit Eröffnung des Suezkanals ist die Ausfuhr von Weizen überhaupt möglich geworden; vorher hatte der Weizen, dessen Transport Hitze schlecht verträgt, zweimal den Äquator zu passieren, um nach Europa zu kommen; der Suezkanal hat nicht bloß Zeit erspart, sondern auch die Ablieferung in gutem Zustand erst ermöglicht. Es hat die Ausfuhr von Weizen in Zentnern betragen <sup>1)</sup>:

1874—75 . . . . .	1 074 000
1884—85 . . . . .	20 956 000
1891—92 . . . . .	30 307 000

Eine ähnliche Zunahme des indischen Außenhandels zeigt das Anwachsen des Tonnengehalts der seit Eröffnung des Suezkanals in indischen Häfen eingelaufenen und daraus ausgelaufenen Schiffe <sup>2)</sup>.

	Eingelaufen	Ausgelaufen
1868—69	2 185 961	2 251 310
1871—72	2 282 853	2 363 244
1881—82	3 632 248	3 736 638
1891—92	4 308 375	4 282 276

Die großen öffentlichen Arbeiten, die oben vorgeführt worden sind, konnten nur mit Hilfe von Kapital, das von England geliehen wurde, ausgeführt werden <sup>3)</sup>. Solange die Eisenbahnen und Kanäle ihre Kosten durch ihre Erträge nicht deckten, mußten die Zinsen durch Steuern gedeckt werden. Die Zahlungen an England erfolgten durch Warenausfuhr. Die Ausfuhr überstieg die Einfuhr. Es hat der

1) Knowles 317, Note.

2) Ebenda.

3) Siehe oben, S. 3 u. 4 die Beträge, die England Indien geliehen hat, und die Zwecke, für die sie verwendet worden sind.

Wert der Gesamteinfuhr nach und der Gesamtausfuhr aus Indien seit Aufhören des Handelsmonopols der Ostindischen Gesellschaft betragen <sup>1)</sup>).

	Einfuhr in £	Ausfuhr in £
1834/25—1838/39	4 877 303	7 555 066
1839/40—1843/44	6 969 068	9 501 708
1844/45—1848/49	8 139 584	11 530 366
1849/50—1853/54	10 517 560	13 344 750
1854/55—1858/59	17 901 698	17 231 648
1859/60—1863/64	27 375 312	28 781 524
1864/65—1868/69	32 876 490	38 442 950
1869/70—1873/74	27 534 067	38 561 997
1874/75—1878/79	32 147 904	42 089 751
1879/80—1883/84	41 209 162	53 606 711
1884/85—1888/89	50 089 534	60 185 099
1889/90—1893/94	59 130 622	72 444 732
1894/95—1898/99	59 038 889	75 953 242

In den letzten fünf Jahren vor Ausbruch des Kriegs betrug der Wert der Gesamteinfuhr nach und der Gesamtausfuhr aus Indien und Großbritanniens Anteil daran in Pfund Sterling:

	Gesamteinfuhr	Englands Anteil	Gesamtausfuhr	Englands Anteil
1909—10	78 038 365	48 799 319	122 891 479	32 447 739
1910—11	86 236 011	52 724 948	137 080 646	34 118 179
1911—12	92 383 255	57 635 248	147 879 063	38 427 836
1912—13	107 332 470	67 628 061	160 899 289	40 433 623
1913—14	122 165 288	78 388 149	162 800 999	38 236 780

Nach Knowles hat ein Drittel der Ausfuhr zur Bezahlung der Regierung, ein Drittel zur Verzinsung des von England geborgten Kapitals und ein Drittel als Entgelt für eingeführtes Edelmetall gedient <sup>2)</sup>). Das sind allerdings nur rohe Schätzungen. Bemerkenswert ist, daß während Indiens Ausfuhr seine Einfuhr stets übertroffen hat, dies nicht für seine Ausfuhr nach und Einfuhr aus England gilt. Und doch ist England der Hauptgläubiger Indiens. Wenn seine Ausfuhr nach Indien trotzdem seine Einfuhr von dort

1) Sten Konow, Über die Bedeutung Indiens für England, Hamburg 1919, 13, 14.

2) Knowles 393.

übertrifft, so erklärt sich dies entweder aus den fort-dauernden Neuanlagen britischer Millionen in Indien oder daraus, daß Indien seine Schulden an England im sogenannten dreieckigen Verkehr bezahlt.

Als seit 1873 der Silberpreis immer mehr sank, sind die indischen Waren nicht entsprechend im Preise gestiegen. Setzt man den Durchschnittspreis für Weizen in den Jahren 1870—74 als 100, so ist er für die Jahre 1875 bis 1879 als 89, für 1880—84 als 112, für 1885—89 als 100, für 1890—94 als 93 und für 1895—97 als 89 anzusetzen. Ähnlich steht es mit anderen wichtigen indischen Waren. Es mußten zur Verzinsung und Tilgung der auf Gold lautenden Anleihen daher in steigendem Maße mehr Rupien aus Indien ausgeführt werden, als dem Nominalbetrag der Schulden bei ihrer Kontrahierung entsprach. Das hat 1893 zur Einführung der Goldwährung in Indien geführt<sup>1)</sup>.

Die Ordnung des Staatshaushalts hat sich unter der direkten Herrschaft der Krone erheblich gebessert. Die unproduktiven Ausgaben haben infolge der Abnahme der Kriege, die an den Grenzen Indiens zu führen waren, allerdings abgenommen, dafür aber hat England die Kosten seiner Kriege in Abessinien und am Suezkanal, weil im Interesse seiner Herrschaft in Indien geführt, diesem aufgebürdet; auch haben die Kosten für ein Heer von 230 000 Mann 1909—10 die verhältnismäßig sehr hohe Summe von 20 Millionen £ gekostet. Doch was seit dem großen Aufstand an Schulden hinzugekommen ist, hat wesentlich in produktiven Anleihen, wie für den Ausbau des Eisenbahnnetzes und für die Bewässerungsanlagen bestanden. Und sind die gebauten Eisenbahnlinien auch zum Teil strategisch gewesen, so haben sie doch auch der Entwicklung der Produktion der von ihnen durchzogenen Gebiete gedient. Auch wird nach wie vor über die hohe Bezahlung und Lebenshaltung der Beamten geklagt. Die Haupteinnahme

---

1) Konow, Über die Bedeutung Indiens für England, 12.  
— Dodwell 98—102. — Knowles 391.

hat die Grundsteuer, die eine Grundrente ist, gebracht. Der nächst wichtige Einnahmeposten waren die Einnahmen aus dem Ausfuhrzoll auf Opium und die Salzsteuer. Der Ertrag des Opiumzolls ging infolge der Steigerung des Einfuhrzolls und der Zunahme des Anbaus von Opium in China, wovon wir noch hören werden, zurück. 1913 hat die Ausfuhr von Opium ganz aufgehört. Dagegen ist die Salzsteuer außerordentlich hoch; sie hat den Preis des Salzes von 1200 bis 2000 Proz. über dessen Kosten erhöht<sup>1)</sup>. Die Besteuerung des Alkohols, des Tabaks und Petroleums hat seit 1858 größere Einnahmen gebracht.

J. Ramsay Macdonald schreibt:

„Das Finanzamt hat berechnet, daß die Besteuerung 3 s 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> d pro Kopf der Bevölkerung betrage. Das scheint wenig, zumal wenn man erwägt, daß 1 s 8 d davon von der Grundsteuer kommt, die weniger eine Steuer als eine Grundrente ist. Man darf sich jedoch durch diese Ziffern nicht zu unberechtigtem Optimismus verleiten lassen, denn der Druck der Besteuerung richtet sich nicht nach ihrem Geldbetrag, sondern nach ihrem Verhältnis zum Einkommen. So beträgt die Steuerlast in England £ 3 pro Kopf; unser Einkommen £ 40 pro Kopf. Die Last des britischen Inders beträgt 3 s 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> d pro Kopf, oder nach Abzug der Grundsteuer 1 s 10<sup>2</sup>/<sub>3</sub> d pro Kopf, aber sein durchschnittliches Jahreseinkommen ist nicht größer als £ 2.“

Alles, was im Vorstehenden über Indien vorgeführt ist, zeigt enorme technische Fortschritte in Wirtschaft und Verwaltung. Dabei ist das Vorgeführte noch durch den Hinweis zu ergänzen, daß alles, was am Schlusse des vorigen Kapitels über sanitäre Verbesserungen in den britischen Kolonien und Protektoraten im tropischen Afrika gesagt worden ist, in gleichem Maße für Indien gilt. Hier hat Sir Ronald Ross seine große Entdeckung über die Ursache der Malaria gemacht. Kein Zweifel, daß nicht nur Hunderte von Europäern in Indien, sondern Tausende von Eingeborenen dadurch vor Siechtum bewahrt worden sind.

---

1) The Awakening of India, 142—43. .

Man sollte meinen, daß nach so großen Leistungen zur Besserung der Lage des indischen Volks diese auch wirklich besser geworden sei. Aber wir hören aus dem Munde maßgebender britischer Persönlichkeiten<sup>1)</sup> selbst nur von seiner zunehmenden Verarmung. Als Ursache wird bezeichnet der große Druck der Grundsteuer, die 30 bis 40 Proz. der Ernte betrage, und da sie nicht mehr wie früher in natura, sondern in Geld bezahlt werden müsse, den Bauern in die Arme des Wucherers treibe, die Höhe der Salzsteuer, die Forstgesetzgebung, die den Bauern der Weide für sein Vieh beraubt habe, der Freihandel, der den indischen Handwerker der Großindustrie Lancshires geopfert habe, der Fortschritt im Verkehrswesen, der viele einträgliche Nebengewerbe der Bauern beseitigt habe. Viele dieser Ursachen sind augenscheinliche Folgen schlechter Regierung; andere die Nachteile, welche allenthalben den Fortschritt der Rationalisierung begleiten. Als Ergebnis aller bleibt: der indische Bauer ist unterernährt, und als weitere Folge werden Cholera und Bubonenpest als unausrottbar in Indien bezeichnet.

Und nicht nur dies! Nahezu alle neuen englischen Werke über Indien sprechen von dem großen Mißerfolg edler Männer, welche an leitender Stelle die Geschicke Indiens beeinflußt haben, in ihren großherzigen Bemühungen, das indische Volk geistig und sittlich zu heben und die Inder zu britischen Patrioten zu machen. Ich habe von den vortrefflichen Absichten, die alle großen Generalgouverneure seit der Zeit der Herrschaft der Ostindischen Gesellschaft bei ihrer Unterrichtspolitik verfolgt haben, schon gesprochen. Sie haben in den von Lord William Bentinck und Thomas Macaulay getroffenen Maßnahmen

---

1) Siehe die Zusammenstellung von Aussprüchen in „British Rule in India condemned by the British themselves“. London 1915. Lord Curzon III, IV. Sir Walter Strickland XXIV und LXVII. C. J. O'Donnell XXXVII. W. S. Blunt XLI und LXXXI. Frederic Harrison XLII. Horace Hyndman XLVI, LII. Rev. I. T. Sunderland LIII, LXVIII usw.



kulminiert. Beide waren der Meinung, daß fortschreitende Bildung und zwar in englischer Sprache, einen Inder, wie Macaulay, sich ausgedrückt hat, hervorbringen würde „indisch in Blut und Farbe, aber englisch in Geschmack, Moral und Verstand“. Wenn die Inder dazu kämen, Selbstverwaltung zu verlangen, so sei dies für England der größte Triumph; denn es sei ein Zeichen, daß die englische Bildung Erfolg gehabt habe, und er dachte, daß sie Selbstverwaltung als englische Patrioten verlangen würden. Und in der Tat, die englische Bildung hat den Erfolg gehabt, in den Indern das Verlangen nach Selbstverwaltung zu wecken; aber eben, weil sie ihnen die Kenntnis der englischen Geschichte verschafft und sie zum politischen Denken der Engländer erzogen hat, hat sie sie nicht zu englischen, sondern zu indischen Patrioten erzogen und ist der Ursprung der nationalen Bewegung der Inder geworden, die ebenso bewundernswerte Märtyrer wie von fanatischem Haß gegen England erfüllte Agitatoren für indische Selbständigkeit erzeugt hat. Was ist die Ursache des Fehlschlagens der Erwartungen Bentincks und Macaulays?

Es gibt eine große Anzahl Bücher, die sich mit der Frage beschäftigen. Wir haben apologetische, die alle Schuld den Indern zuschieben<sup>1)</sup>. Wir haben solche, deren Verfasser mit den Indern sympathisieren und die von der britischen Bureaukratie (the Covenanted Civil Service) begangenen Fehler mit Nachdruck hervorheben<sup>2)</sup> und mit General Gordon eine Revolution erwarten, wenn nicht Abhilfe erfolgt, und dabei an einer Abhilfe verzweifeln<sup>3)</sup>. Wir haben solche, die von Führern der die Selbständigkeit Indiens verlangenden Bewegung geschrieben sind und die

---

1) Valentine Chirol, *Indian Unrest*, London 1910. Auch Knowles, *Economic Development etc.* neigt nach der Seite.

2) Die Zahl ist sehr groß. Man sehe die Auszüge in der von der indischen Nationalpartei veröffentlichten Broschüre „*British Rule in India, condemned by the British themselves*“, London 1915.

3) W. S. Blunt, *India under Ripon*, London 1909.

Revolution vorbereiten für den Fall, daß England Indien nicht gutwillig Selbständigkeit gewährt<sup>1)</sup>). So verschieden der politische Standpunkt der Verfasser ist, in der Betonung der Bedeutung der britischen Bildungsbestrebungen in Indien für die Entwicklung<sup>2)</sup>), die dieses genommen hat, stimmen alle überein.

Der erste Fehler war, daß die westliche Bildung statt durch Übersetzung der Bücher, die sie vermitteln sollten, in die Sprachen des Ostens in englischer Sprache vermittelt wurde. Damit wurde die Wirkung der Übermittlung naturgemäß beschränkt. 1923 haben von den 319 Millionen, die Britisch-Indien bewohnen, nur  $18\frac{1}{2}$  lesen und schreiben und von diesen nur 1 700 000 englisch sprechen können<sup>3)</sup>; und auch für diejenigen, die englisch verstanden, blieb ein Unterricht in einer anderen als in der Familie gesprochenen Sprache notwendig etwas Abstraktes, das nur selten das, was die eigene Erfahrung den Schüler lehrte, berührte. Daher das, was der Knabe in der Schule lernte, sein Leben nicht in dem Maße beeinflußte, als dies sonst hätte sein können.

Dabei gab der Unterricht nicht die moralische Erziehung, die der englische Unterricht gibt. Er war rein intellektuell und hatte die Mängel der englischen intellektuellen Erziehung ohne die Vorzüge von deren moralischem Drill.

Ferner wurden die Universitäten, die nach dem großen Aufstand gegründet wurden, nach dem Muster der Londoner Universität errichtet, d. h. sie waren keine lehrenden, sondern nach vorgeschriebenen Lehrbüchern exami-

---

1) M. K. Gandhi, *Indian Home Rule*, Madras 1921. — Derselbe, *Young India*, Madras 1924. Eine Übersicht über die nationale Bewegung gibt auf wenigen Seiten die Schrift von Bharat Das, *Überblick über die Geschichte der indischen Nationalbewegung*, Berlin 1918.

2) Ich folge in meiner Darstellung im Texte in der Hauptsache den objektiven Ausführungen von Dodwell a. a. O. Kapitel 8.

3) Knowles 265.

nierende Anstalten. Auch war der bei der Prüfung angelegte Maßstab nicht sehr hoch. Man fürchtete, wenn man mehr verlangte, eine Minderung der Zahl der Studenten. Auch hat man die Mittelschulen, die vor Zulassung zu den Universitäten besucht werden sollen, nicht ausreichend entwickelt. Die Folge war, daß der zum Universitätsstudium zugelassene Student weit weniger vorbereitet war als der englische. Die Lehrer waren nicht ersten Rangs; die Engländer, die Indien regierten, waren auserlesene Köpfe und entsprechend bezahlt, nicht so die Lehrer, die Indien unterrichteten. Indien sollte unterrichtet werden, aber mit geringstmöglichen Kosten. Die Studenten waren fast alle arm. Das Ergebnis war völliger Mißerfolg. Begreiflich, daß die Inder, die zu Bedeutung gelangten, der Meinung waren, daß sie ihren Erfolg ihren Talenten, nicht aber dem indischen Erziehungssystem der Engländer verdankten.

Unter diesen Verhältnissen kam die sogenannte „gebildete Klasse“ von Indern auf, die etwa der englischen Mittelklasse entspricht. Sie umfaßt Advokaten, Ärzte, Journalisten und Regierungsbeamte, dagegen in Indien nur wenige große Geschäftsleute. Die so zusammengesetzte gebildete Klasse hat ein weit größeres Gefühl der Zusammengehörigkeit als irgendeine andere Klasse in Indien. Ihr Angehörige sind von spezifisch indischem Bewußtsein getragen. In der englischen Sprache haben sie eine Sprache, in der sich die Angehörigen der verschiedensten indischen Gebiete verstehen. Ihre Erziehung und ihre Presse hat ihnen Gemeinsamkeit der Anschauungen gegeben. Vermöge ihres Berufs führen sie ein gleichartiges Leben. Sie sind von gleichen Interessen und Zielen beseelt, von Karachi bis Kalkutta und von Madras bis Lahore. Die Universitäten haben sie hervorgebracht.

Leider ist mit dem Anwachsen dieser Klasse nicht ein gleiches Anwachsen der Beschäftigungen für die ihr Angehörigen Hand in Hand gegangen. Die wirtschaftlichen Zustände Indiens sind nicht der Art, daß eine große Zahl Advokaten, Ärzte, Journalisten und Lehrer lohnende Arbeit finden. Sie waren darauf angewiesen, als Beamte angestellt

zu werden; aber auch deren Stellen waren nicht unbegrenzt. Anders wäre es gewesen, wenn sie um Stellen im Dienste der Industrie sich hätten bewerben können. Aber dazu wären technische Vorbildungsschulen nötig gewesen, und die gab es nicht. Der einzige Ausweg, um die Entstehung eines gebildeten Proletariats zu verhindern, wäre die Zulassung der Inder zu den höheren Stellen im Dienste der Regierung gewesen; aber der wurde nur zögernd beschritten.

Schon oben<sup>1)</sup> wurde erwähnt, daß Lord Cornwallis die höheren Posten in der Verwaltung mit Europäern besetzt hat. Das Gesetz, das der Ostindischen Gesellschaft 1793 ihren Freibrief erneuerte, verbot, daß, einige wenige Posten ausgenommen, jemandem, der nicht zu ihrer Bureaukratie (Covenanted Service) gehöre, ein Amt übertragen werde, das mehr als £ 800 im Jahr einbringe. Damit wurden den Eingeborenen die Stellen genommen, die sie unter dem Regiment einheimischer Fürsten inne gehabt hatten. Das Gesetz von 1833, das das Handelsmonopol der Ostindischen Gesellschaft beseitigte, war liberaler gewesen. Es enthielt schon die Bestimmung, daß niemand auf Grund von Rasse oder religiösen Bekenntnisses von einem Amte ausgeschlossen sein solle. Aber die Direktoren vereitelten ihre Anwendung. 1854 begann eine Wandlung, als bestimmt wurde, daß die Aufnahme in die Bureaukratie der Gesellschaft vom Ausfall von Prüfungen abhängen solle, und 1858 wiederholte die Proklamation der Königin, daß alle ihre Untertanen, gleichviel welcher Rasse und welchen Glaubens, frei und unparteiisch zu allen Ämtern zugelassen werden sollten, zu deren Bekleidung sie vermöge ihrer Vorbildung, Begabung und Rechtschaffenheit geeignet seien. Theoretisch war nun den Indern der Zugang zu den höchsten Stellen in der indischen Regierung eröffnet. Aber nur theoretisch. Die Staatsexamina sollten in London abgehalten werden und ihr Bestehen setzte europäische Bildung voraus. Das machte nötig, daß man sie in England erwarb, also längeren Aufenthalt in England, was

---

1) Oben S. 305, 306, 308.

größeren Aufwand erheischte und die Brahmanen ausschloß, welche bei Verlassen ihres Lands vom Verlust ihrer Kaste bedroht waren. Es war, wie der Vizekönig Lord Lytton an den Staatssekretär für Indien 1878 über das Gesetz von 1833 schrieb<sup>1)</sup>:

„Kaum war das Gesetz erlassen, da begann die Regierung Mittel ausfindig zu machen, um seine Durchführung gemäß den von ihm gesetzten Bedingungen praktisch unmöglich zu machen. . . Ich zögere nicht zu sagen, daß sowohl die englische wie die indische Regierung mir außerstande zu sein scheinen, auf die Anklage befriedigend zu antworten, daß sie alles in ihrer Macht getan haben, die Versprechen, die sie verkündeten, zu brechen.“

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Proklamation der Königin von 1858, die das gleiche Anrecht aller Rassen und Bekenntnisse an der Besetzung der Stellen ausgesprochen hatte, nicht zu der erwarteten Zufriedenheit der Inder geführt hat. Dies wurde um so weniger erreicht, als für die Besetzung der Stellen in steigendem Maße das Schlagwort *efficiency* (Tüchtigkeit), die auf Grund eines in London abgehaltenen Examens festgestellt wurde, aufkam. Das wurde zu einem Hindernis der vermehrten Anstellung von Indern; mit der Ausdehnung der Regierungstätigkeit wurden immer mehr Engländer angestellt, und der junge Inder sah mit steigendem Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, wie Stelle auf Stelle, die neu geschaffen wurde, mit einem Engländer besetzt wurde. In der Zeit zwischen 1867 und 1903 ist die Zahl der Europäer, die mehr als 1000 Rupien im Monat erhielten, von 638 auf 1278 angewachsen.

Abgesehen hiervon ist die Anstellung indischer Beamten auf Grund des Ausfalls eines Examens einer nicht unberechtigten Kritik unterworfen. Angemessen für europäische Verhältnisse, in denen der Beamte weniger selbst zu entscheiden, als die von einem Minister erhaltenen Weisungen auszuführen hat, paßt sie nicht für ein Reich wie Indien, in dem eine über ein Riesengebiet zerstreute

---

1) British Rule in India condemned by the British themselves p. 13 Ziffer II.



Beamtenschaft notwendig oft nach eigenem Ermessen entscheiden muß, und es daher weniger auf Wissen und Dialektik ankommt als auf gesunden Menschenverstand.

Doch die vorgeführten Fehler der Regierungspolitik sind nicht das einzige, worüber der gebildete Inder sich zu beklagen hat. Viel schlimmer ist das Verhalten der zu Beamten in Indien gemachten Engländer gegenüber der indischen Bevölkerung einschließlich der gebildeten Inder und der aus ihrem Kreise ernannten Beamten.

Es wäre die größte Ungerechtigkeit nicht anzuerkennen, daß die an der Spitze von Indiens Regierung stehenden Männer stets von den wohlwollendsten Absichten gegen das indische Volk beseelt gewesen sind. Das gilt für die Staatssekretäre für Indien in London wie für die Vizekönige in Kalkutta. Ihre Herrschaft war Despotismus, aber jeder Despot kannte kein anderes Ziel, als durch eine den Bedürfnissen der Inder gerecht werdende Regierung das Volk wirtschaftlich, geistig und moralisch zu heben, und sich dadurch ewigen Ruhm zu erwerben. Indes habe ich schon, als ich von der Beamtenreform des Lord Cornwallis sprach, bemerkt, daß wir den Geist des Widerstands der Beamtenschaft gegen jede sie selbst berührende Reform auch noch später kennen lernen würden. Die arrogante Selbstsucht, welche die vertragsmäßig angestellte Beamtenschaft, the Covenanted Civil Service, der Ostindischen Gesellschaft beseelte, und sie zu einer auf alle Einheimischen hochmütig herabsehende Kaste gemacht hat, ist auf die Beamtenschaft der Krone übergegangen. Wie der alte Covenanted Civil Service die Reformen Clives und Warren Hastings' zum Scheitern gebracht hat, so hat die anglo-indische Bürokratie, sein Nachfolger, alle großherzigen Absichten jener wohlwollenden Despoten, von denen zur Zeit der Proklamation der Königin angefangen bis zu denen vor Ausbruch des Weltkriegs, zum Scheitern gebracht. Wer länger in England geweilt hat, wird sich selbst erwärmt haben an der warmherzigen Sympathie, mit der ein außerordentlich großer Teil der englischen Gesellschaft alle Bewegungen zur Hebung nicht nur des eigenen Volks, sondern der Be-

wohner aller Weltteile verfolgt und zu fördern sucht. Unter denen, die nach Indien gehen, gibt es zahlreiche, die dort nicht bloß gute Bezahlung für ihre Dienste suchen, sondern gleichzeitig von den besten Absichten für die Inder beseelt sind. Aber angekommen, muß der junge Beamte alsbald erfahren, daß er sich unmöglich macht, wenn er nicht mit den Wölfen heult. Nicht Staatssekretär und Vizekönig sind Persönlichkeiten, nach denen er sich richten muß, sondern der oberste Distriktsbeamte — es ist der Collector, der Steuerbeamte — und die Servilität gegenüber dem, was dieser auch im Umgang mit gebildeten Indern für angemessen hält, übertrifft alles, was ich in Europa erlebt habe. Ein gesellschaftlicher Verkehr zwischen anglo-indischen Beamten mit gebildeten Indern ist ausgeschlossen. Man läßt letztere in die englischen Klubs nicht zu, und wo Klubs ins Leben gerufen werden, die Inder und Engländer umfassen, um dies zu brechen, findet kein Verkehr zwischen beiden statt. Blunt erzählt<sup>1)</sup>, wie die Inder, die von seinen Bemühungen für sie wußten, auf dem Bahnhof in Patna vor seinem Waggon still sich versammelten, worauf ein in demselben Waggon befindlicher Regimentsarzt den in stummem Dank Verharrenden sich zu entfernen befahl, und als sie dem nicht Folge leisteten, aus dem Wagen sprang, um sie mit seinem Stock zu vertreiben, und wie der Regierungsanwalt am Gericht in Bombay, als Blunt ihm von dem Erlebnis erzählte, erwiderte, wie er oft in gleicher Weise beleidigt worden sei, und einmal über Hals und Kopf den Eisenbahnwagen habe verlassen müssen<sup>2)</sup>. An anderer Stelle berichtet<sup>3)</sup> Blunt von einem Collector in Bengalen, der von den Eingeborenen, die an seinem Hause vorbeigingen, verlangte, daß sie, um ihn zu ehren, die Schuhe auszögen und ihre Schirme falteten. Als das Schlimmste wird das Verhalten der anglo-indischen Damen bezeichnet<sup>4)</sup>.

1) W. S. Blunt, *India under Ripon*, 141.

2) Ebenda 174.

3) Ebenda 44, siehe auch 73.

4) Eine ungemein anschauliche Schilderung des Verhältnisses der angloindischen Gesellschaft zu den gebildeten Indern

Als Lord Lytton sein Amt niederlegte, ist Lord Ripon sein Nachfolger geworden. Er hat als junger Mann, als Lord Goderich, zu den christlichen Sozialisten, die sich um F. D. Maurice als Führer scharten, gehört, und ist später katholisch geworden. Er kam mit den wohlwollendsten Absichten für die Inder nach Indien, stieß aber bei Durchführung derselben auf den zähesten Widerstand der Bureaukratie. Der Fall der Ilbert Bill ist der, welcher die größte Aufregung verursachte. In den achtziger Jahren hatten Inder, welche auf Grund bestandenen Examens Richter geworden und durch Tüchtigkeit und Bildung ausgezeichnet waren, die Stellung von Schwurgerichtspräsidenten erlangt. Gemäß dem Gesetz waren sie aber davon ausgeschlossen, über Europäer zu Gericht zu sitzen, über die ihre in Europa geborenen Kollegen Recht sprechen konnten. Das war im Widerspruch mit der Proklamation der Königin von 1858, die alle britischen Untertanen in Indien, gleichviel welcher Rasse und welchen Glaubens, einander gleichgestellt hatte. Da hat Courtenay Perigrine Ilbert ein Gesetz vorgeschlagen, gemäß dem die gedachten indischen Richter auch über britische Untertanen europäischer Geburt Kriminalgerichtsbarkeit erhalten sollten. Bis dahin war es die anerkannte Regel gewesen, daß, außer in den Präsidentschaftsstaaten ein Europäer nur der Untersuchung und dem Urteil eines europäischen Beamten und Richters unterstellt werden konnte. Sofort erhob sich wütendes Geschrei der Europäer in Indien gegen die Bill. Jede Klasse nahm daran teil. Die Kaufleute in Kalkutta, die persönlich nicht interessiert waren, wie die Pflanzler in Behar, die es waren. Die Feste, die Ripon gab, wurden wie seiner Zeit die Feste Clives boykottiert. Er selbst wurde insultiert, wie Clive nicht insultiert worden ist. Die Erbitterung stieg auf beiden Seiten so hoch, daß der Entwurf nur auf Grund eines Kompromisses Gesetz wurde, vermöge dessen Europäer vor eingeborenen Richtern, welche die

---

und seine Rückwirkung auf die politische Stimmung der letzteren gibt der Roman von E. M. Foster, *A Passage to India*, London 1924.

Stellung eines Schwurgerichtspräsidenten hatten, belangt werden konnten, der aber dem Angeklagten dabei das Recht gab, zu verlangen, daß die Geschworenenbank zur Hälfte aus geborenen Europäern oder Amerikanern zusammengesetzt sei.

Die Inder waren laut in ihrer Lobpreisung Ripons als eines ehrlichen Manns, der es gut mit ihnen meine. Aber sie klagten, daß er für sie nichts habe tun können, da die Bürokraten dies unmöglich gemacht hätten<sup>1)</sup>). Nichtsdestoweniger hat er bei ihnen einen Enthusiasmus wie keiner seiner Vorgänger oder Nachfolger erregt. Als er im Dezember 1884 sein Amt niederlegte, war seine Reise von Simla nach Bombay ein Triumphzug, wie ihn Indien niemals erlebt hat, eine endlose Prozession, in der sieben Millionen ihrem Freunde Hosianna sangen<sup>2)</sup>).

Dieser Triumphzug ist ein sprechender Beweis, daß die Erbitterung über das Versagen der Gleichberechtigung der Inder in ihrem eigenen Lande seitens der eingedrungenen anglo-indischen Gesellschaft nicht auf die Kreise beschränkt blieb, die in den indischen Staatsdienst treten wollten. Wie alle von den Grenzen Afghanistans und Tibets bis zum Kap Comorin und den Mündungen des Iravaddi der gleichen Mißachtung ausgesetzt waren, so hat das gleiche Geschick und das Gefühl gemeinsamer Untertänigkeit alle Inder zu einer Einheit gemacht trotz Hinduismus und Islam.

Das ist eine relativ neue Erscheinung, die Wirkung eben der entsprechend den Wünschen der genannten hochherzigen Engländer verbreiteten europäischen Bildung. Noch um die Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts war dies anders. Damals waren gerade die englisch gebildeten Inder, wie Chirol sich ausdrückt<sup>3)</sup> plus royalistes que le roi. Man begeisterte sich an der Geschichte Englands

---

1) Blunt, India under Ripon, 55.

2) P. E. Roberts in The Cambridge Modern History XII, 477. — V. A. Smith, The Oxford Students History of India, 345.

3) Chirol a. a. O. 24.

und ihrer Freiheitshelden, an Hampden, Oliver Cromwell, Washington, an der Geschichte der französischen Revolution, studierte Bentham, die beiden Mill, Herbert Spencer, Mazzini und schwärmte für Garibaldi. Aber die Freiheitsbewegung war noch rein idealistisch und ohne besondere Beziehung auf Indien. Das Verhältnis zwischen Regierung und Regierten war noch nicht sehr gespannt. Vielmehr kam der Regierung der Schutz, den sie da und dort gegen Tyrannei degenerierter einheimischer Fürsten gewährte, zugute.

Den ersten Anstoß zu einem Umschwung gab die Wiedergeburt der indischen Religion<sup>1)</sup>. Nicht als ob diese religiöse Bewegung ein politisches Ziel verfolgt hätte. Aber sie gab indirekt den Anstoß zur Entstehung eines indischen Nationalismus. Sie hat der nationalen Bewegung die ersten Führer gegeben, Männer von westlicher Bildung, aber eben deshalb von beschränkter Wirkung auf die Masse. Wirksamer war eine zweite, rein nationale, die auf die Religion der Vedas zurückging. Sie wirkte dem in den Regierungs- und den christlichen Schulen gegebenen Unterricht bewußt entgegen. Sie predigte das Evangelium arischer Kultur als die Hoffnung Indiens und ein radikal indisches Ideal: leidenschaftliche Liebe für das indische Mutterland, rastlose, selbstlose Hingabe an die nationale Sache im Unterricht, im Dienst für das Ganze, in der Politik, in der wirtschaftlichen Wiedergeburt. Die Wiedererneuerung der Hindureligion war wesentlich konservativ, aber der religiöse Konservatismus bedeutete nicht konservative Politik. Einige der revolutionärsten Inder sind in religiösen Dingen starre Konservative gewesen. Doch die Regierung schöpfte Verdacht und verhaftete im Pandschab Redakteure und populäre Führer. Als in Rawalpindi ein Aufstand ausbrach, weigerten sich die indischen Soldaten

---

1) Siehe für die folgende Darstellung im Texte Pan Indian Nationalism, its Origin, History and Ideals by K. M. Panikar of Madras and an Englishman, 1920. — Ferner die schon zitierte Schrift von Bharat Das, Sonderabdruck aus „Der neue Orient“, III. Berlin 1918.



auf das Volk zu schießen, worauf die bewaffnete Polizei den Aufstand unterdrückte. Das rief im ganzen Pandschab eine allgemeine Empörung hervor. Populäre Führer wurden darauf ohne weitere Gründe verhaftet. Doch konnte trotz Gefängnis und Hinrichtungen die nationale Bewegung nicht unterdrückt werden.

Unter den führenden Männern dieser zweiten Periode wird als einflußreicher Schriftsteller Raj Narain Bose genannt. Er suchte die Liebe zum Vaterland in den Massen zu fördern, schrieb über die Superiorität des Hinduismus und erklärte das Indien der Vergangenheit. Außerdem gründete er eine Geheimgesellschaft, plante den später ins Leben getretenen indischen Nationalkongreß. Ihm folgten glänzende Schriftsteller in Bengalen. In dem französischen Tschandernagur bei Kalkutta erschien eine Zeitung, welche die anglo-indische Regierung kritisierte. Sportvereine wurden als Deckmantel der Geheimbünde an verschiedenen Orten gegründet.

Aus dem unter diesen Einflüssen entstandenen Nationalismus ging eine Schule gemäßigter Politiker hervor. Einige von ihnen waren in England erzogen und hatten dort gesehen, was es heißt, eine freie Nation sein. Nach ihrer Rückkehr begannen sie mit einer geheimen revolutionären Propaganda. Unter Ripons Nachfolger Lord Dufferin, 1885, trat der erste indische Nationalkongreß zusammen, der politische Konzessionen von der Regierung erstrebte. Er umfaßte alle Kasten und Bekenntnisse und war insofern die Stimme ganz Indiens. Aber seine Politik hat die Engländer, deren Ideal Indiens Unabhängigkeit war, nicht befriedigt. Er versuchte Indien durch konstitutionelle Agitationen zu retten; aber was sollte dies in einem Lande, dessen Konstitution der Despotismus einer Fremdherrschaft war. Das Volk hielt sich abseits.

Da hat der Kongreß der Religionen in Chicago von 1893, auf dem der Hinduismus vertreten war, auf Indien zurückgewirkt. Es wurde eine Hindumission für das Ausland organisiert, was das Selbstvertrauen im Volke wieder erweckte. Zur selben Zeit verkündeten Theosophen, wie

Frau Blavatsky, der Oberst Olcott und Frau Besant, daß die Inder es nicht nötig hätten, die Mittel zu ihrer Wiedergeburt aus dem Ausland zu holen. Das diene zur Wiedererweckung des Rassenbewußtseins der Inder. Um 1900 hat der japanische Professor Okakura Indien besucht und die Gründung einer panasiatischen Föderation gepredigt. Darauf entstand in Kalkutta ein Geheimbund für revolutionäre Propaganda. Ihr dienten die Niederlagen der Engländer im Kampfe gegen die Buren; sie zerstörten ihr Prestige als der unbesiegbaren Macht und zeigten sie nicht als Kämpfer für, sondern gegen die Freiheit. 1901 wurde die Partei New India gegründet; sie wurde die mächtigste und von der Regierung gefürchtetste Partei des Lands. Ihr Schöpfer und Führer war der Tschitpavan Brahmane Bal Gangadhar Tilak aus Puna, der spätere Herausgeber des „Kesari“, des Hauptorgans der Nationalisten von Marāthā bis zur Unterdrückung der Zeitung 1908. Tilak erkannte, daß ein Erfolg des Nationalismus nur in Verbindung mit der Hinduorthodoxie zu erhoffen sei, und gründete die Anti-Cow-Killing Society, die Gesellschaft gegen Tötung der Kühe. Aber noch mehr als durch die Wiedererweckung des nationalen Geistes der Marāthās wurden Tilaks Bestrebungen durch die Taktlosigkeit, Engherzigkeit und reaktionäre Politik in Bildungsfragen und das herausfordernde Auftreten des Vizekönigs Lord Curzon und seine Trennung Bengalens in zwei Provinzen im Jahre 1906 unterstützt. Die Führer begannen sofort, den Boykott englischer Waren zu predigen. Die Nationalisten nahmen den Ruf auf. Rabindranath Tagore schlug in seinem Swadeschi Samadsch (nationale Gesellschaft) vor, die Methoden der armenischen Revolutionäre beim Boykott britischer Waren nachzuahmen. Eine große Begeisterung beherrschte die Menge, und eine neue Literatur ging daraus hervor. Man begann von Swaradsch (Selbstregierung) und Svatantra (Unabhängigkeit) zu reden. Die neue Literatur schilderte die Schönheiten des freien Lebens und des freien Landes. Der Grundton des neuen Geistes war Selbstbehauptung. Der Sieg Japans über Rußland 1904/05 diene zur Festi-

gung dieser Strömung; er wurde als der Sieg Asiens über Europa gefeiert. War der Nationale Kongreß von 1903 noch in gemäßigtem Tone gehalten, so wurde „Vande Mātaram“ der Schlachtruf<sup>1)</sup> des Kongresses von 1905. Die Grundnote des Patriotismus war Rassenstolz, Stolz auf das Mutterland, Stolz auf seine Geschichte und seine Kultur. Tagore sang:

„Gesegnet sei meine Geburt, da ich in diesem Lande geboren bin,  
Gesegnet sei mein Leben, da ich dich geliebt habe.  
Ich weiß nicht, wo anders Blumen blühen, die die Seele mit  
solchen Düften berauschen,  
Ich kenne keinen Himmel, wo der Mond mit so süßem Lächeln  
aufgeht,  
Meine Augen wurden erst durch dein Licht geöffnet, und sie  
werden sich schließen zuletzt bei diesem selben Licht.“

Tilak wurde enthusiastisch als Mitglied des Kongresses von 1905 begrüßt; die Regierung und die Gemäßigten begannen bestürzt zu werden. Es wurde immer klarer, daß der Kongreß in die Hände der neuen Partei übergehen würde, oder alle Extremen ausgeschlossen werden müßten. Doch bereits im folgenden Jahre erfolgte der Bruch; während der nächsten acht Jahre war der Nationalismus in zwei Lager gespalten. Die britische Regierung benützte den Bruch, und der Staatssekretär für Indien im ersten Ministerium Asquith, Lord Morley, sammelte die Gemäßigten unter dem Banner des Konstitutionalismus. Beide, die Extremen unter Tilak und die Gemäßigten unter Naorodschi, einem Parsen, wünschten „Swaradsch“ (Selbstregierung); aber die Gemäßigten verlangten nicht „Selbstregierung sofort“, wie die Extremen.

Sobald Morleys Reformen Erfolg hatten, ist die indische Regierung gegen alle, welche sich ihr nicht angeschlossen hatten, vorgegangen. Die Führer wurden gefangen genommen oder des Landes verwiesen, und ihre Zeitungen verboten. Tagore antwortete:

---

1) Vande Mātaram heißt soviel wie „Ich grüße die Mutter“ oder „Heil Mutter“.

„Je enger sie unsere Fesseln anziehen,  
 Desto schneller werden wir sie zersprengen,  
 Je mehr ihre Augen vor Zorn erglühen,  
 Desto mehr werden wir unsere offen halten.  
 Jetzt ist es Zeit an die Arbeit zu gehen  
 Und nicht süßen Träumen nachzuhängen.  
 Und je mehr sie brüllen,  
 Um so schneller wird unsere Schläfrigkeit vergehen.“

Das aber waren die Wünsche des Dichters, denen die Wirklichkeit nicht entsprach. Die neue Partei wurde zum Schweigen gebracht, zerstreut und gebrochen, und nur aus der Verbannung, aus Paris oder San Francisco, drang ihr Schrei nach Indien. Da hat die Rede<sup>1)</sup>, die Dhingra, der Mörder zweier Engländer vor seiner Hinrichtung in Pentonville am 17. August 1909 hielt, tiefen Eindruck gemacht.

„Ich gebe zu, daß ich jüngst versucht habe, englisches Blut zu vergießen als bescheidene Rache für das unmenschliche Hängen und Deportieren patriotischer indischer Jünglinge. Bei diesem Versuche habe ich nichts zu Rat gezogen als mein Gewissen. Ich habe mich mit niemanden verschworen als mit meiner eigenen Pflicht.

„Ich bin der Meinung, daß eine durch fremde Bajonette niedergehaltene Nation sich in einem dauernden Kriegszustand befindet, da offener Krieg einer entwaffneten Rasse unmöglich ist. Ich habe, indem ich überraschte, angegriffen; da Kanonen mir versagt sind, habe ich meine Pistole hervorgezogen und gefeuert.

„Als Hindu fühlte ich, daß ein meinem Lande zugefügtes Unrecht eine Beleidigung Gottes ist. Seine Sache ist die Sache von Schri Ram, sein Dienst der Dienst von Schri Krischna. Arm an Gut und Verstand, hat ein Sohn wie ich seiner Mutter nichts

---

1) The Daily News hat die Rede am 18. August veröffentlicht. Winston Churchill sagte darüber zu Blunt, es sei über Dhingra in der Kabinettsitzung des Ministeriums viel diskutiert worden. Lloyd George habe ihm gegenüber die höchste Bewunderung für Dhingras Haltung als Patriot ausgesprochen, womit er ganz übereinstimme. Man werde sich seiner noch nach 2000 Jahren erinnern, wie wir uns des Regulus, Caractacus und der Helden Plutarchs erinnern, und Churchill habe mit Bewunderung Dhingras letzte Worte als zum ersten Male im Namen des Patriotismus ausgesprochen angeführt. Nichtsdestoweniger sei er dafür gewesen, dem Gesetz seinen Lauf zu lassen.

anderes zu geben als sein eigenes Blut, und so habe ich dieses auf ihrem Altar geopfert.

„Das Einzige, was ich im gegenwärtigen Indien gelernt habe, ist, wie man stirbt, und das einzige Mittel es zu lehren, daß man selbst stirbt. Deshalb sterbe ich und bin stolz auf mein Martyrium.

„Der Krieg wird fort dauern, solange die Rassen der Hindus und Engländer existieren, wenn das jetzige unnatürliche Verhältnis nicht aufhört.

„Meine einzige Bitte zu Gott ist, daß ich von derselben Mutter wiedergeboren werde, und möge ich in derselben heiligen Sache wieder sterben, bis diese erfolgreich ist, und sie frei ist zum Besten der Menschheit und der Ehre Gottes. — Vande Mātaram.“ (Mutter Heil!)

Im Jahre 1910, schreibt Das<sup>1)</sup>, wurde zum erstenmal in Indien eine Bombe geworfen, und zwar auf einen englischen Richter, die ihr Ziel jedoch verfehlte. Im Zusammenhang damit entdeckte die Polizei in der Nähe von Kalkutta eine Bombenfabrik. Eine große Anzahl Personen wurde verhaftet. Groß war die Sensation, als die Polizei entdeckte, daß eine organisierte Partei in Bengalen existierte, die sich das Ziel gesteckt hatte, das englische Joch abzuwerfen. Die Gerichtsverhandlungen führten dazu, daß einige gehängt, andere zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt wurden. Von jener Zeit an wuchert die Revolution nicht nur üppig in Bengalen, sondern hat sich über ganz Indien ausgebreitet. Sie hat sogar zum Zusammengehen von Mohammedanern und Hindus geführt. Damit hatte Englands „divide et impera“ ein Ende. Die Rassenunterschiede waren verwischt, und auch der Klassenunterschied zwischen Bürgerlichen und Adel verlor an Bedeutung.

Als der Weltkrieg ausbrach, hat England an Indien große Anforderungen gestellt. Ich werde noch darauf zurückkommen, was ihm dafür in Aussicht gestellt worden ist. Doch muß ich zuvor noch von den Ausstrahlungen des anglo-indischen Handels nach Ostasien sprechen.

---

1) Das a. a. O. 11.



### 73. Kapitel.

#### Der britische Handel mit Ostasien.

Ich habe noch vom britischen Handel mit China und Japan und von den malayischen britischen Kolonien zu berichten. China und Japan waren, als die Engländer mit ihnen in Handelsbeziehungen traten, große Feudalreiche, die jeden Verkehr mit Fremden ablehnten. Sie haben sich von einander durch Eines wesentlich unterschieden. China hat nicht nur den Fremden, sondern auch allen Neuerungen in Technik und Verkehr, die sie brachten, feindlich gegenüber gestanden und ist an der Ablehnung jeglichen Fortschritts zugrunde gegangen; Japan hat sich die Fortschritte der Fremden angeeignet und sich dadurch nicht nur vor fremder Herrschaft bewahrt, sondern es fertig gebracht, den Fremden ebenbürtig, sogar siegreich gegenüberzutreten und Einfluß auf die europäischen Geschicke zu gewinnen.

Zur Zeit, da der indo-britische Handel mit China begann, erstreckte sich dessen Oberherrschaft im Norden auf das Amurgebiet und Korea, im Nordwesten auf das durch eine Wüste getrennte Kaschgaria; das Tibet des Dalailama stand unter chinesischem Schutz, und im Südwesten begrenzten Birma und Siam, im Osten das Meer das chinesische Reich. Es liegt in der Natur der Dinge, daß ein Reich von dieser Ausdehnung bei den damaligen unvollkommenen Verkehrsmitteln nur durch Vizekönige regiert werden konnte, die in den ihnen zugeteilten Provinzen nahezu selbständig walteten. Sie alle waren von der gleichen Feindseligkeit gegen Fremde und Fremdes erfüllt, und diese Feindselig-

keit übertraf alles, was man an Haß und Überhebung der Eingeborenen der verschiedenen Länder gegeneinander zu erleben gewohnt ist. Kein Gedanke, der den Ostasiaten ferner lag, als der der Gleichheit aller Nationen. Der chinesische Kaiser war der Sohn des Himmels. Alle Länder der Welt galten als ihm untertan. Diese Ansprüche wurden aufrecht erhalten, auch wenn die tatsächliche Macht des Kaisers über seine Vizekönige nicht mehr größer war als im 18. Jahrhundert die der Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation über ihre zu Landesherrn herangewachsenen früheren Vasallen, obwohl sie sich noch Könige von Jerusalem und Beherrscher des Weltmeers nannten. Es hing in China wie in Deutschland vom guten Willen der Beherrscher der Reichsteile ab, wie weit der Wille des Kaisers zur Ausführung kam.

Die britische Ostindische Gesellschaft hat schon seit dem 17. Jahrhundert mit China Handel getrieben<sup>1)</sup>. Aber Spanier, Portugiesen und Holländer waren ihr vorausgegangen, sowie die Propaganda der römischen Kirche und anderer Missionen. Von diesen frühen europäischen Beziehungen ist das portugiesische Macao ein Überbleibsel<sup>2)</sup>. Es war ein ausgezeichnet gelegener Ausgangspunkt sowohl für den Handelsbetrieb wie für religiöse Propaganda. Außerhalb des Flusses von Kanton, des Perlflusses, doch innerhalb seiner weiten Mündung gelegen und vom Meere zugänglich, ist die Niederlassung durch einen Zweig des Flusses mit der Stadt Kanton, das der Haupthandelsplatz Chinas war, verbunden. Dabei besitzt es zwei geschützte Häfen, die den Ansprüchen mittelalterlicher Schifffahrt genügten. Auch empfahl es sich den Europäern durch ein ausgezeichnetes Klima und landschaftliche Schönheit, während es vom Standpunkt der Chinesen ein idealer Platz für Unterbringung der Fremden war. Hier

---

1) Siehe darüber James Bromley Eames, *The English in China*. London 1909.

2) Siehe für die Schilderung von Macao Alexander Michie, *The Englishman in China during the Victorian Era*. London 1900. I, 288 ff.

lebten sie wie die Besatzung eines Schiffes in Quarantäne. Man hatte sie in der Hand, da sie für den Bezug von Lebensmitteln auf die Chinesen angewiesen waren; daher die Chinesen alles taten, um die fremden Händler in Macao zu konzentrieren. Die portugiesischen Ansiedler zahlten der chinesischen Regierung eine Jahresrente von 150 £, wofür sie sich tatsächlicher Unabhängigkeit erfreuten.

Da kamen Konkurrenten, die am Handel mit Ostasien teilnehmen wollten, und Macao wurde der Sammelplatz aller Nationen, die mit Kanton Geschäfte machen wollten, darunter vor allem die holländische und die englische Ostindische Gesellschaft. Beide hatten in Macao ungefähr zweihundert Jahre lang Niederlassungen. Aber die englischen Kaufleute waren damit nicht zufrieden; sie wollten direkt mit Kanton Handel treiben. Als die Chinesen dies nicht zulassen wollten, erzwang 1655 der Kapitän Weddell den Eingang zum Perlflusse, worauf er vom Vizekönig freundlich empfangen wurde und zum Schmerze der Kaufleute von Macao für die englischen Kaufleute das Recht der Teilnahme am Handel in Kanton erhielt.

Die Portugiesen haben sich für den Verlust ihres direkten Handels mit dem Ertrag der Steuern getröstet, die sie vom Handel mit China, gleichviel von wem betrieben, zu erheben in die Lage kamen. Überreste prachtvoller Häuser und Verandas zeugen von der Annehmlichkeit des Lebens der Agenten der Ostindischen Gesellschaft und der Kaufleute in jenen Tagen; in der Geschäftssaison, die in die kühle Jahreszeit fiel, begaben sie sich in ihre Faktoreien in Kanton. Nach Ende derselben wurden sie von den chinesischen Behörden aus Kanton vertrieben und entflohen gern zu üppigem Leben in Macao. Als die Goldentdeckungen in Kalifornien und Australien kamen, ist Macao der Sitz eines Kulihandels dorthin geworden, dessen Scheußlichkeit hinter der des Sklavenhandels im 18. Jahrhundert nicht zurücksteht.

Die weltlichen und geistlichen Vorgänger der Engländer in China haben diesen die Anknüpfung von Handels-

beziehungen nicht erleichtert<sup>1)</sup>. Um in China Fuß zu fassen, hatten sie sich dem alles Maß übersteigenden Hochmut und Nationaldünkel der Bewohner des himmlischen Reichs unterworfen, und den Engländern blieb nichts übrig, als in ihre Fußstapfen zu treten<sup>2)</sup>. Dementsprechend die Behandlung, die sich die Agenten der Ostindischen Gesellschaft, als diese noch das Monopol des Handels mit China hatte, gefallen lassen mußten. Aber die Gesellschaft sagte: „Vor allem das Geschäft“ und nötigte ihre Agenten, die ärgsten Demütigungen über sich ergehen zu lassen, wenn nur unter dieser Bedingung Gewinn zu erzielen war. Der einzige Hafen, mit dem sie Handel treiben durften, war der ihnen durch den Kapitän Weddell 1655 eröffnete Hafen von Kanton. Mit der Unterwerfung der Europäer unter die Anmaßungen der Chinesen nahmen diese zu.

An dieser unwürdigen Behandlung der englischen Kaufleute änderte sich nichts, als das Monopol der Ostindischen Gesellschaft aufhörte; die Dinge wurden vielmehr noch schlimmer, als die Vertreter Großbritanniens Vertreter der Krone statt der Gesellschaft wurden. Der Vizekönig von Kanton lehnte nicht nur jeden Verkehr mit dem britischen Gesandten ab, sondern nahm ihn gefangen, so daß eine Intervention der britischen Flotte nötig war, um ihn zu befreien. Als aber der Vertreter Englands von seiner Regierung ein kräftiges Auftreten im Interesse des britischen Handels verlangte, wurde dies vom Herzog von Wellington am 2. Februar 1835 mit den Worten abgelehnt, daß „Seine Majestät einen Handelsverkehr seiner Untertanen mit China zu fördern suche, aber durch versöhnliche Maßnahmen, wie die ihm erteilten Instruktionen besagten“. Die folgenden Berichte melden nur von steigenden Demütigungen. In dieser Geistesverfassung sind die Chinesen während des ganzen 19. Jahrhunderts geblieben. Noch 1870 betrachteten

1) Michie, a. a. O. I, 31 ff.

2) Karl Friedrich Neumann, Ostasiatische Geschichte vom ersten chinesischen Krieg bis zu den Verträgen in Peking (1840—1860). Leipzig 1861. S. 5 ff.

selbst gebildete Chinesen alle Fremden als Barbaren, Teufel und Viecher<sup>1)</sup>, und noch 1891 mußte der Zarewitsch darauf verzichten, Peking zu besuchen, weil der chinesische Kaiser sich weigerte, ihn als den Vertreter eines gleichberechtigten Souveräns zu empfangen.

Der Hauptartikel der Einfuhr aus Indien nach China war Opium. Sein großer Erzeuger war die Ostindische Gesellschaft. Die Opiumeinfuhr aber war von der chinesischen Regierung verboten<sup>2)</sup>. Da hat die Gesellschaft, die alles tat, um den Anbau von Opium in Indien zu fördern und es dem chinesischen Geschmack anzupassen, abgelehnt, auch nur eine einzige Opiumkiste in ihren eigenen Schiffen nach China zu senden, um den chinesischen Behörden bestreiten zu können, daß sie sich an unerlaubtem Handel beteilige. Die Einfuhr war privaten Unternehmern überlassen. Die Gesellschaft hat damit deren Handel mit China den Weg eröffnet; es ist aber für ihr Vorgehen bezeichnend, daß in Kanton und Macao, solange ihr Handelsmonopol mit China dauerte, niemand so eifrig wie ihre Beamten in der Denunziation des Opiumhandels gewesen ist. Indes die chinesischen Beamten waren bestechlich. Sowohl der Vizekönig von Kanton als auch der Hoppo (so hieß das Haupt der Zollbehörde) erpreßten von den einführenden Kaufleuten ungeheueren Gewinn.

Der britische Handel mit China hat, als 1833 das Monopol der Ostindischen Gesellschaft im Handel mit China aufhörte, einen großen Aufschwung genommen. Da hat die enorme Geldausfuhr aus China, die die Opiumeinfuhr dahin zur Folge hatte, zu einer strengeren Handhabung ihres Verbotes geführt. Die Chinesen hatten nur wenig Waren, die im Ausland begehrt wurden. Die Folge war ein Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, der in bar beglichen werden mußte. 1838 betrug Chinas passive Handelsbilanz mehr als 2 Millionen £. Es wurden nicht

---

1) Michie I, 36—41.

2) Siehe darüber Neumann a. a. O. S. 8 ff. — Michie I, 42 ff.



bloß Gold und Silber, sondern ganze Schiffsladungen von Kupfermünzen zu ihrer Begleichung ausgeführt. Das hat 1838 in Peking die Erwägung veranlaßt, ob man die Opiumeinfuhr nicht legalisieren und besteuern solle. Doch als der Sohn des Kaisers infolge von Opiumgenuß umgekommen war, hat dies den Kaiser für Unterdrückung der Opiumeinfuhr gewonnen, und am 10. März 1839 traf der Kommissär Lin in Kanton ein und verlangte die Auslieferung alles Opiums im Besitze der britischen Kaufleute<sup>1)</sup>. Es waren 20 000 Kisten im Werte von mehr als 2 Millionen £. Dies war der Anfang einer Reihe feindseliger Handlungen der Chinesen, die zum Kriege zwischen England und China führten. Er hat 1840 begonnen und 1842 mit einer Niederlage der Chinesen geendet. Hongkong wurde den Engländern abgetreten, und 6 Millionen Dollar sollten von den Chinesen bezahlt werden; ein direkter Verkehr der beiderseitigen Behörden auf Grundlage der Gleichheit sollte stattfinden, und der Handelsverkehr innerhalb 10 Tagen wieder aufgenommen werden. Aber der Friede wurde in Peking nicht ratifiziert. Die Feindseligkeiten wurden wieder aufgenommen. Die Engländer besetzten die Insel Tschusan<sup>2)</sup>, eroberten Tschapu, Wusong und Shanghai<sup>3)</sup>, nahmen Tschinkiang ein<sup>4)</sup> und bedrohten Nanking. Das brach den Widerstand der Chinesen. Am 29. August 1842 kam ein Friede<sup>5)</sup> zustande, der den Engländern die 5 Häfen Amoy, Futschau, Ningpo, Shanghai und Kanton eröffnete, 21 Millionen Dollar zusprach und die Insel Hongkong überließ, deren Hafen unvergleichlich besser als die Häfen von Macao war.

Doch die Chinesen betrachteten den Frieden nicht als einen Frieden, sondern als ein ihnen auferlegtes vorübergehendes Joch<sup>6)</sup>. Fast jeder Chinese von Einfluß war

---

1) Siehe über Lin Neumann a. a. O. 13 ff. — Michie I, 51 ff. 2) Neumann 24 ff.

3) Neumann 54 ff.

4) Neumann 68 ff.

5) Neumann 72 ff. — Michie I, 78 ff.

6) Neumann 268 ff.

gegen Erfüllung der Friedensbedingungen. Die Chinesen sahen in den Engländern nur aufständige Rebellen; nur die finanzielle Erschöpfung des Lands hat den Ausbruch eines neuen Kriegs verhindert.

Am schwierigsten war die Durchführung der Friedensbedingungen in Kanton<sup>1)</sup>. Seine Bewohner waren die unruhigsten; sie blieben von Haß und Verachtung gegen alle Fremden erfüllt; und hatte die chinesische Bureaukratie auch nicht die Macht, ein Verbrechen zu verhindern, so konnte sie doch in jedem Augenblick die Volksseele gegen die Fremden zum Kochen bringen. Es fanden in Kanton fortwährend Ausschreitungen des Pöbels gegen die Engländer statt, und die Behörden schritten nicht ein. Dabei war es für die chinesischen Behörden charakteristisch, daß sie Versprechungen nur hielten, solange die Gewalt der Fremden über sie nicht nachließ, dagegen sich nicht mehr gebunden fühlten, sobald dies der Fall war. Nach der Rückgabe von Tschusan 1846 fand im Juli in Kanton ein Aufstand gegen die Faktoreien der Fremden statt; im Oktober wurden zwei britische Matrosen ermordet, im März 1847 englische Offiziere angegriffen. Darauf eroberten britische Truppen die Befestigungen von Kanton, und nun gaben die Chinesen in fünf Minuten klein bei. Aber sechzehn Tage nach Abfahrt der britischen Kriegsschiffe wurden sechs junge Engländer drei Meilen von Kanton ermordet; darauf empörte Vorstellungen der Kaufleute in London. Nun wurden die Mörder durch den chinesischen Oberkommissär, der eine neue Strafexpedition fürchtete, bestraft. Die Engländer haben darauf direkt mit den Führern des Volks einen Kompromiß abgeschlossen, der aber an der Tendenz, die Fremden vom Lande möglichst fern zu halten, nichts änderte.

Auf den großen Aufschwung, den der Handel mit China nach Beseitigung des Monopols der Ostindischen Gesellschaft genommen hat, ist große Enttäuschung gefolgt. Eine Ursache derselben war der hohe indische Ein-

---

1) Michie I, 93 ff.

fuhrzoll auf Tee<sup>1)</sup>. Der Generalgouverneur Lord Bentinck hatte die Anpflanzung von Tee in Indien eingeführt, und der indische Tee und der von Ceylon haben den Verbrauch chinesischen Tees in England verdrängt. Die Geldausfuhr aus China hatte 2 Millionen £ betragen; doch innerhalb 6 Jahren nach Eröffnung des Hafens von Shanghai wurde die passive Handelsbilanz Chinas trotz des Rückgangs der Ausfuhr von Tee durch die Ausfuhr von Seide in eine aktive verwandelt. 1856 sind 20 000 Ballen Seide im Werte von 10 Millionen £ aus Shanghai ausgeführt worden. Die Einfuhr von Opium aus Indien, das im Austausch dafür gegeben wurde, war noch immer in China verboten; in Wirklichkeit war sie infolge ihrer Begünstigung durch die chinesischen Beamten sehr hoch; ihr Wert wurde 1845 auf 23 Millionen £ geschätzt. In China stand dieser unerlaubte Handel unter dem Schutze der britischen Konsuln. Nun hatte es schon während des Opiumkriegs nicht an Stimmen im Parlament gefehlt, die ernstlich rügten, daß die englische Flagge diesen infamen Schmuggel beschirme, und auch britische Konsuln in China, wie Rutherford Alcox<sup>2)</sup> sind auf seine Beseitigung bedacht gewesen; aber der Opiumhandel war nicht bloß eine Sache der internationalen Moral und des Handels, sondern auch der öffentlichen Einnahmen. Indien erhob einen Ausfuhrzoll auf Opium, der sogar von John Stuart Mill damit beschönigt wurde, daß er vom Auslande getragen werde. 1852 stand eine Staatseinnahme von 9 Millionen £ in Frage, von der 6 dem britischen, 3 dem indischen Staatshaushalte zugut kamen.

So stand es mit dem indo-britischen Handel in China, zur Zeit, da die Ostindische Gesellschaft nominell in Indien herrschte. Als 1858 die Herrschaft auch formell auf die Krone überging, hat sich daran nichts geändert; es wurden die Widerwärtigkeiten, mit denen die britischen Kaufleute zu kämpfen hatten, nur größer.

---

1) Michie I, 178 ff.

2) Michie I, 194 ff.

Noch unter der Ostindischen Gesellschaft hat zu Beginn der fünfziger Jahre die Taiping-Rebellion begonnen<sup>1)</sup>. Ein chinesischer Gelehrter trat als Prophet auf, nannte Christus seinen Bruder, legte sich den Namen Tien-te, d. h. himmlische Tugend, bei und rief das chinesische Volk zum Aufstand gegen die Mandschu und ihre Mandarinen und Bonzen. Seine Anhänger nannten sich Taiping, d. h. Männer des Friedens, schnitten sich den Zopf ab und ließen ihre Haare wachsen. Dabei hielt Tien-te seine Gläubigen zur Sittlichkeit, Ordnung und Mäßigkeit an, verbot den Genuß des Opiums und geistiger Getränke. Bald war der ganze Süden in seiner Gewalt. Die Taiping erstürmten Nanking und ließen die ganze tatarische Garnison, 20 000 Mann, über die Klinge springen. Selbst Kanton wurde von ihnen bedroht und nur durch die Schreckensherrschaft des Vizekönigs Yeh den Mandschu erhalten.

Darauf hat die Arroganz Yehs die alte Beschwerde der englischen Kaufleute über die Verweigerung ihres dauernden Aufenthalts in Kanton zur Erledigung gebracht<sup>2)</sup>. Ein Engländer hatte ein Schiff „Arrow“ mit Chinesen bemannt. Sie wurden am 8. Oktober 1856 auf Befehl der chinesischen Behörden wegen Kollusion mit den Barbaren gewaltsam vom Schiffe heruntergeholt und die britische Flagge entfernt. Als die Engländer Genugtuung verlangten, verweigerte Yeh, den Unterhändler auch nur zu empfangen. Nichtsdestoweniger ersuchte er die Engländer um Hilfe, als die Taiping im Dezember die chinesische Flotte geschlagen hatten und Kanton bedrohten. Darauf ging der englische Bevollmächtigte Bowring mit 5 Schiffen zum Schutze der englischen Faktoreien nach Kanton, worauf die Rebellen ihre Streitkräfte zurückzogen. Als Bowring darauf Audienz bei Yeh verlangte, wurde sie ihm unter all' den alten Demütigungen verweigert. Man

---

1) Ausführlich über die Taiping Neumann 137 ff. — Andrew Wilson, The „Ever Victorious Army“. London 1868. 22—45.

2) Ausführlich über Yeh Neumann 270 ff. — Michie I, 308 ff.

wollte nicht anerkennen, daß Großbritannien ein von China unabhängiger Staat sei, sondern sah in der geleisteten Hilfe nur den pflichtigen Beistand eines abhängigen Staats. Yeh richtete sogar weitere Angriffe gegen die Fremden. Es wurden die fremden Faktoreien in Kanton in Brand gesteckt, und Yeh schrieb Prämien auf Beibringung von Köpfen der Engländer aus. Die Kaufleute zogen sich nach Hongkong und Macao zurück. Aber Yeh hat sie selbst dahin verfolgt. Es erfolgten Ermordungen und Versuche, das Brot zu vergiften. Da haben die Engländer Kanton beschossen<sup>1)</sup>, den Palast des Vizekönigs zerstört und mehrere chinesische Fahrzeuge versenkt. Dies war der Anfang eines Kriegs, an dem sich auch französische Schiffe beteiligten, auf daß Frankreich an den zu erwartenden Vorteilen teilnehme. Kanton wurde am 2. Januar 1858 eingenommen, und Yeh nach Kalkutta gebracht; er ist dort zwei Jahre später gestorben. Doch die siegreichen Verbündeten haben ihre Truppen allzu rasch aus Kanton zurückgezogen. Bald zeigten sich wieder die alte Arroganz der chinesischen Behörden und neue Unruhen in Kanton.

Der britische Bevollmächtigte, unter dem als Nachfolger Bowrings die Einnahme Kantons stattgefunden hat, ist der uns aus seinem segensreichen Wirken in Kanada bekannte Lord Elgin gewesen. Aus seinen Briefen geht hervor<sup>2)</sup>, daß er über seine Landsleute in China, die großen Kaufleute, nicht weniger scharf wie über die chinesischen Behörden urteilte, und es aufs lebhafteste beklagte, durch deren Torheit zu strengem Vorgehen genötigt worden zu sein. Im Juni 1858 hat er sich nach Tientsin begeben, wo französische, amerikanische und russische Bevollmächtigte sich bereits befanden, um Verträge abzuschließen und sich gegenseitig zu beobachten. Als der chinesische Kaiser den Amerikanern und Russen günstige Handelsverträge gewährte,

---

1) Über den Krieg in Kanton Neumann 281 ff., 295 ff.

2) Michie, a. a. O. I, 326 ff. Wie die Chinesen über das Vorgehen der Europäer dachten, siehe bei Neumann S. 310.



die Engländer und Franzosen aber zurückwies, segelte deren vereinigte Flotte vor die Mündung des Peiho, erstürmte einige Festungen und erzwang einen Vertrag, der in der Hauptsache den Wünschen der Kaufleute entsprach<sup>1)</sup>. Der tausendjährige Hochmut mußte aufgegeben und die Ebenbürtigkeit der anderen Nationen in voller Ausdehnung anerkannt werden. Die Fremden konnten unter gleichen Bedingungen wie die Einheimischen Grundbesitz erwerben. Alte Streitigkeiten zwischen Fremden über Personen und Eigentum sollten dem Entscheide ihrer eigenen Gerichte unterliegen. Den Fremden wurde gestattet, im ganzen Reiche umherzureisen usw. Die wichtigste Errungenschaft war das Zugeständnis einer bleibenden Gesandtschaft in Peking.

Leider hat Lord Elgin von dem Zugeständnis einer Gesandtschaft in Peking nicht sofort selbst Gebrauch gemacht; er mußte alsbald nach Abschluß des Friedens nach Japan reisen, um auch dort einen Handelsvertrag abzuschließen, von dem noch die Rede sein wird. Der Kaiser von China schickte zwei Kommissäre nach Shanghai, angeblich, um den Zolltarif festzusetzen, in Wirklichkeit, um zu hindern, daß die Fremden nach Peking kämen, oder richtiger, um den Frieden von Tientsin zu annullieren. In dem in Shanghai festgesetzten Tarife wurde Opium aufgeführt und damit seine Einfuhr erlaubt.

Aber ein neuer Krieg war nötig, um den Frieden von Tientsin durchzusetzen<sup>2)</sup>. Als Elgins Bruder mit der Ratifikation des Friedens durch die Königin Victoria zurückkam, hinderten die Chinesen das Einlaufen seines Schiffes in den Peiho; etliche Hundert von der Schiffsmannschaft wurden getötet oder verwundet, etwa vierzig als Gefangene nach Peking geführt, wo die Hälfte durch Mord oder Mißhandlung umkam; niemals sollte Peking einen Gesandten sehen. Darauf fuhr eine englisch-französische

---

1) Neumann 368 ff.

2) Über die Vorgänge vor dem dritten britisch-chinesischen Kriege Neumann 370 ff. — Michie I, 336 ff.

Flotte von mehr als 200 Schiffen zum Peiho. Die Taku-festungen wurden eingenommen. Der Peiho war damit eröffnet. Am 18. September 1860 wurden die chinesischen Truppen geschlagen. Aber noch immer waren die Chinesen nicht bereit, in Peking zu verhandeln. Darauf wurde Peking bombardiert, der Sommerpalast des Kaisers besetzt, geplündert und einige Wochen darauf, als die grausame Behandlung der Gefangenen<sup>1)</sup> bekannt wurde, den Flammen übergeben. Nun entsank den chinesischen Machthabern der Mut. Der Kaiser Hien-fong entfloh nach der Mandschurei. Am 22. Oktober wurde der Friede von Tientsin durch seinen ältesten Bruder, den Prinzen Kung, ratifiziert, und sowohl die gesteigerten Kriegskosten als auch die Entschädigungen für die Angehörigen der umgekommenen Gefangenen wurden ohne Widerstand entrichtet. Noch im Oktober hielten die beiden Befehlshaber mit starker Bedeckung ihren Einzug in Peking<sup>2)</sup>, und im nächsten Frühjahr nahmen europäische Gesandte daselbst ihren Wohnsitz. Die Häfen von Tientsin, Niutschwang und Tschefu im Norden, von Swatau und zwei in Formosa, sowie von Kiungtschau in Hainan wurden den Fremden geöffnet. Die Halbinsel Kénlong, gegenüber der Stadt Victoria, wurde auf ewige Zeiten an Großbritannien abgetreten. Das Wichtigste aber war die Öffnung des Yangtseflusses. Das gab den Fremden Zugang zum kommerziellen Mittelpunkt des Reichs.

Unterdessen hatten die Taiping im Süden Nanking genommen; sie wurden noch arroganter als die Kaiserlichen und besetzten Ningpo, das ihnen von den Briten wieder genommen wurde. Im Winter 1861/62 bedrohten sie Shanghai; die Alliierten beschlossen, es zu verteidigen. Nun begannen die Kaiserlichen Fremde zu werben. Unter Führung des Kaliforniers Ward wurde auf Veranlassung reicher Kaufleute die von den Chinesen nach wiederholten Siegen Wards sogenannte „Allzeit siegreiche Armee“ ge-

---

1) Darüber ausführlich Neumann 420 ff.

2) Eine ausführliche Darstellung bei Neumann 427 ff.

bildet. Nachdem Ward gefallen war, wurde nach mehrfachem Wechsel im Kommando der britische Hauptmann C. G. Gordon ihr Befehlshaber<sup>1)</sup>. Nun erst verdiente die Armee den ihr gegebenen Namen. Gordons militärisches Genie, seine unermüdliche Energie, seine persönliche Tapferkeit, Redlichkeit, Uneigennützigkeit und seine Bemühungen, besiegte Feinde zu schonen, haben seinen Namen mit dem Glorienschein eines britischen Nationalhelden umgeben. 1864 waren die Taiping unterworfen. Gordon erwarb sich noch besondere Verdienste durch Auflösung der kostspieligen „allzeit siegreichen Armee“ und schied mit den höchsten Auszeichnungen aus dem Dienste der chinesischen Regierung.

Der Kaiser Hien-fong hat das Ende der Taiping-Rebellion nicht erlebt. Er ist am 22. August 1861 gestorben. Ihm folgte sein sechsjähriger Sohn unter Vormundschaft der beiden Kaiserinnen, der Witwe des verstorbenen Kaisers Tz'u Ann, und der Titularkaiserin Tz'u Hsi, der Mutter des neuen Kaisers, sowie des ältesten Bruders Hien-fongs, des Prinzen Kung. Tz'u Hsi ist von da ab bis zu ihrem Tode im November 1908 die maßgebende Persönlichkeit in China gewesen. Als ihr Sohn wenige Monate, nachdem er volljährig geworden war, 1873 starb, hat sie mittels Staatsstreichs nicht den Sohn Kungs, mit dem sie sich überworfen hatte, sondern den vierjährigen Sohn seines jüngsten Bruders Ch'ung zum Kaiser und dessen Vater zum Vormund gemacht, aber selbst weiter regiert<sup>2)</sup>.

Auch nach den blutigen Erfahrungen, welche die chinesische Regierung gemacht hatte, hat ihr latenter Widerstand gegen Durchführung des Friedens von Tientsin noch Jahrzehnte lang fortgedauert. Er wurde durch das Verhalten der Missionare unterstützt<sup>3)</sup>. An sich waren die Chinesen von der größten Toleranz gegen Andersgläubige. Sie hatten Buddhisten und Mohammedaner aufgenommen

---

1) Andrew Wilson, The „Ever-Victorious Army“. A History of the Chinese Campaign. London 1868.

2) Michie II, 260 ff., 373 ff., 455 ff.

3) Michie II, Kap. 22.

und zwei Jahrhunderte früher auch Christen, bis diese infolge der Provokationen ihrer Missionare vertrieben wurden<sup>1)</sup>. Da hat ein schlauer französischer Missionar, der dem französischen Gesandten als Dolmetscher diente, eigenmächtig in den chinesischen Text des Friedensvertrags eine Klausel eingefügt, die in dem maßgebenden französischen Text fehlte und dem französischen Gesandten unbekannt blieb. Diese Klausel gab den französischen Missionaren das Recht, im ganzen chinesischen Reiche Land zu kaufen, Gebäude darauf zu errichten und, noch mehr, für alle Kirchen, Schulen, Friedhöfe, Grundstücke und Gebäude, die in früheren Jahrhunderten Christen gehört hatten, Bezahlung zu verlangen; der Erlös sollte der französischen Gesandtschaft in Peking zur Verteilung an die Christen an den betreffenden Orten übergeben werden. Aus dieser Bestimmung ist ein französisches Protektorat über die Christen in China erwachsen, das sie der chinesischen Jurisdiktion entzog, und von christlichen Gemeinschaften ist ein Erbrecht am Gute der im 17. und 18. Jahrhundert vertriebenen Christen geltend gemacht worden<sup>2)</sup>.

Die französische Regierung hat von der in den Vertrag eingeschmuggelten Bestimmung vollen Gebrauch gemacht, und auch die Missionen anderer Konfessionen haben sie zu nutzen verstanden. Sie waren eine eigentümliche Illustration zu der Begründung, welche Russen, Amerikaner, Engländer und Franzosen ihrer Forderung, das Christentum zu dulden, gegeben hatten, daß es eine Lehre sei, welche den Menschen die Tugend gemäß dem Satze, „was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem andern zu“, lehre<sup>3)</sup>. Die Chinesen, deren Grundeigentum noch nicht persönliches, sondern Familieneigentum war, das nur unter Zustimmung aller Familienmitglieder veräußert werden konnte, sahen in der Bestimmung eine Bedrohung ihrer durch vielhundertjähriges Herkommen geheiligten

---

1) Siehe darüber Sir Robert Kennaway Douglas im 12. Bande der Cambridge Modern History, S. 514 ff.

2) Michie II, 230 ff.

3) Michie II, 224.

Gesellschaftsordnung. Die Phantasie des erregten Volks erging sich in Beschuldigungen gegen die Christen ähnlich denen, die im Mittelalter und auch noch später von diesen gegen die Juden erhoben worden sind, wie Ermordung von Kindern zur Verwendung von deren Blut bei christlichen Riten u. dgl. Vergeblich mahnte der britische Gesandte 1868 die Vertragsmächte, mit der chinesischen Regierung in der Missionsfrage zu einem Abkommen zu gelangen, da sie die Hauptursache der Störungen der Beziehungen der Fremden zu China bilde. Aber Frankreich, ohne Handel mit Ostasien, bestehe auf dem Protektorate über alle Katholiken und tue alles, um es wirksam zu machen. Solange Frankreich die Autorität der chinesischen Behörden auf diese Weise usurpiere, sei es ohne Bedeutung, andere Missionare zu beschränken<sup>1)</sup>.

1868 begannen die Unruhen sich zu häufen. Sie haben am 21. Juni 1870 in der Ermordung von 16 französischen barmherzigen Schwestern und einiger anderer Christen durch eine organisierte Bande in Tientsin ihren Höhepunkt erreicht. Darauf Hinrichtung von 16 Chinesen, Geldentschädigungen, Entsendung des Kommissars für nördlichen Handel nach Paris, um die Regierung zu entschuldigen. Das Ende war, daß die Stellung, welche die chinesische Regierung der katholischen Geistlichkeit eingeräumt hatte, immer größer wurde, aber auch die Erbitterung der Bevölkerung, und daß die Zahl der von ihr an den Fremden verübten Verbrechen von Jahr zu Jahr zunahm.

Glücklicher war die chinesische Regierung in der Frage der Erweiterung der den Fremden im Vertrage von 1868 eingeräumten Handelsprivilegien. Der Vertrag war nur für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen worden. Die Vorbereitungen zu seiner Erneuerung begannen 1867 und 1868 auf beiden Seiten. Die Fremden hofften auf größere Freiheit des Verkehrs; die Chinesen wünschten größere Beschränkung desselben. Das chinesische Außenministerium, das Tsungli-Yamen, erließ 1867 ein Rundschreiben an alle

---

1) Michie II, 228 ff.



hohen Beamten des Reichs, in dem es sehr richtig die Gefahren hervorhob, die diesem durch Telegraph und Eisenbahnen erwachsen seien, und sie befragte, wie ihnen zu begegnen sei. Unter den erteilten Antworten ist diejenige bezeichnend, in der die Zentralregierung damit getröstet wird, daß, was immer sie den Fremden einzuräumen gezwungen werde, die Ausführung doch den Provinzialregierung zustehe. Die aufgeklärteste Antwort erteilte Li-Hung-chang, damals Vizekönig von Hu-Kwang<sup>1)</sup>. Er empfiehlt darin u. a., daß der Widerstand gegen den Empfang von Gesandtschaften aufhöre, und die Chinesen gleichfalls Gesandte an fremden Höfen akkreditieren, daß sie gleichfalls Eisenbahnen und Dampfschiffe bauen<sup>2)</sup>, und, unter Hinweis auf die Leistungen Gordons, daß sie Vertrauen in die Ehrlichkeit der Fremden haben sollten.

Diese Empfehlung sollte alsbald bei der Erneuerung des Vertrags von 1860 gerechtfertigt werden. Vor dem Tientsin-Vertrage waren die Zölle auf die zur See eingeführten Waren nur in Shanghai erhoben und die Zollbeamten vom Vizekönig von Nanking ernannt worden. Durch den Tientsin-Vertrag erlangten die fremden Mächte ein Interesse an den chinesischen Zöllen, indem die Kriegsentschädigung aus deren Ertrag bezahlt werden sollte. Die Regelung des Zollwesens wurde dem Engländer Robert Hart übertragen. Nach Niederwerfung der Taiping trat sein Einfluß immer mehr an die Stelle desjenigen der britischen Gesandtschaft. Schließlich wurde er selbst britischer Gesandter, legte aber alsbald dieses Amt nieder, als ein Mann als oberster Zollinspektor an seine Stelle treten sollte, den er für ungeeignet hielt. Hart blieb chinesischer Zollinspektor und hat als solcher stets die chinesischen Interessen in erster Linie vertreten. Deshalb hat er aber nicht das Vertrauen des britischen Auswärtigen Amts verloren und hat die Gesandtschaft in Peking bis zum japanischen Kriege 1894 inspiriert.

---

1) Michie II, 185.—189.

2) Über Li Hung-changs Eisenbahnpolitik vgl. Douglas, in *The Cambridge Modern History* XII, 505.

Ähnlich gute Erfahrungen haben die Chinesen gemacht, als sie den in Peking akkreditierten amerikanischen Gesandten Burlingame als chinesischen Gesandten nach Amerika und Europa sandten, um günstige Bedingungen bei der Revision des Vertrags von 1860 zu erlangen. Vom chinesischen Gesichtspunkt war die Gesandtschaft ein Erfolg; nicht so von dem der britischen Kaufleute. Die Verhandlungen haben keinen Fortschritt des freien Verkehrs erzielt. Burlingame hat dies vereitelt; und Hart war nur bedacht, der chinesischen Regierung höhere Einnahmen zu verschaffen. Nach dem Memorandum der Handelskammer von Shanghai waren die Hauptbestimmungen der Revision, wie sie zustand kam, die Zahlung eines Zuschlags von der Hälfte des Einfuhrzolls gegen Beseitigung aller von den Provinzen erhobenen Binnenzölle, der Likin-Steuer, die Verdoppelung des Ausfuhrzolls auf Seide und die Verdoppelung des Einfuhrzolls auf Opium. Aber die Provinzialregierungen haben die erstgenannte Bestimmung nicht beachtet<sup>1)</sup>. Die britischen Kaufleute bestürmten ihre Regierung, die Revision nicht zu ratifizieren. Doch diese gab nach.

Desgleichen blieben die Wünsche des ostindisch-britischen Handels unerfüllt, als die Kaufleute nach Abschluß des Vertrags von 1862 mit dem Könige von Birma von da aus nach China einzudringen versuchten. Der Versuch scheiterte 1868 am Widerstande Südchinas. Als er 1875 wiederholt wurde, war das Ergebnis die Ermordung des britischen Dolmetschers in der Provinz Yunnan, trotz des ihm seitens der Regierung in Peking ausgestellten Passes, und nach langen Verhandlungen die für die Briten unvorteilhafte Konvention von Tschefu, in der sie sich, statt die Bestrafung des schuldigen Gouverneurs zu erlangen, mit einer Geldentschädigung für die Ermordung zufrieden gaben, was sie in den Augen der Chinesen verächtlich machte, und handelspolitischen Forderungen der

---

1) Siehe Douglas in The Cambridge Modern History XII, 503 ff.

Chinesen zustimmten, was den lauten Protest der britischen Kaufleute hervorrief. Als Folge desselben blieb die Konvention neun Jahre lang nicht ratifiziert. Schließlich haben die Chinesen 1885 doch erlangt, was sie begehrten. Nachdem die Einfuhr von Opium 1860 unter Erhebung eines Zolls legalisiert worden war, ist die Einfuhr von Opium nach China aus einer Einnahmequelle für Indien vermöge des dort erhobenen Ausfuhrzolls auch eine für die chinesischen Finanzen geworden. Der Einfuhrzoll auf Opium wurde verdreifacht. Der Anbau des einst verbotenen Opiums in China nahm zu<sup>1)</sup>.

Aber nicht alle Fremde waren so ehrliche Freunde der Chinesen wie Gordon und Hart. Als die Alliierten nach dem Bombardement in Peking eindringen, fanden sie dort eine russische Niederlassung. Sie bestand seit 173 Jahren. Ursprünglich waren es Gefangene aus der Belagerung von Albazin. Daraus war ein Seminar der orthodoxen Kirche und ein politischer Wachposten der russischen Regierung geworden. Die Mission diente dazu, den Russen Einblick in den chinesischen Staat zu verschaffen. Sie bestand aus sehr tüchtigen Männern, 6 Geistlichen und 4 Laien, die alle 10 Jahre gewechselt wurden. Sie standen in intimen Beziehungen zu den chinesischen Behörden. Nichts blieb der Mission unbekannt. Alle Fremden konnten ungestraft in China belästigt werden, nur nicht die Russen; Russe sein war ein Talisman der Sicherheit. Als die Alliierten gegen Peking zogen, eilte General Ignatieff herbei, um China vor Vernichtung zu bewahren. Der Kaiser war geflohen und der Hof voll Schrecken. Da stellte Ignatieff ihnen vor, daß nur die Intervention einer starken Macht sie vor dem Untergang bewahren könne. Diese bot er an für eine bloß nominelle Gegenleistung der Chinesen, eine kleine Grenzregulierung, bei der eine unfruchtbare Gegend, die bloß von Räubern bewohnt und von Tigern bedroht sei, in der kein Mandarin leben könne, die bloß als Strafkolonie dienen könne, mit

---

1) Michie II, 277—289.

einer zerklüfteten Küste, an der niemals ein chinesisches Schiff erblickt worden sei. Prinz Kung begrüßte das Angebot als eine Erlösung, und so erhielt Rußland die große Provinz Primorsk mit 600 englischen Meilen Seeküste, wodurch es zum Beherrscher des Ostens, Wladiwostok, wurde. Als Prinz Kung ein Jahr später erfuhr, daß die Alliierten nie daran gedacht hätten, nach Abschluß des Friedens auch nur einen Soldaten in China zu lassen, war er außer sich, so betrogen worden zu sein. General Ignatieff aber hatte, während er China Freundschaft erwies und seine Gegner verleumdete, ohne jedes Opfer die einzige wichtige Frucht des Kriegs geerntet: das Amurgebiet, das von Rußland seit 1854 erstrebt worden war, war ihm durch Vertrag von China abgetreten worden<sup>1)</sup>.

Ähnliches sollte sich 1877 wiederholen. In der durch tausend Meilen Wüste getrennten Provinz Kaschgaria war ein Aufstand ausgebrochen. Das gab Rußland den Vorwand einzugreifen, um Ordnung zu stiften unter gleichzeitiger Versicherung, daß es Kuldscha den Chinesen zurückgeben werde, sobald sie imstand seien, die Regierung über Stadt und Land wieder zu übernehmen. Nachdem Ordnung wiederhergestellt war, machte Rußland Rückgabebedingungen, die China nicht annehmen konnte. Die Chinesen riefen Gordon zu Hilfe. Dieser aber, der die Chinesen kannte, riet ihnen zu Frieden, denn er sah voraus, daß sie geschlagen würden. In dem Abkommen, das dann mit Rußland geschlossen wurde, erhielt China das Territorium von Kuldscha nominell zurück, während alle strategischen Punkte von Rußland besetzt blieben.

Nächst den Russen kamen die Franzosen mit Ansprüchen an chinesisches Gebiet. Es waren nicht, wie bei England, Handelsinteressen, was sie zur Teilnahme an dessen Feldzug veranlaßt hatte, sondern der Traum von einem französischen Reiche in Asien. Nach der Einnahme von Peking haben sie sich, wie schon oben bemerkt<sup>2)</sup> nach Cochinchina zurückgezogen und wegen Verfolgungen von

---

1) Michie I, 356—359.

2) Siehe oben S. 337.

Christen und Missionaren dieses vom Kaiserreich Annam, einem Vasallen Chinas, abhängige Land, besetzt und Saigon erobert. So entstand das französische indochinesische Reich. 1866 haben Verfolgungen katholischer Missionare in Korea den Franzosen den Anlaß gegeben, von China zu verlangen, daß es als Suzerän von Korea dieses bestrafe. Als Prinz Kung die Verantwortlichkeit für die koreanischen Verfolgungen ablehnte, hat der französische Gesandte in Peking die Annexion Koreas an das französische Kaiserreich ausgesprochen, ein französischer Admiral fuhr nach der Hauptstadt Koreas und bombardierte die Forts. Dann zog er ab. Ähnlich erging es einem amerikanischen Schiffe, das 1871 mit einem englischen Missionar an Bord nach Korea kam, und vorher schon hat der Versuch eines norddeutschen Dampfers, von einem französischen Geistlichen angeregt, ein gleiches Fiasko erlitten. Aber den Chinesen erwuchs aus diesen Erfahrungen die Vorstellung, daß Missionen mit der Versicherung, die Tugend lehren zu wollen, beginnen und mit dem Anspruch auf Landerwerb enden<sup>1)</sup>.

Darauf kam 1876 der Versuch des neuen Japan, den Handel mit Korea, aber nur für sich, zu eröffnen; Prinz Kung hat darauf geantwortet, indem er 1882 Korea der ganzen Welt öffnete. Doch war die koreanische Frage damit nicht aus der Welt geschafft. In Söul erhob sich das Volk gegen die Japaner und stürmte deren Gesandtschaft, worauf die chinesische Regierung, als Suzerän von Korea, Truppen nach dem Hafen der koreanischen Hauptstadt schickte und dort eine chinesische Zollstätte errichtete. Es würde den Rahmen dieses Werks weit überschreiten, wollte ich alle die Intrigen und Gewalttaten der asiatischen wie der europäischen Mächte erzählen, die darauf folgten. Die Europäer schalteten, als ob Korea herrenloses Gut sei, das sie in Wahrnehmung ihrer Interessen beliebig besetzen könnten, so Großbritannien, indem es seinen Admiralen befahl, sich Port Hamiltons zu bemächtigen, worauf Rußland mit der Besetzung von Port Lazareth drohte, während

---

1) Michie II, 175—179.



China aus Sorge vor der Gefahr, die ihm erwüchse, wenn eine fremde Macht das gegenüberliegende Korea besetzte, seine Oberherrschaft darüber aufrecht zu erhalten bemüht war. Das Ergebnis war der Krieg Japans gegen China 1894—5, der mit der Niederlage Chinas, der Unabhängigkeit Koreas und dem Erwerb der Insel Formosa durch Japan endete.

China lag nun da wie eine Leiche, über der die europäischen Mächte und Japan wie Geier kreisten, eine jede gierig, durch Konzessionen zu Anlagen von Telegraphenlinien und Eisenbahnen und zum Betrieb von Bergwerken den Reichtum des Landes auszunützen. Aus den drei Vertragsmächten zur Zeit des Friedens von Tientsin waren dreizehn geworden. Von den Versuchen der indischen Regierung, durch Tibet zum Handel mit China vorzudringen, habe ich schon gesprochen. Was damals mißglückt war, ist jetzt gelungen. 1889 wurde die Landschaft Sikkim, zwischen Nepal und Bhutan gelegen, trotz des Widerspruchs der Tibetaner, auf Befehl der Regierung von Peking englischer Schutzstaat. 1897 hat Deutschland das Hafengebiet Kiautschau besetzt und es 1898 auf 99 Jahre von China gepachtet. Darauf haben 1898 Rußland den Hafen von Port Arthur und England den gegenüberliegenden von Wei-hai-wei besetzt. Dann kam 1900 der Boxeraufstand <sup>1)</sup> gegen die Christen und Fremden und, da die chinesische Regierung weder Ordnung noch Genugtuung schaffte, die Vereinigung von Deutschland, Großbritannien, Rußland, Frankreich, Österreich, Italien, Japan und den Vereinigten Staaten zur Eroberung Pekings. Es wurde am 14. August erreicht; die Gesandten wurden befreit, und der Kaiser und die Kaiserinwitwe entflohen nach Sianfu. Ende Oktober waren die Hauptplätze der Boxer besetzt. Im Mai 1901 hat die chinesische Regierung nach Besetzung eines großen Teils der Provinz Petschili und Flucht

---

1) Die chinesische Bezeichnung für die Gesellschaft der Boxer, Iho Ch'uan, bedeutet wörtlich „patriotische harmonische Fäuste“.

ihrer Truppen hinter die große Mauer alle Forderungen der Alliierten bewilligt.

Nun ist auch das Streben der Engländer, von Indien aus nach Tibet vorzudringen, erfolgreich gewesen. 1904 ist eine Expedition der Engländer nach Lhassa, der Residenz des Dalai Lama, vorgedrungen, und Tibet wurde verpflichtet, ohne Englands Zustimmung kein Gebiet an eine fremde Macht abzutreten und keine Erlaubnis zur Anlage von Telegraphenlinien, Eisenbahnen, Bergwerken u. dgl. einer fremden Macht zu geben.

1904—1905 ist dann ein Krieg zwischen Rußland und Japan wegen der beiderseitigen Ansprüche auf Korea und die Mandschurei ausgebrochen, der mit dem Siege Japans geendet hat. Er interessiert hier vorläufig nur wegen der Freiheit zu ungehindertem und gleichberechtigtem Handel in der Mandschurei, „der offenen Tür“, die im Frieden von Portsmouth allen Mächten zugestanden wurde.

Mit dem Eindringen der Fremden sind weite Kreise Chinas auch mit der europäischen Kultur bekannt geworden, und der Vergleich mit den Erfolgen Japans, das sich deren Fortschritte angeeignet hatte, hat in ihnen den Wunsch nach Reformen geweckt. Daraus sind Bewegungen entstanden, die 1912 mit der Abdankung der Mandschudynastie endeten. China wurde Republik.

Fragen wir zum Schluß dieser unter dem Einfluß Großbritanniens stattgefundenen Entwicklung Chinas, was gleichzeitig mit derselben die des britischen Handels gewesen ist,

so finden wir, daß im ersten Jahre nach dem Frieden von Nanking (1842) der Wert der britischen Ausfuhr nach China £ 1 500 000 betragen hat. Er betrug

1852 . . . . .	£ 2 500 000
1861 . . . . .	£ 4 500 000
1862 . . . . .	£ 2 300 000
1863 . . . . .	£ 3 000 000

Darauf ist er ständig bis £ 7 000 000 gewachsen und bis 1885 und 1891 auf £ 9 000 000 gestiegen<sup>1)</sup>. Es betrug der Wert

1) Michie I, 203.

der Einfuhr aus China nach dem Vereinigten Königreiche 1911 £ 4922744, 1912 £ 5264715, der der Ausfuhr aus dem Vereinigten Königreiche nach China 1911 £ 13255347, 1912 £ 12768312. Der Wert der Einfuhr aus China nach Britisch-Indien betrug 1911 zur See £ 1223040, über Land £ 227141, 1912 zur See £ 2405163, über Land £ 393921. Der Wert der Ausfuhr aus Britisch-Indien nach China betrug 1911 zur See £ 6737363, über Land £ 286377, 1912 zur See £ 7353329, über Land 460686<sup>1)</sup>).

Sehr verschieden von den chinesischen waren die Beziehungen Großbritanniens zu Japan<sup>2)</sup>. Ich habe schon hervorgehoben, daß es sich im Gegensatze zu China die Errungenschaften europäischer Kultur angeeignet hat. „Es ist einerseits der Vorkämpfer der Unabhängigkeit Asiens, andererseits der Pionier europäischer Wissenschaft, europäischer Handelsbeziehungen in einigen der unzugänglichsten Gebiete des fernen Ostens. Es ist ein Bollwerk gegen europäische Eroberung, aber ein Missionar europäischer Propaganda.“

Es ist dies nicht immer gewesen. Die Japaner hatten ihre Kultur aus China, entweder direkt oder über Korea erhalten. An der Spitze des Lands stand die kaiserliche Familie, die als die direkte Nachkommenschaft der Stammesmutter-Göttin, Amaterasu-Omi-Kami, galt. Aber im 9. und 10. Jahrhundert waren die verweichlichten Kaiser zu Schattenkönigen geworden, an deren Stelle eine Familie von Hausmeiern regierte. Diese Familie war bis zum Kriege von 1156 die der Fudschiwara. Als auch sie verweichlichte,

---

1) Statistical Abstract for the British Empire from 1898 to 1912. pp. 14, 20, 28, 34.

2) Vgl. für das Folgende: Neumann, a. a. O. S. 200—233, 239—252, 322—359. — Tokuzo Fukuda, Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Japan. Stuttgart 1900. — Alexander Michie, a. a. O. II, 1—129, 255, 293 ff. — Sir E. M. Satow, in The Cambridge Modern History XI, 823 ff. — I. H. Longford, ebenda XII, 537 ff. — F. B. Maurice, ebenda 576 ff. — G. P. Gooch and Harold Temperley, British Documents on the Origins of the War 1890—1914. Vol. I—III. London 1927/1928. Sub voce Japan.

trat 1167 die Tairafamilie, dann die des Minamoto unter Yorimoto. Dieser legte sich den Titel Sei-i-Tai Schogun (wörtlich Barbaren bezwingender Kronfeldmarschall) bei. Dann folgte die Hodschofamilie, dann bis 1573 die der Aschikaga. Sie wurde durch Ota-Nobunaga vernichtet, worauf 1603 Iyeyasu die Herrschaft des Hauses Tokugawa begründete, die bis 1867 fortgedauert hat. Doch haben auch die Schogune der Zustimmung des in Kioto, abgeschlossen von der übrigen Welt, wohnenden Kaisers, des Mikado, bedurft, der ebenso wie der Schogun seine Minister hatte. Außerdem hatten Mikado und Schogun eine Anzahl ihnen ergebener Daimios, d. h. der zu Landesherrn herangewachsenen Vasallen, die in ihren Gebieten ziemlich selbständig regierten.

Die Bevölkerung zerfiel in vier Klassen. Die oberste war die der Schwerter tragenden Samurai in mannigfachen Abstufungen, vom Daimio bis zum gewöhnlichen Soldaten. Was wir die liberalen Berufsarten nennen, kam diesen in mancher Beziehung gleich. Hierauf kamen die übrigen Erwerbstätigen, und zwar zweitens die Bauern, drittens die Handwerker, viertens die Kaufleute. Außer Kioto, der Residenzstadt des Kaisers, hat es in Japan erst seit dem Schogunate der Aschikagafamilie Städte gegeben, in denen Gewerbebetrieb und Handel überwogen. Diese waren ähnlich den europäischen Gilden monopolistisch organisiert. Die Stadt Sakai war der Mittelpunkt sowohl des Binnenhandels als auch des Handels mit China und Korea, später die Stadt Hakata. Außer dem Schogun, den Hofadligen und den reichen Kaufleuten haben noch die in der Geschichte berühmten japanischen Seeräuber den Verkehr mit China vermittelt.

Die Moral der Japaner beruhte auf der chinesischen Lehre, die Loyalität gegen den feudalen Oberherrn und Gehorsam gegen die Eltern als oberste Pflicht einschärfte. Ihr Ehrgefühl war das des Samurai, der bereit war, sein Leben für seinen Herrn zu opfern und eher Selbstmord zu begehen, als eine Verdächtigung seiner Loyalität zu ertragen; dagegen war das Ehrgefühl des Kaufmanns, das

die Erfüllung selbst verlustbringender Pflichten fordert, den Japanern fremd.

Den Europäern war Japan zuerst durch den Venezianer Marco Polo bekannt geworden. Doch hat es noch drei Jahrhunderte gedauert, bis sie dort Fuß faßten. 1541 sind drei vom Sturme verschlagene Portugiesen auf Kagoschima gelandet. Bald darauf kam eine Anzahl nach Tanegaschima, um mit den Bewohnern Handel zu treiben. Dies war die erste Berührung Japans mit Europa. 1548 sind noch die Spanier dazu gekommen. Hirado wurde nun der Haupt-handelsplatz mit den Ausländern. 1570 eröffnete der Landesherr von Omura den Hafen Nagasaki, der 1587 zur Reichsstadt gemacht wurde.

Von 1592—1598 haben die Japaner einen Eroberungskrieg gegen Korea und China geführt. Sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Wohl aber kehrten die bis dahin sprichwörtlich unkultivierten Japaner von der feineren Kultur Chinas und Koreas beeinflußt zurück. Aus China haben sie übernommen, daß alle westlichen Nationen Barbaren seien, die zu vertilgen recht sei. Unter dem Schogunate des Tokugawahauses ist dann 1638 die Vertreibung der Spanier und Portugiesen erfolgt; Japan wurde allen Nationen, mit Ausnahme der Holländer und Chinesen, verschlossen. Die Holländer lebten dabei wie Gefangene auf drei acres in Nagasaki beschränkt. Zuerst war der Handel mit ihnen frei; dann wurde er wachsenden Beschränkungen unterworfen; Beamte der Regierung setzten die Preise fest sowohl die beim Einkauf als auch die beim Verkauf; dabei waren die Holländer Demütigungen aller Art ausgesetzt. Doch um des Gewinns willen haben sie sich alles gefallen lassen. So ist es zweihundert Jahre lang geblieben. Das hat die Arroganz der Japaner gegen die Europäer noch gesteigert. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts haben Engländer, Franzosen, Russen und Dänen versucht, freundliche Beziehungen mit Japan anzuknüpfen, aber ohne Erfolg. 1842 wurde bestimmt, daß fremden Schiffen, die durch Unwetter an die japanische Küste verschlagen würden oder Lebensmittel, Feuerungsmaterial oder Wasser benötigten,



geholfen und ihnen gestattet werden solle, in Frieden ab-zuziehen; aber zwei Jahre später lehnten die Japaner den Rat des Königs von Holland, ihre Gesetze gegen Fremde zu mildern, ab.

Da führte das kräftige Auftreten der Amerikaner zu einer Reform. Amerikanische Walfischfänger, die ab und zu an die japanische Küste getrieben wurden, wurden dort schlecht behandelt. Dies sowie der Wunsch, für ihre zwischen Kalifornien und China fahrenden Dampfer Kohlenstationen zu erwerben, veranlaßte die Regierung der Vereinigten Staaten, ein Abkommen mit der japanischen Regierung zu suchen. 1851 sandte der Präsident Fillmore einen Brief an den Schogun, den man für den Kaiser von Japan hielt, und 1852 wiederholt durch den Commodore Perry, der am 8. Juli 1853 mit 3 Schiffen in der Bai Yedo landete. Er schloß einen Vertrag über Lieferung von Holz und Wasser an Schiffe, die dessen benötigten, und über freundliche Aufnahme von deren Bemannung. Ein ähnlicher Vertrag wurde von dem englischen Admiral Stirling 1854 abgeschlossen, der die Meistbegünstigungsklausel, unter Ausschluß indes der China und Holland bewilligten Vorteile, enthielt. Nun kamen auch die Russen und schlossen 1855 einen Vertrag, den sie 1857 verbesserten, nach Vorbild des vom Admiral Stirling abgeschlossenen Vertrags, der die Häfen von Nagasaki, Hakodate und Shimoda für Schiffsbedarf öffnete. Unterdessen hatten die Vereinigten Staaten Frank Harris als Generalkonsul nach Japan entsandt, der mit unendlicher Geduld die Japaner im Interesse einer Öffnung ihrer Häfen bearbeitete. Da kamen ihm die Erfolge der Alliierten in China zu Hilfe. Er deutete an, daß sie demnächst in Japan erscheinen würden, daß es für die Japaner vorteilhaft sein würde, wenn sie sich mit Abschluß eines Vertrags mit maßvollen Bedingungen, der den Verträgen, welche die Alliierten fordern würden, als Muster dienen könne, beeilen würden, und bot seine Vermittlung an, wenn sie kämen. Wenige Wochen nach Unterzeichnung des Vertrags mit Amerika erschien Lord Elgin, frisch von den Triumphen der Alliierten in Peking, in Japan.

Als Lord Elgin im August 1858 in der Bai von Yedo landete, fand er dort den russischen Admiral Putiatin mit einer Fregatte und einem Kanonenboot. Dieses Zusammenreffen der großen Mächte hat auf die japanischen Staatsmänner Eindruck gemacht, und innerhalb vierzehn Tagen nach dem Eintreffen Elgins haben sie alle seine Forderungen bewilligt. Der englische Vertrag schloß sich an den amerikanischen an. Außer den drei genannten Häfen sollten den Engländern zwei weitere später geöffnet werden. Dabei war der englische Vertrag günstiger als der amerikanische. Durch diesen waren die Einfuhrzölle von einem 35prozentigen auf einen 5prozentigen Wertzoll herabgesetzt worden; der englische Vertrag bestimmte, daß dies auch für baumwollene und wollene Waren gelten sollte. Die Immunitäten der Exterritorialität wurden ohne Anstand bewilligt und erst vom Juli 1899 an wieder beseitigt. Der Abschluß des Vertrags aller Mächte mit Japan wurde durch Einfügung der Meistbegünstigungsklausel erleichtert. Elgins Vertrag zugunsten Großbritanniens wurde maßgebend für die Handelsverträge aller Nationen mit Japan<sup>1)</sup>.

Es ist bezeichnend für die Unkenntnis japanischer Verhältnisse seitens der europäischen Mächte, daß sie noch zu lernen hatten, daß es in Japan noch eine höhere Instanz als den Schogun gab. Bald sollten sie bessere Kenntnis erlangen.

Am 1. Juli 1859 ist die offizielle Eröffnung des Hafens von Kanagawa, oder richtiger des drei englische Meilen davon entfernten Yokohama erfolgt, wo die japanische Regierung Häuser zur Aufnahme der Fremden errichtet hatte. Schwierigkeiten verursachte das Fehlen einer japanischen Währung sowie die Verschiedenheit des Verhältnisses von Gold und Silber, das für Gold ungünstiger

---

1) Bemerkenswert ist der Versuch, den die Russen gemacht haben, auch in Japan den Engländern entgegenzuwirken. Sie haben 1859 den Japanern vorgespiegelt, die Engländer wollten die Insel Tsuschima annektieren. Sie selbst sind 1861 auf der Insel gelandet und dort geblieben, bis der britische Admiral Hope sie vertrieb. Michie, a. a. O. II, 111—115.

war als auf dem Weltmarkt. Auch fehlte es noch an einer gesunden kaufmännischen Moral der Japaner. In diesem Punkt waren ihnen die Chinesen überlegen. Doch waren die Preise, welche die Händler für japanische Produkte, Kunstsachen und anderes zu zahlen hatten, damals äußerst niedrig, und umgekehrt freuten sich die Japaner, die fremden Produkte billiger kaufen zu können, als zu dem Preise, den die Holländer verlangt hatten. Im übrigen waren die Beziehungen zwischen den nicht beamteten Japanern und den Fremden von der freundschaftlichsten Art. Es gab eben zwei Arten von Japanern, das Volk und die herrschenden Klassen, und so liebenswürdig das erstere war, um so anmaßender die letzteren.

Kaum waren die Häfen den Fremden geöffnet, so begann eine Periode der Ermordung der Fremden. Selbst die Gesandtschaften wurden angegriffen. Ursache war der Fremdenhaß der Schwerter tragenden Klasse, vor allem der großen Daimios. Die Verträge waren der durch die Erstürmung Peking's eingeschüchterten Regierung gegen ihren Willen aufgenötigt worden und ohne Sanktion seitens des Mikado. Der Widerstand der Daimios entbehrte also nicht der gesetzlichen Begründung. Auch war das Gesetz des 17. Jahrhunderts, das den Aufenthalt der Fremden mit Tod bedrohte, nicht beseitigt worden. Die Macht des Schogun war nicht so groß, daß er die Fremden gegen die Daimios hätte schützen können, und er selbst war von Rivalen bedroht, die sein Amt für sich erstrebten. Der Schogun würde die Verträge gern preisgegeben haben, aber die fremden Gesandtschaften, vor allem die britische, bestanden auf ihrer Erfüllung.

Sie ließen englische und französische Wachen nach Yedo kommen. Die Japaner protestierten vergeblich. Es folgten weitere Ermordungen unter Kenntnis der Regierung. Entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung übte das Verhalten zweier großer Daimios, des Fürsten von Satsuma, über den der Schogun keine Macht hatte, und des Fürsten Tschoschii, des Beherrschers von Nagato. Das erstere führte zum Bombardement von Satsumas Festungen

durch die Engländer, worauf Satsuma £ 25 000 Entschädigung zahlte, die Bestrafung des Mörders des Engländer Richardson versprach und ein guter Freund Englands wurde. Tschoschiu, der Fürst von Nagato, der die Meeresenge von Schimonoseki beherrschte, hatte vorbeifahrende französische, amerikanische und holländische Dampfer beschossen und hinderte auch japanische Schiffe, durch die Enge zu fahren. Eines derselben gehörte Satsuma, der nun vom Mikado verlangte, gegen Tschoschiu vorzugehen. Es würde zu weit führen, wollte ich hier die Einzelheiten des Kampfes, die zu dessen Unterwerfung führten, erzählen.

Daß die Teilung der Herrschergewalt zwischen Mikado und Schogun auf die Dauer unhaltbar sei, war schon lang deutlich geworden. Einsichtige Patrioten hatten schon seit dem 18. Jahrhundert die Ersetzung der Herrschaften der Daimios durch den Einheitsstaat erstrebt. Der Versuch, ihn durch Erhebung des Schogun zum Kaiser herbeizuführen, war daran gescheitert, daß die Vertreter des Tokugawahauses dem Schicksal, dem alle Herrscherfamilien geweiht zu sein scheinen, der Verweichlichung, zum Opfer gefallen waren. Da nutzten die Patrioten die Tradition, die das Haus des Mikado als des direkten Nachkommen der göttlichen Stammesmutter mit besonderer Ehrfurcht umkleidete. Darob große Verfassungsstreitigkeiten zwischen dem Schogun und den ihm anhängenden Daimios und dem Mikado und seinen Daimios. Der Schogun befand sich zwischen zwei Mühlsteinen: den Fremden, die auf Durchführung der Verträge bestanden, und dem fremdenfeindlichen Mikado und seinen Daimios. Seine Lage wurde unhaltbar. Der Mikado befahl die Austreibung der Fremden. Darauf außerordentliche Intriguen der Minister des Schogun, um ihn zu täuschen; dies ging so weit, daß der Schogun die Japan wegen Ermordung der Fremden auferlegte Strafe heimlich aus eigener Tasche bezahlte. Als dann Mikado, Schogun und die Daimios sich zur Vertreibung der Fremden einigten, haben die Engländer ein Infanterieregiment zum Schutze der Fremden und der Verträge nach

Japan geschickt. Die Häfen blieben den Fremden geöffnet.

Die Wirkungen, welche der Abschluß der Verträge und ihre Aufrechterhaltung auf die Entwicklung Japans ausgeübt haben, übertrifft, wie Fukuda schreibt<sup>1)</sup>, ihren Inhalt weit an Bedeutung. Die Eröffnung des Landes, die ganz und gar etwas von außen Erzwungenes war, hat den Stoß gegeben, den man schon längst nötig hatte, um eine völlige Umwälzung der politischen und sozialen Ordnung im Sinne der Vereinheitlichung des Staatswesens herbeizuführen. Am 9. November 1867 gab der Schogun die politische Gewalt dem Mikado zurück. Der Widerstand, den Vasallen der Tokugawa leisteten, ist durch friedliche Verhandlungen beseitigt worden. Zu Beginn des Jahres 1868 schwor der jugendliche Mikado inmitten einer Versammlung seines Hofes und der Territorialherren einen Eid, den man später als den Verfassungseid bezeichnet hat.

Danach soll eine beratende Versammlung berufen und alle Anordnungen sollen in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung getroffen werden.

Hoch und niedrig sollen seitens der Verwaltung gleich behandelt werden.

Es soll alles so eingerichtet werden, daß nicht nur die Regierungsbeamten und die Samurai, sondern auch das gemeine Volk das Ziel ihrer Wünsche erreichen können und das Sehnen der Nation voll befriedigt wird.

Die verderblichen und barbarischen Gebräuche der Vergangenheit sollen beseitigt und die großen Prinzipien der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zur Grundlage des Handelns gemacht werden.

Verstand und Wissen sollen in der ganzen Welt aufgesucht werden, auf daß das Reich darauf aufgebaut werde.

1869 hat die Regierung ihren Sitz von Kioto nach Yedo verlegt, das fortan Tokio genannt wurde. Die Verlegung geschah, um den Mikado aus der Atmosphäre göttlicher Abgeschlossenheit von Kioto zu befreien und zugleich die Macht dorthin zu verlegen, wo dritthalb Jahrhunderte ihr Sitz gewesen war. Am 5. Mai 1869 boten die großen

---

1) Fukuda a. a. O. 180.



Daimios des Südwestens, die, nebenbei bemerkt, größtenteils zum Sturze des Schogunats beigetragen hatten, freiwillig an, ihre Territorialherrschaft dem Mikado gleichfalls zurückzugeben. Die anderen Daimios folgten dem Beispiel. Zunächst wurde den bisherigen Territorialherrschaften gestattet, als kaiserliche Statthalter die Verwaltung auf ihren Gebieten fortzuführen; doch bereits am 29. August 1871 wurden sie ihres Amtes enthoben; an ihre Stelle traten Präfekten der kaiserlichen Regierung. Dem folgte die Abschaffung des Unterschieds der Stände. Die Unterscheidung von Schwerter tragenden und dem Erwerbe dienenden Klassen, von Samurai und Chonin, fiel; alle Klassen des Volks sind nunmehr gleichen Rechts.

Wie in China haben in Japan die Beziehungen der fremden Kaufleute zu ihren amtlichen Vertretern Einfluß auf die Entwicklung gehabt. 1861 hat es erst ungefähr zweihundert fremde Kaufleute in sämtlichen Häfen Japans zusammen gegeben, davon etwa fünfzig in Yokohama, meist junge Leute, die europäische Geschäftshäuser in China vertraten.

Nachdem der Außenhandel der Europäer und Amerikaner unter der nachhaltigen Führung Englands einer neuen Ära in Japan das Tor eröffnet hatte, ist die gesamte europäische Kultur mit ihren Licht- und Schattenseiten durch dieses Tor in das Land eingezogen. Die erste Eisenbahn in Japan stammt aus dem Jahre 1872. Das Heerwesen wurde zuerst nach französischem, dann nach preußischem Muster eingerichtet. Die Japaner haben sich erstaunlich rasch als gelehrige Schüler erwiesen. Ihre siegreichen Kriege gegen China 1894—5 und ihre Teilnahme an der Bekämpfung des Boxeraufstands 1900 sind schon oben erwähnt worden. 1904—5 haben sie Rußland im Kampfe um Korea zu Land und zu Wasser siegreich geschlagen. In dem 1905 in Portsmouth in Amerika abgeschlossenen Frieden erhielt Japan die Schutzherrschaft über Korea, das von den Russen besetzte Port Arthur mit umgebendem Gebiet in China, sowie Sachalin bis zum 50. Breitengrad. In den folgenden Jahren hat Japan weitere

Fortschritte auf dem Wege finanzieller Erstarkung gemacht. 1909 hat es die Gerichtshoheit und 1910 die Polizeigewalt in Korea erlangt und die Annexion Koreas unter Abdankung von dessen Kaiser durchgeführt.

1902 hatte Japan mit Großbritannien ein Bündnis abgeschlossen; doch hat dies nicht zu einem Eingreifen des letzteren in Japans Krieg mit Rußland geführt, da Großbritannien im Hinblick auf Deutschland eine Annäherung an Rußland suchte. 1910 hat Japan selbst ein Bündnis mit Rußland abgeschlossen, in dem beide Mächte sich ihren Besitzstand in der Mandschurei garantierten. 1911 wurde das englisch-japanische Bündnis von 1902 verlängert, jedoch mit der Änderung, daß England fortan nicht mehr zur Hilfeleistung gegen Amerika, und Japan nicht mehr zum Schutze der englischen Herrschaft in Ostindien verpflichtet wurde. Gleichzeitig hat Japan freundliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten anzuknüpfen gesucht, aber auch mit Mexiko und ganz besonders mit Rußland ein gutes Verhältnis hergestellt. Nur Kaiser Wilhelm II. hat jeden Annäherungsversuch der Japaner abgelehnt. 1914 ist es dann auf Grund des Bündnisses Japans mit Großbritannien zu seiner Teilnahme am Weltkrieg gekommen.

Blicken wir zum Schlusse auf den britischen Handel mit Japan, der zu dessen Entwicklung so mächtig beigetragen hat, zurück.

In den ersten drei Jahren nach Eröffnung der Häfen hat der Außenhandel Japans ein wenig über 1 Million £ betragen. Im vierten Jahre, 1863, ließ die Ausfuhr von Seide und Seidenwaren die Ausfuhr auf  $2\frac{1}{2}$  Millionen £ steigen; die Einfuhr betrug £ 811 000. 1864 trat eine Verdoppelung im Außenhandel ein. Das hat sich 1865 wiederholt; in diesem Jahre stieg der japanische Außenhandel auf 8 Millionen £<sup>1)</sup>. 1908 betrug die britische Ausfuhr nach Japan £ 12 843 000, 1912 £ 27 022 000; die Einfuhr aus Japan nach Großbritannien betrug 1908 £ 5 075 000, 1912 £ 10 077 000<sup>2)</sup>.

1) Michie a. a. O. II, 115, 116.

2) Statistical Abstract of the British Empire from 1908 to 1912. London 1914. pp. 7—10.

Der Territorialumfang des eigentlichen Japans beträgt 381 250 qkm, unter Abzug der Gewässer 379 898 qkm. Seine Bevölkerung zählte 1924 59 138 900 Seelen, d. h. 155,1 auf den qkm. Die Bodenfläche von Korea beträgt 220 741 qkm, seine Bevölkerung 19 522 945 Seelen, d. h. 88,4 auf den qkm. Die Bodenfläche von Formosa beträgt 35 974 qkm, die Bevölkerung 3 994 884 Seelen, d. h. 111 auf den qkm. Die Bodenfläche von Sachalin beträgt 36 090 qkm, seine Bevölkerung 203 754 Seelen, d. h. 5,6 auf den qkm. Die Fläche von Karantung beträgt 3462 qkm, die Bevölkerung 1 054 074 Seelen, d. h. 304,5 auf den qkm<sup>1)</sup>).

Endlich habe ich noch einiges über malayische Kolonien Großbritanniens zu berichten<sup>2)</sup>. Sie bestehen aus drei Teilen auf der malayischen Halbinsel: den „Niederlassungen an der Straße“ (Straits Settlements) bestehend aus Penang, Singapur, womit Malakka, die Provinz Wellesley und die Dindings auf dem Festland verbunden wurden; sodann den verbündeten malayischen Staaten, die sich durch die Mitte der Halbinsel hinziehen. Dazu gehören Negri Sembilan, Selangor, Perak und Pehang. Nördlich und südlich von dieser Gruppe liegen die malayischen Staaten unter britischem Protektorat. Die nördlichen, nämlich Trengganu und Kelantan, Kedah und Perlis haben die Suzeränität von Siam gekündigt und sind 1904 unter das britische Protektorat unter britischen Beratern gestellt worden. Südlich von der Halbinsel liegt der das Hinterland von Singapur bildende Staat Johore, der 1914 britisches Protektorat geworden ist. Endlich gehört zu den malayisch-britischen Kolonien die Nordküste von Borneo.

Die Bodenfläche der Straits Settlements beträgt 4144 qkm, ihre Bevölkerung betrug 1925 994 266 Seelen. Die Fläche der verbündeten malayischen Staaten beträgt 71 605 qkm; ihre Bevölkerung wurde 1921 auf 1 324 890 Seelen beziffert. Die Fläche

---

1) *Aperçu de la Démographie des divers pays du monde.* La Haye 1927, p. 43.

2) Siehe für das Folgende: Sir Robert Kennaway Douglas, *The Far East* im 12. Bande von *The Cambridge Modern History*, 531—534. — Knowles, *Economic Development of the Overseas Empire*, 469—485.

der nicht verbündeten malayischen Staaten beträgt 70847 qkm; ihre Bevölkerung betrug 1921 1149395 Seelen. Die Fläche von Nordborneo beträgt 30290 qkm, seine Bevölkerung betrug 1921 257804 Seelen<sup>1)</sup>).

Wie hier schon oft bemerkt worden ist, hat die Ostindische Gesellschaft bis 1833 das Monopol im Handel mit China besessen. Zwischen Indien und China erstreckt sich die malayische Halbinsel weit hinaus in Meer; sie trennt beide Länder. Frühzeitig haben die beiden Rivalen im Handel mit Ostasien, die Holländer und Engländer, um die Herrschaft darüber gerungen; erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts war der Kampf zugunsten Englands entschieden; die britische Flagge wurde am 11. August 1786 auf der Insel Penang gehißt und neun Jahre später kam Malakka unter britische Herrschaft. Längst ist Malakka von dem südlichen Singapur überflügelt worden. Lord William Bentinck hat, als er Generalgouverneur von Indien war, die Bedeutung des Piratennestes Singapur erkannt, es 1824 in einem Verträge von den Holländern erworben und es zur Hauptstadt der Straits Settlements gemacht. Im Gegensatz zu der Engherzigkeit, mit der die Holländer fremde Händler zugelassen hatten, wurde es zum Freihafen gemacht und ist heute eines der großen Handelszentren der Welt. Hier kreuzen sich der ostindische, ostasiatische und australische Handel und kommen die Waren aus Java, Sumatra, Borneo, China, Hongkong zum Austausch und begegnen sich alle Rassen. Es ist eine kosmopolitische Stadt, in der die Europäer die Minderheit bilden. Als die Engländer es erwarben, soll die Zahl der Bewohner 150 betragen haben; 1921 betrug sie einschließlich der Bewohner von Labuan, Christmas Island und der Cocos Realing Inseln 425912<sup>2)</sup>).

1863 hat eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von £ 30000 Docks gebaut, die später von der Regierung angekauft worden sind. Im übrigen befand sich die ost-

1) Siehe für obige statistische Daten *Aperçu de la Démographie des divers pays du monde*. pp. 47, 48.

2) Knowles, *Economic Development* 474.

indische Regierung in stetem Konflikt mit den Settlements wegen der Kosten, die ihre Verteidigung zu Wasser und zu Land verursachte. Die ostindische Regierung wollte sie gern los sein, während die Settlements darüber klagten, daß man sie als Strafkolonie benutze, ihnen aber die Kosten der Gefängnisverwaltung zu tragen zumute. Sie verlangten, der britischen Regierung unterstellt zu werden. Sie wurden 1867 Kronkolonie.

In den unabhängigen Staaten der Halbinsel herrschten Anarchie und Seeräuberei. Die Zustände wurden unerträglich, als nach Eröffnung des Suezkanals 1869 der Handel mit Ostindien zunahm. Im Staate Perak führte der Abbau der Zinnbergwerke durch Chinesen zu großen Schlachten zwischen Räubern und Mördern; an einem Tage sind nicht weniger als 3000 umgekommen; jedes alleinstehende Haus ging in Flammen auf und fast jedes Bergwerk kam zum Stillstand. Sir F. Swettenham erzählt: Als ich in Kuala Lumpur, dem heutigen Sitz des malayischen Bundesstaats, vor einem offenen Schuppen stand, sagte mir der Hauptmann der Chinesen, indem er auf eine Art Tisch wies: „Darauf zahle ich für die Köpfe der Feinde; jeder mir gebrachte Kopf der auf diesen Tisch gelegt wird, ist 100 Dollar wert.“ Es gab keine Straßen; Straßen waren die Flüsse, und auf diesen wurde jeder besteuert, der vorbei kam und gepackt werden konnte, und nicht nur von einem Sultan, sondern von dreien, und von allen kleineren Häuptlingen.

Die Ordnung der Finanzen war dementsprechend. Unentbehrliche Lebensmittel wie Luxusgüter waren hoch besteuert. In Prozessen hing das Urteil lediglich vom Reichtum und Einfluß der Streitenden ab. Die Strafen, die verhängt wurden, waren barbarisch. Es bestand ein System der Schuldklaverei, gemäß dem nicht nur der Schuldner, sondern auch sein Weib und seine Deszendenz bis in die entferntesten Glieder hoffnungsloser Unfreiheit verfielen. Sie hatten für eine unbegrenzte Periode Zwangsarbeit zu leisten und dies ohne irgendwelches Entgelt, und der Radschah konnte erzwingen, daß alle weiblichen Kinder durch seinen Harem gingen. Die einzige Art und



Weise, wie die höheren Klassen ihren Unterhalt bestritten, war, daß sie die Bauern und die Chinesen aufs äußerste auspreßten. Da der malayische Bauer dementsprechend keine Aussicht hatte, vorwärts zu kommen, begnügte er sich mit den wenigen Lebensmitteln, die er durch Fischfang und Anbau von Reis ohne viel Anstrengung erwerben konnte, und war im übrigen faul.

Als ein englisches Kanonenboot angegriffen und zwei Offiziere verwundet, britische Polizeistationen geplündert und eine britische Niederlassung in die Luft gesprengt worden, wurde der Sultan von Perak genötigt, sich einen britischen Residenten gefallen zu lassen. Auch wurde unter den Chinesen, welche die Zinnbergwerke ausbeuten, Ordnung gestiftet, indem man die Grenzen der einzelnen Bergwerke festsetzte. Dann wurden auch in anderen Staaten Residenten eingesetzt. Ihre Aufgabe war, Rat zu erteilen, die Einnahmen zu ordnen und die Ausgaben zu genehmigen, ferner eine Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu schaffen.

Der erste britische Resident in Perak ist 1875 unter Zustimmung des Sultans ermordet worden. Darauf erschien eine britische Truppe, nicht bloß in Perak, sondern auch in anderen Staaten. Nichts was die Herrscher rascher überzeugt hat, daß es vorteilhaft sei, auf den Rat des Residenten zu hören. Schritt für Schritt übernahmen die Residenten die ganze Verwaltung. Die Folgen waren in höchstem Maße befriedigend. 1884 wurde in ganz Britisch-Malayen die Sklaverei beseitigt. 1888 hat Pehang, der größte der zum Bundesstaat gehörigen Staaten, einen Residenten angenommen. 1895 wurden vier kleine Staaten, die den Negri Sembilan bildeten, unter einem Herrscher vereint, und das Jahr darauf wurden die vier Staaten Perak, Selangor, die Negri Sembilan und Pehang zu einem Bunde zwecks gegenseitiger Unterstützung, Kontinuität der Politik und Uniformität der Verwaltung vereint. Dörfer schossen wie Pilze auf; Chinesen strömten ein; die Zinn- ausfuhr nahm stetig zu, und der Ertrag des Ausfuhrzolls auf Zinn wuchs so rasch, daß aus den Überschüssen ein

in den übrigen Tropen unerreichtes Straßensystem und die unentbehrliche Eisenbahn geschaffen werden konnten.

Der Reichtum der verbündeten malayischen Staaten beruht auf ihren Zinnbergwerken. Sie liefern den größten Bestandteil des Zinns der Welt. 1895/6 hat man den Ertrag der malayischen Zinnbergwerke auf fünf Sechstel der Zinnproduktion der Welt geschätzt. 1901 betrug der Wert der gesamten Ausfuhr aus den malayischen Staaten \$ 71 350 000; davon kamen auf Zinn \$ 61 689 000, d. h. mehr als 86 Prozent der Ausfuhr. In demselben Jahre brachte der Ausfuhrzoll auf Zinn \$ 8 439 000, und die Lizenzen für Opium, Alkohol und Spielhäuser \$ 3 726 000. Charakteristisch für die Faulheit der Eingeborenen ist, daß fast der ganze Betrag der Einnahmen von den eingewanderten Chinesen bezahlt wird. Das Zinn ist nahezu vollständig das Produkt der Chinesen; desgleichen zahlen sie die vom Opium, Alkohol und den Spielhäusern gewonnenen Beträge. Von der Bevölkerung der verbündeten Staaten sind 61 Prozent Einwanderer, hauptsächlich Chinesen, und nur 39 Prozent Malayen.

Jeder der vier verbündeten Staaten wird durch einen Staatsrat, bestehend aus dem Sultan, dem britischen Residenten, dessen Sekretär und einer Anzahl malayischer Häuptlinge und einem oder mehreren hervorragenden Chinesen, die die Interessen der chinesischen Gemeinschaft vertreten, regiert.

Die verbündeten malayischen Staaten sind unter britischer Verwaltung aufgeblüht. Leben und Eigentum sind gesichert worden. Die Sklaverei und die Erpressung unbezahlter Arbeit wurden beseitigt; unentgeltlicher Unterricht und unentgeltliche Pflege in Spitälern sind allen zugänglich geworden. Für den Bergbau wurden Bergwerkesetze erlassen; aber angesichts dessen, daß der Ertrag des Bergbaus einmal zurückgehen wird, hat die Regierung eine besondere Abteilung für wissenschaftliche Landwirtschaft abgezweigt. Der Boden ist fruchtbar, die Regenmenge im Gegensatz zu Indien gut. Da der Chinese den Bergbau vorzieht und der Malaye faul ist, sind zur Ent-

wicklung der Landwirtschaft Arbeiter aus Ostindien eingeführt worden. Seit 1900 ist der Anbau von Kautschuk von besonderer Bedeutung geworden. 1900 hat der Weltbetrag der Erzeugung von Kautschuk 53 000 Tonnen betragen, von denen nur 4 Tonnen in Pflanzungen gewonnen waren. 1922 betrug die Kautschukerzeugung der Welt 379 920 Tonnen, wovon 354 980 in Pflanzungen gewonnen waren. Die Ausfuhr allein aus den verbündeten malayischen Staaten, die 1905 104 Tonnen betrug, ist 1913 auf 23 700 Tonnen gestiegen und hat 1922 128 461 Tonnen erreicht. Die steigende Nachfrage nach Kautschuk ist die Folge der Zunahme des Automobilverkehrs. Sie hat auf der malayischen Halbinsel zur Verwandlung von Wäldern in Kautschukplantagen geführt. Straßen und Eisenbahnen wurden gebaut, neue Dörfer entstanden. Singapur gedieh nicht nur als Ausfuhrhafen für Zinn, sondern auch für Kautschuk; desgleichen gediehen die Häfen von Swettenham und Penang.

Außer dem Kautschuk ist dem Anbau von Kokosnüssen ein Aufschwung der malayischen Landwirtschaft zu danken. Von Interesse ist die Änderung in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft, den dieser Aufschwung hervorgebracht hat. Während die Zahl der im Bergbau Beschäftigten 1921 86 339 und 1922 82 195 betrug, hat die Zahl der in landwirtschaftlichen Plantagen über 100 acres im Umfang Beschäftigten 1918 368 564 betragen, wovon 210 028 Inder, 101 345 Chinesen, 31 389 Malayen, 21 538 Javaner und 4264 anderer Nationalität waren.

Die Staatseinnahmen der verbündeten malayischen Staaten sind von \$ 400 000 im Jahre 1875 auf \$ 22 500 000 im Jahre 1902 gestiegen; in gleicher Zeit stieg der Wert ihres Außenhandels von \$ 1 500 000 auf \$ 127 000 000. Der Ausfuhrzoll auf Kautschuk bildet seit 1906 einen höchst wichtigen Posten der Staatseinnahmen.

Sehr verschieden sowohl was die Erwerbung als auch ihren Charakter angeht, ist die britische Kolonie Borneo. Der Sultan von Brunei hatte dort seine Unabhängigkeit von den Holländern bewahrt. Als die Ostindische Gesell-

schaft 1833 ihr Monopol im Handel mit China verlor, hat ein britischer Kaufmann, James Brooks, von ihm Land in Sarawaka erhalten. Es gelang ihm, das Vertrauen der Eingeborenen zu erwerben. Sie haben ihm 1841 die Regierung von Sarawaka angeboten, die er annahm. Als der Sultan fünf Jahre später Großbritannien die Insel Labuan als Kohlenstation überließ, hat dieses ihm auch die Regierung über Labuan übertragen. Da hat Brooks eine glückliche Rolle als Vermittler zwischen Malayen und Dyaken, d. h. zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, gespielt, indem er den einen ihre Privilegien wahrte und den anderen Rechte sicherte. Die Bewohner haben ihm und seinen Nachfolgern durch große Ergebenheit gedankt; außerdem sind Ordnung und Wohlstand dieses Teils der Insel das Ergebnis gewesen. Im Laufe der Zeit ist dazu die Niederlassung eines anderen britischen Kaufmanns, dessen Familie in den Wirren von Kanton großen Einfluß gehabt hat, Alfred Dent, gekommen. Er hat den enormen Besitz, den die Sultane von Borneo und Sulu einer amerikanischen Gesellschaft gegen Zahlung einer Rente übertragen hatten, erworben und sich zur Zahlung der Rente an die Sultane verpflichtet. Da aber die Zahlung dieses Tributs und die Kosten der Verwaltung des immensen Gebiets die Mittel Dents überstiegen, hat er eine Gesellschaft mit ausreichendem Kapital, um die Regierung zu übernehmen und die Reichtümer des Landes zu heben, gegründet, und es ist ihm gelungen, seiner Gesellschaft als der ersten einen Freibrief, ähnlich den Freibriefen des 17. und 18. Jahrhunderts, zu verschaffen. Es entstand 1881 die Britische Nord-Borneo-Gesellschaft<sup>1)</sup> mit einem Kapital von 2 Millionen £. Sir Rutherford Alcock, den wir in seiner Tätigkeit als britischer Generalkonsul in China bereits kennen gelernt haben, wurde ihr Vorsitzender. Ihm hat sie einen großen Teil ihres Erfolges zu danken. Die Gesellschaft war weniger eine handeltreibende, als vielmehr eine regierende und landbesitzende Gesellschaft; die

---

1) Siehe oben 246.

Geschäfte wurden von anderen Gesellschaften betrieben; die Einnahmen der Nord-Borneo-Gesellschaft bestanden aus Gebühren, welche diese für das Recht Bergbau, Landwirtschaft usw. zu treiben, für Lizenzen und an Steuern zu zahlen hatten. 1888 wurde das Gebiet der Gesellschaft zusammen mit Sarawaka und Brunei unter britischen Schutz gestellt. Der Gouverneur wird vom Aufsichtsrat der Gesellschaft unter Zustimmung des Staatssekretärs ernannt; er wird gleich dem Radschah von Sarawaka von einem gesetzgebenden Rate, der aus europäischen Beamten und Häuptlingen der Eingeborenen besteht, beraten. 1906 hat der Sultan von Brunei die Verwaltung dem britischen Residenten übertragen.

In den Kapiteln 68—73 habe ich die großen überseeischen Besitzungen Großbritanniens behandelt. Sehen wir von Kanada und Australien ab, so sind sie von unterworfenen Völkern anderer Rasse bewohnt. Die Briten haben bei ihnen Ordnung geschaffen und ihnen die Ergebnisse moderner Technik übermittelt. Ob ihre wirtschaftliche Lage dadurch besser geworden ist, kann bezweifelt werden. Unzweifelhaft sind die sanitären Fortschritte, welche die Europäer ihnen gebracht haben.

Der Ausbruch des Weltkriegs hat sie alle in Mitleidenschaft gezogen. Davon im nächsten Kapitel.

---



## 74. Kapitel.

### Vor dem Weltkrieg und nachher.

Ich habe zur Zeit der zollpolitischen Kämpfe in Deutschland im Gespräch mit deutschen Schutzzöllnern oft hören müssen, daß selbst England die Freihandelsidee nicht verwirklicht habe, und dabei verwiesen sie auf Englands Seeherrschaft, an der es wie zur Zeit des brutalsten Merkantilismus unerbittlich festhalte, und auf die Gewalt, mit der es gegen Völker vorgehe, die sich gegen Handelsbeziehungen mit ihm ablehnend verhielten, und wie es nicht bloß durch das Angebot besserer oder billigerer Ware, sondern auch durch den Erwerb monopolistischer Konzessionen andere Nationen vom Wettbewerb mit ihm in fremden Ländern abzuhalten bestrebt sei. Wer die vorstehenden Seiten liest, die großer Erweiterung nach dieser Richtung fähig wären, wird nicht bestreiten, daß die britischen Außenminister und Admiräle auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rücksichtslose Merkantilisten geblieben sind.

1. In zwei Aufsehen erregenden Schriften<sup>1)</sup> „England, Irland und Amerika“ und „Rußland“ ist Cobden 1835 und 1836 dem entgegengetreten. Er hat der seit Jahrhunderten die auswärtige Politik Englands leitenden Gleichgewichtstheorie den Krieg erklärt, die Nichteinmischung Englands in die Streitigkeiten anderer Völker gefordert, in Zusammenhang damit die Herabminderung der englischen Flotte auf das Maß dessen, was nötig sei, um die britische Küste vor feindlicher Invasion zu bewahren, verlangt

---

1) Wieder abgedruckt in The Political Writings of Richard Cobden. I, London 1867.

und gefragt, ob es etwa die Schweizer Flotte sei, der es die Schweizer zu danken hätten, wenn die Schweizer Baumwollfabrikate mit den englischen auf englischen und neutralen Märkten erfolgreich konkurrierten. Lediglich auf der Wohlfeilheit seiner Produkte beruhe der englische Handel. Das Einzige, was ihn gefährden könne, wäre, daß andere Länder billiger als England produzierten. Aber eben die große englische Flotte erwecke Furcht und Feindschaft bei allen anderen Nationen, führe sie zu Gegenrüstungen, und die Kosten einer Flotte, die imstande sei, die Flotten aller übrigen Länder zu überwinden, führten zu einer solchen Verteuerung der heimischen Produktion, daß die Flotte, statt die heimischen Gewerbe und den britischen Handel zu fördern, gerade zu dem führe, was diesen bedrohe, nämlich daß andere Länder billiger als England produzierten.

Aber weder das britische Außenministerium noch die britische Admiralität haben sich bereit finden lassen, auf die Vergewaltigung des privaten Handelsverkehrs zur See zu verzichten<sup>1)</sup>. So oft die Reform des Seekriegsrechts von den übrigen Staaten in Angriff genommen worden ist, stets hat sie in England den heftigsten Widerstand gefunden. Im Jahre 1856 allerdings hat sich England, aber doch nur soweit es im Interesse seiner Seeherrschaft gelegen war, zu einer Reform des Seerechts verstanden. Der erste Satz der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 lautet: „Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft.“ Es sollte also von da ab verboten sein, privaten Handelsschiffen, sei es eigenen, sei es denen fremder Staatsangehöriger, Kaperbriefe zu erteilen und sie dadurch zu ermächtigen, auf Beute auszugehen. Gerade die zur See schwächeren Staaten, die über keine große Kriegsflotte verfügten, hatten sich der Ausstellung solcher Kaperbriefe vielfach bedient, um diesen Nachteil auszugleichen. England mit einer Kriegsmarine,

---

1) Siehe Lujó Brentano, *Englands Anteil an der Kriegsschuld*, in den von Alfred von Wegerer herausgegebenen Berliner Monatsheften „Die Kriegsschuldfrage“, März 1928, 265—281.

die der aller übrigen Länder überlegen war, glaubte selbst Kaperschiffe entbehren, dagegen von der Abschaffung derselben durch andere nur Vorteil ziehen zu können. Das aber war eben der Grund, warum, während alle europäischen Staaten in die Abschaffung der Kaperei willigten, die damals marineschwachen Vereinigten Staaten von Amerika die Zustimmung verweigert haben. Sie erklärten, auf die Kaperei so lang nicht verzichten zu können, als nicht das private Eigentum auch im Seekrieg für unverletzlich erklärt, das Seebeuterecht mithin vollständig, auch das der Kriegsschiffe, beseitigt sei. Sie verlangten, daß dem ersten Satze der Seerechtsdeklaration die Worte beigefügt würden: „Und das Privateigentum eines Kriegführenden auf hoher See soll von Beschlagnahme durch ein Kriegsschiff der feindlichen Macht frei sein, außer wenn es Konterbande ist.“

Alle übrigen Signatarmächte haben wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See anzuerkennen; aber diese Reform des Seekriegsrechts, welche das Meer erst wirklich zum Gemeineigentum der Menschheit machen würde, ist immer und immer wieder an dem Widerstand Englands gescheitert. Als die Antwort der Vereinigten Staaten eintraf, sprachen die ministeriellen Blätter in London von einer „unerhörten Zumutung“. Mit Englands überlegener Kriegsmarine erwartete Lord John Russell, den Handel der im Krieg mit ihm befindlichen Nationen in kürzester Zeit nach Ausbruch des Kriegs ruinieren und so nicht nur Englands Übermacht zur See, sondern auch seine Handelsherrschaft für alle Zeiten sichern zu können. Er hat dies 1861 ausdrücklich erklärt. Das war, nachdem eben der englisch-französische Handelsvertrag abgeschlossen war, in dem Großbritannien alle Schutzzölle und Ausfuhrprämien abschaffte und den Anstoß zu einer Freihandelsperiode in ganz Europa gab. Cobden freilich war mit der Halbheit der Whigs nicht einverstanden. In einem Briefe<sup>1)</sup> an

---

1) The Political Writings of Richard Cobden. London 1867. 5 ff.

Henry Ashworth vom 12. April 1862 hat er die Beseitigung des Seebeuterechts in Kriegszeiten für einen integrierenden Teil des Freihandels erklärt, für das notwendige Korrelat der Beseitigung der Navigationsgesetze, der Abschaffung der Kornzölle und der Preisgabe des Kolonialmonopols.

„Wir haben die Herrschaft der Gewalt verworfen, um dem Grundsatz der Freiheit zu vertrauen, der ungebundenen und unbedingten Freiheit. Unter diesem neuen Regime hat unser nationaler Reichtum zugenommen, wie noch niemals zuvor. In den letzten vierzehn Jahren ist die Zunahme unseres Handels größer gewesen als seine Gesamtzunahme während der vorausgegangenen tausend Jahre, die auf Gewalt, List und Monopol sich stützten. Das sollte uns ermuntern, weiterzuschreiten in voller Zuversicht, daß jedes weitere Hemmnis in der Entwicklung unseres Handels, sowohl zur See als auch zu Land, im Frieden wie im Krieg, das beseitigt wird, unseren Wohlstand mehren wird, unter gleichzeitiger Förderung der allgemeinen Interessen der Menschheit.“

Cobden stand damals im Zenith seines Ruhms. Die Befreiung des Lands von allen Schutzzöllen hatte zu jener berausenden Zunahme des englischen Reichtums geführt, die Gladstone in seiner Budgetrede von 1863 gefeiert hat<sup>1)</sup>. Auch stand die Geschäftswelt hinter ihm, als er die Freiheit der Meere verlangte. Aber Palmerston hat, wie schon gesagt, bis zu seinem Ende mehr an die Sicherung des Wohlstands Englands durch Bajonette als durch Freihandel geglaubt. Um dieselbe Zeit, da Cobden seinen Brief an Ashworth schrieb, hat er im Unterhause gesagt, daß England durch Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See „der englischen Seemacht einen Schlag erteilen und sich des Selbstmords schuldig machen würde“, und fünfzig britische Admiräle haben erklärt, diese Anerkennung würde für England so viel wie den Verlust eines Feldzugs bedeuten. Das Merkwürdigste aber ist die Haltung der englischen Jurisprudenz. Noch Vattel hatte 1758 über Völker, die im Kriege gegeneinander standen, geschrieben, daß alle Angehörigen des

---

1) Siehe Band III, 1, 215, 216.

einen Volks die Feinde aller Angehörigen des anderen seien, selbst die Weiber und Kinder, und es hat als der größte Fortschritt des Völkerrechts seitdem gegolten, daß es bei allen zivilisierten Nationen den Satz J. J. Rousseaus zur Geltung gebracht hat:

„Der Krieg ist kein Verhältnis zwischen einer Person und einer andern, sondern ein Verhältnis von Staat zu Staat, wobei die Einzelnen nur zufällig Feinde sind, nicht als Menschen, nicht einmal als Staatsbürger, sondern nur als Soldaten; nicht als Angehörige, sondern als Verteidiger des Vaterlands.“

Nur die englischen Juristen machen eine Ausnahme. Ihnen ist noch immer der Krieg nicht bloß ein Krieg zwischen Staat und Staat, sondern aller Angehörigen eines Staats gegen alle Angehörige des Gegners. Sie verweigern die Anerkennung der Grundlage des modernen Kriebsrechts, eben weil sie die Konfiskation des Privateigentums zur See im Kriebsfall ausschließen. Als weitere Folge haben sowohl die britische Kriebsführung als auch die englischen Juristen nicht einmal die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Landkrieg anerkannt, und 1874 hat auf der Friedenskonferenz zu Brüssel Lord Derby namens der englischen Regierung selbst die Erörterung der Freiheit der Meere im Kriebsfall kategorisch abgelehnt.

Diese Haltung der britischen Regierung blieb praktisch bedeutungslos, so lang der auf den englisch-französischen Handelsvertrag folgende außerordentliche Aufschwung der britischen Volkswirtschaft ungeschmälert andauerte. So lange huldigte auch die enorme Mehrzahl den Friedensbestrebungen Cobdens. Ich habe schon erzählt<sup>1)</sup>, wie sich dies nach dem Krach von 1873 zu ändern begann. Fürst Bismarck hatte sich von der Handelspolitik, unter der Preußen groß geworden war, zur Rückkehr zu der merkantilistischen Auffassung bekehrt, daß der Vorteil des einen auf dem Schaden des anderen beruhe, und zu der Roßtäuscherpolitik, daß es in einem Handelsvertrage darauf ankomme, den Gegenkontrahenten zu über-

1) Oben S. 42, 43.



vorteilen. Die deutsche Schutzzollpolitik wandelte sich in eine wirtschaftliche Aggressivpolitik. Dazu kam der große Aufschwung von Deutschlands Industrie infolge der systematischen Nutzbarmachung der Fortschritte von Wissenschaft und Technik im Wirtschaftsleben. Hand in Hand damit ging das allzu selbstbewußte Auftreten vieler Deutschen nach dem deutsch-französischen Krieg. Das hat den Jingoismus in England geweckt. Ich habe erzählt<sup>1)</sup> wie die aufkommenden Imperialisten statt in der Rückständigkeit der britischen Industrie in der deutschen Schutzzollpolitik die Ursache einer drohenden Überflügelung der britischen Volkswirtschaft durch die deutsche erblickten und sich zu fürchten begannen. Solange Bismarck am Ruder war, war dies für den Frieden keine Gefahr, denn sein heißestes Bemühen war auf Erhaltung des Friedens gerichtet, und in den achtziger Jahren hat er sich, um ihn zu erhalten, sogar wiederholt um ein Bündnis gerade mit England bemüht. Das wurde anders mit Bismarcks Sturz. Wir wissen heute, daß er dadurch veranlaßt wurde, daß Wilhelm II. die deutsche auswärtige Politik selbst leiten wollte, und daß er, während Bismarck, weil er sich des guten Einvernehmens mit Rußland je länger je weniger sicher fühlte, England Bündnisangebote gemacht hatte, gerade durch ein Bündnis mit Rußland einem Kriege vorbeugen wollte. Wilhelm glaubte an einen unversöhnlichen Interessengegensatz von Rußland und England und trat auf die Seite von Rußland.

Es würde den Rahmen dieses Kapitels weit überschreiten, wollte ich hier den Ursprung des Weltkrieges erzählen<sup>2)</sup>. Hier soll davon nur so weit die Rede sein, als die Aufrechterhaltung des Anspruchs Englands auf

---

1) Oben S. 46 ff.

2) Siehe darüber Lujo Brentano, Die Urheber des Weltkriegs, 2. Aufl. München 1922. Die seitdem erschienenen zahlreichen Veröffentlichungen haben wohl Verbesserungen in relativ unerheblichen Einzelheiten gebracht, in der Hauptsache aber nichts geändert. Ich halte mich im folgenden an meine frühere Darlegung.

Beherrschung der Meere zu seinem Ausbruch beigetragen hat. Alles, was Cobden als Folge derselben vorausgesagt hat, ist eingetroffen. Solange England die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See nicht anerkannte und die Kompetenz zur Beurteilung der Beschlagnahme selbst neutraler Schiffe, im Falle es selbst in einen Krieg verwickelt war, für seine Prisengerichte in Anspruch nahm, mußte eine Nation, deren Industrie und Handel einen Aufschwung nahmen wie die Deutschlands, notwendig darauf bedacht sein, ihr schwimmendes Privateigentum vor Vergewaltigung durch eine fremde Macht zu schützen. Hätte Großbritannien gleich allen anderen zivilisierten Nationen die Freiheit der Meere anerkannt, so hätte Deutschland keine Kriegsflotte nötig gehabt, denn wie Graf Czernin und Colonel House gleichfalls ausgesprochen haben, hätten riesige Kriegsflotten alsdann keinen Zweck mehr; wenige Kriegsschiffe zur Vernichtung von Seeräubern würden genügen; Großbritanniens Weigerung gab dem deutschen Flottenbau seine Rechtfertigung. Kaiser Wilhelm hat dann in Reden, wie sie auf patriotischen Kommersen gehalten zu werden pflegen, für die Flotte Propaganda gemacht. Waren diese Reden auch auf das deutsche Publikum berechnet, so mußten sie auf England doch provozierend wirken. Wilhelms Kraftaussprüche haben dort die Vorstellung erweckt, er wolle England die von ihm seit Jahrhunderten beanspruchte Seeherrschaft entreißen.

Da kam am 29. März 1898 die Nachricht aus London, der Kolonialminister Chamberlain fühle sich in China von Rußland bedroht und fürchte in Westafrika Verwicklungen mit Frankreich; er wünsche den Abschluß eines Bündnisses Englands mit Deutschland; Deutschland möge seine Bedingungen formulieren<sup>1)</sup>. Das war der von Bismarck heißersehnte Augenblick, daß England, von Rußland und Frankreich bedroht, das Bündnis mit Deutschland wünsche,

---

1) Dr. Eugen Fischer, Holsteins großes Nein. Berlin 1925. 5.

das Lord Salisbury ihm versagt hatte. Aber in Deutschland bestand damals eine wahnwitzige Hetze gegen England aus Anlaß von dessen Burenpolitik, und, was weit wichtiger war, der deutsche Staatssekretär Bernhard von Bülow stand unter dem verhängnisvollen Einfluß seines England fanatisch hassenden vortragenden Rats, des Barons von Holstein. Es kam zu langen Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem britischen Auswärtigen Amte. Letzteres ist darin den deutschen Bedenken in weitestem Maße entgegen gekommen. Man versprach, das Bündnis durch einen Parlamentsbeschluß zum Gesetz erheben zu lassen, denn auch die Führer der Opposition in beiden Häusern hatten sich damit einverstanden erklärt; auch wurde der Defensivcharakter des erbetenen Bündnisses dadurch gekennzeichnet, daß es nur für den Fall gelten sollte, daß eine der beiden Mächte von zwei Seiten angegriffen würde. Letzteres wurde dem Kaiser von Bülow aber nicht mitgeteilt. Die Verhandlungen kamen zu nichts. Doch hat Chamberlain an seiner Bündnisidee festgehalten. Nach einem deutsch-englischen Abkommen über die portugiesischen Kolonien in Afrika und Erledigung eines Streits über Samoa hat Kaiser Wilhelm am 25. September 1899 einen Privatbrief seiner Großmutter erhalten, worin diese ihn und die Kaiserin sowie den Staatssekretär Grafen Bülow in „liebenswürdiger“ Weise nach Windsor einlud. Dort ist die Bündnisfrage zwischen Chamberlain und Bülow weiter erörtert worden, und wenige Tage nach Abreise der deutschen Herrschaften hat Chamberlain als Niederschlag der gepflogenen Unterredung in einer öffentlichen Rede von einem deutsch-englisch-amerikanischen Bündnis gesprochen. Aber in Deutschland tobte noch immer die Hetze gegen England. Als Chamberlains Rede in Deutschland bekannt wurde, erhob sich in der schutzzöllnerischen und alldeutschen Presse und seitens der entsprechenden Parteien im Reichstag ein Sturm der Entrüstung, und nun gab Bülow die vom Fürsten Bismarck ersehnte Gelegenheit zum erstenmal preis.

Doch die Gelegenheit sollte sich der deutschen Regierung noch einmal bieten. Noch dauerte der Burenkrieg;

Delcassé, der französische Außenminister, hatte Faschoda noch nicht vergessen; er hatte sogar zusammen mit Rußland den Vorschlag gemacht, gegen England zugunsten der Buren einzuschreiten. Dazu kamen Differenzen mit Rußland und den Vereinigten Staaten in China und mit Rußland in Persien. Da sind Chamberlain, der Herzog von Devonshire und der Marquis von Lansdowne mit einem nochmaligen Bündnisangebot an die deutsche Botschaft in London herangetreten, wobei sie gleichzeitig bemerkten, daß sie bei Ablehnung für den Anschluß Englands an Rußland und Frankreich eintreten würden. Aber Holstein hielt diese Drohung für Bluff und riet der Londoner Botschaft, England hinzuhalten; und als nach dem Tode der Königin Victoria der japanische Minister Hayaschi den Vorschlag machte, den Dreibund durch den Beitritt Englands und Japans zu einem Fünfbund zu erweitern, wodurch jede Kriegsgefahr in Europa wie in Asien beseitigt gewesen wäre, hat der von Holstein beratene deutsche Reichskanzler dem Kaiser davon überhaupt keine Mitteilung gemacht.

Damit war der Würfel gefallen. Nun schien den Engländern klar, daß der deutsche Flottenbau gegen ihr Land gerichtet sei. König Eduard VII. fuhr nach Paris, wo auf einem Frühstück mit Delcassé die Begleichung aller Differenzen Englands mit Frankreich in die Wege geleitet wurde. Es kam der Vertrag zwischen Großbritannien und Frankreich vom 8. April 1904, worin beide ihre Gegensätze in Neufundland, West- und Zentralafrika durch beiderseitiges Entgegenkommen begruben<sup>1)</sup>. Durch diesen Vertrag verspricht Großbritannien, Frankreich in Marokko, wo es mit Deutschland den großen Konflikt hatte, keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, wogegen Frankreich verspricht, Großbritannien in Ägypten nicht entgegenzuwirken und nicht zu verlangen, daß für die oft versprochene Räumung Ägyptens durch die Engländer ein Termin festgesetzt werde. Aus den am 9. und 11. November 1911 veröffentlichten Geheimverträgen, die von Großbritannien,

1) Der französische Text findet sich abgedruckt bei Gooch and Temperley II, 402—407.

Frankreich und Spanien 1904 getätigt worden sind, geht hervor, daß sie gleichzeitig mit den von ihnen bekannt gegebenen Verträgen, in denen sie die Souveränität des Sultans von Marokko und die Integrität seines Reichs zu wahren versprochen hatten, sich über die Teilung dieses Reichs unter Frankreich und Spanien bei gleichzeitiger Gewährleistung der britischen Handelsinteressen geeinigt haben<sup>1)</sup>.

Darauf folgte 1906 die Konferenz von Algeciras, auf der Rußland den ersten Schritt zur Annäherung an England vollzog<sup>2)</sup>. Als die Konferenz zusammentrat, war wenige Wochen vorher das Ministerium Balfour—Lansdowne, das den englisch-französischen Vertrag vom 8. April 1904 abgeschlossen hatte, gestürzt worden. Aber damit trat in der äußeren Politik Englands keine Änderung ein. Außenminister wurde nunmehr der intime Freund Eduards VII., Sir Edward Grey. Seine äußere Politik stand in direktem Gegensatz zu der des neuen Premierministers, Sir Henry Campbell-Bannerman. Dieser hielt an der Tradition der Nichteinmischung Englands in die Politik anderer Völker fest und war ein heftiger Gegner des Burenkriegs gewesen. Grey hielt an der Tradition Palmerstons fest. Er hat sich zur Übernahme des Außenministeriums (vielleicht auf Wunsch des Königs?) nur bereit finden lassen, wenn er die auswärtige Politik Englands nach seinem Kopf leiten dürfe<sup>3)</sup>. Er war noch nicht einen Monat im Amt, als die Freundschaft Großbritanniens mit Frankreich in für den Weltfrieden verhängnisvollem Maße inniger wurde<sup>4)</sup>. Auf Andringen des französischen Botschafters

---

1) Siehe über diesen zynischen Widerspruch den früheren Minister Ribot im französischen Senat bei Morel, *Ten Years of secret Diplomacy. An unheeded warning.* 6 ed. London 1920. p. 81. Auch im englischen Unterhause wurden Proteste laut. Siehe auch Pevet, *Les Responsables de la Guerre.* Paris 1925. 47.

2) Hamman, *Der mißverständene Bismarck*, 134. Siehe dazu Fürst Trubetskoi, *Rußland als Großmacht.* 1917, S. 90.

3) Blunt, *My Diaries II*, 208—210.

4) Earl Loreburn, *How the War came.* London 1919. 76.



in London, Paul Cambon, hat Grey nicht nur hinter dem Rücken des Parlaments, sondern auch des Kabinetts, dem er angehörte — er hat nur zwei Mitglieder desselben, die wegen ihres Imperialismus im Gegensatz zu dem Premierminister standen, die Herren Asquith und Haldane, in seine Pläne eingeweiht — zugesagt, daß England in einem deutsch-französischen Kriege Frankreich mit seiner ganzen Kriegsmacht unterstützen werde, falls die öffentliche Meinung Englands bei Kriegsausbruch dies billige. Wie Grey und 1918 Lloyd George es ausdrückten, war England dadurch nicht vertragsmäßig, aber „in Ehren“ verpflichtet. Auch hat der belgische Geschäftsträger in London, E. van Grootven, am 14. Januar 1906 nach Brüssel berichtet<sup>1)</sup>:

„In der letzten Zeit sagte Sir Eduard Grey zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, denen er bis zum Äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Kriegs und auf alle Gefahr hin.“

Grey war bedacht, wie die Verträge von 1904 die Differenzen mit Frankreich in Marokko und Ägypten beseitigt hatten, so auch die Differenzen mit Rußland in Asien, die einem Kriege Englands mit Deutschland hätten hindernd im Wege stehen können, zu beseitigen. Auf die Annäherung beider Mächte aneinander in Algier folgte am 31. August 1907 das Abkommen zwischen England und Rußland, durch welches alle zwischen den beiden Mächten in Persien, Afghanistan und Tibet bestehenden Differenzen beglichen worden sind. Der interessanteste Teil des Abkommens ist der betreffend Persien. Ich habe schon erzählt, daß bereits das sogenannte Testament Peters des Großen die Russen auf den Weg über Persien als den Weg nach Indien verwiesen hat. Die Russen sind der Weisung gefolgt, haben den Kaukasus überschritten<sup>2)</sup>, haben ein

---

1) Belgische Aktenstücke 1905—1914, herausgegeben vom Auswärtigen Amt. Berlin. S. 18.

2) Siehe für das Folgende: P. M. Sykes, A History of Persia. London 1915. II, 458 ff. — Edward G. Browne, The

zwischen Rußland und Persien liegendes Khanat nach dem andern annektiert, bis Rußland der Nachbar Persiens geworden ist; 1884 haben sie Merw annektiert. Großbritannien hat seinerseits in den sechziger Jahren Verträge über Telegraphenlinien mit Persien abgeschlossen, die von Konstantinopel über Persien nach Indien führten, und 1872 hat der Schah dem Baron Reuter, einem naturalisierten Briten, ein Monopol für die Erbauung von Bahnen, für die Ausbeutung von Bergwerken und die Errichtung einer Nationalbank erteilt. Zu diesen Konzessionen gehörte auch die Eröffnung des Handels mit dem unteren Karun, 1888, wo bedeutende Petroleumlager sich fanden, die viel eingebracht haben. Dann wurde an Stelle der Reuterschen Bank die kaiserliche Bank von Persien mit britischem Kapital errichtet. Auch erhielten die Briten das Tabakmonopol, eine Konzession, die der Schah zurücknehmen mußte, da sowohl Männer wie Frauen zu rauchen aufhörten. Der Nachfolger des 1896 ermordeten Schahs hat dann die erste Schuld Persiens kontrahiert. Die Russen errichteten als Rivalen der Briten eine Bank, die nur ein Zweig des russischen Finanzministeriums war und politischen Zwecken diente. Die Verschuldung Persiens an Rußland stieg auf  $6\frac{1}{2}$  Millionen £ ausschließlich einer halben Million, die Rußland für erlittene Beraubungen beanspruchte. Dafür mußte ihm eine Konzession zum Straßenbau nach Teheran über Täbris und Rechte zur Gewinnung von Petroleum und Kohlen erteilt werden.

Gleichzeitig mit Änderungen in der Zollerhebung und der Betrauung von Belgien mit deren Durchführung, wodurch die Einnahmen des Schahs um 50 Prozent erhöht wurden, eine steigende Verschwendung seitens des Schahs und eine wachsende Unruhe im Lande ob der Verschleuderung von dessen Hilfsquellen an die Fremden.

Es würde zu weit führen, wollte ich hier alle die Züge und Gegenzüge der Briten und Russen in ihrer Ri-

valität um die Herrschaft in Persien vorführen. Rußland begnügte sich nicht mehr mit dem Vormarsch im Norden, sondern begann regelmäßig Dampfer von Odessa nach dem Persischen Golf zu senden, und umgekehrt machte Lord Curzon seine schon erwähnte<sup>1)</sup> Kreuzerfahrt im Persischen Golf. Anfang Mai 1903 erklärte Lord Lansdowne, daß England unmöglich zulassen könne, daß irgendeine andere Macht Niederlassungen oder Eisenbahnen am Persischen Golf habe, und daß der Versuch, solche zu errichten, als Casus belli angesehen und ihm mit Waffengewalt begegnet werden würde<sup>2)</sup>.

Die Unzufriedenheit der Perser über solche Verfügung über ihre Interessen durch das Ausland und über die wachsende Verschuldung ihres Lands infolge der Verschwendung und der Reisen des Schahs nahm zu, und nach dem Siege der Japaner über die Russen kam es zu Unruhen, die zur Gewährung der vom Volke verlangten Nationalversammlung führten. Sie wurde am 7. Oktober 1906 eröffnet.

Aber 1904 war die Entente zwischen England und Frankreich geschlossen worden, 1906 hatte die Annäherung von England und Rußland in Algier stattgefunden, und am 21. Oktober 1906 war in The Times ein Artikel erschienen, in dem ein Abkommen zwischen England und Rußland seinen Schatten vorauswarf! Das Abkommen wurde von zwei Gegnern von Deutschland, von Sir Arthur Nicolson für England und Alexander Iswolski für Rußland abgeschlossen<sup>3)</sup>. Darin wurde Persien in drei Teile geteilt, einen nördlichen, der als die ausschließliche Einflußsphäre der Russen, einen südlichen, der als die ausschließliche Einflußsphäre der Briten gelten sollte, und einen mittleren, in dem beide Nationen um die Ausbeutung sollten konkurrieren können.

---

1) Siehe oben 339.

2) Browne 107.

3) Siehe das Abkommen bei Shuster 25—27, darüber Browne Chapt. VI.

Als das Abkommen in England bekannt wurde, haben es Lord Curzon im Oberhause und H. F. B. Lynch im Unterhause scharf kritisiert, beide weil England zu wenig erhalten habe. Aber Lynch griff es auch als Verletzung der freiheitlichen Bewegung in Persien an, die sehr im britischen Interesse gelegen sei. Und der weitere Verlauf zeigte, wie sehr er recht hatte. Ich kann nicht hier alle von den Russen unterstützten Treulosigkeiten des Schahs wiedergeben, durch die er sich der von ihm wiederholt beschworenen Verfassung und ihren Beschränkungen seiner Willkür zu entziehen suchte. Sie haben sich über zwei Jahre erstreckt, und auch als der Schah am 16. Juli 1909 von den Nationalisten abgesetzt und sein zwölf- bis dreizehnjähriger Sohn zum Schah unter Vormundschaft des Ältesten seiner Familie ernannt war, war ein verfassungsmäßiges Regiment in Persien noch nicht gesichert. Die reaktionäre Partei, die unter dem Schah das Land geplündert hatte, machte alsbald neue Anstrengungen, die Verfassung wieder zu beseitigen, und wurde dabei von Rußland unterstützt. Insbesondere wurden ihre Intriguen durch die Ernennung des Amerikaners W. Morgan Shuster zum obersten Leiter der Finanzen (Treasurer general), der eine ehrliche Ordnung derselben herbeiführen wollte, veranlaßt. Shuster hatte alle, die von der Plünderung des Staats Vorteil gezogen hatten, zu Gegnern, und diese wurden von Rußland unterstützt. Dabei ließ Sir Edward Grey den Russen völlig freie Hand, sogar als diese sich, im Widerspruch mit dem Abkommen von 1907, im November 1911 in die Wiederherstellung der Ordnung der Finanzen einmischten, die dazu nötigen Maßnahmen verboten und die Entlassung Shusters verlangten<sup>1)</sup>. Die Nationalversammlung verwarf ein darauf von den Russen gerichtetes Ultimatum, wobei die persischen Frauen durch ihre patriotische Haltung sich ausgezeichnet haben: dreihundert verließen ihre Harems, marschierten nach der Nationalversammlung und erklärten dem Präsidenten, daß sie ihre

---

1) Shuster, Chapt. VI.

Männer und Söhne töten und ihre eigenen Leiber tot zurücklassen würden, wenn die Abgeordneten in der Erfüllung ihrer Pflicht, die Freiheit und Würde des persischen Volks zu verteidigen, wankend würden<sup>1)</sup>. Die Russen haben nach Ablehnung des Ultimatums das Haus, in dem die Nationalversammlung tagte, zusammengeschoßen; Shuster verließ am 11. Januar 1912 Teheran, um nach Amerika zurückzukehren.

Rußland war nach dem üblichen Rezept der Vergewaltigung exotischer Länder durch europäische Mächte vorgegangen, das wir bereits in Ägypten kennen gelernt haben, und das auch gegenüber dem Sultan von Marokko zur Anwendung gekommen ist. Man macht den Beherrschern der betreffenden Länder weitgehende Vorschüsse zur Befriedigung ihrer Luxusbedürfnisse und bemächtigt sich dann ihrer Regierung, um die Erfüllung der mit der Aufnahme von Anleihen eingegangenen Verpflichtungen durch ihr Volk sicherzustellen. Daß die Haltung, die Sir Edward Grey dabei gegenüber Rußland einnahm, durch seine Entente mit Frankreich und seine Einstellung gegen Deutschland bestimmt worden ist, hat Shuster schon am 30. April 1912 ausgesprochen<sup>2)</sup>.

Doch es waren nicht alle Mitglieder des britischen Kabinetts in die Pläne Sir Edward Greys eingeweiht. Das damalige Parlament war im Gegensatz zu der schutzzöllnerischen Reaktion gewählt worden, und damals huldigte die Mehrheit der Kabinettsmitglieder noch den Cobdenschen Freihandels- und Friedensideen. Während die geschilderte Versöhnung Englands und Rußlands auf Kosten des persischen Volks sich abspielte, hatte die britische Regierung die seefahrenden Nationen der Welt zu einer Zusammenkunft in London geladen, um das Seerecht zu kodifizieren. Auf Grund mühseliger Kompromisse war ein Seekodex zustand gekommen. Die britische Regierung hatte ihm zugestimmt, desgleichen die Reichskonferenz, auf der die britischen Kolonien vertreten waren. Dagegen hat die

---

1) Shuster, 188.

2) Ebenda 221.



konservative Partei den Minister, der das Abkommen verteidigen wollte, im Unterhause niedergeschrien, und das Oberhaus hat, trotz aller Warnung, daß es damit die Ehre des eigenen Landes schädige, indem es ihm etwas ähnliches wie einen Wortbruch zumute, mit 145 gegen 53 Stimmen die Vorlage verworfen, weil dadurch Prisen von einem neutralen Gerichtshofe sollten abgeurteilt werden. Das einzige Seerecht und die einzigen internationalen Seegerichtshöfe, welchen diese Herren zustimmen wollten, sind ein Seerecht und eine Rechtssprechung, welche England diktiert.

Doch weit wichtiger und bezeichnender ist das Vorgehen der dem Kabinet Campbell-Bannerman (1905 bis 1908) und dem darauf folgenden ersten Ministerium Asquith (1908—1915) angehörigen Imperialisten. Es stand vor Ausbruch des Weltkriegs fest, daß, wenn es zu einem neuen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich käme, der Vertrag von 1839, der die belgische Neutralität garantierte, sei es von der einen sei es von der anderen kriegführenden Macht verletzt werden würde, und daß es nur darauf ankomme, wessen Truppen denen der anderen zuvorkämen. Von England, das den Garantievertrag mitunterzeichnet hatte, glaubte man in Deutschland keinen Einspruch fürchten zu müssen, denn Gladstone<sup>1)</sup> hatte ihn, als er Premierminister war, am 10. August 1870 als nicht mehr wirksam preisgegeben und eben deshalb 1870 neue Verträge sowohl mit Frankreich als auch mit Preußen

---

1) Gladstone sagte (Hansard, Parliamentary Debates, vol. 203, p. 1787): „Ich bin nicht imstande, mich der Anschauung anzuschließen, wonach die einfache Tatsache der Leistung einer Garantie jede daran beteiligte Partei bindet, ohne jede Rücksicht auf die besondere Lage, in welcher sie sich in dem Zeitpunkt finden mag, in dem es darauf ankommt, entsprechend der übernommenen Garantie zu handeln. Die großen Autoritäten auf dem Gebiete der äußeren Politik, auf die zu hören ich gewöhnt bin, wie Lord Aberdeen und Lord Palmerston, haben, soweit meine Kenntnis reicht, niemals dieser strengen und, ich wage zu sagen, unpraktischen Auffassung von Garantien gehuldigt.“

abgeschlossen, die während des deutsch-französischen Kriegs und noch ein Jahr nach Friedensschluß gelten sollten, also längst abgelaufen waren, und Sir Charles Dilke<sup>1)</sup>, der 1880 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium gewesen war, hatte es 1887 im *Fortnightly Review* für Wahnsinn erklärt, wenn jemand annähme, der Garantievertrag von 1839 habe noch Gültigkeit. Doch anders dachten Sir Edward Grey und sein Kriegsminister Haldane.

Haldane hat der Regierung, die während der acht Jahre vor Ausbruch des Kriegs in England am Ruder war, in zwei der wichtigsten Ämter angehört, von 1905 bis 1912 als Kriegsminister, — und zwar ist er nach dem Ausspruch des Feldmarschalls Lord Haig Englands größter Kriegsminister gewesen — von 1912 bis 1915 als Lord Chancellor. Er war der intime Freund Sir Edward Greys, der unmittelbar vor Ausbruch des Kriegs vom Hause Haldanes aus, in dem er als Gast wohnte, die Geschäfte des Auswärtigen Amtes geführt hat; er ist nicht minder dem Premierminister Asquith in enger Freundschaft verbunden gewesen. Er ist mit Deutschland und seiner Kultur wie kaum ein anderer Engländer vertraut gewesen und war am Berliner Hof sehr beliebt. Wie er selbst erzählt hat<sup>2)</sup>, hat er die englische Armee, die seit Dezennien nur Kriege in fernen Weltteilen geführt hatte, so umgebildet, daß sie fähig war, dem deutschen Heere entgegentreten. Er hat sich dabei das deutsche Heer zum Muster genommen. Nach dem Muster des deutschen Generalstabs hat er einen englischen geschaffen. Nach dem Muster der deutschen

---

1) Sir Charles Dilke schrieb (*The Fortnightly Review*, Juni 1887): „Verträge laufen ohne Zweifel mit der Zeit ab. Der Vertrag von 1839 über Belgien ist schließlich viel älter als der Vertrag von 1855 über Schweden. Frankreich und England würden heute für Wahnsinn halten, die Unversehrtheit Schwedens gegen Rußland zu wahren und ähnliches denkt England ganz offenbar jetzt bezüglich Belgiens.“

2) Lord Haldane, *Before the War*. London 1920. Siehe meine Besprechung dieses Buches im Berliner Tageblatt, Nr. 97 und 102 vom 22. und 25. Februar 1920.

Mobilmachung hat er Vorsorge getroffen, daß das englische Heer die von seinem Generalstab geplanten Stellungen in kürzester Frist einnehmen könne. Zu dem Zweck hat er rechtzeitig Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Belgien und Frankreich veranlaßt, denn der deutsche Einmarsch über Belgien im Falle eines Kriegs mit Frankreich ist während der letzten Jahre vor Kriegsausbruch mit vollkommener Offenheit in der militärischen Literatur behandelt worden<sup>1)</sup>. Dabei ist Haldane in dem Buche, worin er über seine Tätigkeit vor dem Kriege berichtet, voll Anerkennung für das Entgegenkommen, das er in Berlin, besonders beim Kaiser, bei seinen Studien über die Organisation des preußischen Kriegsministeriums gefunden habe; übrigens sei ihm nichts mitgeteilt worden, was in seinen allgemeinen Zügen in Deutschland ein Geheimnis gewesen sei; trotzdem mag dahin gestellt bleiben, ob ein anderer, der ein so intensives Interesse für deutsche Heereseinrichtungen bewiesen hätte, ohne dieses Entgegenkommen des Kaisers nicht als Spion verfolgt worden wäre. Wirkt es einerseits befremdend, daß England das persönliche Vertrauen, das sein Kriegsminister in Berlin genoß, dazu gebraucht hat, sich bei demjenigen, gegen den der Krieg sich richten sollte, zu unterrichten, wie man Krieg führt, so bedarf es danach gar nicht der Versicherungen Haldanes, daß nach seiner Überzeugung der Kaiser trotz seiner Kraftaussprüche, in denen er den Dreizack für Deutschland beanspruchte, den Krieg nicht gewollt habe; denn niemand ladet einen anderen ein, die eigene Kriegsorganisation zu studieren, wenn er gegen ihn Krieg führen will.

Während man in Deutschland die Bestrebungen Englands, ein kampftüchtiges Heer aufzubauen, in dieser Weise förderte, hat man sich in England umgekehrt zu dem

---

1) Siehe auch Veit Valentin, Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkriegs. Berlin 1921, S. 242 ff. — Übrigens hatten auch die Engländer die Landung in Belgien und die Franzosen den Einmarsch in Belgien, unbekümmert um die Zustimmung der belgischen Regierung, in Aussicht genommen.

Streben der Deutschen, durch den Bau einer Flotte ihren Handel zu schützen, verhalten. Auch haben die bramarbasierenden Reden des Kaisers, wie die eben erwähnte, und die Englandhetze der Alldutschen hier den Feinden der Deutschen direkt in die Hände gearbeitet. 1896 hatte Deutschland nur erst drei Kreuzer besessen. Von da ab in fünfzehn Jahren vier große Flottenvorlagen und kaum, daß eine angenommen war, ein neuer Ausspruch des Kaisers, der die Seegewalt für Deutschland in Anspruch nahm. Anfänglich hatte man in England den deutschen Flottenbau nicht ernst genommen. Aber schon 1904 fing König Eduard an, sich Gedanken zu machen, als der Kaiser ihm in Kiel vorführte, was alles Deutschland in kurzer Zeit mit relativ geringen Mitteln geschaffen hatte, und in einem Trinkspruch „die wiedererstarkende Seegeltung des neugeschaffenen deutschen Reichs“ feierte<sup>1)</sup>. Darauf Konzentrierung britischer Geschwader gegen Deutschland seitens des britischen Seelords Fisher, der den Ausspruch tat, man müsse Deutschland wie Kopenhagen behandeln, und im Februar 1905 die Rede des Zivillords der Admiralität Lee, die britische Flotte würde gegebenenfalls den ersten Schlag zu führen wissen, noch ehe man auf der anderen Seite der Nordsee Zeit gehabt hätte, die Kriegserklärung in der Zeitung zu lesen<sup>2)</sup>. Die Folge war ein stürmisches Verlangen des deutschen Flottenvereins nach starker Mehrung der deutschen Flotte. Nun kam eine alles Maß übersteigende Agitation gegen Deutschland in England. Man schilderte eine deutsche Invasion als unmittelbar bevorstehend. Die Gefahr eines Kriegs zwischen England und Deutschland hat alle Kreise in England zu beunruhigen begonnen, sie hat zu Beginn 1912 in der englischen Presse Äußerungen zugunsten einer Verständigung mit Deutschland unter Befürwortung eines Entgegenkommens Englands gegenüber den deutschen kolonialen Bestrebungen veranlaßt, worauf Sir Ernest Cassel und Albert Ballin aufs neue Vermittlungsversuche aufnahmen. Als Ergebnis der-

---

1) Alfred von Tirpitz, Erinnerungen. Leipzig 1920. S. 172.

2) Tirpitz, 174.

selben wurde Lord Haldane vom Reichskanzler Bethmann-Hollweg nach Berlin eingeladen. Es stand eine Flottenvorlage bevor; der Reichskanzler befürchtete von ihr eine neue Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen; ihr wollte er vorbeugen. Am 7. Februar 1912 wurde die Flottenvorlage in der Thronrede angekündigt; am 8. Februar traf Haldane unter Zustimmung des britischen Kabinetts in Berlin ein. Es wäre damals zu einer Verständigung geommen, wenn ihr nicht Sir Edward Greys Verpflichtung „in Ehren“, daß England in einem deutsch-französischen Kriege auf Seiten Frankreichs kämpfen würde, im Wege gestanden hätte. Denn nicht, daß man sich über das Stärkeverhältnis der Flotten nicht einigen konnte, ist die Ursache des Scheiterns der Verhandlungen gewesen. Winston Churchill, der damalige erste Lord der Admiralität, ist auf das von Tirpitz vorgeschlagene Verhältnis von 10:16 später eingegangen<sup>1)</sup>, und Deutschland wäre eventuell zu weiteren Konzessionen bereit gewesen unter der einen Bedingung, daß England sich verpflichtete, im Falle eines deutschen Kriegs gegen eine oder mehrere andere Mächte Deutschland gegenüber wohlwollende Neutralität zu wahren und sich zu bemühen, daß der Krieg möglichst lokalisiert bleibe<sup>2)</sup>. Haldane mußte dies mit Rücksicht auf die von Sir Edward Grey den Franzosen und Russen gemachten Versprechungen ablehnen. Das hat er auch unter dieser Motivierung getan<sup>3)</sup>. Da England somit keine Gegenwerte zu bieten hatte, war auch für Deutschland kein Anlaß sich zu binden. Daß Haldane bei dieser Gelegenheit dem deutschen Reichskanzler die Versicherung gab, England habe keine geheimen militärischen Abmachungen, hat zwar, wie er schreibt<sup>4)</sup>, dessen Gemüt erleichtert, war aber, wie wir heute wissen, nicht in Uebereinstimmung mit der Wahrheit.

Wären Asquith, Sir Edward Grey und Lord Haldane ehrliche Freihändler gewesen, die wie der 1908 verstorbene Campbell-Bannerman und wie

1) Tirpitz, Erinnerungen, 201.

2) Haldane, a. a. O. 64 ff.

3) Ebenda 58 ff.      4) Ebenda.



Lord Loreburn, Lord Morley of Blackburn, John Burns, die, als England Deutschland den Krieg erklärte, aus dem Kabinett austraten, und wie unzählige Industrielle und Kaufleute, die den Freihandel im Sinne Cobdens erfaßt hatten, so wäre der Krieg zwischen England und Deutschland noch zu vermeiden gewesen. Sie hätten dann das Bekenntnis zum Freihandel, das Kaiser Wilhelm Haldane in Berlin gemacht hat<sup>1)</sup>, und die zustimmenden Äußerungen Bülow's zu Haldane's freihändlerischen Ausführungen benützt, um im Sinne Cobdens Deutschland das Anerbieten zu machen, im Verein mit ihm die Tradition Sir Robert Peels und der alten preußischen Handelspolitik wieder aufzunehmen, gemeinsam mit ihm für die Aufnahme einer Freihandelspolitik seitens aller Länder zu wirken und dafür die Freiheit der Meere anzuerkennen. Damit hätte England auf alle Ansprüche auf Seeherrschaft zugunsten einer internationalen Seepolizei verzichtet, und gleichzeitig wäre aller Anlaß zu Ersetzung der britischen Seeherrschaft durch eine deutsche oder irgendeine andere nationale beseitigt gewesen. Aber wie Haldane erzählt, ist er 1912, als Wilhelm II. ihm den Entwurf eines neuen Flottengesetzes, der in Deutschland noch geheim war, übergab mit der ausdrücklichen Erlaubnis, ihn dem englischen Kabinett mitzuteilen, damit augenblicklich nach London gefahren; noch am Tage seiner Ankunft wurde in einer Kabinettsitzung darüber beraten; die Folge war, daß die Ausgaben für die britische Flotte von 20 auf 51 Mill. £ erhöht wurden. Das Triumvirat Asquith, Grey, Haldane gehörte eben zu jenen von den Liberalen abgefallenen Imperialisten, die in der Ausbreitung der britischen Herrschaft über den Erdball die Aufgabe Englands erblickten. Dieser Verstoß Englands gegen sein eigenes Handelsprinzip ist sein Anteil an der Schuld am Weltkrieg.

Denn wenn es auch noch im Jahre 1913 zu herzlichen Beziehungen zwischen den in London, Berlin und Peters-

---

1) Haldane, a. a. O. 39ff., 43.

burg regierenden Familien kam, der Weltkrieg war nach dem Scheitern des englisch-deutschen Verständigungsversuchs unvermeidlich. Rußland hielt an der Besitznahme von Konstantinopel als seinem Ziele unentwegt fest<sup>1)</sup>. Serbien diente ihm als Friedensbrecher. Es folgte die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo, darauf die Besetzung Belgrads durch Truppen der Donaumonarchie und, als Serbien nachgab, das Schreiben des deutschen Kaisers an seinen Staatssekretär von Jagow, daß er nach Durchlesen der serbischen Antwort der Überzeugung sei, daß im großen und ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt seien. Dementsprechend hat der deutsche Reichskanzler von Bethmann-Hollweg einen Vermittlungsvorschlag Greys, der mit dem Schreiben Wilhelms an Jagow übereinstimmte, in Wien unterstützt, und als der österreichische Minister Graf Berchtold den Vorschlag ablehnte, an den deutschen Botschafter in Wien telegraphiert:

„Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen.“

Aber Wien wollte den Krieg, und als der Kaiser Franz Josef an den deutschen Kaiser telegraphierte, daß er angesichts der russischen Mobilisierung aller Militärbezirke an seinen Grenzen die Mobilisierung seiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet habe

„im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in unwandelbarer Bundestreue für mein Reich und für den Dreibund eintreten wird“,

---

1) Als Frankreich von Rußland verlangte, es möge bei den Friedensverhandlungen dafür eintreten, daß Frankreich das linke Rheinufer erhalte, sagte Rußland zu gegen das Versprechen, daß Frankreich dafür eintrete, daß Rußland Konstantinopel und die Meerengen erhalte, und daß es von Polen nicht spreche. Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, soweit sie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen sind. Auswärtiges Amt Berlin. Gedruckt in der Reichsdruckerei. S. 93, 308—324.

hat Kaiser Wilhelm in unglaublicher Donquichoterie Rußland, dessen Mobilmachung einer Kriegserklärung gleichkam, seitens Deutschlands den Krieg erklärt. Darauf kam die Kriegserklärung des mit Rußland verbündeten Frankreichs und der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien. Mit diesem war die Bedingung erfüllt, an die Grey im Einverständnis mit Haldane und Asquith, aber ohne Kenntnis des übrigen Kabinetts, dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon, zugesagt hatte, daß England in einem deutsch-französischen Kriege Frankreich unterstützen würde, wenn nämlich die öffentliche Meinung Englands diese Beteiligung bei Ausbruch des Krieges von Herzen billige. Um diese aufzupeitschen, hat man sich in England wieder auf den belgischen Garantievertrag von 1839 besonnen, und trotz dessen Preisgabe durch Gladstone und Dilke eine Hetze gegen Deutschland in Szene gesetzt, gegen welche die Proteste der angesehensten Männer nicht ankommen konnten<sup>1)</sup>.

Die Hetze blieb nicht auf Großbritannien beschränkt; sie erstreckte sich auch auf die überseeischen britischen Besitzungen, und keine glänzendere Bestätigung konnte Lord Durhams Weissagung erhalten, daß, wenn man den britischen Kolonien Selbstverwaltung gewähre, diese, statt vom Mutterland abzufallen, seine eifrigsten Verteidiger sein würden. Kanada allein hat ihm 595 441 Mann zu Hilfe geschickt, davon 463 784 auf Grund von freiwilliger Stellung; Australien, das dem Mutterlande schon während des Burenkriegs mit Hilfstruppen beigestanden hatte, sandte 331 814 Mann, Neuseeland 112 223. Den erstaunlichsten Triumph aber hat die Politik Lord Durhams gefeiert, als die Buren, die kaum zwölf Jahre vorher den Engländern als die erbittertsten Feinde gegenübergestanden hatten, im Weltkrieg 78 184 Mann stark gleich geborenen Engländern an deren Seite gefochten haben. Selbst Indien, in dem nach der Erklärung eines dortigen englischen Be-

---

1) Siehe deren Proteste bei Irene Cooper Willis, *Englands Holy War*. New York 1928. 61.

ämten im Jahre 1888 ein Zwanzigstel der Bevölkerung an chronischem Mangel an Lebensmitteln leidet<sup>1)</sup>, hat nach Prasad auf seine Kosten sich mit im ganzen 1457000 Mann beteiligt, von denen 943000 in Flandern und Arabien für die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft gekämpft haben. Die schon erwähnten<sup>2)</sup> Greuelberichte von der Fettgewinnung aus Soldatenleichen dienten dazu, den Indern klarzumachen, was ihnen bevorstehe, wenn Deutschland siegt.

Aber alle diese Hilfstruppen und vielleicht auch das Eingreifen amerikanischer Truppen würden den Alliierten den Sieg über das heroisch kämpfende Deutschland nicht verschafft haben, wäre das deutsche Volk nicht durch die Blockade seiner Küsten ausgehungert gewesen. Nicht Waffengewalt, sondern Hunger hat Deutschland widerstandsunfähig gemacht, und daher war es eine grausame Ungerechtigkeit, daß die Leiden, welche die Blockade über die nicht Waffen tragende deutsche Bevölkerung verhängte, noch monatelang nach abgeschlossenem Waffenstillstand verlängert wurden.

Darauf hat man dem besiegten Deutschland Friedensbedingungen aufgezwungen, die den Geist des alten Merkantilismus atmeten, der in der wirtschaftlichen Vernichtung des Feindes den Vorteil des Siegers sah, und, um sie zu rechtfertigen, hat man Deutschland im Artikel 231 des Friedensdiktats die Alleinschuld am Kriege aufgebürdet. Die Unwahrheit dieser Behauptung erhellt selbst aus dem, was in der vorstehenden Skizze über den Ursprung des Kriegs erzählt ist. Es ist vielmehr so, wie Professor Prokrowski in der Monatsschrift Prawda vom 23. Februar 1919 geschrieben hat<sup>3)</sup>;

„Die Alliierten haben Deutschland besiegt und schicken sich an, es für den Krieg zu „richten“. Sie wollen nicht nur

---

1) Babu Prajendra Prasad in der Einleitung zu Mahatma Gandhi, Young India, 2nd ed., Madras 1924. Einleitung XXV ff.

2) Oben Band II, 327, Anmerkung 2.

3) Siehe „Deutschland schuldig?“, Deutsches Weißbuch. Berlin 1919. S. 188.

stärker, sondern auch mehr im Rechte sein als der besiegte Feind. Es wäre eine undankbare Arbeit, Kaiser Wilhelm weißwaschen zu wollen. . . . „Schuld“ an dem Blutvergießen hat nicht der eine oder andere Imperialismus, sondern der Imperialismus überhaupt — der französische, der englische oder russische in nicht geringerem Maße wie der deutsche oder österreichische“, dem noch der serbische, japanische, italienische hinzuzufügen wäre.

Aber die Lüge war nötig, um Friedensbedingungen, deren Ungerechtigkeit selbst von heftigen Gegnern<sup>1)</sup> Deutschlands mit Entrüstung verurteilt wurde, einen Schein von Gerechtigkeit zu geben. England hat in dem Frieden nicht nur alles, was es wünschte, sondern vielleicht mehr erreicht, als ihm gut ist. Nicht nur daß Deutschland seine Kriegsflotte, deren Bau der wahre Grund war, warum England gegen es in das Feld zog, und alle seine fertigen oder im Bau befindlichen Handelsschiffe von 1600 und mehr Tonnen und die Hälfte der fertigen oder im Bau befindlichen Handelsschiffe von 1000 bis 1600 Tonnen, sowie ein Viertel des Tonneninhalts der fertigen oder im Bau befindlichen Fischereifahrzeuge hat ausliefern müssen, nicht nur daß es aller seiner Kolonien beraubt worden ist, daß es alles in England befindliche Privateigentum, das vor dem Kriege allen Nationen, außer England, als unverletzlich gegolten hatte, verloren hat, daß man ihm wirtschaftliche Bedingungen auferlegt hat, wie sie nur der Handelsneid ersinnen konnte, und Reparationsleistungen, deren Erfüllung die zukünftigen Generationen des deutschen Volks zu Schuldsklaven der Sieger während des Rests des 20. Jahrhunderts machen, es hat auch eingewilligt, daß der Völkerbund aus einem Organ der gerechten Ausgleichung der Interessen der Völker zu einer Organisation der satten Völker zur Niederhaltung der hungrigen und zur Verewigung der Niederlage der Besiegten geworden ist. Dementsprechend hat es geduldet, daß Frankreich rechtswidrig das Ruhrgebiet besetzt hat, und duldet noch, daß Frankreich, auch

---

1) Siehe z. B. Frederic Harrison in dessen *Novissima Verba*.



nachdem Deutschland, um eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, völlig entwaffnet ist, sein Heer auf eine weit größere Stärke als vor dem Kriege vermehrt hat. Es duldet die Entstehung und Festigung einer absoluten Militärherrschaft Frankreichs über das kontinentale Europa.

Gleichzeitig sieht England seine eigene Seeherrschaft, zu deren Aufrechterhaltung es in den Weltkrieg gezogen ist, aus eben dem Grund, der zu seinem Ausbruch mitgewirkt hat, nämlich weil es nach wie vor die Anerkennung der Unverletzlichkeit des schwimmenden Privateigentums verweigert, bedroht. Denn wie der Colonel House, der Freund des Präsidenten Wilson, am 20. März 1915 an diesen schrieb<sup>1)</sup>, verlangen die Vereinigten Staaten ebenso, wie dies Deutschland getan, Sicherheit, daß ihr Handel in Zukunft geschützt und keiner Unterbrechung ausgesetzt sei, sowohl bei Neutralität als auch wenn Krieg führend, und wie die Dezemberbotschaft des Präsidenten Coolidge von 1927 zeigt, ist ihre Flottenrivalität mit Großbritannien heute schon da. Dabei hat, wie der frühere Burengeneral Smuts, der den Versailler Frieden im Namen von Südafrika unterzeichnet hat, bevor er aus England nach Haus reiste, in seiner Abschiedsrede gesagt: Das alte britische Reich hat aufgehört; an die Stelle eines einheitlichen Reichs ist ein Bund selbständiger Staaten getreten, in dem das Britische Reich als *primus inter pares* den Vorsitz führt.

Die Beihilfe, welche die britischen überseeischen Herrschaften dem Mutterland während des Kriegs geleistet haben, hat nämlich in einer Änderung der Verfassung des britischen Weltreichs ihren logischen Abschluß gefunden, den Smuts in seiner Rede treffend gekennzeichnet hat<sup>2)</sup>. Die geleistete Beihilfe war durchaus freiwillig gewesen; die vor dem Krieg erfolgten Anregungen der Reichsregie-

---

1) Charles Seymour, *The intimate Papers of Colonel House*. London 1926. I, 405.

2) Siehe darüber Karl Löwenstein, *Das heutige Verfassungsrecht des britischen Weltreichs*, im *Jahrbuch des öffentlichen Rechts* XIII, 1925.

rung, auf deren Schultern die Reichsverteidigung ausschließlich lastete, die britischen Herrschaften zu einer aktiven Beteiligung daran zu veranlassen<sup>1)</sup>), hatten kein Entgegenkommen seitens der Herrschaften gefunden; aber als der Krieg ausbrach, haben sie alle, wie schon gesagt, geholfen, Kanada mit 13,48 Proz., Australien mit 13,43 Proz., Neuseeland mit 19,35 Proz., Südafrika mit 11,12 Proz. seiner männlichen Bevölkerung<sup>2)</sup>). So ist denn auch die während des Kriegs und nach demselben zustand gekommene Verfassung nicht die eines Bundesstaats, sondern die eines Staatenbunds selbständiger Nationen der britischen Staatengemeinschaft. Das heutige britische Weltreich kennt weder eine parlamentarische noch eine exekutive Zentralstelle. Es finden nur periodische Reichskonferenzen statt. In den Zwischenräumen zwischen diesen besteht keine verfassungsmäßige Einrichtung, um Angelegenheiten der gemeinsamen auswärtigen Politik zur raschen und ausreichenden Erörterung zwischen Großbritannien und seinen Herrschaften zu bringen, und selbst die Beschlüsse der Reichskonferenzen erlangen Verbindlichkeit erst durch Annahme in den Parlamenten der einzelnen Herrschaften<sup>3)</sup>). Auch besteht keine verfassungsrechtliche Bindung der Herrschaften an Großbritannien. Als 1925 der Premierminister von Südafrika und Führer der Afrikaner General Hertzog im Parlamente in Kapstadt erklärte, daß sie zwar nicht daran dächten, sich vom Britischen Reiche zu trennen, daß ihre Zugehörigkeit aber auf freiem Willen beruhe und sie jederzeit die Verbindung zu lösen das Recht hätten, haben die angesehensten englischen Zeitungen die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt. „Die Entwicklung ist“, wie Löwenstein schreibt<sup>4)</sup>), „in unaufhaltsamem Zug bei der unbeschränkten Souveränität der Dominions angelangt, die die Reichspolitik nur so weit mitmachen, als es ihre eigenen nationalen Interessen ihnen gerechtfertigt erscheinen lassen“. Dabei bleiben allerdings noch viele verfassungs-

---

1) Ebenda 410, Anmerkung 1.

2) Ebenda 411, Anmerkung.

3) Ebenda 413.      4) Ebenda 414.

rechtliche Fragen<sup>1)</sup>, deren glückliche Lösung ungewöhnliche Geschicklichkeit der britischen und kolonialen Staatsmänner voraussetzt; „denn der frühere Begriff der Selbstverwaltung hat sich dahin erweitert, daß nicht nur die volle innere Autonomie der Dominions gesichert ist, sondern daß sie darüber hinaus auch die Außenpolitik des Weltreichs im ganzen weitgehend bestimmen“<sup>2)</sup>. Dazu kommt, daß auch Irland endlich die Freiheit erlangt hat, um die es seit dem 13. Jahrhundert immer und immer wieder gekämpft hat; Südirland ist Freistaat gleich den überseeischen Herrschaften geworden<sup>3)</sup>, und nur Ulster, dem aber gleichfalls eine besondere Verfassung zuteil wurde, ist noch mit 12 Mitgliedern im britischen Parlamente vertreten<sup>4)</sup>. Auch Indien<sup>5)</sup> ist eine besondere Verfassung zugesagt worden. Sehen wir von Indien ab, von dem noch später zu sprechen sein wird, so sind alle hier vorgeführten Herrschaften heute mit dem Mutterlande gleichberechtigt; kein Teil ist dem anderen untergeordnet, weder in inneren noch in äußeren Fragen. Das einzige, was sie bindet, ist die Anerkennung eines und desselben Königs. Aber dessen Stellung ist eine andere geworden. Der König herrscht nicht mehr über die überseeischen Herrschaften in seiner Eigenschaft als König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland. Das hat aufgehört. Es ist nur mehr eine Personalunion, was Irland und die überseeischen Herrschaften mit Großbritannien verbindet. Die Gouverneure von Irland und der Herrschaften sind fortan nicht mehr Vertreter der Londoner Regierung, sondern des britischen Königs. Ein jedes diesem unterstehende Land hat das Recht, Botschafter bei fremden Mächten zu ernennen. In Kriegserklärung und Friedensschluß ist jedes Land unabhängig vom andern. Wie England selbst keine geschriebene Verfassung kennt, sondern seine Verfassung mit bewundernswerter Elastizität den wandelnden Verhältnissen sich anpaßt, so hat man auch dem Staatenbund, der an die Stelle des Britischen

1) Ebenda 417—423.      2) Ebenda 423.

3) Ebenda 435 ff., 488 ff.

4) Ebenda 431 ff.      5) Ebenda 460 ff.

Reichs getreten ist, keine geschriebene Verfassung gegeben, die der Weiterentwicklung der Beziehungen von Mutterland und Kolonien zum Hemmnis werden könnte. Alle Beziehungen von Kolonien und Mutterland und der der Kolonien zueinander beruhen, wie stark betont wird, auf Freiwilligkeit.

2. Was sind die wirtschaftlichen Wirkungen gewesen? Der Sieg der Alliierten über Deutschland war ein Sieg des Merkantilismus über den Freihandel, nicht den Freihandel in Deutschland — den gab es nicht — sondern über den Freihandel in England. Der Protektionismus ist in England siegreich geworden:

Erstens infolge der Handelspolitik, der Deutschland mehr als drei Dezennien vor Ausbruch des Kriegs gehuldigt hat<sup>1)</sup>. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, der Einkreisungspolitik, die Eduard VII. seit der Ablehnung des dritten Bündnisangebots Englands seitens Deutschlands gegen dieses gerichtet hat, einen wachsenden Anhang in England zu schaffen. Wenn es auch richtig ist, daß England durch die Rücksicht auf den eigenen Schaden, den es sich mit der Beantwortung der deutschen Wiederbelebung des „Schutzes der nationalen Arbeit“ durch Retorsionszölle zugefügt hätte, bei der Zollfreiheit erhalten worden ist, so war doch die Zahl der durch die deutsche Handelspolitik geschädigten Engländer eine sehr große, und auch diejenigen, die durch sie nicht unmittelbar betroffen worden sind, haben darin ein, wie man sagte, charakteristisches Zeichen deutscher Gewaltpolitik gesehen. Den Engländern den deutschen Markt mehr und mehr verschließen und selbst ihre gesunden Industrien durch Ausfuhrprämien von fremden, ja vom heimischen englischen Markte verdrängen zu wollen, während sie die Deutschen dem englischen unbehindert zuließen, war von einem stets wachsen-

---

1) Siehe über die Bedeutung der deutschen Handelspolitik seit 1877 für den Ausbruch des Kriegs meinen Vortrag vom 13. Juni 1916 „Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit“. München bei Ernst Reinhardt.

den Teile des Volks als illoyale Konkurrenz empfunden worden. Das Ergebnis war der Haß, der im Weltkrieg seinen Höhepunkt erreicht hat. Er hat dazu geführt, daß selbst die Handelskammer von Manchester, deren Präsident Cobden gewesen war, und die seitdem unentwegt zum Freihandel gestanden hatte, alsbald nach Ausbruch des Kriegs den Antrag ihrer Direktoren, daß nach dem Kriege der Freihandel mit Deutschland aufrecht erhalten werden solle, mit großer Mehrheit abgelehnt und gleichzeitig gefordert hat, die Regierung müsse auch später bemüht sein, den Handel Deutschlands auf alle mögliche Weise zu unterdrücken; im Januar 1916 erschien der Bericht des beratenden Ausschusses des Handelsministeriums<sup>1)</sup>, der von der weitverbreiteten Angst spricht, daß England nach dem Kriege mit deutschen und österreichischen Waren überschwemmt werde, „die zu jedem Preise verschleudert würden, um den bisher von feindlichen Ländern betriebenen Handel an sich zu reißen“, sowie davon, daß Geschäftsleute dem Ausschuß versichert hätten, daß deutsche Industrien zu dem Zwecke bereits Vorräte ansammelten. Der Ausschuß verlangte, daß alle für die nationale Sicherheit des Landes notwendigen Waren im Inland hergestellt würden und den dazu nötigen Schutz erhielten, daß die überseeischen britischen Herrschaften Vorzugszölle erhielten, und daß hohe Einfuhrzölle erhoben würden, um die Arbeitslöhne hochhalten zu können. Ende Februar 1916 hat die Konferenz der englischen Handelskammern von der zukünftigen Handelspolitik Englands verlangt: „4. Einschränkung des Handels mit allen gegenwärtig verfeindeten Staaten, welche geeignet sind, allen Dumpingversuchen einen Riegel vorzuschieben, die Wiederkehr von Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden, zu verhindern und andererseits die heimische Industrie zu entwickeln“, und im darauffolgenden Juni ist in Paris von den Alliierten beschlossen worden<sup>2)</sup>, daß die Alliierten alle Maßnahmen er-

---

1) Committee's Report 1916 (Cd. 8275).

2) Paris Economic Conference Résolutions 1916 (Cd. 8271).



greifen sollten, um sich von den feindlichen Ländern unabhängig zu machen und zu verhindern, daß die Zentralmächte sich von den wirtschaftlichen Schäden, die der Krieg ihnen zugefügt habe, erholten und zu neuem Reichtum gelangten. Die Alliierten hatten augenscheinlich vergessen, vielleicht auch nie gekannt, was Josias Tucker, der Dechant von Gloucester, schon 1750 gelehrt hatte, daß bei internationalem Austausch auch der Sieger verarmen muß, wenn der Besiegte verarmt.

Das sind die Gesichtspunkte, die die britische Handelspolitik nach dem Kriege beherrscht haben. Zunächst sind sie in den von Lloyd George eingeführten Anti-Dumpingzöllen zum Ausdruck gekommen. Dabei galt bereits als Dumping, wenn Deutschland die Waren, die es in England einfuhrte, infolge seiner während des Kriegs und noch mehr später, während der Ruhrbesetzung, entwerteten Mark billiger als England herstellte. Man ließ, wenn Deutschland Waren nach England ausfuhrte, die Verpflichtung zu Reparationsleistungen ganz außer acht, die der Friede Deutschland auferlegt hatte, der es nur durch Warenausfuhr genügen konnte. Um sich gegen die daraus den britischen Waren entstehende Konkurrenz zu schützen, hat Lloyd George Zölle auf Waren gelegt, durch deren Einfuhr Deutschland seine Schuld allein bezahlen kann. Dabei hat er keinen Blick in die Handelsstatistik geworfen. Sie würde ihm gezeigt haben, daß in der ganzen Zeit der Markentwertung die deutsche Ausfuhr sehr viel geringer und die deutsche Konkurrenz speziell auf den britischen und neutralen Märkten weniger scharf als vor dem Kriege gewesen ist<sup>1)</sup>.

Aber nicht nur durch Wiedereinführung von Prohibitionen und Schutzzöllen hat der Krieg auf die Handelspolitik während und nach demselben bis zum heutigen Tage zurückgewirkt. Als er ausbrach, mußten Hunderttausende von Auslandsdeutschen, die in England eine neue Heimat

---

1) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1923, S. 108, 109.

gefunden zu haben glaubten, England verlassen, um der Internierung zu entgehen. Auch nach Wiederkehr des Friedens benötigten sie einer Aufenthaltserlaubnis in England. Sie wird immer nur für drei Monate erteilt. Das ist für alle deutschen Firmen, welche Produkte der größten Feinheit herstellen, nahezu eine Prohibition. Wenn z. B. die weltberühmte Firma Zeiß in Jena ihre unübertroffenen Präzisionsinstrumente nach Großbritannien verkauft, hat sie nicht nur einen Schutzzoll zu überwinden, was für sie angesichts der Qualität ihrer Produkte kein Hindernis wäre, sondern sie muß damit rechnen, daß wenn Reparaturen notwendig werden, sich in England keine Arbeiter finden, die sie vorzunehmen imstand wären. Ein reparaturbedürftiges Objekt muß also entweder nach Jena zurückgeschickt werden, oder es muß in jedem einzelnen Falle ein sachverständiger Techniker nach England geschickt werden. Das ist ein größeres Absatzhindernis als ein Schutzzoll. Das übertrifft alle zur Zeit des Merkantilsystems ausgedachten Hindernisse des Absatzes fremder Produkte, denn dieses war vielmehr darauf aus, sachverständige Techniker in das Land zu ziehen. Man muß, um ähnliches zu finden, in das 13. und 14. Jahrhundert zurückgehen, als die Gildekaufleute in ununterbrochenem Kampfe gegen die Fremden standen, besonders um die Beschränkung von deren Aufenthalt auf 40 Tage<sup>1)</sup>.

Eine zweite Ursache des Eindringens des Protektionismus in England war, daß der Premierminister Asquith, um nach der Kriegserklärung Englands dessen ungeteilte Kraft in der Regierung zu vereinen, die Führer der Konservativen, d. h. Bonar Law und andere leitende Schutzzöllner in sein Koalitionsministerium aufnehmen mußte. Damit war die Widerstandskraft der Liberalen gegen den Protektionismus, denen dessen Niederlage bei den Wahlen seit 1906 zu danken war, gebrochen. Dagegen haben die Schutzzöllner damit einen Einfluß in der Regierung erlangt, der den der Freihändler Schritt für Schritt verdrängen sollte.

---

1) Siehe Bd. I, 297.

Eine dritte Ursache war, daß die Zölle, die man zunächst einführte, Zölle auf Kriegsbedarf waren. Es sollten die Güter im Inland hergestellt werden, die das Land zu seiner Verteidigung nötig hatte. Wir werden sehen, wie unter diesem Vorwand von Anfang an die Einfuhr von Artikeln mit Zoll belegt wurde, für die eine solche Begründung nur als Spott geltend konnte, und wie die Zahl der so geschützten Industrien so gewachsen ist, daß nahezu alle Arten von Produkten als für die Unabhängigkeit des Landes nötig erklärt worden sind.

Endlich ist eine vierte Ursache die freiwillige Beihilfe, welche die überseeischen britischen Besitzungen ihrem Mutterlande geleistet haben. Von ihnen war, wie oben dargetan, die Bewegung für Vorzugszölle ausgegangen. Um solche gewähren zu können, mußte aber England Zölle erst einführen. Da aber alle Kolonien bei noch so großer Anhänglichkeit an das Mutterland die Verbindung mit diesem doch nur so lang aufrechtzuerhalten bereit sind, als sie in ihrem Interesse gelegen ist, mußte man ihnen für ihre Kriegshilfe das verlangte Bindemittel gewähren, und, um die verlangten Vorzugszölle bewilligen zu können, erst selbst Zölle einführen.

Faßt man alles zusammen, so kann man den berühmten Satz des Generals von Clausewitz: „Der Krieg ist nichts als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln“ umwandeln in: die Schutzzollpolitik ist nichts anderes als die fortgesetzte Kriegspolitik mit anderen Mitteln. Der Hergang, wie diese Fortsetzung stattgefunden hat, war im einzelnen folgender <sup>1)</sup>:

Ich habe erzählt <sup>2)</sup>, daß Joseph Chamberlain 1903 den Feldzug für Tarifreform mit der sensationellen Behaup-

---

1) Siehe für das Folgende: Francis W. Hirst, *From Adam Smith to Philip Snowden*, 1925; sowie *Safeguarding and Protection*, London 1926. — Dr. Charlotte Leubuscher, *Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik seit dem Kriege*. Jena 1927. — Ralph A. Young, *Great Britains Recent Trend toward Protection*. Philadelphia 1928.

2) Oben S. 57.

tung eröffnet hat, daß alle Stapelindustrien Englands tot oder sterbend seien. Gerald Balfour, der damalige Handelsminister im unionistischen Ministerium seines Bruders, hat ihn an der Hand einer erdrückenden Statistik<sup>1)</sup> widerlegt; sie zeigte, daß unter dem Freihandel die Ausfuhr britischer Produkte und Fabrikate von 1873 bis 1902 um 161 Millionen £ zugenommen habe. Chamberlain ist bei den Wahlen von 1906 geschlagen worden und in demselben Jahre gestorben. Auch die Wahlen von 1910 haben den Schutzzöllnern eine erdrückende Niederlage gebracht. Arthur Balfour, der philosophische Zweifler, mußte 1911 die Führung der Unionisten an die ausgesprochenen Schutzzöllner, im Unterhause Bonar Law, im Oberhause Lord Lansdowne, abgeben. Nun erklärte sich die unionistische Partei zum ersten Male für Einführung von Schutzzöllen unter Gewährung von Vorzugszöllen an die Kolonien, und im Dezember 1911 hat Austen Chamberlain die Forderung eines fünfprozentigen Wertzolls auf die Einfuhr von Lebensmitteln und eines zehnprozentigen Wertzolls auf die Einfuhr von Fabrikaten gestellt. Die erstere Forderung hat große Mißstimmung im Lande hervorgerufen. Darauf haben Bonar Law und Lansdowne aus Furcht vor den Wahlen die Forderung von Lebensmittelzöllen fallen lassen<sup>2)</sup>. Die Lebensmittelzölle waren aber die Grundlage einer etwaigen Bevorzugung der überseeischen Besitzungen, denn deren Hauptausfuhr bestand in Lebensmitteln.

Da kam der Weltkrieg. Er hat dazu geführt, daß der liberale Minister Asquith 1915 und der 1916 auf ihn folgende Premierminister Lloyd George, wie gesagt, mehrere konservative Führer in ihre Kabinetts aufnahmen, um eine nationale Einheit zur erfolgreichen Beendigung des Kriegs herbeizuführen. Nun wurde ohne Auftrag der Wähler eine Anzahl von Schutzzöllen eingeführt. Der erste eigentliche Bruch mit dem Freihandel ist aber erst 1915 durch McKenna erfolgt, der 1915 Finanzminister wurde,

---

1) Abgedruckt bei Hirst, *Safeguarding and Protection*, 13, 14. 2) Siehe oben S. 60.

als Asquith das erste Koalitionsministerium bildete. McKenna hat 33 $\frac{1}{2}$ prozentige Wertzölle gelegt auf Automobile, Motorräder, Kinemafilme, Uhren und Taschenuhren, Musikinstrumente, Glaswaren, Hüte und Phonographen. Es wurde als Grund angegeben, es gelte die Luxusausgaben zu mindern und Schiffsraum für die Einfuhr nötiger Güter zu sparen, welches letztere für Taschenuhren der Komik nicht entbehrt. Das Mißbehagen des Unterhauses wurde durch die Versicherung beschwichtigt, daß die Zölle nur für die Kriegsdauer erhoben würden. Nichtsdestoweniger haben die Freihändler sowohl gegen diese Zölle als auch gegen die schon erwähnten Beschlüsse der Pariser Konferenz protestiert. Auch haben Lloyd George und Bonar Law ihr Versprechen, die McKenna-Zölle wieder zu beseitigen, nach dem Kriege vergessen und daraus sogar, sehr zum Ärger befreundeter Nationen, Differentialzölle zugunsten der überseeischen Besitzungen gemacht.

Auf die Einführung der McKenna-Zölle ist 1916 der schon erwähnte Bericht des „beratenden Ausschusses des Handelsamts“ gefolgt, der die Pariser Beschlüsse vom Juni 1916 vorbereitete, von denen es zweifelhaft ist, was größer war, ihre Gehässigkeit oder ihre Torheit. Im Frühjahr 1917 trat dann eine Reichskonferenz zusammen, die zu engerem Zusammenwirken des Reichs in der Kriegsführung einberufen war. Sie bestätigte die von den Premierministern der verschiedenen Reichsteile gefaßte Resolution für Differentialzölle zugunsten derselben. Das Reich sollte sich vom Ausland unabhängig machen in der Beschaffung von Lebensmitteln, Rohstoffen und wesentlichen Industrieprodukten. Doch soll auf die Interessen der Alliierten Rücksicht genommen und sollen Maßnahmen getroffen werden, um britische Auswanderer zu veranlassen, sich in den überseeischen Besitzungen des Reichs niederzulassen. Die britische Regierung stimmte diesen Empfehlungen zu, und ein besonderer Ausschuß des Kabinetts wurde eingesetzt, um über ihre Durchführung zu beraten. Inzwischen war der Schlußbericht eines auf Antrag des Lord Balfour of Burleigh eingesetzten Ausschusses erschienen, der den Höhe-



punkt der Schutzzollbewegung während des Kriegs bildete. Er verlangte einen völligen Umschwung in der Zollpolitik. Er verlangte: 1. Schutz gegen Dumping und gegen die Einfuhr von Waren, die auf Grund von „sweating“, d. h. von unzureichenden Löhnen hergestellt sind. 2. Schutz aller Schlüsselindustrien zu jedem Preis. 3. Schutz aller Industrien, die im Interesse der Unabhängigkeit des Reichs erhalten werden müßten, sowie von allen, die aufrecht zu erhalten von nationaler Wichtigkeit ist. 4. Vorzugszölle für die überseeischen britischen Besitzungen. 5. Vorzugszölle für die Alliierten und die Neutralen.

Alle britischen Industrien stimmten zu, mit Ausnahme der Baumwollindustrie und der Industrie des Schiffbaus. Alle anderen suchten die Kriegsstimmung zugunsten ihrer Sonderinteressen nutzbar zu machen.

Wurden die verlangten Reformen auch nicht sofort vom Parlamente beschlossen, so hatte sich doch Lloyd George in der Wahlrede von 1918, in der er den deutschen Kaiser vor Gericht zu stellen (wir werden Wilhelm hängen!) und die Deutschen die Kriegskosten zahlen zu lassen versprach, in großen Zügen damit einverstanden erklärt, und Austen Chamberlain, der Schatzkanzler im Koalitionsministerium Lloyd George—Bonar Law, erklärte, als er für eine kleine Anzahl von Waren Vorzugszölle zugunsten von Übersee einführte, daß, obwohl der Anfang erst gering sei, doch große Gelegenheiten für die Entwicklung des britischen Handels erzielt werden würden, wenn man den Handel auf dieser Grundlage ermuntere. Zuerst kam eine Gesetzesvorlage zur Regelung der Einfuhr von Farbstoffen. Sie machte die Farbstoffe knapp und teuer und schädigte die Textilindustrien. Sie hat die Entstehung einer blühenden, tüchtigen britischen Farbstoffindustrie nicht erreicht, wohl aber sowohl denen, die ihr Kapital darin anlegten, als auch den Steuerzahlern Verlust gebracht.

Darauf ist im August 1921 ein Safeguarding of Industries-Gesetz erfolgt, d. h. ein Gesetz, das unter dem Namen „Erhaltung der Industrie“ Schutzzölle einführte, aber zu feig war, sich dazu zu bekennen. Es zerfiel in zwei Teile.

Im ersten wurden Schutzzölle zugunsten sogenannter Schlüsselindustrien eingeführt, d. h. Industrien, die in Kriegszeiten nötig seien. Das Handelsamt hat ein Verzeichnis von einigen 6000 Waren aufgestellt, die von Schlüsselindustrien hergestellt würden, und man muß lachen, wenn man unter den Produkten der in Kriegszeiten nötigen Industrien Kinderspielzeug wie *Laterna magica*, gläserne Puppenglieder und dergleichen verzeichnet findet. Der zweite Teil wandte sich gegen das Dumping. In dieser Rubrik wurde die eine oder andere Industrie, wie die Herstellung von Fabrikhandschuhen und Gasglühlichtern, durch Zölle geschützt. Die Tatsache des Dumping wurde darin erblickt, daß beide in Deutschland, dessen Mark entwertet war, hergestellt wurden.

Das Gesetz hat die auf es gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Handel und Gewerbe litten unter großer Depression. Als Differenzen unter den Mitgliedern des Koalitionsministeriums ausbrachen, zeigte sich, wie gefährlich es gewesen, als die Liberalen, die auf Grund ihres Freihandelsprogramms die Mehrheit im Parlament erlangt hatten, bei Kriegsausbruch die Führer der Schutzzöllner in ihr Ministerium aufgenommen hatten, denn nicht diese schieden aus dem Ministerium aus, sondern Lloyd George. Bonar Law wurde Premierminister. Er hat im November 1922 das Parlament aufgelöst. Um die Mehrheit zu erlangen, versprach er, daß er, wenn seine Partei ans Ruder käme, an der Zollpolitik nichts ändern werde, und er und sein Schatzkanzler Baldwin haben ihr Versprechen gehalten. Aber Bonar Law wurde durch Krankheit zum Rücktritt genötigt. Baldwin wurde sein Nachfolger. Er wurde von einer Gruppe von Schutzzöllnern überredet, daß das einzig wirksame Mittel gegen Depression von Handel und Gewerbe und gegen Arbeitslosigkeit in der Einführung eines Schutzzolltarifs und der Ausdehnung der Differenzialzölle zugunsten der Kolonien bestehe.

Indes Baldwin hielt sich durch das Versprechen, das er und Bonar Law gegeben hatten, an das Zoll-

system nicht ohne Auftrag der Wähler zu rühren, gebunden. Demgemäß hat er, nachdem sein Handelsminister Sir P. Lloyd-Greame, der jetzige Sir P. Cunliffe-Lister, auf einer neuen Reichskonferenz den Kolonien weitere Vorzugszölle versprochen hatte, am 25. Oktober 1923 auf einer Versammlung der Konservativen Partei in Plymouth den Schutz des heimischen Markts für das einzige Mittel zur Behebung der industriellen Not erklärt, und wenige Tage darauf begann die Agitation für die Wahl eines neuen Parlaments. Am 2. November 1923 hielt Baldwin in der Free Trade Hall in Manchester eine Rede, worin er seine Abkehr von der Handelspolitik erklärte, die dem Versammlungslokal den Namen gegeben hatte. Ihr Grundgedanke war derselbe, wie der des Großindustriellen Ecroyd, mit dem dieser zu Beginn der achtziger Jahre für Fairtrade eingetreten war und der damals in Joseph Chamberlain seinen schärfsten Gegner gefunden hatte<sup>1)</sup>. Die Rede verdient eingehende Wiedergabe, weil darin die Pläne der Schutzzöllner und die Art und Weise, wie sie, indem sie mit dem Beginn mit kleinem das Publikum an Zölle zu gewöhnen suchten, um ein sich selbst genügendes britisches Weltreich zu erreichen, anschaulich hervortreten.

Baldwin begann mit einer Verneigung vor Cobden und Bright. Aber was sie vor 80 Jahren getan hätten, habe keinerlei Beziehung zur Gegenwart. Damals sei England aller Welt im Industriebetrieb überlegen gewesen. Dies sowie sein Kohlenvorrat habe Englands Fortschreiten während des 19. Jahrhunderts getragen. Aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts sei Englands Suprematie bedroht gewesen, besonders durch Deutschland und Amerika. Daher habe es weise geschienen, die Bande, welche die verschiedenen Teile des Reichs zusammenhielten, zu festigen. Auf dem Höhepunkt der Rivalität sei der Weltkrieg ausgebrochen. Jetzt habe man nur einen Scheinfrieden. Bittere nationale Gegensätze, welche die Fortdauer der Zivilisation bedrohten, seien die Folge. Neue Handelshemmnisse

---

1) Siehe oben S. 47.

seien in ganz Europa entstanden. In den neuen Staaten, die aus dem Zusammenbruch der alten entstanden seien, herrsche nahezu Prohibition, desgleichen in Italien und Amerika. Der amerikanische Fordneytarif mache es für England schwer, seine Kriegsschuld an Amerika zu begleichen.

Wie stehe es mit der Baumwollindustrie Lancashires? Neun Zehntel der in Europa eingeführten Baumwolle würden darin verarbeitet und 70 bis 80 Prozent des verarbeiteten Produkts würden ausgeführt. Männer, Frauen und Kinder seien in der Verarbeitung tätig, und ihre Lebenshaltung sei vom Erfolg der Baumwollindustrie abhängig. Aber die letzten Jahre seien Jahre der Arbeitslosigkeit gewesen, die von der Bevölkerung Lancashires, wie immer, heroisch ertragen worden sei. Die Besorgnis, die ihn in Sachen der britischen Baumwollindustrie erfülle, sei eine zweifache: Erstens befürchte er eine fortschreitende Vèrengerung des Absatzmarkts infolge zunehmender Baumwollverarbeitung in anderen Ländern, sowohl auf dem europäischen Kontinent als auch in Amerika. Eine zweite Sorge mache ihm die fortschreitende Ausfuhr von Spinnmaschinen aus Lancashire nach dem fernen Osten. Dieses sei gewinnbringend für Einzelne, aber nicht vorteilhaft für das Land. Dadurch profitiere Indien, während die chinesischen Unruhen den Handel dort unsicher machten und Indien so arm sei, daß seine Kauffähigkeit für englische Waren gering sei; infolge der politischen Entwicklung habe es Selbstregierung in allen Handelsfragen erlangt und nutze diese zum Übergang zum Protektionismus. Vor zehn Jahren wäre es für England möglich gewesen, auf dem indischen Markt eine Bevorzugung zu erlangen, gerade ausreichend, um seine Produkte der dortigen armen Bevölkerung vor den Produkten seiner Konkurrenten zugänglich zu machen. Aber noch weit wichtiger für Lancashire sei eine ausreichende Zufuhr von Rohbaumwolle, und es sei sehr bedauerlich, daß die Bestrebungen der British Empire Cotton Growing Association nicht schon vor 30 Jahren begonnen hätten. Das Ziel Bald-



wins ist die absolute Unabhängigkeit Großbritanniens von Amerika, er stellt in Aussicht, daß innerhalb des britischen Reichs alle Baumwolle, die England brauche, gebaut werden könne, und dasselbe gelte von Zucker und Tabak, und je billiger es beide bauen könne, um so leichter könne es seine Schuld an Amerika zahlen.

Baldwin erklärte als sein Ideal ein großes Reich, das die Lebenshaltung seines eigenen Volks hochhalte — ähnlich wie die Vereinigten Staaten. Er denkt sich, daß die überseeischen britischen Herrschaften Großbritannien die Rohstoffe liefern, an denen sie mindestens ebenso reich wie die Vereinigten Staaten seien. Seine Zuhörer sollten sich bewußt sein, daß in unserem Zeitalter die wirtschaftlichen Kräfte die größten seien. Gebe man den überseeischen Herrschaften nicht eine Bevorzugung auf dem britischen Markte, so würden sie, da sie sich nicht selbst genügen könnten, nach einem anderen Land gravitieren und England würde für immer die Gelegenheit verpaßt haben, sich das zu sichern, was mit der Zeit der größte Markt für britische Produkte werden könne. Diese Politik aber erheische den Schutz der eigenen britischen Industrien.

Dementsprechend schlägt Baldwin vor: 1. einen Zoll auf Industrieprodukte zu legen, besonders auf solche, deren Einfuhr die Ursache der größten Arbeitslosigkeit sei. 2. den überseeischen Herrschaften eine wesentliche Bevorzugung auf dem britischen Markt zu geben; 3. auf Weizen und Fleisch keinerlei Zoll zu legen. Gleichzeitig solle untersucht werden, in welcher Weise der Landwirtschaft ermöglicht werden könne, das Land im Anbau zu erhalten. Ferner sei die Verbesserung der Altersversicherung ins Auge zu fassen. Pflicht der Politiker und Arbeitgeber sei der Arbeitslosigkeit vorzubeugen; das erheische die Sicherung neuer Märkte.

Was waren nun die Zölle, die Baldwin zunächst England aufzuerlegen empfahl, um den überseeischen Herrschaften eine Bevorzugung auf dem britischen Markt geben zu können? Einen Zoll auf ihre Hauptausfuhr, Getreide und Fleisch, zu legen, konnte er angesichts der Stimmung



der britischen Arbeiterbevölkerung nicht wagen. Durch welche anderen landwirtschaftlichen Zölle sollte der notleidenden britischen Landwirtschaft geholfen und die Dominions begünstigt werden? Man staunt, wenn man seine Vorschläge liest. Es sollte ein Zoll auf Äpfel von 5 s per Zentner gelegt werden, und die Äpfel der überseeischen Herrschaften sollten zollfrei eingehen. Es sollte auf Salm in Büchsen ein Zoll von 10 s per Zentner gelegt werden, und Reichssalm sollte zollfrei sein. Ein Zoll von 6 d per Gallon sollte auf Fruchtsaft gelegt werden; Reichsprodukte sollten zollfrei sein. Ein Zoll von 10 s pro Zentner sollte auf Honig gelegt werden, Reichshonig sollte zollfrei sein. Die bestehende Bevorzugung der überseeischen Herrschaften bei der Tabakeinfuhr sollte durch Nachlaß von  $\frac{1}{6}$  auf  $\frac{1}{4}$  des Zolls erhöht werden.

Auf der Reichskonferenz wurde geltend gemacht, daß das Parlament diese Vorschläge verständigerweise annehmen könne; der Zoll bedeute bei Äpfeln einen Halfpenny per Pfund, bei Büchsensalm einen Penny per Pfund; die amtliche Mitteilung spricht die Überzeugung aus, daß das Reich den ganzen Bedarf an diesen Artikeln zu decken vermöge.

Die Obstzüchter von Worcester und Herefordshire waren mit den Vorschlägen zufrieden, aber die Industriellen, die nicht ahnten, was der Tarif sein würde, und wie er die einzelnen Gewerbe treffen würde, waren sehr verschiedener Meinung. Lancashire, dessen große Baumwollindustrie nicht geschützt werden konnte, war empört. Ausgezeichnete Redner, wie Philip Snowden, Sir John Simon, Winston Churchill zeigten, daß die große Masse der Arbeiter wenig zu gewinnen, aber viel vom Schutz zu verlieren hätte. Asquith wies darauf hin, daß, wenn die Arbeitslosigkeit die Folge der Einfuhr wäre, sie bei zunehmender Einfuhr zunehmen würde, während das Gegenteil der Fall sei; die Arbeitslosigkeit sei groß, weil sowohl Einfuhr als auch Ausfuhr zurückgegangen seien, und dies sei die Folge der Zerrüttung der Marktverhältnisse infolge des Kriegs. Der Manchester Guar-

dian frug, warum die Armen in England für wichtige Lebensmittel mehr zahlen sollten, nicht um die Staatsfinanzen zu verbessern, sondern um Anderen, denen es viel besser als ihnen selbst gehe, die Konkurrenz zu erleichtern. Ramsay Macdonald, der Führer der Labour Party, wandte sich mit großer Energie gegen den Gedanken, die Arbeitslosigkeit durch Schutzzoll zu beseitigen. Die Tories hätten der großen Masse des Volks aufs neue den Krieg erklärt; die jetzigen Projekte seien schon 1906 vom Volk bei den Wahlen als ungeeignet verworfen worden, und würden jetzt aufs neue hervorgeholt, um davon zu profitieren; der Schutzzoll werde den Bergwerksdistrikten den Ruin bringen. Nationalökonomien und Statistiker zeigten, daß vier Fünftel der Arbeitslosen Gewerben angehörten, die von einem allgemeinen Schutztarif nur Einbuße erleiden würden. Einige der größten Gewerbe, wie die Handlungsgelhilfen, die Eisenbahner, die Matrosen, die Schiffbauer und die Textilarbeiter von Lancashire und Yorkshire könnten von Einfuhrzöllen, die den Außenhandel mindern, die Preise im Inland steigern und die Kaufkraft aller Löhne und Gehälter mindern würden, nur verlieren. Mit der Minderung der Einfuhr müsse auch die Ausfuhr zurückgehen, da das Ausland aufhören werde zu kaufen, wenn England aufhöre von ihm zu kaufen. Das Schiffbaugewerbe werde daher doppelten Verlust erleiden; während die Nachfrage nach britischen Schiffen sinke, würden die Kosten des Schiffbaus künstlich erhöht werden.

In dem kurzen, aber scharfen Wahlkampf, der im Dezember 1923 begann, haben die Konservativen ihre Mehrheit verloren. Das neue Unterhaus bestand aus 259 Konservativen, d. h. Schutzzöllnern, und 346 Freihändlern, wovon 191 der Arbeiterpartei und 155 der liberalen Partei angehörten. Es folgte die Minderheitsregierung der Arbeiterpartei unter dem Vorsitz von Ramsay Macdonald. Philip Snowden wurde Schatzkanzler. In seinem Freihandelsbudget von 1924 wurden die McKenna-Zölle abgeschafft und alle Spuren von Schutzzoll und Differenzialzöllen zugunsten der überseeischen britischen Besitzungen

beseitigt. Nachdem Macdonald im Herbst 1924 aus Anlaß einer Differenz mit den Liberalen das Parlament plötzlich aufgelöst hatte, wurde die Arbeiterpartei bei der Neuwahl geschlagen. Unmittelbar vor der Wahl war der sogenannte Zinowiew-Brief veröffentlicht worden. Es steht heute noch nicht fest, ob er eine Fälschung war; jedenfalls hielt ihn die Wählermasse für echt, und da sie von Kommunismus nichts wissen wollte, hat sie den Konservativen sich zugewandt. Baldwin wurde wieder Premierminister. Er stand an der Spitze einer überwältigenden Mehrheit, deren Angehörige zum großen Teile Schutzzöllner waren; doch waren sie als Gegner des Kommunismus gewählt worden. Baldwin hatte nach seiner Niederlage im Dezember 1923 erklärt, daß er alle Schutzzorschläge fallen lassen werde, bis das Land seine Meinung geändert habe; als er das neue Parlament am 17. Dezember 1924 eröffnete, sagte er der Wahrheit entsprechend: „Wir haben kein Mandat für Schutzzoll und auch nie eins verlangt.“ Aber seine Gefolgschaft ist mit diesem Verzicht auf einen allgemeinen Schutzzolltarif nicht zufrieden gewesen; da er aber versprochen hatte, keinen Tarif einzubringen, mußte er, um dasselbe Ziel wie durch einen Tarif zu erreichen, eine andere Taktik einschlagen. An die Stelle eines allgemeinen Tarifs setzte er die Einführung von Zöllen zur Erhaltung (Safeguarding) von Industrien, die, während sie für England unentbehrlich seien, durch die ausländische Konkurrenz besonders bedroht seien. Indem man eine Industrie nach der anderen für England unentbehrlich und gleichzeitig bedroht erklärte, mußte man ohne formelle Einführung eines Schutzzolltarifs mit der Zeit zu etwas gelangen, was einem solchen tatsächlich gleichkam.

Baldwin hat in seiner Rede die Grundsätze dargelegt, welche für die Regierung bei Einführung von Erhaltungszöllen maßgebend sein würden. Erstens müsse eine Industrie, um einen Erhaltungszoll zu erhalten, von wesentlicher Bedeutung und leistungsfähig sein. Zweitens müsse sie von außerordentlicher Konkurrenz bedroht sein, hervorgerufen durch entwertete Valuta, Prämien oder Sub-

ventionen, niedrige Löhne, längere Arbeitszeit und geringere Besteuerung im Ausland. Drittens, jedweder Zoll müsse, um Schwierigkeiten aus den bestehenden Handelsverträgen zu vermeiden, ein allgemeiner sein, kein auf die Zufuhr aus einem einzelnen Lande gerichteter. Viertens die überseeischen britischen Herrschaften sollten durch Vorzugszölle begünstigt werden.

Aber kein dementsprechender Gesetzentwurf wurde eingebracht. Die Regierung änderte ihre Taktik. Am 3. Februar 1925 tat das Handelsamt in einem „Weißen Blatt“ den neuen Regierungsplan für die Erhaltung von Industrien, die durch ausländische Konkurrenz bedroht seien, kund. Danach trat an die Stelle eines Gesetzes, das für die verschiedenen zu „erhaltenden“ Industrien die zu erhebenden Zölle festsetzte, eine Aufforderung an die Industrien, die geschützt werden wollten, sich an das Handelsamt zu wenden, das nach eigenem Ermessen entweder das Ansinnen zurückweisen oder einem Ausschuß überweisen würde, der es nach Vernehmung von Sachverständigen entweder billigen oder ablehnen werde. Das kam schon so ziemlich auf die Einführung eines allgemeinen Schutzzolltarifs hinaus<sup>1)</sup>. Doch noch Schlimmeres sollte folgen. Winston Churchill, der als liberaler Kandidat von Morel geschlagen worden war, war zu den Konservativen übergegangen, und der ehemalige Freihändler war Schatzkanzler im Kabinett Baldwin geworden. Mit dem Eifer des Konvertiten folgte er in dem von ihm eingebrachten Budget 1925 dem Satze, verehere, was du verfolgst und verfolge, was du verehrt hast. Eine seiner hervorstechendsten Neuerungen waren Zölle auf die Einfuhr von Seide und künstlicher Seide. Aber dies war nicht alles, was er an schutzzöllnerischen Maßnahmen beantragte. Er hat die McKenna-Zölle, die Snowden beseitigt hatte, wieder eingeführt, wobei er für ihre Wiedereinfuhr nichts anderes vorzubringen

---

1) Siehe *The Safeguarding Fraud im Freetrader* vom Januar 1926, herausgegeben von The Free Trade Union, 69 Victoria Street, London S. W. 1.



hatte, als was McKenna 1915 dafür vorgebracht hatte. Er hat ferner einen Zoll auf Hopfen gelegt, von dem er selbst sagte, daß er schlechthin schutzzöllnerisch sei, und verkündete, daß die Regierung alle Art von Versprechungen, die sie auf der Reichskonferenz von 1923 gemacht habe, in vollstem Maße durchzuführen beabsichtige.

Wie töricht diese Maßnahmen waren, zeigt beispielsweise der Erfolg des Wertzolls von  $33\frac{1}{3}$  Prozent auf Automobile, der 1915 von McKenna auferlegt und 1924 von Snowden beseitigt, von Churchill 1925 wieder auferlegt wurde:

„Die Ausfuhr britischer Automobile war geringer als sie vor Auflegung der McKenna-Zölle gewesen. Im Jahre 1913 waren 8829 Automobile aus Großbritannien ausgeführt worden, 1923 nur mehr 3041. Auch hatten die Zölle nicht zum Aufhören der Einfuhr geführt. Im Jahre 1913 waren 14728 Automobile eingeführt worden, 1923 30025.“

Aber die konservative Mehrheit, die die Wahlen vom Herbst 1924 gebracht hatten, war überwältigend und gleich hieb- und stichfest gegen Logik wie gegen Statistik.

Gemäß den Bestimmungen des „Weißen Blatts“ vom 3. Februar 1925 sollten Zölle, die vom Handelsamt und dem Schatzamt gebilligt waren, in das Budget aufgenommen werden, so daß in der zweiten Hälfte von 1925 eine Industrie nach der andern um Schutz einkam, und die Gegner öffentlich fragten, wo die Regierung die Grenze setzen würde, um den Unterschied vom allgemeinen Schutzzoll zu zeigen. Die Regierung verwies als Antwort darauf, daß der Eisen- und Stahlindustrie der erbetene Schutzzoll versagt worden sei, weil dessen Rückwirkung für die Eisen und Stahl verarbeitenden Industrien so verhängnisvoll gewesen sein würde, daß ein allgemeiner Schutzzolltarif im Widerspruch mit dem bei den Wahlen gegebenen Versprechen unvermeidlich geworden wäre; ohne diese Erwägung würde man der Eisen- und Stahlindustrie den erbetenen Zoll gewährt haben. Im übrigen zeigte die Gewährung von erbetenen Zöllen alle die Schattenseiten, die mit dem Schutzzollsystem verbunden zu sein pflegen: Be-



stechung durch Zuwendungen zu dem Fond der konservativen Partei und dergleichen<sup>1)</sup>.

Ein zur Untersuchung der Wirkungen des Safeguarding of Industries Act von 1921 eingesetzter Ausschuß empfahl die Aufrechterhaltung der Zölle zugunsten der Schlüsselindustrien und deren weitere Ausdehnung. Churchills Budgetrede für 1926 bewegte sich in den gleichen Gedankengängen. Sie empfahl den Wiedererlaß des Safeguarding Act für zehn Jahre und die gleichzeitige Erhöhung des Wertzolls auf optische Gläser und Instrumente auf 50 Prozent und die Auflegung eines Wertzolls von  $16\frac{2}{3}$  Prozent auf Packpapier. Auch die bevorstehende Bevorzugung der Kolonien sollte für die Dauer von zehn Jahren beschlossen werden. All' das wurde von der Mehrheit angenommen.

Im Jahre 1926 hat eine weitere Reichskonferenz stattgefunden. Auf derselben haben aber konstitutionelle Probleme mehr als Zoll- und Bevorzugungsfragen die Teilnehmer beschäftigt. Was letztere angeht, so war prinzipiell erreicht, was die Kolonien seit Dezennien erstrebt hatten. Nicht als ob die Frage ihrer Bevorzugung die Konferenz nicht beschäftigt hätte. Baldwin erging sich in seiner Eröffnungsrede im Lobe der Zunahme des Handels zwischen den einzelnen britischen Reichsteilen, wozu sie geführt habe, und die Minister, welche die einzelnen Herrschaften vertraten, erkannten die Vorteile an, die diese auf dem britischen Markte erzielt hätten, ganz besonders der Vertreter Australiens. Aber im Vordergrund standen andere Probleme, zu deren Lösung besondere Reichsorganisationen entstanden waren, wie das Reichsschiffahrtskomitee, das Reichswirtschaftskomitee, das Reichsbureau für Mineralische Hilfsmittel, das Reichsforstinstitut, das Reichsabsatzamt (Empire Market Board). Das Reichswirtschaftskomitee entwarf um dieselbe Zeit ein Gesetz über Warenzeichen in der Absicht, die verschiedenen britischen Reichsteile zu bevorzugen. Außerdem mag eine der Ursachen, warum auf der Reichskonferenz von 1926 die Bevorzugungsfrage nicht die

---

1) Siehe darüber Hirst, Safeguarding and Protection, 35 ff.

gleiche Rolle wie früher gespielt hat, gewesen sein, daß zur Zeit ihrer Eröffnung eine Anzahl hervorragender Bankiers und Geschäftsleute in Großbritannien und anderen europäischen Ländern und sogar der eine oder andere aus den Vereinigten Staaten einen Aufruf erließen, worin sie über Vernachlässigung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Welt klagten; die bestehenden Zollschränken behinderten die wirtschaftliche Erholung der Welt. Die Freihändler wurden dadurch ermuntert, das Verlangen nach weiterer Bevorzugung auf der Konferenz von 1926 dadurch gelähmt<sup>1)</sup>).

Aber Winston Churchill hat sich dadurch nicht in seinem Eifer behindern lassen. In dem Budget für 1927 hat er einen Wertzoll von 28 Prozent auf durchsichtige und verglaste Töpferwaren eingeführt mit einer Bevorzugung der Kolonien um ein Drittel. Außerdem hat er die McKenna-Zölle auf Radreifen ausgedehnt und bei einer Anzahl Finanzzölle eine Bevorzugung der Kolonien bestimmt. Selbstverständlich war die dagegen sich erhebende Opposition groß; aber die Mehrheit der Konservativen war zu groß, als daß die Opposition praktische Erfolge hätte erzielen können. Indessen nähert sich die Krise ihrem Höhepunkt. Am 12. Dezember 1928 ist die konservative Regierung durch eine Anfrage des Lord Arnold im Oberhause vor ein Dilemma gestellt worden. Genau drei Jahre vorher hat Baldwin, wie oben bemerkt, der Eisen- und Stahlindustrie einen Zoll verweigert, da ein solcher den verarbeitenden Industrien den Rohstoff besteuern und diese daher nötigen würden, gleichfalls Zölle zu verlangen, deren Bewilligung mit dem gegebenen Versprechen, keinen Generaltarif einzuführen, in Widerspruch stehen würde. Konsequenz, wenn nicht Ehrlichkeit würden also Baldwin nötigen, vor den Wahlen einzugestehen, daß er einen Generaltarif einzuführen beabsichtige, oder ein Versprechen zu geben, die Einfuhr von Eisen aus Stahl nicht mit einem Zoll zu belasten. Aber das erstere brächte der konser-

---

1) Ralph Young a. a. O. 30, 31.

vativen Partei die Gefahr, zum drittenmal durch die Zollfrage eine Niederlage zu erleiden; das zweite brächte Baldwin in Konflikt mit seiner Partei, deren Rebellion er wenige Monate vorher gerade durch ein Versprechen, Eisen und Stahl einen Zoll zu bewilligen, beruhigt hatte. Baldwin wird wahrscheinlich weder das eine noch das andere tun. Die Wähler aber werden denken, was 1925 zutreffend gewesen sei, sei es noch 1929. Es wird vom Ausfall der Wahlen im Jahre 1929 abhängen, ob und wie weit die Freihändler noch Aussicht haben, Erfolge zu erwarten. Auch wenn die Arbeiterpartei bei den Wahlen siegt, ist es angesichts der Haltung mancher Gewerkvereine, wie desjenigen der Wollarbeiter und der Eisen- und Stahlarbeiter zweifelhaft, was ihre Stellungnahme in handelspolitischen Fragen sein wird.

3. Was ist während dieser Entwicklung der britischen Handelspolitik die der britischen Wirtschaft gewesen?

Ich habe im 65. Kapitel über die Lage der britischen Landwirtschaft von 1874 bis zum Ausbruch des Weltkriegs berichtet. Sie hat während des Weltkriegs eine Wandlung durchgemacht, die in der Geschichte einzig dasteht. Seit Aufhören der Feldgemeinschaft konnte der einzelne Landwirt seinen Betrieb einrichten, wie er für gut hielt; in seiner Ungebundenheit hatte man das sicherste Mittel zur Erzielung der höchsten Erträge gesehen. Die Gefahr des Verhungerns, der England durch den Krieg ausgesetzt war, hat zum völligen Bruch mit dieser Auffassung geführt. Sie hat zu Vorschriften des Staats über das, was der Landwirt anbauen solle, den Anlaß gegeben und zu seinem Eingreifen, um ihm den nötigen Anbau durch angemessene Entschädigung zu ermöglichen. Sie hat ferner zur Errichtung staatlicher Lohnämter geführt, die den landwirtschaftlichen Arbeitern einen menschenwürdigen Lohn und damit den Landwirten die unentbehrlichen Arbeitskräfte sichern sollten<sup>1)</sup>.

---

1) Vgl. für das Folgende die schon zitierten Werke von Lord Ernle, *English Farming Past and Present*, 4 ed. Chapt. 20

Schon vor Beseitigung der Kornzölle hat der Ertrag der britischen Landwirtschaft zur Deckung des Getreidebedarfs Großbritanniens nicht ausgereicht. Nach ihrer Beseitigung hat die Getreideeinfuhr noch mehr zugenommen; darauf die schon besprochene wachsende Verdrängung des Körnerbaus durch die Viehzucht. Die britische Landwirtschaft lieferte den Bedarf an Milch, drei Fünftel des Bedarfs an Fleisch und ein Fünftel des Bedarfs an Brot; der Rest wurde durch Einfuhr gedeckt. Da kam der Krieg. Zunächst trat keine Änderung ein. Die Schiffsverluste der ersten 5 Monate waren nicht so groß, daß eine Änderung nötig schien; sie sind erst nach 12 Monaten beunruhigend geworden. Darauf hat die Regierung am 17. Juni 1915 einen Ausschuß mit Lord Milner als Vorsitzendem ernannt, der Vorschläge machen sollte, wie die Produktion von Lebensmitteln in England und Wales unter Annahme, daß der Krieg länger als bis zum Herbst 1916 dauere, sich steigern lasse. Der Ausschuß empfahl, um den Anbau von Weizen zu fördern, den Landwirten für die Dauer von 4 Jahren einen Minimalpreis für den Quarter Weizen zu garantieren, durch die Grafschaftsräte Distriktsausschüsse einsetzen zu lassen, die dem Landwirtschaftsministerium Angaben machen sollten über die 1875 und 1914 mit Weizen, Hafer und Kartoffeln bestellte Fläche, und berichten sollten über die Leistungsfähigkeit jedes landwirtschaftlichen Betriebs sowie über die Bereitwilligkeit jedes Landwirts, zur Vermehrung der Lebensmittel beizutragen. Nach Empfang dieser Berichte solle der Ausschuß erwägen, ob Zwang angewendet werden solle oder nicht. Darauf traten in einigen Grafschaften Distriktsausschüsse in Tätigkeit.

1916 war die Ernte schlecht. Dabei nahmen die Schiffsverluste in erschreckendem Maße zu, und das Fehlen von Arbeitskräften bereitete der Steigerung des Ertrags des Getreide- und Kartoffelanbaus Schwierigkeit, desgleichen der Vorzug im Transport, den die Munition vor Düngemitteln,

---

und von F. E. Green, *A History of the English Agricultural Labourer 1870—1920.*

Futtermitteln, Werkzeugen und landwirtschaftlichen Maschinen genoß. Gleichzeitig erhob der Verbraucher nach wie vor erhebliche Ansprüche, und in seinem Interesse wurden die Preise der landwirtschaftlichen Produkte beschränkt. Die Aussichten waren trostlos. Da erzwang man die Rückverwandlung von Grasland in Pflugland. Landwirte, die den Befehlen nicht folgten, verfielen in Geldstrafen, eventuell dem Gefängnis. Dagegen gab es keine Berufung. Schlecht bebautes Land konnte ganz oder zum Teil in Anbau genommen oder sein Anbau durch andere angeordnet werden.

Am 1. Januar 1917 wurde im Landwirtschaftsministerium eine besondere Abteilung für Lebensmittelerzeugung ins Leben gerufen. Durch diese haben die Landwirte alles, was sie brauchten, erhalten; Gefangenearbeit, Futtermittel, Düngemittel, Maschinen und Werkzeuge. So ausgerüstet wurde die Landwirtschaft instand gesetzt, die Einberufung von mehr als einem Drittel ihrer gelernten Arbeiter zum Heere zu ertragen. Doch die Lage der verbleibenden zwei Drittel war nach Ausbruch des Kriegs eben so elend, wie sie im 65. Kapitel geschildert<sup>1)</sup> worden ist. Da überbrachte am 14. Februar 1917 der parlamentarische Ausschuß der Gewerkvereine dem Landwirtschaftsminister Prothero (dem jetzigen Lord Ernle) den Beschluß des Gewerkvereinkongresses von 1916, der für jeden Landarbeiter einen entsprechenden Lohn und eine gute Wohnung, frei von Bindung an einen bestimmten Betrieb, forderte. Der Redner hob unter anderem hervor, daß in einigen ländlichen Distrikten die Arbeiter selbst für jeden Eimer Wasser im täglichen Gebrauch zu zahlen hätten, und daß die Abgaben dafür in letzter Zeit um 50 Proz. erhöht worden seien. Er zitierte den Ausspruch Arthur Balfours; „Wenn der Eigentümer jeder ungesunden Wohnung am Türpfosten derselben aufgehängt würde, würde er sich nicht die Augen ausweinen“. Prothero antwortete, er sehe keine andere Lösung des Problems der „gebundenen“ Wohnungen, als die Vermietung

---

1) Siehe oben S. 30 ff.



der Arbeiterhäuser durch die Grundeigentümer statt durch die Pächter. Ein anderer Delegierter frug, ob bei ungerechtfertigter Ausweisung aus den Wohnhäusern Berufung an die den Arbeitern in Aussicht gestellten Lohnämter eingelegt werden könne. Prothero bejahte dies; leider wurde dies durch die Folge nicht bestätigt.

Am 23. Februar 1917 hat dann Lloyd George eine Rede gehalten, worin er den Landwirten für die Dauer von 6 Jahren bestimmte Preise für Weizen und Hafer und den leistungsfähigen Arbeitern einen Minimallohn von 25 s die Woche versprach. Die Pächter begrüßten die Rede mit Begeisterung, und am 21. August 1917 ist das Getreideproduktionsgesetz (7 & 8 Geo. V c. 46) erlassen worden. Es gab dem Landwirtschaftsministerium das Recht, während 6 Jahren den Getreideanbau zu erzwingen und den Boden zu verbessern. Diejenigen, die Weizen und Hafer anbauten, wurden für die Zeit von 1917—1922 gegen Verluste durch Sinken der Preise unter ein durch das Gesetz bestimmtes Minimum gesichert. Es verbot, die Renten während dieser Zeit zu erhöhen, außer wenn der Betrieb dies ertragen könne. Gleichzeitig wurde durch Sektion 5 des Gesetzes die Errichtung eines Lohnamts für landwirtschaftliche Arbeiter gemäß dem Gesetz über Lohnämter von 1909<sup>2)</sup> mit einigen Änderungen desselben angeordnet und unter Ziffer 7 bestimmt, daß von 1917—22 den leistungsfähigen Landarbeitern ein Minimallohn von 25 s die Woche gezahlt werden solle.

Durch diese Maßnahmen ist die Bodenfläche des Vereinigten Königreichs, auf der andere Frucht als Gras wuchs, während des Kriegs um 2966000 acres vergrößert und der Ertrag des Anbaus von Weizen um 58 Prozent, des von Hafer um 36 Prozent, des von Kartoffeln um 59 Prozent gesteigert worden. Dagegen ging die Fleischproduktion durch Abnahme des Futterbaus um 90000 bis 110000 Tonnen zurück.

Weniger befriedigend war der Erfolg des Gesetzes von 1917 in der Lohnregelung. Die 25 s haben keine große

---

1) Siehe oben Band III, 1, S. 480.

Begeisterung bei den Landarbeitern geweckt, außer wo die Löhne weit tiefer standen; besonders waren sie unzufrieden, als sie hörten, daß in den 25 s alle Zuwendungen inbegriffen sein sollten, selbst die Miete für die „gebundenen“ Wohnungen, deren Scheußlichkeit oft alle Vorstellungen übertraf<sup>1)</sup>. Immerhin, es gab nun Lohnämter, in denen beide Parteien gleichmäßig vertreten waren, und bei tüchtiger Vertretung der Arbeiter konnte eine Festsetzung der Löhne auch über 25 s erzielt werden. Das hieß soviel wie Koalition, und damit kam die Gelegenheit für den Organisator der Arbeiter. Die Organisatoren besuchten nun entfernt gelegene Dörfer in den verschiedensten Grafschaften und verbreiteten die frohe Botschaft. Sie haben, wie Green schreibt<sup>2)</sup>, Außerordentliches geleistet in der Erweckung von Menschen, die zu den am härtesten arbeitenden, schlechtest gelohnten, schlechtest ernährten und bekleideten, schlechtest behausten des britischen Volks gehörten — von Leuten, die sich zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich in der Lage von Leibeigenen befanden<sup>3)</sup>.

Die Geschichte der Organisatoren liest sich wie eine Märtyrerlegende<sup>4)</sup>. Sie haben die größten persönlichen Opfer gebracht, um die Arbeiter in allen Grafschaften mit dem Inhalt des Gesetzes bekannt zu machen. Der Widerstand, den sie bei Grundbesitzern, dem mit diesen verbundenen Klerus und den Pächtern gefunden haben, der schon vor dem Kriege groß war, übertraf nach Erlaß des Gesetzes von 1917 alles, was man in einem freiheitlichen Lande für möglich gehalten hätte. Versammlungsräume wurden verweigert; wo im Freien gepredigt wurde, mußten die Arbeiter sich in die Häuser oder hinter Hecken verstecken, um, wenn sie zuhörten, nicht gesehen zu werden, denn wen man erkannte, der wurde entlassen und damit samt seiner Familie aus seiner Wohnung vertrieben. Die

---

1) Siehe Green 294—96.

2) Green a. a. O. 254.

3) Siehe oben S. 29 das gleiche Zeugnis des Sir Donald Mackenzie Wallace.

4) Siehe Green 259—287.

Organisatoren sprachen, ohne einen Zuhörer zu sehen, während die versteckten Zuhörer lauschten.

Doch die Pächter waren nicht weniger wie die Organisatoren der Arbeiter tätig. Auch sie organisierten sich.

Das landwirtschaftliche Lohnamt setzte Distriktslohnämter ein, und diese setzten Löhne und Arbeitszeit fest. Das geschah zuerst am 20. Mai 1918 in der Grafschaft Norfolk. Der Lohn für gewöhnliche Arbeiter wurde für die Woche auf 30 s, die Arbeitszeit auf 54 Stunden im Sommer und 48 im Winter festgesetzt; als Winter galten die Monate November bis Februar. Besondere Bestimmungen betrafen die Schweizer, die die „üblichen“ Stunden für 36 s die Woche zu arbeiten hatten. Überzeit sollte an Werktagen mit 8 $\frac{1}{2}$  d, an Sonntagen mit 10 d die Stunde bezahlt werden. Diese Bestimmungen sollten für alle Arbeiter über 18 Jahre gelten.

Ausgehend von diesen für Norfolk erlassenen Bestimmungen wurden für die verschiedenen Grafschaften die Löhne festgesetzt bis zu 35 s wöchentlich in den nördlichen Grafschaften. 1919 sind die Löhne um 6 s 6 d die Woche erhöht worden; aber die Lebensmittel waren um 106 Proz. gestiegen; daher herrschte keineswegs allgemeine Befriedigung. Der Hauptvorteil für die Arbeiter bestand darin, daß der Arbeitstag und die Bezahlung von Überzeit zum ersten Male gesetzlich bestimmt waren; nur die Arbeitsdauer der Schweizer war noch unbestimmt — die „herkömmlichen“ Stunden. Die Schweizer lebten nämlich in „gebundenen“ Häusern. Erst 1919 hat in den meisten Grafschaften die Beschränkung der Arbeitszeit auch für die Schweizer Geltung erlangt.

Von beiden Seiten wurde über Voreingenommenheit der ernannten Unparteiischen der Lohnämter geklagt. Nur von den Unparteiischen des Zentrallohnamts wird bezeugt, daß sie gerecht geurteilt hätten, anders die der Distriktslohnämter; diese hätten fast ausnahmslos der Klasse der Arbeitgeber angehört und stets auf die Seite der Pächter geneigt. Green gibt eine anschauliche Schilderung<sup>1)</sup> der

1) Green 292—4.

Sitzung eines Lohnamts, die damit endet, daß die Vertreter der beiden entgegengesetzten Parteien die Entscheidung des Unparteiischen für monströs erklären.

In vielen Grafschaften ist der Lohn erst viele Monate später als in Norfolk geregelt worden. Hier sollten die Landwirte nachzahlen. Das ist nicht immer geschehen. Zwischen Oktober 1918 und Dezember 1919 sind nicht weniger als 5266 Klagen beim Lohnamt erhoben worden; Löhne im Betrage von £ 9532 mußten nachgezahlt werden; in der Mehrzahl der Fälle wurde dies durch die Tätigkeit der Gewerkvereine erreicht<sup>1)</sup>. Dabei wird über große Parteilichkeit der Friedensrichter geklagt<sup>2)</sup>. Auch sind nach wie vor Landarbeiter, die Mitglieder des Gewerkvereins waren, vom Pächterverein verfolgt worden. Doch waren die schlimmsten Verletzer des gesetzlichen Minimallohns Grundbesitzer, die ihr Land selbst bewirtschafteten<sup>3)</sup>. Sie hatten über ihre Arbeiter unbegrenzte Macht vermöge der „gebundenen“ Wohnungen. Die Furcht vor Ausweisung war trotz ihres erbärmlichen Zustands außerordentlich, denn wo sollten sie, wenn ausgewiesen, mit ihren Familien wohnen; und mehr als die Hälfte der britischen Landarbeiter lebt in „gebundenen“ Wohnungen<sup>4)</sup>.

Nichtsdestoweniger hat, wie Lord Ernle schreibt<sup>5)</sup>, das Lohnamt seinen Zweck erfüllt. Es hat den Frieden in der Landwirtschaft gesichert; sie war von 1917—19 durch keinen Streik gestört. In der Geschichte der britischen Landwirtschaft gebe es keine Periode, welche, was die den landwirtschaftlichen Arbeitern gewährten Vorteile angehe, befriedigender wäre; sie hätten Anteil an dem Wohlergehen ihres Gewerbes gehabt. Damit sind sie auch in der gesellschaftlichen Achtung gestiegen<sup>6)</sup>.

Die Kriegführung mit Waffen ist am 11. November 1918 durch einen Waffenstillstand beendet worden. Nun wiederholten sich die wirtschaftlichen Erscheinungen von

---

1) Green 317.

2) Ebenda 318.

3) Ebenda 319.

4) Ebenda 320.

5) Ernle 418 E.

6) Green 329.



1815, nur in verstärktem Maße. Großbritannien war wie die Länder des Kontinents erschöpft, die ausländischen Märkte waren verarmt, der internationale Austausch durch Währungsverfall erschwert, die Kriegsindustrien waren stillgelegt, die Arbeitslosigkeit war enorm. Nur den Landwirten ginge es besser als nach den napoleonischen Kriegen. Die Preise sind 1918, 1919, 1920 hoch geblieben. Das Jahr 1918/19 ist der Landwirtschaft sogar außerordentlich günstig gewesen, so daß die Bodenpreise stiegen, viele Grundeigentümer die Gelegenheit nützten, um zu verkaufen, und viele Pächter mit geborgtem Kapital ihre Pachtgüter kauften.

1920 hat das Drängen der Landwirte nach Festlegung einer bleibenden staatlichen Landwirtschaftspolitik zum Erlaß des Agricultural Acts 1920 geführt. Er wollte das Getreideerzeugungsgesetz von 1917, das nur für eine bestimmte Zeitdauer erlassen war, zu einem dauernden machen. Im ersten Teile ist das drastische Recht der Regierung die Verwandlung von Grasland in Pflugland anzuordnen wieder abgeschafft worden. Das Lohnamt wurde beibehalten. Als Normalpreise wurden die von 1919, d. h. 68 s für den Quarter Weizen und 46 s für den Quarter Hafer bestimmt. Die Produktionskosten sollten für jedes Jahr durch Kommissäre festgestellt und mit denen des Normaljahres verglichen werden. Je nachdem sie mehr oder weniger betrugen, sollten die Minimalpreise geändert werden. So wurde den Landwirten ein Minimalpreis gesichert, der je nach den Produktionskosten des Jahres schwankte; die Differenz zwischen dem Marktpreise und dem Preise des Normaljahres, die sich in dieser Weise änderte, sollte den Landwirten vom Staate bezahlt werden. Der 2. Teil handelt von den Beziehungen zwischen Grundeigentümer und Pächter; er sollte besonders Nachteilen der Pächter abhelfen, wenn das Land seinen Eigentümer wechselte. Entschädigung für Betriebsstörung sollte nicht länger auf den Fall beschränkt sein, daß dem Pächter ohne zureichenden Grund gekündigt worden war; sie war nunmehr in allen Fällen der Kündigung seitens des Grundeigentümers



zu zahlen. Die Entschädigung sollte prima facie so viel wie die Rente eines Jahres betragen; wenn nachgewiesen wurde, daß dies nicht ausreichte, konnte mehr bis zum Betrag einer doppelten Jahresrente verlangt werden. Um gültig zu sein, mußte die Kündigung 12 Monate vorausgehen.

Als die Regierung das Gesetz von 1920 erließ, glaubte sie eine Zeit dauernd hoher Preise voraussehen zu können und hatte dementsprechend ihre Preisgarantie sowohl für Weizen als auch für Hafer um 20 s erhöht. An sich war der Gedanke, die Landwirte durch eine vom Staat gezahlte Subvention vor Not bewahren und so die Landwirtschaft erhalten zu wollen, weit rationeller als ihr Schutz durch einen Einfuhrzoll auf Lebensmittel. Es war ein Schutz nicht auf Kosten derer, die in noch weit höherem Maße als die Landwirte Not litten, mit allen seinen sozialen und wirtschaftlichen Nachteilen. Aber das Gesetz von 1920 hat nur historische Bedeutung. Als die Preise, namentlich die des Hafers, unter das neue Minimum fielen, sind die Verpflichtungen aus dem Gesetze selbst für den Staat untragbar geworden. Die neue Politik mußte schon im ersten Jahre nach Erlaß des Gesetzes wieder aufgegeben werden. Nur sein zweiter Teil, der das Verhältnis von Grundeigentümer und Pächter regelt, ist noch heute in Kraft.

Anders verlief die Ordnung des Arbeitsverhältnisses nach Aufhören des Kriegs. Nach dem Frieden haben die Landwirte den Gewerkvereinen der Arbeiter ihre Anerkennung entzogen. Darauf stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Das Lohnamt setzte ein Schiedsgericht ein, das die Löhne über das, was die Landwirte zahlen wollten, erhöhte und die Arbeitszeit auf 48 Stunden die Woche herabsetzte. Darüber ist im Sommer und Herbst 1919 Streit entstanden. Eine königliche Kommission für Landwirtschaft ist eingesetzt worden. In ihr haben Landarbeiter zum ersten Male als Kommissäre teilgenommen. Der Industrial Council bestimmte, daß die Landwirtschaft in die Zahl der Gewerbe, für die die Arbeitsdauer auf 48 Stunden in der Woche beschränkt wurde, aufzunehmen sei. Darob

großer Unwillen unter den Landwirten, der den Landwirtschaftsminister Lord Ernle (Prothero) veranlaßte, seine Entlassung zu nehmen. Unter seinem Nachfolger hat die Kommission 1920 mit 12 gegen 11 Stimmen ihren Beschluß zurückgenommen.

Als die Weizenpreise von 1920 bis 1922 auf mehr als die Hälfte sanken, wurden die Landwirte für den Verlust der Preisgarantie des Staats durch die Wiederbeseitigung des Getreideproduktionsgesetzes im Jahre 1921 teils durch Beseitigung der Lohnämter, teils dadurch entschädigt, daß man ihnen die Differenz zwischen dem Preis des Normaljahrs und ihren Marktpreisen zahlte. Die Entschädigung hat das Land 18 Millionen £ gekostet. Mit der Beseitigung der Lohnämter sanken die Löhne.

Mit dem Gesetze von 1921, das die Getreideproduktionsgesetze von 1917 und 1920 beseitigte, ist die Regierung von der staatlichen Regelung der Landwirtschaft zurückgetreten. Sie war als dauernd gedacht gewesen. Gleiches Schwanken fand statt in der Lohnregelung. 1921 aufgehoben, ist sie unter der Regierung der Arbeiterpartei 1924 wieder eingeführt worden. Die Folge dieses Schwankens war, daß den Landwirten das Risiko des Getreidebaus zu groß wurde. Sie verwandelten wieder Pflugland mehr und mehr in Grasland, womit der Bedarf an Arbeitskräften abnahm. 1926 hat das Pflugland in England und Wales 4 398 000 acres weniger als 1871 betragen; es ist 1926 wieder etwas gestiegen.

Die britische Landwirtschaft hat also wieder ihren Schwerpunkt, wie vor dem Krieg, in die Produktion von frischem Fleisch und Milch gelegt, die beide auswärtiger Konkurrenz am wenigsten ausgesetzt sind. Es ist ferner der Anbau von Rüben zur Zuckergewinnung aufgekommen. Hauptsächlich aber haben sich die Landwirte der Viehzucht zugewandt. Auch die Schafe haben ihre Zahl vor dem Kriege wieder erreicht. Bei den Pferden findet eine allmähliche Abnahme statt. Die Zahl der Schweine fluktuiert von Jahr zu Jahr.

Die Anstrengungen zur Förderung kleinbäuerlichen Besitzes und von Parzellenbesitz der Arbeiter, von denen schon im 65. Kapitel gesprochen worden ist, sind seit dem Kriege wieder aufgenommen worden; an ihnen beteiligen sich alle Parteien. Was sie fördert ist die Not, in die das Sinken der Preise jene Grundeigentümer gebracht hat, die Grundeigentümer sein wollen, ohne dazu die Mittel zu haben. Man verlangt, daß Grundeigentümer, die nicht die Mittel haben, ihre Güter so auszustatten, daß Arbeitsersparungen möglich werden oder neues Dränieren stattfinden kann, oder deren Besitz so verschuldet ist, daß sie kein Anlehen zu Meliorationszwecken mehr aufnehmen können, aufgefordert werden, ihren Besitz zu entsprechenden Bedingungen aufzugeben, entweder an die Grafschaften, auf daß sie Bauerngüter errichten, oder an die Pächter selbst, in beiden Fällen nicht zu einem Monopolpreis, sondern zu einem Preise, entsprechend dem Ertragswert und dem Wert der Gebäude. Zur Sicherheit des Pächters aber verlangt man, daß seine Pacht nicht auf Grund der von ihm selbst vorgenommenen Verbesserungen gesteigert werde<sup>1)</sup>.

Welcher Wandel seit mehr als einem Jahrhundert! Man erinnere sich des Eintretens von Arthur Young für Großgrundbesitz und hohe Pachtrenten. Trotz aller Bemühungen von Liberalen und Sozialpolitikern konnte, solange die Getreidepreise stiegen, die Aufsaugung des Kleinbesitzes durch die Kapitalisten nicht aufgehalten werden. Das Sinken der Getreidepreise hat von selbst bewirkt, was jene vergeblich erstrebten. Der Wunsch, tüchtige Pächter zu erhalten, hat zur Gerechtigkeit in der Bemessung der Pachtrenten geführt. Pionier des landwirtschaftlichen Fortschritts ist heute statt des Großgrundbesitzers der Staat.

4. Die Landwirtschaft ist während des Kriegs aus begreiflichen Gründen der Gegenstand der Hauptsorge der

---

1) Siehe Sir Francis Acland über den Farmer und seine Not, im Manchester Guardian Weekly, July 1st, 1927, p. 510.

britischen Regierung gewesen. Doch sind durch sie selbst sowie durch Regierungsmaßregeln, zu denen sie Anlaß gab, auch Änderungen in der Industrie eingetreten, die von der größten Tragweite sind.

Ich habe oben<sup>1)</sup> die Bedingungen angegeben, unter denen allein eine erfolgreiche Bildung von Unternehmerkartellen und Trusts stattfinden kann, und darunter als erste den Schutz gegen ausländische Konkurrenz bezeichnet. Dieser habe in Großbritannien vor dem Kriege gefehlt. Eine andere Voraussetzung sei die Vertretbarkeit der hergestellten Ware; Kartelle und Trusts seien nur möglich in der Herstellung von res, quae pondere, numero aut mensura consistunt. Eine weitere Voraussetzung sei eine geringe Zahl der Unternehmungen, die das gleiche Produkt herstellen.

Der Krieg hat alle diese Bedingungen Großbritannien gegeben. Er hat die gefürchtete Konkurrenz der Deutschen ausgeschlossen, und die der Amerikaner hat die Furcht vor den deutschen Unterseeboten vermindert. Die amtliche und halbamtliche Organisation der britischen Industrie hat zu größerer Rationalisierung der Betriebe und gesteigerter Standardisierung der Produkte, und die auf außerordentlich hohe Gewinne gelegte Steuer hat zum Aufkaufen unrentabler Betriebe durch die höchstrentablen geführt, denn die erzielten Gewinne wurden tatsächlich in solchen Käufen angelegt, da sie sonst in die Staatskasse hätten abgeführt werden müssen<sup>2)</sup>. Dazu kommt, wie Levy treffend hervorgehoben<sup>3)</sup> hat, daß viele in Großbritannien neu aufgekommene Industriezweige, wie die chemische Industrie, nicht wie das altehrwürdige Textil- oder Schuhgewerbe unter Ausschaltung kleiner Betriebe zu großen aufgestiegen sind, sondern von Anfang an auf großkapitalistischer Grundlage aufgebaut worden waren, was ihre Zahl beschränkte. Die vorgeführte Entwicklung des

---

1) Siehe oben S. 51—53.

2) Herm. Levy, *Monopolies, Cartels and Trusts in British Industry*, 1927, p. 178.

3) Ebenda 179.

Schutzes durch Zölle, von den McKenna-Zöllen angefangen bis zu den Erhaltungszöllen Baldwins und Winston Churchills, hat während des Kriegs und nach Abschluß des Waffenstillstands den seit Chamberlain nach Kartellen und Trusts sich sehnenenden Industriellen für deren Bestand unentbehrlichen Schutz gegen ausländische Konkurrenz bis zur Zeit, da ich schreibe, gesichert.

So gibt es denn heute<sup>1)</sup> in Großbritannien außer dem schon vor dem Kriege bestehenden Nähgarntrust einen Portland-Zement-Trust, eine Assoziation der Stahlwerke, einen Branntwein- und Whisky-Trust, einen Tapetentrust, ein Kartell der elektrischen und Kabel-Industrie, einen Salztrust, einen Trust der Feinspinner im Baumwollgewerbe, Trusts der Bleicher und Färber, einen Kattundruckertrust, einen Trust der Fertiger künstlicher Seide, einen Trust in der chemischen Industrie, einen Trust der Mineralölgesellschaften, ein britisches und internationales Schienensyndikat, einen Tabaktrust, Trusts in der Zündholzindustrie, einen Lokomotivtrust, einen für Glasflaschenfabrikation, einen Seidentrust.

Von diesen Kartellen und Trusts sind die der Mineralölgewinnung die interessantesten. Denn das Petroleum hat nicht nur zur Herbeiführung des Weltkriegs mitgewirkt, sondern auch den Widerstand der Alliierten in entscheidendem Augenblick ermöglicht und wird eine der Ursachen sein, wenn es zu einem Kampfe Großbritanniens mit den Vereinigten Staaten um die Seeherrschaft kommen sollte<sup>2)</sup>.

Ein halbes Jahrhundert vor dem Weltkrieg war die Ausbeutung des Petroleumvorkommens eine amerikanische Sache. Man las die Geschichte, wie ein kleiner Postbeamter, John D. Rockefeller, indem er vorteilhafte Ver-

---

1) Ebenda 227—278.

2) Siehe für das Folgende die durchsichtige Darstellung von Francis Delaisi, *Le Pétrole*. Paris 1921. — Das sehr umfassende Buch von Karl Hoffmann, *Ölpolitik und angelsächsischer Imperialismus*, Berlin 1927, führt bis Oktober 1926. Dasselbst auch viele Literaturangaben.



träge mit den Eisenbahnen schloß, die Herrschaft über nahezu alle Petroleumraffinerien in den Vereinigten Staaten erhielt und mit überlegener Geschicklichkeit die Kapitalmagnaten von Wall Street an die Wand drückte, wie man einen Roman liest, und erwartete höchstens mit Bangen den Tag, an dem sein Standard Oiltrust es in seinem Interesse finden würde, den Preis des Petroleums nicht mehr herabzusetzen, sondern zu erhöhen. Denn das Petroleum diente damals nur zur Beleuchtung und war unentbehrlich selbst in der ärmsten Familie. Da erfolgte zwischen 1900 und 1910 die Erfindung des Explosionsmotors; darauf fand eine gewaltige Zunahme der Produktion statt. Man raffinierte in steigendem Maße; ein Rest, der blieb, diente als Schmieröl, ein anderer als Heizöl; und nun kam eine Erfindung, die von Sachverständigen als eine wissenschaftliche Leistung ersten Ranges gepriesen wurde und gleichzeitig von tief greifender praktischer Bedeutung war: Diesel erfand den ersten Motor mit innerlicher Verbrennung. Ihm diente ein fast wertloses Nebenprodukt der Raffinerie. Die Wirkung war außerordentlich. Ein Dieselmotor nimmt weit weniger Raum in Anspruch als eine Dampfmaschine von gleicher Leistungsfähigkeit. Das bewirkte eine Revolution im Verkehr. Neben die Lokomotive und oft an deren Stelle trat das Automobil. Am größten war die Revolution in der Schifffahrt. Ein gleiches Gewicht Heizöl hat 70 Proz. größere Heizkraft als das gleiche Gewicht Kohle. Dabei braucht es weniger Raum, ist nicht teurer, ist leichter in der Bedienung, bringt eine große Ersparnis an Personal und gestattet größere Änderungen der Schnelligkeit. Man konnte 57 Tage ohne Ergänzung des Heizmaterials fahren gegen nur 15 bei Verwendung der mit Kohle geheizten Dampfmaschine. Nach einigen Verbesserungen erfolgte die Anwendung auf die großen Transportschiffe. Von der allergrößten Bedeutung aber war die Ersetzung der Kohle durch Heizöl in den Kriegsschiffen. Indem bei gleicher Leistungsfähigkeit eine größere Heizkraft in einem geringeren Gewicht konzentriert wurde, ist der Aktionsradius eines Kriegsschiffes

um etwa 50 Proz. vergrößert worden. Die Ersparnis an Schiffsraum um 30 Proz., die stattfand, hat die Belastung der Panzerschiffe mit mächtigeren Geschützen ermöglicht.

Das hat zunächst Deutschland einen Vorteil gebracht, als es im Flottenbau mit England zu rivalisieren begann. Es konnte seine Dreadnoughts sofort auf den Betrieb durch Heizöl einrichten, und als Wilhelm II. seinem Onkel Eduard und dessen Admiral Fisher in Kiel seine Flotte zeigte, hat dies nicht wenig zu den Befürchtungen beider von der Bedrohung der britischen Seeherrschaft durch die Deutschen und damit zur Stellungnahme Englands gegen Deutschland im Weltkrieg beigetragen.

Immerhin ist der Petroleumreichtum Deutschlands gering. Solang Englands Seeherrschaft auf seinen Kohlenreichtum gegründet war, schien sie noch für Jahrhunderte gesichert; wenn dagegen die Dreadnoughts durch Petroleum geheizt wurden, schien Amerika prädestiniert, England in der Seeherrschaft abzulösen; denn Großbritannien selbst enthält keine Petroleumquellen. Das hat die englische Diplomatie veranlaßt, nach dem ausschließlichen Recht zur Ausbeutung jeglichen Petroleumvorkommens zu streben, wo immer sich solches findet. Mit einer Geschicklichkeit, die als solche Bewunderung verdient, aber auch mit der Rücksichtslosigkeit gegen die Interessen anderer Völker, mit der England seit den Normannen seine Interessen verfolgt hat, hat es unter Beobachtung tiefsten Schweigens monopolistische Konzessionen zur Ausbeutung aller noch freien Petroleumvorkommen erworben, wo immer es solcher habhaft werden konnte. Ich habe schon von seiner Rivalität mit Rußland in Persien gesprochen, die, als England mit Rücksicht auf den kommenden Krieg gegen Deutschland 1907 eine Verständigung mit Rußland suchte, in einer Aufteilung Persiens in Interessensphären auf Kosten der persischen Freiheit ihr Ende gefunden hat; dabei wurde der Süden Persiens mit seinen reichen Petroleumlagern als ausschließlich britische Interessensphäre von Rußland anerkannt; es wurde die schon 1890 gegründete Anglo-Persian Oil Company 1909 mit der Burmah Oil Co.

vereint, und im Mai 1914 wurde die bestimmende Mehrheit ihrer Stammaktien von der britischen Regierung angekauft, während der Rest der Burmah Oil Co. nahezu gänzlich vorbehalten blieb<sup>1)</sup>). Ähnlich gingen die Engländer in allen Weltteilen vor.

Aber noch lebten die Vereinigten Staaten in trügerischer Sicherheit. Die Statistik sagte ihnen, daß sie 70 % des erzeugten Petroleums förderten, und während des Weltkriegs hatten sie 80 % des Petroleumbedarfs der Alliierten geliefert. Ihre Lieferungen hatten sogar wesentlichen Anteil am Siege der Alliierten. Am 15. Dezember 1917 hat Clemenceau an den Präsidenten Wilson einen verzweifelten Brief gerichtet; es fehlte den Franzosen an Heizöl für ihre Lastautos, ihre Flieger und die Traktoren ihrer Artillerie. Ihr Monatsverbrauch belief sich auf 30 000 Tonnen; sie hatten deren nur 28 000, und ohne sofortige Hilfe war Gefahr, daß ihr Vorrat auf Nichts fiel. Clemenceau verlangte von Wilson, daß er die amerikanischen Kompagnien auffordere, 400 000 Tonnen nach den französischen Häfen zu senden<sup>2)</sup>). Wilson entsprach dem Verlangen. Dadurch wurde der Marschall Foch instand gesetzt, überall wo der deutsche Ansturm die Front der Alliierten durchbrach, mittels Lastautos die Lücken durch neue Truppensendungen zu stopfen. „Der Sieg der Alliierten“ hat man gesagt, „war der Sieg der Lastautos über die Lokomotive“, und am Tag nach Abschluß des Waffenstillstands sagte Lord Curzon in seiner Rede: „Die Alliierten sind auf den Wogen des Petroleums zum Siege getragen worden“<sup>3)</sup>).

Nach dem Waffenstillstand nahm England seine stille Arbeit der Besitznahme von Petroleumquellen wieder auf. Es gelang, auf die königlich niederländische Gesellschaft, die 1907 mit der Shell-Transportgesellschaft sich vereint hatte, die Hand zu legen. Mittels dieser hat es sich im

---

1) Karl Hoffmann, Ölpolitik 435.

2) Der Brief ist abgedruckt bei Delaisi 143, 144.

3) Delaisi 55, 146.

Gebiete der Vereinigten Staaten selbst großer Petroleumvorkommen bemächtigt; denn im Unterschied zu dem in Frankreich wie in Deutschland geltenden Rechte kennt das amerikanische ebenso wie das englische nicht die Unterscheidung zwischen Eigentum an der Oberfläche des Bodens und Bergwerkseigentum; wem die Oberfläche gehört, gehört alles darunter Befindliche bis zum Mittelpunkt der Erde. So wurde es der Shell-Transportgesellschaft leicht, in den Vereinigten Staaten Land zu kaufen, Bohrungen vorzunehmen und das gefundene Petroleum nach Belieben auszubeuten. Dabei interessierte die Gesellschaft das ahnungslose amerikanische Kapital selbst an ihrem Gelingen, indem sie 750 000 Aktien auf der New Yorker Börse verkaufte.

England verfügte über Petroleumquellen durch die Royal Dutch-Shell-Gesellschaft in Europa in Rumänien und Rußland, in Amerika in Kalifornien, Oklahoma, Texas, Trinidad, Venezuela, in Asien in Niederländisch-Indien, in Afrika in Ägypten, durch die Mexican Eagle Co. in Mexiko, durch die Burmah Oil Co. in Birma und durch die Anglo-Persian Co. in Persien. Es konnte vermöge dieses Petroleumreichtums seine Kohlenstationen durch Petroleumstationen verdoppeln. Es brauchte die amerikanische Konkurrenz nicht mehr zu fürchten. Obwohl seine Produktion noch nicht ein Drittel derjenigen des Standard Oil Trust erreicht, ist es, was die zukünftige Beherrschung der Petroleumausbeute angeht, den Vereinigten Staaten doch überlegen. Denn die Amerikaner treiben Raubbau. 1920 wurde von der Geologischen Reichsanstalt der Vereinigten Staaten berechnet, daß ihr Ölvorrat in 15 bis 20 Jahren erschöpft sei. Das scheint stark übertrieben. Doch soll ihr Boden nur mehr 7 Milliarden Faß enthalten, die übrige Welt 53 Milliarden, über deren größten Teil England verfügt. Diese Macht hat es in aller Stille erreicht durch technisches Wissen, Geschäftskennntnis und diplomatische Geschicklichkeit.

Wenige Monate nach Abschluß des Waffenstillstands begannen in den Vereinigten Staaten Feststellungen, daß



vermöge der Verschwendung, welche dort mit Kraftwagen getrieben werde, 85 Proz. des im Inland verbrauchten Heizöls von diesen verbraucht würden und nur 15 Proz. für Industrie und Schifffahrt blieben. Nun entsandte der Standard Oil Trust Agenten in alle Teile der Welt auf der Suche nach neuen Petroleumvorkommen. Aber wo sie hinkamen, stießen sie auf englischen Widerstand. Nun dämmerte in Washington der Gedanke, es gebe einen überlegten Plan, den Vereinigten Staaten den Zugang zu noch nicht ausgebeuteten Petroleumfeldern zu versperren. Am 10. März 1920 beschloß der Senat eine dringende Anfrage an die Regierung, welche Maßnahmen die fremden Regierungen ergriffen hätten, um die Amerikaner von der Ausbeutung von Petroleumfeldern auszuschließen. Wenige Tage darauf erschien die Antwort aus London. Sir E. Mackay Edgar veröffentlichte in *The Times* einen Brief, in dem er die Ergebnisse der stillen Arbeit des Leiters der Shell Transport Co. Sir Marcus Samuel, des Leiters der Mexican Eagle Co. Lord Cowdray, des britischen Außenministers Lord Curzon, des früheren Vizekönigs von Indien, und des Professors in Birmingham Sir John Cadman und anderer Staatsmänner darlegte. Der Brief ist von brutaler Offenheit und gepfeffert mit Hohn. Er lautet.

„Ich vermag zu sagen, daß zwei Drittel der in Zentral- und Südamerika in Ausbeutung befindlichen Petroleumquellen sich in englischen Händen befinden.

„In den Staaten Guatemala, Honduras, Nicaragua, Costa-Rica, Panama, Columbien, Venezuela und Ecuador befindet sich die immense Mehrheit der Konzessionen in den Händen britischer Untertanen und wird durch unser Kapital nutzbar gemacht.

„Die Gruppe Alves, deren Besitz tatsächlich zwei Drittel des karaischen Meers umfaßt, ist ganz und gar englisch, und die für sie maßgebenden Verträge sichern dessen Kontrolle für die Ewigkeit den britischen Interessen absolut. Kein amerikanischer Bürger, keine amerikanische Gruppe hat in Zentralamerika eine analoge Stellung ähnlich der, wie sie Herrn Alves seine Unternehmungen und seine Persönlichkeit verschafft haben, erlangt, noch auch kann sie sie jemals erlangen.

„Wenn man die größte aller Petroleum-Organisationen, die Gruppe Shell, ins Auge faßt, so besitzt sie zu vollem Eigen-



tum oder unter ihrer Kontrolle Unternehmungen in allen Petroleum enthaltenden Gebieten der Welt, eingeschlossen die Vereinigten Staaten, Rußland, Mexiko, Niederländisch-Indien, Rumänien, Ägypten, Venezuela, Trinidad, Ostindien, Ceylon, die malayischen Staaten, den Norden und Süden von China, Siam, die Meeresengen und die Philippinen.

„Allerdings wird es einige Jahre dauern, bevor der Gewinn aus diesem Besitze verwirklicht werden kann; aber kein Zweifel, daß die Ernte prachtvoll sein wird.

„Es wird nicht lang dauern, da wird Amerika genötigt sein, das Öl, das es nicht entbehren kann und aus seinen eigenen Vorräten nicht zu gewinnen vermag, gegen Millionen Pfund Sterling den englischen Gesellschaften abzukaufen, und dafür in Dollars in wachsender Menge zu zahlen.

„Ich schätze, daß wenn ihr Verbrauch — und insbesondere der Produkte besserer Qualität — mit der dermaligen Schnelligkeit zunimmt, die Amerikaner in zehn Jahren genötigt sein werden, 500 Millionen Fässer einzuführen; rechnet man den sehr niedrigen Preis von 2 Dollar per Faß, so ergibt dies eine jährliche Zahlung von einer Milliarde Dollar, deren größter Teil in englische Taschen fließen wird.

„Mit Ausnahme von Mexiko und eines kleinen Teils von Zentralamerika ist die Welt aufs solideste gegen einen gewaltsamen Angriff der Amerikaner geschützt. Sie können da und dort ein paar Scharmützel versuchen, aber niemals einen Massenangriff. Die englische Stellung ist uneinnehmbar.

„Das ist keine Offenbarung. Den Spezialisten der Vereinigten Staaten ist diese Lage der Dinge seit einem Jahre bekannt. Doch der Kongreß und die öffentliche Meinung haben darauf nicht geachtet. Das große Publikum in seiner unklaren Überzeugung, daß Amerika ein immenser Behälter von Petroleum sei und ohne es je erlebt zu haben, daß es seinen Motoren an Öl fehlte, hielt es für ausgemacht, daß das Petroleum ein Produkt sei, das natürlich wachse wie die Äpfel an den Apfelbäumen. Unglücklicherweise für es — glücklicherweise für uns — haben sich seine Augen zu spät geöffnet.“

Die Amerikaner haben zunächst der Geschicklichkeit, mit der die Engländer vorgegangen sind, die Bewunderung nicht versagt. Aber es währte nicht lang, daß der Ton sich änderte. Es folgten heftige Beschwerden im Senat der Vereinigten Staaten wegen Versperrung des Zugangs zu den Ölquellen der Welt für andere Nationen außer der britischen und ein Verlangen nach der „offenen Tür“ im Interesse des Welt-

friedens seitens des Präsidenten des amerikanischen Instituts für Petroleum in der internationalen Handelskammer. Aber der Antrag wurde von Engländern und Franzosen abgelehnt; ja es gelang den Engländern in San Remo, gegen die Überlassung von Syrien sich auch die französischen Petroleuminteressen dienstbar zu machen. Der triumphale Einzug des französischen Generals Gouraud in Damaskus wurde mit Preisgebung der französischen Petroleuminteressen bezahlt. Delaisi schließt<sup>1)</sup>, daß sie alle, in Frankreich wie in seinen Kolonien, an England ausgeliefert seien.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier die weitere Geschichte der Ausbeutung des Petroleumgehalts der Erde zu besprechen; sie hat hier nur Interesse, so weit sie die britische Volkswirtschaft berührt. Ich erwähne daher nur, daß auf San Remo ein Vergleich zwischen der Royal Dutch-Shell Co. und der Standard Oil Co. über Baku-Petroleum erfolgt ist, daß auf dem Kongreß von Genua eine Verständigung zwischen Sowiet-Rußland und der kapitalistischen Welt des Westens über die russischen Petroleumfelder nicht erfolgt ist, und Ende 1922 in Lausanne heftige Streitigkeiten wegen des Mossul-Petroleums stattgefunden haben. In Versailles waren die Grenzen der Länder gezogen worden. Das Petroleum von Mossul hatte dazu geführt, das Mossulgebiet von Syrien auszuschließen. Darob große Entrüstung in Frankreich. Schließlich hat Großbritannien, um den Streitereien ein Ende zu bereiten, in der Vereinbarung von San Remo Frankreich zugestanden, daß es zu 25 Proz. am Petroleum in Mesopotamien interessiert sein solle. Nun aber fragte es sich, von wem die dortigen Ölfelder ausgebeutet werden sollten. Die türkische Republik von Angora machte geltend, daß Mossul zu ihrem Gebiete gehöre. Andererseits war Mesopotamien von britischen Truppen besetzt und lag auf dem Wege zum Persischen Golf und von da nach Indien. Schließlich fanden die Streitigkeiten ein Ende, indem die britische Regierung

---

1) Delaisi 125.

die Anglo-Persian Co. nötigte, die Hälfte der 50 Proz., womit sie an der türkischen Petroleum-Co. beteiligt war, der Standard Oil Co. abzutreten. Erst dann gelangte die Konferenz von Lausanne zu einem friedlichen Ende. Auch wurde der Standard Oil Co. erlaubt, in Palästina nach Petroleum zu forschen, und als ein Streit über die Khostaria-Konzession in Nord-Persien ausbrach, wurden auch daran der Standard Oil Co. 50 Proz. zugesprochen. So ist fürs erste ein Krieg zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten verhindert worden, und Großbritannien hat die seiner Seeherrschaft durch den Dieselmotor drohende Gefahr durch die patriotische Großzügigkeit seines Kapitals und die Geschicklichkeit seiner Diplomatie überwunden.

Aber die Überwindung dieser Gefahr hat eine unmittelbare Gefahr für das britische Volk zur Folge gehabt, die durch diplomatische Geschicklichkeit nicht überwunden werden kann. Wenn die britische Flotte, die vor Ausbruch des Weltkriegs nur erst zu 45 Proz. mit Öl beheizt war, 1921 zu mehr als 90 Proz. mit Öl beheizt worden ist<sup>1)</sup>, so hat dies den Wegfall der Nachfrage nach der Bunkerkohle bedeutet, die ehemals zur Beheizung der britischen Kriegsschiffe gebraucht worden war. Das hat sich während des Kriegs noch nicht als ein Nachlassen der Nachfrage nach Kohle fühlbar gemacht. Während fünf Jahren stand das Gewerbe unter Regierungskontrolle, und die Kohlenausfuhr war beschränkt, um dem Inland die nötige Kohlenmenge zu sichern. Aber als der Friede kam, machte sich die Wirkung aller Änderungen geltend, die während des Kriegs in der Ersetzung britischer Kohle durch andere Mittel der Kraftbeschaffung, und darunter durch Heizöl, stattgefunden hatten<sup>2)</sup>. Daher der heutige Notstand der britischen Kohlenindustrie und anderer britischer Wirt-

1) Karl Hoffmann, Ölpolitik 17.

2) Das Folgende beruht auf Report of the Royal Commission on the Coal Industry (1925). Cmd. 2600 und auf Britain's Industrial Future being the Report of the Liberal Industrial Inquiry. London 1928. 341 ff.

schaftszweige. Nicht nur daß von ihr ein Zwölftel der Bevölkerung direkt abhängt; sie ist auch die Grundlage von Großbritanniens Eisen- und Stahlindustrie, Schiffbau, Maschinenindustrie, ja nahezu aller britischen Gewerbe. Der Wert ihrer Produkte beträgt ungefähr 250 Millionen £ im Jahre; sie machen ein Zehntel des Werts und vier Fünftel des Gewichts der britischen Ausfuhr aus; die Kohlenindustrie verbilligt die Frachten der Einfuhr, von der das Leben des britischen Volks abhängt.

Der Krieg hat diese Grundlage der britischen Volkswirtschaft und mit ihr diese in allen ihren Zweigen in ihrer Existenz bedroht. Die Hauptursache davon liegt in dem Rückgang der Kohlenausfuhr. 1913 hat die Kohlenausbeute 287 Millionen Tonnen betragen, wovon 98 Millionen, d. h. nahezu ein Drittel, ausgeführt worden sind. Während der Beschränkung der Ausfuhr in den fünf Jahren Krieg sind die Preise für ausgeführte Kohle enorm gestiegen; Märkte gingen verloren; Länder, die bisher britische Kohlen eingeführt hatten, bauten ihre eigenen Kohlenfelder an; der Gebrauch von Kohlenersatz nahm zu. 1920 war die Ausbeute auf 230 und die Ausfuhr auf  $43\frac{3}{4}$  Millionen Tonnen, d. h. die Ausfuhr auf weniger als die Hälfte derjenigen vor dem Kriege zurückgegangen. Erst im Juli 1921 wurde die für die Blüte der Kohlenindustrie wesentliche freie Ausfuhr gestattet; die Not der Grubenarbeiter, die ja auch zu deren Riesenstreik führte, hatte sie erzwungen. Dann kamen ihr 1922 der große Streik in den Vereinigten Staaten und die Ruhrbesetzung zu Hilfe. Letztere war noch zu Beginn 1924 wirksam; als sie aufhörte, litt die Kohlenindustrie Ende 1924 unter Depression, und 1925 sank nach zehn Ländern, die für die Ausfuhr besonders in Betracht kamen, die Kohlenausfuhr, die 1924 nur 3 185 300 Tonnen weniger als in der Vorkriegszeit betragen hatte, auf 15 207 600 Tonnen weniger herab. Danach würden sämtliche Kohlenbergwerke, mit Ausnahme derjenigen in West-Yorkshire, Leicestershire, Cannville Chase und Warwickshire sowie in der Eastern-Division mit Verlust gearbeitet haben, hätte die Regie-

rung nicht mit einer Subvention eingegriffen; diese hat für sämtliche Gruben Großbritanniens im letzten Vierteljahr 1925 durchschnittlich 3,03 s per Tonne betragen, wodurch den Grubenbesitzern ermöglicht wurde, im Durchschnitt einen Gewinn von 1,56 s per Tonne zu erzielen. Im Heimatverbrauch von Kohle ist seit Ende des Kriegs keine große Änderung gegen die Vorkriegsjahre eingetreten. Nur der Rückgang der Kohlenausfuhr und der vermehrte Verbrauch von Heizöl haben einen Rückgang in der Nachfrage nach Bunkerkohle und die Depression in der Eisenindustrie hat einen verminderten Verbrauch von Kohle zur Herstellung von Flußeisen zur Folge gehabt.

Die Hauptursache des Notstands der britischen Kohlenindustrie ist also der Rückgang der Kohlenausfuhr; dieser aber ist die Folge des Kriegs. Die Verarmung der Abnehmer britischer Kohle hat zu großen Fortschritten in der Ersparung von Heizmaterial genötigt; der fehlende Schutz des Privateigentums zu See hat Länder, die bisher Abnehmer britischer Kohle waren, veranlaßt, ihre eigenen Kohlenfelder in Anbau zu nehmen; dazu kamen der Ersatz der Kohle durch Petroleum und der des Dampfes durch mittels Wasserkraft erzeugte Elektrizität. Seit Beendigung des Kriegs ist die im Frieden von Versailles<sup>1)</sup> Deutschland auferlegte Verpflichtung hinzugekommen, an Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg 5 Jahre lang jährlich 40 bis 45 Millionen Tonnen, dann weitere 5 Jahre jährlich etwa 33 Millionen Tonnen und an Frankreich drei Jahre lang jährlich 35 000 Tonnen Benzol, 50 000 Tonnen Kohlen-  
teer und 30 000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak zu liefern. Es gibt freilich Engländer, die dieser erzwungenen Konkurrenz deutscher Kohle mit der englischen keine Bedeutung beilegen wollen. Aber die Coal Exporters Federation vertritt energisch die entgegengesetzte Meinung, wahrscheinlich mit Recht. Der Versailler Vertrag setzt im Interesse der Länder, denen Deutschland die 40 bis 45, beziehungsweise 33 Millionen Tonnen zu liefern hat, aus-

---

1) Teil VIII, Anl. V, §§ 2—6 u. 8.



drücklich fest, daß der ihm dafür gezahlte Preis frei Grube den Grubenpreis für britische Ausfuhrkohle nicht überschreiten darf. Die bezugsberechtigten Länder haben somit gar kein Interesse, britische Kohle zu beziehen, denn die Lieferung per Bahn oder zu Wasser aus dem Ruhrgebiet dürfte bei den hohen Frachtkosten der britischen Bahnen für die meisten sich billiger stellen als der Bezug aus Großbritannien.

Es ist klar, daß dem Notstand einer Industrie, der durch den Rückgang der Ausfuhr ihrer Produkte verursacht ist, durch einen Einfuhrzoll nicht abgeholfen werden kann. Auch geht es nicht an, die unrentabel gewordene Kohlenindustrie durch Subventionen, wie die von 1925, rentabel zu machen. Es läßt sich nicht rechtfertigen, die in andern Erwerbszweigen Tätigen zu besteuern, um den Grubenbesitzern Gewinn und den Grubenarbeitern ausreichende Löhne zu verschaffen. Auch käme die durch Subventionen ermöglichte Ausfuhr britischer Kohle den ausländischen Konkurrenten anderer britischer Industriezweige zugut. Auch durch Lohnherabsetzungen läßt sich nicht helfen; denn wie die Kommission von 1925 festgestellt hat, betragen mit Ausnahme eines unerheblichen Distrikts die Löhne bereits nirgends mehr als das Minimum. Dagegen könnte es wohl Abhilfe bringen, wenn neben anderen Verbesserungen in der Verwaltung der Gruben und der Beseitigung von großen Mängeln im Bahntransport zwei grundlegende Verbesserungen in der englischen Grundeigentumsverfassung vorgenommen würden, vorausgesetzt, daß darauf eine vollständige Rationalisierung des Betriebs eintreäte.

Ich habe schon die Eigentümlichkeit der britischen Grundeigentumsverfassung hervorzuheben Gelegenheit gehabt, daß sie, im Gegensatz zu der auf dem europäischen Kontinente herrschenden, eine Unterscheidung des Eigentums an der Oberfläche und des Eigentums an den darunter befindlichen Bodenschätzen nicht kennt. Wir haben gesehen, wie dies den Engländern in Amerika, wo englisches Recht gilt, zugut gekommen ist, indem sie, wo sie Grundstücke

kauften, alles unter der Oberfläche befindliche Erdöl bis zum Mittelpunkte der Erde erwarben. In der heimischen Kohlenindustrie ist die britische Ordnung des Rechts zum Bergwerksbetrieb eine Ursache, daß dieser äußerst unwirtschaftlich ist. Auch wird dies nur von den Grundeigentümern bestritten. Die britische Ordnung bringt es nämlich mit sich, daß, wo die Flöze sich unter dem Boden mehrerer Grundeigentümer hinziehen, technisch unnötige und wirtschaftlich unrentable Bergwerksbetriebe entstehen. Eine Illustration: Wie ich schon einmal erwähnt habe <sup>1)</sup>, gibt es im Ruhrgebiet, dessen Förderung zwei Fünftel der gesamten britischen Förderung ausmacht, nur 70 Gruben gegen 1400 in Großbritannien. Dabei gibt es unter den britischen sehr kleine Betriebe, einen, in dem nur 2 Mann tätig sind, einen anderen, der 24 Mann beschäftigt, und daneben solche, die mehr als 3000 Mann beschäftigen. Im Jahre 1924 hat es 2481 Kohlengruben gegeben, die, wie gesagt, etwa 1400 Unternehmungen gehörten. 1923 wurden 98 Prozent der Ausbeute von 715 Unternehmungen, deren jede mehr als 100 Personen beschäftigte, produziert, 93 Prozent von 467 Unternehmungen, von denen jede mehr als 500 Personen, und über 84 Prozent von 323 Unternehmungen, deren jede über 1000 Personen beschäftigte. Es ist eben im Bergbau wie in anderen Industriezweigen: der Großbetrieb hat hier dieselben Vorzüge vor dem Kleinbetrieb.

Der andere Nachteil der britischen Grundeigentumsordnung ist, daß die Grundeigentümer von denen, die die Mineralschätze des ihnen gehörigen Bodens heben, Bergwerksabgaben (Royalties) erheben, die sich auf 6 Millionen £ im Jahre belaufen. Es sind dies ohne Gegenleistung erhobene Gebühren ähnlich dem Zehent. Es sind nicht nur die Bergarbeiter, die an dieser parasitären Beteiligung der Grundeigentümer an dem, was sie erarbeiten, Anstoß nehmen; auch die königliche Kommission von 1925 hat ihre Beseitigung, da sie dem heutigen sozialen Empfinden

---

1) Siehe oben S. 54.

widerspreche, und ihre Ablösung durch den Staat verlangt. Das würde 100 Millionen £ kosten. Aber man erwartet die Deckung von Zinsen und Tilgung durch die Gebühren, die dem Staate zufließen würden. Wenn neue Kohlenlager, wie neuerdings in West-Yorkshire und Nottinghamshire, heute entdeckt würden, erhielten die Grundeigentümer, unter deren Boden sie sich fänden, keine Ablösung.

Aber alle diese Reformen würden zur bleibenden Behebung des Notstands der Kohlenindustrie nicht ausreichen, wenn nicht eine rigorose Rationalisierung im britischen Kohlenbergbau eintritt; dies heißt unter anderem, daß der Abbau von Flözen, der seine Kosten nicht deckt, eingestellt werden muß. Der Rückgang der Förderung pro Kopf der in den Gruben beschäftigten Arbeiter ist eine ernste Tatsache. In den Jahren 1875 bis 1883 hat die Förderung 319, 1889 bis 1893 282, 1909 bis 1913 257, 1924 220 und 1925 217 Tonnen per Kopf betragen. Weit verbreitet ist die Meinung, dies sei die Folge von Ca'Canny, d. h. zielbewußter Einschränkung der Produktion seitens der Arbeiter. Aber alle von der königlichen Kommission von 1925 zur Untersuchung des Kohlenbergbaus vernommenen Sachverständigen haben dies lebhaft bestritten. Der Bergmann ist doch nur einer der Faktoren, von denen die Größe der Förderung abhängt. Dazu kommt, daß die Zahl der Grubenarbeiter, die nicht als Häuer beschäftigt sind, aber bei Berechnung der Förderung per Kopf den Divisor vergrößern, und die Länge des Wegs, den die Bergleute zurückzulegen haben, außerordentlich zugenommen haben. Die Leistung der Häuer am Ort, so lautet das Untersuchungsergebnis der Kommission, hat entsprechend der Kürzung des Arbeitstags per Stunde zugenommen. Hauptursache der abnehmenden Förderung sind die zunehmenden physischen Schwierigkeiten des britischen Bergbaus. Das Unglück sowohl der Grubenarbeiter wie der Grubenbesitzer ist, daß sie in einem alten Lande leben, dessen beste Flöze stetig abnehmen. 1913 kamen 55 Prozent aller Kohle von Flözen, die 4 Fuß dick waren, 1924 nur mehr 51 Prozent; 1913 kamen 81 Prozent, 1924

nur mehr 77 Prozent der Kohlen von Flözen innerhalb 500 Yards von der Oberfläche.

Aber Rationalisierung des Bergbaus durch Einstellung des Betriebs minderwertiger Gruben bedeutet, wie alle Rationalisierung, das Überflüssigwerden vieler Beschäftigter, d. h. Vermehrung der Arbeitslosen, und bereits heute gibt es nach Angabe des einschlägigen Ministers in der Märzwoche 1928 im Parlament 200 000 Bergarbeiter in Großbritannien, die niemals hoffen können, im Bergbau wieder Beschäftigung zu finden; der Prinz von Wales hat in seinem Weihnachtsaufruf sogar von 250 000 Bergarbeitern gesprochen, die zurzeit arbeitslos seien. Rechnet man auf einen Arbeiter durchschnittlich 1 Frau und 2 Kinder, so gibt dies 1 Million Unterstützungsbedürftiger allein im Bergbau.

Die königliche Kommission von 1925 hat zur Abhilfe die Sperrung des Zugangs zum Bergbau und Überführung der Überflüssigen teils in andere Beschäftigungen, teils in die überseeischen britischen Besitzungen beantragt. Aber beides macht große Schwierigkeiten. Man kann einen Bergmann schwer selbst in einen landwirtschaftlichen Arbeiter, geschweige in einen Industriearbeiter verwandeln. und auch Kanada und Australien wehren sich gegen Überschwemmung mit einer so großen Anzahl von Grubenarbeitern. Auch hat das Ministerium Baldwin nichts getan, um den Empfehlungen der Kommission von 1925 Folge zu geben.

Unter dem Einfluß des bolschewistisch angehauchten Agitators Cook ist es dann 1926 zu einem Riesenstreik der britischen Kohlenleute gekommen, der infolge ungeschickter Behandlung seitens der Regierung 7 Monate gedauert hat. Er hat am 26. November 1926 mit einem Versailler Friedensdiktat für die Grubenarbeiter geendet. Aber an den 200 000 Grubenarbeitern, die, arbeitslos, keine Aussicht haben, je wieder im Bergbau Beschäftigung zu finden, wurde damit nichts geändert. Da die Lage bedrohlich wurde, hat die Regierung in der Weihnachtszeit 1928 sich, wie bei früheren Notständen, an das nie versagende gute Herz der

britischen Wohlhabenden gewendet. Es wurden Sammelkassen für Spenden, insbesondere seitens des Lord Mayors von London errichtet, und die Regierung versprach, außer den vom Parlament zur momentanen Abhilfe bewilligten £ 295 000 für jedes gespendete £ 1 ein weiteres £ vom Staate zuzuschießen. Auf Grund eines durch Rundfunk verbreiteten Weihnachtsaufrufs des Prinzen von Wales sollen um Neujahr 1929 schon 6 Millionen £ gespendet worden sein. Aber so großartig diese Leistungen sind, so ist klar, daß nationale Notstände wie der vorliegende nicht dem ungewissen Ergebnisse privater Wohltätigkeit überlassen bleiben können.

5. Im Jahre 1927 hat die liberale Partei in Großbritannien einen Ausschuß hervorragender Männer und Frauen eingesetzt mit der Aufgabe, die Lage der britischen Industrie zu untersuchen. In seinem Bericht über deren Zukunft heißt es<sup>1)</sup>, „daß, wenn die Reorganisation der Kohlenindustrie auf erfolgreicher und Dauer versprechender Grundlage gelänge, wenn ihr Überschuß an Arbeitern untergebracht und der Unfriede in den Bergwerksgegenden beschwichtigt werden könnte, ein großer Schritt getan wäre, die Schwierigkeiten, unter denen die britische Industrie leidet, zu beheben.“ Als diese Schwierigkeiten führt der Bericht folgende auf:

Er beginnt mit einem Rückblick auf die Zeit, da die britische Industrie noch keine Konkurrenten weder in Europa noch in Amerika hatte und unter schamloser Ausnutzung der noch ungenügend organisierten und staatlich nicht geschützten Arbeiter auf dem Weltmarkt die führende Rolle inne hatte. Aber schon vor dem Weltkrieg hätten der steigende Sinn für soziale Ungerechtigkeit und die erfolgreichen Bestrebungen der Gewerkvereine, ihr abzu helfen, während gleichzeitig eine Konkurrenz des Auslands aufkam, die britische Suprematie in Frage gestellt. Dabei übersieht der Bericht, daß auch in den mit Groß-

---

1) Britain's Industrial Future, 341.



britannien konkurrierenden Ländern ähnliche Fortschritte in der Besserung des Loses der Industriearbeiter stattgefunden haben, und daß schon vor Ausbruch des Weltkriegs in Großbritannien darüber geklagt worden ist, wie rückständig seine Industrie geworden sei<sup>1)</sup>, und daß es trotzdem noch immer die erste Stelle im Welthandel eingenommen hat. 1913 betrug der Wert des britischen Außenhandels 28 632,5, der von Deutschland 20 866,9, der der Vereinigten Staaten 17 971,3 Millionen Goldmark, und dann folgten in weiter Entfernung die übrigen Länder<sup>2)</sup>. Übrigens beginnt auch der Bericht mit der Anerkennung, daß die Meinung, welche die Ursache der dermaligen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens einfach in dem Kriege sehe, augenscheinlich zu einem Teile wahr sei<sup>3)</sup>.

Als der Krieg ausbrach, wandte die Produktion sich vor allem den ihm dienenden Industrien zu, während Arbeitskräfte und Kapital den Friedensindustrien entzogen wurden. In England und Wales haben zwischen 1911 und 1921 das Baugewerbe 103 000, die Landwirtschaft 106 000, die Baumwollindustrie 32 000, die Beschäftigung im Haushalt 300 000 Arbeiter verloren. Andererseits sind 162 000 Arbeiter in die Bergwerke, 323 000 in die Maschinen-, Schiffbau- und Eisen- und Stahlindustrien, 65 000 in die chemischen Industrien gezogen worden, während die Zentralregierung die von ihr Beschäftigten um 233 000 vermehrt hat. Im übrigen trat eine große Entwertung der Zahlungsmittel ein und damit ein Steigen der Geldlöhne; doch war dies die Wirkung des Kriegs in allen daran beteiligten Ländern außer in den Vereinigten Staaten.

Nach dem kurzlebigen Aufschwung, der nach dem Waffenstillstand eintrat, befand sich die britische Volkswirtschaft in einer völlig neuen Lage. Die Abnehmer ihrer Produkte im Osten und an anderen Orten waren durch den Krieg genötigt gewesen, die Waren, die sie bisher aus

---

1) Siehe oben S. 42, 47.

2) Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1923, 38\* ff.

3) Britain's Industrial Future 5.

England bezogen hatten, entweder selbst herzustellen oder von anderen Ländern zu beziehen. Der europäische Markt war verarmt. Man erwäge, daß Deutschland vor dem Kriege der beste Abnehmer britischer Ware gewesen war; 1913 hatte der Wert der britischen Ausfuhr nach Deutschland 40 677 379 £ betragen, 1919 betrug er 14 693 113<sup>1)</sup>). In Paris hatte man 1916 den Beschluß gefaßt, nie wieder in Handelsbeziehungen mit Deutschland zu treten; nun sehnte man sich wieder nach dem alten Kunden; aber er war verarmt, und ebenso wie ihm ging es den übrigen Völkern, deren Wohlstand der Krieg zerstört hatte. Kein Wunder, daß sich die Hauptexportindustrien Großbritanniens — Kohle, wovon schon die Rede war, Eisen und Stahl, die schon vor dem Krieg von Deutschland überflügelt worden waren, und die Textilindustrie<sup>2)</sup> Lancshires, der nunmehr ein Konkurrent in groben Geweben im Osten entstanden war — in übler Lage befanden. Diese drei Gruppen von Industrien haben im vergangenen Jahrhundert im Vordergrund der britischen Wirtschaftsentwicklung gestanden, so daß man mit ihrem Auf- und Niedergang den der britischen Volkswirtschaft zu identifizieren geneigt ist. Doch darf nicht übersehen werden, daß neue Industrien von kleinen Anfängen sich entwickelt haben, die für den Niedergang jener Hauptexportindustrien, sowohl was Beschäftigung als auch das nationale Einkommen angeht, in nicht geringem Maße Ersatz bieten.

Was ist nun heute die allgemeine wirtschaftliche Lage Großbritanniens, soweit sie sich aus den verfügbaren Daten feststellen läßt?

Nach den Berechnungen von Professor Bowley und Sir Josias Stamp betrug das britische Nationaleinkommen nach seinem wahren Werte 1924 so viel wie vor dem Krieg; aber die Bevölkerung war um nahezu 7 Prozent größer ge-

---

1) Statistical Abstract for the United Kingdom for each of the fifteen years from 1911 to 1925. London 1927, 290, 291.

2) Siehe den Vortrag des Professors C. W. Daniels „The Post-war Depression in the British Cotton Industry“, gehalten am 4. März 1924 in der Manchester Statistical Society.

worden; das Einkommen pro Kopf hat sich also beträchtlich vermindert. Doch ist der Ausschuß der liberalen Partei der Ansicht, daß das Realeinkommen per Kopf nur wenig geringer als vor dem Kriege sei, erachtet es aber als eine geringe Leistung, daß nach fünfzehn Jahren außerordentlichen Fortschritts es kaum möglich gewesen ist, das Realeinkommen pro Kopf von 1911 festzuhalten<sup>1)</sup>.

Die auf Handarbeiter bezüglichen Ziffern ergeben für diese eine um ein kleines bessere Lage als für das Land als Ganzes. 1924 wurde die Zahl der Arbeitslosen als 800 000 angegeben, während die arbeitsfähige Bevölkerung um 900 000 zugenommen hatte, d. h. nur 100 000 der vergrößerten arbeitsfähigen Bevölkerung waren zu den Beschäftigten hinzugekommen, der Rest hatte die Zahl der Arbeitslosen vergrößert. Aber die Löhne waren nicht, wie an sich zu erwarten gewesen wäre, gefallen. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hat den Gewerkvereinen ermöglicht, die Löhne hochzuhalten. Ein vom Arbeitsministerium vorgenommener Vergleich der Lohnsätze mit den Indexzahlen für den Lebensunterhalt ergibt, daß der Reallohn der Beschäftigten ungefähr derselbe wie vor dem Kriege ist. Doch die Berechnungen von Bowley und Stamp führen zu einem günstigeren Ergebnis als die des Arbeitsministeriums. Sie führen aus, daß der vollbeschäftigte Durchschnittsarbeiter 1924 60 s die Woche verdient habe gegen 32 s im Jahre 1914, während der Durchschnittsverdienst aller Lohnarbeiter, einschließlich Weiber und Jugendliche, für eine ganze Arbeitswoche um 94 Prozent gestiegen sei, ungeachtet eines Herabgehens der Arbeitszeit um 10 Prozent. Bowley und Stamp gelangen unter Zugrundelegung der Indexzahlen des Arbeitsministeriums zu der Meinung, daß der Reallohn der voll Beschäftigten um 11 Prozent gestiegen sei. Das unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit berechnete Jahreseinkommen zeige eine Steigerung von 5 Prozent im Durchschnitt. Somit befinde sich die lohnarbeitende Klasse in einer

---

1) Britain's Industrial Future 14.

besseren Lage als die Nation als Ganzes. Bowley und Stamp schließen, daß die Lohnarbeiter 1924 44 Prozent des Nationaleinkommens gegen 43 Prozent im Jahre 1911 erhalten hätten. Dazu wäre noch zu rechnen, was die Arbeitgeber als Zuschuß zu den verschiedenen Zweigen der Arbeiterversicherung zahlen. Aber nicht alle Arbeiter hätten die gleiche Besserung ihrer Lage erfahren. In den vor auswärtiger Konkurrenz geschützten Gewerben betrüge der Wochenlohn des gelernten Arbeiter 73 s, der der ungelerten 50 s, in den nicht geschützten Gewerben verdiene der gelernte Arbeiter 58 s, der ungelernete 45 s die Woche<sup>1)</sup>.

Bei Würdigung dieser Angaben sei wohl zu beachten, daß die britische Produktionskraft durch die große Zahl der Arbeitslosen, die während der Jahre 1920—27 nie weniger als 1 Million betragen habe, nicht gelitten habe und daß die wöchentliche Arbeitszeit wesentlich kürzer geworden ist. Nach Professor Bowley beträgt die Herabsetzung der Arbeitszeit seit dem Waffenstillstand durchschnittlich ungefähr 10 Prozent. Die Erhaltung des nationalen Gesamteinkommens ungeachtet dieser Änderung zeige eine beträchtliche Steigerung der Leistung per Stunde auf den Kopf der Beschäftigten als Folge besserer Verwaltung, Technik und angestrenzter Arbeit. In der Tat, so schreibt<sup>2)</sup> der Ausschußbericht der liberalen Partei, die Minderung der Arbeitszeit ohne Minderung des Reallohns ist die Hauptleistung der britischen Industrie und der Geschicklichkeit und des Fleißes der Arbeiter seit Kriegsende, eine Leistung, die bei Beurteilung der britischen Leistungsfähigkeit nicht übersehen werden darf.

Hat das Realeinkommen der arbeitenden Klassen zu-, das der Nation als Ganzes pro Kopf abgenommen, so ist damit gesagt, daß eine Minderung des Realeinkommens der übrigen Klassen, zum mindesten nach Bezahlung der Steuern, stattgefunden hat. Doch wird bezweifelt, daß dies — einige beschränkte Kreise ausgenommen — zu

---

1) Ebenda 15—17.

2) Ebenda 18.



einem Rückgang in der Lebenshaltung der Mittelklasse geführt habe. Die Minderung des Einkommens hat vielmehr zu einem Rückgang der Ersparnisse geführt und zwar im Betrag von einem Viertel der früher jährlich gemachten Ersparnisse. Dies hat nicht den Betrag neuen Kapitals, der für die britische Industrie verfügbar ist, verkürzt, denn vor dem Kriege wurde nahezu die Hälfte der gemachten Ersparnisse im Ausland angelegt, wohl aber sind in den Jahren seit dem Waffenstillstand die britischen Kapitalanlagen im Ausland weit geringer gewesen als vor dem Kriege<sup>1)</sup>. Damit in engem Zusammenhang steht der Rückgang der Ausfuhr britischer Produkte selbst in den britischen überseeischen Herrschaften und Kronkolonien, geschweige denn in China, Argentinien, Brasilien, Chile, Peru. In allen diesen Ländern ist die Einfuhr amerikanischer Produkte in beträchtlichem Maße an die Stelle britischer getreten<sup>2)</sup>.

Dieser Rückgang der britischen Ausfuhr und ganz besonders der der Industrien, welche die Grundlage des britischen Handels bilden, ist eine ernste Sache. Ihre andauernde Depression bringt Arbeitslosigkeit im größten Maßstab mit sich. Viele der geschicktesten gelernten Arbeiter, darunter ausgebildete Spezialisten, die es besonders schwierig ist, anderen Beschäftigungen zuzuführen, werden arbeitslos, und ihre verringerte Kauffähigkeit wirkt zurück auf die Beschäftigung der in anderen Erwerbszweigen Tätigen.

6. Noch erfreut sich Großbritannien in Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland und Südafrika auf Grund der ihm als Gegenleistung für die diesen Herrschaften zugestandenen Bevorzugung auf dem britischen Markt gewährten Vorzugszölle der ersten Stelle unter den dort einführenden Ländern. Aber ich habe schon bei Darlegung der Verhältnisse dieser Gebiete hervorgehoben, daß sie erklären,

1) Britains Industrial Future 19, 20.

2) Siehe den Aufsatz „Der englisch-amerikanische Konkurrenzkampf“ im ersten Morgenblatt der Frankfurter Zeitung vom 29. Dez. 1928.



nur auf dem billigsten Markt kaufen zu wollen, ja daß sie sich an die Unterwerfung unter die britische Krone nur so lange gebunden halten, als sie dies als in ihrem Interesse gelegen erachten. Auch haben die industriellen Fortschritte, die Kanada und Australien auf der Wembley-Ausstellung aufwiesen, viel mehr für diese Kolonien als für das Mutterland Reklame gemacht. Weit bedrohlicher aber für das britische Weltreich ist die Stellung seiner Herrschaft in Indien.

Ich habe schon erzählt, wie die edelmütigen Bemühungen, die Inder zu Teilhabern an der Kultur Europas zu machen, den entgegengesetzten des erhofften Erfolgs gehabt haben. Statt sie zu englischen Patrioten zu machen, ist daraus die indische Bewegung entstanden, die für die Inder dieselbe Selbstregierung erstrebt, deren das englische Volk sich erfreut. Ich habe von dem Gesetze von 1833 gesprochen, das den Grundsatz ausspricht, daß „kein Eingeborener Indiens und kein geborener Untertan seiner Majestät, der in Indien wohnt, lediglich auf Grund seines Religionsbekenntnisses, Geburtsorts, seiner Abstammung, Farbe oder irgend dergleichen von irgendeiner Stelle, einem Amt oder einer Beschäftigung unter der Gesellschaft ausgeschlossen sein solle“, und habe hervorgehoben, daß dieser Grundsatz in der Proklamation der Königin von 1858 aufs nachdrücklichste bestätigt worden ist. Zahlreiche britische Autoritäten haben ausgesprochen, daß die Wählbarkeit der indischen Eingeborenen zu allen Ämtern der indischen Verwaltung schärfer nicht formuliert werden konnte, daß aber ihr praktischer Erfolg derselbe war, als ob eine solche Bestimmung nie getroffen worden sei. Ich habe das Zeugnis eines Vizekönigs angeführt, daß das ganze Sinnen und Trachten der anglo-indischen Bürokratie darauf ausgegangen ist, Mittel und Wege zu finden, um die Bestimmung unwirksam zu machen; sie wollten die Stellen, über deren übermäßige Besoldung<sup>1)</sup> vorurteilslose Eng-

---

1) Der Generalgouverneur erhielt £ 25 000, jedes Mitglied seines Allgemeinen Rats £ 10 000, der Oberrichter £ 8000, andere Richter £ 6000 im Jahr.

länder einig waren, für sich behalten, und wie die Beamten in anderen Ländern haben sie ihre Sonderinteressen über die des Landes gesetzt. Ich habe von dem Widerstand gesprochen, auf den Lord Ripon gestoßen ist, als er die gesetzliche Gleichberechtigung von Indern und Europäern zur Wahrheit machen wollte, und von der exklusiven Haltung der anglo-indischen Gesellschaft zu den gebildeten Indern und ihrer Rückwirkung auf deren politische Stimmung.

Seit der auch formellen Übernahme der Regierung Indiens durch den Staat nach dem Aufstand von 1857 wird Indien durch einen Staatssekretär für Indien regiert, der von einem in London sitzenden Rat unterstützt wird. Er besteht heute aus 10 Mitgliedern, meist erfahrenen früheren anglo-indischen Beamten. Als Lord Morley Staatssekretär war, hat er unter lebhafter Opposition hoher Kreise, darunter Eduards VII., einen Inder zum Mitglied dieses Rats ernannt. Einige wenige Angelegenheiten, darunter das Verausgaben der Staatseinnahmen Indiens, ausgenommen, vermag der Staatssekretär seine Entscheidungen auch entgegen der Meinung seines Rats zu treffen. Über Krieg und Frieden entscheidet der Staatssekretär allein. Der Rat ist also in der Hauptsache lediglich eine beratende Körperschaft, und selbst, wo ihm wie in Frage der Ausgaben ein Veto zusteht, muß dieses vor einem Kabinettsbeschluß weichen. Die Staatseinnahmen Indiens sollen ausschließlich für indische Regierungszwecke verwendet werden; aber dazu gehört die Bezahlung des indischen Amts in London, die Bezahlung der übernommenen Schulden der Ostindischen Gesellschaft und des ihren Aktionären geschuldeten Ersatzes, sowie die Kosten der Zivil- und Militärverwaltung in Indien. Dabei hat man den indischen Finanzen die Bezahlung der Kosten der britischen Expeditionen nach Ägypten und Abessinien und der Eroberung von Birma, weil im Interesse der Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft in Indien unternommen, auferlegt. All' das sind schwere Lasten für eine Bevölkerung, die so arm ist, daß sie, wenn der Regen ausbleibt, zu Hunderttausenden Hungers stirbt.

Man hegte die Hoffnung, daß auf Grund der Morley'schen Reformen eine Versöhnung mit den indischen Unabhängigkeitsbestrebungen stattfinden könne. Aber, wie erzählt<sup>1)</sup>, hat das Scheitern dieser Hoffnung schon vor Ausbruch des Weltkriegs zu reaktionären Gewaltmaßregeln den Anlaß gegeben. Da kam der Krieg, und Indien stand auf wie ein Mann, um Großbritannien zu helfen. Die von den Alliierten vorgespiegelten Kriegsziele: Herrschaft der Demokratie, Schutz der schwachen Nationen, Gewährung der Selbstbestimmung den Völkern mußte begreiflicherweise große Hoffnungen bei der indischen Bevölkerung wecken. Indien beteiligte sich mit 985 000 Streitern, wovon 552 000 über See gesandt wurden und von denen nicht weniger als 791 000 während des Kriegs die Waffen ergriffen haben. An Nichtkombattanten hat Indien 472 000 geliefert, von denen 391 000 über See geschickt wurden; nicht weniger als 427 000 wurden während des Kriegs in Dienst genommen. Im ganzen hat Indien sich also mit 1 457 000 Mann beteiligt, von denen 943 000 über See gedient haben und nicht weniger als 106 594 getötet oder verwundet wurden. Ich verzichte auf Wiedergabe des von Indien beigesteuerten Materials. Der Wert dessen, was es lieferte, wird auf nahezu 200 Crores oder 130 Millionen Pfund Sterling berechnet<sup>2)</sup>. Begreiflich, daß Indien nach solchen Leistungen der Inder Hoffnung faßte auf die Erhebung des Landes aus der demütigenden Stellung eines unterworfenen Volks zu der eines gleichberechtigten Teilhabers am britischen Gemeinwesen.

In dieser Hoffnung wurden sie durch eine Erklärung des Staatssekretärs für Indien E. S. Montagu vom August 1917 bestärkt. Darin wurde Indien als Teil des britischen Reichs eine vollverantwortliche Regierung durch allmähliche Übertragung einer Kontrolle auf das Volk und dessen größere Beteiligung an der Verwaltung des Landes ver-

1) Oben 370.

2) Siehe Babu Rajendra Prasad's Einleitung zu *Young India* (1919—1922) by Mahatma Gandhi. 2. ed. Madras 1924, XXV ff.

sprochen; dem britischen Parlament sollte das Recht des Tempos im Fortschreiten zu voller verantwortlicher Regierung vorbehalten bleiben. Darauf kam Montagu selbst nach Indien, und nach Kenntnisnahme von der indischen Meinung und nach Besprechung mit zahlreichen Personen und Deputationen, veröffentlichten Montagu und der Vizekönig Lord Chelmsford am 8. Juli 1918 einen Bericht über die Reform der indischen Verfassung.

Der damalige britische Premierminister Lloyd George hatte schon am 2. April 1918 eine Botschaft nach Indien gerichtet, worin er behauptete, daß Deutschland nicht nur über Europa, sondern auch über Asien seine Tyrannei ausbreiten wolle, und jeden Freund von Freiheit und Recht aufforderte, daran teilzunehmen, daß die Drohung im Osten und so in der ganzen Welt verhindert werde. Indien möge zu den bereits gewonnenen Lorbeeren neue hinzufügen und das Bollwerk werden, das Asien vor der Bedrückung und Unordnung bewahre, die der Feind herbeiführen wolle. Der Vizekönig antwortete mit der Versicherung, daß das indische Volk zu jeder Anstrengung und jedem Opfer bereit sei, um den endgültigen Triumph jener Ideale von Gerechtigkeit und Ehre zu sichern, für die das britische Reich eintrete. Darauf war eine Kriegskonferenz zu Delhi am 27. April 1918 gefolgt, auf der eine Botschaft des König-Kaisers verlesen wurde, in der es hieß, „die Not des Reichs sei Indiens Gelegenheit“. Zu den Teilnehmern an der Kriegskonferenz in Delhi und Vertretern der dort gefaßten Loyalitätsresolution gehörte Mahatma Gandhi.

Aber bald zeigte sich, daß alle diese pompösen Worte nur den Zweck hatten, die Unterstützung der Inder zu erlangen und die gleiche Bedeutung hatten, wie andere Indien in der Vergangenheit gegebene Versprechen. Wenn der Zweck erreicht war, wurden sie vergessen. Während des Kriegs war in Indien ein Ausnahmegesetz erlassen worden, ähnlich der Dora (Defence of Realm Act) in Großbritannien, das Gesetz zur Verteidigung Indiens. Durch dasselbe wurde die indische Bevölkerung Beschränkungen



unterworfen, die sie bitter empfand und nur ertrug in der Hoffnung, daß sie nach dem Frieden wieder beseitigt würden. Da hat die Regierung auf Antrag des Sir Sidney Rowlat am 19. Juli 1918 einen Bericht erstattet, der praktisch auf Verewigung der tyrannischen Bestimmungen des Gesetzes zur Verteidigung Indiens hinaus kam, ja deren Vermehrung empfahl. Als die Regierung fünf Monate nach Abschluß des Waffenstillstands die sogenannte Rowlat Acts in Delhi einbrachte und durchsetzte, erhob sich das Land wie ein Mann. Niemals zuvor, nicht einmal zur Zeit des großen Aufstands von 1857, sind in allen Teilen der indischen Halbinsel ähnliche Äußerungen der Empörung gehört worden. Aber alles war umsonst, und mit Hilfe der von der Regierung ernannten Mitglieder des kaiserlichen Gesetzgebungsrats wurde der Gesetzentwurf in der dritten Märzwoche 1919 Gesetz. Mit einem Schlage sah das Volk alle seine Hoffnungen auf politische Freiheit vernichtet. Man hat gesagt<sup>1)</sup>, daß furchtbare Ereignisse eingetreten sein würden, wenn die indischen Führer damals etwas getan hätten, eine Rebellion zu entfachen. Glücklicherweise war der Führer, der hervortat, ein Pazifist, der Mahatma Gandhi, ein Idealist, an der Reinheit von dessen Motiven niemand zweifelte. Ihm ist es gelungen, die Entrüstung des Volks in „Satyagraha“, eine große Bewegung für passiven Widerstand<sup>2)</sup> zu verwandeln.

---

1) A. Fenner Brockway, *India and its Government*. London 1921, 9.

2) „Passiver Widerstand“, schreibt Gandhi, *Indian Home Rule* 61, 62, „ist eine Methode durch persönliches Leiden das Recht zu sichern; es ist das Entgegengesetzte des Widerstands mit Waffen. Wenn ich mich weigere etwas zu tun, was mit meinem Gewissen in Widerspruch steht, gebrauche ich Kraft der Seele. Z. B., die Regierung hat ein Gesetz erlassen, das mich betrifft; ich finde es ungerecht; wenn ich mit Gewalt die Regierung zwingen, es zu widerrufen, gebrauche ich, was man Körperkraft nennen mag. Wenn ich dem Gesetze nicht gehorche und die Strafe wegen seiner Verletzung auf mich nehme, gebrauche ich Seelenkraft. Es bringt Selbstaufopferung mit sich“ usw.



„Der passive Widerstand begann mit einem Tage der Arbeitsruhe, des Fastens, Betens und öffentlicher Trauer. In allen großen Städten fanden schweigende Demonstrationen statt, an denen Tausende teilnahmen. Eine der charakteristischsten Äußerungen des nationalen Protestes war das Zusammengehen der Hindus und Mohammedaner. Die Hindus gingen in die Mohammedanischen Moscheen und die Mohammedaner in die Tempel der Hindus.

„Eine religiöse Atmosphäre beherrschte die Demonstrationen, und hätte die Regierung nicht eingegriffen, so wäre es, wie man mit Sicherheit sagen kann, zu keinerlei Unordnung gekommen. Aber in Delhi wurden zwei Bekenner des passiven Widerstands festgenommen, und als ein paar Steine geworfen wurden, feuerten die Truppen in die Menge, und einige Personen wurden getötet“<sup>1)</sup>.

„An anderen Orten verlief die Demonstration ohne unerfreuliche Zwischenfälle. Es war die erste Demonstration, an der Alle, Reiche und Arme, Hohe und Niedrige, Gebildete und Ungebildete, Dorf- und Stadtbewohner teilnahmen. Das indische Volk schien von seinem während Jahrhunderten dauernden Schläfe zum Bewußtsein seiner verborgenen Kraft erwacht zu sein. Mit einem Wort, es fand seine Seele wieder“<sup>2)</sup>.

Gandhi hat sich am 8. April 1920 nach Delhi begeben, um die durch die dortigen Vorgänge aufgeregte Bevölkerung zu beruhigen. Es wurde ihm indes verboten, das Pundschab oder Delhi zu betreten, und da er dem Gebot sich zu fügen weigerte, wurde er in einem Extrazug nach Bombay zurückgeschickt. Die Nachricht erregte Bestürzung im ganzen Lande und nirgends mehr als im Pundschab; hier war das Volk infolge der reaktionären Verwaltung des stellvertretenden Gouverneurs Sir Michael O'Dwyer ohnedies aufgeregt. Er schüttete Öl ins Feuer, als er am 10. April die zwei populärsten Führer in Am-

---

1) Brockway a. a. O. 9, 10. Vgl. dazu Gandhi, *Young India* XXVIII.

2) Einleitung zu Gandhi, *Young India* von Babu Rajendra Prasad, XXVIII.

ritsar festnehmen und deportieren ließ. Als eine große Menge sich nach dem Hause des stellvertretenden Kommissars begab, um ihre Freilassung zu erbitten, wurde in sie gefeuert, worauf ein ernster Aufruhr stattfand, der zur Brandstiftung und Plünderung von Banken, des Postamts und anderer Bureaux der Regierung, zur Ermordung von Europäern und Mißhandlung zweier Damen führte. Indes war die Ruhe alsbald wiederhergestellt; doch die Atmosphäre war geladen.

Da traf General Dyer am 11. April in Amritsar ein. Am 12. ereignete sich nichts. Aber am 13. sollte auf einem freien Platz, Jalianwalla Bagh, eine Versammlung stattfinden. Dyer verbot jede Vereinigung unter Androhung von Todesstrafe, und als er von der Versammlung, die stattfinden sollte, hörte, begab er sich nach Jalianwalla mit Truppen und Maschinengewehren. Es war ein Hindu-feiertag, und der Platz war voll von Männern, Weibern und Kindern. 30 Sekunden nachdem Dyer eingetroffen, eröffnete er Feuer auf die Menge, das zehn Minuten andauerte, auch noch nachdem die Menge flüchtete, „um tiefen Eindruck zu machen“, und die Verwundeten ließ man, ohne sich ihrer anzunehmen, auf dem Platze liegen. Nach amtlichen Angaben, die hinter der Wirklichkeit zurückblieben, sind 379 Personen getötet und 1200 verwundet worden. Es wurde befohlen, daß während mehrerer Tage jeder Inder, der durch die Straße mußte, in der die beiden Damen mißhandelt worden waren, sie nur auf dem Bauche kriechend passieren dürfe. Inder aller Klassen wurden auf der Straße ausgepeitscht, und in Kasur wurden sechs Schulbuben ausgepeitscht, nicht weil sie etwas getan hatten, sondern weil sie die Kräftigsten waren, zum abschreckenden Beispiel. Inder wurden aus Flugzeugen mit Bomben beworfen und aus gepanzerten Zügen beschossen, was den Verlust vieler Leben zur Folge hatte. Das sind nur die ärgsten der begangenen Missetaten.

Eine strenge Zensur verhinderte, daß die Vorgänge im Pundschat alsbald bekannt wurden. Als die Nachricht von ihnen durchdrang, haben sie in ganz Indien die tiefste

Entrüstung erregt. Trotzdem würden die Inder sie nur als Taten einzelner Beamten, für welche diese allein verantwortlich seien, hingenommen haben, wäre die Regierung und die anglo-indische Gesellschaft gegen die Verbrecher aufgetreten, wie sie es verdienten. Aber die Haltung der Regierung und eines großen Teils einflußreicher Engländer — nach dem Minister des Innern im Kabinett Baldwin, Sir W. Joynson Hicks, haben 80 Prozent der Anglo-Inder das Vorgehen des General Dyer gebilligt — überzeugte das indische Volk, daß die britische Verwaltung Indiens dem Geiste nach ihnen so fremd wie der Rasse nach sei, und daß eine weitere Mitarbeit mit ihr eine Entwürdigung der Nation bedeuten würde. Der Vizekönig Lord Chelmsford hat sich der im Pundschar geschaffenen Lage absolut nicht gewachsen gezeigt; der stellvertretende Gouverneur des Pundschar Sir Michael O'Dwyer, der für die dort verfolgte Politik und die Störungen, zu denen sie führte, verantwortlich war, hat die Brutalität, mit der diesen begegnet worden ist, gebilligt; der General Dyer wurde lediglich an einen anderen Posten versetzt, eine Strafe, die selbst Winston Churchill als zu mild bezeichnete, und die übrigen beteiligten Offiziere blieben selbst ohne diese Strafe. Das Schlimmste aber war, daß das Oberhaus selbst die milde dem General Dyer gewordene Strafe verurteilte, und daß eine Sammlung unter den Engländern daheim und in Indien sogar £ 30 000 für ihn als Dank zusammenbrachte.

Außer den Vorgängen in Amritsar hat die Behandlung der Mohammedaner in Indien die Hoffnungen, die die Inder auf den Sieg der Alliierten im Weltkrieg gesetzt hatten, enttäuscht. Ihre Zahl hat 1911 66 700 000 betragen und wird neuerdings auf 75 Millionen beziffert. Als der Krieg ausbrach, war ihre Loyalität gegen die britische Regierung auf eine harte Probe gestellt worden. Sollten sie den Türken helfen, die religiös mit ihnen verbunden waren? Aber die Türkei stand im Bund mit den Mittelmächten. Sie hatten sich auf Grund des seitens des Vizekönigs von Indien und des britischen Premierministers

Lloyd George gegebenen Versprechens, daß die heiligen Stätten in Arabien, Mesopotamien und Dscheddah immun bleiben sollten, entschieden, mit den Alliierten zusammenzuwirken. „Auch kämpfen wir nicht, um die Türkei ihrer Hauptstadt zu berauben oder ihres reichen Lands in Kleinasien oder Thrazien, die der Rasse nach überwiegend türkisch sind“, hatte Lloyd George versprochen. Aber als der Krieg vorbei war, fanden sie, daß es sich mit den ihnen gemachten Versprechungen wie mit den den Hindus gemachten verhalte. Ihre religiösen Überzeugungen waren durch den Frieden mit der Türkei unbarmherzig verletzt worden. Darauf hat am 30. Juni 1920 eine gemeinsame Konferenz der Hindus und Mohammedaner in Allahabad stattgefunden, auf der der Anschluß an die passive Widerstandsbewegung, d. h. an das Programm, das das Zusammenarbeiten mit der Regierung ablehnt, einstimmig beschlossen wurde<sup>1)</sup>.

Diese Bewegung hat, wie Brockway sagt<sup>2)</sup>, außerordentliche Wirkungen nach zwei Seiten gehabt. Sie hat einerseits unter den Indern ein neues und starkes Gefühl der Selbständigkeit entwickelt, andererseits die britischen Behörden genötigt, neue Wege einzuschlagen, um der Lage Herr zu werden. Damit hat Lord Reading begonnen, als er im Frühjahr als Vizekönig nach Indien kam. Nach seiner Landung in Indien hat er sich zum Entsetzen der Anglo-Inder statt nach Delhi, der Residenzstadt der Vizekönige, nach dem Zentrum der Unzufriedenheit, dem Pundschab, begeben. Als bald wurde bekannt, daß denen, die in Amritsar gelitten hatten, eine entsprechende Entschädigung zuteil werden sollte. Sodann hat er Gandhi empfangen, der fast von allen Anglo-Indern als Rebell und Hochverräter angesehen wird. Doch ich vermag nicht, die Weiterentwicklung der anglo-indischen Verhältnisse hier im einzelnen vorzuführen. Sie ist für unsere Betrachtung von Bedeutung nur, insoweit sie für die britische Volks-

1) Siehe die Einleitung Prasads zu Gandhis *Young India* XXXI—XXXVI.

2) Brockway 12.

wirtschaft von Bedeutung ist. Jeder Zeitungsleser weiß, daß die Parteien der Gemäßigten und der Extremen in Indien fortbestehen, und daß der Kommission Simon, die nach Indien gegangen ist, um auf Grund unvoreingenommener Untersuchung einen Weg zu einer die Inder befriedigenden Verfassung unter britischer Oberhoheit zu finden, sowohl seitens der Gemäßigten wie der Extremen die Mitarbeit versagt worden ist. Dabei zeigen die in den letzten Tagen des Jahres 1928 aus Indien eingegangenen Telegramme, daß in wirtschaftlicher Hinsicht zwischen dem Programm der Gemäßigten und der Extremen praktisch ein Unterschied kaum bestehen dürfte. Während die Extremen völlige Unabhängigkeit fordern, verlangen die Gemäßigten für Indien die Stellung einer „Herrschaft“ gleich Kanada, Australien, Südafrika innerhalb des britischen Weltreichs. Am 1. Januar 1929 wurde gemeldet, daß die Vollversammlung des indischen Nationalkongresses die von Gandhi vorgeschlagene Resolution angenommen habe, welche die Boykottierung Englands in Indien vorsieht, falls bis zum Ende des Jahres 1929 Indien nicht als „Herrschaft“ (Dominion) des britischen Weltreichs anerkannt worden sei. Es läßt sich schwer vorstellen, wie die nicht einmal 200 000 Engländer den 319 Millionen Indern, auch wenn die indischen Fürsten auf Englands Seite treten sollten, dieses Verlangen dauernd sollten versagen können. Aber die Stellung eines „Dominion“ bedeutet bloß Anerkennung desselben Monarchen, dagegen eigenes Heer, eigene Flotte, und das Recht, sich unabhängig zu erklären, sobald es im Interesse der Bevölkerung gelegen scheint, die Verbindung mit Großbritannien zu lösen<sup>1)</sup>. Daß zu ihren Rechten auch der Zollschatz gegen Großbritannien gehört, geht aus dem in diesem Kapitel Dargelegten hervor. Es ist dies von den Indern selbst wiederholt schon ausgesprochen worden. Die Zeitungen melden, daß nun auch Birma, gleich Vorderindien, die Verfassung eines „Dominion“ verlangt.

1) Siehe oben S. 439.



Es ist sicher, daß sowohl das Verlangen des indischen Nationalkongresses als auch das Verlangen Birmas nicht mit Erlangen identisch ist; aber gleichviel was der Ausgang des Konfliktes sein wird, dem Absatz britischer Produkte dürfte er nicht förderlich sein. Überhaupt zeigt ein Rückblick auf das in diesem Kapitel Vorgetragene, daß es der britischen Volkswirtschaft nicht zuträglich gewesen ist, daß Sir Edward Grey im Einverständnis mit Asquith und Haldane, aber ohne Wissen des Kabinetts, dem er angehörte, Großbritannien „in Ehren“ verpflichtete, Frankreich in einem Kriege gegen Deutschland mit Waffengewalt beizustehen. Großbritannien hat als Lohn dafür zwar die Auslieferung der deutschen Kriegsflotte, Deutschlands beste Handelsschiffe, das in seinem Machtbereich befindliche deutsche Privateigentum, die deutschen Kolonien, die es begehrte, und noch einiges andere erhalten. Der Krieg hat aber zur Auflösung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland geführt. An seine Stelle ist ein britisches Weltreich getreten. Während es früher über seine Kolonien gebot, steht es heute neben diesen nur mehr als Gleichberechtigter, dem der Ehrenvorsitz zukommt. Seine Kolonien bestimmen nicht mehr nur ihre eigene Handelspolitik, sondern auch die des Mutterlands. Dieses hat als Gegenleistung für ihre Unterstützung im Weltkrieg auf die Handelspolitik verzichten müssen, unter der es das reichste Land der Welt geworden war; es ist bezeichnend, daß selbst sein unstreitig erster Volkswirtschaftslehrer seit J. St. Mill, Alfred Marshall, in seinem nach dem Kriege erschienenen Werke „Industry and Trade“ seinem früheren Gegner Sir W. Ashley gehuldigt hat und zu den Schutzzöllnern übergegangen ist. Dabei ist, wie wir gesehen haben, die Vorzugsstellung, welche die britischen „Herrschaften“ Großbritannien auf ihrem Markte eingeräumt haben, äußerst prekär; denn diese haben wiederholt erklärt, sich als Käufer nicht an den britischen Markt gebunden zu erachten, sondern stets dem Markte den Vorzug zu geben, auf dem sie, was sie brauchten, am besten entsprechend ihren Bedürfnissen und

am billigsten fänden, und schon jetzt geben sie dem amerikanischen Markte vielfach den Vorzug vor dem englischen. Noch bedrohlicher haben sich Großbritanniens Beziehungen zu seinem Kaiserreiche Indien gestaltet. Das Selbstbewußtsein der Inder ist durch die große Beihilfe, die sie ihm im Weltkriege geleistet haben, außerordentlich gehoben worden, und, wie eben dargelegt, liegt der Abbruch aller Handelsbeziehungen Indiens mit Großbritannien nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit.

Von unmittelbarer Bedeutung sind die Folgen des Kriegs, die schon heute sich fühlbar machen. Überall in den britischen Kolonien und ebenso in den europäischen Ländern hatten sich unter dem Einfluß des britischen dahin überströmenden Kapitals Industrien entwickelt, die, da der Krieg infolge des fehlenden Schutzes des schwimmenden Privateigentums und mannigfacher anderer für die Dauer des Kriegs eingeführten Hindernisse der britischen Ausfuhr die Konkurrenz Großbritanniens auf ihren Märkten in Wegfall brachte, zu freier Entfaltung gelangt sind. Ihre Nachfrage nach britischen Produkten hat nachgelassen. Es sind ferner nicht nur die besiegten Länder verarmt und ist nicht nur ihre Kaufkraft zurückgegangen; es hat sich, wie gezeigt, der eigene Reichtum Großbritanniens gemindert. Seine Hauptproduktionszweige sind schwer geschädigt oder bedroht; seine Kapitalausfuhr hat entsprechend seinem zurückgegangenen Wohlstand aufgehört; es ist nicht mehr die führende Macht in der Weltwirtschaft; diese Rolle ist auf die Vereinigten Staaten von Amerika übergegangen, und selbst politisch ist sein Einfluß gemindert: es hat der Vorherrschaft Deutschlands in Europa vorbeugen wollen und hat eine Vorherrschaft Frankreichs geschaffen, in dessen Gefolgschaft es nur mehr erscheint. Noch niemals ist die Lehre des Dechanten von Gloucester, Josias Tucker, in gleichem Maße bewahrheitet worden, daß der Krieg nicht nur den Besiegten schädigt, sondern auch den Sieger.

## 75. Kapitel.

### Schlußbetrachtungen.

Man streitet heute viel über den Kapitalismus, seinen Anfang, seine Wandlungen, sein nach Vielen bevorstehendes Ende. Nachdem im vorstehenden die britische Wirtschaftsentwicklung während mehr als zweitausend Jahren vorgeführt worden ist, liegt die Frage nahe, was sich daraus für die Beantwortung dieser strittigen Fragen ergibt.

Wir haben als die erste Wirtschaftseinheit in historischer Zeit die Großfamilie, die Hausgemeinschaft, kennen gelernt. Sie besteht aus dem Haupte der Familie, dem Hausvater, und allen seiner Hausgewalt Unterworfenen, seinen Blutsverwandten, soweit sie aus dem Familienverbande nicht ausgeschieden sind, sowie aus den in die Familie aufgenommenen Blutsfremden, den freien wie unfreien. In ihr herrscht Einheit des Besitzes, des Erwerbs, der Bedürfnisse; ihr Prinzip ist Einer für Alle, Alle für Einen. Ihr Haupt, wenn auch nicht der persönliche Eigentümer, sondern nur der Verwalter des Familienguts, herrscht über Alle mit souveräner Gewalt. Er ist ihr Richter. Er bestimmt, was jedem Einzelnen der Hausgenossen zukommt.

Diese Großfamilie steht in allen Erdteilen am Anfang der Entwicklung aller zum britischen Weltreich gehörigen, auf den verschiedensten Entwicklungsstufen befindlichen Völker. Nirgends findet sich das Individuum als die ursprüngliche Wirtschaftseinheit; bei manchen Stämmen und Völkern ist die Hausgemeinschaft noch heute die unterste Wirtschaftseinheit. Aus dem Verkennen dieser Tatsache

seitens der heutigen Briten sind in Australien, Afrika, Asien Schwierigkeiten mit den Eingeborenen erwachsen.

Aus der ursprünglichen Hausgemeinschaft haben sich Sippen, Geschlechter, Stämme, Königreiche entwickelt; sie begrenzen den Bereich der ihnen untergeordneten Wirtschaftseinheiten, indem sie für gewisse Zwecke selbst Wirtschaftseinheiten bilden. Was immer aber Wirtschaftseinheit ist, so sind die Beziehungen der ihr Angehörigen zueinander durch Autorität und Herkommen geregelt, während sie gegenüber allen anderen, ihnen gleichartigen auf Wahrung ihres größtmöglichen Vorteils bedacht sind.

Das hat bei sich selbst genügender Wirtschaft mit zunehmender Zahl der einer jeden Wirtschaftseinheit Angehörigen notwendig zum Kriege geführt. Auch finden wir die Kelten und Angelsachsen, wie die auf primitiver Kulturstufe stehenden afrikanischen und asiatischen Geschlechter und Stämme in fortwährenden Fehden miteinander. Die Besiegten werden dann unfrei und müssen, was die Sieger brauchen, für diese erarbeiten; dem Freien ziemt nur Erwerb durch die Jagd und Krieg. Das Haupt teilt sowohl die Frucht der Arbeit der Unfreien als auch der Jagd und der im Krieg gewonnenen Beute mit den zu seinem Hause gehörigen Freien und Unfreien. Wir haben gesehen, wie bei den Kelten das Haupt dasselbe Haus mit seinem Gefolge bis herab zu den Unfreien teilt und sie alle an gemeinsamer Tafel speisen.

Dann tritt an die Stelle der Naturalverpflegung die Zuteilung von Vieh und damit zusammenhängend von Land. An die Stelle gemeinsamer Behausung und gemeinsamer Tafel tritt die selbständige Niederlassung der zu derselben Wirtschaftseinheit Gehörigen, und für das geliehene Vieh und das geliehene Land müssen die damit Belehnten Abgaben entrichten und Dienste leisten. Der Gefolgsmann wird Grundherr. Die Leihe wird das Band, das Über- und Untergeordnete verbindet; es entsteht das Feudalsystem. Der Idee nach standen alle, vom Könige angefangen bis herab zum untersten Grundbesitzer, in einem Treuverband. Sie waren durch die Verpflichtung zu Dienst und Ver-

teidigung miteinander verbunden, der Herr durch die Pflicht, den Vasallen zu schützen, der Vasall durch die, dem Herrn zu dienen. Dabei war das Maß der Pflicht, zu verteidigen und zu dienen, abhängig und geregelt durch Natur und Ausdehnung des dem einen von dem anderen geliehenen Viehs, beziehungsweise des geliehenen Lands. Auch dies wie bei den Kelten, Angelsachsen und anderen germanischen Stämmen bei den Eingeborenen Afrikas, bei den Indern, Chinesen, Japanern.

In diese Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hat der auswärtige Handel Bresche gelegt. Er ist entstanden als der jüngere Bruder des Kriegs. Er trat auf, wo der, dessen Güter man begehrte, zu stark war, als daß man sie ihm nehmen konnte. Da mußte man sich bequemen, im Austausch gegen das, wonach man verlangte, eigene Güter zu geben. Allein wenn man dem Fremden dabei auch nicht mit Lanze und Schwert gegenübertrat, der Fremde blieb immer der Feind. Der Gütertausch mit ihm wurde daher auch nicht wie die Beziehungen der Stammesgenossen zueinander durch Autorität und Herkommen beherrscht. Die Gottheit, unter deren Schutz die neutralen Märkte, auf denen der friedliche Gütertausch stattfand, im Altertum standen, war der Merkur, der Gott der Gesandtschaften, der Kaufleute und der Diebe. Das auf ihnen herrschende Prinzip war das Streben nach dem größtmöglichen Vorteil. Dies blieb dem Handel mit seinem älteren Bruder gemein. Es galt nicht als Schande, den Fremden beim friedlichen Austausch der Güter zu über-vorteilen; die Überlistung galt im Gegenteil als eine Tugend. Daher die Verachtung des Handels bei den alten Philosophen und seine Verurteilung als etwas Sündhaftes im christlichen Altertum; der Gewinn des Einen galt nur möglich auf Kosten eines Anderen.

Nichtsdestoweniger hat auch, nachdem die Welt christlich geworden war, das Streben nach dem größtmöglichen Vorteil den Handel beherrscht. Es ist eben untrennbar von seiner Natur. Der Handel vergleicht den Wert dessen, was er hingibt, mit dem Wert, der ihm dafür geboten



wird, und sein Streben geht dahin, daß der Überschuß des letzteren über den Wert dessen, was er hingibt, d. h. sein Gewinn, möglichst groß sei. Dies berechnet er in Geld, und, wie ich gesagt habe<sup>1)</sup>, nennen wir das dem Erwerbe dienende Vermögen, das rechnerisch als werbende Geldsumme gebucht wird, Kapital, und kapitalistische Unternehmung die Wirtschaftsform, deren Zweck es ist, ein Sachvermögen durch eine Reihe von Vertragsabschlüssen über geldwerte Leistungen und Gegenleistungen zu verwerten, und die Handelsunternehmung ist die ihrem Wesen nach kapitalistische Unternehmung.

Der Fremde hat in allen Ländern, mit denen er als Händler in Beziehung trat, zur Auflösung der überkommenen, auf Autorität und Herkommen beruhenden Ordnung geführt. Eben weil er ein Fremder war, war er nicht in die gesellschaftliche Hierarchie von Über- und Untergeordneten eingegliedert, wie sie in der inneren Gesellschaftsordnung auf Grund von Autorität und Herkommen bestand. Hatte der Kaufmann auch im Verkehr mit fremden Völkern mitunter unter Demütigungen aller Art zu leiden, so trat er doch beim Austausch dem heimischen Kaufmann als Gleichberechtigter gegenüber. Der freie Vertrag herrschte an Stelle von Über- und Unterordnung auf Grund der durch Herkommen gefestigten Autorität.

Der auswärtige Handel Englands ist, soweit er mit fremden Nationen stattfand, während Jahrhunderten nicht in den Händen der Engländer gelegen. Aber im Mittelalter galt als Außenhandel schon der zwischen zwei englischen Städten. Nach der Stadt ließ der Grundherr die Produkte seiner Landwirtschaft bringen, und von da beginnt die erste Verdrängung der auf der Landleihe beruhenden Wirtschaftsverfassung durch eine kapitalistische, die nach Erzielung des größten Gewinns strebt. Wir haben aus dem 13. Jahrhundert die Abhandlung *Walters of Henley* über die zweckmäßigste Ordnung eines großen Landwirtschaftsbetriebs und ansehen daraus, daß schon damals be-

---

1) Siehe Band II, 17, 18.

rechnet wurde, was vorteilhafter sei, ob mit den Diensten höriger Bauern oder mit in Geld gelohnten Tagelöhnern zu wirtschaften. Die Wandlung hat schon im 12. Jahrhundert begonnen und war im 14. so weit vorgeschritten, daß sie nach dem schwarzen Tod, als die Arbeiter selten geworden waren und die Löhne stiegen, zu den drakonischen Arbeitergesetzen geführt hat.

Aber die Anfänge einer Geldwirtschaft und im Gefolge derselben großer kapitalistischer Unternehmungen gehen auf weit früher zurück. Ich habe erzählt, daß es kein Vassallenheer, sondern ein Söldnerheer war, mit dem Wilhelm I. England erobert hat, und von seinem Sohne Heinrich I. als dem großen *militum mercator et solidator* gesprochen. Ich habe davon gesprochen, wie nach dem Tode eines Königs der erste Schritt des Thronanwärters war, sich in den Besitz des Schatzes des Gestorbenen zu setzen; denn wer das Geld hatte, hatte die Nachfolge. Von Richard Löwenherz wissen wir, daß er Cypern verkauft hat und London gern verkauft hätte, wenn er einen Käufer hätte finden können, der imstand war, es zu bezahlen. Unter Eduard I. finden wir, daß das Land Kapitalcharakter angenommen hat, indem es zu seinem mit dem herrschenden Zinsfuß kapitalisierten Ertrage verkauft wurde, und unter ihm beginnt mit dem Verkaufe des englischen Handels an die fremden Kaufleute in der *Carta Mercatoria* von 1303 die erste jener Transaktionen, die zum Triumphe des Kapitalismus in allen Zweigen des Wirtschaftslebens führen sollte. Ich habe von dem lebhaften Widerstande gesprochen, den die *Carta Mercatoria* bei den heimischen Kaufmannsgilden gefunden hat. Sie waren nach dem Vorbild der Hausgemeinschaft organisiert und umfaßten alle Kaufleute einer Stadt in einer Wirtschaftseinheit zu gegenseitiger Hilfe im Innern und gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen nach Außen. Und dann folgte eine Zeit, in der der Kapitalismus bereits Orgien feiert. Die Juden haben damit nichts zu tun, denn sie sind 1290 aus England verbannt worden und 1350 war ihre Vertreibung vollendet. Auch Puritaner haben damit nichts

zu tun, denn noch war England katholisch, wohl aber Fremde aus dem katholischen Italien, und die Engländer haben sich als gelehrige Schüler derselben gezeigt. In den italienischen Städten war der Kapitalismus bereits zu großer Ausbildung gelangt. Mit den Anleihen, die Eduard III. bei den italienischen Kaufleuten, aber auch bei den Hansen machte, die dahin kamen, um die englische Wolle zu kaufen, hat er seine Kriege gegen Frankreich geführt. Aber ich habe auch erzählt, daß der König, wenn er auch die fremden Kaufleute bevorzugte, auch durch finanzielle Abmachungen mit den heimischen Kaufleuten sich Geld zu verschaffen suchte, so zwar, daß es eine Zeitlang schien, als werde ein von den Gemeinen unterschiedener Stand der Kaufleute entstehen. Wir wissen von einer starken Beteiligung englischer Kaufleute an der Wollausfuhr. Einzelne darunter haben sich schon im 13. Jahrhundert mit für jene Zeit großen Beträgen beteiligt und dabei bis zu 200 Prozent verdient. Im 14. Jahrhundert wächst ihr Anteil daran. 1341 hat er schon die Hälfte betragen; nach 1350 sind die englischen Kaufleute schon so kräftig, daß sie die Anleihen der Krone an erster Stelle zu übernehmen vermögen. Für das Geld, das sie dem Könige vorschießen, erhalten sie Monopole, und werden ihnen öffentliche Einkünfte verpfändet; für die Verluste, die sie durch die unheilbare Unehrllichkeit Eduards III. erleiden, halten sie sich an den Wollerzeugern und den kleinen Wollhändlern schadlos, welche diesen die Wolle abkaufen. Das kapitalkräftige Individuum hat sich von der Gebundenheit durch die Gilde emanzipiert, ist selbständige Wirtschaftseinheit geworden, und kennt in seinen Transaktionen nichts mehr als die Erzielung des größten Gewinns. Wir haben von den Pulteney, Picard, Melchbourne, Cheriton, Swanland, Wedlingburgh gehört, die dabei zu großem Reichtum gelangt sind, vor allem aber von dem de la Pole, dem Eduard III. 1339 76 180 £ geschuldet hat, außer 46 380 £ 19 s 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> d, die ihm Pole in diesem und dem vorausgegangenen Jahre in kleinen Beträgen geliehen habe. Ich habe erzählt, daß dem William de la Pole dafür einige

Häuser in Lombard Street in London geschenkt und alle Einkünfte des Königreichs und die der Krone bewilligten Subsidien, bis das ihm Geschuldete zurückgezahlt sei, übertragen worden sind. Sein Geschlecht ist wenn auch nicht, wie das der Medizäer zum Papsttum, so doch zu fürstlichem Rang aufgestiegen; einer seiner Nachkommen hat die Schwester König Eduards IV. geheiratet, und deren Sohn wurde zum Prinzen von Wales proklamiert, und noch unter den Tudors haben die de la Pole, der eine als Thronprätendent, ein anderer als Kardinal eine Rolle gespielt.

Aber diese durch den Wollhandel zu großen Kapitalisten gewordenen Kaufleute haben sich nicht bloß mit Handels- und Geldgeschäften befaßt; wir finden bei ihnen auch schon den Übergang zur vertikalen Konzentration der Betriebe. Der Wollhändler kauft Land im großen, vertreibt die darauf sitzenden Bauern und verwandelt Getreideland in Weideland; es beginnt die erste Periode des Bauernlegens, der Menschen fressenden Schafe. Das beginnt schon in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Es ist nicht im Gegensatz zum Handwerk, daß der im Handel zur Entwicklung gelangte Kapitalismus angekommen ist, sondern im Gegensatz zur Feudalverfassung, deren Grundprinzip der Über- und Unterordnung in einem Treuverband sein Gewinnstreben diametral widerspricht. Man hat seit Karl Marx das, was man heute Kapitalismus nennt, im Gegensatz zu den alten gewerblichen Betriebsformen, dem Handwerk und der Heimarbeit, aufgenommen lassen. Mit der englischen Wirtschaftsentwicklung stimmt dies nicht überein. Wie Dr. Johnson schon gesagt hat, das Geld hat die Feudalverfassung aufgelöst und das mit der Geldwirtschaft verbundene Streben nach dem größten Geldgewinn. Wie es zuerst zur Ersetzung des Hörigen durch den Lohnarbeiter, so hat es seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zur ersten Periode des Bauernlegens geführt.

Dabei ist die vertikale Konzentration aber nicht stehen geblieben. Der Wollhändler, der Land aufkauft, begnügt sich nicht mit dem Gewinn, den die Schafzucht auf dem



in Weideland verwandelten Acker bringt; er beginnt die Wolle in großen Arbeitsräumen unter Anwendung der Arbeitsteilung verarbeiten zu lassen. Ich habe im zweiten Band das Gedicht wiedergegeben, das die Manufaktur des Jack von Newbury anschaulich schildert. Aber der Manufaktur geht das Bauernlegen im Interesse der Schafzucht voraus. Dieses beginnt in der zweiten Hälfte des 15., die Manufaktur erst im 16. Jahrhundert; und dann folgt ihr Kampf mit dem Handwerk, und während dieser noch vor sich geht, folgt die zweite Periode des Bauernlegens, die zur Zeit der höchsten Getreidepreise im Untergang des englischen Bauernstands endet. Dieser und das niedergehende Handwerk liefern dann dem aufkommenden Maschinen verwendenden Fabrikbetrieb das Menschenmaterial, mit dem der industrielle Großbetrieb dem Kleinbetrieb das Ende bereitet.

Ich habe von den Genossenschaften gesprochen, die im Gegensatze zum Kapitalismus gegründet worden sind. Das Genossenschaftswesen ist zu einer glorreichen Entwicklung gelangt, aber erst nachdem es die altruistischen Prinzipien, auf denen sein Aufbau versucht worden war, aufgegeben hat. Es ist heute von demselben Gewinnstreben erfüllt, wie Einzelunternehmungen und Aktiengesellschaften. Desgleichen habe ich die englische Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung vorgeführt. Aber ich kann nicht sehen, daß durch beide etwas an dem kapitalistischen Charakter der davon betroffenen Unternehmungen geändert worden ist, so daß man von einem Ende, dem der britische Kapitalismus entgegen gehe, reden könnte. Vor allem aber kann man nicht von einem solchen sprechen, wenn man die Entwicklung der überseeischen britischen Besitzungen ins Auge faßt. In ihrer Entwicklung feiert vielmehr der moderne Kapitalismus seinen größten Triumph bis zum heutigen Tage.

Wie aus meiner Darstellung hervorgeht, ist das britische Weltreich nicht vom Staate geschaffen worden. Es verdankt vielmehr, angefangen von Hawkins und Drake, als das Verlangen nach dem Golde der Spanier die Ausrüstung von Seeräuberflotten auf Aktien veranlaßte, bis



zum heutigen Tage, sein Werden der Privatinitiative kapitalistisch denkender Individuen. Auch war der Staat arm und schwach, als 1600 die Ostindische Gesellschaft ihren ersten Freibrief erhielt, und eben deshalb überließ er das Risiko, das er selbst nicht tragen konnte, den privaten Kapitalisten, die es zu wagen bereit waren, unter seiner Flagge nach dem fernen Osten Handel zu treiben. Mißglückte das Unternehmen, so hatte der Staat nichts verloren; gelang es, so beanspruchte man die Herrschaft darüber, denn der geborene Engländer hörte nie auf, mit allem, was sein war, Untertan der britischen Krone zu bleiben. Wir haben gesehen, wie es Heer und Flotte der Ostindischen Gesellschaft gewesen sind, denen bis zur formellen Übernahme der Regierung Indiens durch den britischen Staat die Verteidigung der britischen Herrschaft oblag. Noch mehr vielleicht tritt uns in der Entwicklung der britischen Kolonien in den übrigen Weltteilen entgegen, daß das britische Weltreich nicht etwa dem Kolonialamt in London seine Entstehung verdankt. Es ist absolut das Ergebnis der privaten Initiative des nach größerem Gewinn strebenden Individuums. Weit entfernt, dieses zu ermuntern, finden wir dieses vielmehr, bis Joseph Chamberlain Kolonialminister wurde, in fortwährendem Kampfe mit dem Kolonialamt. Dieses betrachtet, um Disraelis Ausdruck zu gebrauchen, die Kolonien als den Mühlstein am Halse der britischen Regierung. Es ist bereit, sie aufzugeben, wenn dies in Ehren geschehen könnte, ist nur darauf bedacht, daß, wenn der entsprechende Zeitpunkt kommt, die Trennung in Freundschaft und unter Aufrechthaltung der Handelsbeziehungen geschehe, und protestiert gegen jede weitere Ausdehnung des Kolonialreichs wegen der damit verbundenen Kosten. Trotzdem nimmt dieses aus der privaten Initiative des Einzelnen hervorgehende Reich immer mehr zu; denn die Eingeborenen lassen sich den Eingriff in ihr Dasein nicht gefallen und das Mutterland sieht sich genötigt, um seine Untertanen gegen sie zu schützen, ihr Land zu annektieren.

Wir haben die Pax Britannica kennengelernt, welche die Briten in allen Weltteilen, wohin sie gekommen sind, unter den Eingeborenen gestiftet haben, und die hygienischen und sanitären Maßnahmen, mittels deren sie das Leben derselben geschützt haben, und haben von den technischen Fortschritten gesprochen, mittels deren es gelungen ist, unerhörte natürliche Reichtümer ihrer Länder der Menschheit nutzbar zu machen. Aber nur erst ein vergleichsweise geringer Teil der Erde ist erschlossen. Noch harren unermessliche Räume der Ausbeutung zum Nutzen Aller. Damit gibt es noch große Aufgaben für den Menschen wie für das Kapital, das er zu ihrer Erfüllung benötigt; und selbst wenn es wahr wäre<sup>1)</sup>, daß der Kapitalismus in Europa seinem Ende entgegenginge und durch staatliche Produktion und Verteilung ersetzt würde, in dem weit größeren Teil der Welt bliebe dem Kapitalismus Außerordentliches zu leisten; denn alle Unterwerfung der Erde und aller Fortschritt ist von der Initiative Einzelner ausgegangen, der Staat ist immer nur nachgefolgt, um zu beherrschen, sich anzueignen oder nachzumachen, was der Einzelne vorher geleistet hat; der Einzelne aber braucht, um zu leisten, Kapital, das das Risiko trägt, und keine Wirtschaftsform geht unter, solange es Aufgaben gibt, die nur sie bewältigen kann. Allerdings muß der Staat, wie er es in der Vergangenheit getan, dann die Unternehmungen der Privaten in der Herrschaft, die sie über Andere erlangen, um die Freiheit aller zu wahren, begrenzen, damit nicht aus einem Instrumente der Macht eine Macht neben und über dem Staate werde.

Ich habe wiederholt hervorgehoben, daß sich die Eingeborenen der einzelnen Gebiete des britischen Weltreichs auf den verschiedensten Kulturstufen befinden. Wenn A. G. Richey in seiner Einleitung zu den Brehon Laws ausführt, daß den Kelten in Irland jedes Gewinnstreben

---

1) M. J. Bonn, Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1926. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 175. Band. Wandlungen des Kapitalismus 23—135.

gegenüber Stammesgenossen fernlag, so berichtet uns I. C. A. Knowles das Gleiche von den Indern. Noch ist, wie ich auf Grund ihrer Darstellung gesagt habe<sup>1)</sup>, in Indien die Hausgemeinschaft die Wirtschaftseinheit; die Initiative des Individuums fehlt noch völlig. Das wird sowohl vom Islam wie vom Hinduismus unterstützt. Das Ziel des Strebens des Hindu ist kein wirtschaftliches, sondern ein religiöses; der Mohammedaner erachtet, daß Alles, was sich ereignet, durch die Vorsehung bestimmt ist; warum also soll er sich noch bemühen? In diese Bevölkerung kam der Brite, d. h. der Europäer, bei dem das Streben nach dem größtmöglichen Gewinn nur durch seinen Abkömmling, den Amerikaner, übertroffen wird; und wir haben gesehen, mit welcher Rücksichtslosigkeit er sowohl gegenüber Indern als auch anderen Asiaten seinen Vorteil zu wahren verstanden hat. Aber wir haben den Briten auch in den hochherzigen Eigenschaften, in denen er durch kein Volk übertroffen wird, kennengelernt, wie er bemüht gewesen ist, das indische Volk auf sein Kultur-niveau zu heben, und wie er in seinem Bestreben, den Inder zum patriotischen Engländer zu erziehen, ihn zu einem patriotischen Inder mit den gleichen Instinkten und Zielen, wie sie den modernen Engländer beseelen, gemacht hat.

Dieser Inder ist, eben unter dem Einfluß der ihm gewordenen Erziehung zum Bewußtsein erwacht, daß er von Großbritannien ausgebeutet wird; wir haben gesehen, wie sein Selbstbewußtsein infolge des Weltkrieges gestiegen ist und er nur mehr unwirsch die Vormundschaft Großbritanniens erträgt. Doch die Inder sind ein apathisches Volk und die passive Erduldertheorie ihres Führers Gandhi dürfte kaum zu der von ihnen ersehnten Befreiung führen, zumal er nicht nur die Engländer, sondern gleich den Chinesen in der Zeit vor ihrer Revolution, auch alle materiellen Fortschritte ablehnt, welche die Engländer zu den Beherrschern des Ostens gemacht haben. Doch die Asiaten, die den Europäern heute die Herrschaft in

---

1) Siehe oben 312.

ihrem Erdteil streitig machen, sind nicht in erster Linie die Länder. Wie ich schon 1921 geschrieben habe<sup>1)</sup>, „das erste Land, das bei den Weißen zur Schule ging, ist Japan gewesen, und schon 1894 hat es in China triumphiert. Das hat alsbald den Imperialismus der Japaner geweckt. Schon 1896 berichtet ein Australier: „In der Eisenbahn hörte ich japanische Offiziere sich über Australien unterhalten; sie sagten, es sei ein schönes, großes Land, voll Wäldern und mit ausgezeichnetem Boden, wohl geeignet für den Anbau von Reis und anderen Früchten. Die dort angesiedelten Weißen seien wie der Hund, der voll Mißgunst gegen einen Kameraden den Knochen vergräbt. Es müsse Einer kommen und einen guten Teil nehmen, um ihn zur Entwicklung zu bringen; denn es sei schade, ein so treffliches Land un bebaut liegen zu lassen. Wenn einmal Unfriede zwischen zwei Ländern entstehe, werde es gut sein, einige Schlachtschiffe hinzusenden, um ein Stück Australien zu annektieren.“ Aber damals glaubte Holland noch, Japan die Abtretung Formosas zumuten zu können; heute fürchtet es seinen Angriff auf Borneo. Dazwischen liegt der russisch-japanische Krieg von 1904. Sein Ausgang wurde in allen von der gelben Rasse bewohnten Ländern mit jubelndem Enthusiasmus begrüßt, ja darüber hinaus auch im braunen Asien und im schwarzen Afrika. Die Vorstellung von der Unüberwindlichkeit der Weißen war gebrochen, die Hoffnung auf eine Revanche der Farbigen verstärkt. Ja der imperialistische Gedanke drang in chinesischer Aufmachung nun selbst in die Volksschulen. René Pinon hörte 1905 die chinesischen Schulkinder singen: „Ich bete, daß die Grenzen meines Vaterlands hart wie Bronze werden; daß es größer werde als Europa und Amerika; daß es Japan unterjoche; daß seine Land- und seine Seemacht sich mit strahlendem Ruhm bedecke; daß das Drachenbanner über der ganzen Erde wehe; daß die allgemeine Herrschaft des Reichs sich ausbreite und fort-

---

1) In der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 25. Dezember 1921.



schreite. Möge unser Reich wie ein Tiger, der aus dem Schlafe plötzlich erwacht, brüllend in die Arena der Kämpfe springen.“

„Diese Stimmung der Chinesen ist seitdem gestiegen. Zwischen den russisch-japanischen und den Weltkrieg fiel 1911 die chinesische Revolution. Sie hat die reaktionären Mandschu entthront und damit den Fortschritten Chinas, die übrigens schon in dem vorausgegangenen Jahrzehnt ungeheure gewesen, die Bahn weiter frei gemacht. Die westlichen Ideen drangen nunmehr hemmungslos in China ein und haben die schlummernden Kräfte des Volks geweckt. Das chinesische Nationalbewußtsein und der chinesische Patriotismus sind dadurch weiter gesteigert worden. Doch war China noch desorganisiert, als der Weltkrieg kam, und das völlig modernisierte Japan übernahm die Führung im Osten. Von Haus aus arm, weiß es, daß nur die Ausbeutung der unermesslichen Naturgaben Chinas und die Leitung der chinesischen Entwicklung im japanischen Interesse seine Zukunft zu sichern vermögen. Daher Japans Ziel gegenüber dem chinesischen Patriotismus dahin geht, diesen in einen panmongolischen zu verwandeln. Auch sind die Chinesen einem Zusammenwirken mit Japan heute nicht abgeneigt, denn sie vertrauen in ihre Fähigkeit, die sie bisher alle ihre Eroberer hat verdauen lassen. Sie sind überzeugt, daß ihnen bei solchem Zusammenwirken der Löwenanteil zufallen wird. Denn wie alle Kenner Chinas übereinstimmend aussagen, sie sind allen Völkern gerade in den Eigenschaften überlegen, die das schließliche Durchdringen bestimmen. Um nur einen Zeugen anzuführen, den chinesischen Doktor Wu-Ting-Fang: „Die Erfahrung zeigt, daß die Chinesen als Arbeiter für Alles alle Konkurrenten mit Leichtigkeit schlagen können. Sie sind fleißig, intelligent und folgsam. Sie vermögen unter Bedingungen zu arbeiten, die jedermann von weniger harter Rasse töten würden: in Hitze, bei der ein Salamander sterben, und in Kälte, die einen Polarbären erfreuen würde, und dabei brauchen sie zur Erhaltung ihrer Arbeitsenergie nicht mehr als ein paar Schalen Reis.“



Der Versailler Friede hat Japan die Anerkennung als Bannerträger der Farbigen gebracht. Sein Programm geht zunächst auf Verwirklichung einer östlichen Monroedoktrin. Dann auf systematische Vertreibung aller Weißen aus dem fernen Osten. Weiter geht sein Verlangen nach Anerkennung der Rassengleichheit und der Einwanderungsfreiheit in weiße Länder und schließlich auf Weltherrschaft. Dabei ist beachtenswert, wie verächtlich die Japaner von dem englisch-japanischen Bündnisse reden. Die vom Grafen Okuma begründete indo-japanische Gesellschaft sieht in der Befreiung Indiens von englischer Herrschaft ihr Ziel. „Unterdrückt von den Europäern“, schrieb Okuma schon 1907, „erwarten die 300 Millionen Inder Schutz von Japan“, und im Sommer 1919 jubilierte er: „Die Zeit, da das englisch-japanische Bündnis der Angelpunkt und ein Zusammenwirken Japans mit Amerika ein wesentlicher Faktor in den diplomatischen Zielen Japans waren, ist vorbei. In Zukunft müssen wir statt nach Osten nach Westen um Freundschaft blicken. Laßt die russischen Bolschewisten unterworfen und die friedlichere Partei wieder obenauf sein. In ihr wird Japan einen kräftigen Verbündeten finden. Dann werden wir westlich nach dem Balkan, nach Deutschland, Frankreich, Italien marschieren und den größeren Teil der Welt unserer Herrschaft unterwerfen. Die Tyrannei der Angelsachsen auf der Friedenskonferenz ist so, daß sie den Zorn der Götter und Menschen erregt. Mögen einige in Verfolgung erbärmlicher Sonderinteressen ihnen verächtliche Gefolgschaft leisten, so werden die Dinge schließlich doch den hier verzeichneten Verlauf nehmen.“ Leider fehlt mir der Raum, um die noch ausgesprochener imperialistische Proklamation der Japaner vom Herbst 1916 hier wiederzugeben.

Bei allen diesen ihren Bestrebungen erfreuen sich die Japaner der Zustimmung der trotz aller sonstigen Gegensätze im Haß gegen die Weißen mit ihnen geeinten Chinesen; aber nicht bloß dieser, sondern auch der weicheren Inder, der Afghanen, der türkischen und arabischen Mohammedaner, durch Vermittlung des Islams der Schwarzen

in Afrika und der den Yankee hassenden Amerindier in Mexiko und in Südamerika. Ihnen allen hat der Weltkrieg die Hoffnung auf Befreiung von der Herrschaft der Weißen bedeutet. Hören wir zum Beispiel, wie sie bei einem Braunen sich geäußert hat. Der „Tanin“, das ernsthafteste Blatt Konstantinopels, schrieb über die europäischen Mächte: „Sie wollten kein Auge haben für die Übelstände in ihrem eigenen Land, sondern mischten sich bei den geringsten Anlässen in unsere Angelegenheiten; Tag für Tag nagten sie an dem einen oder anderen unserer Rechte und an unserer Souveränität; sie unterwarfen unser zuckendes Fleisch der Vivisektion und schnitten große Stücke davon ab. Und wir unter gewaltsam unterdrückter Rebellion unserer Herzen und mit geballter, aber kraftloser Faust, schweigend und gedrückt, murmelten, während das Feuer in uns brannte: O möchten sie doch einander in die Haare geraten! O möchten sie doch einander auffressen! Und siehe! Heute fressen sie sich auf, gerade so wie der Türke wünschte, daß es geschehe<sup>1)</sup>.“

Dieser gegen die Weißen sich äußernde Haß gilt vor allem den Engländern, denn sie sind es von allen weißen Völkern, die mit den Farbigen jeder Schattierung über die ganze Erde hin sich berühren. Er bedeutet aber nicht bloß eine Gefahr, insofern er zu blutigen Kämpfen führen kann. Schon jetzt haben Japan, China und Indien auch den industriellen Wettkampf mit Europa aufgenommen. Selbst in China beginnt eine Industrie auf kapitalistischer Grundlage an die Stelle von Handwerk und Heimarbeit zu treten, und ich habe schon davon gesprochen, daß die englische Industrie über die Konkurrenten klagt, die ihr in gröberen Waren während des Kriegs entstanden sind. Bei der außerordentlichen Leistungsfähigkeit der asiatischen Völker wird ein Abbruch im Absatz auch der feineren nicht ausbleiben.

---

1) Ich habe die im Vorstehenden wiedergegebenen Zitate dem sehr lehrreichen Buche von Lothrop Stoddard „The rising of colour against white world supremacy“, London 1920, entnommen.

Schon ist die Führung im Wirtschaftsleben infolge der den Europäern während des Kriegs gewährten Darlehen auf die Vereinigten Staaten übergegangen. Aber ihre Bürger sind Weiße, sogar grobenteils Angelsachsen. Dann habe ich von den britischen Herrschaften über See gesprochen und dem Staatenbund, der sie an Stelle der früheren Abhängigkeit mit dem Mutterland vereint. Sie sind heute gleichberechtigt mit diesem, und nur mehr durch Personalunion, durch einen gemeinsamen König, mit Großbritannien verbunden. Vielleicht, daß in dem Friedensbunde, den die Briten mit ihren über den Erdball zerstreuten Kindern geschlossen haben, einst noch eine die Freiheit auch der europäischen Völker mehr sichernde Lösung ihrer internationalen Schwierigkeiten gefunden wird, als in dem der bleibenden Unterdrückung der Besiegten verdächtigen Völkerbunde des Friedens von Versailles.

Aber wird der britische Staatenbund Bestand haben? Sollte der Tag kommen, an dem die britischen überseeischen Herrschaften es als in ihrem Interesse gelegen erachten, die Personalunion mit ihrem Mutterlande zu lösen, sollte eine Wiedergeburt von Asien zum Abfall von Indien führen und die Auflösung des größten Reichs seit den Tagen der Römer eintreten, so wird den Angelsachsen doch derselbe Triumph bleiben, der den Römern geblieben ist, als ihr Weltreich ein Ende nahm. Es ist, gleich dem heutigen englischen, je mehr es sich ausdehnte, zerbröckelt. Aber was es an Kultur in den verschiedenen Ländern, die sein Teil geworden, geschaffen hat, ist nicht untergegangen; sie haben es, ein jedes in seiner Art, fortgesetzt, und wir leben noch heute davon. So auch haben alle Länder heute Teil an dem, was die angelsächsische Rasse in ihrem innerpolitischen Leben für sich erkämpft hat. Selbst die Rebellion der Farbigen gegen die Weißen ist Frucht angelsächsischer Aussaat.

Großbritannien selbst würde allerdings nach Auflösung des durch Vorzugszölle auf den beiderseitigen Märkten gefestigten Bundes nur mehr ein kleines Land sein. Meine Lehrer und Vorgänger auf meinem Lehr-

stuhl in München, der Staatsrat von Hermann<sup>1)</sup> und Geh. Rat von Helferich<sup>2)</sup>, sind nicht bloß wie List, für Erziehungszölle, sondern für Erhaltungszölle, „Safeguarding“, eingetreten. Aber auch sie haben gelehrt, daß der Freihandel für ein kleines Land das Richtige sei. Es kann nicht alles, was es zur Ernährung seiner Bevölkerung braucht, selbst herstellen. Es muß, um sie durch Eintauch zu erwerben, industrielle Produkte ausführen. Es hat das größte Interesse am Freihandel, weil es sich nur unter seiner Herrschaft, was es braucht, am billigsten verschaffen kann. Großbritannien ist zum britischen Weltreich geworden, indem seine überseeischen Herrschaften es zu einem Staatenbunde auf Grundlage von Schutzzöllen veranlaßten. Wenn ihre Interessen sie dazu geführt haben werden, dem Bunde wieder untreu zu werden, wird „Klein-Großbritannien“ zur Lehre Cobdens zurückkehren; es wird sich wieder zum Freihandel bekennen, unter dessen Herrschaft es das reichste Land der Welt geworden war. Schon jetzt scheint in seinem Konkurrenzkampf mit den Vereinigten Staaten die Anerkennung der Freiheit der Meere nicht fern; wäre sie vor dreißig Jahren erfolgt, so wäre es nicht zum Weltkrieg gekommen.

---

1) Hermann in den Gelehrten Anzeigen, herausgegeben von Mitgliedern der k. bayerischen Akademie der Wissenschaften vom 24. Sept. bis 6. Okt. 1847.

2) J. R. Helferich, Wann ist ein Schutzzoll zugunsten solcher Gewerbszweige gerechtfertigt, für welche ein Land natürlich minder gut ausgerüstet ist als das Ausland? in den Universitätsschriften von Tübingen aus dem Jahre 1850.

---

## Literaturverzeichnis.

Bearbeitet von Sigfrid H. Steinberg.

- Decennial Statistical Abstract for British India (Cmd. 2033). London 1924.
- Statistical Abstract of the British Empire in each year from 1898 to 1912. London 1914.
- Statistical Abstract of the United Kingdom from 1902 to 1916. London 1918.
- Statistical Abstract for the United Kingdom for each of the fifteen years from 1911 to 1925. London 1927.
- Vom Ackerbau und von dem Zustande der den Ackerbau treibenden Klassen in Irland und Großbritannien. Wien 1840.
- Acland, Sir Francis: Farmers. In: Manchester Guardian Weekly, July 1st, 1927.
- Acts and Ordinances of the Interregnum 1642—1660. Coll. and ed. by C. H. Firth und R. S. Rait for the Statute Committee. London 1911.
- Adams, Herbert B.: The Germanic Origin of New England Towns. Baltimore 1882. (Johns Hopkins University Studies in historical and political science, 1st Series, No. 2.)
- Village Communities of Cape Ann and Salem. Baltimore 1883. (Johns Hopkins University Studies in historical and political science, 1st Series, No. 9/10.)
- Addison, Joseph: The Spectator, No. 108, London July 4. 1711.
- The advantages and disadvantages of enclosing waste lands and common fields. By a Country Gentleman. 1772.
- Akroyd: On Improved Dwellings for Workpeople with a plan for building them in connection with Benefit Building Societies. (Transactions of the Social Science Association 1862)
- Belgische Aktenstücke 1905—1914. Hrsg. v. Auswärtigen Amt. Berlin 1915.
- Albert, Georges: La liberté de tester. Paris 1895.
- Alcock, Thomas: Observations of the Defects of the Poor Laws, and on the causes and consequences of the great increase and burden of the poor. London 1752.



- Amira, Karl von:** Grundriß des germanischen Rechts. 3. Aufl. Straßburg 1913. [Sonderdruck aus: Grundriß der germanischen Philologie, hrsg. von Hermann Paul.]
- Ammiani Marcellini rerum gestarum libri qui supersunt,** ed. V. Gardthausen. Leipzig 1874—75.
- Ancient Laws of Ireland,** published under the direction of the commissioners for publishing the ancient laws and institutes of Ireland. [Hrsg. von W. N. Hancock u. A. G. Richey.] 4 vols. Dublin 1865—1879.
- Anderson, James:** Essays relating to agriculture and rural affairs. Edinburgh 1775. 2. ed. London 1799.
- Drei Schriften über Korngesetze und Grundrente. Mit Einl. und Anmerkungen von Lujo Brentano. Leipzig 1893. (Sammlung älterer und neuerer staatswissenschaftl. Schriften des In- und Auslandes, Nr. 4.)
- Andréades, Andreas M.:** History of the Bank of England, 1640—1903. Engl. ed. London 1909.
- Andrews, C. M.:** The Old English Manor. A Study in English Economic History. Baltimore 1892.
- Aperçu de la Démographie des divers pays du monde,** publié par l'office permanent de l'Institut International de Statistique. La Haye 1927.
- Appiani historia romana.** 2 Bde. ed. L. Mendelssohn. Leipzig 1879—81.
- The Apprentices of London** Petition presented to the honourable Court of Parliament 1641. (British Museum.) Abgedruckt in L. Brentanos Einleitung zu: English Gilds (s. d.).
- Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags.** Berichte v. E. Auerbach, W. Lotz u. F. Zahn. Hrsg. u. eingel. v. Lujo Brentano. Leipzig 1890. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 45.)
- Arbois de Jubainville, Henri d':** Études sur le droit celtique. 2 vols. Paris 1895.
- Recherches sur l'origine de la propriété foncière et des noms de lieux habités en France. Paris 1890.
- Argenson, René-Louis de Voyer, Marquis d':** Considérations sur le gouvernement ancien et présent de la France. Amsterdam 1784.
- The Aristocracy of Britain and the Laws of Entail and Primogeniture** judged by recent French Writers; being Selections from the Works of Passy, Beaumont, O'Connor, Sismondi, Buret, Guizot, Constant, Dupin, Say, Blanqui and Mignet: showing the advantage of the Law of equal Succession. London 1844.

- Arnold, Arthur: Free land. London 1880.
- Arnold, Wilhelm: Deutsche Urzeit. 2. Aufl. Gotha 1880.  
(Arnold: Deutsche Geschichte, Bd. 1.)
- Arnot, R. Page s. Cole, G. D. H.: Railways.
- Aschrott, P. F.: Das englische Armenwesen in seiner historischen Entwicklung und in seiner heutigen Gestalt. Leipzig 1886. (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 5. H. 4.)
- Ashley, Sir William James: The Woolen Industry. London 1887.
- British Dominions: Their present commercial and industrial conditions. London 1911.
- Surveys, historic and economic. London 1900.
- Englische Wirtschaftsgeschichte. Übersetzt von Robert Oppenheim. 2 Bde. Leipzig 1896.
- Ashton, Thomas S.: Iron and steel in the industrial revolution. Manchester 1924.
- Ashworth, Henry: Recollections of Richard Cobden, M. P., and the Anti-Corn-Law League. London 1876.
- Auerbach, Emil: Die Ordnung des Arbeitsverhältnisses in den Kohlengruben von Northumberland und Durham. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 45 (s. d.).
- Aungier, George James s. Fabyans Chroniques...
- Aves, E.: Report on the wages boards and industrial conciliation and arbitration act in Australia and New Zealand. London 1908.
- The Awakening of India. 1920.
- Bacon, Francis: Works. Ed. by Spedding. 7 vols. London 1857—74.
- Baernreither, J. M.: Die englischen Arbeiterverbände und ihr Recht. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialen Bewegung der Gegenwart. Tübingen 1886.
- Bailey, Samuel: The right of primogeniture examined by a younger brother. London 1837.
- Baines, Edward: History of the Cotton Manufacture in Great Britain. London 1835.
- Baldwin, F. Spencer: Die englischen Bergwerksgesetze. Ihre Geschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1894.
- Balfour, Arthur: Essays and Adresses. London 1893.
- Bamford, Samuel: Passages in the life of a radical. 2 vols. London 1844, 1859. New ed. by H. Dunkley, 1893.
- Bancroft, George: History of the United States from the discovery of the American continent. 8 vols. Boston 1839—1860.

- Barbon, Nicholas: A Discourse concerning Coining the New Money Lighter, in Answer to Mr. Locke's Considerations about Raising the Value of Money. London 1696.
- Discourse of Trade. 1690.
- Barker, G. F. Russel s. Walpole, Horace: Memoirs.
- Barnes, F. R.: The Taxation of Wool, 1327 to 1348. in: Unwin, Finance and Trade under Edward III., Manchester 1918.
- Bateman, John: Great landowners of Great Britain and Ireland. 1878.
- Bauer, Stephan: Nicholas Barbon. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der klassischen Ökonomik. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, N. F. Bd. 21, 1890.
- Beaconsfield, Benjamin Disraeli, Earl of s. Disraeli.
- Beer, G. L.: Abhandlung über Cromwells Handels- und Wirtschaftspolitik, in: Political Science Quarterly XVI/XVII.
- Beer, Max: Geschichte des Sozialismus in England. Stuttgart 1913.
- Bellers, John: Proposals for Raising a Colledge of Industry of all usefull Trades and Husbandry with Profit for the Rich, a plentiful Living for the Poor and good Education for youth etc. London 1696.
- Bellial de Vertus (Pseud.), s. François Quesnay.
- Benezet, Anthony: A caution and warning to Great-Britain and her Colonies, in a short representation of the calamitous state of the enslaved negroes in the British Dominions. London 1767.
- Bentham, Jeremy: Defence of usury; showing the impolicy of the present legal restraints on the terms of pecuniary bargains. London 1787.
- Traité de législation civile et pénale, précédés de principes généraux de législation et d'une vue d'un corps complet de droit: terminés par un essai sur l'influence des temps et des lieux relativement aux lois, publiés par E. Dumond. 3 vols. Paris 1802, 1864.
- The works of Jeremy Bentham, published under the superintendence of his executor, John Bowring. 11 vols. Edinburgh 1838—1843.
- Betkeley, Dr., Bischof v. Cloyne: The Querist. 2. ed. London 1752.
- Berlepsch-Valendas, H. E. und Hansen: Die Gartenstadt München-Perlach. München 1910.
- Bernoulli, Daniel: Versuche einer neuen Theorie der Wertbestimmung von Glücksfällen. Hrsg. von A. Pringsheim, mit einer Einleitung von L. Fick. Leipzig 1896.
- Besant, Sir William: Early London. London 1908.

- Betham-Edwards, s. Young, Arthur: Travels..
- Biach, Rudolph, s. Mun, Th.: Englands Treasure.....
- Blackstone, William: Commentaries on the Laws of England. 4 vols. 23. ed. London 1854.
- Bland, Alfred E. in: The English Historical Review, XXIX, No. 113, Jan. 1914.
- Blunt, Wilfried Scawen: Gordon at Khartoum. London 1911.
- My Diaries, 1888—1914. London 1918.
- Secret History of the English Occupation of Egypt. London 1895. 2. ed. London 1923.
- India under Ripon. London 1909.
- Boisguilbert, Pierre Le Pesant de: Le Détail de la France. 2. éd. Paris 1851. (Economistes financiers du 18<sup>e</sup> siècle. Ed. Daire.)
- Le Factum de la France. 1707.
- Dissertation de la nature des richesses. 2. Aufl. 1697.
- Bolingbroke, Henry St. John, Lord Viscount: The idea of a patriot King. London 1754. (Bolingbroke: Works III.)
- The Works of the late Right Honourable Henry St. John, Lord Viscount Bolingbroke. London 1754.
- Bolkestein, Henricus: De colonatu romano ejusdem origine. Amstelodami 1906.
- Bonn, Moritz Julius: Die englische Kolonisation in Irland. 2 Bände. Stuttgart 1906.
- Amerika und sein Problem. München 1925.
- Booth: Charles Booth a Memoir. 1918.
- Booth, Charles: The Aged Poor in England und Wales. London 1894.
- Old Age and the Aged Poor. London 1899.
- s. Labour and Life ....
- Pauperism and the Endowment of old Age. London 1893.
- Industrial Unrest and Trades Union Policy. 1913.
- Boothly, Richard: A brief description of Madagaskar. London 1644.
- Boswell, James: Life of Samuel Johnson. London 1790. New ed. by George Birkbeck Hill. 6 vols. Oxford 1887.
- Bourne, H. R. Fox: English Merchants; memoirs in illustration of the progress of British commerce. London 1886.
- Bowley, Arthur Lyon: Wages in the United Kingdom in the nineteenth century. Cambridge 1900.
- Bowring, John s. Bentham Jeremy: Works.
- Bradshaw, F.: Selfgovernment in Canada and how it was achieved. The Story of Lord Durhams Report. London 1903.
- Brentano, Franz: Die vier Phasen der Philosophie. Leipzig 1926.

- Brentano, Lujo: Agrarpolitik. 2. Aufl. Stuttgart und Berlin 1925.
- s. James Anderson: Drei Schriften...
  - Englands Anteil an der Kriegsschuld. In: Die Kriegsschuldfrage, März 1928. Berlin 1928.
  - Die Arbeitergilden der Gegenwart. 2 Bde. Leipzig 1871/72.
  - Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung. Leipzig 1879.
  - Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen. Berlin 1881.
  - s. Arbeitseinstellungen...
  - Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht. Leipzig 1871.
  - Die christlich-soziale Bewegung in England. 2. Aufl. Leipzig 1883.
  - Die englische Chartistenbewegung. In: Preußische Jahrbücher, 33, 1874.
  - In: Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage, Nr. 22—26, vom 27. Mai bis 24. Juni 1876.
  - Entwicklung und Geist der englischen Arbeiterorganisationen. In: Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 8, 1895.
  - Erbrechtspolitik. Stuttgart 1899. (Gesammelte Aufsätze, Bd. 1.)
  - s. English Gilds.
  - Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft. Leipzig 1924.
  - Über Haldane: Before the War. In: Berliner Tageblatt, Nr. 97 und 102, vom 22. und 25. Februar 1920.
  - Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte. Leipzig 1923.
  - Petition und Gegenpetition. Polemik mit Gustav Cohn. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 33 und 34, 1877/78.
  - Polemik mit Karl Marx. Berlin 1890.
  - In: Neue Freie Presse v. 25. Dez. 1921.
  - In: The North British Review. October 1870.
  - Über Syndikalismus und Lohnminimum. 2 Vorträge. München 1913.
  - Die Urheber des Weltkriegs. 2. Aufl. München 1922.
  - Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung. 2. Aufl. Leipzig 1893.
  - Die byzantinische Volkswirtschaft. In: Schmollers Jahrbuch 41, 1917.
  - Vortrag, gehalten in der Plenarversammlung der Wiener Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 9. Okt. 1888. Wien 1888. (Mitteilungen der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, H. 2.)



- Brentano, Lujo: Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit. Vortrag v. 13. 6. 1916. München 1916.
- s. Webb, Beatrice: Die britische Genossenschaftsbewegung.
- Der Weltkrieg und E. D. Morel. München 1921.
- Brewer, J. S.: Letters und Papers, foreign and domestic, of the reign of Henry VIII. London 1864.
- Bright, John, s. Cobden, Richard: Speeches.
- Brockway, A. Fenner: India and its Government. London 1921.
- Brodnitz, Georg: Englische Wirtschaftsgeschichte. Jena 1918.
- Brodrick, George C.: English Land and English Landlords. London 1881.
- Brookes, Edgar H.: The History of Native Policy in South Africa from 1830 to the Present Day. Cape Town 1924.
- Lord Brougham's Speech on the Mal-Treatment of the North American Colonies. London 1838.
- Browne, Edward G.: The Persian Revolution of 1905—1909. Cambridge 1910.
- Browning, George: The domestic and financial condition of Great Britain. London 1834.
- Brunner, Heinrich: Deutsche Rechtsgeschichte. 2 Bde. Leipzig 1887, 1892.
- Brynkelow: Complaint. (Early English Text Society.)
- Supplication. (Early English Text Society.)
- Buell, Raymond Leslie: The Native Problem in Africa. New York 1928.
- Büsch, Jh. Geo.: Sämtliche Schriften über die Handlung. 8 Teile. Hamburg 1824—27.
- Über die durch den jetzigen Krieg veranlaßte Zerrüttung des Seehandels. Hamburg 1793.
- Buller, Charles: Responsible Government for Colonies. London 1840.
- Bulwer, Edward Lytton: England and the English. Leipzig 1834.
- Ioannis Buridani quaestiones super decem libros Ethicorum Aristotelis. Paris 1513.
- Burke, Edmund: Appeal from the new to the old Whigs. In: Works vol. VI. London 1823.
- Reflections on the French Revolution. London 1790.
- The Works of the Right Hon. Edmund Burke. London 1808.
- Buxton, Sidney Charles: Finance and politics; an historical study, 1783—1885. 2 vols. London 1888.
- Caesar, Gaius Julius: De bello Gallico commentarii VII. ed. H. Meusel. Berlin 1894.

- Caird, James: The landed interest and the supply of food. 4. ed. London 1880.
- Treatise on high farming, or, the best substitute for protection. Edinburgh 1849.
- Cairnes, John Elliot: Some Leading Principles of Political Economy. London 1874.
- The Cambridge Modern History XI/XII. Cambridge 1920.
- Cana, Frank R.: South Africa from the great Trek to the Union. London 1909.
- Carlyle, Thomas: Chartism. London 1840.
- Oliver Cromwell's Letters und Speeches. 3 vols. London 1846.
- Past and Present. Leipzig 1856 (Carlyle: Ausgewählte Schriften, Deutsch von A. Kretschmar, Bd. 6.)
- Cassau, Jeanette s. Webb, S. u. B.: Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten.
- Chalmers, George: An estimate of the comparative strength of Great Britain during the present and four preceding reigns. New ed. London 1802.
- Chalmers, Thomas: On Political Economy in connexion with the Moral State and Moral Prospects of Society. Glasgow 1832.
- Chamberlain, Joseph, in: The Fortnightly Review. Dezember 1883.
- Chamberlayne, Edward: The present state of England. 1672.
- Chamberlen, Dr.: The Constitution of the Office of Land Credit declared in a Deed. London (um 1695).
- Chatham, Earl of: Correspondence. Ed. W. S. Taylor a. J. H. Pringle. 4 vols. London 1838—40.
- Child, Josiah: A new discourse of trade. 1670. 5. Aufl. Glasgow 1751.
- Chisol, Valentine: Indian Unrest. London 1910.
- Chitwin's Collections of ye Company of ye Clothworkers Priviledges. Ausg. 1649 (British Museum).
- Cicero, Marcus Tullius: De officiis libri III. 6. Aufl. ed. O. Heine. Berlin 1885.
- Clapham, John H.: An Economic History of Modern Britain. The Railway Age. Cambridge 1926.
- Clarendon, Edward H. Earl of: The History of the rebellion and civil wars in England. 3 vols. Oxford 1702/04. New ed. 6 vols. Oxford 1888.
- Clarke, John J.: Social Administration including the Poor Laws. London 1922.

- Clarke, John J.: The Local Government of the United Kingdom. 4. ed. London 1927.
- The Housing Problem, its Growth, Legislature and Procedure. London 1920.
- Clarkson, Thomas: The history of the rise, progress, and accomplishment of the African slave-trade by the British Parliament. 2 vols. London 1808, New ed. 1839.
- Clode, Charles Matthew: Memorials of the Guild of Merchant Taylors of the Fraternity of St. John the Baptist, in the City of London: and of its associated charities and institutions..... London 1875.
- Cobbett, William: Parliamentary Debates. Vol. X. London 1808.
- Political Works. 6 vols. London 1835.
- Political Register. London 1802—1835.
- Cobden, Richard: Speeches on questions of public policy. Ed. by J. Bright and James E. Thorold Rogers. London 1880.
- The political writings of R. Cobden. London 1867.
- Codex Justinianus, ed. Ph. Krüger. Berlin 1877.
- Codex Theodosianus, ed. Th. Mommsen et P.M. Meyer. Berlin 1905.
- Cohen, Joseph L.: Workmen's Compensation in Great Britain. London 1923.
- Cohn, Gustav: Petition und Gegenpetition. Polemik mit Lujo Brentano. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 33 und 34, 1877/78.
- Untersuchungen über die englische Eisenbahnpolitik. 2 Bde. Leipzig 1874, 1875.
- Coke, Roger: A Treatise, wherein is demonstrated, that the Church and State of England are in equal danger with the trade of it. 1671.
- Cole, George D. H.: Organized Labour. London 1924.
- Life of William Cobbett... London 1924.
- and R. Page Arnot: Trade Unionism on the Railways. London 1917.
- Collings, Jesse: Land Reform. London 1906.
- Collmann, Oswald s. Owen, Robert: Neue Auffassung....
- Colquhoun, Archibald R.: Russia against India. London 1901.
- Colquhoun, Patrick: A treatise on the wealth, power and resources of the British Empire in every quarter of the world; ..... London 1814.
- Columella, Luc. Jun. Moderatus: Zwölf Bücher von der Landwirtschaft, übers. u. mit Anm. versehen v. M. K. Curtius. Bremen 1769.

- Considerations on the Importation of foreign Corn. London 1814.
- Cooper-Willis, Irene: England's Holy War. New York 1928.
- Correspondence and Report from His Majesty's Consul at Boma respecting the Administration of the Independent State of the Congo. (Cd. 1913.) London 1904.
- Craik, George Lillie: The history of British commerce from the earlist times. Reprinted from the Pictorial History of England; with corrections, additions, and a continuation to the present day. 3 vols. London 1844.
- Cronica Maiorum et Vicecomitum Londoniarum et quedam que contingebant temporibus illis ab anno 1178 ad annum 1274.
- Crowley, Robert: Select Works. (Early English Text Society. 1872.)
- Cunningham, William: The growth of English industry and commerce during the early and middle ages. 5. ed. 2 vols. Cambridge 1910.
- The growth of English industry and commerce in modern times. 3 vols. Cambridge 1903.
- and Ellen A. MacArthur: Outlines of English Industrial History. Cambridge 1895.
- Curtius, M. K. s. Columella: Zwölf Bücher...
- Daenell, E.: Die Blütezeit der deutschen Hanse. Berlin 1905.
- Dalrymple, Sir John: Considerations on the policy of entails in a nation. Edinburgh 1765.
- History of feudal property. 3. ed. London 1758.
- Daniels, George W.: The early English Cotton Industry with some unpublished letters of Samuel Crompton. Manchester 1920.
- The Post-war Depression in the British Cotton Industry. Vortrag geh. am 4. III. 1924 in der Manchester Statistical Society.
- Das, Bharat: Überblick über die Geschichte der indischen Nationalbewegung. Berlin 1918. (S.-A. aus: Der neue Orient III.)
- Davenant, Charles: The Considerations upon East-India Trade. 1700.
- The Political and Commercial Works of Charles Davenant. Collected by Sir Charles Whitworth. London 1771.
- Davidsohn, Robert: Forschungen zur Geschichte von Florenz. Berlin 1908.

- Le Débat des Heraults D'Armes de France et d'Angleterre, suivi de The Debate between the Heralds by John Coke. Ed. L. Fannier et Paul Mayer. Paris 1877.
- Debates of the House of Commons from the year 1667 to the year 1694, coll. by the Hon. Anchitell Grey. London 1763.
- Defoe, Daniel: A plan of the English commerce being a complete prospect of the trade of this nation, as well the home trade and the foreign. London 1730.
- Giving Alms no Charity, and Employment to the Poor. A Grievance to the Nation. London 1704.
- and Richardson: A tour through the Island of Great-Britain. 8. ed. London 1778.
- Dehn, R. M. R.: The German cotton industry. Manchester 1913.
- Delaisi, Francis: Le Pétrole. Paris 1921.
- Denis Le Marchand, Sir s. Walpole, Horace: Memoirs...
- Deutschland schuldig? Deutsches Weißbuch. Berlin 1919.
- Diehl, Karl: Über die Frage der Einführung beweglicher Getreidezölle beim Ablauf der bestehenden Handelsverträge. In: Conrads Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik III. F. XIX, 1900.
- Digesta, ed. Th. Mommsen. Berlin 1870.
- Dilke, Charles in: The Fortnightly Review, Juni 1887.
- A Discourse of the Common Weal of this Realm of England. [by John Hales] 1549. ed. E. Lamond, 1893. Deutsch u. d. T.: William Staffords drei Gespräche über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen. Hrsg. v. Emanuel Leser. Leipzig 1896.
- Disraeli, Benjamin (Earl of Beaconsfield): Vindication of the English Constitution. London 1852.
- Revolutionary Epic. London 1834.
- Dodwell, Henry: A Sketch of the History of India from 1858 to 1918. London 1925.
- Döllinger, Ignaz: Beiträge zur Sektengeschichte des Mittelalters. München 1890.
- Doerkes-Boppard: Verfassungsgeschichte der australischen Kolonien und des „Commonwealth of Australia.“ München 1903. (Historische Bibliothek Bd. 16.)
- Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, soweit sie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen sind. Hrsg. vom Auswärtigen Amt Berlin.
- An Assyrian Domesday Book, or Liber Censualis. Hrsg. v. C. H. W. Johns. Leipzig 1901. (Assyriologische Bibliothek Bd. 17.)
- Doniol, Henri: Histoire des classes rurales en France et de leurs progrès dans l'égalité civile et la propriété. Paris 1857.



- Dopsch, Alfons: Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, vornehmlich in Deutschland. 2 Bde. Weimar 1912—13, 2. Aufl. 1921—22.
- Douglas, Sir Robert Kennaway: The Far East. In: Cambridge Modern History XII. (s. d.)
- Dowell, Stephen: A History of Taxation and Taxes in England. 2. rev. ed. 4 vols. London 1888.
- Doyle, I. A.: The middle Colonies. London 1907.
- The Colonies under the house of Hanover. London 1907.
- Dumont, E., s. Bentham, Jeremy: Traités de législation... Lord Durham's Report on the Affaires of British North America. Ed. with an introduction by Sir Charles P. Lucas. 3 vols. London 1912.
- Eames, James Bromley: The English in China. London 1909.
- Earle, E. M.: Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway. New York 1923.
- East India (Progress and Condition) 59th Number. (Cmd. 2311.) London 1924.
- Eden, Sir Frederick Morton: Observations on friendly societies for maintenance of the industrious classes, during sickness, infirmity, old age, and other exigencies. London 1801.
- The State of the poor, an history of the labouring classes in England from the Conquest to the present period. 3 vols. London 1797.
- Egerton, Hugh Edward: A short history of British colonial policy. London 1897, new ed. 1909.
- Einhard: Vita Caroli Magni. Rec. G. Waitz, ed. VI curavit O. Holder-Egger. Hannoverae et Lipsiae 1911.
- Elphinstone, Mountstuart: An account of the kingdom of Kaubul and its dependencies in Persia, Tartary and India. London 1815.
- Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Leipzig 1845.
- Lord Ernle, s. Prothero, Rowland E.
- Eumenius, s. Scriptores historiae Augustae.
- Eutropius: Breviarium ab urbe condita. Ed. Rühl. Ed. ster. Lipsiae 1919.
- Faber, Richard: Die Entstehung des Agrarschutzes in England. Straßburg 1888.
- Fabian Essays. 1889.
- Fabian Tracts.
- Fabyans Chroniques de London depuis l'an 44. Henr. III. jusqu'à l'an 17. Edw. III. Av. u. préf. de G. J. Aungier. London 1844.
- Fact versus Fiction. Ed. by the Cobden-Club. London 1904.

- Fannier, L. s. *Le Débat des Heraults*.
- Ferradou, André: *Des biens des monastères à Byzance*. Bordeaux 1896.
- Fick, L., s. Bernoulli, Daniel: *Versuche...*
- Fielden, John: *The Curse of the Factory System...* London 1836.
- Finlay, George: *History of the Byzantine and Greek Empires*. 2 vols. Edinburgh 1853—54.
- Firth, C. H., s. *Acts and Ordinances of the Interregnum*.
- Fischer, Eugen: *Holsteins großes Nein*. Berlin 1925.
- Fisk, Harvey E.: *The Dominion of Canada*. New York 1920.
- Fitzherbert, J.: *Surveyinge*. 1539.
- *Boke of Husbandry*. 1534.
- Fitzmaurice, Lord E.: *The life of Sir William Petty*. London 1888.
- Flavius Vopiscus Syracusius, s. *Scriptores historiae Augustae*.
- Foedera, conventiones, litterae et cuiuscumque generis acta publica inter reges Angliae et alios, quosvis imperatores, reges, pontifices, principes vel communitates. Vols. 1—15 ed. by Thomas Rymer, vols. 16—20 ed. by Robert Sanderson. 20 vols. London 1704—35. 3. ed. 10 vols. Haag 1739—45. New ed. by A. Clarke a. o. 4 vols. London 1816—69.
- Forbonnais, *Principes économiques*. 1767 (Edit. Daire).
- Fortescue, Sir John: *De laudibus legum Angliae*. Ed. Selden, London 1672.
- Fortrey, Samuel: *England's interest considered in the increase of trade*. 1663.
- Foster, E. M.: *A Passage to India*. London 1924.
- Fox-Bourne, H. R.: *English Merchants*. London 1866.
- Franklin, W. H.: *Report on the Trade and Commercial Prospects of East Africa*. London 1921.
- Freeman, Edward A.: *The History of the Norman Conquest of England, its causes and its results*. 6 vols. Oxford 1867—79.
- Freemantle, H. E. S.: *The New Nation*. London 1909.
- Frommer, Heinrich: *Die Gewinnbeteiligung...* Leipzig 1886. (Staats- u. sozialwissenschaftl. Forschungen, hrsg. v. G. Schmoller, Bd. 6, H. 2.)
- Frontinus, s. *Gromatici*.
- Froude, James Anthony: *The Earl of Beaconsfield*. 9th ed. London 1905.
- *Short Studies on great subjects*. 3 vols. London 1868—77.
- *The English in the Westindies*. London 1888.

- Froude, James Anthony: History of England. 1878.  
 — Oceana, or, England and her Colonies. London 1886.
- Fuchs, Carl Johannes: Die Handelspolitik Englands und seine Kolonien in den letzten Jahrzehnten. Leipzig 1893.
- Fukuda, Tokuzo: Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Japan. Stuttgart 1900.
- Fustel de Coulanges, N. D.: Recherches sur quelques Problèmes d'Histoire. Paris 1885.  
 — Le domain rural chez les Romains (Revue des deux mondes, LXXVII).
- Britain's Industrial Future, being the report of the Liberal Industrial Inquiry. London 1928.
- Gaius: Institutiones. ed. E. Seckel et B. Kübler. Leipzig 1903.
- Gammage, R. G.: History of the Chartist Movement, 1837—1854. London 1854. Rev. ed. 1894.
- Gandavo (Henricus Goethals), a. s. Henri de Gand.
- Gandhi, M. K.: India Home Rule. Madras 1921.  
 — Young India. With an introduction by Babu Prajendra Prasad. 2. ed. Madras 1924.
- Gardiner, Samuel Rawson: Cromwell's place in history. London 1890.  
 — History of the Commonwealth and Protectorate, 1649—1660. 3 vols. London 1894—1903.
- Garnett, Richard: Edward Gibbon Wakefield. The colonization of South Australia and New Zealand. New York 1898.
- Garnier, Russel M.: History of the English Landed Interest. Its customs, laws and agriculture. 2 vols. London 1892—93.
- Gaskell, P.: Artisans and machinery: the moral and physical condition of the manufacturing population considered with reference to mechanical substitutes for human labour. London 1836.  
 — The manufacturing population of England, its moral, social, and physical conditions, and the changes which have arisen from the use of steam machinery; with an examination of infant labour. London 1833.
- Gaupp, Erich Theodor: Die germanischen Ansiedlungen und Landverteilungen in den Provinzen des römischen Westreichs.... Breslau 1844.
- Gibbon, Edward: The History of the Decline and Fall of the Roman Empire. 3. ed. 6 vols. London 1777—88.
- Gierke, Otto: Erbrecht und Vicinenrecht im Edikt Chilperichs. In: Zeitschrift für Rechtsgeschichte XII, 430 ff.  
 — Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Berlin 1868.

- Giffen, Sir Robert: The growth of capital. London 1889.  
 — Essays in finance. 2 vols. London 1904. Second Series London 1886.
- Gilbert, Sir Humphrey: A Discourse to prove a passage by the North-West to Cataya and the East-Indies. 1563.
- Gilbert, Walther, s. Martialis...
- English Gilds. The original ordinances of more than one hundred early English gilds etc. Edited with notes by the late Toulmin Smith, with an introduction and glossary by his daughter Lucy Toulmin Smith and a preliminary essay in five parts, on the history and development of gilds etc. by Lujo Brentano. London 1870.
- Gilly, W. S.: The Peasantry of the Border: an Appeal in their behalf. 2 ed. London 1842.
- Giraldus Cambrensis: Giraldi Opera, ed. J. S. Brewer. 8 vols. London 1861—91.
- Gladstone, W.: Aggression on Egypt and Freedom in the East. In: Nineteenth Century Review, Aug. 1877.  
 — In: Weekly Star No. 1, vol. 1, Febr. 6., 1892.
- Glanville, Ranulfus: Tractatus de legibus et consuetudinibus regni Angliae. London 1604.
- Glaser, Friedrich: Die franziskanische Bewegung. Stuttgart 1903.
- Gneist, Rudolf: Das englische Parlament in tausendjährigen Wandlungen... Berlin 1886.  
 — Englisches Verwaltungsrecht. 3. Aufl. Berlin 1883/84.
- Godwin, William: History of the Common Wealth of England. 4 vols. London 1824—28.
- Goldschmidt, L.: Handbuch des Handelsrechts. Bd. 1. 3. Aufl. Stuttgart 1891.
- Gonner, Edward C. K.: Common land and inclosure. London 1912.
- Gooch, George P. and Harold Temperley: British Documents on the Origin of the War 1898—1914. London 1927.
- Gordon, Alban: Social Insurance, what it is and what it might be. London 1924.
- Gourley, Robert: The Neptunian, No. 2. Boston 1843.
- Gras, N. G. B.: The early English Custom System. Cambridge 1918.
- Green, A. S.: Town Life in the fifteenth century. London 1894.
- Green, F. E.: A History of the English Agricultural Labourer 1870—1920. London 1927.
- Green, John Richard: Geschichte des englischen Volkes. Deutsch von E. Kirchner. 2 Bde. Berlin 1889.

- Gregor von Tours, Zehn Bücher fränkischer Geschichte. Übers. von S. Hellmann. 3 Bde. Leipzig 1911—13.
- Grey, Anchtell, s. Debates...
- Grimm, Jakob: Deutsche Rechtsaltertümer. 2 Bde. 4. Aufl. Berlin 1899.
- Gromatici. Die Schriften der römischen Feldmesser, ed. F. Blume, C. Lachmann, A. Rudorff. Berlin 1848—52.
- Groß, Charles: The Gild Merchant. A Contribution to British Municipal History. 2 vols. Oxford 1890.
- Grubb, A. P.: The Life Story of the Right Hon. John Burns. P. C. M. P. London 1906.
- Guest, Richard: A compendious history of the cotton manufacture; with a disproof of the claim of Sir Richard Arkwright to the invention of its ingenious machinery. Manchester 1823.
- Guizot, F.: Histoire de la civilisation en France depuis la chute de l'empire romain. Paris 1847.
- Gummerus, Hermann: Der römische Gutsbetrieb als wirtschaftlicher Organismus nach den Werken des Cato, Varro und Columella. Leipzig 1906.
- Haldane, Lord: Before the War. London 1920.
- Hales, John, s. A Discourse of the Common Weal....
- Hales, Sir Matthew: History of the Common Law of England. 1713. 6. Ed. ed. by Ch. Runnington, London 1820.
- Halévy, Elie: La politique de paix sociale en Angleterre: les „Whitley Councils“. In: Revue d'Economie Politique, 33<sup>e</sup> année, No. 4, Juillet-Août 1919.
- Thomas Hodgskin. Paris 1903.
- Hall's Chronicle, containing the history of England during the reign of Henry IV.—Henry VIII. London 1809.
- Hall, Hubert: A history of the Custom-Revenue in England. From the earliest times to the year 1827. Compiled exclusively from original authorities. 2 vols. 1885.
- Hallam, Henry: The Constitutional History of England, from the accession of Henry VII. to the death of George II. 4 vols. Paris 1827.
- Halliwell, James Orchard: Constitutions of Masonry. 2. ed. London 1844.
- Hamilton, Robert: An inquiry concerning the rise and progress, the redemption and present state, and the management of the national debt of Great Britain and Ireland. 3. ed. Edinburgh 1818.
- Hamilton, Sir W., s. Stewart, Dugald: Lectures... und —: Works.



- Hammann, Otto: Der mißverständene Bismarck. 20 Jahre deutscher Weltpolitik. Berlin 1921.
- Hammond, John L. and Barbara: The town labourer, 1760—1832. The new civilisation. London 1917.
- The village labourer. 1760—1832. A study in the government of England before the Reform Bill. London 1911. New ed. 1920.
- The rise of modern industry. 2nd. ed. London 1926.
- Hansard's Parliamentary Debates. London 1829—69.
- Hansen, s. Berlepsch-Valendas: Gartenstadt.
- Hansen, Joseph: Der englische Staatskredit unter König Eduard III. (1327—1377) und die hansischen Kaufleute. In: Hansische Geschichtsblätter, Jahrgang 1910.
- Hanssen, Georg: Agrarhistorische Abhandlungen. Leipzig 1880.
- Englands Great Happiness, or, a Dialogue between Content and Complaint, wherein it is demonstrated that a great part of our complaints are causeless ..... By a real and hearty Lover of his King and Country ..... London 1677.
- Harrington, James: The Oceana and other works of J. H. Esq., collected, methodized and reviewed by John Toland. London 1700. 3. ed. London 1747.
- Harrison: Commonwealth of England. 1580.
- Description of Britaine. 1586.
- Harrison, Amy, s. Hutchins, Beatrice Leigh: A history.
- Harrison, Frederic: Autobiographic Memoirs. London 1911.
- in: Nineteenth Century No. 160, Vol. XXVII, 1890.
- Novissima verba. 1903.
- Hartmann, Ludo Moritz: Über den römischen Kolonat und seinen Zusammenhang mit dem Militärdienst. 1905.
- Hasbach, Wilhelm: Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegungen. Leipzig 1894.
- Das englische Arbeiterversicherungswesen. Geschichte seiner Entwicklung und Gesetzgebung. Leipzig 1883. (Staats- und Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 5, Heft 1.)
- Helferich, J. R.: Wann ist ein Schutzzoll zugunsten solcher Gewerbszweige gerechtfertigt, für welche ein Land natürlich minder gut ausgerüstet ist als das Ausland? in den Tübinger Universitätsschriften aus dem Jahre 1850.
- Henri de Gand: Quodlibeta... Paris 1518.
- Herbert, William: History of the twelve great Livery Companies of London. 2 vols. London 1836/37.
- Hermann, Friedrich Ben. Wilh. v.: Staatswissenschaftliche Untersuchungen. München 1832.
- in: Gelehrte Anzeigen hg. v. Mitgl. d. k. bair. Ak. d. Wiss. v. 24. Sept.—6. Okt. 1847.

- Heritage, Sidney J., s. Tusser: Five hundred pointes.....
- Hertzberg, Freiherr von: Sur la véritable richesse des états, la balance du commerce et celle du pouvoir. (26. Jan. 1786 in der Berliner Akademie der Wissenschaften verlesene Abhandlung.)
- Hertzberg, Wilhelm, s. Libell of English Policye.
- Hewins, W.A.S.: English Trade and Finance chiefly in the Seventeenth Century. London 1892.
- Heyking, Edmund v.: Zur Geschichte der Handelsbilanztheorie. Berlin 1880.
- Hildreth, R.: History of the United States of America (to 1821) Rev. ed. 6 vols. New York 1882.
- Hill, George Birkbeck, s. Boswell, James: Johnson.
- Hill, Octavia: Aus der Londoner Armenpflege. Wiesbaden 1878.
- Hirst, Francis W.: Safeguarding and Protection. London 1926.
- From Adam Smith to Philip Snowden. A History of Free Trade in Great Britain. London 1925.
- s. Redlich, J.: Lokalverwaltung.
- An Administrative and Political History of the Masai Reserve. London 1919.
- Hobhouse, Emily: The Brunt of the War and where it fell. London 1902.
- Hobson, John Atkinson: Richard Cobden: the international man. London 1919.
- The War in South Africa, its causes and effects. 2. ed. London 1900.
- Hochstetter, Franz: Die wirtschaftlichen und politischen Motive für die Abschaffung des britischen Sklavenhandels im Jahre 1806/07. Leipzig 1905.
- Hodgskin, Thomas: Labour defended against the claims of capital by a labourer. 1825.
- Popular Political Economy. London 1827.
- Hoffmann, Karl: Ölpolitik und angelsächsischer Imperialismus. Berlin 1927.
- Hoffmeister: Die wirtschaftliche Entwicklung Roms. Wien 1899.
- Hole: The Homes of the Working Classes. London 1866.
- Hole, Hugh Marshall: The Making of Rhodesia. London 1926.
- R. Holinshed's Chronicles. London 1587.
- Holmes, John in: Transactions of the Social Science Association 1868.
- Holyoake, George Jakob: The history of co-operation in England: its literature and its advocates. 2 vols. London 1875. Rev. ed. 1906.

- The honour of London Apprentices exemplified in a brief historial narration. London 1647 (British Museum).
- Houghton, John F. R. S.: A Collection of letters for the improvement of husbandry and trade. 2 vols. London 1683.
- Hovell, Marc: The Chartist Movement. Ed. and completed with a memoir, by T. F. Tout. Manchester 1918.
- Howlett, J.: Dispersion of gloomy apprehensions with respect to the decline of the corntrade. London 1797.
- Hugo, C.: Städteverwaltung und Municipalsozialismus in England. Stuttgart 1897.
- Hulme, Arthur, s. Unwin, George: Samuel Oldknow...
- Hume, David: Essays and treatises on several subjects. Edinburgh 1752.
- Hundeshagen: Ausgewählte kleinere Schriften und Abhandlungen. Gotha 1874.
- Hunter, Joseph: Hallamshire. The history and topography of the parish of Sheffield in the country of York. 1819. New ed. by Alfred Gatty, 1869.
- Hurst, Gerald Berkeley: The old Colonial System. Manchester 1905.
- Hutchins, Beatrice Leigh, and Amy Harrison: A history of factory legislation. With a preface by Sidney Webb. 2. ed. London 1911.
- Hyamson, Albert M.: A history of the Jews in England. London 1908.
- Jacob, William: Considerations on the protection required by British agriculture, and on the influence of the price of corn on exportable productions. London 1814.
- An inquiry into the causes of agricultural distress. London 1816.
- Tracts relating to the corn trade and the Corn Laws: including the Second Report ordered to be printed by two Houses of Parliament. London 1828.
- Jaffé, Edgar: Das englische Bankwesen. 2. Aufl. Leipzig 1910.
- Jaffé, Philipp, s. Monumenta Alcuiniana.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1923.
- Rural improvements..... by a landowner. London 1775.
- Inama-Sternegg, K. Th. v.: Die Ausbildung der großen Grundherrschaften in Deutschland während der Karolingerzeit. Leipzig 1878.
- Deutsche Wirtschaftsgeschichte. 3 Bde. Leipzig 1879—1901. Bd. 1 in 2. Aufl. 1909.
- The Commercial Intelligence Branch Handbook. London 1910.

- Irvine, Patrick: Considerations on the inexpediency of the law of entail in Scotland. 2. ed. Edinburgh 1827.
- Johns, C. H. W., s. An Assyrian Domesday Book.
- Johnson, Arthur H.: The disappearance of the landowner. Oxford 1909.
- Johnston, Sir Harry: The Uganda Protectorate. London 1904.
- Jones, Lloyd: Die jüngste Landarbeiterbewegung in England. In: Thiels Landw. Jahrb. 1875.
- The life, times and labours of Robert Owen. 2 vols., 2 ed. London 1890. 3. ed. London 1900.
- and Ludlow, John Malcolm: Progress of the working classes 1837—1867. London 1867.
- Jones, Richard: An Essay on the Distribution of Wealth and on the Sources of Taxation. London 1831.
- Primitive Political Economy of England. In: The Edinburgh Review, April 1847, und in seinen: Literary Remains, ed. by Will. Whewell, London 1859.
- Journals of the House of Lords. London 1509 to date.
- Journals of the House of Commons. London 1547 to date.
- Juster, Jean: Les Juifs dans l'empire romain. Paris 1914.
- Kames, Henry Home, Lord: Sketches of the history of man. 2 vols. Edinburgh 1774.
- Essays upon several subjects concerning British Antiquities. 1746.
- Kampffmeyer, Hans: Die Gartenstadtbewegung. 2. Aufl. Leipzig 1913.
- Kay, James P.: The Moral and Physical Condition of the Working Classes employed in the Cotton Manufacture in Manchester. London 1832.
- Kemble, J. M.: The Saxons in England. 2 vols. London 1849. New ed. W. de Gray Birch. 1876.
- Kenny, C. S.: The history of the law of primogeniture in England. Cambridge 1878. (Kenny C. S. and Lawrence P. M.: Two essays on the law of primogeniture. I.)
- Kestner, Fritz: Der Organisationszwang. Berlin 1912.
- King, Charles: The British Merchant, or, Commerce perserved. London 1721.
- King, Gregory: Natural and political observations and conclusions upon state and condition of England. 1696. Abgedruckt bei: Chalmers, George: An Estimate.... (s. d.).
- Kirkaldy, Adam W.: British shipping, its history, organisation and importance. London 1914.
- Klopp, Onno: Der Fall des Hauses Stuart. Wien 1876.
- Knapp, Georg Friedrich: Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie. München 1925.

- Knowles, Lilian C. A.: The industrial and commercial revolutions in Great Britain during the nineteenth century. 3. ed. London 1924.
- The economic development of the British Oversea Empire. London 1924.
- Knyghton, Henr. de: De eventibus Angliae, in: *Historiae Anglicanae Scriptores X.* Londini 1652.
- Kolb, Karl, s. Mill, J. St.: Autobiography. Der englisch-amerikanische Konkurrenzkampf. In: *Frankfurter Zeitung* v. 29. 12. 1928.
- Konow, Sten: Indien unter der englischen Herrschaft. Tübingen 1915.
- Über die Bedeutung Indiens für England. Hamburg 1919.
- Bal Krishna: Commercial relations between India and England. 1601—1757. London 1924.
- Alfred [Kydd, Samuel]: The history of the factory movement from the year 1802 to the enactment of the ten hours bill in 1847. 2 vols. London 1857.
- Labour and Life of the People.... Ed. by Charles Booth. 1 ed. 2 vols. London 1889—91. 2 ed. 4 vols. London 1893 erw. Ausgabe: Life and Labour of the people in London. 18 vols. London 1892—96.
- Lamond, Elizabeth: Walter of Henley's Husbandry..., with an introduction by W. Cunningham. London 1890.
- s. A Discourse of the Common Weal....
- Lamprecht, Karl: Zwei Notizen zur ältesten deutschen Geschichte. In: *Zeitschr. d. bergischen Geschichtsvereins*, XVI.
- Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Untersuchungen über die Entwicklung der materiellen Kultur des platten Landes... 4 Bde. Leipzig 1886.
- Laplace, Pierre-Simon de: *Theorie analytique des probabilités.* Paris 1812.
- Lappenberg, J. M.: Geschichte von England (—1154). 2 Bde. Gotha 1834—1837.
- Urkundliche Geschichte des hansischen Stahlhofs zu London. Hamburg 1851.
- Laurière: *Recueil général des anciennes lois françaises depuis l'an 420 jusqu'à la révolution de 1789.* Paris 1822.
- Law, Alice: Nouveaux Riches in the XIV. Century. In: *Royal Hist. Soc. Transactions IX* (1895).
- Law, John: Proposals and reasons for constituting a council of trade in Scotland. Edinburgh 1700.
- Money and trade considered with a proposal for supplying the nation with money. Edinburgh 1705.



- Lawrence, Edward: The Duty of the Stewart to his Lord. 1727.
- Lawson, Leonard Axel: The Relation of British Policy to the Declaration of the Monroe Doctrine. New York 1922.
- Lecky, William E. H.: A history of England in the eighteenth century. London 1878—90. 8 vols. New ed. 1892. 7 vols.
- Lécrivain, Ch.: Le sénat romain depuis Dioclétien à Rome et à Constantinople. Paris 1888.
- Lee-Warner, Sir W.: India and Afghanistan. In: Cambridge Modern History XII. (s. d.).
- Lefevre, G. Shaw: Agrarian Tenures. London 1893.
- Leist, Burkard Wilh.: Altarisches jus civile. 2. Abtl. Jena 1892—96.
- Altarisches ius gentium. Jena 1889.
- Leonard, Miss: The inclosure of common fields in the seventeenth century. (Transactions of the Royal Historical Society, New Series XIX.) London 1905.
- Lesage: s. Young, Arthur: Voyages.
- Leser, Emanuel, s. A Discourse of the Common Weal...
- Leslie, T. E. Cliffe: Land Systems and Industrial Economy of Ireland, England and Continental Countries. London 1870.
- Leti, Gregorio: Historia e Memorie sopra la vita di Ol. Cromwell. Amsterdam 1692.
- Leubuscher, Charlotte: Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik seit dem Kriege. Jena 1927.
- Lever, Thomas: Sermons (1550), ed. E. Arber. London 1871.
- Levison, Wilh., s. Vitae sancti Bonifatii.
- Levy, Hermann: Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebes in England. Berlin 1904.
- Monopolies, Cartels and Trusts in British Industry. London 1927.
- Die Not der englischen Landwirte zur Zeit der hohen Getreidezölle. Stuttgart 1902.
- Leys, Norman: Kenya. 2. ed. London 1925.
- Libell of English Policye (1436). Deutsch u. d. T.: Das Büchlein von englischer Staatsklugheit. Übers. v. Wilhelm Hertzberg. Leipzig 1878.
- Liber de antiquis legibus. Curante Thoma Stapelton, London 1846.
- Liebermann, Felix: Die Gesetze der Angelsachsen. 2 Bde. Halle 1898/99.
- Life and labour.... s. Labour and life....
- Lipson, Ephraim: An Introduction to the Economic History of England. London 1915.

- Locke, John: Some Considerations of the Consequences of the Lowering of Interest and Raising the Value of Money in a Letter to a Member of Parliament. London 1691.
- Short Observations on a Printed Paper entitled „For encouraging the Coining Silver Money in England, and after for keeping it there“. London 1698.
  - Further Considerations concerning Raising the Value of Money wherein Mr. Lowndes's arguments for it in his late Report are particularly examined. London 1698.
  - Essay on Civil Government. 1689.
  - A treatise on the Game Laws of England and Wales. 5th ed. London 1866.
  - The philosophical Works of John Locke, collected by J. H. St. John. London 1843.
- Löning, Edgar: Geschichte des deutschen Kirchenrechts. Straßburg 1878.
- Löwenstein, Karl: Das heutige Verfassungsrecht des britischen Weltreichs. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts XIII, 1925.
- Loftie, William John: A History of London. 2 vols. 2. ed. London 1884. 3. ed. London 1892.
- Loménie: Les Mirabeau. Paris 1879.
- Longe, Francis D.: A refutation of the wagefund theory of modern political economy as enunciated by Mr. Mill M. P. and Mr. Fawcett M. P. London 1866.
- Loreburn, Earl: How the War came. London 1919.
- Lotz, Walther: Die drei Flugschriften über den Münzstreit der sächsischen Albertiner und Ernestiner um 1500. Leipzig 1893.
- Die Schieds- und Einigungsverfahren in der Walzeisen- und Stahlindustrie Nordenglands. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 45 (s. d.).
- Lowndes: A Report (to the Lords of the Treasury) containing an Essay for the Amendement of Silver Coins. London 1695.
- Lucas, Sir Charles P., s. Lord Durham's Report.....
- Ludlow, John M.: Gilds and Friendly Societies. In: The Contemporary Review, 1873.
- Christian Socialism and its opponents: a lecture..... London 1851..
  - and Lloyd Jones: Progress of the working classes, 1832—1867. London 1867.
- Lünig, J. Ch.: Collectio nova von der mittelbaren oder land-sässigen Ritterschaft in Deutschland. Frankfurt, Leipzig 1730.
- Lugard, F. D.: The Rise of our East African Empire. London 1893.
- Lyall, Sir Alfred: The rise of the British Dominion in India. London 1893.

- MacArthur, Ellen A., s. Cunningham, William and MacArthur: Outlines.....
- Macaulay, Thomas Babington: Geschichte Englands. Deutsch von Bülau. Leipzig 1850.
- Essay on Lord Clive. In: The Edinburgh Review, 1840.
- Mac Carthy, Justin: A History of the four Georges. 2 vols. Leipzig 1886 a. 1890 (Collection of British authors Vol. 2328 a. 2637.)
- Mac Culloch, John Ramsay: The literature of political economy: a classified catalogue..... London 1845.
- Principles of Political Economy. 3. ed. Edinburgh 1843.
- A Treatise on the Succession to Property vacant by Death. London 1848.
- s. Smith, Ad.: Inquiry.....
- s. Ricardo's Works.
- In: The Edinburgh Review 1824, vol. 39, 320 ff.
- Mackinnon, W. A.: On the rise, progress and present state of public opinion. 2. ed. London 1828.
- Mackintosh, Alexander: Joseph Chamberlain, an honest biography. 2. ed. London 1914.
- Macpherson, David: Anderson's Annals of commerce. London 1805.
- Madox, Thomas: firma burgi, or, an historical essay concerning the cities and boroughs of England. London 1726.
- The History and antiquities of the Exchequer of England. London 1711. 2. ed. 2 vols. 1769.
- Mahan, A. T.: The influence of Seapower upon History 1660—1783. London 1889.
- Maine, H. S.: Early History of Institutions. London 1875.
- Village-Communities in the East and West. London 1871. 3. ed. 1876.
- Maitland, William: History of London. London 1756.
- Malcolm, James P.: Anecdotes of the manners and customs of London during the eighteenth century, including the charities..... amusements....a sketch of the domestic.... architecture.... 2 vols. 2. ed. London 1810.
- Malthus, Th. Robert: An essay on the principle of population as it affects the future improvement of society, with remarks on the speculations of Mr. Godwin, M. Condercet and other writers. London 1798.
- An inquiry into the Nature and Progress of Rent, and the Principles by which it is regulated. London 1815.
- Principles of political economy considered with a view to their practical application. London 1820. 2. ed. with additions 1836.

- Marks, Mary A. M.: England and America 1763 to 1783. The history of a reaction. 2 vols. London 1907.
- Marshall, Alfred: Industry and Trade. London 1919.
- Martialis, M. Valerii, epigrammaton libri. Rec. W. Gilbert. Leipzig 1896.
- (Marty, Henry:) Considerations upon the East India Trade. 1701, 2. ed. 1720.
- Marx, Karl: Das Kapital. 3 Bde. Hamburg 1867. Neue Aufl. 1919.
- Der Bürgerkrieg in Frankreich. Berlin 1920.
- Matheus Parisiensis: Chronica Maiora. In: Monumenta Germaniae historica (s. d.).
- Maurer, L. v.: Geschichte der Fronhöfe. Erlangen 1862/63.
- Maurice, C. Edmund: Life of Octavia Hill as told in her letters. London 1913.
- Mayer, Paul, s. Le Débat des Heraults....
- Meichelbeck: Historia Frisingensis. Augsburg 1724.
- Meitzen, A.: Siedelung und Agrarwesen der West- und Ostgermanen, der Kelten, Römer, Finnen und Slawen. 4 Bde. Berlin 1896.
- Memorials of London and London life, a Series of extracts from the Archivs of the city of London 1246—1419. Translated and ed. by H. T. Riley. London 1868.
- Mendelssohn, Ludw., s. Appian, Zosimos.
- Merewether, Henry Alworth, and Arch. J. Stephans: The history of the boroughs and municipal corporations of the United Kingdom, from the earliest to the present time. 3 vols. 1835.
- Meyer, Eduard: Die Sklaverei im Altertum. In: Kleine Schriften. Halle 1910.
- Michie, Alexander: The Englishman in China during the Victorian Era. London 1900.
- Migne, Jacques Paul: Patrologia latina. 221 vols. Paris 1844—55.
- Mill, James: History of British India. 9 vols. London 1840—48.
- Elements of political economy. 3rd. rev. ed. London 1826.
- in: Westminster Review, Jan. 1824.
- Mill, John Stuart: Autobiography. London 1873. Deutsch v. Karl Kolb. Stuttgart. 1874.
- Auguste Comte and Positivism. London 1865. Deutsch: Leipzig 1874.
- Essay on some unsettled Questions of political economy. London 1844.
- Memorandum of the Improvement in the Administration of India during the last thirty Years. London 1858.

- Mill, John Stuart: Principles of Political Economy, with some of their applications to social philosophy. 2 vols. London 1848, 1909.
- On the Land Question. In: Fortnightly Review N. S. Bd. 7. 1870.
- Considerations on Representative Government. London 1861.
- in: The Fortnightly Review. New Ser. vol. V.
- in: Edinburgh Review 1840.
- Mills, Richard Charles: The Colonisation of Australia (1829—42). The Wakefield Experiment in Empire Building, with an introduction by Graham Wallas. London 1915.
- Milner, Sir Alfred: England in Egypt. London 1892. 7. ed. London 1899.
- Mirabeau, Marquis de: L'ami des hommes. Avignon 1772.
- Misselden, Eduard: Circle of Commerce. 1623.
- Mohl, Robert v.: Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. Erlangen 1855.
- Mommsen, Theodor: Römische Geschichte. Bd. 1. 9. Aufl. Berlin 1903. Bd. 5. 5. Aufl. Berlin 1904.
- Das Dekret des Commodus über den Saltus Burunitanus. (Hermes XV, 1880.)
- Monnier, Henry in: Nouvelle Revue historique de droit français et étranger XXIV, 1900.
- Monod, Gabriel in: Revue historique XLIV, 1898.
- Montalembert, Comte de: De l'avenir politique de l'Angleterre. Paris 1856.
- Montesquieu: De l'Esprit des lois. 5 vol. Paris 1803.
- Montgomery, W. E.: The History of Land Tenure in Ireland. Cambridge 1889.
- Monumenta Alcuiniana. Ed. Ph. Jaffé. Berlin 1873. (Bibliotheca rerum germanicarum T. 6.)
- Monumenta Germaniae historica. 1824 u. ff.
- Morel, E. D.: Ten Years of secret Diplomacy. An unheeded warning. 6. ed. London 1920.
- Morley, John: Burke. London 1879. New ed. 1910.
- Life of Richard Cobden. 2 vols. London 1881.
- Morris, Sir Daniel: West India. A Discourse. 1911.
- Morus, Thomas: Utopia. Um 1516. Hrsg. v. Michels und Ziegler. Berlin 1895.
- Müller, August, s. Webb, S. u. B.: Gemeinwirtschaft.
- Mun, Thomas: A discourse on trade from England into the East-Indies, answering to divers objections, which are usually made against the same. 2. ed. London 1621.
- English Treasure by Forraign Trade. 1664. Deutsche Übersetzung von Rudolph Biach: Englands Schatz durch den Außenhandel. Wien 1911.



- Mun, Thomas: Petition and Remonstrance of the East-India-Company. Verfaßt 1628, veröffentlicht 1641.
- Murray, Robert: A Proposal for a National Bank consisting of Land, or, any other valuable Securities or Depositions. London 1695.
- Napier, Sir W. F. P.: Life and Opinions of Sir C. J. Napier. 1857.
- Neate: Transaction of the National Association for the Promotion of Social Science. 1868.
- Neumann, Karl Friedrich: Ostasiatische Geschichte vom ersten chinesischen Krieg bis zu den Verträgen in Peking (1840—1860). Leipzig 1861.
- Nicholls, Sir George: A history of the English Poor Laws, in connection with the state of the country and the condition of the people. 2 vols. London 1854.
- Niebuhr, Barthold Georg: Vorträge über römische Geschichte. 3 Bde. Berlin 1846—48.
- North, Sir Dudley: Discourses upon Trade, principally directed to the Cases of the Interest, Coynage, Clipping, and Increase of Money. London 1691. In: Select Tracts by the Political Economy Club.
- Northcote, Sir Stafford H.: Twenty years of financial policy. A summary of the chief financial measures passed between 1842—1861, with a table of budgets. London 1862.
- Nostitz, H. v.: Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England. Jena 1900.
- Obst, Erich: England, Europa und die Welt. Berlin-Grunewald 1927.
- O'Curry, Eugene: On the Manners and Customs of the Ancient Irish. Ed. by W. K. Sullivan. 3 vols. London 1873.
- Oldmixon: The History of England. 1739.
- Oman, Sir Charles W. C.: The Tudors and the Currency 1526—1560. In: Transactions of the Royal Historical Society, New Series IX. London 1895.
- A history of England. 7 vols. London 1904—13.
- The great Revolt of 1381. Oxford 1906.
- Otto von Freising: Gesta Friderici imperatoris. Rec. G. Waitz. Hannover 1884.
- Overstone, Samuel Jones Lloyd, Lord: Tracts and other publications on metallic and paper currency. London 1857.
- Owen, Robert: Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. Übers. von Oswald Collmann. Leipzig 1900.
- Essays on the formation of human character. 1830.
- in: Economist, September 1821.
- Discourses of a new system of society. London 1820.

- Owen, Robert: The life of Robert Owen written by himself. With selections of his writings and correspondence. 2 vols. London 1857/58. New ed. 1920.
- Paine, Thomas: Common Sense. 1776.
- Rights of Man: being an answer to Mr. Burke's attack on the French Revolution. 1. ed. London 1791/92. New ed. London 1848.
- Paish, George: Great Britain's Capital Investments in Individual, Colonial and Foreign Countries, in: Journal of the Royal Statistical Society. Vol. LXXIV, part II (January 1911).
- Panikar, K. M. of Madras and an Englishman: Pan Indian Nationalism, its Origin, History and Ideals. 1920.
- Pappenheim, Max: Die altdänischen Schutzgilden. Breslau 1885.
- Parker, Alwyn: In: The Quarterly Review. London Okt. 1917.
- Parnell, Henry: On financial reform. 1. ed. London 1830. 4 ed. 1832.
- Paterson, William: Conferences on Public Debts by the Wednesdays Club in Friday Street. 1851.
- Pauli, Reinhold: Drei volkswirtschaftliche Denkschriften aus der Zeit Heinrichs VII. (Abhandlungen d. K. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen XXIII: 1857.)
- Payne, W., s. Tusser: Five hundred pointes.....
- Perris, George Herbert: The industrial history of modern England. London 1914.
- Perry, G. W.: The peasantry of England. An appeal to the nobility, sergy and gentry. London 1846.
- Peruzzi, S. L.: Storia del Commercio e dei Banchieri di Firenze. In: Tutto il mondo conosciuto dal 1200 al 1345. Florenz 1868.
- Two humble petitions of the apprentices of London and parts adjacent for lawful recreations..... London 1646 (British Museum).
- Petty, Sir William: Tracts. Ed. Dublin 1769.
- A Treatise on Taxes and Contributions. 1679.
- Quantulumcunque or a tract concerning money. 1682.
- Several essays in political Arithmetic. 1691.
- Political Survey or Anatomy of Ireland. 1691.
- Pevet: Les Responsables de la Guerre. Paris 1925.
- Phillips, George: Englische Reichs- und Rechtsgeschichte. 2 Bde. Berlin 1827/28.
- Φιλοπατρος: A Treatise wherein it is demonstrated, that the East India Trade is the most National of all Foreign Trades..... London 1681.

- Pinkerton, John: A general collection of the best and most interesting voyages and travels in all parts of the world, many of which are now first translated into English, digested on a new plan. 17 vols. London 1808—14.
- Planiol: L'Assise au Comte Geffroi. In: Nouvelle Revue historique XI.
- Podmore, Frank: Robert Owen. A biography. 2 vols. London 1906.
- England's Commercial Policy (um 1430).
- Pollock, Frederic: The Land Laws. London 1883. 3. ed. 1896.
- Porritt, Edward: Evolution of the Dominions of Canada. New York 1920.
- Sixty Years of Protection in Canada (1846—1907), where Industry leans on the Politician. London 1908.
  - The Revolt in Canada against the New Feudalism. Tariff History from the Revision of 1907 to the Uprising of the West in 1910. London 1911.
- Porter, George R.: The effect of restrictions on the importation of corn considered with reference to the landowners, farmers, and labourers. London 1839.
- The progress of the nation in its various social and commercial relations from the beginning of the nineteenth century to the present day. 3 vols. London 1851.
- Poseidonios: Fragmente (ed. C. Müller: Fragmenta historica graeca III) Paris 1849.
- Power, s. Tawney and Power .....
- Prasand, Babu Prajendra, s. Gandhi: Young India.
- Pratt, Edwin A.: A history of inland transportation and communication in England. London 1912.
- Prentice, Archibald: Historical sketches and personal recollections of Manchester, 1792—1832. London 1852.
- Price, Richard: An appeal to the public, on the subject of the national debt. London, New ed. 1774.
- The state of the public debts and finances at signing the preliminary articles of peace in January, 1783. With a plan for raising money by public loans and for redeeming the public debts. London 1783.
  - Postscript to the state of public debts etc. London 1784.
- Pringsheim, A., s. Bernoulli, Daniel: Versuche...
- Prothero, G. W.: The life of Simon de Montfort. London 1877.
- Prothero, Rowland E. (Lord Ernle): The pioneers and progress of English farming. London 1888.
- English Farming, Past and Present. 4. ed. London 1927.

- The Publications of South Africa Conciliation Committee.  
54 Stücke.
- Quesnay, François: Essai sur l'administration des terres.  
Paris 1759.
- Rae, John: Life of Adam Smith. London 1895.
- Why have the yeomanry perished? In: The Contemporary  
Review, vol. 44, London 1883.
- Rait, R. S., s. Acts and Ordinances....
- Ranke, Leopold von: Französische Geschichte bes. im 16. u.  
17. Jahrhundert. 3 Bde. Leipzig 1868—70.
- Ratzinger, G.: Geschichte der kirchlichen Armenpflege. Frei-  
burg i. B. 1868. 2. Aufl. 1884.
- Redlich, Josef: Englische Lokalverwaltung. 1901. Übersetzt  
von: Francis W. Hirst: Local government in England.  
2 vols. London 1903.
- The Parliamentary Register; or, History of the proceedings  
of the houses of Lords and Commons. London 1774—1813.
- Reichensperger, Peter: Die Agrarfrage. Trier 1847.
- Reiser, Friedrich: Reformation des Kaisers Sigmund. Leipzig  
1876.
- Reiss, Richard: The New Housing Handbook. London 1924.
- Annual Report. Small Holdings Commissioners. 1915. Cd. 7351.
- Annual Report on the Work of the Imperial Institute. London  
1910.
- Report on Artizans and Machinery. London 1824.
- Report of the International Association for Social Progress  
(British Section). In: Hours of Work and their Relation to  
Output. London 1927.
- Report of the East African Commission. 1925.
- Children's Employment Commissions, 1./2. Report, Mines.  
London 1842/43.
- Midland Mining Commission, First Report. Staffordshire 1843.
- Report of the Royal Commission on the Coal Industry.  
London 1925 (Cmd. 2600).
- Report of the Royal Commission on Land in Wales and Mon-  
mouthshire. London 1896.
- First and Fifth Report of the Commissioners appointed to in-  
quire into the organisation and Rules of Trade Unions and  
other Associations. London 1867, 1886.
- First Report of the Commissioners for inquiring into the Ad-  
ministration and Operation of the Poor Laws in 1834. Re-  
print London 1885.
- Committee's Report (Cd. 8275) London 1916.
- Report of the Committee on Trades' Societies appointed by  
the National Association for the Promotion of Social Science.  
London 1860.

- Report on Conciliation and Arbitration. 1920.
- Report of the Industrial Fatigue Research Board, No. 6. London 1920.
- Report from, and Minutes of Evidence taken before the Select Committee of the House of Commons on the Depressed State of Agriculture. London 1821.
- Report and Minutes of Evidence on the State of the Woolen Manufacture of England. London, July 4th 1806.
- Report on the present state of agriculture of Scotland. Edinburgh 1878.
- Four Reports of Commissioners on the Law of England respecting Real Property, with Appendices. London 1829—33.
- Paris Economic Conference, Resolutions. (Cd. 8271.) London 1916.
- Return as to Game Convictions in 1869.
- Return of wastelands subject to rights of common, v. 13. April 1874.
- Chronicon Ricardi Divisiensis de rebus gestis Ricardi primi regis Angliae, nunc primum typis mandatum curante Josepho Stevenson. Londini 1838.
- Ricardo, David: On protection to agriculture. 4. ed. London 1822.
- An essay on the influence of a low price of corn on the profits of stock: showing the inexpediency of restrictions on importation: with remarks on Mr. Malthus' two last publications . . . . 1815. 2. ed. London 1815.
  - On the principles of political economy, and taxation. London 1817. 3rd. rev. ed. 1821.
  - Works, ed. by MacCulloch, J. R.
- Richard, Bischof v. London: Dialogus de Scaccario. 1604.
- Richardson and Defoe, Daniel: A tour through the Island of Great-Britain. 8. ed. London 1778.
- Richey, s. Ancient Laws of Ireland.
- Riley, Henry Thomas: Chronicles of old London. 1863.
- Liber Custumarum. London 1860.
  - s. Memorials of London.
- Rist, Charles: La situation financière des syndicats ouvriers français, in: Revue Économique Internationale. Januar 1911.
- Roberts, P. E.: The British Empire in India. In: Cambridge Modern History (s. d.).
- Rogers, James E. Thorold: Six centuries of work and wages. The history of English labour. 2 vols. 1884.
- First nine years of the Bank of England. Oxford 1887.
  - s. Cobden, Richard: Speeches....



- Rolin, Henri: Les Lois et l'Administration de la Rhodésie. Bruxelles 1913.
- Roscher, Wilhelm: Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland. München 1874.
- in: Abhandlungen der Kgl. Sächs. Gesellschaft der Wissenschaften. 1857.
- Rosebery, Lord: Pitt. London 1907.
- Rotuli Litterarum Clausarum. Ed. 1833.
- Rousseau, Jean J.: Du Contrat Social (1762). Berlin 1922.
- Rudorff, s. Gromatici.
- British Rule in India condemned by the British themselves. London 1915.
- Runnington, Charles, s. Hales, Sir Matthew.
- Russell, F. W.: Kett's Rebellion in Norfolk. London 1859.
- Rymer, Thomas, s. Foedera.
- The Safeguarding Fraud. In: The Freetrader, Jan. 1926, ed. by the Free Trade Union, 69 Victoria Street, London S. W. 1.
- Salisbury, Lord, in: The National Review. November 1883.
- Salvianus: De gubernatione Dei. In: Monumenta Germaniae historica (s. d.).
- Salvioli, Guiseppe: Sulla distribuzione della proprietà fondiaria. 1896.
- Sandwith, F. M.: Egypt and the Egyptian Sudan. In: The Cambridge Modern History XI. (s. d.).
- Sargeant, F.: The Wine Trade with Gascony. In: Unwin, Finance and Trade..... (s. d.).
- Sax, Emil: Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft. 1. Aufl. 1877, 2. Aufl. 1918.
- Schachner, Robert: Australien in Politik, Wirtschaft und Kultur. Jena 1909.
- Schanz, Georg: Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters. Leipzig 1881.
- Schirmer, Walter F.: Antike, Renaissance und Puritanismus. München 1924.
- Schmalenbach, Eugen: Vortrag geh. am 3. 5. 1928 in Wien auf der Tagung des Verbandes der deutschen Betriebswissenschaftler.
- Schmid, Reinhold: Die Gesetze der Angelsachsen. 2. Aufl., Leipzig 1858. [Jetzt nur zu benutzen: Liebermann, F.... (s. d.)]
- Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 45 s.: Arbeitseinstellungen.
- Schröder: Fürstliche Schatz- und Rentkammer. 1686.

- Schröder, Richard: Deutsche Rechtsgeschichte. 3. Aufl. Leipzig 1898.
- Schulten, A.: Die römischen Grundherrschaften. Weimar 1896.
- Schulze-Gaevernitz, G. v.: Zum sozialen Frieden. Leipzig 1890.
- Scott, William Robert: The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint Stock Companies to 1720. Cambridge 1912.
- The Constitution and Finance of an English Copper-mining Company in the sixteenth and seventeenth centuries. In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, V, 525 ff.
- Scriptores historiae Augustae. 2. Aufl., 2 Bde. ed. H. Peter. Leipzig 1884. [Neue Ausgabe von Ernst Hohl, 2 Bde., Leipzig 1927.]
- Seebohm, Frederic: Die englische Dorfgemeinde. Deutsch von Theodor v. Bunsen. Heidelberg 1885.
- The Tribal System in Wales. London 1895.
- Seeck: Die Schatzungsordnung des Diocletian. In: Zeitschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. IV, 1895.
- Selden: s. Fortescue.....
- Seneca, Lucius Annaeus: Epistolae. ed. O. Hense. Leipzig 1898.
- Senior, Nassau W.: An outline of political economy. London 1836.
- Seyer, Samuel: Memoires, historical and topographical, of Bristol and it's neighbourhood, from the earliest period down to the present time. 2 vols. Bristol 1821/23.
- Seymour, Charles: The intimate Papers of Colonel House. London 1926.
- Shaftesbury, Anthony A. C., Earl of: Speeches.... upon subjects having relation chiefly to the claims and interests of the labouring class.... London 1868.
- Shuster, W. Morgan: The Strangling of Persia. London 1912.
- Sidney, Samuel: The three colonies of Australia. London 1853, 2. ed. 1895.
- Siegfried, André: Edward Gibbon Wakefield et sa doctrine de la colonisation systématique. Paris 1894.
- Simon, Helene: Robert Owen. Sein Leben und seine Bedeutung für die Gegenwart. Jena 1905.
- Sinclair, Sir John: The History of the Public Revenue of the British Empire. 3. ed. London 1804.
- Skene, W. F.: Celtic Scotland. 3 vols. Edinburgh 1876—80.
- Slater, Gilbert: The English Peasantry and the Enclosure of Common Fields. London 1907.

- Slessor, Henry H.: The Law relating to Trade Unions. London 1921.
- Smith, Adam: Inquiry into the nature and causes of the Wealth of Nations. 1776. Ed. with notes by J. R. MacCulloch. London 1863.
- Smith, F. Hindley in: Londoner Economist v. 27. Nov. 1909. f. 1101.
- Smith, John: Chronicon rusticum-commerciale; or, memoirs of wool, ..... 2 vols. London 1747.
- Smith, Lucy Toulmin, s. English Gilds.
- The itinerary of John Leland in or about the years 1535—1543. Edited by Lucy Toulmin Smith. 5 vols. London 1907—1910.
- Smith, L. W.: The English Language. 1912.
- Smith, Vincent A.: The Oxford Student's History of England. Oxford 1917.
- The Oxford Student's History of India. 9. ed. Oxford 1921.
- Sombart, Werner: Die Juden und das Wirtschaftsleben. Leipzig 1911.
- Somer's Collection of scarce und valuable tracts. London 1748.
- Sonnenfels, Joseph von: Grundsätze der Polizei, Handlung und Finanzwissenschaft. 2 Bde. Wien 1765—67.
- Stälin, Ch. F. v.: Wirtembergische Geschichte, 4 Bde. 1841—73.
- Stanley's Remedy. 1647.
- A new present state of England. London 1750.
- Stephen, Leslie: New Commentaries on the Laws of England. 2 vol. 3 ed. London 1853.
- History of English thought in the eighteenth century. 2 vols. London 1876. 3. ed. 1902.
- The English Utilitarians. London 1900.
- Stephens, Archibald, J.: The history of the boroughs..... s. Merewether, H. A.
- Steuart, Sir James: An inquiry into the Principles of Political Oeconomy. London 1767. Basler Ausgabe 1796.
- Stevens, Edward Cleveland: English Railways, their Development and their Relation to the State. London 1915.
- Stevenson, Joseph, s. Chronicon Ricardi Divisiensis.....
- Stewart, Dugald: Lectures on political economy, ed. by Sir W. Hamilton. Edinburgh 1877.
- Works, ed. by Sir W. Hamilton. 1854—1856.
- Stoddard, Lothrop: The rising of colour against white world supremacy. London 1920.
- Stow, John: A Survey of the cities of London and Westminster and the borough Southwark. 2 vols. London 1754/55.

- Strieder, Jakob: Zur Genesis des modernen Kapitalismus. Leipzig 1904.
- Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen. 2. Aufl. München, Leipzig 1925.
  - Jakob Fugger der Reiche. Leipzig 1926.
- Stubbs, Charles W.: The Constitutional History of England. 4. Aufl. Oxford 1896.
- Select Charters and other illustrations of English constitutional history to the reign of Edward I. Oxford 1870. 8 ed. 1895.
- Sybel, Heinrich v.: Entstehung des Deutschen Königtums, 2. Aufl. 1881.
- Sykes, R. M.: A History of Persia. London 1915.
- Tacitus, Publius Cornelius: De vita et moribus Julii Agricolae liber, ed. A. Gudemann. Berlin 1902.
- Annales. Gotha 1903.
  - Germania. Halle 1902.
- Taine, Hippolyte: Histoire de la Littérature Anglaise. 4. éd. Paris 1878.
- Taussig, F. W.: Wages and Capital. 1896.
- Tawney, R. H., and Power,....: Tudor Economic Documents.
- Taylor, George s. Unwin, George: Samuel Oldknow....
- Temperley, Harold, s. Gooch.....
- Thomas, P. I.: Mercantilism and the East India Trade. London 1926.
- (Thompson, William:) Labour rewarded. The claims of labour and capital conciliated. By one of the idle classes. London 1827.
- Thornton, William T.: Overpopulation and its Remedy. London 1840.
- A Plea for Peasant Proprietors with the Outlines of a plan for their Establishment in Ireland. 1848, 2. ed. 1874.
  - Die Arbeit, ihre unberechtigten Ansprüche und ihre berechtigten Forderungen. Deutsche Ausgabe. 1869.
- Thurloe: State Papers. London 1742.
- Tirpitz, Alfred von: Erinnerungen. Leipzig 1920.
- Toland, John, s. James Harrington: Oceana.....
- Tooke, Th.: Thoughts and Details on the high and low prices of the last thirty years. London 1823.
- Torrens, Robert: The Economists refuted; or, an inquiry into the nature and extent of the advantages derived from trade. London 1808.
- An Essay on the External Corn Trade..... London 1815. New ed. 1829.
  - An essay on the production of wealth, with an appendix in which the principles of political economy are applied to the actual circumstances of this country. London 1821.

- Tout, Thomas F.: Political History of England 1216—1377. Manchester 1913.
- s. Hovell, Marc: The Chartist Movement.
- (Townsend, Joseph:) A dissertation on the poor laws. By a well-wisher to mankind. 1785, new ed. 1817.
- Toynbee, Arnold: Lectures on the Industrial Revolution in England. London 1884.
- The ancient trades decayed and repaired again. 1678.
- Trebellius Pollio, s. Scriptores historiae Augustae.
- Trelawny, Edward John: Adventures of a younger Son. 3 vols. London 1831.
- Trevelyan, George Macaulay: British History in the nineteenth century (1782—1901). London 1922.
- The life of John Bright. London 1913.
- Trotter, Reginald George: Canadian Federation. Toronto and London 1924.
- Trubetzkoi, Grigorij N. K.: Rußland als Großmacht. Stuttgart 1913.
- The naked truth in an Essay on trade. 1696.
- Tucker, Josias: An Essay on the Advantages and Disadvantages which respectively attend France and Great Britain with Regard to Trade. 4. ed. Glasgow 1756.
- Reflections on the present Matters in Dispute between Great Britain and Ireland. London 1785.
- Four tracts, together with two sermons, on political and commercial subjects. Gloucester 1774. 3rd. ed. London 1776.
- Tudor Economic Documents s. Tawney and Power.
- Tusser: Five hundred pointes of good husbandry. 1573. New ed. by W. Payne and Sidney J. Hertridge. Published for the English Dialect Society. London 1878.
- Unwin, George: Finance and Trade under Edward III. Manchester 1918.
- The Gilds and Companies of London. 2. ed. London 1908.
- Samuel Oldknow and the Arkwrights. The industrial revolution at Stockport and Marple. With chapters by Arthur Hulme and George Taylor. Manchester 1924. (Victoria University Manchester, Publications, No. 162.)
- Industrial Organization in the sixteenth and seventeenth centuries. Oxford 1904.
- Ure, H.: The Philosophy of Manufacturers; or, an exposition... London 1835.
- Hansisches Urkundenbuch. Hrsg. v. Hansischen Geschichtsverein. 10 Bde. Bd. 1—4. Halle 1876—96. Bd. 5—6, 8—11. München 1899—1916.
- Usher, Abbot Payson: An introduction to the industrial history of England. London 1920.



- Valentin, Veit: Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkriegs. Berlin 1921.
- Velly: Histoire de France. Paris 1766.
- Vinogradoff, Paul: The Growth of the Manor. London 1905. [2. Aufl. 1911.]
- Villainage in England. Oxford 1892.
- Vitae sancti Bonifatii, archiepiscopi Moguntini. Rec. W. Levison. Hannover 1905. (Scriptores rerum germanicarum.)
- Waitz, Georg: Deutsche Verfassungsgeschichte. 8 Bde. 1875/93
- s. Einhard, Otto von Freising.
- Wakefield, Edward Gibbon: A letter from Sidney. 1829.
- Colonisation of Australia. 1830.
- England and Amerika. 1833. 2 vols. New York 1834.
- A View of the Art of Colonisation, with present reference to the British Empire; in letters between a statesman and a colonist. London 1849.
- Walker, Francis: The Wages Question. New York 1905.
- Wallas, Graham: The life of Francis Place. London 1898. Rev. ed. 1918.
- s. R. C. Mills: The Colonisation.....
- Walpole, Horace: Memoirs of the reign of George III. Ed. by Sir Denis Le Marchand. 4 vols. London 1845. New ed. by G. F. Russel Barker. 4 vols. London 1894.
- Watkins: Gilberts Law of tenures, 5. ed. by Vidal. London 1824.
- Webb, Beatrice: Die britische Genossenschaftsbewegung. Hrsg. von Lujo Brentano. Leipzig 1894.
- Webb, Sidney: Preface to Hutchins, B. L.: History (s. d.).
- The story of the Durham Miners (1662—1921). London 1921.
- and Beatrice: The break-up of the Poor Law. London 1909.
- — English poor law policy. London 1910.
- — Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Übers. von Aug. Müller. Halberstadt 1924.
- — Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten. Übers. von Jeanette Cassau. Halberstadt 1924.
- — Industrial democracy. London 1897. 5. ed. 1920.
- — The Public Organisation of the Labour Market (Part I and II of the Minority Report of the Poor Law Commission). Edited with Introduction by Sidney and Beatrice Webb. London 1909.
- — The history of trade unionism. London 1911.
- Weber, Max: Römische Agrargeschichte. Stuttgart 1891.
- Zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter. 1889 und in: Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Tübingen 1924.

- West, Sir Edward: Essay on the application of capital to land, with observations..... London 1815.
- Weyer, O.: Die englische Fabrikinspektion. Tübingen 1888.
- Wheeler, J. A.: A treatise of Commerce. Middelburgh 1601. Zum Teil abgedruckt in: Tudor Economic Documents III. (s. d.)
- Whewell, William, s. R. Jones: Literary Remains.
- Whitworth, Sir Charles, s. Charles Davenant.
- Willelmi Malmesbiriensis Monachi De gestis regum Anglorum. Ed. William Stubbs, London 1889.
- Wilson, Andrew: The „Ever Victorious Army“. A History of the Chinese Campaign. London 1868.
- Wilson, Beckles: The Great Company, 1667—1871. 2 vols. London 1900.
- Wykes, Thomas: Annales Monastici. Ed. Luard. London 1869.
- Wyld, H. C.: The historical study of the mother tongue. 1906.
- Wyld: Humble Petition and Remonstrance. 1654.
- The People's Year Book and Annual of the English and Scottish Whole Sale Societies. London 1925.
- Young, Arthur: Political Arithmetic. London 1774. Part II, London 1779.
- The Farmer's Letters to the People of England. 3. ed. London 1771.
- A six months' tour through the North of England. 2. ed. London 1771.
- A six weeks' tour through the Southern Counties of England and Wales. London 1769.
- The Farmer's tour through the East of England. London 1771.
- An inquiry into the propriety of applying wastes to the better maintenance and support of the poor... Bury 1801.
- Travels in France. Ed. M. Betham-Edwards. London 1889.
- Voyages en France, par Lesage. Paris 1882.
- Young, Ralph A.: Great Britain's Recent Trend toward Protection. Philadelphia 1928.
- Zielenziger, Kurt: Die alten deutschen Kameralisten. Jena 1914. (Beitr. z. Gesch. der Nationalök. Heft 2.)
- Zimmermann, Alfred: Die Kolonialpolitik Großbritanniens. Berlin 1898.
- Zosimos: *Ἱστορία νέα*. Ed. L. Mendelssohn. Leipzig 1887.

# Namen- und Sachregister.

Bearbeitet von Sigfrid H. Steinberg.

## A.

- Aachen I: 77; II: 329, 348; III: 356.  
 Abbotsbury I: 174.  
 Abdul Hamid III b: 231.  
 Abdurrrhaman III b: 335 f.  
 Abercorn, Duke of III b: 282.  
 Aberdeen III: 76.  
 Aberdeen, Lord III: 494; III b: 75, 187.  
 Abessinien III b: 229, 298.  
 Abgaben s. Besitzwechsel, Besthaupt, Bürger, Carucagium, Erbfolge, Fines, Gebühren, Gilde, Heirat, Hidagium, Laudemium, Lehenwesen, Leibesabgabe, Merchetum, Naturalwirtschaft, Relivium, Schildgeld, Schutz, Scutagium, Stalagium, Stapelkaufleute, Steuer, Tallagium, Xenia, Zehent, Zoll.  
 Abingdon II: 68.  
 Aborigines Protection Society III b: 281, 283, 285.  
 Absatzstockung II: 129, 156, 205; III: 120, 149, 202, 204, 284, 405, 615 — s. a. Krise.  
 Absolutismus I: 255; II: 19, 22—25, 90, 113, 115, 373; III: 91, 107, 379.  
 Abukir III b: 228.  
 Ackerbau s. Landwirtschaft.  
 Acton, Lord II: 4.  
 Addington s. Sidmouth.  
 Addison, Joseph II: 60.  
 Adel I: 16, 57, 91 f., 103, 189; II: 20, 22 f., 26, 28, 38, 41, 52, 57, 101, 114 f., 275; III: 146, 158, 238 ff., 245 f., 382 f., 385 f.;  
 Adelherrschaft I: 204, 206 f., 223, 253 f., 255; II: 19, 32, 242, 394, 417; III: 42 f., 240, 254, 511;  
 Adel. Dienstadel I: 106; und Freimaurerei III: 335; Gerichtsbarkeit I: 189; und Grundbesitz I: 20 f., 54, 103, 120; II: 45, 49, 76, 83; III: 43 f., 208, 261; III b: 20 f.; Heiratsverbindung mit d. Bürgertum II: 68, 76 ff., 245 f.; III: 46; und Juden I: 201 f., 364, 369, 372, 374 f.; im Kampf mit den Gemeinen I: 258, 260 ff., 265; im Kampf mit dem König I: 123, 189, 191, 215, 260, 372, 374; III: 43; Kriegsdienstpflicht I: 189, 193, 202; Nachkommenschaftsvorsorgung III: 223, 256 f.; Parteien II: 32, 242; III: 378 f.; Verfassungsmonopoli III: 149. — s. a. Barone.  
 Adelstitelverkauft II: 27.  
 Administrative Counties III: 516.  
 Admiralität, Prisengericht der A. II: 226, 279, 280; — Amt II: 146.  
 Adoptive Acts III: 516, 634.  
 Adowah III b: 298.  
 Advisory Committee on Commercial Intelligence III b: 84 f.  
 Advokaten II: 50, 410; III: 232, 414 f., 599.  
 Aed Slane I: 22.  
 Ägypten I: 362; II: 185, 367; III b: 45, 85 f., 203, 228—238, 293—301, 421.  
 Ämter. Erblichkeit I: 150; — Verkauf II: 21.

- Ärmelkanal II: 146, 168; III: 187.  
 Ärzte I: 376; III: 316, 322, 554, 634; III b: 30, 302 f.  
 Aethelbith, König I: 103.  
 Äthelred II. I: 110, 112, 196, 289, 298, 390.  
 Athelstan I: 111, 112, 131, 160, 172, 180, 232, 242; II: 145.  
 Afghanistan I: 51; III b: 86, 310, 332—338, 518.  
 Afrika I: 363; II: 173, 181, 186, 201, 202, 308, 309 ff., 320; III: 104, 111, 116, 220; III b: 227—303, 506 f.;  
   Nord-A. I: 303;  
   Ost-A. III b: 86, 253—276;  
   Süd-A. III: 435; III b: 56, 81 ff., 87, 173—218;  
   West-A. III b: 78, 238.  
 Afrikaner III b: 175, 191;  
 — bond III b: 203 f., 211.  
 Ager principis I: 31.  
 — publicus I: 31; s. a. Volkland.  
 Agnaten I: 24, 89.  
 Agra II: 190, 192, 199.  
 Agrarkommission (1881) III b: 31.  
 Agrarstaat II: 55, 126, 239, 249, 361, 433; III: 42, 44, 511.  
 Agricultural Holdings Act (1883) III b: 22, 23, 24.  
 Ahmadabad II: 199.  
 Ajmere II: 199.  
 Aislabie, Schatzkanzler II: 324.  
 Akademikerwahlrecht III: 510.  
 Akamba III b: 260, 262.  
 Akbar, Großmogul II: 186, 190.  
 Aktiengesellschaft II: 120 f., 150, 173—177, 182 ff., 290, 297, 322 f., 385 f., 391 f.; III: 7, 90, 93, 101, 337, 513; III b: 205 f.  
 Akzise II: 29, 30, 33; III: 74, 98, 494.  
 Alamanen I: 65, 69.  
 Alam, Großmogul II: 352.  
 Alaun II: 258.  
 Alba, Herzog II: 113, 182, 364.  
 Albany III: 187.  
 Albert, G. III: 229.  
 Alberta, Provinz III b: 121, 125, 128.  
 Alcock, Sir Rutherford III b: 380, 411.  
 Alençon II: 364.  
 Alexander I. von Rußland III: 356.  
 Alexander VI., Papst II: 166, 185, 188, 193.  
 Alexander der Große II: 367.  
 Alexander Severus III: 28.  
 Alexandria II: 184; III b: 45, 237.  
 Altred, König I: 107, 111 f., 163, 170, 171.  
 Algeciras (Konferenz 1906) III b: 422 f., 425.  
 Alicant II: 344.  
 Alien weavers s. Webergilde.  
 Aliwal North (Vertrag) III b: 193.  
 Alkohol III b: 356, 409.  
 Allahabad II: 352.  
 Allan, W. III: 438, 551.  
 Allen (Quäker) III: 351, 357.  
 Allianz, Große I: 294; II: 275, 312 t.;  
   Heilige A. III: 90 f., 156;  
   — mit Flandern I: 319;  
   — mit Frankreich gegen Holland II: 339.  
 Allmende I: 53, 55, 68, 93, 105, 133, 156, 163; II: 70.  
 Allotment Act (1887) III b: 36.  
 Allotment's Extension Act (1882) III b: 34, 35.  
 Almosenwesen I: 332, 391, 393; II: 130 ff.; III: 139.  
 Alrestord III: 598.  
 Alter. Fürsorge III: 146, 583, 593—597, 605 f.;  
   — Versicherung III: 280, 284, 507 f., 559, 568, 583, 599, 606 ff., 620 f.;  
   — Versorgung III: 605 f., 608 f.  
 Altermänner I: 215 ff., 221, 225, 238, 253, 256 ff., 260, 264, 268, 270 f., 273, 275, 287, 300, 338, 340, 344, 359; II: 76, 218; III: 62, 517 f., 222 f.  
 Amboina II: 198, 201, 225, 338.  
 Amerika II: 91, 166, 182, 216, 300, 311, 312, 317, 327, 329 f., 368, 417; III: 100, 119, 153, 187, 188, 217 f., 220, 357; III b: 9 f., 13, 218;  
   Nord-A. II: 33, 302, 304 ff., 320, 329—336, 369; III: 74, 81, 85, 105; III b: 89, 117, 145;  
   Spanisch A. II: 182, 326;  
   Süd-A. II: 169, 369; III: 81, 90, 91, 92, 156; III b: 19, 50, 518.  
 — s. a. Vereinigte Staaten.

- Amerindier III b: 518.  
 Amiens I: 298.  
 Amira, Karl von I: 88, 95.  
 Amritsar III b: 499 f.  
 Amsterdam I: 298; II: 262, 292, 295; III: 11.  
 Anarchie I: 126, 187, 332; II: 56; III: 69, 111.  
 Andalusien II: 166.  
 Anderson (Chronist um 1740) III: 11 f., 39.  
 Anderson, James II: 399.  
 Angelsachsen I: 85—118; Abgaben I: 104; Ackerbau I: 103 f.; Eigentum I: 89, 98, 115; Gerichtsbarkeit I: 89; Gesellschaftsgliederung I: 87, 91 f., 106; II: 28; III b: 506 f.; Handelsschifffahrt I: 289; II: 145; Kolonat I: 70 f., 74, 106, 108, 113; Politische Verfassung I: 114 ff., 120 ff.; Sklaverei I: 106, 108, 113, 146 f.; Wirtschaftseinheit I: 88 f.  
 Anglikanische Nationale Gesellschaft III: 589.  
 Anglo Mexican Mining Co. III: 92.  
 Anleihen öffentlicher Körperschaften III: 165, 516, 631, 650;  
 — d. Staates II: 29, 34 f., 289, 318; III: 75 ff., 79 f., 97, 491 f., 495; III b: 39; — s. a. Konsols, Kredit, Krone.  
 Anna, Königin I: 358; II: 34, 266, 277, 312, 314, 394, 404; III: 20, 44, 52, 62, 382.  
 Anna von Kleve II: 23.  
 Ansiedlung, dortweise I: 54 f., 67 f., 97 ff., 154 ff.;  
 — hofweise I: 55, 67, 99, 157.  
 Anthemius, Kaiser I: 45.  
 Antimon II: 258.  
 Antwerpen I: 308; II: 66, 113, 152 f., 156, 157, 368.  
 Applegarth, R. III: 457 f., 551.  
 Appretur II: 112, 118, 157.  
 Appropriationsklausel II: 31.  
 Apprement II: 403.  
 Araber I: 73; II: 173, 185; III b: 246 f., 274.  
 Arabi, Ahmed Bey III b: 235—237, 296 f.  
 Arabien I: 303.  
 Arbeit. Angebot und Nachfrage III: 275, 281, 449 f.;  
 Arbeit. Bedingungen II: 128, 367, 377, 381 ff.; III: 53 f., 282 ff., 327, 392, 400, 445 ff., 469 ff., 529 ff., 536 f., 543, 546, 565;  
 — Börsen III: 360 f., 575;  
 — Gerichtsbarkeit I: 333; III: 487;  
 — Haus II: 437 ff., 443; III: 118, 124 f., 133 ff., 139 f., 158, 312, 584 ff., 592 f., 612 f., 615, 619 f., 624;  
 Anfänge der Lohn-A. I: 33, 146, 150, 280, 284, 328, 331 f.; II: 64, 80, 100, 105 f., 109, 125 f.; III: 283;  
 — Ministerium III: 482, 485, 486, 487, 617;  
 — Pflicht der Unbemittelten III: 264;  
 — Raum III: 54, 277 f., 285, 350, 532, 537, 544;  
 — Streitigkeiten III: 371, 439, 455 f., 465, 467, 483, 487 f., 552, 558 f.; III b: 50; s. a. Aussperrung, Einigung, Schiedsgerichte, Schlichtung, Streik;  
 — Teilung II: 65, 95 f., 365, 380 ff., 388 f., 419; III: 281 f.;  
 — Verhältnissarten II: 17; III: 268 f., 272, 281 ff., 384, 456;  
 — Vermittlung II: 441 f., III: 438, 440, 617 ff.;  
 — als Ware III: 267, 269—280, 285, 345, 439, 622;  
 — Zwang in den Kolonien III b: 264—266, 273 f.;  
 Arbeiter, Angelernte A. III: 555; Gelernte A. II: 389; III: 284, 298;  
 Ungelernte A. III: 295, 469, 473, 553, 555, 560 ff., 576 f.;  
 — und freier Arbeitsvertrag III: 311, 384 f.;  
 Auswanderungsverbot t. gelernte A. III: 298;  
 Abhängigkeit vom Arbeitgeber III: 54, 276—280, 286, 308, 337, 345; III b: 30, 32;  
 — Bestrafungen I: 332; III: 291 ff., 295, 299 f.;  
 Bildung d. A. III: 278, 324, 530;  
 Deportation aufständischer A. III: 159, 578;  
 Entstehung der modernen A.-



- klasse II: 382, 413, 417 f.,  
III: 53, 283;  
Arbeiter. als Erfinder III: 50 f.;  
Familienauflösung III: 53 f.;  
— und Freihandel III: 389;  
Freizügigkeitsbeschränkung  
II: 265 f.;  
Labourers' Friend Society  
III b: 17, 33;  
— Genossenschaft III: 424;  
Gesundheitsgefährdung III:  
277 f., 324, 394, 396, 530;  
Gewerbewechsel III: 274 f.;  
Gewinnbeteiligung III: 385,  
481 f.;  
Hausbesitz III: 629, 640, 649;  
Hilfsskassen III: 337;  
Koalitionen II: 124, 380; III:  
69, 148 f., 156, 288—306, 338;  
Arbeitshaus als Konkurrenz  
II: 439;  
Lehrlinge als Konkurrenz III:  
284;  
Soziale u. wirtschaftliche Lage  
I: 393; III: 212 f., 216, 266,  
273, 276—286, 306, 428 f.,  
441, 446 f., 529—533, 540,  
561, 576; III b: 490 f.;  
Landbesitz III b: 16, 31, 33;  
Leistungssteigerung III: 546;  
Entstehung des Lohnarbeiter-  
standes I: 33, 146, 150, 280,  
283 f., 328, 331 f.; II: 64, 80,  
100, 105 f., 109, 125 f.; III:  
283;  
Londoner A.-Gesellschaft III:  
367;  
Anfänge politischen Macht-  
strebens III: 306, 376, 455,  
457;  
— Mangel I: 284; III b: 65—81,  
137;  
— und Parlamentsreform III: 148  
—155, 325, 366;  
Produktionsmittelbesitz III:  
419, 430;  
— für Schutzzoll III: 389;  
— und Sektenwesen II: 232; III:  
54;  
Selbsthilfe III: 295;  
Siedlungen III: 384 f., 614,  
630;  
Sittlichkeit III: 54, 278, 396 f.,  
530, 540;  
Solidarität III: 561, 563, 581;  
— und Sozialismus III: 557, 559;  
Arbeiter. Unruhen III: 121, 152,  
202, 305, 324 f.;  
Versicherung III: 280, 284,  
331—346, 507 f., 559, 568 f.,  
609 ff., 619—625;  
Wahlrecht III: 162, 286, 325,  
366, 500 f., 539, 616; III b: 18;  
— Wohnung s. Wohnung;  
— in Australien III b: 169 f.;  
— in Indien III b: 350;  
— in Neuseeland III b: 171 f.;  
— in Rhodesia III b: 287 f., 289 f.;  
— in Uganda III b: 274;  
— s. a. einzelne Berufsgruppen.  
Arbeiterinnen s. Frauenarbeit.  
Arbeiterpartei s. Labour Party.  
Arbeiterschutz III: 307—330, 389  
—410, 526—549;  
— für Landarbeiter III b: 34;  
— für Seeleute III: 307 f.;  
— in der Textilindustrie III: 310,  
330, 402 f.;  
— in den Kolonien III b: 265,  
350;  
— in New Lanark III: 350;  
— s. a. Arbeitslose, Arbeitsver-  
trag, Arbeitszeit, Fabrikge-  
setzgebung, Fabrikinspek-  
tion, Frauen, Jugendliche,  
Kinder, Schlichtung, Truck-  
system, Unfall, Versicherung.  
Arbeitgeber, Stellung zum Ar-  
beiter III: 34, 279 f., 286,  
311, 337, 345, 387 f., III b:  
30, 32;  
Einseitige Regelung der Ar-  
beitsbedingungen III: 53 f.,  
273, 283 f.;  
— und Arbeitsvertrag III: 273,  
276 ff., 310, 456;  
Beiträge zur Arbeiterversiche-  
rung III: 609 f., 619, 621 ff.;  
— und Fabrikgesetzgebung III:  
311, 329, 390, 405 ff., 528,  
530, 532;  
— als Friedensrichter II: 127,  
246 f., 380, 442; III: 44, 51,  
311, 408, 511;  
— und Gesetzgebung III: 52;  
— und allgemeiner Gewerkver-  
einsbund III: 301;  
— und Haftpflichtgesetz III: 603;  
Herkunft des modernen A.  
III: 50 ff.;  
Koalitionsverbot für A. III:  
267, 293 f.;

- Arbeitgeber und Lehrlingsgesetz II: 128;  
 Leistungsfähigkeit der A. III: 546;  
 — und Schulpflicht III: 589;  
 Soziale Einrichtungen der A. für Arbeiter III: 137, 277, 285, 530, 630 ff.;  
 Sonderinteressenpolitik III: 512;  
 Verein zur Wahrung der Interessen der A. III: 460 f.  
 Arbeitslose, Arbeitslosigkeit II: 129 f.; III: 124 f., 149, 284, 559, 611—620, III b: 467, 490;  
 — durch Absatzstockung II: 129 f., 156, 205; III: 120, 149, 204, 615, 625;  
 — und Außenhandel III b: 453;  
 — in Australien III: 576;  
 Auswanderung d. A. III: 614;  
 — in der Baumwollindustrie III b: 451 ff.;  
 — im Bergbau III b: 486;  
 Beschäftigung d. A. II: 135; III: 611—617, 645;  
 — während des amerikanischen Bürgerkrieges III: 600;  
 — durch Einhegung II: 86, 129 f.; III: 119 f., 612;  
 — Gesetz (1905) III: 523, 615 ff.;  
 — nach 1815 durch Heeresauflösung III: 88, 120;  
 — durch deutsche Kohlenlieferung III: 625;  
 — durch Krisen III: 88, 149, 191, 202, 284, 557, 612, 614, 622;  
 — und Schutzzölle III b: 449, 451 ff.;  
 — durch technischen Fortschritt III: 119, 612;  
 — Unterstützung III: 290, 345, 437 ff., 555, 614 ff., 619, 622;  
 — Versicherung III: 507 f., 609, 611, 618 ff.; III b: 490 f.;  
 — nach dem Weltkrieg III: 624 f.; III b: 449, 451 ff., 467, 486, 490 f.  
 Arbeitsvertrag III: 263—287, 432 — 459, 460—489;  
 — Bruch III: 310, 456, 549;  
 freier A. III: 268—288, 292 f., 331, 384 f., 393, 404, 436;  
 auf Grund d. Gleichberechtigung III: 266, 273, 281, 384 f., 436, 456;  
 Arbeitsvertrag als Herrschaftsvertrag III: 273, 309;  
 — als Kaufvertrag III: 270, 272 ff., 436;  
 — kollektiver III: 299 f., 466 ff., 475;  
 — staatlich geregelter III: 266, 311, 393, 457, 464;  
 — im Lehrlingsgesetz II: 126 f.  
 Arbeitszeit. Im Bergbau III: 286, 395, 540, 544 f., 564;  
 — für Frauen III: 309, 402, 404 f.;  
 — für Jugendliche III: 309, 323, 330, 404 f., 530;  
 — in Indien III b: 350;  
 — für Kinder III: 316, 318 t., 320 f., 330, 390, 395, 402, 530, 540;  
 — für Landarbeiter III: 553; III b: 465, 468;  
 — im Lehrlingsgesetz II: 127; III: 265;  
 — und Leistung III: 546; III b: 491;  
 — Festsetzungen der Lohnämter III: 486;  
 Neunstundentag III: 452, 534;  
 Achtstunden-A. und weniger III: 330, 544 f., 560, 564;  
 Zehnstundentag III: 320 t., 326 ff., 390, 401, 403—410, 498, 528 f., 550;  
 über zehn Stunden A. II: 389; III: 54, 265, 316, 319, 323, 330, 350, 408 t., 533; III b: 350;  
 Nachtarbeit III: 278, 286, 315, 319, 330, 529, 538; III b: 350;  
 — Beschränkung am Sonnabend I: 246; III: 452;  
 Sonntagsarbeit I: 104, 246; II: 107 f.; III: 307, 321, 330;  
 — Verlängerungen III: 274 ff., 286, 577;  
 — in Westindien III: 327;  
 — s. a. Gewerbeferien, Schichtwechsel.  
 Arbois de Jubainville, Henri d' I: 95.  
 Arcadius I: 44.  
 Arch, Joseph III: 553; III b: 31 f., 37.  
 Archangelsk II: 174.  
 Argenson, Marquis d' HI: 236.  
 Argentinien III b: 13.  
 Argyll, Herzog von II: 52.

- Aristokratie II: 55; III: 247, 251, 253, 260 f.; — s. a. Adel.
- Aristoteles II: 56.
- Arkadien II: 278, 314; — s. a. Neuschottland.
- Arkanien II: 174.
- Arkwright, Richard II: 377, 383, 384; III: 50, 313; III b: 349.
- Armada II: 150, 182, 227.
- Armagon II: 199.
- Arme. Ansiedlung auf Gemeinde-  
land II: 433 ff.;  
arbeitsfähige A. II: 136, 137, 439; III: 118 f., 134 f., 583, 612 f.;  
arbeitsunfähige A. II: 133, 136, 439; III: 118 f., 133, 136, 583, 594;  
Beschäftigung von A. II: 135 f., 265; III: 125 f., 134, 354, 612 f., 615;  
Bettellizenz für A. II: 132;  
Herbergen für A. III: 614;  
Kolonisation durch A. III b: 64, 138;  
im mosaischen Recht III: 137 f.;  
Schulen für A. III: 585;  
Spitäler für A. II: 135; III: 593;  
Strafen für A. III: 118, 124 f.;  
Ursachen der Armut II: 82, 435, 439;  
Verkauf von A. III: 53, 127;  
Versicherungssystem III: 342;  
Verweisungsrecht der Kirch-  
spiele III: 128, 136 f.;  
— s. a. Pauper.
- Armengesetzgebung II: 130—137  
264 f., 436—444; III: 118—  
125, 131, 133, 136 f., 162,  
312, 332, 336, 398, 512, 582,  
593, 614 f.; III b: 32.
- Armenhaus II: 136, 246, 441;  
III: 119, 124, 312 f., 612 f.
- Armenien II: 174.
- Armenpflege, Armenverwaltung  
II: 433—445; III: 118—140,  
594—596, 612—615;  
Abschreckung in der A. III:  
124 f., 133, 331, 347, 582,  
594, 613;  
Armenaufseher (Overseers) II:  
137, 265, 436 f., 441 ff.; III:  
127, 130;  
Armenpfleger (Guardians) II:  
441; III: 119, 130, 585 t., 615;
- Armenpflege, Inspektoren (Visi-  
tors) II: 441; III: 592, 595,  
613;  
Beurteilung d. A. II: 131 f.;  
III: 137 f., 595;  
Friedensrichter in der A. II:  
132 f., 136 f., 246, 436 f., 441 ff.;  
Beherrschung d. A. durch  
Grundbesitzer und Pächter  
III b: 37;  
Kinderfürsorge II: 136, 441;  
III: 53, 312 ff., 398, 584 ff.;  
Kirchliche A. I: 389 ff.; II: 83,  
130, 133, 436 ff.; III: 137 ff.;  
Kosten II: 266, 433, 435, 439,  
440; III: 129 f., 338, 600,  
624 f.; III b: 33;  
und Landarbeiter - Kleinbesitz  
III b: 33;  
Lokale A. I: 389 f.; II: 135 ff.,  
436—441; III: 125 f., 128,  
133 ff., 523, 584;  
Luthers A.-Programm II: 131 f.;  
Mißbräuche III: 125 f., 130,  
132, 313;  
Owens System III: 354 f.;  
Reform um 1700 II: 436 f.;  
Zuschuß der A. zu Gemeinde-  
schulen III: 590;  
Untersuchungskommissionen  
III: 123, 125 f., 131 ff., 312,  
343, 353 f., 582 f., 593 ff., 605,  
609, 624;  
Zentralbehörde III: 133, 583,  
585;  
— s. a. Speenhamland System.
- Armensteuer II: 135 ff., 265, 436,  
441, 444; III: 119, 123, 125,  
129, 313, 337, 340, 625.
- Armenunterstützung. Für Arbeits-  
lose III: 284;  
Arten der A. III: 127;  
außerhalb des Armenhauses  
III: 125, 127, 131, 134, 136,  
594 ff., 612;  
Wegfall bei Weigerung, ins  
Arbeitshaus einzutreten II:  
438 f., 443; III: 118;  
durch Wohnungsmiete III: 127.
- Arnold, Lord III b: 459.
- Arnold, Arthur III: 256.
- Arnold von Brescia I: 258.
- Aron von Lincoln I: 369.
- Artois I: 307.
- Asbest III b: 217.
- Aschantis III b: 228.
- Ash, John II: 214.

- Ashkenazim III: 62, 63f.  
 Ashley, Lord (Shaftesbury, Lord)  
   II: 267; III: 328, 391f., 399,  
   401—404, 410, 493, 529, 539,  
   550, 631.  
 Ashley, Sir William James I: 95,  
   386, 390; II: 86, 269; III b:  
   503.  
 Ashton III: 374.  
 Ashworth, Henry III b: 416.  
 Asien II: 170, 173f., 186, 201,  
   202, 300, 337, 346 III: 220;  
   III b: 506;  
   Ostasien II: 184f., 338; III b:  
   373—412.  
 Askwith, Sir George III: 482.  
 Asquith, Lord Herbert III: 502,  
   504, 507f., 560, 568, 581,  
   604; III b: 58, 423, 428f.,  
   432f., 435, 444, 446f., 503.  
 Aspley Guise II: 71.  
 Assisen II: 380; III: 371, 374.  
 Assisum per consilium fidelium  
   nostrorum s. quindecima.  
 Assize of arms I: 190.  
 Association for promoting indus-  
   trial and provident societies  
   III: 421, 424f.  
 Associations s. Handelsgesell-  
   schaften.  
 Assoziationsprinzip, des christ-  
   lichen Sozialismus III: 415,  
   421, 424f.;  
   — der mittelalterlichen Klöster  
   III: 426;  
   — französisches III: 419.  
 Astbury II: 365.  
 Aszendenz im Erbrecht III: 226,  
   250.  
 Atholl, Herzogin von II: 439.  
 Atkins, Sir J. II: 305.  
 Attorney, General III: 599.  
 Attwood, Thomas III: 157.  
 Auckland (Neuseeland) III b: 154,  
   163.  
 Audh III b: 311, 324f.  
 Auerbach, Emil III: 468, 471.  
 Augsburg I: 60; II: 362, 363,  
   368.  
 Augustinus, Mönch (um 600) I:  
   390.  
 Augustinus, Aurelius I: 44.  
 Augustus, Caesar Octavianus I:  
   25, 30.  
 Aulnagers s. Ellenwarte.  
 Aurangzeb, Großmogul II: 190,  
   340, 343f., 349, 368.
- Ausfuhr I: 198f., 211, 214, 230,  
   266, 296, 300 ff., 306, 309f.,  
   312f., 315, 320, 376; II: 68f.,  
   75, 77, 87, 90 ff., 150, 153,  
   157f., 162, 165, 186, 192,  
   196, 202, 215, 219, 249, 254,  
   258f., 269f., 273, 276f., 292,  
   339, 346, 370, 385f., 394;  
   III: 10, 12, 73, 80, 85f., 93,  
   99f., 168, 219f.; III b: 19,  
   40f., 59f., 116, 170 ff., 192,  
   481f., 492, 510;  
   — Prämie für Getreide II: 93,  
   270, 273f., 277, 394f.; III:  
   192, 193;  
   — Verbot I: 211, 314, 317f., 355,  
   II: 8 ff., 87f., 90 ff., 112, 118,  
   153, 157, 209, 211, 257, 267,  
   274; III: 7f., 298.  
   — s. a. Handel, Lizenz, Mono-  
   pol, Stapel, Zoll.  
 Aussperrung III: 293, 423, 460 ff.,  
   476, 542, 554.  
 Austerlitz III: 72.  
 Austin, John III: 58, 247.  
 Australien (Neuholland) II: 194,  
   312; III: 159, 188, 220, 435,  
   480, 561, 569, 576; III b: 32,  
   50, 56, 81—87, 129—172, 174,  
   208, 210, 214, 243, 245, 435,  
   506, 516;  
   Südwest-A. III b: 65;  
   West-A. III b: 130, 134f., 160,  
   165;  
   Süd-A. III b: 130, 141—146,  
   160;  
   Freie Ansiedler III b: 130, 131,  
   134, 137, 164;  
   Arbeitsgesetzgebung III b: 169;  
   Arbeitslosigkeit III: 576;  
   Ausfuhr III b: 170f.;  
   Beamte III b: 130, 134, 143;  
   Einfuhr III b: 170f.;  
   Einwanderung III b: 133, 137f.,  
   164, 172;  
   Landverhältnisse III b: 134f.,  
   140, 143;  
   Staatliche Produktionsförde-  
   rung III b: 170;  
   Rechtspflege III b: 131f.;  
   Sozialdemokratische Regierung  
   III: 576;  
   Sträflinge III b: 85, 129—134,  
   137, 143, 164f.;  
   Straßenbau III b: 130f.;  
   Südaustralische Landkompanie  
   III b: 142;



- Australien.** Südaustralisches Siedlungsgesetz 1834 III b: 143;  
Verfassung III b: 132 f., 160 ff.;  
Verwaltung III b: 131 f., 139 f., 142 ff.;  
Zentralisationsbestrebungen III b: 166 f.
- Auswanderung, gelernter Arbeiter** III: 298;  
— Arbeitsloser III: 450, 614;  
— enteigneter Bauern II: 417;  
— der Irländer III: 492;  
— Verbot für Juden I: 375;  
— in die Kolonien II: 302 f.; III b: 71 ff.;  
— und Löhne III b: 6, 32;  
— Unterstützungen III: 136.
- Ausweisungsgesetz (1795) II: 440.**  
Autarkiestreben II: 217, 304, 306, 398 f.; III: 6, 200 f., 212.
- Auxilium I: 125.**  
Auxilium, novum s. Custuma.  
Avebury, Lord III: 524.  
Averagium s. Fuhrenpflicht.  
Aves, Ernst III: 480.  
Aylesford I: 86.  
Ayub Khan III b: 336.  
Azincourt I: 213; II: 18.
- B.**
- Babar, Zahirrudin Mahmud II:** 189 f.
- Babiere II: 63.**  
**Babylon** 32, 58, 362.  
**Backsteine** III: 492.  
**Bacon, Francis (Lordkanzler) II:** 4, 37, 45 f., 54, 84, 227, 233 f., 236; III: 23, 229, 234.  
**Badajoz** III: 120.  
**Baden-Powell I: 95.**  
**Bäcker, Bäckerei I:** 242, 244, 332, 357 f.; II: 63, 96; III: 427, 485, 529.  
**Baernreither, J. M. III: 336.**  
**Baeyer, Adolf von III b: 348.**  
**Baffinsbai II: 302.**  
**Bagot, Gouverneur von Kanada III b: 113.**  
**Bahadur III b: 326.**  
**Bahlol, Sultan II: 189.**  
**Bahn, Bahnen.**  
— Arbeiter III: 469, 473, 577;  
— Bau III: 171 f., 174—180, 492;  
Staatsb.-System Deutschlands III: 182;  
Eisenb. III: 168—183; III b: 6;  
Bahn, Bahnen.  
Erste Eisenb. III: 170;  
Fahrpreise III: 178 f.;  
Gegnerschaft gegen B.-Bau III: 172, 174 ff.;  
— Gesellschaften III: 175 ff., 181;  
Eisenb.-Gesetze III: 175, 179 f.;  
Haftpflichtgesetz III: 604;  
— in Indien III b: 341, 343 f., 349, 353, 355;  
Konkurrenz der B. III: 177 ff.;  
Landkauf f. B.-Bau III: 174 ff.;  
— Monopol III: 177, 181;  
— Netz III: 183;  
— in Nigeria III b: 248 f.;  
Eisenbahnerorganisation III: 562, 566, 567;  
— in Ostafrika III b: 257 f.;  
Parlamentsgenehmigung für B.-Bau III: 169 f., 175 f.;  
Pferdeb. III: 170, 473;  
Schienenwege III: 169 ff.;  
Spekulation im B.-Bau III: 179 f., 492;  
Taff Vale Eisenb. III: 566;  
Trambahn III: 169, 170.
- Baiern I: 60, 65, 332; II: 59.**  
**Bailey, Philosoph III: 58.**  
**Bailiff (bailivus) I: 149, 197, 243, 323.**  
**Baines, Edward II: 369, 377.**  
**Baker, Robert III: 324, 534.**  
**Baker, Sir Samuel III b: 229.**  
**Bakewell II: 396 f.; III: 213.**  
**Baldwin (Erstminister) III b: 449 ff., 458 ff., 472, 486.**  
**Balfour, Arthur (Erstminister) III b: 56—60, 211, 446, 462.**  
**Balfour, Gerald III b: 446.**  
**Ball, John I: 335, 338 f.**  
**Ballin, Albert III b: 431.**  
**Baltimore, Lord II: 303; III b: 143.**  
**Bamford, Samuel III: 152.**  
**Bancroft II: 309 f., 332.**  
**Bandainseln II: 197, 201.**  
**Bank, Banken III: 72—102;**  
Aktiengesellschaft II: 297, 391;  
III: 93, 101;  
Ausländische B. II: 295, 320 f.;  
III: 100;  
Bankiers I: 302; II: 30, 286 ff., 289;  
Haus Baring Brothers III: 100, 505;  
Genossenschaftsb. III: 423;



## Bank, Banken.

- Gesetze (von 1826, 1833) III: 99 f., 102;
- von Irland und Schottland III: 102;
- Landb. II: 294 f., 297;
- Noten s. Noten.
- Peelsche B. akte (von 1844) II: 296; III: 100, 491 f., 495, 503 ff.;
- Privatb. II: 297;
- Provinzb. III: 78, 86, 89, 92 f., 99, 102;
- s. a. Sparkassen, Depositen-geschäfte.
- Bank von England II: 283—299;
- Edelmetallreserve III: 78, 80, 100 f.;
- Filialen III: 93;
- Gegnerschaft gegen die B. II: 291, 295, 297 f.;
- Gründung II: 289 ff.;
- und der Handelsvertrag mit Frankreich von 1713 II: 315 f.;
- Kredit an die Regierung II: 291, 295—299; III: 78, 80, 92, 100;
- und die Krise von 1836—1839 III: 99 ff.;
- und Landbank II: 295;
- Monopolstellung II: 297 f.;
- Notenausgabe III: 78, 88, 93, 101 f., 290, 296 f., 299, 495.
- Noteneinlösung II: 291, 436; III: 78, 81, 88 f., 102;
- Panik von 1797 III: 78;
- von 1857 III: 495;
- von 1866 III: 504;
- von 1890 III: 505;
- Privilegien II: 291, 296 ff., III: 80, 101 f.;
- Reservefond II: 298;
- Steuerfreiheit II: 297;
- u. Südseegesellschaft II: 318, 321, 323 f.
- Bannrechte I: 132 f., 222, 223.
- Bantam (Java) II: 199, 338.
- Bantry II: 249.
- Baptisten II: 232.
- Barbados II: 303, 308; III b: 63, 85, 222, 226;
- Barborton III b: 205.
- Barbon, Nicholas II: 10, 276; III: 14 f., 19 f.
- Barbosa, Duarte II: 187, 368.
- Barcelona II: 165.
- Barchent II: 367 ff., 375 f.

- Bardi (Geschlecht) I: 204, 300, 302; II: 158.
- Baring, Finanzminister III: 77, 97.
- Baring, Evelyn s. Cromer, Lord.
- Baring, Francis III b: 148.
- Barkly, Sir Henry III b: 197, 224.
- Barnes, Sir George II: 180.
- Barnstaple I: 221.
- Barone I: 120 ff., 188 ff., 192 ff., 201 f., 204, 206, 212, 260, 304, 317, 325; II: 19 f., 76;
- Geistliche B. I: 106, 189, 194;
- Kriege der B. I: 223, 325, 374 f.;
- s. a. Adel.
- Bar-sur-Aube II: 170.
- Bartholomäusnacht II: 114.
- Barton I: 198.
- Basutoland, Basutos III b: 184—186, 192 f., 214.
- Batavia II: 194.
- Bateman, Lord III b: 43.
- Bateman, John III b: 140.
- Bath II: 231.
- Batum III b: 232.
- Bau. Ämter von London III: 521;
- Arbeiter III: 290, 301, 451 f., 462 f.;
- Ausschüsse III: 647 f.;
- Dichte III: 633;
- Einigungswesen i. B.-Gewerbe III: 465 f.;
- Genossenschaft III: 426;
- Gesellschaften III: 628 ff.;
- Haftpflicht III: 604;
- Handwerker I: 359; II: 117;
- Kosten nach dem Weltkriege III: 645;
- Lohnwesen III: 451 f., 478;
- Spekulation III: 628;
- Städtisches B.-Wesen III: 628, 634 f., 638;
- Italienischer B.-Stil III: 334;
- Unternehmer II: 98 f.;
- Whitley Räte III: 485;
- s. a. Wohnung.
- Bauer, Stephan III: 15.
- Bauern. Freie I: 107 ff., 131 ff., 137 f., 140 f., II: 73;
- Hörige I: 108 ff., 127, 131 f., 156, 328, 331 f.;
- Unfreie I: 135 ff.;
- Abgaben I: 108 f., 137 f.; II: 73;
- Dienste I: 109, 131 f., 152 f., 331 f., 334;
- Besteuerung I: 47, 336; II: 45;

- Bauern.** Gerichtsdienst I: 148 f.; II: 45;  
Kriegsdienst II: 45, 47 f.;  
Aufstand von 1381 I: 223, 276, 333, 337—345, 354;  
Aufstände von 1536—1568 II: 83 f.;  
— Befreiung I: 345;  
Freibrief I: 341;  
Erbrecht III: 241;  
Rechtsstellung I: 131 ff., 135 ff.; II: 403;  
— in der Politik II: 26, 44 f., 245; III: 42;  
Nachkommenschaft I: 138 f.;  
Nebenerwerb I: 34, 267; II: 365, 379, 416;  
— als Wirtschaftseinheit I: 346;  
— und Grundherren als Wirtschaftseinheit I: 109 ff.;  
— Vertreibungen II: 74, 80, 129, 417; III: 47, 53, 119 f.;  
Ansiedlung der Nachkommenschaft der Lehnleute als B. I: 327;  
Ansiedlung vor dem Weltkrieg III b: 23, 25, 38;  
Vernichtung d. B.-Standes I: 47; II: 94, 130, 400 f., 408 ff., 413 ff.; III: 148, 208 f., 241 f., 251; III b: 8;  
Herkunft der modernen Arbeitgeber aus dem B.-Stand III: 50;  
— Legen II: 5, 74 f., 80, 90, 286, 393, 404, 406 ff., 439; III: 119, 194, 241, 338, 626; III b: 8, 511 f.;  
Frankreichs B. im 18. Jahrh. III: 235;  
— in Indien II: 186; III b: 346 f.;  
— in Kanada III b: 93, 95;  
— von Kent I: 137 ff.;  
— s. a. Freie, Grundbesitz, Halbfreie, Hörige, Land, Unfreie.  
**Baumwolle.** Einfuhr II: 369, 375, 376 f., 385; III: 149;  
Einfuhrzoll III: 320 f.;  
Ägyptische B.-Produktion II: 367;  
Afrikanische B.-Produktion III b: 217, 243, 251, 272, 274 f., 290;  
Indische B.-Produktion III b: 313, 318, 348—353;  
Westindische B.-Produktion III b: 226.  
**Baumwollgarn** II: 369, 381 ff.; III: 217 f.  
**Baumwollgewebe.** Verbrauchsverbot s. Kaliko-Act;  
Asiatische B. II: 346;  
Indische B. II: 186, 201, 367—376, 382;  
— s. a. Barchent, Kaliko, Kattun, Textilwaren, Musselin.  
**Baumwollindustrie.** Anfänge der engl. B. II: 367—385;  
Überlegenheit der engl. B. III: 217 f.;  
— und Kontinentalsperre III: 149;  
— nach dem Weltkrieg III b: 451, 453;  
Dampfmaschinen III: 317, 319 f.;  
Hausindustrie II: 377 f., 380 f.;  
Arbeiterschutz III: 528 ff.;  
Kinderschutz III: 316, 323, 402;  
Lohnwesen III: 474, 478, 485;  
Schiedsgerichtswesen III: 469, 474;  
— Arbeiter II: 369; III: 289, 301, 551 f., 554, 563 f.; — s. a. Spinner, Weber.  
Indische B. II: 367—384; III b: 348—353;  
Schweizer B. III b: 414;  
Baxter III: 105.  
Beaconsfield, Lord s. Disraeli, Benjamin.  
**Beamte.** Bischöfliche B. II: 76;  
Dorf-B. I: 101 f., 112 f., 150;  
Grafschafts-B. I: 106, 116, 224 f.; II: 128, 246; III: 133, 511, 517 f.;  
Stadt-B. I: 27, 163 f., 180 f., 183, 225 f., 234, 254, 277; III: 511;  
Kron-B. I: 111 f., 273, 356; II: 76 f.; III: 511;  
Gerichts-B. I: 149, 243; II: 246 f.; III: 474;  
Kolonial-B. III b: 63;  
Münz-B. II: 216;  
Polizei-B. III: 618, 621, 634;  
Schatzamt-B. I: 124 f., 189; II: 216;  
Steuer-B. I: 243, 336;  
Zoll-B. I: 122, 197 ff.; II: 216;  
Bergbau-B. III: 541, 543 f.;  
Gewerkvereins-B. III: 448;  
Gilde-B. I: 238;

- Beamte. Grundherrschafts-B. I: 112 f., 149, 323, 329;  
 der engl.-ostindischen Kompanie II: 201, 204, 347 f., 350, 353 f.;  
 Konsumvereins-B. III: 414, 424, 430 f.;  
 römische B. I: 27, 30, 35, 44, 64;  
 Anfänge der B.-Besoldung II: 247; III: 133, 474, 517 f.;  
 Entstehung des Berufs-Beamtentums III: 512;  
 Verleihung v. B.-Stellen an Parlamentsmitglieder III: 141;  
 Adelsnachkommenschaft als B. III: 230;  
 Ausschluß v. d. Arbeitslosenversicherung III: 618;  
 B.-Organisationen III: 562;  
 Parlamentsdirektiven für B. III: 512;  
 — s. a. Bailiff, Ealdorman, Ellenwarte, Firmarius, Mayor, Messor, Portgerefa, Schulze, Seneschal, Sheriff, Tungerefa.
- Beaufort, Herzog von II: 342.
- Beauvais I: 298.
- Beccaria III: 59.
- Beda I: 87, 88, 89, 159 f., 288 f.
- Bedford, Herzog von II: 399; III: 175; III b: 27.
- Bedfordshire II: 86.
- Beer, G., L. II: 212 f.
- Beer, M. III: 556.
- De Beers III b: 193.
- de Beers, Familie III b: 175.
- Beesley, Professor III: 458 f.
- Begnadigungsverkauf II: 21.
- Begräbnisgelder und -kassen III: 599 ff., 605.
- Begums von Audh II: 359.
- Beit III b: 281.
- Bekket, Thomas I: 130.
- Belgien I: 4, 41, 65; II: 281; III: 100, 157, 176, 205, 561, 625; III b: 13, 218, 238—242, 428 f., 435.
- Bell, Graham III b: 2.
- Beller, John III: 354.
- Belutschistan III b: 310.
- Benbow, William III: 304, 371.
- Beneficium s. precarium
- Benevolenzen II: 20 ff.
- Bengalen II: 187, 190, 199, 340, 349 ff., 355 f., 358.
- Bentham, Jeremias II: 244, 443; III: 57 ff., 66, 68 f., 151 f., 155, 242 f., 247, 296, 320, 351; III b: 61 f., 65, 66, 71, 76, 101.
- Benthamiten III b: 64, 65, 75, 215 — s. a. Utilitarismus.
- Bentinck, Lord William III b: 311, 314 f., 318, 348, 357 f., 406.
- Berchtold, Graf III b: 434.
- Bergarbeiter. Arbeitslosigkeit III b: 486 f.;  
 Aufstand in Wales 1839 III: 371;  
 Deutsche B. in England II: 362, 386;  
 Gesundheitsgefährdung III: 394, 396;  
 Jugendliche B. III: 395;  
 B. im Kampf um die Besserung ihrer Lage III: 539 ff.;  
 Leibeigenschaft III: 104;  
 Organisationen III: 449, 481 f., 551, 554, 564, 577;  
 als erste Arbeitervertreter im Parlament III: 455, 457, 539;  
 Streiks II: 387; III: 472 ff., 480 ff., 578;  
 Zahl III: 538.
- Bergbau. Aktiengesellschaft II: 391 f.;  
 Arbeitszeit III: 286, 395, 540, 544 f., 564;  
 Arbeitszeit und Produktionssteigerung III: 546;  
 — in Australien III b: 169;  
 Deutscher B. III: 393; III b: 48;  
 — Einnahmen der Grundeigentümer III: 508;  
 — Einkünfte der Krone I: 121, 301; II: 385;  
 Frauenarbeit III: 393—399, 538 f., 545;  
 — Gesellschaften II: 258; III: 92;  
 — Gesetzgebung III: 399, 535, 538—546, 550, 589;  
 Zustand der Gruben III: 394;  
 Oberaufsicht des Handelsministeriums III: 545;  
 — Inspektion III: 399, 539, 542, 545;  
 Kapitalismus II: 64, 385;  
 Kuxe im Erbrecht III: 225;  
 Kinderarbeit III: 392—399, 539 f., 545;

- Bergbau. Lehrlingswesen III: 539;  
Lohnsystem III: 397 ff., 449,  
481 f., 485, 539, 541 ff.; —  
s. a. Truck;  
— Nigeriens III b: 252;  
— Privilegien II: 285, 362, 385;  
Römischer B. I: 27;  
Rückständigkeit des B. im  
17. Jahrh. II: 256 f., 362 f.;  
— u. Schutzzölle II: 274;  
Unfälle III: 539, 542 ff., 604;  
Verkehrsverbesserungen u. B.  
III b: 5;  
Zwischenmeistersystem III:  
397 f.;  
— s. a. Blei, Edelmetalle, Eisen,  
Gold, Silber, Kupfer, Kohle,  
Salpeter, Salz, Zinn.  
Berkeley, Bischof II: 61; III: 234.  
Berkshire II: 442; III: 119, 158.  
Bermuda III b: 106.  
Bernier, François II: 187.  
Bernoulli, Daniel III: 243.  
Bernstein I: 60.  
Bertholet II: 384.  
Berufsgliederung II: 238 ff.; III:  
49.  
Berwick I: 237 f., 255; II: 372.  
Besant, Annie III b: 369.  
Besitzwechselabgaben I: 128, 139  
335; II: 28.  
Bestechlichkeit II: 85, 90, 351 ff.,  
364; III: 14, 142 f., 151.  
Bestechungspolitik II: 59, 271 ff.,  
342, 345, 370; III: 11.  
Besthaupt I: 135; — s. a. Erb-  
folgeabgaben.  
Bethmann III: 356.  
Bethmann-Hollweg, Theodor v.  
III b: 432, 434.  
Betriebskassen III: 337, 385.  
Betschuanaland III b: 203 f., 214,  
276 f.  
Bettelei I: 393; II: 82, 130—135,  
437; III: 139, 341.  
Bettelorden I: 390 f.; II: 130.  
Beveridge II: 141.  
Beverley I: 254, 287.  
Bevölkerung. Lehre III: 37 f.,  
131, 247;  
— Konzentration in Städten III:  
511;  
— Zahl und Bewegung II: 238 f.,  
248 f., 361 f., 402, 414, 444;  
III: 48 f., 53, 85, 193, 214,  
220, 231; III b: 14, 86 f.  
Bezuidenhout, Frederick III b:  
177.  
Bezuidenhout, Piet III b: 201.  
Bibel I: 147, 227, 248, 362; III b:  
120.  
Bier I: 51, 132, 358; II: 30, 255,  
274; III: 96, 219, 506.  
Bihar II: 186.  
Bijapur II: 191, 201.  
Bilanzsystem II: 9 f.  
Billericay I: 344.  
Billingsgate I: 290.  
Birchenough, Henry III b: 173,  
218.  
Birma III b: 310 f., 337 f., 389.  
Birmingham II: 245, 248, 253,  
388, 390; III: 52, 143, 145,  
157, 175, 204, 371, 457, 508,  
598, 615, 629, 637; III b:  
46, 56.  
Birmingham Water Comitee's  
Welsh Model Village II: 630.  
Bischöfe I: 116, 215, 223 f., 389;  
II: 41, 76.  
Bishop, Henry III: 131.  
Bismarck, Graf Herbert III: 258.  
Bismarck, Fürst Otto v. III: 581,  
610; III b: 43, 238, 293, 334,  
417 ff.  
Bismarck-Archipel III b: 86.  
Blackburn II: 381.  
Blackheath I: 338.  
Blackstone, William II: 37, 39,  
58; III: 224 f., 234.  
Blackwoods Magazine III: 410.  
Blavatsky, Frau III b: 369.  
Bleicherei II: 384; III: 47, 529.  
Blei I: 230, 296, 300, 312 f.; II:  
158, 191, 249, 257 f., 385;  
— Gruben I: 27, 117; III: 392—  
399.  
Blenheim II: 40.  
Bligh, Gouverneur von Australien  
III b: 130.  
Blindenunterricht III: 592.  
Bloemfontein III b: 185, 187,  
191 f., 198, 213.  
Blunt, Wilfrid Scawen III b: 238,  
297, 300, 364 f.  
Blutsbrüderschaft I: 168.  
Board of Health III: 583 f., 593,  
631, 634, 639.  
Bocland s. Land, Buchland.  
Boden. Gesetz des abnehmenden  
B.-Ertrages III b: 15;

- Boden. Preis II: 414 ff.; III: 174 f.,  
 194, 628; III b: 6, 72 ff., 136,  
 145, 157, 159;  
 — Verstaatlichung III: 255; III b:  
 23, 32;  
 — s. a. Grund, Land, Melioration.  
 Bodenrente s. Grundrente.  
 Bodley, I. E. C. III: 639.  
 Bönhasen II: 144, 202.  
 Böttger, Joh. Friedrich II: 364.  
 Bohnen II: 255, 423.  
 Boisguillebert III: 28, 235 f.  
 Bolingbroke, Lord II: 271, 314 f.,  
 410; III: 22 f., 382 f.  
 Bolton III: 149.  
 Bombay II: 339, 341, 342, 345.  
 Bonar, James III: 364.  
 Bonar Law III b: 60, 444—449.  
 Boomplatz III b: 185.  
 Boon, Thomas II: 214.  
 Boons s. Wohltaten.  
 Booth, Charles III: 479, 558, 633.  
 Booth, William III: 515, 633.  
 Bootle, Wilbraham III: 318.  
 Boots, Enoch II: 365.  
 Bordarii s. Häusler.  
 Bordeaux II: 171.  
 Borgu, Sultan von III b: 248.  
 Borneo II: 194; III b: 86, 405,  
 410—412, 516.  
 Borough-Englisch I: 136 f.; — s. a.  
 Erbfolge, Singular-E.  
 Boroughs II: 243 f.  
 Boroughs, rotten s. Wahlflecken,  
 verrottete.  
 Bose, Raj Narain III b: 368.  
 Boshop III b: 175.  
 Boston I: 198, 299, 301; II: 334,  
 335, 426.  
 Botany Bai III: 147; III b: 129.  
 Botha (Familie) III b: 175, 177.  
 Botha (General) III b: 208, 211.  
 Boughton, Gabriel II: 340.  
 Bouillon, Herzog von III: 237.  
 Bourbonen III: 90.  
 Bourke, Gouverneur von Neu-  
 Südwaies III b: 141, 146.  
 Bourne, Sturges III: 131.  
 Bournemouth III b: 39.  
 Bournville III: 630.  
 Bouverie III: 254.  
 Bovarii I: 147. — s. a. Sklaven.  
 Bovata I: 102.  
 Bowley, A. L. III: 220 f.; III b:  
 489 ff.  
 Bowring III b: 381 f.  
 Boxeraufstand III b: 393.  
 Boykott III: 147, 572.  
 Brabant I: 307, 308, 348 f.; II:  
 113, 140, 152, 157.  
 — Herzog von I: 308; II: 140.  
 Brache II: 70, 396.  
 Bradford III: 326, 538, 639.  
 Brahmur II: 192.  
 Branntwein II: 269; III: 10, 94,  
 494, 506.  
 Brasilien II: 317, III: 60, 116.  
 Brassey, Lord III b: 222.  
 Brauerei, Brauer I: 358, II: 63,  
 96, 257, 274; III: 96.  
 Braunschweig I: 298; II: 130,  
 165.  
 Brehon Law I: 7, 9, 14.  
 Brembre, Nikolaus I: 276 ff.  
 Bremen I: 258, 298 f.  
 Brémule I: 189.  
 Breslau I: 298.  
 Bretagne I: 4, 130; II: 171.  
 Bretigny I: 210, 301, 313, 333.  
 Bretonen II: 148, 171.  
 Briand, Aristide III: 574.  
 Bridgewater II: 111.  
 — Kanal II: 428; III: 50, 166,  
 172 f.  
 — Herzog von II: 428 f.  
 Bridgeman, Orlando II: 50, 51,  
 58, 239.  
 Bright, John III: 205 f., 210, 224,  
 251, 253, 255, 264, 389, 404,  
 458, 497 f., 499 f.; III b: 19,  
 237, 326, 450.  
 Brindley, James II: 428 ff.; III: 50.  
 Brisbane III b: 130.  
 Briscoe, John II: 294.  
 Brissot III: 110.  
 Bristol I: 265, 279, 287, 294,  
 299, 308, 317, 320; II: 65,  
 83, 96, 231, 248, 262, 423,  
 426, 429, 437; III: 107, 109,  
 185, 428, 637.  
 Britannier I: 4 f., 21, 25 ff., 41,  
 43, 46 f.  
 British Merchant III: 22.  
 British North America Act (1867)  
 III b: 119 f.  
 Broadhurst, Henry III: 457, 639.  
 Brockway, A. F. III b: 501.  
 Brodnitz, G. I: 272.  
 Brodrick, George C. III: 256.  
 Bromesgrave II: 115.  
 Brooks, James III b: 411.  
 Brougham, Lord III: 86, 115,  
 155, 158, 404, 542, 588; III b:  
 102, 106, 107.



- Browne, George III b: 117, 119.  
 Brownlow, Lord III: 639.  
 Bruce, H. A. (Unterrichtsminister) III: 589.  
 Bruce, A. L. III b: 291.  
 Bruderschaft zum heiligen Thomas von Canterbury II: 140.  
     s. a. Kaufleute, unternehmende.  
 Brücken II: 246; III: 50, 169, 178.  
 Brückenbaupflicht I: 107; — s. a. Dienste.  
 Brügge I: 308 f., 310 f., 313, 318; II: 153.  
 Brunei III b: 86.  
 Brunner, Heinrich I: 95.  
 Bryce, James III b: 188.  
 Buat, Graf III: 59.  
 Bubbleakte II: 323.  
 Buccleugh, Herzog von III: 32.  
 Buchbinderei III: 533.  
 Buchdruckerei III: 305, 464, 478, 530, 532 f.  
 Buchez III: 419, 429.  
 Buckingham II: 26.  
 Buckinghamshire II: 46; III: 129, 158.  
 Bücher, Karl I: 95.  
 Buell, Raymond Leslie III b: 244, 272, 274, 291.  
 Bülow, Bernh. v. III b: 420 f., 433.  
 Buenos Aires III: 92.  
 Bürger I: 201; II: 6, 8, 19 f., 24, 162, 436; III: 155 ff., 204, 254, 355 f., 368, 375, 511 f.;  
 — Recht I: 27, 249, 251, 254, 264; II: 114, 298; III: 61, 512;  
     Gegensatz zum Großgrundbesitz III: 208, 224, 263 f.;  
     Grundbesitz I: 162 f., 177, 221, 232; II: 392;  
     Armengesetz und reiche B. II: 266;  
 — als Parlamentsmitglieder I: 201;  
     Stellung zu unteren Klassen II: 436; III: 155, 264;  
     Wahlrecht II: 245; III: 162;  
     Kampf mit dem Königtum II: 19, 115;  
     Privilegien II: 114;  
     Heiratsverbindung mit dem Adel II: 68, 245 f.; III: 46;  
 — Aufstand (1514) II: 83;  
     Verpflichtungen d. B. unter d. Feudalherrschaft I: 222;  
 Bürger. Hilfskassen III: 335, 345.  
 Bürgerkrieg s. Krieg.  
 Bürgschaftspflicht I: 21, 115.  
 Büsch, J. G. II: 279.  
 Buganda III b: 267 ff.  
 Buller, Charles III b: 63, 75 f., 102 ff., 110, 158.  
 Bullion Report III: 83 f.  
 Bunyan, John II: 232.  
 Burdett, Sir Francis III: 151, 152, 154, 156, 293; III b: 76.  
 Bureller s. Nopper.  
 Buren III: 504, 507; III b: 56, 175—218, 278, 283, 435.  
 Burgbaupflicht I: 15, 107. — s. a. Dienste.  
 Burghley, William, s. Cecil, Sir William.  
 Burgos II: 285.  
 Burgoyne, General II: 357 f.  
 Burgund, Burgunder I: 64, 87; II: 140, 153.  
 — Herzog von II: 113, 152.  
 Burham II: 442.  
 Burhampur II: 199.  
 Buridan I: 352.  
 Burke, Edmund II: 328, 333, 356, 360; III: 37, 108, 109 f., 145, 223 f., 237 ff., 245 f.  
 Burleigh, Lord, s. Cecil, Sir William.  
 Burlingame III b: 389.  
 Burma III b: 85.  
 Burnell, Acton I: 201, 381.  
 Burnet II: 23.  
 Burns, John III: 473, 524, 527, 558 ff., 563, 564, 568, 576 f., 609, 638; III b: 433.  
 Burra-Burra III b: 146.  
 Burslem II: 365, 432.  
 Burt, Thomas III: 455, 457, 549.  
 Buschmänner III b: 174.  
 Busino II: 251.  
 Butter I: 199, 214; II: 249, 255, 270, 277; III b: 5, 19, 116, 171 f.  
 Butty s. Chartermaster.  
 Buxar II: 351.  
 Buxton, Fowell III: 115.  
 — Sidney III: 562.  
 Byron, Lord II: 438; III: 121, 198 f., 244, 296.  
 Bytown s. Ottawa.  
 Byzanz I: 45; II: 3, 63.

## C.

- Cabato, Johann II: 300 f.  
 Cabato, Ludwig II: 300 f.  
 Cabato, Santo II: 300 f.  
 Cabato, Sebastian II: 173, 180, 185, 300 ff.  
 Ca'-Canny-System III: 573; III b: 485.  
 Cadbury, George III: 630.  
 Cade, Thomas II: 68.  
 Cadix II: 167.  
 Cadman, Sir John III b: 477.  
 Căsar, Gaius Julius I: 4, 5, 12, 22, 25, 44, 45, 49 ff., 59, 60 f.; II: 101, 184.  
 Cahors I: 374.  
 Cahorsiner (Kawertschen) I: 374 f., 380; II: 283.  
 Caird, Sir James III: 212 f.; III b: 13, 18.  
 Cairnes, Lord III: 259, 444; III b: 21.  
 Calais I: 313 f.; II: 143, 153, 155, 227.  
 Calicut II: 167, 170, 185.  
 Calvin II: 286.  
 Cambay, Golf von II: 199.  
 Cambon, Paul III b: 423, 435.  
 Cambrai I: 298; II: 160.  
 Cambridge I: 163, 174 f., 221, 227, 366; II: 252; III: 644.  
 Cambridgeshire I: 142, 337; II: 252.  
 Campbell-Bannerman, Sir Henry III: 416, 568, 632; III b: 26, 59, 208 f., 211, 215, 422, 428, 432.  
 Campeachy-Bai II: 326.  
 Candia I: 303; II: 368.  
 Canning, Lord (Gouverneur von Indien) III b: 325, 327.  
 Canning, George II: 280 f.; III: 88, 91, 95, 156 f.  
 Canningiten III: 157.  
 Canterbury I: 160, 221, 233, 240, 334, 337; II: 66, 423; III: 356, 588.  
 Cap Breton III b: 118.  
 Capitulare de villis I: 361, 386.  
 Caracalla, Kaiser I: 38.  
 Caraimische Inseln II: 305.  
 Carbutt (Arzt) III: 322 f.  
 Carlile, Richard III: 159.  
 Carlyle, Thomas III: 52, 149, 207, 264, 315, 371, 385—388, 415, 501; III b: 75.  
 Carnarvon, Lord (Kolonialminister) III: 501; III b: 119, 196 ff.  
 Carolina II: 326.  
 Carrington, Lord II: 413; III: 639; III b: 36.  
 Carta mercatoria I: 205, 206 f., 294; III b: 509.  
 Cartier, Jaques III b: 88, 119.  
 Cartwright II: 384.  
 Cartwright, Major John III: 151, 367; III b: 349.  
 Carucagium I: 191.  
 Carvajal III: 61.  
 Casae I: 36.  
 Cassel, Sir Ernest III b: 431.  
 Castella I: 36.  
 Castlereagh, Lord III: 121, 156, 224.  
 Casual Wards III: 613.  
 Cato I: 33.  
 Cavendish, Sir John I: 343.  
 Cawston, George III b: 278, 281.  
 Cecil, Lord Robert (Lord Cranborne) s. Salisbury, Marquis.  
 Cecil, Sir William (Lord Burleigh) II: 168, 183, 211.  
 Central Co-operative Agency III: 423.  
 Ceorls I: 92, 102; — s. a. Freie.  
 Cetywayo III b: 198 f.  
 Ceylon II: 194, 338.  
 Chadwick, Sir Edwin III: 131, 133, 634.  
 Challoner, Thomas II: 214.  
 Chalmers, George II: 29, 262.  
 Chalmers, Thomas III: 247, 389.  
 Chalons I: 298.  
 Chamberlain, Sir Austen II: 327; III b: 60.  
 Chamberlain, Joseph (Kolonialminister) III: 614 f., 633, 638; III b: 25, 36, 46 f., 49 f., 55—59, 82, 201 f., 210, 248, 283, 293, 296 ff., 419 ff., 445 f., 448, 472, 513.  
 Chamberlain, Neville III: 645 f.  
 Chamberlain Act (1923) III: 646, 648.  
 Chamberlen II: 294.  
 Champion III: 559.  
 Chaplin III b: 25.  
 Chard II: 111.  
 Charity-Commission III b: 34 f.  
 Charnock, Job II: 341.  
 Charte III: 367, 370 f., 373 f., 417, 498.

- Charter Rolls (Heinrich d. III.) I: 234.
- Chartered Companies s. Handelsgesellschaften mit Staatsfunktionen.
- Charteris, General II: 327.
- Chartermaster III: 397 f.
- Chartismus, Chartisten III: 363—376;
- Nationale Ch.-Assoziation III: 373;
- Aufstände III: 370 f., 374 f.;
- Demonstrationen III: 374 f., 406, 417, 498;
- Generalstreik III: 371, 374 f., 432;
- und Gewerkvereine III: 432 551;
- Landgesellschaften III: 629;
- Kampf um die Fabrikgesetzgebung III: 329;
- Kampf um das Kornzollgesetz III: 207;
- Konvent III: 369 ff., 374 f.;
- Petitionen III: 368, 370 f., 374 f., 380;
- Spaltung III: 368 f.;
- Versammlungen III: 369 f.;
- Wahlrechtserfolg III: 499;
- Chatham, Lord s. Pitt, der Ältere.
- Chattels, real III: 225.
- Chaucer I: 390; II: 368.
- Chayata's II: 189.
- Chelmsford, Lord III b: 496, 500.
- Chemische Industrie III: 485; III b: 471.
- Cheriton (Geschlecht) I: 310; II: 78; III b: 510.
- Cheshire II: 249, 367, 427.
- Chester I: 122, 197, 294; II: 96, 424; III: 131.
- Chichester I: 160.
- Child, John II: 342, 344.
- Child, Sir Josias II: 10, 236, 259, 261, 268 f., 276, 289, 340—346, 370 f., 374; III: 9, 13 f., 20 f., 24, 36; III b: 313.
- Chile II: 317.
- Chilembwe III b: 291.
- Chilperich, König I: 70, 71, 94.
- China, Chinesen II: 192, 201, 203, 327, 368; III: 186; III b: 209, 211, 313, 373—395, 407 ff., 507, 515—519.
- Chios II: 368.
- Chirol, Valentine III b: 366.
- Chlodowech, König I: 65, 71, 91.
- Cholesbury III: 129 f.
- Christentum, Christianisierung I: 7, 31, 39, 103, 114, 162, 289, 349, 366 f., 377, 389 f.; II: 5 f., 131 f., 311 f.; III: 28, 61, 137 f., 415 ff.; III b: 177.
- Chrom III b: 217, 348.
- Chronicon Anglicanum (294) I: 337.
- Chronicon Virdunense I: 73.
- Ch'ung III b: 385.
- Churchill, Lord Randolph III b: 57.
- Churchill, Winston III: 479 f.; III b: 58, 432, 453, 456 ff., 472, 500.
- Cimbrische Halbinsel I: 86; II: 145.
- Ciudad Rodrigo III: 120.
- Clarke II: 212.
- Clarkson, Thomas III: 108, 110 113, 117.
- Clan I: 10, 14, 21, 24, 47.
- Claudius, Kaiser I: 25.
- Clavière III: 110.
- Clemenceau III b: 475.
- Clemens II., Papst II: 4.
- „Clergy reserves“ (Quebec Act) III b: 92, 115.
- Cleveland III b: 324.
- Clive, Lord Robert II: 200, 349 —354, 357 f.; III b: 363, 365.
- Cloete III b: 175.
- Cloyne II: 61.
- Cnut, König I: 97, 112, 178, 181, 356.
- Coalbrokedale II: 389.
- Coal Mines (Minimum-Wage) Act (1912) III: 480 ff.
- Coates, Dandeson III b: 149.
- Cobbett, William II: 445; III: 140, 148, 149 ff., 157, 159 f., 263, 294, 297, 301, 341, 366.
- Cobden, Richard II: 281; III: 56, 204 ff., 209, 211, 216, 251, 253, 256, 404, 503; III b: 19, 42 f., 413 ff., 433, 450, 521.
- Cobden Club III b: 59.
- Cochinchina III b: 337, 391 f.
- Cockburn III: 242.
- Code Napoléon III: 233.
- Codex Justinianus I: 37, 39, 42, 43, 45.
- Codex Theodosianus I: 31, 37, 39, 41, 42, 43, 44.
- Coeur, Jaques I: 203, 352; II: 78.
- Cohn, Gustav I: 272.

- Coke, Sir Edward II: 27, 46, 54; III: 234.  
 Coke, von Holkham (Graf Leicester) II: 396, 398 ff.  
 Colbert II: 228, 268 f., 275, 339, 373; III: 9, 11, 20.  
 Colbertismus III: 20.  
 Colchester II: 108, 260.  
 Cole, George D. H. III: 297.  
 Colesberg Kopje III b: 193.  
 Colley, Sir Pomeroy III b: 201.  
 Collings, Jesse III: 639; III b: 25 f., 34, 35 f.  
 Collingwood, Admiral II: 60.  
 „Colonial Advocate“ III b: 97.  
 Colquhoun, Archibald R. III b: 173.  
 Columbien, British III b: 118, 120, 122 f., 124 f., 128.  
 Columbus, Christoph II: 185, 301.  
 Columella, Lucius Junnius Moderatus I: 33, 40, 41.  
 Commendatio (Patrocinium) s. Kommendation.  
 Commodus I: 37.  
 Common council I: 218, 270 f., 273, 277, 278.  
 Common Law I: 230, 120 f.; II: 42, 51, 303; III: 262, 292, 299, 303, 305, 347.  
 Common Recovery II: 38 ff., 46 f., 49; — s. a. Fideikommiss.  
 Communa I: 215 f., 217, 257 ff. s. a. Kaufleute, grundbesitzende.  
 Compagnonnage III: 290.  
 Companies s. Handelsgesellschaften.  
 Comte, Auguste III: 69.  
 Conciliation Act (1896) III: 478 f., 482.  
 Condorcet III: 110.  
 Confirmatio Cartarum I: 202, 209, 211, 378.  
 Connaught I: 9.  
 Conspiracy and Protection of Property Act (1875) III: 455 f.  
 Constantin, Kaiser I: 42, 44.  
 Consuetudo (novum auxilium) s. Custuma.  
 Cook III b: 486.  
 Cook, James III b: 129, 154.  
 Cook Straits III b: 151, 154.  
 Coolidge III b: 438.  
 Cooper, Thomas III: 375.  
 Coorg III b: 311.  
 Copyhold, Copyholders I: 139 f., 327 ff., 334, 346.  
 Corah II: 352.  
 Corduaner I: 270 f., 280, 286 — s. a. Schuhmacher.  
 Cork III: 305.  
 Corn Produktion Act (1917) III: 485.  
 Cornwall I: 26, 230, 300; II: 257; III: 143.  
 Cornwall, Earl of I: 375.  
 Cornwallis, Lord III b: 305—308, 313, 317, 319, 361.  
 Corpus Iuris I: 349, 392.  
 Cort, Henry II: 389 f.; III: 186.  
 Cottarii s. Häusler.  
 Coulson, E. III: 551.  
 Coulson, W. III: 131.  
 County Boroughs s. Grafschaftsstädte.  
 Court of assistants II: 103, 123 — Baron I: 148 f.  
 — of Chancery III: 262.  
 — of Equity III: 262.  
 — leet I: 147 f.  
 Courten, Sir William II: 202.  
 Courtney III b: 199.  
 Coutume de Paris III b: 90, 95.  
 Coventry I: 279, 287, 311; II: 83; III: 95.  
 Cowdray, Lord III b: 477.  
 Cowper (Lord Mount Temple) III b: 33.  
 Crabbe, Georg II: 438; III: 624.  
 Craig (Gouverneur von Kanada) III b: 96.  
 Cranborne, Lord (Lord Robert Cecil), s. Salisbury, Marquis.  
 Cranmer, Erzbischof II: 134.  
 Crecy II: 18.  
 Criminal Law Amendment Act (1871) III: 455.  
 Cromer, Lord (Baring, Evelyn) III b: 294—300.  
 Crompton, Samuel II: 383; III: 50; III b: 349.  
 Cromwell, Oliver I: 187, 291, 378; II: 6, 28 f., 46, 53, 57, 94, 107, 198, 211 ff., 217 — 224, 227, 229 f., 235 f., 259, 261, 266 f., 286, 288 f., 303 f., 305, 307 f., 311 f., 316, 338, 343, 370, 393, 396; III: 42 f., 60 f., 66, 104, 307, 386.  
 — Richard II: 218.  
 — Thomas I: 68, 381; II: 22, 68, 79, 149, 156 f., 160.

Cross, Sir Richard A. III: 639.  
 Cross-Gesetze (1875, 1879, 1882, 1890) III: 636 f.  
 Croydon III: 170.  
 Crump I: 234.  
 Culloden II: 416.  
 Culpeper, Sir Cheiney II: 214.  
 — Thomas II: 236.  
 Cumberland I: 9, 26; II: 245, 362, 388; III: 142.  
 — Earl of II: 196.  
 Cunliffe-Lister, Sir Ph. (Lloyd-Greame) III b: 450.  
 Cunningham, William I: 207; II: 218; III b: 76.  
 Curia baronum I: 188, 192.  
 Curven III: 123.  
 Curzon, Lord III b: 338 f., 341, 347, 369, 425 f., 475, 477.  
 Customary Court I: 148 f.  
 Customs I: 195.  
 Custuma (consuetudo, novum auxilium) I: 200 f., 205.  
 Cypren I: 191; II: 368, 369; III b: 231 f., 509.  
 Czernin, Graf III b: 419.

**D.**

Dachdecker II: 98.  
 Dacoity III b: 319.  
 Dänemark, Dänen I: 100, 103, 163, 168, 289; II: 140, 165, 224 f., 275, 280 f.; III: 176; III b: 13.  
 Daily News II: 327; III: 633.  
 Dale III: 475, 477.  
 — David III: 320, 349.  
 Dalhousie, Lord III b: 96, 311, 314, 341.  
 Dalrymple, Sir John II: 416 f.; III: 230, 232.  
 Damaskus I: 362.  
 Damast II: 119.  
 Damnum emergens I: 375, 382.  
 Dampfmaschine, s. Maschinen.  
 Danegeld I: 110, 121, 126, 141 f., 188.  
 Daniels, George W. II: 377.  
 Dante I: 374, 391; III: 139.  
 Danzig II: 162.  
 Darby, Abraham I, II: 387, 389.  
 — A. II, II: 387, 389.  
 Darlington III 171.  
 Darwin, Charles III b: 224.  
 Das III b: 372.

Davenant, Charles II: 11, 48, 236, 253 ff., 257, 259, 261 ff., 269, 276, 340, 374; III: 20—23.  
 — Sir William II: 229, 236.  
 Deakin (Premierminister von Australien) III b: 168.  
 Defoe, Daniel II: 248 f., 260, 263 f., 374, 377—380; III: 22, 312.  
 Deichgraf I: 102.  
 Deisten III: 115, 422.  
 Dekkan II: 186, 348.  
 Delagoabai III b: 174, 197, 205.  
 Delamere, Lord III b: 262, 264.  
 Delarey III b: 208.  
 Delaisi, Francis III b: 479.  
 Delcassé III b: 421.  
 Delhi II: 189, 190, 191, 349, 352; III b: 498.  
 Demarkationsbulle II: 166, 185, 193.  
 Demerara III b: 222.  
 Demokratie, Demokraten II: 55, 60, 102, 123 f., 244; III: 42, 115, 240, 261, 500 f., 573.  
 Denschawai III b: 299 f.  
 Dent, Sir Alfred III b: 246, 411.  
 Deportation III: 159, 578; III b: 67 ff., 164.  
 Derby I: 237; III: 152, 548.  
 — Lord III: 424, 493 f., 495, 500 f.; III b: 119, 230, 417.  
 Derbyshire II: 249, 428; III: 154, 394.  
 Deszendenz im Erbrecht II: 53 f.; III: 226 f., 250.  
 Deuteronomium s. Juden, Zinsverbot.  
 Deutsch-Guinea III b: 86.  
 Deutsch-Ostafrika III b: 255, 293, 300.  
 Deutsch-Südwestafrika III b: 203.  
 Deutscher Orden II: 162.  
 Deutschland, Deutsche I: 353; II: 48, 59, 78, 163 f., 262, 277 f., 311, 327, 337, 362, 370, 387, 396, 399; III: 55, 62, 78, 176, 182, 196, 217 f., 290, 356, 393, 529, 561, 576, 588, 606 ff., 610, 625; III b: 43, 47 f., 55, 127 f., 172, 203, 205, 218, 238, 240, 243, 254 ff., 276 f., 295, 299, 337, 339, 346, 404, 417—438, 441 ff., 449 f., 471, 474 ff., 482, 488 f., 496, 503;



- Deutschland, Deutsche I: 287;  
     II: 210, 258, 281, 327, 331,  
     362 f., 386; III b: 190.  
 Devon I: 26, 337.  
 Devonport III b: 109.  
 Devonshire I: 343.  
 — Duke of III b: 57, 421.  
 De Wet III b: 208.  
 Dhingra III b: 371.  
 Diakonats I: 389.  
 Diamanten III b: 193 ff., 203 f.,  
     217, 226.  
 Diaz de Novaez, Bartholomäus  
     II: 185.  
 Dickens, Charles III: 140, 313,  
     632.  
 Diderot III: 132, 275.  
 Diemen, Anthoni van II: 194.  
 Dienerschaft der Grundherrn I:  
     150.  
 Dienste, der Kleinbesitzer I: 43,  
     146 f.;  
     der Kolonen I: 36, 43, 70 f.;  
     im Socagium I: 133;  
     der Freien I: 76, 131 f., 153;  
     der Halbfreien I: 41, 43, 58;  
     der Unfreien I: 131 f., 153;  
     bei Viehleihe I: 14, 15 f.;  
     III b: 506;  
     der Fremden I: 20 f.;  
     der Thane I: 107;  
     der Hörigen I: 146 f., 153 f.,  
     330;  
     der Bauern I: 109, 131 f.,  
     152 f., 331 f., 334; II: 45,  
     47 f.;  
     der Stadtbürger I: 222;  
     im Lehnswesen I: 326; III b:  
     506;  
     auf Kirchenbesitz I: 73, 331;  
     Ablösung in Geldrente I:  
     328 ff.; II: 71; deren Rück-  
     verwandlung I: 334;  
 — s. a. Brückenbaupflicht, Burg-  
     baupflicht, Erntearbeitspflicht,  
     Fronddienst, Fuhrenpflicht,  
     Precariae, Weekwork, Wege-  
     baupflicht, Wohltaten.  
 Diesel III b: 473.  
 Dilke, Sir Charles III: 479, 562,  
     639; III b: 34, 45, 236, 429,  
     435.  
 — Lady III: 562.  
 Dingan III b: 181 f.  
 Diokletian I: 26, 30.  
 Disraeli, Benjamin (Lord Bea-  
     consfield) II: 288; III: 65,  
     139, 211, 214, 222, 374, 379  
     — 385, 455, 493 f., 495, 497,  
     500 f., 504, 505, 548, 590;  
     III b: 43, 56, 77, 199 f., 230 ff.,  
     331, 334, 336, 513.  
 Disraeli, Isaak II: 288; III: 379.  
 Dissenter III: 422, 588 f.  
 Distriktsverwaltung III: 517, 639;  
     III b: 37 f.  
 Dockarbeiter III: 469, 560 ff.,  
     564, 576; III b: 32.  
 Doherty III: 366.  
 Dolben, Sir William III: 109.  
 Domänen.  
     Königliche D. I: 121, 126,  
     178 f., 188, 239;  
     Römische D. I: 31—48;  
     Städte als D. I: 178 f., 188,  
     239;  
     und Rectitudines I: 113.  
 Domesday Book I: 121 ff., 126 f.,  
     131 f., 141 f., 146 f., 197, 221,  
     233, 240; III: 48;  
     New D. II: 417; III: 255.  
 Dominions III: 509; III b: 60,  
     86, 439 f., 492 f., 502.  
 „Donation“ III: 290.  
 De donis conditionalibus (1285)  
     I: 324 f.; II: 37, 40, 44.  
 Dopsch, Alfons I: 76.  
 Dorchester I: 160.  
 Dorchester, Lord III b: 94.  
 Dordrecht I: 210, 308.  
 Dorf I: 114 f., 146 f.; III: 516;  
     — Beamte I: 101 f., 112 f., 150;  
     Bevölkerungszahl II: 248;  
     — Flur II: 70;  
     — Genossenschaft Indiens III b:  
     315 ff.;  
     — Handwerker I: 322 f.;  
     — Versammlung I: 99, 101 ff.,  
     114;  
     — Zerstörungen durch Einhegung  
     II: 74, 80;  
     — Klubs als Begründer der Hilfs-  
     kassen III: 337;  
     — s. a. Gemeinde.  
 Dorset I: 26.  
 Dorsetshire II: 260.  
 Dost Mohammed III b: 333.  
 Dover I: 233, 240, 355; II: 218,  
     423, 425.  
 Drainage II: 396; III: 213; III b:  
     8, 13, 20.  
 Drake, Francis II: 169, 182 f.,  
     195, 205, 322, 361; III b:  
     221, 512.

Draper, John II: 112.  
 Drawbaugh III b: 2.  
 Dreifelderwirtschaft I: 66, 155;  
     II: 41, 73.  
 Drogen II: 186, 201; III b: 275.  
 Drogheda II: 303.  
 Droitswich I: 230; II: 115.  
 Druiden I: 7.  
 Druidenorden III: 344.  
 Dryden II: 198.  
 Dublin III: 187, 305.  
 Ducange I: 34.  
 Dudley, Dud II: 386.  
 Dudley, Edward Lord II: 386.  
 Duellzwang I: 179, 226.  
 Dünkirchen II: 220.  
 Dufferin, Lord III b: 293 f., 368.  
 Duhalde I: 10.  
 Dumping III b: 442 f., 448 f.  
 Dundas, Präsident von Indien II:  
     359.  
 Dundee III b: 97.  
 Dunedin III b: 158.  
 Dunning, T. J. III: 462.  
 Duns Scotus I: 383.  
 Dupleix (Gouverneur) II: 348 f.  
 Dupont de Nemours III: 33.  
 Durban III b: 183, 205.  
 Durham II: 81, 86; III: 123,  
     397, 471 f., 474, 481, 540,  
     554, 564; III b: 101.  
 Durham, Lord III b: 76, 79, 91,  
     101—112, 114 f., 119, 126,  
     133, 148, 150 f., 156, 160,  
     215, 435.  
 Dutoitspan III b: 193.  
 Dyer, General III b: 499 f.

E.

Eadric, König von Kent I: 103.  
 Ealdorman I: 106, 116.  
 Earswick III: 630.  
 Easterlings I: 160 — s. a. Münzen.  
 East London III b: 194.  
 Eck, Johann II: 285.  
 Economist, Londoner III: 358,  
     528.  
 Ecroyd, W. Farrer III b: 46, 56.  
 Edelmetalle I: 60; II: 10, 91,  
     292 ff., 332; III: 6, 9, 19 f.,  
     62, 83 f., 92.  
 Edelsteine I: 302; II: 184, 186,  
     193; III b: 348.  
 Eden, Sir Frederik III: 336, 340.  
 Edgar, König I: 114, 183, 234,  
     347, 356; II: 146.

Edgar, Sir E. Mackay III b: 477.  
 Edinburgh I: 340; II: 425 f.; III:  
     242, 341, 637.  
 Edinburgh Review III: 97, 151,  
     247, 251, 256, 298, 327, 410,  
     422, 425.  
 Edison, Thomas J. III b: 2.  
 Edmund, König I: 111, 121.  
 Eduard I. I: 200, 201 f., 204 ff.,  
     263, 294, 296, 300, 307, 308,  
     325, 354, 359, 374 ff., 380 f.;  
     II: 5, 18, 76, 146, 162, 219,  
     283; III: 60, 499; III b: 21,  
     509.  
 Eduard II. I: 204, 206 f., 264,  
     268, 282, 307, 308, 317 f.,  
     331; II: 76.  
 Eduard III. I: 16, 195, 204, 207 f.,  
     211 f., 269 ff., 274, 276, 281,  
     284, 291, 296, 300, 301, 303,  
     305, 309, 311, 313, 318 ff.,  
     333, 349, 354, 384; II: 18,  
     19, 69, 76 ff., 102, 140, 142,  
     146 f., 161, 206, 227, 284;  
     III: 228, 332; III b: 510.  
 Eduard IV. (Herzog von York)  
     I: 214, 265, 305, 320; II:  
     19 ff., 39, 45, 49, 69, 78, 90,  
     148, 159, 162, 209, 274, 284;  
     III: 43; III b: 511.  
 Eduard V. II: 20.  
 Eduard VI. I: 357; II: 24, 80 f.,  
     84, 104, 134, 143, 149, 157,  
     160, 163, 207 ff., 286, 290,  
     307.  
 Eduard VII. III: 480, 537, 587,  
     615; III b: 26, 209, 421.  
 Eduard der Ältere (901) I: 180.  
 Eduard der Bekenner (1042) I:  
     97, 110, 117, 118, 143, 182,  
     197, 221, 224, 233.  
 Eduard, der schwarze Prinz II:  
     18.  
 Education Departement s. Unter-  
     richtsamt.  
 Edwards, Sir Bryan III b: 221.  
 Egerton, H. E. III b: 131.  
 Egoismus als Wirtschaftsprinzip  
     II: 4, 100, 234; III: 36,  
     283, 425 ff., 628.  
 Egremont, Lord II: 399.  
 Eigentum.  
     Begriff I: 386, 388, 391 f.; II:  
     4, 131 f.; III: 137 f.;  
     Recht auf korporativen E.-Er-  
     werb II: 120 f.;

## Eigentum.

- Gemein-E. I: 12, 17 ff., 25, 50, 52 f., 69, 89, 93 ff., 98, 115;  
 Kollektiv-E. d. Syndikalistin III: 575;  
 Nutz-E. der Juden I: 365;  
 Privat-E. I: 13, 54 f.; III: 357, 575; III b: 414—417;  
 Sonder-E., der Frauen I: 9;  
 — an Fahrhabe I: 9;  
 — an der Hufe I: 68;  
 — am Hof I: 54 f., 98;  
 — am Haus I: 54, 98;  
 — der Großfamilie I: 54, 56;  
 — der angelsächsischen Familie I: 98, 115;  
 — an Vieh I: 13, 17;  
 — an Land I: 18, 20, 24 f., 31, 94 f., 98, 115, 132, 156; II: 70 ff., 397;  
 Einfuhr I: 294, 296, 300, 308, 312, 317; II: 87, 90, 148, 149, 211, 258, 313, 346, 369, 375, 376 f., 385; III: 10, 77, 80, 82, 88, 149, 193, 211, 219, 625; III b: 11, 40 f., 59 f.  
 — Verbot I: 214, 314, 318 f.; II: 69, 89 ff., 267, 269 f., 318, 369 ff.; III: 10 f., 12, 86, 120, 195, 219.  
 — s. a. Lizenz, Monopol, Zoll.  
 Eingeborenenpolitik III b: 80 f., 244 f., 259 ff., 277 f., 291 f., 301, 506, 513.  
 Einhegung I: 113, 133; II: 45, 70—94, 129 f., 256, 395, 397, 400—413, 435; III: 53, 119, 120, 194, 612, 637; III b: 8, 16, 34.  
 Einigungs-Ämter III: 451, 458, 464 f., 478 f., 572;  
 — Verfahren III: 466—475, 477 ff., 482.  
 Einwanderung.  
 — der Juden I: 366, 368, 378; II: 219; III: 60 ff.;  
 — vertriebener Handwerker I: 318, 366; II: 113 f., 363, 369.  
 Eisen.  
 Guß-E. II: 258, 389;  
 Roh-E. II: 387, 391;  
 Stab-E. II: 387, 390 f.;  
 — in den Kolonien III b: 217, 275, 348, 352;  
 Walz-E.-Industrie III: 186, 474;

## Eisen.

- Arbeiter in Bergwerk und Industrie II: 388 ff.; III: 392 ff., 436, 476;  
 — Bergwerke II: 392 ff.;  
 — Handel I: 60, 230, 271; II: 109, 191, 390; III: 475 f.;  
 — Industrie II: 385 f., 388 f.; III: 476 f., 533; III b: 47 f., 457 ff., 481;  
 — Produktion II: 258, 386—391; III: 289;  
 — s. a. Hüttenwerke, Schmiede, Stahlindustrie.  
 Eisenbahn s. Bahn.  
 Eisengießer III: 551.  
 Eisenstein III: 177.  
 Eldon, Lord III: 298.  
 Eleanor, Königin I: 377.  
 Elers (Töpfer) II: 365.  
 Elfenbein II: 181; III b: 239, 242, 266, 275, 313.  
 Elgin, Lord III b: 112 f., 114 ff., 382 f., 398 f.  
 Elgin II, Lord III b: 328.  
 Eliot, Sir Charles III b: 262.  
 Elisabeth, Königin I: 19, 28, 294, 297; II: 9, 12, 24 ff., 41, 90 f., 113, 117, 119 ff., 125, 128, 136 f., 143, 149 f., 157, 160, 163 f., 168 f., 171, 174 f., 177, 181 ff., 195, 205, 209 f., 211 f., 257 f., 261, 264 f., 273, 286, 290, 302, 307, 311, 362 ff., 424, 436, 439; III: 104, 118, 124 f., 130, 133, 139, 168, 264, 383.  
 Elisabeth von York II: 78.  
 Ellenwarte (Aulnagers) I: 316, 321.  
 Ellice Inseln III b: 86.  
 Elliot, Ebenezer III: 207.  
 Ely I: 229.  
 Emden II: 165.  
 Emphyteuse (Erbpacht) I: 31.  
 Employers and Workman Act (1875) III: 456.  
 Employment of Children Act (1903) III: 538.  
 Enclosures s. Einhegung.  
 Engels, Friedrich III: 140, 627.  
 Entails II: 50 ff., 54, 239.  
 Entdeckung, Entdeckungen.  
 — Amerikas II: 166, 173, 300;  
 englische E. II: 173 f., 300 ff.;  
 portugiesische E. II: 170;  
 — Rechte der Handelsgesellschaften II: 177.

- Entvölkerung I: 283; II: 74, 80, 407; III: 236.  
 ἐπιβολή I: 47.  
 Epidemien II: 208; III: 54, 315 f., 632, 633.  
 Equites, römische III: 548.  
 Erbfolge. Abgaben I: 128, 135, 136, 139; II: 40;  
 — im schottischen Clan I: 10 f.;  
 — der Fremden bei den Kelten I: 21;  
 Gavelkind-E. I: 137 f.;  
 — der Hausgemeinschaft III: 226 f., 249 f.;  
 — in Kent I: 140;  
 — am dienenden Land I: 136, 140;  
 — im Lehnswesen I: 129, 323 f., 325 f.;  
 — der Nachgeborenen III: 230;  
 Primogenitur-E. I: 130, 134, 137 ff., 327; II: 44, 49, 54 ff., 58—61, 239; III: 223, 226, 229 f., 233—262; III b: 20;  
 Singular-E. I: 133 f., 136 f.;  
 — der Tataren I: 10.  
 Erbrecht II: 37—61; III: 223—262;  
 — am dienenden Land I: 135;  
 — an Fahrhabe II: 53; III: 228;  
 — der Frauen I: 9, 94, 129 f., 324; II: 53 f., 57; III: 227 f., 247 f.;  
 — der Fremden I: 21;  
 — der Großfamilie III: 228;  
 — nach Auflösung der Hausgemeinschaft I: 96;  
 Intestat E. I: 31, 97, 137; II: 51, 53 f.; III: 226 ff., 250 f., 256, 261;  
 — am liegenden Gut I: 94, 97; III: 162, 224 ff.;  
 — der Nachgeborenen II: 51; III: 226 ff.;  
 — am persönlichen Vermögen III: 224 ff.;  
 — der Kelten I: 21 (s. a. Brehon Laws);  
 — der Iren I: 8;  
 — der Pflegekinder I: 23;  
 — der Markgenossen I: 68;  
 — der Geschlechtsgenossenschaft I: 94;  
 — am socagium I: 134;  
 — im Lehnswesen I: 324 f.; II: 47;  
 Erbsen II: 255.  
 Erdnüsse (Grundnüsse) III b: 251, 266.  
 Ernle, Lord (Prothero, R. E.) III b: 27, 28, 462 f., 466, 469.  
 Ernteergebnisse II: 88, 202; III: 77, 80, 82, 88, 100, 202, 209, 491; III b: 11, 14.  
 Erntearbeitspflicht I: 154, 330.  
 Erskines III: 147.  
 Erziehungsgesetz (1921) III: 524.  
 Erziehungsbehörde III: 585, 587, 592.  
 Escheats I: 371.  
 Essex I: 337 f., 340, 343 f.; II: 86, 90, 108, 254, 256.  
 Eßlingen II: 130.  
 Ethelred s. Aethelred II.  
 Etruria II: 366.  
 Etrurien II: 365.  
 Europa I: 300; II: 189, 302 f., 330, 368; III: 220.  
 Evans, Worthington II: 327.  
 Evesham I: 200, 262; II: 115.  
 Ewerführer III: 561.  
 Exchequer of the Jews I: 370 f., 374.  
 Exekutivrat in der Kapkolonie III b: 178.  
 Exeter I: 174, 265, 279, 287, 308; II: 140, 248, 253, 424 f.; III b: 109.  
 Exil, babylonisches I: 362.  
 Eyre III b: 224.  
 F.  
 Fabier III: 515, 527, 556 f., 564.  
 Fabrik. Die ersten F. II: 65, 383 f.;  
 der Konsumvereine III: 427, 430;  
 der Großhandelsgenossenschaft III: 428;  
 Gesetzgebung III: 301, 311, 329 f., 390 ff., 402—407, 528—538, 588 f.; III b: 172;  
 Inspektion III: 163, 323, 330, 391, 405 ff., 457, 512, 535 f., 538.  
 Fabrikationsgeheimnisse II: 364.  
 Factory Extension Act (1867) III: 533.  
 Färber I: 267; II: 63, 95, 257; III: 289.  
 Färberei II: 112, 118, 157, 186, III: 529.  
 Fahrhabe I: 9; II: 53 f.; III: 228.

- Fair Trader III b: 46 f., 50.  
 Faktoreien s. Handelsniederlas-  
 sungen.  
 Falken I: 230.  
 Falmouth II: 167.  
 De falsa moneta I: 296, 354 f.  
 Familia rustica I: 70.  
 — urbana I: 70.  
 Familie. Haftung I: 9, 170;  
 Unterstützungspflicht II: 130;  
 als Wirtschaftseinheit III: 250;  
 — s. a. Großfamilie.  
 Familienpakt II: 326.  
 „Family Compacts“ in Ober-  
 kanada III b: 93, 97, 98.  
 Farbenproduktion II: 334; III b:  
 48, 275, 313, 348, 448.  
 Farrer, Lord III: 524.  
 Farrington, Thomas I: 338, 344.  
 Faschoda III b: 298 f.  
 Fawcett III: 444, 451.  
 Federn I: 60, 313.  
 Fee simple I: 324; II: 47.  
 Feldgärten III b: 33, 36 f.  
 Feldgemeinschaft II: 72, 397,  
 401 f., 433.  
 Feldgraswirtschaft, geregelte II:  
 73; wilde I: 28, 59, 66, 69.  
 Fellachen III b: 235.  
 Felle I: 198, 200, 296, 306, 309,  
 312 f.; II: 158; III b: 266,  
 275.  
 Fellenberg III: 356.  
 Fellowship of the London Mer-  
 chants, s. Kaufleute von  
 London, Genossenschaft.  
 Fellowship of English Merchants  
 for Discovery of New Trades,  
 s. Handelsgesellschaft, russ.  
 Feorm (Pachtzins) I: 346.  
 Ferdinand I. II: 285.  
 Ferdinand VII. III: 91.  
 Ferguson, Adam III: 242.  
 Feudal—  
 — Heer I: 80, 189;  
 — Recht I: 129, 179 f., 215, 334;  
 — System I: 14, 28, 30, 119, 151,  
 215, 220, 322, 327 ff., 349 ff.,  
 385—393; II: 16 ff., 40 ff., 53,  
 392, 396; III b: 506 f., 511;  
 — Verfassung in den Kolonien  
 II: 189 ff.; III b: 89, 92, 95,  
 103, 115.  
 Feuerland II: 317.  
 Fideikommiß II: 37—40, 45 f.,  
 49, 415 ff.; III: 223 f., 226,  
 230 ff., 234 f., 239 f., 247 f.,  
 260; III b: 20;  
 Fideikommiß. Arbeiterwohnungen  
 der F. III: 631;  
 Begründung I: 327 f.; II:  
 51 ff., 416; III: 231;  
 Gesetzgebung II: 39, 40, 52;  
 III: 230, 232, 247 ff., 257 ff.;  
 Kredit für F. III: 231, 258;  
 Konfiskation II: 39 f., 49;  
 Pacht von F. II: 37; III: 231,  
 232 f., 258;  
 Verschuldungsrecht für Drai-  
 nage III b: 20;  
 — s. a. Common Recovery.  
 Fidschi-Inseln III b: 78, 131.  
 Fielden, John III: 312, 314 f.,  
 404, 410.  
 Fife, Duke of III b: 282.  
 Fillmore, Admiral III b: 398.  
 Filzmacher II: 121.  
 Finalitätserklärung Lord John  
 Russell's III: 367, 499.  
 Finanz.  
 — Politik II: 36, 92 f., 267, 286,  
 III: 74, 95, 490 f., 499, 505;  
 — Verwaltung I: 124 f., 219 f.,  
 225, 310; III: 94 ff., 207 f.,  
 504, 507;  
 — s. a. Kron-, Staats-, Zivilliste.  
 Finé I: 7, 8.  
 Fines I: 371 — s. a. Heiratsab-  
 gabe.  
 Firma burgi I: 241.  
 Firmarius I: 149 — s. a. Beamte  
 der Grundherrschaft.  
 Firmin, Thomas II: 437.  
 Firth, C. H. II: 94.  
 Firth of Clyde I: 26; III: 186,  
 578.  
 Firth of Forth I: 26.  
 Firth Gild s. Gilde, Schutzgilde.  
 Firwood II: 383.  
 Fische I: 60, 300, 359; II: 149 f.,  
 225; III b: 116.  
 Fischerei I: 11, 74, 337; II: 145,  
 147, 150, 154, 157, 216, 224,  
 259, 267, 301, 317.  
 Fischhändler I: 242, 271, 275,  
 277 f., 332, 338, 340, 359;  
 II: 109.  
 Fiscus judaicus I: 363.  
 Fitz-Aylwin, Henry II: 76 f., 216,  
 245, 393.  
 Fitzherbert, J. II: 74, 395, 397.  
 Fitz-Osbert, William I: 216, 258 f.  
 Fitzroy, Admiral III b: 157.



- Fitz-Thedmar, Arnold I: 258.  
 Fitz-Thomas, Thomas I: 261 ff.  
 Flachs, Flachsverarbeitung I: 51;  
 II: 304; III: 47, 289, 529;  
 III b: 266.  
 Flambard, Ranulf I: 123.  
 Flandern I: 195, 202, 208, 209,  
 290, 298, 307, 308, 310, 317f.,  
 II: 140, 152 f., 157, 170, 363,  
 364, 368 f.  
 Flanell III: 411 f., 429.  
 Fleisch I: 199, 359; II: 29, 270,  
 277; III b: 5, 18.  
 Fleischer I: 271, 332, 359; II:  
 96.  
 Florenz, Florentiner I: 297; II:  
 63, 69, 158.  
 Florida II: 330; III: 26.  
 Flotte, deutsche III b: 419, 431 f.,  
 437, 474;  
 englische II: 60, 145, 147,  
 150, 226, 273, 280 f.; III: 56,  
 77, 78, 120; III b: 414 f.,  
 433, 480;  
 koloniale III b: 139;  
 neutrale II: 280 f.;  
 portugiesische II: 192 f., 197;  
 spanische II: 150, 193, 197;  
 venetianische I: 302 f.;  
 — s. a. Schifffahrt.  
 Flurzwang I: 59, 70; II: 256.  
 Fluß, Schiffbarmachung II: 215,  
 268, 276, 426 ff.;  
 Zoll II: 221.  
 Foch, Marschall III b: 475.  
 Föderationsbestrebungen f. Süd-  
 afrika III b: 196 ff.  
 Folcland s. Land, Volkland.  
 Folkmoets I: 242.  
 Forcible purveyance I: 195, 273.  
 Forest of Dean II: 388.  
 Forester Orden III: 335, 344.  
 Formosa II: 194; III b: 393, 516.  
 Forster (Einhegungskommissar)  
 II: 411.  
 — (Unterrichtsminister) III: 590.  
 Forstwirtschaft III: 618; III b:  
 5, 15;  
 — in Indien III b: 346, 357.  
 Fortescue, Sir John II: 45.  
 Fortnightly Review III: 458.  
 Fortrey, Samuel II: 397.  
 Fortschrittspartei I: 275.  
 Fort William II: 341.  
 Fourier III: 415.  
 Fowks, John II: 214.  
 Fox, Charles James II: 245,  
 359 f.; III: 37, 97, 108, 109 f.,  
 111, 114, 144, 145, 146, 148,  
 153; III b: 101, 161.  
 Fracht.  
 Landf. II: 253, 425 f.; III b:  
 10 f.;  
 Schiffsf. II: 148, 226, 425 f.,  
 III b: 11;  
 — Tarif II: 149; III: 172, 181;  
 III b: 5;  
 — s. a. Transport.  
 Francien II: 170.  
 Francis (Engl.-Ostind. Komp.) II:  
 358.  
 Francis (Parlamentarier) III: 37.  
 Franciscus de Mayronis I: 383.  
 Franken I: 65—69, 87, 105.  
 Frankfurt a. M. III: 356.  
 Frankfurter Zeitung II: 327.  
 Franklin, Benjamin II: 333; III:  
 105.  
 Franklin, W. H. III b: 276.  
 Frankpledge (Bürgschaftspflicht)  
 I: 115, 147.  
 Frankreich Franzosen I: 95, 160,  
 179, 192, 202, 290, 301, 307,  
 313, 383 f.; II: 18, 20, 62 f.,  
 78, 87, 113, 146, 152, 155,  
 170 ff., 205 f., 212, 228, 235,  
 258, 262 f., 268 f., 273, 275 ff.,  
 306, 312 ff., 319 ff., 324, 329,  
 335, 338 f., 348 f., 363, 372 f.,  
 391, 394; III: 9 f., 22, 24,  
 28 ff., 32, 37, 55, 74 ff., 79 ff.,  
 86, 90 ff., 100, 104, 106, 110,  
 145, 157, 176, 192, 194, 196,  
 205, 217 f., 223 f., 235 f.,  
 251 f., 290, 340, 356, 416,  
 463, 509, 529, 561, 569 f.,  
 576, 625; III b: 17, 43, 45,  
 55, 149 f., 166, 170, 220 f.,  
 233—239, 293 ff., 297 ff., 308,  
 337 f., 382, 386 f., 391, 419,  
 421—437.  
 Franzosen I: 297; II: 18, 113,  
 168, 196, 205, 263, 281, 330 f.,  
 363, 369; III b: 88 ff., 93—  
 97, 112, 114, 122, 154 f., 176,  
 247.  
 Franz I. von Frankreich II: 155.  
 Franz von Assisi I: 258; III: 139.  
 Franz Josef, Kaiser III b: 434.  
 Fraser, Bischof III b: 31.  
 Frau, Frauen.  
 Angelsächsische Einwanderung  
 mit F. I: 89;  
 Zerstörung des häuslichen Le-

- bens durch F.-Arbeit III: 287;  
 Frau, Frauen.  
 — Arbeit im Bergbau III: 393—399, 538 f., 545;  
 — Arbeit in einzelnen Gewerben II: 379, 388; III: 532 ff.;  
 — im Arbeitshaus III: 134 f.;  
 — im Arbeitsgerichtshof III: 487;  
 — Arbeitslosigkeit III: 619;  
 — Arbeitsschutz III: 311, 399, 402, 404 f., 533, 536 f., 539, 545; III b: 350;  
 Arbeitszeitbestimmungen für F. III: 402, 404 f.;  
 Widerstand bürgerlicher F. geg. Fabrikgesetzgebung III: 536 f.;  
 Gefahren für d. arbeitenden F. III: 286 f., 394 ff.;  
 — Gemeinschaft I: 5 f.;  
 Heiratsabgaben I: 222;  
 Heiratszwangsrechte I: 132, 134, 137, 144; II: 28, 30, 40;  
 — in der Gilde I: 238 f., 247;  
 — als Hofgesinde I: 70;  
 Verschweigung d. F. bei d. Kopfsteuer I: 336;  
 Krankenversicherung III: 609 f.;  
 Lage der arbeitenden F. III: 52, 54, 135;  
 Ledigenheime III: 643;  
 Heimarbeit III: 480;  
 Lohnsätze I: 332; III: 483, 580;  
 — an Maschinen III: 284;  
 Mutterschaftsfürsorge II: 441; III: 135, 146, 584 f.;  
 Nacharbeit III: 286; III b: 350;  
 — Organisationen III: 560, 562;  
 Rechtsstellung bei d. Kelten I: 9;  
 — Erbrecht I: 9, 94, 129 f., 324; II: 53 f., 57; III: 227 f., 247 f.;  
 — im Schiedsamt III: 487;  
 — im Kampf um die Schutzzölle II: 375; III: 207;  
 Sparbankförderung durch d. F.; III: 341;  
 Sondereigentum an d. Fahrhabe I: 9;  
 — Vermögen im gemeinen Recht III: 262;  
 — unter Vormundschaft I: 96; II: 30;  
 Frau, Frauen.  
 — Wahlrecht III: 509 f., 514, 517, 537;  
 — als selbständige Wirtschaftseinheit III: 262;  
 Frazer's Magazine III: 410.  
 Fredegunde I: 70.  
 Free Food Traders III b: 58.  
 Freeholders s. Freisassen.  
 Freeman, Edward I: 88.  
 Freeman II: 102, 123.  
 Freibriefe s. die einzelnen Berechtigten.  
 Freidenker s. Deisten.  
 Freie I: 14 f., 19 f., 22, 33, 41 f., 54, 57, 59, 63, 73—77, 92 f., 102, 106 ff., 131 f., 135 ff., 140 f., 149, 249, 386.  
 Freihandel I: 207, 269, 275, 303, 311 f.; II: 221, 305 f., 342, 370—377; III: 14, 18, 60, 94 f., 163, 191—222, 389; III b: 41—60, 79 ff., 115, 357, 413 ff., 441, 449, 521;  
 — mit Irland III: 37;  
 — Lehre II: 177 f., 269, 276; III: 14 ff., 21 f., 24 ff., 34, 217 f.;  
 — Partei III: 403 f., 410; III b: 46, 59 f.  
 Freimaurer III: 302, 334 f.  
 Freisassen II: 44—49, 250, 400 f.; III: 42.  
 Fremde.  
 Ansiedlung I: 67, 100;  
 Erbrecht bei den Kelten I: 21;  
 Handel mit F. I: 60 f.; III b: 508;  
 — in der Hausgemeinschaft I: 21, 61;  
 Juden als F. I: 362 ff.;  
 — bei den Kelten I: 20 f., 23;  
 — in der Markgenossenschaft I: 53;  
 Rechtsschutz I: 170;  
 — als Sklaven I: 21, 46, 57 f.;  
 Viehleihe an F. I: 21;  
 Stellung zur Wirtschaftseinheit I: 348 f.;  
 — s. a. Gilde, Handwerker, Kaufleute.  
 Fremdenordnung (1571) II: 114.  
 Frere, Sir Bartle III b: 199 f.  
 Frescobaldi della Scala von Florenz I: 204, 302; II: 158.  
 Friedensschlüsse.  
 Aachen 1748 II: 329, 348;

Friedensschlüsse.

- Amiens 1802 III: 76, 80 113;
  - Bretigny 1360 I: 210, 313, 333;
  - Lunéville 1801 III: 80;
  - Nimwegen 1678/79 III: 10 f.;
  - Pretoria 1902 III b: 208 f.;
  - Paris 1763 II: 299, 331; III: 73; III b: 89;
  - 1814 III: 85;
  - 1815 III: 76, 86, 120, 191, 347;
  - 1856 III: 495;
  - Rijswijk 1697 II: 276; III: 20;
  - San Stefano 1878 III b: 231 f.;
  - Utrecht 1713 II: 162 f., 278, 314, 316 f., 326; III: 22;
  - Versailles 1783 II: 36, 336;
  - 1919 III: 488; III b: 437 f., 482 f., 517;
  - Westminster 1674 II: 228;
  - mit Frankreich 1200 I: 192;
  - mit Dänemark 1654 II: 225;
  - Frankreichs mit Neapel 1801 III: 80;
  - Westfälischer F. 1648 II: 224.
- Friedensrichter.
- Arbeitervertreter als F. III: 457;
  - Arbeitgeber als F. II: 127, 246 f., 380, 442; III: 44, 51, 311, 408, 511;
  - Arbeitsrichter als Vorläufer der F. I: 333;
  - als Schlichter von Arbeitsstreitigkeiten III: 265;
  - im Armenwesen II: 132 f., 136 f., 246, 265, 436 f., 441 ff.;
  - Weigerung der Durchführung des Fabrikgesetzes III: 391;
  - und Friendly Societies III: 342;
  - Geistlichkeit als F. II: 247; III: 553; III b: 31;
  - als Grabschaftsbeamte II: 246;
  - und Lehrlingswesen III: 265 f., 316, 400;
  - Festsetzung der Löhne u. Arbeitsbedingungen durch F. II: 127 f., 240, 380; III: 130, 265;
  - gegen Turnpike Trust III: 165 f.
- Friedrich der Große II: 119, 329 f.; III: 75.

- Friendly Societies s. Hilfskassen, freie.
- Friesen I: 86 f., 89, 91.
- Frobisher, Martin II: 302.
- Froissart I: 335.
- Frondienst I: 334.
- Fronhofwirtschaft I: 152—158, 322—346; II: 71.
- Frontinus I: 29, 36.
- Froude, James Anthony II: 80, 83, 132, 134, 207, 307; III: 221 f., 241 f., 256; III b: 81, 196 f., 215, 225.
- Fruchtwechselfwirtschaft II: 41, 396; III: 192.
- Fuagium II: 272.
- Fürsorgeschulen III: 587.
- Fugger, Familie I: 203; II: 78, 207, 208, 285, 368.
- Fugger, Jakob II: 285.
- Führenpflicht (averagium) I: 153, 330 — s. a. Dienste.
- Fukuda, Tokuzo III b: 402.
- Fulton, Robert III: 187.
- Furlong s. Gewanne.
- Furnivall, F. J. III: 416, 640.
- Fustel de Coulanges, N. D. I: 95.
- Futterbau III: 212 f.; III b: 9.

G.

- Gärtnerei II: 395; III: 618; III b: 15, 32.
- Gaius III: 270.
- Gallien, Gallier I: 4 f., 22, 26, 28, 44, 46, 48, 49, 65, 86 f.
- Galmei II: 257 f.
- Galt III b: 119.
- Gambetta, Leon III b: 45, 236 f., 294.
- Gambron, Bender Abbar II: 194.
- Gammage, R. G. III: 368.
- Gandhi, Mahatma III b: 496—504, 515.
- Gardiner, Samuel Rawson II: 212, 218, 226.
- Gardner, Stachie II: 388.
- Gargazon I: 5.
- Garnerzeugung II: 153, 260, 369, 381 ff.; III: 217 f., 349.
- Garnett, Richard III b: 108.
- Gasarbeiter III: 302, 469, 473, 560 f.
- Gascogne I: 304, 312, 358, 377; II: 146, 148 171.
- Gaskell, Arzt III: 50 ff.
- Gasversorgung III: 513 f.

- Gauß III b: 1.  
 Gavelmanni I: 133, 137 f. — s. a. Socagium.  
 Gawler, Henry III: 131.  
 Gay II: 231.  
 Gebühren.  
   Bahnbaugenehmigungs-G. III: 175 f.;  
   Erhebung I: 150;  
   Lizenzg. I: 196, 367; II: 87; III b: 146;  
   Meisterg. I: 250;  
   Monopolg. I: 196;  
   Privilegieng. II: 197;  
   Gerichtsg. I: 125, 229, 243, 367; II: 30, 33; III: 95;  
   Registerg. für Getreideeinfuhr III: 211, 219;  
   Wegg. II: 252, 421.  
 Geburtenziffer. Zunahme III: 53, 132.  
 Geburtsort II: 133, 135, 137, 264 ff. — s. a. Heimatsrecht.  
 Gefängnisverpachtung II: 246.  
 Gefangenenunterstützung III: 135.  
 Geflügelzucht III b: 15, 18 f., 217.  
 Gefolgschaft I: 9, 12, 16, 20 f., 23 f., 61 f., 69, 92, 103, 106 f., 113, 242;  
   Grundbesitz I: 79, 91, 107;  
   Hausgemeinschaft I: 106, 386;  
   Wirtschaftseinheit I: 62, 106;  
 — s. a. Gesithas, Gesithkundman, Hired, Thane, Thegnas.  
 Gegildans I: 170 — s. a. Gilden.  
 Geisteskrankenfürsorge III: 583, 592 f., 623 f.  
 Geistlichkeit I: 193, 198 f. 377; II: 42, 233 399; III: 415, 510;  
   im Bauernaufstand I: 338;  
   als Dienstadel I: 106;  
   u. Einhegungen II: 409;  
   als Friedensrichter II: 247; III: 553; III b: 31;  
   u. Genossenschaften III: 414;  
   im Kornzollkampf III: 207;  
   und Landarbeiter III: 553 f., III b: 31, 39;  
 Landbewirtschaftung III b: 24;  
   u. Owen III: 349, 353, 356;  
   u. Parlamentsreform III: 145, 157;  
   u. Sparbanken III: 341;  
   Wählbarkeit III: 510;  
   gegen Zins II: 286.  
 Geld.  
   Ausfuhr I: 355; II: 8 ff., 276; III: 7 f.;  
   Beschnittenes G. I: 198;  
   Entwertung I: 331; II: 436, 444; III: 80—86;  
   Falsches G. I: 198, 308;  
   Fremdes G. I: 308;  
   Bedeutung im Kapitalismus II: 16 f.; III b: 508;  
   Kleing.-Mangel I: 355;  
   Papierg. III: 102;  
 — Reform d. Vereinigten Staaten III: 99;  
   als Reichtum II: 8 ff.; III: 6 ff.;  
   Schlechtes G. I: 354 f.;  
 — Surrogate III: 99;  
 — Umlauf II: 207 ff., 276, 287, 295 f.; III: 6, 9, 86, 92, 99;  
 — Wechsel I: 308, 355; II: 287;  
 — s. a. Münzen.  
 Geldstrafensystem II: 21, 27;  
 Geldwirtschaft. Anfänge I: 160, 322, 328 ff., 349 f.; III b: 509, 511;  
   Merkantilistische G. I: 295 f.  
 Geleitsbriefe für Seefahrt I: 198.  
 Gelnhausen III b: 2.  
 Gemeinde.  
   Anleihen III: 631;  
   Armenpflege I: 389 f.;  
   Bürgschaftspflicht I: 147;  
   Verantwortlichkeit für Fabrikmißstände III: 537 f.;  
   Gerichtbarkeit I: 115, 147 f.;  
   Schulwesen III: 588—591;  
   Steuern I: 102, 148; III: 631, 646;  
   Straßenbau III: 165;  
   Verfassung I: 115 f.; III: 516;  
   Verwaltung I: 151; III b: 37.  
 Gemeine s. Unterhaus.  
 Gemeineigentum s. Eigentum.  
 Gemeinfreie s. Freie.  
 Gemeinheitsteilung III: 119 f., 148, 241.  
 Gemengelage I: 59, 70, 98 f., 101, 108, 154; II: 70, 72, 256, 397.  
 Gemüse II: 395, 423; III b: 19, 275.  
 Genossenschaft. Genossenschaften III: 411—431; III b: 512;  
   Baug. III: 426;  
   Großhandelsg. III: 427—431;  
   Maschinenbaug. III: 426;

Genossenschaft.

- Produktivg. III: 304, 419 ff., 423 ff., 430;
- Bank III: 423;
- Kongresse III: 424 ff.;
- Landpachtung III b: 39;
- Idee Owens III: 358, 360, 421;
- Register III: 424.
- Gent I: 292, 318.
- Gentry II: 49, 83, 380; III: 43 ff.
- Gentz, Friedrich III: 356.
- Genua, Genuesen I: 297; II: 167, 170, 185, 368.
- Genußmittel-Verbrauchssteuer II: 33.
- Geoffroy, Graf I: 130.
- Georg I. II: 34, 315, 321, 437; III: 118, 382.
- Georg II. II: 34 f., 247, 437.
- Georg III. II: 31, 35, 247, 332, 385, 399, 440, 443; III: 72, 141, 144, 233, 292, 313, 339, 341 f., 344; III b: 90.
- Georg IV. II: 421; III: 155, 157, 247, 298 f., 343, 353, 453.
- Georg V. III: 480, 486 f.
- George, Henry III: 556; III b: 249.
- Georgia II: 326.
- Gerberei I: 243; II: 117; III: 472.
- Gerberrinde III b: 217.
- Gerefe I: 113 — s. a. Portgerefe, Tungerefe.
- Gericht.
- Beamte I: 149, 243; II: 246 f.; III: 474;
- Gebühren I: 125, 229, 243, 367; II: 30, 33; III: 95.
- Gerichtsbarkeit
- des Adels I: 189;
- der Ältermänner I: 215;
- der angelsächs. Familie I: 89;
- feudale I: 78 f., 115, 145, 147 f., 308;
- der Gemeinde I: 115, 147 f.;
- Gewerbeg. I: 245, 251, 255, 256, 278; III: 487 f.;
- der Grafschaft III b: 34 f.;
- der Großfamilie I: 56;
- der Hundertschaften I: 115 f.;
- der Juden I: 362, 368;
- der Stapelkaufleute I: 307, 381;
- der unternehmenden Kaufleute II: 140;

Gerichtsbarkeit.

- der Kirche I: 223;
- des Königs I: 189;
- der englisch-ostindischen Kompanie II: 339 f.;
- der Messehern I: 230;
- auf römischer Domäne I: 38 f., 46;
- zur See II: 146;
- der Sippen I: 168;
- der Städte I: 180 f., 225 f., 256;
- bei Viehleihe über Unfreie I: 17;
- des Volkes I: 115 f.;
- der Zünfte und Gilden I: 183, 236, 244 f., 251, 255, 278, 320.
- Gerichtsdienst der Freien I: 76;
- der Bauern I: 148 f.; II: 45.
- Germanen.
- Ackerbau I: 49 f.;
- Ansiedlung durch Römer I: 41;
- Fischerei I: 74;
- Gemeineigentum an Land I: 50;
- Sonderrecht am Boden I: 18;
- Großfamilie I: 56;
- Großgrundbesitz I: 69 ff.;
- Handel I: 59 f.;
- Hausgemeinschaft I: 56;
- Heerwesen I: 53;
- Jagd I: 50, 74;
- Königtum I: 63.
- Krieg I: 61;
- als römische Beamte I: 64;
- Sklaverei I: 59;
- Polit. Verfassung I: 62 f.;
- Viehucht I: 51 f.;
- Wirtschaftseinheit I: 23, 50;
- Wirtschaftsverfassung I: 48 — 61;
- Germanen I: 27, 41, 46, 51.
- Germanisierung der Römer I: 63 ff.
- Gerste I: 51; II: 255, 273; III b: 116.
- Geschlechtsgenossenschaft I: 53, 89, 93 f., 98, 100, 112.
- Gesellen I: 250, 280—287; II: 100, 105 f., 109, 118, 153.
- Gesellenbruderschaften I: 280—287, 388; II: 106—109, 118; III: 288 ff., 332.
- Gesellenlade, deutsche III: 290.
- Gesellenverbände s. Yeomanry



- Gesellschaft zur Förderung der Sozialwissenschaft III: 451.  
 Gesellschaften des Handels s. Handelsgesellschaften.  
 Gesellschaften zur Hebung der Lage des Volkes III: 146.  
 Gesellschaftsverfassungen I: 13 f., 20, 24; III: 42—71, 141—163; III b: 506 f.  
 Gesetland I: 108.  
 Gesetze s. Einzeltitel u. Sachbegriffe.  
 Gesetzgebung III: 535.  
 Gesetzgebungsrecht des Mutterlandes für Kolonien II: 303, 333.  
 Gesinde I: 69 f.  
 Gesithas I: 107 — s. a. Gefolgschaft.  
 Gesithkundman I: 92, 107, 113, 242 — s. a. Gefolgschaft.  
 Gesundheitsamt von Manchester III: 316 ff.  
 Gesundheitsbehörden III b: 36 ff. — s. a. Board of Health.  
 Gethaka III b: 260 f.  
 Getreide.  
   Antikornzolliga III: 204 ff.;  
   — Aufkaufsverbot I: 357;  
   — Ausfuhr I: 199, 208, 211, 214, 296, 306, 357 f.; II: 75, 87—93, 150, 248 f., 254, 269 f., 273 f., 277, 394 f.; III: 192 f.;  
   — Bau II: 85, 90 ff., 93, 394, 397, 399; III: 192 f., 213; III b: 8, 9, 12, 18.  
   — Einfuhr I: 214; II: 87, 89 ff., 270, 394; III: 77, 80, 82, 86, 88, 120, 192 f., 195, 211, 219, 491; III b: 11;  
   — Gesetzgebung II: 88 f., 91 f., 270, 274, 277; III: 86, 88, 149, 155, 191, 193, 195 ff., 203 f., 206 f., 211, 251, 389, 549;  
   — Verteilung der Gracchen I: 34;  
   Binnenhandelsbeschränkung II: 89;  
   — Handelspolitik II: 87—94; III: 191 ff.;  
   Konkurrenz des ausländischen G. II: 89; III: 214; III b: 10 ff.;  
   — Preise II: 75, 88—92, 269 f., 273 f., 394, 402, 405, 413, 417, 435, 443; III: 86, 119, 149, 192—201, 204, 212, 241, 485; III b: 10 ff., 18;  
 Getreide.  
   — Produktionsgesetze III b: 463 f., 467 ff.;  
   — Spekulation III: 203 f.;  
   — Transport II: 87, 249, 251 ff.; III b: 10;  
   — Zölle II: 270, 394; III: 102, 192 f., 197—208, 211 f., 251, 328, 386, 389, 403 f., 491, 498, 503; III b: 8 f., 47;  
   — s. a. Roggen, Gerste, Hafer, Weizen.  
 Gewanne I: 54 f., 154.  
 Gewerbe II: 95—124, 361—392;  
   Aktiengesellschaft im G. II: 120 f., 391 f.;  
   Anfänge selbständiger G. I: 242;  
   gewerbliche Bevölkerung II: 249 f., 361 f.; III: 49;  
   Einkommensverhältnisse im G. II: 250;  
   Ferien I: 246;  
   Förderung II: 213 ff.;  
   Freiheit I: 263;  
   Gerichtsbarkeit I: 245, 251, 255 f., 278; III: 487 f.;  
   Kleing. II: 118, 120 f., 297; III: 532 f.;  
   Sinkende Kosten bei steigender Produktion III b: 15;  
   — Monopol der irischen Gewerksvereine III: 305;  
   — Polizei I: 248, 251, 256;  
   Aufhören der Selbständigkeit im G. II: 64, 97 ff., 117 f., 129; III: 283;  
   — Vertretung II: 123;  
   Weberei als erstes Absatzg. I: 315;  
   — der Römer I: 33 f.;  
   — s. a. Fabrik, Handwerk, Hausindustrie, Industrie, Lohnwerk, Manufaktur, Mystery.  
 Gewerkrankheiten III: 54, 286.  
 Gewerkschaften, deutsche III: 570 f.  
 Gewerkverein III: 288—306, 432—459, 550—581;  
   — der Angelernten Arbeiter III: 555;  
   Arbeitskampf III: 371, 439, 450, 458, 482, 552, 558 f.;  
   Arbeitsvermittlung III: 438, 440;

Gewerkverein.

- Beamte III: 448, 565 f.;
- einzelner Berufe III: 301, 432, 435 f., 472, 551—554, 563 f.; III b: 31 f., 34, 37 ff., 462—466, 468;
- u. Chartisten III: 432, 551;
- u. Robert Owen III: 304 f., 359, 361;
- „Dokument“ III: 302, 304, 462;
- Eid d. G. III: 295, 303;
- Ablehnung arbeitsparender Maschinen III: 295;
- und öffentliche Meinung III: 451 ff.;
- Volksbildungsbestrebungen III: 448;
- Gelder III: 453 f.;
- Gewerbemonopol d. irischen G. III: 305;
- Gesetze (1869, 1871, 1876) III: 454 f., 569;
- Kongresse III: 551, 555, 563, 566; III b: 32;
- u. Lehrlingswesen III: 440;
- Großer nationaler konsolidierter G. III: 301 f., 304, 361, 366;
- Parlamentarisches Komitee III: 551 f.;
- Räte III: 452, 551;
- Rechtsstellung III: 303, 305, 453 ff., 551 f., 565 ff., 581;
- Soziale Bestrebungen III: 290, 437 ff., 441, 444 ff., 457, 469 f., 476, 481, 562, 577 ff.; III b: 490;
- u. Sozialismus III: 423, 555 f.;
- Stellung zur Politik III: 457 f., 498, 551 f., 555 f., 563 f., 566 ff., 576;
- Unterstützungswesen III: 290, 345 f., 432—439, 450, 552, 559, 562;
- Vertrag mit dem Staat III: 483;
- der ungelerten Arbeiter III: 555, 562;
- Stellung zu ungelerten Arbeitern III: 295, 553;
- Vereinigungen III: 433 ff., 562;
- u. Arbeiterversicherung III: 568, 610, 620;
- „Volksstimme“ III: 301 f.;
- Vorläufer II: 124; III: 290;
- u. Weltkrieg III: 577 ff.;

Gewerkverein.

- s. a. Compagnonage, Treasury Agreement, Koalition.
- Gewichte I: 356; II: 154.
- Gewinnsteuer III: 579 f.
- Gewissensfreiheit II: 219.
- Gewürze I: 303; II: 167, 170, 186, 192, 200 f.; III: 7; III b: 313.
- Gewürzhändler II: 109.
- Gewürzinseln II: 193, 197, 200, 338.
- Gewürznelken III b: 257.
- Gilbert-Inseln III b: 86.
- Gilberts Act (1782) II: 440 ff., III: 119 f., 125.
- Gilda adulterina I: 257.
- Gilda teutonicarum I: 299.
- Gilda mercatoria I: 233—241; II: 142.
- Gilde I: 159—176, 248, 257 f.; II: 141; III: 332 f., 519 f.;
- Abgaben, Steuern und Zölle I: 188, 236, 241, 244, 293;
- Altermäner I: 238;
- Kampf gegen Adel I: 215;
- der Baugewerbevereinigung II: 99;
- Beamte I: 238;
- Mitgliedschaft und Bürgerrecht I: 249, 251;
- Entstehung I: 168 f.;
- Eintrittsgeld I: 238 f.;
- Frauen in der G. I: 238 f., 247;
- Freibrief I: 182, 188, 221 f.;
- Privilegien I: 181, 244;
- der Fremden I: 170;
- Fürsorgeeinrichtung I: 238;
- Gerichtsbarkeit I: 236, 244;
- Gewerbeferien I: 246;
- Halle I: 233, 384;
- Reklameverbot I: 247;
- Qualitätsprüfung I: 236, 246, 356;
- Preisfestsetzungen I: 247, 271 f., 360;
- Recht I: 183, 236, 256, 259,
- Rollen I: 236;
- Schutz-G. I: 169, 172 ff., 232, 239; — s. a. Iudicia civitatis Lundoniae;
- Schutzpflicht I: 170, 174 f., 235;
- Schutzzollpolitik II: 151;
- der Seeleute II: 148 f.;
- Statut I: 168, 172 ff., 282, 286;

- Gilde.  
 Unterstützungspflicht I: 387 f.;  
 II: 130;  
 Verfassung I: 282;  
 Vermögenskonfiskation II: 134;  
 III: 332;  
 als Wirtschaftseinheit I: 165,  
 235 f., 245 ff., 291; III: 332;  
 Zusammenkünfte I: 239;  
 — s. a. Webergilde, Kaufmanns-  
 gilde, Zunft, Gegildans,  
 Blutsbrüderschaft, Gilda,  
 Knighten Gild.
- Gilpin, Bernard II: 81.
- Gipps, Sir George III b: 146,  
 151, 155 f., 160.
- Giraldus Cambrensis I: 12, 234.
- Girdlestone, Kanonikus III b: 31.
- Gladstone, Edward (Premier-  
 minister) III: 74, 179, 215 f.,  
 220, 453, 457, 494 ff., 500,  
 504 ff., 516, 552, 590, 601,  
 603, 605; III b: 36 f., 49,  
 158, 164, 200 f., 236, 293,  
 296 f., 300, 416, 428, 435.
- Gladstone, Herbert III: 480.
- Glanvilla, Ranulfus I: 190, 216,  
 226, 227.
- Giacopone da Todì III: 139.
- Gibbon, Edward III: 234.
- Gibraltar II: 220, 278, 314, 325,  
 329; III: 435.
- Gideon, Samson III: 63.
- Gierke, Otto I: 95.
- Giffen, Sir Robert III: 221; III b:  
 18, 44.
- Gifford, Lord III b: 281.
- Gilbert, Sir Henry III b: 9.
- Gilbert, Sir Humphrey II: 302.
- Glas II: 191, 304, 334; III: 98;  
 — Industrie II: 160, 364, 391;  
 III: 533.
- Glasgow III: 31 f., 305, 320, 389,  
 428, 637, 643; III b: 57.
- Glasson I: 95.
- Glastonbury I: 150.
- Glebe Lands Act (1888) III b: 24.
- Gleichgewichtstheorie III b: 413.
- Gleichheitsprinzip II: 17; III:  
 59 f., 67, 269, 349.
- Glenelg, Lord III b: 75, 149 ff.,  
 179, 182, 189.
- Glimmer III b: 348.
- Globe III b: 232 f.
- Gloucester I: 230, 276; II: 423;  
 III: 25, 553; III b: 21.
- Gloucestershire II: 119, 260; III:  
 38.
- Glovers II: 327.
- Goa II: 188.
- Goderich, Lord (Marquis von  
 Ripon) III: 416; III b: 135,  
 143, 365 f., 494.
- Göttingen III b: 1.
- Godley (Irländer) III b: 158 f.
- Godwin III: 105, 146;
- Godwin, George III: 639.
- Goethe, J. W. II: 325; III: 3,  
 114.
- Golbeter II: 78.
- Golconda II: 191, 201.
- Gold. Ausfuhr I: 355; II: 196,  
 209; III: 80, 93, 99 f.;
- als Außenhandelszahlungs-  
 mittel I: 308, 363;  
 Ertragsabnahme der G.-Berg-  
 werke III b: 43;
- als Triebfeder d. Entdeckungs-  
 fahrten II: 300, 302;
- Preis und Geldentwertung III:  
 83 f.;
- Handel II: 154, 181; III: 88;
- Einfuhr durch Juden III: 60;
- in den Kolonien III b: 124,  
 161, 165, 194, 200, 204—206,  
 217 f., 226, 252, 348;
- Gehalt der Münzen II: 206 f.;
- Bergbauprivileg II: 362, 385;
- Vorrat nach 1763 III: 73;
- als Wertmesser II: 290.
- Goldie, Taubman III b: 246—248.
- Goldschmiede I: 271, 280, 376,  
 384; II: 103, 109, 283, 286 ff.,  
 291 f., 295; III: 62.
- Depositengeschäfte der G. I:  
 384; II: 283, 287.
- Gonner, Edward C. K. II: 413.
- Goodman, Thomas III: 159.
- Googe II: 395.
- Gordon, C. G. (Hauptmann)  
 III b: 385 f., 391.
- Gordon, Charles (General) III b:  
 203, 229, 269 f., 296 f., 298,  
 358.
- Gormagonenorden III: 335.
- Goschen, G. J. III: 639; III b:  
 47.
- Goshen III b: 277.
- Goten I: 64, 87.
- Gottesurteil I: 116.
- Goulborn III b: 79.
- Gouraud III b: 479.

- Gourlay, Robert III b: 66, 74, 98, 100.
- The Governor and Company of Adventurers of England trading into Hudson Bay III b: 123.
- Gower, Graf II: 429.
- Graaf-Reinet III b: 176.
- Gracchus, Gaius I: 30, 34.
- Grafschaft. Beamte I: 106, 116, 224 f.; II: 128, 246; III: 133, 511, 517 f.;
- Verwaltung durch königl. Beamte statt Selbstverwaltung III: 511 f.;
- Bevölkerungsverteilung III: 48 f.;
- Asyle für Geisteskranke III: 593, 623;
- Gericht III b: 34 f.;
- Grundbesitzer als G.-Räte III b: 25;
- Klubs als Begründer der Hilfskassen III: 337;
- Räte und Kleinbesitzförderung III b: 24 ff.;
- Die G.-Räte in den Lokalverwaltungsgesetzen von 1888 und 1894 III: 516 ff.; III b: 38 f.;
- Rat von London III: 521 ff., 564, 616, 639, 643;
- Schulwesen der G. III: 591;
- Städte III: 516 f.;
- Steuern II: 246; III: 517;
- Straßenwesen III: 166, 517;
- Vertretung der G. im Parlament II: 245; III: 42, 162;
- Versammlung I: 115 ff.;
- Rat und Wohnungswesen III: 645, 650;
- Östliche G. II: 111;
- Südliche G. II: 249, 254; III: 158 f.;
- See-G. II: 88 ff., 145, 250 f., 253 f.;
- Graham, Cunningham III: 560.
- Graham, Sir James III: 401.
- Granada II: 368.
- Grand-Trunk-Kanal II: 429 f.; III: 50.
- Grand Trunk Railway III b: 118.
- Grant III b: 268.
- Granville, Lord III b: 49, 293.
- Gratian I: 44.
- Gray, Thomas III: 174.
- Great Rolls of the Pipe I: 197.
- Green (Erfinder, Porzellanherstellung) II: 366.
- Green, Reeder III: 186.
- Green, F. E. III b: 31, 464 ff.
- Green, John Richard I: 88; III: 143.
- Greenock III: 186.
- Greenwood, William II: 214.
- Gregor der Große I: 390.
- Gregor von Tours I: 108.
- Grenville, Lord II: 332 f.; III: 114.
- Grenzen I: 50 f.
- Grenznutzenlehre III: 243.
- Gresham, Sir Thomas II: 143, 180, 209.
- Greshamsches Gesetz I: 354.
- Greville III: 160.
- Grey, Albert III b: 282.
- Grey, Sir Edward III: 577; III b: 422 f., 426 f., 429, 432 ff., 503.
- Grey, George (Kapitän, Gouverneur) III b: 145.
- Grey, Sir George III: 408; III b: 150, 157, 159, 160, 161 f., 189—192.
- Grey, Lord (Lord Howich), Kolonialminister III b: 150, 160 f., 165.
- Grey, Lord Charles (Reformminister) III: 37, 111, 146, 153, 158 f., 161 f., 366.
- Grey, III. Lord (Kolonialminister) III b: 75, 79 f., 101, 113, 114, 146, 185—187.
- Griechenland, Griechen I: 58; III b: 231.
- Griffith, Sir Samuel III b: 168.
- Griffith, W. L. III b: 116, 118.
- Grimsby I: 198.
- Grindecobbe, William I: 341 f., 344.
- Griqualand, Griquas III b: 184 f., 195 ff., 204, 276 f.
- Grocer I: 271, 275 ff.; II: 110.
- Gröningen II: 165.
- Grönland II: 216.
- Grootven, E. van III b: 423.
- Groß, Charles I: 164 ff., 169 ff., 173, 175 f., 226, 227, 233, 253.
- Grossetête, Bischof I: 374, 377, 382.
- Großfamilie. Eigentum I: 54, 56;
- Gerichtsbarkeit I: 56;
- der Germanen I: 56;

## Großfamilie.

Hausgemeinschaft I: 166 f.;  
 der Iren I: 7 f.;  
 der Kelten I: 6, 10 f., 54;  
 Landzuteilung an die G. I: 11;  
 Sondernutzungsrecht I: 54;  
 in Terlan I: 5;  
 Unterstützungspflicht I: 386;  
 in Wales I: 8 f.;  
 als Wirtschaftseinheit I: 6, 23,  
 54 ff., 166 f., 385 ff.; III: 228;  
 III b: 505.

Groß-Namaqualand III b: 203.

Grote, Georg III: 58; III b: 76.

Grotius, Hugo II: 226.

Grünau, Kloster II: 119.

Grünes Buch III: 305.

Grundbesitz, des Adels I: 20 f.,  
 120; II: 45, 49, 76, 83; III:  
 43 f., 208, 261; III b: 20 f.;  
 der Ältermänner I: 215, 221;  
 der Gefolgschaft I: 79, 91,  
 107;  
 der Kaufleute I: 215 f.; II:  
 76, 79, 393, 414 f.;  
 der Juden I: 366, 375;  
 des Königs I: 19, 54, 67, 117,  
 120 f., 143; II: 29 f.;  
 der Stadtbürger I: 162 f., 177,  
 221, 232; II: 392;  
 der Zünfte II: 102;  
 Bedeutung für die Staatswirt-  
 schaft II: 19;  
 und Bergbaurecht II: 385;  
 III b: 54, 483—485;  
 und Erbschaftssteuer III: 494,  
 507 ff.;  
 Feudallasten II: 30, 44;  
 gebundener G. II: 413, 415 ff.;  
 III: 223, 259 f.; III b: 20 f.;  
 Heimfall I: 132, 323, 325 f.;  
 Kapitalwert III b: 12;  
 Konfiskation d. G. bei Hoch-  
 verrat II: 39 ff., 51 f., 393,  
 416;  
 Konzentration II: 70 f.; III:  
 251; III b: 8, 20, 24;  
 und Stadtverwaltung I: 253;  
 Streubesitz II: 72 f.;  
 Treuhändersystem II: 41 ff.;  
 III b: 34 f.;  
 Veräußerungsrecht I: 96 f., 99,  
 128, 132, 136, 139 f., 323;  
 III: 229;  
 Verfügungsfreiheit I: 132, 323,  
 II: 41, 43 f., 46 f., 51, 58,  
 267;

## Grundbesitz.

Verschuldung II: 54;  
 Wertzuwachs III: 254, 507 f.;  
 Differenzierung d. G.-Größen  
 vom 13.—16. Jahrh. II: 71 f.;  
 Großgrundbesitz I: 65, 67, 79,  
 103; II: 408 ff.; III: 42 ff.,  
 119 f., 230, 235, 237, 258,  
 263 f.; III b: 8, 28, 470;  
 — im Römerreich I: 28—48;  
 — im Frankenreich I: 66;  
 — der Germanen I: 69 ff.;  
 — der Kirche I: 31, 46, 65, 67,  
 71 ff., 103, 105, 114, 331;  
 — als Voraussetzung der Par-  
 lamentsmitgliedschaft III: 42,  
 52;  
 — s. a. Domäne, Fideikom-  
 miß, Grundherrschaft, Ma-  
 nor, Saltus, Villa;  
 Kleinbesitz I: 22, 30, 31, 43,  
 73 ff., 328; II: 72 f., 393;  
 III: 235 ff., 241 f.; III b: 14—  
 18, 23—28, 32 t., 39, 470;  
 — s. a. Bauern, Copyhold,  
 Feldgärten, Freie, Halbfreie,  
 Häusler, Hörige, Kolonat,  
 dienendes Land, Parzellen,  
 Peculium, Socagium, Unfreie,  
 Vici, Yeomanry;  
 — s. a. Boden, Erb-, Land-,  
 Lehenswesen, Pacht, Steuer.  
 Grundbesitzer II: 43, 239, 287;  
 III: 174 f., 207, 251, 507 f.;  
 III b: 13 f., 29, 38 f.;  
 Besteuerung der Bergwerks-  
 einnahmen der G. III: 508;  
 — im Gegensatz zum Bürgertum  
 III: 208, 224, 263 f.;  
 — als Friedenrichter II: 246 f.,  
 442; III: 511;  
 — als Grafschaftsräte III: 516 f.;  
 III b: 25;  
 — und Landbank II: 294;  
 Nachkommenschaft II: 51,  
 58 ff., 245; III: 226—230;  
 Politische Machtstellung II:  
 19, 55 ff., 88, 243, 394; III:  
 44, 52, 120, 198, 224;  
 — gegen allgemeine Schulpflicht  
 III: 589;  
 — und Schutzzölle III: 18, 506;  
 Sonderinteressenpolitik der G.  
 II: 153, 266; III: 245, 253;  
 — in der Verwaltung III: 44,  
 204; III b: 37;



- Wahlrecht d. G. II: 245, 393;  
 III: 44, 162, 510;  
 Zehentzahlung d. G. III b: 29.  
 Grundherrschaft I: 25, 32, 46 f.,  
 66 ff., 78 ff., 85—158, 322 f.,  
 329, 334, 346, 365, 386, 393,  
 II: 28, 30, 40, 76, 81, 130;  
 III: 511;  
 Beamte der G. I: 112 f., 149,  
 323, 329;  
 Einhegungsrecht II: 73, 80;  
 Gerichtsbarkeit I: 78 f., 111,  
 115, 145, 147 ff.;  
 Heiratszwangsrecht I: 132,  
 134, 137, 144; II: 28, 30, 40;  
 im Besitz von Kaufleuten II:  
 76;  
 im Besitz des Königs I: 121,  
 143;  
 Konfiskationsrecht I: 132;  
 Organisation I: 113, 149 f.,  
 152—158;  
 Schutzpflicht I: 77, 109 f., 365;  
 Stadtverwaltung III: 511;  
 Besteuerungsrecht I: 145, 163,  
 365;  
 Straffrollen der G. II: 74;  
 Unterstützungspflicht I: 386,  
 393; II: 130;  
 Verpachtung der G. I: 346;  
 als Verwaltungsbezirk I: 111,  
 127, 147;  
 als Wirtschaftseinheit I: 78,  
 142 f., 346.  
 Grundrente I: 17, 163; II: 81,  
 83, 253, 260, 394, 396, 398 f.,  
 414; III: 22, 212, 429; III b:  
 5, 8;  
 Ricardosche G. I: 330; III:  
 39 f., 197, 508.  
 Guadeloupe II: 309; III: 112.  
 Guiana, British- III b: 226 f.  
 Guicciardini II: 69.  
 Guienne II: 148, 171.  
 Guile, D. (Generalsekretär der  
 Eisengießer) III: 551.  
 Guinea-Küste II: 169, 181 f., 307.  
 Gujerat II: 187.  
 Gummi III b: 226, 242 f.  
 Gürtler II: 96, 98.  
 Guthrum, König I: 112.  
 Guttaperchafabriken III: 533.
- H.**
- Haag I: 290.  
 Habeas corpus Acte II: 272; III:  
 148, 153 f.
- Habsburger I: 203; II: 78, 220,  
 284 f., 312, 323; III: 90.  
 Hadrian I: 25, 38.  
 Häuptlinge, Ernennung zu Be-  
 amten III b: 184.  
 Häusler I: 21, 146, 147; II: 411,  
 435; III b: 34 — s. a. Hörige.  
 Häute I: 200, 296, 309, 312;  
 II: 267; III b: 170, 217, 266,  
 275.  
 Hafen I: 199, 294; II: 168 f., 215,  
 249, 278.  
 Hafensteuer s. Steuer.  
 Hafenzollgesetz (1767) II: 334.  
 Hafer I: 51; II: 255; III: 485;  
 III b: 116.  
 Haftpflichtgesetze III: 565 f.,  
 603 f., III b: 172.  
 Haigh, Lord III b: 429.  
 Haiti III b: 220, 225.  
 Halbfabrikate III: 98, 215; III b:  
 53.  
 Halbfreie I: 21, 41 ff., 57 f., 108.  
 Haldane III b: 423, 429 f., 432 f.,  
 435, 503.  
 Hale, Sir Matthew II: 49, 58,  
 437.  
 Hales, John II: 92, 93, 260, 397.  
 — Sir Robert I: 334, 337, 338,  
 341.  
 Halifax II: 249, 260, 381.  
 Hallam II: 21.  
 Hallamshire II: 105.  
 Hallimote I: 148.  
 Hallmoots I: 242.  
 Halsbury (Lordkanzler) III: 259,  
 261; III b: 21.  
 Hamburg III: 100, 428.  
 Hamilton, Robert III: 76.  
 Hammerleute II: 389.  
 Hamo de Chigwell I: 264.  
 Hampden, John II: 46.  
 Hampshire III: 158.  
 Hampton I: 160.  
 Handel I: 255; II: 8, 65, 96 f.,  
 120, 182 213 ff., 225, 261 ff.,  
 278 f., 361; III: 23, 49, 73;  
 III b: 40—60;  
 Außenh. I: 199, 221, 266, 288  
 —314, 349 f., 384; II: 9, 117,  
 139—149, 220, 283, 304, 312,  
 318, 325 ff.; III: 16; III b:  
 47, 50 ff., 87, 481 f., 488, 492,  
 508;  
 Binnenh. I: 228, 306; II: 89;  
 Intermunizipaler H. I: 290; II:  
 151;

## Handel.

- Detailh. I: 276; III: 64;
- Straßenh. III: 538;
- Durchfuhrh. II: 372;
- Hafenh. I: 199;
- Küstenh. II: 192, 202, 224;  
III: 185 f.;
- Überseeh. I: 297; II: 192;
- Mittelmeerh. I: 289; II: 166,  
173;
- Ostseeh. II: 225;
- Kleinh. III b: 5;
- Zwischenh. II: 122, 161, 201 f.,  
224 f.; III: 7, 81 f., 219 f.;  
III b: 5;
- Kolonialh. II: 326; III: 220;  
III b: 61 f., 79 f., 87, 126 f.,  
168;
- Abgaben I: 236; II: 142;
- Beschränkungen I: 207, 305,  
308; II: 89, 142 f., 192, 268;
- Freiheiten I: 199, 304, 312;  
II: 153 f., 223; III: 9;
- Gesetzgebung I: 296; II: 94,  
112 f., 115, 163, 209, 213 ff.,  
267 f., 277, 372; III: 82, 85,  
149;
- Gewinn I: 352; II: 76 f., 192 f.,  
340;
- Juden im H. I: 122, 266, 323,  
363 f., 376;
- als Träger des kapitalistischen  
Geistes II: 3 ff., 76, 120, 361;
- Konkurrenz anderer Länder  
II: 275, 326 ff., 338; III b:  
48;
- Konzentration III b: 40;
- Sperren II: 268, 275 f., 314;  
III: 10 f.;
- Verbote I: 312; II: 122,  
155 f.; III: 10 f., 73, 86;
- Verkehrseinflüsse II: 87, 419 f.,  
423;
- mit Frankreich II: 170 ff.,  
268 f., 275 f., 314 f.; III: 10,  
37, 73, 218 f., 496, 498; III b:  
43, 45, 115 ff., 119, 236, 415,  
417;
- mit Indien II: 186, 191 ff., 196,  
200 ff., 222 f., 334 f., 338 ff.,  
343, 369 ff.; III b: 353—355;
- mit d. Niederlanden II: 152—  
157;
- mit dem Orient I: 303, 363;  
II: 20, 149, 158, 184 f., 194 f.,  
200, 346, 369; III: 7 f.;

## Handel.

- mit Portugal II: 169 f., 313  
—316; III: 97;
- mit Spanien II: 165—170, 318,  
325 ff.;
- Südafrikas III b: 217 f.;
- s. a. Ausfuhr, Einfuhr, Frei-  
handel, Hanse, Kaufleute,  
Krieg, Lizenz, Markt, Messe,  
Monopol, Privilegien, See-  
herrschaft, Sklaven, Stapel,  
Welthandel u. d. einzelnen  
Waren.
- Handelsbilanz II: 8—15, 215, 221,  
268, 276, 307, 315, 329; III:  
8 f., 12 ff., 15 ff., 19 t., 24 t.,  
34, 80, 88 f.
- Handelsgesellschaften.
- Aktiengesellschaft als Unter-  
nehmensform der großen  
H. II: 120 f., 150, 173—177,  
391; III: 7;
- Beiträge d. H. II: 174, 178;
- Entdeckerrecht d. H. II: 177;
- Freibriefe der H. im Handels-  
gesetz von 1650 II: 216;
- Gewinne d. H. II: 181 ff., 194,  
200 f., 204;
- Kreditgewährung d. H. an die  
Krone II: 175, 371;
- Kriege d. H. II: 179, 338,  
343;
- Kriegführungsrecht d. H. II:  
175, 339 f.;
- Landerwerbungen der H. II:  
175, 339;
- Rechte der H. II: 193;
- mit Staatsfunktionen (Charte-  
red Companies) II: 175 ff.,  
193, 198; III b: 205 f., 245  
—248, 253—256;
- Afrikanische Kompanie II:  
173, 177, 181, 308;
- Association internationale d'  
Afrique III b: 239 f.;
- British Central Africa Com-  
pany III b: 291;
- Imperial British East African  
Company III b: 253, 255 f.,  
270;
- British South Africa Company  
III b: 276—289;
- British-North-Borneo-Com-  
pany III b: 246 ff., 411;
- Canterbury Association III b:  
157 ff.;

- Handelsgesellschaften.  
 North Charterland Exploration Company III b: 289;  
 Courtengesellschaft II: 202, 222;  
 Exploring Company III b: 278 ff.;  
 Französisch-ostindische Kompanie II: 339;  
 The North West Fur-Company III b: 123 f.;  
 Grönlandkompanie II: 181;  
 Holländisch-ostindische Kompanie II: 193 f., 198, 369; III b: 174, 375;  
 Hudson Bay Company III b: 89, 123 ff., 246;  
 British India Navigation Company III b: 254;  
 Italienische H. I: 302;  
 Levantinische Kompanie II: 184, 195, 200;  
 Lombardische H. I: 302;  
 Mississippi-Gesellschaft II: 320 f.;  
 Nigerkompanie (Nationale Afrikanische Kompanie) III b: 246—248;  
 Russische H. II: 173 f., 177, 179 ff., 301, 391;  
 Südseegesellschaft II: 309, 316 ff., 321—328; III: 90;  
 Türkische Kompanie II: 315, 329;  
 United Company of Merchants of England Trading to India s. Kompanie, englisch-ostindische.  
 Handelskommissare III b: 83 f.  
 Handelsministerium III: 179 f., 478 f., 482 f., 545, 548 f., 631; III b: 83 f.;  
 Handelsniederlassungen II: 141, 199, 204; III b: 88.  
 Handelsverträge I: 289; II: 21 ff., 33, 113, 152—157, 165 f., 169 ff., 193, 221, 276, 312—316; III: 11, 37, 73, 97, 218 f., 496, 498; III b: 43, 45, 115 ff., 119, 236, 415, 417.  
 Handlungsgehilfenorganisation III: 562.  
 Handschuhmacher II: 117, 120; III: 532.  
 Handwerk, Handwerker II: 5, 64, 102, 114 f., 125—128; III: 281, 295, 533 f.; III b: 7, 511 f.  
 Handwerk.  
 Besteuerung I: 336;  
 Dorfh. I: 322 f.;  
 Fremde H. I: 342; II: 113 f., 129, 362 ff.;  
 Gesetzgebung I: 271 f., 282;  
 — Gilden I: 242—252, 387 f. — s. a. Zunft;  
 — der Grundherrschaft I: 70, 138;  
 — gegen Handel und Kaufleute I: 255; II: 110 ff., 116; III: 7;  
 Handelsfunktionen II: 96 f., 111;  
 Indisches H. III b: 352;  
 Kleinmeister II: 109, 118 f., 123 f.; III: 575 f.;  
 — Kompanien II: 110, 116 f., 119 ff., 124;  
 Landwirtschaftl. Arbeit II: 126;  
 — legen I: 252;  
 — von London I: 265, 338;  
 — Meister I: 250; II: 64, 96 f., 117;  
 Römische H. I: 27, 34;  
 — Sklaven I: 34;  
 — s. a. Gewerbe, Lohnwerk.  
 Hanf III: 289; III b: 275.  
 Hankow III: 188.  
 Hanley II: 365.  
 Hannöversche Dynastie II: 35, 51, 298, 329, 394; III: 111, 265, 335, 382.  
 Hansard III: 292.  
 Hanse (Eintrittsgeld in Gilden) I: 238 f.  
 Hanse I: 230, 276, 298—302, 313; II: 140, 152, 160—165, 170 f., 174, 261;  
 Freibrief II: 161 f.;  
 Konflikt mit unternehmenden Kaufleuten II: 143, 161 f., 164 f., 174;  
 Kreditgewährung an die Krone I: 301; III b: 510;  
 Privilegien I: 293, 298, 300 ff.; II: 158, 160—164;  
 Zollverträge I: 293;  
 Städte I: 298; II: 147.  
 Hansen, Georg I: 95.  
 Hanway, John III: 312 f.  
 Harcourt, Sir William III: 506, 508, 515, 521; III b: 28, 281, 297.  
 Hardwicke (Oberrichter) II: 51.

- Hardy (Schuhmacher) III: 146 f., 291.  
Hargreaves, James II: 377, 381; III: 50; III b: 349.  
Harley, Premierminister (Graf Oxford) II: 317.  
Harold, König I: 118, 119; II: 18.  
Harrington, James II: 13, 55—58, 60; III: 234.  
Harrington, William II: 60.  
Harris, Frank III b: 398.  
Harrison, Frederic III: 453, 455, 524.  
Hart, Robert III b: 388 f.  
Hartington, Lord III b: 200, 293, 296.  
Hartley, D. (Quäker) III: 106.  
Hartlib II: 397.  
Hasbach, Wilhelm II: 75; III: 332 f., 334 f.; III b: 31.  
Hastings I: 160.  
Hastings, Warren II: 351, 358 ff.; III b: 304 f., 309, 314.  
Haus. Sondereigentum I: 54, 98;  
— Steuer II: 33, 293; III: 492, 494, 649;  
— Bau der Kelten I: 4, 12, 21.  
Hausangestellte III: 618; III b: 172.  
Hausgemeinschaft.  
  der Angelsachsen I: 88;  
  der Britannier I: 5;  
  der Germanen I: 56;  
  der Kelten I: 3 ff., 10 f.;  
  der Terlaner I: 5;  
  Auflösung I: 96;  
  Erbfolge III: 226 f., 249 f.;  
  Fremde in der H. I: 21, 61;  
— der Gefolgschaft I: 106, 108, 386;  
— der Großfamilie I: 3 ff., 10 f., 56, 166 f.;  
— der Villa urbana I: 35;  
— als Grundlage der Gilden, Handelsgesellschaften und Zünfte I: 168 f., 302; II: 99;  
— als Wirtschaftseinheit I: 96, 166 f., 346; III: 226 f., 249 f.; III b: 505 f., 515.  
Hausgenossenschaft als Wirtschaftseinheit I: 109.  
Hausierer I: 323; II: 33; III: 62.  
Hausindustrie I: 267 ff.; II: 5, 62—69, 108, 115, 120, 129; III: 53;  
  Hausindustrie.  
    Kinderarbeit II: 379; III: 312, 319, 538;  
    — auf dem Lande II: 111, 115;  
    — in der Textilindustrie I: 268 f.; II: 64, 65, 260, 377 ff.; III: 319;  
    — s. a. Heimarbeit.  
Haw III: 633.  
Hawkins, John II: 169, 181, 199, 205, 307, 322, 361; III b: 220, 512.  
Hayashi III b: 421.  
Head, Francis B. III b: 98.  
Headlam III: 254.  
Heerbann I: 80.  
Heeresdienstpflicht I: 76, 107, 110 ff., 119 f., 326.  
Heerwesen I: 190; II: 58 ff.; III: 77, 80, 120, 151;  
  deutsches III b: 429 f.;  
  Feudalh. I: 80, 189;  
  Ritterh. I: 189;  
  römisches H. I: 62 ff.;  
  Söldnerh. I: 73, 189;  
  Geschlechtsgenossenschaft als Heeresabteilung I: 53, 89;  
  Handwerker Gilde als Heeresabteilung I: 248.  
Heiliger Monat III: 371, 375, 432.  
Heimarbeit I: 267; II: 97, 109; III: 289, 479 f., 575;  
  Lohnämter III: 479 f., 562.  
Heimatskolonien Owens III: 354.  
Heimatsrecht II: 440; III: 339  
— s. a. Geburtsort.  
Heinrich I. I: 20, 123 ff., 161, 178 f., 182, 183, 187, 189, 194, 197, 219, 234, 235, 240, 243, 256, 259, 268, 367, 368, 371; II: 18; III b: 509.  
Heinrich II. I: 130, 187, 189 f., 191, 215, 221, 229, 235, 241, 259, 268, 298, 365, 368 f.; II: 18.  
Heinrich III. I: 123, 204, 260, 262, 292, 325, 326, 357, 373, 374 f.; II: 147; III: 226, 249.  
Heinrich IV. I: 212 f., 305, 317; II: 88, 140, 148, 161 f.  
Heinrich V. I: 213 f., 305; II: 18, 88, 162.  
Heinrich VI. I: 214, 282; II: 45, 104, 148, 162.  
Heinrich VII. I: 305, 320, 353, 356; II: 19—22, 39, 41, 45,

- 74, 84, 90, 104, 113, 131, 140, 142 f., 148, 153 ff., 159, 162 f., 165 f., 171, 206, 284, 300, 302, 385.
- Heinrich VIII. I: 224, 320, 357, 359; II: 12, 22 ff., 41 f., 45, 49, 66, 69, 79, 84, 90, 104, 106, 113, 115, 132 f., 134 f., 143, 148 f., 152, 155 ff., 160, 163, 166, 171, 206 f., 226, 284 f., 290, 301, 395; III: 139, 226, 228, 332, 612.
- Heinrich IV. von Frankreich II: 227.
- Heirat. Abgaben I: 144, 222, 335, 367, 371;
- Zwangsrecht des Grundherrn I: 132, 134, 137, 144; II: 28, 30, 40.
- Helferich, J. R. von III b: 521.
- Helmholtz III b: 2.
- Helvetien I: 65.
- Hely-Hutchinson, Sir Walter III b: 173, 216.
- Hemstedt III b: 266.
- Hengist I: 86.
- Herbergen (Shelters) III: 614.
- Hereford I: 287; III b: 31.
- Heringe I: 199, 299 f.; II: 161, 259.
- Hermann, Friedrich B. W. von III: 442, 444; III: 520.
- Hermunduren I: 60.
- Herodot II: 367.
- Herrensitz, Entstehung I: 108.
- Herrschaft s. Dominions.
- Hertfordshire I: 337; II: 76, 86, 90, 252; III: 644.
- Hertzog, General III b: 439.
- Hervey, Walter I: 263, 264.
- Herzogswahl I: 129.
- Hicks, General III b: 296.
- Hida I: 92, 102, 105.
- Hidagium I: 110, 191.
- Hien-fong, Kaiser von China III b: 384 f.
- Hieronymus, Kirchenvater III: 3.
- Hildebrand I: 95.
- Hilfskassen III: 285, 331—346, 413, 424, 453, 507 f., 597—605, 630.
- Hill, Octavia III: 640 ff.
- Hinde III: 254.
- Hindley (Fabrikant) III: 390.
- Hinduismus II: 189, 191; III b: 311 f., 366—372, 501, 515.
- Hindustan II: 351.
- Hinterbliebenen. Fürsorge III: 284, 432, 602, 604;
- Versicherung III: 344, 507 f., 609, 620 f.
- Hintersasse I: 77, 109.
- Hired I: 106.
- Hirse III b: 217.
- Hirten II: 74, 75.
- Hispaniola II: 181, 322.
- Hitchen III: 644.
- Hlaford I: 106.
- Hlothar, König von Kent I: 103.
- Hobbes, Thomas II: 234 ff.
- Hobhouse, Lord III: 524.
- Hobhouse, Benjamin III: 293.
- Hobhouse, Emily III b: 208.
- Hobhouse, Sir J. C. III b: 76.
- Hobson, Kapitän III b: 152, 154 ff.
- Hochöfen s. Hüttenwerke.
- Hochverrat II: 38 ff., 49, 51 f., 393, 416.
- Hodgskin, Thomas III: 364 f.
- Höchstetter (Familie) II: 362, 386.
- Höchstetter, Daniel II: 362.
- Höchstetter, Joachim II: 362.
- Höflinge. Zollfreiheit I: 294.
- Hörige I: 25, 113, 127, 136 f., 142 ff., 156, 328, 331 f., 345; II: 73; III b: 511;
- Abgaben I: 36, 104, 135 f., 144, 147, 154;
- Dienste I: 146 f., 153 f., 330;
- Freilassung I: 178, 226 f., 332;
- Gildemitglieder I: 239;
- Pflicht zum Schulzenamt I: 150;
- Rechtsstellung I: 143 ff.; III: 385 f.;
- Schutzanspruch I: 143;
- Unterstützungspflicht des Grundherrn I: 386; II: 130; als Wirtschaftseinheit I: 145; russische III b: 29;
- s. a. Bauern, Häusler, Kolonat, Villani.
- Hof. Sondereigentum I: 54 f., 98.
- Hofgenossenschaft I: 112 ff.
- Hofmeyer III b: 204.
- Hohenstaufen I: 204.
- Holinshed, R. II: 251.
- Holländer I: 160; II: 48, 112 f., 193—199, 203 ff., 212, 217, 220, 224, 228, 259, 261, 273, 277, 317, 331, 348, 363, 365; III b: 174—218, 221, 374, 397 — s. a. Niederlande.



- Holland, Lord III: 293.  
 Holmes, Dr. (Arzt) III: 322.  
 Holstein, Baron von III b: 420 f.  
 Holstein, Herzog von II: 165.  
 Holsteiner II: 225.  
 Holz I: 300; II: 70, 73, 304, 326, 365, 387, 388; III b: 79, 116, 266, 275, 346.  
 Holzsäger II: 124.  
 Holzward I: 102.  
 Home Rule s. Selbstverwaltung.  
 Homines imperatoris s. Kaufleute.  
 Honduras II: 329.  
 Honduras, Britisch III b: 226 f.  
 Hone III: 159.  
 Hongkong III b: 85, 378.  
 Honig I: 36, 199.  
 Honorius, Kaiser I: 44, 45, 86.  
 Honeywood, Sir Robert II: 214.  
 Hopfen II: 395; III: 494.  
 Hood, Thomas III: 532.  
 Horne, John I: 340, 344.  
 Horner (Fabrikinspektor) III: 406.  
 Horner (Parlamentarier) III: 242, 314.  
 Horsa I: 86.  
 Horton, Wilmot III b: 64.  
 Hosier, Admiral II: 325.  
 Hospes (Soldat) I: 64.  
 Hospitaliter I: 334, 340.  
 Hottentotten III b: 174 ff.  
 Houghton, John II: 93, 270, 273, 401.  
 House, Colonel III b: 419, 438.  
 Householders II: 102.  
 Housing Act (1925) III: 650.  
 Housing Town Planning Act (1909) III: 638, 640.  
 Houtman, Cornelius II: 195.  
 Howell, George III: 563.  
 Howick, Lord s. Grey, Lord.  
 Huddersfield II: 249; III: 637.  
 Hudson II: 305.  
 Hudsonbay II: 278, 314; III: 89.  
 Hülsenfrüchte III b: 266.  
 Hürdenschlag I: 155.  
 Hüttenwerke II: 362, 386—391; III: 475 ff., 533.  
 Hute I: 55, 68 f.  
 Hufner I: 153 f.  
 Hugenotten III: 334; III b: 175.  
 Hughes III b: 2.  
 Hughes, Thomas III: 416, 451, 453, 455, 640.  
 Hugli II: 340.  
 Hugo, C. III: 526.  
 Hull I: 198, 287, 299; II: 78, 141, 248, 249, 263, 429.  
 Hull Garden Suburb III: 630.  
 Humayum, Großmogul II: 190.  
 Humber II: 426.  
 Hume, David II: 314, 329, 333; III: 24 f., 27, 31.  
 Hume, Joseph III: 296 f., 298 f., 367, 404; III b: 64, 100.  
 Hundertschaft I: 101, 115 f., 150.  
 Hungersnot in Bengalen II: 356; in Indien II: 188, 202; in Irland III: 210, 491 f.  
 Hunt, Henry III: 154.  
 Huntingdonshire II: 219, 252.  
 Huntman, Benjamin II: 390.  
 Huskisson III: 88, 94 f., 97, 156, 157, 203, 207 f., 298 f.  
 Hutcheson, Archibald II: 323; III: 30, 31, 59.  
 Hutchinson (Philosoph) II: 333.  
 Hutfabrikation I: 264; II: 117, 120, 191, 364, 424; III: 289, 532.  
 Hutt, John III b: 76.  
 Hutt, William III b: 76.  
 Huxley III b: 224.  
 Hyde III: 301.  
 Hyde, Lawrence II: 25.  
 Hyder Ali (Beherrscher von Mysore) II: 355.  
 Hyndman III: 559.

## I, J.

- Jaffar, Mir II: 349 ff., 357.  
 Jagd I: 11, 50, 74, 133; III: 263 f.; III b: 23, 506.  
 Jagir II: 350, 352, 355.  
 Jagow, Gottlieb von III b: 434.  
 Jahan, Sha (Großmogul) II: 190 f.  
 Jahwe I: 363.  
 Jakob I. II: 26 f., 92, 103, 112, 127, 157, 159, 177, 211, 213, 227, 230, 261, 265, 286, 302, 303, 343, 421; III: 168.  
 Jakob II. II: 31, 52, 235, 264, 266, 275, 288, 342, 343, 394, 416; III: 11, 13, 44, 61.  
 Jakob III. III: 382.  
 Jakob, William III: 199 ff.  
 Jakobinertum III: 110, 112, 121, 146.  
 Jakobiten II: 34, 272, 297, 298, 316.  
 Jakson, Präsident III: 99.  
 Jamaika II: 220, 304, 308, 309,

- 328; III: 106; III b: 63, 85, 113, 221—227.  
 Jameson III b: 207, 282 ff.  
 Japan, Japaner II: 186, 192, 194, 201; III b: 172, 373, 392—405, 507, 516 ff.  
 Jarvis, Kapitän III b: 181.  
 Java II: 194, 338.  
 Ibadan III b: 252 f.  
 Jeffrey, Lord II: 342; III: 242 293.  
 Jehanghir II: 190, 191, 199.  
 Jenkins, Kapitän II: 328.  
 Jervis, Admiral II: 60.  
 Jevons (Nationalökonom) III: 451.  
 Ignatieff III b: 390 f.  
 Jingoismus III b: 418.  
 Ilbert, Courtenay Perigrine III b: 365 f.  
 Imperial Institute III b: 84.  
 Imperial Intelligence Service III b: 83.  
 Imperialismus II: 206, 329; III b: 55.  
 Improvement of land Act (1864) III b: 20.  
 Indenture I: 250.  
 Indiana III: 358.  
 Indianer II: 311; III b: 123, 173; — Reservationen in Kanada III b: 90.  
 Indien, Inder I: 95; II: 59, 173, 182, 185—193, 195 f., 201 f., 223, 262, 301 f., 320, 330, 337—360, 367, 369 f.; III: 7 f., 26, 65, 142, 220, 230, 435; III b: 84, 254, 304—372, 435 f., 451, 493—504.  
 Inder III b: 257, 263 f., 507, 514 f., 518;  
 Annexionen III b: 308—311;  
 Aufstände II: 190; III b: 324—327;  
 Baumwolle II: 186, 367—384; III b: 313, 318, 348—353;  
 Beamtenwesen II: 353; III b: 314, 318, 363 ff.;  
 Bildungsbestrebungen III b: 314, 323, 357 ff.;  
 Dorfgemeinschaften III b: 315 ff.;  
 Entdeckung des Seewegs II: 149, 160, 166, 173;  
 Finanzwirtschaft III b: 307 f., 355 f., 494;  
 Fürsten III b: 329—331;  
 Indien.  
 Grundbesitzverhältnisse III b: 306—308, 315—317, 346 f.;  
 Außenhandel II: 166 f., 185 f., 188 f., 191 ff., 196 f., 199 ff., 222 f., 343, 345, 351; III b: 353—355;  
 Heeresorganisation III b: 324, 340 f.;  
 Hungersnöte III b: 342—345, 494;  
 Industrialisierung III b: 349—352;  
 Justiz III b: 308, 318, 365 f.;  
 Kastenwesen II: 187; III b: 311 f.;  
 Land- und Forstwirtschaft II: 185 f.; III b: 341—348, 357;  
 Meliorationen II: 186; III b: 321 f., 342 f.;  
 Nationalismus III b: 366—372, 497 ff.;  
 Polizei III b: 319;  
 Post III b: 318;  
 Produkte I: 363; II: 185, 192, 201, 370 ff.; III b: 10, 347 ff.;  
 Religionen II: 189, 191, 368, III b: 311 f., 366—372, 498, 501, 515;  
 Satyagraha III b: 497;  
 Kampf gegen ind. Sitten III b: 320 f.;  
 Sklaverei II: 187 f.; III: 104, 106 f., 110, 115 f.;  
 Steuern II: 186, 190; III b: 85, 306—308, 313, 315—318, 346, 356 f.;  
 Verfassung II: 189 ff.; III b: 304 f., 317, 327—329, 368, 494 ff., 502;  
 Verkehrswesen II: 189; III b: 10, 321 f., 341, 343 f., 349, 353, 355, 357;  
 Volkselement II: 187; III b: 357;  
 Weltkrieg III b: 495 f.;  
 Zölle II: 191, 203, 350 f.; III b: 318, 349, 351, 358;  
 Indigo II: 186, 192, 306, 346; III b: 313, 348.  
 Individualismus I: 392; II: 3 ff., 99 f., 141 f., 144, 174, 234; III: 34, 68 f., 223—262, 298, 302, 342, 353—358, 363, 490, 575; III b: 6, 54, 510, 514.  
 Indo-japan. Gesellschaft III b: 518.  
 Indus II: 190.  
 Industrial Council III: 482.

- Industrial Courts Act (1919) III: 487.  
 Industrial and Provident Societies Act (1852) III: 424.  
 Industrialisierung II: 402, 414; III: 48;  
 — Indiens III b: 349—352.  
 Industrie II: 33, 118 f., 274; III: 47, 54 f., 195 f., 204, 206; III b: 34, 40—60;  
   Großbetrieb II: 391 f.; III: 120, 626; III b: 5, 40, 55;  
   Monopole III b: 53 ff.;  
   Schlüsselindustrien III b: 448 f., 455 ff.;  
   Standort I: 333; III: 313, 19 f.; III b: 5;  
   Weltkrieg III b: 487 ff.;  
 — s. a. Unternehmer.  
 Industriestaat II: 361; III: 511.  
 Ine von Wessex I: 101 f., 104 f., 107 f., 111 ff., 169 ff., 177, 242.  
 Ingogo III b: 201.  
 Innozenz III. II: 130.  
 Inquisition II: 166, 168, 220.  
 Insel des grünen Vorgebirges II: 166 f.  
 Insel des Stillen Ozeans III b: 130.  
 Inspektoren s. Bergwerks-, Fabrik-, Hilfskassen.  
 Intercursus magnus II: 153 f.;  
 — malus II: 154 f., 156 f. — s. a. Handelsvertrag mit Niederlanden.  
 Internationale, erste III: 457 f.  
 Interpretationsgesetz (1889) II: 337.  
 Invaliden.  
 — Fürsorge III: 583, 593—597;  
 — Versicherung III: 333, 606 ff.  
 Joachim von Fiore I: 258.  
 Johann, König I: 123, 192 ff., 197, 202, 215, 216 f., 219, 222, 260, 291, 297, 304, 305, 364, 368, 371 f.; II: 146.  
 Johannesburg III b: 205 f.  
 Johanniter I: 191.  
 John of Gaunt I: 276 f., 334, 337, 340; II: 101.  
 John de Gisors I: 264.  
 John of Northampton I: 275 f., 277 f.  
 Johnson, Edward II: 214.  
 Johnson, Samuel II: 327 f.; III: 256; III b: 511.  
 Johnston, Sir Harry III b: 258, 270.  
 Johore III b: 86.  
 Jones, Ernest III: 376.  
 Jones, Richard II: 9; III b: 17.  
 Jorissen III b: 198.  
 Joubert (Familie) III b: 175.  
 Joubert, Pieter III b: 181, 199 f., 206, 208.  
 Joynson Hicks, Sir W. III b: 500.  
 Ispswich I: 171, 299, 317; II: 140, 263, 423.  
 Irland, Iren I: 4, 7, 12, 22, 24, 309; II: 210, 216, 231, 236, 273, 306; III: 37, 99, 102, 183, 210, 255, 393, 404, 428 f., 435, 481, 491, 494, 516, 552, 583 f., 596, 599, 611; III b: 49 f., 87, 440, 514;  
   Auswanderung III: 492;  
   Erbrecht I: 8;  
   Großfamilie I: 7 f.;  
   Königtum I: 9 f.;  
   Nomadenleben I: 12;  
   als Sklaven II: 303, 308; III: 104;  
   Verwandtschaftsgrade I: 7 f.;  
   Wirtschaftseinheit I: 7 f.  
 Irving, Washington II: 278.  
 Irwell II: 427, 428 f.  
 Isabella, Königin von England I: 207.  
 Isabella, Königin von Spanien II: 311.  
 Isandula III b: 199.  
 Islam s. Mohammedaner.  
 Island II: 165, 216.  
 Ismail Pascha III b: 228—231, 234 f., 254, 269.  
 Israel I: 58.  
 Iswolski, Alexander III b: 425.  
 Italien, Italiener I: 29, 37, 87, 208, 302, 363; II: 3 ff., 63, 76, 78, 166, 262, 319, 368; III: 55, 78, 175, 573, 576, 625; III b: 256, 298, 510;  
   Italiener I: 5, 200, 203, 234, 274, 292, 302 ff.; II: 173, 363.  
   Italienische Kaufleute I: 200, 203, 234, 274, 299, 302 ff., 380; II: 76, 112, 158, 170; III b: 510.  
 Jubiläumsbuch I: 275, 277 f., 340, 359.  
 Juden I: 361—379; III: 60—65; Ärzte I: 376;

**Juden.**

Auswanderungsverbot I: 375;  
 Mosaischer Eigentumsbegriff  
 III: 137 f.;  
 Einwanderung I: 366, 368.  
 378; II: 219, 288; III: 60 ff.;  
 Freibriefe I: 371 ff.;  
 Fremdenzoll III: 61;  
 Gerichtsbarkeit I: 362, 368;  
 Gildemitglieder I: 239, 376;  
 Goldschmiede I: 376; III: 62;  
 Grundbesitz I: 366, 375 f.;  
 Handel I: 122, 266, 323,  
 363 f., 376; III: 62, 64;  
 Heereslieferanten III: 61 f.;  
 Hilfskassenunterstützungen III:  
 604;  
 Hoflieferanten I: 292;  
 u. Kapitalismus II: 5;  
 als Eigentum des Königs I:  
 365 ff.;  
 Konvertiten I: 366 f., 377; III:  
 61; III b: 522;  
 Kreditgeschäfte I: 364, 366 f.,  
 370, 372 f., 375, 380, 382;  
 II: 288; III: 61 ff.;  
 in d. Miliz III: 63;  
 Münzfälschung I: 377;  
 Naturalisation II: 219, 288;  
 III: 63;  
 Niederlassungsfreiheit I: 367;  
 Pachtung von Steuern u. Zöl-  
 len I: 376;  
 im Parlament III: 65;  
 Pfandleiher I: 376;  
 Rechtsgleichheit III: 60 f.,  
 64 f.;  
 Reichtum I: 266, 364, 367;  
 Schatzamt (Exchequer of the  
 Jews) I: 370 f., 374;  
 Schuldbücher I: 380 f.;  
 Sklavenhandel I: 363, 366;  
 Stadtviertel I: 362, 365 f.;  
 Unterstützungswesen III: 62;  
 Verfolgungen I: 188, 201 f.,  
 364, 368—372, 375, 378; II:  
 283; III b: 509;  
 Verpachtung u. Verpfändung  
 der J. I: 374 f.;  
 Wahlrecht III: 64;  
 Zinsmonopol I: 366;  
 Zinsverbot I: 361 ff., 376;  
 — s. a. Askenazim, Marranos,  
 Sephardim.  
 Judicia civitatis Lundoniae I:  
 172 f., 165.  
 Jüten I: 86 ff., 89.

Jugendliche III: 53, 278, 286,  
 309, 323, 330, 395, 404 f.,  
 529, 532 ff., 587, 617.  
 Jung (Präsident der Internatio-  
 nale) III: 458.  
 Jung-England Partei III: 378 f.,  
 385.  
 Juristen II: 42, 44, 46, 49 f.,  
 247; III b: 417.  
 Jus gentium II: 123.  
 Justinian I: 44.  
 Justitiar I: 123, 124.  
 Justizverwaltung I: 219 f., II:  
 246.  
 Jute III b: 348, 351 f.  
 Juwelen I: 302; II: 191.  
 Iwan der Schreckliche II: 179 ff.,  
 301.

**K.**

Kabul II: 189.  
 Käse I: 199, 214; II: 249, 255,  
 270; III b: 19.  
 Kaffee II: 346; III: 219;  
 III b: 79, 221, 226, 266,  
 275, 348.  
 Kaffern I: 12; III b: 177 ff.  
 Kaffraria III b: 185.  
 Kairo III b: 204, 235.  
 Kakao III: 219; III b: 226, 251,  
 266.  
 Kaliko II: 369 ff., 372, 375;  
 — s. a. Baumwolle.  
 Kaliko-Act (1721) II: 375 f.,  
 381 f.; III b: 349.  
 Kalkbrennerei III: 168.  
 Kalkutta II: 341, 349, 350.  
 Kalm (Schwede) II: 331.  
 Kames, Lord III: 232, 234.  
 Kammgarnindustrie I: 321.  
 Kanada II: 327, 330 f., 333; III:  
 26, 176; III b: 13, 19, 32,  
 56, 63, 79 f., 83 ff., 88—128,  
 150 f., 167, 172, 178 f., 208,  
 221;  
 Amtssprache III b: 115;  
 Aufstände III b: 99 f.;  
 Außenhandel III b: 116, 126 f.;  
 Beamtenherrschaft III b: 94;  
 Faktoreien III b: 88;  
 Feudalordnung III b: 89, 92,  
 95, 103, 115;  
 Registrierung der Rechte an  
 Land III b: 103;  
 Franzosen in K. III b: 88—  
 97, 112, 114, 122;  
 Kirche III b: 89 f., 92, 121 f.;



## Kanada.

- Kolonisation III b: 104 f.;
- Missionsniederlassungen III b: 88;
- „La Nation Canadienne“ III b: 96;
- Revolutionäre und Reform-Bewegungen III b: 91, 96 f., 99 f., 103 ff., 111 f.;
- Reziprozitätsvertrag mit den Vereinigten Staaten III b: 115 ff., 119;
- Schulfrage III b: 120 ff.;
- Verfassung III b: 90 ff., 100, 111, 113, 117 ff.;
- Verwaltung III b: 94 f., 103 f., 107, 111 f.;
- Zollkrieg mit Deutschland III b: 127 f.
- Kanal, Ärmel- II: 146, 168; III: 187.
- Kanalgesellschaften III: 167, 169 f., 172 ff., 177, 225.
- Kanalwesen II: 427 ff.; III: 166 ff., 170, 177.
- Kanonisten III: 138.
- Kanton III b: 374 ff.
- Kaolin II: 364.
- Kaperbriefe II: 157, 168.
- Kaperei II: 30, 168, 205; III b: 414 f.
- Kap Finistère II: 229.
- Kap der guten Hoffnung II: 169, 185, 196, 308; III b: 145.
- Kap Horn II: 183.
- Kapital, Anlagen III: 220, 254 f.; III b: 2 ff., 41, 70;
- Begriff II: 16 ff.; III: 39 f., 360, 441 ff.; III b: 508;
- Land als K. I: 327;
- Vieh als erstes K. I: 17.
- Kapitalgewinn II: 99 f.; III: 360, 365, 430; III b: 70.
- Kapitalismus, im Bergbau II: 362, 385;
- Entstehung I: 255, 266, 302, 322; II: 3 ff., 62 ff., 70, 98, 118 ff.;
- Entwicklung III b: 508—515, 519;
- im Gewerbe I: 266; II: 62, 64 ff., 70, 97, 117 f., 361, 377;
- u. Handel II: 3 ff., 76, 120; III: 431;
- Bedeutung der Juden II: 62;
- Ausbeutung d. Kolonien III b: 243, 278;

## Kapitalismus.

- u. Krieg II: 18, 32, 64;
- in der Landwirtschaft I: 322, 328; II: 70 ff., 81, 85 f., 399;
- in der Töpferei II: 365 ff.;
- Wirtschaftsverfassung I: 187, 350; II: 8, 16 ff., 32, 232; III b: 508;
- in der Zunft II: 103 f., 121; III: 518.
- Kapitalisten I: 209, 309; II: 65, 103, 377, 399 f., 414 ff.
- Kapkolonie, holländische III b: 85.
- Kapland II: 194; III: 56; III b: 176—218.
- Kapparlament, ersies III b: 189.
- Kapstadt III b: 174, 194, 213.
- Kapunda III b: 146.
- Kardierer II: 63.
- Karl I. I: 195; II: 21, 27 f., 45, 52, 53, 92 f., 179, 202, 211, 213, 222 ff., 235, 261, 274, 286, 303, 393, 421; III: 379, 383, 386.
- Karl II. I: 195, 357; II: 29 ff., 33 f., 47, 53, 57, 93, 198, 228 ff., 237 f., 251 f., 264—270, 272, 274 f., 288 f., 304 f.; 339 f., 342, 370, 394; III: 8—11, 13, 44, 61, 118, 128, 136, 228, 336; III b: 123.
- Karl V. II: 155, 163, 166, 284, 285, 362.
- Karl Eduard, Prätendent III: 63.
- Karl der Große I: 66, 77, 80 f., 289, 361, 386.
- Karl der Kühne II: 153.
- Karl Martell I: 71, 73, 76, 81.
- Karoline, Prinzessin III: 155.
- Karolinger I: 77; II: 146.
- Kartelle III: 444, 449; III b: 51—55, 471 f.
- Karthago I: 32.
- Kartoffeln II: 302; III b: 217, 275.
- Kartonageindustrie III: 480.
- Kasim, Mir II: 350 f.
- Kastilien, Kastilianer II: 165.
- Katalonier II: 165.
- Katanga III b: 289 f.
- Katharina II. II: 366.
- Katharina von Aragonien II: 165 f.
- Katholizismus I: 6, 23, 167, 220; III: 11, 60, 64, 72, 104, 379.
- Kattun II: 367, 370, 372 f., 375 f., 381; III: 205, 400, 402.



Kaufleute.

als Altermänner II: 76;  
nach Andalusien Handel treibende K. II: 166;  
Bevölkerungsanteil II: 249 f.;  
u. Eisenbahnbau III: 172, 174 f.;  
Fremde K. I: 160, 200, 203, 205, 207, 210, 221, 234, 236, 263 f., 266, 273 f., 286, 289—314, 349, 380; II: 18 f., 76 ff., 112, 119, 139 f., 147, 149, 158, 163, 165, 170, 192, 221, 275, 284; III b: 509 f.;  
Schutz fremder K. nur auf Gegenseitigkeit I: 305;  
Gerichtsbarkeit II: 140;  
Grundbesitzende K. I: 215 f.; II: 76, 79, 393, 414 f.;  
Grundbesitzer-Nachkommen-schaft als K. II: 60, 245;  
u. Handwerker I: 255; II: 97, 110 ff., 116 ff.; III: 7;  
engl. K. gegen Hanse II: 143, 161 f., 164 f., 174;  
Heiratsverbindungen mit Adel II: 68, 77 f.; III: 46;  
Konfiskation im Tower hinterlegter Gelder II: 27;  
Kreditgewährungen an Kurie und Krone I: 203 ff., 273 f., 302 f.; II: 77 f., 284, 286; III b: 510;  
in d. Livery Companies II: 109 f.;  
Londoner K. I: 221, 286, 303, 317; II: 28, 111, 142 f.; III: 10, 45, 518;  
gegen Münzverschlechterung II: 207;  
Oligarchie d. K. I: 272;  
Preisfestsetzungen I: 271 f., 307;  
Privilegien I: 205, 207, 210, 263 f., 292, 302 f., 312, 314, 317; II: 18 f., 78, 111, 114, 116, 121, 140, 143 f., 152, 158, 281; III: 7; III b: 510;  
Reichtum I: 266; II: 76 ff.;  
Römische K. I: 27;  
Schuldbücher I: 380;  
Schutzbriege I: 291 f.;  
u. Staatsbankrott 1671 II: 30;  
u. Stadtverwaltung I: 255;  
Steuerpachtung I: 273;  
als Thane I: 177, 289; II: 145;  
Unternehmende K. I: 314; II:

9, 117, 119, 139—144, 152, 158, 161 f., 164 f., 174 ff.;

Kaufleute.

Verpfändung der Kroneinnahmen an die K. I: 203, 311; II: 78, 284, 286.  
Verschuldung an fremde K. I: 273 f.;  
Wirtschaftsrat I: 311;  
Zollverträge mit dem König I: 200, 205, 208, 293 f.;  
— s. a. Communa, Gilde, Handel, Hanse, Hausierer, Merchant Adventurers, Mercator dominicus, Stapel.  
Kaufmannsgilde I: 232—241, 243; III b: 509;  
Beitrittszwang I: 240;  
Binnenhandelsmonopol I: 306;  
Frauen als Mitglieder I: 239;  
Freibrief I: 221 f.;  
Fürsorgeeinrichtung I: 238;  
Gilderecht I: 183;  
Haftung I: 237;  
Stellung gegenüber fremden Kaufleuten I: 236, 297;  
Mitgliedschaft I: 238 f.;  
Monopolstellung I: 236 f.;  
Preisfestsetzungen I: 271 f.;  
Qualitätsprüfung I: 236;  
und Stadtverwaltung I: 240 f.;  
Unterstützungspflicht I: 387; II: 130; III: 332;  
als Wirtschaftseinheit I: 165, 235 f., 291.  
— s. a. Communa, Gilda mercatoria, Gilde, Handelsgesellschaft, Kaufleute unternehmende, Knights Gild, Livery Companies.  
Kautschuk III b: 275, 348, 410.  
Kawertschen s. Cahorsiner.  
Kay II: 381.  
Kay, James III: 256; III b: 349.  
Kelten I: 4—25; III b: 514;  
Ackerbau I: 12, 17 ff., 25, 28;  
Erbfolge der Fremden I: 21;  
Erbrecht s. Brehon Laws;  
Rechtsstellung der Frauen I: 9;  
Gesellschaftsgliederung I: 13 f., 20, 24, 44; III b: 506 f.;  
Großfamilie I: 6, 10 f., 54;  
Hausbau I: 4, 12, 21;  
Gemeineigentum an Land I: 12, 17 ff., 95;

**Kelten.**

- Sondereigentum an Fahrhabe I: 9;  
 Hausgemeinschaft I: 3 ff., 10 f.;  
 Jagd I: 11; III b: 506;  
 Krieg I: 11; III b: 506;  
 Landverteilung I: 11, 17—22;  
 Romanisierung I: 26 ff.;  
 Sklaven der K. I: 21 f., 24;  
 Viehleihe I: 14—17; III b: 506;  
 Viehzucht I: 11—17, 20, 25;  
 Wirtschaftseinheit I: 6 f., 11, 23.  
 Kemble, J. M. I: 88.  
 Kennington III: 375.  
 Kent I: 4, 118, 128, 137 f., 140 f., 144, 335, 337, 343; II: 76, 86, 88, 90, 250, 254, 256; III: 158, 226, 241; III b: 33.  
 Kent, Herzog von III: 352, 356.  
 Kenworthy (Abgeordneter) II: 327.  
 Kenya III b: 253, 255 f., 257—266.  
 Kersall Moor III: 370.  
 Kerzen II: 270, 277.  
 Kett (Gerber) II: 83.  
 Kettenerzeugung III: 480.  
 Kettle, Rupert III: 465, 466 f., 471.  
 Khartum III b: 203, 296 ff.  
 Kidderminster II: 115.  
 Kikuyu III b: 260 f.  
 Kimberley III b: 196, 198, 217.  
 Kimberley, Lord III b: 196.  
 Kimbern I: 49.

**Kinder.**

- im Arbeitshaus III: 134 f., 312, 585 f., 592;  
 Armenpflege II: 136, 441; III: 53, 312 f., 583, 586;  
 Ärztl. Behandlung v. Schulk. (Gesetz von 1909) III: 591;  
 Asyle III: 585;  
 Fürsorge III: 584 ff.;  
 Owens Einrichtungen III: 350 ff.;  
 Pflichtteilsrechte an Fahrhabe II: 53 f.;  
 Schulspeisungen III: 591;  
 als Sklaven II: 187 f.;  
 Sterblichkeit III: 515, 584;  
 Uneheliche II: 441;  
 Verbrecherfürsorge (Gesetz v. 1908) III: 587;  
 Verkauf III: 53, 312 ff., 398;  
 Versorgungspflicht des Staates III: 133;

**Kinder.**

- s. a. Kirchspiel-Lehrlinge, Pflegekindwesen.  
 Kinderarbeit.  
 Altersgrenzen III: 320 f., 323, 330, 393, 399, 402, 538 ff., 545;  
 Zweijähriger III: 530;  
 von 3 Jahren an III: 393;  
 Verbot d. K. unter 10 Jahren III: 399;  
 Arbeitszeit III: 309, 316, 318—321, 330, 390, 395, 402, 540;  
 im Bergbau III: 392—399, 539 f., 545;  
 in der Eisenindustrie II: 388;  
 Gefahren III: 278, 287, 315 ff., 396, 530;  
 im Handwerk III: 533 f.;  
 in der Hausindustrie II: 379; III: 312, 319, 538;  
 in Kenya III b: 264 f.;  
 Ausbeutung III: 314 ff., 321, 328, 392 ff.;  
 in der Landwirtschaft III: 538;  
 an Maschinen III: 284, 321;  
 des Nachts III: 278, 286, 315, 330, 538;  
 Stellung d. öffentl. Meinung III: 315 f., 318;  
 Schulunterricht III: 320 f., 330, 540;  
 im Straßenhandel III: 538;  
 in der Textilindustrie III: 316, 323, 330, 402;  
 in ungeschützten Industrien III: 392—396, 400, 530 f.;  
 Untersuchungen u. Berichte III: 316, 321 f., 392 ff., 529—532, 538;  
 Zwang II: 133;  
 Kindergarten III: 591.  
 Kinderschutzbestimmungen III: 311, 313, 316, 319, 323 f., 330, 402, 409, 524, 528, 532 ff., 538 f., 544; III b: 350;  
 King, Gregory II: 46, 238 ff., 248, 249 f., 253, 257, 259, 264, 361, 444; III: 42 f.  
 King, Locke III: 252, 254.  
 Kingsley, Charles III: 416 ff., 420 f., 423, 479, 632, 640.  
 Kipling, Rudyard III b: 125.  
 Kipperrn I: 354; II: 287, 290.  
 — s. a. Münzverschlechterung.

- Kirche II: 22, 26, 58 ff., 74, 247;  
 III: 138, 230;  
 Abgabe f. Lösegeld Richards I.  
 I: 191;  
 Abgaben an d. K. s. Zehent;  
 Organisation bei den Angelsachsen I: 114 f.;  
 Anglikanische Staatsk. II:  
 233, 247; III: 44, 145, 157,  
 422, 553, 588;  
 Armenpflege I: 389 ff.; II:  
 130, 133, 436; III: 137 ff.;  
 Asylrecht I: 111, 381;  
 Abhängigkeit der Dorfbewohner  
 III: 516;  
 Gerichtsbarkeit I: 223;  
 — Gewalt des Saltusinhabers I:  
 39;  
 Großgrundbesitz I: 31, 46, 65,  
 67, 71 ff., 103, 105, 114, 331;  
 Intestaterbrecht I: 31;  
 und Juden I: 364, 369, 373,  
 377;  
 Kolonisationen III b: 158 f.;  
 Landschenkungen an die K.  
 I: 76; II: 41;  
 Landverkauf III b: 23 f.;  
 Marktrecht I: 229;  
 Patronat III: 44;  
 Preislehre I: 349 ff.;  
 Schottische K. III: 31; III b:  
 158;  
 und christlicher Sozialismus III:  
 415, 422;  
 Unterstützungspflicht I: 388 ff.;  
 Vermögenskonfiskation I: 73;  
 II: 23 f., 134, 207; — s. a.  
 Säkularisation;  
 — Versammlung s. Konzil;  
 — Verwaltung I: 390 f.;  
 Verweltlichung der K. II: 130,  
 232 f.; III: 139;  
 Zinsverbot I: 366;  
 — s. a. Geistlichkeit, Klöster.  
 Kirchenväter II: 131, 349 ff., 361;  
 III: 138.  
 Kirchspiele.  
 Armenpflege II: 264 ff., 436 ff.;  
 III: 125 f., 128, 134, 136 f.;  
 Gesetzgebung III: 516;  
 Lehrlinge III: 135, 312—316,  
 318 f.;  
 Lohnzuschußsystem II: 442 f.,  
 III: 119 f., 123, 125, 127 ff.,  
 148;  
 Niederlassungsgewährungspflicht  
 II: 264 ff.;
- Kirche.  
 — Räte III: 516, 584; III b:  
 36 f., 39;  
 Straßenbau II: 251, 420 f.; III:  
 166;  
 Unterstützungspflicht III: 118;  
 — Versammlungen III: 437, 516;  
 Verwaltungsaufgaben III: 516;  
 Zweckverbände III: 516;  
 Kirk, Sir John III b: 254, 270.  
 Kirkcaldy III: 31.  
 Kitchener, Sir Herbert III b: 208,  
 298, 341.  
 Klassenkampf III: 365 f., 556,  
 571.  
 Klassenunterschiede I: 24, 112;  
 II: 100, 247; III: 287, 377,  
 415, 421, 498 f., 575.  
 Klassische Nationalökonomie III:  
 38 f., 156, 266 f., 296, 330,  
 436, 443, 461; III b: 50 ff.,  
 62, 64, 70.  
 Kleebau II: 396.  
 Klima II: 394; III: 195, 202,  
 204, 209, 214; III b: 11, 12,  
 14, 217.  
 Klingenschmiede I: 283; II: 96,  
 98.  
 Klippen II: 292 f.  
 Klöster.  
 Armenpflege I: 391; II: 83;  
 III: 139;  
 Assoziationsprinzip mittelalterlicher  
 K. III: 426;  
 Bannrecht I: 222;  
 Beziehungen zum Frankenreich  
 I: 289;  
 Nutznießung am Land II: 41;  
 Säkularisation I: 73, 331, 346;  
 II: 23 f., 49, 58, 68, 79, 83,  
 132, 286, 403; III: 139, 332;  
 Spitäler I: 391;  
 Stadtherrschaft I: 223 f.  
 Knappschaftskassen in Deutschland  
 III: 606 ff.  
 Knighton, Henr. de I: 209 f., 266.  
 Knights Gild I: 181 ff., 221,  
 232 f., 239, 256, 289.  
 Knowles, J. C. A. III b: 76, 78,  
 255, 311, 354, 514.  
 Knutsford, Lord III b: 280.  
 Koalitionen der Arbeiter II: 124,  
 380; III: 69, 148 f., 156, 288  
 —291, 299 f., 338; — s. a.  
 Gewerkverein.  
 Koalitionsverbot III: 148, 266 ff.,

- 285, 289, 291—300, 338, 340,  
347, 453, 461; III b: 29.
- Koch, Robert III b: 302.
- Köln I: 183, 220, 298 f.; II: 130.
- König, Königtum.  
der Angelsachsen I: 87 f., 91,  
116 f.; II: 28;  
als Berufungsinstanz I: 116;  
Besteuerungsrecht I: 367, 374;  
Gerichtbarkeit I: 189;  
der Germanen I: 54, 63, 67,  
79;  
Grundbesitz I: 19, 54, 67,  
117, 120 f., 143;  
Hausgemeinschaft I: 6;  
Juden als Eigentum I: 365;  
Kampf mit den Baronen I:  
123, 189, 191, 215, 260, 372,  
374;  
Kampf mit dem Bürgertum II:  
19, 115;  
der Kelten I: 6, 9 f., 14, 19;  
Schutz der Juden I: 365;  
Schutzbriefe für Schuldner I:  
381;  
Soziales K. III: 383;  
Stadtherrschaft I: 178, 222;  
als Viehleiher I: 14;  
Vorkaufsrecht I: 122, 195 f.,  
273;  
Wahl I: 91, 116 f.;  
— s. a. Krone.
- Kötter s. Häusler.
- Kohlen II: 257 f., 386 f., 420,  
427 f.; III: 168 ff., 177, 219;  
III b: 47, 54, 116, 131, 217,  
252, 348, 352, 424;  
Bergbau II: 257 f., 386 f., 392,  
427 f.; III: 104, 167 f., 392 ff.,  
468 f., 471 f., 478, 480 ff., 539  
—546, 578; III b: 54, 480—  
487;  
Deutsche Einfuhr III: 625;  
Kartell III: 54.
- Kollektivismus III: 557.
- Kolonat.  
angelsächsisches K. I: 70 f., 74,  
106, 108, 113;  
römisches K. I: 32, 34—37, 42;  
unfreies K. I: 40 ff., 64.
- Koloniale Reformgesellschaft von  
London III b: 161 f.
- Kolonialkonferenzen III b: 81 ff.,  
165 f., 168.
- Kolonialmedizin III b: 302 f.
- Kolonialministerium III b: 63 f.,  
77, 134, 137, 141 ff., 149 ff.,  
159, 185 f., 513.
- Kolonialpolitik II: 32 f., 216, 267 f.,  
276, 300 ff., 306, 330 ff.; III:  
4, 27, 34; III b: 50, 61—87,  
161, 243, 513.
- Kolonialsystem, venetianisches II:  
159, 167.
- Kolonien, englische.  
Allgemeines II: 300—336; III b:  
61—87;  
Arbeitermangel III b: 65—81;  
Arbeitszwang III b: 264 ff.;  
Außenhandel II: 221, 224, 305,  
333; III b: 62, 80, 111, 125;  
Auswanderung nach den K.  
II: 302 f.; III b: 71, 73 f.;  
Beamte III b: 63;  
Besteuerung der K. II: 331 ff.;  
III b: 79;  
Bevölkerungszahl III b: 86 f.;  
u. Freihandel II: 305 f.; III b:  
50;  
Gesetzgebungsrecht des Mut-  
terlandes II: 303, 333;  
Gouverneure II: 303, 305, 332;  
III b: 62 ff., 78;  
Handel mit dem Mutterlande  
II: 326; III: 220; III b: 61 f.,  
79 f., 87, 126 f., 168, 492;  
Handelsmonopol II: 326, 334 f.;  
III: 215;  
Kapitalanlagen in K. III: 220;  
Kapitalistisch. Ausbeutung III b:  
243, 278;  
Krieg mit dem Mutterland  
III b: 56;  
Kronkolonien III b: 86;  
Landüberfluß III b: 67—73;  
Stellung zum Mutterland II:  
226, 304 f., 330—335; III b:  
55, 61—64, 70 f., 77—87, 111,  
126 f., 139, 167 f., 513;  
Rohstoffverarbeitungsverbot  
II: 305 f.;  
Schutzzollpolitik III: 80, 126;  
Selbstverwaltung III b: 75, 80,  
111, 125, 160 f., 163, 214;  
Sklavenhandel s. Sklaven.  
Staatsdarlehen während des  
Weltkrieges III: 509;  
Aufhebung d. Sträflingsarbeit  
III b: 164;  
Strafk. II: 302; III b: 64, 85,  
129 ff., 163 ff.;

Kolonien, englische.

Verfassung II: 303; III b: 62f., 86;

Verwaltung II: 332; III b: 62 ff., 78;

Zollpolitik des Mutterlandes II: 196, 203, 305, 334, 350 f.; III b: 57, 60, 79, 168, 447 f., 453, 492 f.;

Zollverein mit dem Mutterland III b: 46, 56;

nordamerikanische II: 32 f., 302 f., 306, 330 ff., 332 ff.; III: 27; III b: 61 f., 145;

westindische II: 303, 332; III b: 62, 219 ff.

Kolonien, französische II: 32, 279, 306, 310, 312, 320, 329 ff., 348; III: 26, 56, 112 f.;

holländische II: 170, 305, 311;

portugiesische II: 167, 170; III: 90;

spanische II: 32, 167, 301, 309 f., 312, 316 f., 326; III: 81, 90 f.; III b: 221, 226.

Kolonisation III b: 9 f., 64, 67 f., 70, 72 ff., 76 f., 104 f., 131, 133—159;

— Gesellschaft III b: 133 f.;

— Gesetz von 1846 III b: 147;

— Untersuchungsausschuß von 1836 III b: 145.

Kolumbien III: 92.

Kommendation I: 43 ff., 77 f., 110 f., 142.

Kommunalisierung der Gas- und Wasserversorgung III: 513 f.

Kommunismus I: 18, 20, 94; II: 70, 131; III: 358, 367.

Kommunistische Gemeinschaft New Harmony III: 357 f., 363, 426.

Kompanie, englisch-ostindische II: 9 f., 195—205, 222 f., 268 f., 276, 317, 338—360, 370 ff.; III: 7 ff., 13, 22; III b: 304 ff., 312 ff., 319—327, 330, 346, 513;

Beamte II: 201, 204, 347 f., 350, 353 f., 395; III b: 363;

Bestechung der K. II: 351 ff.; Bestechungspolitik II: 342, 345, 370;

Faktorei II: 199, 204;

Finanzierung II: 203 f.;

Freibrief II: 184, 195, 202,

Kompanie.

222 f., 339, 343 f.; III: 8; III b: 314;

Gewinn II: 200 f., 204, 223, 339, 343, 346 f.;

Gründung II: 184, 195;

Handel II: 195, 198, 200—204, 334 f., 338 ff., 347 f., 350, 353 f., 369 ff., 374; III b: 374 ff., 406;

Kreditgewährung II: 202, 223, 268, 316, 321;

Kulturarbeit III b: 320 ff.;

Landbesitz II: 196, 339;

Monopol II: 195 f., 202, 213, 223, 268, 334 f., 338 f., 343—346, 353 f., 374; III: 184; III b: 313;

Oligarchie II: 359;

Privilegien II: 195 f., 203, 223, 339 f., 372;

Schiffe II: 200, 202 f., 204, 308; III: 184;

Seeleute III b: 319 f.;

Staatsaufsicht II: 355 f.;

Staatsentschädigung II: 225;

Verwaltungsfunktion II: 340 f., 345, 352.

Kompanien des Handels s. Handelsgesellschaften;

— des Handwerks s. Handwerk. Konferenz in London über Südafrika (1876) III b: 197 f.

Konfiskation I: 371 ff., 378; II: 21, 23 f., 27, 39 ff., 51 f., 134, 279, 393, 416; III: 332; — s. a. Säkularisation.

Konfiskationsrecht des Grundherrn I: 132.

Kongokonferenz in Berlin (1884) III b: 240, 247.

Kongostaat III b: 239—242.

Kongreß, in Berlin (1878) III b: 232 f.

zu Verona III: 90 f.

in Wien (1814) III: 90, 114. der Handelskammern des Reiches III b: 85.

Konjunktur. Anstieg II: 299; III: 299, 448, 495 f.; III b: 50;

Depression III: 300 f., 554, 557, 615; III b: 9, 13, 24, 42 f., 45 f., 50, 115;

Beeinflussung III: 360, 430;

— s. a. Krisen.

Konkurrenzprinzip III: 68 f., 177 f.,



- 268, 302, 304, 426, 449, 554;  
III b: 50 ff., 55.
- Konkurrenzverbot I: 246.
- Konservative III: 65, 94, 97, 211,  
259, 352, 354, 401, 410, 457,  
493, 495, 501 f., 560, 581,  
650; III b: 21, 36, 56, 58 f.
- Konsols III: 78, 96, 98.
- Konstantinopel I: 119; II: 146,  
185; III b: 519.
- Konsumvereine III: 350, 358 f.,  
412 ff., 424 f., 427, 429 ff.
- Kontinentalsperre I: 294; II: 275;  
III: 81, 149, 194 ff.
- Konvent, nationaler III: 369 f.
- Konvention von Pretoria (1881)  
III b: 202 f.
- Konversionen II: 35; III: 89, 92.
- Konvertiten, jüdische I: 366 f.,  
377;  
— zum Judentum I: 366; III: 61.
- Konzile I: 361, 363 389 f.; II:  
131; III: 138.
- Kopenhagen II: 280 f.; III: 56,  
428.
- Koppelwirtschaft II: 41.
- Korallen II: 191.
- Korea III b: 392 f., 403 f.
- Korn s. Getreide.
- Koromandelküste II: 194, 199,  
339.
- Korporationsrechte II: 27, 101 f.,  
120 f., 292, 372; III b: 123,  
156.
- Korrektionshäuser II: 137, 265;  
III: 124 f.
- Korrespondierende Gesellschaft  
III: 146, 148, 291, 340, 344.
- Korsaren II: 220.
- Kossäten s. Häusler.
- Krämerpolitik II: 33.
- Krankenfürsorge I: 391; III: 136,  
342, 593. — s. a. Geistes-  
kranke.
- Krankenhäuser I: 391; III: 584,  
593, 624.
- Krankenkassen. Owens III: 350;  
— in Deutschland III: 610.
- Kranken- und Mortalitätsstatistik  
III: 343, 599.
- Krankenversicherung III: 280,  
284, 559, 568, 583, 599,  
609 ff., 624.
- Kratzen II: 267.  
233, 258;
- Kredit, für Fideikommiß III: 231,  
Kredit.  
— für Kleingewerbe II: 118;  
— Krisen III: 97, 99 f.;  
— für Landkauf III b: 24;  
— Politik I: 380—384;  
Staatsk. an Alliierte, Dominien  
Kolonien III: 509;  
— Umlaufsmittel III: 99;  
— Zentrum London I: 210 f., 384.
- Kreditgeschäfte im Außenhandel  
II: 283;  
— der Juden I: 364, 366 f. 380;  
II: 288 f.;  
— der Lombarden I: 374 f., 380.
- Kreditgewährung an Krone und  
Regierung,  
— der Bank von England II:  
291, 295—299; III: 78, 80,  
92, 100;  
— d. englisch-ostindischen Kom-  
panie II: 202, 223, 268, 316,  
321;  
— d. Goldschmiede II: 289;  
— d. Handelsgesellschaften II:  
175, 371;  
— d. Hanse I: 301; III b: 510;  
— d. Juden III: 61 ff.;  
— d. englischen Kaufleute I:  
203 ff.; II: 77 f., 284, 286;  
III b: 510;  
— d. fremden Kaufleute I: 274,  
302 f.; II: 77 f., 158, 207 f.,  
284; III b: 510;  
— Londons III: 45 f.;  
— d. Wollausfuhrhändler I: 311.
- Kreta II: 367.
- Kreuzzug I: 191, 369; II: 146.
- Krieg, Kriege.  
— Beute I: 12, 49, 53, 62, 91;  
II: 187;  
— Dienstpflicht I: 15 f., 45, 47 f.,  
80, 110 ff., 193, 202, 227,  
326;  
— Hetze II: 327 f.;  
— u. Kapitalismus II: 18, 32;  
— Kosten II: 32, 272, 277, 289,  
291, 316; III: 80, 494 f., 509;  
— Recht III b: 417;  
— Schuldläge III b: 436 f.;  
Amerikan. Bürgerkrieg III:  
188, 600; III b: 42, 116, 119,  
349;  
Amerikan. Unabhängigkeitsk.  
III b: 91;  
— mit amerikanischen Kolonien  
II: 32 f., 35 f., 335, 435, 439;  
III: 119;

Krieg.

- gegen Nordamerika (1812) III: 85;  
Rosenk. I: 214, 305; II: 19 f., 39, 41, 89, 143, 148, 395, 403;  
Engl. Bürgerk. I: 195; II: 28, 47, 50 f., 213, 286 f., 362, 393, 436;  
Baronenk. (1327) I: 223, 325, 374 f.;  
Burenk. III: 504, 507; III b 56, 82;  
Krimk. III: 494 f., 504;  
— von 1870/71 III: 442; III b: 9;  
Dänisch-lübischer K. (1535) II: 165;  
— Frankreichs gegen Holland III: 9 f.;  
30jähriger K. II: 369;  
Siebenjähriger K. II: 32 f., 35, 329; III: 74;  
Österreichischer Erbfolge k. II: 328 f., 338, 348;  
Eingeborenenk. III b: 77;  
Hundertjähriger K. geg. Frankreich I: 309, 331; II: 77, 147, 162, 171 f.;  
Elisabeths K. gegen Frankreich II: 168;  
— mit Ludwig XIV. II: 272, 277, 291;  
— gegen Frankreich (1793—1815) II: 279, 291, 405, 411, 414, 435, 441 f., 444; III: 53, 73 ff., 80 f., 112, 119, 185, 194, 505; III b: 133;  
— der Großmogulen II: 190, 201, 355;  
Handelsk. des 18. Jahrh. II: 175, 329; III: 26 f., 104;  
— der Handelsgesellschaften II: 175, 179, 338 ff., 343; III b: 123;  
Zollk. gegen Holland (1494); II: 113;  
— Heinrichs VIII. mit Karl V. II: 156;  
— gegen Holland im 17. Jahrhundert II: 30, 198, 217 f., 220, 225, 228, 289, 338;  
Der achte Kaffernk. III b: 186;  
— bei den Kelten I: 11; III b: 506;  
— bei den Sueben I: 49;  
— als Erwerbszweig I: 61; III b: 506;

Krieg.

- im Merkantilsystem III: 4, 26 f.;  
Opiumk. in China III b: 378 f.;  
Russisch-japanischer K. (1904) III b: 516;  
— Elisabeths mit Spanien II: 182, 184;  
— Cromwells mit Spanien II: 220;  
— 1781 mit Spanien II: 318;  
— v. 1739—1748 mit Spanien II: 32 f., 35, 328;  
Spanischer Erbfolge k. (1701—1714) II: 32, 278, 297, 309, 314;  
Weltk. II: 280, 327; III: 483, 505, 508, 509, 576 ff., 644 f.; III b: 413—504, 516 f.  
Krisen, und Arbeitslosigkeit III: 88, 149, 191, 202, 284, 557, 612, 614, 622;  
periodische Produktionsk. III: 284;  
vor 1873 II: 299; III: 90 ff., 97, 99 f., 149, 405, 448, 492, 504;  
von 1873 III: 554; III b: 9, 42 f., 243, 417;  
von 1893 III b: 14;  
— s. a. Absatzstockungen, Konjunktur.  
Krishna, Bal II: 187, 192, 200 f., 203 f., 346.  
Kron-  
Beamte I: 111 f., 273, 356; II: 76 f.; III: 511.  
Bergbauprivileg III: 385;  
Einnahmen I: 117, 121, 291 f., 294; II: 24, 27 ff., 31, 184, 210, 385; III: 12; — s. a. Benevolenzen, Customs, Privilegien, Subsidium, Vorkaufsrecht;  
Einnahmenverpfändung I: 203, 301, 311; II: 78, 284, 286;  
Ländereien II: 29 f.; III b: 103 f.;  
Schulden I: 301; II: 26, 77 f., 184; III: 45 f.; III b: 510;  
— s. a. Kreditgewährung an den König.  
— s. a. Königtum, Staats-  
Krüger (Familie) III b: 175, 177.  
Krüger, Paul III b: 181, 191, 198, 200 f., 205, 207.  
Kuba III: 116.  
Kürschner I: 271; II: 109.

**Küsten.**

- Handel II: 192, 201 ff., 224;  
III: 185 f.;
- Schiffahrt II: 145, 149, 216;  
— Wache III: 159.
- Kuhherren I: 20.
- Kuldscha III b: 391.
- Kung, Prinz III b: 384 f., 391 f.
- Kunstwerke II: 186.
- Kupfer, Kupferbergbau II: 257 f.,  
362, 385; III: 392—399, 533;  
III b: 146, 217, 348.
- Kurzwarenhändler II: 109, 112,  
120 f.
- Kydd, Samuel III: 314.
- Kydon II: 367.

**L.**

- Labour Party III: 261, 566 f.,  
568, 569, 581, 646 ff.; III b:  
455, 460.
- Labour Representation Committee  
III: 566.
- Labourdonnais II: 348.
- Labrador II: 302; III b: 87.
- Lachs I: 199.
- Laeti I: 41 f., 43; — s. a. Halb-  
freie.
- Lafayette III: 110.
- Lagny sur Marne II: 170.
- Lagos III b: 246, 250, 253.
- Laisser-faire-Prinzip III: 515, 628,  
632.
- Lambton, John George s. Lord  
Durham.
- Lamprecht, Karl I: 95.
- Lampridius, Aelius III: 28.
- Lamsdorff, Graf III b: 337.
- Lancashire I: 26; II: 245, 262,  
367, 369, 375 ff., 379, 381,  
383, 388, 426; III: 49, 50,  
99, 152, 204, 295, 301, 314,  
316, 328, 340, 374, 421, 474,  
550, 563, 644; III b: 349 ff.,  
451, 453.
- Lancaster II: 380; III: 374.
- Lancaster (Geschlecht) I: 212 f.,  
303, 305; II: 19, 88.
- Lancaster, Josef III: 588.
- Lancastische Gesellschaft (British  
and Foreign School Society)  
III: 588.
- Land.
- Buchland I: 94 f., 97, 99;
- Dienendes L. I: 108, 127,  
135 f., 139 f., 328 ff., 334;

**Land.**

- Gemeineigentum I: 12, 17 ff.,  
25, 50, 52 f., 93 ff., 98, 115;
- Gemeindeland II: 70, 72 ff.,  
402 ff., 433 ff.; III b: 37;
- Herrenland I: 108 ff., 127, 328;  
als Kapital I: 327;
- Konzentrationsbeschränkung  
II: 57;
- Mangel um 1100 I: 21 f.;
- Pflugland I: 17; II: 74, 85,  
92, 253, 256; III b: 13 f.;
- Plan O'Connors III: 375;
- Eigentum an Rechten an L.  
III: 225;
- Schenkungen an die Kirche  
I: 76; II: 41;
- Sondereigentum I: 18, 20, 24 f.,  
31, 54 f., 68, 94 f., 98, 115,  
132, 156;
- Steuer II: 34; III: 78;
- Überfluß in den Kolonien  
III b: 67—73;
- Volkland I: 31, 50, 52 f., 67,  
94 ff., 99, 133;
- Werterhöhungsbesteuerung  
III b: 28;
- s. a. Boden, Grundbesitz.
- Landarbeiter.
- bei d. Angelsachsen I: 105 f.;
- in Rom I: 32 ff.;
- Bedrückung durch alle von  
den Grundeigentümern Ab-  
hängigen III b: 30 f.;
- Ab- u. Auswanderung III b:  
32, 38;
- Arbeitszeit III b: 465, 468;
- Letzter L.-Aufstand III: 158 f.;
- Deportation von L. III b: 29;
- Gesetz von 1351 I: 331 f.;
- Industriearbeiter als L. wäh-  
rend der Ernte II: 390;
- und Kirchspielräte III: 516 f.;
- III b: 37;
- Koalitionen III: 553 f., 562;  
III b: 29, 31 f., 34, 37 ff.,  
462—466, 468;
- und Landbesitz III b: 26 f.,  
32—39;
- im Lehrlingsgesetz der Elisa-  
beth II: 125 ff.;
- Die ersten Lohnl. I: 33, 146,  
150, 328 f.;
- Löhne III: 158, 302; III b: 13,  
30, 32, 460, 462—466, 468 f.;
- Lohnämter III: 485 f.;
- Streik III: 485 f.;

Landarbeiter.

Unterstützungskassen III: 337;  
Wahlrecht III: 500 f.; III b: 36;  
Wohnungen III: 631 f., 647 f.,  
650; III b: 30, 32, 37 ff.,  
462—466.

Landbank II: 294 f.

Landflucht I: 34, 42, 281, 331;  
III b: 16.

Landleihe I: 14, 17, 21, 23, 25 f.,  
77 f., 109 f., 114, 327, 329;  
II: 17; III b: 506;

— s. a. Kommendation, Lehnswesen, Pacht, Precarium.

Landlos I: 15, 19, 21, 54, 91 f.,  
103; — s. a. Hida, Hufe.

Landstreicherei II: 130, 132 f.,  
134 f., 136, 137, 264 ff.

Landverteilung.

bei den Angelsachsen I: 91 f.;  
an die Gefolgschaft I: 91;  
in der Markgenossensch. I: 54;  
in der Geschlechtsgenossensch.  
I: 50;

an Freie I: 19, 54;

an den Adel I: 54, 103;

bei den Kelten I: 11, 17—22;

bei den Germanen I: 50;

in Schottland I: 10 f., 98;

in den Kolonien III b: 71 ff.,  
134, 249—251, 259—264, 271  
—273, 291;

Zählungen von 1871, 1874/75;  
III: 255.

Landwirtschaft II: 70—94, 393—  
418; III b: 8—39;

Förderung durch Cromwell  
II: 219;

Schutz i. d. 2. H. d. 17. Jh.  
II: 269 f.;

Die L. seit 1850 III b: 9 ff.;  
im und nach d. Weltkrieg  
III b: 460—470;

Amerikanische L. III b: 9 f.;  
in Deutschland III b: 12, 26;  
der Kolonien II: 185 f.; III b:  
89, 169, 171 f., 217, 221 ff.,  
226, 341—348;

Ackerbau vor der normanni-  
schen Eroberung I: 12, 17 ff.,  
25, 28 ff., 49 f., 103 f.;

Betriebsformen I: 28, 59, 66,  
69, 155, 157; II: 41, 73,  
256, 395 ff.; III: 47, 192;  
III b: 15 f., 19;

Akkordarbeit in d. röm. L.  
I: 33;

Landwirtschaft.

Arbeitslosenversicherung III:  
618;

— Behörden III: 485, 488; III b:  
13, 22, 39;

— Betriebe der Großhandels-  
Genossenschaften III: 428;  
Groß- oder Kleinbesitz II:  
48 f., 398, 400, 411 f.; III b:  
16 f., 19, 38;

Bevölkerungszahl II: 249 f.,  
361 f.; III: 48; III b: 14;

Extensive L. I: 323;

Intensive L. I: 323; II: 40 f.,  
44, 72 f., 94, 256, 396, 402;  
III: 192, 213; III b: 6, 23,  
28 f.;

Geldwirtschaft in der L. I:  
322;

Getreideproduktionsgesetze

III b: 463 f., 467 ff.;  
und Handwerk I: 267; II:  
126, 379, 382;

Kapitalbedarf III: 254 f.;

Kapitalismus in der L. I: 322,  
328; II: 399;

Konkurrenz des Auslandes II:  
89; III: 214, 258, 554; III b:  
9 ff., 14;

Vertikale Konzentration in der  
L. II: 75; III b: 511;

Kornzölle und Auswirkung  
der Mißernten III: 202, 214;

Lehrlinge in der L. II: 126;  
Lohnämter III: 485 f.;

Kommission zur Untersuchung  
der landwirtschaftl. chen Not-  
lage 1872—1882 III b: 12 ff.;

Einflüsse der Primogenitur-  
erbfolge und der Fideikom-  
misse III: 230 ff., 254 ff.;

Produkte d. engl. L. III b: 15,  
469;

und Schutzzölle III: 18, 202,  
212 ff.; III b: 26, 452 f., 468;

Staatliche Subventionen III b:  
13 f., 467 f.;

Unterricht III b: 26;

Wirkung der Verkehrsverbes-  
serungen III b: 5, 10 f.;

Praktische Anwendung der  
Wissenschaft II: 254; III:  
54 f., 213; III b: 8 ff.;

— s. a. Agrar ..., Grund.

Lanes, William II: 207.

Langobarden I: 64 f.

Lang's Nek III b: 201, 208.

- Langton, Stephan. Erzbischof von Canterbury I: 373.
- Lansdowne, Lord III b: 60, 421, 425, 446.
- Lanyon, Owen III b: 200 f.
- Laplace III: 243.
- Larochevoucauld, Herzog III: 237.
- Lassalle, Ferdinand III: 441.
- Lasker III: 610.
- Latimer, Bischof II: 80 f., 83.
- Laudemium I: 139.
- Lauderdale, Lord III: 92.
- Laveleye I: 95.
- Law of Lauriston, John II: 319 ff.; III: 28, 86.
- Lawes, Sir John III b: 9.
- Lawrence, Edward II: 403.
- Lord III b: 333.
- Layard, Sir Henry III b: 231—233.
- Leader III b: 100, 107.
- „League“ III: 410.
- Leamington III: 206.
- Lebensmittel. Abgabe I: 36; Ausfuhr I: 199, 214, 312; Einfuhr I: 294; Gewerbe II: 96; Händler I: 271, 275 ff.; II: 110, 117; Handel I: 236, 294, 312; II: 191; III b: 5; Preise I: 332 f., 357 ff.; II: 405; III: 54, 88, 299; Steuer s. Akzise; Verbrauch II: 255 f.; III: 221; III b: 18; Verfälschungsschutz I: 357 ff.; III b: 13; Zoll I: 294; III b: 47, 56 f., 60; — s. a. einzelne.
- Lecky, William E. H. II: 271, 310, 315; III: 142.
- Leder I: 198, 205; III: 96; Gewerbe II: 117, 120, 267, 274; III: 289; III b: 352; Handel I: 300, 306, 312 f.; II: 117, 120, 153, 267.
- Ledigenheime für Frauen III: 643.
- Leeds II: 248, 249, 260, 380; III: 52, 324, 327, 428, 533, 629, 637.
- Leeds, Herzog von II: 345.
- Lefevre, G. Shaw III: 256.
- Lefstan (Alterman) I: 256.
- Leges burgorum I: 254.
- Lehen.
- Afterl. I: 73, 130, 326 f.; Beutell. s. Socagium; Dienerschaftsl. I: 150; Ritterl. I: 127 ff., 131, 191; II: 43, 47; — s. a. Lehnswesen.
- Lehnrecht I: 120 f., 126 f.
- Lehnswesen I: 79, 119 f., 126 ff., 321—346; III b: 506 f.; Abgaben I: 128, 189, 191, 193, 326; III b: 506; Eid I: 121.
- Erbfolge I: 324; Erbrecht I: 324 f.; II: 47. — s. a. Dona conditionalia; Gesetzgebung I: 325 f.; Heeresdienstpflicht I: 119 f., 326; II: 18; Heimfallsrecht I: 132, 323, 325 f.; II: 28, 40; Konfiskationsrecht I: 132; Landveräußerung I: 128, 323 f., 327; Nachkommenschaft I: 327; Schutzpflicht I: 119; Teilungsverbot I: 323, 325 f.; Vormundschaftsrecht I: 132, 323, 326; II: 28, 30, 40; — s. a. Laeti.
- Lehrer III: 562, 618.
- Lehrfreiheit III: 31.
- Lehrlingsaufstände (1517, 1586) II: 106 f., 112, 163.
- Lehrlingsgesetz, Elisabeths (1562) II: 125—128, 380; III: 130, 264—267, 281, 295, 311; — Transvaals III b: 190.
- Lehrlingswesen I: 248 ff., 270, 281 f.; II: 104, 107 f., 126 f.; III: 134, 265, 267, 284, 295, 318, 400, 440, 539, 547; — s. a. Kirchspiellehrlinge.
- Leibeigenschaft I: 69 f., 346; III: 104.
- Leibesabgabe I: 144.
- Leicester III: 152.
- Leicester, Graf II: 183.
- Leicestershire II: 86, 396.
- Leigh, J. W. III b: 31.
- Leihe II: 16; — s. a. Landleihe, Viehleihe.
- Leinen II: 267, 289, 392; III: 10.
- Leinster I: 9.
- Leith II: 425.
- Leo III: 383.
- Leo, Kaiser I: 45.



- Leopold I. v. Belgien III b: 238.  
 Leopold II. v. Belgien III b: 239  
 —242, 259.  
 Leplay III: 229, 234.  
 Leslie, T. E. Cliffe III: 253.  
 Lesseps, Ferd. v. III b: 228, 295.  
 Levers III b: 248.  
 Levershulme, Lord III: 630.  
 Leviticus s. Zinsverbot d. Juden.  
 Lewardinseln II: 308.  
 Lewes I: 160, 262.  
 Lewis, Sir George Cornwall III:  
 495; III b: 215.  
 Lex Bajuvariorum I: 18, 71.  
 Lex mercatoria I: 230, 307 f.  
 Lex Salica I: 67 f.  
 Lex Saxonum I: 69.  
 Liberale III: 145, 261, 325, 352,  
 354, 421, 457, 493, 497,  
 499, 502, 511 f., 555, 560,  
 581, 605; III: 49, 58 f., 82,  
 487.  
 Licinius, Gaius I: 29.  
 Libri feudorum I: 129.  
 Liebesmahl I: 154.  
 Liebig, Justus v. III b: 8 f.  
 Liga von Cambrai II: 160.  
 Li-Hung-chang III b: 388.  
 Lincoln I: 27, 198, 221, 233,  
 240, 243, 308, 315, 317, 366;  
 II: 65.  
 Lincoln, Abraham III b: 119.  
 Lincolnshire II: 83.  
 Lingen, Lord III: 524.  
 Lipson, Ephraim I: 287.  
 Lisieux I: 354.  
 Lissabon II: 167, 169 f., 185,  
 193, 200; III: 77.  
 Liten I: 58 — s. a. Halbfreie.  
 Lithographen III: 472.  
 Litster, John I: 343.  
 Liverpool II: 248, 263, 366,  
 426 f., 428 f.; III: 49, 107,  
 109, 115, 170, 172 f., 185,  
 186, 428, 533, 629, 637;  
 III b: 10, 68.  
 Liverpool, Lord III: 94 f., 156,  
 224, 298, 352, 355.  
 Liverpool-Manchesterkanal II:  
 428 f.  
 Livry companies I: 272 f., 279;  
 II: 101 ff., 109 ff., 120 f., 141;  
 III: 518.  
 Livius III: 548.  
 Lizenz. Abgabe III b: 146;  
 Armenl. II: 132;  
 Ausfuhr-L. I: 196, 199, 208,  
 Lizenz.  
 210, 214, 314; II: 87 ff.,  
 91 ff., 211, 248;  
 Einfuhr-L. I: 196;  
 Gebühren I: 196, 367; II: 87;  
 Handels-L. I: 196, 199, 205,  
 207, 210, 291 f., 314; II: 27,  
 149, 192, 202, 223 f.;  
 Verpachtung II: 192;  
 Weide-L. in Australien III b:  
 135, 140, 146.  
 Lloyd George, David III: 504,  
 507 f., 568, 581, 591; III b:  
 28, 423, 443, 446—449, 496,  
 501.  
 Lloyd-Greame, Sir P. s. Cunliffe-  
 Lister.  
 Lloyd, Samuel Jones s. Lord  
 Overstone.  
 Lloyds Registerbureau III: 519.  
 Lobengula III b: 205, 277—283.  
 Local Government Act III: 515 f.,  
 521.  
 Local Government Board III:  
 583, 584, 634.  
 Locke, John II: 235 f., 267, 289,  
 293 f., 308; III: 18 ff.  
 Löwenstein, Karl III b: 439.  
 Lohn.  
 — System u. Arbeitsleistung III:  
 388.  
 — für Armenarbeit III: 134.  
 — Ausgleich durch Weltwirt-  
 schaft III b: 6;  
 — der Beamten I: 150;  
 — System im Bergbau II: 64;  
 III: 397 ff., 449, 481 f., 539  
 —544.  
 — Bestimmung durch Nachfrage  
 u. Angebot III: 274 ff., 281,  
 449;  
 — d. Dienerschaft I: 150;  
 — d. Dockarbeiter III: 562.  
 — Erhöhungen I: 283, 285; II:  
 124; III: 119, 158, 196, 220,  
 299, 302; III b: 18;  
 Einfluß der Gewerkvereine  
 III: 437 f., 444 f., 476, 481,  
 579;  
 — Höhe und Absatz III: 196,  
 445 f.;  
 — Höhe und Preise III: 469, 471,  
 473, 475 ff., 576;  
 — in Indien III b: 350;  
 — der Landarbeiter III b: 13, 30,  
 32, 460, 462—466, 468 f.;  
 — im Lehrlingsgesetz II: 125 ff.;

- Lohn.**  
 — System in der Manufaktur II: 64;  
 Minimall. III: 295, 449, 480 ff., 485 f., 562;  
 niedriger L. II: 64, 108, 207, 209, 246, 274; III: 341;  
 — Sätze I: 332 f.; III: 267, 474, 483, 580;  
 — der Seeleute III: 547, 549;  
 — Senkungen III: 149, 275, 284, 405, 554, 580;  
 — Skala III: 475 ff., 554;  
 Stücklohn I: 286; II: 109, 118, 389, 474, 478, 485 f., 562; III b: 350;  
 — in der Weberei II: 108, 308, 382;  
 Zeitlohn III: 478, 485 f., 542.  
**Lohnämter** III: 479 ff., 485 f., 562, 568; III b: 169, 460, 462—466, 468 f.  
**Lohnarbeit, Anfänge**  
 im Gewerbe I: 280, 284;  
 in der Landwirtschaft I: 33, 146, 150, 284, 328, 331 f.; III: 485.  
**Lohnarbeiter s. Arbeiter.**  
**Lohnfestsetzungen**  
 durch Arbeitergesetz von 1351 I: 332 f.;  
 durch Behörden III: 488;  
 der Friedensrichter II: 127, 246, 380; III: 130, 265;  
 im Schieds- u. Einigungsverfahren III: 463 ff., 478;  
 der Sonderinteressenten III: 130;  
 der Städte I: 284, 359 f.; II: 118, 127;  
 der Töpfer III: 305.  
**Lohntheorien** III: 39, 441 ff., 461, 466; III b: 70.  
**Lohnwerker** I: 359 f.  
**Lohnzuschußsystem** II: 266, 441 ff.; III: 119 ff., 123, 125, 127 ff., 140, 148; s. a. Speenhamlandsystem.  
**Lombarden** I: 374 f., 380; II: 283.  
**London** I: 27, 128, 162, 177 ff., 181 ff., 191, 193, 198, 207, 215, 219, 221, 225, 227, 233, 242, 249, 253, 258, 273 ff., 284 f., 299, 309, 311, 317, 319, 340 f., 359 f.; II: 46, 53, 78, 117, 208, 214, 217, 231, 244 f., 257 f., 271 f., 304, 321, 328, 334, 421, 424, 429, 432; III: 45 f., 73, 100 f., 107, 109, 143, 146, 188, 206, 228, 314, 319, 334 f., 340, 349, 365, 367, 401, 415, 417, 421, 426, 428, 452, 500, 508, 519, 538, 559, 616, 637 f.;  
**London.**  
 Altermänner II: 218; III: 518, 522 f.;  
 Arbeitslose II: 135, 265;  
 Metropolitan Board of Works III: 521;  
 Armenwesen II: 135; III: 523;  
 Bauarbeiterstreik III: 451 f., 462 f.;  
 Armut der Bevölkerung III: 558;  
 Asylamt III: 523 f.;  
 Volksaufstände I: 216, 258 f., 264, 337 ff.; II: 83, 106 f., 112, 163;  
 Baugesellschaften III: 629;  
 Beamte III: 518 f.;  
 Bevölkerungszahl II: 239, 248; III: 511;  
 Bischof III: 131, 356, 423;  
 Börse III: 45;  
 Bürgerrecht I: 264; II: 298;  
 City I: 181, 273; II: 124, 164, 275, 286, 293, 342 ff.; III: 518—521, 525;  
 Common Council Wahl I: 270 f.;  
 Dreitaltigkeitskloster I: 183 f.;  
 Freibrief I: 161, 178 f., 197, 216 f., 258 f., 264, 276; III: 45;  
 Gerichtsbarkeit d. Stadtgebiete I: 180 f.;  
 Gesellenbruderschaften I: 280, 286 f.;  
 Gewerkvereinsbewegung III: 451 f., 551, 554;  
 Gilden I: 172 f., 232, 239, 243, 246, 256, 259 f., 268 f., 282, 286, 315, 319 f.;  
 Grafschaftsrat III: 521 ff., 564, 616, 639, 643;  
 Handel I: 159 f., 259 f., 275 ff., 288, 303 f., 308; II: 161, 250, 252, 262 f., 342 ff.;  
 Kongresse der Handelskammern des Reiches III b: 85;  
 Handwerker I: 238, 259—266; II: 158;

London.

Juden I: 366, 370, 372, 377;  
 II: 219, 288; III: 60—64;  
 Kanalsystem III: 520 f.;  
 Kaulfleute I: 206, 233 f., 265;  
 II: 66, 111, 122, 140, 142 f.,  
 158, 195, 218, 286, 288, 298;  
 III: 10, 45;  
 Konvention (1884) III b: 202;  
 als Kreditzentrum I: 210 f.,  
 384;  
 Kreditgewährung an die Krone  
 III: 45 f.;  
 Livery companies II: 102, 110,  
 141; III: 518;  
 Mayor I: 193, 216 f., 226, 260,  
 262 ff., 268, 277, 284, 300,  
 338, 359, 381; II: 76, 110;  
 III: 61, 64, 518, 522, 562;  
 Politische Machtstellung III:  
 45;  
 Polizei III: 523 f.;  
 Portgerefe I: 180 f., 183, 234;  
 Privilegien II: 127;  
 Sanitätswesen III: 520 ff.;  
 Schneiderstreik III: 503 f.;  
 Sheriff I: 183, 218, 285; III:  
 15, 64, 518;  
 Steuererhebung I: 179;  
 Stadtverfassung I: 217, 220 f.;  
 Verkehrsmöglichkeit nach L.  
 II: 252 f., 256, 423 ff.; III:  
 168, 171, 175;  
 Verkehrswesen III: 523 f.;  
 Verwaltungsorganisation I:  
 262; II: 244; III: 511, 518—  
 525;  
 Metropolitan Water Board  
 III: 523;  
 als Weltclearinghouse III b:  
 41;  
 Wohnungswesen III: 520, 626,  
 630, 632 f., 637;  
 Zünfte II: 106, 116 f.; III: 518;  
 — s. a. Stalhof, Weber.  
 London Gazette II: 344; III: 101.  
 Londonderry, Marquis von III:  
 542.  
 Long III b: 269.  
 Longchamp, Bischof I: 130.  
 Longe, Francis D. III: 443.  
 Longton II: 365.  
 Lord St. Leonards Act (1867)  
 III: 464.  
 Lords I: 24, 106; II: 26, 163,  
 207, 286; III: 43.  
 Loreburn, Lord III b: 433.

Lothaire III b: 242.  
 Louis Napoleon III: 493, 502.  
 Louis Philipp, Bürgerkönig III:  
 157, 416; III b: 149.  
 Lovett, Sekretär der Londoner  
 Arbeitergesellschaft III: 368,  
 375.  
 Lowe (Schatzkanzler) III: 506;  
 III b: 78.  
 Lowndes (Sekretär des Schatz-  
 amtes) II: 293.  
 Lowrenço Marques III b: 205.  
 Lucca I: 204, 297; II: 158.  
 Luchaire I: 230, 244.  
 Ludd (Hauptmann) III: 121.  
 Ludditen III: 121, 122, 160.  
 Ludlow, John Malcolm III: 333,  
 415 ff., 419 f., 421, 451, 632,  
 640.  
 Ludwig VI. von Frankreich I:  
 189.  
 Ludwig XII. von Frankreich II:  
 171.  
 Ludwig XIV. von Frankreich I:  
 294; II: 30, 198, 228, 263,  
 275, 277 f., 289; III: 9 ff.,  
 20, 235.  
 Ludwig XVI. von Frankreich III:  
 113, 147.  
 Ludwig der Heilige I: 262.  
 Lübeck I: 299; II: 165.  
 Lüttich I: 290.  
 Lugard, Sir Frederic III b: 248.  
 Lumpen III: 497.  
 Lundingarii s. Häusler.  
 Lushington II: 281.  
 Luther, Martin II: 112, 131 f.,  
 285.  
 Luxemburg III: 625.  
 Luxusgüter I: 323.  
 Lyall, Sir Alfred II: 196.  
 Lydenburg III b: 190, 194.  
 Lynch, H. F. B. III b: 427.  
 Lynn I: 198, 222, 249, 299; II:  
 426.  
 Lyon I: 389.  
 Lyttelton, Lord III b: 158 f., 210.  
 Lytton, Lord III b: 334—336, 362,  
 365.  
 Lytton, Edward Bulwer III b:  
 191 f.

M.

Maas I: 288.  
 Mac Adam II: 431; III: 165, 183.  
 Macao III b: 374 ff.

- Macaulay, Thomas II: 248, 253, 256 f., 260, 347, 349; III: 43, 45, 156, 158, 327, 402, 404; III b: 314, 357 f.  
 Macaulay, Zacharias III: 108, 113, 117.  
 Macclesfield III: 324.  
 Mac Culloch (Premierminister v. Victoria) III b: 165 f.  
 Mac Culloch, J. R. II: 340, 417; III: 20, 40, 58, 132, 231, 251 f., 296, 298 f., 311, 441; III b: 17, 62, 76.  
 Macdonald, Alexander III: 455, 457, 550.  
 Macdonald, Sir John III b: 117, 119.  
 Macdonald, J. Ramsay III b: 356.  
 Macdonald, Ramsay III: 577; III b: 454 f.  
 Mc. Gillop III b: 270.  
 Machiavelli II: 4, 7 f., 21, 233; III: 5 f., 29.  
 Machiavellismus II: 22, 196.  
 McKenna III b: 446 f., 456 f.  
 Mackenzie, Sir George II: 52 f.; III: 232.  
 Mackenzie, William Lyon III b: 97 ff.  
 Mackinnon, Sir William III b: 254—256.  
 Mackintosh III: 242.  
 Macleod II: 296.  
 Mâcon I: 389.  
 Macquarie (Gouverneur von Australien) III b: 130, 134.  
 Madison, Sir Ralph II: 214.  
 Madras II: 186, 330, 341, 348.  
 Märkerversammlung I: 99; — s. a. Dorfversammlung.  
 Magalhãesstraße II: 169, 196.  
 Magdeburg I: 220, 298.  
 Magna carta I: 193 ff., 199 f., 217, 260, 291, 303 f., 316, 326, 356, 372 f.; II: 87, 121; III: 95.  
 Maguire, James Rochfort III b: 278, 282.  
 Mahagoni III b: 226.  
 Mahan, A. T. II: 278.  
 Mahdi III b: 296 f.  
 Mahon, Lord II: 335.  
 Maidstone I: 338.  
 Maine, H. S. I: 95.  
 Mais III b: 217, 266.  
 Maitland, William I: 161.  
 Majuba III b: 201 ff.  
 Malabar II: 187, 192, 194.  
 Malakka II: 194.  
 Malaria III b: 248.  
 Malayische Halbinsel III b: 86.  
 — Kolonien Englands III b: 405—412.  
 Malayischer Archipel II: 184, 199.  
 Maler I: 269; II: 96, 98, 363.  
 Malmesbury II: 68.  
 Malta III: 435.  
 Malthus, Robert III: 37 f., 39 f., 131, 246 f., 251, 298, 311.  
 Malthusianer III b: 17.  
 Malz II: 273; III: 78, 87, 494, 506.  
 Manasseh, Ben Israel, Rabbi II: 219.  
 Manchester I: 222; II: 248, 377, 379, 425, 427 ff.; III: 49, 52, 143, 147, 149, 154, 157, 170, 172 f., 204 ff., 301 f., 316, 322, 324, 328, 349, 370, 373 f., 428, 452 f., 472, 531, 538, 629, 637, 643; III b: 442.  
 Manchester Act (1735) II: 376, 381.  
 Manchester Guardian Weekly II: 327.  
 Manchesterschule III: 329, 403, 410, 422.  
 Mandeville, Bernard de III: 5.  
 Manerium s. Manor.  
 Manganerz III b: 348.  
 Manitoba, Provinz III b: 121 f., 125, 128.  
 Manor (Manerium) I: 85, 121, 126 ff., 149; — s. a. Grundherrschaften.  
 Mann, Tom III: 558, 560, 574, 576.  
 Manner, Lord John (Herzog von Rutland) III: 379.  
 Manning, Erzbischof III: 515, 553, 562, 639.  
 Mansfield (Chemiker) III: 416, 632.  
 Mansfield, Lord III: 106.  
 Manufaktur II: 5, 62—69, 75, 90 f., 95, 97, 111, 115, 119, 129, 160, 260, 365, 381; III: 282, 400; III b: 512.  
 Maori III b: 149 f., 152, 154 f., 157, 171.  
 Marathas II: 191; III b: 309, 317, 369.  
 Marburg III: 187.

- Marc Aurel I: 38, 41.  
 Marco Polo III b: 397.  
 Mardyke II: 220.  
 Margarete (Gemahlin Karls des Kühnen) II: 153.  
 Maria, Königin von England (Gemahlin Philipp II. von Spanien) II: 24, 41, 84, 90, 103 f., 113, 115, 157, 167, 173, 180, 209, 301.  
 Maria, Königin von England (Gemahlin Wilhelm III., Oranien) II: 266, 272, 274, 292, 436.  
 Marie Antoniette III: 113.  
 Marignano II: 155.  
 Marine. Handelsm. III: 547—549.  
 — s. a. Flotte, Schifffahrt.  
 Marius, Gaius I: 49.  
 Markgenossenschaft I: 53 f., 66 f., 93, 100 f.  
 Markham II: 395.  
 Markomannen I: 41.  
 Markt I: 39, 159 ff., 227 ff., 233, 256, 362; II: 95 f., 111, 116, 125, 248; III: 47, 281 f.;  
 — s. a. Messe, Stapel.  
 Marlborough I: 254.  
 Marlborough, Herzog von II: 48, 314; III: 62.  
 Marokko III b: 86, 295, 299, 421 ff., 427.  
 Marranos III: 60.  
 Married Women's Property Act (1882, 1907) III: 262.  
 Marshall, Alfred III b: 503.  
 Martinique III: 112.  
 Martyn, Henry II: 374.  
 Marx, Karl II: 401; III: 270, 298, 409, 458 f., 551, 556; III b: 74, 511.  
 Maryland II: 303.  
 Masai III b: 262 f.  
 Maschinen II: 65; III: 275, 298; III b: 13;  
 Ablehnung II: 118; III: 295;  
 Änderung der Arbeitsbedingungen II: 367, 377, 381 ff.; III: 282, 286, 546;  
 Dampf. II: 367, 384, 387, 390; III: 47, 170 f., 173, 317, 319 f., 472; III b: 11;  
 Textilm. II: 367, 368, 377, 381 ff.; III: 313, 528 f.;  
 Verwendungsverbot d. Handwerker-gilden I: 245;  
 Zerstörung III: 121 f., 152, 158, 202, 324.  
 Maschinenbauer III: 424, 426, 432, 435 f., 472, 551, 577.  
 Maschinenindustrie III: 298, 423 f., 426, 435, 485, 533, 578, 604; III b: 352;  
 — Arbeiterstreik III: 423, 426, 460, 578.  
 Mashonaland III b: 205, 276, 283 f.  
 Maße I: 177, 316 f.; II: 154, 273.  
 Massulipatam II: 199.  
 Master and Servant Act (1867) III: 456.  
 Matabeleland III b: 180 f., 205, 276 ff., 284, 286.  
 Materialistische Geschichtsphilosophie II: 55.  
 Mauch, Karl III b: 276.  
 Maund, E. A. III b: 278 f., 281.  
 Maurer II: 98 f.; III: 305, 334 f., 551, 563.  
 Maurer, L. v. I: 95.  
 Maurice, Frederic Denison III: 415 ff., 451, 640.  
 Maximilian I. II: 285.  
 Mayhew, Henry III: 418, 420, 479.  
 Mayo, Lord III b: 333.  
 Mazarin, Kardinal II: 220.  
 Meath I: 9.  
 — Lord III: 524.  
 Medici (Geschlecht) I: 352; II: 63, 78; III b: 511;  
 Medici, Lorenzo von II: 69.  
 Medien II: 174.  
 Medikamente, deutsche III b: 48.  
 Medina III: 62.  
 Medizin in den Kolonien III b: 302 f.  
 Mehemet Ali III b: 229, 295.  
 Mehrwertlehre III: 364.  
 Meißen II: 364.  
 Melasse III: 219.  
 Melbourne III: 480; III b: 166.  
 Melbourne, Lord III: 157, 160, 303, 451; III b: 100, 102, 109 f.  
 Melchbourne (Geschlecht) I: 310; II: 78, III b: 510.  
 Meliorationen II: 41, 72, 396, 398 f., 403; III: 231, 233, 248, 257 f.; III b: 8, 20 ff.  
 Mendoza II: 183.  
 Menschenrechte I: 335; III: 34, 105, 110, 145, 147, 238, 622.  
 „Mercator“ III: 22.



- Mercator dominicus I: 292.  
 Merchant adventurers s. Kaufleute, unternehmende.  
 Merchant Taylors Company II: 110.  
 Merchetum carnis et sanguinis I: 144, 222, 335; — s. a. Heiratsabgaben.  
 Mercien I: 353.  
 Mercier de la Riviere III: 33.  
 Mergeln II: 396, 398.  
 Merkantilismus I: 220, 295 f., 355; II: 8 ff., 113, 159, 175, 196, 211—228, 268 f., 274, 313, 315, 326, 355, 364, 372 f.; III: 3 ff., 20 f., 26 ff., 73, 498; III b: 413, 441.  
 Merowinger I: 77, 79, 389.  
 Merriman, J. X. III b: 184.  
 Mersey, Mersey-Kanal II: 423, 426 f., 428 f.  
 Merton I: 156.  
 Merthyr Tydfil II: 388.  
 Messe I: 228—230; II: 111, 170; — s. a. Markt.  
 Messerschmiedgewerbe I: 246, 278; II: 105, 364.  
 Messor I: 150; s. a. Dorfbeamte.  
 Metallarbeiter II: 117, 258, 363; III: 435.  
 Metallindustrie II: 258; III: 533.  
 Metallisten II: 290.  
 Metcalf, John III: 50.  
 Metcalfe, Sir Charles (Lord Metcalfe) III b: 113.  
 Methodisten II: 232 f.; III: 105, 115, 553; III b: 31.  
 Methuen II: 313.  
 Methuenvertrag II: 313 ff.; III: 97.  
 Methwold, William II: 214.  
 Metropolis Management Act (1855) III: 520.  
 Mexiko II: 167; III: 92; III b: 518.  
 Michelet III: 313.  
 Middelburgh I: 298, 314.  
 Middlesex I: 337; II: 76, 245, 247; III: 64, 143, 340.  
 Midlands II: 388.  
 Milchwirtschaft II: 255; III b: 15, 18, 19, 32, 171, 217, 289.  
 Miliz I: 125, 188, 190; III: 44, 63, 151.  
 Mill End I: 340, 343.  
 Mill, James II: 243, 368; III: 40, 58, 155 f., 296; III b: 62, 71.  
 Mill, John Stuart I: 165; III: 41, 58, 247, 252, 256, 263 f., 444, 466, 508, 556 f.; III b: 17, 65 f., 69, 76 f., 100, 109 ff., 214, 326, 342, 346, 380, 503.  
 Milner, Lord III b: 265, 461.  
 Milner, Sir Alfred III b: 207—211, 238.  
 Milnes (Abgeordneter) II: 281.  
 Milon, Erzbischof von Mainz I: 73.  
 Minderbemittelte, Orden III: 334.  
 Ministeria I: 243.  
 Ministerialen I: 70, 151.  
 Ministry of Health III: 517, 583, 638, 645, 648.  
 Minorka II 314.  
 Mirabeau, Marquis de III: 110, 236 f.  
 Mirabeau, Père III b: 74.  
 Misselden, Eduard II: 10, 269, 374.  
 Missionare III b: 149, 157, 176 ff., 184, 187, 190—192, 238, 255, 259, 269, 385 ff., 390, 392.  
 Missionsgesellschaften III b: 149 f., 177 ff., 243, 245.  
 Mississippi II: 330; III: 26; III b: 88.  
 Mittelklasse II: 26, 28 f., 32 f.; III: 141—163, 500, 503.  
 Mittelmeer. Gebiet II: 147, 152, 220; III: 77;  
 Handel I: 289; II: 158, 166, 173.  
 Möbelindustrie III: 472, 485.  
 Moffat III b: 278.  
 Mohair III: 289.  
 Mohammedaner II: 185, 189, 191, 368; III b: 269, 296, 312, 366, 372, 500 f., 515, 518.  
 Mohl, Robert von II: 57.  
 Molesworth, Sir William III b: 76, 100, 164.  
 Molteno III b: 196.  
 Molukken II: 193, 194, 197.  
 Monarchenkongreß in Aachen III: 356.  
 Monarchie II: 19, 55; III: 44, 145.  
 Monck, Lord III b: 117.  
 Moncrieff, Sir Colin Scott III b: 296.  
 Monitores I: 35.  
 Monod I: 95.

- Monopol I: 196, 275 ff., 318; II: 24—28, 78, 99, 117, 121 f., 164, 179, 219, 284 f., 343, 345; III: 4, 34, 149, 508; III b: 53 f., 510;  
— s. a. Ausfuhr, Bank von England, Bergbau, Brauereien, Eisenbahn, Gebühren, Getreide, Gewerksvereine, Handel, Handelsgesellschaften, Handwerker, Hanse, Italienische Kaufleute, Kanalgesellschaften, Kaufleute, Kaufmannsgilden, Kolonialhandel, Kompanie, Kredit, Privilegien, Seeschifffahrt, Sklavenhandel, Stapel, Zins.
- Monroe, Präsident III: 91.  
Monroedoktrin III: 91.  
Montagu, E. S. III b: 495 f.  
Montaigne III: 4.  
Montalembert, Graf III: 229.  
Monteagle, Lord (Kolonialminister) III b: 75.  
Montesquieu II: 232; III: 29, 32, 105, 233 f., 236.  
Montgomery, W. E. I: 7.  
Montreal III b: 85, 88, 96, 99, 105, 114.  
Moralphilosophie III: 32.  
Morel, Edmund Dene III b: 242, 259, 456.  
Morgensprache I: 239; — s. a. Gildezusammenkünfte.  
Morley, Lord III b: 328, 370, 494.  
Morley, John III b: 297.  
Morley, Samuel III: 639.  
Morley of Blackburn, Lord III b: 433.  
Morning Chronicle III: 418.  
Morrison, James III: 178 f.  
Morse III b: 1.  
Mortalitäts- und Krankenstatistik III: 343, 599.  
Mortimer I: 207.  
Morton, Erzbischof II: 21, 284.  
Mortuarium s. Besthaupt.  
Morus, Thomas II: 42, 80, 129.  
Moselekatse III b: 180 ff.  
Moshesh III b: 185 f., 190, 192.  
Mount Temple, Lord s. Cowper.  
Mozambique II: 186, 192.  
Mühlen, Müller I: 322; III: 427; III b: 352.  
Mühlzwang I: 132, 222 f., 335, 342.  
Müller, Adam III: 489.
- Münden III: 187.  
Münster I: 298.  
Münz-, Ausfuhr II: 292;  
Beamte II: 216;  
Fälschung I: 377;  
Fuß I: 354;  
Gesetzgebung I: 177, 296, 354 f.; II: 292 f.;  
Legierung II: 208 f., 210, 290, 293 f., 299;  
Reform II: 209 f., 258, 276, 293 ff., 363; III: 19 f.;  
Regal I: 353 f.; II: 339 f.;  
Stätten I: 160, 295; II: 210;  
Theorie I: 354;  
Verschlechterung I: 353 ff., 360; II: 91, 206—209, 286 f., 290, 292 f.; III: 274 ff.;  
Wert II: 206 ff., 215, 293;  
Wesen I: 295, 353 ff.; II: 276, 289 f., 292, 295, 299; III: 17, 19 f.
- Münzer II: 210, 258, 363.  
Mun, Thomas II: 9 f., 236, 269, 374; III: 7 ff., 14, 16, 36.  
Mundella, A. (Handelsminister) III: 455, 465 ff.  
Munition II: 191; III: 77, 483, 486, 530, 532, 579.  
Munizipien I: 37.  
Munizipalisierung III: 557.  
Munro II: 351.  
Munster I: 9.  
Murray, Fluß (Australien) III b: 141.  
Murray, Robert II: 294.  
Musselin II: 372.  
Mutter s. Frau.  
Mysore II: 355.  
Mystery I: 243, 247.
- N.
- Nadelfabrikation II: 117, 121; III: 400.  
Nagelmanufaktur III: 400.  
Nahrungsmittel, hauptsächlich d. Volkes II: 255 f.; — s. a. Lebensmittel.  
Nandi III b: 260, 262.  
Nantes, Edikt von II: 364; III: 334.  
Naorodschi III b: 370.  
Napier, Sir Charles J. III: 370.  
Napoleon I. I: 294; II: 275, 282, 349; III: 55, 194, 195, 503; III b: 228.

- Napoleon III. III: 495, 503, 504; III b: 43, 45.  
 Narwa I: 298.  
 Nasse I: 95.  
 Natal III b: 78, 170, 181—218.  
 Nationale Gesellschaft zur Erziehung von Kindern in den Anschauungen der Staatskirche III: 588.  
 Nationale Liga für Erziehung in Birmingham III: 457.  
 Nationalstaat s. Staat.  
 Naturalisierungsgesetze II: 288; III: 63.  
 Naturalwirtschaft I: 83—184; II: 250;  
     Abgaben I: 14 ff., 36, 41 ff., 58, 70 f., 104, 108 ff., 112, 128, 131 f., 135 f., 144, 147, 154, 158, 328 ff.; III b: 506.  
 Naturgesetz III: 31, 131, 464, 488.  
 Naturrecht II: 55, 99, 123; III: 238 f.  
 Navigationsakte (1651) II: 217, 220, 223 f., 261, 268, 278, 304 ff., 312, 332; III: 33, 60 f., 185, 215.  
 Navigationsgesetz Richards II. II: 147, 225.  
 Neale, Eduard Vansittart III: 416, 420, 426, 640.  
 Neapel III: 80.  
 Neate III: 253.  
 Necker III: 105.  
 Neger III: 111 f., 116, 327; III b: 179, 220 ff.; — s. a. Sklaverei.  
 Negotiation III: 475 f.  
 Nelson, Admiral II: 60.  
 Neomerkantilismus III b: 243.  
 Neu-Amsterdam II: 305; III: 60.  
 Neue Hebriden III b: 86, 131, 166.  
 Neuenglandstaaten I: 18, 98; II: 216, 268, 306, 312, 331—335; III b: 61 f., 79, 90, 219 f.  
 Neufrankreich (Kanada) III b: 88 f.  
 Neufundland II: 216, 278, 301, 302, 314; III b: 62, 83, 87, 89, 99, 120, 125.  
 Neu Guinea III b: 172.  
 Neuholland s. Australien.  
 Neuseeland III b: 13, 32, 81, 83 ff., 87, 130, 146—163, 165, 168, 170 ff., 174, 179, 208, 243, 245, 277, 435.  
 Neu-Südwaies III b: 63 f., 67 ff., 129 f., 132, 134 f., 141, 145 ff., 151, 160 f., 164 ff., 176.  
 New Brunswick III b: 100, 117 f., 119 f., 122 f., 128.  
 Newbury II: 66 f., 79.  
 Newcastle I: 198, 308; II: 140, 218, 258, 263; III: 168 f., 171, 428.  
 Newcastle (Australien) III b: 131.  
 Newcastle Vend III b: 54.  
 New Harmony III: 357 f., 363, 426.  
 New-Lanark III: 152, 320, 349—352, 357.  
 Newman III: 253.  
 Newmarch III: 531.  
 New Orleans III: 26; III b: 88.  
 Newton, Wm. III: 551.  
 Newtown III: 348.  
 New Westminster III b: 123.  
 New York II: 305, 332; III: 187, 428; III b: 1, 10, 99.  
 Nicolson, Sir Arthur III b: 425.  
 Niederlande I: 303, 307; II: 30, 69, 87, 113, 140, 152 f., 157 f., 168, 193, 205 f., 217 ff., 224 f., 228, 236, 249, 263, 271, 275, 289, 292, 303, 305, 311, 314, 319, 338 f., 375, 396, 433; III: 9 ff., 56, 60 f., 176, 194; III b: 176, 516; — s. a. Belgien, Brabant, Burgund, Flandern, Holländer, Utrecht, Vlamen.  
 Niederlassungsgesetz II: 138, 264 ff., 436, 440; III: 121, 128, 136 f., 336, 339.  
 Niedersachsen I: 298.  
 Nießbrauchsrecht II: 41 ff.  
 Nietzsche, Friedrich II: 439.  
 Nigellus I: 130.  
 Nigeria III b: 246—253.  
 Nikäa I: 361.  
 Nikolaus I., Kaiser von Rußland III: 352.  
 Nivelles I: 290.  
 Nivernois, Herzog von II: 330.  
 Nomaden. Ackerbau der N. I: 49;  
     Iren als N. I: 12;  
     Sueben als N. I: 49 f.  
 Nominalisten II: 293; III: 20.  
 Nonkonformisten II: 232, 390; III: 145, 147.  
 Nopper I: 267 ff.; II: 95, 98.  
 Nordpol II: 301.

- Nordseegebiet I: 160; II: 152.  
 Norfolk I: 337, 343; II: 76, 83, 86, 254, 396.  
 Norfolk Insel III b: 131, 164.  
 Noricum I: 65.  
 Norman (Geschlecht) II: 78.  
 Normanby, Lord III b: 151.  
 Normandie I: 119, 160, 191, 233, 290, 371; II: 170.  
 Normannen I: 73, 85, 120 ff., 132, 142, 220, 289; II: 139, 146, 167.  
 North, Sir Dudley II: 236, 276; III: 15 ff., 20.  
 Northcote, Sir Stafford III: 505.  
 Northampton I: 287; III: 142.  
 Northamptonshire II: 86, 407.  
 Northumberland I: 442; III: 123, 397, 468, 471 f., 474, 481, 540, 554, 564.  
 Northumberland, Herzog von III: 296.  
 Norwegen II: 140, 229.  
 Norwich I: 163, 279, 299, 317, 320, 321, 343; II: 108, 111, 114, 127, 140, 244, 248, 252, 260, 411, 423; III: 312.  
 Noten II: 287, 291, 294, 297; III: 80—86, 89, 92, 99, 101 f., 495; — s. a. Bank von England.  
 Notstandsarbeiten III: 614, 616 f.  
 Nottingham II: 248; III: 152, 464 f., 466, 538.  
 Nottinghamshire II: 249; III: 121, 532.  
 Nova Scotia III b: 89, 99, 113, 117 f., 119 f., 122 f., 128.  
 Novellae Maioranae I: 39.  
 Novellae Valentinianae I: 39.  
 Nürnberg II: 130, 363.  
 Nuisance Remoral and Diseases Prevention Act (1848) III: 632 f.  
 Nutzungsrechte. Gemeinsame I: 17, 53, 93, 98 f., 103, 132 f., 155 f.; II: 70;  
 Sonder-N. I: 17, 52, 54 f., 381.  
 Nyasaland III b: 290—293.  
 261, 292, 404, 501 f., 504, 597 f.; III b: 34.  
 Oberlin III: 356.  
 O'Brien, James Bronherre III: 365, 373.  
 Obst III: 219; III b: 18, 19, 217, 226.  
 O'Connell III: 64, 305, 367, 391, 498.  
 O'Connor, Feargus III: 368 f., 373, 375 f., 629.  
 Odd Fellows, Orden III: 335, 344.  
 Odger, G. (Sekretär d. Londoner Gewerkvereinsrates) III: 551.  
 Odo, Bischof von Bayeux I: 118.  
 O'Dwyer, Sir Michael III b: 498—500.  
 Ödland I: 28, 50, 55, 100, 101, 103, 156; II: 72 f.; III b: 37 f., 66.  
 Öl II: 313, 392; III b: 226, 243, 247, 251, 275, 348, 352.  
 Österreich II: 32; III: 75, 77, 78 f., 82, 217 f., 573; III b: 434.  
 Offa, König von Mercien I: 289.  
 O'Hara, Gouverneur von Senegambien II: 309.  
 Okakura, Kakuzo III b: 369.  
 Okuma, Graf III b: 518.  
 Olcott, Oberst III b: 369.  
 Oldknow, Samuel III: 50.  
 Oldmixon II: 85.  
 Oligarchie I: 218, 258, 261 f., 272; II: 56, 103, 110, 193, 242 ff., 247, 359.  
 Oliver III: 154.  
 Olufsen (Feldmesser) I: 95.  
 Oman, Sir Charles W. C. I: 337.  
 Ontario III b: 99, 119, 120, 122, 123, 128.  
 Open Field System I: 157.  
 Opium III b: 356, 377—381, 389 f., 409;  
 — Krieg III b: 378 f.;  
 — Steuer in Indien III b: 318, 356.  
 Optimaten I: 258 f., 261 f.  
 Oranien, Prinz von III b: 176.  
 Oranjestaad III b: 182—218.  
 Orders in Council III: 82, 85, 149.  
 Ordinacio Stapularum I: 307, 311.  
 Ordinances or Byelaws of the Clothworkers Hall, Mincing Lane, London II: 106.

**O.**

- Ordonances des roys de France (1729) I: 383.  
 Ordonanz Durhams vom 28. Juni 1839 III b: 106, 107 f., 109.  
 Ordonanz, französische II: 284.  
 Ordonanzen von Oxford von 1258 I: 317.  
 Ordonanzen von 1311 I: 206 f.  
 Ordonanzen von 1316 I: 302.  
 Oresmius, Nikolaus, Bischof von Lisieux I: 354; II: 209.  
 Orgetorix I: 22; II: 101.  
 Orient I: 303, 363; II: 20, 149, 158, 184 f., 194 f., 200, 346, 369; III: 7 f.  
 Orinoco II: 317.  
 Orléans, Herzog von II: 320.  
 Ormuz II: 192, 197.  
 Orsini III: 495, 504.  
 Osborne, W. V. III: 567 f.  
 Osborne Urteil III: 567 f., 576.  
 Osney, Abtei II: 68.  
 Ostsee, Gebiet I: 160; II: 152, 161, 163, 165, 304; Handel II: 225.  
 Otago III b: 158.  
 Ottawa III b: 91, 120, 122.  
 Otto II., Kaiser I: 129.  
 Otto von Freising I: 130.  
 Oudh II: 351 f., 359.  
 Ouse II: 249, 426.  
 Overend and Gurney (Firma) III: 504.  
 Overstone, Lord (Samuel Jones Lloyd) III: 101, 503.  
 Owen, Robert III: 69, 152, 296, 302, 304 f., 320 f., 348—363, 365, 411, 415, 426, 429 f.  
 Owens Lehre von der Neuordnung der Gesellschaft III: 304, 348, 353, 359, 363.  
 Oxford I: 122, 163, 178, 197, 221, 227, 243, 249, 262, 287, 315, 317, 366; II: 68, 425, 442; III: 31, 73.  
 Oxford, Graf s. Harley.  
 Oxfordshire I: 122.  
 Oxus II: 190.
- P.**
- Paardekral III b: 199.  
 Pachtssystem I: 31, 36, 38, 40 ff., 346; II: 37, 245, 403 f., 406; III: 159, 225, 231 f., 258; III b: 8, 12 ff., 21—24, 26 f., 29, 31—40, 467 f.  
 Pachtung von Steuern I: 226, 241, 273, 376;  
 — von Zöllen I: 122, 200, 376.  
 Pachtzins I: 36, 346, II: 253, 260; III: 194; III b: 12 f., 14 f., 18 ff.  
 Pacific Kabelamt III b: 85.  
 Pacto del Assiento di Negros II: 309, 316.  
 Paine, Thomas III: 145 f., 154, 159, 223 f.  
 Paish, Sir George III: 220; III b: 2 ff.  
 Pakington, Sir John III b: 146 f., 162, 165.  
 Palgrave I: 88.  
 Pall Mall Gazette III: 633.  
 Palmer III: 254.  
 Palmer, Geoffrey II: 50, 239.  
 Palmerston, Lord II: 281; III: 157, 242, 402, 492—498, 504; III b: 77, 416.  
 Palmkerne III b: 247, 251.  
 Palmyra II: 185.  
 Panama, Panama-Kanal II: 168; III: 186.  
 Paniput II: 190.  
 Papenheim I: 168.  
 Papier, Papierfabrikation II: 334, 364; III: 97, 289, 497, 530, 532 f.  
 Papin III: 187.  
 Papineau, Louis Joseph III b: 96, 99, 114.  
 Papsttum I: 193, 203 f., 296; II: 78, 158, 277.  
 Paris II: 132, 170, 321; III: 100, 145, 187; III b: 89.  
 Parish and Districts Councils Act (1894) III: 515; III b: 36 f., 38, 39.  
 Parishes s. Kirchspiele.  
 Parkes, Henry III b: 166 f.  
 Parkes, Josias III b: 8.  
 Parlament.  
 Arbeitervertreter III: 455, 457;  
 Genehmigungsrecht für Bahnbau III: 169, 176;  
 Debatte über den Angriff gegen Dänemark (1807) II: 280 f.;  
 Finanzkontrolle I: 200, 213; II: 291; III: 78;  
 Steuerbewilligungsrecht I: 202, 211, 310 f., 336; II: 24, 27, 29, 31, 76 f., 87, 121;  
 von Gloucester I: 276 f.;



Parlament.

Grafschaftsvertreter im P. II: 245; III: 42, 162;  
 „gutes“ P. I: 211; II: 147;  
 „langes“ P. II: 123, 393;  
 Juden im P. III: 65;  
 Kampf mit dem Königtum II: 31;  
 Korruption II: 59, 244, 351; III: 141 ff.;  
 Mitglieder I: 201; II: 245; III: 42, 44, 52, 65, 141, 161, 501, 568 f.;  
 Reform von 1832 II: 239, 445; III: 60, 96, 98, 115, 130, 143—163, 204, 257, 301, 325, 366 f.;  
 Reform von 1867 III: 253, 257, 308, 495, 498 ff., 504 f.;  
 Reform von 1918, 1922, 1925 III: 510, 526.  
 Parnell, Sir Henry III: 95 f., 98, 503.  
 Partei der Freunde des Königs III: 142, 144.  
 Partei der Patrioten III: 382.  
 Partei, republikanische im Oranjestaat III b: 186.  
 Parzellenbetriebssystem (allotments) III b: 16 f., 32—39.  
 Paß, portugiesischer für Seehandel II: 192.  
 Passive Resistenz III: 573.  
 Paterson, William II: 290 f.  
 Patrimonium pauperum I: 389; III: 138.  
 Patrocinium s. Kommendation.  
 Paul, Lewis II: 381.  
 Paulus Diaconus I: 64.  
 Pauper (unterstützter Arbeiter) III: 120 f., 128;  
 Pavia II: 155.  
 Pech II: 304.  
 Peculium I: 40.  
 Peel, General III: 501.  
 — Robert I: II: 376 f.  
 — Sir Robert II. III: 50, 318 f., 320 f., 323.  
 — Sir Robert III. III: 50, 74, 88 f., 94, 97 f., 100 f., 156, 207 ff., 221, 323, 355 f., 391, 401—404, 491 ff., 501, 503, 506; III b: 42, 113, 146, 433.  
 Peels Act (1846) III: 136.  
 Peking III b: 378 ff.  
 Pelham II: 288; III: 63.

Pelze I: 60, 300, 302; II: 158, 289; III b: 88.  
 Penn, William III b: 143.  
 Penrose III: 416.  
 Pensionen, Gesetz üb. nationale (1908) III: 597.  
 Percival III: 316.  
 Perlen II: 193.  
 Perry III b: 398.  
 Persien II: 181, 190, 197, 199, 370; III b: 86, 339, 423 ff., 474.  
 Persischer Golf II: 192, 194.  
 Peru II: 167, 317.  
 Peruzzi (Geschlecht) I: 204, 300, 302; II: 158.  
 Pest (schwarzer Tod) I: 283 f., 285, 310, 331, 334, 392, II: 71, 132, 246; III: 310.  
 Pestalozzi III: 356.  
 Petapoli II: 199.  
 Peter der Große (von Rußland) III b: 331 f.  
 Peterborough I: 224.  
 Peterloo II: 247; III: 328; III b: 101.  
 Peters, Karl III b: 255.  
 Petersburg III b: 54, 101.  
 Petroleum III b: 348, 356, 424, 472—480.  
 Petty, Sir William II: 47 f., 236 f., 254, 261, 263, 276, 289; III: 23, 66.  
 Pfahlgraben I: 51.  
 Pfandleiher I: 376.  
 Pfarrei I: 162; II: 133, 137.  
 Pfeffer II: 192, 201, 202, 346.  
 Pfefferer I: 271.  
 Pferde I: 59, 230; II: 270, 423 f.; III: 170; III b: 19, 170, 217.  
 Pflanze, westindische II: 167; III: 106 f., 110, 115 f.  
 Pflegekindwesen I: 22 f.; III: 586, 592.  
 Philantropische Bewegung III: 105, 152, 311, 352, 356, 410.  
 Philip, John III b: 178 f.  
 Philipp II. von Spanien II: 84, 115, 157, 166, 167 ff., 182 ff., 193, 195, 301.  
 — V. von Spanien II: 10, 314.  
 — der Schöne, König von Spanien II: 153 f.  
 — August, König von Frankreich I: 193, 326, 368.  
 Philippinen II: 186, 192; III b: 170.

- Phillip, Kapitän (Gouverneur von Australien) III b: 129, 130 f.  
 Philosophen II: 56, 191; III: 569, 589.  
 Philosophie, Politische II: 235;  
 — des 18. Jahrhunderts III: 622.  
 Phipps, William II: 322.  
 Physiokraten II: 177; III: 28 ff., 32, 268.  
 Picard (Geschlecht) I: 310; II: 78; III b: 510.  
 Picardie II: 170.  
 Picten I: 26, 86.  
 Pietermaritzburg III b: 182.  
 Pindaris III b: 309.  
 Pinon, René III b: 516.  
 Pioniere v. Rochdale III: 411 ff.  
 Pipin von Heristal I: 80.  
 Pisa II: 159.  
 Pitt, William der Ältere (Lord Chatham) II: 309, 329 f., 333, 351, 354 f.; III: 74, 104, 141 f., 144, 335 f., 355, 357; III b: 221.  
 — William der Jüngere II: 36, 61, 291, 299, 335, 359, 443; III: 37, 72 ff., 108 ff., 113, 144 f., 203, 240, 293, 313, 490 f., 494, 506; III b: 35, 91, 176, 304 f.  
 Place, Francis III: 140, 161 f., 266 ff., 354.  
 Plantagenets I: 194 f., 302; II: 89, 121, 203, 290, 385.  
 Plassey II: 200, 349 f., 357.  
 Plat, Sir Hugh II: 395.  
 Plattes II: 395.  
 Plebiszit III: 502.  
 Plimsoll, Samuel III: 548 f.  
 Plinius I: 30, 51; II: 186.  
 Plug-plot s. Chartistenaustand.  
 Plutokratie I: 30.  
 Plymouth I: 294; II: 58, 169, 438; III: 637; III b: 109.  
 Poitiers II: 18.  
 Poitou II: 171.  
 Pole, Kardinal II: 4.  
 de la Pole (Geschlecht) I: 310, 352; II: 78, 245, 393; III b: 510 f.  
 de la Pole, Michael, Graf von Suffolk II: 78.  
 de la Pole, William, Herzog von Suffolk II: 78; III b: 510 f.  
 Polen III: 62, 63, 193.  
 Policat II: 199.  
 Political Register III: 150, 154, 160 f., 294.  
 „Politik für das Volk“ III: 417 f.  
 Politisches Gleichgewicht II: 11 ff.  
 Polizei I: 248, 251, 256, 299; III: 517, 527, 585 f., 618, 621, 634 f.; III b: 319.  
 Pollexfen, John II: 370 f.  
 Polo, Marco II: 368.  
 Pomponius Mela I: 50, 353, 364.  
 Pondicherry II: 348.  
 Pondos III b: 183.  
 Ponsonby II: 280 f.  
 Ponthieu I: 290; II: 170.  
 Poor Law Board (1847) III: 583.  
 Poor Man's Guardian III: 365.  
 Pope II: 327.  
 Porritt, Edward III b: 126.  
 Port Elisabeth III b: 194.  
 Port Jackson III b: 129, 131.  
 Port Lyttleton III b: 162.  
 Port Mahon II: 278, 314.  
 Port Phillip III b: 140, 160 f., 166.  
 Port Phillip Gesellschaft III b: 140 f.  
 Port Sunlight III: 630.  
 Portarlington III: 38.  
 Porter, George Richardson II: 430 f., 444.  
 Portgerefe I: 180 f., 183, 234.  
 Porto II: 169.  
 Portobello II: 407.  
 Portugal, Portugiesen II: 167, 185, 191 ff., 313 f.; III: 175; III b: 205, 240, 278;  
 Portugiesen II: 170, 173, 188, 191 ff., 196, 197, 199, 204, 300, 317, 348, 364; III: 60; III b: 174, 197, 374 f., 397.  
 Porzellan, chinesisches II: 186, 364.  
 Porzellanmanufaktur II: 366 f.; III: 47, 529.  
 Poseidonios I: 48 f.  
 Positivismus III: 551 f.  
 Possessor I: 64.  
 Postamts - Versicherungs - Fond für Krankenversicherung III: 610.  
 Postreform III: 97.  
 Postsparkasse III: 453, 601.  
 Potchefstroom III b: 182, 190.  
 Potgieter III b: 182.  
 Potteries s. Töpferei.  
 Poundage III: 541 f.

- Praepositus s. Schulze.  
 Praesident der Vereinigten Staaten III: 502 f.  
 Prasad III b: 436.  
 Precariae I: 153 f., 330.  
 Precarium (Beneficium) I: 71 ff., 114.  
 Preis II: 257, 442; III: 24 f., 83 f., 213, 444; III b: 13, 18, 42 f., 47, 53 f.;  
 Internationaler Ausgleich III: 282; III b: 5;  
 Festsetzungen I: 177, 247, 271 f., 284, 307, 332 f., 358 ff.; II: 95 f., 208; III: 305, 477, 485;  
 gerechter P. I: 349—360; III: 360 ff.;  
 Gesetzgebung I: 347, 357 f.; Grundp. II: 415; III: 174 f., 194, 628; III b: 6;  
 Landp. und Kolonisation III b: 72 ff., 136, 145, 157, 159;  
 Lehre I: 349—360; III: 35, 266, 360 ff.;  
 und Lohnhöhe III: 469, 471, 473, 475 ff., 576;  
 und Produktion III b: 6;  
 Senkungen II: 75, 202, 223; III b: 9, 11, 14;  
 Steigerungen I: 271 f., 360; II: 28, 91, 148, 194 f., 202, 207 ff., 223, 270, 322, 347; III: 88, 213, 299, 367, 576.  
 Premierminister III: 503 f., 511.  
 Prescott (Gouverneur v. Kanada) III b: 95.  
 Presse, Rechtslage III: 144, 367.  
 Preston II: 383, 421 f.; III: 305, 318; III b: 46.  
 Pretoria III b: 198, 202 f., 208 f., 213.  
 Pretorius, Familie III b: 175.  
 Pretorius, Andries III b: 181—190.  
 Pretorius, Marthinus Wessel III b: 190, 195.  
 Preußen II: 140; III: 75, 193.  
 Prévost, Antoine François III b: 89.  
 Price, Richard III: 75 f., 145.  
 Priestley III: 59, 145 f.  
 Primogenitur s. Erbfolge.  
 Prinz Edward-Island III b: 89, 100, 117, 119 f., 122, 125, 128.  
 Prinzipat I: 30.  
 Prisa I: 122, 195 f.  
 Prisengericht II: 226, 279, 280.  
 Private Act II: 404 f., 408, 410.  
 Privateigentum s. Eigentum.  
 Privilegien. Abgabe I: 244;  
 — Beschränkung II: 207, 269;  
 — deutscher Gewerbetreibender II: 258;  
 Handelsp. I: 316; II: 122, 189, 197, 203;  
 — Verkauf I: 191, 196, 200, 205, 208, 222 f., 263 f.; II: 18 f., 24—28, 117, 120 ff.;  
 — Wirtschaft I: 259—265, 317; II: 102, 114, 122 f., 216; III: 511;  
 — s. a. Bank von England, Bergbau, Freibrief, Gilde, Gerichtsbarkeit, Handelsgesellschaften, Hanse, Juden, Kaufleute, Kompanie, Korporation, Lizenz, London, Markt, Monopol, Prozeß, Rodung, Selbstverwaltung, Sklavenhandel, Sonderinteressen, Stadt, Stapel, Steuer-, Wolle, Zoll.  
 Produktion.  
 Anpassung an Bedarf III: 430;  
 Kapitalistische P. II: 16 ff.;  
 Konzentration III b: 6;  
 Kosten II: 47; III: 445 f., 469 f.;  
 Markt-P. I: 315; II: 17 f.;  
 Massenp. III: 47, 55;  
 Neuorganisation II: 382, 384 f.; III: 302;  
 und Preis III b: 6;  
 Verschiebung durch Weltwirtschaft III b: 5.  
 Produktionsmittel I: 13, 17; II: 16 f.; III: 419, 430; III b: 9;  
 Prokrowski, Professor III b: 436.  
 Proletariat I: 334.  
 „Protektion“ III b: 176.  
 Prothero, Rowland E. II: 86.  
 Protestantismus II: 113 f., 167, 212, 220, 224, 268, 311, 369; III: 10, 104, 115, 326, 335.  
 Provence, Graf von II: 284.  
 Provins II: 170.  
 Prozeßprivileg I: 226.  
 Prud'hommes III: 463.  
 Public Health Act (1848) III: 634.  
 Public mills II: 384.  
 Pulteney (Geschlecht) I: 310; II: 78; III b: 510.  
 Punjab II: 186.

Puritanismus II: 5 f., 123, 211 f.,  
230 ff., 303; III b: 509.  
Pyrenäische Halbinsel II: 165 ff.,  
173, 301; III: 82, 85.

## Q.

Quäker II: 329, 389, 390; III:  
105, 106, 115, 145, 206, 351,  
387, 588.  
Qualitätsprüfung I: 236, 246,  
356 ff.  
Quarta pauperum I: 389 f.; III:  
138.  
Quarterly Review III: 174, 410;  
III b: 46, 97, 98, 101, 103.  
Quebec II: 330; III b: 88, 89,  
91, 99, 108, 119, 120, 122,  
123, 128, 216.  
Quebec Acts (1774 u. 1791) III b:  
90 ff.  
Queensland III b: 130, 131, 166,  
168.  
Quesnay, François III: 28 ff.,  
32 f., 236.  
Quia emptores I: 326; II: 44, 58.  
Quindecima (assissum per con-  
silium fidelium nostrorum)  
I: 197 f., 199, 201.

## R.

Radcliffe III: 315.  
Radikale III: 143, 147, 352, 354,  
367, 493, 498; III b: 100 ff.,  
109.  
Raiffeisengenossenschaften III b:  
347.  
Rajput II: 189 f.  
Raleigh, Sir Walter II: 236,  
301 f.; III: 184.  
Ranke, Leopold von II: 218.  
Rapp III: 358.  
Rationalisierung II: 122 f., 382,  
384 f.; III: 302, 546 f.; III b:  
53, 471, 485 ff.  
Ratzinger, G. I: 390.  
Raub als Erwerbszweig I: 11,  
348.  
Raynal III: 105.  
Reade, John III b: 8.  
Reading I: 224.  
Reading, Lord III: 65; III b: 501.  
Real del Monte III: 92.  
Real estate III: 226 ff.  
Reaves, William Pember III b:  
171.

## Recht.

Feudales R. I: 129, 179 f. 215,  
334;  
Germanisches R. I: 392; II: 4;  
Gewohnheit u. Herkommen I:  
145, 148 f.; III b: 21 f.;  
Kanonisches R. I: 31, 72, 179,  
363;  
Römisches R. I: 350 f.; II: 4,  
131; III: 31;  
— s. a. Common Law, Gerichts-  
barkeit, Prozeß, Strafrecht,  
Zivilrecht.  
Rechtsgleichheit III: 60, 311.  
Rechtslehrer, klassische II: 46.  
Reckitt, Sir James III: 630.  
Recorder III: 518 f.  
Rectitudines singularum perso-  
narum I: 107, 113.  
Redefreiheit II: 25; III: 146.  
Redgrave (Fabrikinspektor) III:  
534.  
Red River III b: 124.  
Reeder Reederei II: 147 f., 225 f.;  
III: 61, 82, 547.  
Reeve s. Dorfschulze.  
Reformation I: 224, 357, 382,  
386; II: 5 f., 58, 125, 131;  
III: 139.  
Reformatory Schools III: 587.  
Reformpartei III: 146.  
Regiam majestatem I: 227.  
Regulated Company II: 141,  
174 ff., 184.  
Reichseinheitsbestrebungen III b:  
83 ff.  
Reichskammergericht, deutsches  
II: 285.  
Reichspolizeiordnungen Deutsch-  
lands (1497, 1498, 1500) II:  
131.  
Reichtum, Lehre von der Vertei-  
lung III b: 70.  
Reid, Sir George III b: 167.  
Reid, R. T. III b: 25.  
Reid, Stuart J. III b: 90.  
Reims I: 298; II: 170.  
Reis II: 306, 346; III b: 226,  
347 f.  
Reis, Philipp III b: 2.  
Reklameverbot der Gilden I: 247.  
Relevium I: 128, 136; II: 40.  
Reliefs I: 371.  
Religionsfreiheit II: 221.  
Religionsunterricht III: 590.  
Religionsverfolgungen II: 41,

- 113 f., 167, 303, 311, 363, 369.  
 Renaissance II: 22.  
 Rennie, John III: 50.  
 Renny-Tailyour III b: 279.  
 Renten I: 15 f., 23, 133, 139 f., 149, 328 ff., 334; III: 223, 225, 556 f.; — s. a. Grundrente.  
 Republik II: 28, 123, 213—225, 229, 393, 396; II: 43.  
 Reservearmee III: 275 f.  
 Restauration II: 46, 47, 51, 86, 124, 232 f., 237, 239, 271, 304, 308, 316, 394, 395, 397, 400, 433; III: 42, 118.  
 Retief, Pieter III b: 180 ff.  
 Reuter, Baron III b: 424.  
 Reval I: 298.  
 Revolutionen in Belgien III: 157.  
 Revolution, französische  
     von 1789 II: 36, 291, 299; III: 58, 110, 223, 238, 291;  
     von 1830 III: 96, 157;  
     von 1848 III: 375, 407, 416.  
 Revolution, glorreiche von 1689 II: 235 f., 239, 308, 316, 370, 394; III: 14, 18, 61, 141, 501, 511;  
 Rhätien I: 41.  
 Rheinland I: 27, 28, 160, 288, 358.  
 Rhodes, Cecil III b: 203—209, 276—293, 300.  
 Rhodesia III b: 85, 214, 219, 250, 276—292;  
     Nord-R. III b: 288—290;  
     Süd-R. III b: 284—288.  
 Ricardo, David III: 38 ff., 58, 197, 203, 217, 218, 243, 296, 356, 364, 441, 508, 556; III b: 43.  
 Riccardi von Lucca, Geschlecht I: 204.  
 Richard I. I: 108, 190 ff., 215, 222, 258, 298, 316, 356, 369 f., 371, 373; II: 146.  
 Richard II. I: 212 f., 223, 276, 278, 287, 301, 305, 314, 321, 339 ff.; II: 101, 115, 130, 140, 147, 161, 225; III: 547.  
 Richard III. I: 305; II: 20, 21, 39, 78, 159.  
 Richard von Cornwall I: 374.  
 Richard von Devizes I: 191, 216.  
 Richard Löwenherz I: 130; III b: 232, 509.  
 Richard, Bischof von London I: 190.  
 Richard de Malabestia I: 370.  
 Richelieu II: 227.  
 Richelieu Fluß III b: 88.  
 Richer of Reffham I: 264.  
 Richerzeche (sumum convivium) I: 183.  
 Richey, A. G. III b: 514.  
 Richmond, Herzog von II: 335 f.; III: 144.  
 Riebeck, Jan van III b: 174.  
 Riga II: 163.  
 Rintoul, R. S. III b: 76.  
 Rio de Janeiro III: 149.  
 Ripon, Lord s. Lord Goderich.  
 Ripon-Verordnung (1831) III b: 135 f.  
 Rist III: 570.  
 Ritter I: 80, 110, 127 ff., 131, 183, 189, 191; II: 26, 43, 47; III: 62.  
 Robert von Belesne I: 125.  
 Robert, Sohn des Lefstan I: 244, 256 f.  
 Roberts, Lord III b: 208, 335 f., 341.  
 Robertson II: 333.  
 Robinson III: 94, 95.  
 Rochdale III: 205, 253, 324, 411 ff.  
 Rochester I: 160, 337.  
 Rockefeller, John D. III b: 472.  
 Rodney (Admiral) II: 309.  
 Roe, Sir Thomas II: 199.  
 Roebuck, John III: 367; III b: 100.  
 Römer II: 185; III: 234;  
     Ackerbau I: 29 f.;  
     Beamte I: 27, 30, 35, 44, 64;  
     Bergbau I: 27; II: 257;  
     in Britannien I: 3 f., 25—48, 60, 363;  
     Bürgerrecht I: 27, 363.  
     Erbpachtssystem I: 31, 38;  
     Germanisierung I: 63 f.;  
     Gewerbebetrieb I: 27, 33 f.;  
     Handel I: 27;  
     Heerwesen I: 63 f.;  
     Juden als röm. Bürger I: 363;  
     Kaiser II: 184;  
     Landbesitzteilung II: 58;  
     Rekrutierung I: 39;  
     Sklaven I: 32—35, 38 ff., 44, 46 f.;  
     Straßen I: 27, 29;  
     Viehzuucht I: 28.  
 Roger II. von Sizilien II: 63.



- Roger von Salisbury I: 124, 190.  
 Rogers III: 379.  
 Rogers, James Edw. Thorold I: 334, 345.  
 Rohstoffe I: 314; II: 64 f., 120 f., 139, 267, 274, 277, 305 f.; III: 55, 95, 98, 203, 215; III b: 5, 53, 243.  
 Roggen II: 254, 273.  
 Roles d'Oleron II: 146.  
 Rollat, Sir Sidney III b: 497.  
 Rom I: 34, 58, 64.  
 Romilly (Jurist) III: 58.  
 Roscher, Wilhelm I: 285, 387 f., 392.  
 Rose III: 339.  
 Rosebery, Lord II: 60; III: 506, 508, 524; III b: 297.  
 Ross, Sir Ronald III b: 302 f., 356.  
 Rossi III: 270.  
 Rotes Meer II: 185.  
 Rothamstead III b: 9.  
 Rothschild, Haus III b: 230, 234 f., 237, 297.  
 Rothschild, Baron Lionel de III: 65.  
 Rotten Boroughs s. Wahlflecken, verrottete.  
 Rouen I: 290, 366; III: 428.  
 Rounds II: 407.  
 Rousseau, Jean Jacques III: 58, 105, 236, 502; III b: 417.  
 Rowntree, Joseph III: 630.  
 Rowton, Lord III: 643.  
 Royal Society II: 237; III: 240.  
 Rudd, Charles Dannel III b: 278 ff.  
 Rudolf von Fulda I: 87, 90.  
 Rübenbau II: 396.  
 Ruhrgebiet III b: 484.  
 Rumsteuer II: 332.  
 Runcorn II: 427.  
 Rundesystem s. Lohnzuschußsystem.  
 Rundköpfe II: 46, 47.  
 Runnymede I: 193.  
 Rupert, Prinz III b: 123.  
 Ruperts-Land III b: 120, 123 f.  
 Ruskin, John III: 640; III b: 204.  
 Russell, Lord John III: 161, 210, 367, 369 f., 380, 390, 402 ff., 491 ff., 497, 499; III b: 77 ff., 99 f., 112, 154, 156, 164, 166, 415.  
 Rußland I: 152; II: 174, 179; III: 55, 62, 75, 85, 214; III b: 10, 231 ff., 297, 310, 331—337, 390 ff., 403 f., 418 f., 420, 422 —437, 474.  
 Rutland, Herzog von s. Manner, Lord John.  
 Ruyter, Jan de II: 289.  
 Ryotwarsystem III b: 315 ff., 347.
- S.**
- Sabotage III: 572 f.  
 Sachsen (Land) II: 313, 368.  
 Sachsen (Volk) I: 86 ff., 91 f.; II: 58.  
 Saddler II: 366.  
 Sadler, Michael Thomas III: 301, 326 ff., 410.  
 Sägemühlen III: 485.  
 Sägeschleifer III: 452.  
 Säkularisation I: 73, 331, 346; II: 49, 68, 79, 83, 132, 286, 403; III: 139, 332.  
 St. Albans I: 334, 341, 343 f.  
 St. Bartholomew I: 230.  
 Saint Edmunds Bury I: 223, 229, 334, 343 ff., 366; II: 115, 252.  
 St. George II: 199.  
 St. Giles I: 229, 230.  
 St. Helens II: 427.  
 St. John II: 410.  
 St. Ives I: 230.  
 St. Omer I: 308.  
 St. Quentin I: 298.  
 St. Simon III: 383.  
 Saladinzehent I: 190.  
 Salisbury I: 121.  
 Salisbury, Lord III: 214, 504, 595, 633, 638; III b: 20, 24 f., 36, 82, 232 f., 283, 297, 334, 420.  
 Salisbury, Marquis von (Cecil, Lord Robert; Cranborne, Lord) III: 501, 639; III b: 47 ff., 56.  
 Salland II: 71, 80.  
 Salomoninseln, britische III b: 86.  
 Salpeter II: 346, 392; III b: 313.  
 Saltaire III: 385.  
 Saltus I: 37 ff., 46 ff., 85; — s. a. Domänen.  
 Salvianus I: 45.  
 Salz I: 199, 230, 296; II: 28 f., 258, 294, 326, 353 f., 391; III: 95; III b: 318, 348, 356 f.  
 Bergwerke I: 117; II: 427; III: 104;  
 Händler II: 109.

- Salzburger protestantische Auswanderer II: 311.
- Salwey, Richard II: 214.
- Salzwedel I: 298.
- Samoa III b: 86.
- Samos II: 365.
- Samuel, Sir Marcus III b: 477.
- San Domingo III: 111, 112; III b: 220.
- San Sebastian III: 120.
- San Stefano, Friede III b: 231 f.
- Sand River Convention (1852) III b: 187—193, 198.
- Sandy, Sir Edwin II: 177 ff., 246.
- Sanitäre Gesetzgebung III: 634 f.
- Sankey-Brook-Kanal II: 427 f.
- Sansibar III b: 86, 253—257.
- Saphir, Simon I: 292, 364.
- Sarawak III b: 86.
- Sarazenen I: 380.
- Saskatchewan, Provinz III b: 121 f., 125, 128.
- Satsuma III b: 400 f.
- Sattler, Sattlergewerbe I: 269, 271, 286; II: 96, 98, 424.
- Savoyen II: 275.
- Scarborough I: 198; II: 141.
- Schafe, Schafzucht I: 211; II: 66, 74 f., 80, 85, 90, 92, 94, 115, 129, 157, 211, 253, 256; III b: 11, 19, 131, 135, 140 f., 171, 217.
- Schadenersatzpflicht III: 565 t., 603.
- Schankberechtigung II: 246.
- Schatzamt I: 124 f., 260; II: 30, 78, 223, 292, 295; III: 616; Beamte I: 124 f., 189; II: 216; jüdisches I: 370 f., 374.
- Schatzgerichtshof I: 126, 188; III: 408.
- Schatzkanzler III: 100 f.
- Schatzwechsel II: 295, 299; III: 78, 495.
- Schecks III: 99, 101.
- Scheidemacher II: 96, 98;
- Scherer I: 285 f.; II: 63, 66, 95, 98, 116; III: 530, 532.
- Schichtwechselsystem III: 391, 402, 407 ff.
- Schiedsgerichtswesen II: 380; III: 451, 458, 463—479, 481 f., 487, 572; in Australien III b: 169; in Neuseeland III b: 172.
- Schießpulver II: 20.
- Schiff, Schiffe.
- Begünstigung britischer S. II: 90 f., 147 f., 150, 224 f., 273;
- Beschlagnahme britischer S. in spanischen Häfen II: 168;
- Dampf-S. III: 187 ff., 548 f.; III b: 6, 10, 349, 353;
- erste eiserne S. III: 186 f., 548;
- fremde S. I: 288; II: 147 f., 150, 171, 224 f.;
- Kontrollbefugnis des Handelsamtes III: 548;
- Jahres-S. II: 326;
- der englisch-ostindischen Kompanie II: 200, 202 ff., 308; III: 184;
- Neutrale S. II: 275, 279;
- Redbridge II: 344;
- Stellung der Seegrafschaften II: 145;
- Seetüchtigkeit III: 307, 548 f.;
- Britische S. im Sklavenhandel II: 308, 310; III: 114;
- Tonnengehalt II: 262; III: 549;
- Einzelne Typen III: 184 ff., 507;
- Übersversicherung III: 307.
- Schiffahrt II: 139—149;
- Abgaben I: 197; II: 147;
- Ämter III: 547;
- Akte (1489) II: 166;
- Aktiengesellschaften II: 121;
- Amerikanische III: 185 ff.;
- Beschränkung durch die bailivi I: 199;
- Binnen-S. II: 427 ff.;
- Küsten-S. II: 145, 149, 216;
- Einfluß d. Dieselmotors III b: 473 f.;
- Geleitsbrief I: 198;
- Gesetze II: 90 f., 146, 148 ff., 166; III: 548 f.;
- und Handelsrat II: 218.
- Holländische II: 156, 224; III: 184;
- Britische S.-Korporation III: 549;
- Monopole und Privilegien II: 122, 224 ff., III: 184;
- Neufundländische Fischerei u. engl. S. II: 301;
- Überlegenheit des Schiffs-transportes II: 425 f.;
- See-S. I: 197 ff., 288; II: 121, 145—150, 156, 175, 224, 226, 425 f.; III: 184—190; III b: 41;

- Schiffahrt.  
 Untersuchungskommission  
 (1875) III: 548;  
 Verschuldung I: 273 f.;  
 — s. a. Admiralität, Bureau Ve-  
 ritas, Flotte, Lloyds Register-  
 bureau, Marine, Reederei,  
 Seeleute, Seeherrschaft.
- Schiffbau II: 124, 149, 192, 261;  
 III: 184 ff., 485, 507; III b:  
 454, 481.
- Schiffbruch III: 548 f.
- Schiffsgeld II: 28.
- Schiffsladelinie III: 548 f.
- Schildgeld (scutagium) I: 189,  
 191, 193.
- Schildmacher I: 242.
- Schiller, Friedr. II: 387; III: 67.
- Schir Ali III b: 333 ff.
- Schlachters Neck III b: 178.
- Schlafkrankheit III b: 289.
- Schleswig I: 86, 87.
- Schlichtungswesen I: 283, 286;  
 III: 265, 463, 484 f., 488.
- Schlosserhandwerk III: 400.
- Schmiede I: 113, 242, 322 f., 336;  
 II: 257, 387 f.; III: 168, 435.
- Schmuggel II: 305, 309, 312, 326,  
 375; III: 13, 94.
- Schneider I: 265, 267, 271, 287;  
 II: 63, 97, 106, 109 f.; III:  
 289, 297, 303 f., 480.
- Schneidergewerbe II: 424; III:  
 418, 420 f., 479 f., 532.
- Schnittwarenhändler I: 271; II:  
 109, 141.
- Schnitzer II: 365.
- Scholastiker I: 351 ff.; III: 138.
- Schollenpflichtigkeit I: 42, 136,  
 143 f.
- Schonen am Sund II: 140, 161.
- Schotten I: 26, 86; II: 248, 308;  
 III: 104.
- Schottland I: 4, 19, 23 f., 98,  
 229; II: 26, 48, 51 ff., 110,  
 226, 231, 252, 298, 316, 319,  
 362, 416 f.; III: 48 t., 102,  
 109, 143, 152, 183, 223, 226,  
 230 ff., 251, 255, 320, 336,  
 393, 394, 408, 414, 427, 494,  
 516, 583 f., 587, 592, 599,  
 631; III b: 21.
- Schreiner (Ministerpräsident der  
 Kap-Kolonie) III b: 208.
- Schröder, Richard I: 95.
- Schuhmacher, Schuhmacherei I:  
 243, 270; II: 63, 97; III:  
 427, 532 — s. a. Corduaner.
- Schuldbücher I: 380 f., 384; II:  
 283.
- Schuldentilgung vom Erbe an  
 Fahrhabe III: 228.
- Schuldhaft I: 381.
- Schuldner I: 381; II: 42.
- Schulen, konfessionelle III: 590 t.;  
 III b: 120 ff.
- Schulpflicht, allgemeine III: 540,  
 588 ff.
- Schulwesen III: 320 f., 330, 585,  
 587—592; III b: 56; s. a.  
 Unterrichtswesen.
- Schulze, Dorf S. I: 101, 112,  
 150; Stadt S. I: 180 f., 225 f.  
 — s. a. Portgerefe.
- Schulze-Gaevernitz III: 386 f.
- Schutzbriele I: 291 f., 381.
- Schutzgilde s. Gilde.
- Schutz, Schutzpflicht I: 16 f., 77,  
 106, 109 ff., 119, 143, 170,  
 174 f., 235, 365, 367.
- Schutzzölle I: 291, 303; II: 151,  
 259, 370—377; III: 14, 18,  
 80, 88, 126, 188 f., 196, 208,  
 215, 219, 389, 496, 506, 559;  
 III b: 18, 26, 42—50, 53—60,  
 116, 351, 418, 441—460.
- Schweden (Land u. Volk) II:  
 140, 221, 225, 275; III: 75,  
 82.
- Schweine I: 36, 104; III b: 217.
- Schweiz III: 205, 356; III b:  
 218, 414.
- „Schweizer“ III b: 465.
- Scir I: 106.
- Scoten s. Schotten.
- Scott, Walter I: 90.
- Scott, William Robert II: 141,  
 176, 179, 182 f.
- scutagium s. Schildgeld.
- Seddon, Richard III b: 168.
- Seebohm, Frederic I: 95.
- Seeherrschaft Englands II: 146,  
 224—229, 277 ff., 304, 312,  
 314; III: 72; III b: 414 ff.,  
 433, 438, 474, 480.
- der Normannen II: 146.
- Seeland II: 113, 140.
- Seeleute II: 148 f.; III: 307 t.,  
 334, 547 ff., 561; III b: 319 f.
- Seeräuberei,  
 der Bretonen II: 148, 171;  
 der Sachsen I: 86;  
 der Türken II: 149;

- Seeräuberei.  
 Schutz gegen S. I: 302; II: 150, 154, 180, 192; III b: 320;  
 Englische S. I: 288; II: 150, 167, 171 f., 182 ff., 220, 325, 330.  
 Seerecht III b: 428.  
 Seerechtsdeklaration, Paris 1856 III b: 414 f.  
 Seide I: 303; II: 186, 201, 371 f.; III: 10, 94; III b: 313, 348, 380, 389, 404.  
 Seidenindustrie II: 63, 186, 274, 369—376, 382; III: 289, 330, 374 f., 392, 529; — s. a. Weber, Textilindustrie.  
 Seife I: 60; II: 28; III: 87, 219, 494.  
 Seifenasche II: 304.  
 Seile II: 304.  
 Seine III: 187.  
 Sektenwesen II: 232; III: 54.  
 Selborne, Lord III b: 211 f.  
 Selbstverwaltung,  
 in der Armenpflege III: 133;  
 Hilfskassen III: 340;  
 Gesetze III: 166, 634;  
 Gemeinden I: 151;  
 Unternehmende Kaufleute II: 40, 143;  
 Irland III b: 49 f., 59;  
 Kolonien III b: 75, 80, 111, 125, 160 f., 163, 214;  
 London I: 262; III: 511;  
 Verbot für Juden I: 366;  
 Städte I: 219 f., 222, 225, 254; III: 511 ff.;  
 Zünfte I: 255 f., 263 f., 268 t., 273, 278 f.;  
 Gilden I: 244.  
 Senat, römischer I: 30 f., 38.  
 Senchus Mor I: 14, 17, 23.  
 Senegambien II: 309.  
 Seneschal I: 149, 238.  
 Senior N. W. III: 40, 58, 69, 131, 133, 303, 329, 393, 531.  
 Senlac I: 118, 178.  
 Sephardim III: 60 f., 63 f.  
 Septimius Severus I: 26, 38.  
 Serbien III b: 434.  
 Sesam III b: 266.  
 Settled Land Act (1882) III: 259.  
 Severn II: 388, 389, 426, 429.  
 Sevilla II: 183, 301.  
 Seymour III b: 293.  
 Shaftesbury I: 160.  
 Shaftesbury, Lord s. Ashley, Lord.  
 Shakespeare, W. II: 55, 58, 229; III: 234.  
 Shanghai III b: 378 ff.  
 Sharp, Granville III: 106, 108, 117.  
 Shaw, G. Bernhard III: 515, 556.  
 Sheffield I: 246; II: 248, 388; III: 204, 452 f.  
 Shelburne III: 37.  
 Shelley, Percy B. III: 245.  
 Shepstone, Theophilus III b: 184, 198 f.  
 Sheridan, Richard B. II: 360; III: 108, 147, 266.  
 Sheriff I: 116, 120, 183, 188 f., 218, 224, 273, 285; III: 15, 44, 64, 511, 518.  
 Shieldhall III: 428.  
 Shippard, Sir Sidney III b: 279.  
 Shires I: 101; — s. a. Hundertschaftsversammlung.  
 Shop Stewards s. Vertrauensleute.  
 Shrewbury II: 111, 122.  
 Shropshire II: 86, 389; III: 398.  
 Shuster, W. Morgan III b: 426 f.  
 Siam II: 201; III b: 86.  
 Sibley (Sybyle), Walter I: 340, 344.  
 Sidmouth, Lord (Addington) III: 80, 150, 153 f., 155, 303, 352.  
 Siemens III b: 2.  
 Siena II: 158.  
 Sierra Leone II: 181; III b: 78.  
 Sigismund von Schweden und Polen II: 164.  
 Sikhs III b: 310, 316.  
 Silber I: 300, 355, 363; II: 154, 169, 182, 184, 191 f., 196, 206 f., 209, 290, 362, 385; III: 6, 60;  
 Ausfuhr I: 300, 355; II: 196, 209;  
 Bergbau II: 182, 362, 385.  
 Silberflottenberaubung II: 182.  
 Silbergeld I: 353.  
 Simon, Graf von Montfort I: 200, 201, 260 ff., 374, 377.  
 Simon, Helene III: 351, 357.  
 Simon, Sir John III b: 453.  
 Simonie I: 130; III: 230.  
 Simplicius, Papst I: 389.  
 Simpson, Sir George III b: 124.  
 Sinclair, Sir John II: 24, 29, 410, 412; III b: 16.  
 Sind II: 187; III b: 310.  
 Sinekuren II: 58 ff.; III: 149, 150, 230, 511 f.



Singapur III b: 405 f., 410.  
 Singh, Raja Chait. von Benares II: 359.  
 Sinowjeff-Brief III b: 455.  
 Sippen I: 8 f., 88 f., 167 f.  
 Sisal III b: 266.  
 Sismondi III: 270.  
 Sittenlosigkeit II: 230 ff., 271.  
 Six Acts III: 155, 303.  
 Sizilien I: 32, 119; II: 4, 63, 167, 368.  
 Skandinavien, Skandinavien II: 165, 289; III b: 17.  
 Sklaven.  
   Abgaben der S. I: 58;  
   Aufstände III: 111 f.;  
   Befreiung I: 40, 58, 108, 147; III: 60, 106, 116; III b: 176 t., 179, 222;  
   Bettler als S. II: 134 f., 303 307; III: 104;  
   Fremde als S. I: 21, 46, 57 f.;  
   Handwerker-S. I: 34;  
   Indianer als S. II: 311;  
   Iren als S. II: 303, 308; III: 104;  
   Kinder als S. II: 187 f.;  
   als Kriegsbeute II: 187;  
   Landbewirtschaftung I: 40;  
   Preis II: 308;  
   Schotten als S. II: 308; III: 104;  
   Transport, Notgesetz III: 109;  
   Verbot für Juden I: 366;  
   Züchtung III: 115 f.; III b: 222.  
 Sklavenhandel I: 363; II: 167, 169, 181 f., 188, 307—311, 316; III: 4, 104—116; III b: 77, 221 f., 228, 240 ff., 254, 375;  
 Sklaverei II: 306, 311, 439; III: 34, 103—117, 162; III b: 176, 209;  
   Abschaffung III: 97, 103—118, 162, 325; III b: 80 f., 164, 242, 301;  
   Anti-S.-Gesellschaften III: 105, 108, 115; III b: 285;  
   bei den Angelsachsen I: 106, 108, 113, 146 f.;  
   in den Burenrepubliken III b: 190 f.;  
   und Christentum II: 311 f.;  
   in der öffentlichen Meinung III: 108 f., 116;  
   Gesetzlichkeit III: 105 f.;  
   Entstehung I: 16, 57 f.;

Sklaverei.  
   bei den Germanen I: 59;  
   in Indien II: 187 f.; III: 104, 106 f., 110, 115 f.;  
   bei den Kelten I: 21 f., 24;  
   in den Kolonien II: 307; III: 104, 106, 112, 114; III b: 64, 220 ff., 321;  
   im Kongostaat III b: 240 t.;  
   bei den Römern I: 32 ff., 38 ff., 44, 46 f.;  
   in Westindien III b: 220 ff.  
 Slater, Gilbert II: 401, 413, 433.  
 Slums III: 524, 640, 646; — s. a. Wohnungswesen.  
 Small Agricultural Holdings Act (1892) III b: 25.  
 Small Holdings and Allotment Act (1907) III b: 26, 27, 39.  
 Smith, Adam I: 357; II: 128, 176 f., 308, 314, 333, 346, 419, 425 f., 440; III: 30—37, 57, 66 ff., 73, 87, 97, 156, 177 f., 216 f., 234 f., 237 f., 240, 242, 266—287, 310, 490, 492, 622; III b: 17, 43, 61 t.  
 Smith, Harry III b: 185.  
 Smith, John (Chronist) III: 11.  
 Smith, John (Kolonialsiedler) II: 302.  
 Smith, John of Deanston III b: 8.  
 Smith, Sidney III: 87 f.  
 Smith, Sir Thos. I: 345.  
 Smithfield II: 397.  
 Smuts, General III b: 212, 438.  
 Smyrna II: 369.  
 Snowden, Philip III: 577; III b: 453 f., 456.  
 Socage land (Socagium, Sochemannus) I: 127, 133 ff., 137 ff., 141 ff. 334; II: 43, 47.  
 Soda III b: 266.  
 Söldnerwesen I: 73, 86, 189; II: 18, 48, 146; III: 151; III b: 509.  
 Soest I: 298.  
 Soldsicherung II: 143.  
 Solvay Firth I: 26.  
 Somaliland III b: 237.  
 Sombart, Werner I: 379; II: 5, 18.  
 Some (Schiffsreeder) III b: 156.  
 Somerset I: 26.  
 Somerset (Negersklave) III: 106.  
 Somerset (Protektor) II: 66, 84 f., 134, 307; III: 332.



- Somerset, Lord Charles III b: 178.  
 Somersetshire II: 111, 119, 260.  
 Sondereigentum s. Eigentum.  
 Sonderinteressenpolitik II: 23,  
 122, 147, 153, 222, 242,  
 266 f., 274, 283, 372 ff., 408,  
 420, 431; III: 37, 107, 111,  
 120, 130, 142, 172, 178, 198,  
 245, 253, 288, 337, 512, 635.  
 Sordida munera I: 44.  
 Soubise, Prinz von III: 237.  
 South Australian Association  
 III b: 143.  
 Southampton I: 198, 235, 238,  
 274; II: 263.  
 Southey, Robert III: 352.  
 Southport III: 644.  
 Southwark III: 426.  
 Sozialdemokratie, deutsche III:  
 270.  
 Sozialisierung III: 255, 304; III b:  
 23.  
 Sozialismus III b: 243;  
 christlicher III: 415—431, 640;  
 englischer III: 347—362, 373,  
 555 ff., 559 f., 564, 575;  
 Katheders. III: 422;  
 Kommuns. III: 515;  
 in Australien III: 576;  
 in Neuseeland III b: 171.  
 Sozialreform III: 377 f.  
 Spalding II: 426.  
 Spanien, Spanier I: 26, 87, 363;  
 II: 32, 113 f., 154, 156, 165 ff.,  
 173, 182 f., 185, 192 f., 197 f.,  
 205, 212, 220, 224, 226,  
 275, 278, 300, 304, 309, 311,  
 314, 316, 325—330, 368; III:  
 81, 90 f., 104, 149, 156, 175;  
 III b: 221, 374, 397, 421 f.  
 Sparkassen III: 341 f.  
 Speenhamland II: 442.  
 Speenhamland Act of Parliament  
 II: 436, 442, 444 f.; III: 119.  
 Speenhamland-System II: 442 ff.;  
 III: 54, 119 f., 127, 266, 340,  
 612; — s. a. Lohnzuschuß-  
 system.  
 Speke III b: 268 f.  
 Spekulationen I: 366; II: 299,  
 318—324; III: 28, 90, 92 f.,  
 99 f., 149, 179 f., 194, 203 f.,  
 492, 628; III b: 50, 157.  
 Spence III: 146.  
 Spicer, Sir Albert III b: 168.  
 Spinner, Baumwoll- III: 305, 320,  
 472, 474, 551, 554, 563 f.  
 Spinnerei. Baumwolle II: 186,  
 375 ff., 379, 383; III: 313.  
 Wolle I: 321; II: 75, 95; III:  
 327.  
 Spirituosen III: 219, 507 f.  
 Spitalfield II: 375 f.; III: 95.  
 Spitzenmanufaktur II: 267, 364;  
 III: 400, 478, 480, 529, 532.  
 Spode II: 366.  
 Sprache.  
 keltische I: 26, 90;  
 lateinische I: 28.  
 romanische I: 65;  
 Amtss. in Kanada III b: 115;  
 Amtss. i. d. Kapkolonie III b:  
 178.  
 Squatting-System in Australien  
 III b: 135, 140, 146.  
 Staat.  
 Pflicht der Versorgung ar-  
 beitsunfähiger Armer III: 133;  
 — Bankrott II: 30, 289;  
 — Defizit III: 74, 97, 207, 495,  
 507;  
 — Dienst II: 58 ff., — s. a. Civil  
 Service;  
 — Einmischungen II: 237, 354 f.;  
 III: 32 f., 68 f., 205, 512,  
 529 ff., 547, 555, 600;  
 — Einnahmen I: 190, 213; II:  
 19, 35, 69; III: 85, 87; —  
 s. a. Kroneinnahmen;  
 — Kontrolle über d. engl.-ostind.  
 Kompanie II: 355 f.;  
 — Kredite III: 509; III b: 8,  
 23 f., 26, 39;  
 National-S. II: 8, 18; III: 6 f.;  
 Regelung der Produktion und  
 Güterverteilung im Krieg III:  
 483;  
 Britisches Reich III b: 7;  
 — Schatz I: 190;  
 — Kontrolle in der Tuchindu-  
 strie I: 316;  
 — Vertragslehre II: 234 ff.;  
 — Zuschüsse III: 166, 589 ff.,  
 619 ff., 635, 645—651; III b:  
 23 f.;  
 Staatsrat II: 213, 218.  
 Staatsschulden II: 296; III: 74,  
 490, 495, 507;  
 an d. Bank von England II:  
 291, 295—299; III: 78, 80,  
 92, 100;  
 Höhe II: 29, 34 f., 317; III:  
 75 f., 509;

## Spinner.

Konvertierung II: 321; III: 89;  
 an engl.-ostindische Kompanie II: 223, 316, 321;  
 Ablösung d. französ. S. durch d. Mississippigesellschaft II: 320 f.;  
 Übernahme durch die Südseegesellschaft II: 317 f., 321, 324 f.;  
 Tilgung II: 36, 316 f.; III: 495, 505; s. a. Tilgungsfonds;  
 Verwaltung durch die Bank von England II: 298 f.  
 Staatswirtschaft I: 187—214; II: 16—36, 150—172; III: 72—102, 490—525.  
 Stade II: 165.  
 Stadt, Städte I: 159—185, 215—231, 253—279;  
 Arbeiter-S. III: 384 f., 630;  
 Armenbeschäftigung II: 135 f., 265; III: 615;  
 gegen Bahnbau III: 175;  
 Bauwesen III: 628, 635, 638;  
 Beamte I: 27, 163 f., 180 f., 183, 225 f., 234, 254, 277; III: 511;  
 Befreiung I: 215—231; II: 26;  
 Bündnisse I: 298;  
 Bevölkerungsanteil II: 248;  
 als Domänen I: 178 f., 188, 239;  
 Entstehung I: 159 ff.;  
 Freibriefe I: 188, 221 f., 233, 254;  
 flandrische II: 113;  
 vlämische II: 152;  
 Gartenst. III: 643 f.;  
 Gerichtsbarkeit I: 223, 225 f., 230, 256;  
 Grafschafts-St. III: 516 f.;  
 Grundrente I: 163;  
 Kanalisation III: 627, 632, 634 f.;  
 Kleinmeisterschutz II: 118;  
 Lohnfestsetzungen II: 118, 127;  
 Mauern I: 27;  
 Münzverschlechterung I: 353;  
 Ordnungen III: 512 ff., 518 f.;  
 Patrizier II: 114;  
 Privilegien I: 125, 222 f., 226 ff.; II: 127, 145;  
 Räte III: 513 f., 631, 639;  
 Römische St. I: 27;

## Stadt.

Munizipales Schutzsystem III: 7;  
 Selbstverwaltung I: 219 f., 222, 225, 254; III: 511 ff.;  
 Steuerpachtung I: 226;  
 Straßen III: 627 f., 632, 634;  
 Truppen-Stellungspflicht I: 227;  
 Verfall I: 333;  
 Verfassungsänderung durch Karl II. II: 31;  
 Verkehrswesen III: 527;  
 Verwaltung I: 216 ff., 225, 240 f., 253, 255, 257 ff., 278, 303; II: 96; III: 288, 511 ff., 517 f., 522 f.;  
 Wahlrecht II: 24, 31; III: 500, 513 f.;  
 Wasserversorgung III: 627, 632 ff.  
 Munizipalisierung d. Wirtschaft II: 118 f.; III: 513 ff., 557;  
 Wohnungswesen III: 642 f.;  
 als Wirtschaftseinheit I: 291;  
 als Wirtschaftszentrum III b: 508;  
 als abgeschlossene Zollgebiete I: 290;  
 — s. a. Bürger, Markt, Stapelplatz.  
 Ständewesen als Gesellschaftsform des Mittelalters I: 351 ff.  
 Staffordshire II: 366, 429; III: 398, 475 f., 477, 529.  
 Stahl III: 383.  
 Stahlindustrie II: 390; III: 474; III b: 47 f., 457 ff., 481.  
 Stalhof I: 160 f., 299; II: 163 f.  
 Stallagium I: 229.  
 Stallbauten III: 213.  
 Stamford I: 221, 366.  
 Stamford, Grat II: 429.  
 Stammeswesen I: 7 ff., 14 f., 19, 21, 23 f., 50, 58.  
 Stamp, Sir Josias III b: 489 ff.  
 Standhill II: 381.  
 Standort I: 333; II: 111, 115; III: 313, 319 f.; III b: 6.  
 Stanhope, Graf II: 34.  
 Stanley III: 339.  
 — E. A. III: 639.  
 — H. M. III b: 228, 238 f., 269.  
 — Sir Thomas II: 210.  
 — Lord (Kolonialminister) III b: 75, 79, 143, 145 f., 156, 160.  
 Stapel I: 306—314; II: 152;

Stapel.

- Kaufleute I: 306—314, 381;  
II: 113, 119, 139 f., 143 f.,  
152 f.;
- Platz I: 197, 295, 306 ff., 313 f.,  
321; II: 153, 185;
- Waren I: 197, 306 ff., 312 ff.,  
321; II: 153.

Stapleton III: 336.

Statistical Abstract of the British  
Empire III b: 83.

Statistical Abstract for the United  
Kingdom III b: 83.

Statut von Berwick (English  
Gilds) I: 254.

Statut von Gloucester III b: 21.

Statut von Merten (1235) I: 156;  
II: 73, 403.

Statut von Southampton I: 238.

Statut von Westminster I: 156;  
II: 73.

Statute of uses (1535) II: 43 f.

Statuten von Gilden und Zünften  
I: 168, 172 ff., 261 f., 264,  
278, 282, 286; II: 105.

Statutes of Labourers (1351) I:  
284 f., 332 ff.

Statutes of the Realm I: 201,  
269, 378; II: 93.

Statutum de Iudaismo I: 376.

Stauer III: 561.

Steinbruch III: 604.

Steingut II: 365.

Steinmetze III: 305, 466.

Stellaland III b: 277.

Stempelabgaben II: 332 f.; III:  
95, 492.

Stempelgesetz (1765) II: 332 f.

Stephan, König von England I:  
125 f., 187, 189, 243, 353.

Stephen, Leslie III: 30.

Stephens, James III b: 142 f., 149,  
161, 179.

Stephenson, Georg III: 171, 173.

— Robert III: 173.

Sterblichkeitsziffer III: 515, 634.

Stern von Südafrika III b: 193.

Steuart, Sir James II: 48.

Steuer.

- Beamte I: 243, 336;
- Befreiung I: 198 f.; II: 288,  
297, 332 f.;

Besteuerung der Bergwerks-  
einnahmen der Grundeigen-  
tümer III: 508;

- Bewilligungsrecht I: 202, 211,

Steuer.

- 310 f., 336; II: 24, 27, 29,  
31, 76 f., 87, 121;

- Bezirke I: 37 f., 47;  
direkte II: 24, 28, 33; III:  
499;

- Druck I: 22, 44 f., 47, 141 f.,  
258 f., 273; III: 74, 491;  
III b: 174;

- Einschätzung I: 37 f.; II: 29;

- Erhebung I: 44, 102, 179, 241,  
273; II: 246; III: 74;

- Erhöhung II: 270; III: 495 f.,  
507 f.;

- Ertrag II: 69; III: 94 f., 98.  
499, 506 ff.;

Besteuerungsrecht des Grund-  
herrn I: 145, 163, 365;

Besteuerung der von Feudal-  
lasten befreiten Güter II: 30;

Haftung, solidarische I: 102,  
148;

Besteuerung der Handwerker  
I: 336;

in Indien III b: 306—308, 313,  
315—318, 346, 356 f.;

indirekte I: 313; II: 24, 27 f.,  
33; III: 499;

Besteuerung der Juden I: 365,  
367, 369, 371, 374, 376;

- Kataster I: 37, 42, 47, 121 ff.;

Besteuerungsrecht der Kirch-  
spiele III: 516;

Besteuerungsrecht des Königs  
I: 367, 374;

in den Kolonien III b: 264,  
270 f., 273;

- Maß II: 29;

- Minderung III: 14, 74, 491,  
505;

Besteuerungsrecht des Mutter-  
landes gegenüber Kolonien  
II: 332 ff.; III b: 79, 85;

- Pachtung I: 226, 241, 273,  
376; II: 289.

- Politik I: 192, 313, 371; II:  
27, 35, 45, 215; III: 77, 80,  
87 f., 557;

progressive III: 506 f.

- Rollen II: 190;

Besteuerung der Tagelöhner I:  
336;

- Veranlagung I: 148, 241, 273;

Verpfändung I: 311;

Warenbesteuerung im Spät-  
mittelalter II: 20 f.;

willkürliche I: 371;

## Steuer.

— s. a. Abgaben, Akzise, Auxilium, Danegeld, ἐπιβολή, Gebühren, Quindecima, Reliefs, Saladinzehent, Schiffsgeld, Tallages, Tallagium, Tolls.

## Steuern, einzelne.

Armenst. II: 135 ff., 265, 436, 441, 444; III: 119, 123, 125, 129, 313, 337, 340, 625.

Backsteinst. III: 492;

Bierst. II: 30; III: 96, 506;

Branntweinst. III: 94, 494, 506;

Einkommenst. I: 191; III: 79 ff., 86 f., 98, 208, 215 f., 491, 494 ff., 499, 505;

Erbschaftsst. I: 371; III: 494, 506 ff.; III b: 28;

Extragewinnst. III: 579 f.;

Fensterst. II: 33, 293; III: 148, 492;

Fleischst. II: 29;

Gemeindest. III: 631, 646;

Glasst. III: 98;

Grafschaftsst. III: 517;

Grundst. I: 45 ff., 125, 188, 191; II: 186, 190, 273 f., 334; III b: 307, 313, 315 ff., 346, 356 f.;

Hafenst. I: 197 ff.;

Hausst. II: 33, 293; III: 492, 494, 649;

Hausierst. II: 33;

Herdst. II: 30, 272;

Hopfenst. III: 494;

Kopfst. I: 336, 376; II: 22;

Landst. II: 34; III: 78;

Lederst. III: 96;

Malzst. III: 78, 87, 494, 506;

Mietwagenst. II: 33;

Munitionsst. III: 579;

Opiumst. III b: 318, 356;

Papierst. III: 97;

Personenverkehrsst. III: 178;

Rumst. II: 332;

Salzst. II: 29, 294; III: 95; III b: 318, 356 f.;

Seifenst. III: 87, 494;

Spirituosenst. III: 507 f.;

Stempelst. III: 492;

Tabakst. III: 507 f.;

Umsatzst. I: 163, 229, 335;

Verbrauchsst. II: 33; III: 81, 87;

Vermögensst. I: 190, 294; III: 494;

Steuer, auf versteigertes Eigentum III: 98;

Weinst. II: 20 f., 30, 159;

Wertzuwachsst. III: 507 f.; III b: 28;

Wollst. I: 209, 211, 313; II: 20 f.;

Zeitungsst. III: 97, 155 495;

Zuckerst. II: 332.

Stewart, Dugald III: 240, 242.

Steyn (Familie) III b: 175.

Steyn, Präsident III b: 216.

Stielmacher II: 96, 98.

Stiftungen, Konfiskation II: 23 f., 134.

Stockton III: 171.

Stodeye (Geschlecht) II: 78.

Stoiker III: 31.

Stoke II: 365.

Stokes, Henry III b: 242.

Stoletoff III b: 335.

Stourbridge I: 230.

Stow, John I: 337; II: 105, 245.

Strabo II: 367.

Sträflinge, Arbeit III b: 67 ff.;

Deportation III b: 67 ff., 186.

Strafrecht II: 247; III: 57 f.

Strafrollen der Grundherrschaft II: 74.

Straßen I: 27, 29, 163, 228; II:

249 ff., 268, 276, 366, 420—

424, 431 f.; III: 47, 164 ff.,

225, 517, 627 f., 632, 634;

III b: 20, 37 f., 130 f.;

Chausseegeld III: 164 ff.;

Turnpike-System II: 421 ff.;

III: 164 ff.

— s. a. Wege.

Straßenraub II: 248.

Strathfieldsaye II: 40.

Straußenfedern III b: 217.

Streik I: 286; II: 64; III: 266,

292 f., 299, 301, 367, 461 f.,

554, 571 f.;

im Baugewerbe III: 451 f., 462 f.;

der Baumwollspinner von Glasgow III: 305;

der Chartisten III: 371, 374 f., 432;

der Dockarbeiter III: 560—564; III b: 32;

Eisenindustrie III: 476;

Gewerkvereine gegen St. III: 450, 458;

des Nationalen Gewerkvereins III: 361;



- Streik.**  
 der Gasarbeiter III: 302;  
 Generalst. III: 302, 304, 371,  
 374 f., 432, 574 f.;  
 der Landarbeiter III: 553 f.;  
 in Kohlengruben II: 387; III:  
 472 ff., 480 ff., 578;  
 Maschinenindustrie III: 423,  
 426, 460, 578;  
 Schneiderst. III: 303 f.;  
 Syndikalistische Einstellung  
 III: 571 f., 574 f.;  
 Taff-Vale-Eisenbahn III: 566;  
 der Weber II: 380;  
 im Weltkrieg III: 578.
- Strieder, Jakob II:** 362.
- Strozzi (Geschlecht) I:** 352.
- Stuarts I:** 212; II: 19, 29, 41, 45,  
 47, 51, 87, 93, 119 f., 121,  
 128, 182, 198, 211 f., 220,  
 224 f., 229, 235, 246, 271 f.,  
 275, 283, 291, 307 f., 339,  
 342, 375, 393; III: 9, 12, 20,  
 42, 44, 61, 104, 111, 265, 511.
- Stubbs, Charles W. I:** 88, 93,  
 95, 98, 218, 256, 263, 303,  
 345; II: 115.
- Stumm, Freiherr von III:** 606 ff.
- Stumpe (Tuchmacher) II:** 68.
- Sturge, E. III b:** 222.
- Sturges Bourne's Act (1819) III:**  
 123 ff.
- Sturt, Kapitän III b:** 141.
- Suasso (Jude) III:** 62.
- Subsidien an Alliierte II:** 55 f.,  
 74, 77, 80 ff., 85 f.
- Subsidium I:** 213 f.
- Sudan III b:** 86, 229, 234.
- Sudbury, Erzbischof von Canter-  
 bury I:** 340, 344.
- Sueben I:** 48 ff., 61.
- Südkap III b:** 130.
- Südtirol I:** 5.
- Suezkanal III b:** 194, 228, 230,  
 349, 353.
- Suffolk I:** 337; II: 86, 90, 108,  
 254, 256; III: 340.
- Graf II: 154.
- Graf von, Herzog von s. de la  
 Pole.
- Suffragetten III:** 510, 537.
- Sulla I:** 29.
- Sully II:** 227.
- Sumatra II:** 194.
- Summum convivium s. Richer-  
 zeche.**
- Sund II:** 140, 161, 224.
- Suradsch-ed-Daulah, Nabob von  
 Bengalen II:** 349 f.
- Surat II:** 197, 199, 201, 340.
- Surinam II:** 317.
- Surrey I:** 337; II: 76; III: 150,  
 340.
- Sussex I:** 330, 337; II: 254, 388;  
 III: 158.
- Sutherland, Herzog von III:** 255.
- Swanland (Geschlecht) I:** 310;  
 II: 78; III b: 510.
- Swaziland III b:** 214.
- Sweating System III:** 418, 420,  
 479, 532, 558.
- Swellendamm III b:** 176.
- Swettenham, Sir F. III b:** 407.
- Swift, Jonathan II:** 271; III: 24.
- Sybyle, Walter s. Sibley.**
- Sydenham, Lord (Thompson  
 Poulett) III b:** 112.
- Sydney III b:** 68, 85, 154, 166.
- Sydney, Lord III b:** 129.
- Syndikalismus III:** 569—576.
- Syndizierungsverlangen d. Staates  
 III:** 483.
- Syrien II:** 185, 368; III b: 233.
- T.**
- Tabak, Tabakmanufaktur II:** 191,  
 302, 306; III: 219, 400, 507 f.,  
 533; III b: 217, 221, 226,  
 275, 290, 348, 356, 424.
- Taché, Etienne III b:** 122.
- Tacitus, Publius Cornelius I:** 5,  
 51 ff., 58 ff. 88, 159.
- Tadousac III b:** 88.
- Taff Vale Urteil III:** 566 f., 576.
- Tagelöhner I:** 34, 138, 146, 329,  
 336; II: 74.
- Tagore, Rabindranath III b:** 369 ff.
- Taine, Hippolyte II:** 230.
- Taiping III b:** 381, 384 f.
- Tallages I:** 371.
- Tallagium I:** 188, 191.
- Tallies II:** 295.
- Tanaist I:** 10.
- Tanger II:** 308.
- Tapeten III:** 530, 532.
- Tarifreformliga III b:** 57 ff.
- Tarry, Edward II:** 186.
- Taschner II:** 117.
- Tasmanien (Vandiemensland) II:**  
 194; III: 159, 561; III b: 64,  
 130, 131 f., 134, 140, 147,  
 164 f., 186.
- Tataren, Erbfolge I:** 10.
- Taube, Unterricht III:** 592.
- Taunton II:** 111.



- Taunton, Lord III: 175.  
 Tausch I: 13, 59f., 177.  
 Technik II: 35, 367, 377, 381 ff., 419; III: 47, 54f., 73, 85, 269, 281f., 286, 546, 612.  
 Tee II: 255, 334f., 346; III: 188, 219, 493, 506; III b: 217, 290, 348, 380.  
 Teer I: 300; II: 304.  
 Telegraph III b: 1, 6, 11.  
 Telephon III b: 2.  
 Telford, Thomas II: 431; III: 50, 165, 183.  
 Temple, William II: 236.  
 Temporary Regulation Act (1910) III: 486.  
 Tenants in fee simple II: 43.  
 Terlan I: 5.  
 Test Act III b: 90.  
 Testierfreiheit I: 97, 128; II: 40, 47, 53, 54; III: 229.  
 Teuerung II: 89, 436.  
 Teutonen I: 49.  
 Textilien II: 192, 267, 370f.; s. a. Baumwolle, Damast, Garn, Kammgarn, Leinen, Seide, Spitzen, Tuch, Wirkerei, Wolle.  
 Textilindustrie.  
   Arbeiterschutz III: 310, 330, 402f., 533;  
   Gewerkverein III: 301;  
   Arbeitsteilung II: 95, 380 ff.;  
   Erfindungen II: 381 ff.;  
   Fabrikbetriebe II: 384; III: 310;  
   Gesetzgebung II: 74, 106, 316;  
   Hausindustrie I: 268f.; II: 64f., 260, 377f., 379 ff.; III: 319;  
   Manufaktur II: 63 ff., 75, 90 f., 95, 260, 381; III: 400;  
   Konkurrenz der indischen T. II: 367—384;  
   Produktionssteigerung trotz Fabrikgesetzgebung III: 528f.;  
   Rationalisierung II: 382, 384f.;  
   Schutzzoll oder Freihandel II: 370—377;  
 — s. a. Appretur, Baumwoll-, Bleicherei, Färberei, Filzmacher, Kardierer, Nopper, Scherer, Spinner, Tuch-, Walker, Weber, Wirker, Woll-.  
 Textilmaschinen II: 367f., 377, 381 ff., III: 313, 528f.  
 Tewfik III b: 234—236, 294, 297.  
 Tewkesbury II: 19, 90.  
 Thaer, Albrecht II: 396.  
 Thane, Thanland I: 92, 105—111, 177, 181f., 221, 289; II: 145 — s. a. Gefolgschaft, Knights Gild.  
 Thanet, Insel I: 86.  
 Thegnas I: 106; — s. a. Gefolgschaft.  
 Themse II: 254, 289, 426.  
 Theodorus aus Tharsus I: 114.  
 Theodosius der Jüngere I: 44, 45.  
 Thibaw III b: 337f.  
 Thiers III: 502.  
 Things personal III: 225, 228f.  
 Things real III: 225f.  
 Thomas von Aquino I: 350 ff., 382f.  
 Thomas, P. J. II: 269.  
 Thompson, Frank III b: 278, 282.  
 Thompson, Henry II: 214.  
 Thompson, Maurice II: 214.  
 Thompson, Poulett s. Lord Sydenham.  
 Thompson, William III: 365.  
 Thorne, Robert II: 301.  
 Thorneycroft III: 476.  
 Thornton, William Thomas III: 252, 443 ff., 481; III b: 17.  
 Thüringer I: 91f.  
 Thugs III b: 319.  
 Thukydides II: 167.  
 Thurloe II: 217f.  
 Thurlow, Lord III: 109.  
 Tibet III b: 339, 393f.  
 Ticketsystem s. Lohnzuschußsystem.  
 „Tied cottage“ III b: 30.  
 Tien-te III b: 381.  
 Tientsin III b: 382 ff.  
 Tilak, Bal Gangadhar III b: 369f.  
 Tilgungsfonds für Staatsschuld II: 34f.; III: 75f., 88, 95, 505.  
 Tillet, Ben III: 560.  
 Times III: 253, 355, 410, 422, 531, 555; III b: 19, 82, 110.  
 Tippu III b: 308.  
 Tirpitz, Alfred von III b: 432.  
 Tischlerei I: 269; II: 96 ff., 124; III: 435f., 465, 473, 478.  
 Titelverkauf II: 27.  
 Tithings s. Zehentversammlung.  
 Todesstrafe III: 121f.

- Todmorden III: 314.  
 Töpferei II: 364, 365 ff., 423, 429 f., 432; III: 305, 400, 485, 529 f.  
 Tolls I: 229.  
 Tomlinson (Advokat) III: 303.  
 Tomlinson, Elisabeth II: 386.  
 Tonerde II: 365.  
 Tonga-Inseln III b: 86.  
 Tonge, William I: 340, 344.  
 Tooke, T. III: 73.  
 Torbay II: 271, 272.  
 Tordesillas II: 166, 185.  
 Torfbezugsrecht II: 70.  
 Tories II: 244, 268 f., 276, 291, 294, 314, 315, 318, 342, 345, 371; III: 9, 11, 12, 14, 15, 20, 23, 43, 44, 73, 88, 95, 96, 144, 155, 157, 161, 204, 210, 328, 367, 373, 382, 403, 410, 500; III b: 97, 101 f., 107, 112 f.  
 Toronto III b: 97, 99, 128.  
 Torrens-Gesetze III: 635 ff.  
 Torrens, Robert III: 41, 217; III b: 43, 73, 76.  
 Torrens, Wm. III: 639.  
 Torresstraße III b: 130.  
 Tortuga-Insel II: 326.  
 Totness I: 243.  
 Tours I: 389 f.  
 Tower I: 340 f.; II: 27, 57, 210.  
 Town Planning Acts III: 638, 644, 646.  
 Townsend, Joseph II: 439; III: 338, 621.  
 Townshend, Lord II: 396; III: 213.  
 Townshend, Schatzkanzler II: 334.  
 Township I: 114 f., 146; — s. a. Gemeinde.  
 Tractatus de mutatione monetarum (von Oresmius) I: 354.  
 Trade Disputes Act (1906) III: 567.  
 Trade Boards Act (1909, 1912, 1918) III: 479 f., 485 f., 562.  
 Trade Union Act (1913) III: 569.  
 Trades Council s. Gewerkvereinsräte.  
 Trafalgar III: 72, 113.  
 Tragga III b: 320 f.  
 Traill, James III: 131.  
 Transport II: 87, 249, 251 ff., 420, 426 ff., 430; III: 165 f., 168 f., 171, 177; III b: 10; — s. a. Fracht.  
 Transvaal III b: 78, 85, 181—218.  
 Treasury Agreement III: 483.  
 Treks III b: 176, 180 ff.  
 Trelawny, Edward John III: 244.  
 Trent I: 308; II: 141, 248, 249, 426, 427, 429.  
 Treuhändersystem in der Landwirtschaft II: 41 ff.; III b: 34 f.  
 Treupflicht d. engl. Untertanen III b: 182.  
 Trevelyan, George Macaulay II: 243, 281.  
 Trevestick, Richard III: 170.  
 Trinidad III b: 222, 226.  
 Trinity house II: 149.  
 Triple Assesment-Tax s. Steuern einzelne, Einkommensteuer.  
 Tripolis II: 368.  
 Troyes II: 170.  
 Truck Amendment Act (1887) III: 542.  
 Trucksystem, Verbot II: 108, 389; III: 54, 148 f., 276 f., 309 f., 398, 539, 541 f.  
 Trustees II: 41 ff.; III b: 34 f.  
 Trusts III b: 53 ff., 472 f.  
 Tryggveson, Olaf I: 112.  
 Tschoschui III b: 400 f.  
 Tuch II: 259; III: 7; Appretur II: 112, 118, 157; Ausfuhr I: 300 f., 313, 315, 320; II: 68 f., 112, 118, 157 f., 162, 259, 370; Einfuhr I: 296, 317 ff.; II: 69, 113, 153, 313; Handel, Händler I: 259 f., 267, 271, 275, 317; II: 20, 66, 69, 79, 109, 114, 119, 122, 152 f., 156, 205, 313; Manufaktur II: 64 ff., 75, 90 f., 95, 260, 381; Zoll I: 205; II: 69, 313.  
 Tuchhalle I: 317; II: 123.  
 Tuchindustrie I: 316 ff., 333; II: 21, 68 f., 74 f., 90 f., 115, 144, 152, 211, 259, 274, 374 f., 381, 392; III: 11, 47; Fremde Arbeiter I: 163, 274, 318 ff., 348 f.; II: 69, 156, 158, 363; Hausindustrie II: 64 f., 260, 377 f., 380 f.;

- Tuchindustrie.**  
 Entstehung d. kapitalistischen Betriebsform II: 118;  
 Gewinne II: 75;  
 Staatskontrolle I: 316;  
 Rohstoffausfuhr II: 267, 277;  
 flandrische I: 317;  
 niederländische II: 156, 158;  
 venetianische II: 160;  
 vlämische II: 144, 318;  
 — s. a. Baumwolle, Textilindustrie, Weberei, Wolle.  
**Tuchmacher** II: 63, 65 f., 75, 98, 106, 109 ff., 116 f., 119, 123, 260, 360; III: 289.  
**Tucker, Josias** III: 24, 25 ff., 107, 205; III b: 443, 504.  
**Tuckwell, Kanonikus** III b: 31.  
**Tudor, Haus** I: 303, 305, 354, 384; II: 19, 45, 78, 115, 123, 140, 162, 171, 235, 246, 261, 282, 393, 395, 400; III: 43, 511.  
**Türkei, Türken** II: 149, 185, 200; III b: 231 ff., 294, 339, 500 f.  
**Tungerefa** I: 163.  
**Tunis** III b: 233 ff.  
**Tunnel** III: 169, 171.  
**Tunstall** II: 365.  
**Tunstall, Bischof von Durham** II: 81.  
**Turenne** III: 11.  
**Turgot** II: 373; III: 32, 33, 267, 281; III b: 61.  
**Turner** II: 366, 395.  
**Turnpike Acts (1663, 1670, 1841)** II: 252; III: 165.  
**Turnpike System** s. Straßen.  
**Turton, Thomas** III b: 103.  
**Tusser** II: 395, 397.  
**Tweed** II: 372.  
**Twyford** II: 365.  
**Tyler, Wat** I: 276, 337 f., 341 f.  
**Tyndale** II: 80.  
**Tyne** I: 26; II: 387; III: 168.  
**Tyrannie** I: 123, 190; II: 23, 56, 235.  
**Tz'u Ann** III b: 385.  
**Tz'u Hsi** III b: 385.  
**U.**  
**Uganda** III b: 255—257, 266—276.  
**Uhrmacherei** II: 364, 390.  
**Ulster** I: 9.  
**Unabhängigkeit** III: 90 ff.; der Niederlande II: 224; der Vereinigten Staaten II: 335 f.; III: 37; III b: 61.  
**Unfallfürsorge** III: 54, 285, 539, 542, 544, 561, 602 ff.; III b: 351.  
**Unfreie** I: 6, 15 ff., 20 f., 40 ff., 57, 64 f., 69 f., 131 f., 135 f., 144 f., 149.  
**Union Duties** III: 95.  
**Union England-Schottland** II: 26, 316, 416 f.  
**Unionisten** III b: 58 ff.  
**Universalmonarchie** II: 263, 277, 289.  
**Universität. Glasgow** III: 238.  
 — **Oxford** III: 73.  
 — **Sorbonne** II: 132.  
**Universitäten, Güterkonfiskation** II: 23.  
**Universitätswahlrecht** III: 510.  
**Unterrichtswesen** III: 589—592; III b: 26; s. a. Schulwesen.  
**Unterstützungskassen für Landarbeiter** III: 337.  
**Unterstützungspflicht** I: 385 ff., 393; II: 130; III: 118, 332.  
**Unterstützungswesen** I: 385—393; II: 100 f., 125—138, 433—445; III: 126 ff., 582—625; der Freimaurer III: 335; Berufung im U. II: 437, 441; Gefangenen-U. III: 135; der Gesellenbruderschaft III: 332; der Juden III: 62; der Gewerkvereine III: 345 f., 432 ff., 450, 552, 562; Kosten des U. III: 624 f.; — s. a. Alters-, Arbeitslosen-, Armen-, Hilfskassen, Kranken-, Invaliden-, Hinterbliebenen-, Unfall-U.  
**Unwin, George** I: 207 f., 216, 225, 242, 257, 284; II: 121, 283.  
**Unterhaus** I: 212, 214, 258, 260 ff., 272, 282, 310 f., 377, 380; II: 25, 27, 31 f., 47, 59, 88 f., 103 f., 143, 147, 159, 163, 222, 242 f., 271 f., 288, 294, 315, 344 f., 357 f., 370 f., 393, 411; III: 15, 43, 86 f., 109 f., 112, 143, 166, 175, 178 f., 211, 249 f., 256, 261, 292, 305, 318, 321, 403 f., III b: 34, 59, 66, 69, 78, 161.  
**Unternehmer** II: 95—124; III: 311, 377—388; III b: 41;

Unternehmer.

— Gewinn III: 329, 445 f.; III b: 42;

— Verbände III: 444; III b: 52.

Unternehmung, kapitalistische II: 17 f.;

— private III: 167, 513 f.;

Überkapitalisation III b: 9.

Urban, Benjamin d' III b: 179.

Urbarien, Verbrennung I: 337.

Urbarmachung I: 68, 75, 99, 113, 133, 156; II: 435.

Ure III: 324.

Utilitarismus II: 244; III: 39, 57 f., 59 f., 66 f., 69, 115,

151 f., 155 f., 161 f., 242, 311 f.,

385, 634; III b: 101; — s. a.

Benthamiten.

Utrecht II: 162.

Utrecht (Südafrika) III b: 190.

V.

Vagabunden II: 303; III: 104, 135, 139, 612 f.

Vagrants Act (1824) III: 124.

Valenciennes II: 364.

Valens I: 44.

Valentinian I: 44.

Valois, Haus II: 78.

Vancouver Island III b: 123.

Vandiemensland s. Tasmanien.

Vane, Sir Harry II: 225, 229.

Vane, Sir Henry II: 214.

Vansittart II: 351.

Vansittart, Minister III: 84.

Vansittart, A. III: 416, 420.

Varro I: 33, 40.

Vasallen s. Lehnslleute.

Vasco da Gama II: 185; III b: 174, 197.

Vattel III b: 416.

Vechtkop III b: 181.

Venedig, Venetianer I: 297, 302 f.; II: 4, 158 ff., 167, 185.

Verburg III b: 174.

Vereinigte Staaten von Amerika II: 303, 304, 310, 335 ff.,

391; III: 37, 81, 91, 99, 150,

176, 185 ff., 435, 502 f., 569;

III b: 9 f., 19, 42 f., 47, 55,

99, 115 ff., 118 f., 143, 225,

240, 398, 414 f., 421, 438,

450 ff., 475 ff., 488.

Verfassung.

Aristokratie als Grundlage der engl. V. III: 247, 251, 253, 260 f.;

— Änderung III: 502 f.;

Verfassung.

— von 1688 II: 31;

— des britischen Reiches III b: 439 f.;

Französische V. III: 503;

— Gesetze II: 24, 29;

— Jamaikas III b: 223 f.;

— der englischen Kolonien II: 303;

— der Londoner Livery compa-  
nies II: 102;

— der Städte II: 31;

Konstitutionelle V. II: 29, 31;

— Streit I: 372;

Südafrikanische V. III b: 213 f.;

— der Vereinigten Staaten III:  
502 f.

Vergolder II: 96, 98.

Veritas, Bureau III: 549.

Verkehr.

Besteuerung II: 33; III: 178;

Beschränkung II: 421;

Binnen-V. II: 419—432; III:  
164—184;

— Freiheit III: 36;

— Gewerbe III: 485;

Güternv. II: 423, 425, 430;

Personenv. II: 423, 425; III:  
171, 178;

Einfluß auf den Handel II:  
87, 419 f., 423;

nach London II: 252 f., 256,  
423 ff.; III: 168, 171, 175;

— Mittel II: 423 ff., 430 f.; III:  
47, 183 f.;

Einfluß des V. auf die poli-  
tische Organisation III b: 6 f.;

Überlegenheit des Wasserv.  
II: 425 f.;

Prüfung durch d. Wirtschafts-  
rat II: 215;

— s. a. Bahn, Fracht, Kanal,  
Schifffahrt, Straßen, Welt-  
verkehr.

Verkehrswesen II: 432; III: 47,  
164—190, 512; III b: 1—7, 10;

in Australien III b: 170;

in Indien II: 189; III b: 10,  
321 f., 341, 343 f., 357;

von London III: 523 f.;

Städtisches V. III: 527;

in den Vereinigten Staaten  
III b: 118.

Verona III: 91.

Versammlung.

Öffentl. Demonstrationsv. III:  
103, 154 f., 224, 327 f., 354 f.,

374 f., 500, 559 f.;

## Versammlung.

- Recht III: 560;
- Verbote III: 147 f., 369.

Versicherungswesen II: 391; III: 280, 284, 338, 507 f., 568, 583, 601, 624 f.;

- s. a. Altersv., Arbeiterv., Arbeitslosenv., Armenv. Hilfskassenv., Hinterbliebenenv., Invaliditätstv., Krankenv., Mutterschaftsv., Schiffsv.

Verstaatlichung III: 557.

Vertrag, deutsch-englischer über Ostafrika (1890) III b: 255.

— England-Frankreich (1904)

III b: 421 ff.;

— England-Rußland (1907) III b: 423, 425.

— von Waitangi (1840) III b: 155.

Vertragssystem. Entstehung II: 17.

Vertrauensleute III: 578.

Verwaltungsreformen III: 511 ff., 526 f., 635; III b: 36 ff.

Verwandschaft I: 7 f., 21, 115, 134.

Vespasian I: 363.

Veteranenansiedlung I: 30, 43.

Vici I: 34.

Victoria (Australien) III b: 130, 161, 165 f., 167.

Victoria (Nordamerika) III b: 123.

Victoria, Königin II: 337; III: 101 f., 136 f., 257, 259, 344,

367, 453, 455, 479, 547, 599,

601, 603, 631 f., 635, 637;

III b: 20, 22 ff., 29, 35 f., 55,

81, 100, 109, 111, 113, 119 f.,

147, 161, 327, 331, 334, 383.

Vicus I: 36, 62.

Vieh I: 12 f., 49, 180, 335; II: 270; III: 213; III b: 11, 13,

19, 116, 170, 217, 275;

als erstes Kapitel I: 17;

Sondereigentum I: 13, 17;

als Tausch- u. Zahlungsmittel I: 13, 59.

Viehleihe I: 14—17, 21, 24; III b: 506.

Viehzucht I: 74, 104; II: 72 f., 253, 255, 396 f., 402; III:

212 f.; III b: 9, 15, 18, 171,

289;

der Germanen I: 51 f.;

Herdbuch-V. III b: 19;

der Kelten I: 11—17, 20, 25;

der Römer I: 28;

Stallfütterung III: 213;

## Viehzucht.

der Sueben I: 49;

Zuchtwahl III: 213;

der Zulukaffern I: 12.

Villa I: 34 f.

Villains-socmen I: 143; — s. a. Socagium.

Villani I: 142; — s. a. Hörige.

Villicus I: 35.

De Villiers (Familie) III b: 175.

De Villiers, Sir Henry III b: 216.

Vincent, Sir Edgar III b: 295 f.

Vinogradoff, Paul I: 47 f., 89, 92, 93, 95, 105, 178.

Viollet I: 95.

Virgata I: 102.

Virginien II: 302 f., 308.

Vlamen I: 274, 277, 297, 310, 311, 318 f., 342, 354, 366;

II: 154, 363.

Völkerbund III b: 350.

Volkland s. Land.

Volksbildung III: 448.

Volkseinkommen II: 240 f., 250, 260; III b: 489 ff.

Volksgerichtsbarkeit I: 115 f.

Volksparlament s. Konvent, nationaler.

Volkssouveränität III: 156, 382.

Volkvermögen II: 76 f., 205, 239, 259, 261, 309, 340, 361, 367,

393, 433; III: 55, 107, 215 f.,

219 f., 254; III b: 2, 41, 44 f.

Volksversammlung d. Germanen I: 62 f.

Volkswirtschaftslehre s. Wissenschaft, nationalökonomische.

Voltaire III: 4, 236.

Vorkaufsrecht des Königs I: 122, 195 f., 273; II: 192.

Vorkaufsverbot I: 356 f.

Vormundschaft I: 96, 131 f., 134, 323, 326; II: 28, 30, 40.

## W.

Wachs II: 162.

Waddington III b: 233.

Währung, indische III b: 355; japanische III b: 399.

Waffen I: 199, 294, 369; II: 191.

Waganda III b: 274.

Wage I: 198.

Wagenaar III b: 175.

Wagenbau III: 485.

Wagener, Hermann III: 581.

Wahlflecken, verrottete II: 32, 243, 347; III: 141 f., 144,

157, 161.



- Wahlrecht** II: 24, 44 f., 245, 332 f., 393; III: 44, 64, 144, 146, 154, 162, 253, 286, 301, 325, 366 ff., 499 ff., 509 f., 513 f., 517, 539, 616; III b: 18, 36.  
**Wairaa** Distrikt III b: 157.  
**Wakefield** II: 249.  
**Wakefield, Arthur** (Kapitän) III b: 157.  
**Wakefield, Edward Gibbon** III b: 65—77, 102—105, 110, 133 f., 136 ff., 141—163, 277.  
**Wakefield, Jerningham** III b: 151.  
**Wakefield, William** (Oberst) III b: 151, 154, 155.  
**Wald** I: 53, 55, 69, 98, 105, 156; II: 72 f., 387 f.  
**Wales** I: 4, 7 ff., 10 f., 19, 23 f., 26, 309; II: 53, 231, 239, 248, 372, 388, 401, 415, 417, 433; III: 48 f., 93, 102, 143, 159, 166, 183, 226, 255, 335, 340 f., 348, 371, 393 f., 398, 429, 516, 566, 578, 584, 586 f., 596; III b: 12, 20, 25.  
**Walfischgrund** II: 181.  
**Walker** I: 254, 267; II: 63, 66, 95, 98, 116; III: 289.  
**Walker, Sir Edmund** III b: 128.  
**Walker, Francis** III b: 48.  
**Walkererde** I: 318; II: 211.  
**Walkmühlen** I: 245.  
**Wallace, Sir Donald Mackenzie** III b: 29.  
**Wallas, Graham** III: 353.  
**Wallonen** II: 113.  
**Walpole, Horace** II: 60, 328, 355; III: 234.  
**Walpole, Sir Robert** II: 34, 59, 232, 271, 288, 298, 318, 322, 324 f., 326, 396; III: 11, 63, 74, 141.  
**Walsh (Chirurg)** III: 632.  
**Walsham, Wm.** III: 639.  
**Walter of Henley** I: 329; III b: 508.  
**Waltham** I: 343.  
**Walworth, Mayor von London** I: 338, 347 f.  
**Wandsworth** III: 170.  
**Wapentake** s. Hundert.  
**Warbeck, Perkin** II: 153.  
**Ward** III b: 384 f.  
**Wareham** I: 160.  
**Waren, Abgaben** II: 20 f.; Mittelmeer- II: 158; Orientalische I: 303, 363; II: 158, 185, 200, 346;  
**Waren.**  
 Strafen bei schlechter Qualität I: 236, 357 ff.; Vertretbare- III: 478; III b: 5, 53;  
 — s. a. Stapel.  
**Warren, Sir Charles** III b: 204.  
**Warrington** II: 427.  
**Warwick, Graf** I: 214.  
**Warwick, Lord** II: 182, 307.  
**Warwickshire** II: 86, 249; III: 340, 553; III b: 31.  
**Washington** III b: 119.  
**Wasser, Gemeineigentum** I: 69, 98; Kraft II: 378, 383, 388; III: 313; III b: 227; Versorgung II: 392; III: 513 f., 627, 632 ff.; III b: 37 f.  
**Waterboer** III b: 185, 195 f.  
**Waterloo** II: 279.  
**Watson** III b: 2.  
**Watt, James** II: 384, 390; III: 32, 50; III b: 349.  
**Wear** II: 387.  
**Weatly, John** III: 646 f., 649.  
**Weavers, alien** s. Gilde der fremden Weber in London.  
**Webb, Beatrice** III: 413.  
**Webb, Ehepaar, Sidney u. Beatrice** III: 134, 290, 296, 448, 481, 515, 556 f.  
**Weber, Max** II: 5 f.  
**Weber, Wilhelm** III b: 1.  
**Weber.**  
 Aufstände II: 375; III: 95, 324 f.; Brabanter I: 348 f.; gegen Baumwollindustrie II: 375 f.; Baumwoll-W. II: 368 f., 376; III: 474; Damast-W. II: 119; Flandrische W. II: 363; Flanell-W. III: 411 f., 429; Französische W. II: 363; fremde W. I: 319 f.; Gesetz (1555) II: 115; Gewerbeferien I: 246; Gewerbevertretung II: 123; Gilden I: 243 f., 246, 256 f., 259 f., 268 f., 282, 286, 315, 319 f.; II: 66, s. a. Gilden; gegen Handelsprivilegien I: 316; II: 122; gegen Engl.-Ostind. Kompanie II: 371 ff.;

**Weber.**

- landwirtschaftliche Tätigkeit der W. I: 267; II: 379, 382;  
Löhne II: 380, 382;  
von London I: 246, 319;  
Niederländische W. I: 318 f.; II: 156, 158;  
von Norwich I: 163, 320 f.;  
Petitionen II: 369 f.;  
Seiden-W. II: 369 f.; III: 95;  
Stadtbürgerrechtsbeschränkung I: 254;  
Urkunde I: 260;  
Niederlassung vlämischer W. I: 318, 274; II: 363.  
**Weberei** I: 316 ff., 321; II: 95, 381 ff.;  
Entstehung des modernen Arbeiters in der W. II: 382;  
Arbeitsteilung II: 95, 382;  
Baumwoll-W. II: 368, 375 ff., 379;  
von Florenz II: 63;  
Hausindustrie I: 268 f.; II: 64 f., 379 f.; III: 319;  
indische II: 186;  
Entstehung der kapitalistischen Betriebsform in der W. II: 63 ff., 98, 118 f.;  
Kinderarbeit II: 379; III: 319;  
Manufakturen II: 64 ff.;  
Seiden-W. II: 381; III: 47, 215.  
**Weberkarde** I: 318.  
**Wechsel** I: 230; III: 93, 99;  
Diskontierung II: 287; III: 78, 100;  
Kurs II: 11, 144, 207, 215, 292; III: 14, 73, 77 ff., 80 f., 83 f., 86, 88, 92, 100.  
**Weddell, Kapitän** III b: 375 f.  
**Wedgwood, Josias** II: 366, 429 f.  
**Wedgwood, Thomas** II: 365.  
**Wedgwood, J. und Söhne** III: 529.

**Weekwork** I: 153, 330.

**Weenen** III b: 182.

**Wegebaupflicht** I: 76.

**Wegerechte** III b: 37 f.

**Weggebühren** II: 252, 421.

**Wehrpflicht, allgemeine** III: 578.

**Weide** I: 11, 17, 46, 48 f., 53, 55, 98; II: 72 ff., 80, 85, 92, 129, 256, 402; III b: 13 f.;  
Gemeineigentum I: 53, 69, 98; II: 72 f., 397, 403, 411;  
Lizenz in Australien III b: 135, 140, 146;

**Weide.**

- **Recht** I: 155; II: 70, 72, 256, 397, 407;  
Wirtschaft III b: 18.  
**Wein, Händler** I: 271; II: 109;  
Handel I: 296, 303, 312, 358 f.; II: 28, 148 f., 171, 255, 269, 313 f.; III: 10, 219; III: 217;  
Steuer II: 20, 30, 159;  
Zoll I: 205; II: 159, 269, 313 f.; III: 97, 219.  
**Weizen** II: 255, 273, 414, 442; III: 86, 485; III b: 10 f., 19, 47, 348, 353.  
**Wellesley, Lord** III b: 314.  
**Wellington (Neuseeland)** III b: 154.  
**Wellington, Herzog von** II: 61; III: 91, 95, 96, 120, 157 f., 161 f., 178 f., 210 f.; III b: 112, 143, 148, 376.  
**Weltausstellung von 1851** III: 492.  
**Welthandel** II: 140, 166, 173—205; III: 16, 55, 282; III b: 1—7.  
**Weltmacht Englands** II: 140; III b: 85, 512 f., 519 ff.  
**Weltverkehr** III: 56.  
**Weltwirtschaft** III b: 1—7.  
**Wemyss, (Oberst)** III: 370.  
**Wendlingburgh (Geschlecht)** I: 310; II: 78; III b: 510.  
**Wergeld** I: 7, 13, 15, 16, 17, 20, 21, 24, 56, 89, 90, 107, 110, 166, 170, 172, 175.  
**Werkstättengesetz** III: 534.  
**Wert** I: 350 ff.  
**Wertzuwachs, unverdienter** III: 556 f.  
**Wesley, John** II: 432; III: 105; III b: 184.  
**Wessex** I: 353.  
**West, Sir Edward** III: 39.  
**Westfalen** I: 298.  
**Westindien** II: 167, 169, 220, 303, 325, 332, 369; III: 91, 104, 106 f., 110, 112, 115 f., 184 f., 326 f.; III b: 79, 81, 145, 176, 219—227.  
**Westminster** I: 118, 156, 260, 276, 285; II: 245, 246; III: 143, 302.  
**Westminster Review** III: 155, 247, 264; III b: 123, 221.  
**Westmoreland** I: 26; II: 388; III: 142.  
**Weston, Sir Richard** II: 396.

- Wettbewerb**, freier II: 67 ff.  
**Whealy Act** (1924) III: 647 ff.  
**Wheeler**, J. A. I: 306; II: 140.  
**Whigs** II: 244, 268, 275 f., 291, 294, 297, 315, 318, 342 f., 355, 360, 370, 375; III: 9 ff., 14 f., 17 ff., 20, 22, 73, 96 f., 115, 144 ff., 153, 155 f., 160 f., 204, 207, 210 f., 296, 303, 328, 371, 373, 382, 391 f., 401, 422, 424, 491 f., 494, 500; III b: 101 f.  
**Whitbread** II: 443.  
**Whitby** I: 198.  
**Whitehall** II: 25.  
**Whitley Councils** III: 484 f., 488.  
**Whitlock** II: 46.  
**Whittington**, Richard I: 352.  
**Wien** II: 130; III b: 42.  
**Wiesen** I: 155 f.; II: 396.  
**Wigan** II: 421 f.  
**Wight**, Insel II: 84, 86.  
**Wihträd**, König v. Kent I: 103 f.  
**Wikingerfahrten** I: 289; II: 145, 167.  
**Wilberforce**, W. III: 108 f., 110 f., 113, 115, 117, 293 f., 339 f.  
**Wildern** II: 247; III: 263 f.  
**Wildschaden** III b: 23.  
**Wilhelm I.**, der Eroberer I: 85, 97, 118 ff., 178, 182, 189, 197, 234, 240, 353, 356; II: 18, 64; III b: 509.  
**Wilhelm II.**, Rufus I: 120, 123 f., 182, 240, 367.  
**Wilhelm III** von Oranien I: 187, 212, 291, 294; II: 13, 19, 26, 31, 33 f., 66, 263 f., 271—279, 283, 288 ff., 291 ff., 295, 312, 314, 394, 436; III: 11, 14, 20, 45, 62, 191 f.,  
**Wilhelm IV.** III: 96, 100, 136, 158, 161 f., 249, 307, 344, 512, 547; III b: 34, 100.  
**Wilhelm II.** von Holland II: 224.  
**Wilhelm II.**, Deutscher Kaiser III b: 404, 418 f., 433 ff., 474.  
**Wilkes**, John III: 143.  
**Wilkinson**, John II: 390; III: 186, 337.  
**Williams** III: 559.  
**Willoughby**, Lord II: 305.  
**Wilson**, Chirurg III: 322.  
**Wilson**, Havelock III: 563.  
**Wilson**, Sir Rivers III b: 234.  
**Wilson**, Woodrow III b: 475.  
**Wiltshire** I: 26; II: 86, 119, 260, 439; III: 158, 159.  
**Winchcombe**, John II: 66 f., 79, 97.  
**Winchester** I: 160, 221, 222, 233, 254, 308, 309; III: 598.  
**Winchestermaß** II: 273, 414.  
**Windham** III: 111.  
**Windsor** I: 262; III b: 109.  
**Windsor** (Neusüd Wales) III b: 68.  
**Wipperf** I: 354; II: 287, 290; s. a. Münzverschlechterung.  
**Wirkerei**, Wirker II: 63, 105, 158, 381; III: 47, 121, 400, 464 f., 478, 485, 532.  
**Wirt** III b: 30.  
**Wirtschaftlichkeitsprinzip** III: 56 f.  
**Wirtschaftseinheit**.  
     **Gemeinsame Ackerbestellung**  
         I: 19;  
         bei den Angelsachsen I: 88 f.;  
         Auflösung d. älteren W. I: 346; II: 3 ff.; III: 34, 67, 234, 250, 261 f.;  
         Bauern als W. I: 346;  
         Familie als W. III: 250;  
         Fortentwicklung I: 166 ff., 347 ff.; III b: 505 ff.;  
         Frau als selbständige W. III: 262;  
         Beziehungen zu fremden W. I: 23;  
         Stellung der Fremden in der W. I: 348 f.;  
         der Gefolgschaft I: 62, 106;  
         bei den Germanen I: 23, 50;  
         Gilde als W. d. Handwerker I: 245 ff.;  
         Gilde als W. d. Kaufleute I: 165, 235 f., 291; III: 332;  
         Großfamilie als W. I: 6, 23, 54 ff., 166 f., 385 ff.; III: 228; III b: 505;  
         Grundherrschaft als W. I: 78, 142 f., 346;  
         Hausgemeinschaft als W. I: 96, 166 f.; III: 226 f., 249 f.; III b: 505 f., 515;  
         Hausgenossenschaft als W. I: 109 f.;  
         Hida als W. I: 92;  
         Hörige als W. I: 145;  
         Individuen als W. II: 100; III: 223—262; III b: 510;  
         bei den Iren I: 7 f.;  
         bei den Kelten I: 6 f., 11, 23;  
         Konkurrenz d. W. III: 100;  
         Stadt als W. I: 291;  
         Unterstützungspflicht der W. I: 385 ff.;

## Wirtschaftseinheit.

in Wales I: 8, 19;

Zunft als W. II: 99.

Wirtschaftsfreiheit III: 56 f., 70.

Wirtschaftsrat der Kaufleute I: 311.

— des 17. Jahrhunderts II: 213—218, 267, 304, 370.

Wirtschaftsrevolution II: 365, 418; III: 47 f., 55, 266, 269, 281, 312, 338, 377 f., 488, 511, 518, 621, 626 f.

Wisbeach II: 426.

Wisby I: 298.

## Wissenschaft.

Nationalökonomische W. II:

233 ff.; III: 3—41, 56 f.,

203, 311, 385, 557, 589, III b:

16 f., 19, 38, 77; — s. a.

Klassische Nationalökonomie;

Naturw. III: 47, 54 f.;

Praktische Anwendung II:

254; III: 47, 54 f., 213; III b:

8 ff.;

Voraussetzungslose W. II:

233 ff.

Witenagemot I: 115 ff.

Witwatersrand III b: 194, 204 f.,

217.

Wohlfahrtseinrichtungen III:

384 f., 388, 493, 530, 637 f.

Wohlfahrtsgesellschaften III: 605.

Wohltaten (Boons) I: 153 f.

Wohnung, Wohnungen III: 626

—651;

Abhängigkeit der Arbeiter

durch W.-Not III b: 30, 32;

Arbeiterw.-Bauten durch Ar-

beitgeber III: 137, 277, 285,

630 ff.;

Behördlicher Arbeiterw.-Bau

III: 520, 631, 635 f., 644 ff., 650;

Baugesetzgebung III: 628—

640;

Staatl. Bauzuschüsse III: 635,

645 f., 648 ff.;

Einfamilienhäuser III: 626;

Landarbeiterw. III: 39, 631 f.,

647 f., 650; III b: 30, 32,

37 ff., 462—466;

Ledigenheime III: 642 f.;

Logierhäuser III: 631;

Londoner W.-Wesen III: 520,

626, 630, 632, 637;

Miete III: 127, 626 f., 629, 633,

645, 646, 648 f.;

Mißstände II: 432; III: 54,

627, 629, 633, 641;

## Wohnung.

Not III: 626 f., 631, 640, 644;

Octavia Hill's Hausverwaltung

III: 641 ff.;

Owen's Arbeiterw. III: 350;

Politik d. Arbeiterpartei III:

647 ff.;

Schlafgängerwesen III: 627,

642;

— s. a. Bau, Slum.

Wolfe, General II: 330; III b: 89.

Wolff, Drummond III b: 297.

Wolfram von Eschenbach I: 130;

II: 58.

Wolfskehl, Karl II: 438.

Wolle I: 236; II: 20, 144, 156,

160, 259; III b: 217, 266, 348;

Abkommen I: 208 ff., 310 f.;

II: 19;

Ausfuhr I: 198, 200 f., 209 f.,

266, 296, 300, 301, 302, 309,

312, 315 ff., 320, 376; II:

68 f., 77, 91 ff., 153, 158, 165,

211, 249, 267, 274, 277, 370;

III b: 116, 170, 510;

Einfuhr II: 69, 211;

Erzeugung I: 210, 274, 320;

II: 70;

Handel, Händler I: 195.

208 ff., 266, 271, 274, 302,

310 f., 318, 348 f., 376; II:

66, 75, 77 ff., 111, 122, 144,

152, 159, 191, 268; III b:

510 f.;

Industrie I: 315—321; II: 62,

65 ff., 70, 139; III: 130, 267,

289, 485, 529; III b: 140 f.,

169;

Preise I: 310, 317, 347; II: 75;

Stapel I: 306 ff., 313;

Steuer I: 209, 211, 313; II:

20 f.;

Zoll I: 198, 200, 205 f., 208,

311, 349; II: 143 f.

Wolseley, Lord III b: 297.

Wolseley, Sir Garnet III b: 200, 237.

Wolsey, Kardinal II: 22, 143,

149, 155 f., 163.

Wolverhampton III: 400, 464 ff.

Wood, Sir Evelyn III b: 201.

Wood, John III: 326.

Woodlands Colliery Village bei

Doncaster III: 630.

Worcester II: 115, 248, 366, 437.

Worcestershire II: 86, 111, 429;

III: 465.

Workshop Regulation Act (1867,

1871) III: 533 f.



Worsley II: 428.  
 Worstead I: 321.  
 Worsted industry s. Kammgarn-  
 industrie.  
 Wucher I: 236, 357, 361 f.; II:  
 269, 284 ff., 297; III: 66.  
 Wu-ting-Fang III b: 517.  
 Wyatt II: 381.  
 Wylde II: 192.  
 Wynyard, Oberst III b: 162.

**X.**

Xenia I: 36, 154.

**Y.**

Yakub-Khan III b: 335.  
 Yarmouth I: 198, 221, 299; II:  
 214, 218, 263.  
 Yeh, Vizekönig von Kanton  
 III b: 381 f.  
 Yeomanry (Handwerk) I: 280;  
 II: 102, 123.  
 Yeomanry (Landwirtschaft) I:  
 346; II: 245; III: 159.  
 York I: 27, 118, 198, 206, 222,  
 287, 299, 308, 309, 311, 317,  
 370; II: 140, 141, 214, 218,  
 248, 249, 252, 257, 424 f.;  
 III: 327, 335.  
 York, Haus II: 19.  
 York, Herzog von, General III:  
 151.  
 York, Herzog von s. Eduard IV.  
 und Jakob II.  
 Yorke, Charles II: 61.  
 Yorkshire I: 28; II: 53, 245,  
 249, 260, 367, 377, 388, 426 f.;  
 III: 108, 115, 144, 204, 228,  
 301 f., 326 f., 340, 393, 397, 421.  
 Yorktown II: 336.  
 Young (Commodore) II: 227.  
 Young, Arthur II: 48, 396, 397 f.,  
 400, 406, 409 f., 411 f., 421 f.,  
 433; III: 237, 241 f.; III b:  
 16, 470.  
 Ypern I: 318; II: 132.  
 Yukon III b: 125, 128.

**Z.**

Zahlungsmittel I: 13; III: 85, 102.  
 Zehent I: 110, 390; III b: 14,  
 28 f., 92.  
 Zehentland I: 65.  
 Zehentversammlung (Tithings) I:  
 148.  
 Zeitungssteuer III: 95, 155, 495.  
 Zemindare III b: 306 f., 317.  
 Zichorie III: 219.  
 Ziegelmacher I: 336, 337; II:  
 98; III: 452.

Ziegen III b: 217.  
 Zimmerleute I: 322; II: 98, 124;  
 III: 305, 436, 465, 473, 551.  
 Zinn I: 198, 230, 296, 300 f., 306,  
 309, 312 f.; II: 20, 153, 158,  
 257; III b: 217, 251, 348, 409.  
 Zinnbergbau II: 64, 257, 386; III:  
 392—399.  
 Zinngießer II: 106, 121.  
 Zinnober II: 191.  
 Zins I: 17, 361, 366, 382 ff.;  
 II: 35, 89 f., 218 f., 284 ff.,  
 289, 291;  
 Erbz. in Australien III b: 131,  
 134 f.;  
 Pachtz. I: 36, 346; II: 253, 260;  
 der Precarie I: 72 f.  
 Zinsverbote I: 361 f., 382; II:  
 284 ff.;  
 für Juden I: 361 ff., 376;  
 kirchliche I: 366; II: 283.  
 Zisterzienser I: 191.  
 Zivilliste III: 96.  
 Zivilrechtsreform III: 57 f.  
 Zola, Emil III: 399.  
 Zoll, Zölle I: 122, 188, 196 ff.,  
 200, 205 f., 208, 290, 302,  
 311, 349, 367; II: 27 f., 33,  
 69, 143 f., 166, 215; III: 12,  
 15, 94;  
 Ausfuhrz. I: 200 f., 209 f., 312,  
 315; II: 29, 68 f., 94, 273 f.,  
 277; III: 219, 491, 497;  
 Ausgleichsz. III: 219;  
 in Australien III b: 167;  
 Beamte I: 122, 197 ff.; II: 216;  
 Behörden I: 197 f.;  
 Branntweinz. II: 269;  
 Einfuhrz. I: 294; II: 29, 277,  
 313 f., 332, 334, 394; III:  
 73, 95, 192, 219, 313, 320 f.,  
 375, 491, 496;  
 Erhaltungsz. III b: 455 ff., 521;  
 Erhebung d. engl.-ostind. Kom-  
 panie II: 340;  
 Erhöhung II: 224; III: 207;  
 Erträge II: 148 f.; III: 509;  
 Finanzz. III: 219, 496, 505;  
 Fischz. II: 225;  
 Flußz. II: 221;  
 Freiheiten I: 236, 293 f., 367;  
 II: 308; III: 215;  
 Gebiet I: 290;  
 Gesetze II: 334; III: 74, 203, 208;  
 Getreidez. II: 270; III: 102,  
 193, 199 ff., 203—208, 211 f.,  
 251, 328, 386, 403 f., 491,  
 498, 503; III b: 8 f.;



## Zoll Zölle.

Gleitende Z.-Skala III: 204, 208;  
 Hafenz. II: 334;  
 Halbfabrikatz. III: 98;  
 Herabsetzung III: 95, 203,  
 208, 215, 491, 494, 496;  
 in Indien III b: 318, 349, 351,  
 356;  
 in Kanada III b: 118, 126 ff.;  
 im Kolonialhandel II: 196, 203,  
 305, 334, 350 f.; III b: 57,  
 60, 79, 168.  
 Lebensmittelz. I: 294; III b:  
 47, 56 f., 60.  
 im Handel mit Niederlanden  
 II: 154, 156 f.;  
 Pachtung I: 122, 200, 376;  
 Papierz. III: 334, 497;  
 Privilegien I: 236, 293; II:  
 162, 203;  
 Prohibitvz. III: 9, 11, 193;  
 Retorsionsz. III b: 43, 47;  
 Reziprozitätz.-System III b:  
 46 f.;  
 Rohstoffz. III: 39, 95, 98, 203;  
 Satz III: 9, 208, 215, 491;  
 Tarif I: 300; II: 267, 269;  
 III: 9, 11, 74, 98;  
 Teez. II: 334 f.; III: 219, 493,  
 506;  
 Verpfändung II: 286;  
 Verschuß II: 372;  
 Verträge I: 200, 208, 293 f.;  
 Vorzugsz. II: 225; III b: 57,  
 60, 79, 115, 168, 218, 447 f.,  
 453, 492 f.;  
 Weinz. I: 205; II: 159, 269,  
 313 f.; III: 97, 219;  
 Zuckerz. II: 332; III: 219, 494.  
 Zollverein des Mutterlandes mit  
 den Kolonien III b: 46, 56.  
 Zoutpansperg III b: 190, 194.  
 Zucker I: 60; II: 186, 303, 306,  
 332, 346; III: 110, 116, 219,  
 494; III b: 79, 217, 221 f.,  
 226, 275, 348.  
 Zündholzindustrie III: 485, 530,  
 532, 560 f.  
 Zulukaffern s. Kaffern.  
 Zunft I: 242—279; II: 66, 95—  
 124, 216; III: 518;  
 Arbeitsteilung II: 95 f.;  
 Arbeitszeitbeschränkung I:  
 246;  
 Beiträge I: 252;  
 Beschränkungen I: 250, 281 f.,  
 II: 104 f., 115; III: 34, 267,  
 288, 295;

## Zunft.

Eid II: 103;  
 Frauenmitarbeit I: 247;  
 Freibrief I: 243 ff.; II: 96,  
 120 f.;  
 als Ursprung der Freimaurerei  
 III: 334 f.;  
 Fürsorgeeinrichtung I: 247;  
 Gerichtsbarkeit I: 244, 251,  
 255, 278, 320;  
 und Gesellenbruderschaft II:  
 106; III: 289;  
 Gesetzgebung II: 104;  
 Gewerbepolizei I: 248, 251;  
 Grundbesitz der Z. II: 102;  
 Handwerklegen I: 252;  
 als Nachbildung der Hausge-  
 meinschaft II: 99;  
 Eindringen des Kapitalismus  
 II: 103 f., 121; III: 518;  
 Konkurrenzverbot I: 246;  
 von London I: 263; III: 518;  
 Maschinenverwendungsverbot  
 I: 245;  
 Mitgliedschaft I: 239; II: 105;  
 Mitgliedschaftsvererbung II:  
 105;  
 Monopol II: 95, 111, 116 f.,  
 120 f., 245;  
 als öffentliche Körperschaft I:  
 278;  
 Preisfestsetzungen I: 247, 360;  
 Privilegien I: 263, 269; II:  
 105;  
 Qualitätsprüfung I: 246;  
 Reiche Z. I: 272 f.; II: 102 f.;  
 Selbstverwaltungsrecht I: 255 f.,  
 263 f., 268 f., 273, 278 f.;  
 in der Stadtverwaltung I: 278;  
 und Städte II: 96; III: 288;  
 Statuten I: 261 f., 264, 282,  
 286; II: 105;  
 Strafen I: 251;  
 — Teilung I: 270; II: 102;  
 Trachten II: 101 f.;  
 Unterstützungspflicht I: 387 f.;  
 Versammlung I: 251;  
 als Wirtschaftseinheit I: 245 ff.;  
 II: 99;  
 — Zwang I: 244, 387;  
 — s. a. Court of Assistants, Free-  
 men, Gilde, Householders,  
 Kompanie, Livery companies.  
 Zweifelderwirtschaft I: 155.  
 Zwischenmeistersystem im Berg-  
 bau III: 397 f.  
 Zwunft II: 153.

**Lujo Brentano**

# **Das Wirtschaftsleben der antiken Welt**

**Vorlesungen,**

**gehalten als Einleitung zur Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters**

**VII, 242 S. gr. 8°    1929    Rmk 10.—, geb. 11.50**

**Inhalt:** 1. Altägyptisches Wirtschaftsleben. 2. Kapitalistische Wirtschaft bei den Assyriern, Babyloniern und den Phönikern. 3. Die griechische Wirtschaftsentwicklung. 4. Die altjüdischen Wirtschaftsverhältnisse. 5. Die Entwicklung der römischen Volkswirtschaft. 6. Die Volkswirtschaft in den römischen Provinzen Gallien, Germanien, Vindelicien, Rhätien, Noricum. 7. Die byzantinische Volkswirtschaft. — Namen- und Sachregister.

## **Vorwort.**

Als ich Student war und in der ersten Zeit meines Dozententums war ich von dem, was zur Einführung in die Nationalökonomie in den Lehrbüchern stand, sehr wenig befriedigt. Ueber das Werden der heutigen Wirtschaftsordnung war darin gar nichts gesagt. Man konnte meinen, daß diese immer so, wie etwa seit dem 17. Jahrhundert, gewesen sei. Das war die Folge davon, daß die moderne Volkswirtschaftslehre von einem Menschen ausging, wie er dem Naturrecht vorschwebte: Alle Menschen frei geboren; einem Jeden gehörte das Ergebnis seiner Arbeit; das Privateigentum als Ergebnis derselben geheiligt; desgleichen das Privateigentum am Boden, den ein Jeder bearbeitet, anerkannt; die wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander als auf freiem Vertrag unter Gleichberechtigten beruhend erachtet. Populäre Lehrbücher suchten die Entstehung der heutigen Wirtschaftsorganisation zu veranschaulichen, indem sie den auf dieser Grundlage seinen größten Vorteil mit dem geringstmöglichen Aufwand erstrebenden Menschen zu Arbeitsteilung, Tausch, Lohn, Rente, Zins gelangen ließen. Aber auch Lehrbücher, welche die Nationalökonomie vom geschichtlichen Standpunkt behandelten, gaben kein Bild vom Werden der heutigen Wirtschaftsordnung. Sie sprechen von der Vergangenheit nur, um zu zeigen, daß deren wirtschaftliche Lehren, wo sie mit denen der modernen Nationalökonomie übereinstimmten, deren Anspruch auf ewige Geltung bestätigten.

Das hat mich vor vielen Dezennien veranlaßt, zunächst eine Skizze der europäischen Wirtschaftsentwicklung als Einleitung zu meinen nationalökonomischen Vorlesungen zu geben. Ich bin dabei zuerst von der altgermanischen Wirtschaftsverfassung ausgegangen. Bei jeder Wiederholung meiner Vorlesungen habe ich durch größere Vertiefung in die Wirtschaftsgeschichte je eines der Völker, die nach dem Untergange des Römischen Reichs jeweils die wirtschaftlich vorgeschrittensten gewesen sind, meine Darstellung zu verbessern und zu erweitern gesucht; so sind aus dem, was anfänglich nur eine Einleitung war, selbständige Vorlesungen für die Entwicklung des europäischen Wirtschaftslebens geworden, die sich schließlich auf zwei Semester erstreckt haben. . . .

Bei Wiederholung meiner Vorlesungen zeigte sich mir, daß meine Darstellung unvollkommen bliebe, wolte ich nicht auch darlegen, was der germanischen Wirtschaftsperiode vorausgegangen ist. Um eine Vorstellung zu geben von dem, was für Keime der späteren westeuropäischen Wirtschaftsentwicklung schon in Byzanz gegeben waren, versuche ich am Schluß darzulegen, was die byzantinische Volkswirtschaft aus der antiken Welt übernommen hat.

Das vorliegende Buch will nur wiedergeben, was sich mir aus dem Studium der Autoren ergeben hat, die das Studium der antiken Welt zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben. Es will dem Studierenden der Nationalökonomie nur die Arbeit erleichtern.

*Verlag von Gustav Fischer in Jena*

# Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815—1914

Von

Prof. Dr. A. Frh. Sartorius von Waltershausen

Zweite, ergänzte Auflage

X, 636 S. gr. 8°

1923

Rmk 12.—, geb. 14.—

**Inhalt:** Uebersicht über das deutsche Wirtschaftsleben nach den Befreiungskriegen. 1. Politische Zustände. 2. Die Landwirtschaft. 3. Handwerk, Hausindustrie, Fabrik. 4. Transportverkehr und Handel. / **Die Zeit von 1815 bis 1833:** 1. Allgemeines. 2. Uebervölkerung und Auswanderung. 3. Die Agrarkrise. 4. Deutschland und das Ausland. 5. Staatsschulden und das Bankiergewebe. 6. Die Gründung des deutschen Zollvereins. / **Die Zeit von 1833—1848:** 1. Einführung. 2. Die Fortbildung des Zollvereins. Die Industrie. 3. Landstraßen, Eisenbahnen, Schifffahrt. 4. Die Fortschritte der Landwirtschaft. / **Die deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1848—1871:** 1. Vorbemerkung. 2. Die Revolution von 1848/49. Handwerker und Lohnarbeiter. 3. Die Krise des deutschen Zollvereins und der deutsch-österreichische Handelsvertrag von 1851. 4. Die Fortschritte der landwirtschaftlichen und industriellen Gütererzeugung. 5. Das Geld- und Bankwesen. 6. Die Wirtschaftskrise von 1857. 7. Arbeiterfrage und Sozialdemokratie. 8. Die Freihandelsära des Zollvereins. 9. Der Norddeutsche Bund. / **Die Volkswirtschaft des Deutschen Reichs 1871—1890:** 1. Vorbemerkung. 2. Der Frankfurter Friede. Lothringen und seine Eingliederung in das deutsche Wirtschaftsleben. 3. Die Reichsgesetze über das Geld- und Bankwesen. 4. Hochkonjunktur, Gründungsschwindel und Wirtschaftskrise 1871—73. 5. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen. 6. Die Handels- und Finanzpolitik des Fürsten von Bismarck. 7. Die Reichssozialpolitik. 8. Die deutsche Kolonialpolitik. / **Die Zeit von 1890—1914:** 1. Einleitung. Das ökonomische Zeitalter. 2. Der neue Kurs. 3. Die Handelspolitik und Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. 4. Die Landwirtschaft. 5. Die Industrie. 6. Handel. Bankwesen, Transport. 7. Schlußbetrachtung zu 1890—1914. — Ergänzungen. Allgemeine Rückblicke.

Die 100jährige Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens seit 1815 auf dem Gebiete des 1871 gegründeten Deutschen Reiches zu einer in sich arbeitsteilig gegliederten, verkehrsmäßig verbundenen, staatlich geschlossenen und politisch geführten Einheit zu schildern, ist die Aufgabe des vorliegenden Buches. Die Vorgänge erschöpfen sich nicht in einer Aneinanderreihung von abstrakten Zustandsbildern, sie geben vielmehr eine Mitteilung von Neu- und Umbildungen, von erfolgreicher und erfolgloser Wirtschaftspolitik, von sozialen und nationalen Taten und endlich von Persönlichkeiten, die auf irgendeinem Gebiet Fruchtbare gebracht haben. — Am Schluß jedes Abschnittes ist eine Literaturangabe vorhanden. Eingefügt sind kurze Einzeldarstellungen, z. B. die Wirtschaftsgeschichte der Stadt Berlin, des Hauses Krupp und des Hamburger Handels.

Jahrbücher f. Nationalökonomie. Bd. 115, S. 459: . . . ein Werk, das die Wirtschaftspolitik in enger Verbindung mit der inneren Geschichte der Wirtschaft und dem kulturellen Leben zu schildern versucht. Ein Vorzug des Buches ist seine Lesbarkeit, ist der warme vaterländische Sinn, der durch das Werk geht; auch findet sich manche geistvolle Bemerkung, manch wertvoller historischer Rück- und Ueberblick über die moderne Lebenshaltung.

E. Baasch, Freiburg i. Br.





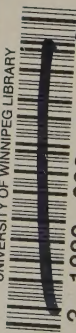








UNIVERSITY OF WINNIPEG LIBRARY



3 1888 006 314 265